Der Aufstieg der deutschen Arbeiterbewegung

Schriften des Historischen Kollegs

Herausgegeben
von der
Stiftung Historisches Kolleg

Kolloquien
18

R. Oldenbourg Verlag München 1990

Der Aufstieg der deutschen Arbeiterbewegung

Sozialdemokratie und Freie Gewerkschaften im Parteiensystem und Sozialmilieu des Kaiserreichs

Herausgegeben von
Gerhard A. Ritter
unter Mitarbeit von
Elisabeth Müller-Luckner

R. Oldenbourg Verlag München 1990

Schriften des Historischen Kollegs

im Auftrag der
Stiftung Historisches Kolleg im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft
herausgegeben von
Horst Fuhrmann
in Verbindung mit
Knut Borchardt, Lothar Gall, Hilmar Kopper, Karl Leyser, Christian Meier, Horst Niemeyer, Arnulf Schlüter, Rudolf Smend, Rudolf Vierhaus und Eberhard Weis
Geschäftsführung: Georg Kalmer
Redaktion: Elisabeth Müller-Luckner
Organisationsausschuß:
Georg Kalmer, Franz Letzelter, Elisabeth Müller-Luckner, Heinz-Rudi Spiegel

Die Stiftung Historisches Kolleg hat sich für den Bereich der historisch orientierten Wissenschaften die Förderung von Gelehrten, die sich durch herausragende Leistungen in Forschung und Lehre ausgewiesen haben, zur Aufgabe gesetzt. Sie vergibt zu diesem Zweck jährlich bis zu drei Forschungsstipendien und ein Förderstipendium sowie alle drei Jahre den „Preis des Historischen Kollegs". Die Forschungsstipendien, deren Verleihung zugleich eine Auszeichnung darstellt, sollen den berufenen Wissenschaftlern während eines Kollegjahres die Möglichkeit bieten, frei von anderen Verpflichtungen eine größere Arbeit abzuschließen. Professor Dr. Gerhard A. Ritter (München) war – zusammen mit Professor Dr. Roger Dufraisse (Paris) und Professor Dr. Klaus Schreiner (Bielefeld) – Stipendiat des Historischen Kollegs im achten Kollegjahr (1987/88). Den Obliegenheiten der Stipendiaten gemäß hat Gerhard A. Ritter aus seinem Arbeitsbereich ein Kolloquium zum Thema „Der Aufstieg der sozialistischen Arbeiterorganisationen zur Massenbewegung im Deutschen Kaiserreich" vom 23. bis 26. März 1988 in der Bayerischen Akademie der Wissenschaften gehalten. Die Ergebnisse des Kolloquiums werden in diesem Band veröffentlicht.

Die Stiftung Historisches Kolleg wird vom Stiftungsfonds Deutsche Bank zur Förderung der Wissenschaft in Forschung und Lehre und vom Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft getragen.

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Der **Aufstieg der deutschen Arbeiterbewegung**:
Sozialdemokratie und Freie Gewerkschaften im Parteiensystem
und Sozialmilieu des Kaiserreiches / hrsg. von Gerhard A.
Ritter unter Mitarb. von Elisabeth Müller-Luckner. – München
: Oldenbourg, 1990
(Schriften des Historischen Kollegs: Kolloquien; 18)
ISBN 3-486-55641-X
NE: Ritter, Gerhard A. [Hrsg.]; Historisches Kolleg ‹München›:
Schriften des Historischen Kollegs / Kolloquien

© 1990 R. Oldenbourg Verlag GmbH, München

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Gesamtherstellung: R. Oldenbourg Graphische Betriebe GmbH, München

ISBN 3-486-55641-X

Inhalt

Einleitung
Gerhard A. Ritter IX

Verzeichnis der Tagungsteilnehmer XXI

I. Die Sozialdemokratie im Parteien- und Wahlsystem des Deutschen Reiches und der größeren Bundesstaaten

Peter Steinbach
Die Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie im Kaiserreich im Spiegel der historischen Wahlforschung 1

Bernhard Mann
Die SPD und die preußischen Landtagswahlen 1893–1913 37

Gerhard A. Ritter
Das Wahlrecht und die Wählerschaft der Sozialdemokratie im Königreich Sachsen 1867–1914 49

Merith Niehuss
Die Stellung der Sozialdemokratie im Parteiensystem Bayerns, Württembergs und Badens 103

Korreferate:

Hartwig Brandt
Die württembergische Sozialdemokratie im Parteiensystem des frühen Kaiserreichs. Eine Skizze 127

Klaus Tenfelde
Bayerische Industrialisierung und Entwicklung der Sozialdemokratie 135

Stephan Bleek
Ein Wählermilieu in der Großstadt – Bemerkungen zum Durchbruch der SPD in einem Münchner Arbeiterviertel 139

II. Die Organisation der SPD und die Sozialstruktur ihrer Mitglieder und Reichstagskandidaten

Dieter Fricke
Die Entwicklung und Ausbreitung der Parteiorganisation der deutschen Sozialdemokratie 1875–1914. Probleme ihrer weiteren Erforschung und Darstellung 145

Adelheid von Saldern
Wer ging in die SPD? Zur Analyse der Parteimitgliedschaft in wilhelminischer Zeit 161

Wilhelm Heinz Schröder
Die Lebensläufe der sozialdemokratischen Reichstagskandidaten: Ausgewählte Fragen und Materialien 185

III. Die Herausbildung des ‚sozialdemokratischen Milieus'

Dieter Hertz-Eichenrode
Parteiorganisation und Wahlkämpfe der Sozialdemokratie in Berlin 1871–1918 219

Peter-Christian Witt
Die Entstehung einer „sozialdemokratischen" Stadt: Harburg zwischen preußischer Annektion 1866/67 und Erstem Weltkrieg 259

Karl Rohe
Die Ruhrgebietssozialdemokratie im Wilhelminischen Kaiserreich und ihr politischer und kultureller Kontext 317

IV. Gewerkschaften, Arbeitskämpfe und Tarifverträge: Regionale Ausbreitung und branchenspezifische Organisationsprozesse

Klaus Schönhoven
Die regionale Ausbreitung der deutschen Gewerkschaften im Kaiserreich 1890–1918 345

Friedhelm Boll
Arbeitskampf und Region. Arbeitskämpfe, Tarifverträge und Streikwellen im regionalen Vergleich 1871–1914 379

Marina Cattaruzza
Gewerkschaftliche Organisationsprozesse der Werftarbeiter im Kaiserreich: eine komparative Studie 415

Diskussion über Probleme der Geschichtsschreibung der Sozialdemokratie

Dieter Fricke 439
Klaus Schönhoven 443
Gerhard A. Ritter 443
Gerald D. Feldman 446
Peter Steinbach 446
Klaus Tenfelde 448
Dieter Fricke (Schlußbemerkung) 448

Register 453

Einleitung

Die Forschung zur Geschichte der Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung hat in den letzten Jahrzehnten große Fortschritte gemacht[1]. Die ursprüngliche Ausrichtung auf die Herausbildung und Durchsetzung sozialistischer Ideen – vor allem auf den Marxismus und seine spätere Kritik –, die Geschichte der zentralen Organisationen – besonders der Sozialdemokratischen Partei – und deren Haltung zur Politik und zu den großen Tendenzen der Zeit – wie Nationalismus, Imperialismus und Militarismus – wurde inzwischen auch durch sozialgeschichtliche Ansätze erweitert. Sozialgeschichtliche Studien konnten auf die sog. jüngere historische Schule der Nationalökonomie und ihre Tradition der systematischen Behandlung sozialer Probleme im Gefolge der Industrialisierung zurückgreifen. Diese Tradition hat ihren Niederschlag auch in großen Enqueten und gesammelten Untersuchungen des Vereins für Sozialpolitik, u.a. über die Lage der Landarbeiter, des Handwerks, der Heimarbeit, des Wohnungswesens und die „Anpassung und Auslese der Arbeiterschaft der geschlossenen Großindustrie", gefunden[2]. In den neueren Studien sind besonders der Prozeß der Heraus-

[1] Vgl. zur Entwicklung der Forschung: *Klaus Tenfelde* und *Gerhard A. Ritter* (Hrsg.), Bibliographie zur Geschichte der deutschen Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung 1863 bis 1914. Berichtszeitraum 1945 bis 1975. Mit einer forschungsgeschichtlichen Einleitung (Bonn 1981) 39–132; *Klaus Tenfelde,* Wege zur Sozialgeschichte der Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung. Regional- und lokalgeschichtliche Forschungen (1945–1975) zur deutschen Arbeiterbewegung bis 1914, in: *Hans-Ulrich Wehler* (Hrsg.), Die moderne deutsche Geschichte in der internationalen Forschung 1945–1975 (Sonderheft 4 von „Geschichte und Gesellschaft", Göttingen 1978) 197–255; *ders.* (Hrsg.), Arbeiter und Arbeiterbewegung im Vergleich. Berichte zur internationalen historischen Forschung (Sonderheft 15 der HZ, München 1986); *Gerhard A. Ritter,* Probleme der Erforschung von Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung in Deutschland vom Ende des 18. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg, in: Tel Aviver Jahrbuch für Deutsche Geschichte 16 (1987) 369–397.

[2] Aus der Enquete über die Lage der Landarbeiter vgl. u.a. *Max Webers* Untersuchung über „Die Lage der Landarbeiter im ostelbischen Preußen 1892", in: *Max Weber,* Gesamtausgabe, Abtl. I, Bd. 3, hrsg. von *Martin Riesebrodt* (Tübingen 1984); zur Handwerker-Enquete: Untersuchungen über die Lage des Handwerks in Deutschland mit besonderer Rücksicht auf seine Konkurrenzfähigkeit gegenüber der Großindustrie, Schriften des Vereins für Sozialpolitik (= SVfS), Bde. 62–70 (Berlin 1895–97); vgl. auch zusammenfassend *Hans Grandke,* Die vom „Verein für Sozialpolitik" veranstalteten Untersuchungen über die Lage des Handwerks in Deutschland, mit besonderer Rücksicht auf seine Konkurrenzfähigkeit gegenüber der Großindustrie. Zusammenfassende Darstellung, in: Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft (= Schmollers Jahrbuch) 21 (1897) 265–322. Zur Heimindustrie und Heimarbeit in Deutschland und Österreich hat der Verein für Sozialpolitik 1887 und 1897 die Sammlung bzw. die Veranlassung von Untersuchungen beschlossen. Diese wurden in SVfS, Bde. 39–42, 48 und 84–87 in den Jahren 1889, 1891 und 1899 veröffentlicht. Vgl. weiter zusammenfassend: *Werner Sombart,* Die Hausindustrie in Deutschland, in: Archiv für Soziale Gesetzgebung und Statistik 4 (1891) 103–156; zum Wohnungswesen vgl.: Die Wohnungsnot der ärmeren Klassen in deutschen Großstädten und Vorschläge zu deren Abhilfe, in: SVfS, Bde. 30/31 (1886) sowie die Verhand-

bildung der industriellen Lohnarbeiterschaft[3], ihr Verhältnis zu handwerklichen Traditionen und Arbeitsweisen[4], die soziale und wirtschaftliche Lage der Arbeiter, ihre geographische und soziale Mobilität, die Situation an den Arbeitsplätzen und deren Wandel durch technologische Entwicklungen untersucht worden[5]. In Verbindung damit

lungen der Frankfurter Generalversammlung des Vereins 1886, SVfS, Bd. 33 (1887); Neuere Untersuchungen über die Wohnungsfrage in Deutschland und dem Ausland, SVfS, Bde. 94–97 (1901), Generalversammlung München 1901, SVfS, Bd. 98 (1902); zu der Enquete über „Anpassung und Auslese" vgl. u.a. *Marie Bernays,* Auslese und Anpassung der Arbeiterschaft der geschlossenen Großindustrie. Dargestellt an den Verhältnissen der Gladbacher Spinnerei und Weberei A. G. in Mönchen-Gladbach im Rheinland (Leipzig 1910); *Dora Landé,* Arbeits- und Lohnverhältnisse in der Berliner Maschinenindustrie zu Beginn des 20. Jahrhunderts (Leipzig 1910). Zum Gesamtprojekt vgl. *Max Weber,* Erhebungen über Anpassung und Auslese (Berufswahl und Berufsschicksal) der Arbeiterschaft der geschlossenen Großindustrie, in: *ders.,* Gesammelte Aufsätze zur Soziologie und Sozialpolitik (Tübingen 1924) 1–60.

[3] Vgl. dazu besonders *Hartmut Zwahr,* Zur Konstituierung des Proletariats als Klasse. Strukturuntersuchungen über das Leipziger Proletariat während der industriellen Revolution (Berlin (DDR) 1978, Lizenzausgabe München 1981); *ders.* (Hrsg.), Die Konstituierung der deutschen Arbeiterklasse in den 30er bis zu den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts (Berlin (DDR) 1981); *Jürgen Kocka,* Lohnarbeit und Klassenbildung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in Deutschland 1800 bis 1875 (Berlin/Bonn 1983).

[4] Vgl. dazu *Jürgen Kocka,* Traditionsbindung und Klassenbildung. Zum sozialhistorischen Ort der frühen deutschen Arbeiterbewegung in: HZ 243 (1986) 333–376; *ders.,* Craft Traditions and the Labour Movement in 19th Century Germany, in: *Pat Thane* u.a. (Hrsg.), The Power of the Past: Essays for Eric Hobsbawm (Cambridge 1984) 95–117; *Ulrich Engelhardt* (Hrsg.), Handwerker in der Industrialisierung. Lage, Kultur und Politik vom späten 18. bis zum frühen 20. Jahrhundert (Stuttgart 1984); *Friedrich Lenger,* Zwischen Kleinbürgertum und Proletariat. Studien zur Sozialgeschichte der Düsseldorfer Handwerker 1816–1878 (Göttingen 1986); *ders.,* Sozialgeschichte der deutschen Handwerker seit 1800 (Frankfurt a. Main 1988); *Rudolf Boch,* Handwerker-Sozialisten gegen Fabrikgesellschaft. Lokale Fachvereine, Massengewerkschaft und industrielle Rationalisierung in Solingen 1870 bis 1914 (Göttingen 1985); *Wolfgang Renzsch,* Handwerker und Lohnarbeiter in der frühen Arbeiterbewegung. Zur sozialen Basis von Gewerkschaften und Sozialdemokratie im Reichsgründungsjahrzehnt (Göttingen 1980); *Christiane Eisenberg,* Deutsche und englische Gewerkschaften. Entstehung und Entwicklung bis 1878 im Vergleich (Göttingen 1986).

[5] Vgl. unter anderem *Werner Conze, Ulrich Engelhardt* (Hrsg.), Arbeiter im Industrialisierungsprozeß. Herkunft, Lage und Verhalten (Stuttgart 1979); *dies.,* Arbeiterexistenz im 19. Jahrhundert. Lebensstandard und Lebensgestaltung deutscher Arbeiter und Handwerker (Stuttgart 1981); *Dieter Langewiesche, Klaus Schönhoven* (Hrsg.), Arbeiter in Deutschland. Studien zur Lebensweise der Arbeiterschaft im Zeitalter der Industrialisierung (Paderborn 1981); *Hans Pohl* (Hrsg.), Forschungen zur Lage der Arbeiter im Industrialisierungsprozeß (Stuttgart 1978); *Gerhard A. Ritter,* Gewerbliche Zusammensetzung und innere Schichtung der industriellen Arbeiterschaft im Kaiserreich, in: Industrialisierung, sozialer Wandel und Arbeiterbewegung in Deutschland und Polen bis 1914 (Schriftenreihe des Georg-Eckert-Instituts für Internationale Schulbuchforschung 22/VII, Braunschweig 1983) 91–115; *Josef Mooser,* Arbeiterleben in Deutschland 1900–1970. Klassenlage, Kultur und Politik (Frankfurt a. Main 1984); zu einzelnen Regionen und Städten: *Dieter Langewiesche, Harald Sywotteck* (Hrsg.), Arbeiter in Hamburg. Unterschichten, Arbeiter und Arbeiterbewegung seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert (Hamburg 1983); *Merith Niehuss,* Arbeiterschaft in Krieg und Inflation. Soziale Schichtung und Lage der Arbeiter in Augsburg und Linz 1910 bis 1925 (Berlin/New York 1985); *Peter Borscheid,* Textilarbeiterschaft in der Industrialisierung. Soziale Lage und Mobilität in Württemberg (19. Jahrhundert) (Stuttgart 1978); *Michael Grüttner,* Arbeitswelt an der Wasserkante. Sozialgeschichte der Hamburger Hafenarbei-

ist auch unsere Kenntnis der inneren Differenziertheit der Arbeiterschaft nach Herkunft, Alter, Geschlecht, Konfession, Nationalität und Qualifikation, nach dem Charakter der Arbeit und der Beschäftigung in verschiedenen Gewerbezweigen und Betrieben unterschiedlicher Größe erheblich erweitert worden.

Vor allem die im letzten Jahrzehnt expandierenden kultur- und alltagsgeschichtlichen Forschungen haben darüber hinaus neben den objektiven sozialen und wirtschaftlichen Strukturen und Prozessen auch den subjektiven Faktor – die Erfahrungswelt, die Wertvorstellungen und Handlungsnormen der einzelnen Arbeiter und kleiner Gruppen – stärker belichtet und bessere Einsichten z. B. in das Freizeitverhalten von Arbeitern und die Herausbildung proletarischer Sozialmilieus in Arbeitervierteln vermittelt[6].

Allerdings ist die Verknüpfung der Sozialgeschichte der Arbeiterschaft mit der Geschichte der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung bisher nur in regional- und lokalhistorischen Arbeiten sowie der Historiographie einzelner Berufsgruppen der Arbeiterschaft wirklich gelungen[7]. In Gesamtdarstellungen, aber auch in

ter 1886–1914 (Göttingen 1984); *Klaus Tenfelde,* Sozialgeschichte der Bergarbeiterschaft an der Ruhr im 19. Jahrhundert (Bonn ²1981); *Lawrence Schofer,* Die Formierung einer modernen Arbeiterschaft. Oberschlesien 1865–1914 (Dortmund 1983); *Karl Ditt,* Industrialisierung, Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung in Bielefeld 1850–1914 (Dortmund 1982); *Gerhard Schildt,* Tagelöhner, Gesellen, Arbeiter. Sozialgeschichte der vorindustriellen und industriellen Arbeiter in Braunschweig 1830–1880 (Stuttgart 1986); zu einzelnen Belegschaften: *Heilwig Schomerus,* Die Arbeiter der Maschinenfabrik Esslingen. Forschungen zur Lage der Arbeiterschaft im 19. Jahrhundert (Stuttgart 1977); *Heinz-Josef Rupieper,* Arbeiter und Angestellte im Zeitalter der Industrialisierung. Eine sozialgeschichtliche Studie am Beispiel der Maschinenfabrik Augsburg und Nürnberg (MAN) 1837–1914 (Frankfurt a. Main/New York 1982); *Günther Schulz,* Die Arbeiter und Angestellten bei Felten & Guilleaume. Sozialgeschichtliche Untersuchung eines Kölner Industrieunternehmens im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert (Wiesbaden 1979); *Rudolf Vetterli,* Industriearbeit, Arbeiterbewußtsein und gewerkschaftliche Organisation. Dargestellt am Beispiel der Georg Fischer AG (1890–1930) (Göttingen 1978).

[6] Zur Forschungslage vgl. *Gerhard A. Ritter,* Arbeiterkultur im deutschen Kaiserreich. Probleme und Forschungsansätze, in: *ders.* (Hrsg.), Arbeiterkultur (Königstein/Ts. 1979) 15–39; *Peter Borscheid,* Alltagsgeschichte – Modetorheit oder neues Tor zur Vergangenheit?, in: *Wolfgang Schieder, Volker Sellin* (Hrsg.), Sozialgeschichte in Deutschland. Entwicklungen und Perspektiven im internationalen Zusammenhang, Band 3 (Göttingen 1987) 78–100; *Lothar Steinbach,* Sozialgeschichte, Arbeitergeschichte, erinnerte Geschichte. Anmerkungen zu Erträgen neuer Oral-History-Forschungen in der deutschsprachigen Historiographie, in: Archiv für Sozialgeschichte 28 (1988) 541–600.

[7] Als Beispiele solcher Verknüpfung seien neben den in Anmerkung 5 erwähnten Studien von *Ditt, Grüttner, Mooser, Tenfelde* und *Vetterli* genannt: *Willi Breunig,* Soziale Verhältnisse der Arbeiterschaft und sozialistischen Arbeiterbewegung in Ludwigshafen am Rhein 1869–1919 (Ludwigshafen 1976); *Ilse Fischer,* Industrialisierung, sozialer Konflikt und politische Willensbildung in der Stadtgemeinde. Ein Beitrag zur Sozialgeschichte Augsburgs 1840–1914 (Augsburg 1977); *David F. Crew,* Town in the Ruhr. A Social History of Bochum 1860–1914 (New York 1979); *Adelheid von Saldern,* Vom Einwohner zum Bürger. Zur Emanzipation der städtischen Unterschicht Göttingens 1890–1920. Eine sozial- und kommunalhistorische Untersuchung (Berlin 1973); *Volker Ullrich,* Die Hamburger Arbeiterbewegung vom Vorabend des Ersten Weltkrieges bis zur Revolution 1918/1919, 2 Bde. (Hamburg 1976); *Friedhelm Boll,* Massenbewegungen in Niedersachsen 1906–1920. Eine sozialgeschichtliche Untersuchung zu den unterschiedlichen Entwicklungstypen Braunschweig und Hannover (Bonn 1981); *Erhard Lucas,* Zwei Formen von

vielen begrenzteren Studien wird dieser Zusammenhang weitgehend ausgeklammert. Damit wird aber nicht nur der Geschichte der Arbeiterschaft, die eben *auch* eine Geschichte der Schaffung eigener Organisationen zur Verbesserung der sozialen Lage und zum Schutz gegen Not, zur Pflege von Geselligkeit, vor allem aber zur Vertretung der Arbeiterinteressen gegenüber Staat und Gesellschaft war, eine wichtige Dimension genommen. Zudem werden damit auch Wege zu einem vertieften Verständnis der Entwicklung der Arbeiterorganisationen nicht begangen.

Das Ziel des vom 24. bis 26. März 1988 vom Historischen Kolleg in München veranstalteten Kolloquiums, dessen Ergebnisse hier vorgelegt werden, war es, auch durch die Art der Themen- und Fragestellung die politische und soziale Geschichte der Arbeiterbewegung miteinander und mit wichtigen Aspekten der allgemeinen Geschichte des Deutschen Kaiserreiches zu verknüpfen. Im Zentrum des Kolloquiums standen der Aufstieg der Sozialdemokratie zu der mit Abstand größten Partei Deutschlands und der Durchbruch der sozialistischen Freien Gewerkschaften zur Massenbewegung und zu einer der mächtigsten Interessenvertretungen des Kaiserreiches. Dieser Aufstieg der sozialistischen Arbeiterorganisationen war dabei weder kontinuierlich noch in allen Teilen des Reiches gleichmäßig. Obwohl die Sozialdemokratie sich als nationale Partei verstand und schließlich – im Gegensatz zu allen anderen deutschen Parteien der Zeit – in allen Reichstagswahlkreisen kandidierte[8] und eigene Organisationen aufzubauen versuchte, hatte sie doch eindeutige regionale und lokale Hochburgen, vor allem in protestantischen Großstädten und Industriezentren, wie auch weite Gebiete, vor allem im Osten und in katholischen Agrarregionen, in denen sie nur wenige Anhänger bei Reichstagswahlen mobilisieren und keine dauerhaften Organisationen etablieren konnte. Die Entwicklung der Gewerkschaften war sogar noch stärker von den spezifischen Bedingungen der einzelnen Branchen und Berufe, der Qualifikation, Konfession und Nationalität der Arbeiter und ihrer Wohnweise in der Stadt oder auf dem Land sowie den sozialen, ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen in den einzelnen Bundesstaaten und Regionen abhängig.

Um die unterschiedliche Entwicklung zu erklären, mußte also *erstens* nach den die Ausbreitung der sozialistischen Arbeiterorganisationen fördernden bzw. hemmenden Faktoren gefragt werden. Im engen Zusammenhang damit stand die *zweite* Frage nach der sozialen Zusammensetzung der Wählerschaft der Sozialdemokratie und der sozialen Trägerschaft der Parteiorganisation und der Gewerkschaften. Derartige Untersuchungen zur Sozialstruktur der Arbeiterbewegung sind nicht nur an sich interessant; sie sind auch eine wichtige Grundlage für die Beurteilung der in der Forschung kontroversen Fragen, ob die Sozialdemokratie vor 1914 mit etwa 35% der Wähler bei Reichstagswahlen eine natürliche Grenze ihrer Ausdehnung erreicht hatte und damit kaum Chancen besaß, über die Parlamente ihre Machtstellung entscheidend zu ver-

Radikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung (Frankfurt 1976) (Ein Vergleich zwischen Remscheid und Hamburg); *Mary Nolan,* Social democracy and society. Working-Class radicalism in Düsseldorf, 1890–1920 (Cambridge etc. 1981).

[8] Vgl. die Statistik über die Zahl der von der Partei aufgestellten Kandidaten in Reichstagswahlen, in: *Gerhard A. Ritter* unter Mitarbeit von *Merith Niehuss,* Wahlgeschichtliches Arbeitsbuch. Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1871–1918 (München 1980) 121.

stärken, und ob die Gewerkschaften – angesichts der ihre Ausbreitung behindernden politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen – in den letzten Jahren vor 1914 ihr Potential ausgeschöpft hatten und in eine Sackgasse geraten waren. Ein *dritter* Fragenkomplex hat die Zusammenhänge zwischen den nach Staat, Region, Ort und Branchen unterschiedlichen Verhältnissen und dem Charakter und konkreten Vorgehen der Arbeiterorganisationen zum Thema. Nur so kann geklärt werden, ob der Reformismus bzw. Radikalismus der Arbeiterorganisationen sich wenigstens teilweise aus den divergierenden politischen Rahmenbedingungen, in denen sie operierten, und der jeweils spezifischen Sozial- und Wirtschaftsstruktur ableiten läßt.

Natürlich war es unmöglich, diese drei Fragen systematisch oder gar flächendekkend im Kolloquium zu behandeln. Sie konnten nur als generelle Hinweise für die Bearbeitung der speziellen Referate gelten, die an ausgewählten Beispielen vor allem die Ausbreitung und die Struktur der Wählerschaft und Mitgliedschaft der Sozialdemokratie und die Entwicklung der Gewerkschaften und der Arbeitskämpfe behandelten.

Die meisten der Referate wurden aufgrund der Diskussion im Kolloquium für die Publikation in diesem Sammelband überarbeitet. Die Fragestellungen und der Gegenstand der Untersuchungen machten dabei häufig die Auswertung umfangreichen statistischen Materials in Tabellen als Grundlage der Analyse notwendig. Auf den Abdruck der Diskussionen wurde bis auf zwei Fälle verzichtet, um den Band nicht noch stärker anschwellen zu lassen. Diese zwei Ausnahmen betreffen zum einen die Ausführungen von Stephan Bleek über die Sozialdemokratie im Münchener Westend, die aus einem längeren Diskussionsbeitrag entwickelt wurden, und zum anderen die am Schluß wiedergegebene Diskussion über Probleme der Geschichte der Sozialdemokratie. Diese Diskussion wurde in der Mitte der Konferenz durch einen Beitrag des Jenaer Historikers Dieter Fricke ausgelöst, dem daher auch das Recht zu einem Schlußwort eingeräumt wurde. Sie macht gewisse Konvergenzen vor allem hinsichtlich der Methode und des Gegenstandes einer Geschichte der Arbeiterbewegung in der DDR und in der Bundesrepublik Deutschland deutlich, ohne aber die weiterhin bestehenden grundsätzlichen Unterschiede u. a. in der Beurteilung des Charakters der Gesellschaft, der Begrifflichkeit und der Bewertung der Entwicklung der Arbeiterorganisationen zu vertuschen.

Zur leichteren Orientierung des Lesers werden im folgenden einige der Ergebnisse der hier vorgelegten Forschungen zusammengefaßt.

Im *ersten* der vier Teile des Sammelbandes wird die Entwicklung der Sozialdemokratie im Reich und in den fünf größten Bundesstaaten Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg und Baden vor allem in wahlhistorischen Studien, die die politische Geschichte mit der Geschichte der Gesellschaft verbinden, untersucht. Dabei werden neben den Reichstagswahlen die Landtagswahlen sowie in einigen Fällen auch die Kommunalwahlen berücksichtigt und die Auswirkungen des Wahlrechts auf die parlamentarische Vertretung und die Politik der Partei erörtert.

Der Beitrag von Peter *Steinbach* analysiert vor allem den Platz der Sozialdemokratie im Parteiensystem des Deutschen Reiches. Er zeigt, wie die sich seit 1890 durchsetzende Praxis der Sozialdemokratie, in allen Wahlkreisen Kandidaten aufzustellen, zu

einer Zersplitterung der Kräfte der Partei im Wahlkampf führte und die Tendenz der anderen Parteien, sich in Stichwahlen gegen die Sozialdemokratie zu verbinden, förderte, so daß diese Praxis den Gewinn von Mandaten auf die Dauer erschwerte. Mit ihrem Vorgehen im Wahlkampf hat die Sozialdemokratie wesentlich zur Mobilisierung der Wähler, zur Nationalisierung der Politik, zum Wandel des Parteiensystems und zum Übergang von der Honoratioren- zur Massenpolitik beigetragen.

Der Aufsatz von Bernhard *Mann* untersucht die in der Partei zunächst sehr umstrittene wachsende Beteiligung der Sozialdemokratie an den Landtagswahlen in Preußen zwischen 1898 und 1913. Er zeigt, daß nicht nur die Einteilung der Wähler nach ihrem Steuerbeitrag in drei Abteilungen oder Klassen, die die wohlhabenden Wähler zuungunsten der ärmeren Schichten stark bevorzugte, sondern auch die Vorschrift der offenen Stimmabgabe, die zur massiven Beeinflussung der Wähler ausgenützt wurde, sowie das außerordentlich komplizierte und zeitraubende Wahlverfahren die Mobilisierung der Wähler erschwerten. Obwohl die Sozialdemokratie aufgrund des Wahlrechts und des Wahlverfahrens nur wenige Mandate seit 1908 für den preußischen Landtag gewinnen konnte, hat doch ihr Eingreifen in den Wahlkampf wesentlich zur Politisierung der Wahl beigetragen und – wie die zunehmende Mitwirkung der Partei an Kommunalwahlen – die Konkurrenz zu den Liberalen verschärft, die ihre Machtstellung in den preußischen Städten nur noch mit Hilfe der bestehenden undemokratischen Wahlsysteme behaupten konnten. In der Sozialdemokratie selbst hat der Kampf um die Reform des preußischen Wahlrechts die politische Abschottung von den anderen Parteien verstärkt und den Tendenzen zur Ergänzung der parlamentarischen Auseinandersetzungen um außerparlamentarische Aktionen und zur Radikalisierung der Parteipolitik Auftrieb gegeben.

Der Beitrag von Gerhard A. *Ritter* zeigt am Beispiel des „roten Königreichs" Sachsen, des am stärksten industrialisierten deutschen Staates und einer der ältesten Hochburgen der Sozialdemokratie, wie das Wahlrecht zweimal, 1896 und 1909, völlig verändert wurde, um eine sozialdemokratische Mehrheit bzw. einen zu starken sozialdemokratischen Einfluß im sächsischen Landtag zu verhindern. Die im Zusammenhang mit den intensiven Wahlrechtsdiskussionen vom Sächsischen Statistischen Landesamt für mehrere Wahlen angefertigte Individualstatistik sämtlicher Landtagswähler nach Beruf, Einkommen, Alter, Wahlberechtigung und Wahlbeteiligung läßt zwar eine unmittelbare Zuordnung der erfaßten sozialen und wirtschaftlichen Merkmale der Wähler auf die Kandidaten der Parteien nicht zu, erlaubt aber trotzdem eine vorsichtige Analyse der Wählerschaft der Sozialdemokratie. Diese zeigt, daß die jeweilige Stärke der Sozialdemokratie in den einzelnen Landtagswahlkreisen im engen Zusammenhang mit dem Grad der Industrialisierung und besonders dem Anteil der Arbeiterschaft unter den Wahlberechtigten stand.

Hatte die eindeutige Dominanz der Sozialdemokratie bei den Reichstagswahlen in Sachsen dazu geführt, daß die anderen Parteien sich gegen sie in der Landespolitik verbündeten und damit ihren Einfluß rigoros beschränkten, so konnte die Sozialdemokratie in den drei süddeutschen Staaten Bayern, Württemberg und Baden, in denen die Partei aufgrund der politischen, sozialen und konfessionellen Struktur keine Chance hatte, eine absolute Mehrheit der Landtagssitze zu erlangen, und auch die

Klassengegensätze insgesamt weniger scharf ausgeprägt waren, einen wesentlichen Einfluß auf die Landespolitik und vor allem auf die Reform des Landtags- und des Gemeindewahlrechts nach 1900 gewinnen. Wie der Aufsatz von Merith *Niehuss* zeigt, konnte die SPD dabei sowohl in den Landtagswahlkämpfen wie auch im Landtag selbst mit anderen Parteien zusammenarbeiten, wobei in Bayern und Baden das wesentliche Ziel dieser allerdings wechselnden politischen Allianzen war, die absolute Mehrheit einer einzelnen Partei zu brechen bzw. die Gewinnung einer solchen Mehrheit zu verhindern.

Das Überblicksreferat wird ergänzt durch ein Korreferat von Hartwig *Brandt* über die Stellung der Sozialdemokratie Württembergs im Parteiensystem des frühen Kaiserreichs, die durch die späte Trennung der bürgerlichen von der proletarischen Demokratie und das lange Zeit andauernde enge Konkurrenz- und Kooperationsverhältnis mit der Württembergischen Volkspartei in der Landespolitik gekennzeichnet war. In einem weiteren Korreferat stellt Klaus *Tenfelde* aufgrund eines sozialhistorischen Ansatzes die Frage, inwieweit die Besonderheit der zwar frühen, aber nur punktuellen und eher zögerlichen Industrialisierung Bayerns und der anhaltend ländlich-agrarischen Struktur weiter Teile des Staates die Entwicklung der Sozialdemokratie gehemmt, aber auch das politische Vorgehen der Partei, die vor allem in der Landes- und Kommunalpolitik eine große Bürgernähe aufwies, geprägt hat. Daß es neben der pragmatischen Zusammenarbeit mit anderen politischen Kräften und der Tendenz zur Abschleifung sozialer Gegensätze auch in Bayern Zentren einer ausgeprägt klassenbewußten Arbeiterschaft gab, ist aus den Forschungen über Nürnberg, Augsburg und einige kleinere bayerische Industriestädte bereits bekannt[9]. Auch in Teilen Münchens kam es, wie die auf umfangreichen eigenen Forschungen beruhenden Ausführungen von Stephan *Bleek* über das Münchener Westend zeigen, zur Herausbildung eines auf einer weitgehend homogenen Sozialstruktur aufbauenden sozialdemokratischen Wählermilieus, das trotz der katholischen Konfession der weit überwiegenden Masse der Wähler in scharfer Konfrontation zur katholischen Kirche und zum Zentrum stand.

Im *zweiten* Teil werden aufgrund vor allem lokal- und regionalgeschichtlicher Quellen und Darstellungen der Charakter und die Ausbreitung der Parteiorganisation sowie die soziale Zusammensetzung der Mitgliedschaft und einer Gruppe der politischen Elite der Partei untersucht.

Der Beitrag von Dieter *Fricke* behandelt zunächst – nach grundsätzlichen Ausführungen über die Situation der Sozialdemokratie im Kaiserreich – die im wesentlichen durch die staatliche Gesetzgebung und Unterdrückungspraxis bedingte Periodisierung in der Entwicklung der Parteiorganisation, in der die Mitgliedschaft erst seit 1905/06

[9] Vgl. neben der in Anmerkung 7 erwähnten Arbeit von Ilse Fischer über Augsburg: *Georg Gärtner,* Die Nürnberger Arbeiterbewegung 1868–1908 (Nürnberg o.J. [1908]); *Dieter Rossmeissl,* Arbeiterschaft und Sozialdemokratie in Nürnberg 1890–1914 (Nürnberg 1977); *Christa Landgrebe,* Zur Entwicklung der Arbeiterbewegung im südost-bayerischen Raum. Eine Fallstudie am Beispiel Kolbermoor (München 1980); *Klaus Tenfelde,* Proletarische Provinz. Radikalisierung und Widerstand in Penzberg/Oberbayern 1900–1945 (München/Wien 1987); *Klaus-Dieter Schwarz,* Weltkrieg und Revolution in Nürnberg. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (Stuttgart 1971).

eindeutig definiert und zentral erfaßt wurde. Der Aufsatz erörtert die ungleiche territoriale Stärke der Organisation der Sozialdemokratie, die (noch eindeutiger als bei den Wählern) ihre Hochburgen in den Großstädten und Industriezentren hatte, und betont, daß lange nicht alle organisationsfähigen Arbeiter der SPD angehörten, deren Mitgliedschaft weit hinter ihrer Wählerschaft, aber auch der Mitgliedschaft der Freien Gewerkschaften zurückblieb.

Der Aufsatz von Adelheid *von Saldern* faßt die meist nur für einzelne Orte und Regionen vorliegenden Informationen und Interpretationen zur klassen-, schichten- und berufsspezifischen Struktur der Mitgliedschaft der Sozialdemokratie zusammen und untersucht die soziokulturellen Determinanten, die einen Eintritt in die Partei begünstigten und erschwerten. Die Studie, die quantitative und qualitative Analysen verbindet, kommt zu dem Ergebnis, daß vor allem eine Mittelschicht evangelischer oder aus der Kirche ausgetretener, männlicher, relativ junger Facharbeiter mit handwerklicher Ausbildung, besonders in den Berufen der Metallverarbeitung, im Holzgewerbe oder auf dem Bausektor, den Weg in die Sozialdemokratie fand. Dagegen waren sowohl die Arbeiter-Aristokratie hochqualifizierter gut verdienender Arbeiter (etwa in der polygraphischen Industrie) wie auch ungelernte Arbeiter und Frauen nur schwer, die unterproletarischen Schichten des sogenannten „Lumpenproletariats" (z. B. der Wanderarmen und der Gelegenheitsarbeiter) gar nicht für die Sozialdemokratie zu gewinnen.

Der Beitrag von Wilhelm Heinz *Schröder* untersucht in Form einer Kollektiv-Biographie anhand von 17 ausgewählten Fragen u. a. zum Alter, zur sozialen Herkunft, Konfession, schulischen und beruflichen Bildung und beruflichen Karriere das soziale Profil der sozialdemokratischen Kandidaten in den Reichstagswahlen von 1898 bis 1912. Aufschlußreich ist vor allem, daß fast $^4/_5$ der Kandidaten aus der Schicht der gelernten Arbeiter kamen, mehr als $^4/_5$ nur die Volksschule besucht hatten und schließlich über $^3/_4$ eine hauptamtliche Funktion in der Arbeiterbewegung ausübten und in der Zeit der Weimarer Republik häufig, wenn auch oft nur für kurze Zeit, führende Positionen in der Regierung oder der Verwaltung von Reich und Ländern bzw. den Kommunalverwaltungen übernahmen.

Die im *dritten* Teil aufgenommenen Studien behandeln aufgrund einer Verbindung wahlhistorischer, organisationsgeschichtlicher und sozialhistorischer Fragestellungen und Methoden an konkreten Beispielen die Herausbildung eines „sozialdemokratischen Milieus" und dessen Einbettung in das Umfeld von Staat, Gemeinde und bürgerlicher Gesellschaft.

Der Aufsatz von Dieter *Hertz-Eichenrode* untersucht die Parteiorganisation sowie die Wahlkämpfe der SPD in der Reichshauptstadt Berlin, die mit über 50% sozialdemokratischer Stimmen bei allen Reichstagswahlen seit 1890 und über 75% in der letzten allgemeinen Wahl vor dem Ersten Weltkrieg 1912 zur stärksten und wichtigsten Hochburg der Partei wurde. Auch bei den Wahlen zum preußischen Landtag 1908 und 1913 und bei den Stadtverordnetenwahlen seit 1883 hat die Sozialdemokratie trotz der massiven Benachteiligung der ärmeren Schichten durch das Wahlrecht erhebliche Erfolge erzielen können. In der Analyse der Reichstagswahlen wird nachgewiesen, daß – erwartungsgemäß – die Wählerschaft der Sozialdemokratie desto größer war, je dichter die Bevölkerung wohnte und je proletarischer ihre Lebensverhältnisse

waren. In der Untersuchung der Geschichte der Berliner Parteiorganisation wird gezeigt, daß diese, weitgehend durch das erst 1899 aufgehobene Verbindungsverbot politischer Parteien bedingt, von der Mitte der 1870er Jahre bis 1905 durch den Dualismus zwischen einer offenen Organisation in Wahlkreisvereinen und einer auf den Wohnquartieren aufbauenden, vor allem von jungen Funktionären getragenen Geheimorganisation gekennzeichnet war.

Der u.a. auf einer breiten Basis archivalischer Quellen beruhende Beitrag von Peter Christian *Witt* untersucht am Beispiel der mittelgroßen protestantischen preußischen Industriestadt Harburg die Herausbildung einer Hochburg der Sozialdemokratie. Die Partei konnte in der Stadt bei den Reichstagswahlen von 1912 fast ⅔ der Stimmen aller Wahlbeteiligten auf sich vereinen und gewann auch bei den preußischen Landtagswahlen von 1913 eine klare Mehrheit in der ersten und zweiten Wählerklasse. Aufgrund der Zusammenfassung der Stadt mit den umliegenden Landbezirken in einen Wahlkreis konnte sie jedoch vor 1914 keine Mandate im Reichstag oder preußischen Abgeordnetenhaus erringen und war auch im Bürgervorsteherkollegium, auf dessen Wahl die weit überwiegende Masse der Einwohner wegen der Bindung des Stimmrechts an den sehr kostspieligen Erwerb des Bürgerrechts keinen Einfluß hatte, nicht vertreten. Die Untersuchung zeigt, daß die Sozialdemokratie über den Kreis der Arbeiter und der kleinen Angestellten hinaus offenbar auch Angehörige des öffentlichen Dienstes und des selbständigen Kleinbürgertums bei Wahlen für die Partei mobilisieren konnte. Die Ursachen dafür werden vor allem in der Herausbildung einer weit gefächerten sozialdemokratischen Infrastruktur mit wichtigen Serviceleistungen für die städtische Bevölkerung sowie in der Existenz eines einseitig an den ökonomischen Interessen der Grundbesitzer und des Großbürgertums ausgerichteten nationalliberalen Klüngels und dessen Dominanz in der Stadtpolitik gesehen.

Im Kontrast zu dieser Detailanalyse einer konfessionell relativ homogenen sozialdemokratischen Hochburg mit einer weitgehend diversifizierten Gewerbestruktur behandelt Karl *Rohe* in seiner Studie über die vier Reichstagswahlkreise der Ruhr das bedeutendste deutsche Industriegebiet, das durch die Dominanz der Schwerindustrie, die Mischung der Konfessionen und die starke Zuwanderung aus dem Osten gekennzeichnet war. Die Untersuchung zeigt, wie das in der Zeit des Kulturkampfes in den 1870er Jahren ausgebildete regionale Zwei-Lager-System des von der Zentrumspartei repräsentierten politischen Katholizismus und des vor allem von den Nationalliberalen vertretenen protestantisch-bürgerlich-nationalen Lagers erst relativ spät durch die Entwicklung der Sozialdemokratie zu einer Massenpartei zu einem Drei-Parteien-System umgeformt wurde. Kennzeichnend für das Ruhrgebiet war die Vielfalt der Arbeitermilieus, die im Gegensatz zu Harburg oder Berlin nicht zu *einem* sozialdemokratischen Milieu verfestigt waren.

Im *vierten* Teil des Bandes geht es um spezifische Probleme in der Entwicklung der deutschen Gewerkschaften, deren Erforschung in der letzten Zeit besonders große Fortschritte gemacht hat. Während sich die frühe Geschichtsschreibung über die Gewerkschaften weitgehend auf die Geschichte der Organisationen im engeren Sinn und das Verhältnis der Gewerkschaften zum Staat und zu den politischen Parteien konzentrierte, haben einige der neueren Arbeiten durch die Einbeziehung von Streiks,

Lohnbewegungen und Tarifverträgen und die stärkere Berücksichtigung der Haltung der Arbeitgeber die Geschichte der Gewerkschaften in die Geschichte der industriellen Beziehungen eingebettet. Daneben gibt es Versuche, auch die Mitgliederstruktur der Gewerkschaften nach Qualifikation und Geschlecht zu analysieren. Außerdem wurde gefragt, welche Auswirkungen die Konjunkturentwicklung und die Dynamik des wirtschaftlichen und sozialen Wandels sowie die Veränderungen der Arbeitsbedingungen durch Rationalisierungsmaßnahmen und technologischen Fortschritt auf die Organisationsarbeit der Gewerkschaften zeigten[10], und damit der Versuch unternommen, die Gewerkschaftsgeschichte nicht nur mit der Politik- und der Sozialgeschichte, sondern auch mit der Wirtschafts- und Technikgeschichte zu verknüpfen.

Aus dem breiten Forschungsgebiet können die hier vorliegenden Studien nur einige Aspekte behandeln. Der Beitrag von Klaus *Schönhoven* analysiert auf der Basis zeitgenössischen statistischen Materials die keineswegs kontinuierliche und gleichmäßige, sondern vor allem von der Konjunkturlage, der Zusammensetzung der Arbeiterschaft und der Haltung der staatlichen und kommunalen Behörden sowie der Arbeitgeber abhängige regionale und z.T. auch branchenspezifische Ausbreitung der Gewerkschaften. Die Studie kommt zu dem Ergebnis, daß die Gewerkschaften ihren eindeutigen Schwerpunkt in den Großstädten hatten, in den Mittel- und Kleinstädten nur einen sehr viel kleineren Teil der Arbeiter organisieren konnten und in Landstädten und dörflichen Gemeinden bis 1914 kaum Fuß faßten. Von den Bundesstaaten des Deutschen Reiches wiesen die Hansestädte Hamburg, Bremen und Lübeck und danach Sachsen sowie die thüringischen Kleinstaaten den höchsten Grad der gewerkschaftlichen Organisation auf. In Süddeutschland konnten die Gewerkschaften vor allem nach der Jahrhundertwende erhebliche Fortschritte machen, in Westdeutschland und vor allem in den preußischen Ostgebieten lag dagegen der Anteil der organisierten Arbeiter weit unter dem Durchschnitt im Reich. Unter den Industriezweigen nahm das polygraphische Gewerbe mit weitem Abstand vor der Holzindustrie und der Metallverarbeitung hinsichtlich des Anteils der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter die Spitzenposition ein. Die Gewerkschaften konnten auf der anderen Seite in der Textilindustrie, in der Bekleidungsindustrie und in der Gastronomie, die einen hohen Anteil an Frauen unter den Arbeitnehmern hatten, nur einen kleinen Bruchteil der Arbeiter erfassen wie auch in der Nahrungsmittelindustrie und in der Industrie der Steine und Erden, deren überwiegend ungelernte Arbeitskräfte meist in ländlichen Verhältnissen verwurzelt waren.

Im Aufsatz von Friedhelm *Boll* wird, in Auseinandersetzung mit den Thesen von

[10] Vgl. neben den in den Anmerkungen 4 und 5 erwähnten Studien von *Renzsch, Boch, Eisenberg, Vetterli* und *Grüttner* vor allem *Marina Cattaruzza,* Arbeiter und Unternehmer auf den Werften des Kaiserreichs (Stuttgart 1988); *Karl Gustav Werner,* Organisation und Politik der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände in der deutschen Bauwirtschaft (Berlin 1968); *Wilhelm Heinz Schröder,* Arbeitergeschichte und Arbeiterbewegung. Industriearbeit und Organisationsverhalten im 19. und frühen 20. Jahrhundert (Frankfurt a. Main/New York 1978); *Ilse Costas,* Auswirkungen der Konzentration des Kapitals auf die Arbeiterklasse in Deutschland (1880–1914) (Frankfurt a. Main/New York 1981); *Klaus Tenfelde, Heinrich Volkmann* (Hrsg.), Streik. Zur Geschichte des Arbeitskampfes in Deutschland während der Industrialisierung (München 1981); *Wolfgang J. Mommsen, Hans-Gerhard Husung* (Hrsg.), Auf dem Wege zur Massengewerkschaft. Die Entwicklung der Gewerkschaften in Deutschland und Großbritannien 1880–1914 (Stuttgart 1984).

einer im wesentlichen kontinuierlichen Entwicklung der Gewerkschaften und von der Tendenz zur Rationalisierung und Modernisierung der Arbeitskämpfe, die Bedeutung von Streikwellen für die gewerkschaftliche Mobilisierung der Arbeiter herausgearbeitet. Weiterhin werden vor allem die auffälligen regionalen Unterschiede in der Beteiligung von Arbeitern an Arbeitskämpfen, an gewerkschaftlicher Organisation und an Tarifverträgen untersucht. Der Nachweis einer deutlich geringeren Beteiligung der Arbeiter der süddeutschen Staaten Bayern, Württemberg und Baden an Streiks und Aussperrungen bei einer insgesamt schließlich über dem Reichsdurchschnitt liegenden Erfassung durch Tarifverträge scheint die vor allem im Beitrag von Merith Niehuss am Beispiel der Sozialdemokratie entwickelte These von dem milderen sozialen Klima und der weniger scharf ausgeprägten Isolation der Arbeiterorganisationen in Süddeutschland auch für die Gewerkschaften zu bestätigen.

Die überregionale branchenspezifische Fallstudie von Marina *Cattaruzza* über die gewerkschaftliche Organisation in der privatwirtschaftlich organisierten Werftindustrie des Kaiserreiches zeigt, wie die vielen Berufen angehörenden und sehr unterschiedlich qualifizierten Arbeiter dieser Industrie im letzten Jahrzehnt vor 1914 zu einer einheitlich handelnden Arbeitergruppe zusammenwuchsen, die zu ihrer Interessenvertretung eine moderne, die Arbeiter der privaten Werften fast vollständig erfassende Industriegewerkschaft im Rahmen des deutschen Metallarbeiterverbandes herausbildete. Dabei wurde der Organisationsprozeß auf seiten der Gewerkschaften nicht nur durch den weitgehend einheitlichen Arbeitsmarkt, sondern wesentlich auch durch die frühe straffe Organisation der Arbeitgeber des Industriezweiges, die die Waffe der Aussperrung rigoros anwandten, sowie durch den schließlichen Übergang zu Tarifverhandlungen auf nationaler Ebene gefördert.

Die Aufsätze des Sammelbandes machen m. E. deutlich, daß die sozialistischen Arbeiterorganisationen in enger Verknüpfung und Wechselwirkung mit den Organen des Staates, der Kommunen und der Arbeitgeber, mit den Institutionen und politisch-sozialen Kräften der bürgerlichen Gesellschaft standen, die ihre Ausbreitung und ihren Charakter wesentlich beeinflußten. Insgesamt scheint es irreführend, die Entwicklung der Klassenbeziehungen im Deutschen Kaiserreich auf einen Nenner bringen zu wollen. Wie insbesondere die Vergrößerung des Nord-Süd-Gefälles im sozialen Klima und in der Behandlung der Arbeiterorganisationen zeigt, gab es offenbar vor allem seit der Jahrhundertwende gegenläufige Prozesse. Diese liefen zum einen auf eine noch schärfere Polarisierung der Gesellschaft und eine zunehmende politische und soziale Diskriminierung und Isolierung der Arbeiterbewegung hinaus. Zum anderen ließen sie aber ebenfalls – auch durch das hier nicht thematisierte Wirken der staatlichen und kommunalen Sozialpolitik und der Träger der kirchlichen und bürgerlichen Sozialreform[11] bedingt – Tendenzen zur allmählichen Abschleifung von sozialen Gegensät-

[11] Vgl. *Gerhard A. Ritter,* Der Sozialstaat. Entstehung und Entwicklung im internationalen Vergleich (München 1989); *ders.,* Sozialversicherung in Deutschland und England. Entwicklung und Grundzüge im Vergleich (München 1983); *Rüdiger vom Bruch* (Hrsg.), „Weder Kommunismus noch Kapitalismus". Bürgerliche Sozialreform vom Vormärz bis zur Ära Adenauer (München 1985); *Ursula Ratz,* Sozialreform und Arbeiterschaft. Die „Gesellschaft für soziale Reform" und die sozialdemokratische Arbeiterschaft von der Jahrhundertwende bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges (Berlin 1980).

zen, zur sozialen Reform sowie zur stärkeren Einbindung der Arbeiter und schließlich auch ihrer Organisationen in Staat und Gesellschaft erkennen. Die Fragen, ob ohne den Ersten Weltkrieg einer dieser konträren Prozesse schließlich dominierend geworden wäre oder ob die gegenläufigen Entwicklungen geblieben und gar noch verschärft worden wären und welche Konsequenzen das für die Arbeiterbewegung gehabt hätte, sind vom Historiker nicht zu beantworten.

Den Referenten und Korreferenten, den Diskutanten und allen anderen Teilnehmern des Kolloquiums danke ich für ihr Interesse und ihre Bereitschaft, sich auf die von mir gestellten Fragen und Themen, die z.T. erhebliche Forschungsarbeiten notwendig machten, einzulassen. Das Historische Kolleg hat die Vorbereitung, Durchführung und Finanzierung des Kolloquiums übernommen, die Bayerische Akademie der Wissenschaften den Sitzungssaal zur Verfügung gestellt. Zur reibungslosen Organisation des Kolloquiums haben Herr Georg Kalmer, Frau Elsa Lang, Frau Ulrike Haerendel, Frau Friederike Köchling und vor allem Frau Dr. Elisabeth Müller-Luckner beigetragen. Frau Dr. Müller-Luckner hat mich auch bei der Redaktion und Drucklegung des vorliegenden Bandes wesentlich unterstützt. Herr Christian Berringer hat die Register angefertigt. Für all dies möchte ich mich bedanken.

Allmannshausen, Juni 1989 Gerhard A. Ritter

Verzeichnis der Tagungsteilnehmer

Dr. Stephan Bleek, München
Priv. Doz. Dr. Friedhelm Boll, Bonn
Prof. Dr. Hartwig Brandt, Marburg/Lahn
Priv. Doz. Dr. Rüdiger vom Bruch, München
Dr. Marina Cattaruzza, Triest
Prof. Dr. Waclaw Długoborski, Kattowitz
Prof. Dr. Roger Dufraisse, Paris (Stipendiat des Historischen Kollegs 1987/88)
Prof. Dr. Jürgen W. Falter, München
Prof. Dr. Gerald D. Feldman, Berkeley/Calif.
Dr. Jens Flemming, Hamburg
Prof. Dr. Dieter Fricke, Jena
Ulrike Haerendel, München (Historisches Kolleg)
Prof. Dr. Dieter Hertz-Eichenrode, Berlin
Stefan Immerfall, Passau
Georg Kalmer, München (Historisches Kolleg)
Friederike Köchling, München (Historisches Kolleg)
Prof. Dr. Bernhard Mann, Tübingen
Dr. Elisabeth Müller-Luckner, München (Historisches Kolleg)
Dr. Merith Niehuss, München
Brigitta Oestreich, Kochel
Prof. Dr. Gerhard A. Ritter, München (Stipendiat des Historischen Kollegs 1987/88)
Prof. Dr. Karl Rohe, Essen
Prof. Dr. Adelheid von Saldern, Hannover
Prof. Dr. Klaus Schönhoven, Mannheim
Prof. Dr. Klaus Schreiner, Bielefeld (Stipendiat des Historischen Kollegs 1987/88)
Priv. Doz. Dr. Wilhelm Heinz Schröder, Köln
Prof. Dr. Peter Steinbach, Passau
Prof. Dr. Klaus Tenfelde, Innsbruck
Prof. Dr. Peter-Christian Witt, Hamburg

I. Die Sozialdemokratie im Parteien- und Wahlsystem des Deutschen Reiches und der größeren Bundesstaaten

Peter Steinbach

Die Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie im Kaiserreich im Spiegel der historischen Wahlforschung

Die deutschen Sozialdemokraten erlebten den Aufstieg ihrer Partei vor dem Ersten Weltkrieg vor allem im Spiegel von Wahlergebnissen, die bis auf wenige Ausnahmen gleichbedeutend mit Wahlerfolgen waren[1]. Gewonnene Mandate, Stimmanteile und Organisationsdichte der Sozialdemokratie schlagen die Historiker zwar weniger in Bann wie die Zeitgenossen, die sich innerlich durch ihre Einschätzungen beflügeln – oder, als Gegner der SPD, abschrecken ließen. Dennoch ist unbestreitbar, daß die Faszination unausweichlicher Wahlerfolge bis heute spürbar bleibt. Keine Darstellung verzichtet darauf zu erwähnen, daß manche Anhänger der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften fest davon überzeugt waren, die Partei werde mit einer an Sicherheit grenzenden Wahrscheinlichkeit zur stärksten politischen Kraft des Reichstags anwachsen[2].

Rückblickend werden die politischen Konsequenzen der sozialdemokratischen Siege heute, vor allem mit Blick auf das Verbandssystem, die parlamentarischen Willensbildungsprozesse und die Veränderung des Staates zum nicht mehr allein abwehrenden, sondern auch bewußten Gestalter der politischen Verhältnisse, zurückhaltender beurteilt. Die Folgen sozialdemokratischer Wahlerfolge müssen aus der Kenntnis des politischen Gesamtsystems, nicht mehr aber als isoliertes Ereignis der Parteigeschichte beurteilt werden[3]. Damit ist aber noch keineswegs die Übernahme der Elemente eines sozialdemokratischen Wahloptimismus gebrochen.

[1] Vgl. die Bedeutung, die in Arbeiterbiographien den Wahlkämpfen zugemessen wird. Wahlerfolge im regionalen Umfeld scheinen dabei die Bedeutung generationsprägender kategorialer Ereignisse zu erhalten.

[2] Vgl. das Interview, welches *Friedrich Engels* dem Korrespondenten der französischen Zeitung „Le Figaro" im Frühjahr 1893 gegeben hat, in: MEW 22, 538ff. Das Wahlergebnis kommentiert er weitaus zurückhaltender für den „Daily Chronicle" v. 1.7.1893, in: ebd. 544ff.

[3] Vgl. dazu *Gerhard A. Ritter,* Die Arbeiterbewegung im Wilhelminischen Reich. Die Sozialdemokratische Partei und die Freien Gewerkschaften 1890–1900 (Berlin ²1963) 232–234. Im folgenden zitiert: *Ritter,* Arbeiterbewegung.

Im Rahmen dieses Beitrags soll gezeigt werden, daß die Sozialdemokratie des Kaiserreiches bereits vor 1914 jene Grenzen erreichte, die auch nach 1918 und vielleicht sogar bis heute den Rahmen ihrer politischen Expansion auf dem demokratischen Massenmarkt bestimmen, also den vielfach erwähnten und diskutierten Anteil von etwa 35 Prozent der Gesamtstimmenzahl. Denn im Mittelpunkt der Überlegungen sollen weniger die Mandatszahlen stehen, die im Reichstag und vereinzelt auch in den Landtagen errungen wurden, als vielmehr die Stimmentwicklungen der Partei, die im Zusammenhang mit den Wahlergebnissen anderer konkurrierender Parteien gesehen werden müssen. Weiterhin ist hervorzuheben, daß im folgenden nicht nach den regionalspezifischen Besonderheiten sozialdemokratischer Wahlentwicklungen gefragt wird. Im Vordergrund des Interesses steht der Versuch, die Gesamtentwicklung sozialdemokratischer Stimmenanteile und Wahlerfolge zu bewerten und dabei die Konstellationen der sozialdemokratischen Gegenparteien zu berücksichtigen. Die hier vorgestellten Daten stützen sich auf die Auswertung deutscher Reichstagswahlergebnisse, die ursprünglich vorgenommen worden ist, um die Wahlergebnisse innerhalb einzelner Wahlkreise im Zeitablauf vergleichen und so besser beurteilen zu können. Innerregionale Entwicklungen machen jedoch ebensowenig wie Überlegungen zum Zusammenhang von Sozial- und Konfessionsstruktur auf der einen, von Wahlergebnissen auf der anderen Seite das Thema des vorliegenden Überblicks aus.

Unberücksichtigt bleibt auch die Frage nach der Wirkung unterschiedlicher Wahlrechtsbestimmungen und Wahlsysteme, so wichtig die vergleichende Untersuchung von Landtags- und Reichstagswahlergebnissen ist. Sie ist das Thema anderer Studien über Wahlrechtsdiskussionen und Wahlstatistiken, die im Zusammenhang mit einzelstaatlichen Wahlrechtsänderungen erstellt worden sind und schließlich den guten Ruf der amtlichen deutschen Wahlstatistik begründet haben. Eine Untersuchung zum Wahlrechts- und Wahlergebnisvergleich wird an anderer Stelle publiziert.

Es bietet sich allerdings an, ähnliche Untersuchungen wie die hier vorgelegten, für liberale, konservative und konfessionelle sowie regionalspezifische Parteien in Angriff zu nehmen. Wichtige Vorarbeiten sind bereits abgeschlossen worden. Ich denke, sie werden eine bessere Kenntnis des Interaktionsgefüges ermöglichen, welches nicht nur auf der Parteien-, sondern auch auf der Wählerebene die Wirkungen politischer Artikulation und Kommunikation bestimmt und damit über die Systemfunktionen politischer Organisationen und Institutionen entscheidet.

Wie kaum eine andere Partei bekennt sich die Sozialdemokratie zu den Grundzügen des allgemeinen, gleichen und geheimen, insbesondere auch des direkten Wahlrechts auf allen Ebenen des politischen Systems[4]. Dies unterscheidet sie von Linksliberalen[5] ebenso wie von der Zentrumspartei, die auf kommunaler und regionaler Ebene das Klassenwahlrecht rechtfertigen und die sozialen und politischen Positionen zu verteidigen suchen, die sie schon vor der Einführung des demokratischen Reichs-

[4] Vgl. *Alexander Misch,* Das Wahlsystem zwischen Theorie und Taktik: Zur Frage von Mehrheitswahl und Verhältniswahl in der Programmatik der Sozialdemokratie bis 1933 (Berlin 1974), im Zusammenhang mit *Ritter,* Arbeiterbewegung.

[5] *Werner Gagel,* Die Wahlrechtsfrage in der Geschichte der deutschen liberalen Parteien 1848–1919 (Düsseldorf 1958).

tagswahlrechts errungen haben[6]. Die Sozialdemokratie erhält durch ihre Erfolge bei den Reichstagswahlen einen Ausgleich für die wahlrechtlich bedingte Verengung ihrer Möglichkeiten zur konkreten Interessenvertretung auf gemeindeorientierter oder zur Interessenpolitik auf länderparlamentarischer Handlungsebene. Dies ändert sich erst seit der Jahrhundertwende in bemerkenswertem Umfang und verschärft die Wahlrechtsauseinandersetzungen, die auf den unteren Politikebenen dann rasch eine allgemeinere politisierende Wirkung entfalten[7].

Die Fixierung auf das Reichstagswahlrecht und die Reichstagswahlkämpfe ist eine Folge des sozialdemokratischen Staatsverständnisses[8] einerseits, der politischen Entwicklungsperspektive andererseits. Staat ist niemals allein Ausdruck der Klassenherrschaft, sondern stets auch Herrschaftsinstrument, das allein durch das allgemeine Wahlrecht zur „großen Organisation" und „Assoziation der arbeitenden Klassen" werden und politischen und sozialen Wandel bewirken kann. Wahlbeteiligung ist, so betrachtet, von Anbeginn Ausdruck des Willens zur Selbsthilfe, der Hoffnung, einen Weg „aus der Wüste" zu finden, welche die Gegenwartsverhältnisse beschreibt.

In Lassalles „Offenem Antwortschreiben" wird der enge Konnex von Gruppenzusammenhang, Abgrenzung nach außen und Staatsverständnis auf den Begriff gebracht: „Das allgemeine und direkte Wahlrecht ist also, wie sich jetzt ergeben hat, nicht nur Ihr *politisches,* es ist auch Ihr *soziales Grundprinzip,* die *Grundbedingung aller sozialen Hilfe. Es ist das einzige Mittel, um die materielle Lage des Arbeiterstandes zu verbessern.*"[9]

Das Reservoir der Arbeiterbewegung schätzte Lassalle außerordentlich groß ein – mit etwa „89 bis 98 Prozent der Gesamtbevölkerung"; dies war nicht nur eine verhängnisvolle Fehleinschätzung soziostruktureller Differenzierungen, sondern Ausdruck eines statistischen Sozialdenkens, welches die Konsequenzen des sozialen Wandels nur in einer Verschärfung gesellschaftlicher Dichotomisierung sehen konnte.

Entscheidend für die Bewertung des Wahlrechts in der Sozialdemokratie ist aber nicht nur das feste Vertrauen auf den Stimmenzuwachs, sondern zugleich die innere Verbindung zwischen Reichsgründung und Wahlrechtsgewährung: Der Zusammenhang zwischen Wahlrechtsausweitung und Reichsgründung läßt die Sozialdemokratie

[6] Vgl. jetzt den Überblick von *Karl-Egon Lönne,* Politischer Katholizismus im 19. und 20. Jahrhundert (Frankfurt/M. 1986) besonders 123ff. und 151ff.; ferner *Winfried Becker* (Hrsg.), Die Minderheit als Mitte: Die deutsche Zentrumspartei in der Innenpolitik des Reiches 1871–1933 (Paderborn 1986).

[7] Eine Untersuchung zur Auswirkung politischer Konflikte auf provinzielle oder örtliche Ebenen der Politik steht noch weitgehend aus; bemerkenswert sind deshalb die Untersuchungen über die politischen Entwicklungen in den südwestdeutschen Staaten. Vgl. vor allem *David Blackbourn,* Class, Religion and Local Politics in Wilhelmine Germany: The Centre Party in Württemberg before 1914 (Wiesbaden 1980) und *Stanley Suval,* Electoral Politics in Wilhelmine Germany (Chapel Hill/N. Carolina 1985) 180ff.

[8] *Peter Steinbach,* Sozialdemokratie und Verfassungsverständnis. Zur Ausbildung einer liberal-demokratischen Verfassungskonzeption in der Sozialdemokratie seit der Mitte des 19. Jahrhunderts (Opladen 1983).

[9] *Ferdinand Lassalle,* Offenes Antwortschreiben an das Zentralkomitee zur Berufung eines allgemeinen deutschen Arbeiterkongresses zu Leipzig, in: *Friedrich Jenaczek* (Hrsg.), Ferdinand Lassalle – Reden und Schriften (München 1970) 200.

auf eine merkwürdige Weise zu einer Partei der Reichsgründung werden – in einem ganz anderen und politisch viel existentielleren Sinn als die sich selbst als „Reichsgründungspartei" proklamierenden Nationalliberalen und Freikonservativen. Ihre politische Existenz scheint vom allgemeinen Wahlrecht abzuhängen – deshalb fühlt sie sich zur Verteidigung dieses Wahlrechts im Zusammenhang mit Staatsstreichplänen und Wahlrechtsdiskussionen aufgerufen[10]. In diesen Auseinandersetzungen profiliert sich das sozialdemokratische Selbstverständnis, auch Verfassungspartei zu sein.

Mit dem allgemeinen Reichstagswahlrecht tritt die deutsche Sozialdemokratie dauerhaft in das politische Parteiensystem ein. Dies bedeutet, daß sie sich gegen die bereits bestehenden regionalen Parteihochburgen und Parteistrukturen durchsetzen muß. Sie tritt gegen die regionalspezifische Differenzierung an und wird so zum entscheidenden Faktor politischer Modernisierung, d.h. einer politischen Nationalisierung, und dies in Konkurrenz zur Regierung, die ebenfalls die gouvernementale Prägung des Parteiensystems durch die Nationalisierung des Elektorats zu erreichen sucht. Zugleich scheint die Sozialdemokratie aber auch mit der Zentrumspartei zu konkurrieren, die unter dem Eindruck des Kulturkampfes beginnt, die Katholiken auf der Ebene des Nationalstaats in eine antigouvernementale Abwehrfront einzubinden[11].

Als Partei, die den sozialen Wandel als Voraussetzung einer Festigung ihrer eigenen Parteibasis will und zugleich mit diesem Wandel immer stärker zu werden scheint, steht die Sozialdemokratie aber nicht allein gegen regionalspezifisch differenzierte vornationalstaatliche Parteienstrukturen[12], sondern verkörpert geradezu den objektivierbaren Kern einer politisch motivierten Modernisierungsfurcht. Mit den krisenhaften Entwicklungen des Kaiserreiches, die erst im Rückblick als Entwicklungskrisen gedeutet und in ein modernisierungstheoretisch reflektiertes Fortschrittsmodell[13] eingebunden werden können, war stets die Sozialdemokratie verbunden, und jede erfolgreiche Abwehr gouvernementaler Ausgrenzungs- und Überwältigungsstrategien schien nur die Ausgangsvermutungen jener zu bestätigen, die sie als Ausdruck realer gesellschaftlicher und politischer Gefährdungen deuteten.

Das Wachstum der Sozialdemokratie ist bemerkenswert und bekannt. Es bleibt abhängig von der Wahlbeteiligung, nicht zuletzt aber auch von politischen Rahmenbedingungen[14].

[10] *Michael Stürmer,* Staatsstreichgedanken im Bismarckreich, in: HZ 209 (1969) 566–615.

[11] *Rudolf Morsey,* Die deutschen Katholiken und der Nationalstaat zwischen Kulturkampf und Erstem Weltkrieg, in: *Gerhard A. Ritter* (Hrsg.), Die deutschen Parteien vor 1918 (Köln 1973) 270ff. Im folgenden zitiert: *Ritter,* Parteien; *Wilfried Loth,* Katholiken im Kaiserreich: Der politische Katholizismus in der Krise des wilhelminischen Deutschlands (Düsseldorf 1984).

[12] *Gerhard A. Ritter,* Die deutschen Parteien 1830–1914 (Göttingen 1985) 14ff.

[13] Vgl. *Hans-Ulrich Wehler,* Modernisierungstheorie und Geschichtswissenschaft (Göttingen 1975).

[14] Vgl. *Gerhard A. Ritter* unter Mitarbeit *Merith Niehuss,* Wahlgeschichtliches Arbeitsbuch. Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1871–1918 (München 1980) 38ff. Im folgenden zitiert: *Ritter, Niehuss.*

Die prozentualen Angaben wurden nach folgender Formel berechnet:

$$\frac{\text{Parteistimmen LP x} - \text{Parteistimmen LP x}-1}{\text{Parteistimmen LP x}-1} \times 100$$

Jahr	Wahlbeteiligung absolut in Mio.	in %	sozialdemokratische Stimmen absolut in Mio.	in %	Veränderungsrate in Prozentpunkten	prozentual
1871	3,91	51,0	0,124	3,2		
1874	5,22	61,2	0,352	6,8	3,6	183,9
1877	5,42	60,6	0,493	9,1	2,3	40,1
1878	5,78	63,4	0,437	7,6	−2,5	−11,4
1881	5,12	56,3	0,312	6,1	−1,5	−28,6
1884	5,68	60,6	0,550	9,7	3,6	76,3
1887	7,57	77,5	0,763	10,1	0,4	38,7
1890	7,26	71,6	1,427	19,7	9,6	87,0
1893	7,70	72,5	1,787	23,3	3,6	25,2
1898	7,79	68,1	2,107	27,2	3,9	17,9
1903	9,53	76,1	3,011	31,7	4,5	42,9
1907	11,30	84,7	3,259	29,0	−2,7	8,2
1912	12,26	84,9	4,250	34,8	5,8	30,4

Die Übersicht zeigt deutlich die Folgen gouvernemental politisierter Wahlen für die Ergebnisse von 1878 und 1881 (Sozialistengesetz/Tabakmonopolwahlen mit ausgeprägter Anarchistenfurcht), 1887 (Kartellwahlen) und 1907 (Hottentottenwahlen). Allerdings reichen Prozentpunktdifferenzen und Veränderungsraten nicht aus, um die Folgen der Wahlen hinreichend zu differenzieren. Die folgende Übersicht berücksichtigt die Schwankungen der Wahlbeteiligungsraten und versucht, die Veränderung

Veränderung sozialdemokratischer Stimmen unter Ausschaltung der Wahlbeteiligungsschwankungen[15]

Jahr	Index
1874	213
1877	135
1878	83
1881	82
1884	158
1887	103
1890	195
1893	118
1898	117
1903	117
1907	92
1912	120

[15] Berechnet nach der Formel

$$\frac{\text{Parteistimmen LP x}}{\text{Parteistimmen LP X}-1} : \frac{\text{gültige Stimmen LP x}}{\text{gültige Stimmen LP x}-1} \times 100$$

LP = Legislaturperiode

Vgl. *G. v. Schuckmann*, Die politische Willensbildung in der Großstadt Köln seit der Reichsgründung im Jahre 1871: Eine Längsschnittstudie politischer Gemeindesoziologie (Diss. rer. pol., Köln 1965) 110f.

der sozialdemokratischen Stimmanteile unter Ausschaltung der Mobilisierungsraten anzugeben. Dabei ergibt sich einerseits eine Verstärkung der für die Bismarckzeit erkennbaren Trends, zum anderen aber auch ein deutlicher Hinweis auf die Stabilisierung der Indexwerte in der Wilhelminischen Zeit. Darauf wird später zurückzukommen sein.

Dabei wird deutlich, daß sich folgende Veränderungsphasen erkennen lassen:

1) Die erste Phase endet mit der „zweiten Reichsgründung" und spiegelt vermutlich weniger diese Zäsur der Geschichte des Kaiserreichs als die niedrigen Ausgangszahlen. Die Zahl der sozialdemokratischen Mandate steigt von zwei über neun auf zwölf, d.h. von 0,5 auf 3% der Reichstagssitze. Der Schwerpunkt liegt in Sachsen und im Kerngebiet der Lassalleaner um Solingen.

2) Die zweite Phase wird eindeutig reichspolitisch beeinflußt und währt bis 1884 – die Zahl der Mandate bleibt gleich und macht 9 bzw. 12 aus. Auch die regionale Verteilung bleibt in etwa stabil. Das ganze Ausmaß der politisch bedingten Immobilität wird deutlich, wenn man bedenkt, daß die SPD 1877 bereits in 175 Wahlkreisen, vermutlich sogar in noch größerer Zahl, mit eigenen Kandidaten antrat.

3) Die dritte Phase wird durch außerordentliche Zuwachsraten bei den Reichstagswahlen von 1884 und 1890 begrenzt – sie scheinen auch einen langfristigen Trend anzudeuten, der eine außerordentliche Wachstumseuphorie führender Sozialdemokraten zu wecken vermochte. Die Zahl der Mandate verdoppelt sich 1884 gegenüber 1881 auf 24 (= 6% der Reichstagsmandate) und nimmt 1890 weiterhin zu auf 35 Mandate (= 8,8%). Die Interpretation dieser Wahl als „Durchbruchsschlacht" stützt sich vor allem auf die Verdreifachung der Mandatszahlen gegenüber 1887, als die SPD bei den Kartellwahlen nur 11 Mandate (= 2,8% der Mandate) erringen konnte, und dies bei beträchtlichen Stimmenzuwächsen.

4) Die letzte Phase sozialdemokratischer Wahlentwicklung ist durch eine außerordentliche Verstetigung gekennzeichnet. Zwar nimmt die Zahl der sozialdemokratischen Reichstagsmandate sprunghaft zu und steigt zwischen 1893 und 1903, bei den „Brotwucherwahlen", um nahezu das Doppelte an (von 44 auf 81 Mandate, d.h. von 11,1% auf 20,3% der gesamten Reichstagssitze). Die Stimmentwicklung zeigt jedoch, daß sich in diesen Erfolgen vor allem die spezifischen Begünstigungsfaktoren des Reichstagswahlrechts, nicht jedoch die in den Deutungen der Wahlergebnisse beschworenen Raten der Wählermobilisierung ausdrücken. Ein Endpunkt wird 1912 mit 110 Mandaten (=27,7% der Gesamtmandate) erreicht.

Unter Ausschaltung der Schwankungen der Wahlbeteiligung[16] ergibt sich für den Zeitraum 1871/1877 ein Indexwert von 2,86, für den Zeitraum 1884/1890 ein Indexwert von 2,06 und für den Zeitraum zwischen dem Rücktritt Bismarcks und dem Ausbruch des Weltkriegs ein Indexwert von 1,8. Diese Werte scheinen darauf hinzuweisen, daß die Sozialdemokratie vor dem Krieg die Grenzen ihrer Mobilisierungsfähigkeit in der Wählerschaft erreicht hat. Auch diese These muß im weiteren geprüft werden.

[16] In diesen Fällen werden die Werte für die jeweils die angenommenen Zeitabschnitte begrenzenden Wahlen in Anlehnung an die aufgeführte Berechnungsformel eingesetzt.

Zunächst sollte jedoch das Ausmaß der Stimmendifferenzierung und damit auch der politischen Diffusion bestimmt werden. In diesem Zusammenhang reicht es nicht aus, die Verteilung der Mandate in den Blick zu nehmen. In dieser Hinsicht sind die Befunde eindeutig: Der zeitlich früheste Schwerpunkt der Sozialdemokratie liegt in Sachsen[17], wo die sozialdemokratischen Kandidaten im Unterschied zu den Wahlkreisen Elberfeld/Barmen und Solingen die Mandate in der Regel im ersten Wahlgang erringen konnten. In den achtziger Jahren stabilisieren sich die Verhältnisse für die Sozialdemokratie in Hamburg, Berlin, einigen mitteldeutschen Kleinstaaten, in Breslau, München, Nürnberg, schließlich in Straßburg[18]. Erst in der letzten Phase breitet sich die Sozialdemokratie stärker in der Fläche aus und kann Gewerbegebiete des südwestdeutschen, hessischen (um Kassel und Hanau) und norddeutschen Raumes erobern.

Die räumlich-territoriale Verteilung der sozialdemokratischen Wählerschaft wird durch die Arbeiten von Fricke und Ritter/Niehuss gut erschlossen. Dadurch wird nicht nur die eindeutige Hochburgenbildung der SPD deutlich (lt. Ritter von zwei Reichstagswahlkreisen 1874 auf 16 Reichstagswahlkreise im Jahre 1912), sondern auch die Entwicklung von Stimmkandidaturen[19].

Legislatur-periode	Anzahl der Kandidaturen	Anzahl der Wahlkreise mit überdurchschnittlich positivem Ergebnis in Prozent*	durchschnittliche Abweichung**
1871	93	77,4	10,8
1874	162	67,9	11,2
1877	198	56,6	7,5
1878	191	40,8	5,1
1881	172	44,2	4,9
1884	219	40,6	3,9
1887	256	40,2	2,1
1890	342	36,6	−1,9
1893	380	36,3	−3,6
1898	380	38,7	−4,3
1903	392	39,0	−5,6
1907	392	37,8	−5,5
1912	395	37,5	−6,6

* Die Anzahl der Wahlkreise mit überdurchschnittlich positivem Ergebnis wird nach folgender Formel berechnet:

$$\frac{\text{Anzahl der Wk, in denen der SPD-Anteil} > \text{als SPD-Anteil im Reich}}{\text{Anzahl der Kandidaturen}} \times 100.$$

** durchschnittliche Abweichung gibt den Mittelwert der Differenz zwischen dem SPD-Anteil in den Wahlkreisen und dem SPD-Anteil im Reich an.

[17] Vgl. dazu nicht allein die für Sachsen mitgeteilten Reichstagswahlergebnisse bei *Ritter/Niehuss,* sondern auch den dort aufgeführten Abschnitt über die sächsischen Landtagswahlergebnisse, ebda., 172ff. Ferner *Dieter Fricke,* Handbuch zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 2 (Berlin (Ost) 1987) 718ff. Im folgenden zitiert: *Fricke,* Handbuch.

[18] Hier wird auf regional- und lokalgeschichtliche Nachweise verzichtet, weil die von *Klaus Tenfelde* und *Gerhard A. Ritter* hrsg. „Bibliographie zur Geschichte der deutschen Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung 1863–1914" (Bonn 1981) 515ff. die wichtigste Literatur erschließt.

[19] *Ritter, Niehuss,* 56ff.

Zwischen 1871 und 1912 entwickelte sich die Stimmpräsenz der SPD in den Wahlkreisen nach folgender Statistik von der Anzahl her positiv, doch vom Grenzertrag, d.h. vom Verhältnis zwischen Wahlkampfaufwand – bezogen auf die Stimmbezirkspräsenz – und vom Stimmenertrag her betrachtet, negativ. Denn viele der erstmals umkämpften, neu besetzten Wahlkreise blieben zunächst oder stets hinter dem Reichsdurchschnitt sozialdemokratischer Stimmenanteile zurück.

Die Anzahl der Kandidaturen führte einerseits zur Ausschöpfung des gesamten Stimmenreservoirs, insbesondere nach 1890, bedeutete andererseits aber eine außerordentliche Stimmenzersplitterung, die zunächst durch die Benennung offizieller und einiger inoffizieller Wahlkreise auf den frühen Parteitagen begrenzt werden sollte[20]. Diese Festlegung von Wahlkreisen, die als unterstützungswürdig galten, erfolgte ursprünglich nicht unter dem Eindruck der Sozialistenverfolgung, erhielt aber 1878 und 1881 bzw. 1883 ihre Plausibilität durch die Verfolgungsmaßnahmen des Staates. Die Liste dieser herausgehobenen Wahlkreise stellt einen farbigen und eindrucksvollen, aber nicht den einzigen Indikator für die Bildung von Hochburgen dar.

Die Wahlkreisstabilität der Sozialdemokratie ist besonders bemerkenswert und findet eigentlich nur eine Entsprechung in den Zentren des politischen Katholizismus. Von den zwanzig „besten Wahlkreisen", die für die SPD 1871 ausgewählt wurden, behaupten sich in den folgenden Jahren durchschnittlich 50%. Diese Werte gelten auch für jene neue Gruppierung der in den folgenden Jahren zu diesen jeweils „besten zwanzig Wahlkreisen" stoßenden Reichstagswahlkreise. Eine Beobachtung der Entwicklung sozialdemokratischer Hochburgen über den Gesamtzeitraum hinweg zeigt, daß sich auch die jeweilige Stellung der Wahlkreise im Zusammenhang der stimmenstärksten „erfolgreichsten" SPD-Wahlkreise nur wenig verändert. So bleibt Berlin das bemerkenswerte Zentrum und verstärkt seine Stellung noch durch Niederbarnim, den nach den eigentlichen Berliner Wahlkreisen ranghöchsten Wahlkreis in Brandenburg. Auch Altona bewahrt seine Rangstufe in der ersten Hälfte. Die bemerkenswerteste Rang-Stabilität ist jedoch in Sachsen festzustellen, zumindest für die Zeit bis zum Aufstieg der großstädtischen Wahlkreise im Umkreis von Berlin, Hamburg, später auch Nürnberg.

Die Entstehung sozialdemokratischer Hochburgen wird häufig als Folge der Konfessionsverteilung, der Urbanisierung oder der Industrialisierung dargestellt. Eine Übersicht der jeweils zwanzig erfolgreichsten sozialdemokratischen Hochburgen zeigt, daß auch der politische Faktor eine entscheidende Rolle spielen kann. Dies gilt besonders für die sozialdemokratischen Traditionsgebiete in Mitteldeutschland. Bemerkenswert ist jedoch der augenscheinliche Zusammenhang zwischen hohen Anteilen der im tertiären Bereich beschäftigten Wahlkreisbevölkerung und sozialdemokratischen Stimmerfolgen. Der immer wieder betonte lockere Zusammenhang zwischen sozioökonomischer Struktur und sozialdemokratischer Stimmabgabe hat uns veranlaßt, den aufgrund der sozialstrukturellen und konfessionellen Ausgangslage fiktiv prognostizierbaren sozialdemokratischen Stimmenanteil mit den tatsächlichen sozialdemokratischen Stimmanteilen zu vergleichen, die bei den Wahlen zum 9. und zum 12. Reichs-

[20] *Fricke,* Handbuch, 735 f.

tag erzielt worden sind. Dabei ergeben sich nicht allein in den katholischen, sondern vor allem in den evangelischen Wahlkreisen erhebliche Abweichungen, die weder soziostrukturell noch konfessionell zu erklären sind. Sie verweisen zum einen auf den nationalspezifischen Faktor, zum Teil aber auf die Auswirkungen der urbanen Zentren: Vermutlich pendeln viele Sozialdemokraten in das Umland sozialdemokratischer Hochburgen und verändern hier gravierend das politische Meinungsbild.

Die Definition von Hochburgen (weniger von „Schwachburgen"[21]) ist in der Forschung keineswegs einhellig und oszilliert zwischen 30 und 60 Prozent der Stimmanteile. Angesichts der Stimmenzersplitterung bei den Wahlen im Kaiserreich – die von Otto Büsch vorgeschlagene Dichotomisierung ist nicht akzeptiert worden[22], so daß auch weiterhin die Orientierung an fünf unterschiedlichen Milieus mit den ihnen korrespondierenden Parteien beibehalten worden ist – scheint es plausibel zu sein, als *Hochburg* einen Stimmanteil von mehr als 25% der Wählerschaft oder 30% der abgegebenen gültigen Stimmen anzunehmen. Unter Berücksichtigung dieses Kriteriums ergibt sich folgende Entwicklung von „starken" Wahlkreisen:

Legislaturperiode	Hochburgen aller Parteien	Hochburgen der SPD		Errungene Reichstagsmandate
		absolut	in %	
1871	554	11	2,9	2
1874	552	29	5,2	9
1877	546	34	6,2	12
1878	561	27	4,8	9
1881	555	17	3,1	12
1884	562	33	5,9	24
1887	568	35	6,2	11
1890	549	69	12,6	35
1893	519	93	17,9	44
1898	503	108	21,5	56
1903	518	149	28,8	81
1907	612	143	23,4	43
1912	610	182	29,8	110

In diesen Wahlkreisen hatte die Sozialdemokratie aufgrund des Wahlrechtes die Möglichkeit, Mandate zu gewinnen – vorausgesetzt, es gelang ihr, kritische Mehrheiten in konsolidierte Mehrheiten zu verwandeln. Dabei wurde das Verhältnis zwischen Hochburgen und errungenen Mandaten günstiger: 1871 wurden nur 18% der Hochburgen in sozialdemokratische Reichstagswahlkreise umgewandelt, eine Legislaturpe-

[21] So eine Formulierung von *Karl Rohe* im Zusammenhang mit seiner Untersuchung liberaler Abschleifungsprozesse im Ruhrgebiet. Dazu *Ritter,* Parteien, 97 Anm. 47.

[22] Entscheidende Einwände kamen dabei von Werner Conze und Gerhard A. Ritter. Vgl. *Otto Büsch,* Parteien und Wahlen in Deutschland bis zum Ersten Weltkrieg. Gedanken und Thesen zu einem Leitthema für Forschung und Unterricht über die Geschichte der Industrialisierung im 19. und frühen 20. Jahrhundert, in: Abhandlungen aus der Pädagogischen Hochschule Berlin I (Berlin 1974) 178–264. Leider hat Büsch bei einer Neuausgabe dieser Studie (in: *ders.,* Zur Rezeption und Revision der preußisch-deutschen Geschichte (Berlin 1988) 151 ff.) auf eine wissenschaftliche Diskussion dieser Einwände verzichtet.

riode später bereits nahezu jede dritte. Dieses Verhältnis änderte sich erst bei den Wahlen von 1881, weil sich die Sozialdemokraten auf ihre politischen Schwerpunkte konzentrieren konnten: Sie verwandelten 70,6% ihrer *Hochburgen* in sozialdemokratische *Wahlkreise,* eine Legislaturperiode später nahezu 75%. Einen Einbruch brachte erst die gouvernemental politisierte Kartellwahl von 1887, die der SPD nur gestattete, etwa ein Drittel ihrer Hochburgen zum sozialdemokratischen Reichstagswahlkreis zu konsolidieren. Nach 1890 spiegelte sich die Konsolidierung der Sozialdemokratie in ihrem Erfolg, Hochburgen zu verwandeln: von etwa 50% 1890 und 1898 und 54% im Jahre 1903 auf schließlich über 60% bei den letzten Reichstagswahlen vor Ausbruch des Krieges. Nur die politisierten Wahlen von 1893, die unter dem Eindruck einer Heeresvermehrung standen und etwa 47% Konsolidierungsquote brachten, und die Wahlen von 1907 mit etwa 30% Umwandlungserfolg verrieten, daß dieser Konsolidierungsprozeß von politischen Rahmenbedingungen abhängig war.

Die Sozialdemokratie war die einzige Partei, die in dieser Weise bemerkenswerte Konsolidierungserfolge aufzuweisen vermochte, denn alle anderen Parteien mußten Schwächungen ihrer politischen Positionen und Bastionen hinnehmen. Dies geht aus folgender Übersicht hervor, die zugleich andeutet, daß sich die Sozialdemokratie als „Reichsgründungspartei" (im oben ausgeführten spezifischen Sinn) gegen alle anderen Kräfte durchsetzen konnte und insofern deren Bild von der SPD über die programmatischen Gegensätze hinaus bestimmte.

Die Empfindung, gerade in den Wahlkämpfen habe die Sozialdemokratie ihre Durchsetzungsfähigkeit bewiesen, stützt sich aber nicht allein auf das Gefühl der Wähler, aus einer wachsenden Anzahl von Hochburgen heraus zu operieren und zum Angriff auf das „bürgerliche Parteiensystem" anzusetzen, sondern auf die Beobachtung wachsender Wahlkreiserfolge. Unter diesem Gesichtspunkt mag es sinnvoll sein, die Hochburgen der SPD in Beziehung zu den Gesamtkandidaturen zu setzen. Dabei ergibt sich folgendes Bild:

	Hochburgen	Kandidaturen
1871	11	93
1874	29	163
1877	34	198
1878	27	191
1881	17	172
1884	33	219
1887	35	256
1890	69	342
1893	93	380
1898	108	380
1903	149	392
1907	143	392
1912	182	395

Das Verhältnis zwischen Kandidaturen und Hochburgen gestaltet sich als Trend: von etwa 11% im Jahre 1871 auf erstmals 20% im Jahre 1890 bis über 45% im Jahre 1912. Auch diese Entwicklung spiegelt indirekt den Abschleifungsprozeß der Stabili-

tät des bürgerlichen Parteienspektrums und erklärt politische Frontstellungen, die zugleich die Binnenintegration der Sozialdemokratie plausibel machten.

In den weiteren Überlegungen soll die Frage der regionalen Verteilung der Sozialdemokratie im Zeitraum 1870 bis 1914 im Mittelpunkt stehen. Auf diese Weise sollen zum einen Kriterien für eine Bestimmung regionaler Schwerpunkte der Parteigeschichte der Sozialdemokratie diskutiert, zum anderen aber auch Untersuchungen regionaler Differenzierung vorbereitet werden.

Die folgende Übersicht rückt das Verhältnis von Kandidaturen und Hochburgen für den Gesamtzeitraum in den Blick. Dabei stellt sich heraus, daß die Sozialdemokratie derart bemerkenswert, wie keine andere Partei des Kaiserreiches, zur regionalen politischen Inselbildung geneig hat. Der Anteil der Hochburgen an den Gesamtkandidaturen liegt im Gesamtuntersuchungszeitraum nur in wenigen Bezirken unter 10%, in der Regel aber weit höher. Dabei ergibt sich vor allem in den Hochburgen eine bemerkenswerte Höhe ihrer Anteile an den Kandidaturen, die zuweilen mit mehr als 70% wie in den Hansestädten oder nahezu 70% wie in Sachsen, mit fast 60% in Berlin oder um 50% in einzelnen mitteldeutschen Bundesstaaten erdrückend für die politischen Kontrahenten waren. Diese Zahlen machen deutlich, daß der Durchschnitt der SPD-Stimmen, wie später noch einmal ausführlicher verdeutlicht und diskutiert werden soll, in den umkämpften Wahlkreisen nicht bemerkenswert stark ansteigen konnte, weil die Vermehrung der Kandidaturen zwangsläufig einen geringeren Gesamtanstieg des Parteistimmenanteils, bezogen auf die Kandidatur, nach sich zog. Dies unterschied die sozialdemokratischen Ergebnisse und Wahlerfolge von denen anderer Parteien, die punktuell in einzelnen erfolgversprechenden Wahlkreisen antraten und deshalb günstige Relationen zwischen Zahl der Kandidaturen und Stimmerfolg erzielten.

Aus dieser Übersicht ergibt sich das eindeutige Schwergewicht des Berliner, oberschlesisch-breslauischen und mitteldeutschen Raumes. In vielen Werten schlägt sich der bekannte großstädtische Faktor der sozialdemokratischen Stimmerfolge nieder. Die Sozialdemokratie verfügte über folgende regionale Schwerpunkte, die im weiteren in ihrer zeitlichen Entwicklung betrachtet werden sollen: Berlin mit Potsdam, Breslau, Magdeburg, Schleswig-Holstein, Wiesbaden, Düsseldorf, Mittelfranken, Hessen, Mecklenburg, Braunschweig, die thüringischen Fürstentümer, die Hansestädte und Sachsen. Dabei wird versucht, die Entstehung der Hochburgen nach Legislaturperioden zu unterscheiden[23].

Bei den ersten Reichstagswahlen kann die SPD zwei Hochburgen in Berliner Wahlkreisen, je eine in Breslau und Magdeburg, fünf in Schleswig-Holstein, eine in Köln, Düsseldorf, Koblenz, elf in Sachsen, drei in den Hansestädten und eine in Braunschweig sowie zwei in den thüringischen Fürstentümern bilden. Innerhalb einer Legislaturperiode verringern sich diese Ausgangswerte auf zwei Hochburgen in Berlin, einen Hochburgwahlkreis im Regierungsbezirk Breslau, vier in Schleswig-Holstein, einen in Hessen-Kassel, drei im Regierungsbezirk Düsseldorf, einen in Mittelfranken,

[23] Die folgenden Überblicke stützen sich auf Vorarbeiten von Stefan Immerfall, die im Rahmen des Forschungsprojekts der DFG über „Politisierung und Nationalisierung deutscher Regionen im 19. und 20. Jahrhundert" durchgeführt worden sind.

Bezirk	Hochburgen insgesamt	Kandidaturen insgesamt	Anteil der Hochburgen an Kandid. in %
Königsberg	11	62	17,7
Berlin	45	78	57,7
Potsdam	32	98	32,7
Frankfurt/Oder	21	91	23,1
Stettin	13	54	24,1
Posen	2	47	4,3
Breslau	38	129	29,5
Oppeln	1	74	1,4
Liegnitz	14	88	15,9
Magdeburg	30	83	36,1
Merseburg	24	74	32,4
Erfurt	10	41	24,4
Schleswig-Holstein	46	112	41,1
Hannover	32	201	15,9
Minden	4	50	8,0
Arnsberg	13	74	17,6
Wiesbaden	16	53	30,2
Kassel	18	74	24,3
Köln	8	59	13,6
Düsseldorf	38	129	29,5
Koblenz	1	38	2,6
Trier	1	29	3,4
Oberbayern	13	76	17,1
Pfalz	5	53	9,4
Oberfranken	7	52	13,5
Mittelfranken	17	57	29,8
Unterfranken	1	50	2,0
Schwaben	1	54	1,9
Sachsen	197	283	69,6
Württemberg	23	157	14,6
Baden	16	129	12,4
Hessen	29	87	33,3
Mecklenburg	29	77	37,7
Oldenburg	4	32	12,5
Braunschweig	18	37	48,6
Thüringen	80	165	48,5
Kleinstaaten ohne „Thüringen“	2	22	9,1
Hansestädte	48	65	73,8
Elsaß-Lothringen	22	87	25,3

vierzehn in Sachsen, einen in Braunschweig und einen in Elsaß-Lothringen sowie drei in den Hansestädten. 1878 kommt ein weiterer Hochburgwahlkreis in Berlin und Breslau hinzu. In Schleswig-Holstein verringert sich die Zahl auf einen, ebenso im Regierungsbezirk Düsseldorf. Behaupten kann die SPD die Hochburg Nürnberg in Mittelfranken, die vierzehn sächsischen Wahlkreise und Braunschweig.

Die Wahlen von 1881 bedeuten den eigentlichen Einbruch, denn die SPD verliert

ihre Hochburgen in Berlin, Breslau und Braunschweig. Selbst in Sachsen verringert sich ihre Zahl auf neun. Stabil bleiben lediglich einzelne Hochburgwahlkreise in den Regierungsbezirken Schleswig-Holstein und Düsseldorf sowie, unter Verlust einer Position, die Hansestädte. 1884 kann die Position in Berlin (2 Hochburgen) und Breslau (2), in Magdeburg (1), Schleswig-Holstein (2), Hannover (1), Wiesbaden (1), Kassel (1), Düsseldorf (2), Mittelfranken (1), Hessen (2), Braunschweig (1) und in den Hansestädten (3) wieder konsolidiert werden. Auch im Königreich Sachsen mit elf Hochburgen und in den kleinen Staaten Thüringens (3) werden die traditionsreichen Schwerpunkte sozialdemokratischer Wahlerfolge neu abgesichert. Die Wahlen des Jahres 1887 erschweren wegen ihrer besonderen politischen Randbedingungen die Fortsetzung dieser Entwicklung. Zwar kann erstmals im Regierungsbezirk Königsberg eine Hochburg gebildet werden, auch in Posen. Bemerkenswert ist auch der Schwellenerfolg in München. Dem steht jedoch eine leichte Abschwächung der sozialdemokratischen Position in Sachsen gegenüber. In den Hansestädten verfügt die SPD nun in vier Wahlkreisen über eine Hochburg.

Das Jahr 1890 bringt neben der Konsolidierung einzelner Wahlkreise in den preußischen Ostprovinzen vor allem die Erweiterung der sozialdemokratischen Parteibasis im Berliner Umland. Im Regierungsbezirk Potsdam werden erstmals in drei Wahlkreisen die kritischen Schwellenwerte von einem Viertel der Wahlbeteiligten bzw. einem Drittel der Wahlberechtigten erreicht. Dies führt zur Stabilisierung der Sozialdemokratie im Umland Berlins und strahlt faktisch auf die gesamte Provinz Brandenburg, aber auch auf die Provinz Sachsen aus. Magdeburg und Merseburg bilden erstmals Hochburgwahlkreise aus. Ansonsten bleibt das vertraute Bild erhalten, sieht man von einem zweiten Hochburg-Wahlkreis in Oberbayern, einer starken Konsolidierung in Sachsen (mit 15 Hochburgwahlkreisen) und einer Diffusion in Südwestdeutschland und dem Elsaß ab. Auch die Hansestädte werden mit fünf Hochburgwahlkreisen stabilisiert – hier verfügen lediglich die Nationalliberalen in zwei Wahlkreisen über bemerkenswerte Stimmergebnisse, die gestatten, von Hochburgen zu sprechen.

Das für 1890 überlieferte Verteilungsbild wird im Jahr 1893 nach den Capriviwahlen lediglich intensiviert. Berlin und Potsdam sind nun endgültig mit jeweils fünf Hochburg-Wahlkreisen zur sozialdemokratischen Kernregion geworden. Dabei bleibt Potsdam durch die Dichotomie von sozialdemokratischen und konservativen Wählern geprägt, denn hier ist die Zahl der Hochburg-Wahlkreise beider Parteien gleich groß. Neu hinzu treten lediglich Hochburgen in Pommern (d.h. Stettin), Sachsen mit nunmehr 19 Hochburg-Wahlkreisen (bei gleichzeitiger Hochburgstabilisierung des nationalkonservativen Spektrums), Mecklenburg mit zwei Wahlkreishochburgen und Elsaß-Lothringen mit nunmehr drei Hochburgen. Bei der folgenden Reichstagswahl von 1898 ist die Konsolidierung in Franken bemerkenswert. Sachsen ist nun fast insgesamt eine gesamtstaatliche Hochburg der SPD, denn lediglich in zwei Reichstagswahlkreisen gelingt es der Partei nicht, die kritische Schwelle zu überschreiten. Innerhalb des bürgerlichen Parteienspektrums treten eindeutige Abschleifungsprozesse ein: den 21 sozialdemokratischen Hochburgen im Königreich Sachsen stehen lediglich 15 bürgerliche Hochburgen gegenüber. Baden wird 1898 Sitz von drei sozialdemokratischen Hochburgen, Hessen und Mecklenburg von jeweils vier. Hier sind immerhin vier von

sieben (in Hessen vier von neun) Wahlkreisen stark sozialdemokratisch geprägt. Die Reichstagswahlen von 1903 bringen insbesondere in den preußischen Reichstagswahlkreisen eine breite Diffusion. Lediglich die westpreußischen Wahlkreise bleiben breit unterhalb der Schwelle von 25% und spiegeln darin weniger die Vorherrschaft der Konservativen als vielmehr die Kombination von ethnischer, konfessioneller und konservativer Hochburgbildung bzw. entsprechenden Stimmangeboten. Die deutsche Sozialdemokratie scheint zu einem unverhältnismäßig ausgeprägten preußischen Phänomen zu werden mit den bekannten Schwachstellen im Westen[24]. Die starke Präsenz in Mecklenburg, wo die SPD in allen sieben Wahlkreisen Hochburgen ausbilden kann und alle anderen Parteien überflügelt, fügt sich in dieses Bild ein. Hingegen tritt in den übrigen Bundesstaaten kein gravierender Wandel ein – die Sozialdemokratie stabilisiert sich hier als großstädtische Partei.

Die Hottentottenwahlen stellen sich trotz der außerordentlichen Verluste an Reichstagsmandaten nicht als diesem Einbruch vergleichbarer Verlust an Hochburgen dar. Insgesamt werden lediglich sechs sozialdemokratische Hochburgen geschleift. Sie liegen in Braunschweig, Hessen und in den durch die gouvernementale Agitation besonders erreichbaren preußischen Stimmbezirken Ostelbiens.

Die Reichstagswahlen von 1912 bringen der Sozialdemokratie in nahezu vierzig zusätzlichen Wahlkreisen (insgesamt 182) derartige Stimmenzuwächse, daß die kritische Schwelle zur Hochburg überschritten wird. Nahezu unbeeinflußbar sind die ostelbischen Wahlkreise in den Regierungsbezirken Gumbinnen, Allenstein, Danzig, Marienwerder, obwohl sich das Hochburg-Profil der konfessionellen, ethnischen und gouvernementalen Parteien bemerkenswert abschwächt. Dies gilt auch für die ostpommerschen Regierungsbezirke sowie für die nichtindustriell geprägten Wahlkreise Schlesiens. Hingegen wird der mitteldeutsche Raum weitgehend konsolidiert – zwischen 70 und 90% aller Wahlkreise in den Regierungsbezirken Magdeburg, Erfurt, Merseburg und Potsdam sind als Hochburgen einzuschätzen. Dem entspricht auch die Festigung sozialdemokratischer Positionen in Württemberg, wo 1912 immerhin elf Hochburgen bestehen. Die hier mitgeteilten Entwicklungen fügen sich in das bereits bekannte Bild der Verteilung sozialdemokratischer Wahlkreise über das gesamte Reich, belegen aber im Unterschied zu den kontinuierlich wachsenden Stimmanteilen die unübersehbare Stagnation der Sozialdemokratie innerhalb regionaler Inseln, die zu einem überwiegenden Teil mit den Großstädten identisch sind. Dieser Eindruck verstärkt sich noch durch die weitgehende Fluktuation bürgerlicher Hochburgen in den Räumen, die sich durch starke Zuwachsraten der Sozialdemokratie charakterisieren lassen.

Die Ausbreitung der Sozialdemokratie im Kaiserreich spiegelt sich somit nicht allein in den wachsenden Mandatszahlen, sondern vor allem in der Intensivierung ihrer relativ früh stabilisierten Wahlerfolge. Dies zeigt ein Blick auf die Wahlstatistiken, die für die Regierungsbezirke und Einzelstaaten vorliegen. In den Parteihochburgen Ber-

[24] Vgl. allg. *Horst Nöcker,* Wählerentscheidung unter demokratischem und Klassenwahlrecht: Eine vergleichende Statistik der Reichstags- und Landtagswahlergebnisse in Preußen 1903 nebst Angaben zur Wirtschafts- und Sozialstruktur nach Vergleichsgebieten (Berlin 1987).

lin und Potsdam werden bei durchschnittlichen Mobilisierungsraten Sättigungsgrade zwischen 55 und 75% erreicht – bei gleichbleibenden Mandatserfolgen. Dieses Bild bietet sich auch in anderen Hochburgen wie Braunschweig, Anhalt, nicht zuletzt auch in Sachsen. Die Ausweitung in die Fläche scheitert hingegen an den Wahlrechtsrestriktionen, und dies weniger wegen der konservativen Bewahrung von Wahlkreisgrenzen als wegen der Stichwahlbestimmungen, die insbesondere in den räumlich verteilten, also nicht großstädtisch-gewerblich, aber auch nicht ländlich geprägten sozialdemokratischen Hochburgen einen Mandatserfolg verhindern. Dies wird besonders deutlich an sozialdemokratischen Wachstumsregionen wie dem Regierungsbezirk Frankfurt, wo die SPD von 17,9% der Gesamtstimmenzahl im Jahre 1890 auf über 35% im Jahre 1912 ansteigt, also die nächstgrößte Partei um nahezu 10 Prozentpunkte überragt, und dennoch lediglich drei von insgesamt zehn Sitzen erobert. Ganz ähnlich stellt sich die Lage im Regierungsbezirk Breslau, in Liegnitz, selbst in Merseburg dar. Die Sozialdemokratie hat extrem hohe Schwellenwerte zu überwinden und sichert sich den erwarteten Wahlerfolg erst, wenn sie Stimmanteile um 45% erringt – sie ist somit nicht nur die Anti-Block-Partei, sondern gerade durch diese Schwierigkeiten der autonomen Mehrheitsbildung die Ein-Block-Partei schlechthin. Als solche ist sie Partei eigener Mehrheitsbeschaffung. Insofern sind auch die Diffusionsprozesse in dem ländlichen Raum unter dem Gesichtspunkt des Wahlerfolges eher Pyrrhussiege. Dies wird besonders deutlich am Beispiel der Stimmentwicklung im Großherzogtum Mecklenburg-Schwerin, wo die SPD seit 1898 insgesamt dreimal ein Reichstagsmandat erobern kann, und dies bei einem Gesamtstimmenanteil von nahezu 40%. Ihre politischen Erfahrungen verstärken die Fixierung der SPD auf das Verhältniswahlrecht und die Anpassung der Wahlkreisgrößen an die Bevölkerungsentwicklung.

Die Wahlrechtspositionen der Sozialdemokratie sind in verfassungs- und wahltheoretischer, auch in programmatischer Hinsicht vergleichsweise gut erforscht worden. Die hypothetische Frage hat sich dabei vor allem auf eine Übernahme der sozialdemokratischen Perspektive durch die Wählerschaft konzentriert. In der Tat ist die Stabilisierung und Intensivierung des sozialdemokratischen Milieus[25] eine wichtige Voraussetzung der Stimmenzuwächse, die sich in den Wahlergebnissen auf Reichsebene und der Ebene der Regierungsbezirke und Einzelstaaten in gleicher Weise ausdrücken. Die Konzentration der Sozialdemokratie auf die Industrialisierungsschwerpunkte (mit Ausnahme des Ruhrgebiets aus den gut erforschten Gründen konfessioneller und nationaler Art) läuft mit der Konzentration der Fabrikarbeiterschaft parallel, die als Voraussetzung eines sozialdemokratischen Arbeiterbewußtseins gedeutet worden ist[26]. Die Mobilisierung und ständige Verstärkung dieses Bewußtseins ist die Aufgabe der Parteiorganisation, der Parteipresse und vor allem der Arbeiterkulturbewegung. Trotz

[25] Dieser auf einen frühen programmatischen Aufsatz von Lepsius zurückgehende, allerdings von Amery übernommene Begriff hat sich in der historischen Wahl- und Parteienforschung weitgehend durchgesetzt, so intensiv er auch im Zusammenhang mit dem Paradigma der politischen Kultur diskutiert und modifiziert wird. Ich folge sehr gern der Konkretisierung dieses Begriffs durch *Ritter*, Parteien, 49 ff. und seiner Diskussion der wichtigsten Arbeiten: ebda., 97 und 98 f.

[26] Dazu jüngst in Anlehnung an Max Weber und Götz Briefs *Josef Mooser*, Arbeiterleben in Deutschland 1900–1970: Klassenlagen, Kultur und Politik (Frankfurt/M. 1984).

konkurrierender Organisationen aus dem Umfeld der Zentrumspartei kann die Sozialdemokratie die Phase ihrer organisatorischen Expansion weit vorantreiben und in ihren Hochburgen weitgehend abschließen. Dadurch verstärkt sich aber zugleich der Eindruck vom überwiegend großstädtischen Charakter der Partei. Er erhält seine bekannte Bestätigung durch die Wahlstatistiken, die zeigen, daß die SPD in der Regel in Großstädten mit mehr als 100000 Einwohnern weit über 50% der Stimmen errang, während sie nach den jüngsten, sehr umfangreichen und komplizierten Berechnungen von Gerhard A. Ritter[27] in kleinen Landgemeinden mit weniger als 2000 Einwohnern etwa 15%, in Gemeinden mit bis zu 10000 Einwohnern im Schnitt mehr als 30% und in den Mittelstädten bis zur Größe von maximal 100000 Einwohnern um die 40% errang. Wenn man die statistischen Begrenzungen ein wenig aufweicht und die Gemeinden unterhalb von 10000 Einwohnern als Landstädte bezeichnet, kann man im Zeitablauf auf einen mittleren Wert von etwa 10 Prozentpunkten, in den Mittelstädten bis etwa 60000 Einwohner auf einen im Zeitablauf sich ergebenden mittleren Wert von etwa einem Drittel der Gesamtwählerschaft kommen. Diese Zahl markiert in gewisser Weise auch das gesamte, d.h. nationale Wählerreservoir. Hier bildet lediglich Sachsen eine bemerkenswerte Ausnahme wegen der doch weitgehend gleichgroßen Stimmanteile in allen Städten unabhängig von ihrer Größe und der vergleichsweise großen Distanz zum platten Land. Hier tritt bald durch die Ausweitung der Pendelarbeit eine Diffusion ein, die sich aber erst deutlich nach dem Weltkrieg auswirkt.

Bleibt die Sozialdemokratie so weitgehend in den urbanen Strukturen befangen, so verfestigt sich diese Abhängigkeit noch durch ihre – ebenfalls gut bekannte – Verankerung in hochindustrialisierten Wahlkreisen. Ritter und Niehuss geben die Zahl der gewerblichen Wahlkreise, in denen mehr als 50% der Beschäftigten den Sektoren Handwerk/Industrie und Dienstleistung angehören, mit 195 an[28]. Von ihnen werden 77 Wahlkreise (= 40%) durch die Sozialdemokratie vertreten (1903), bei den Wahlen von 1912 dann mit 106 Wahlkreisen nahezu 55 Prozent. Für die Sozialdemokratie bedeutet dies, daß lediglich 4 Prozent ihrer Wahlkreise als relativ gewerblich/relativ agrarisch einzustufen sind.

Die Orientierung auf soziostrukturelle Charakteristika der sozialdemokratischen Wahlkreise verstellt allerdings vielfach den Blick auf politische Dimensionen. Sie sollen durch einige Übersichten erschlossen werden, die Wahlerfolge und deren „Intensitäten" zu erschließen gestatten. Der durchschnittliche Stimmerfolg der SPD gibt Aufschluß über die Ziel-Erfolg-Relation. Dabei zeigt sich, daß die Sozialdemokratische Partei im Lauf der Zeit ihre durchschnittlichen Stimmanteile nur leicht erhöhen kann, also unter Berücksichtigung der Stimmentwicklung aller Parteien keineswegs die Veränderungsraten erreicht, die man mit dem Blick auf die Veränderungsraten der jeweiligen Stimmzahlen – von Reichstagswahl zur jeweils vorangegangenen Wahl – erwarten würde. Die Diskrepanz zwischen Aufwand, der aus der Zahl der Gesamtkandida-

[27] *Gerhard A. Ritter,* Die Sozialdemokratie im Deutschen Kaiserreich in sozialgeschichtlicher Perspektive, in: HZ 249 (1989) 295 ff.
[28] *Ritter/Niehuss* 102 f.

Durchschnittliche Erfolge der SPD in ihren Wahlkreisen

Reichstagswahl	Minimum der Stimmanteile in Wahlkreisen	Maximum	Durchschnitt im Hinblick auf Wahlberechtigte	Standardabweichung
1871	0,3	61,0	13,97	13,7
1874	0,3	– 94,4	18,41	17,5
1877	0,2	76,0	16,92	16,1
1878	0,2	62,9	12,84	15,3
1881	0,2	49,9	11,03	13,5
1884	0,2	60,3	13,59	15,7
1887	0,1	72,7	12,31	14,5
1890	0,2	72,5	17,00	17,1
1893	0,2	71,4	19,54	17,1
1898	0,2	73,1	22,45	18,3
1903	0,1	77,5	26,11	19,3
1907	0,3	75,6	23,32	17,5
1912	0,2	82,4	27,95	19,0

turen deutlich wird, und dem letztendlichen Wahlerfolg, der in den durchschnittlichen Wahlkreiserfolgen sichtbar wird, zeigt an, daß sich die Sozialdemokratie ungeachtet der maximalen Stimmerfolge innerhalb eines sehr engen und festen Erfolgskorridors bewegt hat. Dies zeigt auch der Vergleich zu anderen Parteien mit Blick auf Gesamtkandidaturen und durchschnittliche Stimmkreiswerte. So reduziert sich die Gesamtzahl der konservativen Kandidaturen von 162 im Jahre 1871 auf 154 im Jahre 1912, was bedeutet, daß die Konservativen in diesem Jahr weitaus weniger als die Hälfte sozialdemokratischer Wahlkreise zu beschicken haben. Ihr durchschnittlicher Wahlkreiserfolg liegt bei 28,47%, also leicht über dem sozialdemokratischen Durchschnitt. 1871 lag er allerdings bei über 37%. Gravierend nimmt auch die Zahl der nationalliberalen Kandidaturen ab – von 245 im Jahr 1871 (bei einem Stimmendurchschnitt von 48,6%) über 170 Reichstagskandidaturen im Jahre 1881 bei einem Durchschnitt von 29,4% auf schließlich 213 Kandidaturen 1912 und einem durchschnittlichen Wahlkreisergebnis von knapp 24,4%[29]. Diese Entwicklung scheint auch deshalb bemerkenswert, weil die Nationalliberalen stets beanspruchen, nicht nur Reichs-, sondern auch reichsweit operierende Partei zu sein.

Wesentlich effektiver legen die Linksliberalen[30] ihre Wahlkreisaktivitäten an. Sie stellen 1871 in 88 Reichstagswahlkreisen eigene Kandidaten auf und erreichen einen Wahlkreisstimmendurchschnitt von 42,3%, sind also bei nahezu gleichstarker Präsenz wie die Sozialdemokraten etwa dreimal erfolgreicher. Sie spüren die Konsequenzen

[29] Diese Zahlen sind das Ergebnis von Wahlkreiszusammenstellungen, die im Rahmen des DFG-Projekts erarbeitet wurden, und entsprechen nicht immer völlig den sonst überlieferten Kandidaturen. Die Abweichungen sind jedoch in der Regel minimal.

[30] Vgl. jetzt *Toni Offermann*, Preußischer Liberalismus zwischen Revolution und Reichsgründung im regionalen Vergleich: Berliner und Kölner Fortschrittsliberalismus in der Konfliktszeit, in: *Dieter Langewiesche* (Hrsg.), Liberalismus im 19. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich (Göttingen 1988) 109 ff.; *ders.;* Arbeiterbewegung und liberales Bürgertum in Deutschland 1850–1863 (Bonn 1979); als Überblick *Ritter*, Parteien, 65 ff.

ihrer Wahlkampfausbreitung bereits 1877, als sie in über 130 Wahlkreisen kandidieren und nur mehr einen Erfolg von 25% im Wahlkreisdurchschnitt aufweisen. 1878 reduzieren sie ihre Präsenz und erhöhen die Durchschnittsquote auf über 30%. Diesen Wert können sie unter den Ausnahmebedingungen der Reichsfeindagitation während des Sozialistengesetzes halten, gehen allerdings in bemerkenswerter Weise in die Fläche und kandidieren 1884 in nahezu 250 Wahlkreisen. Seit diesem Stichjahr nimmt die Zahl linksliberaler Kandidaturen stark ab. Die durchschnittlichen Wahlkreiserfolge steigen von etwa 15% auf über 20% nach 1900.

Als stärkste Partei ist im Hinblick auf das Verhältnis von Kandidaturen und Wahlkreisdurchschnittserfolgen das Zentrum[31] einzuschätzen. Größtmögliche Reduzierung der Wahlkampfpräsenz korrespondiert einem beeindruckenden kontinuierlichen Erfolg bei den Wahlen – sowohl im Hinblick auf die Zahl der Mandate als auch im Hinblick auf Stimmzahlen und durchschnittliche Wahlkreisstärke. 1871 nominiert die Zentrumspartei in 144 Wahlkreisen eigene Kandidaten und erreicht 63 Mandate bei 18,6% der Gesamtstimmenzahl. In ihren umkämpften Wahlkreisen erreicht sie jedoch einen durchschnittlichen Wahlkreiserfolg von 43,9%, bildet also schlagartig Hochburgen großer Intensität aus. Das Verhältnis zwischen Kandidaturen und Mandatsgewinnen ist so stets außerordentlich günstig und liegt bei etwa 40 bis 50% Erfolgsquote. Der durchschnittliche Wahlkreiserfolg des Zentrums liegt stets nahe 40, vor 1900 zuweilen über 50%, und sinkt erst unter dem Einfluß der politisierten Wahlen von 1903, vor allem 1907 unter 35% ab. 1912 kandidieren Zentrumsabgeordnete in 182 Wahlkreisen, erringen 91 Mandate bei einem durchschnittlichen Wahlkreisstimmenanteil von über 41%. Damit ist das Zentrum zur stabilsten Partei geworden. Ihr Erfolg scheint das Ergebnis des wahlkreisbezogenen Blockdenkens gewesen zu sein, also jener Begrenzung, die in den Debatten über den Blockcharakter der Zentrumsfraktion am stärksten nach der Jahrhundertwende in Frage gestellt wird.

Die vom Zentrum erreichten Wahlkreiswerte werden lediglich von ausdrücklich als Regionalparteien definierten politischen Bewegungen übertroffen und vereinzelt von den Konservativen/Freikonservativen erreicht, die sich seit dem Ende des 19. Jahrhunderts zu Parteien regionaler Prägung entwickeln.

Die Relation zwischen Kandidaturen, Wahlkreiserfolgen und Wahlkreisstimmanteilen macht deutlich, daß die Sozialdemokratie zunehmend Opfer ihrer eigenen Wahlrechtsdiskussion und nicht zuletzt auch ihres gesamtnationalen Vertretungsanspruchs wird. Sie versucht, die absoluten Stimmanteile zu erhöhen, ohne daß sie regionale Schwerpunkte außerhalb der soziostrukturell sich rasch wandelnden und bevölkerungsmäßig instabilen Schwerpunkte ausbilden kann. Lediglich in Sachsen scheint in dieser Hinsicht eine entscheidende Ausnahme vorzuliegen. Die ständige Präsenz der Sozialdemokratie bei den Wahlkämpfen aller Wahlkreise verstärkt innerhalb des bürgerlichen Parteien- und Anhängerspektrums die Furcht vor einem entscheidenden

[31] Dazu auch wieder *Ritter*, Parteien, 51 ff. mit einer überzeugenden Bewertung der Forschungsliteratur, 99 ff. Dabei wird der Blick auf die konkrete Organisationsgeschichte gelenkt, zugleich aber die politisch-ideologische Einschätzung des Zentrums angemessen reduziert.

politischen Wandel. Ihre Bestätigung scheinen diese Befürchtungen sowohl durch die wachsenden Stimmanteile der SPD auf gesamtnationaler Ebene als auch durch die zunehmende Zahl von Stichwahlen zu finden.

Die SPD muß sich während des Zeitraums von 1871 bis 1912 an 657 Stichwahlen beteiligen, davon verliert sie in nahezu drei Viertel der Fälle das Mandat an ihren Stichwahlkontrahenten. Seit 1871 entwickeln sich die sozialdemokratischen Stichwahlerfolge und -verluste in deutlicher Abhängigkeit von politischen Rahmenbedingungen, wie die folgende Übersicht zeigt.

Stichwahlerfolge der SPD 1871–1912

Reichstagswahl	Stichwahlgänge insgesamt	davon gewonnen		davon verloren	
		absolut	in %	absolut	in %
1871	4			4	100
1874	11	2	18,2	9	81,8
1877	20	3	15	17	85
1878	16	7	43,7	9	56,2
1881	23	13	56,5	10	43,5
1884	23	15	65,2	8	34,8
1887	16	5	31,2	11	68,8
1890	58	15	25,9	43	74,1
1893	80	19	23,7	61	76,3
1898	97	25	25,8	72	74,2
1903	113	23	20,4	90	79,6
1907	88	14	15,9	74	84,1
1912	108	39	36,1	69	63,9

Im Zuge einer allgemeinen Politisierung der Gesellschaft, die sich in wachsenden Wahlbeteiligungsraten und in einer Differenzierung der Parteienspektren auch innerhalb der Wahlkreise ausdrückt, nimmt die gegen die Sozialdemokratie gerichtete politische Polarisierung zu. Sie findet ihren Ausdruck einerseits in der vielfach benannten „Lagermentalität" sub- und gegenkultureller sozialdemokratischer Milieus[32], andererseits im politischen Blockdenken der weitaus größten Zahl der Gegner der Sozialdemokratie. Diese Befindlichkeiten finden ihren Ausdruck augenscheinlich in der Entwicklung von Stichwahlkonstellationen, die nur unter größten Schwierigkeiten von den sozialdemokratischen Kandidaten in Erfolge verwandelt werden können.

Weil die Entwicklung von Stichwahlkonstellation keine Differenzierung von Parteidistanzen gestattet, sollen im folgenden die parteispezifischen Stichwahlkonstellationen für den gesamten Untersuchungszeitraum aufgeschlüsselt werden. Dabei werden Stichwahlgewinne (a) und -verluste (b) gesondert ausgewiesen.

[32] Hierzu allerdings differenzierend *Dieter Langewiesche*, Arbeiterkultur in Österreich: Aspekte, Tendenzen und Thesen, in: *Gerhard A. Ritter* (Hrsg.), Arbeiterkultur (Königstein/Ts. 1979) 40 ff.

Parteispezifische Stichwahlkonstellationen der SPD 1871–1912

Reichstagswahl	Konservativ insges.	a	b	Freikonservativ insges.	a	b	Nationalliberal insges.	a	b	Fortschritt insges.	a	b
1871				2		2	1		1			
1874							5	1	4	6	1	5
1877	3		3	1		1	10	2	8	5		5
1878	3	2	1	2		2	7	4	3	3	1	2
1881	5	5					4	2	2	11	5	6
1884	3		3				5	3	2	10	8	2
1887	3		3	2	1	1	9	4	5	1		1
1890	12	1	11	3	2	1	20	9	11	15	1	14
1893	17	2	15	11	2	9	27	9	18	9	4	5
1898	19	8	11	9	2	7	34	13	21	12	1	11
1903	23	6	17	9	1	8	35	8	27	16	2	14
1907	11		11	10		10	29	9	20	15	1	14
1912	20	10	10	11	5	6	32	9	23	26	8	18

Reichstagswahl	Zentrum insges.	a	b	Minderheiten insges.	a	b	Demokraten insges.	a	b	einzelne insges.	a	b
1871												
1874												
1877	1	1										
1878				1		1						
1881	1	1		1		1	1		1			
1884	3	2	1	1	1		1	1				
1887	1		1									
1890	7	1	6									
1893	4	1	3									
1898	7		7							6		6
1903	9	2	7				3	1	2	3		3
1907	6	2	4				2		2	2	1	1
1912	9	5	4							3		3

Reichstagswahl	Antisemiten insges.	a	b	Freisinnige insges.	a	b	Wirtschaftspartei insges.	a	b
1890	1	1							
1893	5		5	7	1	6			
1898	2		2	6	1	5	2		2
1903	5	1	4	7	1	6	3	1	2
1907				4	1	3	9		9
1912	2		2				4	2	2

Die geringsten Erfolgsaussichten bei Stichwahlen hat die SPD gegen Linksliberale und gegen Konservative, zumindest seit dem Sturz Bismarcks. In dieser Tatsache kommt die relativ große Distanz der politischen „Mitte" gegenüber der SPD zum Ausdruck. Hingegen kann die Sozialdemokratie bis etwa 1890 relativ oft die Stich-

wahlen gegen die Nationalliberalen für sich zum Erfolg machen, nach 1890 aber zunehmend seltener die Stichwahlgänge mit ihren Kandidaten für sich entscheiden. Auch in dieser Entwicklung drückt sich die wachsende Isolation der Sozialdemokraten im Zusammenhang mit Wahlbewegungen aus.

So ist die Bewertung der Stichwahlkonstellationen und Stichwahlerfolge ein wichtiger Indikator für die Einschätzung der politischen Anerkennung, die die Sozialdemokratie vor Ausbruch des Weltkriegs in der deutschen Gesellschaft erringen kann: Sie scheint weitgehend auf ihr eigenes Milieu verwiesen, ohne die Möglichkeit zu haben, durch politische Konstellationen den Status einer isolierten und desintegrierten Partei entscheidend zu verändern. Dies fällt insbesondere dann ins Auge, wenn man die entsprechenden Konstellationen der anderen Parteien vergleicht.

Insgesamt beteiligt sich die SPD nach Ritter/Niehuss 679mal an Stichwahlen und konnte davon insgesamt 186 (= 27,4%) für sich entscheiden[33]. Dieser Erfolgswert schwankt nach 1890 stark zwischen 15% im Jahre 1907 und 37% im Jahre 1912, im Durchschnitt liegt der Erfolg bei 20 bis 25%. Zum Vergleich: Bei der Fortschrittspartei führen im Durchschnitt 80% der Stichwahlen zum Mandatsgewinn, beim Zentrum über 40%, bei den Nationalliberalen über 50%, selbst bei den Konservativen 43%. Die Sozialdemokratie ist also die Partei mit der bei weitem geringsten Integrationskraft, bleibt somit auch in dieser Hinsicht isoliert und auf die eigene Mehrheitsbeschaffung angewiesen. Um so riskanter ist der Entschluß der Parteigremien, die Wahlauseinandersetzungen ohne Aussicht auf Mandatsgewinne in alle Reichswahlkreise zu tragen. Denn dadurch wird nicht allein eine Intensivierung sozialdemokratischer politischer Penetration, sondern nicht selten auch eine Intensivierung von Abwehrbestrebungen erreicht, die für die Blockierung der Sozialdemokratie in einem „Stimmenturm" von etwa 30% der Wählerschaft verantwortlich gewesen ist.

Allerdings ist zu fragen, ob sich nicht langfristig gerade im Stichwahlverhalten von Sozialdemokraten und der gegen die Sozialdemokratie gerichteten Parteianhänger ein Wandel vollzieht. Die von Ritter/Niehuss mitgeteilte Übersicht von „Stichwahlpositionen" macht deutlich, daß die Aussichten, eine Stichwahl siegreich zu bestehen, zu einem erheblichen Teil von den Konstellationen innerhalb des Geflechts der bürgerlichen Parteien abhängen. So kann die SPD 1890 nur eine von zwölf Stichwahlen gegen die Konservativen für sich entscheiden, 1912 aber 50%, d.h. in absoluten Zahlen: 10 von 20 Wahlen. Vergleichsweise gering sind ihre Chancen gegenüber dem Linksliberalismus, wesentlich besser gegenüber dem Zentrum – zumindest im Vergleich mit 1890.

Die folgende Übersicht soll Einblicke in die Strukturen von Stichwahlentscheidungen geben. Dabei wird deutlich, daß die Sozialdemokratie nicht nur stets wandelbare Distanzen zu den gegnerischen Parteien bewältigen muß, sondern auch gerade durch das Wahlrecht nur eine geringe Chance hat, eine breite, stabile parlamentarische Führungsschicht auszubilden, die zugleich stabile Wahlkreisverbindungen herzustellen in der Lage ist. Dies ist ein überraschendes Ergebnis, weil doch – wahrscheinlich aus der Perspektive der bereits genannten äußerst stabilen Hochburgen heraus – die Stimm-

[33] *Ritter/Niehuss*, 125 ff.

treue sozialdemokratischer Wähler geradezu notorisch war. In der Tat ist die Kontinuität einzelner sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter beeindruckend und findet nur ihr Gegenstück in den lebensgeschichtlichen Kontinuitäten konservativer Reichstagsabgeordneter, die „Riviera-Wahlkreise" vertraten, oder Reichstagsabgeordneter des Zentrums, die aus den stabilen Hochburgen des politischen Katholizismus hervorwuchsen und selbst den sozialen Wandel mit Urbanisierung und Industrialisierung im Windschatten von Organisationen der katholischen Arbeiterbewegung bewältigten.

Wahlkreise, in denen zwei miteinander konkurrierende Parteien als schwach eingeschätzt werden, sind in der Regel aus der Sicht der am Wahlkampf beteiligten politischen Kontrahenten ebensowenig umkämpft, wie jene, in denen eine Partei außerordentlich dominiert. Die Gegensätze zwischen den sich bekämpfenden Bewegungen können sich erst dann in einer wahlkampf- und wahlergebnisbezogenen Weise entfalten, wenn die Parteien aus relativ starken Positionen, d.h. von Stimmkreisanteilen um 25%, gegeneinander antreten.

Die folgende Übersicht faßt die Zahl der Wahlkreise zusammen, in denen sich Sozialdemokraten und nichtsozialdemokratische Parteien spezifischer Parteirichtung gegenüberstehen[34].

Die SPD kandidiert in X Wahlkreisen gegen einen Kandidaten der folgenden Parteien:

Reichstags-wahl	Kons.	Frei-kons.	Nat.-lib.	Fort-schr.	Zen-trum	Demo-krat.	Frei-sinnig	Anti-semit.	Wirt-schaft.	Minder-heiten
1871	37	10	62	37	24					8
1874	44	20	109	52	59	5				26
1877	89	35	150	84	90	4				25
1878	87	59	128	51	114	14				15
1881	102	41	85	77	90	24	38			15
1884	88	37	148	153	114	17	1	1		19
1887	73	52	145	162	92	18		2		20
1890	121	77	194	260	189	37		24		42
1893	159	57	176	217	204	43	64	125	8	65
1898	132	45	162	153	228	48	53	118	65	76
1903	130	46	207	153	273	33	48	80	82	104
1907	112	45	176	96	264	23	69	33	81	112
1912	153	59	212	207	182	14		36	89	118

Umkämpft sind dabei Wahlkreise, in denen die jeweiligen Hauptkonkurrenten Aussicht haben, die Stimmenmehrheit in ein Mandat zu verwandeln. Die Kreuztabulierung von sozialdemokratischen Stimmanteilen und den Stimmanteilen der jeweiligen Gegnerparteien erlaubt einen Einblick in die Stimmbeziehungen der jeweils gegen die SPD antretenden Parteien. Im folgenden soll ein Überblick über die Zahl der Wahlkreise gegeben werden, in denen die Sozialdemokratie vergleichsweise stark war, also mehr als 20% der Wähler der jeweiligen Wahlkreise mobilisieren konnte. Weil

[34] Diese Übersicht gründet sich auf eine Auswertung der Reichstagswahlstatistik und wurde von Stefan Immerfall wesentlich vorbereitet.

Anteile von mehr als 60% der Stimmen auf eindeutige Parteidominanz schließen lassen, werden diese Mehrheitswahlkreise nicht eigens erfaßt, d.h. die Stimmergebnisse von Sozialdemokraten und den jeweils gegnerischen Parteien, die größer als 60% sind, werden nicht ausgewiesen.

Die Sozialdemokratie hatte sich mit ihren Wahlerfolgen in einem bemerkenswert feindlichen Umfeld zu entfalten und blieb dabei als Partei mit der deutlichen Notwendigkeit, ihre eigene Mehrheit beschaffen zu müssen, immer wieder von Agitationen, Wahlabsprachen und Wahlkreisbündnissen ihrer sich breit ausdifferenzierenden Gegner abhängig. Sie war die am meisten bekämpfte Partei, und deshalb ist es sinnvoll, sich einen Einblick in die Binnenstruktur ihrer Gegnerkonstellation zu verschaffen. Die folgende Übersicht weist alle „umkämpften" Wahlkreise aus, in denen die SPD zwischen 20 und max. 60% der Stimmen erreichen konnte und zugleich die aufgeführten Parteien etwa gleichstark waren. Dabei ist davon auszugehen, daß diese Wahlkreise sich nicht nur durch die tatsächlich erreichten Stimmanteile, sondern durch die Schärfe der sich in den jeweiligen Stimmanteilen ausdrückenden Gegensätze charakterisieren lassen. Die einzelnen Zahlenreihen geben an, wie häufig die sozialdemokratischen Kandidaten den Eindruck erwecken konnten, eine entscheidende Gefahr für die Abgeordneten bürgerlicher Parteien darzustellen. Dabei wird deutlich, wie entspannt das Verhältnis zwischen Sozialdemokraten und Zentrumsfraktion war, wie kontrovers sich jedoch das Verhältnis zwischen Sozialdemokratie und gouvernementalen konservativen und liberalen Parteien entfaltete. Die Befunde der Kreuztabulierung können hier nicht weiter differenziert werden. Vielmehr soll es darauf ankommen, deutlich zu machen, wie differenziert die antisozialdemokratischen Frontstellungen zu sehen sind und wie gering der Erfolgsspielraum der Sozialdemokratie bei Wahlkämpfen und insbesondere bei Stichwahlarrangements war. Darüber können auch nicht die Kooperationsversuche hinwegtäuschen, die auf einzelstaatlicher Basis vor allem in Südwestdeutschland kurzzeitige Wirkung entfalten durften, möglicherweise aber auch gerade Tendenzen einer antisozialdemokratischen Frontverstärkung in anderen Staaten belebten und unterstützten.

Reichstagswahl	Kons.	Freikons	Nat.-lib.	Fortschr.	Zentrum	Demokrat.	Freisinnig	Antisemit.	Wirtschaft.	Minderheiten
1871	3	3	2	5	1					1
1874	4	3	18	13	3	1				1
1877	8	6	37	17	3	1				2
1878	9	6	18	14	2	1				1
1881	15	2	13	18	5	2	5			1
1884	16	5	32	27	8	3				1
1887	9	8	28	23	6	2				1
1890	23	20	57	42	13	3		1		7
1893	32	25	59	37	17	4	16	11	2	13
1898	43	17	60	40	18	7	15	12	8	8
1903	53	21	70	45	31	4	20	12	8	10
1907	32	14	80	47	32	10	22	5	21	7
1912	57	21	83	103	31			9	18	17

Nicht allein die Zahl der bekämpften, sondern auch der eindeutig und nicht innerhalb eines Wahlganges zu erobernden Wahlkreise bestimmt das Bild des politischen Konfliktfeldes. Deshalb kann gerade eine differenzierte Betrachtung von „Wahlkreisbastionen", die jeweils mehr als 60% der Gesamtstimmen für eine Partei bringen, Aufschluß über die politische Selbst- und Fremdeinschätzung geben. Denn eine schwache Stellung der Sozialdemokratie gegenüber einer konkurrierenden Partei begründet das Gefühl politischer Ohnmacht – führt allerdings nicht zum Rückzug aus den Wahlkreisen, wie die Entwicklung der Wahlkreiskandidaturen beweist, sondern verstärkt vor dem Hintergrund einer programmatischen Fixierung auf das Verhältniswahlrecht den Anspruch der SPD, auch in den als „rückständig" gedeuteten Wahlkreisen mit eindeutig konservativer oder gouvernementaler Tendenz das entscheidende Ferment des Wandels zu sein.

Die folgende Übersicht gibt einen Überblick der konservativen Wahlkreisbastionen, also der Entwicklung jener Wahlkreise, in denen die Konservativen mehr als 60% der Wahlkreisstimmen erzielen und die SPD unter 20% der Stimmen sammeln kann.

Reichstagswahl	Kons.	Freikons.	Antisemiten	Wirtschaftl. Vereinigung
1871	5	1		
1874		7		
1877	6	10		
1878	9	10		
1881	4	4		
1884	9	3		
1887	19	19		
1890	13	6	1	
1893	18	3	2	
1898	16	1	1	3
1903	13		1	
1907	24	1		1
1912	7	1		

Die Übersicht belegt die starke Abhängigkeit konservativer Wahlerfolge von politischen Rahmenbedingungen und Gesamtkonstellation. Damit wird auch verständlich, weshalb sich Sozialdemokraten in konservativen Hochburgen und Bastionen nicht entmutigen ließen, innerhalb der Wahlkreise für den letztendlichen Mandatsgewinn unerhebliche Stimmen zu sammeln. Sie deuteten ihren Kampf als Teil einer allgemeinen politischen Fortschrittsbewegung und konnten in diesem Zusammenhang insbesondere auf die Entwicklung der liberalen Hochburgen und Wahlkreisbastionen verweisen. Sie wird in der folgenden Übersicht in Analogie zur Übersicht über die konservativen „Wahlkreisbastionen" dargestellt. Es werden diejenigen Wahlkreise ausgewiesen, in denen liberale Parteien mehr als 60% der Wahlkreisstimmen bei zunächst niedrigen sozialdemokratischen Stimmanteilen von weniger als 20% errungen haben.

Reichstagswahl	Nationalliberal	Fortschrittspartei	Freisinn	Demokraten
1871	24	7		
1874	39	12		
1877	21	3		
1878	21	2		
1881	6	7	9	1
1884	7	3		
1887	29	3		
1890	4	3		
1893	5			1
1898	1			
1903	1	1		
1907	1			
1912				

Dieser Verlust liberaler Hochburgen läßt sich nicht allein als antiliberale Konsequenz einer auf das ganze Reich ausgedehnten sozialdemokratischen Wahlauseinandersetzung erklären, sondern spiegelt zugleich auch die starke Betonung klassischer liberaler Denkmuster, die sich in den Wahlkampfaussagen der Sozialdemokratie nach 1890 trotz der Erfahrungen kollektiver Verfolgung durch den Staat finden lassen. Die liberalen Parteien erscheinen der SPD als die besiegbaren Gegner, weil es den sozialdemokratischen Kandidaten gelingt, gerade in die liberalen Hochburgen einzubrechen. Dies zeigt die folgende Übersicht, in der die Entwicklung der Wahlkreise nachgezeichnet wird, die sich durch hohe sozialdemokratische Stimmanteile von über 60% bei gleichzeitig geringen Stimmanteilen für die liberalen Parteien von unter 20% auszeichnen. Der Übersichtlichkeit halber werden die entsprechenden Wahlkreise der konservativen Parteien ebenfalls mit ausgewiesen.

Wahlkreise mit einem sozialdemokratischen Stimmkreisanteil von mehr als 60% bei gleichzeitigen Anteilen der aufgeführten gegnerischen Parteien von weniger als 20 Prozent

Reichstagswahl	Kons.	Freikons.	Nat.-lib.	Fortschritt	Antisemiten	Demokraten	Freisinn
1871							
1874	1	1	3				
1877				1			
1878	1						
1881							
1884			1				
1887	1	1		2			
1890	2		2	4	4	1	
1893	3	1	5	5	6		
1898	1		4	5	6	1	1
1903	3		2	6	4		
1907	2	1	2	2	4		5
1912	5	3	3	6	1		

Die Befunde belegen, daß es der Sozialdemokratie gelingt, ihre „Wahlkreisbastionen" vor allem gegen die Liberalen durchzusetzen, daß sie jedoch bei einer Verbreiterung dieser Basis über die einzelnen Bastionen hinaus scheitert. Dieses Bild gilt in ganz ähnlicher Ausprägung, wenngleich bei beachtlich größerer Wahlkreiszahl, für die Zentrumsfraktion, die nach 1890 bemerkenswert stabile Wahlkreisbastionen ausbildet und dabei sogar vergleichsweise scharfe Abgrenzungsränder ausformt, wie die folgende Übersicht zeigt. So gründen Sozialdemokratie und Zentrum in ganz vergleichbarer Weise in einer relativ stabilen Wählerschaft, was zugleich für die raumausgreifende Zentrumsfraktion die Stabilität ihrer Mandatszahlen erklären mag.

Wahlkreise mit einem Stimmanteil von mehr als 60% für die Zentrumspartei bei gleichzeitigem Stimmanteil der SPD von weniger als 20 Prozent (a) und von 20–40 Prozent (b)

Reichstagswahl	a	b
1871	3	
1874	12	
1877	15	
1878	22	
1881	1	
1884	29	1
1887	42	
1890	64	2
1893	62	1
1898	55	4
1903	64	3
1907	67	1
1912	60	2

Die Sozialdemokratie ist im Unterschied zur Zentrumspartei, mit der sie eine äußerlich antiliberale Kampfstellung teilt, jedoch in der Lage, in die alten liberalen Hochburgen einzubrechen – im Unterschied zu der sozialdemokratischen Durchschlagskraft gegenüber den konservativen Gegnern, die sich ebenso wie die Zentrumspartei vor allem regional konsolidieren und auf diese Weise nach außen abgrenzen. Deshalb sollen in weiteren Übersichten Einblicke in das Verhältnis zwischen liberalen Parteien und der Sozialdemokratie gegeben werden. Dabei sollen aber weniger die eindeutigen und uneinnehmbaren Hochburgen und Wahlkreisbastionen von Sozialdemokratie und Liberalismus im Vordergrund des Interesses stehen, als vielmehr die Entwicklungen der aufeinander bezogenen Relationen zwischen den beiden konkurrierenden Hauptkräften des Parteienspektrums.

Die Kreuztabulierung gestattet den Einblick in die Dynamisierung der sozialdemokratischen Wahlkreispositionen. Dabei soll die Frage im Vordergrund stehen, wie sich der wachsende Stimmenanteil und Wahlkreiserfolg der SPD im Verhältnis zu den liberalen Stimmanteilen und Erfolgen darstellten.

Bei den Reichstagswahlen von 1871 stehen sich Sozialdemokraten und Nationalliberale in 62 Wahlkreisen, Anhänger der Fortschrittspartei und Sozialdemokraten in 37 Wahlkreisen gegenüber. In lediglich 12,9% der Fälle kann die SPD in der Ausein-

Wahlkreise mit einem Stimmanteil von mehr als 60% für die SPD bei gleichzeitigem Stimmanteil des Zentrums von weniger als 20 Prozent (a) und von 20–40 Prozent (b)

Reichstagswahl	a	b
1884	1	
1887		
1890	2	1
1893	2	
1898	6	
1903	13	
1907	6	
1912	11	

andersetzung mit Nationalliberalen zwischen 20 und 40% der Stimmen erobern, während die Nationalliberalen in 87,1% der Fälle auf eine Sozialdemokratie stoßen, die weniger als 20% der Wählerschaft erreicht. In 24 Fällen können die Nationalliberalen dabei mehr als 60% der Stimmen gewinnen. Im Hinblick auf die Fortschrittspartei gestaltet sich die Beziehung schwieriger für den Linksliberalismus, denn die Sozialdemokraten können in zwei Fällen mit den Linksliberalen auf relativ hohem Niveau, um 40 bis 60%, gleichziehen, in einem Fall sogar mehr als 60% erringen und die Linksliberalen in den Bereich eines Stimmenanteils von unter 40% abdrängen. In den folgenden Jahren gestaltet sich die Entwicklung im Hinblick auf den Nationalliberalismus wie folgt: Während die Nationalliberalen und die Fortschrittspartei zunehmend auf eine ihnen gegenüber gleichstarke Sozialdemokratie stoßen und bis 1912 in etwa 50% (im Hinblick auf die Nationalliberalen), bzw. 70% (im Hinblick auf die Linksliberalen) der Wahlkreise, in denen sie gegen die SPD kämpfen, die Erfahrung nicht nur gleicher Stärke ihres Gegners, sondern auch nahezu gleicher Erfolgschancen durch das Überschreiten der Schwelle erleben, die der Sozialdemokratie die Mehrheitsbeschaffung aus eigener Kraft zu ermöglichen scheint, vollzieht sich eine bemerkenswerte Polarisierung von Wahlkreispopulationen. Sie fordert aber vor allem die antisozialdemokratischen Kräfte heraus, verstärkt somit Tendenzen zur Blockbildung und, zumindest bei der liberalen Linken, zur taktisch motivierten Wahlabsprache. Die Funktion, die in diesem Zusammenhang die sozialdemokratisch-liberalen Brückenparteien spielen, die vor allem das intellektuelle Klima der „sozialliberalen" Meinungsführerschaft beeinflussen konnten, entzieht sich allerdings der wahlhistorischen Betrachtung, weil die Erfolge dieser Parteien nicht an ihrer Wirkung für die Stimmenergebnisse zu messen sind[35].

Abschließend soll die Frage behandelt werden, wie sich zwischen 1871 und 1912 die sozialdemokratische Wahlkreisführung im Verhältnis zu den anderen Parteien entwickelt hat. Hier steht die Frage nach der dominierenden Rolle bei den ordentli-

[35] Hier macht sich besonders nachteilig bemerkbar, daß die bisher vorliegenden regionalen Wahlkreisstudien in der Regel zufällig entstanden sind und regionale Schwerpunkte spiegeln, die nur durch eine gezielte Korrektur dieser Schwerpunkte auszugleichen wären. Dies ist aber derzeitig kaum zu erwarten, weil nur mehr selten regionale Wahlkreismonographien in Angriff genommen werden.

chen Wahlen im Vordergrund – nicht also die Frage nach Wahlkreishochburgen oder Wahlkreisbastionen von bis zu 60 oder mehr als 60% der Wahlkreiswählerschaft, sondern die Chance, einer anderen Partei die Führung in einem Wahlkreis abzunehmen. Dabei erhält man zugleich einen gewissen Aufschluß über die Stabilität von Wahlkreisführungen. Die folgende Übersicht gibt die jeweilige Wahlkreisführung nach Reichstagswahlen und Parteien an.

Zahl der Wahlkreise, in denen die aufgeführten Parteien die Führung errangen:

Reichstagswahl	Konservativ		Freikonservativ		SPD		Nationalliberal		Linksliberal		Zentrum	
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %
1871	60	15,1	36	9,4	3	0,8	119	31,2	43	11,3	66	17,3
1874	22	5,5	32	8,1	14	3,5	147	37,0	49	12,3	104	26,2
1877	40	10,1	40	10,1	22	5,5	120	30,2	34	8,6	97	24,4
1878	63	15,9	54	13,6	12	3,0	101	25,4	23	5,8	97	24,4
1881	57	14,4	34	8,6	10	2,5	44	11,1	101	25,4	104	26,2
1884	78	19,6	31	7,8	25	6,3	64	16,1	55	13,9	100	25,2
1887	83	20,9	40	10,1	13	3,3	106	26,7	22	5,5	97	24,4
1890	74	18,6	26	6,5	49	12,3	61	15,4	48	12,1	100	25,2
1893	78	19,6	29	7,3	65	16,4	56	14,1	28	7,1	94	23,7
1898	64	16,1	25	6,3	84	21,2	37	9,3	22	5,5	103	25,9
1903	59	14,9	19	4,8	118	29,7	29	7,3	12	3,0	104	26,2
1907	67	16,9	24	6,0	71	17,9	46	11,6	30	7,6	102	25,7
1912	53	13,4	12	3,0	142	35,8	22	5,5	15	3,8	97	24,4

Dabei ergibt sich eine bemerkenswerte Stabilität im konservativen Lager, aber auch im politischen Katholizismus. Der vieldiskutierte Zentrumsblock ist ein bekanntes Phänomen; überraschend ist jedoch die sich schon früh abzeichnende Schwächung des liberalen Lagers als Folge einer konservativen Stabilisierung und scheinbaren sozialdemokratischen Dynamisierung. Diese Entwicklung der SPD ist jedoch nicht eindeutig durch klare politische Frontstellungen geprägt, die gleichsam von Wahl zu Wahl konsolidiert werden müssen, sondern spiegelt einen überraschenden Effekt: nämlich eine außerordentliche Differenzierung der den jeweiligen Parteien von Wahl zu Wahl erneut abgerungenen Parteidominanz. Die folgende Übersicht spiegelt die Entwicklung dieser Wahlkreisdominanzen im jeweiligen Vergleich zu den jeweils vorangegangenen Wahlen wider.

Die aufgeführte Tabelle soll die Herkunft der sozialdemokratischen Führungswahlkreise zu erschließen helfen. Weil sie nicht einfach zu verstehen ist, gebe ich hier ein Lesebeispiel: Laut der zuvor aufgeführten Tabelle (vgl. oben) war die SPD 1887 in 13 Wahlkreisen führend als stärkste Partei. Davon hatte sie bereits 10 Wahlkreise, d.h. mehr als 75%, in der vorangegangenen Reichstagswahl angeführt. Einen Wahlkreis konnte sie den Linksliberalen abnehmen, in zwei weiteren Wahlkreisen hatten „Sonstige" vorn gelegen.

Die Tabelle macht deutlich, daß die Sozialdemokratie ihre Stimmerfolge vor allem durch eine Degradierung liberaler Wahlkreisdominanz erzielte, aber im Vergleich zu den gegnerischen Parteien doch durch eine bemerkenswerte Instabilität der Wahlkreiskontinuitäten charakterisiert werden konnte. Dies hatte zweifellos erhebliche

Verlust und Gewinn der sozialdemokratischen Wahlkreisführung im Vergleich zur jeweils vorangegangenen Reichstagswahl

Reichstagswahl	Konserv. abs.	in %	Freikons. abs.	in %	SPD abs.	in %	Nationalliberal abs.	in %	Linksliberal abs.	in %	Zentrum abs.	in %	Sonstige abs.
1871/1874 bleiben wegen der fehlenden Wahlkreise von Elsaß-Lothringen unberücksichtigt													
1877					9	40,9	4	18,2	7	31,8	2	9,1	
1878					10	83,3	1	8,3			1	8,3	
1881			1	10,0	4	40,0	3	30,0	2	20,0			
1884	2	8,0	1	4,0	8	32,0	2	8,0	12	48,0			
1887					10	76,9			1	7,7			2
1890	6	12,2	3	6,1	12	24,5	21	42,9	3	6,1	2	4,1	2
1893	5	7,7	3	4,6	47	72,3	8	12,3	2	3,1			
1898	5	6,0	4	4,8	56	66,7	12	14,3	6	7,1			1
1903	7	5,9	4	3,4	77	65,3	10	8,5	8	6,8	2	1,7	10
1907					70	98,6	1	1,4					
1912	12	8,5	8	5,6	69	48,6	20	14,1	19	13,4	2	1,4	12

Auswirkungen für die Bildung einer Führungsgruppe in Fraktion und Partei, denn nur die sozialdemokratischen Wahlkreisbastionen mit Mehrheiten um 60% garantierten die notwendige Personalkontinuität. Allerdings konnte in soziostrukturell günstigen Wahlkreisen die SPD mit geringeren Werten, nicht zuletzt auch unter politisch geschickter Ausnutzung von Stichwahlgewohnheiten und -möglichkeiten, d.h. mit weitaus geringeren Haltepunkten, eine bemerkenswerte Wahlkreiskontinuität sichern.

Die Haltequoten der einzelnen Parteien entwickelten sich im Zeitraum von 1871 bis 1912 in einer Weise, die auch die Stabilität und den Wandel der parlamentarischen Führungsgruppen deutlich machen kann und dabei zugleich die These von der vergleichsweise hohen sozialdemokratischen Haltequote bestätigt. Sie sagt allerdings unmittelbar weniger über die Kontinuität parlamentarischer Führungsgruppen oder einzelner Fraktionen aus, als über die sich von Wahl zu Wahl erstreckende regionalspezifische Stabilität. Regionale Parteienstabilität ist eine entscheidende Voraussetzung personaler Kontinuität, denn eine Partei, die in mehreren aufeinanderfolgenden Wahlen in den gleichen Wahlkreisen stärkste Partei wird, verbessert dadurch die personale

Übersicht der „Haltequoten" der deutschen Parteien nach Legislaturperioden, bezogen auf die Gesamtzahl der Wahlkreisführungen bei der Vorwahl (a) und auf die jeweilige Legislaturperiode (b) in Prozent

Reichstagswahl	Konservativ			Freikonservative			Sozialdemokratie		
	abs.	a	b	abs.	a	b	abs.	a	b
1874	21	35	95,5	19	52,8	59,4	3	100	21,4
1877	15	68,2	37,5	22	68,8	55	9	64,3	40,9
1878	38	95	60,3	31	77,5	57,4	10	45,5	83,3
1881	44	69,8	77,2	23	42,6	67,6	4	33,3	40
1884	47	82,5	60,3	18	52,9	58,1	8	80	32
1887	68	87,2	81,9	28	90,3	70	10	40	76,9
1890	68	81,9	91,9	23	57,5	88,5	12	92,3	24,5
1893	59	79,7	75,6	15	57,7	51,7	47	95,9	73,3
1898	57	73,1	89,1	15	51,7	60	56	86,2	66,7
1903	47	73,4	79,7	15	60	78,9	77	91,7	65,3
1907	55	93,2	82,1	14	73,7	58,3	70	59,3	98,6
1912	47	70,1	88,7	8	33,3	66,6	69	97,2	48,6
	Nationalliberal			Linksliberal			Zentrum		
	abs.	a	b	abs.	a	b	abs.	a	b
1874	96	80,7	65,3	29	67,4	60,4	66	92,4	58,1
1877	107	72,8	89,2	23	46,9	67,6	91	87,5	93,8
1878	84	70	83,2	16	47,1	69,6	93	95,9	95,9
1881	30	29,7	68,2	20	87	19,8	89	91,8	85,6
1884	33	75	51,6	41	40,6	74,5	95	91,3	95
1887	62	96,9	58,5	21	38,2	95,5	94	94	96,9
1890	57	53,8	93,4	19	86,4	39,6	94	96,9	94
1893	39	63,9	69,6	10	20,8	17,9	92	92	97,9
1898	27	48,2	73	16	57,1	72,7	90	95,7	87,4
1903	16	43,2	55,2	6	27,3	50	96	93,2	92,3
1907	21	72,4	45,7	9	75	30	93	89,4	91,2
1912	16	34,8	72,7	9	30	60	90	88,2	92,8

Stabilität und somit auch die fraktionelle Kontinuität. Allerdings trifft dies vor allem bei Normalwahlen zu, nicht hingegen bei den gouvernemental polarisierten Auseinandersetzungen. Sie zerstören in bemerkenswerter Weise die Kontinuität der Herausbildung einer parlamentarischen Führungsgruppe der Sozialdemokratie, stabilisieren hingegen vor allem die konservativen Fraktionen. Die Liberalen werden dabei, mit umgekehrter Tendenz wie die Sozialdemokratie, einem Schub ausgesetzt, der Diskontinuität in die Fraktion bringt.

Auch diese Statistik soll durch ein Lesebeispiel verständlicher gemacht werden. Im Jahre 1912 verfügten die Konservativen bereits in 88,7% ihrer Wahlkreise in der vorangegangenen Legislaturperiode über die Wahlkreisführung. Bezogen auf die 1907 errungenen Wahlkreisführungen konnten mit 47 Wahlkreisen etwa 70% gehalten werden.

Um die Entwicklung der Beziehungen zwischen der SPD und den bürgerlichen Parteien insgesamt einschätzen zu können, ist es von Bedeutung, einen Eindruck von der Gesamtzahl der Verschiebungen möglicher Wahlkreisdominanzen zu erhalten. Deshalb wird im folgenden nach einem Führungswechsel zugunsten der SPD im Hinblick auf die Parteien gefragt, die ihre Wahlkreisführung verlieren.

Übersicht sozialdemokratischer Wahlkreisführung im Hinblick auf die Parteien, die ihre Dominanz im Wahlkreis an die SPD verlieren, jeweils im Hinblick auf die vorangegangene Wahl Von der SPD den folgenden Parteien abgenommene Wahlkreisführung

Reichstagswahl	Kons.	Freikons.	Nationalliberal	Linksliberal	Sonstige	Zentrum
1874					2	1
1877			4	7		2
1878			1			1
1881		1	3	2		
1884	2	1	2	12		
1887				1	2	
1890	6	3	21	3	2	2
1893	5	3	8	2		
1898	5	4	12	6	1	
1903	7	4	10	8	10	2
1907				1		
1912	12	8	20	19	12	2

Die Übersicht macht deutlich, in welchem Maße und zugleich in welcher Abfolge die SPD in die verschiedenen Hochburgen ihrer Gegnerparteien einbrechen konnte. Zunächst gelingt es ihr bis 1884 in großem Umfang, die linksliberalen Wahlkreisführungen zu brechen. Hier liegt die Erklärung für die These der Konservativen, der Linksliberalismus stelle eine Art „Vorfrucht" der Sozialdemokratie dar. Anschließend – in den neunziger Jahren – rücken insbesondere Wahlkreise, die nationalliberal dominiert sind, in den sozialdemokratischen Führungsbereich. Gleichzeitig setzt ein Prozeß ein, der zur kontinuierlichen Eroberung konservativer Wahlkreise führt. Als uneinnehmbar erweisen sich die Zentren des politischen Katholizismus.

Die Untersuchung sozialdemokratischer Wahlkreisdominanz muß allerdings konfrontiert werden mit den von der Sozialdemokratie verlorenen Wahlkreisen. Deshalb sollen in der folgenden Übersicht sozialdemokratische Verluste ihrer Wahlkreisführung über die einzelnen Legislaturperioden hinweg verglichen werden. Dabei zeigt sich, daß die größte Gefahr von den Nationalliberalen ausgeht (denn der linksliberale Erfolg ist Konsequenz eines wesentlich nationalliberal dominierten Kartells). Wie der Vergleich zwischen durchgesetzten Wahlkreisführungen und verlorenen Wahlkreisdominanzen deutlich macht, gelingt es der Sozialdemokratie regelmäßig, die politisch bedingten Einbrüche auszugleichen. Dennoch machen die Zahlen deutlich, wie stark die sozialdemokratischen Wahlerfolge jeweils von den politischen Rahmenbedingungen und Gesamtkonstellationen abhängig bleiben – hier wird die politische Instabilität deutlich, die Folge einer verweigerten politischen Integration ist. Allerdings ist spürbar, wie kräftig sich die Strukturen stabilisieren und wie entscheidend für die Sozialdemokratie die Tatsache wird, in einzelnen Wahlkreisen Mehrheitspartei aus eigener Kraft zu bleiben.

Übersicht sozialdemokratischer Verluste der Wahlkreisführung an die folgenden Parteien, bezogen auf einzelne Wahlkreise der jeweils vorangegangenen Wahl zum Reichstag

Reichstagswahl	Kons.	Freiskons.	Nationalliberale	Linksliberale	Sonstige	Zentrum
1874						
1877	1		2			2
1878	1	2	3	5		1
1881	3		2	2		1
1884	1	1				
1887	3	2	8		1	1
1890					1	
1893				2		
1898	1	1	2	1	3	1
1903	1	2	3		1	
1907	5	4	12	19	8	
1912			2			

Damit soll auf die Risiken hingewiesen werden, die aus der Entscheidung resultierten, die Wahlauseinandersetzungen nicht allein vom erwarteten Wahlkreiserfolg, sondern vornehmlich aus der Verpflichtung abzuleiten, die politischen Konflikte unabhängig vom möglichen Wahlerfolg in die einzelnen Wahlkreise zu tragen und auf diese Weise zur Mobilisierung und Politisierung der deutschen Gesellschaft vor 1914 beizutragen. Dabei kam der Sozialdemokratie nicht allein die programmatische Fixierung auf das Verhältniswahlrecht, sondern auch die Erwartung entgegen, unvermeidlich die am stärksten durch den gesellschaftlichen und ökonomischen Wandel begünstigte politische Kraft zu sein.

Der augenfälligste Indikator dieses Wandels war die Urbanisierung des Reiches[36].

[36] *Jürgen Reulecke*, Geschichte der Urbanisierung in Deutschland (Frankfurt/M. 1985) 68 ff.

Sie führte zur Bildung großstädtischer Inseln, die ebenso wie die städtischen Verdichtungszonen in Sachsen und im Umkreis von Berlin Zentren der Sozialdemokratie waren. Dieser Zusammenhang machte die Sozialdemokratie zweifellos zu einer urbanen Partei. Andererseits resultierte aus der Urbanisierung für die Sozialdemokratie die Notwendigkeit, in den Wahlkreisen immer größere Wählerzahlen zu gewinnen. Denn wegen des Wahlrechts blieb unabhängig von der Wahlkreispopulation der Zwang bestehen, die notwendigen Mehrheiten zu gewinnen, d.h. eine immer größere Wählerzahl zu erreichen. Von allen Parteien kämpfte die SPD seit 1871 vor allem in den bevölkerungsstärksten Wahlkreisen. Ein Vergleich der durchschnittlichen Größe der Wahlkreise, in denen die SPD „Maximalpartei" gewesen ist, also die weitaus größte Mehrheit erreicht hat, bestätigt diesen Zusammenhang.

Reichstagswahl	Maximalpartei in x Wahlkreisen	„Maximalwahlkreise" der SPD Durchschnitts-bevölkerungszahl	aller Parteien Durchschnitt aller Wahlkreise
1871	3	120687	102669
1874	14	110496	109261
1877	22	149908	108530
1878	12	133413	107336
1881	10	142685	113375
1884	25	148536	113326
1887	13	191596	117877
1890	50	153788	117227
1893	68	170488	124241
1898	86	176418	133184
1903	121	184729	139683
1907	73	266253	168245
1912	143	217429	168253

Diese Entwicklung erklärt zu einem gewissen Teil die Anstrengungen der Sozialdemokraten, in ihren Hochburgen wachsende Bevölkerungsanteile durch eine Intensivierung ihrer Mobilisierungsanstrengungen gewinnen zu müssen. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß auch die übrigen Parteien von diesem Trend beeinflußt werden, insbesondere die Fortschrittspartei und die Demokraten. Allerdings erreicht keine der Parteien, die überdurchschnittliche Mobilisierungserfolge erringen müssen, um ein Mandat zu erobern, die Schwellenwerte der Sozialdemokratie.

Ihre Entsprechung findet diese quantitative Entwicklung in den jeweiligen Wählerzahlen. Dies hat zu der Vermutung geführt, daß die Sozialdemokratie sich zu einem guten Teil als Konsequenz wachsender Mobilisierung und Wahlbeteiligung entfaltet. Diese Ansicht muß insofern korrigiert werden, als auch die Linksliberalen außerordentliche Mobilisierungsraten erzielen, ebenso die Kandidaten der Zentrumspartei[37].

[37] Dies kann hier im Zusammenhang eines auf die Sozialdemokratie konzentrierten Aufsatzes nicht im einzelnen belegt werden, sondern muß weiteren Untersuchungen über die Liberalen, Konservativen und Nationalliberalen sowie über die Zentrumspartei vorbehalten bleiben, die im Zusammenhang mit dem von der DFG geförderten Projekt vorbereitet worden sind.

Von einer durchgängig festzustellenden Mobilisierungswirkung ist aber auch bei jenen Parteien nicht auszugehen. Vielmehr zeigt sich, daß die jeweilige parteienspezifische Konfrontation mit der Regierung eine deutlich mobilisierende Wirkung hat. Ein deutlicher Mobilisierungsüberhang ist bei Wahlkreisen, in denen die SPD erstmals kandidiert, insbesondere in den neunziger Jahren festzustellen – in der Regel macht die Differenz drei bis vier Prozentpunkte aus. Dabei ist vor allem der Unterschied zwischen den Mobilisierungsraten bemerkenswert, die die erstmalige Kandidatur der SPD mit sich bringt.

Mit der Konsolidierung sozialdemokratischer Wahlkreispräsenz tritt hingegen – vor allem seit der Jahrhundertwende – ein bemerkenswerter Abschwächungseffekt ein. Nun liegen sozialdemokratisch dominierte Wahlkreise zu einem beträchtlichen Teil sogar mit ihren Wahlbeteiligungsraten unter dem Durchschnitt. Die Erklärung dieser Befunde ist bisher noch nicht zufriedenstellend. Zwar zeigen die phasenartigen Mobilisierungseffekte eindeutig eine Abhängigkeit von den jeweiligen Schwerpunkten der Auseinandersetzung mit den jeweiligen Reichsfeinden – ob aber die Mobilisierung eine Reaktion auf die Regierungshaltung ist, also eine plebiszitäre Komponente aufweist, oder ob sie die Abwehrhaltung der jeweils aus dem nationalen Konsens ausgegrenzten Parteianhänger spiegelt, kann auf der Grundlage bisher vorliegender Befunde noch nicht schlüssig beantwortet werden.

Deutlich wird jedoch die Abhängigkeit der jeweiligen Mobilisierung und Parteipräferenz von politischen Rahmenbedingungen. Dies gestattet es nicht, die Erfolge der Sozialdemokratie allein aus den sozialen Veränderungsprozessen, aus Urbanisierung und Industrialisierung, aus konfessionellen Grundstrukturen und Angaben über das Verhältnis zwischen den Wirtschaftssektoren oder der Bedeutung des Arbeiteranteils abzuleiten. Die traditionelle und die politische Komponente sozialdemokratischen Wahlverhaltens ist gleichermaßen bemerkenswert, wie die Entwicklung der Hochburgen, die starke Regionalisierung dieser Hochburgen und Bastionen, aber auch die aus politischen Gesamtentwicklungen resultierenden Erfolgs-, Mandats- und Maximierungsschwankungen zeigen.

Die Gesamtentwicklungen machen die Sozialdemokratie jedoch zur modernisierungs- und reichsgeprägten Partei; insofern gehen von ihr entscheidende direkte oder indirekte Wirkungen für die Entwicklung des gesamten Parteiensystems, für die breite Politikauffassung und das verbreitete Politikverständnis, nicht zuletzt auch für den Formwandel der Politik des Konstitutionalismus aus. Aber wichtigere Wirkungen als von der quantitativen Entwicklung der bloßen Wahlzahlen gehen dabei von Organisationen, von der Ausbildung der Arbeiterkultur mit ihren spezifischen und zuverlässigen, vor allem auch umfassenden Politik-, Staats- und Gesellschaftsdeutungen, von der Presse und von den jeweiligen sich zuspitzenden politischen Prozessen aus.

Das Wahlrecht sollte der politischen Theorie des 19. Jahrhunderts zufolge das wichtige Scharnier zwischen Staat und Gesellschaft sein. Es wird so zum Katalysator von Wandlungsprozessen, weniger aber zum Mittel des politischen Brückenschlags zwischen den Institutionen des politischen Systems. Wie das Wahlrecht katalytisch wirkt, hängt offensichtlich von den Phasen und Konstellationen politischer Konflikte, ganz sicher also von den Bedingungen des Gesamtsystems ab. Den Blick auf diese Bedin-

gungen zu lenken und insofern den häufig auf die Sozialdemokratie und die Arbeiterbewegung verengten und nicht selten isolierten Bezug aufzubrechen, war ein Anliegen dieses Beitrags. Er hat gezeigt, daß die Sozialdemokratie Erfolge und Mehrheiten konsequent und langfristig sichern konnte, dabei aber von Parteikonstellationen abhängig blieb, die nicht allein über ihre jeweiligen Wahlsiege, sondern auch über ihre Verankerung in der Wählerschaft mitentschied.

Bernhard Mann

Die SPD und die preußischen Landtagswahlen 1893–1913

Die Beteiligung der SPD an den vier preußischen Landtagswahlen von 1898 bis 1913 und die seit 1893 über eine Wahlbeteiligung geführten Diskussionen haben für die Partei gewiß mehr bedeutet als die sieben Mandate, die sie 1908, die zehn, die sie 1913 errang[1]. Die Forschung hat sich dafür kaum interessiert[2], und auch das Forschungsprojekt[3], für das ich hier spreche, steht noch so sehr am Anfang, daß ich lediglich einige Beobachtungen mitteilen und einige Fragen formulieren kann. Wir wollen die in den Bänden der amtlichen Statistik nur zum Teil veröffentlichten Wahlergebnisse der Jahre 1867 bis 1918 aus anderen Quellen ergänzen und für die unterste erreichbare Ebene, die der Stadt- und Landkreise, im Detail veröffentlichen. Durch qualitative Daten[4] sollen sodann die quantitativen zum Sprechen gebracht und interpretiert werden.

Diese Wahlen sind mit den Wahlen unter einem Verhältniswahlrecht, wie es seit 1919 in Deutschland gilt, nicht vergleichbar. Ihre wahlrechtsbedingte Parzellierung in 256 (276) Einzelwahlen verbietet globale Betrachtungen fast ganz und gebietet stattdessen die eingehende Analyse der politischen wie der sozialökologischen Lage jedes einzelnen Wahlkreises. Vollends angesichts eines Dreiklassenwahlrechts wie des preußischen ist mit Stimmenaddieren und Prozentrechnen wenig auszurichten. Die indirekte und ungleiche Wahl nach drei Wählerklassen, die offene Stimmabgabe, die teils gewollt, teils ungewollt wenig erfreuliche technische Durchführung der Wahl und die meist sehr geringe Wahlbeteiligung – all das verbietet eine einfache Korrelation von Stimmenzahlen und sozialstatistischen Daten. Trotz der großen Bedeutung des Wahlrechts und seiner immer wieder geänderten Durchführungsverordnungen will ich hier nichts dazu sagen. Im engen Zusammenhang mit unserem Forschungsprojekt steht

[1] Zur Person der Gewählten – wie aller anderen Mitglieder des Abgeordnetenhauses – jetzt unser Biographisches Handbuch für das Preußische Abgeordnetenhaus 1867–1918 (Düsseldorf 1988).
[2] Eine rühmliche Ausnahme ist die leider ungedruckte Phil. Diss. von *Dieter Schuster,* Das preußische Dreiklassenwahlrecht, der politische Streik und die deutsche Sozialdemokratie bis zum Jahr 1914 (MS Bonn 1958), in der die Publizistik aufgearbeitet ist. Künftig zitiert: *Schuster,* Dreiklassenwahlrecht.
[3] Wahlen in den preußischen Landtagswahlkreisen 1867–1918.
[4] Unter „qualitativen Daten" verstehen wir neben Wahl- und Stichwahlaufrufen v.a. Presseberichte und -notizen zum Wahlkampf sowie Angaben zur „Sozialökologie" bzw. „politischen Ökologie" (Heberle) der Wahlkreise.

eine noch nicht abgeschlossene Dissertation von Thomas Kühne[5], die darüber alle nötigen Aufschlüsse geben wird. Nur so viel: Anders als für den Reichstag gab es für den preußischen Landtag neben 105 (132) Einerwahlkreisen 125 (121) Zweier- und 26 (23) Dreierwahlkreise, also 256 (276) Wahlkreise[6], deren Grenzen seit 1860/67 im großen und ganzen unverändert waren. Nicht so die der Stimmbezirke, was die Regierung immer wieder zu Beeinflussungsversuchen verführte. Noch wirkungsvoller waren die Einflußmöglichkeiten infolge der offenen Stimmabgabe in beiden Wahlgängen, den Urwahlen wie den eigentlichen Abgeordnetenwahlen. Sie wurden von allen Beteiligten nach Kräften genutzt, von der Administration, den Kirchen, von Fabrikanten und Gutsbesitzern und zuweilen auch von einer lokal mächtigen Partei wie der SPD. Zu wenig beachtet wird die Langwierigkeit und Umständlichkeit der eigentlichen Abgeordnetenwahl, bei der Hunderte, manchmal mehr als tausend Wahlmänner je eine, zwei oder gar drei Stimmen zu Protokoll abgeben mußten, was halbe oder ganze Tage beanspruchte und wobei alle anwesend bleiben mußten. Daß das – die Wahlen fanden werktags und ohne Lohnausgleich statt – für lohnabhängige Arbeiter, für kleine Händler und Gewerbetreibende ein Handikap war, versteht sich.

So viel zum Wahlrecht! Fragen wir heute, ob und inwiefern die Unentschiedenheit der SPD, Reformpartei oder revolutionäre Bewegung sein zu wollen, auch die Geschichte ihrer Beteiligung an den preußischen Landtagswahlen bestimmte? Ob sie als Reformpartei hier überhaupt Chancen hatte, oder inwieweit durch das politische System Preußens im Kaiserreich, durch die Haltung der mit ihr konkurrierenden politischen Kräfte und durch die allgemeine Schwierigkeit eines Regierungssystems mit parlamentarischen Mitbestimmungsrechten, Reformen durchzuführen, inwieweit durch all das ein politischer Stau entstand, der die SPD im Gegenteil radikalisieren mußte? Was schließlich die Wahlbeteiligung der SPD für Preußen bedeutet hat, inwiefern Reaktion und Gegenreaktion zu qualitativen Veränderungen seines politischen Systems beigetragen haben?

*

Als 1893 vor der ersten preußischen Landtagswahl nach dem Ende des Sozialistengesetzes innerhalb der SPD über eine Beteiligung diskutiert wurde, bejahte Bebel ihre Notwendigkeit, hielt aber einen Erfolg für aussichtslos. Die Wahlrechtsänderung im Gefolge der preußischen Steuerreform zu Beginn der 90er Jahre habe das Wahlrecht weiter plutokratisiert. (Das war ein Irrtum: gerade die damals eingeführte Drittelung in den höchstens 1749 Einwohner umfassenden Urwahlbezirken eröffnete der SPD die Chance, ihre Wahlmänner nicht nur in der dritten, sondern manchenorts auch in der

[5] Landtagswahlen in Preußen 1867 bis 1918. Wahlrecht, Wahlpraxis, Wahlmanipulation, Wahlkampf.

[6] In der kleinen Reform von 1906 (siehe unten S. 44) wurde die Gesamtzahl der Wahlkreise durch Vermehrung der Einerwahlkreise von 105 auf 132 und Verminderung der Zweier- und Dreierwahlkreise von 125 auf 121 bzw. von 26 auf 23 um 20 auf 276 vermehrt.

zweiten und selbst der ersten Wählerklasse durchzubringen.) Nur durch Kompromisse mit einer anderen Partei – nach Lage der Dinge in erster Linie mit den Linksliberalen – wären Erfolge möglich; das eigentliche Hindernis dafür sei die offene Stimmabgabe. Selbst wenn die SPD-Wähler sich davor nicht fürchten würden – was Bebel mutig und Mut machend annahm –, die freisinnigen Wähler würden abspringen, was dann zu gefährlichem Streit in der SPD führen würde. Deshalb sollte die Beteiligung an den preußischen Landtagswahlen der Partei nicht Mandatsgewinn und Vergrößerung der politischen Handlungs- und Handelsmöglichkeiten bringen, sondern neue Agitationsfelder, auch und gerade auf dem flachen Lande, auftun. Die Zeit dafür, meinte Bebel, sei günstig, in Belgien, Österreich und in verschiedenen deutschen Staaten sei die Wahlrechtsdiskussion im Gange, auch in Preußen müsse die Regierung zur Änderung des Wahlrechts gezwungen werden[7]. Aber der auf dem Kölner Parteitag von 1893 eingeschlagene Weg – Nichtbeteiligung an den Wahlen, dafür Agitation unter den Bauern und für eine Wahlrechtsänderung – führte, wenn er das überhaupt sollte, zu keinem Ziel. Nur eine wirkliche Wahlbeteiligung konnte Anhängern und Gegnern die Ungerechtigkeiten des Wahlsystems vor Augen stellen und dadurch der Agitation Schubkraft geben.

Nicht erster Anlaß, aber dann doch wichtiges Motiv einer zunächst nur unklaren und halbherzigen Revision des Abstinenzbeschlusses von 1893 fünf Jahre später[8] war ein für die SPD gefährliches Stück preußisch-deutscher Politikverflechtung im Jahre 1897. Von Anfang an und seit der politischen Auseinanderentwicklung von Reichstag und preußischem Landtag in den 80er Jahren war immer häufiger versucht worden, im Landtag durchzusetzen, was der Reichstag bereits verweigert hatte. So war nach der Ablehnung der Umsturzvorlage im Reichstag 1894/95 im preußischen Landtag eine Novelle zum Vereinsgesetz („Lex Recke") am 24. Juli 1897 mit 209 gegen 205 Stimmen äußerst knapp abgelehnt worden – Grund genug zu intensivem Nachdenken über eine mögliche Stärkung der Linken durch eine Wahlbeteiligung der SPD. Das Spektrum der vor[9] und auf dem Hamburger Parteitag 1897 diskutierten Vorschläge für die Taktik bei einer etwaigen Wahlbeteiligung reichte von der unmittelbaren Unterstützung der bürgerlichen Linken schon in den Urwahlen bis zum Tauschgeschäft Wahlunterstützung hier gegen Wahlunterstützung dort[10]. Heraus kam ein unmöglicher Parteitagskompromiß: der Kölner Nichtbeteiligungsbeschluß von 1893 wurde mit großer Mehrheit aufgehoben, mit ebenfalls „erheblicher Mehrheit" verwarfen die

[7] Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Köln a. Rh. vom 22. bis 28. Oktober 1893 (Berlin 1893, ND 1978) 253–265; Anträge und Diskussion aaO., 265–269. Künftig zitiert: Protokoll über die Verhandlungen (mit Jahr).

[8] *Eduard Bernstein*, in: Neue Zeit 15/1 (1897) 516ff.; dazu *Schuster*, Dreiklassenwahlrecht, 58.

[9] Die Sozialdemokratie und die preußischen Landtagswahlen. Eine Umfrage. In: Sozialistische Monatshefte 1 (1897) 375–386 und 457–464. (Antworten überwiegend aus dem Juli 1897.)

[10] Bericht Auers auf dem Hamburger Parteitag: Protokoll über die Verhandlungen (1897, ND 1978) 162–173; Gegenrede Wilhelm Liebknechts ebd. 176–185; Diskussion 185–214; Abstimmungen 214–217.

Delegierten anschließend „Kompromisse mit anderen Parteien“[11], was noch auf dem Parteitag selbst und erst recht danach zur völligen Ratlosigkeit führte[12]. Wie sollten ohne Kompromisse mit anderen Parteien Erfolge erzielt werden? In Stuttgart 1898 konnte schließlich nur der Hamburger Beschluß wieder aufgehoben und die Beteiligung der Entscheidung der einzelnen Wahlkreise überlassen werden[13] – wenige Tage vor den Landtagswahlen. Sie war entsprechend unkoordiniert und gering.

Nicht nur deshalb können wir bis jetzt aus den Quellen noch kein völlig klares Bild über die Aktivitäten der SPD bei den Wahlen von 1898 gewinnen. Die publizierte Wahlstatistik ordnet auf Grund von Erhebungen der Wahlvorsteher erstmals schon die Urwähler den einzelnen Parteien zu, mit sehr gemischten Gefühlen der damaligen Statistiker[14], die wir späteren Historiker teilen sollten. Demnach hätten 1898 in ganz Preußen 69 Urwähler erster, 665 zweiter und 25737 dritter Klasse, insgesamt also 26471 (= 2,23%) sozialdemokratisch gewählt. Leider sind diese Zahlen im folgenden nur nach Regierungsbezirken, nicht, wie dann nach 1903 nach Stadt- und Landkreisen aufgeschlüsselt, so daß sich aus der publizierten Statistik nicht genau erkennen läßt, in welchen Wahlkreisen genau sich Sozialdemokraten als solche an den Wahlen beteiligt haben. Nicht oder ganz minimal beteiligt haben sie sich in ganz Ost- und Westpreußen, in Berlin (hier wurden ganze drei Stimmen abgegeben), in Posen und in Hohenzollern. Relative Schwerpunkte lagen in den Regierungsbezirken Hannover (23,6% Wahlmänner dritter Klasse), Stettin (19,9%), Minden (11,5%), Merseburg (11,4%) und Schleswig (10,7%), ferner in den Regierungsbezirken Potsdam (8,4%), Kassel (7,6%), Düsseldorf[15] und Breslau (je 5,5%). Nach Angaben Bebels beziehungsweise des Parteivorstands für den Parteitag von 1899[16] haben Sozialdemokraten in Breslau, Frankfurt am Main[17], Görlitz und Hagen die Wahl liberaler Kandidaten durchsetzen helfen. Ergebnislos beteiligt hat sich die Partei in den Städten Rathenow, Werder, Er-

[11] Protokoll über die Verhandlungen (1897, ND 1978) 162–217. Wortlaut der ursprünglichen Resolution Bebel (Nr. 98) und der Amendements dazu (Nr. 99) 69f.; angenommen wurde schließlich folgende Formulierung: „Die Beteiligung an den nächsten preußischen Landtagswahlen ist überall geboten, wo die Verhältnisse eine solche den Parteigenossen ermöglichen. Inwieweit eine Wahlbeteiligung in den einzelnen Wahlkreisen möglich ist, entscheiden die Parteigenossen der einzelnen Wahlkreise nach Maßgabe der lokalen Verhältnisse. Kompromisse und Bündnisse mit anderen Parteien dürfen nicht abgeschlossen werden.“ (217).

[12] Vgl. dazu *Bebel,* in: Neue Zeit 16/1 (1897/98) 101–106; 196–203; 293–300 und 400f. Dazu den resümierenden Bericht des Parteivorstandes für den Stuttgarter Parteitag von 1898, in: Protokoll über die Verhandlungen (1898, ND 1979) 11f.

[13] Ebd. 69f. (und 162). Die Anträge ebd. 54–71, die Debatte 74–80, 161f. und 212–215.

[14] *Georg Evert,* Die preußischen Landtagswahlen (1898), in: Zs. d. Kgl. Preuß. Statist. Bureaus 40 (1900) 113–193. Zu den methodischen Problemen einer Feststellung der „Parteistellung der Urwähler“ ebd. 139–141.

[15] Zu Barmen *Wolfgang Köllmann,* Sozialgeschichte der Stadt Barmen im 19. Jahrhundert (Tübingen 1960) 265f.

[16] Protokoll über die Verhandlungen (1899, ND 1980) 11 und 238. Vgl. dazu *Schuster,* Dreiklassenwahlrecht, 71f. und die dort zitierten Artikel von *Mehring* und *Bebel,* in: Neue Zeit 17/1 (1898) 193ff. und 236ff.

[17] *Rainer Stübling,* Die Sozialdemokratie in Frankfurt am Main von 1891 bis 1910 (Frankfurt a.M./Gießen 1981) 67: sozialdemokratische und freisinnige Wahlmänner kandidieren auf einer Liste!

furt, Elberfeld und Hanau und in den Wahlkreisen Liegnitz/Goldberg/Haynau und Westhavelland; in den Städten Frankfurt an der Oder und Brandenburg verfehlte die SPD nur knapp eine ausschlaggebende Stellung.

In der innerparteilichen Diskussion über dieses magere Ergebnis setzte sich schließlich auf dem Mainzer Parteitag 1900 Bebels Linie durch, doch einmal einen ernsthaften und einmütigen Versuch zu wagen. In namentlicher Abstimmung nahmen 163 gegen 66 Delegierte Bebels Resolution an, die die Parteigenossen verpflichtete, „in denjenigen deutschen Staaten, in welchen das Dreiklassen-Wahlsystem besteht, (...) bei den nächsten Wahlen mit eigenen Wahlmännern in die Wahlagitation einzutreten"[18]. Dieser Beschluß war die Grundlage der SPD-Beteiligung und blieb es bis 1913 bzw. 1918.

*

Die Wahlen von 1903 sind für uns nicht nur deshalb deutlicher erkennbar als die von 1898, weil die amtliche Statistik[19] jetzt erstmals die Parteistellung der Urwähler auch für die einzelnen Stadt- und Landkreise veröffentlicht hat. Die SPD selbst hat eine offenbar recht verläßliche statistische Analyse der SPD-Beteiligung in den einzelnen Wahlkreisen publiziert, die auch die entsprechenden Reichstagswahlergebnisse von 1903 gibt und so einen direkten Vergleich beider Wahlen ermöglicht[20]. Der Vergleich mit den Reichstagswahlen war methodisch so unzulässig wie politisch erwünscht, kam es doch darauf an, die Benachteiligung der SPD durch das Dreiklassenwahlrecht augenfällig zu demonstrieren! Interessanter als die Berechnung, „wieviel Abgeordnete die einzelnen Parteien im preußischen Landtag in Wirklichkeit haben und wieviel sie im Verhältnis zur Zahl ihrer Urwähler haben müßten"[21] – also unter der Fiktion eines Wahlrechts wie dann nach 1919! – sind die Aufstellungen über die einzelnen Wahlkreise. Danach waren immer noch Ostpreußen mit Ausnahme Königsbergs, Westpreußen mit Ausnahme Elbings, weite Teile Pommerns, ganz Posen und natürlich Sigmaringen von der SPD unbeackertes Land. In den anderen Provinzen gab es weiterhin ganze Regierungsbezirke ohne SPD-Beteiligung: Oppeln, Münster, Trier (mit dem Saarrevier!), Aachen, also vor allem katholische Gebiete. Schwerpunkte der Beteiligung waren diesmal Berlin[22], die Städte und Gemeinden im Einzugsbereich von Berlin, die Städte Stettin, Breslau, Magdeburg, Altona, Kiel, Hanno-

[18] Wortlaut der Resolution Bebel mit Amendement Quarck: Protokoll über die Verhandlungen (1900, ND 1980) 241; Bebels ursprünglicher Antrag (= „Resolution 66") ebd. 212; Bericht Bebels ebd. 212–216; Gegenrede von Paul Singer 217 f.

[19] *Georg Evert,* Die preußischen Landtagswahlen des Jahres 1903 und früherer Jahre (Erg.-H. 23 zur Zs. d. Kgl. Preuß. Statist. Landesamts, Berlin 1905). Künftig zit.: *Evert,* Landtagswahlen des Jahres 1903.

[20] *Paul Hirsch,* Unter dem elendesten aller Wahlsysteme. Materialien zur Beurteilung der politischen Rechtlosigkeit der Arbeiterklasse in Preußen (Berlin 1906). Künftig zitiert: *Hirsch,* Unter dem elendesten.

[21] Ebd. 13.

[22] *Eduard Bernstein* (Hrsg.), Die Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung. Teil 3 (Berlin 1910) 412–424 – mit Faks. von Wahlflugblättern. Künftig zit.: *Bernstein,* Berliner Arbeiterbewegung.

ver, Linden, Bielefeld, Brandenburg, Guben, Kottbus, Forst, Liegnitz, Görlitz, Halle, Flensburg, Neumünster, Wandsbek, Frankfurt am Main und die schon erwähnten Königsberg in Preußen und Elbing; in Danzig wurde keine SPD-Stimme gezählt.

Wenn sich die SPD von der auffällig geringen Wahlbeteiligung bei den preußischen Landtagswahlen einen Vorteil erhofft hatte, weil sie, anders als die wahlfaulen bürgerlichen Parteien, einen größeren Teil ihrer potentiellen Wähler motivieren zu können glaubte[23], so waren diese Hoffnungen fast überall enttäuscht worden. Außer in Berlin blieb sie in allen ihren Hochburgen und oft ganz erheblich hinter ihren relativen Erfolgen der Reichstagswahl im selben Jahr 1903 zurück. Nur in Berlin erhielt sie 68,5% statt 66,8% aller abgegebenen Stimmen; im Regierungsbezirk Potsdam ging ihr Anteil von 48,2% auf 42,5% zurück, in Schleswig-Holstein von 44,3% auf 32,5%, im Regierungsbezirk Magdeburg von 41,5% auf 26,0%. In allen anderen Regierungsbezirken, in denen sie für den Reichstag mehr als ein Drittel der abgegebenen Stimmen erhalten hatte, bekam sie für den Landtag kein Sechstel. Interessanter ist eine andere Beobachtung, die dem damaligen Interpreten dieser Statistik so wenig verborgen geblieben sein dürfte wie dem heutigen, die er aber allenfalls ganz verhüllt nur eben andeutete: die Sozialdemokratie konnte einen viel geringeren Teil ihrer Reichstagswähler zur Landtagswahl bringen als die bürgerlichen Parteien! Errechnet man, wo immer vergleichbare Zahlen vorliegen, wie groß der Anteil der für die Parteien bei der Landtagswahl abgegebenen Urwählerstimmen in Prozent der von denselben Parteien bei den Reichstagswahlen erzielten Stimmen ist, dann kommt man für die SPD häufig auf 15, 12, 10 oder noch weniger Prozent, für die bürgerlichen Parteien ebenso häufig auf 25, 30, 40 oder gar 50 Prozent und mehr. Nur im großstädtischen Milieu konnte auch die SPD auf so hohe Werte kommen, wenn dem nicht ein ausgeprägt katholischer Charakter der Stadt wie z.B. in Köln entgegenstand[24]. Die offene Stimmabgabe war also keineswegs ungefährlich für die Partei. Die im Mittel um 5 Prozentpunkte erhöhte Wahlbeteiligung war direkt und indirekt von ihr beziehungsweise ihrer Wahlbeteiligung verursacht[25], aber kam keineswegs ihr allein oder auch nur überwiegend zugute. Die noch ausstehende Untersuchung der örtlichen Wahlkampfführung wird zu zeigen haben, ob und mit welchem Erfolg die bürgerlichen Parteien auf die Wahlbeteiligung der SPD mit dem Versuch reagiert haben, sie durch eine noch höhere Wahlbeteiligung ihrer eigenen Anhänger auszugleichen, ja ins Gegenteil zu verkehren.

Die Verteilung dieser Stimmen auf die drei Wählerklassen nahm der SPD vollends alle Chancen. Nur in der dritten Klasse kam sie – im ganzen Staat – auf 23,9% (rund 300000 von 1,27 Millionen Stimmen), in der zweiten nur auf 4,23%, in der ersten gar

[23] *Leo Arons,* Die Preußischen Landtagswahlen. Die gesetzlichen Bestimmungen nebst Erläuterungen. Hrsg. i. Auftr. des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei (Berlin ²1903) 8. Künftig zit.: *Arons,* Landtagswahlen.

[24] Errechnet nach *Hirsch,* Unter dem elendesten. Demnach konnte die SPD bei 52,6% der örtlichen Landtagswahlen, für die Vergleichszahlen vorliegen, weniger als 1/10 ihrer Reichstagswähler mobilisieren und nur bei 15,8% mehr als 30%, die anderen Parteien dagegen in 51,0% der Wahlen mehr als 30%, in 12,5% weniger als 10%. Hat außerhalb des „Arbeitermilieus" die offene Stimmabgabe auf Anhänger der ausgegrenzten Partei prohibitiv abschreckend gewirkt?

[25] So *Evert,* Landtagswahlen des Jahres 1903, 18.

nur auf 0,67% – das waren 782 Stimmen. Die SPD-Stimmen konzentrierten sich zwar auf 14 oder 15 Wahlkreise, in denen die Partei Wahlmänner in größerer Zahl durchbrachte, aber auch dort erreichten die gegnerischen Kandidaten meist schon im ersten Wahlgang die erforderliche absolute Mehrheit der abgegebenen Wahlmännerstimmen. So in Altona, wo 1898 noch ein zweiter und dritter Wahlgang nötig geworden war. Ebenso in Berlin 3, wo die SPD ebenfalls die Stichwahl knapp verfehlte; es kann offen bleiben, ob sie dann gegen den Linksliberalen von den Konservativen unterstützt worden wäre. Andererseits stand die SPD in drei Wahlkreisen vor der Entscheidung, wem sie im zweiten Wahlgang ihre Stimmen geben sollte, nachdem ihr eigener Kandidat chancenlos geblieben war. In Teltow/Beeskow-Storkow/Charlottenburg/Schöneberg/Rixdorf, dem noch ungeteilten Riesenwahlkreis im Süden Berlins, lag der eine SPD-Kandidat mit 654 (Wahlmänner-)Stimmen hinter einem Konservativen (1010) und einem Freisinnigen (824) auf Platz 3; im zweiten Wahlgang stimmten die SPD-Wahlmänner in Konsequenz einer gescheiterten Stichwahlvereinbarung mit den Linksliberalen ungültig und verhalfen so dem Konservativen zum Sieg[26]. Die Kandidaten für das zweite Mandat, ein Konservativer, ein Nationalliberaler und ein Sozialdemokrat erhielten 1009, 836 und 647 Wahlmännerstimmen. Hier erst recht unterlag der Nationalliberale dem Konservativen, weil er von den Sozialdemokraten im zweiten Wahlgang nicht unterstützt wurde. Dem selben Muster folgte die SPD bei der Wahl der drei Abgeordneten der Stadt Breslau. Hier siegten ein Konservativer, ein Zentrumsmann und ein Freikonservativer im zweiten Wahlgang über ihre nationalliberalen beziehungsweise freisinnigen Konkurrenten, weil die Sozialdemokraten sich nun der Stimme enthielten. 1898 noch hatten die Wahlmänner der SPD, wie wir aus Verhandlungen über eine angefochtene Wahl[27] wissen, den Linksliberalen zum dreifachen Sieg verholfen. In Kiel ließen die ungültigen Stimmen der Sozialdemokraten den schon im ersten Wahlgang erreichten Vorsprung des Linksliberalen vor dem Nationalliberalen bestehen und sicherten ihm so im zweiten Wahlgang den Sieg. In zwei anderen Wahlkreisen, Stadt Frankfurt am Main und Elberfeld/Barmen enthielt sich die SPD offenbar von vornherein der Stimme; in beiden Fällen hätte ihre Beteiligung am Ergebnis nichts ändern können, d. h. am Sieg der Linksliberalen in Frankfurt, eines Nationalliberalen und eines Linksliberalen im Wuppertal. Man darf daraus wohl schließen, daß die SPD 1903 auch dann nur recht geringe Mandatschancen gehabt hätte, wenn die Verständigung mit den Linksliberalen besser gewesen wäre.

Doch Mandatsgewinn war für viele ohnehin nur das zweite Ziel der Partei. Das erste war, die Unmöglichkeit des Wahlrechts deutlich zu machen, denen, die es ändern konnten (wenn sie wollten), und den eigenen Anhängern. Neben der eklatanten Ungerechtigkeit bei der Umsetzung von Wählerstimmen in Abgeordnetenmandate, auf die

[26] *Bernstein*, Berliner Arbeiterbewegung, 420–423.

[27] Anlagen zu den Stenographischen Berichten über die Verhandlungen des Hauses der Abgeordneten während der I. Session der 19. Legislatur-Periode. 1899. Bd. 4 (Berlin 1899) 2616–2618. Künftig zit.: AnlAH 19/1 (1899) Bd. 4, 2616–2618. Stenographische Berichte über die Verhandlungen ... Haus der Abgeordneten Bd. 4 (Berlin 1899) 2354–2361. Künftig zit.: StBAH 19/1 (1899) Bd. 4, 2354–2361. – Forts.: AnlAH 19/2 (1900) Bd. 3, 1523–1527; StBAH 19/2 (1900) Bd. 3, 3649–3678. Dazu Protokoll über die Verhandlungen (1900, ND 1980) 15.

Paul Hirsch abhob, war die zweite Schwachstelle des preußischen Wahlrechts seine komplizierte Handhabung. Man muß sich, wie das Kühne tun wird, den technischen Ablauf der Wahl vom Anfang bis zum Ende vor Augen führen, um zu spüren, daß er für die Wähler (die Wahlmänner, nicht so sehr die Urwähler) wie für die Wahlleiter eine Zumutung war. Mehrere hundert, in den übergroßen Wahlkreisen über tausend Wahlmänner[28] mußten im selben Raum ihre Stimmen in vorgeschriebener Reihenfolge zu Protokoll geben, in bis zu drei unmittelbar aufeinander folgenden Wahlgängen, was viele Stunden zu dauern pflegte. Sie mußten dazu nicht nur den oft weiten Weg zum Wahllokal auf sich nehmen, sondern auch – da die Wahlen werktags stattfanden und für die Wahlmänner ständige Anwesenheit Pflicht war – Verdienst- und Lohnausfall. Die SPD hat diese Prozedur, wie Bernstein für Teltow-Beeskow-Storkow genüßlich schildert[29], mindestens an einzelnen Orten durch planmäßige Obstruktion noch erheblich erschwert. Weniger gravierend war das bei den Urwahlen, obwohl 1903 1,7 statt 1,2 Millionen Wähler (1898), in Berlin gar 179000 statt 70000 ihre Stimmen abgaben, aber auch hier mußte schon die korrekte Anwendung aller Vorschriften, auf der zu bestehen die SPD-Führung ihre Wähler anwies[30], zu Erschwerungen führen.

Die Mobilisierung der Anhängerschaft durch die Wahlbeteiligung und die Obstruktionsspiele, die verständliche und verständlicherweise noch geschürte Empörung über das systembedingte Wahlergebnis, die zweithöchste Stimmen- und die denkbar geringste Mandatszahl – Null!, ermöglichte, ja erforderte massenpsychologisch eine Welle von Wahlrechtsdemonstrationen. Wie groß deren Eindruck auf Preußens Regierung und Parlament war, die nun die erste und einzige größere Wahlkreisreform zwischen 1860 und 1918 durchführten, muß offen bleiben. Die Obstruktion allein schon und vielleicht noch die Erschwerung der Wahl durch die größere Wahlbeteiligung könnten als Motiv ausgereicht haben, durch Teilung einiger allzugroßer Wahlkreise 1906 das System „marschfähig" zu erhalten[31]. Aber auch jetzt noch blieb Stettin Stadt unverändert, das mit 210700 Einwohnern und 47000 Urwählern weiterhin einen Abgeordneten zu wählen hatte, während im arithmetischen Mittel ein Abgeordneter auf knapp 80000 Einwohner bzw. 16400 Urwähler kam[32].

*

[28] Da nach § 4 der Verordnung vom 30. Mai 1849 auf je 250 Einwohner ein Wahlmann zu wählen war, mußten für den übergroßen Wahlkreis Potsdam 9 (Teltow/Beeskow-Storkow usw.) mit seinen 345000 Einwohnern 1380 Wahlmänner gewählt werden.

[29] *Bernstein,* Berliner Arbeiterbewegung, 423 f.; vgl. auch die Diskussion in: Sozialistische Monatshefte 6/2 (1902) 660–669 und 761–767.

[30] *Arons,* Landtagswahlen, 28–30 mit Fußnoten * bis ***.

[31] Gesetz, betr. Vermehrung der Mitglieder des Hauses der Abgeordneten und Änderungen der Landtagswahlbezirke und Wahlorte. Vom 28. Juni 1906. GS 1906, 313; Gesetz, betr. Abänderung der Vorschriften über das Verfahren bei den Wahlen zum Hause der Abgeordneten. Vom 28. Juni 1906. GS 1906, 318.

[32] Errechnet nach *Georg Evert* (Bearb.), Die preußischen Landtagswahlen von 1908 (Erg. H. 30 zur Zs. d. Kgl. Preuß. Statist. Landesamts, Berlin 1909).

1908 jedenfalls trat die SPD nicht nur unter veränderten Wahlrechts-, sondern auch unter neuen politischen Bedingungen zur Landtagswahl an. Nach den von Bülow vorzeitig 1907 herbeigeführten Reichstagswahlen waren die Linksliberalen zur Regierungs-, das Zentrum zur Oppositionspartei geworden. Aber das glich die Benachteiligung durch das Dreiklassenwahlrecht nicht aus. Zwar errang die SPD diesmal sieben Mandate, davon sechs in den neu gebildeten Berliner Wahlkreisen 5, 6, 7, 9, 11 und 12 und eines in (Hannover-)Linden. Aber sie fand keine linksliberale Unterstützung für die Stichwahlen, umso weniger, als Linksliberale und Sozialdemokraten ohnehin oft um die gleichen Wähler warben. So verfehlte die SPD im neugebildeten Wahlkreis Potsdam 11 (Schöneberg/Rixdorf) knapp die absolute Mehrheit und verlor im zweiten Wahlgang ebenso knapp gegen die Freisinnige Volkspartei. Ähnlich in Altona, wo der Kandidat der Freisinnigen Vereinigung im zweiten Wahlgang 130 nationalliberale und andere bürgerliche Stimmen dazuerhielt und dadurch den SPD-Kandidaten überholte. In Kiel konnte der Freisinnige mit nationalliberaler Hilfe seinen Vorsprung vor dem SPD-Kandidaten ausbauen, in Stormarn/Wandsbek der Freikonservative. In Harburg erreichte der Nationalliberale schon im ersten Wahlgang das Ziel. Auch im Obertaunuskreis/Frankfurt am Main-Land blieb der Nationalliberale im zweiten Wahlgang vorn, ebenso der nationalliberale und der freisinnige Kandidat in Elberfeld/Barmen. Andererseits hat die SPD in zwei Wahlkreisen die Mehrheit des ersten Wahlgangs im zweiten Wahlgang umgekehrt: im neu gebildeten Einerwahlkreis Dortmund (Land)[33] und ebenso im neugebildeten Wahlkreis Mühlheim (Ruhr)/Ruhrort zugunsten des Zentrumskandidaten gegen den Nationalliberalen. Nur in zwei Fällen wäre einem freisinnigen Kandidaten durch SPD-Hilfe der Sieg zu sichern gewesen; er erhielt sie nicht in Frankfurt an der Oder gegen den Freikonservativen, aber in Guben/Sorau gegen den Konservativen. In Frankfurt am Main eroberte der Freisinnige beide Mandate schon im ersten Anlauf, die SPD blieb weit abgeschlagen auf dem zweiten Platz, in Lennep/Solingen/Remscheid erging es ihr gegen zwei Nationalliberale und einen Freisinnigen ebenso.

Fehlende Wahlhilfe durch bürgerliche Parteien war kein wesentlicher Grund für das magere Ergebnis – es war ja wohl naheliegend, daß die Nationalliberalen in Altona lieber einen Freisinnigen als einen Sozialdemokraten wählten, und Linksliberale und Zentrum hatten keine Gelegenheit, sich für die Wahlhilfe durch die SPD zu revanchieren. Es half der Partei nichts, daß sie nochmals fast 279 000 Stimmen dazugewann, d.h. fast 90% der 311 000 Stimmen von 1903, und damit in der Rangliste der in allen drei Klassen zusammen erzielten Stimmen mit 23,9% auf Platz eins kam. Auch das Zentrum hatte seine Stimmenzahl fast genau verdoppelt und kam mit 19,9% auf Platz zwei; Konservative und Nationalliberale folgten mit 14,2 und 12,7%. Es gab nun nur noch zwei Regierungsbezirke, in denen die SPD nicht zu den Wahlen angetreten war, Posen und Sigmaringen; in vier weiteren war ihre Wahlbeteiligung eher symbolisch: Allenstein, Oppeln (!), Aurich und Trier (mit dem Saarrevier!). Die elf sozialdemokratischen Stimmen dieses letzteren Regierungsbezirks wurden nicht etwa in Saar-

[33] *Ralf Lützenkirchen*, Der sozialdemokratische Verein für den Reichstagswahlkreis Dortmund-Hörde (Phil. Diss. Köln 1970) 49. Künftig zit.: *Lützenkirchen*, Dortmund-Hörde.

brücken, Saarlouis, Ottweiler oder St. Wendel abgegeben, sondern in der ehrwürdigen Geburtsstadt von Karl Marx – von Wählern der dritten Klasse! Die Benachteiligung durch die Übergröße der SPD-Wahlkreise und die Wirkung des Dreiklassenwahlrechts war durch diese Stimmengewinne nicht auszugleichen. In Berlin insgesamt erreichte die SPD in der ersten Klasse 19,6%, in der zweiten 54,4% und in der dritten 79,9%, zusammen 73,8% der Urwählerstimmen. Aber selbst hier konnte der Freisinn in zehn von zwölf Wahlkreisen die erste Klasse, in fünf die zweite Klasse gewinnen, nur in der dritten Klasse waren die Sozialdemokraten überall Sieger. Der Vorsprung in der Stadt Kiel wurde durch Neumünster und Bordesholm zunichte gemacht, in Altona behielten Konservative, Freikonservative, Nationalliberale und Freisinnige zusammen in der zweiten (und natürlich in der ersten) Klasse die Mehrheit. Linden wurde gewonnen, weil die SPD in der Stadt in allen drei Abteilungen stärkste Partei war, mit 67,5% in der ersten, 82,5% in der zweiten und 88,1% in der dritten Klasse. Im Landkreis Linden eroberte sie immerhin die dritte Klasse. Aber diese Industrievorstadt Hannovers war ein einmaliger Fall.

Der Vergleich mit dem – schlechten – Reichstagswahlergebnis von 1907 zeigt, daß das Dreiklassenwahlrecht außer in Berlin überall gegen die SPD wirkte. Die Konsequenz, die von der SPD schon vor den Wahlen von 1908, nämlich auf ihrem Preußentag im November 1907, gezogen wurde, ist hier nicht im einzelnen zu diskutieren: der Wahlrechtskampf war zwischen 1908 und 1910 das beherrschende Thema nicht nur der SPD, sondern auch der preußischen Innenpolitik. Alles in allem waren die Wahlrechtsdemonstrationen dieser Jahre[34] wohl nicht geeignet, der Wahlreform neue Freunde außerhalb der SPD zu gewinnen – im Gegenteil. Mochte die revolutionäre Rhetorik und Symbolik der Aufmärsche und Massenversammlungen, der Reden und der schriftlichen Verlautbarungen auch den Zweck erfüllen, die eigene Anhängerschaft zugleich in revolutionärem Schwung wie im vorsichtigen Abwarten zu halten (und so die prekäre innerparteiliche Balance zu bewahren), auf die konservativen und selbst die liberalen und linksliberalen Gegner wirkte das alles nur alarmierend und verhärtend.

Wie sehr das Verhältnis zu den Linksliberalen durch die Blockpolitik und die Wahl von 1908 verschlechtert worden war, zeigte sich, als auf Betreiben des Freisinns vier der zwölf Berliner Wahlen annulliert wurden, genauer: zeigen die näheren Umstände der erfolgreichen Wahlanfechtung und die Debatten darüber. Diese Wahlen wurden von den Freisinnigen nicht so sehr deshalb angefochten, weil die SPD – wie sie selbst zugab und gar nicht verheimlichen konnte – durch Boykottdrohungen massiven Druck auf die bürgerlichen Wahlmänner ausgeübt hatte[35]. An einer ernsthaften Diskussion der obrigkeitlich-konservativen, geistlichen oder auch unternehmerisch-guts-

[34] Zuletzt *Bernd Jürgen Warneken* u.a., Als die Deutschen demonstrieren lernten. Das Kulturmuster >friedliche Straßendemonstration< im preußischen Wahlrechtskampf 1908–1910 (Tübingen 1986).

[35] AnlAH 21/2 (1908/09) Bd. 5, 2963–66; StBAH 21/2 (1908/09) Bd. 2, 1949–1978 (10. Febr. 1909); ebd. 1979–2017 (11. Febr. 1909); AnlAH 21/2 (1908/09) Bd. 9, 6087–92; StBAH 21/2 (1908/09) 6804–54 (19. Mai 1909). Dazu das Eingeständnis des „Terrorismus" durch einen Redner der SPD (Ströbel) in: StBAH 21/2 (1908/09) Bd. 1, 1236.

herrlichen Wahlbeeinflussung konnte keiner der großen Fraktionen des Abgeordnetenhauses gelegen sein. Die Freisinnigen versteiften sich deshalb auf einen Formfehler bei der Einteilung der drei Wählerklassen – nicht überall war der Steuerberechnung das richtige Stichjahr zugrunde gelegt worden –, was insofern schwach war, als damit auch die freisinnigen Mandate anfechtbar wurden. Über die vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Ungültigkeitserklärungen brauchte die SPD nicht unglücklich zu sein. Die Schäbigkeit und Anfechtbarkeit der freisinnigen Wahlanfechtung erleichterte die Abgrenzung gegenüber dem gefährlichsten Gegner, weil potentiellen Verbündeten, und die Neuwahlen wurden – mit einer Ausnahme – überall von den schon einmal Gewählten gewonnen. Verlierer waren die Befürworter eines Mitte-Links-Bündnisses, die in Preußen ohnehin viel schwächer waren als in Süddeutschland.

Trotzdem, und obwohl die Landtagswahlen von 1913 erkennbar müder waren, setzte die SPD auch in Preußen ihren Kampf um mehr Mandate fort, wie offenbar auch ihre Bemühungen um eine Stärkung der Linken überhaupt, die nach dem Bruch des Bülow-Blocks und den Reichstagswahlen von 1912 weniger aussichtslos erscheinen konnten[36]. Die Wählerzahl insgesamt stieg von zweieinhalb auf zweidreiviertel Millionen, ging aber relativ zur Zahl der Wahlberechtigten leicht zurück, vor allem auf dem Lande. Die SPD konnte ihre Stimmenzahl noch einmal um 28,6% auf fast 759000 steigern. Die Zahl der gewonnenen Mandate erhöhte sich auf zehn, d.h. von den sechs Berliner Mandaten blieb eines verloren (Berlin 12), dafür gewann die Partei vier Mandate im Berliner Umland (drei im Wahlkreis Oberbarnim/Niederbarnim/Lichtenberg/Eberswalde, eines in Schöneberg/Neukölln), Linden konnte gehalten werden. Auffällig ist, daß die SPD sich in einer Reihe von Wahlkreisen zwar an den Urwahlen, aber nicht an den Abgeordnetenwahlen beteiligte, zugunsten der Fortschrittlichen Volkspartei in Berlin 1 und 2, in Teltow/Willmersdorf/Beeskow-Storkow, in Frankfurt an der Oder, Altona, Lennep/Solingen/Remscheid, zugunsten der Nationalliberalen in Hannover, Wiesbaden, Hoechst, im Ober-Taunus-Kreis/Frankfurt (Land) und in Mülheim (Ruhr)/Dinslaken/Hamborn. In diesem letzten Wahlkreis hätte die SPD dem Zentrum zum Sieg verhelfen können. Aber seit dem Ende des Bülow-Blocks stand diese Partei ja wieder auf der Seite der Konservativen. Die beiden linksliberalen, aber nicht den dritten nationalliberalen Kandidaten des Dreierwahlkreises Breslau unterstützte die SPD im zweiten Wahlgang mit Erfolg, so wie sie sich auch in Calbe/Quedlinburg/Aschersleben zwischen Konservativen, Freikonservativen und Nationalliberalen der Stimme enthielt. Umgekehrt revanchierte sich das Zentrum in Dortmund (Land) 1913 nicht für die Wahlhilfe von 1908, sondern unterstützte den nationalliberalen Kandidaten schon in der Hauptwahl[37]. Die Konzentration der SPD

[36] Vgl. auch den Bericht des Parteivorstandes auf dem Parteitag in Jena 1913: Protokoll über die Verhandlungen (1913, ND 1984) 22–24. Die Wahlergebnisse in: *Heinrich Höpker* (Bearb.), Die preußischen Landtagswahlen von 1913 (Erg. H. 43 zur Zs. d. Kgl. Preuß. Statist. Landesamts, Berlin 1916).

[37] *Lützenkirchen*, Dortmund-Hörde, 95f.

wie der FVP auf städtische Wahlkreise führte 1913 zu häufigen Duellen zwischen diesen beiden Parteien. Aus dem gleichen Grund und erst recht bekämpften sich SPD und Nationalliberale. Unterstützung von den unterstützten Parteien bekam die SPD wenig. In Oberbarnim/Niederbarnim bekamen Konservative und Freikonservative offenbar mehr ursprünglich liberale Stimmen als die SPD, die dann trotzdem gewann[38]; in Pinneberg enthielten sich die Liberalen mit wenigen Ausnahmen im zweiten Wahlgang der Stimme und machten so den Sieg des Freikonservativen definitiv. Entscheidend war das beide Male nicht, so wenig wie die doch wohl ungesuchte Unterstützung, die der Sozialdemokrat in Hanau im zweiten Wahlgang vom Bund der Landwirte erhielt: er bekam zwar alle 49 Agrarierstimmen, blieb aber trotzdem immer noch 52 Stimmen hinter seinem nationalliberalen Konkurrenten zurück. Der BdL hatte also nichts riskiert.

Die Geschichte der Beteiligung der SPD an den preußischen Landtagswahlen zeigt, daß nicht nur die Radikalen ein Interesse am Kampf gegen das Dreiklassenwahlrecht haben mußten. Unter diesem Wahlsystem hatte auch eine reformerische, zur Integration in das politische System bereite Arbeiterpartei keine echte Chance. Die offene Stimmabgabe hinderte zwar mehr als 750000 Wähler nicht daran, für die SPD zu stimmen, hielt aber doch weitere Millionen tatsächlich davon ab – bei der Reichstagswahl von 1912 hatte die SPD in Preußen rund 2,4 Millionen Stimmen erhalten. Da die SPD-Wähler allenfalls in der dritten und nur ganz selten auch in der zweiten Wählerklasse die Mehrheit waren, waren sozialdemokratische Kandidaten auf die Stimmen bürgerlicher Wahlmänner angewiesen, die sie nur selten bekommen konnten. Denn wegen der Versteinerung der Wahlkreise konzentrierten sich die vielen SPD-Stimmen auf allzu wenige übergroße Wahlkreise, wo die SPD dann meist in Konkurrenz mit ihrem wichtigsten potentiellen Bundesgenossen, den Linksliberalen, stand. Die katholische Arbeiterschaft blieb ihr unzugänglich, die Bemühungen um die Landbevölkerung kamen zu spät und waren zu halbherzig.

Die Wirkungen des Wahlrechtskampfes sind schwer abzuschätzen – was bedeutete es für die politische Kultur, daß „die Deutschen demonstrieren lernten"[39]? Wie haben die bürgerlichen Politiker reagiert? Vielleicht wird die „qualitative" Wahlforschung, mit der wir begonnen haben, die Geschichte der Wahlbündnisse und Bündnisversuche, der Wahlkämpfe und ihrer Themen, auf Staats-, Provinz- und Wahlkreisebene, darauf Antwort geben und zu weiteren Fragen führen.

[38] Dabei bestand hier nach *Hagen Schulze*, Otto Braun (Frankfurt a. M. 1977) 161 ein Stichwahlabkommen zwischen SPD und FVP!
[39] Vgl. Anm. 34

Gerhard A. Ritter

Das Wahlrecht und die Wählerschaft der Sozialdemokratie im Königreich Sachsen 1867–1914*

Das „rote Königreich" Sachsen war eines der am stärksten industrialisierten Gebiete Deutschlands mit einem besonders hohen Anteil an Lohnarbeitern und eine der Hochburgen der Sozialdemokratie. Im Unterschied zu den süddeutschen Staaten, in denen es sowohl in den Landtagen wie auch bei Wahlkämpfen immer wieder Möglichkeiten zu Bündnissen der Sozialdemokratie mit anderen Parteien gab, war die Sozialdemokratie im Parteiensystem Sachsens völlig isoliert. Es ist daher auch nicht zufällig, daß Sachsen zu einem Zentrum radikaler Kräfte in der Arbeiterbewegung wurde und daß es in der Weimarer Republik, wie insbesondere die Auseinandersetzungen im Herbst 1923 zeigen, dort zu einer besonders starken Polarisierung zwischen den sozialistischen Parteien und den „bürgerlichen Kräften" kam.

In Sachsen ist zudem in den beiden letzten Jahrzehnten vor 1914 mit dem Ziel, eine sozialdemokratische Mehrheit bzw. einen starken sozialdemokratischen Einfluß im Landtag zu verhindern, zweimal (1896 und 1909) das Wahlrecht völlig verändert worden; es sind dort außerdem fast alle im 19. und frühen 20. Jahrhundert bestehenden Wahlsysteme – Zensuswahlrecht, Klassenwahlrecht, berufsständisches Wahlrecht, Wahl durch Kommunalverbände, Pluralwahlrecht, Verhältniswahlrecht – intensiv diskutiert worden.

Für den Sozialhistoriker ist weiter besonders interessant, daß, im Zusammenhang mit diesen Diskussionen und dem Wunsch nach einer möglichst genauen Berechnung der Auswirkungen der verschiedenen Wahlsysteme auf die Stellung der Sozialdemokratie im Landtag, mit erheblichem Aufwand für die Landtagswahlen von 1897 bis 1901 und von 1909 eine Individualstatistik sämtlicher Landtagswähler erarbeitet und veröffentlicht wurde. Diese ermöglicht detaillierte Angaben über den Zusammenhang zwischen Berufsgliederung, Einkommensstruktur und Altersstruktur einerseits und der Wahlberechtigung und Wahlbeteiligung andererseits. Wenn auch eine unmittelbare Zuordnung der erfaßten wirtschaftlichen und sozialen Merkmale der Landtagswähler zur Stimmabgabe für die Kandidaten politischer Parteien wegen der Geheimhaltung des Wahlvorgangs und des Fehlens von repräsentativen Sonderauszählungen – wie wir sie in der Bundesrepublik für Alter und Geschlecht haben – nicht möglich ist, so handelt es sich jedoch um ein für das Kaiserreich einmaliges Quellenmaterial,

* Der Autor dankt Friederike Köchling für ihre Hilfe bei der Anfertigung der Tabellen.

das meines Wissens bisher noch nicht systematisch ausgewertet wurde. Dieser Aufsatz, der auch durch die fast völlige Vernachlässigung der sächsischen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts in der Geschichtsschreibung der Bundesrepublik motiviert wurde, will daher u.a. auf dieses Material, das auch für die Darstellung der Sozialstruktur Sachsens herangezogen werden könnte, und seine Bedeutung für die Analyse der Wahlen in Sachsen aufmerksam machen.

I. Die wirtschaftliche und politische Struktur Sachsens

Sachsen wurde von den Zeitgenossen im Kaiserreich vielfach als die „Werkstatt des Deutschen Reiches" angesehen. Es hatte in der Berufs- und Gewerbestatistik 1882–1907 mit 56–60% den höchsten Anteil von in Industrie, Handwerk und Bergbau beschäftigten Erwerbstätigen (und ihren Angehörigen) an der Gesamtbevölkerung unter den deutschen Staaten und preußischen Provinzen und lag eindeutig über dem Durchschnitt von 35–43% im Deutschen Reich[1]. Sachsen befand sich bereits zu Beginn des Kaiserreichs im Übergang zum Industriestaat mit einem Anteil des sekundären industriellen Sektors von fast 52% 1871[2] und hatte mit einem primären Sektor (Land- und Forstwirtschaft) von nur knapp 11% 1907 – ein gutes Drittel des Reichsdurchschnitts von 29% – im letzten Jahrzehnt des Kaiserreiches einen „Agrarsektor englischen Zuschnitts"[3].

Im Gegensatz zum Rheinland, zu Westfalen und Oberschlesien, wo die Schwerindustrie und die Großbetriebe dominierten, waren in Sachsen traditionell die Textilindustrie, die Metall- und Maschinenbauindustrie und das polygraphische Gewerbe, das in Leipzig als bedeutendstem deutschen Zentrum des Verlagswesens und des Buchhandels sehr stark vertreten war, besonders entwickelt. Daneben spielten u.a. auch die Papierindustrie und die chemische Industrie sowie das ländliche Gewerbe und Handwerk eine erhebliche Rolle[4]. Sämtliche 23 Reichstagswahlkreise Sachsens zählten zu den 195 von insgesamt 397 Reichstagswahlkreisen, in denen nach der Berufszählung von 1907 der Anteil der Erwerbsangehörigen von Industrie und Handel eine absolute Mehrheit ausmachte. Tatsächlich war der niedrigste Prozentsatz dieser Gruppen von

[1] Vgl. *Gerd Hohorst, Jürgen Kocka* und *Gerhard A. Ritter,* Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, Bd. II: Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1870–1914 (Statistische Arbeitsbücher zur neueren deutschen Geschichte), (München ²1978) 73, im folgenden zitiert: *Hohorst* etc., Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch.

[2] Ebda.

[3] *Volker Hentschel,* Erwerbs- und Einkommensverhältnisse in Sachsen, Baden und Württemberg vor dem Ersten Weltkrieg (1890–1914), in: VSWG 66 (1979) 26–73, hier 33, im folgenden zitiert: *Hentschel,* Erwerbs- und Einkommensverhältnisse.

[4] *Herbert Pönicke,* Zwei entscheidende Jahrzehnte sächsischer Wirtschaftsgeschichte (1850–1870). Ein Beitrag zur Entstehung der deutschen Wirtschaftseinheit vor 100 Jahren, in: Hamburger Mittel- und Ostdeutsche Forschungen 1 (1957) 189–206; *Rudolf Forberger,* Die Industrielle Revolution in Sachsen 1800–1861, Bd. 1 in 2 Halbbänden (Berlin 1982); *Hubert Kiesewetter,* Industrialisierung und Landwirtschaft. Sachsens Stellung im regionalen Industrialisierungsprozeß Deutschlands im 19. Jahrhundert (Köln/Wien 1988).

Erwerbstätigen (im 11. sächsischen Reichstagswahlkreis Oschatz) 56,5%, und 7 sächsische Wahlkreise gehörten zu den insgesamt nur 21 Wahlkreisen, in denen der Anteil noch über 80% hinausging[5]. Kennzeichnend für Sachsen ist ferner die hohe Zahl kleiner und kleinster gewerblicher Betriebe, deren Inhaber sich in ihrer wirtschaftlichen Lage nur wenig von Lohnarbeitern unterschieden. Von insgesamt 255 700 gewerblichen Betrieben (einschließlich Hausgewerbetreibenden) waren 1907 152 096 oder etwa $^3/_5$ Alleinbetriebe ohne Gehilfen und 78 156 oder mehr als 30% Kleinbetriebe mit 2–5 Beschäftigten[6]. Die überwiegend industriell-handwerkliche Struktur des Landes spiegelt sich auch in einem relativ hohen Grad der Verstädterung wider. Während im Deutschen Reich 1871 nur 4,8, 1910 21,3% der Bevölkerung in Großstädten mit über 100 000 Einwohnern lebten, betrugen die entsprechenden Anteile für Sachsen 11,1 bzw. 32,2%[7].

Sachsen hat, wenn man von Berlin und dem Stadtstaat Hamburg absieht, von 1871–1890 den stärksten Bevölkerungszuwachs aller größeren deutschen Staaten und preußischen Provinzen verzeichnet. Dann fällt es im nächsten Jahrzehnt hinter Westfalen, das Rheinland und die Provinz Brandenburg zurück. Im Jahrzehnt nach 1900 liegt der Bevölkerungszuwachs sogar noch unter dem Durchschnitt des Deutschen Reiches[8]. Hinter diesen Zahlen verbirgt sich einmal ein überproportionaler Rückgang der Geborenenrate – die bis 1900 deutlich über, 1910 dagegen unter dem Reichsdurchschnitt lag – und zum anderen die Umkehrung eines Wanderungsgewinns von ca. 230 000 Personen von 1871–1900 in einen Wanderungsverlust von 17 000 im Jahrzehnt nach der Jahrhundertwende[9].

Um 1900 zeichnet sich eine Zäsur in der wirtschaftlichen Entwicklung Sachsens ab. Unter der wirtschaftlichen Krise 1901/02 hatte die sächsische Halb- und Fertigwarenindustrie, die zudem vielfach stark exportorientiert war, besonders zu leiden. Sachsen, in dem mit der Textilindustrie und dem Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe relativ stagnierende Wirtschaftszweige einen besonders hohen Anteil hatten, litt nicht nur unter der Abhängigkeit von der Konjunkturentwicklung, sondern stand schon vor

[5] *Adolf Böck*, Die Berufsgliederung der Reichstagswahlkreise. Eine politisch-statistische Studie (Memmingen o.J. [1911]), im folgenden zitiert: *Böck*, Berufsgliederung.

[6] *Hentschel*, Erwerbs- und Einkommensverhältnisse, 38. Weitere 10 483 waren Kleinbetriebe mit 6–10 Beschäftigten, 10 960 kleine und 3315 größere Mittelbetriebe mit 11–50 bzw. 51–200 Beschäftigten. 650 Großbetriebe hatten 201–1000 und 33 Riesenbetriebe mehr als 1000 Beschäftigte.

[7] *Hohorst* etc., Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, 42 f.

[8] Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich hrsg. vom Kaiserlichen Statistischen Amte, 33 (1912) 1, 3, im folgenden zitiert: Statistisches Jahrbuch. Die durchschnittliche jährliche Zuwachsrate betrug in den 4 Jahrzehnten von 1871–1910 in Sachsen 1,67, 1,64, 1,82 und 1,34%, im Reich in den gleichen Jahrzehnten 1,08, 0,89, 1,31, 1,41%. Insgesamt nahm die Bevölkerung Sachsens von 1871 bis 1910 um 88%, die des Deutschen Reiches um 58,1% zu. Der Zuwachs Sachsens im Gesamtzeitraum wurde von den Großstädten Berlin (150,7%) und Hamburg (199,3%) sowie von Westfalen (132,4%), der Provinz Brandenburg (100,9%) und der Provinz Rheinland (99,0%) übertroffen.

[9] Vgl. *Hohorst* etc., Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, 29 f. und *Hentschel*, Erwerbs- und Einkommensverhältnisse, 29.

dem Ersten Weltkrieg auch vor erheblichen wirtschaftlichen Strukturproblemen[10], die zur Verschärfung der politischen Auseinandersetzungen und zur Polarisierung politischer Kräfte beitrugen.

In der politischen Struktur unterschied sich Sachsen von den anderen Bundesstaaten des Kaiserreichs durch die besonders starke Stellung der Sozialdemokratie, die bei allen Reichstagswahlen von 1874–1912 den höchsten Anteil der Wählerstimmen im Lande verbuchte. Zudem fehlte das Zentrum, das in der Politik von Bayern und Baden, aber auch von Württemberg und Preußen eine so wesentliche Rolle spielte; kennzeichnend war ferner die jahrzehntelange unangefochtene Dominanz der Konservativen Partei im Landtag. Nachdem in den 1870er Jahren die Zahl der Mandate der Konservativen noch etwas unter der aller liberalen Parteien zusammen gelegen hatte, gewannen die Konservativen mit der Drittelerneuerung des Landtags 1881 eine klare absolute Mehrheit der Landtagsmandate, die sie nach 1900 sogar zeitweise zu einer verfassungsändernden Zweidrittelmehrheit ausbauen konnten[11]. Die Konservativen waren damit im sächsischen Landtag noch erheblich stärker als die Deutschkonservativen und die Freikonservativen zusammen im preußischen Landtag, die von 1870–1918 nie eine absolute Mehrheit der Mandate erreichen konnten und daher stets auf die Zusammenarbeit mit anderen Parteien angewiesen waren. Auch bei Reichstagswahlen konnten die beiden konservativen Parteien in Sachsen 1887 und 1890 mehr als die Hälfte der 23 Mandate des Staates erringen, ehe ihre dominierende Stellung vor allem durch die Sozialdemokratie gebrochen wurde.

Die Vorherrschaft der Konservativen in der Landespolitik, die zudem durch die lange enge Zusammenarbeit mit den Nationalliberalen im sogenannten Kartell gesichert war, wurde erst nach der Jahrhundertwende mit der zunehmenden Organisation industrieller Interessen durch die Nationalliberalen, die sich aus Protest gegen die einseitige Begünstigung der Landwirtschaft langsam der konservativen Bevormundung entzogen[12], angefochten und in der ersten und einzigen Wahl im Kaiserreich nach der Ablösung des Dreiklassenwahlrechts durch ein Pluralwahlrecht 1909 gebrochen. Im letzten Landtag vor dem Ersten Weltkrieg (seit 1909) waren die Konservativen, die sich weitgehend auf die Unterstützung der antisemitischen Reformpartei verlassen konnten, die Nationalliberalen, die politisch häufig mit den acht linksliberalen Abgeordneten zusammengingen, und die Sozialdemokraten in etwa gleicher Stärke vertreten. Die politische Isolierung der Sozialdemokraten blieb aber – wie in den vergangenen Jahrzehnten – erhalten. Sie hing damit zusammen, daß die anderen Parteien über alle interessenpolitischen und ideologischen Differenzen hinweg durch das gemeinsame Bestreben verbunden waren, eine sozialdemokratische Mehrheit im Landtag zu verhindern.

[10] *Hentschel*, Erwerbs- und Einkommensverhältnisse, 39.

[11] Für die politische Zusammensetzung des sächsischen Landtags vgl. Tab. 7, unten S. 72.

[12] Vgl. dazu die Studie von *Donald Warren, Jr.*, The Red Kingdom of Saxony. Lobbying Grounds for Gustav Stresemann 1901–1909 (The Hague 1964), die die führende Rolle Stresemanns in der Organisation des Verbandes sächsischer Industrieller und dessen Einflußnahme auf die sächsische Landespolitik herausarbeitet.

II. Sozialstruktur und Konfession der Mitglieder und Wähler der Sozialdemokratie

Das Königreich Sachsen spielte in der Entstehung und ersten nationalen Formierung der politischen Arbeiterbewegung, die in ihrem Anfang stark regionalisiert gewesen ist, eine entscheidende Rolle.

Im Juni 1848 bildete sich in Sachsen der erste Regionalverband von Arbeitervereinen, der später in der Allgemeinen deutschen Arbeiterverbrüderung (AdAV) aufging. Diese errichtete in Leipzig im September 1848 ihr Zentralkomitee. 21 oder fast ein Fünftel der Vereinsorte dieser ersten gesamtdeutschen Arbeiterorganisation lagen in Sachsen, das damit hinter Bayern noch vor Preußen rangierte[13]. Leipzig war auch einer der Hauptverbreitungsorte des Bundes der Kommunisten. In der späteren Phase der endgültigen Formierung der deutschen Arbeiterbewegung hatte 1862/63 das Zentralkomitee zur Berufung eines deutschen Arbeitertages seinen Sitz in Leipzig, wo auch 1863 der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein (ADAV) gegründet wurde. Leipzig war seit dem Geraer Vereinstag vom Oktober 1867 außerdem der „Vorort" des Verbandes deutscher Arbeitervereine, der eine so entscheidende Rolle bei der Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) 1869 in Eisenach spielte. In Sachsen wirkten mit August Bebel und Wilhelm Liebknecht die beiden bedeutendsten Führer der deutschen politischen Arbeiterbewegung nach dem Tode Lassalles. Sachsen blieb mit weitem Abstand die stärkste Basis der SDAP bis zur Vereinigung der „Lassalleaner" und „Eisenacher" zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD) auf dem Kongreß in Gotha 1875. Nach dem Verbot dieser Partei durch das Sozialistengesetz 1878 wurde Leipzig durch die Bildung des illegalen „Zentralen Unterstützungskomitees" faktisch zu dem Zentrum, von dem die Beziehungen zu den örtlichen Parteiorganisationen wiedergeknüpft wurden[14].

In einer methodisch wegweisenden Untersuchung über „Die deutsche Arbeiterbewegung im Länder- und Territorienvergleich 1875" hat Hartmut Zwahr die in den Parteitagsprotokollen von 1875 und vorangegangenen Jahren vorliegenden Angaben über die Mitgliedsorte und örtlichen Organisationen der SAPD und ihrer Vorläuferorganisationen mit den sozialökonomischen Daten der Gewerbestatistik von 1875 und Daten über die Konfessionsstruktur verglichen, um gewisse Grundbedingungen der Entstehung und Ausbreitung der frühen politischen Arbeiterbewegung in Deutschland herauszuarbeiten[15]. Diese erklären allerdings, wie Zwahr zu Recht betont, keines-

[13] *Toni Offermann,* Die regionale Ausbreitung der frühen deutschen Arbeiterbewegung 1848/49–1860/64, in: GG 13 (1987) 419–447, hier 429. Für die Zahl der AdAV Vereinsorte stützt sich Offermann auf *Frolinde Balser,* Sozial-Demokratie 1848/49–1863. Die erste deutsche Arbeiterorganisation ‚Allgemeine deutsche Arbeiterverbrüderung' nach der Revolution (Stuttgart ^{2}1965).

[14] *Fritz Staude,* Sie waren stärker. Der Kampf der Leipziger Sozialdemokratie in der Zeit des Sozialistengesetzes 1878–1890 (Leipzig 1969) bes. 36–40.

[15] *Hartmut Zwahr,* Die deutsche Arbeiterbewegung im Länder- und Territorienvergleich 1875, in: GG 13 (1987) 448–507, im folgenden zitiert: *Zwahr,* Die deutsche Arbeiterbewegung. Vgl. weiter *ders.,* Zur Genesis der deutschen Arbeiterklasse. Stadiale und regionale Entwicklungsformen des deutschen Proletariats im Vergleich, in: Zur Entstehung des Proletariats (Magdeburg

wegs allein die Entstehung der Arbeiterbewegung, die zunächst einen sehr viel engeren Konstituierungsraum als die gewerbliche Arbeiterschaft hatte und wesentlich auch durch historische Traditionen – etwa die Kontinuität zur Revolution 1848/49 und die Anknüpfung an das kollektive Bewußtsein und Handeln deutscher Handwerksgesellen seit dem 18. Jahrhundert[16] – oder die Rolle politischer Führer und Ideologien bestimmt wurde.

1875 entfielen auf Sachsen 4597 oder 18% der insgesamt 25480 Mitglieder der SAPD (ohne Elsaß-Lothringen)[17], während die Einwohnerzahl Sachsens nur 6,7% der Bevölkerung des Deutschen Reiches (ohne Elsaß-Lothringen) ausmachte. Zwahr erklärt die bedeutende Rolle Sachsens in der Sozialistischen Arbeiterpartei mit dem weitgehenden Fehlen der katholischen Konfession, der starken städtischen Verdichtung – Sachsen war außer den Stadtstaaten das deutsche Land mit der höchsten Bevölkerungsdichte – und mit dem hohen Anteil der gewerblich Erwerbstätigen und der Lohnarbeiter unter ihnen. Sachsen kommt allerdings nach der Anzahl der Parteimitglieder auf je 100 Lohnarbeiter erst an siebter Stelle von 37 Staaten und preußischen Provinzen. Es liegt damit weit hinter Schleswig-Holstein, in dem die Zigarrenarbeiter der Städte Holsteins mit ihrer engen Verbindung zu den Tabakhäfen Hamburg und Bremen als wohl wichtigste Berufsgruppe der frühen deutschen Arbeiterbewegung ein besonderes Gewicht hatten, und den Stadtstaaten Hamburg und Bremen. Mit erheblich geringerem Abstand rangieren nach dem Anteil der Parteimitglieder auf je 100 Lohnarbeiter auch Berlin, die Provinz Hannover und das Herzogtum Braunschweig noch vor Sachsen. Innerhalb Sachsens treten nach Zwahr „die Regionen des leichtindustriellen Konstituierungstyps der Arbeiterklasse mit frühen Übergängen ins manufakturelle Kapitalverhältnis und von diesem und dem dezentralisierten kapitalabhängig-heimgewerblichen Sektor ins industrielle Kapitalverhältnis deutlich hervor"[18]. Er unterscheidet von diesem Konstituierungstyp, der durch eine etwa synchrone Entwicklung von Bourgeoisie und Arbeiterschaft gekennzeichnet war, den „schwerindustriellen" Konstituierungstyp der Arbeiterklasse. Bei diesem hätten in einer nicht synchronen, ungleichgewichtigen Entwicklung von Bourgeoisie und Proletariat den „aus Unternehmerdynastien hervorgegangenen Industriellen" mit stark paternalistischen Haltungen „Lohnarbeiter, vor allem dörflich-agrarischer Herkunft ohne oder mit nur geringen Organisationserfahrungen" und starken kirchlichen Bindungen, gegenüber-

1980) 25–49; *ders.*, Zur Konstituierungsgeschichte der deutschen Arbeiterklasse, in: Studienbibliothek DDR Geschichtswissenschaft, Bd. 1 (Berlin 1981) 5–78. In der Pionierstudie von *Zwahr*, Zur Konstituierung des Proletariats als Klasse. Strukturuntersuchungen über das Leipziger Proletariat während der industriellen Revolution (Berlin 1978), werden für die Zeit von etwa 1827–1867 die ‚ökonomische', ‚soziale' und ‚politisch-ideologische' Konstituierung des Leipziger Proletariats und die Zusammenhänge zwischen diesen Konstituierungsprozessen untersucht.

[16] Vgl. dazu *Andreas Grießinger*, Das symbolische Kapital der Ehre. Streikbewegungen und kollektives Bewußtsein deutscher Handwerksgesellen im 18. Jahrhundert (Frankfurt etc. 1981).

[17] Vgl. Tabelle 4 bei *Zwahr*, Die deutsche Arbeiterbewegung, 481–485 sowie 464–471.

[18] Ebda., 469.

gestanden[19]. Die geringen Organisationserfolge der Sozialistischen Partei, trotz der hohen Zahl gewerblicher Lohnarbeiter, etwa in der Provinz Westfalen, im Rheinland wie auch in Oberschlesien könnten damit erklärt werden.

Fragen wir nun, inwieweit die aus der Analyse der Mitgliedschaft der SAPD 1875 gewonnenen Ergebnisse mit denen einer Analyse der Wahlen übereinstimmen. Leider gibt es keine Untersuchungen über die sozialökonomische Struktur der Reichstagswahlkreise, die für die ersten Jahrzehnte des Kaiserreiches eindeutige Vergleiche zwischen dem Wahlverhalten und der Wirtschaftsstruktur, besonders aber zwischen dem Anteil der gewerblichen Lohnarbeiter und den Stimmen für die Sozialdemokratie, zuließen. Eine methodisch recht schwierige Untersuchung über die gewerbliche Struktur der Reichstagswahlkreise, die auf der Berufszählung von 1907[20] beruht, aber leider keine Angaben über den Anteil gewerblicher Lohnarbeiter enthält, erlaubt jedoch einen Vergleich mit den Ergebnissen der Reichstagswahlen von 1903, 1907 und 1912. Sie zeigt, daß von den insgesamt 234 Mandatsgewinnen der Sozialdemokratie in diesen drei Wahlen alle bis auf 8 auf die 195 „gewerblichen" Wahlkreise entfielen, in denen mehr als die Hälfte der Erwerbsangehörigen den Berufsabteilungen Industrie, Handwerk, Bergbau, Handel und Verkehr angehörten[21]. In den vorangegangenen Jahrzehnten dürfte die Struktur dieser Wahlkreise eine noch eindeutigere Grundbedingung für Wahlerfolge der Partei gewesen sein. Der ganz überwiegend gewerblich-städtische Charakter der Sozialdemokratie des Kaiserreiches wird durch die zeitgenössischen Wahlstatistiken bestätigt.

[19] Ebda., 479f. Vgl. weiter *Hartmut Zwahr,* Zum Gestaltwandel von gewerblichen Unternehmern und kapitalabhängigen Produzenten. Entwicklungstypen gewerblicher Warenproduktion in Deutschland, in: JfG 32 (1985) 9–64; *ders.,* Die Synchronisierung des Entwicklungsgangs von Bourgeoisie und Proletariat als Forschungsproblem und Aufgabe, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 23 (1981) 803–824.

[20] Vgl. *Böck,* Berufsgliederung. Die Hauptschwierigkeit der Untersuchung lag darin, daß die Grenzen der kleinen Verwaltungsbezirke (Stadt, Kreis, Bezirksamt, Amtshauptmannschaft, Oberamt usw.), deren gewerbliche und berufliche Zusammensetzung in der Reichsstatistik wiedergegeben wird, sich sehr häufig nicht mit den Grenzen der Reichstagswahlkreise decken. Die Reichstagswahlkreise, die meist aus mehreren kleineren Verwaltungsbezirken bestehen, enthalten oft auch Teile einzelner Verwaltungsbezirke. Da es nicht möglich war, die nicht veröffentlichten Unterlagen über Gemeinden und einzelne Häuser einzusehen, hat Böck die Erwerbspersonen der aufgeteilten Verwaltungsbezirke nach dem Verhältnis der den Wahlkreisen zugeordneten Bevölkerung aufgeteilt. Dadurch müssen kleinere Ungenauigkeiten in Kauf genommen werden.

[21] Vgl. Tabelle 13 bei *Gerhard A. Ritter* unter Mitarbeit von *Merith Niehuss,* Wahlgeschichtliches Arbeitsbuch. Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1871–1918 (München 1980) 102f., im folgenden zitiert: *Ritter,* Wahlgeschichtliches Arbeitsbuch. Die Tabelle beruht auf einem Vergleich der Wahlergebnisse sämtlicher Wahlkreise 1903–12 mit den Angaben von Böck. Von den 8 Mandatsgewinnen in den nicht gewerblichen Wahlkreisen in den 3 Wahlen entfielen 5 auf die 49 Wahlkreise mit einer relativen gewerblichen Mehrheit, 3 auf die 49 Wahlkreise mit einer relativen agrarischen Mehrheit und kein Mandat auf die 104 landwirtschaftlichen Wahlkreise. Vgl. 103 auch die Definition dieser 4 Kategorien von Wahlkreisen.

Tabelle 1: Stimmenanteile der Sozialdemokratie in städtischen und ländlichen Wahlkreisen 1871 bis 1887[22]

	1871[1])			1874			1877			1878		
	a	b	c	a	b	c	a	b	c	a	b	c
rein städtische Wahlkreise	21	17,1	36,4	21	24,0	45,7	21	31,4	55,4	21	31,1	73,2
Wahlkreise mit großen Städten[2])	68	6,7	50,1	68	13,7	60,5	81	16,5	61,3	81	12,5	65,8
Wahlkreise ohne große Städte[3])	308	1,5	53,6	308	4,1	62,6	295	4,9	60,9	295	3,3	61,6
Wahlkreise insgesamt	397	3,0	52,0	397	6,8	61,3	397	9,1	60,6	397	7,6	63,3

	1881			1884			1887		
	a	b	c	a	b	c	a	b	c
rein städtische Wahlkreise	21	22,4	67,8	21	34,4	66,4	21	36,8	76,0
Wahlkreise mit großen Städten[2])	93	10,2	57,5	93	15,0	62,8	107	14,4	79,2
Wahlkreise ohne große Städte[3])	283	2,3	54,7	283	4,2	59,0	269	4,5	76,8
Wahlkreise insgesamt	397	6,1	56,3	397	9,7	60,6	397	10,1	77,5

a = Anzahl der Wahlkreise, b = Stimmenanteil der Sozialdemokratie, c = Wahlbeteiligung

[1]) Für die 15 Wahlkreise von Elsaß-Lothringen, die 1871 noch nicht wählten, wurden die Ergebnisse von 1874 übernommen, um einen Vergleich der Gesamtergebnisse von 1871 mit denen der späteren Wahlen zu ermöglichen.

[2]) Wahlkreise, die neben Landbezirken mindestens eine Stadt von 20000 und mehr Einwohnern enthielten.

[3]) Wahlkreise ohne eine Stadt mit mindestens 20000 Einwohnern.

[22] Die Wahlen zum Deutschen Reichstage, in: Statistisches Jahrbuch 9 (1888) 139–143.

Wie Tabelle 1 zeigt, lag der Anteil der Sozialdemokratie seit 1877 mit etwa einem Drittel der Stimmen (außer bei der ersten Wahl 1881 nach der Annahme des Sozialistengesetzes 1878) in den rein städtischen Wahlkreisen eindeutig am höchsten. Auch in Wahlkreisen mit größeren Städten lag der Wähleranteil der Sozialdemokratie noch erheblich über dem Durchschnitt der Partei im Deutschen Reich. In den mehr ländlichen Wahlkreisen kam die Partei dagegen in keiner Wahl bis 1887 über einen Anteil von auch nur 5% hinaus. Kennzeichnend ist weiter die starke Zunahme der Wahlbeteiligung in den rein städtischen Wahlkreisen, wo 1871 die Wahlbeteiligung noch um 30%, 1874 um ein Viertel unter dem Reichsdurchschnitt lag. Sie überstieg aber, offenbar aufgrund der politischen Mobilisierung der städtischen Bevölkerung durch die Sozialdemokratie, 1878 und 1881 den Reichsdurchschnitt um ca. 10 Prozentpunkte.

Seit 1898 enthielt die Reichsstatistik detaillierte Angaben über die Stimmabgabe nach Ortsgrößenklassen.

Tabelle 2 zeigt, daß die Sozialdemokratie im Deutschen Reich in Großstädten mit mehr als 100000 Einwohnern 1898 noch fast viermal, 1912 noch fast dreimal so stark war wie in kleineren Landgemeinden mit bis zu 2000 Einwohnern. Die Unterschiede in Sachsen sind allerdings sehr viel geringer. In diesem Staat ist sogar – abweichend von allen anderen größeren deutschen Bundesstaaten und den preußischen Provinzen[23] – der Anteil der Sozialdemokratie in kleinstädtischen Gemeinden mit 2000–10000 Einwohnern von 1898 bis 1912 höher als in den Großstädten. Das ist durch die für Sachsen typische frühzeitige Industrialisierung vieler Landgemeinden und der kleineren Städte zu erklären.

Völlig zu Recht wird von Zwahr die Bedeutung des konfessionellen Charakters einer Region für die Mitgliederentwicklung der Sozialdemokratie, die sich zunächst fast nur in protestantischen Gebieten durchsetzen konnte, betont[24].

Auch die Analyse der Reichstagswahlen 1871 bis 1887 (Tabelle 3) zeigt, daß die Sozialdemokratie 1874 bis 1887 (mit Ausnahme von 1881) überdurchschnittliche Ergebnisse von 13 bis 17% in den 199 Wahlkreisen mit einer evangelischen Bevölkerung von mehr als 75% erringen konnte; in den überwiegend katholischen Wahlkreisen, deren Bevölkerung durch die Zentrumspartei während des Kulturkampfes schon frühzeitig politisch mobilisiert wurde, blieb sie aber in sämtlichen Wahlen unter 3%. Seit 1887 hat sich die Bindung der katholischen Bevölkerung an die Zentrumspartei gelockert[25], und die Sozialdemokratie konnte nicht nur vereinzelt unter gewerblichen Arbeitern in katholischen Gebieten größere Stimmengewinne erzielen.

[23] Vgl. dazu für 1898 und 1912 *Ritter,* Wahlgeschichtliches Arbeitsbuch, 104–116.

[24] *Zwahr,* Deutsche Arbeiterbewegung, 456; vgl. weiter die Tabelle 481–485 über die Verteilung der regionalen Mitgliedschaft der Sozialdemokratie 1875, die ebenfalls Angaben über die konfessionelle Struktur der verschiedenen Gebiete enthält.

[25] *Johannes Schauff,* Das Wahlverhalten der deutschen Katholiken im Kaiserreich und in der Weimarer Republik. Untersuchungen aus dem Jahre 1928, hrsg. und eingeleitet von *Rudolf Morsey* (Mainz 1975) 100.

Tabelle 2: Die Ergebnisse der Sozialdemokratie bei den Reichstagswahlen 1898–1912 nach Ortsgrößenklasssen im Deutschen Reich und in Sachsen[26]

	Jahr der Wahl	Einwohnerzahl nach der jeweils letzten Volkszählung in Tsd.[1])	Wahlbeteiligung in %	Stimmen für die SPD in % der gültigen Stimmen
Deutsches Reich	1898 a	27568	66,9	14,2
	b	9197	66,9	32,8
	c	8218	72,5	38,2
	d	7298	69,1	52,6
	a–d	52280	68,1	27,2
	1903 a	25686	75,6	17,1
	b	10895	74,9	35,0
	c	10334	78,6	41,9
	d	9444	75,9	55,1
	a–d	56367	76,1	31,7
	1907 a	25753	85,2	14,1
	b	11724	84,3	30,6
	c	11612	85,4	38,3
	d	11542	83,2	50,6
	a–d	60641	84,7	28,9
	1912 a	25872	84,9	19,0
	b	12273	84,1	35,8
	c	12909	85,8	42,9
	d	13861	84,7	54,8
	a–d	64926	84,9	34,8

a = Gemeinden mit weniger als 2000 Einwohnern
b = Gemeinden mit 2000 bis unter 10000 Einwohnern
c = Gemeinden mit 10000 bis unter 100000 Einwohnern
d = Großstädte mit 100000 und mehr Einwohnern

[1]) Für 1903, 1907 und 1912 weicht der angegebene Wert für die Gesamtbevölkerung im Deutschen Reich „a–d" von der Summe der Einzelsummanden a, b, c und d ab. Hier ist im Gesamtwert jeweils die Schiffsbevölkerung enthalten, die sich nicht auf die einzelnen Ortsgrößenklassen verteilen ließ. Geringfügige Abweichungen in anderen Fällen resultieren lediglich aus Rundungsfehlern.

[26] Die Angaben wurden berechnet aus: Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reichs (1899) 83–101; Allgemeine Statistik der Reichstagswahlen von 1903. Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reichs. Fortsetzung des Ergänzungsheftes zu den Vierteljahrsheften z. Stat. d. Dt. Reichs 13 (1903), IV, 72f., 94f., 110f.; Statistik der Reichstagswahlen von 1907. Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reichs. Ergänzungsheft zu 1907, IV, 80f., 102f., 116ff.; Statistik des Deutschen Reichs 250 (1912/13) Heft 3, 107–125, Heft 2, 5ff. Da in der amtlichen Statistik die Kategorie d (Großstädte mit mindestens 100000 Einwohnern) fehlt, mußten die vorliegenden Ergebnisse für die einzelnen Großstädte für das Deutsche Reich und Sachsen zusammengefaßt werden. Auch die Kategorie c, die in der Reichsstatistik alle Gemeinden mit über 10000 Einwohnern (einschließlich der Großstädte) enthält, mußte gesondert errechnet werden.

	Jahr der Wahl	Einwohnerzahl nach der jeweils letzten Volkszählung in Tsd.	Wahlbeteiligung in %	Stimmen für die SPD in % der gültigen Stimmen
Kgr. Sachsen	1898 a	1302	71,4	40,0
Großstädte:	b	1056	73,1	56,8
Leipzig	c	514	77,0	49,7
Dresden	d	915	76,6	53,5
Chemnitz	a–d	3788	73,9	49,5
Plauen	1903 a	1289	82,4	50,9
(seit 1905	b	1118	83,9	64,4
Großstadt)	c	651	84,1	59,2
	d	1144	82,1	61,9
	a–d	4202	83,0	58,8
	1907 a	1297	90,6	40,4
	b	1131	90,6	53,3
	c	710	91,0	50,3
	d	1371	87,7	51,3
	a–d	4509	89,7	48,5
	1912 a	1294	89,3	47,8
	b	1207	89,3	59,6
	c	758	90,3	55,1
	d	1547	87,4	57,3
	a–d	4807	88,8	55,0

a = Gemeinden mit weniger als 2000 Einwohnern
b = Gemeinden mit 2000 bis unter 10000 Einwohnern
c = Gemeinden mit 10000 bis unter 100000 Einwohnern
d = Großstädte mit 100000 und mehr Einwohnern

Tabelle 3: Die Sozialdemokratie und die Konfessionen 1871–1887[27]

	1871[1])	1874	1877	1878	1881	1884	1887
A Wahlkreise mit mehr als 75% evang. Bevölkerung							
Zahl der Wahlkreise	199	199	199	199	199	199	196
Wahlbeteiligung in %	43,4	50,3	54,0	59,6	55,5	59,2	75,8
Stimmanteil der SPD in %	5,7	14,4	17,2	13,2	9,5	15,3	16,1
B Wahlkreise, in denen die evang. Bevölkerung überwog, aber weniger als 75% betrug							
Zahl der Wahlkreise	52	53	53	53	53	53	56
Wahlbeteiligung in %	56,9	69,0	67,1	67,4	62,3	66,7	81,5
Stimmanteil der SPD	1,8	3,8	6,3	5,6	5,8	7,9	7,7
C Wahlkreise mit mehr als 75% kath. Bev.							
Zahl der Wahlkreise	87	97	97	97	97	97	97
Wahlbeteiligung	56,8	70,7	63,6	64,0	51,0	56,6	75,4
Stimmanteil der SPD	0,5	0,7	1,0	1,2	1,1	2,2	2,5
D Wahlkreise, in denen die kath. Bevölkerung überwog, aber weniger als 75% betrug							
Zahl der Wahlkreise	44	48	48	48	48	48	48
Wahlbeteiligung	67,8	78,7	75,6	73,6	63,8	67,5	84,3
Stimmanteil der SPD	0,2	0,9	1,7	1,2	1,6	2,7	2,9

[1]) Noch ohne die 15 Wahlkreise von Elsaß-Lothringen.

[27] *Ritter,* Wahlgeschichtliches Arbeitsbuch, 99f.

Tabelle 4: Die Sozialdemokratie und die Konfessionen 1898 und 1903[28]

In Wahlkreisen mit einer Bevölkerung von	waren gültige Stimmen für die SPD (Prozentsatz aller gültigen Stimmen)											
	0%		0 bis 20%		20 bis 40%		40 bis 60%		60 bis 80%		80 bis 100%	
	1898	1903	1898	1903	1898	1903	1898	1903	1898	1903	1898	1903
90 bis 100% Katholiken	2	1	51	49	5	8	–	–	–	–	–	–
80 bis 90%	4	3	20	19	6	8	3	3	–	–	–	–
70 bis 80%	3	2	11	10	1	3	–	–	–	–	–	–
60 bis 70%	1	–	19	19	1	2	2	2	–	–	–	–
50 bis 60%	2	–	13	15	1	–	1	2	–	–	–	–
50 bis 60% Protestanten	–	1	17	12	3	7	5	5	–	–	–	–
60 bis 70%	–	–	3	2	7	7	3	4	–	–	–	–
70 bis 80%	–	–	14	10	8	11	5	7	1	–	–	–
80 bis 90%	–	–	9	5	7	10	9	9	3	4	–	–
90 bis 100%	–	–	48	31	58	57	45	55	6	13	–	1

[28] Vgl. *Adolf Braun,* Die Reichstagswahlen von 1898 und 1903. Eine statistische Studie, in: Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik 18 (1903) 539–563, hier 556.

Tabelle 4 zeigt aber auch, daß selbst noch 1903 die Sozialdemokratie nur in 7 (4,9%) von 146 „katholischen" Wahlkreisen, dagegen in 98 (39%) der 251 Wahlkreise mit einer überwiegend evangelischen Bevölkerung im ersten Wahlgang auf über 40% der Stimmen kam. 1912, als die Sozialdemokratie ihr bestes Wahlergebnis im Deutschen Kaiserreich erreichte, kam sie in 9 (6,1%) der inzwischen 147 „katholischen" Wahlkreise und in 115 (46%) der 250 „evangelischen" Wahlkreise auf über 40% der Stimmen. Sämtliche 16 Wahlkreise, in denen sie 1912 über 60% der Stimmen bekam, hatten eine evangelische Bevölkerungsmehrheit von über 60%[29].

III. Die Sozialdemokratie bei den Reichstagswahlen in Sachsen 1867–1912

Die überwiegend gewerblich-industrielle Struktur der Wahlkreise, deren städtischer Charakter sowie eine eindeutige protestantische Mehrheit waren also die wichtigsten sozialökonomischen Faktoren, die die Ausbreitung der Sozialdemokratie bei Wahlen begünstigten. Es war, neben der bedeutenden demokratisch-revolutionären Tradition des Landes, der Stärke der Parteiorganisation und der nationalen Prominenz ihrer ersten Führer August Bebel und Wilhelm Liebknecht, wohl auch das Zusammentreffen dieser drei Faktoren, das Sachsen zur wichtigsten Keimzelle der Sozialdemokratie und einer ihrer frühen Hochburgen bei Reichstagswahlen machte.

Bereits in den konstituierenden Reichstag des Norddeutschen Bundes waren im Februar 1867 mit August Bebel und Reinhold Heinrich Schraps zwei Arbeitervertreter für die Sächsische Volkspartei in Sachsen gewählt worden. Die beiden Gruppen der Lassalleaner, der ADAV und der Lassallesche Allgemeine deutsche Arbeiterverein (LADAV) der Anhänger der Gräfin Hatzfeld, konnten dagegen im Gesamtgebiet des Norddeutschen Bundes keine Mandate erringen[30]. Bei den folgenden Wahlen im August 1867 entfielen 5 (davon waren 4 Mandate der Sächsischen Volkspartei) von insgesamt 7 Mandaten der Arbeiterparteien auf Sachsen. Auch bei den ersten Wahlen zum Reichstag des Deutschen Reiches 1871, 1874, 1877 und 1878 stellte Sachsen mit zwei von zwei, sechs von neun, sieben von zwölf und sechs von neun Mandaten den Löwenanteil der parlamentarischen Vertreter der Sozialdemokratie. Diese wurde 1874 mit fast 36% der Stimmen in Sachsen auch erstmals in einem deutschen Bundesstaat zur stärksten Partei.

[29] Für die Wahlen von 1907 und 1912 vgl. *Gerhard A. Ritter,* Die Sozialdemokratie in sozialgeschichtlicher Perspektive, in: HZ 249 (1989) 295–362, Tab. 4, 354.

[30] Vgl. *Klaus Erich Pollmann,* Arbeiterwahlen im Norddeutschen Bund 1867–1870, in: GG 15 (1989) 164–195, hier 178–180.

Tabelle 5: Die Sozialdemokratie bei den Reichstagswahlen in Sachsen 1871 bis 1912[31]

	Sachsen											Deutsches Reich			
Wahljahr	Einwohnerzahl	Wahlberechtigte		Abgegebene Stimmen		Stimmen f. d. SPD i. d. Hauptwahl		Mandate der SPD		Zahl der SPD-Kandidaten[3] (Hauptwahl)	Stichwahlbeteiligung der SPD	Gültige Stimmen f. d. SPD i. d. Hauptwahl		Mandate der SPD	Stichwahlbeteiligung der SPD
	(in Tsd.)	absolut (in Tsd.)	% d. Einw.[1]	absolut (in Tsd.)	% d. Wahlber.	absolut (in Tsd.)	% aller abgeg. St.	absolut	%			absolut (in Tsd.)	%		
1871	2556	473	18,5	213	45,1	42	19,7	2	8,7	18	1	124[4]	3,2[4]	2	4
1874		525	20,5	260	49,5	92	35,4	6	26,1	22	3 (1)[2]	352	6,8	9	11 (2)[2]
1877	2761	569	20,6	328	57,7	124	37,8	7	30,4	22	5 (1)	493	9,1	12	20 (3)
1878		585	21,2	343	58,5	128	37,4	6	26,1	23	6 (4)	437	7,6	9	16 (7)
1881	2973	598	20,1	313	52,4	88	28,0	4	17,4	21	6 (4)	312	6,1	12	22 (13)
1884		623	20,9	365	58,5	128	35,1	5	21,7	23	2 (1)	550	9,7	24	24 (15)
1887	3182	656	20,6	522	79,6	149	28,6	–	–	23	1	763	10,1	11	19 (5)
1890		701	22,0	575	82,0	241	42,0	6	26,1	23	3	1427	19,7	35	58 (15)
1893	3503	744	21,2	595	79,9	271	45,5	7	30,4	23	10	1787	23,3	44	84 (20)
1898	3788	822	21,7	607	73,9	299	49,3	11	47,8	23	9 (4)	2107	27,2	56	94 (23)
1903	4202	910	21,7	755	83,0	442	58,5	22	95,7	23	5 (4)	3011	31,7	81	117 (24)
1907	4509	966	21,4	867	89,7	419	48,3	8	34,8	23	9	3259	28,9	43	90 (14)
1912	4807	1056	21,9	938	88,8	513	54,7	19	82,6	23	8 (4)	4250	34,8	110	120 (45)

[1]) Die Zahl der Wahlberechtigten wurde jeweils auf die letzte Volkszählung bezogen.
[2]) In Klammern: Zahl der gewonnenen Mandate.
[3]) Hierbei handelt es sich um die statistisch feststellbaren Kandidaten.
[4]) Noch ohne Elsaß-Lothringen.

[31] Vgl. für die absoluten Zahlen der Stimmen und Mandate und den Stimmenanteil der Sozialdemokratie in Sachsen: Die Wahlen zum Deutschen Reichstage im Königreich Sachsen von 1871 bis 1907, in: Zeitschrift des K. Sächsischen Statistischen Landesamtes 54 (1908) 171–180, Statistisches Jahrbuch für das Königreich Sachsen 41 (1913) 285 f. Für die Vergleichszahlen des Reiches vgl. *Ritter*, Wahlgeschichtliches Arbeitsbuch, 38–42, 125 f. Die Zahlen der Kandidaten und Stichwahlbeteiligungen wurden ausgezählt, die Angaben über die Mandatsanteile wurden errechnet.

Die weitere Entwicklung des Stimmenanteils der Sozialdemokratie und die Zahl der von ihr gewonnenen Mandate sowie die Bedeutung Sachsens für die Sozialdemokratie lassen sich aus Tabelle 5 ablesen. Sie zeigt den starken Einbruch, den die Partei 1881 in Sachsen – wie überhaupt im Deutschen Reich – erfuhr. Kennzeichnend ist weiter der von der Entwicklung im Deutschen Reich abweichende deutliche Rückgang des Stimmenanteils der Sozialdemokratie bei den durch das Zusammengehen der beiden konservativen Parteien mit den Nationalliberalen geprägten Kartellwahlen von 1887, der zum Verlust aller 1884 gewonnenen fünf Mandate in Sachsen führte.

Von 1890 bis 1903, als die Sozialdemokratie mit knapp 60% der Stimmen 22 der 23 Reichstagsmandate des Landes gewann, folgte ein kontinuierlicher Anstieg des Stimmenanteils und der Mandate, der 1907 durch einen den Rückgang im Reich weit übertreffenden Verlust an Stimmen und Mandaten in Sachsen unterbrochen wurde. Anscheinend haben bei Wahlkämpfen, in denen nationale Fragen – wie 1887 und 1907 – im Mittelpunkt standen, die Sozialdemokraten in Sachsen besonders hohe Einbußen erlitten. 1912 konnte die Sozialdemokratie hier wieder erhebliche Gewinne verbuchen, blieb aber im Gegensatz zur Entwicklung im Deutschen Reich hinter dem „Traumergebnis" in Sachsen von 1903 zurück. Im Gegensatz zum Reich, in dem der Stimmenanteil der Sozialdemokratie wegen der zunehmenden Benachteiligung der Industriegebiete und Städte durch Festschreibung der Wahlkreiseinteilung von 1867/71[32] und wegen der nur selten überwundenen politischen Isolierung der Sozialdemokratie bei Stichwahlen[33] stets eindeutig über ihrem Mandatsanteil im Reichstag lag, hat die SPD in Sachsen trotz ihrer Bekämpfung durch alle anderen Parteien des Landes bei den Reichstagswahlen von 1903 und 1912 einen weit über ihren Stimmenanteil hinausgehenden Anteil an Mandaten erringen können. Diese Tatsache war – ähnlich wie im Stadtstaat Hamburg – auch der Grund, warum in der die Politik Sachsens von 1903 bis 1909 dominierenden Diskussion einer Wahlrechtsreform auch das Verhältniswahlsystem – allerdings mit Kautelen gegen die Sozialdemokratie versehen[34] – zeitweise eine so starke Rolle spielte.

Die folgende Tabelle 6 faßt die Entwicklung des sozialdemokratischen Stimmenanteils in den 23 Reichstagswahlkreisen Sachsens von 1903 bis 1912 zusammen und ergänzt sie durch Angaben über die gewerbliche Struktur 1907 und die Stärke der Mitgliedschaft der Partei in den Wahljahren.

[32] Vgl. *Gerhard A. Ritter,* Die deutschen Parteien 1830–1914. Parteien und Gesellschaft im konstitutionellen Regierungssystem (Göttingen 1985) 42f.

[33] So gewann die Sozialdemokratie von 679 Stichwahlen, an denen sie insgesamt von 1871–1912 beteiligt war, nur 186 (27,4%). Die linksliberalen Parteien, die bei Stichwahlen eine besonders günstige Position hatten, da sie gegen Konservative von links, gegen Sozialdemokraten von rechts unterstützt wurden, waren in 430 (79,7%) von 541 Stichwahlen erfolgreich (*Ritter,* Wahlgeschichtliches Arbeitsbuch, 125).

[34] Vgl. z.B. *Otto Ehrenstein,* Das Verhältniswahlsystem in Sachsen (Dresden 1906).

Tabelle 6: Wahlbewegung, Mitgliedschaft in der Sozialdemokratie und Gewerbestruktur der sächsischen Reichstagswahlkreise 1903–1912[35]

Nr. d. Wahlkreises innerhalb d. sächs. Wahlkreise	Wahlkreis	Anteil v. Industrie u. Handel in Prozent	Wahljahr	Wahlberechtigte	Wahlbeteiligung[1] abs.	%	Stimmen für SPD (abs. u. in % von abgegebenen Stimmen)[2]		Mitgliederzahl der SPD	Anteil d. SPD-Mitglieder an den Wählern insg. (in %)[3]	Anteil d. SPD-Mitglieder an den SPD-Wählern (in %)
16	Chemnitz	85,2	1903	61385	51392	83,7	34266	66,7	3000	5,8	8,8
			1906 NW	65785	51186	77,8	31629	61,8			
			1907	67652	58368	86,3	34547	59,2	5652	9,7	16,4
			1912	78912	65500	83,0	42000	64,1	14381	22,0	34,2
19	Stollberg	82,4	1903	35553	29830	84,0	20096	67,4	1437	4,8	7,2
			1907	37444	33763	90,2	19000	56,3	2691	8,0	14,2
			1912	40703	34785	85,5	22279	64,0	4316	12,4	19,4
12	Leipzig Stadt	81,7	1903	42194	34581	82,0	16140	46,7	1630	4,7	10,1
			EW		36453	86,4	19839	54,4			
			1907	42935	38786	90,3	14366	37,0	3300	8,5	23,0
			1912	45705	39299	86,0	17525	44,6	4212	10,7	24,0
			EW		40465	88,5	18898	46,7			
21	Annaberg	81,5	1903	28985	23608	81,5	13273	56,2	450	1,9	3,4
			1907	30426	27219	89,5	11830	43,5	1161	4,3	9,8
			EW		27914	91,7	12669	45,4			
			1912	32958	29990	91,0	16070	53,6	2517	8,4	15,7
23	Plauen	80,9	1903	40965	31882	77,8	16406	51,5	1196	3,8	7,3
			1907	44813	39960	89,2	15197	38,0	1930	4,8	12,7
			EW		40086	89,5	15497	38,7			
			1912	50192	42800	85,3	20857	48,7	6841	16,0	32,8
			EW		45418	90,5	24012	52,9			
17	Glauchau	80,6	1903	32819	26047	79,4	18349	70,4	1750	6,7	9,5
			1907	33324	30310	91,0	16675	55,0	2570	8,5	15,4
			NW	33324	29900	89,7	17074	57,1			
			1912	34720	30293	87,2	19270	63,6	3686	12,2	19,1
22	Auerbach	80,6	1903	37433	32294	86,3	19106	59,2	1744	5,4	9,1
			1904 NW	37433	25691	68,6	15772	61,4			
			1907	39643	35439	89,4	17309	48,8	1855	5,2	10,7
			1912	43655	38070	87,2	21291	55,9	4091	10,7	19,2

Nr. d. Wahlkreises innerhalb d. sächs. Wahlkreise	Wahlkreis	Anteil v. Industrie u. Handel in Prozent	Wahljahr	Wahlberechtigte	Wahlbeteiligung[1]) abs.	%	Stimmen für SPD (abs. u. in % von abgegebenen Stimmen)[2])		Mitgliederzahl der SPD	Anteil d. SPD-Mitglieder an den Wählern insg. (in %)[3])	Anteil d. SPD-Mitglieder an den SPD-Wählern (in %)
13	Leipzig Land	79,1	1903	96927	79706	82,2	54819	68,9	7000	8,8	12,8
			1907	112537	97948	87,0	56712	57,9	20710	21,1	36,5
			1912	134755	119026	88,3	76599	64,4	32219	27,1	42,1
18	Zwickau	78,5	1903	46081	37962	82,4	25335	66,7	2277	6,0	9,0
			1907	48260	43255	89,6	23744	54,9	2633	6,1	11,1
			1912	52434	45994	87,7	27846	60,5	6524	14,2	23,4
15	Mittweida	76,2	1903	34937	30947	88,6	19270	62,3	2077	6,7	10,8
			NW	34937	26733	76,5	16039	60,0			
			1907	37118	33971	91,5	18301	53,9	2837	8,4	15,5
			1912	39592	36124	91,2	21250	58,8	4580	12,7	21,6
5	Dresden links d. Elbe	75,4	1903	49437	39535	80,0	21569	54,6	1900	4,8	8,8
			1907	50432	43956	87,2	19388	44,1	3087	7,0	15,9
			EW		45596	90,4	20608	45,2			
			1912	53196	46889	88,1	23058	49,2	5810	12,4	25,2
			EW		49076	92,3	24906	50,7			
6	Dresden Land	73,6	1903	60569	51802	85,5	33781	65,2	3434	6,6	10,2
			1907	66588	60586	91,0	33843	55,9	9742	16,1	28,8
			1912	74470	67380	90,5	39911	59,2	18606	27,6	46,6
1	Zittau	72,7	1903	26876	22397	83,3	11265	50,3	871	3,9	7,7
			1907	27509	25013	90,9	10725	42,9	1166	4,7	10,9
			EW		25070	91,1	11206	44,7			
			1912	28882	25530	88,4	12908	50,6	1877	7,4	14,5
20	Zschopau	72,3	1903	27674	23647	85,4	13616	57,5	438	1,9	3,2
			1904 NW	27674	20668	74,7	10277	49,7			
			NW		23021	83,2	10982	47,7	852	3,7	7,8
			1907	28367	26152	92,2	11281	43,1			
			1912	29597	25329	85,6	14219	56,1	1940	7,7	13,6

Nr. d. Wahlkreises innerhalb d. sächs. Wahlkreise	Wahlkreis	Anteil v. Industrie u. Handel in Prozent	Wahljahr	Wahlberechtigte	Wahlbeteiligung[1]) abs.	%	Stimmen für SPD (abs. u. in % von abgegebenen Stimmen)[2])		Mitgliederzahl der SPD	Anteil d. SPD-Mitglieder an den Wählern insg. (in %)[3])	Anteil d. SPD-Mitglieder an den SPD-Wählern (in %)
4	Dresden rechts d. Elbe	70,5	1903	56272	47666	84,7	28379	59,5	2802	5,9	9,9
			1907	59407	52689	88,7	26458	50,2	6636	12,6	25,1
			1912	65296	58223	89,2	31640	54,3	13061	22,4	41,3
8	Pirna	68,0	1903	33052	27093	82,0	15905	58,7	1209	4,5	7,6
			1907	34527	30884	89,4	14397	46,6	2491	8,1	17,3
			1912	36575	32973	90,2	17108	51,9	5356	16,2	31,3
2	Löbau	66,7	1903	26478	21349	80,6	11334	53,1	713	3,3	6,3
			1907	27187	24942	91,7	10441	41,9	978	3,9	9,4
			1912	28472	25146	88,3	12316	49,0	2060	3,3	16,7
			EW		26410	92,8	13646	51,7			
10	Döbeln	65,1	1903	27823	24326	87,4	13162	54,1	1500	6,2	11,4
			1906 NW	28530	24118	84,5	12207	50,6			
			1907	28718	26999	94,0	12760	47,3	1700	6,3	13,3
			EW		27309	95,1	12763	46,7			
			1912	29986	27786	92,7	14673	52,8	3393	12,2	23,1
9	Freiberg	65,1	1903	26402	22358	84,7	10848	48,5	265	1,2	2,4
			EW		22899	86,7	11835	51,7			
			1907	26665	24220	90,8	9455	39,0	949	3,9	10,0
			1912	26791	24002	89,6	11072	46,1	1327	5,5	12,0
			EW		24462	91,3	12289	50,2			
14	Borna	64,3	1903	26940	22481	83,4	10403	46,3	1000	4,4	9,6
			EW		23617	87,7	12698	53,7			
			1907	27505	25491	92,7	9811	38,5	1559	6,1	16,0
			EW		25492	92,7	10922	42,8			
			1912	28671	26126	91,1	11566	44,3	2200	8,4	19,0
			EW		26139	91,2	13058	50,0			
3	Bautzen	61,7	1903	32294	23625	73,2	9191	38,9	344	1,5	3,7
			EW		26926	83,4	11333	42,1			
			1907	33850	30383	89,8	8619	28,4	605	2,0	7,0
			1912	36493	32659	89,5	11412	34,9	1375	4,2	12,0
			EW		32522	89,1	15092	46,4			

Nr. d. Wahlkreises innerhalb d. sächs. Wahlkreise	Wahlkreis	Anteil v. Industrie u. Handel in Prozent	Wahljahr	Wahlberechtigte	Wahlbeteiligung[1]) abs.	%	Stimmen für SPD (abs. u. in % von abgegebenen Stimmen)[2])		Mitgliederzahl der SPD	Anteil d. SPD-Mitglieder an den Wählern insg. (in %)[3])	Anteil d. SPD-Mitglieder an den SPD-Wählern (in %)
7	Meißen	59,4	1903	32384	27779	85,8	15191	54,7	1400	5,0	9,2
			1907	33828	31412	92,9	14174	45,1	3655	11,6	25,8
			EW		31926	94,4	14438	45,2			
			1912	36038	33534	93,1	17130	51,1	6413	19,1	37,4
11	Oschatz	56,5	1903	26366	22587	85,7	10060	44,5	427	1,9	4,2
			EW		23419	88,8	11697	50,0			
			1907	26914	24825	92,2	9537	38,4	1190	4,8	12,5
			EW		24949	92,7	10465	41,9			
			1912	28348	26090	92,0	11217	43,0	2540	9,7	22,6
			EW		26168	92,3	12840	49,1			
Königreich Sachsen insg.		74,5	1903	909846	754894	83,0	441764	58,5	38764	5,1	8,8
			EW	154196	133314	86,5	67402				
			1907	965658	866571	89,7	418570	48,3	79959	9,2	19,1
			EW	270145	248342	91,9	108568				
			1912	1056441	938135	88,8	513216	54,7	149325	15,9	29,1
			EW	297859	271660	91,2	134741				
Deutsches Reich		55,0	1903[4])	12531210	9533826	76,1	3010771	31,7	•	•	•
			1907	13352880	11303537	84,7	3259029	28,9	530466	4,7	16,3
			1912	14442387	12260731	84,9	4250399	34,7	970112	7,9	22,8

NW = Nachwahl: Nachwahl oder Ersatzwahl wurden notwendig, wenn wegen der Wahl eines Abgeordneten in zwei Wahlkreisen die Annahme eines Mandats abgelehnt werden mußte, wenn ein Mandat für ungültig erklärt wurde bzw. durch den Tod eines Abgeordneten oder dessen Mandatsniederlegung erlosch. Auch wenn ein Abgeordneter zum Beamten ernannt oder als Beamter befördert wurde, mußte er sich zur Neuwahl stellen.

EW = Engere Wahl = Stichwahl.

[1]) Wahlbeteiligung = Anteil der abgegebenen Stimmen an der Zahl der Wahlberechtigten. Nur für 1912 und nur für die einzelnen sächsischen Wahlkreise definiert die Statistik die Wahlbeteiligung anders: als Anteil der abgegebenen gültigen Stimmen an der Zahl der Wahlberechtigten.

[2]) Für 1912: Prozentanteil der Stimmen für die SPD an den gültigen abgegebenen Stimmen (gilt nicht für Sachsen insg. und Dt. Reich). Die Unterstreichung einer Zahl bedeutet, daß die SPD das Mandat gewann.

[3]) Für 1912: Anteil an den Wählern mit gültiger Stimme (gilt nicht für Sachsen insg. und Dt. Reich).

[4]) Für 1903 fehlen Angaben über die Mitglieder der SPD auf Reichsebene.

Tabelle 6, die die Wahlkreise nach der Höhe des Anteils der Berufsangehörigen von Industrie, Handwerk, Handel und Verkehr an der Gesamtbevölkerung ordnet, zeigt, daß die Entwicklung des Stimmenanteils relativ wenig Zusammenhang mit der Mitgliederentwicklung der Partei hatte. So ist die Mitgliederzahl von 1903 bis 1907 trotz des starken Rückgangs der Stimmenzahl und des noch stärkeren Absinkens des Stimmenanteils im Durchschnitt des Landes auf mehr als das Doppelte gestiegen, und auch die weitere Erhöhung der Mitgliederzahl um fast 100% von 1907–1912 findet in dem sehr viel bescheideneren Anstieg des Wähleranteils keine Entsprechung. Während einige der Wahlkreise mit einem hohen Anteil an Mitgliedern wie Leipzig-Land, Dresden-Land und Chemnitz erwartungsgemäß auch einen besonders hohen Anteil sozialdemokratischer Wähler haben, ist das in anderen Wahlkreisen, wie etwa in Dresden rechts der Elbe und Meißen, nicht der Fall. Einige Wahlkreise mit einem besonders hohen Anteil sozialdemokratischer Stimmen wie Stollberg, Glauchau, Zwickau liegen für den gesamten Zeitraum oder doch seit 1907 deutlich unter dem durchschnittlichen Anteil der Mitglieder an den sozialdemokratischen Wählern. Insgesamt ist aber ein klarer Zusammenhang zwischen dem Anteil der Mitglieder und dem der Wähler der Sozialdemokratie beim Vergleich der Wahlkreise in den einzelnen Wahljahren gegeben. Die Tabelle zeigt weiter eine relativ enge Beziehung zwischen der Gewerbestruktur und der Stärke bzw. relativen Schwäche der Sozialdemokratie in Sachsen. Allerdings gibt es abweichende Ergebnisse für die Residenzstadt Dresden, für das Handelszentrum Leipzig und für die neue Großstadt Plauen, in denen der Anteil der Sozialdemokratie unter dem von anderen Wahlkreisen mit einem vergleichbar hohen Prozentsatz an nichtagrarischer Bevölkerung liegt. In diesen Städten hat wahrscheinlich der hohe Bevölkerungsanteil der Beamten und Angestellten, die überwiegend nicht sozialdemokratisch wählten, ein besseres Ergebnis der Sozialdemokratie verhindert. Ein großer Teil der zur Sozialdemokratie tendierenden Arbeiterbevölkerung wohnte zudem in Leipzig und Dresden in den Vororten, was die sehr guten Ergebnisse der Sozialdemokratie in Leipzig-Land und Dresden-Land erklärt.

Eine Berechnung der Korrelation des Anteils der Beschäftigten in Industrie und Handel mit dem Anteil der SPD-Stimmen an allen abgegebenen Stimmen nach Pearson's r und dem Determinationskoeffizienten r^2 [36] ergibt für:

1903 $r = 0{,}63$; $r^2 = 0{,}40$
1907 $r = 0{,}54$; $r^2 = 0{,}29$
1912 $r = 0{,}65$; $r^2 = 0{,}42$

[35] Die Tabelle wurde zusammengestellt aus: *Böck*, Berufsgliederung; Zeitschrift des K. Sächsischen Statistischen Landesamtes 54 (1908) 171–180; Statistisches Jahrbuch für das Königreich Sachsen 41 (1913) 286; *Dieter Fricke*, Handbuch zur Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung 1869 bis 1917, 2 Bde. (Berlin 1987) Bd. 1, 308; Handbuch sozialdemokratischer Landes-Parteitage in Sachsen von 1891 bis 1914, bearb. von *Karl Schrörs* (Leipzig 1914) 63; Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reichs 13 (1904) Ergänzungsheft zu I, 94 f., Ergänzungshefte zu 1907, IV, 102 f.

[36] Der ‚Produkt-Moment-Korrelationskoeffizient' von Pearson (r) ist ein Zusammenhangsmaß, das angibt, in welchem Ausmaß die Schwankungen einer Variablen (z. B. SPD-Stimmenanteil) mit den Schwankungen einer zweiten Variablen (z. B. Grad der Industrialisierung) parallel verlau-

Die Beziehung ist also eindeutig positiv und signifikant. Mit dem steigenden Anteil von Beschäftigten in Industrie und Handel steigt der Anteil der für die Sozialdemokratie abgegebenen Stimmen. In den Jahren 1903 und 1912 werden die Schwankungen der SPD-Wahlergebnisse zu etwa 40% durch den Grad der Industrialisierung „erklärt". Der niedrigere Koeffizient von 1907 $r = 0{,}54$ läßt darauf schließen, daß die Partei bei dieser Wahl in ihren industriellen Hochburgen relativ noch mehr verloren hat als in den anderen Wahlkreisen.

Der Anteil der SPD-Mitglieder an den Wählern korreliert mit dem Anteil der SPD-Stimmen an allen abgegebenen Stimmen in den einzelnen Wahlkreisen wie folgt:
1903 $r = 0{,}72$; $r^2 = 0{,}52$
1907 $r = 0{,}62$; $r^2 = 0{,}39$
1912 $r = 0{,}57$; $r^2 = 0{,}33$

Auch diese Korrelation der Mitgliederquote mit der Wählerquote der SPD ist signifikant positiv. Mit dem steigenden Anteil der Mitglieder der Partei an den Wählern steigt auch der Anteil der für die Sozialdemokratie abgegebenen Stimmen in den Wahlkreisen. Allerdings wird die Variation des Stimmenanteils der SPD in den Wahlkreisen 1903 noch zu mehr als der Hälfte, 1912 dagegen nur noch zu einem Drittel durch die unterschiedliche Quote der Mitglieder an den Wählern „erklärt".

IV. Die Sozialdemokratie in den Wahlen zum Sächsischen Landtag 1869–1907

Im Gegensatz zu der starken Stellung der Sozialdemokratie bei Reichstagswahlen seit 1874 und besonders seit der Jahrhundertwende war die Position der Partei im Sächsischen Landtag relativ schwach. Das hing entscheidend mit dem sächsischen Landtagswahlrecht zusammen. Dieses beruhte zunächst seit dem Wahlgesetz vom 3.12.1868, das die bisherige ständische Gliederung auch der Zweiten Kammer durch eine Volksvertretung ersetzte, auf einem geheimen, gleichen und direkten Wahlrecht.

fen. Seine Ausprägungen reichen von $-1 \leq r \leq +1$. Er berechnet sich im wesentlichen aus der Kovariation beider Merkmale, was mit der Formel

$$r = \frac{\sum (x_i - \bar{x})(y_i - \bar{y})}{\sqrt{\sum (x_i - \bar{x})^2 \sum (y_i - \bar{y})^2}}$$

ausgedrückt werden kann.
Hierbei sind x_i bzw. y_i die Ausprägungen der Variablen und $\bar{x}$ bzw. $\bar{y}$ die jeweiligen Mittelwerte. Der sogenannte Determinationskoeffizient (r^2) kann als Quadrat von r berechnet werden und wird nur deshalb hier mit angegeben, weil er sich prozentual interpretieren läßt. $r^2 = 0{,}40$ bedeutet, daß in diesem Fall 40% der Schwankungen der Variablen ‚Stimmenanteil der SPD' genau parallel laufen mit den Schwankungen der Variablen ‚Anteil der Beschäftigten in der Industrie'. Andersherum ausgedrückt: 60% der verbleibenden Variation der Variablen ‚SPD-Stimmenanteil' sind durch andere Variablen zu „erklären". Der Verf. dankt Merith Niehuss für die Berechnung der Korrelationen.

Es war allerdings nicht allgemein, sondern auf *die* Männer im Alter ab 25 Jahren beschränkt, die sächsische Staatsangehörige waren, ein bewohnbares Grundstück besaßen oder direkte Staatssteuern in Höhe von mindestens 3 Mark jährlich bezahlten. Die übrigen Ausschließungsgründe – Bezug von öffentlicher Armenunterstützung, Entzug der bürgerlichen Ehrenrechte usw. – entsprachen in etwa denen des Reichstagswahlrechts. Nach diesem Zensuswahlrecht waren 1869 nur 9,9% und aufgrund der steigenden Einkommen 1895 immerhin schon 14,3% der Bevölkerung wahlberechtigt[37]. Das bedeutete, daß zunächst etwa die Hälfte, später ein Drittel der Sachsen, die den Reichstag wählen durften, kein Landtagswahlrecht besaßen. Der Anteil der nichtwahlberechtigten Männer unter den potentiellen Anhängern der Sozialdemokratie, die ja vor allem zu den ärmeren Bevölkerungskreisen gehörten, dürfte noch erheblich höher gewesen sein.

Eine weitere Erschwernis, Mandate zu gewinnen, lag für die Sozialdemokratie in ihrer politischen Isolierung bei den Wahlen. Das sächsische Wahlrecht unterschied sich vom Reichstagswahlrecht und den meisten Wahlrechten deutscher Einzelstaaten durch die Bestimmung, daß zum Gewinn eines Mandats in einem Wahlkreis nicht die absolute, sondern bereits die relative Mehrheit der Stimmen ausreichte, sofern der Kandidat mit der höchsten Stimmenzahl auf mindestens ein Drittel der Stimmen kam. Diese – Stichwahlen praktisch weitgehend ausschließende – Regelung[38] hätte die Sozialdemokratie, wie ihr schlechtes Abschneiden bei Stichwahlen für den Reichstag zeigt, eher begünstigt, wenn sie nicht dazu geführt hätte, daß die beiden wichtigsten Parteien in der sächsischen Landespolitik – die Konservativen und die Nationalliberalen – nur relativ selten gegeneinander kandidierten. Besonders die Nationalliberalen verstanden sich „angesichts der immer höher anschwellenden socialdemokratischen Bewegung" seit 1874 als Glied einer größeren „Ordnungspartei" und haben daher Kandidaten der Konservativen und des Fortschritts, die bei Wahlen gegen einen Sozialdemokraten bessere Chancen hatten, fast regelmäßig unterstützt[39]. Die Sozialdemokratie stand daher bei Landtagswahlen meist gegen eine weitgehend geschlossene Front der anderen Parteien, die in deren enger Zusammenarbeit im Landtag ihre Ergänzung fand.

[37] Vgl. Zeitschrift des K. Sächsischen Statistischen Landesamtes 51 (1905) 11.

[38] So waren bei den insgesamt 497 Hauptwahlen 1869–1895 nur dreimal Stichwahlen nötig. Wenn auch im Reich der Gewinn von mindestens einem Drittel der Stimmen durch den Kandidaten mit der höchsten Stimmenzahl für die Zuteilung des Mandats ausgereicht hätte, wäre keine einzige der insgesamt 77 Stichwahlen bei Reichstagswahlen in Sachsen 1871–1903 notwendig geworden (Ebda., 3).

[39] Vgl. dazu die Memoiren des Historikers, Publizisten und nationalliberalen Abgeordneten des sächsischen Landtags (1869–1876) und des Deutschen Reichstags (1871–1874) *Karl Biedermann:* Mein Leben und ein Stück Zeitgeschichte 1812–1886, 2 Bde. (Leipzig 1886/87) Bd. 2, 343f.

Tabelle 7: Die Ergebnisse der Landtagswahlen nach der Parteistellung der Abgeordneten 1869–1909[40]

Jahr	Konservativ	Nationalliberal	Fortschritt	Deutschfreisinn.	Liberal	Deutsch-Sozial	Reformer	Sozialdemokraten	Summe
1869	41	30	8	–	1	–	–	–	80
1871	37	20	5	–	17	–	–	–	79
1873[1]	38	17	5	–	20	–	–	–	80
1875[1]	35	15	14	–	16	–	–	–	80
1877	37	19	20	–	3	–	–	1	80
1879	36	20	19	–	2	–	–	3	80
1881	45	14	15	–	2	–	–	4	80
1883	47	11	15	–	3	–	–	4	80
1885	47	11	14	–	3	–	–	5	80
1887	47	12	13	–	3	–	–	5	80
1889[1]	48	12	11	1	1	–	–	7	80
1891[1]	45	10	11	2	1	–	–	11	80
1893	43	14	8	1	–	1	1	14	82
1895[1]	44	16	6	–	–	1	1	14	82
1897	50	21	3	–	–	–	–	8	82
1899	52	22	3	–	1	–	–	4	82
1901	58	21	2	–	1	–	–	–	82
1903	57	22	–	1	1	–	1	–	82
1905[1]	54	23	–	2	1	–	1	1	82
1907	46	31	–	3	–	–	1	1	82
1909	24[2]	28	–	8	–	–	6[3]	25	91

[1] Es ergaben sich folgende Änderungen durch Ersatzwahlen:
1874 trat ein Konservativer an die Stelle eines Nationalliberalen
1876 traten zwei Nationalliberale an die Stelle von zwei Liberalen
1890 trat ein Deutschfreisinniger an die Stelle eines Nationalliberalen
1890 trat ein Sozialdemokrat an die Stelle eines Nationalliberalen
1892 trat ein Konservativer an die Stelle eines Fortschrittlers
1896 trat ein Sozialdemokrat an die Stelle eines Konservativen
1906 trat ein Deutschfreisinniger an die Stelle eines Liberalen
[2] Darunter ein Freikonservativer
[3] Darunter ein Hospitant der Konservativen Fraktion

Tabelle 8 zeigt das Ansteigen des Stimmenanteils der Sozialdemokratie von etwa 12% 1877 auf über 30% seit 1891. Gleichzeitig stieg, wie sich aus Tab. 7 ergibt, die Zahl ihrer Abgeordneten von 4–7 in den 1880er Jahren auf 14 oder etwas über ⅙ aller Mandate 1893–95 an. Die Zahlen für die einzelnen Wahljahre sind nicht vergleichbar, da nach der ersten Wahl im ganzen Land 1869 in Sachsen alle zwei Jahre nur jeweils etwa ein Drittel der Zweiten Kammer erneuert wurde. Die in Tabelle 8 enthaltenen Zusammenfassungen für jeweils 3 Wahljahre geben daher den Trend der Entwicklung besser wieder.

[40] Statistisches Jahrbuch für das Königreich Sachsen 34 (1906) 262; 40, (1912) 273.
[41] Die Wahlen für die Zweite Kammer der Ständeversammlungen von 1869 bis 1896, in: Zeitschrift des K. Sächsischen Statistischen Landesamtes 51 (1905) 2–12.

Tabelle 8: Die Ergebnisse der Landtagswahlen nach dem Stimmenanteil der Parteien 1869–1895[41]

Jahr der Wahl	Zahl d. Wahlkreise, i. denen gewählt wurde	Wahlberechtigte (in Tsd.)	Wahlbeteiligung (in %)	Stimmen für die SPD	Von 100 Stimmen entfielen auf							Zahl der Kandidaten		
					SPD	Konservative	Nationallib.	Fortschritt	Deutsch-Freisinn.	Liberale, Sezess.	Reformpartei	SPD	Konservative	Nationallib.
1869[1]	80	245	39,8	•	•	•	•	•	•	•	•	•	66[2]	37
1871	26	87	24,2	208	1,0	48,7	–	–	–	46,9	–	1	33[3]	–
1873	27	91	33,2	–	–	56,2	18,0	8,1	–	14,7	–	–	31[4]	13
1875	27	97	36,2	1517	4,3	36,6	26,7	28,5	–	1,8	–	3	20[5]	15[13]
1871–1875		276	31,4	1725	2,0	46,4	17,1	14,5	–	17,3	–	4	150	65
1877	26	113	30,3	4078	11,9	42,0	24,5	19,4	–	–	–	7	26[6]	11
1879	27	122	31,3	6713	17,6	46,7	20,7	10,8	–	3,0	–	18	30[7]	14
1881	27	115	32,0	2472	6,7	57,2	12,6	19,6	–	2,9	–	7	35[8]	10
1877–1881		350	31,2	13263	12,1	48,8	19,2	16,4	–	2,0	–	32	91	35
1883	26	122	36,8	7265	16,1	49,3	7,7	18,7	3,7	2,6	1,2	10	26[9]	3
1885	27	142	38,2	12560	23,2	43,0	21,3	8,7	–	3,0	–	17	24[9]	10[13]
1887	27	135	44,5	12328	20,5	57,3	4,8	10,8	3,1	2,9	–	18	25[10]	2
1883–1887		399	39,9	32153	20,2	50,1	11,2	12,3	2,2	2,9	0,3	45	75	15
1889	26	148	43,5	17269	26,8	38,3	15,6	13,5	5,1	–	–	17	17	6
1891	27	173	53,6	31148	33,6	35,6	13,3	5,0	9,9	–	2,2	26	22[11]	9
1893	28	163	50,7	26210	31,7	46,7	8,7	5,3	2,2	–	4,9	28	27[12]	5
1889–1893		484	49,5	74627	31,1	40,2	12,3	7,4	5,9	–	2,5	72	66	20
1895	27	185	51,2	30786	32,4	37,2	10,3	5,0	3,4	–	11,3	27	20[11]	6

Die Zusammenfassungen wurden errechnet.

[1] 1869 wurde nur die Stimmenzahl ermittelt, die auf den gewählten Kandidaten entfiel.

[2] In 9 Wahlkreisen kandidierten je 2 Kandidaten, in einem Wahlkreis 3.

[3] In 5 Wahlkreisen kandidierten je 2 Kandidaten, in 3 Wahlkreisen je 3.

[4] In 8 Wahlkreisen kandidierten je 2 Kandidaten.

[5] In 2 Wahlkreisen kandidierten je 2 Kandidaten, in einem Wahlkreis 3.

[6] In 4 Wahlkreisen kandidierten je 2 Kandidaten.

[7] In 4 Wahlkreisen kandidierten je 2 Kandidaten, in einem Wahlkreis 4.

[8] In 7 Wahlkreisen kandidierten je 2 Kandidaten, in 2 Wahlkreisen je 3, in einem Wahlkreis 4.

[9] In 5 Wahlkreisen kandidierten je 2 Kandidaten.

[10] In 2 Wahlkreisen kandidierten je 2 Kandidaten, in einem Wahlkreis 3.

[11] In einem Wahlkreis kandidierten 2 Kandidaten, in einem Wahlkreis 3.

[12] In 6 Wahlkreisen kandidierten je 2 Kandidaten.

[13] In einem Wahlkreis kandidierten 2 Kandidaten.

Ein Vergleich der für die Sozialdemokratie in jeweils 3 Landtagswahlen abgegebenen Stimmen mit ihren Stimmen bei Reichstagswahlen in Sachsen (Tab. 8 und 5) zeigt, daß die Partei bei Reichstagswahlen in den entsprechenden Jahren zunächst (am Ende der 1870er Jahre) das Zehnfache, am Anfang der 1890er Jahre noch immer etwa das Dreifache ihrer Stimmen in Landtagswahlen gewinnen konnte. Das hängt nicht nur mit der Ausschließung vieler Reichstagswähler durch den Wahlzensus, sondern vor allem in den 1870er und 1880er Jahren mit der bei Landtagswahlen beschränkten Zahl der von der Sozialdemokratie aufgestellten Kandidaten und der sehr viel schwierigeren Mobilisierung ihrer Anhänger zusammen. Insgesamt ist der Anstieg der Wahlbeteiligung bei Landtagswahlen von 24–37% 1871–1883 auf über 50% seit 1891 vor allem auf das verstärkte Auftreten der Sozialdemokratie und das größere Engagement der Konservativen zurückzuführen[42].

Es war nicht so sehr die noch relativ schwache Position der Sozialdemokratie im Landtag selbst in den frühen 1890er Jahren als vielmehr die Furcht, daß aufgrund ihres steigenden Einkommens immer mehr Arbeiter das Landtagswahlrecht erhalten und wie bei den Reichstagswahlen auch bei Landtagswahlen für die Sozialdemokratie stimmen würden, die die nichtsozialistischen Parteien 1896 veranlaßte, das bestehende Wahlrecht durch ein dem preußischen Vorbild nachgebildetes, leicht modifiziertes Drei-Klassen-Wahlrecht zu ersetzen. Als Vorwand diente dabei ein sozialdemokratischer Antrag von 1895 auf Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts bei Landtagswahlen[43]. Das auf eine Initiative der Konservativen, der Nationalliberalen und der Fortschrittspartei zurückgehende Gesetz[44], das in kurzer Zeit im Landtag durchgepeitscht wurde, sah die Einteilung der Urwähler in drei Klassen nach der Höhe der von ihnen entrichteten staatlichen Grund- und Einkommenssteuern vor. Zur I. Klasse gehörten in jedem Urwahlbezirk die höchstbesteuerten Urwähler, auf die ⅓ der Gesamtsteuern entfiel, zur II. Klasse die Steuerzahler, die das zweite Drittel der Steuern aufbrachten. Alle sonstigen Wahlberechtigten wählten in der III. Klasse. Die Berechnung erfolgte im allgemeinen nach Urwahlbezirken, man legte aber abweichend von den in Preußen seit 1893 geltenden Bestimmungen fest, daß für Orte, die in mehrere Urwahlbezirke geteilt waren, der gesamte Ort als Berechnungsgrund-

[42] Ebda., 12. Für verstärkte Wahlbeteiligung warb z.B. die sozialdemokratische Agitationsschrift von *August Bebel*, Zu den Landtagswahlen in Sachsen (Berlin 1891).

[43] Mittheilungen über die Verhandlungen des ordentlichen Landtags im Königreich Sachsen während der Jahre 1895–1896, Zweite Kammer, Sitzung vom 10. Dezember 1895, Bd. 1, 156, im folgenden zitiert: Mittheilungen II. Kammer. Ein ähnlicher Antrag, dessen Behandlung von der Kammer abgelehnt wurde, war von der Sozialdemokratie schon 1893 eingebracht worden.

[44] Sämtliche Mitglieder dieser drei Parteien hatten einen Antrag unterschrieben, der neben der Ablehnung des sozialdemokratischen Vorschlages zum Ausdruck brachte, daß den Interessen des Landes nur eine Änderung des Wahlrechts diene, die das ‚Wahlsystem auf dem Prinzip des Verhältnisses der Leistungen der einzelnen Staatsbürger an direkten Staatssteuern' aufbaut (Mittheilungen II. Kammer, Sitzung vom 10. 12. 1895, 174). Die Einheitsfront der nichtsozialistischen Parteien bröckelte allerdings später ab. Das Gesetz wurde schließlich am 6. 3. 1896 mit 56 Stimmen der Konservativen und Nationalliberalen gegen 22 Stimmen vor allem der Sozialdemokraten und der Freisinnigen bei 4 abwesenden Abgeordneten angenommen (Mittheilungen II. Kammer, Sitzung vom 6. 3. 1896, 889).

lage galt. In den Großstädten Dresden, Leipzig und Chemnitz bildeten die Wahlkreise den Berechnungsbezirk.

Der plutokratische Charakter des Wahlrechts wurde dadurch etwas gemildert, daß Steuerleistungen über 2000 Mark nicht angerechnet wurden und jeder, der mindestens 300 Mark Steuern jährlich zahlte, in der I., jeder, der mindestens 38 Mark Steuern zahlte, in der II. Klasse wählen durfte. Tatsächlich entfiel in den 12 großstädtischen Wahlkreisen, in denen es relativ viele höhere Einkommen gab, von 1897–1901 etwa die Hälfte der Steuerleistung auf die I., ein Drittel auf die II. und nur ein Sechstel auf die III. Klasse. In den 43 ländlichen Wahlkreisen wurde die Drittelung durch Anteile von 38, 33 und 29% der einzelnen Klassen an der Steuerleistung nur wenig modifiziert[45]. Die Wahl war wie in Preußen indirekt, d.h. es wurden zunächst Wahlmänner gewählt, die ihrerseits die Abgeordneten wählten. Anders als in Preußen war die Wahl wie bisher geheim. Das Wahlrecht erhielten jetzt alle sächsischen Staatsbürger, die überhaupt Grund- oder Gemeindesteuern entrichteten, seit mindestens 6 Monaten einen Wohnsitz am Ort der Wahl hatten und auf die die üblichen weiteren Ausschließungsgründe (Bezug von öffentlichen Armenmitteln etc.) nicht zutrafen. Noch immer blieb damit etwa ein knappes Viertel der Reichstagswähler vom Landtagswahlrecht ganz ausgeschlossen[46].

Nach dem neuen Wahlrecht haben im Landesdurchschnitt 1897–1909 etwa 3–4% in der I., 15–18% in der II. und 78–81% in der III. Wählerklasse gewählt. Die Stimme eines Wählers der I. Klasse hatte also etwa das 20–25fache, die eines Wählers der II. Klasse das 5fache Gewicht einer Wahlstimme der III. Klasse[47]. Das Wahlrecht bewirkte, daß die Sozialdemokratie bei der 1897, 1899 und 1901 fälligen jeweiligen Drittelerneuerung der Zweiten Kammer sämtliche Mandate verlor und insgesamt während der Geltungsdauer dieses Wahlsystems nur 1 Mandat (1905) erringen konnte. Obgleich die Partei in der III. Klasse meist dominierte, wurden ihre Wahlmänner bei der Wahl der Abgeordneten durch die Wahlmänner der beiden anderen Klassen überstimmt.

Eine weitere Wirkung des Wahlrechts war das Sinken der Wahlbeteiligung auf 36,3% 1897–1901 und 43,5% 1903–1907. Der Rückgang der Wahlbeteiligung in der III. Klasse war besonders stark. Das hing auch damit zusammen, daß es in der sächsischen Sozialdemokratie, die sich in ihrem Kampf gegen den „Raub" des Wahlrechts weitgehend auf Proteste im Parlament, in der Presse und in Versammlungen beschränkte, zu erheblichen Differenzen über die Frage der Beteiligung an den Land-

[45] Vgl. Statistik der Urwahlen für die Zweite Kammer der Ständeversammlung in den Jahren 1897 bis 1901, nebst Nachtrag, betreffend die Urwahlen von 1903, in: Zeitschrift des K. Sächsischen Statistischen Bureaus 49 (1903) 14f., im folgenden zitiert: Statistik der Urwahlen 1897–1901. Im Durchschnitt aller 82 Wahlkreise entfielen 1897–1901 43,6, 33,8 und 22,6% auf die Steuerleistungen der I., II. und III. Klasse.

[46] Nach den Berechnungen des Statistischen Büros hatten 1897–1901 15,78% der Zivilbevölkerung vom Dezember 1900 oder 656645, d.h. 71%, der 925002 Männer im Alter von über 25 Jahren das Landtagswahlrecht. In Preußen hatten dagegen bei den Landtagswahlen 1898 19% der Zivilbevölkerung das Wahlrecht (ebda., 4, 55).

[47] Vgl. *Ritter,* Wahlgeschichtliches Arbeitsbuch, 175f.

tagswahlen nach dem neuen Wahlrecht kam. Die Leipziger Sozialdemokratie, die damit gegen den Beschluß der Landesversammlung der Partei verstieß, hat sogar zunächst nicht nur die Beteiligung an Landtagswahlen abgelehnt, sondern sogar ihre Vertreter im Parlament zur Niederlegung ihrer Mandate aufgefordert[48].

Die Absicht, mit der Änderung des Wahlrechts die Sozialdemokratie zu schwächen und zu verhindern, daß diese mit dem „Stimmzettel in der Hand den Staat in ihre Gewalt" bekommt[49], kam in den Landtagsdebatten völlig offen zum Ausdruck. Dabei ging es den „Ordnungsparteien" bewußt darum, vorbeugend etwas zu tun, was ihnen sonst „unausbleiblich in wenigen Jahren, dann aber unter viel ungünstigeren Umständen, aufgenötigt" würde[50].

Der Bekämpfung der Sozialdemokratie durch die Änderung des Landtagswahlrechts entsprachen in vielen Gemeinden des Landes parallele Maßnahmen zur Änderung des Wahlrechts für die Selbstverwaltungskörperschaften der Kommunen, die ebenfalls – etwa durch die Einführung eines Klassenwahlsystems – auf eine Reduzierung oder Ausschaltung der Vertretung der Sozialdemokratie hinausliefen[51].

Die für die Wahlmänner der einzelnen Parteien abgegebenen Stimmen wurden bei den Landtagswahlen 1897–1901 im Gegensatz zu der detaillierten Aufschlüsselung der Wahlbeteiligung nach den 3 Klassen in der sächsischen Statistik nicht erfaßt, so daß sich keine Angaben über die Stimmenanteile der Sozialdemokratie bei diesen Wahlen machen lassen. Für die Wahlen von 1903–1907 wurden die sozialdemokratischen Stimmen – aber nicht die für die Wahlmänner der anderen Parteien – in der Statistik gesondert ausgewiesen.

Tab. 9 zeigt, daß die Sozialdemokratie, die sich im Zusammenhang mit den Wahlrechtskämpfen der Zeit seit 1903 wieder intensiver an den Landtagswahlen in Sachsen beteiligte, auch nach dem Drei-Klassen-Wahlrecht auf immerhin durchschnittlich 45,4% der Stimmen kam und diesen Anteil in den Großstädten noch zum Teil erheblich übertraf. Obwohl sie wegen des Zensus und der allgemein geringen Wahlbeteiligung nur etwa ein Drittel ihrer Reichstagswähler mobilisieren konnte, blieb sie damit nur noch um 13 bzw. 3 Prozentpunkte hinter ihrem Stimmenanteil bei den Reichstagswahlen in Sachsen 1903 und 1907 zurück.

[48] Vgl. Handbuch der sozialdemokratischen Parteitage von 1863 bis 1909, bearb. v. *Wilhelm Schröder* (München 1910) 506–508. Einer der Leipziger Abgeordneten der Sozialdemokratie, Pinkau, legte sein Mandat nieder, der andere Abgeordnete, Goldstein, kam der Aufforderung nicht nach, da sein Mandat ohnehin in nächster Zeit ablief.

[49] So der konservative Abgeordnete Opitz im Landtag am 10. 12. 1895 (Mittheilungen II. Kammer, 202).

[50] Ebda.

[51] Vgl. *Emil Nitzsche,* Gemeindepolitik und Sozialdemokratie. Ein Handbuch für Gemeindewähler und Gemeindevertreter mit besonderer Berücksichtigung der sächsischen Verhältnisse (Dresden o.J. [1906]) bes. 48–56. Nach einer Umfrage des Zentralkomitees der Sozialdemokratie Sachsens haben von insgesamt 310 Gemeinden, die den Fragebogen beantworteten, in 79 in den Jahren 1895–1905 Wahlrechtsveränderungen, die die Wahlaussichten der Sozialdemokratie verschlechterten, stattgefunden.

Tabelle 9: Die Ergebnisse der Landtagswahlen 1903–1907 (nach dem Dreiklassenwahlrecht)[52]

		Wahl-beteiligte	Zivil-bevölkerung[1]	Prozentzahl der Wahlberechtigten in Abteilung			Wahlbeteiligung in %				Sozialdemokratische Stimmen[2]		Mandatsanteil in %[3]
				I	II	III	überhaupt	in Abteilung I	II	III	absolut	in %	
Königreich	1903	91408		3,9	17,7	78,4	38,9	65,5	51,1	34,9	40742	47,7	–
im ganzen	1905	98609		3,7	17,7	78,6	42,8	66,4	55,5	38,8	44955	45,6	1,2
	1907	127747		3,4	18,0	78,6	48,3	68,1	58,8	45,0	55901	43,8	1,2
	zusammen	317764	4466767	3,7	17,8	78,5	43,5	66,7	55,3	39,8	141598	45,4	1,2
Stadt Dresden (5 Wk.)		40547	503702	4,6	22,7	72,7	51,6	68,0	59,3	48,2	19599	48,3	
Stadt Leipzig (5 Wk.)		39004	502019	5,7	22,1	72,2	60,3	66,2	62,0	59,4	20059	51,4	
Stadt Chemnitz (2 Wk.)		20062	241021	3,1	17,0	79,9	52,6	69,2	53,8	51,7	11835	59,0	
Übrige städt. Wahlkr. (25)		84098	1143734	2,8	17,5	79,7	45,3	72,5	59,0	41,3	33302	40,7	
Ländl. Wahlkreise (45)		134053	2076291	3,6	16,2	80,2	37,0	63,8	50,5	33,0	56803	43,6	

[1] Nach der Volkszählung vom 1.12.1905.
[2] Für drei Wahlkreise fehlen Nachweise.
[3] Prozentsatz der Mandate der Sozialdemokratie an der Gesamtzahl der Sitze des Landtags.

[52] Die Urwahlen für die Zweite Kammer der Ständeversammlung in den Jahren 1903 bis 1907, in: Zeitschrift des K. Sächsischen Statistischen Landesamtes 54 (1908) 168–171.

Wie bereits einleitend erwähnt wurde[53], enthält die sächsische Wahlstatistik für die Wahlen von 1897–1901 sehr detaillierte Angaben über die Zusammensetzung der Wahlberechtigten nach Alter und Berufen, deren Verteilung auf die verschiedenen Wählerklassen und deren Wahlbeteiligung. Diese Daten liegen für jeden der insgesamt 82 sächsischen Landtagswahlkreise vor. Sie beruhen auf der außerordentlich aufwendigen individuellen Erfassung sämtlicher Wahlberechtigter. Sie geben eine ausgezeichnete Grundlage nicht nur für die Analyse der sozialen Zusammensetzung der Wählerschaft, sondern überhaupt für sozialhistorisch orientierte regional- und lokalgeschichtliche Forschungen.

Tab. 10 zeigt, daß der Anteil der Wahlberechtigten unter den Männern im Alter von über 25 Jahren bis zum Alter von 50 Jahren stieg. Die Wahlbeteiligung nahm in der I. Wählerklasse bis zum Alter von 50 Jahren, in der II. bis zum Alter von 60 Jahren zu, während sie in der III. Klasse bei Wählern zwischen 30 und 35 Jahren am höchsten lag. Die Ursachen für den deutlich geringeren Prozentsatz der Wahlberechtigten in den jüngeren Altersklassen wird man neben ihrem häufig niedrigen Einkommen in ihrer geringeren Seßhaftigkeit zu suchen haben. Daß die Wahlbeteiligung mit höherem Alter in der III. Klasse nicht anstieg, hängt wahrscheinlich mit der überproportionalen Mobilisierung jüngerer Wähler dieser Klasse durch die Sozialdemokratie zusammen[54].

[53] Vgl. oben, S. 49.

[54] Darauf deutet auch eine nur für die Arbeiter in Industrie und Baugewerbe vorliegende Auszählung der Wahlbeteiligung nach Altersgruppen 1897–1901 hin.

Alter	Das Stimmrecht übten aus unter 100 wahlberechtigten Arbeitern in Industrie und Baugewerbe			
	überhaupt	in den Großstädten	in den übrigen städtischen Wahlkreisen	in den ländlichen Wahlkreisen
1.	2.	3.	4.	5.
25 bis 30 Jahre	35,85	38,06	44,63	31,42
30 bis 35 Jahre	35,89	39,38	42,60	32,00
35 bis 40 Jahre	34,28	39,54	39,33	30,36
40 bis 45 Jahre	32,53	39,43	37,50	28,10
45 bis 50 Jahre	31,35	40,71	36,00	26,19
50 bis 60 Jahre	30,18	40,58	34,68	24,74
über 60 Jahre	27,02	35,03	32,96	21,94
zusammen	33,22	39,19	39,04	28,72

(Statistik der Urwahlen 1897–1901, 64).

Tabelle 10: Wahlberechtigte und Wahlbeteiligte nach Altersklassen 1897–1901[55]

Altersjahre	Im vorn angegebenen Alter standen					Wahlberechtigte in Prozent der männl. Einwohner					Wahlbeteiligte			
	männliche Einwohner des Königreichs nach der Volkszählung vom 1. Dezember 1900	Wahlberechtigte 1897, 1899 und 1901 überhaupt	der I. Abteilung	der II. Abteilung	der III. Abteilung		nach Klassen I	II	III	zus.	in Prozent	nach Klassen I	II	III
25 bis 30	176810	109551	734	6472	102345	61,96	0,67	5,91	93,42	100,00	33,3	59,3	44,2	32,4
30 bis 35	152975	104569	1840	13380	89349	68,36	1,76	12,80	85,44	100,00	35,2	64,6	45,3	33,1
35 bis 40	131516	95514	2768	16634	76112	72,63	2,90	17,41	79,69	100,00	36,4	66,0	47,8	32,8
40 bis 45	112845	83206	3604	16551	63051	73,73	4,33	19,89	75,78	100,00	37,5	65,5	50,6	32,4
45 bis 50	93481	73510	3661	15401	54448	78,64	4,98	20,95	74,07	100,00	38,3	68,3	53,1	32,1
50 bis 60	138658	108964	6218	22309	80437	78,58	5,71	20,47	73,82	100,00	38,7	68,2	55,1	31,9
über 60	118717	81331	3779	13126	64426	68,51	4,65	16,14	79,21	100,00	35,3	63,3	53,9	29,9
zusammen	925002	656645	22604	103873	530168	70,99	3,44	15,82	80,74	100,00	36,3	66,1	50,8	32,2

[55] Statistik der Urwahlen 1897–1901, 25, 27, 57.

Noch aufschlußreicher als die Aufschlüsselung der Wähler nach dem Alter ist die in Tab. 11 und 12 wiedergegebene Berufsstatistik der Wahlberechtigten, die auch weitgehend die Grundlage für die intensive Erörterung der politischen Auswirkungen möglicher Wahlrechtsveränderungen von 1907–1909 bildete[56].

Die etwas schwer zu lesende Tabelle 11 zeigt, daß es in den verschiedenen Berufsabteilungen (Landwirtschaft, Bergbau, Industrie, Handwerk, Handel und Verkehr) insgesamt etwa 308 000 wahlberechtigte Arbeiter gab, die zu etwa 97% in der III. Klasse wählten. Nur bei den Bergarbeitern wählten immerhin knapp 15% in der II. Wählerklasse. In dem stark vom Bergbau geprägten 16. und im 40. Wahlkreis, die beide ländlich strukturiert waren, stellten sie sogar 45,6 bzw. 50,6% der Wähler der II. Klasse[57]. Signifikant ist weiterhin, daß über 80% der wahlberechtigten selbständigen Handwerker, die etwa zur Hälfte weniger als 950 Mark im Jahr verdienten (Tab. 12), in der III. Klasse wählen mußten. Auch etwa 70% der kaufmännischen und technischen Angestellten und über 75% der Beamten wurden der III. Klasse zugeordnet[58]. Die starke Repräsentanz dieser Berufsgruppen in der III. Klasse und ihre befürchtete Anfälligkeit für die Agitation der Sozialdemokratie erklären auch, warum die Regierung es später ablehnte, allen Selbständigen, allen Angestellten und allen Beamten – unabhängig von ihrem Einkommen – bei einem Pluralwahlrecht Zusatzstimmen zu gewähren.

Die selbständigen Landwirte, wie auch die Selbständigen in Handel und Verkehr, verteilten sich etwa gleichmäßig auf die III. bzw. die beiden oberen Wählerklassen. Bei den Selbständigen in Industrie, Baugewerbe und Bergbau, den freien Berufen und den überwiegend in der II. Klasse wählenden Lehrern dominierten dagegen eindeutig die I. und II. Klasse.

Die Wahlbeteiligung nach Berufsgruppen war bei den freien Berufen, den Beamten und den gewerblichen Selbständigen am höchsten. Dagegen lag sie unter 40% bei den Selbständigen in Handel und Verkehr, der Landwirtschaft und dem Handwerk und – bis auf die Bergarbeiter – bei allen Arbeitergruppen. In der Diskussion der Wahlrechtsreform wurde später vor allem von den Konservativen argumentiert, daß man bei der Berechnung des Anteils der sozialdemokratischen Stimmen an den Gesamtstimmen davon ausgehen müsse, daß die Partei 100% ihrer Anhänger mobilisieren

[56] Als Beispiele für die intensive Auswertung der Statistik bei den Wahlrechtsdebatten 1908 vgl.: Vorbericht der außerordentlichen Deputation der Zweiten Kammer über die rücksichtlich der Abänderung des Wahlrechts in der Zeit vom 16. Dezember 1907 bis zum 17. März 1908 gepflogenen Beratungen, in: Landtags-Akten in den Jahren 1907/1908, Berichte etc. der II. Kammer, Bd. 2, Nr. 331, eingegangen am 16. 4. 1908, 16f., 23, 25–28, 39.

[57] Statistik der Urwahlen 1897–1901, 40f., 46f., 59.

[58] Bei den selbständigen Handwerkern lag der Anteil der Wähler der III. Klasse mit 81,4% auch bei den über 35jährigen nur relativ geringfügig unter dem der Wähler von 25–30 Jahren (88,3%). Bei den Arbeitern der Industrie blieben die Anteile der Wähler der III. Klasse mit 98,9% und 97,1% in der Altersgruppe 25–30 bzw. bei den über 35jährigen fast gleich. Dagegen nahm der Anteil der Wähler der III. Klasse bei den Arbeitern im Bergbau (25–30: 94%; über 35 Jahre: 81,3%), bei den Selbständigen in Handel und Verkehr (25–30: 70,1; über 35: 53,5) und den kaufmännischen Angestellten in Handel und Verkehr (25–30 Jahre: 91,2; über 35 Jahre 65,2) mit zunehmendem Alter stark ab (ebda., 59.) Für andere Berufsgruppen liegen keine Angaben über den Zusammenhang von Alter und Wahlberechtigung in den verschiedenen Klassen vor.

Tabelle 11: Die Wahlberechtigten nach Berufsgruppen 1897–1901[59]

			Wahlberechtigte je Berufsgruppe nach Abteilung							Prozentsatz der Wahlberechtigten je Abteilung nach Berufsgruppen			
			absolut				in %			in %			
			I	II	III	zus.	I	II	III	I	II	III	zus.
Überhaupt			22604	103873	530168	656645	3,4	15,8	80,7	100	100	100	100
I	Land- und Forstwirtschaft	a	6052	23871	29649	59572	10,2	40,1	49,8	26,8	23,0	5,6	9,1
	Gärtnerei, Tierzucht und	b	30	187	574	791	3,8	23,6	72,6	0,1	0,2	0,1	0,1
	Fischerei	c	•	141	22323	22464	–	0,6	99,4	–	0,1	4,2	3,4
II	Bergbau, Hütten- und	a	33	13	5	51	64,7	25,5	9,8	0,2	0,0	0,0	0,0
	Salinenwesen	b	129	243	131	503	25,7	48,3	26,0	0,6	0,2	0,0	0,1
		c	112	3206	18344	21662	0,5	14,8	84,7	0,5	3,1	3,5	3,3
III	Industrie und Baugewerbe	a	5146	5905	1151	12202	42,2	48,4	9,4	22,8	5,7	0,2	1,9
		b	435	3951	9089	13475	3,2	29,3	67,5	1,9	3,8	1,7	2,0
		c	60	4569	194668	199297	0,0	2,3	97,7	0,3	4,4	36,7	30,4
IV	Handwerk	a	1347	16750	84246	102343	1,3	16,4	82,3	6,0	16,1	15,9	15,6
		c	2	564	41732	42298	0,0	1,3	98,7	0,0	0,5	7,9	6,4
V	Handel und Verkehr,	a	4074	15884	25025	44983	9,1	35,3	55,6	18,0	15,3	4,7	6,9
	Versicherungsgewerbe	b	163	2276	7712	10151	1,6	22,4	76,0	0,7	2,2	1,5	1,5
	Beherbergung und Erquickung	c	2	268	21717	21987	0,0	1,2	98,8	0,0	0,3	4,1	3,4
VI	Häusliche Dienste		•	50	7544	7594	–	0,7	99,3	–	0,1	1,4	1,2
VII[1]	Reichs-, Staats-,	Beamte	984	10145	37026	48155	2,0	21,1	76,9	4,4	9,8	7,0	7,3
	Hof-, bürgerlicher	Rechtsanwälte	290	265	21	576	50,4	46,0	3,6	1,3	0,3	0,0	0,1
	und kirchlicher	Geistliche	590	749	100	1439	41,0	52,1	7,0	2,6	0,7	0,0	0,2
	Dienst, freie	Lehrer	550	6240	3178	9968	5,5	62,6	31,9	2,4	6,0	0,6	1,5
	Berufsarten	Ärzte	598	780	190	1568	38,1	49,7	12,1	2,7	0,8	0,0	0,2
		Sonstige	80	607	2571	3258	2,5	18,6	78,9	0,4	0,6	0,5	0,5
VIII	ohne Beruf		1927	7209	23172	32308	6,0	22,3	71,7	8,5	6,9	4,4	4,9

a Selbständige.
b Kaufmännisch und technisch gebildetes Personal, d.h. Angestellte.
c Arbeiter.
[1] In Gruppe VII fallen unter „Sonstige" auch Künstler und Privatgelehrte.

[59] Statistik der Urwahlen 1897–1901, 50–54.

Tabelle 12: Die Wahlberechtigten nach dem Einkommen und nach dem Beruf 1897–1901[60]

Einkommen	Wahlberechtigte Zensiten		Selbständige					
			Landwirte		Ind./Handel		Handwerk	
400– 700	146318	22,4%	6474	10,9%	3997	7,0%	28766	28,4%
700– 950	162829	24,9%	12763	21,5%	5457	9,5%	20880	20,6%
950– 1250	125593	19,2%	12039	20,3%	6726	11,9%	16877	16,7%
1250– 1600	72962	11,2%	9367	15,8%	6252	10,8%	11850	11,7%
1600– 2500	72162	11,0%	10891	18,3%	10439	18,3%	13326	13,2%
2500– 4800	46391	7,1%	6055	10,2%	11724	20,5%	7266	7,2%
4800–10000	17516	2,7%	1351	2,3%	7164	12,5%	1816	1,8%
10000 u.m.	9348	1,4%	509	0,9%	5509	9,6%	383	0,4%
Zensiten	653119		59449		57168		101164	
Anteile	100%		9,1%		8,8%		15,5%	
	Angestellte		Lohnarbeiter					
			Landwirtschaft		Ind./Handel		Handwerk	
400– 700	513	2,1%	15197	68,3%	67716	27,9%	8493	20,1%
700– 950	1684	7,0%	5390	24,2%	88656	36,6%	12610	29,8%
950– 1250	3619	15,0%	1294	5,8%	55956	23,1%	13213	31,3%
1250– 1600	4600	19,1%	292	1,3%	20908	8,6%	5995	14,2%
1600– 2500	7954	33,0%	88	0,4%	8273	3,4%	1833	4,3%
2500– 4800	4300	17,8%	3		852	0,4%	121	0,3%
4800–10000	1059	4,4%			37		7	
10000 u.m.	400	1,7%						
Zensiten	24129		22264		242398		42272	
Anteile	3,7%		3,4%		37,1%		6,5%	
	Beamte/ freie Berufe[1]							
400– 700	2234	3,4%						
700– 950	8355	12,9%						
950– 1250	11065	17,1%						
1250– 1600	10655	16,4%						
1600– 2500	15105	23,3%						
2500– 4800	12127	18,7%						
4800–10000	4049	6,2%						
10000 u.m.	1336	2,1%						
Zensiten	64826							
Anteil	9,9%[2]							

[1] Beamte, Lehrer, Geistliche, Rechtsanwälte, Ärzte, Künstler.
[2] Nicht erfaßt sind 791 landwirtschaftliche Angestellte, 7523 Erwerbstätige im häuslichen Dienst sowie 31038 Zensiten ohne Berufsangabe. Deshalb ergänzen sich die Prozentwerte nicht zu hundert.

[60] Zusammengestellt nach der Zeitschrift des K. Sächsischen Statistischen Bureaus 50 (1904) 14f. Vgl. auch *Hentschel,* Erwerbs- und Einkommensverhältnisse, 63. In dieser Statistik werden insgesamt nur 653119 statt (wie in Tab. 11) 656645 Zensiten erfaßt. Die Differenz ergibt sich durch die 3526 Wahlberechtigten, die nur Grundsteuern, aber keine Einkommensteuern zahlten.

Tabelle 13: Die Wahlbeteiligung nach Berufsgruppen 1897–1901[61]

Berufsarten	Zahl der Wahlberechtigten	Wähler unter 100 Wahlberechtigten			
		im ganzen	in der I. Abtlg.	in der II. Abtlg.	in der III. Abtlg.
1. Geistliche	1439	71,9	79,3	69,7	44,0
2. Kaufmännisch und technisch gebildetes Personal im Bergbau, Hütten- und Salinenwesen	503	67,0	73,6	74,1	47,3
3. Selbständige im Bergbau, Hütten- und Salinenwesen	51	60,8	72,7	*46,2*	*20,0*
4. Ärzte	1568	59,3	69,2	57,2	36,8
5. Selbständige in Industrie und Baugewerbe	12202	57,8	69,2	53,0	31,8
6. Rechtsanwälte	576	53,8	61,4	46,8	38,1
7. Beamte	48155	49,6	72,9	64,7	44,8
8. Kaufmännisch und technisch gebildetes Personal in der Land- und Forstwirtschaft, Gärtnerei usw.	791	46,3	73,3	63,1	39,4
9. Lehrer	9968	46,2	66,9	53,6	28,0
10. Arbeiter im Bergbau, Hütten- und Salinenwesen	21662	44,2	52,7	55,4	42,2
11. Kaufmännisch und technisch gebildetes Personal in Industrie und Baugewerbe	13475	42,0	69,4	52,9	36,0
12. Ohne Beruf oder Berufsangabe	32308	39,7	62,7	57,8	32,2
13. Selbständige im Handel und Verkehr usw.	44983	39,0	65,7	49,3	28,0
14. Selbständige in Land- und Forstwirtschaft, Gärtnerei usw.	59572	37,4	63,0	43,8	27,1
15. Künstler, Privatgelehrte und sonstige freie Berufe	3258	35,9	45,0	51,6	32,0
16. Arbeiter im Handwerk	42298	34,1	*100,0*	53,9	33,8
17. Selbständige Handwerker	102343	33,6	64,7	48,3	30,1
18. Arbeiter in Industrie und Baugewerbe	199297	33,2	35,0	47,1	32,9
19. Kaufmännisch und technisch gebildetes Personal im Handel und Verkehr	10151	33,0	63,2	44,9	28,8
20. Häusliche Dienste	7594	28,3	•	48,0	28,1
21. Arbeiter im Handel und Verkehr usw.	21987	24,3	*50,0*	34,7	24,1
22. Arbeiter in Land- und Forstwirtschaft, Gärtnerei usw.	22464	21,8	•	41,1	21,6
zusammen	656645	36,3	66,1	50,8	32,2

Die kursiv gesetzten Angaben bedeuten, daß die absolute Zahl zur Berechnung der Prozentzahl geringer als 20 war.

[61] Statistik der Urwahlen 1897–1901, 62.

könne, während die „Ordnungsparteien" selbst bei rühriger Wahlarbeit kaum 60–70% ihrer potentiellen Anhänger zur Stimmabgabe bewegen könnten[62]. Diese Ansicht findet weder in den Angaben über die Wahlbeteiligung der Arbeiter bei den Urwahlen 1897–1901 noch in der Statistik der Wahlbeteiligung nach Berufsgruppen in der Wahl von 1909, in der der Anteil der wählenden Arbeiter nur unwesentlich über dem Durchschnitt der Wahlbeteiligung lag[63], eine Bestätigung.

V. Vorgeschichte und Grundzüge der Wahlrechtsreform von 1909

Seit der Jahrhundertwende stand das sächsische Drei-Klassen-Wahlrecht im Visier einer immer stärker werdenden Kritik, die ein zunehmendes Echo auch bei *den* Abgeordneten der Nationalliberalen Partei fand, die für das Wahlgesetz von 1896 gestimmt hatten. Der triumphale Sieg der Sozialdemokratie bei den Reichstagswahlen 1903, der auch als Protest gegen das Drei-Klassen-Wahlrecht in Sachsen interpretiert wurde, führte schließlich dazu, daß die Regierung im Juli 1903 erklären ließ, daß das Gesetz von 1896 „die nicht beabsichtigte Wirkung gehabt hat, den Einfluß der in der III. Wählerklasse gewählten Wahlmänner auf die Wahl der Abgeordneten auf ein den Grundsätzen der Gerechtigkeit nicht entsprechendes Maß herabzudrücken"[64]. Im Oktober 1903 legte die Regierung einer Versammlung zur Beratung einer Wahlrechtsreform eine Denkschrift vor, in der wesentliche Änderungen des bestehenden Drei-Klassen-Wahlrechts und dessen Ergänzung durch berufsständische Wahlen vorgesehen wurden[65]. Bei der Bildung der drei Klassen, die für das ganze Land (und nicht für Urwahlbezirke) gleichmäßig durchzuführen gewesen wäre, sollte neben dem versteuerten Einkommen auch der Bildungsstand der Wähler durch die Aufnahme der Hochschulabsolventen in die I. und der Männer mit dem sogenannten „Einjährigen"[66] in die II. Klasse berücksichtigt werden. Insgesamt sollte in 16 Wahlkreisen in jeder der drei Klassen ein Abgeordneter *direkt* gewählt werden. Neben diesen 48 Abgeordneten sollten insgesamt 35 weitere Abgeordnete durch die landwirtschaftlichen Kreisvereine (15), die Handelskammern (10) und die Gewerbekammern (10) gewählt werden. Um eine Politisierung der berufsständischen Körperschaften zu vermeiden, sah die Regierung in einem modifizierten Vorschlag ihrer Pläne, den sie dem Landtag in einer Denkschrift unterbreitete[67], die Wahl der berufsständischen Vertreter durch die für

[62] Vgl. Vorbericht der außerordentlichen Deputation der Zweiten Kammer, 17.
[63] Vgl. unten, S. 93.
[64] *E. Oppe,* Die Reform des Wahlrechts für die II. Kammer der Ständeversammlung im Königreich Sachsen, in: Jahrbuch des öffentlichen Rechts 4 (1910) 374–409, hier 378, im folgenden zitiert: *Oppe,* Reform.
[65] Ebda., 378f.
[66] Die „Einjährigen" waren Männer, die die Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Militärdienst – statt der sonst üblichen zweijährigen Dienstzeit – durch bestimmte Zeugnisse nachweisen konnten. Diese setzten im Normalfall die erfolgreiche Absolvierung von mindestens sechs Klassen einer mittleren oder höheren Schule voraus.
[67] Königlich Sächsische Landtags-Akten von den Jahren 1903/1904, Königliche Dekrete, Bd. 3, Nr. 24.

diese Körperschaften wahlberechtigten Personen vor. In dieser Denkschrift werden in einer kritischen Erörterung weiterer Wahlrechtsvorschläge das Verhältniswahlrecht, das Pluralwahlrecht und eine Wahl der Abgeordneten über die Kommunalverbände ausdrücklich abgelehnt.

Die Denkschrift der Regierung wurde von den Konservativen, die die Dringlichkeit einer Wahlreform bestritten und die konkreten Vorschläge kritisierten, von den Nationalliberalen, die zu einem Pluralwahlrecht tendierten, wie natürlich auch von den Sozialdemokraten, die im Landtag nicht vertreten waren, abgelehnt[68]. Sie führte jedoch zu einer Intensivierung der Auseinandersetzungen über das Wahlrecht, die vom Herbst 1905 bis zur Verabschiedung des neuen Wahlgesetzes Anfang 1909 immer mehr in den Mittelpunkt der sächsischen Politik traten.

Die Phasen der politischen Kämpfe, die Fülle der bis ins einzelne diskutierten Wahlrechtssysteme und die sich ständig ändernden Konstellationen der betroffenen politischen Kräfte können hier nur angedeutet werden. Eine zentrale Rolle in den Auseinandersetzungen spielten dabei die immer wieder vom Statistischen Landesamt angeforderten Unterlagen über die mutmaßlichen Auswirkungen der verschiedenen Vorschläge auf die Stärke der Sozialdemokratie im Landtag. Bei allen Differenzen im einzelnen waren sich die den Landtag beherrschenden Konservativen wie die Nationalliberalen als zweitstärkste Partei darüber einig, daß auch das neue Wahlrecht eine sozialdemokratische Mehrheit oder auch nur eine zu starke Repräsentanz dieser Partei im Landtag in jedem Fall verhindern sollte.

Die Kämpfe spitzten sich im Herbst 1905 vorübergehend durch große Wahlrechtsdemonstrationen der sächsischen Sozialdemokratie zu[69]. Die Radikalisierung der Arbeiter wurde durch die revolutionären Entwicklungen in Rußland seit Januar 1905, die Wahlrechtskämpfe in Österreich und die Diskussion der Frage des politischen Massenstreiks auf dem Parteitag der Sozialdemokratie in Jena im September 1905 gefördert. Die Demonstrationen, die teilweise mit der Erörterung des politischen Massenstreiks als Mittel zur Durchsetzung eines demokratischen Wahlrechts in Sachsen verbunden waren, wurden jedoch von der sächsischen Regierung resolut unterdrückt. Die Wahlrechtskämpfe wurden schließlich von der Führung der sächsischen Sozialdemokratie, die die Kontrolle über die Demonstrationen zu verlieren drohte, faktisch beendet, nachdem die Regierung am 14. Dezember 1905 im Landtag erklärt hatte, daß sie die Mängel des bestehenden Wahlsystems anerkenne und zu deren Beseitigung bereit sei[70].

Tatsächlich wurde jedoch erst im Juli 1907 von der Regierung ein neuer Entwurf[71] vorgelegt, der Anfang Dezember im Landtag zur Erörterung kam. Der Entwurf sah

[68] Landtags-Akten 1903/4, Berichte der II. Kammer, Nr. 232.

[69] Vgl. dazu: *Ursula Herrmann*, Der Kampf der Sozialdemokratie gegen das Drei-Klassenwahlrecht in Sachsen in den Jahren 1905/6, in: ZfG 3 (1955) 856–883; *Horst Dörrer*, Die ersten Wahlrechtskämpfe der Dresdner Arbeiter unter dem Einfluß der ersten russischen Revolution von 1905 bis 1907, in: Wissenschaftliche Annalen zur Verbreitung neuer Forschungsergebnisse 5 (1956) 383–400.

[70] Mittheilungen II. Kammer 1905/6, Bd. 1, 640.

[71] Landtags-Akten 1907/09, Dekrete, Nr. 12.

vor, daß 42 Abgeordnete in geheimer, direkter Verhältniswahl gewählt werden sollten. Die Besitzer eines mit einem Wohnsitz versehenen Grundstücks, die Wähler mit einem versteuerten Jahreseinkommen von mehr als 1600 Mark und die „Einjährigen" sollten dabei eine Zusatzstimme (aber nicht mehr als insgesamt eine) erhalten. Durch dieses Pluralwahlrecht und die Übernahme eines Verhältniswahlsystems sollte die völlige Eroberung dieser Abgeordnetengruppe durch die Sozialdemokratie, der nach Schätzungen der Regierung etwa 15 der 42 Mandate zufallen würden, verhindert werden. Weitere 40 Abgeordnete sollten von den kommunalen Verbänden – also faktisch in indirekter Wahl – gewählt werden.

Auch dieser Vorschlag der Regierung wurde von der Öffentlichkeit und der II. Kammer abgelehnt. Es wurde vor allem kritisiert, daß durch das Verhältniswahlsystem der Einfluß der Parteien gegenüber den verschiedenen Wirtschaftsgruppen zurückgedrängt werde, daß die Abgeordneten die Verbindung zu den Wahlkreisen verlören und daß die Erfolgsaussichten der Sozialdemokratie bei nur höchstens einer Zusatzstimme weitaus größer wären, als die Regierung annahm. Die Wahl von Abgeordneten durch die Kommunalverbände wurde vor allem wegen der dadurch bewirkten Politisierung dieser Körperschaften, der Schaffung von zwei Klassen von Abgeordneten und der Abhängigkeit dieser Gruppe von Abgeordneten von den sie entsendenden Körperschaften, die ihrerseits der Aufsicht der Regierung unterstanden, abgelehnt[72]. Es deutete sich gleichzeitig an, daß eine parlamentarische Mehrheit am ehesten für ein einheitliches Pluralwahlrecht, das mehrere Zusatzstimmen vorsah, gefunden werden könnte.

Auf der Grundlage des Pluralwahlrechts wurde schließlich nach langwierigen Verhandlungen der Wahlrechtskommission der Zweiten Kammer zwischen Konservativen und Nationalliberalen ein Kompromiß[73] ausgearbeitet, der die Gewährung von bis zu drei Zusatzstimmen für den Besitz eines Grundstücks, für Selbständigkeit, die Qualifikation zum einjährigen Militärdienst oder ein versteuertes Jahreseinkommen von über 2200 Mark vorsah. Als Selbständige galten, neben den Besitzern eines Gewerbebetriebs mit mindestens zwei weiteren Beschäftigten, auch die Beamten des Staates, der Kirche, der Gemeinden und private Angestellte, die mindestens 1800 Mark verdienten, sowie Geistliche, Ärzte und Rechtsanwälte. Ferner wurde eine Vermehrung der Wahlkreise von 82 auf 96 und deren Neuverteilung in Aussicht genommen. Der Kompromiß sah zudem eine erhebliche Einschränkung der Wahlberechtigung vor, indem das Wahlrecht an die Bedingung eines mindestens zweijährigen Wohnsitzes am Ort der Listenaufstellung geknüpft wurde.

Es fehlte jedoch noch eine Einigung über die Fragen, ob die Zweite Kammer – wie bisher – alle zwei Jahre zu einem Drittel oder alle sechs Jahre vollständig neu gewählt werden sollte, und ab welchem Alter (45 bzw. 50 Jahre) die Alterszusatzstimme ge-

[72] Vgl. aus den Debatten im Landtag am 4. und 5. Dezember 1908 vor allem die Begründung des Entwurfs durch den Staatsminister Graf von Hohenthal und Bergen und Geh. Regierungsrat Henk sowie die Reden des Sprechers der Konservativen, Opitz, und des nationalliberalen Abgeordneten Schieck, Mittheilungen II. Kammer 1907/08, Bd. 2, 907–927.

[73] Abdruck des Kompromißvorschlages und eines darauf beruhenden Gesetzentwurfs in *Oppe,* Reform, 397 f.

währt werden sollte. Vor allem aber gab es erhebliche Differenzen über die Neuverteilung der Wahlkreise[74]. Hier standen sich die Auffassungen der Nationalliberalen, die zur Vermehrung des Einflusses der großen Städte die Wahlkreiseinteilung vor allem von der Bevölkerungszahl und der Steuerleistung abhängig machen wollten, und der Konservativen, die zur Erhaltung des starken Einflusses der Landgebiete neben der Zahl der Wahlberechtigten vor allem die Fläche der Wahlkreise berücksichtigt sehen wollten, schroff gegenüber. Die Nationalliberalen wollten mit ihrem Vorschlag in erster Linie erreichen, daß die industriellen Interessen, die inzwischen vom Verband sächsischer Industrieller sehr wirksam vertreten wurden, gegenüber den Interessen der Landwirtschaft, die vor allem über die Konservative Partei vom Bund der Landwirte massiv zur Geltung gebracht wurden, ein stärkeres Gewicht erhalten sollten. Neben den offenen kontroversen Fragen zwischen den Parteien scheiterte der Kompromißvorschlag aber auch am Widerstand der Regierung. Diese erklärte, daß sie – für den Fall der Ablehnung ihres eigenen Gesetzentwurfs – nur bereit wäre, ein Gesetz zu akzeptieren, das zur Verhinderung einer zu starken Stellung der Sozialdemokratie an Stelle der Staffelung von ein bis drei Zusatzstimmen allen Wählern entweder insgesamt eine oder vier Stimmen gäbe. Zudem sollte die Wahl in den Großstädten nach dem Verhältniswahlsystem erfolgen und höheres Alter nicht zu einer oder mehreren Zusatzstimmen berechtigen[75].

Während die Konservativen mit gewissen Modifikationen auf diese Vorschläge der Regierung einschwenkten, wurden sie von den Nationalliberalen abgelehnt. Damit war die Zwei-Drittel-Mehrheit für eine Verfassungsänderung, die in jedem Fall bei einer Neuverteilung der Wahlkreise und der Ablösung der Drittel-Erneuerung durch die vollständige Neuwahl der Kammer notwendig war, nicht mehr gegeben. Schließlich kam jedoch durch die Intervention der Ersten Kammer im Januar 1909 doch noch ein Kompromiß der Konservativen und Nationalliberalen, der beiden Kammern und des Landtags mit der Regierung zustande[76], der die Grundlage des Wahlgesetzes vom 5.5.1909[77] bildete.

Nach diesem neuen Pluralwahlrecht erhielten die Wähler aufgrund ihres Einkommens, ihres Besitzes, ihrer Vorbildung oder ihres Alters eine bis höchstens drei Zusatzstimmen. Aufgrund eines größeren Einkommens oder Besitzes wurden allein bis zu drei Zusatzstimmen gewährt. Ein versteuertes Einkommen von über 2800 oder für bestimmte Berufsgruppen – z.B. Beamte oder Angestellte mit einer mindestens sechswöchigen Kündigungsfrist, Rechtsanwälte, Ärzte, Hochschullehrer, Ingenieure, Künstler etc. – von über 2500 Mark qualifizierte für insgesamt drei Zusatzstimmen. Das gleiche galt für Eigentümer oder Nutzungsberechtigte von Grundstücken, auf denen eine bestimmte Steuersumme lastete, sofern sie über 2200 Mark versteuerten, und

[74] Vgl. Bericht der außerordentlichen Deputation der Zweiten Kammer über den Entwurf zu einem Wahlgesetze für die Zweite Kammer der Ständeversammlung, Königliches Dekret Nr. 12, in: Landtags-Akten 1907/08. Berichte etc. der II. Kammer, Nr. 549, 1 f.

[75] Vgl. die Erklärung Hohenthals in der Wahlrechtskommission der II. Kammer vom 14. Oktober 1908, ebda., 87–90.

[76] *Oppe*, Reform, 389–392.

[77] Abdruck des Gesetzes in: *Oppe*, Reform, 405–409.

für die Besitzer oder Nutzungsberechtigten eines landwirtschaftlichen Betriebes mit einer Größe von mindestens acht bzw. zwei Hektar bei Gärtnerei und Weinbau. Eine bzw. zwei Zusatzstimmen gab es bei niedrigeren Einkommen, die jedoch mindestens 1600, 1400 bzw. 1250 Mark in den verschiedenen Kategorien übersteigen mußten. Entsprechendes galt für die Eigentümer und Nutzungsberechtigten landwirtschaftlicher Betriebe von zwei bis acht Hektar bzw. einem halben bis zwei Hektar bei Gärtnerei und Weinbau. Aufgrund ihrer Vorbildung erhielten die „Einjährigen" eine Zusatzstimme, wenn sie nicht bereits aus einem anderen Grunde eine oder mehrere Zusatzstimmen hatten. Weiterhin erhielt jeder Wahlberechtigte, der das fünfzigste Lebensjahr vollendet hatte, eine Zusatzstimme, sofern er nicht bereits aufgrund seines Einkommens oder Besitzes insgesamt über vier Stimmen verfügte.

Der Kreis der Wahlberechtigten wurde durch den Ausschluß der Personen, die die sächsische Staatsangehörigkeit nicht seit mindestens zwei Jahren besaßen und nicht seit mindestens sechs Monaten ihren Wohnsitz am Ort der Listenaufstellung hatten oder bei Abschluß der Wählerlisten mit der Zahlung der direkten Staats- und Gemeindesteuern länger als ein Jahr im Rückstand waren, weiter reduziert. Fast ein Viertel der Reichstagswahlberechtigten war so vom Landtagswahlrecht weiterhin ausgeschlossen[78]. Sämtliche Abgeordneten des Landtags wurden alle sechs Jahre in direkter Wahl mit einer absoluten Mehrheit der Stimmen entweder in der Hauptwahl oder einer Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten mit der höchsten Stimmenzahl gewählt. Diese Regelung ermöglichte es den bürgerlichen Parteien – im Unterschied zur Situation bis 1896 – in den Stichwahlen alle Stimmen auf den gegen einen Sozialdemokraten auftretenden Kandidaten zu konzentrieren. Die Einteilung der Wahlkreise in ländliche, städtische und großstädtische Wahlkreise wurde beibehalten. Die Zahl der Wahlkreise wurde von 82 auf 91 erhöht. Von den zusätzlichen Wahlkreisen entfielen je zwei auf Leipzig, Chemnitz und Dresden sowie drei auf die ländlichen Wahlkreise. Die starken Unterschiede in der Bevölkerungszahl der Wahlkreise sind dadurch jedoch nur etwas gemildert worden. So entfielen auf die 20 großstädtischen Wahlkreise mit durchschnittlich 80322 fast doppelt so viele Einwohner (Zivilbevölkerung) wie auf die übrigen städtischen und die ländlichen Wahlkreise, die durchschnittlich nur 44646 bzw. 43150 Einwohner hatten[79].

[78] Nach den Wählerlisten gab es bei der Landtagswahl vom Oktober/November 1909 773223 Wahlberechtigte; das waren 17,3% der Zivilbevölkerung (4466578) nach der Volkszählung vom 1. Dezember 1905. Bis zum 1. Dezember 1910 war jedoch die Zivilbevölkerung Sachsens um 296118 Personen gestiegen. Wenn man von dieser Bevölkerungsvermehrung etwas über drei Viertel oder 230000 Personen berücksichtigt, beträgt der Anteil der Wahlberechtigten nur noch 16,5%. Bei den Reichstagswahlen im Januar 1907 und Januar 1912 waren 965658 bzw. 1056441 Sachsen wahlberechtigt. Im Oktober/November 1909 dürfte es demnach ca. 1015000 bis 1020000 Sachsen gegeben haben, die als Reichstagswähler qualifiziert waren. Es hatten also etwa 245000 oder fast ein Viertel der Reichstagswahlberechtigten Sachsens kein Stimmrecht bei Landtagswahlen. Für die Zahl der Zivilbevölkerung 1905 und 1910 und die Zahl der Wahlberechtigten bei den Landtagswahlen 1909 und den Reichstagswahlen von 1907 und 1912 vgl. Statistisches Jahrbuch für das Königreich Sachsen 40 (1912) 275; 41 (1913) 283–285.

[79] Errechnet nach den Angaben über die Zivilbevölkerung der Landtagswahlkreise am 1. 12. 1910, in: Statistisches Jahrbuch für das Königreich Sachsen 40 (1912) 283f.

VI. Die Landtagswahl von 1909 und die Wählerschaft der Sozialdemokratie

Bis zum Ende des Kaiserreiches im November 1918 ist es in Sachsen nur im Oktober/November 1909 zu einer allgemeinen Landtagswahl nach dem neuen Wahlrecht gekommen. Aufgrund des kurz zuvor erfolgten Scheiterns der Reichsfinanzreform und der scharfen Konfrontation der Liberalen und Konservativen im Reich nach dem Zusammenbruch des Bülow-Blocks fiel die Wahl in eine für die Sozialdemokratie sehr günstige allgemeine politische Situation[80]. Bei einer für Landtagswahlen außerordentlich hohen Wahlbeteiligung von 82,6%, die auch der Mobilisierung der Landtagswähler durch die jahrelangen Auseinandersetzungen um eine Wahlrechtsreform zuzuschreiben ist, erhielt die Sozialdemokratie 53,8% der abgegebenen Stimmzettel und konnte so – trotz der vor allem ihr Wählerpotential reduzierenden Beschränkungen des Wahlrechts – ihr Ergebnis bei den letzten Reichstagswahlen in Sachsen 1907 noch übertreffen.

Wie Tabelle 14 zeigt, konnte die Sozialdemokratie wegen ihres schlechten Abschneidens bei den Wählern mit mehreren Stimmen jedoch nur 38,7% der insgesamt abgegebenen Stimmen auf sich vereinen. Sie war an 54 der insgesamt 58 Stichwahlen beteiligt[81], von denen sie aber nur 10 gewinnen konnte, so daß ihr Mandatsanteil mit 27,4% noch erheblich unter ihrem Stimmenanteil lag. Immerhin verloren die Konservativen ihre absolute Mehrheit im Landtag, in dem sie jetzt mit den Nationalliberalen und den Sozialdemokraten in etwa gleicher Stärke vertreten waren.

Die Wirkungen des Wahlrechts werden deutlich, wenn man das Ergebnis auf andere Wahlsysteme umrechnet. Bei einem Verhältniswahlsystem ohne Pluralstimmen hätte die Sozialdemokratie von den 91 Mandaten 49 gewonnen. Bei einer Anwendung des absoluten Mehrheitswahlrechts, wie es bei Reichstagswahlen bestand, wären bereits im ersten Wahlgang 54 Sitze an die Sozialdemokratie gefallen, die in weiteren 32 Wahlkreisen in die Stichwahl gekommen wäre. Wenn die in Sachsen bis 1896 bestehende Regelung beibehalten worden wäre, daß auch die relative Mehrheit (bei mindestens einem Drittel der Stimmen) für den Gewinn eines Mandats ausreichte, hätte die Sozialdemokratie bei gleichem Wahlrecht 80, bzw. bei dem neuen Pluralwahlrecht noch immer 40 der 91 Sitze errungen. Allerdings sind diese Annahmen insofern fragwürdig, als bei einem Verhältniswahlsystem wohl eine etwas größere Mobilisierung verstreuter Wähler durch die nichtsozialistischen Parteien erfolgt wäre und bei jeder Spielart des relativen Mehrheitswahlrechts die anderen Parteien aus Furcht vor der Sozialdemokratie sich wahrscheinlich – wie bis 1896 – in vielen Wahlkreisen schon bei der Hauptwahl auf nur einen Kandidaten geeinigt hätten.

[80] Vgl. dazu *Hermann Fleißner*, Die Landtagswahlen in Sachsen, in: Neue Zeit 28, Bd. 1 (1909) 235.

[81] Davon wurden 19 gegen einen Konservativen, 28 gegen einen Nationalliberalen und 7 gegen einen Freisinnigen Kandidaten geführt.

Tabelle 14: Die Ergebnisse der Landtagswahl 1909 (nach dem Pluralwahlrecht)[82]

Parteistellung der Kandidaten[1]	Abgegeb. gültige Stimmen[1]	Stimmzettel überhaupt[1]	Auf die vornbezeichnete Partei trafen von 100 gültigen Stimmzetteln					gültige Stimmen überhaupt in %	Beteiligung an Stichwahlen in Klammern: Zahl der bei den Stichwahlen gewonnenen Mandate	Mandatszahl	Mandatsanteil in %
			überhaupt	von Wählern mit ... Stimmen 1	2	3	4				
Im ganzen Königreich											
Konservative Partei und Bund der Landwirte	281804	103517	16,31	7,40	16,11	23,56	34,86	22,12	20 (14)	27	29,7
Freikonservative Partei	5605	2036	0,32	0,15	0,27	0,53	0,70	0,44	–	1	1,1
Reformpartei, Mittelstandsvgg.[2]	55502	20249	3,19	1,44	3,01	4,89	6,90	4,36	3 (2)	2	2,2
Nationalliberale Partei	336541	125157	19,72	9,25	19,15	33,22	39,63	26,42	31 (24)	28	30,8
Freisinnige Parteien	100804	41857	6,59	4,11	7,25	11,19	9,54	7,91	8 (8)	8	8,8
Sozialdemokratische Partei	492522	341396	53,79	77,60	54,12	26,46	8,26	38,66	54 (10)	25	27,5
Zersplittert	1220	523	0,08	0,05	0,09	0,13	0,11	0,09	–	–	–
Zusammen	1273998	634735	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	116 (58)	91	100[5]
Großstädte (20 Wahlkreise)[3]											
Konservative Partei	49364	16157	8,15	2,79	6,33	10,22	18,25	11,42	–	–	–
Reformpartei, Mittelstandsvgg.	26730	8739	4,41	1,53	3,32	5,61	9,91	6,18	1 (1)	1	5,0
Nationalliberale Partei	132536	44132	22,26	7,70	18,03	34,11	46,03	30,65	9 (8)	9	45,0
Freisinnige Parteien	48371	17945	9,05	4,60	9,29	14,16	13,98	11,19	3 (3)	3	15,0
Sozialdemokratische Partei	175035	111139	56,05	83,31	62,95	35,79	11,73	40,47	13 (1)	7	35,0
Zersplittert	391	163	0,08	0,07	0,08	0,11	0,10	0,09	–	–	–
Zusammen	432427	198275	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	26 (13)	20	100,0
Übrige Städt. Wahlkreise (23)											
Konservative Partei	31243	11368	7,82	3,30	7,78	11,91	16,72	10,65	4 (4)	4	17,4
Reformpartei, Mittelstandsvgg.	19204	7554	5,20	2,82	5,57	7,94	9,00	6,55	1 (–)	–	–
Nationalliberale Partei	106759	39615	27,26	12,60	26,62	44,09	55,09	36,41	14 (11)	14	60,9
Freisinnige Parteien	31425	13337	9,18	6,17	9,73	16,00	12,26	10,72	3 (3)	3	13,0
Sozialdemokratische Partei	104360	73346	50,47	75,06	50,23	19,97	6,82	35,59	18 (2)	2	8,7
Zersplittert	245	103	0,07	0,05	0,07	0,09	0,11	0,08	–	–	–
Zusammen	293236	145323	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	40 (20)	23	100,0

Ländliche Wahlkreise (48)											
Konservative Partei und Bund der Landwirte	201 197	75 992	26,10	11,72	26,74	43,73	63,02	36,69	16[4] (10)	23	47,9
Freikonservative Partei	5 605	2 036	0,70	0,31	0,57	1,41	1,85	1,02	–	1	2,1
Reformpartei, Mittelstandsvgg.	9 568	3 956	1,36	0,78	1,49	2,36	2,52	1,74	1 (1)	1	2,1
Nationalliberale Partei	97 246	41 410	14,22	8,59	16,04	20,86	23,66	17,74	8 (5)	5	10,4
Freisinnige Parteien	21 008	10 575	3,63	2,93	4,65	5,37	3,29	3,83	2 (2)	2	4,2
Sozialdemokratische Partei	213 127	156 911	53,90	75,62	50,40	21,09	5,53	38,87	23 (7)	16	33,3
Zersplittert	584	257	0,09	0,05	0,11	0,18	0,13	0,11	–	–	–
Zusammen	548 335	291 137	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	50 (25)	48	100,0

[1] Die für die Konservative Partei und die Reformpartei bzw. die Mittelstandsvereinigung angegebenen Zahlen (ganzes Königreich und Großstädte) entsprechen den Angaben in: Zeitschrift des K. Sächsischen Statistischen Landesamtes 55 (1909) 229ff. Wie sich später herausstellte, waren dort vier Kandidaten der Reformp. bzw. Mittelstandsvgg. zu den konservativen Kandidaten gezählt worden (in vier Wahlkreisen der Stadt Leipzig). Dementsprechend vermindert sich die Zahl der Stimmen für die Konservative Partei um 21 665; diese Stimmen sind statt dessen den Stimmen für die Reformp. bzw. Mittelstandsvgg. hinzuzuzählen. Die entsprechende Verschiebung bei den Stimmzetteln beträgt 7156. Da für die prozentuale Verteilung der Stimmzettel keine Korrekturangaben vorliegen und nicht errechnet werden konnten, wurden hier die Zahlenangaben von 1909 beibehalten. Zur Korrektur vgl. Zs. d. K. Sächs. Stat. Landesamtes 57 (1911) 1.

[2] Darunter die Stimmen, die für den bei der Konservativen Partei hospitierenden Abg. Schreiber (18. ländl. Wk.) abgegeben wurden.

[3] Dresden, Leipzig, Chemnitz, Plauen, Zwickau.

[4] Bei einer Stichwahl kandidierten Konservative und BdL gegeneinander; das Mandat erhielt der Kandidat der Konservativen Partei.

[5] Infolge der Rundungen ergibt die Summe nicht immer genau 100,0.

[82] Die Wahlen für die Zweite Kammer der Ständeversammlung vom Oktober und November 1909, 1. Teil, in: Zeitschrift des K. Sächsischen Statistischen Landesamtes 55 (1909) 228–243.

Tabelle 15: Wahlberechtigte und Wähler nach Berufsgruppen 1909[83]

	Wahlberechtigte überhaupt	Selbständige in: Landwirtschaft	Selbständige in: Gewerbe	Selbständige in: Handel und Verkehr	Angestellte	Arbeiter	öffentliche Beamte: höhere	öffentliche Beamte: mittlere	öffentliche Beamte: untere	Geistliche	Lehrer	pensionierte Beamte, Geistliche, Lehrer	Angehörige der freien Berufe mit / ohne wissenschaftl. oder höherer künstlerischer Ausbildung[1]		ohne Beruf
Wahlberechtigte der einzelnen Berufsgruppen nach der Stimmenzahl															
1stimmig	354340	3439	29678	10368	12537	273010	16	2942	18598	3	80	168	186	1266	2049
2stimmig	213182	9598	30534	12120	12844	100812	499	4343	13456	43	1959	2953	425	856	22740
3stimmig	67626	11728	12085	6833	8825	9197	206	5885	5584	67	2495	1220	297	326	2878
4stimmig	138075	33828	26307	18491	12531	3272	3148	11003	3262	1450	8684	3617	3406	488	8588
insgesamt	773223	58539	98604	47812	46737	386291	3869	24173	40900	1563	13218	7958	4314	2936	36255
Prozentsatz der einzelnen Berufsgruppen an den 1–4stimmigen Wahlberechtigten und an der Wählerschaft überhaupt															
1stimmig	100,00	0,97	8,37	2,93	3,54	77,05	0,00	0,83	5,25	0,00	0,02	0,05	0,05	0,36	0,58
2stimmig	100,00	4,50	14,32	5,69	6,02	47,29	0,23	2,04	6,31	0,02	0,92	1,39	0,20	0,40	10,67
3stimmig	100,00	17,34	17,87	10,10	13,05	13,60	0,30	8,70	8,26	0,10	3,69	1,80	0,45	0,48	4,26
4stimmig	100,00	24,50	19,05	13,39	9,08	2,37	2,28	7,97	2,36	1,05	6,29	2,62	2,47	0,35	6,22
insgesamt	100,00	7,58	12,75	6,18	6,05	49,96	0,50	3,13	5,29	0,20	1,71	1,03	0,55	0,38	4,69
Prozentsatz der den einzelnen Berufsgruppen angehörigen Wahlberechtigten nach der Stimmenzahl															
1stimmig	45,83	5,87	30,10	21,68	26,83	70,67	0,41	12,17	45,47	0,19	0,60	2,11	4,31	43,12	5,65
2stimmig	27,57	16,38	30,97	25,35	27,48	26,10	12,90	17,97	32,90	2,75	14,82	37,11	9,85	29,16	62,72
3stimmig	8,74	20,02	12,25	14,29	18,88	2,38	5,32	24,34	13,65	4,29	18,88	15,33	6,88	11,10	7,94
4stimmig	17,86	57,73	26,68	38,68	26,81	0,85	81,37	45,52	7,98	92,77	65,70	45,45	78,95	16,62	23,69
Wahlbeteiligung nach der Stimmenzahl															
1stimmig	291123	2295	22297	6895	8750	229842	10	2486	16056	3	59	107	101	850	1372
2stimmig	170867	6791	23927	8837	10059	84014	340	3985	12020	38	1821	2431	304	630	15670
3stimmig	57038	8705	10168	5531	7247	8341	180	5422	5200	64	2396	1055	222	256	2251
4stimmig	119848	27766	22970	15700	10613	2954	2890	10375	3041	1372	8312	3185	2987	414	7269
insgesamt	638876	45557	79362	36963	36669	325151	3420	22268	36317	1477	12588	6778	3614	2150	26562

Prozentsatz der Wahlbeteiligung nach der Stimmenzahl

1stimmig	82,16	66,73	75,13	66,50	69,79	84,19	*62,50*	84,50	86,33	*100,00*	73,75	63,69	54,30	67,14	66,96
2stimmig	80,15	70,75	78,36	72,91	78,32	83,34	68,14	91,76	89,33	88,37	92,96	82,32	71,53	73,60	68,91
3stimmig	84,34	74,22	84,14	80,95	82,12	90,69	87,38	92,13	93,12	95,52	96,03	86,48	74,75	78,53	78,21
4stimmig	86,80	82,08	87,32	84,91	84,69	90,28	91,80	94,29	93,23	94,62	95,72	88,06	87,70	84,84	84,64
zusammen	82,63	77,75	80,49	77,31	78,46	84,17	88,39	92,12	88,79	94,50	95,23	85,17	83,77	73,23	73,26

Prozentsatz der den einzelnen Berufsgruppen angehörigen Wahlberechtigten nach Altersklassen

25–30 Jahre	15,05	6,71	7,48	5,61	25,03	20,54	13,28	12,78	10,35	4,99	19,22	0,23	5,38	10,73	0,79
30–35 Jahre	15,99	12,00	12,96	11,82	20,92	18,80	16,39	18,28	16,58	11,52	16,85	0,30	17,39	14,34	1,00
35–40 Jahre	14,19	13,30	14,07	14,12	15,10	14,98	16,83	17,83	18,49	13,62	13,96	0,65	18,96	14,31	1,43
40–45 Jahre	12,80	14,32	14,62	15,69	12,43	12,24	14,29	14,49	17,93	19,58	12,43	1,24	17,94	15,09	2,44
45–50 Jahre	11,31	14,04	14,30	15,36	9,78	10,32	9,49	12,12	12,72	19,64	14,34	2,30	13,79	12,70	4,24
über 50 Jahre	30,66	39,63	36,57	37,40	16,74	23,12	29,72	24,50	23,93	30,65	23,20	95,28	26,54	32,83	90,10

[1] In der Statistik ist die Kategorie der „freien Berufe mit wissenschaftlicher oder höherer künstlerischer Vorbildung" noch einmal aufgeteilt in die drei Gruppen der „Ärzte, Rechtsanwälte und sonstige (Künstler usw.)", die jedoch insgesamt nur 3614 Personen oder 0,55% der 638876 Wähler ausmachten und daher hier zusammengefaßt wurden.

[83] Wahlen für die Zweite Kammer 1909, 2. Teil, in: Zeitschrift des K. Sächsischen Statistischen Landesamtes 58 (1912) 316–322, 328. Bei den kursiv gesetzten Angaben waren die absoluten Zahlen zur Berechnung der Prozentsätze geringer als 30.

Auch für die Wahl von 1909 liegt eine Individualstatistik der Wahlberechtigten vor, die noch detaillierter ist als die für die Urwahlen von 1897–1901. Sie gibt eine Einteilung der Wahlberechtigten und der Wähler nach der Zahl ihrer Stimmen (eins bis vier), nach sechs Altersgruppen und sechzehn Berufsgruppen. Die Gliederung reicht – allerdings unter Reduzierung der Berufsgruppen auf acht – bis in die Ebene der einzelnen Wahlkreise und kombiniert auch die Merkmale von Alter, Beruf und Stimmenzahl. Für die Stimmenzahl geht sie sogar bis auf die Ebene der 3114 Wahlbezirke des Landes zurück und erfaßt zudem noch gesondert die in mehrere Wahlkreise oder Wahlbezirke geteilten Gemeinden. Aus der Fülle des Materials können hier nur kleine Ausschnitte geboten werden.

Tabelle 15 zeigt, daß die Arbeiter (einschließlich der meisten Heimarbeiter und der Dienstboten)[84] etwa 50% der Wahlberechtigten stellten, aber unter den Wählern mit einer Stimme mit über 70% gegenüber dem Durchschnitt von 46% weit überrepräsentiert, in den Wählergruppen mit mehreren Stimmen dagegen stark unterrepräsentiert waren. Soweit Arbeiter eine Zusatzstimme hatten, was auf knapp 114000 von 386000 Arbeitern zutraf, handelte es sich bei den meisten, nämlich bei etwa 81000, um eine Altersstimme. Nur knapp 25000 verfügten über eine bis drei Zusatzstimmen aus anderen Gründen und etwa 8000 hatten sowohl eine Altersstimme wie eine Zusatzstimme aus einer anderweitigen Qualifikation[85].

Der Anteil der Wähler mit vier Stimmen lag – erwartungsgemäß – bei den Geistlichen, den höheren Beamten, den freien Berufen, den Lehrern und den Selbständigen in der Landwirtschaft zum Teil weit über 50%. Die Selbständigen in Gewerbe und Handel und die Angestellten verteilten sich – wenn man den insgesamt geringen Anteil der Wähler mit drei Stimmen berücksichtigt – etwa gleichmäßig auf die vier Wählergruppen, während die mittleren Beamten in der Gruppe mit zwei und drei Zusatzstimmen, die unteren Beamten in der Gruppe mit einer oder zwei Zusatzstimmen überrepräsentiert waren. In der Zusammensetzung der Altersklassen überwogen bei den Arbeitern und noch stärker bei den Angestellten die jüngeren Altersgruppen, die besonders bei den Selbständigen dagegen relativ schwach vertreten waren. Auch in der Höhe der Wahlbeteiligung unterschieden sich die Berufsgruppen zum Teil erheblich. Die höchste Wahlbeteiligung erreichten Lehrer, Geistliche und Beamte. Die Wahlbeteiligung der Arbeiter lag leicht über, die der Selbständigen und Angestellten unter dem Durchschnitt.

[84] Auch der Teil der Privatangestellten, der nach seiner „Berufsbezeichnung, Beschäftigung und Vorbildung" eher zu den Arbeitern gehört als zu den „technisch oder kaufmännisch gebildeten Angestellten", wurde den Arbeitern zugeordnet. Über die Verteilung auf die Berufsgruppen und die teilweise Abweichung von der Ordnung der Reichsberufszählungen vgl. ebda., 260.

[85] Vgl. mit Angaben auch über die verschiedenen Typen von Wahlkreisen ebda., 318–320.

Tabelle 16: Die soziale Struktur der sächsischen Landtagswahlkreise 1909[86]

	insg.	Selbständige in			Angestellte	Arbeiter	Beamte, Geistliche, Lehrer, Pensionäre	Freie Berufe	ohne Beruf
		Landwirtschaft usw.	Gewerbe	Handel und Verkehr					
Zahl der Wahlberechtigten (in Tsd.)[1]									
I	235,0	1,0	23,5	18,2	26,1	109,2	45,6	4,1	7,3
II	172,6	3,3	31,6	13,3	10,6	82,6	22,7	1,8	6,7
III	365,7	54,3	43,4	16,3	10,1	194,5	23,4	1,4	22,3
zus.	773,2	58,6	98,6	47,8	46,7	386,3	91,7	7,3	36,3
Von 100 Wahlberechtigten waren									
I	100	0,4	10,0	7,8	11,1	46,5	19,4	1,7	3,1
II	100	1,9	18,3	7,7	6,2	47,8	13,2	1,0	3,9
III	100	14,9	11,9	4,4	2,7	53,2	6,4	0,4	6,1
zus.	100	7,6	12,7	6,2	6,0	50,0	11,9	0,9	4,7
Zahl der Wähler (in Tsd.)[1]									
I	199,5	0,8	19,6	14,3	19,8	95,1	40,9	3,2	5,8
II	146,2	2,3	26,2	10,8	8,7	70,6	20,9	1,5	5,2
III	293,2	42,4	33,6	11,8	8,1	159,5	21,1	1,1	15,6
zus.	638,9	45,6	79,4	37,0	36,7	325,2	82,8	5,8	26,6

I = Wahlkreise der exemten Städte Leipzig, Dresden, Chemnitz, Plauen und Zwickau
II = übrige städtische Wahlkreise
III = ländliche Wahlkreise

[1] Infolge der Rundungen ist die Zahl „zusammen" nicht immer genau gleich der Summe der einzelnen Wahlkreisgruppen.

Tabelle 16 enthält eine Zusammenfassung der Angaben über die soziale Zusammensetzung der Wahlberechtigten der 91 Wahlkreise. Ein Vergleich mit den Daten über die abgegebenen Stimmzettel in Tabelle 14 macht deutlich, daß die Sozialdemokratie insgesamt etwa 16000 Stimmzettel mehr erhielt, als es wählende Arbeiter gab. Während in den fünf Großstädten die Zahl der für die Sozialdemokratie abgegebenen Stimmzettel um etwa 16000 oder 17% die der *wählenden* Arbeiter überstieg und sogar knapp über der Zahl der *wahlberechtigten* Arbeiter lag, wich im Durchschnitt der 48 ländlichen und 20 städtischen Wahlkreise die Zahl der sozialdemokratischen Wähler nur um jeweils weniger als 3000 (oder 1,6 bzw. 4%) nach oben bzw. nach unten von der der *wählenden* Arbeiter ab.

[86] Statistisches Jahrbuch für das Königreich Sachsen 40 (1912) 274f. Ergänzt durch: Wahlen für die Zweite Kammer 1909, 2. Teil, 316.

Die im Anhang abgedruckte Tabelle 17[87], die die 91 Wahlkreise des Landes in den Hauptgruppen (Großstädte, städtische und ländliche Wahlkreise) nach dem Anteil der Arbeiter an den Wahlberechtigten ordnet, versucht der Frage nachzugehen, inwieweit eine Detailanalyse der Wahlkreise den nach den Globalzahlen vermuteten engen Zusammenhang zwischen dem Anteil der wählenden Arbeiter und den für die Sozialdemokratie abgegebenen Stimmzetteln bestätigt. Trotz der Abweichungen im einzelnen, deren mögliche Erklärung hier nicht geleistet werden kann, sondern lokal- und regionalgeschichtlichen Studien überlassen werden muß, scheint mir doch die Tabelle die große Abhängigkeit der sozialdemokratischen Wahlerfolge von der Stärke der Arbeiterschaft in den einzelnen Wahlkreisen zu zeigen. Zur Verifizierung dieses Befundes wurde der Anteil der wählenden Arbeiter (abgegebene Stimmzettel = e) nach Pearson korreliert mit dem Anteil der für die SPD abgegebenen Stimmzettel (= f) in den einzelnen Wahlkreisen der verschieden strukturierten Gebiete Sachsens:

Großstädte: $r = 0{,}94$
Übrige städtische Wahlkreise: $r = 0{,}86$
Ländliche Wahlkreise: $r = 0{,}85$

Die Korrelation ist nahezu vollständig positiv in den Großstädten und stark positiv in den übrigen Wahlkreisen. Für Großstädte gilt so die Aussage: Wenn der Anteil der wählenden Arbeiter um 1% zunimmt, steigt auch der SPD-Anteil an den Stimmzetteln durchschnittlich um fast 1%. Auch in den übrigen städtischen Wahlkreisen und den ländlichen Wahlkreisen schlägt sich eine Erhöhung des Anteils der wählenden Arbeiter in einer im Durchschnitt nur geringfügig niedrigeren Zunahme des Stimmenanteils der SPD nieder. Die Tatsache, daß die Koeffizienten in den verschieden strukturierten Gebieten nicht erheblich voneinander abweichen, belegt zudem die dominante Bedeutung der Variablen „Anteil der wählenden Arbeiter" für das von anderen Faktoren in Sachsen nur unwesentlich beeinflußte Abschneiden der SPD bei den Landtagswahlen von 1909.

Die eingangs in Anlehnung an Zwahr gestellte Frage, ob sich der Zusammenhang von Sozialstruktur und regionaler Mitgliederbasis der Sozialdemokratie auch für die Wählerschaft nachweisen läßt, ist nach den Ergebnissen in Sachsen eindeutig zu bejahen. Die Sozialstruktur wirkte sich dabei noch eindeutiger auf die Wahlerfolge der Sozialdemokratie als auf ihre Chancen, Mitglieder zu gewinnen, aus. Das schließt natürlich nicht aus, daß auch nicht-sozialökonomische Faktoren, wie etwa die Rolle von

[87] Zusammengestellt nach: Wahlen für die Zweite Kammer 1909, 2. Teil, 222f. (Wahlberechtigte), 228–243 (Zahl der Stimmzettel, der Stimmen und der Wähler der Sozialdemokratie), 225–227 (Wahlbeteiligung), 262–275, 316 (Zahl der wahlberechtigten und wählenden Arbeiter). Statistisches Jahrbuch für das Königreich Sachsen 40 (1912) 274f. Alle Prozentangaben (bis auf die Wahlbeteiligung) mußten errechnet werden. Die Prozentzahlen der für die SPD abgegebenen Stimmzettel wurden nach den Angaben im Jahrbuch von 1912, die die Zahlen von 1909 korrigieren, berechnet. Die Zahlen unter a bis c, e und i beruhen auf den leicht korrigierten Auszählungen der ursprünglichen Wählerlisten, die der Veröffentlichung von 1912 zugrunde lagen. Die Angaben unter f und j basieren auf den Wahlprotokollen, deren Ergebnisse bereits 1909 veröffentlicht und später nicht mehr korrigiert worden sind. Die Abweichungen sind minimal und können daher vernachlässigt werden.

politischen Führern, die Stärke der Organisation oder die jeweilige politische Situation, Einfluß auf die Mobilisierung der politischen Kräfte und das Wahlverhalten der sozialen Gruppen nahmen. Die Übertragung der Ergebnisse für Sachsen auf andere Gebiete ist allerdings nicht möglich, da die weitgehende Absenz katholischer Wähler, die in ihrem Wahlverhalten in allen sozialen Schichten offenbar stark von den Protestanten abwichen, wie auch die starke Industrialisierung der ländlichen Gemeinden dem Königreich Sachsen eine Sonderstellung geben.

Tabelle 17: Sozialdemokratie und Arbeiterschaft bei den sächsischen Landtagswahlen von 1909[87]
I. Großstädtische Wahlkreise

Wahlkreis	a	b		c	d	e	
Leipzig 7	11736	10282	87,6	7890	67,2	7053	68,6
Leipzig 4	12164	10741	88,3	7493	61,6	6758	62,9
Chemnitz 3	11377	9750	85,7	6939	61,0	6153	63,1
Chemnitz 4	13523	11565	85,5	7821	57,8	6947	60,1
Dresden 7	13981	12414	88,8	7740	55,4	7035	56,7
Dresden 5	16224	14531	89,6	8645	53,3	7904	54,4
Chemnitz 1	11379	9673	85,0	5570	49,0	4845	50,1
Leipzig 3	13540	11231	83,0	6405	47,3	5521	49,2
Chemnitz 2	10484	9013	86,0	4840	46,1	4264	47,3
Zwickau	11790	9653	81,9	5330	45,2	4330	44,9
Plauen	14340	11336	79,1	6021	42,0	4675	41,2
Leipzig 5	12426	10454	84,1	5047	40,6	4398	42,1
Dresden 6	10010	8651	86,4	4028	40,2	3521	40,7
Leipzig 2	11027	9244	83,8	4397	39,9	3867	41,8
Dresden 1	8875	7541	85,0	3274	36,9	2748	36,4
Leipzig 1	8413	6626	78,8	3043	36,2	2408	36,3
Leipzig 6	10633	8904	83,7	3757	35,3	3286	36,9
Dresden 3	9429	8011	85,0	3227	34,2	2821	35,2
Dresden 4	11249	9500	84,5	3738	33,2	3156	33,2
Dresden 2	12387	10392	83,9	4025	32,5	3432	33,0
alle großstädt. Wahlkreise	234987	199512	84,9	109230	46,5	95122	47,7

II. Übrige städtische Wahlkreise

städt. Wahlkreis	a	b		c	d	e	
14.	10372	8902	85,8	5726	55,2	5022	56,4
17.	6895	5680	82,4	3807	55,2	3189	56,1
16.	8144	6940	85,2	4489	55,1	3870	55,8
10.	6650	5893	88,6	3572	53,7	3211	54,5
18.	7514	5984	79,6	3927	52,3	3164	52,9
22.	7444	6252	84,0	3813	51,2	3213	51,4
7.	9242	8019	86,8	4706	50,9	4173	52,0
20.	8900	7569	85,0	4530	50,9	3862	51,0
15.	6974	6360	91,2	3545	50,8	3255	51,2
21.	7695	6503	84,5	3877	50,4	3322	51,1
12.	6503	5474	84,2	3207	49,3	2744	50,1
13.	6308	5446	86,3	3072	48,7	2685	49,3
5.	5651	4812	85,2	2742	48,5	2333	48,5
11.	6624	5769	87,1	3214	48,5	2843	49,3
9.	7093	6241	88,0	3263	46,0	2872	46,0
8.	7573	6732	88,9	3455	45,6	3117	46,3
3.	6625	5527	83,4	2944	44,4	2492	45,1
2.	7931	6510	82,1	3442	43,4	2723	41,8
19.	6783	5698	84,0	2892	42,7	2403	42,2
6.	7201	6234	86,6	3035	42,2	2598	41,7
4.	6891	5836	84,7	2856	41,4	2427	41,6
23.	10038	7386	73,6	4014	40,0	3008	40,7
1.	7513	6408	85,3	2425	32,3	2044	31,9
zus.	172564	146175	84,7	82553	47,8	70570	48,3

f		g	h	i	j		k
7651	74,4	97,0	113,2	10131	11509	61,4	113,6
7889	73,4	105,3	116,7	10182	12479	62,0	122,6
6435	66,0	92,7	104,6	9309	10132	53,2	108,8
7917	68,5	101,3	114,0	9709	11714	55,8	120,7
8706	70,1	112,5	123,8	9452	12960	56,6	137,1
9763	67,2	112,9	123,5	10638	14533	54,0	136,6
5316	55,0	95,4	109,7	6899	8103	39,5	117,5
6717	59,8	104,9	121,7	8614	11299	46,1	131,2
4630	51,4	95,7	108,6	6316	7261	35,3	115,0
4523	46,9	84,9	104,5	5709	6436	31,2	112,7
4757	42,0	79,0	101,8	6730	7717	29,0	117,8
5345	51,1	105,9	121,5	6551	8826	36,1	134,7
4388	50,7	108,9	124,6	4922	6990	35,2	142,0
4286	46,4	97,5	110,8	5486	6862	32,7	125,1
3590	47,6	109,7	130,6	3893	6067	34,3	155,8
3025	45,7	99,4	125,6	3737	5311	32,9	142,1
3811	42,8	101,4	116,0	5133	6562	28,9	127,8
3898	48,7	120,8	138,2	3779	6082	31,8	160,9
3867	40,7	103,5	122,5	4514	6494	26,9	143,9
4625	44,5	114,9	134,8	4712	7698	30,4	163,4
111139	55,7	101,7	116,8	136416	175035	40,5	128,3

f		g	h	i	j		k
5600	62,9	97,8	111,5	6908	8314	48,9	120,4
3488	61,4	91,6	109,4	4046	4884	47,6	120,7
3611	52,0	80,4	93,3	5631	5307	37,7	94,2
3479	59,0	97,4	108,3	4403	5016	43,7	113,9
3234	54,0	82,4	102,2	4063	4435	39,2	109,2
3044	48,7	79,8	94,7	4344	4370	36,3	100,6
4347	54,2	92,4	104,2	5786	6120	38,1	105,8
3910	51,7	86,3	101,2	4999	5508	37,6	110,2
3636	57,2	102,6	111,7	4422	5261	43,8	119,0
3698	56,9	95,4	111,3	4338	5076	41,6	117,0
2911	53,2	90,8	106,1	3781	4228	38,2	111,8
2804	51,5	91,3	104,4	3562	4015	37,6	112,7
2234	46,4	81,5	95,8	3060	3024	33,3	98,8
3035	52,6	94,4	106,8	3738	4339	37,9	116,1
3349	53,7	102,6	116,6	3706	4797	37,9	128,3
3122	46,4	90,4	100,2	4213	4443	30,9	105,5
2378	43,0	80,8	95,4	3295	3358	29,0	101,9
2249	34,5	65,3	82,6	3582	3080	22,4	86,0
2197	38,6	76,0	91,4	3096	3010	25,5	97,2
2590	41,5	85,3	99,7	3335	3575	27,1	107,2
2810	48,1	98,4	115,8	3141	3994	32,7	127,2
3563	48,2	88,8	118,5	3891	5257	34,6	135,1
2057	32,1	84,8	100,6	2733	2949	19,9	107,9
73346	50,2	88,8	103,9	94073	104360	35,6	110,9

III. Ländliche Wahlkreise

ländl. Wahlkreis	a	b		c	d	e	
30.	5746	5150	89,6	3854	67,1	3575	69,4
40.	10666	9491	89,0	7105	66,6	6534	68,8
16.	10545	9884	93,7	6957	66,0	6641	67,2
42.	9235	7701	83,4	5913	64,0	5104	66,3
47.	6129	5016	81,8	3880	63,3	3264	65,5
31.	8341	7022	84,2	5209	62,5	4504	64,1
36.	9538	8127	85,2	5862	61,4	5061	62,3
6.	8389	5864	69,9	5107	60,9	3613	61,6
7.	9816	7417	75,6	5913	60,2	4403	59,4
1.	6789	5377	79,2	4020	59,2	3263	60,7
10.	7073	6420	90,8	4149	58,7	3809	59,3
37.	9203	7678	83,4	5399	58,7	4706	61,3
2.	9623	7866	81,7	5636	58,6	4741	60,3
46.	5565	4906	88,2	3235	58,1	2953	60,2
33.	7138	5374	75,3	4068	57,0	3134	58,3
35.	8651	6444	74,5	4935	57,0	3851	59,8
32.	9202	7837	85,2	5177	56,3	4501	57,4
23.	5441	4855	89,2	3057	56,2	2775	57,2
34.	8133	6078	74,7	4573	56,2	3455	56,8
38.	8616	7039	81,7	4809	55,8	4099	58,2
41.	7913	6229	78,7	4380	55,4	3660	58,8
18.	8559	7532	88,0	4508	52,7	3975	52,8
29.	9431	7516	79,7	4952	52,5	3984	53,0
39.	7677	6129	79,8	4012	52,2	3267	53,3
26.	6538	5714	87,4	3369	51,5	2960	51,8
21.	6553	5416	82,7	3368	51,4	2798	51,7
12.	7611	6119	80,4	3862	50,8	3185	52,1
3.	6383	5073	79,5	3237	50,7	2612	51,5
43.	7674	5585	72,8	3848	50,1	2810	50,3
15.	6134	4810	78,4	3013	49,1	2481	51,6
9.	9229	7781	84,3	4525	49,0	3902	50,2
11.	8069	5486	68,0	3948	48,9	2740	50,0
22.	8105	6677	82,4	3945	48,7	3314	49,6
48.	6237	4601	73,8	3035	48,7	2274	49,4
5.	5812	4420	76,1	2704	46,5	1926	43,6
14.	7746	5744	74,2	3581	46,2	2814	49,0
28.	6782	5183	76,4	3135	46,2	2433	46,9
44.	7201	4922	68,4	3235	44,9	2144	43,6
27.	5874	4787	81,5	2631	44,8	2184	45,6
19.	8731	7314	83,8	3898	44,6	3235	44,2
4.	4921	3600	73,2	2171	44,1	1643	45,6
25.	6197	3951	63,8	2686	43,3	1664	42,1
13.	7884	6625	84,0	3400	43,1	2859	43,2
24.	9674	8469	87,5	4080	42,2	3636	42,9
8.	6968	5237	75,2	2889	41,5	1941	37,1
17.	4981	3994	80,2	2052	41,2	1649	41,3
45.	7536	4806	63,8	3038	40,3	1963	40,8
20.	5413	3923	72,5	2148	39,7	1420	36,2
alle ländl. Wahlkr.	365672	293189	80,2	194508	53,2	159459	54,4
Kgr. Sachsen insg.	773223	638876	82,6	386291	50,0	325151	50,9

a = Zahl der Wahlberechtigten
b = Zahl der Wähler (absolut und in Prozent der Wahlberechtigten)
c = Zahl der wahlberechtigten Arbeiter
d = Prozentanteil der Arbeiter an allen Wahlberechtigten
e = Zahl der abgegebenen Stimmzettel der Arbeiter (absolut und in Prozent aller abgegebenen Stimmzettel)
f = Zahl und Prozentanteil der für die SPD abgegebenen Stimmzettel

f		g	h	i	j		k
3723	72,3	96,6	104,1	4882	5280	59,6	108,2
7089	74,7	99,8	108,5	8273	9594	62,8	116,0
7162	72,5	102,9	107,8	8664	9986	59,9	115,3
4618	60,0	78,1	90,5	6391	5920	48,2	92,6
3179	63,4	81,9	97,4	4263	4354	50,0	102,1
4925	70,1	94,5	109,3	6047	7026	56,0	116,2
5099	62,7	87,0	100,8	6365	6860	48,5	107,8
3239	55,2	63,4	89,6	4707	4286	42,9	91,1
3788	51,1	64,1	86,0	5642	4861	36,9	86,2
2953	54,9	73,5	90,5	4196	3770	40,8	89,8
4279	66,7	103,1	112,3	4988	6005	51,5	120,4
5863	76,4	108,6	124,6	5638	7778	64,3	138,0
4441	56,5	78,8	93,7	6188	5816	43,2	94,0
3500	71,3	108,2	118,5	3712	4854	57,4	130,8
3050	56,8	75,0	97,3	3987	4094	42,5	102,7
3568	55,4	72,3	92,7	4763	4708	42,6	98,8
3784	48,3	73,1	84,1	5673	4880	34,0	86,0
2793	57,5	91,4	100,6	3818	4053	42,0	106,2
3408	56,1	74,5	98,6	4289	4533	42,7	105,7
4628	65,7	96,2	112,9	5187	6298	52,2	121,4
3522	56,5	80,4	96,2	4584	4568	41,6	99,7
3782	50,2	83,9	95,1	5210	5096	34,9	97,8
3965	52,8	80,1	99,5	5222	5477	36,8	104,9
3139	51,2	78,2	96,1	4252	4240	35,6	99,7
2481	43,4	73,6	83,8	3767	3241	29,5	86,0
2276	42,0	67,6	81,3	3706	3019	27,4	81,5
3105	50,7	80,4	97,5	3904	4004	34,0	102,6
2321	45,8	71,7	88,9	3438	3111	32,4	90,5
3576	64,0	92,9	127,3	3495	5174	52,0	148,0
2480	51,6	82,3	100,0	3171	3395	37,8	107,1
3738	48,0	82,6	95,8	4900	5018	33,0	102,4
2951	53,8	74,7	107,7	3371	3941	37,1	116,9
3178	47,6	80,6	95,9	4408	4515	32,4	102,4
2558	55,6	84,3	112,5	2802	3351	41,7	119,6
1070	24,2	39,6	55,6	2426	1385	15,4	57,1
2876	50,1	80,3	102,2	3495	3973	37,4	113,7
2460	47,5	78,5	101,1	3040	3340	31,4	109,9
1897	38,5	58,6	88,5	2737	2653	25,4	96,9
1956	40,9	74,3	89,6	2841	2695	27,0	94,9
2984	40,8	76,6	92,2	4082	4043	26,6	99,0
1585	44,0	73,0	96,5	2154	2263	31,5	105,1
1636	41,4	60,9	98,3	2143	2290	27,5	106,9
2164	32,7	63,6	75,7	3618	2848	21,0	78,7
4021	47,5	98,6	110,6	4858	5876	31,3	121,0
1031	19,7	35,7	53,1	2144	1386	12,2	64,6
1672	41,9	81,5	101,4	2095	2425	29,3	115,8
2291	47,7	75,4	116,7	2492	3320	34,3	133,2
1107	28,2	51,5	78,0	1824	1524	17,4	83,6
156911	53,5	80,7	98,4	203852	213127	38,9	104,5
341396	53,4	88,4	105,0	434341	492522	38,7	113,4

g = Verhältnis der Stimmzettel für die SPD zur Zahl der wahlberechtigten Arbeiter in Prozent (Arbeiter = 100)
h = Verhältnis der Stimmzettel für die SPD zur Zahl der wählenden Arbeiter in Prozent (Arbeiter = 100)
i = Zahl der Stimmen der wählenden Arbeiter
j = Zahl der Stimmen für die SPD (absolut und in Prozent aller gültigen Stimmen)
k = Verhältnis der Arbeiter-Stimmen zu den Stimmen für die SPD in Prozent (Arbeiter-Stimmen = 100)
Es wurden nur Hauptwahlen berücksichtigt.

Merith Niehuss

Die Stellung der Sozialdemokratie im Parteiensystem Bayerns, Württembergs und Badens

Die Stellung der Sozialdemokratie in den süddeutschen Parlamenten wich erheblich von der der norddeutschen Parteiorganisationen, insbesondere Preußens und Sachsens, ab. Die Gründe hierfür sind vorwiegend für Bayern bereits in der zeitgenössischen Literatur vielfach vorgetragen worden[1], lauten aber ganz ähnlich auch für die kleineren Nachbarländer Baden und Württemberg[2]. Zum einen ist es der wesentlich

Tabelle 1: Berufszugehörige in % der Gesamtbevölkerung 1895[3]

	Landwirtschaft	Industrie, Handwerk	Handel und Verkehr
Deutsches Reich	35%	39%	11%
Bayern	46%	31%	10%
Württemberg	45%	35%	8%
Baden	42%	35%	10%
Sachsen	15%	58%	14%

[1] *Georg von Vollmar,* Reden und Schriften zur Reformpolitik. Ausgewählt und eingeleitet von *Willy Albrecht* (Berlin, Bonn-Bad Godesberg 1977); *Franz Mehring,* Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, 2. Teil (Berlin [O] 1976), im folgenden zitiert: *Mehring,* Geschichte; *Heinrich Hirschfelder,* Die bayerische Sozialdemokratie 1864–1914, 2. Bde. (Erlangen 1979), im folgenden zitiert: *Hirschfelder,* Bayerische Sozialdemokratie; *Dietrich Thränhardt,* Wahlen und politische Strukturen in Bayern 1848 bis 1953. Historisch-soziologische Untersuchungen zum Entstehen und zur Neuerrichtung eines Parteiensystems (Düsseldorf 1973), im folgenden zitiert: *Thränhardt,* Wahlen; *Gerhard A. Ritter,* Die Arbeiterbewegung im Wilhelminischen Reich. Die sozialdemokratische Partei und die Freien Gewerkschaften 1890–1900 (Berlin 1959). Im folgenden zitiert: *Ritter,* Arbeiterbewegung.

[2] *Jörg Schadt,* Die sozialdemokratische Partei in Baden. Von den Anfängen bis zur Jahrhundertwende (1868–1900) (Hannover 1971), im folgenden zitiert: *Schadt,* Die sozialdemokratische Partei in Baden; *Hannelore Schlemmer,* Die Rolle der Sozialdemokratie in den Landtagen Badens und Württembergs und ihr Einfluß auf die Entwicklung der gesamten Partei zwischen 1890 und 1914 (phil. Diss. Freiburg i. Br. 1953), im folgenden zitiert: *Schlemmer,* Die Rolle der Sozialdemokratie. Für Württemberg vgl. *David Blackbourne,* Class, Religion and Local Politics in Wilhelmine Germany. The Centre Party in Württemberg before 1914 (Wiesbaden 1980); *Hartwig Brandt,* Parlamentarismus in Württemberg 1819–1870. Anatomie eines deutschen Landtags (Düsseldorf 1987); *Christof Rieber,* Das Sozialistengesetz und die Sozialdemokratie in Württemberg 1878–1890, 2 Bde. (Stuttgart 1984), im folgenden zitiert: *Rieber,* Sozialistengesetz; *Klaus Simon,* Die württembergischen Demokraten. Ihre Stellung und Arbeit im Partei- und Verfassungssystem in Württemberg und im Deutschen Reich 1890–1920 (Stuttgart 1969).

geringere Grad der Industrialisierung der süddeutschen Länder im Vergleich zum Reich und besonders im Vergleich zu den stark industrialisierten Staaten wie Sachsen, der die besondere Situation der süddeutschen Sozialdemokratie determiniert.

Die vorhandenen Industrieansiedlungen der drei süddeutschen Staaten konzentrierten sich auf die Umgebung der größeren Städte München, Nürnberg, Augsburg, Stuttgart, Mannheim und Ludwigshafen. Schwerindustrielle Großbetriebe waren eine Ausnahme, mittlere und kleine Unternehmen die Regel; die Arbeiterschaft war stark diversifiziert und spezialisiert – es fehlte die Masse an- und ungelernter Arbeiter aus den Schwerindustrieregionen des Deutschen Reiches.

Wesentlich anders als im nördlichen und östlichen Deutschland war zum zweiten die Landwirtschaft strukturiert. „Die ägyptische Plage eines preußischen Junkertums war unbekannt"[4], mittlere und kleinbäuerliche Betriebe beherrschten das Bild in allen süddeutschen Staaten. Die existentielle Nähe des Kleinbauern zum Industrieproletariat bedingt auch die grundsätzlich andere Haltung der süddeutschen Sozialdemokratie zur bäuerlichen Bevölkerung im Vergleich zu ihren Organisationen in Nord- und Ostdeuschland. Beide Faktoren, die Struktur der Industriearbeiterschaft und die der landwirtschaftlichen Bevölkerung, gaben wohl Georg von Vollmar den Eindruck von „geringerem Klassenhaß", der in Süddeutschland herrsche, es „existierten geringere Einkommensunterschiede als anderwärts, weniger Luxus, weniger Bettelarmut"[5].

Alle drei süddeutschen Staaten beherbergten in Teilen ihres Landes große Gebiete mit mehrheitlich katholischer Bevölkerung. Bayern war um die Jahrhundertwende zu 70% katholisch, Baden zu 60% und Württemberg zu 30%. In den katholischen Landesteilen, vor allem, wenn sie agrarisch geprägt waren, verfügte das Zentrum über eine festgefügte Hausmacht.

Das Wählerreservoir der Sozialdemokratie war in allen drei Ländern entsprechend gering, wenn man davon ausgeht, daß die Industriearbeiterschaft den Löwenanteil dieses Potentials stellte. Doch galt in den süddeutschen Ländern mehr noch als im Reich, daß die Sozialdemokratie relativ große Teile ihrer Wählerschaft aus „bürgerlichen" Schichten rekrutierte. Eine zeitgenössische Auszählung ergab, daß bei den Reichstagswahlen 1893 und 1898 mindestens ein Viertel der sozialdemokratischen Wähler aus bürgerlichen Schichten stammte, in den Großstädten sogar ein Drittel bis die Hälfte. Wenn diese Berechnung auch erhebliche Mängel aufweist, wie Gerhard A. Ritter nachweist, bestätigen zeitgenössische Auszählungen der Mitglieder der Partei, z. B. für den Fall Münchens, einen doch beträchtlich über dem Parteidurchschnitt liegenden Anteil bürgerlicher Schichten[6].

[3] Quelle: *Gerhard A. Ritter* unter Mitarbeit von *Merith Niehuss,* Wahlgeschichtliches Arbeitsbuch. Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1871–1918 (München 1980) 34, 88 ff. Im folgenden zitiert: *Ritter,* Wahlgeschichtliches Arbeitsbuch.

[4] *Mehring,* Geschichte, 605.

[5] *Reinhard Jansen,* Georg von Vollmar. Eine politische Biographie (Düsseldorf 1958) 48, im folgenden zitiert: *Jansen,* Vollmar; Brief Vollmars an Mehring, vgl. auch dort: *Mehring,* Geschichte, 606.

[6] *Robert Blank,* Die soziale Zusammensetzung der sozialdemokratischen Wählerschaft Deutschlands, in: Archiv für Sozialwissenschaft 20 (Tübingen 1905) 507–550. Daten: 520, 527. Vgl. zur Kritik *Ritter,* Arbeiterbewegung, 77 f. Zeitgenössische Angaben zur Mitgliederstruktur finden

Zum einen mußte besonders in den gering industrialisierten süddeutschen Staaten die Sozialdemokratie vermehrt darum bemüht sein, in dieses bürgerliche Wählerpotential einzudringen – das zumeist ein kleinbürgerliches war und viele untere Angestellte umfaßte und kleine Selbständige – zum anderen bemühte sich die Partei in den noch agrarisch geprägten Gebieten auch um einen Zugang zu den kleinbäuerlichen Schichten. Und drittens warb sie um die katholische Arbeiterschaft, die sich einerseits zwar in der Zentrumspartei wegen deren mangelhafter sozialpolitischer Konzeptionen nicht so recht aufgehoben fühlte, andererseits aber doch der Kirche soweit verhaftet war, um radikale Forderungen der Sozialdemokratie abzulehnen.

Parlamentarische Taktik und Wahlerfolge gerade in diesen Gruppierungen bedingten sich dabei wechselseitig. Machte der Wahlerfolg erst eine parlamentarische Vertretung möglich und bestimmte die Fraktionsstärke, so war nicht nur die politische Taktik der Fraktion in sozialpolitischen Fragen, sondern vor allem ihr Lavieren zwischen allen anderen Parteien vorwiegend in der allzeit akuten Wahlrechtsfrage entscheidend für einen Wahlerfolg. „Die Beschränkung (der Diskussion) auf die Mechanik des Wahlrechts und das wahltaktische Kalkül scheint erst dann einzusetzen, als der Streit um die Durchsetzung des suffrage universel grundsätzlich ausgekämpft ist. Dieser Streit aber erfüllte das ganze 19. Jahrhundert ..."[7]

Jedes Wahlrecht zu den Einzellandtagen wurde in seiner Wirksamkeit von allen Parteien am Wahlrecht zum Deutschen Reichstag gemessen. Der Vollständigkeit der Argumentation halber sei darum an dieser Stelle knapp auf einige wesentliche Punkte des Reichstagswahlrechts verwiesen[8]:

1) Das Wahlrecht zum Reichstag war ein absolutes direktes Mehrheitswahlrecht, d.h. ein Abgeordneter war direkt gewählt, wenn in einem Wahlkreis mehr als 50% der Stimmen auf ihn entfielen. War das in einem Wahlkreis nicht der Fall, so fanden zwischen den beiden stärksten Kandidaten Stichwahlen statt. Die Stichwahlen waren für die Parteien von erheblicher Bedeutung, zumal sie gegen Ende des Kaiserreichs in nahezu jedem zweiten Wahlkreis stattfanden. Jetzt mußten diejenigen Parteien, die ihre Kandidaten nicht in die Stichwahl gebracht hatten, ihre Wählerschaft für diesen zweiten Wahlgang entweder zur Wahlenthaltung aufrufen, oder dazu, ihre Stimme einem der Kandidaten der rivalisierenden Parteien zu geben. Diese Stichwahltaktik und auch die Fähigkeit, die eigene Wählerschaft zu diesem Wahlverhalten zu mobilisieren und vor allem die Fähigkeit zu politischen Bündnissen, entschied ganz wesentlich über die Stärke der parlamentarischen Vertretung einer Partei. Generell war die Sozialdemokratie bei Stichwahlen in einer schlechten Position, weil in der Regel alle bürgerlichen Parteien sich gegen den sozialdemokratischen Kandidaten verbündeten. 1903 zum Beispiel konnte die SPD von 117 Stichwahlen, in denen ihre Kandidaten zur Wahl standen, nur 24 für sich entscheiden, der Rest ging an die bürgerlichen Gegenkandidaten.

sich bei *Robert Michels,* Die deutsche Sozialdemokratie. I. Parteimitgliedschaft und soziale Zusammensetzung, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 23 (1906) 471–556.

[7] *Theodor Schieder,* Das Verhältnis von politischer und gesellschaftlicher Verfassung und die Krise des bürgerlichen Liberalismus, in: HZ 177 (1954) 49–74, 56.

[8] Vgl. zum Folgenden die Darstellung in: *Ritter,* Wahlgeschichtliches Arbeitsbuch.

2) Der zweite zentrale Aspekt des Reichstagswahlrechts war seine Liberalität bezüglich der Wahlberechtigung. Jeder männliche Deutsche über 25 Jahren, der seinen Wohnsitz in einem der Bundesstaaten hatte, besaß das aktive Wahlrecht; es gab nur relativ wenige Ausnahmen, wie vor allem aktive Militärpersonen und Personen, die Armenunterstützung bezogen. Das Wahlrecht war also „allgemein", daneben war es im Gegensatz zu den meisten Länderwahlrechten auch noch „gleich" (jeder Wähler hatte eine Stimme), und es war, anders als das preußische Landtagswahlrecht, geheim. Man kann also davon ausgehen, daß das Verhältnis der abgegebenen Stimmen für die einzelnen Parteien die Haltung der Bevölkerung des Deutschen Reichs zu diesen Parteien recht genau widerspiegelte, genauer jedenfalls als die allermeisten europäischen Wahlgesetze der damaligen Zeit es erlaubten. Vor allem die sozialdemokratische Partei nutzte diese Wahlrechtsbestimmungen aus, um sich ein Bild von der zahlenmäßigen Stärke ihrer Anhängerschaft in allen Landesteilen machen zu können. Die „Zugpferde" der Partei, wie z. B. August Bebel, wurden in einer großen Zahl von Wahlkreisen gleichzeitig als Kandidaten aufgestellt, um möglichst viele Wähler mobilisieren zu können[9]. Die katholische Zentrumspartei, für die das Aufstellen von Kandidaten nur in jenen Wahlkreisen überhaupt sinnvoll war, in denen ein gewisser Prozentsatz Katholiken lebte, stellte ebenfalls auch dort Kandidaten auf, wo die Aussichten auf Mehrheiten verschwindend gering waren, um sich bei Stichwahlen durch ihre bessere Bündnisfähigkeit doch noch die Möglichkeit zu sichern, den einen oder anderen Kandidaten mittels eines Stichwahlabkommens in den Reichstag zu bringen[10].

3) Der dritte Aspekt, der die Wirkung des Reichstagswahlrechts wesentlich beeinflußte, war die Wahlkreiseinteilung. Zwar gab das Gesetz von 1869 vor, die Zahl der Abgeordneten entsprechend der steigenden Bevölkerungszahl in den Wahlkreisen zu verändern, doch wurde dieser Passus nie in die Realität umgesetzt. Die Wahlkreiseinteilung, die nach der Volkszählung von 1864 etwa 100000 Einwohner pro Wahlkreis vorsah, wurde bis 1912 nicht verändert und trug so der erheblichen Bevölkerungsbewegung vom Land in die Städte und Industriegebiete, von Ost nach West, nicht Rechnung. So wählten beispielsweise in einem Wahlkreis nahe Berlin 1912 fast 340000 Wahlberechtigte einen Abgeordneten und in einem ländlichen Wahlkreis (Schaumburg-Lippe) lediglich 10700. Von dieser starren Wahlkreiseinteilung profitierten vor allem die Parteien, die ihr Wählerpotential in ländlichen Gebieten hatten, also die preußische Konservative Partei und das Zentrum in den katholischen Landesteilen. Erheblich benachteiligt war die Sozialdemokratie, deren Wählerschaft sich vor allem in dicht besiedelten Gebieten, in Industriezentren und Großstädten befand. Bei der Reichstagswahl 1907 konnte sie knapp 30% der Stimmen verbuchen, erreichte aber nur knapp 11% der Mandate.

Die negativen Folgen, die dieses Wahlrecht für die SPD mit sich brachte, lagen im wesentlichen in dieser für sie äußerst ungünstigen Wahlkreiseinteilung und in der

[9] Wenn einer dieser Zählkandidaten in mehreren Wahlkreisen gewonnen hatte, mußte er sich für einen von ihnen entscheiden. In allen anderen Wahlkreisen fanden Nachwahlen statt.

[10] *Wolfgang Schulte,* Struktur und Entwicklung des Parteisystems im Königreich Württemberg. Versuche zu einer quantitativen Analyse der Wahlergebnisse (Diss. Mannheim 1970) 118, 120. Im folgenden zitiert: *Schulte,* Parteisystem.

Einrichtung der Stichwahlen, wo sich die bürgerlichen Parteien sehr viel eher miteinander verbündeten, als daß die SPD einen bürgerlichen Partner für ein Bündnis gegen eine andere bürgerliche Partei gewinnen konnte. Dennoch, muß man sagen, überwogen die positiven Aspekte, die das Wahlrecht für die Partei beinhaltete, die negativen, bewertet man sie aus der Sicht der Zeitgenossen, also aus dem Vergleich anderer praktizierter Wahlrechtsformen.

Zunächst einmal waren ihre potentiellen Wähler, die Arbeiterschaft, durchaus wahlberechtigt, sofern sie nicht zum Zeitpunkt der Wahl dem Armenrecht unterstellt waren, was aber nur einen relativ kleinen Prozentsatz der Wähler ausmachte. Mit dem Anwachsen der Industriearbeiterschaft und mit dem wachsenden Bewußtsein dieser Gruppe über ihre schlechte soziale Stellung wuchs das Wählerpotential der SPD im Laufe des Kaiserreichs erheblich an.

Zweitens waren auch Abgeordnetenmandate erreichbar, wenn die Industriearbeiterschaft das Bild eines Wahlkreises bestimmte und eine Mehrheit stellen konnte. Die Partei gewann 1912 5 von 6 Berliner Wahlkreisen, 19 von 23 Wahlkreisen in Sachsen und seit 1890 konstant alle drei Hamburger Wahlkreise. Dies sind für eine Partei, die politisch wie gesellschaftlich so heftig bekämpft wurde, beeindruckende Erfolge.

Die bürgerlichen Parteien, also alle anderen Parteien im Reichstag, waren in ihrer Stellungnahme zur Wahlrechtsfrage wesentlich beeinflußt durch das Abschneiden der Sozialdemokratie; durch deren kometenhaften Aufstieg im Reichstag sah man die eigene Machtposition heftig gefährdet. Wahlrechtsverschlechterungen wurden zwar diskutiert, waren aber im Reich politisch und vor allem gesellschaftlich nicht durchsetzbar[11]. Die einmal verliehene Berechtigung zur Wahl ließ sich kaum noch rückgängig machen. Andererseits war die Forderung der Sozialdemokratie nach einer Korrektur der Wahlkreisgrenzen gegen den Willen der bürgerlichen regierungstreuen Parteien ebenfalls nicht durchsetzbar, obwohl teilweise auch die liberalen Parteien durch die bestehenden Wahlkreisgrenzen benachteiligt wurden.

Die Situation in den Einzelstaaten war in Relation zur Stärke der Sozialdemokratie dabei durchaus verschieden. In Ländern, in denen die Sozialdemokraten über eine hervorragende Position in den Reichstagswahlen verfügten, wie beispielsweise in Hamburg oder in Sachsen, die beide allein oder nahezu allein von Sozialdemokraten im Reichstag vertreten waren, bestanden so restriktive Länderwahlgesetze, daß die Sozialdemokraten keine größere Mandatszahl erringen konnten. In anderen Ländern mit solcherart einschränkenden Klassenwahlgesetzen, wie z.B. in Preußen oder auch in Baden, beteiligte sich die Sozialdemokratie überhaupt erst in den 90er Jahren an den Wahlen. Die spezielle süddeutsche Situation – und das war auch ein Grund dafür, daß es in Baden vor dem Ersten Weltkrieg doch noch gelang, das Wahlrecht freier zu gestalten – bot ein anderes Bild. Die Sozialdemokratie drohte kaum übermächtig zu werden; im Vordergrund des politischen Kampfes stand viel eher die Konkurrenz zwischen Zentrum und Liberalen, die Sozialdemokraten waren vielmehr drittes Rad am Wagen. Aus dieser Situation heraus, darauf soll bei der Wahlrechtsdiskussion im fol-

[11] Wahlrechtsrestriktionen fanden allerdings nach 1890 auf Länderebene z.B. in Sachsen statt; auf der Kommunalwahlebene waren Wahlrechtsverschlechterungen die Ausnahme.

genden näher eingegangen werden, gelang es der Sozialdemokratie dennoch, bildlich gesprochen, einen Zug in Bewegung zu setzen, den letztendlich zwar das Zentrum bzw. in Württemberg die Volkspartei lenkte, auf den aber dennoch die Sozialdemokraten aufspringen konnten, um damit schließlich ihren anvisierten „nächsten Zielen"[12] ein gutes Stück näher zu kommen.

Die Landtagswahlen

1. Bayern

Das Wahlrecht für den größten süddeutschen Bundesstaat, Bayern, sah bis zur Gesetzesänderung von 1906 eine weitergehendere Einschränkung der Wahlberechtigung vor als das Reichstagswahlrecht[13]. Ausgeschlossen vom Wahlrecht waren all jene, die keine direkten Steuern im letzten Jahr vor der Wahl gezahlt hatten (also vorwiegend solche Bürger, deren Einkommen unter der zu versteuernden Mindestgrenze lag) oder die in den 12 Monaten vor der Wahl Armenunterstützung bezogen hatten, sowie Entmündigte oder Personen, über deren Vermögen ein Konkursverfahren eröffnet war, sowie aktive Militärs (Gesetz von 1881). Insgesamt war so ein Drittel der volljährigen bayerischen Männer, vorwiegend aus dem Bereich der unteren sozialen Schichten, vom Wahlrecht zum Landtag ausgeschlossen.

Als zweite wesentliche Einschränkung gegenüber dem Reichstagswahlrecht bestand in Bayern die indirekte Wahl. Die „Urwähler" wählten zunächst Wahlmänner der verschiedenen Parteien mit absoluter Mehrheit, die dann ihrerseits, ebenfalls mit absoluter Mehrheit, den oder die Abgeordneten ihres Wahlkreises wählten. Dies bedeutet, daß die Möglichkeit für Stichwahlen auf zwei Ebenen bestand: einmal konnten die Parteien Stichwahlbündnisse bereits auf der Ebene der Urwähler eingehen, wenn die Wahlmänner nicht die erforderliche Mehrheit erhielten, und zum zweiten – für die Parteien zweifellos besser kontrollierbar – konnten Bündnisse auf der Wahlmännerebene getroffen werden, wenn diese sich nicht in der ersten Wahl mit absoluter Mehrheit auf einen Abgeordneten einigen konnten.

Im Gegensatz zur Praxis bei den Reichstagswahlen veränderte die bayerische Regierung die Wahlkreisgrenzen häufig. Allerdings führte dies zu einer deutlichen Manipulation der Wahlkreisgrenzen seitens der liberalen Regierung zugunsten liberaler Minderheiten[14]. An der Übervölkerung einzelner Wahlkreise änderte sich nichts. Diese sogenannte „Wahlkreisgeometrie", die sich anfangs in erster Linie gegen das Zentrum richtete, wirkte sich bereits im Verlauf der achtziger Jahre zunehmend zugunsten dieser Partei aus, die in die bäuerlichen Regionen Eingang gefunden hatte und benachteiligte nun die Sozialdemokraten, die vor allem in den aus allen Nähten platzenden

[12] So der Titel einer der Eldorado-Reden Vollmars, die 1891 seine Reformpolitik auch für die Öffentlichkeit begründeten.

[13] Zur Entwicklung des bayerischen Wahlrechts vgl.: *Ludwig Hubbauer,* Die geschichtliche Entwicklung des bayerischen Landtagswahlrechts, mit Beschränkung auf die Kammer der Abgeordneten (Phil. Diss., Borna, Leipzig 1908); *Robert Theilhaber,* 1808–1908. Hundert Jahre bayerische Wahlrechtsentwicklung. Ein Beitrag zur wissenschaftlichen Politik (München 1908); *Thränhardt,* Wahlen.

[14] Vgl. Beispiele hierzu bei: *Thränhardt,* Wahlen, 115.

städtischen Wahlkreisen agitierten. Sogar noch vor den Landtagswahlen 1905, als die Reform des Wahlgesetzes unmittelbar vor der Tür stand, versuchte die – immer noch liberale – Regierung eine Wahlkreisänderung. „Man wollte den Sozialdemokraten zwei oder drei Sitze, dem Bauernbund einen Sitz nehmen", schrieb ein zeitgenössischer Beobachter „damit das Zentrum einigermaßen kompensiert werde und künftig weniger über die ungerechte Wahlkreiseinteilung zu klagen habe, und damit die Liberalen auch ferner die Vorteile der zu ihren Gunsten früher geschaffenen Wahlkreisabgrenzung weiter geniessen können"[15].

Im Verlauf der neunziger Jahre fanden sich allmählich Zentrum und Sozialdemokratie zusammen zu einer gemeinsamen Strategie für eine neue Wahlgesetzgebung. Wahlbündnisse wurden von Seiten der jeweiligen Parteiführungen offiziell geschlossen; noch in den achtziger Jahren, zu Zeiten des Sozialistengesetzes, waren die Sozialdemokraten nicht „bündnisfähig" gewesen. Vereinzelte Wahlbündnisse (z. B. 1884 mit den Liberalen gegen die Zentrumsherrschaft in den beiden Münchner Wahlkreisen) waren damals noch geheimgehalten worden[16]. Die ersten offiziellen Wahlabsprachen zwischen Zentrum und Sozialdemokraten 1899 verdoppelten die sozialdemokratische Präsenz im Landtag (von 5 auf 11 Abgeordnete) und brachten dem Zentrum die absolute Mehrheit. Diese neue Machtposition rückte ein neues Landtagswahlgesetz in greifbare Nähe, die Mehrheitsposition des Zentrums im Landtag sorgte aber auch dafür, daß das neue Wahlrecht Zentrumsinteressen angemessen berücksichtigen würde. Nach mehreren Rückschlägen in der Landtagsperiode nach 1899 erreichten die beiden Parteien schließlich, daß die turnusgemäß 1905 gewählten Abgeordneten das neue Wahlrecht beraten, den Landtag auflösen und für 1907 eine Neuwahl nach dem neuen Wahlgesetz anberaumen sollten[17].

Indirekt waren die Wahlrechtsforderungen der Sozialdemokratie durch das Wahlabkommen 1899 mit dem Zentrum allerdings wesentlich beeinflußt worden. Die Tatsache, daß man Kooperationsbereitschaft mit dem sonst so heftig bekämpften Gegner zeigte, schwächte einerseits das „kämpferische Klassenbewußtsein"[18]. Die Freude über die Verdoppelung der Mandatszahl 1899 wurde zugleich getrübt durch die „Selbstverständlichkeit", mit der „die eigenen Leute auf diese rein wahltaktisch-opportunistische Zusammenarbeit mit dem Zentrum eingegangen seien"[19]. Andererseits stärkte das Wahlabkommen in erster Linie das Zentrum, das mit der absoluten Mehrheit der Mandate ins Abgeordnetenhaus einziehen konnte. Diese überwältigende Zentrumsmehrheit beeinflußte auch die Diskussion um das neue Wahlrecht, das nun der Sozialdemokratie die beiden wichtigsten Forderungen erfüllte, nämlich die Einführung der direkten Wahl der Abgeordneten und die Änderung der Wahlkreiseinteilung, das aber gleichzeitig die Wahlberechtigung einschränkte, indem das Mindestalter für die (ak-

[15] *Adolf Braun,* Die bayerische Wahlkreisgeometrie, in: Die neue Gesellschaft, Bd. 1, 137–139.
[16] *Thränhardt,* Wahlen, 119.
[17] Vgl. eine genaue Beschreibung bei *Jansen,* Vollmar, 63 ff.
[18] Ebda., 69.
[19] Hirschfelder, Zitat von Ehrhart, Vorsitzender der pfälzischen Sozialdemokratie. Vgl. hierzu auch *Erich Schneider,* Die Anfänge der sozialistischen Arbeiterbewegung in der Rheinpfalz 1864–1899. Ein Beitrag zur süddeutschen Parteiengeschichte (phil. Diss. Mainz 1956).

tive) Wahl von 21 auf 25 Jahre erhöht wurde und der Zeitraum, in dem der Wahlberechtigte im Staat Bayern gelebt und eine indirekte Steuer entrichtet haben mußte, von einem halben auf ein Jahr erhöht wurde. Im bayerischen Durchschnitt bedeutet dies eine Senkung des Anteils der Wahlberechtigten um etwa ein Prozent.

Trotz der Einschränkungen stimmten die Sozialdemokraten für die Einführung des neuen Wahlrechts. Dieser Entschluß fand innerhalb der süddeutschen Sozialdemokraten breiten Widerhall. Der Augsburger Landesparteitag 1904 hatte das Wahlbündnis mit dem Zentrum ausdrückich gebilligt und einstimmig die Resolution angenommen: „Die Partei habe mit allem Nachdruck dahin zu wirken, daß eine sichere ⅔ Mehrheit für die Wahlreform aus den Wahlen hervorgeht."[20]

Für die erste Wahl unter dem neuen Wahlrecht waren keinerlei Wahlabsprachen getroffen worden. Trotz der geringeren Zahl Wahlberechtigter war der Erfolg für die Sozialdemokraten groß, die jetzt mit zwanzig statt bisher zwölf Abgeordneten in den Landtag ziehen konnten. Das Zentrum hatte sich mit seiner Zustimmung zum Wahlrecht allerdings auch nicht verkalkuliert, die Partei verlor lediglich vier Sitze und konnte mit 98 von insgesamt 163 Mandaten die absolute Mehrheit behaupten. Die Liberalen waren mit 25 Abgeordneten vertreten.

Die Übermacht des Zentrums im Landtag, mit dem die sozialdemokratischen Abgeordneten, von der Wahlreform abgesehen, keine gemeinsame Politik betrieben, führte bereits 1906 zu tastenden Annäherungen an den linken liberalen Flügel, mit dem man eine gemeinsame Politik vor allem im Schul- und Hochschulbereich anvisierte. 1907 verhinderte noch die Reichstagspolitik der Liberalen eine nähere Verbindung, doch durch die allmähliche Annäherung der Liberalen im Reich waren 1912 auch in Bayern die Weichen für ein gemeinsames Vorgehen bei Wahlen gestellt, nunmehr um die Zentrumsvormacht zu brechen. Zudem entbrannte um die gewerkschaftliche Vertretung der Eisenbahnarbeiter in Bayern ein heftiger Streit zwischen Zentrum und SPD. Zunächst erhielten die Sozialdemokraten 1908 aber noch die Unterstützung des Zentrums bei der Einführung eines neuen Gemeindewahlrechts.

2. Württemberg

Das württembergische Wahlrecht war traditionell das freieste der süddeutschen Länder. Es war allgemein, gleich und direkt und galt für jeden männlichen Staatsbürger, der älter als 25 Jahre war. Keine Steuerleistung und keine Mindestaufenthaltsdauer beeinträchtigten die Wahlberechtigung. Auch der Passus, daß nicht wahlberechtig sei, wer im vergangenen Jahr Armenunterstützung bezogen habe, war durch diverse Ausnahmeregelungen abgemildert[21]. Besonders geachtet wurde auf die Geheimhaltung der Wahl – es gab sogar Umschläge in den Wahlkabinen – und auf eine möglichst ausgedehnte Wahlzeit: die Wahllokale waren von 10 Uhr morgens bis 7 Uhr abends geöffnet, so daß die Berufstätigen leichter von ihrem Wahlrecht Gebrauch ma-

[20] *Hirschfelder,* Bayerische Sozialdemokratie, 479.

[21] Vgl. zum württembergischen Wahlgesetz: *Carl Große/Carl Raith,* Beiträge zur Geschichte und Statistik der Reichstags- und Landtagswahlen in Württemberg seit 1871 (Stuttgart 1912). Im folgenden zitiert: *Große/Raith,* Beiträge.

Tabelle 2: Gewählte Abgeordnete in Bayern

A) zu den Reichstagswahlen

Jahr der Wahl	Gesamtzahl d. Abg.	Zentrum	Nationalliberal	Liberal	Linksliberal[1]	Konservativ	Bauernbund[3]	Dt. Volksp.	Sozialdemokr.	Sonst.
1871	48	18	10	14	6	–	–	–	–	–
1874	48	32	10	1	5	–	–	–	–	–
1877	48	31	10	2	3	2[2]	–	–	–	–
1878	48	31	10	3	1	3[2]	–	–	–	–
1881	48	32	8	4	2	–	–	1	1	–
1884	48	33	9	–	2	–	–	2	2	–
1887	48	33	13	–	1	–	–	–	1	–
1890	48	33	9	–	2	1	–	–	3	–
1893	48	30	8	–	1	1	2	1	3	2
1898	48	29	6	–	–	1	6	1	4	1
1903	48	30	6	–	2	1	5	–	4	–
1907	48	34	4	–	2	2	3	–	3	–
1912	48	29	3	–	1	2	4	–	9	–

B) zum bayerischen Landtag

Jahr der Wahl	Gesamtzahl d. Abg.	Zentrum[4]	Liberal[5]	Bauernbd.[3]	Konserv.	Mittelpartei	Volkspartei	Sozialdemokr.	Parteilose
1869 (Mai)	154	78	59	–	–	16	1	–	–
1869 (Nov.)	154	80	63	–	–	11	–	–	–
1875	156	79	77	–	–	–	–	–	–
1881	159	70	89	–	–	–	–	–	–
1887	158	81	71	–	5	–	1	–	–
1893	159	74	67	9	3	–	1	5	–
1899	159	83	44	13	5	–	1	11	2
1905	157	102	22	15	4	–	2	12	–
1907	163	98	25	13	6	–	–	20	1
1912	163	87	30	8	7	–	–	30	1

Quelle: Ritter, Wahlgeschichtliches Arbeitsbuch, 88, 155

Anmerkungen:

[1] Bis 1881 Deutsche Fortschrittspartei, 1884–1890 Deutsch Freisinnige Partei, 1893–1907 Freisinnige Volkspartei, 1912 Fortschrittliche Volkspartei.

[2] Deutsche Reichspartei.

[3] Deutscher Bauernbund, Bayerischer Bauernbund, Bund der Landwirte; die Parteien kandidierten gegeneinander und wurden nur für diese Tabelle zusammengefaßt.

[4] Bis 1887, vor dem Eintritt in das Zentrum: Bayerische Patriotenpartei.

[5] Die Liberale Fraktion schließt sowohl Nationalliberale wie auch Linksliberale ein.

chen konnten. Wahlen fanden traditionell an Werktagen statt, die Forderung der Sozialdemokratie, sie auf Sonntage zu verlegen, ließ sich im Kaiserreich bei Landtags- und Reichstagswahlen noch nicht durchsetzen.

Es gab allerdings eine wesentliche Einschränkung bezüglich der demokratischen Zusammensetzung des so gewählten Landesparlaments in Württemberg. Der Volksvertretung gehörten neben den 70 gewählten Abgeordneten 23 sogenannte „Privilegierte" an, das waren 13 Mitglieder des ritterschaftlichen Adels, 6 Mitglieder der protestantischen Landeskirche und drei Mitglieder der katholischen Kirche sowie der Kanzler der Landesuniversität. Es waren hier ganz deutlich Elemente der ersten Kammer, die in allen Bundesstaaten des Reichs bestand und in der Regel dem Adel und einer bestimmten Gruppe Honoratioren auf Lebenszeit vorbehalten war, in die zweite, die vom Volk gewählte Kammer, übernommen worden. Es war der Wunsch aller Parteien, diese Gruppe der Privilegierten aus der zweiten Kammer in die erste umzusiedeln. Gefördert wurde dies auch nicht zuletzt durch die erste Kammer, die die ihr auferlegte Arbeit kaum noch bewältigte, weil viele der Adligen ständig fehlten und die gesetzgeberische Tätigkeit auf den Schultern nur Weniger ruhte, abgesehen davon, daß die Kammer dadurch häufig beschlußunfähig war[22].

Daß man trotz dieser prinzipiellen Einigkeit zwanzig Jahre brauchte, um schließlich 1906 (im gleichen Jahr wie Bayern) eine Wahlreform durchzusetzen, lag vor allem in der Schlußphase im wesentlichen am Widerstand der Zentrumspartei.

Das Zentrum war in Württemberg erst Anfang der neunziger Jahre als Landesverband gegründet worden. Obwohl aus den südlichen Landesteilen durchgängig Zentrumsabgeordnete in den Reichstag entsandt wurden, sah die katholische Kirche in Württemberg lange Zeit nicht die Notwendigkeit, einen eigenen Landesverband des Zentrums zu bilden. Allzu verschieden war die Situation dieses süddeutschen Staates. Württemberg war gegenüber den beiden großen Landeskirchen traditionell sehr liberal gewesen und ließ sie gleichberechtigt nebeneinander bestehen. Es gab in Württemberg keinen Kulturkampf, und die im traditionell katholischen Süden des Landes gewählten katholischen Abgeordneten fühlten sich entweder einer locker organisierten, konservativ gesinnten katholischen Landespartei zugehörig oder stimmten mit der demokratischen Linken. Als sich schließlich 1894 ein Landesverband der Zentrumspartei gebildet hatte, zog er bei der Landtagswahl 1895 als mächtiger Block mit 18 Abgeordneten in den „Halbmondsaal" ein.

Eine Übernahme der 23 Privilegierten, denen insgesamt 5 bis 6 Katholiken angehörten, in die erste Kammer bedeutete den Verlust der katholischen Mehrheit in dieser Kammer, die bisher durch die Vertreter des mediatisierten Adels gegeben war. So war der katholischen Bevölkerungsvertretung immer eine gesetzgeberische Einflußnahme über die erste Kammer möglich gewesen. Die katholische Fraktion der zweiten Kammer fürchtete bei allen zur Diskussion stehenden Änderungsmöglichkeiten eine Verschlechterung ihrer Position. Dies gründete sich auch auf die Bestrebungen der mächtigen linksliberalen Volkspartei, die zusammen mit den ersten beiden sozialdemokratischen Abgeordneten vehement die Einführung der Verhältniswahl und die Änderung der Wahlkreisgrenzen forderte. Das Zentrum profitierte ebenso wie die Konservativen erheblich von der völlig veralteten Wahlkreiseinteilung von 1819.

[22] *Walter Grube,* Der Stuttgarter Landtag 1457–1957 (Stuttgart 1957) 547. Im folgenden zitiert: *Grube,* Stuttgarter Landtag.

Hiernach stellten 63 Oberämter je einen Abgeordneten und die sieben „guten Städte" des Landes ebenfalls je einen[23]. Schon 1871 hatte sich die Bevölkerung in den Städten und Oberämtern äußerst ungleich entwickelt, so daß bereits zu Beginn des Kaiserreichs zur Landtagswahl in Stuttgart knapp 13 000 Wahlberechtigte einen Abgeordneten wählten und in den ländlichen Bezirken zwischen 3000 und 5000. 1906 waren es in Stuttgart 51 000 Wahlberechtigte gegenüber 5000 bis 8000 in den Oberamtsbezirken. Die verbleibenden 6 „guten Städte" hatten die Stuttgarter Entwicklung nicht in dem Maße mitgemacht und lagen mit ihrer Einwohnerzahl etwa im Bereich der Oberämter[24].

Die relativ schlechte Stellung der Sozialdemokratie im Stuttgarter Landtag in diesem Staat mit dem freiesten Landtagswahlrecht hatte verschiedene Ursachen. Wesentlich hierfür verantwortlich war die stark linksliberal orientierte deutsche Volkspartei, die vor allem bürgerliche Linke der Sozialdemokratie abspenstig machen konnte. Hinzu kam aber auch die sehr lange württembergische Legislaturperiode, die nach dem Fall des Sozialistengesetzes erst 1895 wieder eine Neuwahl zum Landtag vorsah[25]. Erst bei den Wahlen 1900 eroberte die Sozialdemokratie mit 5 Mandaten eine ernstzunehmende Stellung im „Halbmondsaal". Zu diesem Zeitpunkt hatte sich Klos als weitgehend alleiniger Vertreter der Sozialdemokratie im Landtag bereits einen Namen gemacht als reformistischer kompromißfähiger Pragmatiker. Sozialdemokratische Grundsatzprobleme brachte er im Landtag prinzipiell nicht zur Sprache[26]. Eine Annäherung an die Volkspartei war durch sein Verhalten wie durch das der später gewählten fünf Abgeordneten bereits vorprogrammiert und wurde von der Volkspartei auch honoriert: „In Wirklichkeit ist sie (die sozialdemokratische Partei) aber eine Partei, der soviel an Ordnung und gesetzmäßigem Fortschritt gelegen ist und gelegen sein muß, wie den anderen Parteien auch."[27]

Da die folgende Landtagswahl von 1900 nur unwesentliche Verschiebungen der einzelnen Fraktionen erbrachte, mußten also Kompromisse für alle Beteiligten gefunden werden. So ließ dann der endgültige Entwurf die Grenzen der Oberämter bestehen, ebenso die der „guten Städte", mit Ausnahme von Stuttgart, dem man sechs statt bisher nur einen Abgeordneten zuwies. Das Beibehalten des absoluten Mehrheitswahlrechts in den Oberämtern und den 6 kreisfreien Städten in der modifizierten Form, daß in einem zweiten Wahlgang alle Kandidaten wieder zur Wahl stünden und hierbei nach relativer Mehrheit zu wählen sei, sicherte den Konservativen im wesentlichen die protestantischen Oberämter und dem Zentrum den katholischen Süden. Bestehen blieb dabei trotz des Wegfalls von Stuttgart die extrem ungleiche Wahlkreisgröße. 1906 vertrat ein Abgeordneter 4700 Einwohner in der Stadt Ellwangen und 58 000 Einwohner von Eßlingen.

[23] Die besondere Stellung dieser Städte (Stuttgart, Tübingen, Ludwigsburg, Ellwangen, Ulm, Heilbronn und Reutlingen), genannt „unsere gute Stadt", wurde 1810 festgelegt. Vgl. *Große/Raith*, Beiträge, 8.

[24] Angaben aus ebd., 37–41.

[25] Vgl. *Schlemmer*, Die Rolle der Sozialdemokratie, 21 f.

[26] Ebda., 46.

[27] Ebda., 49 f.

Als Ersatz für die 23 Privilegierten, die nun in etwas reduziertem Umfang in die erste Kammer umsiedelten, waren zusätzlich zu den 6 Stuttgarter Abgeordneten noch 17 Abgeordnete in zwei „Landeswahlkreisen", also insgesamt 23 Abgeordnete, nach dem Verhältniswahlrecht zu wählen. Die Diskussion um die Einteilung des Landes in zwei (Wahlkreis-)Hälften entschied das Zentrum für sich: Statt vertikal zu teilen, bildete man einen Nord- und einen Südwahlkreis, wobei das Zentrum im Süden und die Konservativen im Norden große Stimmenzahlen erwarten konnten. Diese Wahlen sollten in Zukunft erst stattfinden, wenn die Ergebnisse der Wahlen nach dem Mehrheitswahlrecht bekanntgegeben worden waren.

Dieser Regierungsentwurf befriedigte letztendlich keine der Fraktionen vollständig und wurde am heftigsten vom Zentrum bekämpft, auch die 23 Privilegierten sprachen sich dagegen aus. Die Haltung der SPD zum Regierungsentwurf wurde nun maßgebend für dessen Durchsetzung. Es ist bezeichnend für die Haltung der württembergischen SPD, daß sie in diesem Falle nicht die Regierung, sondern Zentrum und Privilegierte als Hort der Reaktion in Württemberg ansah und für den Entwurf stimmte. Trotz bestehender Wahlrechtsbenachteiligung waren die Sozialdemokraten schließlich auch die großen Gewinner der neuen Wahlrechtsregelung und konnten ihre Abgeordnetenzahl 1906 gegenüber 1900 verdreifachen und mit 15 statt 5 Abgeordneten in den Landtag einziehen. Gestärkt gingen aber auch Zentrum und Konservative aus den Wahlen hervor. Während die nationalliberale Partei ihre Mandatszahl halten konnte, verlor die Volkspartei drei Sitze und bildete nunmehr lediglich die zweitstärkste Fraktion nach dem Zentrum. Bei der folgenden Wahl 1912 verlor die demokratische Volkspartei erneut Sitze, die Sozialdemokratie und das Zentrum gewannen einige Sitze und, erheblich gestärkt mit nunmehr 20 statt 15 Sitzen, zogen die Konservativen in den Landtag. Zentrum und Konservative verbanden sich ähnlich der Konstellation im Reichstag zum „schwarzblauen Block". Sie stellten nunmehr genau die Hälfte der Abgeordneten. Eine regierungstragende Mehrheit links von der Mitte war nun nur noch mit der Sozialdemokratie möglich. Sie war „regierungsfähig" geworden.

Dennoch zeigt das Einsetzen des Verhältniswahlrechts die für die Zeit typischen Vorbehalte. Das Proportionalwahlverfahren wurde in Württemberg das erste Mal zu einer Landtagswahl eingesetzt (läßt man einmal Hamburg als Bundesstaat beiseite), allerdings, wie in mehreren Gemeindewahlordnungen der Zeit, nur für Teilbereiche, vornehmlich solche, in denen man ein zu starkes Anwachsen der Sozialdemokratie befürchtete. So gelang es auch in Württemberg, daß die stimmenmäßig stärkste Partei, die SPD, bei weitem nicht zur stärksten Fraktion wurde.

Interessant ist, daß das Proportionalwahlverfahren in seiner schwierigsten Form, mit offenen Listen, zur Anwendung kam. Der Wähler durfte sowohl Stimmen „häufeln" (kumulieren) als auch Kandidaten anderer Listen wählen (panaschieren). Es zeigte sich, daß die Parteien oft ihre liebe Mühe hatten, die Wähler von der Reihenfolge der Kandidaten auf ihrer Liste zu überzeugen[28].

[28] Vgl. hierzu weiter unten S. 124. Sowohl bei den Kommunalwahlen in Bayern seit 1908 als auch bei den Bürgerschaftswahlen in Hamburg seit 1907 war Kumulieren und Panaschieren auf allen Listen möglich.

Mit der Gründung der Landtagsfraktion des Zentrums 1894 und der Wahl von 2 Sozialdemokraten hatte im Landtag eine explosionsartige Politisierung eingesetzt. Vor 1895 war es für die meisten Abgeordneten nicht möglich, die konkrete Parteizugehörigkeit anzugeben. Viele Honoratioren, die als „katholisch", „liberal" oder „demokratisch" bezeichnet wurden, vertraten ihre Wahlkreise bereits jahrzehntelang. In den Wahlen von 1876, 1882 und 1889 wurde jeweils in der Hälfte aller Wahlkreise nur ein einziger Kandidat nominiert, „sodaß von einer Wahl kaum noch gesprochen werden" konnte[29]. 1895 gehörte die württembergische „Landespartei", der der amtierende Ministerpräsident angehörte, nicht mehr zu den Landtagsparteien. Nach der Wahl von 1906 erst beschlossen die Abgeordneten, die übliche Sitzordnung im „Halbmondsaal"

Tabelle 3: Gewählte Abgeordnete in Württemberg

A) Zu den Reichstagswahlen

Jahr der Wahl	Gesamtzahl d. Abg.	Zentrum	Nationalliberal	Linksliberal[1]	Volkspartei	Reichspartei	Sozialdemokr.	Bauernbund[3]	Sonst.
1871	17	1	12	–	–	3	–	–	1
1874	17	3	9	1	–	4	–	–	–
1877	17	3	3	1	2	8	–	–	–
1878	17	3	2	1	1	10	–	–	–
1881	17	4	–	1	6	6	–	–	–
1884	17	4	4	1	4	4	–	–	–
1887	17	4	8	–	–	5	–	–	–
1890	17	4	3	–	9	1	–	–	–
1893	17	4	2	–	10	1	–	–	–
1898	17	4	3	–	7	2[2]	1	–	–
1903	17	4	1	–	5	–	4	3	–
1907	17	4	2	1	6	–	1	3	–
1912	17	4	2	6	–	–	3	2	–

B) Zum württembergischen Landtag

Jahr der Wahl	Gesamtzahl d. Abg.	Zentrum	Nationalliberal	Konservativ[4]	Volkspartei	Sozialdemokrat.
1895	70 (+23)	18	14	5	31	2
1900	70 (+23)	18	13	7	27	5
1906	92	25	13	15	24	15
1912	92	26	10	20	19	17

Quellen: Ritter, Wahlgeschichtliches Arbeitsbuch, 89; *Große/Raith,* Beiträge, 51–58, 2^{+}–69^{+}. Die Ergebnisse der Nachwahlen wurden nicht berücksichtigt. Vor 1895 wurde die Parteizugehörigkeit nicht ausgewiesen.

Anmerkungen:

[1] Vgl. Anm. 1 in Tab. 1. 1912 zusammen mit Volkspartei.

[2] Ein Konservativer.

[3] Deutscher Bauernbund und Bund der Landwirte.

[4] Mehrere konservative Gruppierungen.

[29] *Schulte,* Parteisystem, 73.

nach dem Alter zu ändern und eine Sitzordnung nach Parteizugehörigkeit einzuführen[30].

Die Einbindung der württembergischen Sozialdemokratie in das bürgerliche Umfeld des Landtags war nach der Verfassungsnovelle nahezu vollständig. Stärker noch als in Bayern fanden einzelne Sozialdemokraten gesellschaftlichen Zugang zu bürgerlichen Kreisen[31]. Es spricht auch für die politische Ruhe, die in dem Land herrschte, daß Festzüge zu Maifeiern bereits 1898 in Stuttgart gestattet waren und daß 1907 der erste internationale Sozialistenkongreß auf deutschem Boden in Stuttgart stattfand, weil den Teilnehmern Württemberg als das einzige Land erschien, in dem ihre Redefreiheit gewährleistet war[32].

3. Baden

Ganz im Gegensatz zu seinem ruhigen Nachbarn Württemberg tobte in Baden der Kulturkampf besonders heftig und länger noch als in Preußen. Und gerade als sich die Wogen langsam zu glätten begannen, entfachte der Kampf aufs Neue durch die politisch motivierte Ermordung eines katholischen Geistlichen im Jahr 1888[33]. Im Gegensatz auch zu anderen Bundesstaaten, wo die Konservative Partei die protestantische Landbevölkerung mehrheitlich vertrat, waren es in Baden die Nationalliberalen, die sich mit dem Protestantismus identifizierten. Die katholische Volkspartei und die Nationalliberalen standen sich als unversöhnliche Blöcke gegenüber, allerdings zunächst auch als sehr ungleiche Gegner. Während die Nationalliberalen schon früh über eine solide Mehrheit im Abgeordnetenhaus verfügten, schwand die Macht der katholischen Volkspartei bei jeder Landtagswahl seit 1881 von 23 auf 7 1887. Dies war die Folge einer inneren Zerrissenheit der Partei, des Kampfes der Falken gegen die Tauben[34]. „Die Lage war heillos."[35] Die organisatorische Anbindung der katholischen Volkspartei an das Zentrum im Jahr 1888/89 und die Umbenennung in „Badische Zentrumspartei" brachte noch lange keine Ruhe in das Geschehen. Nicht immer im Einklang mit der Politik der Mutterpartei kämpfte das badische Zentrum, nunmehr unter der diktatorischen Führung Theodor Wackers, um die Niederringung des mächtigen nationalliberal-protestantischen Gegners, wobei auch in dieser Partei ein radikaler Flügel die Oberhand behielt. Da die Nationalliberalen in Baden die Regierung stellten,

[30] *Grube,* Stuttgarter Landtag, 554.

[31] *Wilhelm Keil,* Erlebnisse eines Sozialdemokraten, 1. Bd. (Stuttgart 1947) 277f. und passim.

[32] *Maja Christ-Gmelin,* Die württembergische Sozialdemokratie 1890–1914, in: *Jörg Schadt/Wolfgang Schmierer* (Hrsg.), Die SPD in Baden-Württemberg und ihre Geschichte. Von den Anfängen der Arbeiterbewegung bis heute (Stuttgart, Berlin, Köln 1979) 107–131, hier 113, im folgenden zitiert: *Christ-Gmelin,* Die württembergische Sozialdemokratie.

[33] *Heinz Striebich,* Konfession und Partei. Ein Beitrag zur Entwicklung der politischen Willensbildung im alten Lande Baden (Diss. Heidelberg 1955) 49, im folgenden zitiert: *Striebich,* Konfession; *Karl Bachem,* Vorgeschichte, Geschichte und Politik der deutschen Zentrumspartei, Bd. 8 (Köln 1931) 100, im folgenden zitiert: *Bachem,* Zentrumspartei.

[34] *Striebich,* Konfession, 48.

[35] *Bachem,* Zentrumspartei, 99.

suchte das Zentrum seine Bündnispartner auf Seiten der Opposition, vornehmlich in den neunziger Jahren bei der Linken.

Das badische Wahlrecht zum Landtag bestimmte zu dieser Zeit das absolute und indirekte Mehrheitswahlverfahren, was für die Parteien die Bündnismöglichkeit entweder auf der Urwählerebene oder bei den Wahlen der Wahlmänner bedeutete. Dieses indirekte Wahlrecht ebenso wie die Wahlkreiseinteilung begünstigten die Nationalliberalen erheblich, sorgten aber auch dafür, daß alle Oppositionsparteien vehement für eine Verbesserung des Landtagswahlrechts eintraten und hierzu auch zu Bündnissen bereit waren. Die Sozialdemokraten hatten wegen dieses Wahlrechts und der für ihre Partei außerordentlich dünnen Chance, zu Mandaten im Landtag zu kommen, bis zur Wahl von 1891 die Landtagswahlen boykottiert und gelangten schließlich in diesem Jahr erstmals mit 2 Abgeordneten in den Landtag[36]. Die klare Frontstellung aller Oppositionsparteien gegen die Nationalliberalen, vor allem zur Durchsetzung eines neuen Wahlrechts, hatte die Sozialdemokraten bereits bei den Reichstagswahlen 1890 dazu bewogen, Stichwahlbündnisse, wenn nötig mit allen bürgerlichen Parteien, gegen die Nationalliberalen einzugehen. In Fragen des Landtagswahlrechts hatten zu Beginn der neunziger Jahre die sozialdemokratischen Abgeordneten bereits eine gemeinsame Verhandlungsebene mit Zentrum, Linksliberalen und Demokraten ausgearbeitet. Für die gemeinsame Forderung nach direkten Wahlen und einer Änderung der Wahlkreisgrenzen verzichtete die Partei auf ihre eigene Forderung nach Einführung des Proportionalwahlverfahrens[37]. In den folgenden Landtagswahlen stellten die Sozialdemokraten – und dies war ein durchaus neuartiges Verhalten – in Wahlkreisen, in denen sie nur über eine geringe Anhängerschaft verfügten, keine Kandidaten auf und empfahlen ihren Wählern, für die bürgerlichen oppositionellen Parteien zu stimmen. Zur Wahl im Jahr 1901 trat die SPD in 9 Wahlkreisen von 29 (der Landtag wurde jeweils nur zur Hälfte erneuert) mit einem eigenen Kandidaten an[38]. In aussichtsreicheren Wahlkreisen ging sie offizielle Stichwahlbündnisse mit Demokraten oder Linksliberalen ein. Problematischer war die Zusammenarbeit mit dem Zentrum, dessen Schulpolitik die Sozialdemokraten bekämpften (hier deutete sich, wie in Bayern, bereits ein Zusammengehen mit den Nationalliberalen an). Die SPD führte in den Landtagswahlen vor der Wahlgesetznovelle 1904 einen Kampf an allen Fronten. So kandidierte sie in einigen Wahlkreisen mit eigenen Kandidaten gegen Demokraten und Linksliberale, in anderen dagegen zusammen mit den Demokraten und/oder dem Zentrum gegen die Nationalliberalen. Peinlich wurde die Situation, als im sozialdemokratischen Blatt „Volksfreund" am selben Tag ein Aufruf zur Wahl des demokratischen Kandidaten in Karlsruhe abgedruckt wurde und eine Seite später ein scharfer Angriff der Offenbacher Sozialdemokraten gegen den dortigen demokratischen Wahlkampfgegner. So mancher einfache Parteigenosse vermochte diese Taktik nicht mehr

[36] *Schadt,* Die sozialdemokratische Partei in Baden, 172.
[37] Ebda., 178; vgl. hier auch zur Stichwahltaktik der SPD.
[38] Die Sozialdemokratie im Badischen Landtag 1899/1900. Handbuch für sozialdemokratische Landtagswähler (Karlsruhe 1901). Vgl. auch *A. Weißmann,* Die sozialdemokratische Gefahr in Baden (Karlsruhe ²1912) 17f.

nachzuvollziehen[39]. Die Zusammenarbeit mit den Demokraten war allerdings politisch eine viel weitergehendere als die mit anderen Parteien. In Karlsruhe gelang es 1897 sogar beiden Parteien, einen gemeinsamen Wahlkampf durchzuführen und zu finanzieren.

Der Kampf um die Wahlgesetznovelle 1904 endete dann allerdings für alle oppositionellen Parteien mit einem Pyrrhussieg. Immer weitergehende Kompromisse hatten schließlich die Einführung eines direkten Wahlrechts gebracht, und auch die Wahlkreisgrenzen wurden in gewissem Umfang revidiert: die 13 badischen Städte stellten nun 24 Abgeordnete gegenüber 49 Abgeordneten der ländlichen Wahlkreise. Dies bedeutete eine leichte Bevorzugung der städtischen Wahlkreise, die mit nur 27,7% der Bevölkerung knapp 33% der Abgeordneten wählten. Diese Einteilung, die von Seiten der Nationalliberalen befürwortet worden war, sollte Zentrum und Konservative schwächen, die sich je nach Konfessionsstruktur die ländlichen Wahlkreise nahezu konkurrenzlos teilten. Doch profitierte von der stärkeren Berücksichtigung der Städte weniger der Liberalismus als, längerfristig betrachtet, die Sozialdemokratie. Allerdings erkaufte man diesen Erfolg mit einer erheblichen Einschränkung der Wahlberechtigung, für die die Nationalliberalen, die trotz sinkender Mandatsanteile ihre Macht noch einmal voll ausspielen konnten, sorgten[40].

Fortan war nur noch wahlberechtigt, wer seit mindestens zwei Jahren die badische Staatsangehörigkeit besaß und im letzten Jahr vor der Wahl keine Steuerschulden hinterlassen hatte. Zudem war der Einfluß der vorwiegend aus Adligen bestehenden ersten Kammer vergrößert. Aufgrund der neuen personellen Zusammensetzung dieser Kammer behielt die Nationalliberale Partei hier bis 1914 die absolute Mehrheit[41]. Dies alles bewog die Sozialdemokraten schließlich, dem neuen Wahlgesetz ihre Zustimmung zu verweigern. Doch die übrigen oppositionellen Parteien stimmten zu und so passierte das Gesetz schließlich beide Kammern[42].

Die unversöhnlich konfessionelle Linie des Zentrums, die bereits die Zusammenarbeit der Oppositionsparteien bis zu diesem Zeitpunkt sehr erschwert hatte, war einer der Gründe für das Auseinanderbrechen dieses Zweckbündnisses gegen die Nationalliberalen. Diese wiederum hatten von der Wahlreform auch in dieser eingeschränkten Fassung nur Nachteile zu befürchten (beim ähnlich lautenden Reichstagswahlrecht hatten sie in Baden 1890 kein einziges Mandat erhalten) und sahen nun ihrerseits die Notwendigkeit zunächst zu Wahlbündnissen mit Linksliberalen, als „Kleinblock" be-

[39] *Schadt,* Die sozialdemokratische Partei in Baden, 181.

[40] Auch in der Öffentlichkeit argumentierten sie, man hätte nicht die Absicht, den Ast abzusägen, auf dem man säße. Zitat nach *Bachem,* Zentrumspartei, 128. Zur taktischen Vorgehensweise der Nationalliberalen, die ihre Beziehungen zu den Ministerien geschickt ausnutzten, vgl. *Jürgen Thiel,* Die Großblockpolitik der Nationalliberalen Partei Badens 1905 bis 1914. Ein Beitrag zur Zusammenarbeit von Liberalismus und Sozialdemokratie in der Spätphase des Wilhelminischen Deutschlands (Stuttgart 1976) 21ff., zur Wahlkreiseinteilung, 25. Im folgenden zitiert: *Thiel,* Großblockpolitik.

[41] Das Großherzogtum Baden in allgemeiner, wirtschaftlicher und staatlicher Hinsicht dargestellt, Bd. 1 (Karlsruhe 1912) bes. 765f. Im folgenden zitiert: Das Großherzogtum Baden. Zur Zusammensetzung der ersten Kammer vgl. *Thiel,* Großblockpolitik, 23.

[42] *Emil Eichhorn,* Aus einem Kleinstaatenparlament, in: Die neue Zeit, 22 (1904) 555.

Tabelle 4: Gewählte Abgeordnete in Baden

A) Zu den Reichstagswahlen

Jahr der Wahl	Gesamtzahl d. Abg.	Zentrum	Konservativ	Nationalliberal	Linksliberal[2]	Volkspartei	Bauernbund[3]	Sozialdemokr.
1871	14	2	1[1]	10	1	–	–	–
1874	14	2	1[1]	11	–	–	–	–
1877	14	2	1	11	–	–	–	–
1878	14	3	2	8	–	1	–	–
1881	14	4	1	7	1	1	–	–
1884	14	4	3	5	1	1	–	–
1887	14	2	3	9	–	–	–	–
1890	14	8	3	–	1	1	–	1
1893	14	7	2	4	1	–	–	–
1898	14	7	–	3	–	–	1	3
1903	14	7	–	4	–	–	–	3
1907	14	8	–	2	–	–	1	3
1912	14	6	1	4	2	–	–	1

B) Zum badischen Landtag

Jahr der Wahl[5]	Gesamtzahl d. Abg.	Zentrum	Konservativ	Nationalliberal	Linksliberal[4]	Demokraten	Sozialdemokr.	Sonst.
1870	63	5	1	55	–	1	–	1
1873	63	10	–	50	–	3	–	–
1877	63	12	–	48	–	3	–	–
1881	63	23	3	31	1	5	–	–
1885	63	14	1	43	–	5	–	–
1889	63	13	1	47	1	1	–	–
1893	63	23	2	30	1	4	3	–
1897	63	21	2	25	2	5	5	3
1899	63	22	2	23	2	5	7	2
1901	63	23	1	24	2	5	6	2
1903	63	23	–	25	2	6	6	1
1905	73	28	4	23	1	5	12	–
1909	73	26	3	17	7		20	–
1913	73	29	5	20	6		13	–

Quellen: Ritter, Wahlgeschichtliches Arbeitsbuch, 90; *Bachem,* Zentrumspartei, 144–155; *Thiel,* Großblockpolitik, 18.

Anmerkungen:

[1] Reichspartei.

[2] Vgl. Anm. 1 in Tab. 1.

[3] Bund der Landwirte.

[4] Freisinnige Partei.

[5] Es gibt keine amtlichen Veröffentlichungen aus der Zeit vor 1903. Vgl. Das Großherzogtum Baden a.a.O., S. 1102. Die Angaben vor 1897 geben die Zusammensetzung des Landtages nur alle 4 Jahre wieder; alle zwei Jahre wurde der Landtag halbschichtig erneuert.

zeichnet. Die Übermacht des Zentrums wurde bereits in der ersten Wahl nach dem neuen Gesetz im Jahre 1905 deutlich, in der der Kleinblock in der Hauptwahl nur halb so viele Mandate erringen konnte wie das Zentrum. In dieser Situation traten Vertreter des Kleinblocks auf die Sozialdemokraten zu und vereinbarten Bündnisse für die folgenden Stichwahlen, an denen nach dem neuen Wahlgesetz alle Kandidaten mit mehr als 15% der Stimmen teilnehmen konnten. Diese Stichwahlbündnisse sorgten schließlich dafür, daß aus 23 notwendig werdenden Stichwahlen 1905 das Zentrum ganz leer ausging. Der badische „Großblock" erhielt schließlich mit 41 gegen 32 Mandate des Zentrums und der Konservativen eine überwältigende Mehrheit. Dennoch erreichte der Kleinblock keine absolute Mehrheit im Landtag. Der Liberalismus in Baden blieb auch im Landtag auf die aktive Mitarbeit der SPD angewiesen, um gegen Zentrum und Konservative handeln zu können. Aus dem Notbündnis 1905 entwickelte sich eine Großblockpolitik. Der badischen Sozialdemokratie war es durch das Abkommen mit den Nationalliberalen wie auch in Württemberg gelungen, „regierungsfähig" zu werden[43]. Im Unterschied zu Württemberg überwog jedoch in Baden das nationalliberale Element bei weitem den linksliberalen Flügel. Für die Sozialdemokratie ergaben sich hieraus bald innerparteiliche Zwistigkeiten, als sie sich vorwerfen lassen mußte, nicht nur ein Zweckbündnis mit den Liberalen eingegangen zu sein, sondern aktiv an der Großblockpolitik teilzunehmen. Die Vorwürfe erhärteten sich, als der Sozialdemokrat Geck als erster Vertreter seiner Partei im Deutschen Reich den Posten eines Landtagsvizepräsidenten annahm. Im Gegensatz zur vergleichbaren Situation im Reichstag hatte er die Übernahme der mit dem Amt verbundenen Repräsentationspflichten nicht pauschal abgelehnt[44]. Ein Auftreten, das in den süddeutschen Rathäusern längst gang und gäbe war, hatte nun auch Eingang in die Landespolitik gefunden.

Die Vertretung der Parteien in den Gemeinden

Der langsame Niedergang der Liberalen, der sich zunächst in den Reichstagswahlen abzeichnete, setzte sich bei den Ergebnissen zu den Landtagen fort, wie hier am Beispiel aller süddeutschen Länder gezeigt werden konnte. Doch gab es um die Jahrhundertwende noch Bastionen der Liberalen, in denen ihre Macht weiterhin ungebrochen war: die Städte. Die Selbstverwaltung der Städte war seit jeher eine Domäne bürgerlicher Honoratioren. Ihre finanzielle Unabhängigkeit, ihr geistiges Potential und vor allem ihr Selbstverständnis als Steuerzahler prädestinierten diese Gruppe für Machtpositionen innerhalb ihres bürgerlichen Umfeldes. Dabei war die Bezeichnung „Liberal" nur selten politisch gemeint, im Gegenteil versuchten fast alle städtischen Selbstverwaltungsgremien bewußt, Parteipolitik aus der Stadtpolitik zu verbannen. Sheehan be-

[43] *Schlemmer,* Die Rolle der Sozialdemokratie, 75 f.

[44] Ebda., 79 ff. *Thiel,* Großblockpolitik, 39 f., sieht diese Wahl wegen der darauffolgenden harten Auseinandersetzungen zwischen Nationalliberalen und Sozialdemokraten nicht als eindeutigen Beweis einer vollständigen Integration der SPD in die Landtagspolitik, wie dies bei Schlemmer der Fall ist. Vgl. auch *Beverly Heckart,* From Bassermann to Bebel. The Grand Bloc's Quest for Reform in the Kaiserreich, 1900–1914 (New Haven, London 1974) 96 f.

zeichnet beispielsweise den Frankfurter Franz Adickes als den idealen Oberbürgermeister: Er war in seinen Ansichten weitgehend liberal, trat aber bewußt keiner Partei bei[45]. Vor allem die frühen Wahlen in den siebziger Jahren waren in den Gemeinden und Städten nahezu ausschließlich Persönlichkeitswahlen. In der bayerischen-pfälzischen Stadt Ludwigshafen am Rhein zum Beispiel nahmen in dieser Zeit die Gemeinderäte einen Anteil von 10% der Wahlberechtigten ein, so daß auch die Nähe von Wählern und Gewählten sehr groß war[46].

In Bayern und Württemberg ging die Gemeindeverfassung bis zum Ersten Weltkrieg durchgängig von der „Bürgergemeinde" aus[47]. Bezüglich der Verleihung des Wahlrechts bedeutete dies eine deutliche Klasseneinteilung der Gemeindemitglieder[48]. Eine erste Stufe war das sogenannte Staatsangehörigkeitsrecht, das, wie bereits erwähnt, unter bestimmten Voraussetzungen zur Teilnahme an der Reichstagswahl berechtigte. Wer darüber hinaus das Heimatrecht in einer Gemeinde besaß (durch Geburt oder durch den Erwerb von Grundbesitz oder das Betreiben eines Gewerbes) und zusätzlich steuerlich veranlagt war, erreichte die Berechtigung zur Landtagswahl. Die Berechtigung zur Kommunalwahl war erneut von zusätzlichen Bedingungen abhängig, unter anderem von einer „Bürgerrechtsgebühr" (in Württemberg seit 1886), die die einzelnen Gemeinden in vorgegebenem Rahmen selbständig festlegen konnten[49]. Sie war in Bayern besonders hoch und betrug in München um die Jahrhundertwende etwa einen halben durchschnittlichen Monatslohn eines Arbeiters, in Württemberg lag sie etwa bei zwei Tageslöhnen. In Württemberg trat 1885 ein neues Gemeindeangehörigkeitsgesetz in Kraft, das auf einen Schlag in der Stadt Stuttgart 8000 Einwohner ihres Wahlrechts beraubte. Bis zu den darauffolgenden Bürgerausschußwahlen hatten erst 3500 dieser Einwohner das Bürgerrecht erworben[50].

Nach der Einführung der Gewerbefreiheit war die Verleihung des Bürgerrechts ausschließlich für die Erlangung des Wahlrechts von Bedeutung, was von den meisten Mitbürgern als zu geringer Anreiz empfunden wurde, eine solch hohe Summe zu berappen. So sorgte vornehmlich die Höhe der Bürgerrechtsgebühren dafür, daß die Zahl der Wahlberechtigten klein blieb und daß vor allem die Unterschichten signifikant gering vertreten waren. In der Stadt München beispielsweise betrug die Zahl der Wahlberechtigten zu Reichstagswahlen 107000, zu Landtagswahlen 56000 und zu

[45] *James Sheehan,* Liberalism and the City in Nineteenth-Century Germany, in: Past and Present 51 (1971) 126.

[46] *Rolf Weidner,* Wahlen und soziale Strukturen in Ludwigshafen am Rhein 1871–1914. Unter besonderer Berücksichtigung der Reichtstagswahlen (Ludwigshafen am Rhein 1984) 257, im folgenden zitiert: *Weidner,* Wahlen.

[47] Vgl. exemplarisch die Darstellung der Gemeindeverfassung für Bayern bezüglich der Wahlberechtigung in: Kommunalpolitische Blätter, 2. Bd. (1911) Nr. 9 Bayern-Nummer, 264ff.

[48] *Hugo Eckert,* Liberal- oder Sozialdemokratie. Frühgeschichte der Nürnberger Arbeiterbewegung (Stuttgart 1968) 44f. Im folgenden zitiert: *Eckert,* Liberal- oder Sozialdemokratie.

[49] Vgl. detailliert zum Kommunalwahlrecht: *Paul Hirsch/Hugo Lindemann,* Das kommunale Wahlrecht (Berlin 1905), im folgenden zitiert: *Hirsch/Lindemann,* Wahlrecht; Die Sozialdemokratie im Münchner Rathaus. Ein Handbuch für Gemeindewähler (München 1914) 136f., im folgenden zitiert: Die Sozialdemokratie im Münchner Rathaus.

[50] *Rieber,* Sozialistengesetz, 727.

Gemeindewahlen nur 19000 (in den Jahren 1907/08)[51], so daß weniger als ein Fünftel der Reichstagswahlberechtigten auch die Gemeindevertretung wählen durften. Ähnlich deutlich, wenn auch nicht ganz so krass, zeigten sich die Verhältnisse in Nürnberg: 1881 waren 21000 Männer wahlberechtigt zur Reichstagswahl, 17000 zur Landtagswahl und 5000 zur Gemeindewahl[52]. Die sozialdemokratischen Lokalorganisationen versuchten, vor allem in Bayern, mit wechselndem Erfolg eine Minderung der Gebühren zu erreichen. In Augsburg und Nürnberg gelang überhaupt keine Reduzierung der hohen Gebühren, so daß die Sozialdemokratie erst nach der Wahlrechtsänderung von 1908 Fuß fassen konnte[53]. In München gaben die Stadtväter 1896 nach und reduzierten den Betrag auf die Hälfte[54]. Erhebliche Gebührenreduktionen hatte die SPD in Ludwigshafen erreicht[55], und seit den achtziger Jahren hatte die Volkspartei in Fürth die Abschaffung der Bürgerrechtsgebühren durchgesetzt – als einzige Stadt in Bayern. Erst 1922 konnte in Bayern das Bürgerrecht kraft Gesetzes ohne besonderen Rechtsakt erworben werden[56]. In Baden galt bereits seit 1874 für die sieben größten Städte des Landes das Prinzip der Einwohnergemeinde, den übrigen Städten mit mehr als 3000 Einwohnern war der Übergang von der Bürgergemeinde zur Einwohnergemeinde freigestellt[57]. In den neunziger Jahren fand diese Erleichterung der Wahlberechtigung auch Eingang in alle Landgemeinden. Wahlberechtigt war nun jeder männliche Deutsche, der mindestens 25 Jahre alt, selbständig[58] und seit 2 Jahren ansässig war und Gemeindeabgaben bezahlte. Es ist allerdings bezeichnend für die nationalliberal bestimmte Kommunalpolitik, daß dieser Ausweitung der Wahlberechtigung eine Wahlrechtseinschränkung in Form eines Klassenwahlrechts gegenüber-

[51] *Merith Niehuss,* Parteien, Wahlen und Arbeiterbewegung in München 1890–1910, in: *Friedrich Prinz/Marita Kraus* (Hrsg.), München – Musenstadt mit Hinterhöfen. Die Prinzregentenzeit 1886–1912 (München 1988) 44–53.

[52] *Eckert,* Liberal- oder Sozialdemokratie, 44. Allerdings sind diese Angaben, wie auch die für München, nicht unbedingt vergleichbar, da sich die Wahlkreise nicht genau deckten und die untere Grenze des Wahlalters je nach Wahl unterschiedlich war.

[53] *Ilse Fischer,* Industrialisierung, sozialer Konflikt und politische Willensbildung in der Stadtgemeinde. Ein Beitrag zur Sozialgeschichte Augsburgs (Augsburg 1977) 379f.; *Eckert,* Liberal- oder Sozialdemokratie, 48.

[54] *Hirsch/Lindemann,* Wahlrecht, 44.

[55] *Weidner,* Wahlen, 249f.

[56] *Eckert,* Liberal- oder Sozialdemokratie, 48.

[57] Vgl. zum Folgenden: Die Stadt Karlsruhe. Ihre Geschichte und ihre Verwaltung. Festschrift zur Erinnerung an das 200jährige Bestehen der Stadt (Karlsruhe 1915) 183ff., im folgenden zitiert: Die Stadt Karlsruhe. Das Großherzogtum Baden, 227f. Der Unterschied zwischen Bürgergemeinde und Einwohnergemeinde ist vor allem für das Armenrecht wesentlich. Doch soll in diesem Zusammenhang nur auf die Implikationen bezüglich des Wahlrechts verwiesen werden.

[58] Mit dem Begriff „selbständig" ist nicht die Stellung im Beruf gemeint, sondern, vereinfachend ausgedrückt, jeder, der selbständig seine Arbeit verrichtet und eine eigene Wohnung bewohnt. Ausgeschlossen waren damit u.a. bei den Eltern lebende erwachsene Söhne und vor allem Dienstpersonal und Gesellen, die im Haus des Meisters lebten. Diese Klausel, die auch für das Kommunalwahlrecht in Bayern und Württemberg galt, war allerdings je nach Gemeinde interpretationsbedürftig. Vgl. zum Übergang der Bürgergemeinde in die Einwohnergemeinde auch: *Fritz Dürr,* Die geschichtliche Entwicklung der Gemeindevertretung in Baden (jur. Diss., Heidelberg 1931) 37ff. Im folgenden zitiert: *Dürr,* Gemeindevertretung.

stand. Grund genug für die Sozialdemokraten, Baden als den „verpreußtesten" aller süddeutschen Staaten zu bezeichnen. Hier wählten im Durchschnitt drei Viertel der Wahlberechtigten, und zwar die am niedrigsten Besteuerten, in der 3. Klasse ein Drittel der Gemeindebevollmächtigten und nur ein Zwölftel der wahlberechtigten Bevölkerung, die am höchsten Besteuerten, wählte in der 1. Klasse ebenfalls ein Drittel der Gemeindebevollmächtigten[59].

Die Sozialdemokraten der drei süddeutschen Länder hatten es trotz der diskriminierenden Wahlgesetze verstanden, mit ungeheurer Energie immer wieder eigene Vertreter in die Selbstverwaltungsorgane der Städte wählen zu lassen. Es ist bezeichnend für den Wert, den die süddeutschen Parteiorganisationen auf ihre Kommunalpolitik legten[60], daß die badische Parteiorganisation der SPD zwar die Landtagswahlen bis 1891 boykottierte, sich aber mit Verve an den Gemeindewahlen beteiligte, die ein ungleich ungünstigeres Wahlrecht aufwiesen, als die Landtagswahlen[61]. Eine badische Parteistatistik weist 1910 1266 sozialdemokratische Bürgerausschußmitglieder, 68 Gemeinderäte und zwei Bürgermeister nach[62].

Das Auftreten der Sozialdemokratie hatte in den Rathäusern für eine zunehmende Fraktionierung der vormals unparteiischen, d.h. mehrheitlich liberalen Honoratioren gesorgt. Vor allem sozialpolitische Forderungen, aber auch der Kampf um ein neues Kommunalwahlrecht verschärften jeweils den Wahlkampf. Ohne Bündnisse mit bürgerlichen Parteien zu schließen, gelang es den Sozialdemokraten nur selten, ihre Kandidaten in die Rathäuser wählen zu lassen. Wahlbündnisse auf dieser untersten politischen Ebene wurden spontan und sehr viel „leichtfertiger" geschlossen als auf der Landes- oder gar Reichsebene, bezogen sich in der Regel aber auf dieselben bürgerlichen Parteien, mit denen man in den Landtagswahlen auch paktierte. Doch waren Ausnahmen möglich und sind auch dokumentiert[63]. Entgegen einem Beschluß des badischen Landesparteitages waren in den neunziger Jahren in mehreren Städten sozialdemokratische Kandidaten sogar auf bürgerlichen Listen geführt worden[64]. Die enge Einbindung in die Arbeit in der Gemeinde war häufig Anlaß für Spott seitens der bürgerlichen Parteien und für heftige Kritik seitens der sozialdemokratischen Gesamtpartei. So lästerte in München die Zentrumspresse darüber, daß ein sozialdemokratischer Gemeinderepäsentant bei einem Galadiner von Kaiser und Kaiserin „in ein Ge-

[59] *Hirsch/Lindemann,* Wahlrecht, 46; vgl. auch *Schadt,* Die sozialdemokratische Partei in Baden, 173 und *Dürr,* Gemeindevertretung.

[60] Vgl. für eine detaillierte Beschreibung sozialdemokratischer Kommunalpolitik: *Adelheid von Saldern,* Die Gemeinde in Theorie und Praxis der deutschen Arbeiterorganisationen 1863–1920. Ein Überblick, in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Bd. 12 (1976) 295–352. Für einen Überblick vgl. auch *Georg Fülberth,* Konzeption und Praxis sozialdemokratischer Kommunalpolitik 1918–1933. Ein Anfang (Marburg 1984).

[61] *Schadt,* Die sozialdemokratische Partei in Baden, 172; vgl. auch *Eckert,* Liberal- oder Sozialdemokratie, 47.

[62] *Schadt,* Liberal- oder Sozialdemokratie, 170. Vgl. auch den Anhang IV in *Ritter,* Arbeiterbewegung.

[63] *Schadt,* 173.

[64] Ebda.

spräch gezogen" worden sei[65], und in Stuttgart wetterte der radikale linke Flügel gegen den Schwur des Verfassungseides in die Hand des württembergischen Königs: „Mit einem Patsch in die Hand des Königs fing alles an ..." Auch aus Eßlingen kamen Klagen, die Arbeiterabgeordneten in den Gemeinden kümmerten sich nicht um Arbeiterbelange, sobald sie in ihren Stühlen säßen[66]. In Baden nahmen lokale Parteiorganisationen der SPD ihren Kandidaten manchmal eine schriftliche Verpflichtung auf das Parteiprogramm ab – man war wohl aus Schaden klug geworden[67].

Die Neufassung der diskriminierenden Kommunalwahlgesetze wurde in den süddeutschen Ländern unmittelbar nach der jeweiligen Revision der Landtagswahlgesetze von denselben Parteien in Angriff genommen und erfolgreich durchgeführt. In allen drei Ländern schlossen sich hierfür Sozialdemokraten und Zentrum gegen die liberale Vorherrschaft in den Städten zusammen. In Württemberg wurde das Gemeindewahlrecht 1906 geändert, in Bayern folgte auf die Landtagswahlgesetznovelle von 1906 die Gemeindewahlneuordnung von 1908, in Baden war das Landtagswahlrecht 1904 neugefaßt worden, die Gemeindewahlordnung folgte 1910[68]. In Städten mit einer bestimmten Mindestgröße wurde in Württemberg 1906, in Bayern 1908 und in Baden 1910 das Proportionalwahlrecht eingeführt[69]. Die Einführung des Verhältniswahlverfahrens war und blieb auch weiterhin eine Forderung der Sozialdemokraten, wurde von Seiten der bürgerlichen Parteien aber in erster Linie zur Einschränkung der SPD in den größeren Städten der Länder befürwortet. Als „Ausgleich" für dieses Zugeständnis an die Sozialdemokraten blieb die Einschränkung der Wahlberechtigten in Bayern und Württemberg und das Dreiklassenwahlrecht in Baden bestehen[70].

Das Verhältniswahlverfahren wurde in Baden mit gebundenen, in Württemberg und Bayern mit offenen Listen eingeführt, d.h. die Wähler konnten in diesen beiden Staaten von den Vorschlägen ihrer Partei abweichen und Kandidaten anderer Parteien benennen und sogar eigene Kandidaten dazuschreiben. Hieraus ließ sich recht deutlich der Grad der Zufriedenheit der Wähler mit den Parteivorschlägen ermessen. Die Gemeindewahl in München 1908 brachte das Ergebnis, daß von den sozialdemokratischen Wählern nur 3% die Wahlvorschläge der Partei verändert hatten, von den Zentrumswählern waren es 21% und von den Wählern der Liberalen 59%[71]. Offenbar bestätigten die sozialdemokratischen Wähler den reformistisch-pragmatischen Kurs ihrer „königlich bayerischen Sozialdemokratie". Dies wird auch bei einer Gemeindewahl in Stuttgart deutlich, wo ein starker radikaler Flügel um Clara Zetkin durchsetzte, daß

[65] Die Sozialdemokratie im Münchner Rathaus, 100.
[66] *Christ-Gmelin,* Die württembergische Sozialdemokratie, 121; *Rieber,* Sozialistengesetz, 735.
[67] *Schadt,* Liberal- oder Sozialdemokratie, 174.
[68] *Hirsch/Lindemann,* Wahlrecht, 40ff.
[69] In Bayern in Gemeinden mit mehr als 4000, in Württemberg mit mehr als 10000 und in Baden mit mehr als 2000 Einwohnern. Vgl. *Carl von Pelser-Berensberg,* Die Verhältniswahl und ihr gegenwärtiger Bestand in Deutschland (Bonn 1912).
[70] Allerdings wurde die Klasseneinteilung zugunsten der 3. Klasse verändert. Statt ¾ der niedrigst Besteuerten wählten zukünftig die Hälfte der Wahlberechtigten in dieser Klasse, ⅓ in der zweiten und statt 1/12 ⅙ in der 1. Klasse. Die Stadt Karlsruhe, 183.
[71] Die Sozialdemokratie im Münchner Rathaus, 100.

die obersten Listenplätze von Kandidaten belegt wurden, die diesem Flügel angehörten. Der reformistische kommunalpolitische Experte und außerordentlich beliebte Hugo Lindemann wurde hingegen auf Platz 7 eingereiht. Die Wähler stimmten gegen diese Liste und beförderten Lindemann mit großem Vorsprung auf Platz 1[72]. Lindemann ist schließlich 1911 – nach langem Zögern der Parteispitze – als Kandidat für die Oberbürgermeisterwahl in der Stadt Stuttgart aufgestellt worden und unterlag dem gemeinsamen bürgerlichen Kandidaten nur knapp[73].

Die Sozialdemokratie hat in Süddeutschland – und hier vor allem auf der kommunalen Ebene – ein Höchstmaß an gesellschaftlicher und politischer Einbindung erreicht, manchmal, wie es schien, um den Preis einer – fast – verloren gegangenen politischen Identität.

Sie hat zum einen aktiv, durch ihre reformistische Taktik und ihre Stichwahlbündnisse, bewiesen, wie weit sie zu Entgegenkommen bereit war. Es hat dabei stets länderspezifische Wege gegeben: in Württemberg schien das Stichwahlbündnis mit der Volkspartei auch eine weitgehende politische Annäherung beider Parteien zu sein[74]. In Bayern ging die Partei wechselnde Zweckbündnisse, allerdings längerfristig beständig, mit dem Zentrum und nach 1908 mit den Liberalen ein. Den heftigsten Wechselbädern und wohl auch dem größten Problem, ihren Programmen untreu zu werden, war die badische Sozialdemokratie ausgesetzt.

Die Partei hat zum anderen passiv erfahren müssen, wo die Grenzen ihrer Macht liegen. Die bürgerlichen Parteien haben, so scheint es, den Kampf um das Wahlrecht nicht ganz verloren. Das wird besonders deutlich am Verhältniswahlverfahren. Seine Einführung war zu einem „Axiom"[75] der Sozialdemokratie geworden, dennoch wurde es stets dann eingesetzt, wenn es galt, eine mögliche sozialistische Mehrheit zu verhindern.

Zuletzt sollte man nicht vergessen, daß so weitgehende Erfolge der Sozialdemokratie – wie sie hier am Beispiel der Wahlrechtsreformen aufgezeigt wurden – nur dort möglich waren, wo sie aufgrund der strukturellen Gegebenheiten nicht übermächtig werden konnte. So waren Wahlrechtsreformen in diesem Ausmaß nur dort überhaupt möglich, wo die Sozialdemokratie zahlenmäßig schwach war, eben in den nur mäßig industrialisierten katholischen süddeutschen Staaten und nicht etwa in Preußen oder in Sachsen. Das Beispiel der Bürgerrechtsgebühren, deren Höhe die einzelnen Gemeinden Bayerns selbständig festlegen konnten, verdeutlicht dies: als 1896 die Gebühren in München halbiert wurden, stellte die sozialdemokratische Lokalorganisation weder durch ihre zahlenmäßige Stärke noch durch ihre pragmatisch-integrative Gemeindepolitik eine Gefahr für die städtischen Honoratioren dar. In Nürnberg dagegen zeigte die Partei sich radikal, und relativ zur Einwohnerzahl gesehen war ihre Organisation weit stärker als in München. Mit Hilfe der Bürgerrechtsgebühren wurde ihr

[72] *Christ-Gmelin,* Die württembergische Sozialdemokratie, 125.
[73] Ebda.
[74] Vgl. *James Clark Hunt,* The People's Party in Württemberg and Southern Germany, 1890–1914. The Possibilities of Democratic Politics (Stuttgart 1975).
[75] *Axel Misch,* Das Wahlsystem zwischen Theorie und Taktik. Zur Frage von Mehrheitswahl und Verhältniswahl in der Programmatik der Sozialdemokratie bis 1933 (Berlin 1974) 129.

der Einzug in das Rathaus verwehrt, solange, bis das neue Gemeindewahlrecht durch die Einführung des Verhältniswahlverfahrens der Partei trotz der geringen Zahl wahlberechtigter potentieller Wähler Eingang in Gemeindeämter verschaffte. Nicht zu unterschätzen für die Sonderrolle der süddeutschen Sozialdemokratie ist die zentrale Bedeutung führender Parteipolitiker. Ihre Politik der kleinen Schritte brachte bedeutende Erfolge auf kommunal-sozialpolitischem Gebiet und, wie gezeigt wurde, auf dem Gebiet der Wahlgesetzgebung. Sichtbare Erfolge, für die eine immer breiter werdende Wählerschaft ein offenes Ohr hatte.

Korreferate

Hartwig Brandt

Die württembergische Sozialdemokratie im Parteiensystem des frühen Kaiserreichs Eine Skizze

Autoren, die über württembergische Zustände handeln, sprechen nicht ungern jenen ergreifenden Refrain, daß in Schwaben alles anders sei. Die württembergische Sozialdemokratie zwischen Reichsgründung und Jahrhundertwende bietet für solche Spruchweisheit ein brauchbares Exempel[1].

Die Vorgeschichte der württembergischen SPD kennt nicht den Widerstreit von ADAV und Arbeitervereinen, die Spannung von Lassallescher Agitation und bürgerlichem Reformbemühen. Sie kennt auch nicht die Entfremdung von bürgerlicher und proletarischer Demokratie oder sie hat diese doch nicht zu programmatischer Schärfe herausgebildet. Die Arbeiterbewegung war vielmehr ein Stück jener politischen Kultur, wie diese vom Bürgertum dargestellt wurde. Sie war politisch der liberalen Opposition verbunden, sie war deren Wahlklientel und Bundesgenosse zugleich. Bestrebungen, diese Bindungen zu lösen, sind nur im Kleinen zu erkennen. Bis 1870 haben sie das System politischer Symbiose nicht zu verändern vermocht.

Die württembergischen Verhältnisse der 1860er Jahre lassen sich nicht unter jene Tendenz der Epoche fassen, die man als politisch-moralischen Einbruch der Partei des „Fortschritts" definiert. Bismarcks Strategie wirkte hier auf Liberale und Demokraten eher kontraproduktiv, und auch später noch, als das Land in das Kräftefeld des Nationalstaats geriet und schließlich in diesen inkorporiert wurde, hat es erst nach und nach

[1] Eine Gesamtdarstellung des Gegenstandes fehlt, aber es gibt drei Arbeiten, die durch ihre zeitliche Abfolge das Fehlen nur als geringen Mangel erscheinen lassen: *Wolfgang Schmierer,* Von der Arbeiterbildung zur Arbeiterpolitik. Die Anfänge der Arbeiterbewegung in Württemberg 1862/63–1878 (Hannover 1970), im folgenden zitiert: *Schmierer,* Arbeiterbildung; *Christof Rieber,* Das Sozialistengesetz und die Sozialdemokratie in Württemberg 1878–1890 (Schriften zur südwestdeutschen Landeskunde, Bd. 19, Stuttgart 1984), im folgenden zitiert: *Rieber,* Sozialistengesetz; *Maja Christ-Gmelin,* Die württembergische Sozialdemokratie 1890–1914. Ein Beitrag zur Geschichte des Reformismus und Revisionismus in der deutschen Sozialdemokratie (Diss. phil. Stuttgart 1976). Die drei Autoren haben ihren Gegenstand auch in dem Sammelband „Die SPD in Baden-Württemberg und ihre Geschichte. Von den Anfängen der Arbeiterbewegung bis heute", Hrsg. *Jörg Schadt* und *Wolfgang Schmierer* (Stuttgart 1979) behandelt.

seine Eigenheiten, seine historische Herkunft preisgegeben. Die Herausbildung einer Arbeiterpartei von eigener Statur und Organisation ist ein Kapitel dieser Geschichte, welche von Beharrung und Widerstand berichtet und doch mit der Anpassung an die vorherrschenden Verhältnisse ihr Ende fand.

Schon 1863, als ADAV und Vereinstag die Arbeiterbewegung auf eine neue, eine institutionelle Grundlage stellten, als aus der Konkurrenz beider Gründungen jenes Spannungsfeld erwuchs, das für sechs Jahre die Entwicklung bestimmte – schon damals galt in Württemberg der Primat der politischen Partei, und das hieß: der bürgerlich-liberalen Partei. Die Arbeitervereine, so die Abgrenzung gegen die Lassalleschen Bestrebungen, hätten mit parteimäßiger Organisation nichts zu schaffen. Ihre Zwecke seien gewerbliche Bildung, genossenschaftliche Selbsthilfe sowie die Bekundung sozialer Interessen; ihr politisches Credo sei das allgemeine Wahlrecht. Der Arbeiter sei Gefolgsmann der Fortschrittspartei: so forderte August Hochberger, Sprecher seines Standes in jenen frühen Jahren[2].

Auch die Spaltung des Fortschritts, wie sie durch die Bismarcksche Politik der mittleren sechziger Jahre hervorgerufen wurde, hat die Rollenverteilung nicht eigentlich gefährdet. Wohl aber hat sie die allgemeine Politik in die Arbeitervereine hineingetragen. Wo zwei Parteien sich um deren Loyalität bemühten, war das Politische von ihnen nicht mehr fernzuhalten. Andererseits wurde das Prinzip der Gefolgschaft durch die Konkurrenz politischer Gruppen nicht in Frage gestellt oder gar gefährdet. Seit 1866 begannen sich die parteipolitischen Präferenzen zu spalten, wobei örtliche Gegebenheiten und persönliche Konnexionen den Entscheidungen nicht selten die Richtung gaben. Als im Juli 1868 ein Landtag gewählt wurde – der erste in der Geschichte des Landes nach dem allgemeinen Stimmrecht –, votierten die Vereine von Stuttgart und Cannstatt für die „Preußen", die von Reutlingen, Rottweil und Hall für die Volkspartei[3].

Nach den Gründerjahren 1863/64, nach den Jahren politischer Spaltung 1865–68 sodann folgte eine letzte Phase des Jahrzehnts, in welcher die Arbeitervereine fast gänzlich von der Volkspartei ins Geschirr genommen wurden. Es ist jene Zeit, da diese Partei vom populären Anti-Preußen-Affekt zehrt, da sie durch Organisation, publizistischen Gestus und durch Kampagnen den Typus Partei in seiner avanciertesten Form repräsentiert.

Die württembergische Volkspartei war Teil jenes bismarckkritischen Reflexes auf der Linken, der sich allenthalben in jenen Jahren in Deutschland hervortat, der in lok-

[2] *Schmierer,* Arbeiterbildung, 61.

[3] Ebd., 114f.; *Gerlinde Runge,* Die Volkspartei in Württemberg von 1864–1871. Die Erben der 48er Revolution im Kampf gegen die preußisch-kleindeutsche Lösung der nationalen Frage (Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg. Reihe B, Forschungen, Bd. 62, Stuttgart 1970) 153ff., im folgenden zitiert: *Runge,* Volkspartei; *Dieter Langewiesche,* Liberalismus und Demokratie in Württemberg zwischen Revolution und Reichsgründung (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 52, Düsseldorf 1974) 376, im folgenden zitiert: *Langewiesche,* Liberalismus; *Hartwig Brandt,* Parlamentarismus in Württemberg 1819–1870. Anatomie eines deutschen Landtags (Handbuch der Geschichte des deutschen Parlamentarismus, hrsg. v. *Gerhard A. Ritter,* Düsseldorf 1987) 175, im folgenden zitiert: *Brandt,* Parlamentarismus.

keren Parteigründungen (Demokratische Volkspartei 1863–66; Süddeutsche Volkspartei 1868 ff.) institutionelle Form erhielt, der aber nur in Württemberg und Sachsen zu einer politischen Kraft im Staate gedieh[4]. Freilich tritt in beiden Parteien nun auf antipodische Weise das Verhältnis von liberalen und interventionistischen, von besitzschützenden und besitzverteilenden Bestrebungen hervor. Auch die sächsische Volkspartei hatte 1866 zuvörderst allgemeines Wahlrecht und Volkswehr, die klassischen Eingebungen der Demokratie, in ihr Programm geschrieben und die sozialen, die sozialverändernden Ziele hintangestellt. Aber die Partei, schon damals unter der Führung Bebels und Liebknechts stehend, war doch aus Arbeitervereinen hervorgegangen und binnen kurzem auch organisatorisch mit diesen verflochten, wohingegen die württembergische Rivalin sich in jedem Belang als Exponentin des Besitzbürgertums zeigte, welche der Arbeiterschaft eher aus taktischen Erwägungen Avancen machte. Die Ziele der Partei, so Karl Mayer, ihr erster Stratege und Agitator, seien Abbau der indirekten Steuern und Abschaffung des stehenden Heeres[5].

Wiewohl der Nürnberger Vereinstag vom September 1868, eine erste Demonstration der sächsischen Richtung, im Grunde bereits die Fronten geschieden hatte, zeigte die Volkspartei weder Bedürfnis noch Interesse, einer möglichen Abspaltung durch programmatisches Entgegenkommen vorzubeugen. Freilich betrachteten sich die württembergischen Arbeitervereine zu jener Zeit selbst – wenn sie auch ihre eigene Organisation aufrechterhielten – als Flügel der Partei. Es bedurfte also nicht eigener Anstrengungen der bürgerlichen Meinungsführer, ihre Klientel vor „Nürnberger" oder später „Eisenacher" Anfechtungen zu bewahren.

Die Eisenacher Parteigründung vom August 1869, deren Impulse aus der sächsischen Volkspartei kamen, welche ihrerseits dann in der Nachfolgerin aufging, trieb die württembergische Volkspartei in die nationale Isolation. Organisatorisch, weil der zentralistische Zugriff der SDAP die föderalistische Struktur des Verbandes deutscher Arbeitervereine beseitigte und die Inkorporation der württembergischen Volkspartei, die sich ja selbst auf dem Wege zur modernen Mitgliederpartei befand, dieser ihren Charakter zu nehmen drohte; programmatisch, weil die forcierte Beschränkung auf die Vertretung eines Arbeiter-Klasseninteresses in Württemberg – schon der vielfältigen sozialen Überschneidungen halber – eher Unverständnis hervorrief, jedenfalls, aufs Ganze gesehen, der nötigen Stützung entbehrte.

So war die Trennung nicht mehr aufzuhalten[6]. Und als sie unvermeidbar geworden, hat der „Beobachter", das Parteiorgan, ihr nach Kräften nachgeholfen. Karl Mayer

[4] *Rolf Weber,* Kleinbürgerliche Demokraten in der deutschen Einheitsbewegung 1863–1866 (Berlin 1962) 48 ff.; *ders.,* Demokratische Volkspartei 1863–1866, in: *Dieter Fricke u. a.* (Hrsg.), Lexikon zur Parteiengeschichte, Bd. 1 (Leipzig 1983) 504–13; *Ludwig Elm,* Süd-Deutsche Volkspartei (SDVp), in: Bd. 4 (1986) 171 ff.; *Dieter Fricke,* Verband Deutscher Arbeitervereine (VDAV) 1863–1869, in: ebd., Bd. 4 (1986) 253–65.

[5] Zu K. M.: *Runge,* Volkspartei, 27 ff. u. ö.; *Langewiesche,* Liberalismus, 91 f. u. ö.; *Brandt,* Parlamentarismus, 715–22.

[6] Die Stationen dieser Spaltung beschreibt der – längst zum Klassiker gediehene – Aufsatz von *Gustav Mayer:* Die Trennung der proletarischen von der bürgerlichen Demokratie in Deutschland 1863–1870, in: Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung, Bd. 2 (1912) 1–67 (Neuabdr. in: *Gustav Mayer,* Sozialismus und bürgerliche Demokratie, hrsg. v. *Hans-*

schrieb, jenes berühmte Diktum der Internationalen Arbeiter-Assoziation nutzend, das die Abschaffung des Privateigentums an Grund und Boden gefordert hatte und das die SDAP unwidersprochen ließ, eine flammende Artikelfolge wider die Basler Beschlüsse[7].

Die Volkspartei erlitt nach der Trennung von Eisenach Verluste, aber sie blieb als Repräsentantin der Arbeiterschaft in der Vorhand. Nur acht Arbeitervereine traten bis zur Jahresmitte 1870 der Eisenacher Neugründung bei (Stuttgart, Metzingen, Cannstatt, Eßlingen, Giengen, Hall, Ravensburg, Tettnang). In mehr als der Hälfte verfügte die Volkspartei weiterhin über die Mehrheit der Stimmen[8].

Ob diese indes auch auf weitere Sicht ihre Position hätte behaupten können, steht dahin und bleibt ein Thema für Spekulationen. Halten wir uns an das Geschehen selbst, so hat der deutsch-französische Krieg die Konkurrenz ex abrupto beendet und den Eisenachern den Weg nach Württemberg freigemacht. Angesteckt von der Kriegshysterie, war die Volkspartei noch in letzter Stunde ins preußisch-nationalistische Lager gewechselt und hatte dadurch jene Befindlichkeit erst provoziert, die Wilhelm Liebknecht ihr schon zuvor prophezeit hatte: daß sie zwischen den Mühlsteinen Sozialdemokratie und Nationalliberalismus zerrieben werde[9].

Moralisch und organisatorisch ruiniert, ging die Partei aus dem Krieg hervor. Die Zahl ihrer Vertreter im Reichstag schwankte in den siebziger Jahren zwischen einem und drei, ganze sieben Mandate errang sie 1876 bei den Landtagswahlen. Die Landesversammlung, der klassische Anzeiger innerparteilicher Vitalität, kam über Jahre hinweg zum Erliegen[10].

Wie in den sechziger Jahren der deutsche Liberalismus allgemein so hat in den siebziger Jahren die württembergische Volkspartei ein Vakuum hinterlassen, in welches eine Arbeiterpartei sensu stricto hineinzustoßen und sich als Organisation zu etablieren vermochte. Freilich geschah dies nun aus kleinsten Anfängen und vielfach fast vom Nullpunkt aus. Während Stuttgart von den Lassalleanern erobert wurde, faßten die Eisenacher im Neckartal Fuß: in Eßlingen zunächst, in Göppingen und im Remstal danach. Abseits der Verkehrs- und Industrieschiene Heilbronn-Reutlingen hat die Sozialdemokratie gleichwohl über Jahrzehnte kaum an Boden zu gewinnen vermocht.

Ulrich Wehler, Frankfurt 1969, 108 ff.), im folgenden zitiert: *Mayer*, Trennung. Zur neueren (und vergleichenden) Diskussion: *Wolfgang Schieder*, Das Scheitern des bürgerlichen Radikalismus und die sozialistische Parteibildung in Deutschland, in: *Hans Mommsen* (Hrsg.), Sozialdemokratie zwischen Klassenbewegung und Volkspartei (Frankfurt/M. 1974) 17–34.

[7] Beobachter, Nr. 238–40 v. 13./14./15.10.1869. S. a. *Schmierer*, Arbeiterbildung, 144.

[8] Ebd., 150 f.

[9] *Mayer*, Trennung, 60 f.

[10] Eine Biographie der Volkspartei zwischen 1871 und 1890 fehlt. Die *Rungesche* Arbeit schließt mit der Reichsgründung, die Studien von *Klaus Simon* (Die württembergischen Demokraten. Ihre Stellung und Arbeit im Parteien- und Verfassungssystem in Württemberg und im Deutschen Reich 1890–1920, Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, Reihe B, Forschungen, Bd. 52, Stuttgart 1969) im folgenden zitiert: *Simon*, Demokraten, und *James Clark Hunt* (The People's Party in Württemberg and Southern Germany 1890–1914, Stuttgarter Beiträge zur Geschichte und Politik, Bd. 9, Stuttgart 1975) im folgenden zitiert: *Hunt*, People's Party, beginnen zwanzig Jahre danach.

Institutionelles Gehäuse ihrer Bestrebungen waren die herkömmlichen Arbeitervereine, aber auch diese fielen der Partei nicht in dem Maße zu, wie sie des Einflusses der Volkspartei entrieten. Sie wurden in der Mehrzahl unpolitisch, oder sie pflegten die alte, die liberale Sozialpolitik Schulze-Delitzscher, Pfeifferscher Provenienz. In den ersten Jahren – ca. 500 Mitglieder hat Wolfgang Schmierer für 1872 gezählt[11] – sind SDAP und ADAV kaum über die Stützpunkte des Reichsgründungsjahres hinausgelangt. Verglichen mit den Verhältnissen anderer Regionen, von Hamburg und Sachsen nicht zu reden, war der Zuwachs an Mitgliedern und Wahlstimmen gering. Erst 1895 gewann die Partei ihren ersten Sitz im Landtag, erst 1898 gar ein Mandat im Reichstag. Weder bei den Wahlen dort noch bei den Wahlen hier ging der Anteil an Stimmen über 4% hinaus[12].

Die Gründe für diese schleppende Entwicklung sind verschiedener Art. Da war der Anteil von Beschäftigten in der Landwirtschaft, der jenem in der Industrie mit 45,1 zu 35% voraufging und gegenüber der Reichsziffer (35 zu 38,5%) eine Besonderheit darstellte[13]. Da war zum zweiten der Anteil der ökonomisch Selbständigen, welcher in Württemberg 1895 mit 37,4% immer noch um neun Punkte über dem Anteil im Reiche lag[14]. Da war zum dritten, und von dem ersten und zweiten nicht zu trennen, die starke Position Selbständiger in der Repräsentanz der Partei, wohingegen unter den Mitgliedern von Anbeginn der Handwerker-Arbeiter überwog. (Bronnenmeyer, nennen wir ihn beim Namen, war der erste Vertreter dieser Schicht, der sich – 1884 – um ein Reichstagsmandat bemühte). Da war viertens der hohe Anteil von Nicht-Württembergern unter Mandatsträgern und Wahlbewerbern. (Erst 1877 ist mit dem Eßlinger Julius Motteler ein Einheimischer auf den Kandidatenlisten zu finden.) Und da war fünftens und schließlich der eher bedächtige Stil der Auseinandersetzung, das Fehlen aller theoretischen Ambition. Lassalle hat niemals große Resonanz erzeugt. Die Bebelsche Richtung, freilich wohl eher Bebel selbst, der häufig in Württemberg weilte, war geschätzt. Aber in der Praxis war die Tuchfühlung zur Volkspartei ein Korrektiv, das alle ideologischen Festlegungen relativierte. Daß Albert Dulk, Königsberger, Schriftsteller und Freidenker, dreimal als Parlamentsbewerber auf den Schild gehoben wurde, dies erscheint durchaus als eine plausible Quintessenz des Gesagten.

Bei alledem war die württembergische Sozialdemokratie indes keine Quantité négligeable im Parteiensystem der siebziger und achtziger Jahre. Die zählbaren Erfolge waren gering, aber das Mehrheitswahlrecht in Reich und Land war einer vom Nullpunkt

[11] *Schmierer,* Arbeiterbildung, 180.

[12] Die Geschichte der Reichstags- und Landtagswahlen (seit 1871) in Württemberg bedarf noch der Erforschung. Die vorliegende Skizze stützt sich in ihren Zahlenangaben auf *Wolfgang Schulte,* Struktur und Entwicklung des Parteisystems im Königreich Württemberg (Diss. phil. Mannheim 1970), im folgenden zitiert: *Schulte,* Parteisystem; *Gerhard A. Ritter* unter Mitarbeit von *Merith Niehuss,* Wahlgeschichtliches Arbeitsbuch. Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1871–1918 (München 1980), im folgenden zitiert: *Ritter,* Arbeitsbuch und die genannten Arbeiten von *Schmierer* und *Rieber.*

[13] *Rieber,* Sozialistengesetz, 39.

[14] *Gerd Hohorst/Jürgen Kocka/Gerhard A. Ritter,* Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch. Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1870–1914 (München 1975) 70f.

emporstrebenden Partei eben auch nicht günstig[15]. 3,8, 2,4, 2,8, 3,6, 3,5% – so lauten die Anteile bei den Reichstagswahlen von 1874 bis 1887. 1,3, 1,4, 4,3, heißen sie bei den Landtagswahlen des gleichen Zeitraums. Aber diese Zahlen verhüllen den Abstand, der die industriellen Zentren des Neckartals von den arbeiterfernen Regionen – Hohenlohes, Oberschwabens, des Schwarzwaldes – trennte. In Stuttgart gewann der ADAV bei den Reichstagswahlen 1874 16,7%, die SDAP in Göppingen 20%, in Eßlingen gar 27,3% der Stimmen. Ein Jahr später – bei einer Nachwahl in Stuttgart – erhöhte die vereinte Partei ihren Anteil auf 26,3 v.H. Über dieses Niveau ist sie dann erst 1893, nun allerdings in kräftigen Schüben – 20,3, 27,4, 27,9, 32,5% – hinausgelangt, wobei es ein Charakteristikum bleibt, daß die Zuwachsraten der Landtagswahlen denen der Reichstagswahlen immer erst im zeitlichen Abstand einiger Jahre folgten.

Indessen ist die Rolle des Nachzüglers, welche die württembergische Sozialdemokratie im Troß der Bewegung über Jahrzehnte spielte, nur ein Teil dessen, was ihre Besonderheit ausmachte. Das andere ist die eigentümliche Verschränkung von Miteinander und Streit, die ihr Verhältnis zur benachbarten Volkspartei ausmachte. Keine Frage ist, daß sie von der Depression dieser Partei in den siebziger Jahren profitierte und bürgerliche Protestwähler an sich zog, die den Bismarckkult der Deutschen Partei nicht schätzten. Keine Frage aber auch, daß die Politik der Wahlempfehlungen hüben und drüben, die Koalitionsfähigkeit also von dort nach hier und von hier nach dort das Parteiensystem elastisch hielten, ja ein Klima der Gemeinbürgerlichkeit konservierten, welches im Lande eine Tradition, aber im System des Kaiserreichs eigentlich keine Bleibe hatte.

Die ersten Absprachen, die eine Phase des Profits der SDAP an der Malaise der Volkspartei – so 1874 in Stuttgart – beendeten, datieren von 1876. Bei der Landtagswahl dieses Jahres verzichtete die SDAP in Eßlingen auf einen Kandidaten zugunsten der Volkspartei, deren Bewerber – Karl Mayer – gewann. In Stuttgart geschah es umgekehrt, wo Albert Dulk indessen das Mandat verfehlte. Immerhin war erstmals ein sozialdemokratischer Bewerber in die Stichwahl gelangt, Kandidat von Linksbürgerlichen und Arbeiterpartei zugleich.

Auch bei der Reichstagswahl des folgenden Jahres gab es Vereinbarungen, wiewohl eine Debatte in der SAP erstmals auch die fragwürdigen Seiten solcher Unterstützungen offenbarte. In Reutlingen hatte die Partei dem aufstrebenden Volksparteiler Friedrich Payer zum Mandat verholfen. In Eßlingen war Friedrich Retter, ein Posthalter aus Ellwangen, der Begünstigte. An beiden Hilfestellungen, da sie ohne Gegenleistung blieben, entzündete sich Kritik in der Partei.

In den 80er Jahren bestimmten solche Ungleichgewichte noch stärker das Bild. Zweimal (1881 und 1883) verschaffte sozialdemokratische Unterstützung – und damit der eigene Verzicht – dem Demokraten Sigmund Schott das Stuttgarter Mandat, wohingegen die Volkspartei (Heilbronn 1884, Cannstatt 1887), wo sie selbst auf die Konkurrenz verzichtete, ihren Anhängern Wahlenthaltung nahelegte. Wo das Sozialistengesetz der SAP alle Versammlungstätigkeit untersagte und Handhaben für Preßunter-

[15] Zahlen nach *Schmierer,* Arbeiterbildung, 274f. (Reichstagswahlen); *Ritter,* Arbeitsbuch, 89 (Reichstagswahlen); *Rieber,* Sozialistengesetz, 799–805 (Reichstags- und Landtagswahlen); *Hunt,* People's Party, 180–82 (dsgl.). Auf Einzelbelege wird im folgenden verzichtet.

drückung und Ausweisung bot, da zehrte diese von der Ablehnung des Gesetzes über die Parteigrenzen hinweg. Daß Redner der SAP auf Wahlversammlungen der Volkspartei auftreten konnten – und aufgetreten sind, war in Grenzen ein Ausgleich für die Stimmenunterstützung, welche den Demokraten zugute kam. Die achtziger Jahre boten, das Verhältnis beider Parteien zueinander betreffend, eine Umkehrung von Gewinn und Verlust. War die SDAP in den frühen siebzigern Begünstigte der politischen Indolenz der Demokraten, so zogen diese Profit aus der Kriminalisierung sozialdemokratischer Politik ein Jahrzehnt danach. Die nur wenig differierenden Stimmengewinne von SDAP und SAP zwischen 1870 und 1890 geben eine Stagnation des Wählerverhaltens vor, die es vermutlich nicht gab. Hier hatten abtrünnige Teile des Bürgertums den Stimmenfundus besorgt, dort der durch Verfolgung geschärfte proletarische Gemeinsinn. Dazu war es die fortschreitende Industrialisierung selbst, welche den Sozialdemokraten mit Stetigkeit neue Hilfstruppen zuführte.

Das politische System Württembergs bestand in den 70/80er Jahren aus einem Regierungschef – Mittnacht –, der sich vom Landtag und vom Landesherrn fast emanzipiert hatte, gleichwohl im Parlament über eine Anhängerschaft von Gouvernementalen und großdeutschen Konservativen verfügte. Es bestand zum zweiten aus einer nationalen Partei, die sich in den Jahren der Reichsgründung als deren Streiter und Agent verbraucht hatte und sich zunehmend – als Hölder 1881 in das Innenministerium eintrat, wurde es offenbar – zur Regierungspartei wandelte. Und es verfügte drittens über eine demokratische Opposition, die, parlamentarisch indes eher schwach, auf der Linken in einer Arbeiterpartei neuen Typs, der SAP also, eine Fortsetzung fand.

Dieses System hat sich nach 1890 von Grund auf verändert. Zum einen gab es eine Renaissance der Volkspartei, welche, die Reichsernüchterung nutzend, zur stärksten politischen Kraft des Landes wurde und im Landtag über ein Drittel, im Reichstag fast ein Jahrzehnt lang über mehr als die Hälfte der württembergischen Mandate verfügte. Da war zum zweiten der politische Katholizismus, der bis dahin – Folge der schon in den sechziger Jahren entschärften Kirchenfrage – in getrennten Lagern agiert hatte und sich erst 1895, großdeutsche Konservative und großdeutsche Liberale vereinigend, als Landes-Zentrumspartei organisierte. Da waren drittens die Geschlagenen des rechten Lagers, die geschrumpfte Deutsche, nun nationalliberal getaufte Partei, Reste der gouvernementalen Landespartei, Agrarkonservative, Ritterschaft, evangelische Prälaten, die sich zur sog. „Freien Vereinigung" zusammenschlossen[16]. Und da war viertens die SPD, deren Stimmenanteile bei den Reichstagswahlen nach 20 und 27% 1912 mit 32,5 v.H. ihren Zenit erreichten.

Das Verhältnis der beiden Linksparteien, zuvor ein solches der Minderheiten, der Verlierer, hatte sich gewandelt. Mit gewachsener Stimmenstärke trat indessen nun

[16] *Simon,* Demokraten, 47 ff.; *Hunt,* People's Party, 71 ff.; *David Blackbourn,* Class, Religion and Local Politics in Wilhelmine Germany. The Centre Party in Württemberg before 1914 (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz, Abt. Universalgeschichte, BH 9, Wiesbaden 1980); *Georg H. Kleine,* Der württembergische Ministerpräsident Frhr. Hermann von Mittnacht, 1825–1909 (Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, Reihe B, Forschungen, Bd. 50, Stuttgart 1969) 30 ff.

auch das Geschäftliche, das taktische Kalkül ihrer Beziehungen schärfer hervor. Bei den Reichstagswahlen von 1890 gewann die Volkspartei zwei der 17 zu vergebenden Mandate im ersten Durchgang, 7 weitere im zweiten gegen konservative Kandidaten, obwohl diese in 5 Fällen zunächst in Front gelegen hatten. Wenigstens drei, vermutlich vier der zugewonnenen Sitze verdankte sie sozialdemokratischer Unterstützung. Ähnlich waren die Verhältnisse 1893. Umgekehrt hatte die SPD in Stuttgart mit ihrem Kandidaten in beiden Fällen das Nachsehen, obwohl dieser als stärkster Bewerber aus der ersten Wahl hervorgegangen war, in der Stichwahl dann aber dem Mann der Liberalen unterlag. Nicht mehr als 40% der VP-Wählerschaft, so hat man vermutet[17], dürfte sich auf die Wahlempfehlung ihres Ortsvereins eingelassen haben. 1898 gewann die SPD Stuttgart im ersten Anlauf, unterlag aber in drei Stichwahlen, zu denen sie vorgedrungen war, gegen den konservativen Kandidaten. Umgekehrt war sie in vier Wahlkreisen jene Kraft, welche für den Sieg der Volkspartei am Ende den Ausschlag gab[18].

Was die Beispiele zeigen, ist eine einseitige, eine schiefe Form der Kooperation, die freilich darin ihre Ursache hatte, daß die Volkspartei – ihren Zielsetzungen wie ihrer Wählerschaft nach – sich in der Mitte zwischen zwei Parteien befand. Wo es um die Entscheidung zwischen Volkspartei und Nationalliberalen ging, votierte die SPD stets für die erstere. Standen die Wähler der Volkspartei vor der Entscheidung, für links oder rechts zu votieren, so taten sie es mit „wechselnder Gewichtung"[19]. Das empfehlende Votum der Gremien wog in solchen Fällen gering.

Freilich ist dies nicht die ganze Erkenntnis, welche der Gegenstand bereithält. In einer tieferen Schicht beginnt zur gleichen Zeit jener Prozeß, dessen Auswirkungen indessen erst nach der Jahrhundertwende in Gänze zutage treten und den man als die Milieuverfestigung der Parteien bezeichnen kann – und bezeichnet hat[20]. Die württembergische Parteiengeschichte der 1890er Jahre zeigt einen Höhenflug der föderalen Demokratie und einen fortschreitenden Stimmenzuwachs ihres Partners und Kontrahenten, der SPD. War das Wahlverhalten der württembergischen Wählerschaft bis in die sechziger Jahre von sozialständischen Fixierungen noch weitgehend frei und waren die Parteien eher durch Verfassungssätze und nationale Präferenzen geschieden, so hat sich diese Tradition auch in den siebziger und achtziger Jahren z.T. noch fortgesetzt, wiewohl der Zusammenhang von Industrialisierung und sozialdemokratischer Stimmenmacht diesem System schon den Boden zu entziehen begann. Beeindruckt von diesem Umstand und der Perspektive, die er zu eröffnen schien, zudem einer sozialpolitischen Gegenoffensive nicht mehr fähig, suchte die Volkspartei nach 1900 eine soziale Kompensation, und sie fand sie, wo auch eine Bauernpartei seit 1898 kandidierte und das Zentrum längst sein Feld abgesteckt hatte, im Mittelstand. Seitdem ist die soziale Verfestigung auch in Württemberg eine Konstante der Parteiengeschichte.

[17] *Hunt,* People's Party, 121.
[18] Ebd.; *Schulte,* Parteisystem, 134ff.; *Rieber,* Sozialistengesetz, 689ff.
[19] *Schulte,* Parteisystem, 136.
[20] *M. Rainer Lepsius,* Parteisystem und Sozialstruktur: zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft (1966, Wiederabdr. in: *Gerhard A. Ritter* (Hrsg.), Die deutschen Parteien vor 1918, Köln 1973, 56–80).

Klaus Tenfelde

Bayerische Industrialisierung und Entwicklung der Sozialdemokratie

Merith Niehuss hat in ihrem Beitrag vor allem die Bedeutung der Wahlrechtsentwicklung in Süddeutschland für die Ausbreitung der Sozialdemokratie behandelt. Die mindestens ebenso wichtige Frage für den Sozialhistoriker lautet, ob und inwiefern die Spezifität der bayerischen Industrialisierung einerseits die Ausbreitung der Sozialdemokratie schlechthin, mithin auch die Geschwindigkeit dieser Ausbreitung und deren Hemmnisse, andererseits gewisse Besonderheiten in der Entwicklung der bayerischen Sozialdemokratie und den Akzenten ihrer Politik erklärt.

So zu fragen, heißt zunächst, auf den beklagenswerten Zustand der bayerischen Industrialisierungsforschung und der allgemeinen Sozialgeschichte Bayers im 19. und 20. Jahrhundert hinzuweisen. Es gibt zwar eine durchaus beeindruckende Fülle von Regionalstudien und auch Überblicke zu einzelnen Aspekten, aber zu einer echten Grundlagenforschung über das wirtschaftliche Wachstum und die Entwicklung der Landwirtschaft, über Konjunkturen und Krisen und regionale Ausbreitung der Industrialisierung ist es so recht bisher nicht gekommen. So besteht schon in den Begriffen wenig Sicherheit; einig ist man allenfalls darüber, daß die Industrialisierung in Bayern einen anderen Verlauf nahm als in den meisten sonstigen Bundesstaaten. Man hat von geminderter oder verhinderter, von langsamer, schleichender, verspäteter oder punktueller Industrialisierung gesprochen und ihr Attribute wie ländlich, handwerklich, mittelständisch und mittelbetrieblich beigemessen, und auch über die Datierung der Anfänge herrscht nicht immer Einigkeit.

Dabei erscheint soviel klar: Bayern wurde von der Industrialisierung frühzeitig berührt, aber erwies sich über viele Jahrzehnte als resistent. Das hing einerseits mit der Allokation der Ressourcen, andererseits mit dem Einfluß der in Bayern überwiegenden Konfession, mit bayerischer Tradition und Mentalität zusammen. Daß die Industrialisierung zwar früh verspürt wurde, aber nicht durchgriff und jedenfalls nicht die preußischen Folgen zeitigte, dieser Umstand konnte beispielsweise die andernorts längst akzeptierte Irreversibilität der Industrialisierung in Bayern fraglich machen. Das Land blieb bis in die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg wenig berührt. Das treffendste Attribut der bayerischen Industrialisierung heißt „punktuell": punktuell großstädtisch, also auf die – in dieser zeitlichen Reihenfolge – drei Großstädte Nürnberg, Augsburg und München bezogen; punktuell kleinstädtisch, indem gegen Ende des 19. Jahrhunderts in Oberbayern, der Oberpfalz und in Franken eine Reihe von kleinstädtischen Industriestandorten entstand. So verlief die bayerische Industrialisierung punktuell großstädtisch und kleinstädtisch in der Peripherie, und das Land blieb wenig berührt.

Ein klein- und mittelbetriebliches Element blieb durchgängig stark. Industriekommunale Urbanität prägte sich allenfalls in den 3 Großstädten aus; auf dem Lande lebte hingegen ein recht starkes, in Krisenzeiten aufflackerndes antiindustrielles und antiurbanes Ressentiment fort.

Dank der punktuellen und peripheren, insgesamt zögerlichen Industrialisierung haben ländliche Besitzklassenunterschiede, durch einen breiten bäuerlichen Mittelstand und eher geringen Großgrundbesitz gestützt, bis in die Gegenwart einen wichtigen Pol der Interessenpolitik markiert. Die ländliche Überschußbevölkerung ist auch in Bayern in hohem Maße in die Städte gewandert – nach 1945 vermutlich mindestens so stark wie vor 1914 –, aber sie ist nirgends, wie im Ruhrgebiet, von einer schwerindustriellen Erwerbsklassengesellschaft aufgesogen worden. Der scharf klassenbildende Einfluß der Schwerindustrie blieb Bayern weitgehend erspart. Auch in den Großstädten blieb der Mittelstand stark und stellte viele Arbeitsplätze bereit. Die drei Großstädte unterschieden sich jedoch, was den Typus und den Zeitpunkt der Industrialisierung angeht: Der Raum Nürnberg war schon frühzeitig von einer weitgehend diversifizierten, durch den Metallbereich akzentuierten verarbeitenden Industrie geprägt, während in Augsburg bis zum Ende des 19. Jahrhunderts die Textilindustrie die städtische Gesellschaft prägte. Seither drang die Metallindustrie vor. München verdankte einen Teil seines Wachstums den hauptstädtischen Funktionen, aber die Stadt zog auch größeres Gewerbe mit industriellen Arbeitsplätzen an sich.

Dem für die deutsche Arbeiterbewegung offenbar günstigsten Nährboden, dem Typus der industriellen, in Arbeitsplätzen und Branchen weitgehend diversifizierten Großstadt, kommt in Bayern offenbar allein Nürnberg recht nahe. Unbestreitbar war Nürnberg das Zentrum der bayerischen Arbeiterbewegung bis zum Ende des 19. Jahrhunderts, während in Augsburg der scharfe textilindustrielle Patriarchalismus offenbar vorübergehend einen radikalen Lassalleanismus begünstigte. Die Augsburger Arbeiterbewegung hatte überdies nach der Jahrhundertwende mit einer starken wirtschaftsfriedlichen Gegenbewegung zu kämpfen. In München gewann die Arbeiterbewegung hingegen seit den 1890er Jahren rasch an Einfluß. Ebenso sind die kleinen Industriestädte an der Peripherie in der Regel sehr rasch von der Arbeiterbewegung erfaßt worden. Gewerkschaften und Sozialdemokratie konnten in ihnen schon vor 1914 in einem solchen Umfang an Einfluß gewinnen, daß ihr Machtanspruch nach 1918 kaum bezweifelt wurde.

Auf das ganze Land bezogen, hatte die Arbeiterbewegung schon vor 1914 in Bayern nur unterdurchschnittlichen Erfolg. In den Landstädten dürfte sie allenfalls in protestantischen fränkischen Gebieten wirklich Fuß gefaßt haben. Die bäuerliche Landbevölkerung beider Konfessionen und das katholische Handwerk und Kleinbürgertum bewahrten im Verlauf der bayerischen Industrialisierung ihre Eigenständigkeit – das Zentrum blieb führende Partei. In vielerlei Hinsicht vergleicht sich die bayerische Industrialisierung und die Entfaltung der bayerischen Arbeiterbewegung mit der Entwicklung im westlichen Österreich, einem ebenfalls katholischen, zögernd und punktuell industrialisierenden Staat.

Neben der gehemmten Ausbreitung der Arbeiterbewegung scheint auch die Art ihrer Politik durch den Typus der bayerischen Industrialisierung mitbestimmt. Das ließe

sich, bis in die Gewerkschaftsbewegung hinein, an vielen Beispielen zeigen; in dem Aufsatz von Frau Niehuss wird ja insbesondere die Kompromiß- und Gestaltungsfähigkeit auf der Landesebene hervorgehoben. Tatsächlich spielten das Wahlrecht und das Bürgerrecht auf nahezu allen Parteitagen der bayerischen Sozialdemokratie eine wichtige Rolle; gerade auch auf der kommunalen Ebene entpuppte sich das restriktive Bürgerrecht als eine wirksame Mobilisierungsmöglichkeit. Sie ist von der Sozialdemokratie durch die Gründung zahlreicher Bürgerrechtsvereine, in denen neben der Agitation für das gebührenfreie Bürgerrecht die weithin noch zu zahlenden Gebühren angespart wurden, wahrgenommen worden. Aber es gab eben auch viel Verständnis für bayerische Besonderheiten. So kommentierte der Nürnberger Delegierte Carl Grillenberger auf dem ersten sozialdemokratischen Landesparteitag in Regensburg 1892 einen dort zur Abstimmung gestellten Antrag auf Herabsetzung der Heimatrechtsgebühren mit dem Hinweis, das korrekteste sei zwar die Abschaffung dieser Gebühren, und das bayerische Heimatrecht habe „gewiß viele Mängel, lieber sei es ihm aber immer noch wie der norddeutsche Unterstützungswohnsitz". Bürgernähe spricht vor allem aus dem besonderen Engagement der bayerischen Sozialdemokratie für die Kommunalpolitik. Der Landesparteitag von 1902 verabschiedete ein Gemeindewahlprogramm, das sehr konkrete Forderungen sowohl an den Staat – auf Verbesserung der Gemeindeordnung, Steuerreform, Gesetzgebung über Volksschulen, Wohnungs- und Gesundheitswesen sowie Armenpflege – als auch an die Gemeinden stellte. Darin gab es zwar eine Fülle von sozialpolitischen Forderungen, aber von Sozialismus war so recht nichts zu spüren. Gerade auf der gemeindlichen Ebene erreichte die bayerische Sozialdemokratie, was immer sonst ihre Ausbreitung förderte oder hemmte, ein „Höchstmaß an gesellschaftlicher und politischer Einbindung" (Niehuss). Es bleibe dahingestellt, ob dies um den Preis des Verlustes an politischer Identität erreicht wurde, denn es erscheint durchaus fraglich, ob die bayerische Sozialdemokratie je eine andere politische Identität besessen oder angestrebt hat.

Stephan Bleek

Ein Wählermilieu in der Großstadt – Bemerkungen zum Durchbruch der SPD in einem Münchner Arbeiterviertel

Eine bislang nicht untersuchte Frage bei der Erforschung der Wählerbewegungen zur Sozialdemokratie während der Kaiserzeit betrifft die Herausbildung der Wählermilieus in den rasch wachsenden großstädtischen Arbeitervororten. Ich bin auf diese Frage in einer Fallstudie über das Münchner Westend eingegangen[1], die Ergebnisse dieser Studie unterstreichen die Bedeutung sozial-moralischer Milieus[2] in den Stadtquartieren für die Bildung und Stabilisierung der Wählerbasis der Partei.

München ist für die Wahlforschung ein außerordentlich wichtiges Untersuchungsfeld, stellt die Stadt doch einen ausgesprochenen Sonderfall für die Erfolgschancen der Sozialdemokratie im katholischen Umfeld dar, gewissermaßen einen roten Fleck auf der schwarzen Weste. Das Münchner Westend gehört zum Wahlkreis München II in dem Georg v. Vollmar schon 1884 erfolgreich war. Köln, ebenfalls eine Großstadt mit mehrheitlich katholischer Bevölkerung, befand sich zu diesem Zeitpunkt, auch was die Arbeiterwähler angeht, noch auf lange Sicht fest in der Hand des Zentrums[3]. Der Wahlkreis München II war nur zu etwa zwei Dritteln ein städtischer Kreis, er umfaßte auch große Teile des dörflichen Umlandes der Großstadt. Die städtischen Gebiete des Wahlkreises gehörten zu der Wachstumszone der Großstadt, wo sich vorwiegend seit den Gründerjahren rasch entwickelnde Arbeiterquartiere befanden. Die Bewohner dieser Quartiere waren großenteils Zuwanderer, die in der Masse aus Landgemeinden stammten und erst seit kurzem in der Stadt lebten und arbeiteten. Da es sich zu 90 Prozent um Angehörige der katholischen Konfession handelte, wäre zu vermuten, daß das Zentrum hier ähnlich günstige Bedingungen für den Gewinn von Arbeiterwählern vorgefunden haben sollte, wie es etwa im Rheinland oder auch in Oberschlesien der Fall war.

[1] *Stephan Bleek,* Quartierbildung in der Urbanisierung. Das Münchner Westend 1890–1933 (Phil. Diss. München, MS 1986) im Druck.

[2] Zum Begriff *M. Rainer Lepsius,* Parteiensystem und Sozialstruktur: Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft, in: *Gerhard A. Ritter,* Die deutschen Parteien vor 1918 (Köln 1973) 56–80.

[3] Hierzu *Karl Rohe,* Katholiken, Protestanten und Sozialdemokraten im Ruhrgebiet vor 1914. Voraussetzungen und Grundlagen „konfessionellen" und „klassenbewußten" Wählens in einer Industrieregion, in: *ders.,* Vom Revier zum Ruhrgebiet: Wahlen, Parteien, Politische Kultur (Essen 1986) 43–60, 44.

Die Wirkungen der Mobilität verdienen eine außerordentlich genaue Analyse, da komplexe Folgen für die Werthaltungen, Verhaltensweisen und eben auch die politischen Einstellungen der Beteiligten unterstellt werden können. Das Kernstück der Arbeit über das Münchner Westend bildete eine Analyse der Einwohnermeldebögen, die die räumlichen Bewegungen der Einwohner genau erfaßt haben. Die Bewohnerschaft des im wesentlichen zwischen 1875 und 1890 errichteten Stadtbezirks setzte zu dieser Zeit sich großenteils aus jungen Zuwanderern zusammen. Die Einwohnerzahl des Bezirks stieg von 7523 Personen im Jahr 1880 über 1885: 9841 auf 1890: 17405 Bewohner. Dann verlangsamte sich das Wachstum, um 1900 wurde mit 23000 Bewohnern der für lange Zeit gültige Höchststand erreicht. Eine bedeutende Gruppe unter den Einwohnern stellten die etwa 25 bis 40jährigen Zuwanderer, die nach einigen Jahren des Umherziehens eine Familie gegründet hatten und seßhafter geworden waren. Sie stellten vermutlich bis zu zwei Drittel der zum Reichstag Wahlberechtigten. Die Hochmobilen waren jünger, mehrheitlich unter 25 Jahren alt und ledig, sie pendelten oft noch saisonal zwischen der Stadt und dem Land oder aber wanderten über verschiedene Städte weiter.

Das Westend war ein ausgesprochenes Arbeiterviertel. Die soziale Segregation der gesellschaftlichen Klassen war im München der Kaiserzeit ähnlich stark ausgeprägt wie in den meisten vergleichbaren Großstädten andernorts. Bedeutsam scheint dabei auch die Segregation zwischen zugewanderten und einheimischen Arbeiterschichten – die neuentstehenden Stadtbezirke nahmen die Masse der Zuwanderer auf, die Einheimischen, am Ort geborenen Unterschichtsangehörigen konzentrierten sich in den älteren Tagelöhner- und Handwerkervorstädten. Schließlich sei noch darauf hingewiesen, daß die Arbeiter dieser Epoche zumeist in enger räumlicher Verbindung zu ihren Fabriken wohnten, ein Stadtviertel wie das Westend, das in der Nähe des Bahnhofes und einigen Großbetrieben gelegen war, beherbergte also vor allem Eisenbahner und Arbeiter dieser Betriebe. Man kannte sich am Arbeitsplatz, traf sich aber auch nach Feierabend in der Nachbarschaft. Entscheidend war nun, daß die erwähnte, für die Analyse des Wählerpotentials der Parteien besonders interessante Einwohnergruppe sich als außerordentlich orts- und stadtviertelfest erwies: Durchschnittlich mehr als 25 Jahre verbrachten die Bewohner im selben Viertel. Umzüge wurden zumeist in allernächster Nachbarschaft vorgenommen. Diese Seßhaftigkeit band die Bewohner fest in ein bestimmtes Milieu ein, das sein eigenes soziales Profil entwickelte, das von einer starken altersmäßigen Homogenität geprägt wurde, das auf gleichgerichteten Erfahrungen vieler ruhte und das alle Voraussetzungen für besonders intensive Kommunikationsbeziehungen mitbrachte.

Wie erreichte die Sozialdemokratie nun hier ihre Erfolge? Die Zentrumspartei unternahm in München keineswegs geringere Anstrengungen, im Arbeitermilieu verankert zu bleiben, als etwa im Rheinland oder in anderen katholischen Regionen. Auch in München agierten „rote Kapläne", wurde ein straff parochial organisiertes Vereinsnetz aufgezogen, wurde versucht, Bedingungen zu schaffen, die es zuließen, daß die neuen Erfahrungen in der großstädtischen Lebenswelt und der industriellen Arbeitswelt über am Glauben gebundene Deutungsmuster internalisiert wurden. Die politischen und weltanschaulichen Gegensätze zwischen Zentrum und SPD (oder auch

zwischen Zentrum und Liberalen etc.) traten hier, im milden süddeutschen Klima, an der Wählerbasis keinesfalls mit geringerer Heftigkeit zutage als im rauhen Norden: die Wahlkämpfe wurden als zutiefst emotionsbeladene Schlachten ausgetragen, nicht selten kam es zu handgreiflichen Auseinandersetzungen. „Hie Christ! – hie Antichrist!" – unter diesem Motto stand die Seelsorge in den beiden Pfarrgemeinden des Stadtbezirks. Bezeichnend für die intensiven seelsorgerischen Bemühungen ist vielleicht die Tatsache, daß im Westend die erste Kirche bereits einige Jahre vor dem ersten Schulgebäude geweiht wurde. Dennoch fand sich der politische Katholizismus bald in der Defensive. Das Zentrum konnte Anfang der 1880er Jahre noch bedeutende Teile der Münchner Arbeiterwähler an sich binden, allerdings war die „Partei der Nichtwähler" stark, besonders stark in den Zuwandererviertel. Dies deutet darauf hin, daß trotz aller unternommenen Anstrengungen gerade hier besonders günstige Bedingungen für einen radikalen Bruch mit den hergebrachten politischen Wertesystemen und Normen vorhanden waren.

1884, als Georg v. Vollmar den Wahlkreis München II in der Stichwahl mit einem hauchdünnen Vorsprung von nur 115 Stimmen dem Zentrum abnehmen konnte, spielte gerade das Reservoir vormaliger Nichtwähler die ausschlaggebende Rolle. Beide Kandidaten konnten im jeweils für sie besonders günstig erscheinenden Umfeld in der Stichwahl kräftig zulegen. Während der Zentrumskandidat Westermayer in den Landgebieten des Wahlkreises seine Stimmenzahl mehr als verdoppeln konnte, in den städtischen Gebieten gerade einmal 8,7 Prozent mehr Wähler für sich zu mobilisieren vermochte, schaffte es Vollmar, in der Stadt um 116 Prozent zuzulegen und auf dem Land, wo er allerdings nur einen ganz geringen Anteil seiner Stimmen holte, sein Ergebnis ebenfalls deutlich zu steigern.

Die einfache Addition der Stimmen des in der Stichwahl nicht mehr beteiligten liberalen Kandidaten Fischer und derjenigen Vollmars scheint dessen Sieg auf den ersten Blick beinahe zu erklären. Bei näherer Betrachtung der Einzelresultate in den Wahllokalen zeigen sich jedoch komplexere Wählerwanderungen. Zwar erntete Vollmar mit Sicherheit liberale Proteststimmen gegen die Zentrumspolitik – so kommentierten auch die liberalen „Münchener Neuesten Nachrichten": „Kolossales Anwachsen der Sozialdemokraten ... ist zunächst ein Protest gegen die Ultramontanen"[4] – der eigentlich entscheidende Faktor für ihn war jedoch die Mobilisierung vormaliger Nichtwähler in den Arbeitervierteln wie dem Westend. Hier hatte der liberale Kandidat in der Hauptwahl nur magere 153 Stimmen ernten können, für Vollmar wurden 617 oder 47,2 Prozent der gültigen Stimmen abgegeben, für Westermayer 515 oder fast 40 Prozent. In der Stichwahl brachte es Vollmar auf 1009 Stimmen, während Westermayer leicht auf 511 Stimmen zurückfiel. Bei diesen Mobilisierungserfolgen zugunsten Vollmars zeigen sich bemerkenswerte Differenzierungen zwischen den Stadtvierteln. In der alten Unterklassenvorstadt Au oder im damals noch recht dörflichen Giesing wackelte der Zentrumsturm überhaupt nicht, Vollmar blieb unterdurchschnittlich erfolgreich. Der Einbruch in die Nichtwählergruppen gelang nur in den Zuwandererviertel – den späteren Hochburgen der Sozialdemokratie. Am Rande sei

[4] Münchner Neueste Nachrichten, Jg. 37 (1884) Nr. 304 v. 29.10.1884.

angemerkt, daß diese Weichenstellungen für 30, 40 und noch mehr Jahre von Bedeutung sein sollten: Die in den 1880er Jahren, in der Durchbruchsphase der SPD nicht eroberten Stadtviertel tendierten später in viel größerem Ausmaß zur KPD als die oft benachbarten Hochburgen der Sozialdemokratie. Solche Differenzierungen der Wählerkarte in der Stadt lassen sich sogar von Stimmbezirk zu Stimmbezirk, von Straße zu Straße verfolgen.

Bei Betrachtung der Resultate der folgenden Reichstagswahlen von 1887 und 90 fällt im Westend auf, daß die SPD nunmehr die Wählerschaft bereits in der Hauptwahl massenhaft für sich zu mobilisieren vermochte. 1887 stimmten hier 67 Prozent, 1890 sogar 79 Prozent der sich beteiligenden Wähler für Vollmar. Mit 1105 Stimmen erzielte er bereits in der Hauptwahl von 1887 ein besseres Ergebnis, als er in der Stichwahl von 1883 erreicht hatte – allerdings war das Elektorat in der Zwischenzeit weiter gewachsen[5]. Überraschend ist nun, daß Vollmar in der Stichwahl – in der er den Wahlkreis an den Zentrumskandidaten Landes wieder verlor – keine weiteren Stimmen für sich zu mobilisieren vermochte. Die wenigen liberalen Stimmen kamen diesmal im wesentlichen wohl Landes zu gute, Vollmar gelang es nicht, Nichtwähler zu erreichen. Hier spielen sicherlich die besonderen Umstände der „Kartellwahlen" eine Rolle, die Wahlbeteiligung war bereits in der Hauptwahl deutlich höher, als jemals zuvor. Für die spezifischen Bedingungen im Münchner Westend erscheint dennoch bemerkenswert, daß für die Sozialdemokratie nunmehr ein gewachsenes, aber auch – weil die politischen Bedingungen dieser Wahl außerordentlich schwierig waren – stabileres, bereits im ersten Anlauf zu mobilisierendes Potential bereitstand. Dies wird man zum Teil, aber nicht ausschließlich mit dem Amtsbonus Vollmars erklären können. Die nunmehr viel entschiedenere, nicht mehr spontan zu nennende Stimmabgabe zugunsten der Sozialdemokratie deutet jedoch auch auf ein sich kräftigendes sozial-moralisches Milieu hin.

Der außerordentlich hohe Stimmenanteil von 1890 unterstreicht diese Interpretation. Vollmar erhielt nunmehr im Westend 2300 Stimmen, mehr als doppelt soviele wie 1887. Das Viertel war in den Jahren zuvor nochmals mit enormem Tempo gewachsen, das Elektorat hatte sich nahezu verdoppelt, darüberhinaus erreichte die SPD aber einen nochmals deutlich höheren Anteil an den im Viertel abgegebenen Stimmen – es waren fast 80 Prozent. Dieser erdrückende Übermacht deutet an, wieviele Möglichkeiten das Sozialistengesetz der Partei zuvor noch beschnitten hatte. Im Schatten der Halblegalität hatte sich das Wählermilieu jedoch längst formiert. Die losen parteipolitischen Orientierungen verfestigten sich nunmehr zum geschlossenen sozialistischen „Lager". Massen von Zuwanderern wurden unmittelbar in die von der Sozialdemokratie geprägte politische Kultur des Stadtviertels integriert, das Zentrum – es hockte nunmehr auf 420 Stimmen, weniger als 1883 erzielt wurden – war fast zu einer Randerscheinung degradiert, die allenfalls noch im engsten Kreis des katholischen Gesellenvereins oder in den Wohnungen der katholischen Baugenossenschaft „Rupertusheim" Unterstützung fand. In den Wirtshäusern gaben sozialistisch orientierte Arbeiter den Ton an und übernahmen für die noch nicht mit der Stadt vertrau-

[5] Zu den Wahlberechtigten vgl. *Bleek*, Quartierbildung, Kap. 6, 5.

ten Zuwanderer die Rolle der „Honoratioren". Die Wählerorientierung im Westend bewegte sich jetzt für lange Zeit nicht mehr, die SPD blieb bis 1919, abgesehen von einem charakteristischen Einbruch 1907, die dominierende Partei des Viertels, deren Wählerschaft über die Arbeiterbevölkerung hinausreichte.

Ohne daß hier der Vorgang der Milieubildung im einzelnen nachgezeichnet werden kann, verdient festgehalten zu werden, daß die enorm rasche Integration so großer Zuwanderergruppen nur über die oben erwähnte strukturelle Homogenität der Bewohnerschaft zu erklären ist. Die spezifischen sozialräumlichen Bedingungen ermöglichten eine rasche sozialistische Orientierung mit Massenwirkung. Eine detaillierte Wahlkampfanalyse und die aus quellenbedingten Gründen leider kaum mehr mögliche Nachzeichnung der Agitationsformen und Mobilisierungswege würden die Vorgänge der Milieubildung erst detailliert erklären. Hier kam es darauf an, diesen bedeutsamen Vorgang ablesbar zu machen und damit auf mögliche weitere Forschungsarbeit hinzuweisen.

II. Die Organisation der SPD und die Sozialstruktur ihrer Mitglieder und Reichstagskandidaten

Dieter Fricke

Die Entwicklung und Ausbreitung der Parteiorganisation der deutschen Sozialdemokratie 1875–1914 Probleme ihrer weiteren Erforschung und Darstellung

Vorbemerkung:

Das bewußt sehr umfassend gewählte Thema ermöglicht es auch nicht einmal annähernd, alle mit ihm verbundenen Fragen und Probleme zu erwähnen, geschweige denn näher auf sie einzugehen. Wie das vorläufige Programm des Kolloquiums erkennen läßt, ist außerdem die Gefahr von Überschneidungen und Redundanzen groß, so daß auch deshalb eine Auswahl getroffen werden mußte. Um die Anmerkungen wegen der Themenstellung nicht ausufern zu lassen, enthalten sie in der Regel nur Belege und den Verweis auf eigene, dort dann weiter dargelegte und präzisierte Positionen des Verfassers.

I

„Ein Element ihres Erfolges besitzt sie, *die Zahl.* Aber Zahlen fallen nur in die Waagschale, wenn Kombination sie vereinigt und Kenntnis sie leitet."[1]

(Karl Marx, 1864)

„Auch der größte Strom setzt sich in allererster Instanz aus lauter Tropfen zusammen, die aus den verschiedensten Quellen stammen. Das geht jeder großen Bewegung genau ebenso. Das Quellenerschließen und schließlich das Zusammenfassen und planmäßige Anwenden des Gesammelten ist aber zweierlei, und das letztere bewirkt die Partei, die zu diesem Zweck sich Plan und Grenzen ziehen muß."[2]

(August Bebel, 1893)

In den vier Jahrzehnten von 1875 bis 1914 nahm die sozialistische Arbeiterbewegung im deutschen Reich einen mächtigen Aufschwung. Ihr damals auch internatio-

[1] *Karl Marx,* Inauguraladresse der Internationalen Arbeiter-Assoziation, in: MEW, Bd. 16 (Berlin 1981) 12.

[2] August Bebel am 16. Januar 1893, in: IML (Berlin), ZPA, NL 22/22.

nal beispielloses Wachstum in die Breite äußerte sich in besonderem Maße in der Entwicklung der sozialdemokratischen Parteiorganisation. Bei ihrer Erforschung und Darstellung ergibt sich eine Reihe von Problemkomplexen, auf die im folgenden mehr beispiel- und thesenhaft eingegangen werden soll.

Erstens. Mitte der siebziger Jahre des 19. Jahrhunderts hatte sich der Kapitalismus der freien Konkurrenz voll entfaltet und begann zugleich der Übergang zum Monopolkapitalismus. Zum beherrschenden gesellschaftlichen Widerspruch war der Antagonismus zwischen Kapital und Arbeit geworden, der auch die Klassenauseinandersetzungen um sozialen und politischen Fortschritt bestimmte.

Nach der Niederschlagung der Pariser Kommune setzte eine Phase der relativ friedlichen Entwicklung des Kapitalismus ein, die für Deutschland und andere fortgeschrittene kapitalistische Länder bis zum Vorabend des Ersten Weltkrieges reichte. In diesen langen „Jahrzehnte(n) der europäischen ‚Windstille' von 1871 bis 1914"[3] waren zwei Grundtendenzen wirksam.

Die eine war dadurch bestimmt, daß die unmittelbaren Voraussetzungen für revolutionäre Umwälzungen fehlten und die Auseinandersetzungen zwischen der Arbeiterklasse und der Bourgeoisie unter relativ friedlichen Bedingungen erfolgte. Infolgedessen spielte der parlamentarische Kampf eine besonders große Rolle, wobei jedoch der außerparlamentarische ebenfalls – zeitweilig sogar in beträchtlichem Ausmaß – wirksam war.

Der ersten Grundtendenz wirkte eine andere entgegen, die vor allem daraus resultierte, daß sich mit der relativ friedlichen Entwicklung des Kapitalismus die Widersprüche des gesellschaftlichen Lebens vertieften. Das kam z. B. in dem immensen Wachstum der Arbeiterklasse und in der Herausbildung eines modernen Fabrikproletariats ebenso zum Ausdruck wie in der Internationalisierung des Kapitals, mit der sich die Tendenz zur Internationalisierung des gesellschaftlichen Lebens der Völker und der Kampfbedingungen des Weltproletariats weiter ausprägte.

In den letzten drei Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts kam es nicht zu einer Stagnation des proletarischen Klassenkampfes oder etwa sogar zu seinem Abebben, sondern verschärfte er sich weiter. Die Arbeiterbewegung befand sich in einer Phase, in der es wesentlich darum ging, die Kräfte der Arbeiterklasse zu sammeln und auf künftige Klassenschlachten vorzubereiten. Seitdem um die Jahrhundertwende der Übergang zum Imperialismus erfolgte und der Vorabend der proletarischen Revolutionen begann, standen objektiv vor den Arbeiterparteien Aufgaben, die sie entsprechend den sich verändernden, neuen Kampfbedingungen zu lösen hatten. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß diese zum Teil nicht unbeträchtlich in den Ländern modifiziert wurden, in denen die relativ friedliche Entwicklung des Kapitalismus erst mit dem Beginn des Ersten Weltkrieges zu Ende ging.

Beide Grundtendenzen bestimmten die Entwicklung der Arbeiterorganisationen in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern Europas; in besonderem Maße auch die Parteiorganisation der deutschen Sozialdemokratie.

[3] *W. I. Lenin,* Abschiedsbrief an die Schweizer Arbeiter, in: Werke, Bd. 23 (Berlin 1979) 386.

Zweitens. Unser Untersuchungszeitraum ist inhaltlich entscheidend durch die Revolution von oben bestimmt, die mit der Reichsgründung von 1871 zum bürgerlichen deutschen Nationalstaat führte. War das Deutsche Reich zu Beginn noch ein Agrar-Industriestaat, so vollzogen sich in der Folgezeit grundlegende Wandlungen innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise. Bis 1914 hatte es sich zu einem Industriestaat entwickelt, der im Anteil an der Weltindustrieproduktion an die zweite Stelle vorgerückt war. Im Hinblick auf das Thema wäre mehr beispielhaft und stichpunktartig auf solche Prozesse wie die folgenden hinzuweisen[4].

- Das rasche absolute Wachstum der Arbeiterklasse verstärkt sich, wobei zugleich ihr prozentualer Anteil an der werktätigen Bevölkerung von 52,7 Prozent 1882 auf 56,8 Prozent 1907 anstieg.
- Die Zahl der Arbeiter in der Industrie wuchs bis 1907 auf 55 Prozent aller Arbeiter in Deutschland an. Das geschah besonders schnell in der Großindustrie, während die Zahl der Arbeiter in der Landwirtschaft und in den vorwiegend Konsumgüter erzeugenden Betrieben zurückging.
- Die Qualifikations- und Berufsgruppenstruktur der Arbeiterklasse veränderte sich. Während die Zahl der gelernten Arbeiter – vornehmlich in der materiellen Produktion – rückläufig war, nahm die der ungelernten zu.
- Die städtische Bevölkerung verdreifachte sich, ohne daß jedoch trotz der starken Abwanderung vom Lande in die Stadt ein Rückgang der Zahl der in der Landwirtschaft tätigen Bevölkerung erfolgte.
- Die regionale Standortverteilung der Produktivkräfte war für den gesamten Untersuchungszeitraum durch ihre ungleichmäßige räumliche Verbreitung gekennzeichnet. Innerhalb der Landwirtschaft erfolgte im wesentlichen keine grundsätzliche Veränderung in der räumlichen Verteilung der Produktivkräfte.
- Mit dem verstärkten Übergang zum Industriestaat stand einer zunehmenden Dispersion in weiten Teilen des Deutschen Reiches eine sich intensivierende regionale Verdichtung an Produktivkräften mit der Tendenz zur Ausbildung von Ballungen wie in den Revieren des Ruhrgebietes und Oberschlesiens gegenüber.
- Ballungen als relativ höchste Konzentration von Produktivkräften führten zu einer hohen räumlichen Konzentration des Industrieproletariats.

Drittens. Der aus einer Revolution von oben hervorgegangene und mit Eisen und Blut geschaffene bürgerliche deutsche Nationalstaat wurde von der deutschen Sozialdemokratie als gegebene Tatsache hingenommen. Sie handelte damit im Sinne des von Friedrich Engels bereits 1866 geäußerten Gedankens: „... das Faktum einfach akzeptieren, ohne es zu billigen, und die sich jetzt jedenfalls darbieten müssenden größe-

[4] Siehe zum Folgenden besonders: Produktivkräfte in Deutschland 1870 bis 1917/18. Wiss. Redaktion *Hans-Heinrich Müller,* in: Geschichte der Produktivkräfte in Deutschland von 1800 bis 1945, Bd. 2 (Berlin 1985) 281 ff., 304 f. – *Dieter Baudis/Helga Nussbaum,* Wirtschaft & Staat in Deutschland vom Ende des 19. Jahrhunderts bis 1918/19, in: Wirtschaft und Staat in Deutschland. Eine Wirtschaftsgeschichte des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland vom Ende des 19. Jahrhunderts bis 1945, hrsg. von *Helga Nussbaum/Lotte Zumpe* (Berlin 1978) Bd. 1, 53 ff.

ren Facilitäten zur *nationalen* Organisation und Vereinigung des deutschen Proletariats benutzen, soweit wir können."[5]

Bot der bürgerliche deutsche Nationalstaat der Arbeiterbewegung wesentlich günstigere Organisationsmöglichkeiten, so dürfen zugleich nicht die Erschwernisse übersehen werden, die sich aus seinem undemokratischen Charakter ebenso ergaben wie aus den oft beträchtlichen Unterschieden in den sozialökonomischen, politischen und staatsrechtlichen Verhältnissen und in der Ausprägung der Sozial- und Klassenstruktur.

Die deutsche Sozialdemokratie mußte in verschiedener Hinsicht dem Umstand Rechnung tragen, betonte Ignaz Auer in seinem Referat über das neue Parteistatut auf dem Parteitag von 1890 in Halle, „daß in der Organisationsfrage Mächte mitzureden haben, auf die einen Einfluß auszuüben, wir nicht in der Lage sind. Die Organisation kann und wird nicht so von uns geschaffen werden können, wie wir sie unserer Überzeugung nach für am geeignetsten und besten halten."[6]

In Form und Inhalt wurde die sozialdemokratische Parteiorganisation wesentlich durch die objektive Aufgabe bestimmt, der Revolution von oben durch eine Bewegung von unten die nötige Ergänzung und Verbesserung zu geben (F. Engels).

Angesichts der bereits dargelegten Spezifik dieser Jahrzehnte nach 1871 und des bestehenden Kräfteverhältnisses der Klassen konnte es für die deutsche Sozialdemokratie nicht darum gehen, sich direkt darauf zu orientieren, die Monarchie zu beseitigen und eine demokratische Republik zu schaffen. Vielmehr mußte sie sich auf den Kampf um die Erweiterung der politischen und sozialen Rechte des Volkes und auf die Konzipierung einer langfristigen demokratischen Alternative beschränken.

Dieser Kampf war für die deutsche Sozialdemokratie unlösbar mit einer sozialistischen Perspektive verbunden. Weil in ihr jedoch Auffassungen von der proletarischen Revolution dominierten, die diese „gleich mit ihrem *letzten Akt* anfangen lassen" wollten[7], gelang es der Partei zwar nicht, die Arbeiterbewegung und die demokratische Opposition im Volke auf ein einheitliches politisches Etappenziel zu orientieren[8]. Dennoch verdeutlicht gerade das von ihr gewonnene Wählerpotential, wie weit ihr Einfluß besonders auch in das städtische Kleinbürgertum hineinreichte und welchen realen Hintergrund August Bebels Worte von 1880 hatten: „Die Sozialdemokratie, die alleinige und wahre Vertreterin des Proletariats, marschiert an der Spitze aller Elemente, welche dem herrschenden sozialen und politischen System den Untergang bereiten und ein neues, der Gerechtigkeit und unserer Kultur entsprechendes Staats- und Gesellschaftssystem aufbauen wollen. Pflicht der Partei ist es deshalb, alle Mittel in Anwendung zu bringen, um sich zu verstärken, aus halben Feinden sich Freunde,

[5] Friedrich Engels an Karl Marx, 25. Juli 1866, in: MEW, Bd. 31 (Berlin 1983) 241. – Siehe zum Folgenden: *Susanne Miller/Malte Ristau* (Hrsg.), Erben deutscher Geschichte – Protokoll einer historischen Begegnung (Manuskript) 136ff.

[6] Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Halle a. S. vom 12. bis 18. Oktober 1890 (Berlin 1890) 115.

[7] Friedrich Engels an August Bebel, 28. Oktober 1882, in: MEW, Bd. 35 (Berlin 1967) 382.

[8] Siehe *Ernst Engelberg,* Revolutionäre Politik und Rote Feldpost 1878–1890 (Berlin 1959) 83f.

aus Gegnern, die es nicht aus Klasseninteresse, sondern aus Unkenntnis sind, sich Anhänger zu verschaffen."[9]

Viertens. Nach der Niederschlagung der Pariser Kommune trat der internationale proletarische Befreiungskampf in eine neue Etappe ein. Für sie war besonders charakteristisch, daß sich sozialistische Massenparteien mit einer klassenmäßigen proletarischen Zusammensetzung und einem vom wissenschaftlichen Sozialismus bestimmten Programm herausbildeten. Das geschah beispielhaft in Deutschland. Hierher hatte sich seit 1871 von Frankreich der Schwerpunkt der europäischen Arbeiterbewegung verlagert, zu deren Vorhut nun die deutschen Arbeiter wurden.

Sie bildeten, wie Friedrich Engels im März 1895 anerkennend hervorhob, „die stärkste, die disziplinierteste, die am raschesten anschwellende Sozialistische Partei"[10]. Eine Partei,

- die es beispielhaft verstand, die im wilhelminischen Kaiserreich vorhandene bürgerliche Legalität zur Sammlung der Kräfte des deutschen Proletariats für den Kampf um dessen Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben zu nutzen;
- die durch die Verbindung von legaler und illegaler Arbeit, von parlamentarischen und außerparlamentarischen Aktionen neue Formen des Klassenkampfes entwikkelte und auch damit zum Vorbild für die gesamte internationale Arbeiterbewegung wurde;
- in der sich, wie besonders das Erfurter Parteiprogramm 1891 bezeugt, der Marxismus durchsetzte, was sich für sie auch entscheidend für die Lösung der mit der Organisationsfrage verbundenen vielfältigen, komplizierten Probleme auswirkte[11];
- die der Arbeiterklasse vieler Länder bei der Aneignung der notwendigen „Kunst der langsamen, beharrlichen, systematischen Organisationsarbeit auf breiter und breitester Grundlage"[12] lange Zeit voranging.

Diese hervorragende Leistung ist jedoch nur dann voll verständlich, wenn sie in die Gesamtentwicklung der internationalen Arbeiterbewegung eingeordnet wird. Die deutsche Sozialdemokratie und die ihr politisch-ideologisch nahestehenden Arbeiterorganisationen, mahnte Friedrich Engels 1874, entwickelten sich auf „den Schultern der englischen und französischen Bewegung", konnten sich deren „teuer erkaufte Erfahrungen ... einfach zunutze machen", ihre damals meist unvermeidlichen Fehler jetzt vermeiden"[13]. Später – 1892 – warnte er davor, die organisatorischen Leistungen der deutschen Sozialdemokratie einseitig überzubewerten. Die sozialistische Bewe-

[9] *August Bebel,* Die Aufgaben nach dem Parteikongreß in Wyden. Aufruf der sozialdemokratischen Parteileitung, in: Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. 2: 1878 bis 1890. Erster Halbbd. bearb. von *Ursula Herrmann/Heinrich Gemkow* (Berlin 1978) 119.

[10] *Friedrich Engels,* Einleitung (zu Karl Marx' „Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850" [1895]), in: MEW, Bd. 22 (Berlin 1963) 518.

[11] Siehe *Dieter Fricke,* Die Organisationsfrage in der internationalen Arbeiterbewegung am Ausgang des 19. Jahrhunderts, in: ZfG XXII (1974) 1060ff.

[12] *W. I. Lenin,* Die Aufgaben des Proletariats in unserer Revolution, in: Werke, Bd. 24 (Berlin 1979) 62.

[13] *Friedrich Engels,* (Ergänzung der Vorbemerkung von 1870 zu „Der deutsche Bauernkrieg"), in: MEW, Bd. 18 (Berlin 1981) 516.

gung könne auf dem Kontinent weder ganz französisch noch ganz deutsch siegreich sein. „Während die Deutschen die Franzosen lehren müssen, das Wahlrecht auszunutzen und eine straffe Organisation zu schaffen, werden die Franzosen die Deutschen mit jenem revolutionären Geist erfüllen, den die Geschichte eines Jahrhunderts bei ihnen zur Tradition gemacht hat."[14]

Eine Mahnung, die sich besonders seit der Jahrhundertwende als voll berechtigt erweisen sollte. „Das neue Jahrhundert", schrieb Karl Kautsky 1902, „beginnt mit Ereignissen, die den Gedanken aufkommen lassen, daß wir einer weiteren Verlagerung des revolutionären Zentrums entgegengehen, und zwar einer Verlagerung nach Rußland."[15] Die deutsche Sozialdemokratie blieb zwar weiterhin die stärkste und einflußreichste Partei der II. Internationale; aber im letzten Jahrzehnt vor dem ersten Weltkrieg wurde Engels' Frage nach dem „revolutionären Geist" immer dringlicher.

II

„... ich finde den Stolz der deutschen Arbeiterklasse auf ihre machtvolle Organisation gerechtfertigt. Die Theorie ihres Befreiungskampfes hat sie zum größten Teil von Klassenfremden erhalten. Die Organisation dagegen ist ihr eigenes stolzes Werk. Und sie hat ihre Organisation aufgebaut unter Mühen und Opfern, unter wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten ..."[16]

(Clara Zetkin, 1913)

Zu den besten Kennern der mit der Parteiorganisation der deutschen Sozialdemokratie verbundenen praktischen Probleme gehörte Wilhelm Dittmann. Seit dem 1. Mai 1904 hauptamtlicher Parteisekretär für den Bezirk Frankfurt (Main), äußerte er sich im Zusammenhang mit Überlegungen zu ihrer Neugestaltung auch mehrfach zu ihrer Entwicklungsgeschichte. So schrieb er 1908:

„Unsere Parteiorganisation ist kein willkürlich nach abstrakten Ideen konstruiertes Gebilde, sondern ein historisch gewordener und vervollkommneter Organismus, dessen Fortentwicklung eine Folge des Erstarkens unserer Parteibewegung ist und dessen Formen sich aus den Betätigungsmöglichkeiten und -formen des Parteilebens ergeben ... Einrichtungen und Zustände, die einer bestimmten Entwicklungsstufe der Partei entsprechen und sich in ihr ganz vorzüglich bewährten, wurden von der Entwicklung überholt und genügten nicht mehr, sie wurden, teils mit, teils ohne Reibungen, durch neue ersetzt, die dem veränderten Stande der Bewegung besser entsprechen. Das gilt für die Gesamtpartei wie für die lokale Entwicklung."[17]

In der Entwicklung der sozialdemokratischen Parteiorganisation zeichnen sich die folgenden Perioden ab:
1. 1875–1878; 2. 1878–1890; 3. 1890–1905; 4. 1905–1914.

[14] Engels an Laura Lafargue, 14. Oktober 1892, in: MEW, Bd. 38 (Berlin 1980) 494.
[15] *Karl Kautsky,* Die Slaven und die Revolution, in: März-Festschrift (Wien 1902).
[16] Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten in Jena vom 14. bis 20. September 1913 (Berlin 1913) 315.
[17] *Wilhelm Dittmann,* Zur Neugestaltung unserer Parteiorganisation, in: Die Neue Zeit (27.1) 1908/1909, 381, im folgenden zitiert: *Dittmann,* Zur Neugestaltung.

Am Beginn der *ersten Periode* steht die Vereinigung von SDAP und ADAV zur SAPD. Im Unterschied zum Programm entsprach das auf dem Gothaer Kongreß 1875 einstimmig beschlossene Organisationsstatut der marxistischen Konzeption der Eisenacher und nicht ebenfalls vorhandenen Auffassungen, die wegen der Klassenjustiz gegen eine neue Organisation waren und die Parteipresse bzw. einen organisierten parlamentarischen Kampf als einzig mögliche und aussichtsreiche Organisationsform ansahen.

In den Monaten nach dem Kongreß konnte sich die neue Parteiorganisation ausprägen, wobei Statut und Geschäftsordnung erkennen lassen, wie locker ihre Form wegen der reaktionären Vereinsgesetze in Preußen und anderen deutschen Bundesstaaten sein mußte. Am 30. März 1876 wurde die SAPD im Geltungsbereich des preußischen Vereinsgesetzes „vorläufig" geschlossen und damit die weitere Beteiligung an sozialdemokratischen Vereinen, insbesondere aber auch die Beitragskassierung verboten. Mit ähnlichen Repressivmaßnahmen folgten andere deutsche Bundesstaaten, vor allem Bayern und Sachsen, kurze Zeit später.

Für Aussagen über die innere Entwicklung und den sehr unterschiedlichen territorialen Konzentrationsgrad der Parteiorganisation der SDAV in dieser Periode bieten sich hauptsächlich die folgenden Möglichkeiten.

Das sind zum einen Angaben über die auf den Kongressen vertretenen Mitglieder und über die Mandatsorte der Delegierten. Hierzu hat Hartmut Zwahr in jüngster Zeit eine interessante Studie vorgelegt, die einen statistischen Zugang versucht und wirtschafts-, sozial- und politikgeschichtliche Sachverhalte kombiniert[18]. Besonders aufschlußreich ist seine Tabelle mit zahlenmäßigen Angaben über die Reichsbevölkerung nach Bundesstaaten, Konfessionen (1871), gewerblich Erwerbstätigen bzw. Lohnarbeitern und Mitgliedschaften bzw. Mitgliedern der SAPD 1875[19].

Nach wie vor bleiben allerdings die Angaben im Delegiertenverzeichnis des Gothaer Kongresses 1875 unvollständig bzw. problematisch. Was die SDAP betrifft, war sie mit 9121 Mitgliedern vertreten, während von ihr zehn Monate zuvor insgesamt etwa 14000 Mitglieder angegeben wurden; und angesichts der Praktiken der Führung des ADAV, überhöhte Mitgliederzahlen anzugeben, ist es zweifelhaft, ob die Delegierten des ADAV in Gotha tatsächlich 15332 Mitglieder vertraten[20].

Die Delegiertenverzeichnisse der Allgemeinen Sozialistenkongresse von 1876 und 1877 enthalten nur die Gesamtzahl der von den Delegierten vertretenen Orte (291 bzw. 251) und Mitglieder (38254 bzw. 32000), aber sonst keine detaillierten Zahlenangaben. Wenig, eigentlich sogar nichts, ist über den Grad der Fluktuation in der sozialdemokratischen Mitgliedschaft bekannt, und zwar sowohl in der gesamten Partei als auch auf regionaler und lokaler Ebene. Eine Frage, die besonders angesichts der nach

[18] Siehe *Hartmut Zwahr*, Die deutsche Arbeiterbewegung im Länder- und Territorienvergleich 1878, in: Geschichte und Gesellschaft 13 (1987) 448–507.

[19] Siehe Tabelle 4, in: ebda., 481–485.

[20] Siehe *Dieter Fricke*, Handbuch zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1869 bis 1917 in zwei Bänden (Berlin 1987) Bd. 1, 62 und 121 ff.; im folgenden zitiert: *Fricke*, Handbuch (1987) 1 und 2.

dem „Gründerkrach" 1873 einsetzenden schweren Depression besonderes Gewicht hat, sich aber auch auf die folgenden noch zu behandelnden Perioden bezieht.

Zum anderen ermöglicht die Parteipresse einen gewissen Zugang. Das betrifft eine noch ausstehende, gründliche Auswertung der Berichte über den umfassenderen Gebrauch des Versammlungsrechts sowie die Bildung und Tätigkeit von örtlichen, Gau- oder Provinzialvereinen. Beachtenswert sind auch die Angaben über die Auflagenhöhe der Parteipresse, die zwischen 1876 und 1878 von 100000 auf 160000 bis 170000 Exemplare anstieg. Allerdings handelte es sich gerade in dieser Periode um relativ viele Neugründungen, die nur kurze Zeit bestanden. Besonders nachteilig wirkt sich aus, daß ein detaillierter Überblick über die territoriale Verbreitung der Abonnenten fehlt, wie ihn „Der Volksstaat" von 1869 bis 1873 für eine Reihe von Quartalen und der „Neue Social-Demokrat" sporadisch veröffentlichte[21]. Angesichts der Bedeutung, die damals das Abonnement der Parteizeitung für einen organisierten Sozialdemokraten hatte, sind solche Angaben von großem Wert.

Schließlich ist die soziale Zusammensetzung und regionale Verteilung der sozialdemokratischen Wählerschaft aufschlußreich[22]. Dabei ist die von den Parteikongressen 1876 bis 1883 erfolgte Konzentration des Wahlkampfes auf „offizielle" Reichstagswahlkreise, zu denen dann noch weitere „nichtoffizielle" kamen, ebenso zu beachten wie die Zahl der Reichstagswahlkreise, in denen die Partei keine Stimmen erhielt (1874: 235, 1877: 224, 1381: 224, 1884: 179, 1887: 140) oder bei der Hauptwahl einen Stimmenanteil von mehr als 40 Prozent erzielte (1881: 8). Aus den Ergebnissen der Reichstagswahlen 1881 schloß Friedrich Engels, daß sich der Schwerpunkt der sozialdemokratischen Bewegung immer stärker aus den sächsischen halbländlichen Distrikten in die großen Industriestädte verlagerte und „aus einer auf ein paar lokale Zentren beschränkte, eine *nationale erst jetzt geworden* war"[23].

Die Aussagekraft von Wahlergebnissen ist durch eine Reihe von Umständen begrenzt, die sich zum Beispiel aus den mit dem jeweiligen Wahlrecht verbundenen beträchtlichen Einschränkungen der Zahl der Wahlberechtigten, den Wahlbedingungen und auch aus der Frage nach den „Stammwählern" ergeben.

Grundsätzlich ist zu berücksichtigen, daß die sozialdemokratischen Wähler nicht schlechthin mit den in der Partei organisierten Sozialdemokraten identifiziert werden können. Ihre Zahl vermittelt einen Eindruck und gibt wichtige Hinweise darauf, wie groß der Anteil der mit der Sozialdemokratischen Partei Sympathisierenden war. Diese „breite Schicht" – breiter als die Partei und enger als die Klasse – übertraf jedoch schon allein infolge der durch das jeweilige Wahlrecht bedingten Ausklammerung von Frauen und den Männern unter 25 Jahren bei weitem die Zahl der sozialdemokratischen Wähler.

Um hier bereits auf einige zusammenfassende Gedanken einzugehen: Eine Analyse der territorialen Ausbreitung der sozialdemokratischen Parteiorganisation bedarf neben mehr punktuellen – zeitlichen oder regionalen – Untersuchungen eines komple-

[21] Siehe diese Übersichten in: ebda., 1, 502–505, 511.
[22] Siehe ebda., 2, 721–744.
[23] Engels an Eduard Bernstein, 30. November 1881, in: MEW, Bd. 35 (Berlin 1985) 237f.

xen Herangehens, und zwar sowohl im Hinblick auf die vorhandenen Quellen, wie sie sich nicht unwesentlich, aber damit keineswegs vollständig aus den hier genannten drei möglichen Zugängen ergeben, als auch in bezug auf längsschnittartige, wenn möglich schon in den sechziger Jahren einsetzende und bis 1914 reichende Untersuchungen.

Letztere sind *relativ* leicht für einen Bundesstaat wie Sachsen; schon allein deswegen, weil hierfür verhältnismäßig viele Fakten vorliegen, wie etwa die nach den 23 Wahlkreisorganisationen gegliederte Aufzeichnung der Mitgliederbewegung seit 1901[24]. Wesentlicher ist jedoch die Kontinuität, die das „rote Königreich" auch in bezug auf die organisatorische Entwicklung der Sozialdemokratischen Partei Sachsens kennzeichnet. Als sich im Braunschweiger Ausschuß der SDAP eine gewisse Geringschätzung gegenüber den sächsischen Arbeitern zeigte, schrieb August Bebel am 12. Oktober 1869 an Wilhelm Bracke: „Der sächs[ische] Arbeiterstand ist republikanisch-sozialistisch durch und durch, aber auch nicht anti-preußisch, und das letztere hat man ihm als Partikularismus ausgelegt, was nichts war und ist als *richtiger politischer* Instinkt. Ich kann Euch auch weiter sagen, daß die Leute sonstige Geldopfer nicht scheuen, ... obgleich die Dürftigkeit und Armut sehr groß ist ... In Sachsen steht für den Tag der Tat unsere Hauptarmee; darauf verlaßt Euch."[25]

Solche Überlegungen treffen natürlich auch für die anderen Zentren der sozialistischen Arbeiterbewegung zu. Weitaus komplizierter ist dagegen eine Analyse der Teile des Deutschen Reiches mit schwachem oder fehlendem sozialdemokratischen Einfluß.

Für die *zweite Periode* von 1878 bis 1890 ist eine exakte Bestimmung der Entwicklung und Ausbreitung der sozialdemokratischen Parteiorganisation noch schwieriger. Außer den Wahlergebnissen, den internen Delegiertenlisten der drei Parteikongresse sind die im Motteler-Nachlaß vorhandenen Verzeichnisse über die Gesamtzahl der festen Abonnenten des „Sozialdemokrat" und über die lokalen Verbreitungsgebiete besonders wertvoll.

Eine nicht unwichtige Ursache für die weitere Ausbreitung der sozialdemokratischen Parteiorganisation spielte die Praxis der örtlichen Behörden, besonders aktive Sozialdemokraten auf Grund des Paragraphen 22 des Sozialistengesetzes bzw. des Paragraphen 2 des Freizügigkeitsgesetzes, des sogenannten Vagabundenparagraphen, aus jedem Ort auszuweisen. Dadurch wurde nicht selten eine beträchtliche Stärkung und Ausweitung des Einflusses der Partei bewirkt. Wie beispielsweise die Erinnerungen von Adolph Hoffmann zeigen, setzten die meisten Ausgewiesenen am neuen Aufenthaltsort ihre politische Tätigkeit fort und verpflanzten so die sozialdemokratische Bewegung auch in Gegenden, in denen die Sozialdemokratie bis dahin noch keinen oder nur einen geringen Einfluß gehabt hatte.

Über die Gesamtzahl der während des Sozialistengesetzes organisierten Sozialdemokraten gibt es keine Angaben. Erschwerend kommt hinzu, daß es eine illegale und

[24] Siehe *Fricke*, Handbuch (1987) 1, 314f. (Tab. 35).

[25] *Georg Eckert*, Aus der Korrespondenz des Braunschweiger Ausschusses der Sozialdemokratischen Arbeiter-Partei, in: Braunschweigisches Jahrbuch 45 (1964) 120f.

eine legale Organisation – die sogenannte Äußere und Innere – gab. Die Annahme, daß die Partei 1890 etwa 75000 Mitglieder hatte, beruht nur auf Schätzungen[26]. Hingegen ist viel und Eindrucksvolles über die Schlagkraft der Parteiorganisation bekannt, und zwar sowohl im Reichsmaßstab, wenn etwa an die Rote Feldpost gedacht wird, als auch auf lokaler und regionaler Ebene. So verdeutlicht der eindrucksvolle Bericht von Wilhelm Schröder über eine unter den Augen der Polizei erfolgte Flugblattverteilung „in der kurzen Zeit von einer Viertelstunde von Ottensen über Wandsbek hinweg"[27], wie beweglich und aktionsfähig die Hamburger Parteiorganisation war.

In ihrer *dritten Periode* ist die sozialdemokratische Parteiorganisation zunächst durch lose Parteimitgliedschaften, öffentliche Versammlungen und das bereits seit den 60er Jahren infolge des Verbindungsverbots übliche Vertrauensleutesystem gekennzeichnet. Nach dem Hallenser Parteistatut von 1890 wurde jede Person als zur Partei gehörig betrachtet, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms – und nicht zu diesem selbst – bekannte und die Partei nach Kräften unterstützte. Das Statut verpflichtete das Mitglied nicht, sich einer Parteiorganisation anzuschließen noch sich in ihr persönlich zu betätigen.

Wenn der Parteiorganisation zunächst *„alle Ecken der Bestimmtheit abgeschliffen"* waren und sie gewissermaßen einer Molluske glich, „die jedem Griff ausweicht und bei allen Versuchen, sie zu fassen, unbeschädigt bleibt"[28], hatte das vor allem zwei Hauptursachen. Die eine lag in berechtigten taktischen Überlegungen, die sich wegen der reaktionären vereinsrechtlichen Bestimmungen und der drohenden Gefahr eines neuen Ausnahmegesetzes ergaben. Zum andern wurde das Überwinden überholter, hemmender Organisationsformen durch einige in der Partei noch nicht geklärte Probleme und theoretische Schwächen zu Grundfragen des Klassenkampfes erschwert. Dazu gehörten die zu starke Orientierung der Parteiorganisation auf die Vorbereitung und Durchführung des Reichstagswahlkampfes. Nicht wenige Sozialdemokraten waren gegen eine Veränderung der Organisation, weil diese für sie „den Nimbus" besaß, mit ihr über das Sozialistengesetz gesiegt zu haben, so daß sie ihnen zu einem „Stück ihrer eigenen Vergangenheit und ihres eigenen Selbst" geworden war[29]. Bezeichnend ist auch der Widerstand, den in Hamburg zahlreiche Mitglieder gegen die Möglichkeit der Durchführung von Delegiertenversammlungen leisteten. Obwohl jeder der drei Sozialdemokratischen Vereine Hamburgs schon so groß geworden war – 1895 zählten sie insgesamt 12625 Mitglieder –, daß Gesamtmitgliederversammlungen nicht mehr möglich waren, wollten sie darauf auch künftig nicht verzichten[30].

Die bereits wenige Jahre nach der Annahme des Hallenser Parteistatuts einsetzenden Reorganisationsbestrebungen, die durch den wirtschaftlichen Aufschwung geför-

[26] Siehe *Fricke,* Handbuch (1987) 1, 305.
[27] *Wilhelm Schröder,* Geschichte der sozialdemokratischen Parteiorganisation in Deutschland (Dresden 1912) 36.
[28] *Dittmann,* Zur Neugestaltung, 382.
[29] *Ders.,* Erinnerungen (Manuskript) 115, in: IISG Amsterdam. Siehe *ders.,* Von unserer Parteiorganisation in Deutschland, in: Der Kampf, Bd. 2 (1908/09) 500.
[30] Siehe *Johannes Schult,* Geschichte der Hamburger Arbeiter 1890–1919 (Hannover 1967) 37.

dert wurden, führten unter Beibehaltung des Vertrauensleutesystems zu einer allmählichen Entwicklung von Wahlkreisorganisationen und zum Ausbau regionaler Organisationsformen. Für die Wahlvereine war besonders charakteristisch, daß sich ihre innere Organisationsstruktur ausprägte und verschiedentlich eine – allerdings in der Regel unsystematische – marxistische Bildungsarbeit in Lese- und Diskutierklubs erfolgte[31].

Ansätze zu geschlossenen Parteiorganisationen auf der Ebene von Bundesstaaten und Provinzen hatte es bereits in den siebziger Jahren gegeben. Die SDAP verfügte über Organisationen im Landesmaßstab, vornehmlich in Gestalt von Landesagitationskommissionen und Landes- und Bezirksversammlungen. Nach dem Beschluß des Stuttgarter Kongresses der SDAP 1870 sollten diese der „Heranziehung der ländlichen Bevölkerung" dienen, „eine schnelle und straffe Organisation und Zentralisation" der Partei fördern und die Reichstagswahlen mit vorbereiten helfen. Der Mainzer Kongreß 1872 wertete die mit Bezirksagitationskomitees gemachten guten Erfahrungen aus und beschloß, sie allgemein für die SDAP einzuführen[32].

Entsprechend diesen Traditionen und den auch unter dem Sozialistengesetz in vielen Teilen des Reiches üblich gewordenen Landes- und Provinzialparteitagen wurden diese seit 1890 regelmäßig und nun sich über das ganze Reich erstreckend durchgeführt. Seit Mai 1893 ging die Partei systematisch dazu über, jeweils mehrere Reichstagswahlkreise unter der Leitung eines Agitationskomitees zu einem Agitationsbezirk zusammenzufassen. Zunächst für den Reichstagswahlkampf gedacht, entwickelten sich die Agitationskomitees bald zu Institutionen, die faktisch zwischen der zentralen Leitung und den einzelnen Wahlkreisorganisationen standen. Für das weitere Wachstum und die Festigung der sozialdemokratischen Parteiorganisation gewannen sie eine große Bedeutung. Das betraf besonders die Organisierung und Leitung der sozialdemokratischen Landagitation. Obwohl also nicht nur für den Wahlkampf gedacht, dominierten vielfach dessen Erfordernisse. Nicht zu übersehen ist weiterhin, daß diese regionalen Organisationsformen die Gefahr dezentralisierender Tendenzen in der Partei erhöhten. Bezeichnend ist hierfür, wie Martin Segitz auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Bayerns 1898 deren föderative Gliederung in Gestalt von Gauorganisationen begründete.

Aus den Agitationsbezirken gingen zumeist die dann vom Jenaer Parteitag 1905 beschlossenen Bezirksorganisationen hervor. Während deren Genese im einzelnen regionalgeschichtlich verschiedentlich schon gründlich untersucht und dargestellt worden ist, steht das für sie im Rahmen der Gesamtpartei – und ähnlich trifft das auch für die regionale Parteipresse zu – noch aus. So war es nicht leicht, einen einigermaßen

[31] Siehe z. B. das Protokollbuch des Arbeiterbildungsvereins zu (Berlin-)Friedrichsberg, beziehungsweise seit 1899 des Sozialdemokratischen Wahlvereins für Lichtenberg-Friedrichsberg, in: Historische Kommission zu Berlin (West), ABI, Mappe A 15/2. – Siehe auch *Fricke,* Handbuch (1987) 1, 674ff.

[32] Siehe ebda., 59ff.

vollständigen Überblick über die Herausbildung der Bezirksorganisationen und deren Parteitage zu erarbeiten[33].

Obwohl das Verbindungsverbot bereits 1899 aufgehoben worden war, gab sich die deutsche Sozialdemokratie erst auf ihrem Jenaer Parteitag 1905 ein neues Parteistatut, das mit dem nun erst erfolgten Fortfall des Vertrauensleutesystems eine straffere und geschlossene Organisation vorsah. Damit setzte die *vierte Periode* in der Entwicklung der sozialdemokratischen Parteiorganisation ein.

Die in Jena beschlossene neue Organisationsstruktur brauchte eine gewisse Zeit, um sich durchzusetzen. Noch 1909 bestand in 20 Reichstagswahlkreisen das Vertrauensleutesystem und hatte der Parteivorstand zu elf anderen keine organisatorischen Beziehungen.

Infolgedessen sind die Angaben, die seit dem Berichtsjahr 1905/06 für die Gesamtmitgliederzahl gemacht und die durch die mit dem Jenaer Statut festgelegte Organisationspflicht jedes Sozialdemokraten ermöglicht wurden, für die ersten Jahre nicht vollständig. In der Parteistatistik fanden weiterhin nur die Mitglieder Berücksichtigung, für die ein voller Jahresbeitrag abgerechnet worden war. Ein nicht unbeträchtlicher Teil der Mitglieder fehlte deshalb in der Statistik, weil er wegen Wohnortwechsel, Einberufungen zum Militär, Arbeitslosigkeit, Streiks und Aussperrungen weniger als 12 Monatsbeiträge entrichtet hatte.

Diese Einschränkungen sind jedoch im Vergleich zu der Aussagekraft unwesentlich, die das für 1906 bis 1914 vorliegende zentrale statistische Material hat, wobei es noch wesentlich durch die Daten ergänzt wird, die seit den neunziger Jahren in zunehmendem Maße in den Rechenschaftsberichten von lokalen und regionalen Parteiorganisationen beziehungsweise in Quellen staatlicher Provenienz enthalten sind. In Verbindung mit den Reichstagswahlergebnissen und den Angaben über die Zahl der Abonnenten der Parteipresse erlauben sie einen guten Einblick in grundlegende Prozesse des Wachstums und der Strukturveränderungen der sozialdemokratischen Parteiorganisation.

Unter Berücksichtigung dieser Überlegungen wäre für die Periode von 1905 bis 1914 unter anderem auf die folgenden Problemkomplexe hinzuweisen.

Erstens. Die deutsche Sozialdemokratie entwickelte sich besonders seit der Jahrhundertwende zu einer Partei mit Massencharakter, die hinsichtlich der Zahl ihrer Mitglieder, ihrer Wähler und der „breiten Schicht" der mit ihr Sympathisierenden alle anderen Parteien weit hinter sich ließ.

Jedoch darf nicht unberücksichtigt bleiben, daß von der Gesamtzahl der Arbeiter, die es im Deutschen Reich nach den amtlichen Erhebungen von 1895 und 1907 gab, nicht mehr als 1 beziehungsweise 4,5 Prozent in der Sozialdemokratischen Partei organisiert waren. Wird nur die Zahl der in der Industrie und im Handwerk beschäftigten Arbeiter zugrundegelegt, so betrug der Anteil etwa 2 beziehungsweise 7 Prozent.

[33] Siehe ebda., 274–283. – Dem Genius loci seien die folgenden Ergänzungen auf S. 279 geschuldet: Der erste Gautag fand für Südbayern am 25. März 1899 in München und für Nordbayern am 11. Februar 1899 in Bamberg statt. Für den Gau Pfalz wurden am 3. September 1899 und am 18./19. August 1900 Gautage durchgeführt.

Eine Ausnahme stellte Groß-Berlin dar, wo 1906 11,6 Prozent der organisationsfähigen Arbeiter der Partei angehörten.

Diese Angaben schmälern nicht die hervorragenden organisatorischen Leistungen, sondern lassen sie vielmehr noch deutlicher hervortreten. Sie sollen auch nicht der Auffassung das Wort reden, als ob die zahlenmäßige Größe einer Arbeiterorganisation automatisch auch zu deren „Machtentfaltung" führen oder zunächst erst die Masse der Arbeiter organisiert sein müsse, ehe überhaupt eine proletarische Revolution durchgeführt werden könnte.

Wenn hier auf die Relation zwischen organisierten Sozialdemokraten und der Gesamtzahl der Arbeiter eingegangen wird, so wurde stillschweigend vorausgesetzt, daß es sich bei der deutschen Sozialdemokratie nach der sozialen Zusammensetzung ihrer Mitgliedschaft um eine Arbeiterpartei handelte[34]. Die damit verbundene Frage, welche Teile der Arbeiterklasse von ihr organisatorisch erfaßt wurden und welche nicht sowie welche möglichen Veränderungen hier zwischen 1875 und 1914 erfolgten, ist bisher nur im Ansatz erforscht worden. Das liegt nicht zuletzt an der Quellenlage. Über Jahrzehnte reichende Verzeichnisse über die berufliche Zusammensetzung der Mitgliedschaft, wie sie von 1898 bis 1914 etwa für die drei Hamburger Sozialdemokratischen Vereine vorliegen, oder die von der Groß-Berliner Parteiorganisation für Ende 1906 erfolgten umfangreichen statistischen Erhebungen stellen neben einigen wenigen anderen eine Ausnahme dar[35].

In Verbindung mit solchen Angaben gewinnen die von der deutschen Sozialdemokratie erzielten Wahlergebnisse weiter an Aussagekraft.

Hatte 1881 die Zahl der Reichstagswahlkreise, in denen bei der Hauptwahl über 40 Prozent aller Wahlberechtigten für sozialdemokratische Kandidaten stimmten, 8 betragen, so erhöhte sie sich bis 1912 auf 93, und mehr als 60 Prozent waren es 1912 in vier Wahlkreisen. Dabei lag die Relation zu den insgesamt abgegebenen gültigen Stimmen noch weit günstiger. Berlin 4 und 6 kamen hier immerhin auf 82,37, beziehungsweise 80,77 Prozent sozialdemokratischer Stimmen.

Zweitens blieb die territoriale Verteilung der sozialdemokratischen Mitglieder weiterhin äußerst unterschiedlich. Während die Bezirke Posen, Westpreußen, Ostpreußen und Pommern an der Gesamtmitgliederzahl 1914 mit zusammen 2,58 Prozent beteiligt waren, hatten die Bezirke Groß-Berlin, Hamburg, Dresden und Schleswig-Holstein allein einen Anteil von 28,4 Prozent. 1913 verfügte ein Drittel (129) der sozialdemokratischen Wahlkreisorganisationen mit jeweils unter 300 Mitgliedern über insgesamt 1,53 Prozent der Gesamtmitgliedschaft. Hingegen war in den 18 größten (4,53 Prozent) mehr als ein Drittel (36,53 Prozent) der Mitglieder organisiert.

Die Wahlergebnisse lassen den gleichen Trend erkennen. Obwohl der sozialdemokratische Stimmenanteil in den ländlichen Gebieten absolut zunahm, erhöhte sich von einer Reichstagswahl zur anderen die Zahl der sozialdemokratischen Wähler aus den größeren Städten und industriellen Gebieten mit städtischem Charakter. Bei den Reichstagswahlen von 1890 erhielt die Partei hier bereits 53,3 Prozent aller für sie ab-

[34] Siehe *Fricke,* Handbuch (1987), 316–335.
[35] Siehe ebda., 320–334.

gegebenen Stimmen. Werden noch die ländlichen industriellen Gebiete mit einem Stimmenanteil von 19,6 Prozent hinzugenommen, dann wird deutlich, daß fast Dreiviertel der sozialdemokratischen Wählerschaft in den größeren Städten oder zumindest in industriellen Gebieten lebten. Die verbleibenden 27,1 Prozent verteilten sich auf Wahlkreise mit einer vorherrschend landwirtschaftlich geprägten Struktur, und zwar mit vorwiegendem Großgrundbesitz (15,4 Prozent) und mit verbreiteter groß- beziehungsweise kleinbäuerlicher Wirtschaft (4,9 beziehungsweise 6,8 Prozent)[36].

Bis zur Reichstagswahl 1912 hatte sich dieses Verhältnis weiterhin wesentlich zugunsten der städtischen und industriellen Gebiete verändert: 43,1 Prozent der sozialdemokratischen Stimmen entfielen auf 68 großstädtische Wahlkreise mit 4942446 Wahlberechtigten; 30,8 Prozent auf 116 mit über 50 Prozent städtischer Bevölkerung und 4289114 Wahlberechtigten; 18,8 Prozent auf 143 mit 50 bis 75 Prozent ländlicher Bevölkerung und 3585041 Wahlberechtigten; 7,7 Prozent auf 70 Wahlkreise mit mehr als 75 Prozent ländlicher Bevölkerung und 1625956 Wahlberechtigten[37].

Drittens. Mit dem Anwachsen der sozialdemokratischen Parteiorganisation veränderte sich wesentlich das Verhältnis zwischen den Mitgliedern mit einem relativ hohen Parteialter und denen, die erst kürzere Zeit der Partei angehörten. Von etwa 40000 Mitgliedern der Groß-Berliner Parteiorganisation gehörten dieser Ende 1906 an (in Prozent):

ein Jahr	35,95	6–10 Jahre	13,88
2–3 Jahre	26,32	11–18 Jahre	5,34
4–5 Jahre	18,41		

Von den 7205 Mitgliedern des Sozialdemokratischen Vereins Magdeburg waren 1912 in ihm 8,14 Prozent seit 10 bis 12 Jahren und jedoch 48,61 Prozent erst seit 1910 organisiert.

Obwohl es keine zentralen Angaben über die Mitgliederfluktuation gibt und auch die Zahl der Neuaufnahmen, wenn von den Krisenjahren abgesehen wird, die der Abgänge bei weitem übersteigt, wird diese zwar keineswegs so hoch gewesen sein wie bei den freien Gewerkschaften. Daß sie jedoch nicht unbeträchtlich war, zeigen verschiedentlich die Rechenschaftsberichte der Wahlkreisorganisationen.

Die Ursachen für die Mitgliederfluktuation lagen nicht nur in einer oft zu schwachen Bindung an die Partei, sondern sie resultierten gerade für die lokalen Organisationen auch aus dem hohen Mobilitätsgrad der Arbeiterklasse, was die Binnenwanderung von den ländlichen in die städtischen, industriellen Gebiete einschloß. So wurde auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Pommerns 1910 darüber geklagt, „daß wir zwar fortwährend agitieren und organisieren, aber der Früchte unserer Arbeit nicht teilhaftig werden". In allen Wahlkreisen wären viel mehr Mitglieder gewonnen worden, als sie die Landesparteiorganisation aufwies, aber sie seien wieder verlorengegangen, „weil der größte Teil den heimatlichen Staub von den Pantoffeln schüttelte und sich in einer fortgeschritteneren Gegend einen neuen Wirkungskreis suchte. ...

[36] Siehe *Hellmut Hesselbarth,* Revolutionäre Sozialdemokraten, Opportunisten und die Bauern am Vorabend des Imperialismus (Berlin 1968) 24f.

[37] Siehe *A. Kolb,* Die Sozialdemokratie in Stadt und Land, in: Die Neue Zeit (30.2) 1911/1912, 60f.

Nachdem sie eine Zeitlang mit uns gekämpft haben, ziehen sie es vor, uns den Rükken zu kehren, um in einen anderen Landesteil überzusiedeln."[38]

Viertens. Das außergewöhnliche Erstarken der sozialdemokrtischen Parteiorganisation in der Vorkriegsperiode war in entscheidendem Maße das Ergebnis einer aufopferungsvollen Kleinarbeit Zehntausender Mitglieder und Funktionäre. Sie handelten damit im Sinne einer Forderung der Partei, die im Jahresbericht des Sozialdemokratischen Vereins Bremen für 1906/1907 wie folgt formuliert wurde: „Eine jederzeit schlagkräftige und leistungsfähige Organisation zu schaffen und zu erhalten, dafür zu sorgen, daß die Verbreitung von Flugblättern oder sonstigem Agitationsmaterial an die Bevölkerung in möglichst kurzer Zeit und dabei doch mit der größten Gewissenhaftigkeit erfolgt, daß ferner unsere ständige Werbearbeit für Partei und Presse in recht rationeller, systematischer Weise vorgenommen wird, das ist eine der wichtigsten Aufgaben der Parteigenossen."[39] Die von der deutschen Sozialdemokratie organisierten Massendemonstrationen gegen das Dreiklassenwahlrecht – besonders auch der Treptower „Wahlrechtsspaziergang", bei dem 2500 sozialdemokratische Bezirksführer ein Glanzstück an Organisationsarbeit leisteten, – sind ein Beispiel dafür, welche Kraft in der sozialdemokratischen Parteiorganisation vorhanden war.

Obwohl jedoch die Partei nach außen ein imponierendes Bild der Einheit und Geschlossenheit bot, war ihr Wachstum zunehmend von folgenschweren Widersprüchen begleitet.

Sie äußerten sich zum einen in der Tendenz einer Verflachung der Partei. Am 2. März 1897 notierte Bruno Schoenlank in sein Tagebuch: „Unsere Bewegung, das schreibe ich aufgrund einer fast fünfzehnjährigen Tätigkeit und Beobachtung, wird täglich weiter und breiter, aber auch flacher und seichter."[40] Zehn Jahre später mußte Clara Zetkin in einem Artikel über den Internationalen Sozialistenkongreß zu Stuttgart konstatieren: „Nicht durch die reichsten Kassen, nicht durch die zahlreichsten Wählermassen, nicht durch die stärksten Organisationen allein, so hochwichtig diese sind, behält man die Stellung des Vordertrupps im internationalen Sozialismus: die klarste, revolutionärste Position im großen Meinungskampf der Gegenwart gehört unbedingt auch dazu."[41]

Abgesehen davon, daß sich mit der weiteren Zuspitzung der Klassenauseinandersetzung die einseitige Orientierung der Parteiorganisation auf Erfordernisse des parlamentarischen Kampfes als immer hemmender erwies, mehrten sich die Anzeichen dafür, daß sie zu stagnieren und erstarren begann. Nach dem Abbruch der Wahlrechtskämpfe durch den Parteivorstand und die Generalkommission wies Rosa Luxemburg im Sommer 1910 warnend darauf hin, es „könnte sich leicht herausstellen,

[38] Protokoll über die Verhandlungen der Sozialdemokratischen Partei Pommerns. Abgehalten am 21., 22. und 23. August 1910 zu Stettin (Stettin 1910) 15f.

[39] Jahresbericht des Sozialdemokratischen Vereins Bremen für den Zeitraum vom 1. Januar 1906 bis 30. Juni 1907 (Bremen 1907) 4.

[40] *Paul Mayer,* Bruno Schoenlank 1859–1901. Reformer der sozialdemokratischen Tagespresse (Hannover 1971) 105.

[41] *Clara Zetkin,* Der Internationale Sozialistenkongreß zu Stuttgart, in: Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. 1 (Berlin 1957) 364.

daß der komplizierte Organisationsapparat und die strenge Parteidisziplin, auf die wir mit Recht stolz sind, leider nur für den parlamentarischen und gewerkschaftlichen Alltag ein ausgezeichneter Notbehelf, daß sie aber bei der gegebenen Beschaffenheit unserer leitenden Kreise ein *Hindernis* für die Massenaktion großen Stils sind, wie sie die kommende Ära der stürmischen Kämpfe erfordert"[42].

Zum andern: Am Vorabend des ersten Weltkrieges war die Partei bereits innerlich so sehr zerklüftet, daß es immer fraglicher wurde, von *der* deutschen Sozialdemokratie zu sprechen. Wilhelm Koenen erinnert sich, daß er mit anderen jungen Sozialdemokraten in Königsberg „arg erschrocken" war, als ihnen der Delegierte Alfred Gottschalk intern von seinen Eindrücken vom Leipziger Parteitag 1909 berichtete und seufzend erklärte: „Eigentlich sind wir schon zwei Parteien, die nur noch aus Gewohnheit und Disziplin zusammenhalten."[43]

Die damit angedeuteten Probleme[44] sind sehr vielschichtig und berühren grundsätzliche und in mancher Hinsicht konträre Positionen, die bei der Erforschung und Darstellung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung eingenommen werden. Aber sie gehören zu dem, was bei diesem Referat und auch dem gesamten Kolloquium gewissermaßen mit unter dem Strich steht.

[42] *Rosa Luxemburg*, Die Theorie und die Praxis, in: Gesammelte Werke, Bd. 2 (Berlin 1986) 419f.
[43] IML (Berlin), ZPA, NL 74/29.
[44] Siehe *Fricke*, Handbuch (1987) 1, 285–301.

Adelheid v. Saldern

Wer ging in die SPD? Zur Analyse der Parteimitgliedschaft in wilhelminischer Zeit

Im ersten Moment glaubt man, über die Sozialdemokratische Parteimitgliedschaft in der Zeit des Deutschen Kaiserreiches ausreichend viel zu wissen. Doch anscheinend Bekanntes wird schnell zum Unbekannten. Erstaunt nehmen wir zur Kenntnis, daß es offensichtlich noch keine exakten wissenschaftlichen Untersuchungen über die soziale Zusammensetzung der sozialdemokratischen Mitgliedschaft gibt[1]. Auch die in den letzten Jahren sich im Aufschwung befindende sozio-biographische Methode, bei der es um die Erforschung von historischen Kollektiven geht, machte bislang – vermutlich mangels ausreichender Quellen – vor der sozialdemokratischen Parteimitgliedschaft halt[2].

In den folgenden Ausführungen wird diese Forschungslücke nicht gefüllt. Stattdessen sollen gegenwärtiges Wissen und verfügbare Interpretationen präsentiert werden, um zu weiteren Fragestellungen und Analysen anzuregen.

Dabei zeigt sich schnell, daß die Entscheidung eines Arbeiters, in die Sozialdemokratische Partei einzutreten, nicht aus einem einzigen Ursachenfaktor erklärt werden

[1] So *Dieter Fricke,* Die deutsche Arbeiterbewegung 1869–1914. Ein Handbuch über ihre Organisation und Tätigkeit im Klassenkampf (Berlin 1976) 264; im folgenden zitiert: *Fricke,* Arbeiterbewegung. Zur frühen Arbeiterbewegung siehe vor allem *Hartmut Zwahr,* Die deutsche Arbeiterbewegung im Länder- und Territorienvergleich 1875, in: Geschichte und Gesellschaft 13 (1987) 448–507.

[2] Zur sozio-biographischen Methode siehe *Wilhelm Heinz Schröder* (Hrsg.), Lebenslauf und Gesellschaft. Zum Einsatz von kollektiven Biographien in der historischen Sozialforschung (Stuttgart 1985) passim; im folgenden zitiert: *Schröder,* Lebenslauf. Schröder definiert die kollektive Biographie als eine „theoretisch und methodisch reflektierte, empirische, besonders auch quantitativ gestützte Erforschung eines historischen Personenkollektivs in seinem jeweiligen gesellschaftlichen Kontext anhand einer vergleichenden Analyse der individuellen Lebensläufe der Kollektivmitglieder". Ebda., 8. Die sozio-biographische Methode wurde bislang auf sozialdemokratische Führer angewandt. Dazu siehe z. B. *Eberhard Kolb,* Zur Sozialbiographie einer Führungsgruppe der SPD am Anfang der Weimarer Republik: Die Mitglieder des „Zentralrats" 1918/19, in: Herkunft und Mandat. Beiträge zur Führungsproblematik in der Arbeiterbewegung (Schriftenreihe der Otto-Brenner-Stiftung 5, Frankfurt/Köln 1976); *Wilhelm Heinz Schröder,* Die Sozialstruktur der sozialdemokratischen Reichstagskandidaten 1898 bis 1912, in: Herkunft und Mandat. Beiträge zur Führungsproblematik in der Arbeiterbewegung (Frankfurt/Köln 1976); *Christel Wickert,* Frauen im Parlament: Lebensläufe sozialdemokratischer Parlamentarierinnen in der Weimarer Republik, in: *Schröder* (Hrsg.), Lebenslauf, 210–241.

kann. Die Vorstellung, daß vor allem die ökonomische Klassenlage und die schlechten Lebensverhältnisse zum Anschluß an die SPD geführt hätten, wäre zwar nicht falsch[3], aber unzureichend und z.T. irreführend. Zwar erreichte die Zahl der Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands im Jahre 1913/14 die Eine-Million-Grenze[4], aber insgesamt gesehen organisierten sich doch „nur wenige" Arbeiter in der Partei (der Anteil lag unter 10%)[5], und dies, obwohl die meisten Arbeiter an ihre objektive Klassenlage fest gebunden blieben. Es muß also auch noch nach anderen Ursachenfaktoren gesucht werden. Nicht zufällig kommt bei dieser Suche der soziokulturelle Bereich (stärker als früher) ins Blickfeld. Es gilt, auch die Wirkungsweise der (politischen) Sozialisation, des Sozialmilieus, der (Berufs-)ausbildung etc. zu berücksichtigen[6]; ebenso müssen Lebenserfahrungen, Vergangenheits- und Gegenwartsdeutungen sowie Zukunftserwartungen in die Analyse mit einbezogen werden[7]. Ein solcher multiperspektivischer analytischer Zugriff geht freilich über eine rein quantitative Untersuchung der sozialen Struktur der Mitgliedschaft hinaus; qualitative Aspekte kommen hinzu.

Fraglos sind Analysen von Parteimitgliedschaften nützlich, gleichwohl sollten diese in ihrem Aussagewert nicht überschätzt werden. Dies gilt auch für die wilhelminische SPD. Beispielsweise nach der sozialen Basis des Reformismus oder des Radikalismus

[3] So gibt es selbstverständlich Zusammenhänge zwischen der regionalen Sozialstruktur und der Entwicklung der sozialdemokratischen Mitgliedschaft (vgl. hierzu *G. A. Ritter* in diesem Band).

[4] *Fricke,* Arbeiterbewegung, 245. Im Jahre 1905/06 waren es erst 384327 Mitglieder. Genauere Angaben über die zahlenmäßige Entwicklung der Gesamtpartei liegen erst seit 1905/06 vor, abgesehen von einzelnen regionalen und örtlichen Parteiorganisationen. Näheres dazu siehe ebd., 244f.

[5] So belief sich der Anteil der Parteimitglieder an der gesamten Arbeiterschaft in Augsburg 1901 auf 0,8%, 1905 auf 1,8%, 1908 auf 3,9%, 1911 auf 5,5%. *Ilse Fischer,* Industrialisierung, sozialer Konflikt und politische Willensbildung in der Stadtgemeinde. Ein Beitrag zur Sozialgeschichte Augsburgs 1840–1914 (Schriftenreihe des Stadtarchivs Augsburg 24, Augsburg 1977) 334; im folgenden zitiert: *Fischer,* Augsburg. – In Göppingen gehörten weniger als 6% der örtlichen Arbeiterschaft der SPD an. *Dieter Wuerth,* Radikalismus und Reformismus in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung Göppingens, 1910–1919 (Göppingen 1978) 54; im folgenden zitiert: *Wuerth,* Göppingen. – In Frankfurt betrug der Anteil (1906) 4,7%, in Nürnberg 21,1%.

[6] In diesem Zusammenhang sollte auf die „Dialektik von objektiven und einverleibten Strukturen" hingewiesen werden. Nach Bourdieu sind diese einverleibten Strukturen zwar nicht linear aus der Klassenlage ableitbar, aber auch nicht ohne Analyse der Klassenlage erklärbar: Die für einen spezifischen Typus von Umgebung konstitutiven Strukturen (etwa die eine Klasse charakterisierenden materiellen Existenzbedingungen) erzeugen sog. Habitusformen. Solche „strukturierten Strukturen" seien ihrerseits geeignet, „als strukturierende Strukturen zu wirken", indem sie nämlich Praxisformen erzeugen und strukturieren und so Geschichte machen. Die Stärke der Überlegungen Bourdieus liegt im Aufzeigen der Bedingungen für die Entstehung eines relativ konstanten Habitus, während Veränderungen des Habitus nicht erklärt werden. Gerade aber der Bruch mit dem regelhaft wirkenden Habitus ist für die Erklärung jenes Schrittes, der schließlich zum Pateieintritt führte, wichtig. Vgl. *Pierre Bourdieu,* Entwurf einer Theorie der Praxis auf der ethnologischen Grundlage der kabylischen Gesellschaft (Frankfurt 1979) 162, 164f., 169.

[7] Hinsichtlich der Bedeutung der Erfahrungen für Handlungsweisen und Klassenbildungsprozesse vgl. *Eduard P. Thompson,* The Making of the English Working Class (Harmondsworth 1963) vor allem 9–14, 189–212.

zu suchen, dürfte vergebliches Bemühen sein[8]. So konnte zwar festgestellt werden, daß jene Ortsvereine, in denen die Metaller quantitativ überwogen, stärker als andere Ortsvereine zu einer Linksorientierung neigten. Dies trifft jedoch beispielsweise für die Bielefelder SPD, in der ebenfalls die Metaller dominierten, nicht zu[9]. Allerdings war die soziale Basis bei der Durchsetzung einer bestimmten Parteilinie keineswegs bedeutungslos, vor allem dann nicht, wenn Fragen nach Erfahrungshorizonten und subjektiven Realitätsdeutungen eingeschlossen werden. Dabei müssen auch die Ungleichzeitigkeiten hinsichtlich der regionalen und branchenbezogenen Entwicklungen berücksichtigt werden[10]. Diese bestanden – ungeachtet der Entwicklung der SPD zur Massenpartei seit 1890/1900 – weiter fort.

Die folgenden Ausführungen konzentrieren sich auf zwei Punkte: Zum einen geht es um eine klassen-/schichten- und berufsspezifische Untersuchung der sozialdemokratischen Mitgliedschaft. Zum anderen wird versucht, über den Entscheidungsprozeß, der schließlich zum Eintritt in die Partei führte, einige Aussagen bezüglich der sozio-kulturellen Dispositionen zu machen. Hierbei kommt es notgedrungen auch zu bloßen Vermutungen und mehr oder weniger stichhaltigen Andeutungen. Außerdem müssen Hilfskonstruktionen angewandt werden, indem auch aus der Analyse jener Personengruppen, die nicht in die SPD eintraten, Rückschlüsse für unsere Fragestellung gezogen werden.

[8] Wichtig ist freilich, den Reformismus allgemein als eine Folge einer bestimmten Wahrnehmungsweise gesellschaftlicher Realität zu begreifen; dazu: *Adelheid v. Saldern,* Auf dem Weg zum Arbeiter-Reformismus. Parteialltag in sozialdemokratischer Provinz. Göttingen 1870–1920 (Frankfurt 1984), vor allem die Einleitung; im folgenden zitiert: *v. Saldern,* Arbeiter-Reformismus. *W. L. Guttsman,* The German Social Democratic Party 1875–1933 (London 1981) 160f.; im folgenden zitiert: *Guttsman,* Social Democratic Party. Erinnert sei in diesem Zusammenhang an das stark kritisierte Buch von *Karl-Heinz Roth,* Die „andere" Arbeiterbewegung und die Entwicklung kapitalistischer Repression von 1880 bis zur Gegenwart. Ein Beitrag zum Neuverständnis der Klassengeschichte in Deutschland (München 1974).

[9] *Karl Ditt,* Industrialisierung, Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung in Bielefeld 1850–1914 (Untersuchungen zur Wirtschafts-, Sozial- und Technikgeschichte 4, Dortmund 1982) 251; im folgenden zitiert: *Ditt,* Bielefeld.

[10] Der Begriff der Ungleichzeitigkeit geht auf die Überlegungen von Ernst Bloch zurück, wobei dieser allerdings weniger an regionale Ungleichzeitigkeiten, sondern mehr an unterschiedliche Mentalitäten einzelner sozialer Gruppen dachte – unterschiedliche Mentalitäten, die im Grunde verschiedenen Zeitepochen zugehörten. Fruchtbar an diesem Gedanken ist die Erkenntnis, daß auch Regionen von Ungleichzeitigkeiten bestimmt werden, die aber nicht nebeneinander, d. h. nicht getrennt voneinander existieren, sondern sich überlagern – in mehrdimensionaler Verflechtung miteinander, aber auch gegeneinander stehend. Dazu vgl. *Ernst Bloch,* Erbschaft dieser Zeit (Frankfurt 1962) bes. 104ff.; siehe auch die exemplarische Studie von *Gerd Zang* (Hrsg.), Provinzialisierung einer Region. Regionale Unterentwicklung und liberale Politik in der Stadt und im Kreis Konstanz im 19. Jahrhundert. Untersuchungen zur Entstehung der bürgerlichen Gesellschaft in der Provinz (Frankfurt 1978); im folgenden zitiert: *Zang,* Provinzialisierung.

I. Soziale und berufliche Herkunft der sozialdemokratischen Parteimitglieder

1. Klassen- und schichtenbezogene Merkmale

Einst zweifelten Zeitgenossen – so Robert Blank – daran, daß die SPD überhaupt eine Klassenpartei, d.h. eine Arbeiterpartei war[11]. Diese Auffassung wurde widerlegt[12]. Gemessen an dem überwiegenden Anteil gelernter und ungelernter Arbeiter in der Mitgliedschaft (in der Regel 80–90%) war die wilhelminische SPD eine Arbeiterpartei[13].

Sowohl in den Parteizentren[14] als auch in den Parteiprovinzen überwog bei weitem die „breite Schicht der mittleren Arbeiter"[15]. Zu ihr gehörten hauptsächlich gelernte

[11] So veröffentlichte im Jahre 1905 der Soziologe R. Blank seine Untersuchungen über die Wählerschaft der SPD. Er behauptete, daß der Anteil der in der Großindustrie beschäftigten Arbeiter „numerisch kaum stärker" zu Buche schlüge als der Anteil der bürgerlichen Elemente. Deshalb sei die SPD nach ihrer sozialen Zusammensetzung keine Klassenpartei. *Robert Blank,* Die soziale Zusammensetzung der sozialdemokratischen Wählerschaft Deutschlands, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik NF XX (1905) 523, 539. Innerhalb der SPD wurde damals ebenfalls die Relevanz klassenfremder Elemente für die Partei diskutiert. Dazu siehe einführend vom Standpunkt der heutigen DDR: *Fricke,* Arbeiterbewegung, 253ff. Die Kernfrage lautete, ob die Existenz nichtproletarischer Schichten in der SPD sich auch auf Ziele und Strategien der Partei auswirken würde. Diese Frage wurde aber mehr unter qualitativem (und weniger unter quantitativem) Aspekt diskutiert.

[12] Dazu siehe schon *Gerhard A. Ritter,* Die Arbeiterbewegung im wilhelminischen Deutschland (Berlin [2]1963; Erstauflage 1959) 77f.

[13] Vgl. *Fricke,* Arbeiterbewegung, 265. In Göttingen machte der Prozentsatz der proletarischen Mitglieder 95,7 aus. *Adelheid v. Saldern,* Vom Einwohner zum Bürger. Zur Emanzipation der städtischen Unterschicht Göttingens 1890–1920. Eine sozial- und kommunalhistorische Untersuchung (Schriften zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte 21, Berlin 1973) 114; im folgenden zitiert *v. Saldern,* Einwohner. – In Düsseldorf waren 98% der gesamten Mitgliedschaft 1906 der Arbeiterklasse zugehörig, in Dortmund waren es 85%. *Mary Nolan,* Social Democracy and Society. Working-Class Radicalism in Düsseldorf 1890–1920 (Cambridge University Press 1981) 102, im folgenden zitiert: *Nolan,* Düsseldorf. In München machte der Anteil der Lohnarbeiterschaft (1906) „nur" 80% aus. *Robert Michels,* Die deutsche Sozialdemokratie. Mitgliedschaft und soziale Zusammensetzung, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik NF XXIII (1906) 509, im folgenden zitiert: *Michels,* Sozialdemokratie.

[14] Für viele Fragen der Parteigeschichte ist eine Differenzierung zwischen Parteizentren und Parteiprovinzen angebracht. Dabei zeichnet sich die Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie dadurch aus, daß sie sich nicht von einem einzigen Zentrum aus entwickelte, sondern daß von Anfang an mehrere regionale Parteizentren vorhanden waren. Nach vorläufigen Recherchen haben sich die Unterschiede zwischen Parteizentren und Parteiprovinzen in wilhelminischer Zeit eher vergrößert als verringert, d. h. die Parteiprovinzen gerieten stärker in eine parteiorganisatorische und parteikulturelle Abhängigkeit von den (regionalen) Parteizentren. Dazu siehe neuerdings *Adelheid v. Saldern,* Parteizentren und Parteiprovinzen. Zu Fragen der regionalen Differenzierung und Hierarchisierung der wilhelminischen SPD (Vortragsmanuskript, deutsch-polnische Konferenz in Poznań, Oktober 1987; erscheint in polnisch); im folgenden zitiert: *v. Saldern,* Parteizentren. Allerdings gibt es auch Städte und Regionen, die sich weder dem einen noch dem anderen Typ zuordnen lassen, so z. B. die vielen industrialisierten ländlichen Gemeinden im Königreich Sachsen (vgl. *G. A. Ritter* in diesem Band).

[15] *Fricke,* Arbeiterbewegung, 271; *Wuerth,* Göppingen, 59f.

Arbeiter (in Bielefeld lag der Prozentsatz (1904) bei 61,2 v.H.)[16], von denen viele handwerkliche Berufe ausübten. Allerdings stieg mit der Zeit der Anteil der gelernten Industriearbeiter (Facharbeiter).

Die sog. Arbeiteraristokratie – also nicht nur der gelernte, sondern auch der in seinem Beruf hochqualifizierte Arbeiter in relativ guter Position und mit verhältnismäßig hohem Verdienst – machte innerhalb der Arbeiterklasse nur eine relativ kleine soziale Gruppe aus, so daß es nicht verwundert, wenn diese auch in der SPD quantitativ gesehen wenig vertreten war[17]. Überdies setzte ein Teil der obersten Arbeiterschicht auf den individuellen Aufstieg und hielt sich deshalb bewußt von der Partei fern. In Göttingen beispielsweise bestand die Arbeiteraristokratie vor allem aus Feinmechanikern, diese waren aber nur vereinzelt in der Partei zu finden[18].

Ungelernte Arbeiter blieben in der Partei vor 1914 unterrepräsentiert[19]. Man kann davon ausgehen, daß die ungelernten – zusammen mit den angelernten – Arbeitern (soweit diese als Berufsangabe den Begriff „Arbeiter" verwendeten) zwischen 10 und 25% der sozialdemokratischen Mitgliedschaft ausmachten. Bemerkenswert ist, daß in Parteiprovinzen die ungelernten Arbeiter häufig einen höheren Anteil an der Mitgliedschaft stellten als in den Parteizentren. So waren in einem regionalen Parteizentrum wie Nürnberg 1894 nur 9,3% der Mitglieder als ungelernte Arbeiter ausgewiesen, während der Prozentsatz in der Parteiprovinz Göttingen 1906/07 bei 25% lag[20].

[16] *Ditt,* Bielefeld, 250.

[17] Vgl. *Fricke,* Arbeiterbewegung, 271.

[18] Von der Gesamtzahl der Beschäftigten in der Metallbranche Göttingens waren nur 1,2% in der SPD organisiert, und nur 2 der Sozialdemokraten bezeichneten sich als Mechaniker; *v. Saldern,* Einwohner, 117f. Es fehlen noch ausreichende qualitative Längsschnittanalysen über Denkweisen und Verhalten der Arbeiteraristokratie. In diesem Zusammenhang müßten auch die Wohnmilieus beachtet werden. Für Hamburg stellt Kutz-Bauer fest, daß die sozialdemokratische Wählerschaft vor allem in den Arbeiterquartieren wohnte, während die aktiven Sozialdemokraten eher in den sozial gemischten Quartieren zu finden waren, „wo eine bescheidene Kleinbürgerlichkeit dominiert und Gewerbe und Kleingewerbe seine Standorte hat". *Helga Kutz-Bauer,* Arbeiterschaft, Arbeiterbewegung und bürgerlicher Staat in der Zeit der großen Depression (Bonn 1988) 422. Für die zwanziger Jahre siehe unter solcher Fragestellung *Adelheid v. Saldern,* Die Neubausiedlungen der zwanziger Jahre, in: *Ulfert Herlyn, Adelheid v. Saldern, Wulf Tessin* (Hrsg.), Neubausiedlungen der zwanziger und sechziger Jahre. Ein historisch-soziologischer Vergleich (Frankfurt/New York 1987). In den meisten Untersuchungen wird allerdings nur zwischen gelernten Arbeitern (welche über die Berufsangabe zu erschließen sind) und ungelernten Arbeitern, die sich dann auch als Arbeiter bezeichneten, unterschieden, nicht aber zwischen der breiten Masse der gelernten Arbeiter und den Spitzenfacharbeitern. Ebenso schwierig ist es, die angelernten Arbeiter als eigene Gruppe herauszudestillieren.

[19] *Fricke,* Arbeiterbewegung, 271f. Es muß auch bedacht werden, daß es zwar sinnvoll ist, zwischen gelernten und ungelernten Arbeitern zu unterscheiden, daß damit aber wenig über die spezifische Position im Betrieb bzw. über den sich verändernden Arbeitsplatz ausgesagt wird. Ebda., 272f.

[20] *Dieter Rossmeisl,* Arbeiterschaft und Sozialdemokratie in Nürnberg 1890–1914 (Schriftenreihe des Stadtarchivs Nürnberg, Nürnberg 1977) 207f.; im folgenden zitiert: *Rossmeisl,* Nürnberg. Unter den 191 Personen, die als ungelernte Arbeiter ausgewiesen wurden, befand sich eine Gruppe

Die relativ größere Repräsentanz ungelernter (bzw. angelernter) Arbeiter in den Parteiprovinzen schwächte jedoch eher die Position der Parteiprovinzen gegenüber den Parteizentren, denn in der Gesamtpartei waren es ja mehr die gelernten Arbeiter, die den Ton angaben und deren Interessen innerhalb der Organisation am meisten Berücksichtigung fanden.

Die aus dem Produktionsprozeß Herausgeschleuderten, beispielsweise die sog. „Wanderarmen" oder die Gelegenheitsarbeiter waren bezeichnenderweise in der Partei von vornherein gar nicht vertreten. Vielleicht wird an dieser Stelle deutlich, daß die soziale Basis der SPD in nur eingeschränktem Ausmaße mit der „Kultur der Armut" verbunden war, nämlich nur insoweit, als (ungelernte) Arbeiter überhaupt am Produktionsprozeß in relativ geregelter Weise teilhatten (s. auch unten)[21].

Der Anteil der nicht-proletarischen Mitglieder der wilhelminischen SPD lag zwischen 5–20%. Die meisten nicht-proletarischen Mitglieder kann man wohl zum Kleinbürgertum rechnen (selbständige Handwerker, Einzelhändler, kleine Kaufleute, Hausierer, Gastwirte, kleine Angestellte). Den höchsten Anteil an Kleinbürgern hatte die Münchner SPD mit 21,6% aufzuweisen (1906)[22]. Es war dies wohl die Folge eines langsameren Übergangs zur Industrialisierung dieser Stadt als es sonst üblich war – bei gleichzeitig stark ausgeprägter gewerblicher Mischstruktur. – Auch in diesem Punkt gab es übrigens zwischen Parteiprovinzen und Parteizentren gewisse Unterschiede: Es scheint, als ob das Kleinbürgertum in den Parteiprovinzen prozentual nicht so stark repräsentiert war wie in den Parteizentren[23].

Allerdings muß man bei diesen Zahlen beachten, daß nicht selten sich sozialdemokratische Kleinbürger früher in lohnabhängiger Stellung befunden hatten, bevor sie sich selbständig machten. (Häufig wurden sie auf Grund ihrer Parteitätigkeit zu die-

von 94 Personen, die mit der Bezeichnung „Fabrikarbeiter und Tagelöhner" gesondert aufgeführt wurden. Es sind damit wohl ungelernte Hilfsarbeiter gemeint, während es sich bei dem Rest um angelernte Arbeiter gehandelt haben dürfte. – In Berlin wies die Statistik über die berufliche Zusammensetzung der Mitgliedschaft im Jahre 1906 14,9% der Mitglieder (= 7903) als „Arbeiter" aus. Dabei dürfte es sich ebenfalls um ungelernte Arbeiter gehandelt haben. *Fricke,* Arbeiterbewegung, 271. In Hamburg betrug der Anteil der als (ungelernte) Arbeiter ausgewiesenen Personen 1898 23% (2655) und 1903 20,6% (3394) der Mitglieder; ebda., 256. Aus Göppingen wird berichtet, daß dort ungelernte Arbeiter relativ selten in der Partei organisiert waren, ohne daß genaue Zahlen genannt werden. *Wuerth,* Göppingen, 59. In Bielefeld betrug der Prozentsatz der un- bzw. angelernten Arbeiter in der Partei 1904 32,8% (882 Personen); *Ditt,* Bielefeld, 250.

[21] Dazu neuerdings einführend *Michael Grüttner,* Die Kultur der Armut, in: Soziale Bewegungen (Jb. 3, Frankfurt/New York 1987) 12ff.; im folgenden zitiert: *Grüttner,* Armut; zu den Wanderarmen siehe vorläufig *v. Saldern,* Einwohner, 218f.

[22] *Michels,* Sozialdemokratie, 509. Auch hier erfolgte die Zurechnung nicht nach strikten Festlegungen. Dementsprechend sind alle Zahlen mit Vorbehalt zu lesen.

[23] *v. Saldern,* Einwohner, 114. Der Anteil der Kleinbürger an der Parteimitgliedschaft lag in Marburg mit 4,4% und in Frankfurt mit 5,7% ähnlich hoch wie in Göttingen. *Michels,* Sozialdemokratie, 509. Fricke geht davon aus, daß nicht wenige Sozialdemokraten vor ihrem Anschluß an die Partei ebenfalls kleinbürgerlichen Schichten angehört hätten; diese seien erst infolge der zunehmenden Konzentration und Zentralisation des Kapitals zu Proletariern geworden. *Fricke,* Arbeiterbewegung, 249.

sem Schritt mehr oder weniger gezwungen[24]. Im übrigen weiß man, daß viele „Selbständige" – vor allem Schneider und Schuhmacher – ebenfalls eine quasi-proletarische Existenz fristeten (Einmannbetriebe).)

Zum Kleinbürgertum zählten auch die Gastwirte. Diese spielten bekanntlich in der Partei eine wichtige Rolle insofern, als die Partei über viele Jahre hinweg geeignete Gastwirtschaftsräume benötigte, um ihre Versammlungen abhalten zu können. In den Parteizentren waren Gastwirte in der SPD relativ stark vertreten – im Unterschied zu einer Parteiprovinz wie Göttingen[25]. Dieser Unterschied resultiert aus der Tatsache, daß im Falle Göttingen die Gastwirte mehr verdienten, wenn sie sich den Militärpersonen und der Studentenschaft öffneten – und das schloß in der Praxis eine sozialdemokratische Kundschaft eben aus.

Das mittlere und gehobene Bürgertum war in der SPD nur marginal vertreten. Es handelte sich dabei vor allem um Akademiker und sonstige Intellektuelle. Diese waren vorwiegend in den Parteizentren zu finden, kaum jedoch in den Parteiprovinzen, erst recht nicht in kleinen Universitätsstädten wie Göttingen und Tübingen. Dies erklärt sich vor allem daraus, daß dort die Intelligenz mit den weitgehend illiberalen (und antisozialdemokratisch gesinnten) Universitäten verbunden blieb, während das großstädtische Milieu auch andere Typen von Intellektuellen (Literaten, Redakteure etc.) hervorbrachte, die z.T. der SPD gegenüber recht aufgeschlossen waren. Obwohl auch in den Parteizentren die Akademiker quantitativ gesehen nur eine geringe Zahl ausmachten, war der qualitative Einfluß auf die Partei relativ groß und darüberhinaus auch noch in der Partei sehr umstritten (vgl. die sog. „Akademikerfrage")[26].

[24] Dies gilt auch für den Vorsitzenden der Göttinger SPD, Wilhelm Stegen. Vgl. *v. Saldern,* Arbeiter-Reformismus, 299. Für Augsburg vgl. *Fischer,* Augsburg, 334. In Düsseldorf waren zwischen 1896 und 1908 nur 33 kleine Händler, Angestellte, Beamte, Gastwirte usw. in die Partei eingetreten. (1908 waren es dann gleich auf einen Schlag 49 Personen.) *Nolan,* Düsseldorf, 102. In Bielefeld machten die Kaufleute und Wirte in der SPD (1904) 5,6% aus. Hinzu kamen noch 0,5% Angestellte. *Ditt,* Bielefeld, 250.

[25] In Leipzig betrug der Anteil der Gastwirte an der Parteimitgliedschaft 1904 3,4% (63 Personen). *Michels,* Sozialdemokratie, 514. In Göttingen waren 1908 nur 3 Gastwirte in der Partei organisiert; *v. Saldern,* Einwohner, 115.

[26] Akademiker und Intellektuelle, welche in der SPD in Bremen, Berlin, München und Leipzig eine so große Rolle spielten, waren beispielsweise in Düsseldorf so gut wie gar nicht in der Partei vertreten; *Nolan,* Düsseldorf, 102. – In der SPD wurde damals intensiv über die Funktion der Intellektuellen in der Partei diskutiert. Die Auseinandersetzung (die sog. „Akademikerfrage") stand bekanntlich im Kontext des Konfliktes um den parteipolitischen Kurs. Es handelte sich also nicht um einen Antiintellektualismus, wenngleich Vorbehalte durchaus vorhanden waren. Vgl. dazu *Benno Fischer,* Sozialdemokratie und Intelligenz in der Weimarer Republik, in: *Richard Saage* (Hrsg.), Solidargemeinschaft und Klassenkampf. Politische Konzeptionen der Sozialdemokratie zwischen den Weltkriegen (Frankfurt 1986) 223; im folgenden zitiert: *Fischer,* Intelligenz. Auch Boll sieht im Faktor „intellektuelles Milieu" einen wichtigen Unterschied zwischen Braunschweig und Hannover. Während in Braunschweig eine recht große intellektuelle Diskussionsfreudigkeit geherrscht habe, war die Hannoversche Partei mehr eine auf pragmatisches Handeln ausgerichtete „Gewerkschaftspartei" (mündl. Hinweis v. Autor); vgl. auch seine Studie: *Friedhelm Boll,* Massenbewegungen in Niedersachsen 1906–1920. Eine sozialgeschichtliche Untersuchung zu den unterschiedlichen Entwicklungstypen Braunschweig und Hannover (Bonn 1981) bes. 115; im folgenden zitiert: *Boll,* Massenbewegungen.

Eine spezifische Gruppe der Intelligenz stellten die jüdischen Intellektuellen dar. Ihre kulturelle Schwebelage und ihr nicht selten sehr scharf-kritischer Blick auf die zeitspezifischen Ausprägungen der militaristisch-kapitalistischen Gesellschaft führten nicht selten zu systemoppositionellen, also zu sozialdemokratischen bzw. sozialistischen Ideen. Hieraus erklärt sich, daß „geistes- und kulturgeschichtliche Elemente des jüdischen Denkens gleichsam immanente Bestandteile der Sozialismus-Diskussion waren und sind und von dieser Seite aus auch auf das gesellschaftliche und politische Denken in Deutschland seit langem einwirken"[27].

2. Berufsspezifische Merkmale

In berufsbezogenen Statistiken über die Parteimitglieder[28] dominierten meist die Branchen Metall, Bau und Holz. Dies gilt z. B. auch für Düsseldorf. Nolan hat in ihrer Untersuchung über die Düsseldorfer Arbeiterbewegung diese Tatsache zu erklären versucht: Es habe sich hierbei um gelernte Leute gehandelt, die eine vorteilhafte Position auf dem Arbeitsmarkt eingenommen und über relativ qualifizierte Arbeitsplätze verfügt hätten. Sie betont ferner die gemeinsame Herkunft aus der handwerklichen Ausbildung und der Handwerkskultur (s. unten)[29].

Doch es gab auch Differenzen zwischen den genannten Branchen. Denn die Erfahrungen, die im Bau- und Holzsektor gemacht wurden, unterschieden sich doch sehr von jenen Realitätsdeutungen in der metallverarbeitenden Industrie sowie im Maschinenbau.

Die Metaller (genauer: die gelernten Arbeiter aus der metallverarbeitenden Branche bzw. den Maschinenbauindustrien) dominierten in zahlreichen (regionalen) Parteizentren. In Düsseldorf machten die Metaller rund 35% der Mitgliedschaft aus (1907)[30]. Ähnliches ist auch aus Augsburg, Berlin, Chemnitz, Stuttgart, Bielefeld und Nürnberg überliefert[31]. Tatsächlich hatten die Metaller in den metallverarbeitenden Branchen relativ gute Arbeitsplätze. Sie litten damals noch wenig unter einer Dequalifizierung der Arbeit; die Arbeitszeit betrug häufig „nur" 10 Stunden. Oft genossen sie sogar eine relative Autonomie bei ihrer Arbeit, die meist in Werkstätten stattfand. Sie hatten noch

[27] *Fischer,* Intelligenz, 225.

[28] Allerdings sind die Statistiken schwer miteinander vergleichbar, weil in einem Teil von ihnen einzelne Berufe aufgezählt sind, während in einem anderen Teil die Statistik nach Branchen geordnet ist. Bei den Berufsanalysen muß zudem berücksichtigt werden, daß die Angaben nicht einheitlich vorgenommen wurden und daß sie vielfach über den tatsächlich ausgeübten Beruf des Mitglieds keine genaue Aussage zulassen. Die zeitlich umfassendsten und genauesten Angaben über die berufliche Zusammensetzung der Mitgliedschaft vermitteln wohl die von der Hamburger Sozialdemokratie vom Anfang der neunziger Jahre bis 1914 jährlich veröffentlichten Statistiken. Auszüge befinden sich in: *Fricke,* Arbeiterbewegung, 265.

[29] *Nolan,* Düsseldorf, 112.

[30] *Nolan,* Düsseldorf, 104ff. Allerdings sind hier keine genauen Zahlen angegeben.

[31] Für Bielefeld, Berlin, Chemnitz und Stuttgart siehe entsprechenden Hinweis bei *Ditt,* Bielefeld, 251; *Fischer,* Augsburg, 335. In Nürnberg betrug 1894 der Anteil 36%, *Rossmeisl,* Nürnberg, 207. In München und Frankfurt, in Städten mit einer wirtschaftlichen Mischstruktur, lag der Anteil der Parteimitglieder, die aus der Metallbranche stammten, bei 17 bzw. 20%. *Michels,* Sozialdemokratie, 506; 500 (selbst errechnet).

am ehesten ein starkes Selbstwertgefühl und progressive Zukunftsperspektiven. Ihre Berufsausbildung und ihre Arbeitskultur ermöglichten ihnen eine Identitätsbildung als qualifizierte Arbeiter und ein Bewußtsein ihrer relativ starken Position im industriekapitalistischen Produktionsprozeß[32].

Lucas beschreibt noch einen anderen Typ eines Metallers. Auf Remscheid blickend charakterisiert er die Arbeiter in dem dort vorherrschenden kleineisen-produzierenden Gewerbe – vor allem sind die Feilenhauer hier zu nennen. Diese hätten es verstanden, sich durch zunehmende berufliche Spezialisierung der Proletarisierung zu widersetzen und die handwerkliche Tradition in einer wirtschaftlich kontinuierlich gewachsenen Mittelstadt aufrecht zu erhalten. Die Einbindung solcher Metaller in die SPD führt Lucas vorrangig auf die Kontinuität der Entwicklung und auf entsprechende Realitätsdeutungen zurück. Meist in traditional-patriarchalischen Sozialbeziehungen verwurzelt, ermöglichte ihre Erfahrungswelt ihnen eine auf Kontinuitäten basierende rationale Zukunftsplanung, die eine relative Sicherheit bezüglich der eigenen Lebensperspektiven einschloß[33].

In vielen (wenn auch nicht in allen) Parteiprovinzen dagegen dominierten nicht die Metaller, sondern Handwerker aus den Branchen Stein/Bau und Holz, so z. B. in Göttingen (Stein/Bau: 27,4%; Holz: 11,3%) und in Marburg (Stein/Bau: 27%; Holz: 23%)[34]. Zwar waren Handwerker aus diesen beiden Branchen auch in den Parteizentren stark vertreten, jedoch wurden sie dort nicht selten von den Metallern zahlenmäßig überrundet. Dies gilt auch für Hamburg[35]. Die stärkste Einzelgruppe innerhalb der Branchen Stein/Bau und Holz bildeten die Maurer, die beispielsweise in den drei sozialdemokratischen Vereinen in Hamburg 1907/08 2885 Personen ausmachten. (Das waren alleine schon 8,25% der gesamten Mitgliedschaft), gefolgt von den Tischlern mit 2664 Personen (7,6%)[36].

Die qualifizierten Arbeiter der beiden Sektoren Stein/Bau und Holz rekrutierten sich (wie die Metaller) überwiegend aus der Handwerkerschaft. Sie hatten – ebenfalls wie die Metaller – kaum mehr Hoffnung, jemals selbständige Meister ihres Faches zu werden. Auf Grund langer handwerklicher soziokultureller Traditionen machte es ihnen keine Probleme, in Organisationen eingebunden zu sein. Weder Mechanisierung noch Rationalisierung waren weit fortgeschritten. Im Unterschied zu der Situation bei den Metallern gab es aber in diesen Branchen noch viele Kleinbetriebe, die unter dem voranschreitenden Konzentrationsprozeß litten. Vor allem hatten die Kleinbetriebe

[32] Vgl. *Nolan*, Düsseldorf, 105 f.; für Augsburg: *Fischer*, Augsburg, 335.

[33] Über Remscheid siehe *Erhard Lucas*, Zwei Formen von Radikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung (Frankfurt 1976) 250 ff.; künftig zitiert: *Lucas*, Zwei Formen.

[34] Die Zahlen sind entnommen aus: *v. Saldern*, Einwohner, 116. In Singen spielten die Handwerker des Bau- und Ausbaugewerbes ebenfalls eine numerisch große Rolle in der Partei. *Zang*, Provinzialisierung, 22. Eine ähnliche Struktur der Parteimitgliedschaft ist auch aus Leipzig übermittelt. Dort waren die Branchen Stein/Bau und Holz 1904 mit 25,3 bzw. 12,1% vertreten.

[35] Errechnet nach *Fricke*, Arbeiterbewegung, 258 ff.

[36] *Fricke*, Arbeiterbewegung, 256 ff. Ähnlich verhielt es sich im schleswig-holsteinischen Wahlkreis, wo 1908 ebenfalls der Beruf des Maurers (mit 1239 Personen) in der Partei dominierte; ebda., 269 f.

im Holzgewerbe stark gegen die maschinelle Konkurrenz größerer Betriebe anzukämpfen. Im Zuge der rapiden Urbanisierung und Industrialisierung zählte das Baugewerbe zwar zu den wachsenden Gewerbezweigen, allerdings erwies es sich auch als recht konjunkturempfindlich. Jede ökonomische Rezession wirkte sich im Baugewerbe überdurchschnittlich aus. Die Hochindustrialisierung brachte dieser Berufsgruppe also keine relative Stabilität ihrer Arbeitsplätze. Natürlich wußte man, daß Leute aus solchen Branchen immer irgendwo und irgendwann gebraucht wurden, aber vielfach fehlte wohl die Erfahrung der betrieblichen Konstanz: Die betrieblichen Zukunftsperspektiven für solche Berufsangehörigen waren ungewisser als bei den Metallern. Hinzu kommt: Es mußte einen Unterschied ausmachen, ob man in den Leitsektoren industrieller Entwicklung (wie in den metallverarbeitenden Branchen) tätig war oder in den noch stark handwerksbestimmten, den Hochindustrialisierungsprozeß „begleitenden Branchen" wie Stein/Bau und Holz. Allerdings konnten die relativ schwachen Unternehmer in den zuletzt genannten Branchen den Eintritt „ihrer" Arbeiter in die Gewerkschaften nicht verhindern, womit sich eine wichtige Chance zur Politisierung (s. unten) eröffnet[37]. Doch es gab in diesen Branchen auch Strukturen, die sich für eine Politisierung ungünstig auswirkten. Beispielsweise weiß man gerade von den Bauarbeitern, daß sie vielfach noch mit der ländlichen Lebenswelt verwachsen blieben (nicht zuletzt auf Grund häufig saisonaler Arbeitsverträge) und daß sie sich deshalb wohl auch nicht so leicht mit der urban-geprägten Arbeiterbewegungskultur identifizieren konnten wie die Metaller.

Wenn man also die partiellen Unterschiede zwischen den Branchen Metall einerseits und Stein/Bau sowie Holz andererseits herausarbeitet, und wenn man sich noch einmal in Erinnerung ruft, daß es gerade die Parteiprovinzen waren, in denen Stein/Bau und Holz dominierten, während in Industrie- und Großstädten häufig die Handwerker aus der Metallbranche in der Partei den Ton angaben, so kann von daher gesehen auf sozio-strukturelle Unterschiede zwischen Parteiprovinzen und Parteizentren geschlossen werden: Zukunftsorientierte Selbstsicherheit (wie bei den Metallern in den Parteizentren) fehlte weitgehend in den Parteiprovinzen[38]. Dies lag freilich nicht so sehr am Beruf an sich – Maurer waren auch selbstbewußt und spielten in Großstädten eine wichtige Rolle (s. oben) – sondern mehr an der Kombination von Beruf und provinzieller Gesamtsituation.

Nun gab es auch Branchen, die auffallend schwach in der SPD vertreten waren. In diesem Zusammenhang müssen genannt werden: Bergbau, polygraphisches Gewerbe, Textil und Nahrung/Genuß[39] sowie die metallerzeugenden Industriezweige.

[37] Vgl. dazu auch die Überlegungen bei *Nolan,* Düsseldorf, 110.

[38] Zu diesem Ergebnis kommt man auch, wenn man die internen Parteiprotokolle der Göttinger SPD auswertet. Es gibt allerdings immer auch Ausnahmen, z. B. bestimmte ländliche Gebiete in Sachsen (s. *G. A. Ritter* in diesem Band) oder die Dominanz der Metaller beispielsweise in der Provinzstadt Rheine. (Diesen Hinweis verdanke ich Friedhelm Boll.)

[39] Bäcker und Fleischer konnten z. B. in Göttingen für die Partei kaum gewonnen werden. Zum Teil wohnten sie noch im Haus des Arbeitgebers, z. T. hofften sie auf einen späteren beruflichen Aufstieg oder gar auf Selbständigkeit. Allein die Zigarrenarbeiter galten als organisationsfreudig und machten in der Göttinger SPD 8,6% der Parteimitgliedschaft aus.

Betrachten wir uns einige dieser Sektoren etwas genauer:

Interessanterweise schlossen sich die Drucker selten der SPD an. Obwohl in Düsseldorf 1200 Drucker in der Gewerkschaft organisiert waren (1907), erklärten nur 51 ihren Beitritt zur SPD[40]. In Hamburg machten die Drucker nur 1,2% der Mitglieder aus (1907/08: 416 Personen)[41]. Als Arbeiterelite und überzeugt von der Unersetzbarkeit ihrer Fähigkeiten glaubten sie wohl, daß ökonomische Kämpfe alleine ausreichen würden. Allerdings gibt es offensichtlich auch hier Unterschiede zwischen Parteizentren und Parteiprovinzen. Es ist auffallend, daß diese Branche in Marburg (1906) 19% der Mitglieder stellte[42]. In Göttingen machten die Beschäftigten aus der polygraphischen Branche zwar nur 7,5% der Mitglieder aus (1908: 14 Personen), doch ist bemerkenswert, daß immerhin (1907) 6,1% aller in dieser Branche Beschäftigten in der Partei organisiert waren, das war – verglichen mit den anderen Branchen am Ort – der höchste Prozentsatz[43].

Bei der metallerzeugenden Branche wirkten sich offenbar betriebliche Großstrukturen sowie die spezifische Arbeitssituation für einen Eintritt in die SPD ungünstig aus, insofern die Aufnahme informeller Kontakte während der Arbeit erschwert war. Damit entfiel eine wichtige Voraussetzung für die Politisierung. Dort waren die Arbeitszeiten auch länger (12-Stunden-Schicht im Unterschied zum 10 Stundentag im Maschinenbau sowie in den metallverarbeitenden Industrien); außerdem unterlag die Arbeit auf Grund des starken technologischen Wandels schon damals einer Intensivierung[44]. Hinzu kam die höchst autoritäre Betriebsführung und der sogenannte Sozialpaternalismus (firmeneigenes Sozial- und Kulturprogramm), wodurch die Voraussetzungen für politische Organisationen ebenfalls verschlechtert wurden. Die häufigste Protestform dieser Arbeiter war nicht der Eintritt in die Gewerkschaften und in die SPD, sondern das Verlassen der Firma. Dies gilt vor allem für die ungelernten Arbeiter in der Eisen- und Stahlfabrikation.

Ein schlechtes Rekrutierungsfeld gab auch die Branche Textil/Bekleidung ab. In Göttingen machte diese Berufsgruppe (Leder- und Textilbranche) in der SPD zwar 11,8% aus, das waren jedoch nur 2,3% der in dieser Branche (1907) Beschäftigten. Bei den Mitgliedern handelte es sich fast ausschließlich um die von jeher stark überbesetzten Berufe der Schneider und Schuhmacher, nicht aber um die Gruppe der Textilarbeiterinnen[45]. Die vor allem in der Textilindustrie beschäftigten Frauen ließen sich schwerer als ihre männlichen Kollegen organisieren (s. unten). In Augsburg gelang es überdies den Textilunternehmern, scharfe Kontrollen bei Neueinstellungen durchzuführen. In der Textilindustrie habe es „Furcht vor Repressalien" gegeben, und die viel-

[40] *Nolan*, Düsseldorf, 111.
[41] *Fricke*, Arbeiterbewegung, 257.
[42] *Michels*, Sozialdemokratie, zitiert aus: *v. Saldern*, Einwohner, 116.
[43] *v. Saldern*, Einwohner, 116.
[44] Dazu *Nolan*, Düsseldorf, 106f. In Düsseldorf waren annähernd 50% der Eisen- und Stahlarbeiter in Betrieben mit mehr als 500 Beschäftigten angestellt, während es bei den Maschinenbauern nur 25% waren.
[45] *v. Saldern*, Einwohner, 119.

seitigen „Abhängigkeiten durch das betriebliche Wohlfahrtsystem" ließen „ein politisches Engagement nicht ratsam erscheinen"[46].

II. Sozio-kulturelle Dispositionen

Die bisherigen Ausführungen über die soziale und berufliche Zusammensetzung der sozialdemokratischen Mitgliedschaft stellten nur eine erste grobe, an äußeren Merkmalen orientierte Analyse dar. Sozio-kulturelle Erklärungsmuster für den Parteieintritt (1), aber auch für die Ablehnung der SPD bzw. für die Gleichgültigkeit gegenüber der Partei (2) müssen hinzukommen. Schließlich soll auch noch kurz auf die besondere Situation der Frauen eingegangen werden (3).

1. Positiv wirkende Einflußfaktoren[47]

Im folgenden werden einige sozio-kulturelle Voraussetzungen thematisiert, die einen Parteieintritt begünstigten.

a) Bildung und Ausbildung

Aus Autobiographien von Sozialdemokraten kann man Faktoren erkennen, die offensichtlich häufig einen Politisierungsprozeß bewirkten, der schließlich zum Eintritt in die SPD führte[48]. Neben der „richtigen" Lektüre, der Überzeugungsarbeit durch Eltern (vor allem ist an die Parteimitglieder der zweiten Generation zu erinnern), durch Freunde, Bekannte, Kollegen[49] sowie der Ausstrahlungskraft sozialdemokratischer Führer, spielte die handwerkliche Ausbildung eine große Rolle. Dadurch erhielt der Arbeiter offenbar ein gewisses Selbstwertgefühl, wodurch seine Fähigkeiten vergrößert

[46] *Fischer*, Augsburg, 336.

[47] Zum Folgenden siehe auch die 54 Kurzbiographien bei *v. Saldern*, Arbeiter-Reformismus, 290ff. Im folgenden ein Beispiel aus *Nolan*, Düsseldorf, 108f.: Es handelt sich um die Sozialbiographie des Kunsttischlers und regionalen Parteiführers Berten: Berten wuchs in einem kleinen rheinischen Dorf auf, wo sein Vater eine kümmerliche Existenz als Zimmerer fristete. Schon als Kind half er seinem Vater, und nach der Volksschule lernte er das gleiche Handwerk. Im Jahre 1891, als Berten 18 Jahre alt war, begab er sich auf die Reise, zumal die Berufsaussichten auf dem Lande äußerst gering waren. Am Niederrhein zog er von Stadt zu Stadt, erweiterte seinen Wissensstand und lernte das städtische proletarische Leben kennen. Als er in Dortmund eine Beschäftigung fand, trat er der Gewerkschaft bei. Einige Jahre später, nachdem er immer wieder an politischen Diskussionen auf Gewerkschaftstreffen teilgenommen hatte, schloß er sich schließlich auch der SPD an.

[48] Vgl. *Jochen Loreck*, Wie man früher Sozialdemokrat wurde. Das Kommunikationsverhalten in der deutschen Arbeiterbewegung und die Konzeption der sozialistischen Parteipublizistik durch August Bebel (Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung 130, Bonn-Bad Godesberg 1977) 159ff.; Loreck berichtet überdies von Leuten, die in die Partei eintraten, weil ihnen andere Aufstiegsmöglichkeiten versperrt waren. So wollte Bernstein studieren, Blos wollte Philologe werden; Bromme und Löwe träumten vom Lehrerberuf, Keil und Noske wären gerne Förster geworden, und Severing liebäugelte mit dem Beruf eines Pfarrers. Weitere Beispiele: ebda., 137. Insgesamt enttäuscht die Arbeit aber wegen der geringen Interpretationskraft.

[49] Eine gute Voraussetzung stellte auch die Mitgliedschaft in der Arbeiterjugendorganisation dar.

wurden, über seinen individuellen Lebenshorizont hinauszutreten und zu erkennen, daß sich die Interessen der Arbeiterklasse nur in autonomen Arbeiterorganisationen vertreten ließen. Auf dieser Basis konnten dann auch unter Umständen die im 1. Kapitel thematisierten Faktoren (Schicht/Beruf) wirksam werden und sich gewisse Utopiebedürfnisse nach einem zukünftigen „besseren Leben" in einer besseren (sozialistischen) Gesellschaft entfalten[50]. Im Unterschied dazu fiel es Arbeitern ohne (Aus-)Bildung (die im übrigen auch häufig große materielle Sorgen hatten) oftmals schwer, über die reinen gegenwartsbezogenen Reproduktionsinteressen der eigenen Existenz und der ihrer Familien hinauszukommen[51].

b) Alter

In der Literatur wird übereinstimmend ausgesagt, daß die meisten Parteimitglieder ein Alter zwischen 20 und 40 Jahren aufwiesen[52]. Die SPD war also in wilhelminischer Zeit keineswegs überaltert – im Unterschied zur Phase der Weimarer Republik. Die meisten Sozialdemokraten standen beim Eintritt in die Partei auf dem Höhepunkt ihres Lebenszyklus. Sie hatten bereits eine gewisse Berufssicherheit erreicht, und ihr Verdienst lag (verglichen mit älteren und ganz jungen Kollegen) relativ hoch. Viele waren überdies verheiratet und hatten Kinder, für die sie eine bessere Zukunft erkämpfen wollten.

c) Gewerkschaften

Die Not, die Arbeiter bei sich und bei anderen erfuhren, deuteten viele als Auswirkung der Klassengesellschaft[53]. Gleichzeitig erlebten Arbeiter, wie man durch gemeinsamen Einsatz Verhältnisse zumindest partiell verbessern konnte. Erfahrungen sammelten sie hierbei meist im Rahmen gewerkschaftlicher Tätigkeiten und Streiks. Viele traten deshalb zunächst in die Gewerkschaft und später erst in die Partei ein. In der Literatur wird aus diesem Grunde die Bedeutung der Gewerkschaften als Politisierungsmedium übereinstimmend herausgestellt[54]. Ja, man kann vereinfacht sagen: je stärker die Gewerkschaften am Orte waren, desto stärker war die SPD[55]. Dies gilt z. B. auch für Remscheid. E. Lucas weist in seinem Buch über den Arbeiterradikalismus auf die relativ großen gewerkschaftlichen Erfolge der Remscheider Arbeiter hin. So konnten Tarifverträge durchgesetzt und die betriebliche Zersplitterung in viele Klein- und Kleinstbetriebe aufgefangen werden. Dieser Erfolg gewerkschaftlicher Politik habe

[50] *Walter Caroli/Robert Stimpel,* Geschichte der Lahrer SPD. Ein Beitrag zur politischen Entwicklung in der Stadt Lahr (Lahr 1979) 91.

[51] Vgl. *Fricke,* Arbeiterbewegung, 272.

[52] Ebda.; *Rossmeisl,* Nürnberg, 210; *Nolan,* Düsseldorf, 118, 120f.; *Wuerth,* Göppingen, 59f.

[53] Bezüglich der Deutung der Gesellschaft als Klassengesellschaft vgl. *v. Saldern,* Arbeiter-Reformismus, 58ff.

[54] Z. B. *Ditt,* Bielefeld, 251; *Jörg Schadt, Wolfgang Schmierer,* Die SPD in Baden-Württemberg und ihre Geschichte. Von den Anfängen der Arbeiterbewegung bis heute (Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs 3, Stuttgart 1979) 82; im folgenden zitiert: *Schadt, Schmierer,* Baden-Württemberg. *Wuerth,* Göppingen, 59f. Oft wirkten auch sog. Vorfeldvereine als Politisierungsmedium.

[55] Vgl. z. B. *Guttsman,* Social Democratic Party, 155. Dort nähere Angaben.

sich offenbar auch für die SPD ausgezahlt: Remscheid wurde eine sozialdemokratische Hochburg mit einem gut ausgebauten sozialdemokratischen Organisationswesen (Zeitung, Konsumverein, Volksbibliothek)[56].

Doch würde das komplizierte Beziehungsgeflecht von Gewerkschaften und SPD vereinfacht werden, würde man die Gewerkschaften nur unter dem Aspekt eines sozialdemokratischen Rekrutierungsfeldes sehen wollen. Schließlich darf nicht vergessen werden, daß noch um 1900 die Zahl der Parteimitglieder höchstens ein Drittel der in den Freien Gewerkschaften organisierten Arbeiter ausmachte[57]. Es ist in diesem Zusammenhang auch daran zu erinnern, daß zwischen Gewerkschaften und Partei Spannungen bestanden[58], die erst mit der zunehmenden „Vergewerkschaftung" der Partei abnahmen. Schließlich waren sozialdemokratische Mitglieder um 1905 „fast durchweg auch Gewerkschaftler"[59], während viele Gewerkschafter nach wie vor nicht den Sprung in die Partei fanden.

Beachtenswert ist auch die Tatsache, daß der Anteil der Gewerkschaftsmitglieder in der sozialdemokratischen Mitgliedschaft von Ortsverein zu Ortsverein beträchtlich schwankte. Die Spannweite lag zwischen rund 10% in Frankfurt (um 1905) und ca. 40% in Bielefeld (1909) sowie in Hamburg (1911/12)[60]. Schönhoven führt die regionalen und lokalen Unterschiede nicht nur auf strukturelle Merkmale, sondern auch auf Art und Intensität der Mitgliederwerbung zurück[61]. Wichtig ist ferner in diesem Zusammenhang die jeweilige „Kultur der Arbeit", wozu auch Qualitätsbewußtsein (über die Produkte und die Tätigkeit als ursprüngliche Produzenten) sowie Solidarität gehörten. Ihre unterschiedliche Ausprägung hatte sicherlich auch Einfluß auf die Entwicklung der Anzahl der gewerkschaftlich organisierten Partei-Mitglieder (s. auch oben).

d) Zuwanderer

Nolan betont in ihrer Studie über die Sozialdemokratische Partei in Düsseldorf die große Bedeutung, die die Zuwanderer für die SPD gehabt hätten[62]. (Vor allem gelte

[56] *Lucas,* Zwei Formen, 92ff.

[57] *Michels,* Sozialdemokratie, 490. Von den 360000 Mitgliedern der Metallarbeitergewerkschaft war auch nur ein Viertel in der Partei. *Guttsman,* Social Democratic Party, 156. Erinnert sei in diesem Zusammenhang noch daran, daß es 1893 in der Partei zu einem sehr umstrittenen Beschluß gekommen ist, der darauf hinauslief, daß jeder Parteigenosse in die Gewerkschaften eintreten müsse. *Michels,* Sozialdemokratie, 491 f.

[58] Ebda.

[59] Ebda.

[60] Die gewerkschaftlich organisierten Frankfurter Buchdrucker waren besonders wenig in der Partei zu finden. Der Anteil betrug 6%. *Michels,* Sozialdemokratie, 499; *Ditt,* Bielefeld, 251; *Volker Ullrich,* Die Hamburger Arbeiterbewegung am Vorabend des ersten Weltkrieges bis zur Revolution 1918/19 (Diss. phil., Hamburg 1976) 78; weitere Zahlen: Göttingen 14%, Marburg 23%; vgl. *v. Saldern,* Einwohner, 173.

[61] *Klaus Schönhoven,* Expansion und Konzentration. Studien zur Entwicklung der Freien Gewerkschaften im wilhelminischen Deutschland 1890–1914 (Stuttgart 1980) 107ff., 118.

[62] Vgl. z. B. *Nolan,* Düsseldorf, 99. In der ersten Generation der lokalen Sozialdemokratie spielte die Ansässigkeit der Genossen eine große Rolle. So hatten die „fliegenden Agenten" der Lassalleschen Organisation häufig dann keinen dauerhaften Erfolg, wenn sie nicht ausreichend von Einheimischen unterstützt wurden.

dies für die Metaller; s. auch oben.) Die meisten von ihnen stammten aus dem Rheinland, viele kamen aus der Region Düsseldorf[63]. Solche Arbeitergruppen seien bereit gewesen, das städtische Leben und die urbane Kultur auf sich wirken zu lassen[64]. Sie hätten sich gegenüber den politischen Ideen besonders aufgeschlossen gezeigt und mit ihrer Vergangenheit weitgehend gebrochen. In einer katholischen Stadt wie Düsseldorf seien vor allem die protestantischen Zuwanderer als Rekrutierungsfeld für die SPD wichtig gewesen, weil diese von der lokalen dominierenden katholischen Kultur von vornherein ausgeschlossen waren. Die (protestantischen) Zuwanderer hätten sich an industrieller Arbeit interessiert gezeigt, nach relativ gut bezahlten Arbeitsplätzen gesucht, wo sie ihre fachlichen Kenntnisse unter Beweis stellen konnten und ihnen eine relative Autonomie geboten wurde. Ihre zum Teil radikale Kapitalismuskritik basierte also auf einer spezifischen Form vorläufiger „Anerkennung" der kapitalistisch-industriellen Entwicklung – nämlich als Durchgangsstadium zu einer besseren (sozialistischen) Gesellschaft[65].

e) Parteizentren – Parteiprovinzen

Wer in (regionalen) Parteizentren tätig war, dem fiel die Entscheidung, in die Partei einzutreten, leichter als jenen, die in Parteiprovinzen lebten. Dies gilt vor allem für Arbeiter, die nicht nur in Parteizentren, sondern darüberhinaus auch noch in bestimmten Stadtquartieren (SPD-Hochburgen) wohnten[66] oder in Betrieben arbeiteten, in denen die Gewerkschaften gut vertreten waren. In den Parteizentren fand man ein sehr viel größeres Angebot an sozialdemokratischen Selbsthilfeorganisationen, Wirtshäusern (evtl. sogar Volksheimen) sowie Zeitungen vor. Streik- und Demonstrationsöffentlichkeiten führten zumindest zu einer partiellen Beherrschung des öffentlichen Raumes. Die sozialdemokratische Kultur innerhalb und außerhalb der Parteiorganisation konnte insgesamt gesehen eine ungleich stärkere Auswirkung und damit Anziehungskraft auf Unentschlossene ausüben als dies in den Parteiprovinzen möglich war,

[63] Das waren 52% von insgesamt 141 000 Zuwanderern im Jahre 1905. Westfalen stellte 15% der Ankömmlinge. 28% zogen von weiter entfernt liegenden Gegenden zu, einige sogar aus dem Ausland. Ein Teil der Zuwanderer lebte ehedem in Gebieten, die ökonomisch weniger gut entwickelt waren als Düsseldorf, ein anderer Teil stammte aus Städten mit einer vergleichbar entwickelten industriellen Struktur, aber mit niedrigerer Lohnskala. Eine knappe Mehrheit von Zuwanderern kam aus kleinen und mittelgroßen Städten, während nur ein Drittel in ländlichen Gebieten geboren war. Ein überraschend hoher Prozentsatz (15) stammte von Städten mit mehr als 100 000 Einwohnern. Schließlich gab es noch welche (11% der Zuwanderer), die vorher in einer größeren Stadt, als Düsseldorf es war, lebten. *Nolan,* Düsseldorf, 114.

[64] Hierzu und zum Folgenden ebda., 116, vgl. auch 114.

[65] Vgl. auch ebda., 117.

[66] Eine (große) Bedeutung haben wohl auch die Wohnquartiere für die Entscheidung zugunsten des Eintritts in die SPD gehabt. Bekanntlich gab es in den Städten Wohnviertel, die als (Wahl-) Hochburgen der SPD galten. Ein Problem für die Forschung liegt freilich darin, herauszufinden, inwieweit spezifische Kommunikationsformen im Wohnquartier hierbei eine Rolle gespielt haben. Hinzuweisen ist auch noch auf die Tatsache, daß viele Arbeiterfamilien zwar mobil waren, aber die Mobilität sich in räumlich engen Grenzen hielt: Man zog meist nur innerhalb des Viertels um. Hierzu einschlägig und differenzierend: *Stephan Bleek,* Mobilität und Seßhaftigkeit in deutschen Großstädten während der Urbanisierung, in: Geschichte und Gesellschaft 15 (1989) 5–34.

wo es an verdichteter Urbanität und sozialdemokratischem Milieu fehlte. In den Parteizentren konnte ein Stück weit die kulturelle Hegemonie des städtischen Bürgertums durchbrochen und proletarische Öffentlichkeit hergestellt werden. In diesem Zusammenhang vermochte auch ein neu aufgebauter Parteiapparat eine vorteilhafte Rolle zu spielen (vgl. Boll, S. 102)[67], kurzum, die Erfahrungsmöglichkeiten und der Erfahrungshorizont der in Parteizentren lebenden Arbeiter war gefächerter und vielseitiger als in den Parteiprovinzen.

Dort in den Parteiprovinzen war die sozialdemokratische Organisation oftmals schwach; gleichzeitig wirkte die kulturelle bürgerliche Hegemonie mit ihren scheinbaren Integrationsangeboten auch an die Arbeiter vielfach noch erdrückender als in den Parteizentren. Ein von der Partei getragenes sozio-kulturelles Gegenlager konnte allenfalls nur punktuell entwickelt werden. Ein intellektuelles Milieu, das für die Entwicklung der SPD hätte unter Umständen förderlich sein können, fehlte dort meistens. Auch wer mit den traditionellen Lebensformen und Realitätsdeutungen gebrochen hatte, blieb mit der agrarisch-vorindustriellen Welt realiter stärker verbunden, als dies in den Parteizentren der Fall war. Gleichzeitig erlebte die Parteiprovinz jedoch auch entscheidende Veränderungen ihres Erfahrungshorizontes durch die Industrialisierung. Beide Lebenswelten – die agrarisch-handwerkliche und die industriell-handwerkliche – überlagerten sich, standen in mehrdimensionaler spannungsgeladener Verflechtung zueinander[68]. Wichtig – aber noch recht unerforscht – ist die Frage, inwieweit ein Zusammenhang zwischen der mehr populistischen Ausprägung eines sozialdemokratischen Ortsvereins (z. B. im Westen Münchens) und der erfolgreichen quantitativen Entwicklung der Partei bestanden hat[69].

2. Sozio-kulturelle Hemmnisse

Die Erklärungsmuster, die für die Analyse der Parteieintritte förderlich waren, erhalten noch schärfere Konturen, wenn auch die gegenläufigen Dispositionen, die einen Eintritt in die Partei erschwerten, vorgestellt werden[70], soweit sie nicht schon im vorherigen Abschnitt als Kontrastmuster Erwähnung fanden.

[67] Eine dominierende Stellung nahm z. B. der 8. Hannoversche Reichstagswahlkreis, der die Städte Hannover und Linden sowie den Landkreis Hannover umfaßte, in der Provinzialorganisation ein. Von den 12 zu dieser Organisation gehörenden Wahlkreisen rekrutierte der Wahlkreis Hannover-Linden im Jahre 1907 65,7% und 1913 57,6% der gesamten Mitglieder. *Boll,* Massenbewegungen, 103. In diesem Zusammenhang ist auch die Frage wichtig, inwieweit es zu einer Tiefenverankerung der Partei am jeweiligen Ort kam – beispielsweise durch entsprechende Milieus.

[68] *Zang,* Provinzialisierung, passim. Vgl. auch *Adelheid v. Saldern,* Arbeiterradikalismus – Arbeiterreformismus. Zum politischen Profil der sozialdemokratischen Parteibasis im Deutschen Kaiserreich. Methodisch-inhaltliche Bemerkungen zu Vergleichsstudien, in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung (IWK), 20. Jg. H. 4 (1984) 483–498.

[69] Diesen Hinweis verdanke ich Stephan Bleek. Unter solcher Fragestellung ist auch das Verhältnis von Arbeiterbewegungskultur und Popularkultur wichtig. (Für die 1920er Jahre kommt noch das Verhältnis zur neuen Massenkultur hinzu.)

[70] Auf die nationale Frage als Einflußfaktor wird hier nicht weiter eingegangen.

a) Begrenzter Stadtaufenthalt

Nolan weist in diesem Zusammenhang vor allem auf die nur zeitweise in die Stadt ziehenden (häufig un- bzw. angelernten) Arbeitergruppen hin. Sie hätten Organisationen wie SPD und Gewerkschaften mit Indifferenz oder gar Feindseligkeit betrachtet. Gegenüber ihrer eher trostlosen (oftmals ungelernten) Berufstätigkeit hätten sie eine instrumentelle Haltung an den Tag gelegt. Im Grunde wollten sie sowohl der industriellen Arbeit als auch dem städtischen Leben entkommen, und nur wenn dieses Entkommen nicht mehr möglich war, habe es eine Chance gegeben, sie für die SPD zu mobilisieren[71].

b) Sozialkatholisches Milieu

Ein zweiter Typ des für die SPD nur schwer erreichbaren Arbeiters war jener, der im sozialkatholischen Milieu eingebunden blieb, im Falle Düsseldorf also die einheimischen Arbeiter. Die einheimischen Arbeiter seien – so wieder Nolan – in einer streng katholischen Umgebung aufgewachsen, also ganz im katholischen Milieu integriert gewesen. Wenn diese Leute sich der Sozialdemokratie anschließen wollten, mußten sie nicht nur mit der Kirche, sondern auch mit ihrer eigenen Vergangenheit und Gegenwart brechen, d.h. mit ihrer bisherigen Lebensweise und ihrer katholisch-sozialen Vision[72]. Dies taten eben nur wenige. Zwischen 1896 und 1902 seien nur 53 Einheimische der Düsseldorfer SPD beigetreten. Erst als in den späten wilhelminischen Jahren der Konservatismus in der Zentrumspartei stärker hervortrat, seien weitere Arbeiter diesem Sozialmilieu entfremdet worden[73]. Vom protestantischen Lager her war offensichtlich der Entschluß, in die SPD einzutreten, leichter, wobei der Loslösungsprozeß (Entkirchlichung) häufig schrittweise erfolgte[74].

c) Überdimensionaler Kultursprung

Ein anderer Typ eines „Nicht-Sozialdemokraten" kennzeichnet Lucas am Beispiel des Hamborner Arbeiters. Dieser war in konzentrierten Großunternehmen der Montanindustrie in einer aus dem Boden gestampften Arbeitergroßstadt beschäftigt. Die dort arbeitenden Menschen hatten meist eine agrarische Herkunft, waren nach Hamborn zugewandert, wiesen also eine starke Diskontinuität in ihrer individuellen Lebensgeschichte auf, gepaart mit einer unsicheren Zukunft. Ihre Arbeitswelt war vom Großkapital bestimmt und von entfremdeter Anonymität des Arbeitsplatzes geprägt, ihre Zielperspektiven richteten sich nur auf das Unmittelbare und auf das Heute[75]. Ein Vergleich mit den nach Düsseldorf zugewanderten handwerklich ausgebildeten Arbeitern, die in der metallverarbeitenden Branche landeten (s. oben), bietet sich an:

[71] *Nolan,* Düsseldorf, 115, vgl. auch 114, 105f.

[72] Vgl. *Rohe* in diesem Band.

[73] *Nolan,* Düsseldorf, 113. So ist auch die antikirchliche Haltung der SPD zu verstehen.

[74] So waren die Göttinger Sozialdemokraten vielfach noch Mitglied der evangelischen Kirche geblieben; *v. Saldern,* Arbeiter-Reformismus, 290f. Über das Verhältnis Religion – Sozialdemokratische Bewegung arbeitet derzeit *Wilfried Spohn,* Berlin. Ihn interessiert vor allem die Frage der Transformation religiösen Gedankenguts in die Arbeiterbewegung.

[75] *Lucas,* Zwei Formen, 280ff.

Der Unterschied lag offensichtlich darin, daß der nach Düsseldorf zugewanderte (spätere) Sozialdemokrat über eine handwerkliche Tradition verfügte und eine individuelle Ausbildung hinter sich gebracht hatte und schließlich einen relativ guten Arbeitsplatz fand. Den Zuzug in die Stadt mögen diese Arbeiter vielleicht auch als eine Art Befreiung empfunden haben. Demgegenüber kannte der nach Hamborn Zugewanderte meist nicht den handwerklichen Lebens- und Arbeitszusammenhang aus eigener Erfahrung; die Industrialisierung erlebte er nicht prozeßhaft, sondern sprunghaft und zugleich in ihrer ausgeprägtesten und darüberhinaus höchst anonymen Form. Der abrupte Übergang von der agrarisch-orientierten Alltagswelt zur großindustriellen Arbeitsstruktur sei meist nur als passiv zu erleidendes Schicksal erfahren worden, das allerdings bei einer bestimmten Neukonstellation durchaus in (parteiungebundene) politische Radikalität umschlagen konnte, wie dies tatsächlich bei den Hamborner Arbeitern 1918/19 der Fall war[76].

d) Die Pendler (und Arbeiterbauern)

Eine andere Gruppe von Arbeitern, die meist nichts von der Partei wissen wollte, stellten die Pendler dar. In den Worten von Wuerth: „Viele dieser Arbeiter waren oft eifrig darauf bedacht, ihr Geld in Grundbesitz anzulegen oder arbeiteten auf den Tag hin, an dem sie als selbständige Handwerker die Fabrik verlassen konnten. Diese ländlichen Gemeinden boten den Sozialdemokraten keine Flucht in die Anonymität; ihre gesellschaftliche Struktur richtete sich gegen die Beteiligung an der Arbeiterbewegung und da es örtliche Gewerkschafts- und Parteiorganisationen in den meisten Dörfern nicht gab, war es für die Arbeiter schwierig, durch kollektive Bemühungen ihren Arbeitsplatz zu sichern."[77]

Häufig handelte es sich bei den Pendlern eben auch um Arbeiterbauern, vor allem in Württemberg. Viele wohnten noch auf dem Lande und gingen nur zur Arbeit in die Stadt, blieben so mehr oder weniger in die traditionell-dörfliche Lebensweise eingebunden. Gerade an Württemberg kann man überdies das Stadt-Landgefälle aufzeigen, insofern sich der Mitgliederzuwachs der SPD bis 1914 auf die Städte der „Industriestraße" (von Heilbronn bis Göppingen) konzentrierte, wo 1913 etwa 4/5 der württembergischen sozialdemokratischen Mitglieder lebten[78].

e) Sozialdemokratischer Wähler in der Parteiprovinz

Ein weiterer Typ eines für die SPD schwer ansprechbaren Arbeiters war der sozialdemokratische Wähler in einer Parteiprovinz wie Göttingen, in der die bürgerliche kulturelle Hegemonie in besonderer Weise dominant war. In Göttingen wurde die bürgerliche Hegemonie nicht nur durch städtisches Bürgertum, sondern auch durch Universität und Garnison repräsentiert. Dort – wie sicherlich auch anderswo in Partei-

[76] Die Hamborner Arbeiter neigten 1918/19 zu mehr spontanen, aber keineswegs unorganisierten Aktionsformen. Lucas führt diese Tatsache nicht zuletzt auf den agrarischen Mentalitätshorizont dieser Arbeitergruppe zurück. *Lucas,* Zwei Formen, 250f.

[77] *Wuerth,* Göppingen, 57.

[78] Über die Arbeiterbauern siehe *Schadt/Schmierer,* 10.

provinzen – hatte man noch nach 1890 vielfältige soziale Diskriminierungen zu befürchten, wenn man sich offen als SPD-Mitglied zu erkennen gab. So waren im Jahre 1907 im 12. Reichstagswahlkreis (in und um Göttingen) nur rund 4% der Wähler in der SPD organisiert; dieser Anteil stieg 1913 zwar auf 13,2%, aber – verglichen mit den Parteizentren – war dies wenig: In den Groß- und Industriestädten (vor allem in protestantischen und industriellen Distrikten) machte der Anteil der sozialdemokratischen Mitglieder an der SPD-Wählerschaft bis zu 50% aus[79]. Durch die Analyse der städtisch und ländlich gemischten Gebiete (so im 6. Wahlbezirk Schleswig-Holstein) kann dieser Unterschied besonders deutlich herausgearbeitet werden: Im Durchschnitt betrug der Anteil der sozialdemokratischen Mitglieder an der sozialdemokratischen Wählerschaft (1907) 42,5%, die ortsbezogene Spannweite lag jedoch zwischen 18 und 65%, war also immens groß[80]. In der Parteiprovinz fand man folglich besonders häufig jenen Arbeitertyp vor, der trotz seiner Sympathie für die SPD nicht aus seiner Anonymität heraustreten wollte. Erst nach 1918/19 änderte sich die Situation, weil ein offenes Bekenntnis zur SPD keine Repressalien mehr nach sich zog[81].

f) „Kultur der Armut"

Mit diesem von Oscar Lewis geprägten Ausdruck soll das Leben jener unteren (Arbeiter-)Schichten ins Blickfeld rücken, die nicht ständig in den Produktionsprozeß eingebunden waren. Für unseren Zusammenhang ist wichtig, daß diese Bevölkerungsschichten (Gelegenheitsarbeiter, Saisonarbeiter etc.) zwar u. U. ein starkes Protestpotential entwickelten – bekannt sind tumultöse und gewaltsame Aktionsformen, – daß dieses Protestpotential jedoch meist unorganisiert blieb und sich weitgehend außerhalb der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung artikulierte. Grüttner hebt mit Recht hervor, daß mobile, ungelernte Arbeiter nur schwer dauerhaft organisierbar waren. „Die von der Sozialdemokratie angebotene Perspektive einer langsamen und kontinuierlichen Verbesserung der proletarischen Lebenslage durch den geduldigen Aufbau machtvoller Organisationen blieb diesen Arbeitern fremd, da sie quer lag zu ihrem eigenen, durch Diskontinuität geprägten, augenblicksorientierten Lebensstil. Außerdem bezogen die Handwerksgesellen und Facharbeiter, die die Arbeiterorganisationen hauptsächlich trugen, einen Teil ihres Selbstwertgefühls gerade auch aus der demonstrativen Distanz gegenüber den unteren Arbeiterschichten, dem „Lumpenproletariat". Die diskriminierende Behandlung der Armen durch Polizei und andere staatliche Institutionen hat dazu beigetragen, diese Kluft weiter zu öffnen."[82]

[79] In Bremen war der Anteil besondes hoch (1913: 40%); *Guttsman,* Social Democratic Party, 153. Der Prozentsatz der Parteimitglieder an der Wählerschaft betrug im Deutschen Reich 1906: 13, 1909: 19,1 und 1913: 23,1. Protokoll über die Verhandlungen des Parteitags der SPD 1910.

[80] *Guttsman,* Social Democratic Party, 153; große Unterschiede stellt auch G. A. Ritter für Sachsen fest. Dort kam es seit 1903 zu einem Schub in der Mitgliederentwicklung (Nachholeffekt); vgl. *G. A. Ritter* in diesem Band. In diesem Zusammenhang spielt vielleicht auch das „Alter" des Wahlkreises eine Rolle.

[81] Vgl. dazu *Boll,* Massenbewegungen, 103 f.

[82] *Grüttner,* Armut, 29.

3. Frauen

Bekanntlich war und blieb die SPD eine männerzentrierte Organisation. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß die Frauen vor allem in Preußen bis zum Reichsvereinsgesetz von 1908 formell gar nicht Mitglied einer Partei werden konnten. (Das Wahlrecht erhielten sie bekanntlich sogar erst 1919.)

Betrachtet man sich die unterschiedliche Vereinsgesetzgebung in den deutschen Ländern, so könnte man erwarten, daß Frauen in jenen Gegenden stärker vertreten waren, in denen schon vor 1908 eine großzügige, liberale Vereinsgesetzgebung bestanden hat, wie z. B. in Baden und Württemberg. Doch die Statistiken vermitteln ein anderes Bild: In Baden gab es kaum Frauen in der Partei[83]. Und in Württemberg waren im Jahre 1909 nur knapp 2% der sozialdemokratischen Mitglieder Frauen, während der Reichsdurchschnitt immerhin damals schon bei etwa 10% lag. Über die Hälfte der sozialdemokratischen Ortsvereine Württembergs wiesen 1910 überhaupt noch keine weiblichen Mitglieder auf, darunter befanden sich 12 Ortsvereine mit hundert und mehr männlichen Mitgliedern! Nur einige städtische Ortsvereine, unter ihnen die von Linken geführten Ortsorganisationen in Stuttgart, Göppingen und Esslingen, konnten bis 1914 den Anteil der Frauen an der Parteimitgliedschaft beträchtlich erhöhen[84]. Die weiblichen Mitgliederzahlen lagen in Göppingen sogar über dem Reichsdurchschnitt. Im Jahre 1911 zählte man dort 291 weibliche Mitglieder (im Jahre 1909 waren es erst 50!), d. h. die Frauen machten ungefähr ein Drittel der gesamten Mitgliederzahl Göppingens aus. Demgegenüber registrierte man im Jahre 1911 im gesamten Deutschen Reich 107693 Frauen in der SPD, das waren 11% der Gesamtmitgliedschaft[85].

Es fehlen noch vergleichende Studien, um die unterschiedlich große Repräsentanz der Frauen in den sozialdemokratischen Ortsvereinen ausreichend erklären zu können. Wer nach den bisherigen Ausführungen darauf spekuliert, daß der besonders hohe Anteil der Frauen in der Göppinger SPD als das Resultat des dort dominierenden linken Parteiflügels anzusehen sei, sieht sich schnell enttäuscht, wenn der Blick auf eine andere Parteiprovinz, nämlich auf die mehr und mehr reformistisch werdende Parteiprovinz Göttingen fällt. Denn auch im Göttinger Wahlkreis kletterte der Anteil der Frauen an der Parteimitgliedschaft bis zum Jahre 1913 auf immerhin 21%[86].

Nach ersten Überlegungen wirkten sich folgende zwei Faktoren für den Eintritt der Frauen in die SPD günstig aus: zum einen ein verhältnismäßig hoher Anteil von Frauen unter den Erwerbstätigen (vor allem im Dienstleistungsgewerbe), wie beispielsweise für Göttingen feststellbar[87]. Zum anderen zahlte sich vermutlich der Aufbau ei-

[83] Hierzu und zum Folgenden *Schadt/Schmierer*, Baden-Württemberg, 128 f. In Tübingen zählte man noch 1915 nur 6 weibliche Mitglieder in der dortigen SPD. *Hans-Otto Binder/Gottfried Schmitt*, „Bis alles bezahlt ist". Aus den Protokollbüchern der Tübinger SPD 1894–1958 (Materialien zu einer Geschichte der Tübinger SPD 1, o. J. (1985)) 45.

[84] *Wuerth*, Göppingen, 48, 59.

[85] Errechnet aus: *Fricke*, Arbeiterbewegung, 245, 326.

[86] *v. Saldern*, Einwohner, 114.

[87] Vgl. auch *Michels*, Sozialdemokratie, 534.

ner eigenen Frauengruppe (wie z.B. in Göppingen, Düsseldorf und in Göttingen) aus[88]. Die eigene Frauengruppe erleichterte es wohl den Frauen, Kontakt zueinander zu finden; jedenfalls waren ihre Versammlungen offensichtlich gut besucht. Zudem gelang es diesen Frauengruppen, Themen zu diskutieren, die einen größeren Bezug zu ihrer eigenen Alltags- und Erfahrungswelt hatten, als dies bei den „normalen" internen Parteiversammlungen der Fall war[89].

Auch wenn solche Beobachtungen auf eine größere potentielle Aktivierbarkeit von Frauen für die Partei hindeuten als bisher angenommen, so dürfen keinesfalls die für eine politische Aktivierung ungünstigen sozio-kulturellen Strukturen, in denen Frauen lebten, vergessen werden (Stichworte: „Politik sei Männersache", „Patriarchalismus", „Doppelbelastung"). Mit Recht verweist beispielsweise Nolan darauf, daß die Frauen Fabrikarbeit meistens nur solange akzeptiert hätten, als sie nicht verheiratet waren bzw. keine Kinder hatten. Danach gingen sie nur dann noch in die Fabrik, wenn ihre Ehemänner zu wenig verdienten oder krank bzw. verstorben waren. War dies nicht der Fall, so nahmen sie Arbeit lieber mit nach Hause (Heimarbeit) oder übten Gelegenheitsarbeiten in der Nachbarschaft bzw. im Stadtquartier aus. Industriearbeit bedeutete ja bei den meist vorherrschenden patriarchalischen Grundstrukturen der Familie eine besonders hohe Doppelbelastung für die Frauen, wodurch der Eintritt in die Partei erschwert wurde. Der häufig dann später erfolgte Rückzug vieler (Ehe-)Frauen in die häuslich geprägte Alltagswelt war wohl auch – wenn er über viele Jahre anhielt – mit entsprechenden mentalen Veränderungen verbunden. Und die Arbeiterbewegung gab wenig gegenläufige Impulse. Die Arbeit der Ehefrauen (Haushaltsführung, Stundenarbeit bzw. „Zuverdienst" sowie Kindererziehung) wurde nicht als eine mit der außerhäuslichen Lohnarbeit vergleichbaren Tätigkeit anerkannt und nicht als „öffentliche (politisierbare) Angelegenheit" angesehen; von daher verloren viele Frauen wohl auch ihren potentiellen Zugang zur Arbeiterbewegung. Im allgemeinen bestand für verheiratete Arbeitermütter nur dann eine Chance, in die Partei einzutreten, wenn die Ehemänner sie darin tatkräftig unterstützten. Es ist bekannt, daß es sich bei den „Hausfrauen" in der SPD fast ausschließlich um Ehefrauen von Genossen handelte[90].

[88] *v. Saldern,* Arbeiter-Reformismus, 174; *Wuerth,* Göppingen, 59. Darauf verweist auch Boll bei der Beantwortung der Frage, weswegen in Hannover wenige Frauen in der Partei organisiert waren. *Boll,* Massenbewegungen, 106.

[89] Dazu *v. Saldern,* Arbeiter-Reformismus, 174; vgl. auch *Molly [Mary] Nolan,* Proletarischer Anti-Feminismus. Dargestellt am Beispiel der SPD-Ortsgruppe Düsseldorf, 1890 bis 1914, in: Frauen und Wissenschaft. Beiträge zur Berliner Sommeruniversität für Frauen (Berlin 1976) 369ff.

[90] *Michels,* Sozialdemokratie, 534. Michels schätzte die Hausfrauengruppe als eine „nicht ganz geringe Minorität" ein; vgl. auch *Richard J. Evans,* Sozialdemokratie und Frauenemanzipation im Deutschen Kaiserreich (Berlin/Bonn 1979) 199ff.; *Willy Albrecht* u. a., Frauenfrage und deutsche Sozialdemokratie vom Ende des 19. Jahrhunderts bis zum Beginn der zwanziger Jahre, in: Archiv für Sozialgeschichte XIX (1979) 472f. Nach der Untersuchung von Niggemann waren die Frauen in der Partei meist jung und kamen aus proletarisch-handwerklichem Milieu. (Die sozialdemokratischen Führerinnen erkämpften sich häufig eine akademische Ausbildung.) Ungefähr die Hälfte (wenn nicht mehr) der weiblichen Mitglieder seien nicht erwerbstätig gewesen. Nigge-

Zusammenfassung:

Die Frage, wer in die Partei ging, war in letzter Instanz zwar ein persönlicher Willensakt, der durch normale Quellenüberlieferungen nicht restlos aufgeklärt werden kann (zumal wenn die Möglichkeit von Oral History nicht mehr gegeben ist), doch gibt es zweifelsohne Determinanten, die die Wahrscheinlichkeit eines Parteieintritts erschwert oder erleichtert haben. Durch die Kombination von quantitativen und qualitativen Analyseschritten, wie sie in den vorliegenden Ausführungen versucht wurde, kommt man zu folgenden (vorläufigen) Ergebnissen:

1. Die Mitgliedschaft der SPD vor 1914 zeichnete sich durch eine relative Sozialeinheitlichkeit aus: Die SPD war – was die soziale Basis anbelangte – eindeutig eine Arbeiterpartei. Doch nur ein kleiner Teil der Arbeiterklasse fand den Weg in die Partei. Spezifische Erfahrungen und Realitätsdeutungen über Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft mußten hinzukommen, um eine Entscheidung zu Gunsten eines Parteieintritts herbeizuführen.

2. Von besonderer Bedeutung für die Frage, wer den Weg in die Partei fand, war offensichtlich das mentale Rüstzeug beim Einstieg in die industriell-kapitalistische Welt. Hierbei kann die Bedeutung des Handwerks im Hinblick auf Ausbildungsangebote, Organisationen, Traditionen und Normen nicht überschätzt werden. Die handwerkliche Ausbildung verhinderte offensichtlich, daß der „Kultursprung" sich zu abrupt vollzog und zur Überforderung der Betroffenen führte.

3. Wer sich der SPD anschloß, brach meist mehr oder weniger mit den Werten und Normen der traditionellen Lebenswelt. Er verband damit positive Zukunftshoffnungen, die aber nicht mehr auf der kleingewerblichen Selbständigkeit (als Meister), sondern auf der Existenz eines „lebenslänglichen" Arbeitnehmers aufbauten. Der sozio-kulturelle Bruch mit der traditionellen Lebenswelt war am leichtesten dann zu vollziehen, wenn es auch keine objektiven Rückzugsmöglichkeiten mehr gab. (Arbeiterbauern und Frauen hatten beispielsweise oft immer noch die Möglichkeit bzw. die Hoffnung, eine andere Existenz als die eines/einer Industriearbeiters/arbeiterin aufzubauen, sei es durch die eigenständige Bewirtschaftung von Grund und Boden, sei es durch Ehe und Familie. Sie waren deshalb für die Partei schwer zu gewinnen.)

Allerdings mußte der Bruch mit der traditionellen Lebenswelt auch mental zu bewältigen sein, was beispielsweise bei den nach Hamborn gezogenen Arbeitern offensichtlich nicht möglich war. Dagegen konnte es bei einem „gestuften" sozio-kulturellen Sprung zu einer relativ „positiven" Einstellung gegenüber der kapitalistisch-industriellen Entwicklung und der bürgerlichen Gesellschaft kommen, insofern diese als ein notwendiges Durchgangsstadium für eine bessere, d.h. sozialistische Zukunft betrachtet wurde. (Der Bruch mit der bürgerlichen Gesellschaft hatte also eine ganz andere Struktur als der Bruch mit der traditionellen Lebenswelt.) Eine solche Zukunfts-

mann bestätigt Michels Recherchen, daß die meisten sozialdemokratischen Hausfrauen in der SPD mit Genossen verheiratet waren (am Beispiel des Ruhrgebiets). *Heinz Niggemann*, Emanzipation zwischen Sozialismus und Feminismus. Die sozialdemokratische Frauenbewegung im Kaiserreich (Wuppertal 1981) 213ff., 218.

deutung setzte allerdings meist ein gewisses Niveau an Ausbildung und einen akzeptablen Arbeitsplatz (möglichst in einem Leitsektor wie in der metallverarbeitenden Branche) voraus. Es ist vielleicht auch deswegen kein Zufall, wenn vor allem jene sich der Partei anschlossen, die auf dem Höhepunkt ihres individuellen Lebenszyklus standen: Individueller und kollektiver Fortschrittsglaube waren dann ineinander verzahnt.

4. Die Bedeutung der Gewerkschaften als Politisierungsinstanz muß hoch veranschlagt werden. Der Eintritt in eine Gewerkschaft führte teilweise (längst nicht immer) auch zu einer Mitgliedschaft in der SPD. Dahinter stand wohl die Erkenntnis, daß die Verfolgung ökonomischer Interessen (durch die Gewerkschaften) eine Verfolgung politischer Interessen (durch die Partei) dringend bedürfe.

5. Die SPD tat sich schließlich bei der Agitation in Parteizentren relativ leicht, wenn die kulturelle bürgerliche Hegemonie durch die Arbeiterbewegung aufgebrochen werden konnte und urbane Dichte mit gewachsenem Arbeitersozialmilieu zusammenfiel. In den Parteiprovinzen, in denen die kulturelle bürgerliche Hegemonie nahezu allumfassend erschien, wollten viele potentielle sozialdemokratische Mitglieder anonym bleiben; deshalb gaben sie lieber der SPD im geheimen – nämlich bei den Reichstagswahlen – ihre Stimme. Wer sich in der Parteiprovinz doch schließlich dazu durchrang, in die SPD einzutreten, ließ es häufig nicht zu einem völligen Bruch mit der traditionalen Welt kommen, sondern lebte weiterhin in jenen Spannungen, die durch die Ungleichzeitigkeit des Entwicklungsablaufs erzeugt wurden.

Nachwort:

Als Bausteine zur Konstruktion eines sozialdemokratischen Idealtypus um die Jahrhundertwende können gelten:

Lohnabhängig, männlichen Geschlechts, evangelisch oder aus der Kirche ausgetreten, Volksschulbildung, handwerkliche Ausbildung, in der metallverarbeitenden Branche oder im Bau- und Holzsektor (vor allem in Mittelbetrieben) tätig; gewerkschaftlich organisiert, zwischen 20 und 35 Jahre alt, verheiratet; in einem urbanen Parteizentrum lebend.

Wilhelm Heinz Schröder

Die Lebensläufe der sozialdemokratischen Reichstagskandidaten: Ausgewählte Fragen und Materialien

Einleitung: Was ist der augenblickliche Forschungsstand des Reichstagskandidatenprojekts?

Die biographische Erforschung der Lebensläufe der sozialdemokratischen Reichstagskandidaten 1898 bis 1918 ist Teil eines umfassenden Forschungsprojektes zu den Lebensläufen sozialdemokratischer Parlamentarier und Funktionäre bis 1933. Ziel dieses Forschungsprojektes ist es, bestimmte Teilgrundgesamtheiten in Form einer kollektiven Biographie auszuwerten und darzustellen sowie in Form eines biographisch-statistischen Handbuches zu dokumentieren[1]. Aus diesem Forschungszusammenhang heraus wurde 1986 das erste Handbuch publiziert; das Handbuch „Sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete und Reichstagskandidaten 1898–1918" (BIO-

[1] Die kollektive Biographik für sozialdemokratische Personenkollektive steht immer noch am Anfang; nur einige wenige Führungs- bzw. Funktionärsgruppen wurden bisher ansatzweise untersucht. Allen voran müssen hier die zeitgenössischen Untersuchungen von Robert Michels genannt werden, die methodisch, wenn auch nicht immer theoretisch und empirisch richtungsweisend für die Forschung gewesen sind, insbesondere: *Robert Michels,* Die deutsche Sozialdemokratie. Parteimitgliedschaft und soziale Zusammensetzung, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 23 (1906) 471–556; und sein „Klassiker" der Politischen Soziologie mit vielen impressionistischen Randbemerkungen zur Struktur der zeitgenössischen sozialdemokratischen Parteiführung und der Parteiorganisation: *ders.,* Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens (1. Aufl.: 1911; 2. Aufl.: Stuttgart 1925; Belege aus dem Neudruck: Stuttgart 1957), im folgenden zitiert: *Michels,* Soziologie. – Frühe Versuche einer Analyse der SPD-Sozialstruktur bzw. der Sozialstruktur der SPD-Funktionäre nach dem Michelschen Vorbild unternahmen: *Dietrich Bronder,* Organisation und Führung der sozialistischen Arbeiterbewegung im Deutschen Reich (Diss. Göttingen 1952, Masch.); *Joachim Siemann,* Der sozialdemokratische Arbeiterführer in der Zeit der Weimarer Republik (Diss. Göttingen 1956, Masch.). Eine eingehende Kritik beider Arbeiten kann hier nicht geleistet werden; Bronder untersucht 3200 und Siemann (der methodisch versiertere von beiden) 1838 Personen aus der Arbeiterbewegung, dabei bleiben z. B. die Auswahlkriterien der Personen (Repräsentativität!) bei beiden unscharf; für den Vergleich wird unten über einige Ergebnisse von Siemann in den Anmerkungen berichtet werden. – Die Zusammensetzung der SPD-Reichstagsfraktion bei: *Erich Matthias, Eberhard Pikart,* Die Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie 1898 bis 1918 (Düsseldorf 1966) LI–LXVI. – Exemplarische kollektiv-biographische Ansätze zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung sind gesammelt in: Herkunft und Mandat. Beiträge zur Führungsproblematik in der Arbeiterbewegung (Frank-

KAND) enthält u.a. die Lebensläufe sämtlicher 700 sozialdemokratischer Reichstagskandidaten, die bei einer der stattgefundenen Haupt-, Stich-, Nach- und Ersatzwahlen kandidierten[2]. Mit Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft konnte inzwischen ein zweites Handbuch abgeschlossen werden; das Handbuch „Sozialdemokratische Parlamentarier in den deutschen Reichs- und Landtagen 1867–1933" (BIOSOP) enthält u.a. die Lebensläufe von mehr als 2400 Parlamentariern und ist im Hinblick auf Quellen, Methoden und Darstellung kompatibel mit dem BIOKAND-Handbuch angelegt[3].

Die standardisierten Lebensläufe der (aufgrund des Wahlgesetzes ausschließlich männlichen) SPD-Reichstagskandidaten 1898–1912 bzw. 1898–1918 wurden in mehreren zeitlich auseinanderliegenden Arbeitsschritten 1972–1974, 1976–1977, 1980–1981 und 1987 maschinenlesbar in Form von mehreren umfangreichen Datensätzen für die computergestützte Analyse zur kollektiven Biographie der Reichstagskandidaten aufbereitet[4]. Über einige Ergebnisse ist in der Literatur verschiedentlich

furt a. M., Köln 1976). – An neueren Studien vgl. u. a.: *Christl Wickert,* Unsere Erwählten. Sozialdemokratische Frauen im Deutschen Reichstag und im Preußischen Landtag 1919–1933, 2 Bde. (Göttingen 1986), im folgenden zitiert: *Wickert,* Unsere Erwählten; Wickert untersucht unter Einsatz der „biographischen Methode" insgesamt 74 Parlamentarierinnen. *Jochen Loreck,* Wie man früher Sozialdemokrat wurde. Das Kommunikationsverhalten in der deutschen Arbeiterbewegung und die Konzeption der sozialistischen Parteipublizistik durch August Bebel (Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung 130, Bonn-Bad Godesberg 1977) 103–254; Loreck beschreibt auf der Basis von 33 Autobiographien den Politisierungsprozeß von Sozialdemokraten vor 1914.

[2] *Wilhelm Heinz Schröder,* Sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete und Reichstagskandidaten 1898–1918. Biographisch-statistisches Handbuch (Handbücher zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 2, Düsseldorf 1986). – Im BIOKAND-Handbuch finden sich in der Einleitung ausführliche Erläuterungen zur Position des Reichstagskandidaten (insbesondere zu den gesetzlichen Rahmenbedingungen, zur innenparteilichen Relevanz und zur innerparteilichen Rekrutierung), zu den Quellen und Methoden sowie zur benutzten Sekundärliteratur; im Anhang sind ausführlich die sozialdemokratischen Kandidaten und ihre Wahlergebnisse in allen 397 Einzelwahlkreisen dokumentiert. Für diese Informationen sei auf das BIOKAND-Handbuch verwiesen.

[3] Das BIOSOP-Handbuch wird voraussichtlich 1990 ebenfalls in der Reihe „Handbücher zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien", die im Auftrage der „Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien" (Bonn) herausgegeben wird, erscheinen. Das BIOSOP-Handbuch enthält – neben den Lebensläufen – u. a. eine umfassende Wahlchronik für die Sozialdemokratie, eine deskriptive Darstellung der kollektiven Biographie der Parlamentarier und eine Dokumentation zu den Wahlergebnissen der Sozialdemokratie bei den Reichs- und Landtagswahlen in den deutschen Bundesländern 1871 bis 1933 (bzw. für die Freie Stadt Danzig bis 1938). Zur Konzeption des Handbuches vgl. u. a.: *Wilhelm Heinz Schröder,* Lebenslaufforschung zwischen biographischer Lexikographik und kollektiver Biographik. Überlegungen zu einem „Biographischen Handbuch der Parlamentarier in den deutschen Reichs- und Landtagen bis 1933 (BIOPARL)", in: Historical Social Research/Historische Sozialforschung 31 (9,3) (1984) 38–62.

[4] Die Reichstagskandidaten-Datensätze wurden zunächst vorrangig für die Entwicklung und Umsetzung allgemeiner Methoden der Kollektiven Biographik und als Übungsdatenbasis in zahlreichen Lehrveranstaltungen benutzt. Die schon lange ausstehende Gesamtanalyse und Gesamtdarstellung der kollektiven Biographie der Reichstagskandidaten sollte Ende 1987 begonnen werden. Erst dann wurde entdeckt, daß durch ein Versehen schon vor geraumer Zeit die EDV-

berichtet worden[5]. Die in der Folge wiedergegebenen Ergebnisse gelten in der Regel nur für die 674 Reichstagskandidaten, die 1898, 1903, 1907 und 1912 zumindest bei einer der Haupt- und Stichwahlen zum Reichstag kandidierten; die 26 weiteren Reichstagskandidaten, die nur bei einer der Ersatzwahlen von 1898 bis 1918 kandidierten, wurden im Rahmen dieses Beitrages nicht mit in die Analyse einbezogen.

Unter „kollektiver Biographie" versteht man die theoretisch und methodisch reflektierte, empirische, besonders auch quantitativ gestützte Erforschung eines historischen Personenkollektivs anhand einer vergleichenden Analyse der individuellen Lebensläufe der Kollektivmitglieder[6]. Ohne hier die methodischen Grundsätze einer kollektiven Biographie diskutieren zu wollen, sei im Zusammenhang mit diesem Beitrag nur noch die Grundannahme des notwendigen Analysemodells ins Gedächtnis gerufen:

Bänder mit den forschungsbezogenen Reichstagskandidaten-Datensätzen überspielt und damit gelöscht worden waren. Auf der Basis noch erhaltener Rohdatensätze und Programmfiles (in Lochkartenform) mußten daher zunächst in mühsamer Kleinarbeit die alten Analyse-Datensätze weitestgehend rekonstruiert und die Datenbasis durch eine ergänzende Erhebung auf der Grundlage des BIOKAND-Handbuchs und des BIOSOP-Handbuchs erweitert werden. Mit den neuen Analysearbeiten konnte erst im März 1988 begonnen werden; diese Analysearbeiten dauern noch an. Tabellen und Graphiken, wie sie sonst selbstverständlich für die Darstellung von quantitativen Ergebnissen sind, liegen zur Zeit nur zum Teil und in einer vorläufigen „Arbeits"-Fassung vor; diese werden bei der Veröffentlichung der Gesamtanalyse nachgeliefert.

[5] *Wilhelm Heinz Schröder,* Die Sozialstruktur der sozialdemokratischen Reichstagskandidaten 1898–1912, in: Herkunft und Mandat (Frankfurt a. M./Köln 1976) 72–96, im folgenden zitiert: *Schröder,* Sozialstruktur; *ders.,* Probleme und Methoden der quantitativen Analyse von kollektiven Biographien. Das Beispiel der sozialdemokratischen Reichstagskandidaten, in: *Heinrich Best, Reinhard Mann* (Hrsg.), Quantitative Methoden in der historisch-sozialwissenschaftlichen Forschung (Stuttgart 1977) 88–125, im folgenden zitiert: *Schröder,* Probleme und Methoden; *ders.,* Quantitative Analyses of Collective Life Histories. The Case of the Social Democratic Candidates for the German Reichstag 1898–1912, in: *Jerome M. Clubb, Erwin K. Scheuch* (eds.), Historical Social Research. The Use of Historical and Process-Produced Data (Stuttgart 1980) 203–224, im folgenden zitiert: *Schröder,* Collective Life Histories; zuletzt in der Einleitung im BIOKAND-Handbuch.

[6] Vgl. *Wilhelm Heinz Schröder,* Kollektive Biographien in der historischen Sozialforschung. Eine Einführung, in: *ders.* (Hrsg.), Lebenslauf und Gesellschaft. Zum Einsatz von kollektiven Biographien in der historischen Sozialforschung (Stuttgart 1985) 7–17, im folgenden zitiert: *Schröder,* Lebenslauf; *ders.,* BIOKAND-Handbuch, 39–41. – Zur Biographie- und Lebenslaufforschung vgl. allgemein u. a.: *Martin Kohli* (Hrsg.), Soziologie des Lebenslaufs (Darmstadt, Neuwied 1978); *Lutz Niethammer* (Hrsg.), Lebenserfahrung und kollektives Gedächtnis (Frankfurt a. M. 1980); *Daniel Bertaux* (Hrsg.), Biography and Society (Beverly Hills, London 1981); *Werner Fuchs,* Biographische Forschung (Opladen 1984). – Für die Anwendung im Bereich der Politischen Soziologie vgl. u. a.: *Fred I. Greenstein, Nelson W. Polsby* (eds.), Micropolitical Theory (Reading u. a. 1975); *Robert D. Putnam,* The Comparative Study of Political Elites (Englewood Cliffs 1976); *Dietrich Herzog,* Politische Führungsgruppen (Darmstadt 1982). – Für neuere kollektiv-biographische Forschungsprojekte zu deutschen Parlamentarier(innen) bis 1933 vgl. u. a.: *Heinrich Best,* Politische Modernisierung und parlamentarische Führungsgruppen in Deutschland 1867–1918, in: Historical Social Research/Historische Sozialforschung 13,1 (1988) 5–74; *Wilhelm Heinz Schröder, Rüdiger Hachtmann,* Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik als Opfer des Nationalsozialismus, in: Historical Social Research/Historische Sozialforschung 36 (10,4) (1985) 53–96; *Wickert,* Unsere Erwählten; *Bernhard Mann* und Mitarbeiter, Biographisches Handbuch für das Preussische Abgeordnetenhaus 1867–1918 (Handbücher zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 3, Düsseldorf 1988) 11–41.

Über das physiologische Altern hinaus besteht ein Zusammenhang zwischen bestimmten Merkmalen einer Lebensphase mit denen der vorhergehenden. Dieser Beitrag versucht, insgesamt 17 Fragen an die Lebensläufe der Reichstagskandidaten zu stellen, diese Fragen in deskriptiver Form zu beantworten oder doch zumindest deskriptive Hinweise zu ihrer Beantwortung zu vermitteln und abschließend die Frage nach dem „typischen Lebenslauf" zu klären. Weite Analysebereiche, z.B. die eigentliche (ökologische) Wahlanalyse im Zusammenhang mit den Lebensläufen, oder relevante Analyseschienen, z.B. die Kontrastgruppenanalyse nach „Gewählten vs. Nichtgewählten", müssen in diesem Publikationskontext notwendigerweise ausgeblendet bleiben.

1. Wann und wo wurden die Reichstagskandidaten geboren?

Die Geburtsjahrgänge streuen über mehr als 60 Jahre: Wilhelm Liebknecht ist mit Jahrgang 1826 der älteste, und Hermann Wendel ist mit Jahrgang 1884 der jüngste Reichstagskandidat. Das Mindestalter von Reichstagskandidaten (25 Jahre) gibt die rein rechnerischen Grenzen der Streuung von Geburtsjahrgängen vor:

Wahl 1898: Jahrgänge 1873 und früher;
Wahl 1903: Jahrgänge 1878 und früher;
Wahl 1907: Jahrgänge 1882 und früher;
Wahl 1912: Jahrgänge 1887 und früher.

Mit Abstand die höchstfrequentiertesten Jahrgänge sind 1868 (35 Kandidaten) und 1866 (33 Kandidaten). Die höchste Verteilungsdichte liegt zwischen den Jahrgängen 1858 und 1875, diesen nur 18 (von insgesamt 51) Jahrgängen gehören zwei Drittel (65,8%) der Reichstagskandidaten an. Inwieweit die Bildung von Geburtsjahrgangskohorten sinnvoll ist oder ob die Bildung anderer funktional definierter Kohorten (z.B. die „Generation der Sozialistengesetzes" oder die „Organisationsgründergeneration von 1890–1893") angemessen sind, müssen erst die künftigen Analysen erbringen[7]. Die statistische Nutzung des Geburtsdatums für die Berechnung unterschiedlicher Altersangaben wird weiter unten noch zu zeigen sein.

Da das aktive und passive Wahlrecht die deutsche Staatsbürgerschaft voraussetzte, sind erwartungsgemäß fast alle Reichstagskandidaten in den Grenzen des Deutschen Reiches geboren. Unter den Reichstagskandidaten befinden sich nur 4 (0,6%) Auslandsdeutsche bzw. eingebürgerte Ausländer (je einer in Österreich, Ungarn, Brasilien

[7] Kohorten können definiert werden als Aggregate von Individuen, die ein zentrales Ereignis im Lebenszyklus oder eine Lebensphase zum ungefähr gleichen historischen Zeitpunkt erfahren. – Vgl. allgemein die frühen Ansätze bei: *Arthur Dix,* Die deutschen Reichstagswahlen 1871–1930 und die Wandlungen der Volksgliederung (Tübingen 1930) 34–35. Dix gliedert leider nur schematisch die Geburtsjahrgänge in 8 Kohorten mit jeweils 5 oder 10 Geburtsjahrgängen; orientiert an Dix, verfährt *Siemann* (230ff.) ebenso schematisch, beschränkt sich allerdings auf drei Geburtsjahrgangs-Kohorten (1850–1875, 1875–1890, 1890–1910). *Bronder* übernimmt die Kohorteneinteilung (1855–1870, 1870–1885, 1885–1900) von: *Theodor Cassau,* Soziologie der Gewerkschaftsbewegung (Halberstadt 1925) 124–170.

und Frankreich geboren) und 15 (2,2%) Elsaß-Lothringer, die teilweise schon vor der Annektion von Elsaß-Lothringen durch das Deutsche Reich und somit in Frankreich geboren sind.

Um die Vergleichbarkeit mit wahlkreisbezogenen Daten zu sichern, wurde der Geburtsort dem jeweiligen Wahlkreis zugeordnet; die Einteilung des Deutschen Reiches in 397 Wahlkreise blieb nahezu unverändert von 1871 bis 1918 bestehen. Die Zuordnung der Geburtsorte zum jeweiligen Reichstagswahlkreis beschränkt die Zahl der möglichen Heimatwahlkreise auf 397 (d.h. allerdings 397, abzüglich der nicht zu differenzierenden großstädtischen Wahlkreise in Berlin, Hamburg, München, Leipzig, Dresden usw.). Bei den Geburtsorten dominieren erwartungsgemäß die großstädtischen Wahlkreise: Berlin (6 Wahlkreise) 34 Kandidaten (= 5,0% von 674); Köln (2) 9 (= 1,3%); Breslau (2) 8 (= 1,2%); Königsberg 7 (= 1,0%); Hamburg (3) 7 (= 1,0%); Nürnberg 7 (= 1,0%); Erfurt 7 (= 1,0%) etc. Diese Dominanz der Großstädte muß nicht bedeuten, daß in Großstädten geborene Kandidaten überproportional vertreten sind. Eine genauere Analyse auf der Basis der Verteilung der Einwohner auf Ortsgrößenklassen für jeden Wahlkreis (allerdings früheste Erhebung erst für die Wahl von 1898!) wird sicherlich klären helfen, inwieweit die Kandidaten in Wahlkreisen mit dominant ländlicher oder mit dominant städtischer Struktur geboren waren[8].

Auf den ersten Blick überraschenderweise findet man überwiegend die „gebürtigen Großstädter" (vgl. z.B. „Großstädter", die nicht dort geboren, sondern zugezogen sind) in nicht-großstädtischen Wahlkreisen als Kandidaten. Ohne hier auf die Rolle gerade der Großstädte als SPD-Agitationszentren eingehen zu können, sei am Beispiel der Berliner Kandidaten eine wesentliche Ursache für die Kandidatur von „gebürtigen Großstädtern" in nicht-großstädtischen Wahlkreisen erläutert. Hier spielt die Funktion von Berlin (und z.B. auch von Hamburg) als Sitz von Zentralvorständen von Partei-, Gewerkschafts- und Genossenschaftsorganisationen eine wesentliche Rolle. Dadurch mußten die einheimischen Kandidaten bei ihren Bewerbungen um eine Reichstagskandidatur (oft erfolglos) in Konkurrenz mit zahlreichen, in Berlin arbeitenden, aber nicht dort geborenen Spitzenfunktionären treten. Die meist erfolglose einheimische Berliner Konkurrenz wich dann ins Umland (insbesondere in die Provinz Brandenburg bzw. in die Provinzen Hannover und Sachsen oder nach Mecklenburg) aus; die im Umland bei ihren Bewerbungen um eine Reichstagskandidatur oft erfolgreichen Berliner verhinderten wiederum oft die Nominierung eines (weniger attraktiven) einheimischen Kandidaten in den Wahlkreisen des Umlandes usw..

Die regionale Herkunft prägte zur Zeit des Kaiserreichs noch wesentlich stärker als heute Sprache, Verhaltensweisen etc. der dort geborenen und aufgewachsenen Menschen. Die Gewerkschaften hatten z.B. aufgrund langjähriger Agitationserfahrungen schon früh gelernt, daß vor allem solche Funktionäre agitatorische Erfolge erzielten, die mit Land und Leute vertraut waren und daher in dem entsprechenden Bezirk be-

[8] *Siemann* (31–32, 34) errechnet für die Weimarer Arbeiterführer folgende „sozialgeographische Herkunft": 43% aus Landgemeinden bis 2000 Einwohnern (aber 48% der Arbeiterführer mit Volksschulbildung), 27% aus Klein- und Mittelstädten von 2000 bis 100000 Einwohnern (aber 45% der Absolventen eines Universitätsstudiums) und 30% aus Großstädten mit über 100000 Einwohnern (aber 56% der Absolventen weiterführender Schulen).

heimatet sein mußten oder doch zumindest längere Zeit dort gewohnt hatten. Über die Wahlkreisbindungen der Kandidaten wird weiter unten noch zu sprechen sein. An dieser Stelle soll nur exemplarisch beschrieben werden, inwieweit die einzelnen Regionen (hier vereinfacht gleichgesetzt mit den preußischen Provinzen und den nichtpreußischen Bundesländern) eine der Zahl der regionalen Reichstagswahlkreise angemessene Anzahl „eigener", in der Region gebürtiger Kandidaten stellten.

Bei allen vier untersuchten Wahlen gibt es nur drei „Überschuß"-Regionen, die stets mehr eigene, in der jeweiligen Region geborene Reichstagskandidaten stellten als ihnen nach der Zahl der regionalen Wahlkreise „zugemessen" wären: die Provinz Brandenburg (einschließlich Berlin), das Königreich Sachsen und die hanseatischen Stadtstaaten – mithin frühe Zentren der deutschen Arbeiterbewegung. Eine ausgesprochene „Kandidaten-Export-Region" stellt die Provinz Brandenburg dar: Brandenburg umfaßte 26 Reichstagswahlkreise (6,5% von 397); in Brandenburg geboren waren insgesamt 67 Kandidaten (9,9% von 674), bei der Wahl von 1898 waren 31 (11,1% von 280) und bei der Wahl von 1912 waren 42 (11,5% von 366) Kandidaten in Brandenburg geboren. Der „Überschuß" des Königreichs Sachsen fiel dagegen geringer aus: das Königreich Sachsen umfaßte 23 Reichstagswahlkreise (5,8% von 397); im Königreich Sachsen geboren waren insgesamt 51 (7,6% von 674), bei der Wahl von 1898 waren 26 (9,3% von 280) und bei der Wahl von 1912 waren 29 (7,9% von 366) Kandidaten im Königreich Sachsen geboren. Schließlich bildeten die drei Stadtstaaten Hamburg, Bremen und Lübeck die dritte Überschuß-„Region": die Stadtstaaten umfaßten nur 5 (1,3% von 397) Reichstagswahlkreise, dort geboren waren aber insgesamt 16 (2,4% von 674) Kandidaten, bei der Wahl 1898 waren 8 (2,9% von 280) und bei der Wahl 1912 waren 10 (2,7% von 366) Kandidaten dort geboren.

Nur zwei weiteren größeren Regionen gelang es bis zur Wahl von 1912 ein wenigstens „ausgeglichenes Saldo" zu erzielen: die Provinz Sachsen (Wahlkreise: 20; Gebürtige insgesamt: 38, 1898: 17, 1912: 20) und überraschenderweise die Provinz Schlesien (Wahlkreise: 35; Gebürtige insgesamt: 52, 1898: nur 18, dagegen 1912: 35). Auch einige kleinere Regionen – z.B. das Großherzogtum Oldenburg oder das Herzogtum Braunschweig – erreichten schließlich 1912 ein „ausgeglichenes Saldo" bzw. einen leichten „Überschuß". Nur leichte „Defizite", die allerdings bis 1912 vermindert wurden, wies u.a. das Königreich Bayern (Wahlkreise: 48; Gebürtige insgesamt: 85, 1898: 37, 1912: 44) auf. Starke „Defizite" wiesen dagegen u.a. auf: die Rheinprovinz (Wahlkreise: 35; Gebürtige insgesamt: 37, 1898: 17, 1912: 21), die Provinz Pommern (Wahlkreise: 14; Gebürtige insgesamt: 16, 1898: 6, 1912: 7), die Provinz Westfalen (Wahlkreise: 17; Gebürtige insgesamt: 23, 1898: 7, 1912: 11) und die Provinz Hannover (Wahlkreise: 19; Gebürtige insgesamt: 21, 1898: 8, 1912: 13).

Diese regionalspezifische Verteilung der „Gebürtigkeit" determiniert insbesondere regionalspezifische Grundmuster der regionalen Mobilität (hier: Vergleich der Geburtsregion mit der Wohnregion zur Zeit der Wahl) der Kandidaten. Auch hier seien nur zwei gegensätzliche regionale Grundmuster für die Kandidaten von 1912 zur Illustration genannt. In der Provinz Brandenburg waren 42 Kandidaten geboren, davon wohnten noch 20 in der Region und 22 außerhalb der Region; dagegen wohnten allein 35 nicht in der Region geborene Kandidaten in der Provinz Brandenburg. Im

Königreich Bayern waren 44 Kandidaten geboren, davon wohnten 36 (!) noch in der Region und nur 8 außerhalb der Region; dagegen wohnten nur 5 nicht in der Region geborene Kandidaten im Königreich Bayern. Erinnert sei hier auch an den Zusammenhang von Seßhaftigkeit und Funktionärsrekrutierung: zumindest seit der Konsolidierung und der beginnenden organisatorischen Verfestigung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung mußten in der Regel die Funktionäre zu dem „seßhafteren" (d.h. oft: noch oder erneut in der Geburtsheimat wohnenden) Teil der Bevölkerung gezählt werden[9].

2. Aus welchen sozialen Verhältnissen stammten die Reichstagskandidaten?

Die soziale Herkunft wird üblicherweise und oft notgedrungenerweise durch den Beruf des Vaters indiziert; auf die in der Forschung vieldiskutierte Problematik beim Erheben und Verwenden dieses Indikators kann an dieser Stelle nicht eingegangen werden[10]. Aber auch unter Ausblendung der Indikatorenprobleme sind aufgrund erheblicher Quellendefizite nur grobe Aussagen über die soziale Herkunft der Reichstagskandidaten möglich.

Leider besitzen wir nur für ein Drittel (33,5%) der Reichstagskandidaten verläßliche Informationen über den Vaterberuf. Wären die dort gewonnenen Ergebnisse für die Grundgesamtheit repräsentativ, und klassifizierte man die Berufe nach wenigen Statusgruppen, dann wären die Kandidaten-Väter zu zwei Zehntel (19%) als un- und angelernte Arbeiter/Tagelöhner/niederes Dienstpersonal, zu drei Zehntel (27%) als gelernte Arbeiter/Gehilfen/untere Angestellte/Beamte, ebenfalls zu drei Zehntel (33%) als (meist kleine) Selbständige im Handel und Gewerbe/mittlere Angestellte/Beamte und zu je einem Zehntel (7% bzw. 14%) als (meist kleine) Landwirte bzw. in einem bürgerlich-akademischen Beruf beschäftigt gewesen[11].

Nur für die gelernten Arbeiter und vor allem für die bürgerlichen Berufe, die eine hohe Datendichte im Hinblick auf den Vaterberuf aufweisen, lassen sich die Ergebnisse weiter aufschlüsseln. Die Väter der gelernten Arbeiter waren etwa zu zwei Zehntel (18%) ungelernte Arbeiter, zu vier Zehntel (42%) gelernte Arbeiter, zu drei Zehntel (31%) kleine Selbständige vor allem im Gewerbe und zu einem Zehntel (9%)

[9] Vgl. u. a. *Schröder,* Probleme und Methoden, 107–109.

[10] Vgl. u. a. die zusammenfassende Diskussion bei: *Hartmut Kaelble,* Historische Mobilitätsforschung (Darmstadt 1978). Eine im Hinblick auf Quellen und Methoden exemplarische historische Mobilitätsstudie, in der der Vaterberuf als Indikator eine wesentliche Rolle spielt, findet sich bei: *Peter Lundgreen, Margret Kraul, Karl Ditt,* Bildungschancen und soziale Mobilität in der städtischen Gesellschaft des 19. Jahrhunderts (Göttingen 1988).

[11] *Siemann* (23–27) benutzt leider eine andere Klassifikation, so daß der Vergleich erschwert ist; danach kommen die Weimarer Arbeiterführer zu 43% aus dem „Arbeiterstand", 31% aus dem „handwerklichen Mittelstand", 5% aus dem „besitzenden und gewerblichen Mittelstand", 14% aus dem „neuen Mittelstand" und 7% aus der „bürgerlichen Oberschicht".

Kleinbauern[12]. Die Väter der Inhaber bürgerlicher Berufe waren etwa zu vier Zehntel (42%) als Selbständige im Handel und Gewerbe/mittlere Angestellte/Beamte, zur Hälfte (49%) in bürgerlichen Berufen und zu einem Zehntel als Bauern (6%) und gelernte Arbeiter/untere Angestellte/Beamte (3%) beschäftigt[13].

Sieht man den Zusammenhang der Variable Vaterberuf mit anderen Variablen (z. B. Schul- und Berufsausbildung), dann dürfte allgemein insbesondere der Anteil der Väter mit bürgerlichen Berufen wesentlich niedriger – bei ca. 5% – und der der Väter, die als unselbständige gelernte Arbeiter etc. beschäftigt waren, deutlich höher – bei ca. 35% – liegen. Die Annahme wird gestützt, wenn man den starken Bias, der die einschlägigen Quellen regelmäßig prägt, bedenkt. Insoweit die Angabe zum Vaterberuf nicht den amtlichen Quellen (Kirchenbüchern, Standesamtsregistern) entnommen, sondern in einer Quelle von den Reichstagskandidaten selbst gemacht worden ist, wird bevorzugt der vom Status her höchstrangige Beruf des Vaters (z. B. Schuhmachermeister, Zigarrenfabrikant, Kaufmann etc.) angegeben – unabhängig davon, wann, wie lange und mit welchem Resultat der Vater diesen Beruf ausgeübt hat – oder die Angabe eines Vaterberufs mit niedrigem Status wird bewußt weggelassen.

3. Welcher Konfession bzw. welcher Religionsgemeinschaft gehörten die Reichstagskandidaten an?

Zweifellos gehört das Religionsbekenntnis zu den wichtigsten Variablen in der deutschen Wahlforschung[14]. Bei der Erhebung wurde versucht, die Konfessionszugehörigkeit bei Geburt bzw. Taufe auch für solche Kandidaten festzustellen, die später aus der Kirche austraten oder zu einer anderen Konfession/Religionsgemeinschaft

[12] *Siemann* (23) errechnet für die soziale Herkunft der Weimarer Arbeiterführer mit Volksschulbildung: 49% aus dem „Arbeiterstand", 35% aus dem „handwerklichen Mittelstand", 3% aus dem „besitzenden und gewerblichen Mittelstand" und 13% aus dem „neuen Mittelstand".

[13] *Siemann* (23) errechnet für die soziale Herkunft der Weimarer Arbeiterführer mit Universitätsstudium: 5% aus dem „handwerklichen Mittelstand", 21% aus dem „besitzenden und gewerblichen Mittelstand", 1% aus dem „neuen Mittelstand", aber 74% aus der „bürgerlichen Oberschicht".

[14] Vgl. z. B. die beiden Tabellen über Konfession und Wahlverhalten für 1871–1887 und für 1903 bei: *Gerhard A. Ritter, Merith Niehuss* (Mitarbeiterin), Wahlgeschichtliches Arbeitsbuch. Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1871–1918 (München 1980) 99–101, im folgenden zitiert: *Ritter, Niehuss,* Arbeitsbuch. – In der wissenschaftlichen Literatur spielt der „konfessionelle Faktor" als Grunddeterminante des Wahlverhaltens eine wichtige Rolle; vgl. u. a. schon die zeitgenössischen Untersuchungen: *Alois Klöcker,* Die Konfession der sozialdemokratischen Wählerschaft (Mönchen-Gladbach 1913) und *Johannes Schauff,* Das Wahlverhalten der deutschen Katholiken im Kaiserreich und in der Weimarer Republik. Untersuchungen aus dem Jahre 1928, hrsg. u. eingel. v. *Rudolf Morsey* (Mainz 1975). – Vgl. z. B. die zentrale Funktion von Religion/Konfession bei der Herausbildung und Entwicklung von „sozialmoralischen Milieus" und deren Zusammenhang mit dem deutschen Parteiensystem: *M. Rainer Lepsius,* Parteiensystem und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung in Deutschland, in: *Gerhard A. Ritter* (Hrsg.), Deutsche Parteien vor 1918 (Köln 1974) 68 und öfters; die einschlägige Forschung zusammengefaßt bei: *Gerhard A. Ritter,* Die deutschen Parteien 1830–1914 (Göttingen 1985) 49ff.

überwechselten. Allerdings ließ sich die (ggf. ehemalige) Konfessionszugehörigkeit der Kandidaten nur schwer und nicht immer zuverlässig feststellen. Ebenso ließ sich nur in den seltensten Fällen z. B. der Zeitpunkt des Kirchenaustrittes eruieren, eine Erhebung dieses Austrittsdatums unterblieb daher; unter diesen Umständen lassen sich z. B. Hypothesen, die u. a. politisch motivierte kollektive „Austrittswellen" behaupten, nicht überprüfen. Da Religion „als Privatsache" betrachtet wurde, fehlen z. B. in den meisten autobiographischen Quellen der Reichstagskandidaten die Angabe der (ehemaligen) Konfessionszugehörigkeit.

Dennoch liegen hier für drei Viertel (72,3%, 487 von 674) der Reichstagskandidaten verläßliche Informationen vor – mithin eine ausreichend große Schätzbasis. In jedem Fall war die weit überwiegende Mehrheit, etwa zwei Drittel (68,0% von 487), ursprünglich Mitglied der evangelischen Kirche; von diesen protestantischen Reichstagskandidaten traten in der Folge mindestens fünf Zehntel (48% von 331) aus der Kirche aus. Nur ein Viertel (27,3% von 487) der Reichstagskandidaten gehörte ursprünglich der römisch-katholischen Kirche an; auch von diesen katholischen Reichstagskandidaten traten mindestens fünf Zehntel (49% von 133) aus der Kirche aus. Das heißt bei der Kirchenaustrittsbewegung läßt sich kein signifikanter Unterschied bei den Angehörigen der beiden christlichen Konfessionen beobachten.

Die Anteile von Angehörigen anderer Religionsgemeinschaften sind insgesamt nur relativ gering, bezogen aber auf ihren Anteil an der Gesamtbevölkerung, relativ stark vertreten. Dies gilt vor allem für die Angehörigen der jüdischen Glaubensgemeinschaft, die mit mindestens 17 (3,5% von 487) Reichstagskandidaten vertreten ist[15]; von diesen 17 Kandidaten traten allerdings mehr als die Hälfte (9) aus der jüdischen Glaubensgemeinschaft aus. Nur 6 (1,2% von 487) Kandidaten gehörten sonstigen Glaubengemeinschaften (in der Regel deutschkatholisch) an.

Wohl trat etwa die Hälfte (48% von 487) der Reichstagskandidaten im Laufe der Jahre aus den christlichen oder jüdischen Glaubensgemeinschaften aus und blieb konfessionslos bzw. freireligiös, aber umgekehrt verblieb ebenso etwa die Hälfte (52%) – zumindest formal – in den Amtskirchen[16]. Bezogen auf die Wahlen, gibt es allerdings einen eindeutigen Trend: der Anteil der „Dissidenten" steigt bei jeder Wahl deutlich an (von 50% auf 60%), so daß 1912 ca. sechs Zehntel der Kandidaten aus den Kirchen ausgetreten waren[17]. Im Hinblick auf die ursprüngliche Glaubenszugehörigkeit gibt es dagegen kaum Verschiebungen: die Protestanten sind mit ca. 68% und die Ka-

[15] Vgl. u. a. die zeitgenössischen Erklärungen zum „Judentum als Rekrutierungsgebiet" der „sozialistischen Führerschaft" bei: *Michels,* Soziologie, 250–255; auch die biographisch orientierte Studie von *Ernest Hamburger,* Juden im öffentlichen Leben Deutschlands. Regierungsmitglieder, Beamte und Parlamentarier in der monarchischen Zeit (Tübingen 1968); kurzer Überblick mit Literaturverweisen u. a. bei: *Christl Wickert,* Frauen im Parlament. Lebensläufe sozialdemokratischer Parlamentarierinnen in der Weimarer Republik, in: *Schröder* (Hrsg.), Lebenslauf, 210–240 (hier: 230–235).

[16] *Loreck* (145–156) stellt ebenso fest, daß wohl alle Autobiographen der Kirche/Religion schließlich distanziert gegenüber stehen, was aber nicht notwendigerweise zum formalen Kirchenaustritt führen mußte.

[17] Dieses Ergebnis deckt sich weitgehend mit dem von *Siemann* (30–32), der bei den Weimarer Arbeiterführern einen Dissidentenanteil von 57% errechnet.

tholiken mit ca. 25% vertreten; nur die Mitglieder der jüdischen Glaubensgemeinschaft haben leicht und kontinuierlich zugenommen von ca. 4% (mind. 2,4% = 7) auf ca. 6% (mind. 4,9% = 14).

4. Welche Schul- bzw. Hochschulbildung absolvierten die Reichstagskandidaten?

Auch hier beschränkt sich die Datenbasis auf Angaben zu drei Vierteln (74,9% von 674) der Fälle, aber die fehlenden Angaben lassen sich anhand anderer Indikatoren (vor allem anhand des erlernten Berufs) mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit rekonstruieren. Die Reichstagskandidaten können aufgrund ihrer Schul- bzw. Hochschulausbildung in drei klar voneinander abgrenzbare Gruppen gegliedert werden: Absolventen der Volksschule, Absolventen der Mittelschulen (und vergleichbarer Klassenstufen in höheren Schulen) und – im weitesten Sinne – die „Akademiker" (zumindest mit dem „Einjährigen", mit Abitur, mit Studium oder mit dem Abschluß von Präparandenanstalt/Lehrerseminar)[18]. Durch die angewandte Schätzmethode ergeben sich für die „Volksschulabsolventen" Maximalwerte, für die „Mittelschulabsolventen" und für die „Akademiker" Minimalwerte.

Von allen Reichstagskandidaten haben mehr als vier Fünftel (max. 83,8%) nur die Volksschule besucht. Wenn auch die Zahl der Volksschulabsolventen bei jeder Wahl absolut gestiegen ist (von 223 auf 289), so bleibt ihr Anteil an den Reichstagskandidaten nahezu unverändert auf ca. 80%. Über die beträchtlichen Unterschiede in der Qualität der vermittelten elementaren Schulbildung läßt sich nur vermuten, da nur selten in den Quellen Informationen darüber vorhanden sind. Bei den „Volksschulen" wäre es z. B. wünschenswert gewesen, die einklassigen Volksschultypen (z. B. die traditionale „Dorfschule") von den mehrklassigen Volksschultypen (vor 1914 keine 8-klassigen, sondern maximal 6-klassige Volksschulen) zu unterscheiden. Dies hätte sich aufgrund der Quellenlage nur in den seltensten Fällen zuverlässig nachweisen lassen. Nur die in den Kandidaten-Biographien zahlreichen Hinweise auf ergänzende meist berufsbezogene Fortbildung, z. B. der (derzeit meist freiwillige) Besuch von Fortbildungs- und Gewerbeschulen oder anderer Fortbildungseinrichtungen, läßt hier präzisere Rückschlüsse auf die Bildungssituation der Volksschulabsolventen zu.

Insgesamt mind. 53 (7,8% von 674) Reichstagskandidaten haben Mittelschulen, (höhere) Bürgerschulen, Realschulen, Lateinschulen oder die Unter- bzw. Mittelstufe von Gymnasien (ohne „Einjähriges") besucht. Unter „Mittelschulen" wurden alle Schultypen subsumiert, die wohl über die Qualifikation der normalen Volksschule

[18] Die Klassifikation der Bildungsqualifikation folgt weitgehend der von *Lundgreen et al.* (siehe oben) für das Projekt „Bildungsbeteiligung und soziale Mobilität in preußischen Städten des 19. Jahrhunderts" entwickelten und begründeten Klassifikation. – *Siemann* (20 ff.) sieht in der Bildungsqualifikation das entscheidende soziographische Strukturierungs- bzw. Differenzierungsmerkmal seines Personenkollektivs; entsprechend gruppiert er konsequent nach dem jeweils absolvierten Bildungsgang die Grundgesamtheit „Arbeiterführer" in drei Gruppen (I. mit Volksschulabschluß, II. mit weiterführender Bildung, III. mit Universitätsstudium).

hinausführten, jedoch nicht über das Recht zum „Einjährigen" – Abschluß verfügten. Leider wissen wir in den meisten Fällen nicht, ob die Schulen bis zu einer bestimmten Klassenstufe oder bis zum normalen Abschluß besucht wurden. Die immerhin 13 Gymnasiasten ohne „Einjähriges" verließen in der Regel das Gymnasium oft durchaus plangemäß mit Quarta-Abschluß (dem sogenannten „Handwerker-Abitur") oder mit Tertia-Abschluß (für den Eintritt in den Postdienst); diese Gymnasiasten als „Schulabbrecher" zu bezeichnen, entspricht zumindest nicht dem zeitgenössischen Verständnis, das nicht nur im „Einjährigen" und im „Abitur" einen regelgerechten Schulabschluß sah. Die Zahl der „Mittelschulabsolventen" nahm bei jeder Wahl leicht zu (von 25 auf 41), so daß sich ihr Anteil – als einzige unter den drei definierten Bildungsgruppen auf mehr als ein Zehntel (von 8,9% auf 11,2%) steigerte.

Im Rahmen des „Berechtigungswesens" im Kaiserreich war zweifellos das Recht des „Einjährigen"-Abschlusses das entscheidende Kriterium für die Statusdifferenzierung der unterschiedlichen Schultypen. Unter „höhere Schulen" wurden daher alle Schultypen subsumiert, die zumindest zum „Einjährigen"-Abschluß bzw. zur „Obersekundareife" führten, z. B. „Gymnasium", „Oberrealschule", „Realgymnasium", „Lateinschule". Die Eingangs-Barriere zum „Berechtigungswesen" im Deutschen Reich, das „Einjährige", überwanden immerhin 50 (7,4% von 674) Reichstagskandidaten. Hinzu kommen noch 6 Volksschullehrer, die in der Regel Präparandenanstalt und Lehrerseminar absolviert hatten und die bei der Ausübung des Militärdienstes vergleichbare Sonderbedingungen wie die Absolventen des Einjährigen-Freiwilligendienstes vorfanden; die Volksschullehrer wurden in der zeitgenössischen SPD vereinfacht mit zu den „Akademikern" gezählt[19]. Zwei Reichstagskandidaten verließen das Gymnasium nur mit dem „Einjährigen" (darunter der stets als „Akademiker" eingeschätzte Eduard Bernstein), 48 (7,7% von 674) dagegen mit dem Abitur. 43 (6,9% von 674) Reichstagskandidaten absolvierten ein Universitätsstudium, davon verließen nur 12 die Universität ohne erkennbaren Abschluß (prominente Beispiele: Richard Calwer, Max Schippel). Auch hier sollte man zumindest bei Absolventen von Fächern, die keine formalen staatlichen Abschlüsse aufwiesen, zurückhaltend mit der Bezeichnung „Studienabbrecher" sein. Das Anstreben eines förmlichen Abschlusses eines Universitätsstudiums war im Kaiserreich nicht selbstverständlich, d. h. „ohne Abschluß" mußte nicht gleichbedeutend sein mit einem „Studienabbruch" und „ohne Qualifikation", sondern konnte durchaus berufsqualifizierend sein. Dies galt insbesondere für Studierende mit dem Berufsziel des Journalisten bzw. des „Schriftstellers". Umgekehrt bedeutet das allerdings auch nicht, daß jeder „Studienabbruch" planvoll und berufsbedingt vollzogen wurde; aber im Verhältnis zur großen Zahl der Akademiker mit formalem Studienabschluß bilden jene Kandidaten, die aus vorrangig politischen Gründen die Universität vorzeitig verlassen mußten, nur eine kleine Minorität.

[19] Diese Subsumierung der Volksschullehrer unter den „Akademikern" z. B. auch bei *Bronder*, 122. – Zur „Akademikerfrage" vgl. u. a. *Michels*, Soziologie, 236–256, 300–315; in soziographischer Hinsicht ausführlich bei: *Siemann*, 126–191; jüngste Gesamtdarstellung bei: *Gustav Auernheimer*, Genosse Herr Doktor, Zur Rolle von Akademikern in der deutschen Sozialdemokratie (Marburg 1985).

23 (3,4% von 674) Reichstagskandidaten schlossen ihr Universitätsstudium mit der Promotion ab; dem damals weitreichenden Promotionsrecht der philosophischen Fakultät entsprechend, promovierten die Reichstagskandidaten weit überwiegend (13) zum Dr. phil., 5 zum Dr. jur., 3 zum Dr. med. und 2 zum Dr. rer. pol. Die Zahl der „Akademiker" blieb über alle Wahlen nahezu unverändert (von 32 auf 36), was einen leichten relativen Rückgang auf nur noch knapp ein Zehntel (von 11,4% auf 9,8%) bedeutete[20].

5. Welche Berufe erlernten die Reichstagskandidaten nach ihrer Schul- bzw. Hochschulausbildung?

Soziale Herkunft und Schulverhältnisse prägen in entscheidendem Maße die Möglichkeiten der Berufsausbildung: die „Volksschulabsolventen" und die „Mittelschulabsolventen" blieben bestenfalls auf handwerkliche und kaufmännische Lehrberufe verwiesen, nur den „Akademikern" standen die „bürgerlich-akademischen Berufe" offen[21]. Da im Kaiserreich noch kein amtlicher „Zweiter" Bildungsweg anerkannt und etabliert war, blieb für den formalen Aufstieg von „Volksschulabsolventen" in die Gruppe der „Akademiker" in der Regel nur der Umweg über den „Zweiten" Bildungsweg in der Schweiz; nur einem „Volksschulabsolventen" unter den Kandidaten (Dr. Ludwig Quessel) gelang dieser Aufstieg tatsächlich.

Die un- und angelernten Arbeiter, insbesondere Tagelöhner, Land-, Fabrik- und Bauarbeiter, sind mit einem Anteil von einem Zehntel (76 = 11,3%) nur gering unter den Reichstagskandidaten repräsentiert. Bezogen auf die Wahlen stagnierte ebenfalls der Anteil der ungelernten Arbeiter auf einem Zehntel (von 9,8% auf 9,5%). Dieser Anteil wäre noch wesentlich geringer, wenn die Sondergruppe der Tabakarbeiter, die sich nach ihrem Selbstverständnis gern zu den handwerklich gelernten Berufen zählten, nicht amtlicherweise zu den un- und angelernten Arbeitern gerechnet würde. Insgesamt sind die Tabakarbeiter mit einem Anteil von 4,3% (29 „gelernte" Tabakarbeiter) bzw. 4,6% (31, einschl. von 2 „umgeschulten" Tabakarbeitern) unter den Reichstagskandidaten vertreten. Bezogen auf die Wahlen sank allerdings der Anteil der Tabakarbeiter von 6,9% (= 19, 1898) auf 3,6% (= 13, 1912) und bezogen auf die Reichstagsfraktion von 16,1% (1898) auf 6,4% (1912). Die hohe politische Überrepräsentanz der Tabakarbeiter ist sicherlich einer der auffälligsten Ergebnisse bei der Analyse der erlernten Berufe – eine Überrepräsentanz, die zweifellos ein Ergebnis einer eigentümlichen deutschen Entwicklung darstellt und bestenfalls in der besonderen Be-

[20] *Siemann* (21) erhält bei den Weimarer Arbeiterführern eine ähnliche Verteilung der Bildungsqualifikationen: 86% mit Volksschulbildung, 4% mit weiterführender Schulbildung und 10% mit akademischer Bildung.

[21] Zur folgenden Analyse der „erlernten" Berufe vgl. *Schröder*, Sozialstruktur, 75–85; *ders.*, Probleme und Methoden, 94–96.

deutung der amerikanischen Zigarrenmacher für die Gewerkschaftsbewegung in den USA ein Pendant in anderen Ländern findet[22].

Bereinigt man die Zahlen für die ungelernten Arbeiter im Hinblick auf die Tabakarbeiter, dann ergeben sich wohl insgesamt geringere Anteile für die Ungelernten, aber auch ein leichter Aufwärtstrend, der durch den Abwärtstrend der Tabakarbeiter rechnerisch ausgeglichen wird: danach stieg der „bereinigte" Anteil von 2,9% (= 8, 1898) auf 5,7% (= 21, 1912). Ob bereinigt oder unbereinigt, die un- oder angelernten Arbeiter blieben unter den Reichstagskandidaten eine Ausnahmeerscheinung und waren – gemessen an dem vermuteten Gesamtanteil der un- und angelernten Arbeiter an der Wählerschaft – stark unterrepräsentiert.

Zweifellos ist der gelernte Arbeiter der typische sozialdemokratische Reichstagskandidat: insgesamt 78,5% (= 529) der Kandidaten haben eine handwerkliche Lehre oder eine Ausbildung als industrielle Facharbeiter absolviert. Bezogen auf die Wahlen liegt der Anteil der Gelernten mit nur kleinen Schwankungen bei 78% der Kandidaten. Klassifiziert man die erlernten Berufe nach der Organisationsstruktur der Freien Gewerkschaften im Jahre 1912, dann bestimmten im wesentlichen die Angehörigen von vier, später fünf gewerkschaftlichen Einzelverbänden die Struktur der Gruppe der gelernten Arbeiter: die Holzarbeiter, die Metallarbeiter, die Buchdrucker, die Schuhmacher und später die Bauarbeiter. Diese fünf Verbände stellten bei allen Wahlen etwa die Hälfte (zwischen 50,8% und 52,8%) aller Reichstagskandidaten bzw. zwei Drittel (zwischen 64,4% und 68,8%) der gelernten Arbeiter unter den Reichstagskandidaten.

Die Holzarbeiter (das sind zu vier Fünftel Tischler) waren 1898 (17,1%) und 1903 (17,1%) mit Abstand die stärkste Berufsgruppe unter den gelernten Arbeitern; 1907 (15,5%) und 1912 (14,8%) verringerte sich ihr Anteil, dadurch verloren sie wohl ihre Spitzenposition, blieben jedoch mit Abstand die zweitgrößte Berufsgruppe. Die Holzarbeiter waren – gemessen an ihrem Anteil an den freigewerkschafltichen organisierten Arbeitern (1910: 7,9%) – unter den Reichstagskandidaten deutlich überrepräsentiert.

Die Metallarbeiter (das sind zur Hälfte Schlosser/Mechaniker) blieben 1898 (13,9%) und 1903 (13,4%) zunächst nur die zweitstärkste Berufsgruppe unter den gelernten Arbeitern; ihre Zahl stieg jedoch absolut bei jeder Wahl an, so daß die Metallarbeiter 1907 (16,4%) und 1912 (16,1%) zur stärksten Berufsgruppe aufrückten. Gemessen an ihrem Anteil an den freigewerkschaftlichen Organisierten (1910: 20,6%), blieben die Metallarbeiter dennoch unter den Reichstagskandidaten unterrepräsentiert.

Die Buchdrucker und die Schuhmacher folgten mit Abstand als dritt- bzw. viertstärkste Berufsgruppe. Bei kleineren absoluten Rückgängen verringerte sich der jeweilige relative Anteil der Schuhmacher (von 9,3% auf 6,3%) und der der Buchdrucker (von 9,3% auf 6,6%) deutlich. Gemessen an ihrem Anteil an den freigewerkschaftlich

[22] Zur Sondersituation der Tabakarbeiter vgl. u. a. die Fallstudie zu den latenten und manifesten Interessen der Tabakarbeiter in: *Wilhelm Heinz Schröder,* Arbeitergeschichte und Arbeiterbewegung (Frankfurt a. M., New York 1978) im folgenden zitiert: *Schröder,* Arbeitergeschichte.

Organisierten, waren sowohl die Schuhmacher (1910: 2,0%) als auch die Buchdrucker (1910: 3,0%) unter den Reichstagskandidaten überrepräsentiert.

Die Bauarbeiter (das sind in der Regel Maurer) nahmen ständig bei den Wahlen absolut zu und rückten schließlich zur drittstärksten Berufsgruppe unter den gelernten Arbeitern auf (von 3,2% auf 7,1%). Gemessen an ihrem Anteil an den freigewerkschaftlich Organisierten (1910: 12,2%), waren die Bauarbeiter allerdings deutlich unterrepräsentiert[23].

Die Anzahl der Kandidaten, die zumindest ursprünglich einen bürgerlich-akademischen Beruf erlernt und ihn meist auch für eine bestimmte Zeit ausgeübt hatten oder noch ausübten, blieb – von kleinen Schwankungen abgesehen – konstant (zwischen 34 und 37), entsprechend sank der relative Anteil von 12,1% auf 10,1% ab. Nur wenige Einzelberufe waren dabei zahlenmäßig bedeutsamer vertreten: allen voran die „akademischen" Redakteure/Schriftsteller (13 oder 14 Vertreter bei jeder Wahl), Rechtsanwälte (zwischen 4 und 10), die Lehrer (zwischen 3 und 6) und noch die Ärzte (2 oder 3).

6. Leisteten die Reichstagskandidaten einen Militärdienst ab?

Erfaßt werden sollten alle Reichstagskandidaten, die „gedient" und ggf. an einem der beiden Kriege 1870–1871 und 1914–1918 (1939–1945 kam bei dieser Gruppe nicht in Betracht) teilgenommen hatten. Ähnlich wie schon bei der Angabe der Religionszugehörigkeit fehlen in den meisten autobiographischen Quellen der Reichstagskandidaten bewußt die Angaben zu den Militärverhältnissen. Die relativ geringe Datendichte, die auch durch weitere Recherchen nicht sichtbar hätte verbessert werden können, mindert wesentlich die Aussagekraft dieser Variablen. Eine Reihe interessanter Hypothesen kann dadurch nicht hinreichend untersucht werden: z.B. der denkbare Zusammenhang zwischen Mitgliedschaft in der Parteiopposition bzw. einer exponierten Tätigkeit für die junge USPD und einer hohen Wahrscheinlichkeit, im Ersten Weltkrieg zum Kriegsdienst einberufen zu werden – trotz „Unabkömmlichkeit", fortgeschrittenem Lebensalter oder testierter militärischer Untauglichkeit (prominente Beispiele: Friedrich Westmeyer, Karl Liebknecht).

Hier verfügen wir nur in gut einem Viertel aller Fälle über gesicherte Angaben, eine verläßliche Schätzung für die Grundgesamtheit ist nicht möglich. Nachweisbar „militärfrei" waren nur 30 (4,5%) Reichstagskandidaten. Dagegen hatten mindestens 142 (21,1%) „gedient"; davon nahmen mindestens 9 (1,3%) am Deutsch-Französischen Krieg 1870–1871 und mindestens 54 (8%) am Ersten Weltkrieg 1914–1918 teil. Während von den 1898er Kandidaten – altersbedingt – nur wenige (mind. 1) am Ersten Weltkrieg teilgenommen haben, waren von den 1912er Kandidaten viele (mind. 12,2% = 44) Kriegsteilnehmer, von denen wiederum mindestens 4 im Felde fielen.

[23] Vgl. die Kurzanalyse der Bauarbeiter unter den Reichstagskandidaten in: *Schröder*, Probleme und Methoden, 103–105.

Nur in wenigen Fällen (prominentes Beispiel: der „Kriegsinvalide" Georg von Vollmar) konnten Art und Ausmaß von möglichen Kriegsbeschädigungen festgestellt werden.

7. Waren die Reichstagskandidaten verheiratet?

Neben der Rekonstruktion der typischen Lebenszyklen dient die Untersuchung zum Familienstand vor allem zur Überprüfung des offensichtlichen Zusammenhangs zwischen „Verheiratet-sein-müssen" und dem Einstieg in eine politische Karriere. Aufschlußreich für die eigentliche Lebenslaufanalyse wäre sicher auch die Erfassung von Informationen zur Ehefrau (bzw. zu den Ehefrauen) und zur Familie des Kandidaten gewesen; allerdings fehlen hier in den allermeisten Fällen über die (kirchlich und/oder standesamtlich beurkundeten) Informationen hinaus Quellen überhaupt bzw. zuverlässige Angaben. Ausnahmen bilden hier vor allem Ehefrauen von Reichstagskandidaten, die selbst an führender Stelle politisch und schriftstellerisch aktiv waren (prominente Beispiele: Wilhelm Blos/Anna Tomaszewska; Heinrich Braun/Lilli von Kretschmann; Rudolf Breitscheid/Tony Drevermann; Fritz Kunert/Marie Bombe; Wilhelm Reimes/Wilhelmine Kähler). Ähnlich interessant wäre sicherlich, die Untersuchung der Umstände und Gründe für die Wiederverheiratung von (mehrfach verheirateten) Kandidaten gewesen und welchen Einfluß die Wiederverheiratung auf den Karriereverlauf genommen hat.

Hier verfügen wir nur für knapp die Hälfte (44,8%) der Fälle über verläßliche Angaben. Nur 9 (1,3%) Reichstagskandidaten blieben nachweislich ledig; insgesamt dürfte es nur sehr wenige unverheiratete Kandidaten gegeben haben, ihr Anteil dürfte maximal 5%–10% betragen haben. Ledige sozialdemokratische Spitzenfunktionäre schienen vor dem Ersten Weltkrieg so selten zu sein, daß das Unverheiratetsein z.B. in Nachrufen besonders und nicht ohne versteckte Anspielungen hervorgehoben wurde[24] oder daß das Unverheiratetsein erklärt und „entschuldigt" wurde[25]. Ohne hier auf die Gründe für die offensichtliche allgemeine Notwendigkeit der Verheiratung einzugehen, bleibt festzuhalten, daß der typische Reichstagskandidat zweifellos verheiratet war.

Leider wissen wir nur von einem Sechstel (17%) aller Fälle das präzise Datum der (ersten) Heirat. Vier Fünftel aller bekannter Heiratsdaten liegen zwischen 1888 und 1901 (mit einem Maximum beim ersten Jahrhundertjahr 1900). Danach heirateten ca. 80% im dritten Lebensjahrzehnt, insbesondere in den Jahren nach Absolvierung des Militärdienstes (ca. im Alter von 22–28 Jahren), ca. 15% im vierten und ca. 5% erst spät im fünften Lebensjahrzehnt.

[24] Vgl. z. B. den Nachruf auf MDR Wilhelm Schmidt im Vorwärts vom 24.8.1907.

[25] Vgl. z. B. die Lebenspartnerschaft ohne Trauschein zwischen den bekannten Repräsentanten des Genossenschaftswesens Adolph von Elm und Helma Steinbach; diese Partnerschaft wird in den Nachrufen auf Adolph v. Elm und mehr noch auf Helma Steinbach meist hervorgehoben; vgl. auch: *Franz Osterroth*, Biographisches Lexikon des Sozialismus (Hannover 1960) 75–76.

8. Wann wurden die Reichstagskandidaten zum ersten Mal Mitglied einer der Organisationen der Arbeiterbewegung?

Die verläßliche Feststellung des Eintrittsdatums der Reichstagskandidaten in Partei und ggf. Gewerkschaften wird durch eine Reihe gravierender Probleme erschwert. Vor dem Hintergrund der repressiven Vereinsgesetzgebung wurde bis 1904 die Mitgliedschaft in der SPD nur vage definiert: „Zur Partei gehörig wird jede Person betrachtet, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und die Partei nach Kräften unterstützt."[26] Erst später wurden z. B. einheitliche Mitgliedsbücher eingeführt, was die einfache formale Objektivierung der Parteimitgliedschaft erlaubt. Die notwendigerweise nur vage Definition der Partei-Mitgliedschaft öffnete gerade in den 1880er und 1890er Jahren Tor und Tür für „selbsternannte" Sozialdemokraten[27]. In der Regel hing es von der subjektiven Einschätzung eines Sozialdemokraten ab, wann er sich zur Partei „zugehörig" gefühlt hat; entsprechend liegen selten die Angaben präziser Eintrittsdaten vor, sondern meistens die Bestimmungen von „Eintritts-Zeiträumen". Oft machten die Reichstagskandidaten ihren „Eintritt" auch mit der Übernahme der ersten Parteifunktion fest.

Da die Gewerkschaften schon frühzeitig Unterstützungsbücher für Mitglieder, Mitgliedsbücher etc. führten, ist hier eine genauere Bestimmung des Eintrittsdatums möglich. Allerdings unterlag es für die Zeit vor 1890 meist der subjektiven Einschätzung, ob z. B. der „Schlosser-Fachverein" oder der „Reiseunterstützungsverein" schon als „Gewerkschaft" betrachtet wurde. Viele Gewerkschaftsmitglieder geben als Eintrittsdatum zu den Gewerkschaften erst das Beitrittsdatum zu einem der großen gewerkschaftlichen Einzelverbände nach 1889/90 an. Die Erhebung sollte den Ersteintritt in eine Organisation der Arbeiterbewegung registrieren, d. h. lagen unterschiedliche Eintrittsjahre für den Eintritt in die Partei und für den Eintritt in die Gewerkschaften vor, dann wurde das früheste Eintrittjahr erfaßt.

Die meisten Angaben zum Eintrittsdatum sind autobiographische Angaben. Während ein Teil der Reichstagskandidaten nur das Jahr oder die Zeitphase angibt, als sie gesinnungsmäßig (nicht unbedingt als aktives Parteimitglied) zur Sozialdemokratie kamen, gibt ein anderer Teil dagegen als Eintrittsdatum z. B. das Gründungsdatum des nominell „sozialdemokratischen" Parteivereins an, während vorhergehende Aktivitäten in „Arbeiter"-Vereinen oder für die noch nicht organisatorisch verfestigte Sozialdemokratie unberücksichtigt bleiben. Insgesamt liegen für die weit überwiegende Mehrheit der Reichstagskandidaten solche autobiographische Angaben vor.

Bei der Analyse wurden jedoch nur solche Angaben berücksichtigt, die zumindest das präzise Jahr des Eintritts in die Arbeiterbewegung enthielten; dadurch gingen nur noch knapp die Hälfte (44%) aller Fälle in die Analyse mit ein. Danach traten knapp

[26] Text des Organisationsstatus von Halle u. a. in: Protokoll Parteitag Halle (1890) 6–8 (hier: 6).

[27] Besonders spektakulär bei den Übertritten zur Sozialdemokratie aus dem (klein)bürgerlichen Lager; schon *Michels* (Soziologie, 246–248) sah sich veranlaßt, eine Typologie solcher „Sozialdemokraten" zu erstellen: „Phantasten, verkannte Genies, Spostati aller Arten, literarische Bohemiens, nicht anerkannte Erfinder von allerhand sozialen Allheilmitteln, rates, rapins, cabotins, Quacksalber, Dr. Eisenbarte ...".

drei Zehntel (28%) der Reichstagskandidaten schon vor dem Sozialistengesetz der Partei oder einer Gewerkschaft bei und jeweils ein gutes Drittel während des Sozialistengesetzes (36%) bzw. nach dem Fall des Sozialistengesetzes (36%). Vor dem Sozialistengesetz gibt es Maxima in den Jahren 1867, 1872 und 1876, während des Sozialistengesetzes in den Jahren 1885, 1887 und 1888, und nach dem Sozialistengesetz in den Jahren 1890 und 1891. Etwa die Hälfte (45%) aller Eintritte erfolgte in dem Jahrzehnt 1884–1893.

Der Entschluß, der Partei oder Gewerkschaft beizutreten, erfolgte in der Regel schon in jungen Jahren: im Jahrzehnt zwischen dem 18. und 27. Lebensjahr traten vier Fünftel (79%), in den sieben Jahren zwischen dem 19. und 25. Lebensjahr noch knapp zwei Drittel (63%) der Partei oder Gewerkschaft bei[28]. Im 19. und 20. Lebensjahr, d.h. meist nach Abschluß der Lehre und auf Wanderschaft und noch vor dem Militärdienst, finden sich die Eintritts-Höchstzahlen: Mehr als ein Fünftel (23%) der Reichstagskandidaten tritt in dieser kurzen Lebensphase bei. Bis zum Ende des dritten Lebensjahrzehntes waren schon mehr als neun Zehntel (91%) Mitglied der Partei oder Gewerkschaft. Die statistischen „Ausreißer", d.h. Kandidaten, die erst im vierten (8%) oder sogar erst im fünften (1%) Lebensjahrzehnt als Mitglied zur Sozialdemokratie fanden, gehören in der Regel erwartungsgemäß den älteren Geburtsjahrgängen vor 1850 an[29].

9. Welchen Verlauf nahm die berufliche Karriere der Reichstagskandidaten bis 1914?

Nur knapp ein Viertel (24,1%) aller Reichstagskandidaten wechselte bis 1914 nicht dauerhaft oder nur vorübergehend in eine hauptamtliche Position innerhalb der Arbeiterbewegung[30]. Bezogen auf die Wahlen, sank der Anteil der „Nicht-Arbeiterbeamten" schnell von 31,1% (1898) auf nur noch 17,9% (1912) ab, d.h. 1912 war nur noch ein Sechstel der Reichstagskandidaten beruflich von der Arbeiterbewegung nicht unmittelbar abhängig. Die Minoritätsgruppe der „Nicht-Arbeiterbeamten" setzte sich aus unselbständigen Arbeitern/Angestellten im Gewerbe und Handel, aus kleinen Selbständigen im Gewerbe und Handel und aus Angehörigen bürgerlich-akademischer Berufe zusammen.

Mehr als ein Viertel aller Reichstagskandidaten (27% = 182) machte sich bis 1914 als Handwerksmeister, Kleinfabrikant, (Klein)Kaufmann oder Gastwirt selbständig. Die Selbständigen rekrutierten sich ausnahmslos aus ehemaligen Arbeitern/Handwerkern, d.h. zumindest formal hat dieser Teil der Arbeiterschaft im Rahmen der intragenerationellen Mobilität ganz und im Rahmen der intergenerationellen Mobilität teilweise einen Aufstieg in die untere Mittelschicht bzw. in das Kleinbürgertum vollzogen. Von den 182 Selbständigen überhaupt wechselten mehr als ein Drittel (36%) bis

[28] Zur Bestimmung des „Agitationsalters" vgl.: *Schröder,* Arbeitergeschichte, 218 f.

[29] *Loreck* (220–226) erhält auf der Basis von 33 Autobiographien folgende Ergebnisse: Das Parteibeitrittsalter beträgt durchschnittlich 22 Jahre, das Gewerkschaftsbeitrittsalter 21 Jahre.

[30] Zur Analyse der „ausgeübten" Berufe vgl.: *Schröder,* Sozialstruktur, 85–96.

1914 in hauptamtliche Positionen der Arbeiterbewegung, gut die Hälfte (53%) blieb selbständig und ein Zehntel (11%) wechselte von einer hauptamtlichen Tätigkeit innerhalb der Arbeiterbewegung in die Selbständigkeit. Dies zeigt einerseits, daß die meisten selbständigen Reichstagskandidaten es bevorzugten, wirtschaftlich selbständig zu bleiben, auch wenn es in der Folge oft den Verlust der Kandidatur bedeutete. Dies zeigt andererseits, daß dennoch viele selbständige Reichstagskandidaten bei Gelegenheit in eine Arbeiterbeamtenposition überwechselten, daß aber dieser Wechsel keine Einbahnstraße bedeutete und es – wenn auch in geringerem Umfange – auch Arbeiterbeamte gab, die den umgekehrten Weg beschritten und die Selbständigkeit der Arbeiterbeamtenposition vorzogen.

Ein Zehntel (68 = 10%) aller Reichstagskandidaten übte bis 1914 einen bürgerlich-akademischen Beruf aus. Wir haben schon oben dargestellt, daß dies zumindest formal für mindestens vier Zehntel einen Aufstieg im Rahmen der intergenerationellen Mobilität bedeutete. Von den 68 Inhabern bürgerlicher Berufe wechselten drei Fünftel (60%) in hauptamtliche Positionen der Arbeiterbewegung (in der Regel als Redakteure) bzw. verdienten ihren Lebensunterhalt überwiegend mit freiberuflicher Tätigkeit (in der Regel als Schriftsteller, Referent, Dozent) innerhalb der Arbeiterbewegung. Zwei Fünftel (40%) übten weiterhin ihren bürgerlichen Beruf aus, dies betraf insbesondere die Rechtsanwälte, aber in kleiner Zahl z.B. auch Ärzte, Apotheker und Gutsbesitzer.

Drei Viertel (510 = 75,9%) aller Reichstagskandidaten gab irgendwann den bisherigen Beruf auf, wechselte in eine Arbeiterbeamtenposition und blieb zumindest bis 1914 ggf. bis zur Pensionierung oder bis zum Tod Arbeiterbeamter; Ausnahmen hiervon bildeten nur die oben schon erwähnten, wenigen Wechsler in selbständige Berufspositionen. Von diesen 510 Arbeiterbeamten unter den Reichstagskandidaten blieben zwei Drittel (333 = 65,3%) bis 1914 stets in der gleichen Karriereposition. Von diesen karriere-immobilen Arbeiterbeamten verharrte knapp die Hälfte (44,2%) bis 1914 in der gleichen Funktion, und sogar knapp zwei Drittel übten die Funktion(en) am gleichen Ort aus; nur gut die Hälfte (55,8%) wechselte auf der gleichen Ebene zumindest einmal die Funktion, und nur gut ein Drittel wechselte den Arbeitsort. Gegenstand der Analyse von Karrieremustern können daher nur die Karrierepositionen von einem Drittel (177 = 34,7%) der (karriere-mobilen) Arbeiterbeamten sein.

Als erste Ergebnisse der Karriereanalyse ergeben sich folgende Verteilungen für die 9 definierten Karrierepositionen[31]:

Gewerkschaftsangestellte (Lokal/Regional):

Ein Viertel (128 = 25,1%) der Arbeiterbeamten unter den Reichstagskandidaten begann als Gewerkschaftsangestellter auf lokaler oder regionaler Funktionsebene. Zwei Drittel (86 = 67,2%) dieser Gewerkschaftsangestellten verharrten bis 1914 in dieser

[31] Zur Karriereanalyse und zur Methode der „Konfiguration-Sequenz-Analyse" vgl.: *Schröder,* Collective Life Histories, 214–222.

Karriereposition, davon zwei Drittel wiederum ohne horizontal die Funktion und/oder den Ort dabei zu wechseln. Vergleicht man die Erst- mit der Endposition, dann schafften schließlich davon nur 6 (4,7%) den Aufstieg in die nationale Funktionsebene der gewerkschaftlichen Zentralvorstände, 9 (7,0%) den Wechsel in das Arbeitersekretariat, 6 (4,7%) den Wechsel in die Parteiredaktion, aber immerhin 16 (12,5%) den Wechsel in das Parteisekretariat; der Wechsel in andere Endpositionen ist quantitativ unerheblich.

Als Zielposition für die anderen 424 Arbeiterbeamten, die in anderen Karrierepositionen begonnen hatten, spielte die Position des Gewerkschaftsangestellten auf lokaler und regionaler Ebene eine geringe Rolle: nur 12 (2,4%) Arbeiterbeamte mit anderen Einstiegspositionen wechselten schließlich in diese Position, davon begannen u.a. 3 als Parteiredakteure und je 2 als Leitende Gewerkschaftsangestellte, Parteiangestellte, Genossenschafts- und Krankenkassenangestellte.

„Leitende" Gewerkschaftsangestellte:

Ein Vierzehntel (36 = 7,1%) der Arbeiterbeamten unter den Reichstagskandidaten begann als Gewerkschaftsangestellter gleich auf der höchsten (nationalen) Funktionsebene der gewerkschaftlichen Zentralverbände bzw. der Generalkommission der Gewerkschaften. Knapp zwei Drittel (23 = 63,9%) der Leitenden Gewerkschaftsbeamten blieben bis 1914 in dieser Karriereposition; hinzu kamen weitere 4 (11,1%) Spitzenbeamte, die zwischenzeitlich andere Karrierepositionen eingenommen hatten, aber schließlich wieder die Ausgangsposition einnahmen, so daß sich im Nettovergleich der Anteil der Immobilen auf drei Viertel (75,0%) der Gruppe erhöht. Vergleicht man die Erst- mit der Endposition, dann ergeben sich nur schwache Abstromquoten: je 2 gewerkschaftliche Spitzenbeamte wechselten in die Parteiredaktion, in das Parteisekretariat bzw. in die Leitende Parteiangestelltenschaft.

Als Zielposition für die anderen 474 Arbeiterbeamten, die in anderen Karrierepositionen begonnen hatten, kam der Position des Leitenden Gewerkschaftsangestellten eine relativ bedeutsame Rolle zu: immerhin 20 (3,9%) Arbeiterbeamte mit anderen Einstiegspositionen wechselten schließlich in diese Position, davon begannen u.a. 6 als Gewerkschaftsangestellte (Lokal/Regional), jeweils 3 als Arbeitersekretäre bzw. Parteiredakteure und 2 als Parteiangestellte.

Arbeitersekretäre:

Ein Dreizehntel (40 = 7,8%) der Arbeiterbeamten unter den Reichstagskandidaten begann als Arbeitersekretär. Auch hier blieben zwei Drittel (27 = 67,5%) bis 1914 stets in derselben Position. Vergleicht man die Erst- mit der Endposition, dann ergeben sich folgende nennenswerten Wechsel: es werden schließlich 4 Parteisekretäre, je 3 Leitende Gewerkschaftsangestellte bzw. Parteiredakteure und 2 Genossenschaftsangestellte. Als Zielposition für die anderen 470 Arbeiterbeamten, die in anderen Karrierepositionen begonnen hatten, diente das Arbeitersekretariat für 23 (4,5%) Arbeiterbeamten mit anderen Einstiegspositionen: davon begannen u.a. 9 als Gewerkschaftsangestellte (Lokal/Regional), je 4 als Krankenkassenangestellte bzw. Parteiredakteure und je 2 als Genossenschafts- bzw. als Parteiangestellte.

Parteisekretäre:

Nur ein Dreiunddreißigstel (17 = 3,3%) der Arbeiterbeamten unter den Reichstagskandidaten begann als Parteisekretär. Von diesen 17 Parteisekretären blieben fast alle (14 = 82,4%) bis 1914 stets in derselben Position. Entsprechend ergeben sich beim Vergleich von Anfangs- und Endpositionen keine nennenswerten Wechsel. Als Zielposition verzeichnete das Parteisekretariat den höchsten Zustrom (48 = 9,4%) von Arbeiterbeamten mit anderen Einstiegspositionen aus allen Sektoren der Arbeiterbewegung: der Zustrom rekrutierte sich u.a. aus 16 Gewerkschaftsangestellten (Lokal/Regional), 13 Parteiredakteuren, 5 Krankenkassenangestellten, je 4 Parteiangestellten bzw. Arbeitersekretären, 3 Genossenschaftsangestellten und 2 Leitenden Gewerkschaftsangestellten. Das Parteisekretariat kann zweifellos als eine ausgesprochene Zielposition in der Karriere der Arbeiterbeamten unter den Reichstagskandidaten gelten.

Parteiredakteure:

Mehr als ein Viertel (133 = 26,1%) der Arbeiterbeamten unter den Reichstagskandidaten begann als Parteiredakteur, mithin war der Parteiredakteur die höchstfrequentierteste Einstiegsposition. Von diesen 133 Parteiredakteuren blieben knapp zwei Drittel (83 = 62,4%) bis 1914 stets in derselben Position. Vergleicht man die Erst- mit der Endposition, dann ergeben sich folgende nennenswerten Wechsel: es wurden schließlich 13 Parteisekretäre, 10 Leitende Parteiangestellte, je 4 Arbeitersekretäre bzw. Genossenschaftsangestellte und je 3 Leitende Parteiangestellte bzw. Gewerkschaftsangestellte (Lokal/Regional). Umgekehrt war der Parteiredakteur Zielposition u.a. von je 6 Gewerkschaftsangestellten (Lokal/Regional) bzw. Parteiangestellten, von 3 Arbeitersekretären und von je 2 Leitenden Gewerkschaftsangestellten bzw. Genossenschaftsangestellten.

„Leitende" Parteiangestellte:

Nur wenige (24 = 4,7%) der Arbeiterbeamten unter den Reichstagskandidaten erhielten ihre Ersteinstellung als Leitende Parteiangestellte (in der Regel die Geschäftsführer der Parteiverlage/Parteidruckereien und der großen Parteibuchhandlungen). Von den Leitenden Parteiangestellten blieben ebenfalls zwei Drittel (16 = 66,7%) bis 1914 in derselben Position. Der Vergleich von Erst- mit der Endposition ergibt bei der geringen Zahl von Fällen keine nennenswerten Wechsel. Der Leitende Parteiangestellte war hauptsächlich eine Zielposition für Parteiredakteure; neben den 10 Parteiredakteuren, waren nennenswert nur noch je 2 Gewerkschaftsangestellte (Lokal/Regional) bzw. Leitende Gewerkschaftsangestellte vertreten.

Parteiangestellte:

Ein Zehntel (50 = 9,8%) der Arbeiterbeamten unter den Reichstagskandidaten wurde zuerst als Parteiangestellter (Expedienten, Spediteure, Akquisiteure, Kassierer etc.) eingestellt. Mehr als drei Fünftel (31 = 62,0%) blieb bis 1914 in derselben Position. Vergleicht man Erst- und Endposition, ergeben sich eine Reihe nennenswerter Wechsel: es wurden schließlich 6 Parteiredakteure, 4 Parteisekretäre und je 2 Arbeitersekretäre, Leitende Gewerkschaftsangestellte und Gewerkschaftsangestellte (Lokal/

Regional). Als Zielposition kam der Parteiangestellte kaum in Frage, nur 3 Parteiredakteure wurden schließlich Parteiangestellte.

Genossenschaftsangestellte:

Ein Zwölftel (43 = 8,4%) der Arbeiterbeamten unter den Reichstagskandidaten erhielt die Ersteinstellung bei den Konsum- und Produktionsgenossenschaften. Fast drei Viertel (31 = 72,1%) blieb bis 1914 Genossenschaftsangestellter. Der Vergleich von Erst- und Endposition ergibt nur wenige nennenswerte Wechsel: es wurden schließlich 3 Parteisekretäre und je 2 Arbeitersekretäre bzw. Parteiredakteure. Zielposition wurde der Genossenschaftsangestellte für 4 Parteiredakteure und je 2 Arbeitersekretäre, Gewerkschaftsangestellte (Lokal/Regional) bzw. Krankenkassenangestellte[32].

Krankenkassenangestellte:

Ein Dreizehntel (40 = 7,8%) der Arbeiterbeamten unter den Reichstagskandidaten wurde zuerst von den Allgemeinen und Berufs-Krankenkassen eingestellt (die Subsumierung von Krankenkassenangestellten als „Arbeiterbeamte" war in der zeitgenössischen SPD üblich). Nur gut die Hälfte (22 = 55,0%) blieb bis 1914 stets Krankenkassenangestellte. Der Vergleich von Erst- und Endposition ergibt eine Reihe nennenswerter Wechsel: es wurden schließlich 5 Parteisekretäre, 4 Arbeitersekretäre und je 2 Gewerkschaftsangestellte (Lokal/Regional), Parteiangestellte bzw. Genossenschaftsangestellte. Zur Zielposition wurde der Krankenkassenangestellte selten: nennenswert nur 2 Gewerkschaftsangestellte (Lokal/Regional).

Die Ersteinstellungen erfolgten weitestgehend (91,8%) seit 1890 nach dem Fall des Sozialistengesetzes, nur knapp ein Zehntel (8,2%) war schon vor 1890 zum ersten Mal (und oft mit Unterbrechung) als Arbeiterbeamter tätig. Die Zahl der Ersteinstellungen hatte 1890 mit 36 (= 7% aller 517 bekannten Fälle) sogleich einen ersten steilen Höhepunkt erreicht, nahm dann bis 1896 stetig ab, stieg dann deutlich wieder an und pendelte von 1897 und 1905 zwischen 20–30 Ersteinstellungen pro Jahr, hatte dann 1906 mit 40 Ersteinstellungen den Höhe- und Wendepunkt erreicht und sank seit 1907 rapide ab.

Das Alter der Arbeiterbeamten bei der Ersteinstellung ist deutlich strukturiert: die Ersteinstellung erfolgte weitestgehend (86,7% der 486 bekannten Fälle) im Alter von 22–40 Jahren, Ersteinstellungen nach dem 40. Lebensjahr sind relativ selten (12,3%). In der Altersphase zwischen 27 und 34 Jahren erfolgte schwerpunktmäßig die Ersteinstellung, fast die Hälfte (48,4%) der Arbeiterbeamten erhielt in dieser Lebensphase die erste Anstellung. Die Dominanz dieser Haupt-Ersteinstellungsphase blieb seit 1890 in der Zeit weitgehend stabil. Diese Ersteinstellung als Arbeiterbeamter erfolgte in einem Drittel aller Fälle unmittelbar in der engeren „Geburtsheimat" (vgl. die Definition von „Geburtsheimat" bei der Frage nach den Wahlkreisbindungen der Kandidaten).

[32] Vgl. die Kurzanalyse der Genossenschaftsangestellten unter den Reichstagskandidaten in: *Schröder,* Probleme und Methoden, 109–113.

10. In welchem Alter kandidierten die Reichstagkandidaten zum Reichstag?

Das „Wahlalter" der Kandidaten (d.h. das Lebensalter des Kandidaten zur Zeit der Wahl) bewegte sich 1898 zwischen 26 und 72 Jahren, 1903 zwischen 27 und 65, 1907 zwischen 27 und 68 und 1912 zwischen 28 und 72. Die Modalwerte geben erste Hinweise auf ein steigendes Wahlalter der Kandidaten: das häufigste Alter (in Jahren) betrug 1898 35 Jahre (18 = 6,8% von 264 bekannten Fällen), 1903 ebenfalls 35 Jahre (20 = 6,5% von 306 bekannten Fällen), 1907 39 Jahre (20 = 6,2% von 324 bekannten Fällen) und 1912 46 Jahre (22 = 6,2% von 355 bekannten Fällen). Das durchschnittliche Wahlalter stieg von 40,8 Jahre (1898) auf 45,4 Jahre (1912) und der Median von 40,8 Jahre (1898) auf 44,0 (1912) an.

Die Einteilung des Wahlalters nach Altersklassen macht die Schwerpunkte der „Veralterung" der Kandidaten deutlich. Der Anteil der „Unter-30-Jährigen" sank von 6,8% (1898) auf 0,6% (1912) ab, d.h. diese Altersklasse war 1912 nur noch durch 2 Kandidaten repräsentiert. Der Anteil der „30–39-Jährigen", die noch 1898 die stärkste Altersklasse bildeten, sank stetig und stark von 40,9% (1898) auf nur noch 26,5% (1912) ab. Die „40–49-Jährigen" waren seit 1903 die mit Abstand dominierende Altersklasse unter den Reichstagskandidaten; ihr Anteil stieg von 36,7% (1898) auf 45,4% (1912) an. Der Anteil der „50–59-Jährigen" nahm ebenfalls stetig zu und stieg von 14,0 (1898) auf 20,6% (1912) an; damit hatte diese Altersklasse die „30–39-Jährigen" anteilsmäßig fast erreicht. Der Anteil der „Über–59-Jährigen" nahm quantitativ den umgekehrten Verlauf des Anteils der „Unter-30-Jährigen" und stieg stetig und leicht von 1,5% (1898) auf 7,0% (1912) an.

Mit anderen Worten: während noch 1898 knapp die Hälfte (47.7%) der Reichstagskandidaten unter 40 Jahre alt war, waren dies 1912 nur noch gut ein Viertel (27,1%); umgekehrt stieg der Anteil der „Über-40-Jährigen" von gut der Hälfte (52,3%) der Reichstagskandidaten auf knapp drei Viertel (72,9%) an.

Im Hinblick auf die Kontinuität von Kandidaturen, Funktionen etc. seien an dieser Stelle nur zwei Anmerkungen zur realen Lebenserwartung der Kandidaten zum Zeitpunkt der Wahl gemacht. Noch vor der nächsten Reichstagswahl starben von den Kandidaten der Wahl 1898 5,8% (14), der Wahl 1903 7,0% (19), der Wahl 1907 7,2% (21) und der Wahl 1912 17,3% (55); d.h. daß ein Teil der Kandidatenzirkulation mit dem Ableben des bisherigen Kandidaten erklärt werden kann. Eine reale Lebenserwartung unter 10 Jahren hatten von den Reichstagskandidaten der Wahl 1898 15% (36), der Wahl 1903 13,2% (36), der Wahl 1907 16,6% (48) und der Wahl 1912 17,3% (55).

Zieht man zum Vergleich die verfügbaren Altersstatistiken der Mitglieder von einzelnen SPD-Ortsvereinen und örtlichen Gewerkschaftsfilialen heran[33], dann zeigt sich, daß die Altersschichtung der Reichstagskandidaten zunehmend mehr der Alters-

[33] Vgl. *Dieter Fricke,* Handbuch zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1869–1917 (Berlin 1987) I, 335–336; *Schröder,* Probleme und Methoden, 105–107; *ders.,* Arbeitergeschichte, 212–219.

gliederung der Parteibasis und ganz entschieden der der Gewerkschaften widersprach. Für diese Entwicklung lassen sich hauptsächlich drei Gründe anführen:

- Das passive Wahlrecht schrieb für die Reichstagskandidatur ein Mindestalter von 25 Jahren vor, jüngere Altersgruppen konnten demnach überhaupt nicht repräsentiert sein. Das Durchschnittsalter der Kandidaten mußte erwartungsgemäß höher liegen als das der Parteimitgliedschaft.
- Die Nominierung der Reichstagskandidaten erfolgte in der Regel aus dem Kreis der „bewährten" Parteigenossen, die auf eine langjährige Parteipraxis verweisen konnten. Bedenkt man die Ergebnisse für das Ersteintrittsjahr in die Partei- und Gewerkschaftsbewegung und kalkuliert man eine sich seit den 1890er Jahren ständig verlängernde „Bewährungszeit", dann mußte das „Erstnominierungsalter" zunehmend steigen und schließlich deutlich jenseits der 30 Jahre liegen.
- Die relativ hohe Stabilität der Kandidatenbesetzung einerseits und das steigende durchschnittliche „Erstnominierungsalter" andererseits trugen wesentlich zur Veralterung der Kandidaten bei; „junge" Parteifunktionäre besaßen in der Regel nur noch in solchen Wahlkreisen eine (immer geringer werdende) Nominierungschance, die nur einen niedrigen SPD-Stimmenanteil aufwiesen und von daher für andere (ambitionierte und „ältere") Bewerber nicht attraktiv genug waren.

Die Altersschichtung der Reichstagskandidaten macht schon für die Zeit vor 1914 das transparent, was dann im verstärkten Maße die SPD in der Weimarer Republik kennzeichnete: Verfestigung bzw. „Verkrustung" der Organisation und Stabilität bzw. „Überalterung" des Führungspersonals. Wesentliche Grundlagen für den innerparteilichen Intergenerationskonflikt und für die schwindende Attraktivität der SPD für die junge(n) Generation(en) in der Zeit der Weimarer Republik waren offensichtlich schon vor 1914 geschaffen.

11. Welche geographischen Bindungen besaßen die Reichstagskandidaten zu ihren Wahlkreisen?

Definiert man „Geburtsheimat" als den geographischen Bereich, der den Geburtswahlkreis, die Geburtsprovinz (für Preußen) bzw. das Geburtsland und einen 50-km-Einzugsbereich um den Geburtswahlkreis herum umfaßt, dann war durchgängig für alle Wahlen mehr als die Hälfte aller Wahlkreise (zwischen 51,2% und 53,1%) mit Reichstagskandidaten aus der Geburtsheimat besetzt. Diese Heimatbindungen waren regional höchst unterschiedlich ausgeprägt. Regionen mit einem besonders hohen Anteil von „geburtsheimischen" Kandidaten bei allen Wahlen waren z.B. die Provinz Ostpreußen (94%–100%), Bayern (57%–72%) und Elsaß-Lothringen (65%–75%). Regionen mit einem besonders hohen Anteil von Wahlkreisen mit „geburtsfremden" Kandidaten bei allen Wahlen waren z.B. die Provinzen Schleswig-Holstein (70%–90%), Pommern (67%–73%) und Hannover (61%–74%).

Als Indikator für die geographische Bindung dient normalerweise der Wohn- oder Arbeitsort. Definiert man „Wohnheimat" ähnlich der „Geburtsheimat" als den geographischen Bereich, der den Wohnwahlkreis, den Partei-Agitationsbezirk des Wohnor-

tes und einen 50-km-Einzugsbereich um den Wohnwahlkreis herum umfaßt, dann gab es nur wenige Wahlkreise, die einen völlig „wohnfremden" Kandidaten aufwiesen: ihr Anteil ging von 15,2% (1898: 60) auf nur noch 6,5% (1912: 26) zurück; Regionen mit einem besonders hohen Anteil von Wahlkreisen mit „wohnfremden" Kandidaten gab es vor allem 1898, z.B. in den Provinzen Ostpreußen (100%) und Posen (93%). Neben dieser kleinen Gruppe von Wahlkreisen mit Kandidaten ohne Wohnbindung, gab es eine weitere kleine Gruppe, die ebenso zur Zeit der Wahl nicht in der „Wohnheimat" wohnten, aber früher dort gewohnt hatten. Diese Gruppe von Wahlkreisen mit „früher wohnheimischen" Kandidaten besaß einen Anteil zwischen 5,5% (1912: 22) und 7,6% (1907: 30). Die Gruppe von Wahlkreisen, die einen „wohnheimischen" Kandidaten aufwiesen, steigerte ihren Anteil von 78,3% (1898) auf 88,0% (1912). Die Untergruppe von Wahlkreisen, deren Kandidat sogar unmittelbar im Wahlkreis wohnte, stieg ebenfalls relativ von 14,7% (1898: 58) auf 21,2% (1912: 84) an; Regionen mit einem besonders hohen Anteil von Wahlkreisen, deren Kandidat im Wahlkreis wohnte, sind z.B. durchgängig Hessen (44%–67%) und Baden (21%–57%).

12. In wievielen Wahlkreisen kandidierten jeweils die Reichstagskandidaten bei jeder Wahl?

Die Strategie des Aufstellens von „Zählkandidaten" in möglichst allen Wahlkreisen des Reiches konnte zunächst nur durch die Nominierung von Mehrfachkandidaten realisiert werden, da kein ausreichendes Angebot von geeigneten Kandidaten zur Verfügung stand, um jeden Wahlkreis mit einem individuellen Kandidaten zu besetzen[34]. Das Ziel, die Individualisierung der Reichstagskandidatur, konnte auch bei der letzten Wahl im Kaiserreich noch nicht erreicht werden. Immerhin stieg der Anteil der Reichstagswahlkreise mit Einzelkandidaten ständig von 59,2% (1898: 234) auf 86,1% (1912: 342) an. Regionen, die nur noch Wahlkreise mit Einzelkandidaten aufwiesen, waren u.a. Sachsen, Thüringen[35] und die Prov. Schleswig-Holstein (seit 1898), Baden, Beide Mecklenburg und Prov. Pommern (seit 1903), die Prov. Brandenburg und Elsaß-Lothringen (seit 1907).

Trotz der hohen Zahl von Wahlkreisen mit Mehrfachkandidaten blieb die Zahl der Mehrfachkandidaten relativ gering:

1898 für 161 Wahlkreise 47 Kandidaten,
1903 für 110 Wahlkreise 36 Kandidaten,
1907 für 89 Wahlkreise 28 Kandidaten und
1912 für 54 Wahlkreise 23 Kandidaten.

Unter den Mehrfachkandidaten gab es nicht nur „Doppelkandidaten" im wörtlichen Sinne, sondern auch eine Reihe von Mehrfachkandidaten mit in der Regel 3 bis

[34] Vgl. u. a. *Schröder,* BIOKAND-Handbuch, 21–23.
[35] Die insgesamt 8 thüringischen Kleinstaaten wurden aus statistischen Gründen in einer Kategorie „Thüringen" zusammengefaßt; ähnlich verfahren auch *Ritter, Niehuss,* Arbeitsbuch, 64.

7 Kandidaturen. Hinzu kam August Bebel als offizieller Zählkandidat der Partei für alle nicht besetzbaren Reichstagskandidaturen; Bebel kandidierte allein bei den vier Wahlen insgesamt in 52 Wahlkreisen (1898: 23, 1903: 13; 1907: 12; 1912: 4). Aber nicht nur Bebel kandidierte so zahlreich; Franz Storch z.B. kandidierte 1898 in allen (13) Wahlkreisen der Regierungsbezirke Danzig und Marienwerder.

Regionen, die nur Wahlkreise mit Mehrfachkandidaten aufwiesen, waren die Provinzen Ostpreußen (1903, 1907) und Westpreußen (1898); hohe Anteile von Wahlkreisen mit Mehrfachkandidaten hatten z.B. 1898 noch die Provinzen Rheinland (83%), Ostpreußen (77%), Schlesien (71%) und Pommern (64%).

13. Wurden die Reichstagskandidaten zum ersten oder zum wiederholten Male in ihren Wahlkreisen nominiert?

Bei allen vier erfaßten Reichstagswahlen wurde die Kandidaturenbesetzung durch eine hohe personelle Mobilität bestimmt: 1898 wurde nur noch in 39,5% (156) aller Wahlkreise der alte Kandidat erneut nominiert, 1903 noch in 51,1% (202), 1907 immerhin noch in 59,9% (238) und 1912 nur noch in 49,9% (198) aller Wahlkreise. Diese hohe Mobilität wurde in unterschiedlichem Ausmaße durch drei Faktoren bestimmt: durch die Neubesetzung von ehemaligen Mehrfachkandidaturen, durch den Wechsel von Kandidaten in andere Wahlkreise und durch die Ersetzung des bisherigen Kandidaten durch neue.

Durch die Besetzung ehemaliger Mehrfachkandidaturen wurden insgesamt 1903 10,3% (41), 1907 3,8% (15) und 1912 7,6% (30) wieder disponibel. Durch den Wechsel des bisherigen Kandidaten in einen anderen Wahlkreis wurden insgesamt ebenfalls relativ wenige Neubesetzungen notwendig: 1898 in 5,5% (22), 1903 in 2,8% (11), 1907 in 21 (5,3%) und 1912 in 5,8% (23) aller Wahlkreise. Selbstredend wechselten diese Kandidaten weitestgehend (mindestens drei Viertel) in aussichtsreichere Wahlkreise mit höheren SPD-Stimmenanteilen als die bisherigen Wahlkreise; Wechsler in Wahlkreise mit ähnlichem oder sogar geringerem SPD-Stimmenanteil als der bisherige Wahlkreis blieben Ausnahmen. Die „eigentliche" Neubesetzung (d.h. der Austausch des bisherigen Kandidaten durch einen neuen) bestimmte maßgeblich die personelle Mobilität bei der Besetzung der Kandidaturen: 1898 wurden in 54,9% (217), 1903 in 46,1% (182), 1907 in 34,8% (138) und 1912 in 44,3% (176) aller Wahlkreise ein neuer Kandidat nominiert.

Regionen mit den höchsten Anteilen an „eigentlichen" Neubesetzungen waren 1898 die Provinzen Westpreußen (100%), Ostpreußen (88%), Rheinland (78%), Westfalen (77%) und Pommern (71%) sowie Beide Mecklenburg (86%) und Baden (79%); 1903 waren es die Provinzen Westpreußen (100%), Westfalen (65%) und Pommern (64%) sowie Württemberg (65%); 1907 und 1912 waren es nur noch die Provinzen Westpreußen (92% bzw. 85%) und Posen (80% bzw. 67%).

Regionen mit den höchsten Anteilen an Wiederbesetzungen mit dem bisherigen Kandidaten: 1898 waren es Thüringen (83%) und Sachsen (78%); 1903 waren es Thüringen (91%), Sachsen (74%) und Beide Mecklenburg (71%); 1907 waren es die Pro-

vinzen Ostpreußen (100%), Schleswig-Holstein (80%) und Brandenburg (77%) sowie Beide Mecklenburg (86%), Sachsen (83%), Thüringen (83%) und die „Nordweststaaten“[36] (73%); 1912 waren es die Provinz Schleswig-Holstein (90%), Thüringen (75%, Sachsen dagegen nur 52%) und Beide Mecklenburg (71%).

14. Welche Wahlerfolge erzielten die Reichstagskandidaten in den Wahlkreisen?

Die Reichstagswahlergebnisse sind im Hinblick auf die sozialdemokratischen Mandatsgewinne hinreichend bekannt; hier sollen die Ergebnisse nur noch einmal wiederholt werden vor dem Indikator „persönliche Erfolgsquote“ der Gesamtgruppe, d.h. dem Anteil der Reichstagskandidaten, die entweder in der Hauptwahl schon erfolgreich oder doch zumindest an einer Stichwahl beteiligt waren:

1898 gelang es der Sozialdemokratie schon in der Hauptwahl 22 Mandate zu gewinnen; in 98 Reichstagswahlkreisen (24,7% von 397) kam man in die Stichwahl und konnte weitere 24 Mandate erringen, so daß die Sozialdemokratie schließlich mit 56 Mandaten (14,1% von 397) im Reichstag vertreten war. 1898 kandidierten 280 sozialdemokratische Reichstagskandidaten (in 395 Wahlkreisen), davon waren demnach 42,9% (120) entweder in der Hauptwahl schon erfolgreich oder doch zumindest an einer Stichwahl beteiligt!

1903 gelang es der Sozialdemokratie schon in der Hauptwahl 56 Mandate zu gewinnen; in 118 Reichstagswahlkreisen (29,7% von 397) kam man in die Stichwahl und konnte weitere 25 Mandate erringen, so daß die Sozialdemokratie schließlich mit 81 Mandaten (20,4% von 397) im Reichstag vertreten war. 1903 kandidierten 321 sozialdemokratische Reichstagskandidaten (in 395 Wahlkreisen), davon waren demnach 54,2% (174) – eine erstaunliche und in den Folgewahlen 1907 und 1912 nie mehr wieder erreichte Erfolgsquote – entweder in der Hauptwahl schon erfolgreich oder doch zumindest an einer Stichwahl beteiligt!

1907 gelang es der Sozialdemokratie in der Hauptwahl nur 29 Mandate zu gewinnen; in nur 90 Reichstagswahlkreisen (22,7% von 397) kam man in die Stichwahl und konnte weitere 14 Mandate erringen, so daß die Sozialdemokratie schließlich mit 43 Mandaten (10,8% von 397) im Reichstag vertreten war. 1907 kandidierten 336 sozialdemokratische Reichstagskandidaten (in 397 Wahlkreisen), davon waren demnach nur noch 35,4% (119) entweder in der Hauptwahl schon erfolgreich oder doch zumindest an einer Stichwahl beteiligt. Diese geringe Erfolgsquote führte bekanntlich zur Ablösung zahlreicher Reichstagskandidaten auch in aussichtsreicheren Wahlkreisen.

1912 gelang es der Sozialdemokratie schon in der Hauptwahl 64 Mandate zu gewinnen; in 124 Reichstagswahlkreisen (31,2% von 397) kam man in die Stichwahl und konnte weitere 46 Mandate erringen, so daß die Sozialdemokratie schließlich mit 110 Mandaten (27,7% von 397) im Reichstag vertreten war und zur stärksten Reichstags-

[36] Hier wurden aus statistischen Gründen die drei Stadtstaaten Hamburg, Bremen und Lübeck mit den Ländern Anhalt, Braunschweig, Oldenburg und den beiden lippischen Fürstentümern in einer Kategorie „Nordweststaaten“ zusammengefaßt.

fraktion aufrückte. 1912 kandidierten 366 sozialdemokratische Reichstagskandidaten (in 397 Wahlkreisen), davon waren demnach 51,4% (188) entweder in der Hauptwahl schon erfolgreich oder doch zumindest an einer Stichwahl beteiligt; d.h. die persönliche Erfolgsquote der Kandidaten nahm wohl gegenüber 1907 stark zu, blieb aber relativ noch hinter der Erfolgsquote von 1903 zurück. Bedenkt man den in früheren Wahlen festgestellten Zusammenhang zwischen dieser Erfolgsquote und der Renomierungsquote in aussichtsreicheren Wahlkreisen, dann wäre für die vorgesehene nächste Reichstagswahl im Jahre 1917 zumindest eine ähnlich hohe Renomierungsquote (d.h. weitgehende Stabilität in der Besetzung der Kandidaturen in aussichtsreicheren Wahlkreisen) wie für die Kandidaten von 1903 für die Reichstagswahl von 1907 zu erwarten gewesen. Wagt man aus heuristischen Gründen eine retrospektive Prognose im Hinblick auf die zu erwartende Struktur der 1917 zu wählenden SPD-Reichstagsfraktion, dann ließe sich auf der Basis der Daten der 1912 in aussichtsreicheren Wahlkreisen nominierten Kandidaten ein relativ präzises Bild zeichnen. Die zu erwartende hohe Renomierungsrate hätte sicherlich auch den Handlungsspielraum für die „Kompromißfähigkeit" der Sozialdemokratie mit bürgerlichen Parteien und insbesondere für Aussichten auf Wahlabsprachen mit den anderen Parteien eng begrenzt.

Dieser „Wahlerfolg", d.h. zumindest die Beteiligung an der Stichwahl, war zweifellos für die Reichstagskandidaten wichtig, um sich zumindest als geeignete Kandidaten hinreichend zu legitimieren und die erneute Nominierung zu sichern. Dieser „Wahlerfolg" jedoch signalisiert mehr Dramatik der Wahlentscheidung als im Sinne möglicher sozialdemokratischer Mandatsgewinne tatsächlich vorhanden war, wenn man die von der Sozialdemokratie erzielten Ergebnisse in den einzelnen Wahlkreisen überprüft. Die SPD war 1912 mit dem Gewinn von 46 Mandaten – dank des ersten Stichwahlabkommens – außergewöhnlich erfolgreich bei den Stichwahlen, hatte aber ihr Gewinnpotential (zunächst) weitgehend ausgeschöpft. Die meisten der 78 übrigen (erfolglosen) Stichwahlkandidaten gingen von vornherein ohne jegliche Chance in die engere Wahl, da sie nur durch einen typischen „Großparteien-Effekt" bei einer Mehrheitswahl mit Kandidaten mehrerer Parteien in die Stichwahl gelangten. Oft reichte dem sozialdemokratischen Kandidaten schon ein Stimmenanteil von nur 20–25%, um zumindest als zweitbester Kandidat in die Stichwahl zu gelangen. Angesichts eines solchen geringen eigenen Wähleranteils war ein Mandatsgewinn in der Stichwahl – selbst bei Unterstützung durch eine weitere bürgerliche Partei – in der Regel ausgeschlossen. Trotz der hohen „Erfolgsquote" blieb die SPD auch 1912 noch weit von der absoluten Mandatsmehrheit im Reichstag entfernt.

15. Inwieweit übten die Reichstagskandidaten parlamentarische Mandate in den deutschen Reichs- und Landtagen bis 1933 aus?

Schon Robert Michels weist auf den allgemein verbreiteten parlamentarischen Charakter des „politischen Führertums in der Demokratie" und auf den besonders hohen Grad von Parlamentarismus in der deutschen Sozialdemokratie hin (z.B. die „Parla-

mentarisierung" des Parteivorstands)[37]. Die Bedeutung der Reichstagswahlen als wichtigster Gradmesser des erreichten politischen Erfolges ist an anderer Stelle schon beschrieben worden. Einen ähnlich hohen – wenn auch ebenfalls nicht unumstrittenen – Stellenwert besaß die Arbeit der Abgeordneten in den Parlamenten; auch hier hat Robert Michels schon eine Reihe anschaulicher Belege angeführt. Entsprechend entsandte die SPD nach Möglichkeit ihre hervorragendsten Parteipolitiker in die Parlamente, bevorzugt in den Reichstag, aber in zunehmendem Maße auch in die Landtage. Parlamentarier zu werden, wurde für die ambitionierten politischen Funktionäre zur obligatorischen Zielprojektion der angestrebten politischen Karriere. Parlamentarier zu sein, war nicht nur innerhalb der Parteibewegung mit einem oft sprunghaften Statuszuwachs verbunden, sondern bedeutete auch die Chance auf mehr Unabhängigkeit von der Parteibasis und den Parteigremien. Das parlamentarische Mandat dauerte in der Regel mehrere Jahre und konnte formell zumindest von der Partei nicht entzogen werden; erst nach Ablauf des Mandats und bei der Notwendigkeit, erneut als aussichtsreicher Kandidat nominiert zu werden, wäre erst ein direktes Eingreifen der Partei wieder möglich. Als besonders wichtiges Argument für ein bestimmtes Maß an Unabhängigkeit von der Partei konnte zudem in die Debatte eingebracht werden, daß der Abgeordnete primär seinen (parteipolitisch oft nicht organisierten) Wählern gegenüber verpflichtet war und erst sekundär seiner Partei gegenüber, die ihn nominiert hatte. Gerade die Notwendigkeit zur „Kompromißfähigkeit" der SPD mit bürgerlichen Parteien oder zumindest mit Wählern aus dem bisherigen bürgerlichen Lager hatte nachweislich – neben anderen strukturellen Einflußfaktoren – auch zunehmend Einfluß gewonnen bei der Auswahl bzw. Nominierung der sozialdemokratischen Reichstagskandidaten.

Nur knapp die Hälfte (326 = 48,4%) der Reichstagskandidaten bewarb sich erfolglos um ein Mandat und erhielt weder im Kaiserreich noch in der Weimarer Republik ein Mandat im Reichstag oder in einem Landtag; immerhin kandidierten noch 22 (3,3%) wieder – wenn auch erneut erfolglos – nach 1918 zum Reichstag. Dagegen bewarben sich gut die Hälfte (348 = 51,6%) der Reichstagskandidaten im Kaiserreich und/oder in der Weimarer Republik erfolgreich um ein Mandat: ein Drittel (224 = 33,3%) zog als Parlamentarier in den Reichstag und ebenso ein Drittel (224 = 33,3%) in einen Landtag ein, ein gutes Siebtel (100 = 14,8%) sowohl in den Reichstag als auch in einen Landtag und ein knappes Fünftel (124 = 18,4%) nur in einen Landtag.

Ebenso beachtlich ist der Anteil derjenigen, die ihr jeweiliges Mandat sowohl im Kaiserreich als auch in der Weimarer Republik ausübten: ein gutes Achtel (87 = 12,9%) behauptete auch nach 1918 ein Reichstagsmandat und immerhin noch ein gutes Elftel (63 = 9,3%) ein Landtagsmandat; rechnet man diese Zahlen naheliegenderweise auf der Basis der zumindest im Jahre 1919 noch lebenden Reichstagskandidaten (n = max. 554) um, dann ergäben sich entsprechend höhere Anteile für die Mandatsträger beider Phasen: 15,7% (87) und 11,4% (63). Den Zusammenhang von Mandatskontinuität über beide Phasen und dem (frühen) Zeitpunkt der Reichstags-

[37] *Michels*, Soziologie, 134–141; vgl. u. a. *Schröder*, BIOKAND-Handbuch, 15–21.

kandidatur belegen u.a. folgende Angaben: 1898 kandidierten schon 47 (= 16,8% von 280) Sozialdemokraten, die in beiden Phasen ein Reichstagsmandat ausübten, und immerhin 29 (= 10,4% von 280), die in beiden Phasen ein Landtagsmandat ausübten; 1912 kandidierten 85 (= 23,2% von 366) Sozialdemokraten, die in beiden Phasen ein Reichstagsmandat ausübten, und 46 (= 12,6% von 366), die in beiden Phasen ein Landtagsmandat ausübten.

Den parlamentarischen Einstieg fanden die Reichstagskandidaten mit Mandat allerdings schon weitgehend im Kaiserreich: von den insgesamt 224 Reichstagsabgeordneten beider Phasen hatten schon 177 (= 79% von 224) vor 1919 ein Reichstagsmandat inne und von den insgesamt 224 Landtagsabgeordneten immerhin schon 136 (= 61% von 224). Diese Aussage gilt um so mehr für Mandate in Kommunalparlamenten, deren Analyse in dem vorliegenden Beitrag nicht mehr mit einbezogen werden kann: von den 366 Reichstagskandidaten der Wahl von 1912 saßen z.B. mindestens 152 (= 41,5%!) zur Zeit der Wahl in einem Kommunalparlament, weitere 37 (= 10,1%) hatten früher ein kommunales Mandat inne oder wurden zwischen 1912 und 1914 noch in ein kommunales Parlament gewählt.

16. Welche Tätigkeiten übten die Reichstagskandidaten innerhalb der allgemeinen Politik/öffentlichen Verwaltung in der Weimarer Republik aus?

Im Kaiserreich blieben bekanntermaßen Sozialdemokraten vom öffentlichen Dienst ausgeschlossen, eine personelle Beteiligung der SPD sogar an der Reichsregierung oder an den Bundesländerregierungen blieb zumindest bis 1917/18 undenkbar. Zumindest in den Anfangsjahren der Weimarer Republik war die SPD nicht nur an der Reichsregierung, sondern auch an zahlreichen Länderregierungen beteiligt; ebenso hatten Sozialdemokraten – wenigstens prinzipiell – Zugang zu allen Ebenen der öffentlichen Verwaltung. Da die Reichstagskandidaten des Kaiserreichs zweifellos wesentliche Teile der disponiblen politischen Funktionselite der SPD, die für Ämter in der öffentlichen Verwaltung vorrangig in Frage gekommen wären, umfaßten, läßt sich eine sichtbare Partizipation der Reichstagskandidaten an der Vergabe öffentlicher Ämter erwarten. Die folgenden Angaben beziehen sich sinnvollerweise nur auf die zumindest 1919 noch lebenden Reichstagskandidaten (n = max. 554).

Die Erfolgsbilanz der Reichstagskandidaten des Kaiserreichs im Hinblick auf die Besetzung von Ämtern in der allgemeinen Politik/öffentlichen Verwaltung in der Weimarer Republik ist beeindruckend:

Funktionsebene: Reich

12 (= 2,2% von 554) Kandidaten avancierten zu Mitgliedern der Reichsregierung (Volksbeauftragte, Reichskanzler, Reichsminister); 60 (= 10,8% von 554) Kandidaten übernahmen Funktionen in der Reichsverwaltung (Staatssekretär, Gesandter, Reichsministerialrat, Reichskommissar, ... Beamter im Reichsdienst).

Funktionsebene: Länder

56 (= 10,1%) Kandidaten wurden als Mitglieder von Länderregierungen (Volksbeauftragte, Ministerpräsident, Minister, Staatsrat im Ministerrang, Senator der Stadtstaaten ...) berufen; 89 (= 16,1%) übernahmen (hauptamtliche) Funktionen in der Landesverwaltung (Staatssekretär, Staatsrat ohne Ministerrang, Gesandter bei der Reichsregierung, Regierungsrat, Oberpräsident, ... Beamter in der Landesverwaltung).

Funktionsebene: Bezirke und Kreise

37 (= 6,7%) Kandidaten rückten in (hauptamtliche) Positionen der Bezirk- und Kreisverwaltung (Regierungspräsident, Landrat, Kreisdirektor ... Beamter der Bezirks- und Kreisverwaltung) ein.

Funktionsebene: Städte und Gemeinden

66 (= 11,9%) Kandidaten rückten in (hauptamtliche) Positionen der Kommunalverwaltung (Oberbürgermeister, Bürgermeister, besoldeter Stadtrat, Arbeitsamtsdirektor, ... Beamter der kommunalen Verwaltung) ein.

Einschränkend muß allerdings bemerkt werden, daß hier die Dauer der Positionen in der Politik/öffentlichen Verwaltung nicht berücksichtigt worden ist; viele der Spitzenämter, z. B. die Ministerämter auf Reichs- und Landesebene, sind selten langfristig, sondern meist nur kurzfristig von den Betroffenen ausgeübt worden. Aber insgesamt zeigt sich ein starker Wandel in der Berufsstruktur der Reichstagskandidaten des Kaiserreichs in der Zeit der Weimarer Republik. Während die Arbeiterbewegung relativ schnell ihre einseitige Rolle als nahezu exklusiver Arbeitgeber der Kandidaten verlor, rückte vor allem der öffentliche Dienst als hauptamtliches Tätigkeitsfeld in den Vordergrund; zudem wurden die Grenzen zwischen öffentlichem Dienst und Dienst in der Arbeiterbewegung durchlässig, so daß der Wechsel von dem einen in den anderen Dienst oder die Rückkehr in den vorherigen Dienst zumindest prinzipiell möglich wurden.

17. Wann und unter welchen Umständen starben die Reichstagskandidaten?

Die wohl bekannteste zeitgenössische Hypothese zur Lebenserwartung und zu den Todesursachen sozialdemokratischer „Berufsführer" hat wieder Robert Michels formuliert: vor allem die Überhäufung der „Berufsführer" mit den vielfältigsten Ämtern sei „in hohem Maße anstrengend" und „gesundheitlich aufreibend", dies bedeute „für die nervenschwächeren unter ihnen" einen frühzeitigen, vorzeitigen Tod. Es sei darüberhinaus „auffallend, einen wie hohen Prozentsatz sozialistische Agitatoren und Organisatoren zu den Geisteskranken" lieferten[38].

Die Spannweite der Lebensdauer der Reichstagskandidaten reicht von nur kurzen 32 Jahren (Otto Müller) bis hin zu langen 98 Jahren (Wilhelm Keil). Die Jahre, in de-

[38] *Michels,* Soziologie, 53 f.

nen mit Abstand die meisten starben, sind 1932 (25 Todesfälle), 1945 (21) und 1939 (19). Die höchste Verteilungsdichte liegt – wenig überraschend – zwischen den Todesjahren 1927 und 1947, in diesen 21 „Todesjahrgängen" starben mehr als die Hälfte (50,4%) der Kandidaten. Beobachtet man die Entwicklung der durchschnittlichen Lebensdauer, dann scheint die weitüberwiegende Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagskandidaten nicht zu den „Nervenschwächeren", die von einem frühen Tod bedroht sind, zu gehören. Bei einer fast stabilen Standardabweichung (ca. 12,0) steigt die durchschnittliche Lebensdauer der Reichstagskandidaten mit jeder Wahl an: von 67,6 Jahre (Kandidaten 1898) auf 69,1 Jahre (Kandidaten 1912). Damit liegt die durchschnittliche Lebenserwartung der Reichstagskandidaten, auch wenn man deren Durchschnittsalter bei der Übernahme der Kandidatur berücksichtigt, noch höher als die der damaligen männlichen Bevölkerung im Deutschen Reich. Wenn man die relativ niedrige durchschnittliche Lebenserwartung von bestimmten Berufsangehörigen (z.B. von Maurern, Schuhmachern, Tabakarbeitern), die besonders häufig unter den Reichstagskandidaten (zumindest dem „erlernten" Beruf nach) vertreten waren, betrachtet, dann gewinnt man eher den Eindruck, daß gerade die Aufgabe des (strapaziösen) erlernten (Arbeiter-)Berufes und der Wechsel in eine Arbeiterbeamtenposition für viele Kandidaten nicht „lebensverkürzend", sondern deutlich „lebensverlängernd" gewirkt hat.

Leider macht Robert Michels keine Angaben zur präzisen Bestimmung eines „frühen Todes". Definiert man einen „frühen Tod" operational mit einem Sterbealter unter 45 Jahren, um die Michelsche Hypothese überprüfen zu können, dann ergibt sich nur noch eine kleine Gruppe von insgesamt 27 (=4,0% von 674) Kandidaten. Da ein „früher Tod" ein offensichtlich stets anregendes Thema für Parteijournalisten bildete, liegen über die Todesursachen dieser Kleingruppe relativ dichte Informationen (insbesondere Nachrufe in den Parteizeitungen) vor; von 19 der 27 Kandidaten ist die Todesursache verläßlich bekannt. Tatsächlich scheint sich die Michelsche Hypothese für diese Fälle einigermaßen bestätigen zu lassen: von diesen 19 starben immerhin 7 in geistiger Umnachtung bzw. „nervenkrank" (oft durch Selbstmord; prominente Beispiele: Georg Jaeckh, Karl Örtel, Bruno Schönlank, August Winter), dagegen allerdings fielen 3 als Soldaten im Ersten Weltkrieg, 3 wurden Opfer von Unfällen, und 6 starben – meist berufsbedingt – an der „Proletarierkrankheit".

Nur für ein Sechstel (15,1%) aller bekannten Sterbefälle liegen hinreichend gesicherte Informationen über Todesursachen und Todesumstände vor. Der Erhebungsschwerpunkt lag quellenbedingter Weise mehr auf außergewöhnlichen Ursachen und Umständen, insbesondere auf Selbstmordfällen und/oder Todesfällen im „Wahnsinn", auf Fällen von Weltkriegsopfern und auf Todesfällen im Gefängnis, Zuchthaus und NS-Konzentrationslagern. „Normale" Todesursachen und Todesumstände werden in den Quellen meist nicht erwähnt; werden dennoch entsprechende Angaben gemacht, sind diese meist in medizinisch-diagnostischer Hinsicht zweifelhaft und/oder ungenau. Die Liste der Todesursachen reicht vom spektakulären Tod durch Mord/Selbstmord, über Tod durch Unfall (Berg-, Verkehrs-, Hausunfall), bis hin zu den „normalen" Todesursachen aufgrund von Krankheiten (Schlaganfall, Herzleiden, Tuberkulose, Krebs etc.).

Tatsächlich ist der Anteil derjenigen Reichstagskandidaten, die nachweislich (und nicht nur in jungen Jahren wie oben) durch Selbstmord oder in geistiger Umnachtung aus dem Leben schieden, mit mindestens 3,0% (20) sehr hoch (prominente Beispiele: Alfred Agster, Theodor Bömelburg, Albert Schmidt, Heinrich Stolle). Diese Todesumstände sind allerdings eher typisch für die Vertreter der „älteren" Arbeiterbewegung: während von den Reichstagskandidaten der Wahl von 1898 noch mindestens 4,6% (13) zu dieser Sondergruppe gehörten, waren es bei denen der Wahl von 1912 nur noch 1,6% (6). Ohne hier auf die näheren Gründe für diese „außergewöhnlichen" Todesumstände eingehen zu können, läßt sich zumindest für die Vertreter der „älteren" Arbeiterbewegung die Michelsche Hypothese eher bestätigen. Aber auch hier mahnt der Vergleich mit größeren Grundgesamtheiten zur Vorsicht bei der Bewertung; zieht man z.B. die jährlichen Mortalitätsstatistiken der freigewerkschaftlichen Einzelverbände zum Vergleich heran, dann sind „Selbstmord/Wahnsinn" unter den Todesursachen stets in einer Höhe von 3% bis 7% (hier besonders bei den Textil- und Bauarbeitern sowie bei Berliner Metallarbeitern) vertreten. An sonstigen „außergewöhnlichen" Todesumständen wären vor allem noch die 11 Kandidaten hervorzuheben, die während der NS-Zeit in einem Konzentrationslager oder in einem Zuchthaus verstarben bzw. ermordet wurden (prominente Beispiele: Rudolf Breitscheid, Konrad Brosswitz, Friedrich Husemann, Gustav Hoch).

Schluß: Gibt es *den* „typischen" Lebenslauf eines sozialdemokratischen Reichstagskandidaten?

In diesem Beitrag wurde versucht, anhand von 17 ausgewählten Fragen einige Antworten zu geben auf die (querschnittlich angelegte) kollektivbiographische Struktur der Reichstagskandidatengruppe, die (längsschnittlich angelegten) individualbiographischen Zusammenhänge traten dabei notwendigerweise zurück. Faßt man unter diesen Umständen – je nach Lebenslaufvariable – die Modalwerte, die arithmetischen Mittel, die dichtesten Verteilungen etc., die sich für die Kollektivbiographie ergeben haben, zusammen und kondensiert diese zu einem quasi individualbiographischen Konstrukt „typischer Lebenslauf", erhält man folgendes Ergebnis:

Der „typische Reichstagskandidat" ...

(1) ist zwischen 1858 und 1875 in einem Ort, der in einem nicht-großstädtischen Reichstagswahlkreis (in Preußen) liegt, geboren.
(2) ist Sohn eines handwerklich gelernten Arbeiters, der zumindest vorübergehend auch gewerberechtlich als Selbständiger tätig war.
(3) gehört zunächst der protestantischen Kirche an und tritt später aus der Kirche aus.
(4) besucht die Volksschule und bildet sich später in der Fortbildungsschule oder in Bildungskursen weiter.
(5) erlernt – ähnlich wie der Vater – einen Handwerksberuf bzw. einen industriellen Facharbeiterberuf und begibt sich nach Lehrabschluß auf eine mehrjährige „Wanderung".

(6) absolviert einen mehrjährigen Militärdienst, nimmt aber nicht mehr aktiv als Soldat am Ersten Weltkrieg teil.
(7) heiratet nach der Absolvierung des Militärdienstes im Alter zwischen 22 und 28 Jahren.
(8) hat frühzeitigen Kontakt zur Arbeiterbewegung und tritt im Alter zwischen 19 und 25 Jahren der Partei bzw. der Gewerkschaft bei.
(9) übt längere Zeit – teils als Selbständiger – seinen erlernten Beruf aus und übernimmt im Alter zwischen 27 und 34 Jahren eine besoldete Arbeiterbeamten-Position, dabei wechselt er bis 1914 nur selten die Funktion bzw. die Funktionsebene und den Arbeitsort.
(10) kandidiert nach einer langjährigen „Bewährungszeit" in der Arbeiterbewegung im Alter zwischen 40 und 45 Jahren als Einzelkandidat in einem Wahlkreis seiner „Geburtsheimat" erfolglos zum Reichstag (bis 1914).
(11) bewirbt sich dagegen insgesamt erfolgreich im Kaiserreich bzw. in der Weimarer Republik um ein Reichstags- oder Landtagsmandat und um ein Mandat in den Kommunalparlamenten.
(12) stirbt nach dem 65. Lebensjahr unter „normalen" Umständen.

Aus diesem Konstrukt „typischer Reichstagskandidat" überrascht die zunächst aufgrund der kollektivbiographischen Betrachtungsweise nicht erwartete individualbiographische „Realitätsnähe": cum grano salis bildet dieser Typus in den Grundzügen die Lebensläufe zahlreicher Reichstagskandidaten auch tatsächlich ab. Dieses Ergebnis wird auch durch weitergehende Analyseverfahren (wie Kontrastgruppenanalyse oder Clusteranalyse), die hier nicht vorgestellt werden konnten, bestätigt, d.h. im Rahmen dieses Beitrages konnte u.a. auch ein individueller „Haupttypus" unter den Lebensläufen der sozialdemokratischen Reichstagskandidaten herausgearbeitet werden. Allerdings zeigen diese weitergehenden Verfahren auch, daß es *den* typischen Lebenslauf sicherlich nicht gibt, sondern daß sich – je nach vorgegebenem Klassifikationszusammenhang – eine Reihe von unterschiedlichen Typen erkennen lassen.

III. Die Herausbildung des ‚sozialdemokratischen Milieus'

Dieter Hertz-Eichenrode

Parteiorganisation und Wahlkämpfe der Sozialdemokratie in Berlin 1871–1918

I. Einleitung

Berlin und die Berliner Sozialdemokratie nehmen in der deutschen Geschichte einen herausragenden Platz ein – Berlin als die zahlenstärkste Großstadt, als Reichshauptstadt und Industriestandort, die Sozialdemokratie als der an Mitgliedern reichste Regionalverband der Arbeiterbewegung, in dem sich die sozialistische Opposition ge-

Bevölkerung (in Mio.)[1]

	1871	1895	1912
Berlin	0,826	1,677	2,083
Berlin mit Vororten	0,915	2,218	3,824

Sozialdemokratische Wähler

	1871	1890	1912
Berlin	2058	126317	307762
Außerberliner Wahlkreise	–	47508	347249

Linksliberale Wähler

	1871	1890	1912
Berlin	25473	75006	70159

[1] Bevölkerung nach *Michael Erbe,* Berlin im Kaiserreich 1871–1918, in: *Wolfgang Ribbe* (Hrsg.), Geschichte Berlins, Bd. 2 (München 1987) 694, im folgenden zitiert: *Erbe,* Berlin, und Statistisches Jahrbuch der Stadt Berlin 33. Jg. (1916) 79, im folgenden zitiert: Statistisches Jahrbuch. Wählerzahlen nach *Eduard Bernstein,* Die Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung, Teil I (Berlin 1907) 222, und Teil 3 (Berlin 1924) 196ff., im folgenden zitiert: *Bernstein,* Geschichte; *Dieter Fricke,* Handbuch zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1869 bis 1917 (Berlin 1987) 738f., im folgenden zitiert: *Fricke,* Handbuch; Die Reichstagswahlen von 1912, (Statistik des Deutschen Reichs, 250, Berlin 1912) 8ff. Als „außerberliner Wahlkreise" gelten hier Niederbarnim, Potsdam-Spandau und Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg.

gen den monarchischen Staat und die bürgerliche Gesellschaft eindrucksvoll verkörperte. Die Stadt Berlin und ihre Sozialdemokratie sind seit 1871 gemeinsam gewachsen und bildeten eine spannungsvolle Einheit, in der sich das monarchisch-bürgerliche Establishment je länger desto mühsamer gegen das Vordringen eines sozialen und demokratischen Wandels zu behaupten suchte. Nach außen regierten 1914 ebenso wie 1871 der königliche Polizeipräsident und der liberale Oberbürgermeister die Stadt, aber die Masse der Bevölkerung begegnete ihnen feindselig; jede Wahl und jede politische Kundgebung zeigte, daß die große Mehrheit der Berliner im sozialistischen Lager stand.

Die Zahlen widerspiegeln das Anwachsen der Bevölkerung im allgemeinen und die Verlagerung der Wachstumsdynamik im besondern, die seit dem Ende des 19. Jahrhunderts zwischen Berlin und den Vororten zu beobachten ist: während die Innenstadt sich in ein Geschäfts- und Verwaltungszentrum verwandelt und deshalb an Einwohnern verliert, erleben die Vororte einen Aufschwung sondergleichen. Von 1895 bis 1919 wachsen

Charlottenburg	von 132377	auf 322792	Einwohner,
Neukölln	von 59945	auf 262128	Einwohner,
Pankow	von 11932	auf 57935	Einwohner,
Weißensee	von 27001	auf 45880	Einwohner[2].

Es liegt auf der Hand, daß das Gros der Millionenbevölkerung sich aus den Klassen der Arbeiter, Angestellten, Handwerker und kleinen Gewerbetreibenden rekrutiert und der politischen Agitation der Sozialdemokratie ein offenes Ohr leiht. Hier formieren sich die „Arbeiterbataillone" und „Proletariermassen", auf die sich die Sozialdemokratie voller Stolz beruft und die bei den Wahlen zu Zehn- und Hunderttausenden zu ihr stehen. Sowohl in Berlin selbst als auch in seiner Umgebung verfügt die Arbeiterpartei über einen Rückhalt, dem keine andere Partei annähernd gleichkam. Obwohl die Konservativen seit 1880 dank einer christlich-sozial und antisemitisch zugespitzten Agitation einigen Boden gewinnen, bleiben sie eine drittrangige politische Kraft. Und selbst die Liberalen, die zwischen 1860 und 1880 die öffentliche Meinung der Stadt bestimmt hatten, behaupten mit Mühe ihren zweiten Rang. Seit 1903 ist ihnen von den sechs Berliner Wahlkreisen nur einer geblieben, und zwar der im Stadtzentrum gelegene Wahlkreis 1, der bei rapide sinkender Bevölkerung ein exklusiv bürgerliches Aussehen annahm. In den anderen Wahlkreisen sind sie unwiderruflich ins Hintertreffen geraten, wie der Ausgang der Wahlen von 1907 bestätigt: trotz der Förderung, die die Regierung den liberal-konservativen Wahlbündnissen gegen die Sozialdemokratie angedeihen ließ, bleibt das „rote Berlin" so rot, wie es vorher gewesen ist. Im Gegenteil, die Konstellation von 1907 führt dazu, daß sich die Berliner Sozialdemokraten vehementer denn je auf die Freisinnigen stürzen, sie als „Schutztruppe für das persönliche und militärische Regiment" angreifen und sich „mit aller Energie gegen die reaktionäre Masse" der gegnerischen Parteien wenden[3]. Bis zum Ersten

[2] S. die Tabellen und Darstellung bei *Erbe,* Berlin, 694ff.
[3] Vorwärts, 19. 12. 1906: „Die Eröffnung des Wahlkampfes in Groß-Berlin!"

Weltkrieg ist das Kräftemessen zwischen Sozialdemokraten und Linksliberalen kennzeichnend für das politische Leben Berlins: die Liberalen beherrschen dank des kommunalen Dreiklassenwahlrechts die städtische Selbstverwaltung, die Sozialdemokraten dank ihrer großen Anhängerschaft weite Bereiche des öffentlichen Meinungskampfes. Nach Lage der Dinge sind die Sozialdemokraten die berechtigten Anwärter auf die Macht, die die Liberalen 1914 noch in Händen haben.

II. Die Organisation der Berliner Sozialdemokratie

Es wäre einfältig, den Zulauf an sozialdemokratischen Wählern allein der Vergrößerung der Stadt und dem sozialen Wandel in ihr zuschreiben zu wollen. Diese allgemeinen Voraussetzungen sind zwar wichtig, aber ihre konkrete Wirkung haben sie erst durch die eigenen Anstrengungen der sozialdemokratischen Partei erhalten. Indem sich die Arbeiter ihrer Lage bewußt wurden und sie zum Ausgangspunkt selbständigen Handelns machten, schufen sie die Partei, die zur größten in Berlin und Deutschland werden sollte. Ein wesentlicher Ausdruck dieses Handelns ist der Aufbau einer Organisation gewesen, die die Anhänger der sozialistischen Idee zusammenfaßte, sie zu gemeinsamem Vorgehen befähigte und ihnen ideell wie materiell das Bewußtsein der Überlegenheit gegenüber allen anderen Parteien vermittelte.

Über die grundsätzliche Bedeutung der Organisation für die Arbeiterbewegung ist hier nicht näher zu sprechen; sie ist als Notwendigkeit von den Sozialdemokraten stets anerkannt worden, und zwar mit einer Hingabe, die ihr schließlich als „Organisationsfetischismus" zum Vorwurf gemacht worden ist[4]. Die organisatorische Entwicklung der Sozialdemokratie ist um so bemerkenswerter, als sie oft genug widrigen Umständen abgewonnen werden mußte. Eine Rechtsordnung, die die freie Meinungsäußerung beengte, ein Gerichtswesen, das die Rechtssätze dieser Ordnung restriktiv auslegte, und eine Polizei, die ihren Spielraum für Ermessensentscheidungen bis über die Grenzen der Willkür hinaus ausdehnte, waren entgegenstehende Kräfte, denen die Sozialdemokraten stets Rechnung tragen mußten. Das sog. Verbindungsverbot für politische Vereine gestattete weder eine horizontale noch eine vertikale Organisation größeren Ausmaßes, die unmittelbare polizeiliche Kontrolle über solche Vereine und ihre Versammlungen hielt die Gefahr des regulierenden Eingriffs der Behörden gegenwärtig, und der Ausschluß der Frauen und Jugendlichen vom aktiven Vereinsleben schuf eine empfindliche Grenze für die organisatorische Breitenwirkung. Hinzukam das beharrliche Bemühen der Behörden, äußerstenfalls sozialdemokratische Veranstaltungen dadurch zu verhindern, daß den Gastwirten durch Androhung polizeilicher Schikanen das Hergeben von Sälen für Veranstaltungen verleidet wurde.

[4] Vgl. Rosa Luxemburg in einem Artikel von 1913, wo sie den Trend zum Zentralismus in einer wachsenden Organisation als Gefahr für die politische Initiativkraft der Partei ansieht, in: *Rosa Luxemburg*, Gesammelte Werke, Bd. 3 (Berlin 1973) 252f., im folgenden zitiert: *Luxemburg*, Werke.

Die Sozialdemokratie war von Anfang an einem rigiden System behördlicher Gängelung ausgeliefert, in das erst seit 1899 einige liberale Breschen geschlagen wurden. In diesem Jahr fiel das Verbindungsverbot für politische Parteien, und 1908 gestattete das Reichsvereinsgesetz die politische Mitarbeit der Frauen. Die veränderten Bedingungen erlaubten, die Organisation der Sozialdemokratie zu jener Größe zu steigern, die die neidvolle Bewunderung der Gegner und die selbstbewußte Befriedigung der Anhänger am Vorabend des Ersten Weltkrieges weckte.

1. Die Organisation während des Verbindungsverbots

Es fällt nicht schwer zu begreifen, daß die geltende Rechtsordnung die Berliner Sozialdemokraten in eine konfliktträchtige Situation versetzte. In Berlin und Umgebung stießen auf engem Terrain mehrere Wahlkreise mit einer zahlreichen Wählerschaft zusammen, und das bedeutete, daß das Bedürfnis für eine organisierte Zusammenarbeit über die Grenzen der Wahlkreise hinweg groß war. Gleichzeitig bedurfte es einer abgestuften Organisation innerhalb der Wahlkreise, um die Massen der Anhänger nachhaltig zu erfassen. Aber jede Zusammenarbeit zwischen Einheiten, die ein gewisses Eigenleben entfalteten, war ein potentieller Verstoß gegen das Verbindungsverbot und insofern ein Ansatzpunkt für polizeiliche Eingriffe. Als Ausweg und Verlegenheitslösung bot sich nur das Verfahren an, eine sichtbare und eine unsichtbare Organisation zu stiften. Sichtbar durfte die Organisation der Vereine sein, die in den Wahlkreisen die Mitglieder aufnahmen und die Agitation betrieben, unsichtbar mußte die Organisation sein, die innerhalb der Wahlkreise bis in die einzelnen Wohnquartiere hinein ein Netz von Mitgliedergruppen aufbaute und die über die Wahlkreise hinweg eine gesamtberliner Kooperation der Vereine ermöglichte. Es war das Ziel des geltenden Vereinsrechts, die Parteien auf eine punktartige Organisation in Gestalt isolierter Vereinigungen zu beschränken, und es war das Bedürfnis jeder politischen Bewegung, sich sowohl in die Tiefe als auch in die Breite netzartig auszuweiten. Die Sozialdemokratie, für die eine effektive Organisation die Vorbedingung jeden Wirkens war, sah sich dazu verurteilt, mit diesem Widerspruch fertig zu werden.

Angesichts der feindseligen Einstellung der Behörden versteht es sich von selbst, daß der Widerspruch lange Zeit unlösbar war. Sobald die Sozialdemokratie in Berlin festeren Fuß gefaßt hatte, setzte 1874 die Ära des Ersten Staatsanwalts am Stadtgericht Berlin, Tessendorf, ein, der durch drakonische Handhabung des geltenden Rechts den Arbeitern jede Möglichkeit organisierten Auftretens nehmen wollte. Mitte 1874 wurden die sozialdemokratischen Vereine lassalleanischer und Eisenacher Richtung geschlossen, 1876 auch der nach der Vereinigung der beiden Parteien gegründete sozialistische Verein, dem daraufhin geplanten Wahlverein der Sozialdemokraten Berlins versagte die Polizei die Registrierung, und erst Ende 1877 konnte ein Verein zur Wahrung der Interessen der werktätigen Bevölkerung Berlins ins Leben treten[5].

Für die Berliner Arbeiterbewegung war der Kampf mit den Behörden um eine legale Organisation längst entbrannt, bevor das Sozialistengesetz 1878 in Kraft trat. Das

[5] *Bernstein,* Geschichte, Teil 1, 295 ff., 342.

Gesetz brachte jedoch insofern einen neuen Akzent ins Geschehen, als es jetzt nicht mehr des gekünstelten Nachweises bedurfte, daß das Verbindungsverbot verletzt worden sei, um Arbeitervereine zu verbieten; fortan genügte dafür der mehr oder weniger begründete Verdacht, daß in solchen Vereinen sozialdemokratische Bestrebungen verfolgt würden. Doch damit nicht genug – selbst wenn, wie im Falle des Deutschen Tabakarbeitervereins zu Berlin, der Beweis „nicht aktenmäßig erbracht" war, daß in den geschlossenen Versammlungen des Vereins umstürzlerische, sozialdemokratische Bestrebungen vorgekommen seien, erging dennoch ein Verbot, weil angenommen wurde, daß die öffentlich veranstalteten Versammlungen der Tabakarbeiter, obwohl nicht vom Verein einberufen, indirekt ihm zuzuschreiben seien[6]. Auf diese Weise vollzog sich vorübergehend ein Kahlschlag auf dem Gebiet sozialdemokratischer Organisationen. Eine weitere Schärfe erhielt die Auseinandersetzung dadurch, daß über Berlin und Umgebung der sog. kleine Belagerungszustand verhängt und unter diesem Regime viele Sozialdemokraten der Stadt verwiesen wurden. Allein 1878 traf dieses Los 59 Männer, bis 1888 stieg die Zahl auf 269 – neben der organisatorischen Lähmung ein personeller Aderlaß, der wohl geeignet schien, die Arbeiterbewegung absterben zu lassen[7]. Allerdings ergriffen die administrativen Maßnahmen nur die sichtbare Organisation vollständig, dagegen die unsichtbare nur in Gestalt der einen oder anderen Person, und so überlebte die Berliner Sozialdemokratie selbst diese schwierige Zeit. Ihre unsichtbare Organisation hielt sogar der Ausspähung durch Polizeispitzel stand, die von Zeit zu Zeit Eingang in die Reihen der Funktionäre fanden[8].

Nach der Ära Tessendorf und dem Sozialistengesetz waren die staatlichen Mittel zur Unterdrückung der Sozialdemokratie im Grunde genommen erschöpft, es blieb allein die schikanöse Anwendung von Gesetzen und Vorschriften, d.h. ein amtlicher Kleinkrieg, der die Entwicklung der Partei nicht mehr aufhalten konnte. Es war deshalb ein obsoletes Unterfangen, als der Polizeipräsident von Berlin im November 1895 noch einmal versuchte, mit der Guillotine des Verbindungsverbots die sozialdemokratische Organisation in Berlin zu zerschlagen. Außer den Wahlvereinen der Reichtags-Wahlkreise wurden fünf andere Gremien bis hin zum Vorstand der Gesamtpartei geschlossen. Der Staatsanwalt beim Königlichen Landgericht erhob am 22. Januar 1896 gegen 47 Personen, beginnend mit Ignaz Auer und August Bebel, Anklage, weil sie als Leiter von politischen Vereinen „mit anderen Vereinen gleicher Art ... in Verbindung getreten" seien. Das Landgericht stellte nur bei 15 Personen ein strafwürdiges Vergehen fest und bestätigte die Schließung von vier Wahlvereinen; das Reichsgericht hob das Urteil auf und die neuerliche Verhandlung vor dem Berliner Landgericht endete

[6] S. die Entscheidung der sog. Reichs-Commission vom 2. 12. 1878, in: Der Kampf der deutschen Sozialdemokratie in der Zeit des Sozialistengesetzes 1878–1890 (Archivalische Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 3/II, Berlin 1956) 651 f. In den öffentlichen Versammlungen der Tabakarbeiter waren sozialdemokratische Redner aufgetreten.

[7] *Heinzpeter Thümmler,* Sozialistengesetz § 28 (Vaduz 1979) 116, 122.

[8] Zum polizeilichen Spitzelwesen s. *Dieter Fricke,* Bismarcks Prätorianer (Berlin 1962) 89 ff., 184 ff.

mit dem Freispruch der restlichen Angeklagten[9]. Dieses Verfahren bildete den Schlußpunkt der großangelegten Versuche, mit denen der monarchische Staat auf dem Wege einer Radikalkur der Arbeiterbewegung in Berlin den Garaus machen wollte. Das Spiel polizeilicher Willkür erhielt auf dieser Ebene nicht mehr die Rükkendeckung der Gerichte – Polizeipräsident und Staatsanwalt waren bloßgestellt, die Sozialdemokratie triumphierte.

Es ist den Behörden nicht gelungen, die Sozialdemokratie zur Un-Organisation zu stempeln, und es ist nun an der Zeit, die ersten Stadien dieser Organisation etwas näher zu betrachten. Die Anfänge einer kontinuierlichen Organisation legten in Berlin die Lassalleaner, deren örtliche Mitgliedschaft sich im Herbst 1868 konstituierte und nach einem Jahr etwa 500 Personen zählte[10]. Diese Vereinigung wies eine lockere Binnenstruktur auf, da der lassalleanische ADAV für ganz Preußen als ein Verein organisiert war und seinen örtlichen Mitgliedschaften nur ein begrenztes Eigenleben gestattete. Den Kampf um die Vermehrung seiner Anhänger unter den Berliner Arbeitern mußte der ADAV zunächst gegen die Fortschrittspartei und seit Beginn der 1870er Jahre auch gegen die Eisenacher Partei richten; als probates Mittel wandte er dabei den sog. Versammlungsterrorismus an, d. h. die Okkupation oder gar Sprengung gegnerischer Veranstaltungen. Das konnte geschehen, indem eine große Zahl von Mitgliedern solche Versammlungen besuchte und per Mehrheitswahl eine eigene Leitung oder auch eigene Referenten durchsetzte bzw., wenn die unterliegende Gegenseite protestierte, tumultuarische Situationen heraufbeschwor, die den Aufsicht führenden Polizisten veranlaßten, die Versammlung aufzulösen[11]. Dieser nach Manier der Platzhirsche geführte Kampf ist bezeichnend für die Frühzeit politischer Bewegungen, in denen es noch keine ausgebauten Organisationen gab und die rivalisierenden Gruppen in einem Saale das adäquate Schlachtfeld fanden.

Doch das war ein Übergangsstadium. Sobald die Zahl der Anhänger wuchs und der Sog des allgemeinen Wahlrechts die Aufmerksamkeit auf den Wahlkampf lenkte, änderte sich die Taktik des politischen Kräftemessens. Der Wert eines räumlich begrenzten Versammlungserfolges verblaßte neben dem stadt- und landesweiten Erfolgsnachweis, den die Wahlergebnisse darboten. Das erkannten auch die Lassalleaner, und in der Kampagne für die Reichstagswahlen von 1874 boten sie Berlin erstmals das Bild eines bis ins Detail organisierten Wahlkampfes. Ein örtliches Wahlkomitee leitete die Aktionen, große Volksversammlungen und kleinere „Zielgruppenversammlungen" wechselten einander ab, das Wahlprogramm wurde als Flugblatt weit verbreitet, und am Wahltag postierte die Partei vor jedem Wahlbüro ihre Stimmzettelverteiler,

[9] Anklageschrift und zwei Gerichtsurteile in *Peter Rassow / Karl Erich Born* (Hrsg.), Akten zur staatlichen Sozialpolitik in Deutschland 1890–1914 (Historische Forschungen 3, Wiesbaden 1959) 64 ff., das Zitat 71, im folgenden zitiert: *Rassow, Born,* Akten; ferner *Bernstein,* Geschichte, Teil 3, 81 ff.

[10] *Bernstein,* Geschichte, Teil 1, 181, 196.

[11] Geschichte der revolutionären Berliner Arbeiterbewegung, Bd. 1 (Berlin 1987) 189 f. Ein Beispiel für diesen „Terrorismus" s. *Bernstein,* Geschichte, Teil 1, 246 ff., ferner in *Arno Herzig* (Bearb.), Carl Wilhelm Tölckes Presseberichte zur Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie 1848–1893 (München 1976) 184 ff.

ganz zu schweigen von den zentralen Büros in den Wahlkreisen, die als Sammelpunkte für die Wahlergebnisse dienten[12]. Damit schufen die Lassalleaner das Modell der sozialdemokratischen Wahlkampfmaschine, die in der Folgezeit erweitert und verfeinert, aber nicht mehr grundlegend geändert wurde. Es scheint, daß auf diesem Gebiet ein kräftiger Zug lasselleanischer Tradition der Sozialdemokratie erhalten geblieben ist, wie ja überhaupt das persönliche Beispiel Lassalles als Parteigründer nie verblaßt ist[13].

Es ist davon auszugehen, daß spätestens seit dem Wahlkampf von 1874 ein breiten- und tiefenwirksames Netz geschaffen war, das die kampagnenartige Mobilisierung der Anhänger gestattete und den Anfang einer unsichtbaren Organisation bildete. In den Jahren der Verfolgung durch Tessendorf und das Sozialistengesetz ist dieser Weg weiter beschritten worden, und zwar mit so guten Resultaten, daß die Polizei sie in ihren Lageberichten seit 1878 nicht ignorieren konnte[14]. In diesen Jahren verstärkten sich die konspirativen Anflüge der Organisation, deren Aufgaben aber nach wie vor auf dem Boden einer normalen Parteiarbeit lagen: Einbinden der Anhänger in ein Netz ständiger Kooperation, Einsammeln von Beiträgen und Spenden, finanzielle Unterstützung der durch Ausweisungen getroffenen Familien, Leitung der Wahlbewegungen und ähnliches. Das verdeckte Gefüge der Partei begann oben mit einem Zentralkomitee führender Vertreter der einzelnen Wahlkreise und setzte sich nach unten bis in die Stadtteile und Wohnbezirke fort, wo einzelne Vertrauensleute die organisatorischen Fäden zusammenhielten. Ein gewisses Maß innerparteilicher Demokratie wurde aufrechterhalten, indem nach Möglichkeit größere Funktionärstreffen veranstaltet wurden, häufig in Form von Ausflügen oder förmlichen Landpartien[15]. Derartige, Corpora genannte Versammlungen, wahrten eine begrenzte Parteiöffentlichkeit und festigten den Zusammenhalt, aber sie waren ein bescheidener Ersatz für die freie Dis-

[12] Vgl. zu diesem Wahlkampf *Bernstein,* Geschichte, Teil 1, 278 ff.; ferner *ders.,* Geschichte, Teil 3, 92, wo die später übliche Aufteilung einzelner Wahlkreise in Agitationsbezirke bis in die 1870er Jahre zurückdatiert wird.

[13] Als Beispiele fortdauernder Lassalleverehrung seien genannt die Berliner Gedenkveranstaltungen an Lassalles Todestag, z. B. 1884 – s. *Bernstein,* Geschichte, Teil 2, 142 f. –, die Mahnung Bebels von 1907, zur Verbesserung der Parteiarbeit „gewisse Lassallesche Agitationsschriften hervorzuholen und wieder zu lesen. ... Jeder von Euch müßte diese Schriften auswendig kennen, sie bilden eine unerläßliche Grundlage unseres Wissens" – s. Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Berlin 1907) 315 – oder die Anerkennung, die Rosa Luxemburg dem Revolutionär Lassalle wiederholt gezollt hat, z. B. in einem Artikel von 1913, s. *dies.,* Werke, Bd. 3, 220 ff.

[14] Vgl. u. a. den Bericht vom 29. 12. 1879, der konstatiert, die vielfältigen Aktivitäten bewiesen, daß die Sozialdemokratie „an Anhängerzahl, Energie und zuversichtlicher Hoffnung für die Zukunft noch nicht das Geringste eingebüßt hat", oder den Bericht vom 30. Januar 1883, daß die durch Verhaftungen und Ausweisungen bedingten Schwierigkeiten „einen merklichen Einfluß auf den Stand der Gesamtbewegung in Berlin nicht geübt" haben, in: Dokumente aus geheimen Archiven, bearb. von *Dieter Fricke* und *Rudolf Knaack,* Bd. 1 (Veröffentlichungen des Staatsarchivs Potsdam 17) (Weimar 1983) 39, 161; im folgenden zitiert: Dokumente aus geheimen Archiven.

[15] Vgl. die Angaben in: Dokumente aus geheimen Archiven, 163, 268 f.; ferner *Bernstein,* Geschichte, Teil 2, 138 f.

kussion in offener Versammlung. Sie verhinderten nicht die eingeengte Sicht der Funktionäre auf ihr persönliches Blickfeld und gelegentliche Fehleinschätzungen der allgemeinen Einstellung der Anhänger, wie sie in der Debatte über die Teilnahme an den Stadtverordnetenwahlen von 1887 eintraten: während die Angehörigen des Berliner Zentralkomitees als Protest gegen das Sozialistengesetz einen Verzicht der Arbeiter auf Teilnahme an dieser Wahl forderten, plädierte eine Gruppe bisheriger Stadtverordneter für Teilnahme und setzte auch mehrere Kandidaturen durch. Sie hatten den Erfolg auf ihrer Seite: die Arbeiterwähler waren so zahlreich zur Stelle, daß zwei Kandidaten siegten[16]. Offensichtlich hatte das Zentralkomitee die Stimmung unter den Arbeitern falsch beurteilt und konnte mangels freier, öffentlicher Diskussion von seinem Irrtum nicht rechtzeitig überzeugt werden.

Doch nicht nur der Öffentlichkeitsverlust, den das Sozialistengesetz zeitigte, zeigte hier seine Wirkung, sondern es kam auch das Problem einer enger gewordenen Auswahl an Funktionären hinzu. Die Polizei ist seit 1880 wiederholt des Berliner Zentralkomitees habhaft geworden, was mit der Ausweisung der leitenden Funktionärsgruppe gleichbedeutend war[17]. Obwohl es der Partei meistens gelungen ist, diese Verluste auszugleichen, bereitete es ihr doch Schwierigkeiten, stets geeignete Nachfolger in genügender Anzahl zu finden[18]. Insbesondere erwies es sich als untunlich, Familienväter mit dem Risiko der illegalen Parteiarbeit zu belasten, denn deren Ausweisung stürzte eine Mehrzahl von Menschen ins Unglück und bürdete der Partei hohe Unterhaltspflichten auf. Also ging die Partei dazu über, „an die exponiertesten Posten soviel als möglich unverheiratete und noch nicht kompromittierte Personen zu stellen", d. h. jüngere Männer, denen die Gefahren polizeilicher Verfolgung eher zuzumuten waren[19]. Das bedeutete freilich, daß diese Männer über weniger politische Erfahrung als ihre Vorgänger verfügten, daß sie fallweise zu einem größeren Wagemut neigten und in der Diskussion gerne schroffe Positionen bezogen – in der Sprache der Polizei waren sie Personen, „welche um so weniger Bedenken tragen, sich im schlimmsten Falle einer Gefängnisstrafe aussetzen, als sie dadurch als Märtyrer der guten Sache ein Recht auf Teilnahme und dauernde Unterstützung erwerben"[20]. Diese Interpretation, die die Spekulation auf eine Parteikarriere in den Vordergrund rückt, trifft schwerlich den Kern der Motivation bei den jüngeren Funktionären, läßt aber die Probleme anklingen, die sich aus der Risikobereitschaft und Radikalität dieser Männer ergeben konnten.

Aufs Ganze gesehen, ist der jüngeren Generation der Parteiarbeiter nicht abzusprechen, daß sie die Berliner Sozialdemokratie auf einem erfolgreichen Kurs gehalten haben. Das lag einmal daran, daß ihnen zeitweise in gewerkschaftlichen Fachvereinen und seit 1883 in Arbeiterbezirksvereinen offen agierende Organisationen an die Seite

[16] S. hierzu *Bernstein,* Geschichte, Teil 2, 231 ff.; Geschichte der revolutionären Berliner Arbeiterbewegung, Bd. 1, 299 f.
[17] Vgl. Dokumente aus geheimen Archiven, 50 f., 161, 326; *Bernstein,* Geschichte, Teil 2, 40, 94 f., 216, 220 ff.
[18] Vgl. die Hinweise in: Dokumente aus geheimen Archiven, 91 f., 137.
[19] Dokumente aus geheimen Archiven, 35 (Zitat), 321.
[20] Dokumente aus geheimen Archiven, 326 (Bericht vom 15. 11. 1887).

traten, in denen die sozialdemokratischen Bestrebungen eine breitere Rückkoppelung zu ihrer Anhängerschaft fanden, und das lag zum anderen daran, daß die Wahlkämpfe seit 1881 Aufgaben stellten, die den Zusammenschluß aller Kräfte förderten[21]. Bereits die Teilnahme an den Stadtverordnetenwahlen von 1883 hatte die Partei mit großem Nachdruck betrieben, und die Reichstagswahlen von 1884, 1887, 1890 mit ihren stetig steigenden Wählerzahlen gestalteten sich zu einer Abfolge unbestrittener Triumphe. Die Kampagne von 1884 wurde im Frühjahr vorbereitet, indem die Vertrauensleute sich über die Kandidaten verständigten, diese dann auf Corpora-Versammlungen (die mitunter bis zu 1000 Personen umfaßten) bekanntgaben und gleichzeitig die Modalitäten der Wahlagitation festlegten. Im Wahlkampf, der Ende September einsetzte, trat die Partei mit drei Flugblättern an die Öffentlichkeit und bemühte sich, da ihre eigenen Versammlungen oft genug polizeilichen Schikanen zum Opfer fielen, ihre Kandidaten auf Veranstaltungen der Gegner publik zu machen. Am Wahltag wurden alle Stimmbüros mit Verteilern von Stimmzetteln besetzt, und am Abend gaben eigene Wahlbüros die Ergebnisse bekannt: ein Bewerber war gewählt, ein zweiter sollte sich in der folgenden Stichwahl durchsetzen[22].

Dieser Erfolg ist um so bemerkenswerter, als er nicht nur gegen die Linksliberalen erstritten worden ist, sondern auch gegen die Agitation der Antisemiten. Diese hatte sich besonders gegen Paul Singer gerichtet, einen jüdischen Unternehmer, der über die demokratisch-bürgerliche Bewegung zur Sozialdemokratie gefunden hatte und seit Inkrafttreten des Sozialistengesetzes innerhalb der Partei an Einfluß gewann. Seine bürgerliche Herkunft und unabhängige materielle Stellung gestatteten ihm ein freieres politisches Auftreten als manch einem Arbeiter, und er hat nicht gezögert, diese seine Möglichkeiten in den Dienst der Partei zu stellen. Er ist bereits 1883 als Stadtverordneter gewählt worden und zog nun in den Reichstag ein, wo er bald zu den angesehensten Parlamentariern gehörte. Im Laufe der Zeit vereinte er auf sich die Funktionen eines Fraktionsvorsitzenden in der Berliner Stadtverordnetenversammlung und im Reichstag, eines Vorsitzenden des Parteitages und der Gesamtpartei (neben August Bebel) – alles Ausdruck einer ungewöhnlichen Karriere, die dieser Vertreter des jüdischen Berliner Bürgertums in der Arbeiterpartei zurücklegte. Und es zeichnete die Sozialdemokratie aus, daß sie gemeinsam mit diesem Kandidaten den Antisemitismus in die Schranken wies und so ihrer Wahlagitation eine spezifische Bedeutung verlieh[23].

[21] Über den vorübergehenden Aufschwung eines sozialdemokratisch beeinflußten Vereinswesens zwischen 1882 und 1886 s. *Bernstein,* Geschichte, Teil 2, 88ff., 97f., 102, 125; über die abwartende Tendenz der Polizei gegenüber dieser Entwicklung s. Dokumente aus geheimen Archiven, 162f. Diese „milde Praxis" der Polizei war u.a. bedingt durch die aktive Sozialpolitik der Regierung, deren werbende Wirkung auf die Arbeiter gestützt werden sollte.

[22] Über diesen Wahlkampf, s. *Bernstein,* Geschichte, Teil 2, 136ff., 147ff. (ein Flugblatt s. 129f.); ferner Dokumente aus geheimen Archiven, 241f.; Geschichte der revolutionären Berliner Arbeiterbewegung, Bd. 1, 271f.

[23] Über Singer s. *Heinrich Gemkow,* Paul Singer. Vom bürgerlichen Demokraten zum Führer der deutschen Arbeiterbewegung (1862–1890) (phil. Diss. Humboldt-Universität Berlin 1959, mschr.); *ders.,* Paul Singer. Ein bedeutender Führer der deutschen Arbeiterbewegung (Berlin 1957).

Die Wahlergebnisse waren der schlagendste Beweis für die Leistungsfähigkeit der illegalen Organisation der Sozialdemokratie. Da unter dem Sozialistengesetz die Parteipresse und die Versammlungstätigkeit auf ein Minimum reduziert waren, hing der Erfolg ganz überwiegend von der Mobilisierung der Anhänger durch direkte Ansprache ab. Und dies konnte nur eine personell weit aufgefächerte Organisation schaffen. Es war nicht zuletzt die Polizei, die der geheimen Organisation bescheinigte, daß ohne sie weder die Verbreitung heimlich eingeführter Druckschriften, „noch die Überschwemmung ganzer Städte mit Flugblättern innerhalb weniger Stunden ..., noch endlich die regelmäßigen Geldsammlungen möglich" wären – kurzum, die Partei „ist vor allem vorzüglich organisiert"[24].

Als das Sozialistengesetz im Herbst 1890 außer Kraft trat, ging die Partei dazu über, die seit den 1870er Jahren gewachsene dualistische Organisation offiziell einzuführen. In den Wahlkreisen waren autonome Wahlvereine vorgesehen, die als Basisorganisation die örtliche Mitgliedschaft erfassen sollten. Mit ihnen hielt die Gesamtpartei einen lockeren Kontakt über sog. Vertrauensleute, die zwar Mitglieder des Vereins sein, aber keine Funktion in ihm übernehmen durften[25].

Die Folge dieser Entscheidung war, daß in Berlin das Netz der geheimen Organisation bestehen blieb: an der Spitze das Komitee der Wahlkreis-Vertrauensleute und darunter ein hierarchisch gestufter Stab an Mitarbeitern, der sich bis in die Stadtviertel und Wohnbezirke verästelte. Die Funktionäre hielten auch an der Gepflogenheit der Corpora-Versammlungen fest, d. h. sie verzichteten auf die Anmeldung der Versammlungen bei der Polizei, um die Anwesenheit eines Aufsicht führenden Polizisten zu vermeiden und die Parteiinterna wie Finanzen, Personalentscheidungen, disziplinarische Maßnahmen ohne amtliche Kontrolle behandeln zu können. Der inneren Organisation waren die Wahlkreisvereine als äußere, offene Organisation vorgelagert, betraut mit der Aufgabe, die weiten Kreise der Anhängerschaft zu erfassen und in der Parteiarbeit zu schulen. Freilich spürten die Vereine bald, daß ihnen das Netz der Vertrauensleute wichtige Aufgaben entfremdete und sie zu einer vordergründigen Existenz degradierte. Es regte sich deshalb das Bedürfnis, auch den Wahlvereinen einen gegliederten Unterbau zu geben und mehr als bisher Impulse zu politischer Betätigung an kleinere Gruppen von Mitgliedern heranzutragen[26]. In dem Maße, wie sich diese Tendenz verwirklichte, wuchs auf den unteren Ebenen das Vertrauensleutenetz mit der Vereinsorganisation zusammen; auch Außenstehende nahmen alsbald wahr, daß „in den meisten, den größeren Wahlkreisen zur Einführung der neuen Organisation" geschritten worden sei, d. h. zur „Einteilung in Viertel und Bezirke mit besonde-

[24] Dokumente aus geheimen Archiven, 354 f. (Bericht vom 22. 11. 1889).

[25] Das Organisationsstatut von 1890 und das Zirkular des Parteivorstands über den Parteiaufbau s. in: Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 3 (Berlin 1974) 340 ff., 348 ff.

[26] Vgl. zu dieser Problematik *Bernstein,* Geschichte, Teil 3, 76 ff.; *Fricke,* Handbuch, 229 f.; *Ursula Ratz,* Georg Ledebour 1850–1947 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin 31, Berlin 1969) 33 f.; *Thomas Nipperdey,* Die Organisation der deutschen Parteien vor 1918 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 18, Düsseldorf 1961) 315 ff., im folgenden zitiert: *Nipperdey,* Organisation.

ren Führern", und „daß diese Führer vielfach mit den bereits eingearbeiteten und bewährten Organen der Vertrauensmänner (d.h. sog.: innere Organisation) identisch sind"[27]. Damit war der Schritt zur Überwindung der dualistischen Organisation getan, aber er blieb bedroht von den Unwägbarkeiten des Verbindungsverbots und führte deshalb noch nicht zu einer vollständigen Integration. Das konnte erst geschehen, als 1899 ein Reichsgesetz die politischen Vereine vom Verbindungsverbot befreite.

2. Der Ausbau der Organisation seit 1900

Nach der Jahrhundertwende verfestigte sich in mehreren Etappen die Organisation der Sozialdemokratischen Partei. Als Schlußpunkt ist das Parteistatut von 1912 anzusehen, das die einzelnen Mitglieder und Grundorganisationen fest in die Gesamtorganisation einband: jeder Parteigenosse mußte Mitglied des zuständigen Wahlkreisvereins sein, dieser Verein mußte sich im Einklang mit dem Parteistatut organisieren, er mußte pro Mitglied einen Mindestbeitrag erheben und davon ein Fünftel an die Parteikasse abführen, er mußte jährlich dem Parteivorstand einen Geschäftsbericht liefern, er hatte über die Parteitreue der Mitglieder zu wachen und gegebenenfalls deren Ausschluß einzuleiten[28].

Diese zentralisierende Organisation ist auch in Berlin durchgeführt worden. Als erste ergriffen die Parteigenossen der südlichen Vororte die Möglichkeit zu einer vereinsübergreifenden Zusammenarbeit: Ende 1900 gründeten sie den Sozialdemokratischen Zentralwahlverein für den Reichstagswahlkreis Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg, 1904 folgte der Wahlkreis Potsdam-Spandau-Osthavelland und 1905 der Wahlkreis Niederbarnim mit einem eigenen Kreisverband[29]. In Berlin selbst fand die zentralisierende Organisation und der endgültige Verzicht auf das System der Vertrauensleute anfänglich Widersacher, aber Ende 1905 waren die Bedenken soweit zerstreut, daß die Wahlvereine Berlins und der umliegenden Wahlkreise einmütig den Verband der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend stifteten[30]. Damit hatte die örtliche und regionale Parteiorganisation ihren formalen Abschluß erreicht, und zugleich war mit dem Verzicht auf die Reste des Vertrauensmännersystems die traditionelle Doppelstruktur abgetan.

Für Berlin dürften die praktischen Konsequenzen dieser Entwicklung nicht sonderlich groß gewesen sein, denn die Organisation der Wahlvereine und ihre die einzelnen

[27] So die staatsanwaltliche Anklageschrift vom 22. 2. 1896, in: *Rassow/Born,* Akten, 82; ferner *Bernstein,* Geschichte, Teil 3, 104.

[28] S. das Statut in: Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, IV (Berlin 1967) 422ff.; vgl. auch *Fricke,* Handbuch, 263ff.

[29] *Bernstein,* Geschichte, Teil 3, 95f., 144, 168; *Otto Rückert,* Zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Reichstagswahlkreis Potsdam-Spandau-Osthavelland (1871–1917) unter besonderer Berücksichtigung der Tätigkeit Karl Liebknechts (Veröffentlichungen des Bezirksheimatmuseums Potsdam 8, Postdam 1965) 71f., im folgenden zitiert: *Rückert,* Reichstagswahlkreis.

[30] *Bernstein,* Geschichte, Teil 3, 168f.; Geschichte der revolutionären Berliner Arbeiterbewegung, Bd. 1, 450f.; über ursprüngliche Widerstände s. *Fricke,* Handbuch, 246. Das Statut des Verbands s. Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend, Jahresbericht 1906 (Berlin 1907) 92ff.

Kreisgrenzen überschreitende Kooperation ist schon vorher weit gediehen gewesen. Am ehesten noch sind die Folgen auf dem Gebiet der organisatorischen Selbstbeobachtung zu bemerken: die jährliche Berichterstattung der Vereine wird zur Grundlage fortlaufender, veröffentlichter Verbandsberichte, einer systematischen Mitgliederstatistik und gelegentlicher soziologischer Analysen sei es der Mitgliedschaft, sei es der Wählerschaft[31]. Hierin entfaltete sich ein organisationsbezogener Narzißmus, ein Hang zur Selbstbespiegelung und Eigenanalyse, mit der die Sozialdemokratie wohl der Außenanalyse durch Leute wie Robert Blank (oder auch Robert Michels) begegnen wollte. Dahinter verbarg sich der selbstquälerische Drang, sich trotz aller sichtbaren Erfolge zu noch immer größerer Wirkung bei der Organisationsarbeit antreiben zu müssen, ganz im Sinne der Überlegung Bebels, daß mit jedem Proletarier, den die Gesellschaft produziert, die Aufgabe der Agitation wachse, „denn von Rechts wegen, von Verstandes und Natur wegen sollte jeder Arbeiter und jede Arbeiterin Sozialdemokrat sein"[32] – ein utopisches Ideal von trügerischer Faszination.

Doch wie dem auch sei, nach außen hin bot die Berliner Sozialdemokratie das Bild pulsierenden Lebens und unerschöpflicher Kraft. Wer sich z. B. die große Dichte von Kampagnen in einzelnen Jahren vergegenwärtigt, wird den Elan der Partei nicht genug bewundern können. 1903 bestritt die Partei einen Reichstagswahlkampf, einen Wahlkampf für die Nachwahl von Stadtverordneten und erstmals einen Wahlkampf für das Preußische Abgeordnetenhaus – in allen drei Fällen quittierte sie über mehr Wähler denn je. Hinzu kam die Vorbereitung des jährlichen Parteitages, die mit Versammlungen der Wahlkreisvereine begann und mit der Generalversammlung der Wahlvereine Berlins und der Provinz Brandenburg endete, nach dem Parteitag folgten wiederum Wahlkreisversammlungen, auf denen die Berichte der Delegierten (oft genug von geharnischter Kritik begleitet) gehört wurden[33]. Schließlich ließe sich noch die schlagartige Veranstaltung von 32 Volksversammlungen am 22. Januar 1903 erwähnen, auf denen gegen die Zollerhöhungen, die der Reichstag beschlossen hatte, protestiert wurde[34]. Nicht minder eindrucksvoll sind die Dimensionen, die die Flugblattaktionen während eines Wahlkampfes annahmen. Im Vorfeld der preußischen Landtagswahlen von 1908 wurden am 2. April 1,2 Mio. und am 31. Mai 1,5 Mio. Flugblätter verteilt, während des ganzen Wahlkampfes waren es 5,1 Mio. Exemplare von 87 verschiedenen Flugblättern[35].

[31] Vgl. z. B. die Jahresberichte des Verbands sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend, ferner die Publikationen: Statistische Erhebungen über die Partei-Organisation Groß-Berlins 1906 (Berlin 1907), im folgenden zitiert: Statistische Erhebungen 1906; Die soziale Gliederung der Wählerschaft im V. Berliner Reichstagswahlkreis bei der Wahl im Jahre 1907 (o. O./o. J.).

[32] Bebel am 18. 9. 1907, s. Protokoll des Parteitages (1907) 314.

[33] Vgl. hierzu *Bernstein*, Geschichte, Teil 3, 151 ff.

[34] *Erich Matthias, Eberhard Pikart* (Bearb.), Die Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie 1898 bis 1919, Teil 1 (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 1. Reihe 3/I, Düsseldorf 1966) 95.

[35] S. die Angaben in: Jahresbericht des Verbandes sozialdemokratischer Wahlvereine für Berlin und Umgegend 1908 (Berlin 1909) 7 ff., im folgenden zitiert: Jahresbericht 1908. Über den Ablauf derartiger Flugblattaktionen s. *Bernstein*, Geschichte, Teil 3, 101.

Diese Zahlen mögen uns Anlaß sein, einigen Fragen nach der Quantität und Qualität der Berliner Parteiarbeit nachzugehen. Das numerische Wachstum und der agile Aktivismus der Sozialdemokraten bilden eine Seite der Medaille, die andere verweist auf den inneren Zustand der Organisation und die Befindlichkeit der Mitglieder in ihr, d.h. auf qualitative Aspekte, die manch einem Zeitgenossen Unbehagen bereiteten.

Im Jahre 1914 war Berlin und Umgebung mit 121 689 Mitgliedern der zahlenstärkste Regionalverband der deutschen Sozialdemokratie. Der Bestand hat sich seit 1906 beinahe verdreifacht und überflügelte das Wachstum der Gesamtpartei, die sich in dieser Zeit verdoppelt hat[36]. In der Berliner Region lag das Schwergewicht der Mitgliedschaft bei den Wahlkreisen 4 und 6 sowie Teltow-Charlottenburg, die 1908 mehr als zwei Drittel der Mitglieder stellten.

Mitglieder in Berlin und einzelnen Wahlkreisen[37]

	1892	1894	1905	1908	1912	1913/14
Wahlkreis 1	130	251	700	711	978	1067
Wahlkreis 4	1900	3389	8650	20967	23341	23423
Wahlkreis 6	2940	7005	11000	25641	31666	29459
Berlin insgesamt	6260	13449	27450	57572	67512	65778
Wahlkreis Teltow – Beeskow – Charlottenburg	•	•	8200	22192	33253	33042
Wahlkreis Niederbarnim	•	•	6050	11105	18033	18069
Wahlkreis Potsdam – Spandau – Osthavelland	•	•	2116	2074	3334	•
9 Wahlkreise insgesamt	•	•	43816	92943	122132	(116889)

Die Berliner und unmittelbaren Vorortswahlkreise wachsen bis 1908 und 1912 stürmisch. Es läßt sich annähernd ermessen, was es bedeutete, diesen Zustrom an neuen Mitgliedern organisatorisch zu erfassen und mit Parteidisziplin zu erfüllen. Aus diesem Kontext schert der entfernter liegende Wahlkreis Potsdam – Spandau, der mit der Großstadtlandschaft Berlin – Charlottenburg – Neukölln nur randlich verbunden ist, aus: seine Mitgliedschaft bildet sich in den Jahren 1905–1908 zurück. Viele Arbeiter, u.a. Ofensetzer und Ziegeleiarbeiter, litten unter der abgeschwächten Konjunktur dieser Jahre und wandten sich nach Berlin, um dort Beschäftigung zu finden[38]. Über den negativen Einfluß der schlechten Wirtschaftslage stöhnten zwar auch die Berliner Funktionäre, jedoch scheinen hier die Mitgliederzahlen nicht gelitten zu haben[39]. Jedenfalls weisen die Vereine in den Wahlkreisen 4 und 6 einen Aufschwung auf, der

[36] S. die Tabellen bei *Fricke,* Handbuch, 308, 312.

[37] Die Zahlen nach *Fricke,* Handbuch, 306, 312; Geschichte der revolutionären Berliner Arbeiterbewegung, Bd. 1, 465; Jahresbericht 1908, 21; für Potsdam-Spandau nach *Rückert,* Reichstagswahlkreis, 105f., 108, 178.

[38] So *Rückert,* Reichstagswahlkreis, 108.

[39] S. z.B. Jahresbericht 1908, 69, wo es aus dem Wahlkreis 2 heißt: „Wir erkennen es mit den Genossen voll und ganz an, daß unter der Krise eine Niedergeschlagenheit herrscht."

mit krisenbedingtem Siechtum nichts zu tun hat. Vielmehr wäre davon zu sprechen, daß zwei Tendenzen einander ergänzt haben: der Eifer der Funktionäre, für den Eintritt in die Partei zu werben, und die Entschlossenheit der Arbeiter, sich politisch zu engagieren. Diese Tendenzen fielen vor allem bei den jüngeren Arbeitern auf fruchtbaren Boden. Nach einer Statistik aus dem Herbst 1906 war in den Wahlkreisen 4 und 6 jeweils über die Hälfte der erfaßten Mitglieder unter 36 Jahre alt:

Wahlkreis 4 6578 von 11788
Wahlkreis 6 7757 von 13887.

Ein anderes Merkmal der lebhaften Mitglieder-Rekrutierung war, daß die Neulinge unter den Parteiangehörigen ein Übergewicht über die länger Angehörigen hatten: nach derselben Statistik waren von 53106 Mitgliedern allein 34506 während der letzten drei Jahre eingetreten[40].

Es bedarf keiner lebhaften Phantasie, um sich vorzustellen, wie groß die Aufgaben der Funktionäre waren, die die monatlich wachsende Anhängerschaft leiten sollten. Vor allem die mittlere und untere Funktionärsschicht ließ sich nicht immer im gleichen Takt ergänzen, und es war wohl kein Einzelfall, wenn 1908 im Wahlkreis 2 über die Amtsflucht von Bezirksführern geklagt wurde: „Es kommt vor, daß ein Bezirksführer zwei, drei, vier Monate dem Bezirk vorsteht, geht es dann aber einmal nicht nach seinem Willen, legt er sofort sein Amt nieder. Bei der Neuwahl kommt es dann sehr häufig vor, daß Genossen, die das Amt übernehmen könnten, aus nichtigen Gründen ablehnen und jüngere Kräfte vorschieben, die in der Partei noch nicht Bescheid wissen"[41]. Mit diesem Bescheid-Wissen hatte es teilweise eine recht ernüchternde Bewandtnis, wenn man die lange Reihe der Vordrucke, Formulare, Listen etc., die der innerparteiliche Geschäftsgang über die Funktionäre herabregnen ließ[42], in Betracht zieht. Auf den oberen Ebenen kumulierten sich die Folgen formalisierter Schriftlichkeit, und die Vereine gingen deshalb dazu über, Kreisbüros mit besoldeten Angestellten einzurichten: 1908 hatten die Wahlkreise 4, 6 und Teltow-Charlottenburg je ein Büro mit mindestens zwei hauptamtlichen Funktionären; in Niederbarnim hatte der Vorstand, nachdem im letzten Berichtsjahr drei Vorsitzende amtiert hatten, vor der Arbeitslast kapituliert und die Eröffnung eines Kreisbüros angeregt: „um dem Wahlverein einen Sammelpunkt für die Geschäfte des Kreises zu geben, der nicht dem zufälligen Wechsel in den Personen der Kreisleitung unterworfen ist"[43].

Es ist ungewiß, inwieweit die Verfestigung der Verwaltung dem Schwung des innerparteilichen Lebens gedient hat. Von der Basis her kam die Klage, daß die Mitglieder die regelmäßigen Zahlabende nur zum kleineren Teil wahrnahmen, und die Vorstände mahnten, „daß alle persönlichen Streitereien und alle gehässigen Diskussionen unter-

[40] Berechnet nach den Angaben in Statistische Erhebungen 1906, wo Alter und Zugehörigkeitsdauer der Mitglieder nach den Wahlkreisen tabellarisch aufbereitet sind; vgl. auch *Fricke*, Handbuch, 311.

[41] Jahresbericht 1908, 70. Vgl. *Fricke*, Handbuch, 286, wo ersichtlich ist, daß die meisten Funktionäre im Wahlkreis 2 erst seit ein oder zwei Jahren im Amt waren.

[42] S. die Aufzählung bei *Nipperdey*, Organisation, 327.

[43] Jahresbericht 1908, 88, 97, 123, 127 (Zitat). Die zwei Angestellten des Kreisbüros im Wahlkreis 4 standen im Etat mit 4250 M zu Buche.

bleiben [sollten], denn sie gehören nicht in den Zahlabend" – „manche schöne Stunde, die einer besseren Sache wert wäre, wird damit vergeudet und schädigt die Organisation"[44]. Von anderer Seite wurde bemängelt, daß die Zahlabende ihren ursprünglichen Charakter – nämlich als Treffpunkt der organisierten Mitglieder zum Beitragzahlen, zum Empfang von Mitteilungen oder zur Regelung von Agitationseinsätzen – verloren und sich in Diskussionsversammlungen verwandelt hätten, indes „aus den Vereinsversammlungen die eigentliche Diskussion immer mehr verschwindet". Die Vervollkommnung der hierarchisch aufgebauten Organisation beraube die Wahlvereine ihres Eigenlebens und bedrohe die innerparteiliche Demokratie, denn die schwungvollsten Aktionen könnten nicht „den Wert eines regen unmittelbaren Gedankenaustausches" ersetzen[45]. Die öffentlichen Äußerungen der Partei seien „politische Monologe", die den Hörern nichts Neues böten, „denn bei uns ist ja alles stereotypiert"[46].

Es ist unverkennbar, daß die mit Fleiß gepflegte Organisation Unbehagen weckte als ein Apparat mit befremdlicher Eigengesetzlichkeit, und daß gerade das Berliner Beispiel auf die Kritiker abschreckend wirkte. Die Zusammenballung einer großen Zahl von Mitgliedern auf relativ engem Raum erheischte naturgemäß ein dichtes Organisationsnetz in den Vereinen, dem sich die ebenfalls am Orte befindlichen zentralisierenden Instanzen des Verbandes der sozialdemokratischen Vereine Berlins und Umgegend sowie des Vorstands der Gesamtpartei überstülpten, so daß das einzelne Mitglied an der Basis mitunter einem Überangebot an Leitung von oben ausgesetzt war. Das hat Bernstein kritisiert, und ebenso tat es Rosa Luxemburg. Ihr war die Berliner Organisation das Musterbeispiel einer Ordnung, „in der so ziemlich alles Wichtige an Leitung und Entschluß von dem Zentralvorstand erledigt wird" und für die Massen der Mitglieder nur übrigblieben „die Pflichten zum Beitragzahlen, zum Flugblätteraustragen, zum Wählen und zu Wahlschlepperdiensten, zur Hausagitation für das Zeitungsabonnement und dergleichen"[47]. Fürwahr trockene Aufgaben, die mit großer Politik wenig zu tun haben, jedoch mehr praktische Bedeutung besaßen, als die Kritiker wahrhaben wollten. Eine Massenorganisation bedarf des Managements und der Aufgabenteilung, und es ist nicht zu erkennen, daß diese Veränderungen die Sozialdemokratie an der Spitze oder an der Basis entpolitisiert hätten, und wenn doch, dann in Berlin wohl weniger als anderswo.

Aus der Sicht der Berliner Funktionäre war nicht die Art der Organisation ein Ärgernis als vielmehr das Verhalten der Mitglieder. Im Zuge der regelmäßigen Berichterstattung der Vereine stellten sie fest, daß der jährliche Zugewinn an Mitgliedern nur eine kleine Zahl neben den tatsächlich stattfindenden Ein- und Austritten abgab. Die Karteien der Vereine legten Zeugnis von einer Fluktuation ab, die auf den ersten Blick

[44] Die Zitate in: Jahresbericht 1906, 38, und Jahresbericht 1908, 69 (beide aus dem Wahlkreis 2). Zahlen über den Besuch der Zahlabende – sie liegen bei etwa 40% der Mitglieder – bei *Fricke*, Handbuch, 296.

[45] *Eduard Bernstein*, Die Demokratie in der Sozialdemokratie, in: Sozialistische Monatshefte, Jg. 12, Bd. 3 (1908) 1110f., im folgenden zitiert: *Bernstein*, Demokratie.

[46] *Eduard Bernstein*, Zum Reformismus, in: Sozialistische Monatshefte, a.a.O., 1399.

[47] *Rosa Luxemburg*, Taktische Fragen (1913), in: *dies.*, Werke, Bd. 3, 253.

unbegreiflich schien – auf der einen Seite drängten Tausende in die Partei, auf der anderen Seiten schieden annähernd gleich große Zahlen aus ihr wieder aus. Wie ein roter Faden ziehen sich durch die Vereinsberichte Bemerkungen wie „die Fluktuation unter den Mitgliedern ist auch im verflossenen Jahr eine große gewesen", „... ist zu bemerken, daß die Fluktuation ganz erheblich ist", „die Fluktuation ist eine enorme"[48].

Fluktuation in Berliner Vereinen 1908[49]

Wahlkreis 2	1586 Eintritte	765 Austritte
Wahlkreis 4	7752 Eintritte	6002 Austritte
Wahlkreis 6	6908 Eintritte	7003 Austritte
Wahlkreis Teltow-Charlottenburg	7352 Eintritte	5533 Austritte

Beachtenswert ist die Zahl der Austritte. Sie beruht einmal auf dem Vereinswechsel, der durch Umzug bedingt ist, und in der Mehrzahl der Fälle auf Streichung wegen Beitragsrückstandes.

Wahlkreis 4: Austrittsgründe 1908[50]

6002 Mitglieder ausgeschieden, davon
3419 gestrichen wegen rückständiger Beiträge,
2168 verzogen in andere Wahlkreise,
262 ausgetreten,
122 gestorben,
31 ausgeschlossen.

Es erhebt sich die Frage, ob die Beitragsmoral vieler Mitglieder so schlecht war, daß sie zwangsläufig als Karteileichen ausgemustert werden mußten, oder ob nur das Ummeldesystem der Vereine schlecht funktionierte, also viele Neuzugänge in den Vereinen eigentlich Ummeldungen innerhalb der Partei waren. Anhand der Beiträge, die in Berlin und Umgebung 1908 abgerechnet worden sind, läßt sich allerdings vermuten, daß viele der „Gestrichenen" nicht anderswo (zumindest nicht in Berlin) wieder als Zahlende in Erscheinung getreten sind (s. Tabelle S. 235 oben).

Nach dieser Berechnung wäre also 1908 etwa ein Viertel des hypothetischen Beitragsaufkommens nicht eingebracht worden; das berechtigt zu der Annahme, daß viele der ausgeschiedenen Mitglieder als unwillige Zahler der Partei verloren gingen. Dieser Zusammenhang war leicht zu erkennen, und es war deshalb naheliegend, daß die Berliner Parteileitung 1914 zu dem Schluß kam, es müsse endlich jenes Mittel angewandt werden, „wodurch uns die neugewonnenen Mitglieder erhalten bleiben", nämlich die

[48] Jahresbericht 1906, 45 (Wahlkreis 4); Jahresbericht 1908, 95 (Wahlkreis 5); 107 (Wahlkreis Teltow-Charlottenburg).
[49] Jahresbericht 1908, 69, 90f., 100, 107. Vgl. auch die Tabellen bei *Fricke*, Handbuch, 309f. Die Zahlen des Wahlkreises 6 beziehen sich auf männliche Mitglieder, dank des Beitritts weiblicher Mitglieder, der 1908 vereinsrechtlich möglich wurde, ergab sich auch hier eine positive Bilanz.
[50] Jahresbericht 1908, 91.

Beitragsbilanz der Berliner Sozialdemokratie 1908[51]

Mitglieder Ende 1908	90869
Zunahme der Mitglieder seit Ende 1907	8442
Summe der Beitragsfälle	1090428
Reduktion dieser Summe, indem die neuen Mitglieder nur mit einem halben Jahresbeitrag eingesetzt werden	−50652
Jahressoll der Beitragsfälle	1039776
tatsächlich abgerechnete Beitragsfälle	777233
Manko an nicht abgerechneten Beitragsfällen	262543
nicht kassierte Mitglieder (= Manko : 12)	(ca.) 21878

„Einführung der Hauskassierung"[52]. D.h. an die Stelle der Zahlabende sollte ein Netz von Hauskassierern treten, die die Mitglieder in der Wohnung aufsuchten und dort die Beiträge erhoben – ein weiterer Schritt zur Verfeinerung der Organisation.

Die Funktionäre erklärten die Fluktuation vorwiegend mit der wirtschaftlichen Lage und der sozialen Mobilität der Arbeiter; Depression und Arbeitslosigkeit deuteten sie als schweres Hindernis für die Mitgliederwerbung, und der Wohnungswechsel galt geradezu als „Hauptursache des Ausscheidens" vieler Parteigenossen[53]. Sicherlich spielte die soziale Mobilität in Berlin eine große Rolle. Es ist ja bekannt, daß die Berliner Bevölkerung sich überwiegend aus Zugewanderten rekrutierte, 1910 waren von den 2 Mio. Einwohnern nur 773251 aus der Stadt gebürtig[54]. Das Kommen und Gehen der Menschen, ihr Einziehen und Ausziehen gehörte zur sozialgeschichtlichen Eigenart der Großstadt.

Zu- und Fortzüge in Berlin 1911 (ohne Vororte)[55]

	Zugezogene	Fortgezogene
Insgesamt	271451	211867
davon Familienangehörige	39613	38445
bleiben Erwerbstätige	231838	173422
davon u.a.		
ungelernte Arbeiter	20360	13085
abhängig Tätige der		
– Metallverarbeitung	14305	10238
– Holz- und Schnitzstoffe	4388	3339
– Bekleidung	5366	3877
– Baugewerbe	7386	5941

[51] Berechnet nach den Angaben in: Jahresbericht 1908, 21. Die Beitragsfälle sind schematisch berechnet durch Multiplikation der Mitglieder mit den 12 Monaten.
[52] Jahresbericht 1913/14 (Berlin 1914) 46.
[53] Jahresbericht 1908, 90 (Arbeitslosigkeit); Jahresbericht 1906, 59 (Zitat); vgl. dort auch 45.
[54] Statistisches Jahrbuch 37.
[55] Statistisches Jahrbuch, 215. Die Gesamtzahlen betreffen Männer und Frauen, die berufsbezogenen Zahlen nur Männer.

Das Hauptkontingent der Wohnort- oder Wohnungswechsler stammte von den unverheirateten Erwerbstätigen (d.h. ohne Angehörige), außerdem ist ersichtlich, daß die in lohnabhängiger Arbeit Stehenden unter ihnen zahlreich vertreten waren. Wenn wir uns vergegenwärtigen, daß unter den Mitgliedern der Berliner Sozialdemokratie die Männer bis zu 35 Jahren überwogen, so bietet sich eine positive Korrelation zwischen dieser Mitgliedergruppe und dem Gros der Umzügler an. Infolgedessen hat die Aussage, die Fluktuation unter den sozialdemokratischen Vereinsmitgliedern sei großenteils durch einen Wohnungswechsel bedingt, eine hohe Plausibilität für sich. So betrachtet wäre die Fluktuation nicht Ausdruck organisatorischer Mängel, sondern Folge gesellschaftlicher Gegebenheiten im äußeren Umfeld der Partei.

Bezeichnend ist, wie die Funktionäre auf diesen Sachverhalt reagierten. Ihnen war es unstrittig, daß die Fluktuation nicht ein Zuviel, sondern ein Zuwenig an Organisation signalisierte. Getreu dem Motto August Bebels: „Wir müssen nur viel energischer agitieren und organisieren wie bisher"[56], klang es in Berlin allenthalben: „Wir können nur Erfolge erringen, nur siegen durch unsere Organisationen", „wir haben alle Ursache, unsere Kräfte zusammenzufassen, und ... darum müssen wir unsere Organisation stärken und weiter ausbauen", „Aufgabe der Organisation muß es sein", die Zahl der Mitglieder „zu verdoppeln und zu verdreifachen" – „das ideale Ziel heiße: jeder Anhänger der Partei, jeder Freund unserer Anschauungen muß der politischen Organisation zu emsiger Mitarbeit zugeführt werden"[57]. „Schaffung einer gewaltigen Organisation!" rief Richard Fischer im Wahlkampf 1907 den Berlinern zu[58], gerade so, als ob seine Partei noch da stünde, wo sie in den 1870er Jahren einmal begonnen hatte.

Zweifellos hatte dieses unaufhörliche Bekenntnis etwas von Autosuggestion an sich, es sollte der Partei konkrete Aufgaben bieten in einer Situation, in der sie durchschlagende politische Wirkungen nicht erreichen konnte. Das ist verständlich, birgt aber die Gefahr in sich, daß die Aufmerksamkeit auf den quantifizierbaren Bereich der Parteiarbeit konzentriert wurde. Der Erfolg des Organisierens und Agitierens wurde nur zu gerne mit der Zahl der Mitglieder identifiziert, und deshalb war es beliebt, sich an Größenordnungen zu orientieren, die von vornherein einen Anflug des Utopischen hatten. Beispielsweise gaben die Gewerkschaften eine Meßlatte ab, an der sich die Partei öfters maß. Als die Berliner Parteiorganisation im Oktober 1906 ihre Mitglieder statistisch erfaßte, war es ein ausgemachter Zweck der Übung festzustellen, inwieweit Partei- und Gewerkschaftsmitglieder identisch sind und inwieweit „die Gewerkschaften, welche auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, der Pflicht gedenkend, auch ihre Vereinsmitglieder den Organisationen der Partei zuführen"[59]. Auf vernehmlichen Unmut stieß die „politische Lauheit der Gewerkschaftsmitglieder", als kund wurde, daß nur 16,5% von ihnen der Partei angehörten: folglich wurde ihnen „eine ungeheure politische Aufklärungsarbeit" in Aussicht gestellt[60].

[56] S. Protokoll des Parteitages 1907, 315.
[57] In der Reihenfolge der Zitate: Jahresbericht 1908, 20, 129; Jahresbericht 1906, 84, 91.
[58] Vorwärts, 10. 1. 1907 („Wahlversammlungen. Im zweiten Reichstagswahlkreis").
[59] Statistische Erhebungen 1906, 3.
[60] Statistische Erhebungen 1906, 141f.

Noch häufiger diente das Wählerpotential als Zielvorgabe für die Mitgliederwerbung. Das hörte sich in der Regel so an: „Das Verhältnis der Mitgliederzahl gegenüber den bei der letzten Reichstagswahl für uns abgegebenen Stimmen läßt in einzelnen Orten viel zu wünschen übrig"; es sei „Aufgabe der Organisation ..., hier Wandel zu schaffen" und den Mitgliederbestand „zu verdoppeln und zu verdreifachen"[61]. 1907 lautete die Erkenntnis für Berlin, daß die Parteimitglieder nur 12,8% der Wählerschaft ausmachten, und darin zeige sich „das riesige Arbeitsfeld, das hier noch zu beackern ist"[62].

Derartige Appelle mögen als Ausdruck unerschöpflichen Tatendrangs erscheinen – sie verraten aber auch die Neigung, die Organisation als eine schier unendliche Aufgabe zu definieren. Wenn Bebel meinte, eigentlich müsse jeder Arbeiter als Sozialdemokrat gewonnen werden, oder wenn geltend gemacht wurde, jeder Anhänger der Partei müsse in ein aktives Mitglied verwandelt werden[63], dann war nicht auszuschließen, daß sich die richtunggebende Meßzahl in eine utopisch schillernde Mißweisung verwandelte. Insofern war Rosa Luxemburg berechtigt, vor übertriebenen Organisationshoffnungen zu warnen und zu fordern, man müsse „sich ein für alle mal von dem Wahn frei machen, als ob uns je gelingen würde, die gewaltige Masse des arbeitenden Volkes in beitragszahlende Mitglieder der Wahlvereine zu verwandeln"[64]. Ein „Organisationsfetischismus", der einem übertriebenen Maximalismus huldigte, war sicherlich vom Übel[65]. Aber andererseits war es selbstverständlich, daß in einem Staat wie dem Kaiserreich, das breite Schichten der Bevölkerung von der Machtausübung ausschloß, jedoch gleichzeitig ein beträchtliches Maß an politischer Öffentlichkeit und demokratischer Willensbildung zuließ, die Benachteiligten mit dem Mittel effizienter Organisation zu Einfluß zu gelangen suchten. Die Präsenz der Sozialdemokratie, die sich in der Öffentlichkeit entfaltete, war nur durch solide Organisation möglich: dazu gehörte eine zahlreiche Mitgliedschaft mit einem funktionierenden Finanz-, Presse- und Versammlungswesen. Eine dergestalt etablierte Partei war schwerlich eine revolutionäre Kampfmaschine, sondern eher ein beharrlich wirkendes Gewicht, das auf seiner Umgebung lastete und seine inneren Bestandteile in eine stabile Ordnung zwängte. Es war abzusehen, daß dieses Gebilde in eine Zerreißprobe geraten konnte zwischen der Ungeduld der politisch und sozial benachteiligten Menschen, die es repräsentierte, und dem Beharrungsvermögen einer stationären Staats- und Gesell-

[61] Jahresbericht 1906, 59, 84.

[62] *Emanuel Wurm,* Statistische Erhebungen über die Parteiorganisation Groß-Berlin 1906, in: Die Neue Zeit 26. Jg./Bd. 1 (1907/08) 451.

[63] Vgl. o. S. 230, 236.

[64] *Luxemburg,* Werke, Bd. 3, 253. Es mochte einleuchten, daß Luxemburg den sozialdemokratischen Kult der organisierten Massen bekämpfte, aber es war ein Irrweg, daß sie ihrerseits einen Kult der unorganisierten Massen predigte: es sei erwiesen, „daß die unorganisierten Massen in wichtigen Momenten nie versagen", und es genüge, wenn die Partei ihnen durch „eine kühne Initiative und Aktion" den Weg weise, ohne sie fest zu organisieren (a.a.O., 253 f.).

[65] Zum Begriff Organisationsfetischismus s. *Nipperdey,* Organisation, 325; *Fricke,* Handbuch, 295 f.; *Dieter Groh,* Negative Integration und revolutionärer Attentismus (Frankfurt a. M./Berlin 1973) 59.

schaftsordnung, in deren Rahmen es gebannt war. Trotzdem war es nicht unvernünftig, bis zum Heraufziehen dieser Zerreißprobe die eigenen Reihen durch Ausbau der Organisation zu festigen – wer hätte darauf verzichten wollen?

III. Die Wahlkämpfe der Berliner Sozialdemokratie

Es gehört zu den staunenswerten Vorgängen in der Geschichte zu sehen, wie eine politische Bewegung binnen einiger Jahrzehnte von einer Randerscheinung zur vorherrschenden Kraft aufsteigt. Die Berliner Sozialdemokratie begann 1871 mit dem kleinen Häuflein von 2058 Wählern und steigerte sich bis 1912 auf eine Wählerschaft von 307 762 Mann, damit hatte sie drei Viertel der aktiven Wähler und drei Fünftel aller Wahlberechtigten Berlins hinter sich gebracht. Allein diese Zahlen beweisen, daß die Teilnahme an den Reichstagswahlen für die Partei von großer Bedeutung war, nicht nur wegen des parlamentarischen Einflusses, sondern vor allem wegen der stimulierenden Wirkung, die die Wahlkämpfe auf die Anhänger ausübten. Die Eroberung eines Wahlkreises bot ein konkretes Ziel, das die Kräfte beflügelte und einen näherliegenden Erfolg versprach als die Agitation für die sozialistische Zukunftsgesellschaft. Da im Kaiserreich auf drei Ebenen Volksvertretungen gewählt wurden – Reich, Einzelstaat und Gemeinde –, geriet die Berliner Sozialdemokratie immer wieder in eine dichte Abfolge von Wahlfeldzügen, wie 1903, 1907/08 oder 1912/13, wo in kurzen Abständen große Kampagnen fällig wurden. Jedesmal entfaltete sie einen Eifer, als gelte es, zum ersten Mal die Wähler aufzubieten, obwohl sie in Wirklichkeit das Geschäft mit einer bemerkenswerten Routine betrieb.

Die Möglichkeit, Wahlkämpfe in Wahlsiege zu verwandeln, hing für die Sozialdemokratie weitgehend von der Qualität des Wahlrechts ab, d.h. inwieweit jeder Bürger stimmberechtigt war und jede Stimme gleich gewichtet wurde. Am günstigsten waren die Voraussetzungen beim Reichstagswahlrecht, weil es gleich und allgemein für alle Männer ab 25 Jahre galt. Nachteile erwuchsen hier nur durch die unterschiedliche Gestaltung der Wahlkreise oder durch die Anlage der Wählerlisten, bei der die Behörden Spielräume zum Manipulieren hatten (Nichtberücksichtigung von angeblichen Unterstützungsempfängern, Straffälligen, Umgezogenen). Solchen Mißbräuchen schob die Sozialdemokratie einen Riegel vor, indem sie ihre Anhänger aufrief, die Wählerlisten einzusehen und Korrekturen zu beantragen: am 23. Dezember 1906 verteilte sie in Berlin über 1 Mio. Flugblätter mit einer solchen Aufforderung, angeblich sind 207 000 Personen ihr gefolgt und haben 8700 Einsprüche eingelegt[66]. Unter den Bedingungen dieses Wahlrechts eroberte die Sozialdemokratie 1877 erstmals zwei Wahlkreise, die sie 1884 fest in ihren Besitz nahm und denen sie, bis auf eine Ausnahme, allmählich alle übrigen, einschließlich der in der außerstädtischen Umgebung, hinzufügte.

Der Erfolg regte am ehesten auf der Ebene der Stadtverordnetenwahlen zum Nacheifern an. Diese Wahlen liefen zwar nach dem Dreiklassenwahlrecht ab, aber da sie auf

[66] Jahresbericht 1906, 11; Vorwärts, 8. 1. 1907 („Der Wahlkampf in Groß-Berlin. Die Wählerlisten").

den Filter des Wahlmännersystems verzichteten, also den Abgeordneten direkt und in einem Wahlgang ermittelten, boten sie den Sozialdemokraten bald Chancen, hier oder dort ihren Kandidaten durchzubringen. Jede der drei Wählerklassen verfügte über ein Drittel der Mandate und fällte ihre Entscheidung durch Mehrheitswahl in den Stimmbezirken. Für die Wähler der 3. Klasse gab es 42 (später 48) Stimmbezirke, und in einigen stellte alsbald die sozialdemokratische Wählerschaft die ausschlaggebende Mehrheit. In größerem Stile beteiligte sich die Partei seit 1883 an diesen Wahlen und begann mit fünf Mandaten[67]. Sie hat fortan durch ihre Wählermassen alle anderen Parteien in den Schatten gestellt, aber die diskriminierende Wirkung der Klasseneinteilung ließ sich nicht ignorieren. Beim Wahlgang von 1913, der turnusgemäß für ein Drittel der Mandate galt, haben sich von 126830 Wahlberechtigten der 3. Klasse nur 56572 (= 44,6%) an der Wahl beteiligt; die sozialdemokratischen Kandidaten haben davon 48783 (= 86,2% der abgegebenen Stimmen) auf sich vereint. In der 2. Klasse haben nur 9029 (= 28,0% der Wahlberechtigten) gestimmt, in der 1. Klasse 307 (= 39,9%) – alle drei Klassen bestellten aber jeweils eine gleiche Zahl von Abgeordneten[68]! Es ist begreiflich, daß diese grotesken Disproportionen auf die Arbeiter-Wähler nicht animierend wirkten.

Noch mißstimmigere Erfahrungen machten die Sozialdemokraten, sobald sie den Kampf um Mandate im Preußischen Landtag aufnahmen. Auch hier galt das Dreiklassenwahlrecht, allerdings verschärft durch die indirekte Wahl über Wahlmänner. Im ersten Wahlgang bestimmten die Urwähler in ihren drei Klassen gleichgroße Gruppen von Wahlmännern, die in einem zweiten Wahlgang die Abgeordneten per Mehrheitswahl ermittelten. Die Folge dieses Systems war, daß die sozialdemokratischen Vertreter eine hoffnungslose Minderheit gegen die Wahlmänner der 1. und 2. Klasse bildeten. Eine Aussicht auf Erfolg hatten sie nur, wenn ein erheblicher Teil der Wahlmänner aus der 2. Klasse zu ihnen stieß, und das konnte nur gelingen, wenn die Arbeiter in der Bevölkerung überwogen und das durchschnittliche Steueraufkommen pro Kopf so niedrig war, daß viele von ihnen in die 2. Klasse eingestuft wurden. Die Erfahrung von 1903 lehrte, daß nicht einmal in den dichtbewohnten Arbeiterwahlkreisen Berlins diese Bedingungen erfüllt waren – was Wunder, daß sich die Sozialdemokraten lange Zeit scheuten, die zwecklose Übung eines Wahlkampfes in Preußen auf sich zu nehmen? Die Berliner bequemten sich zu dieser Aufgabe nur unter dem Druck der Gesamtpartei und brachten in der 3. Klasse 116918 Wähler (= 75,7% der abgegebenen Stimmen) in die Abstimmungslokale, aber trotzdem war die Wahlbeteiligung mit 38,4% sehr niedrig. Bis 1913 wuchs sie auf 52,4%, und die Sozialdemokratie zählte 171889 Stimmen (= 84,9%), was immer noch weit hinter dem bei Reichstagswahlen Gewohnten zurückblieb[69]. Wichtiger war, daß 1906 die Sitze im Preußischen Landtag

[67] *Bernstein*, Geschichte, Teil 2, 116ff.; *Heinrich Gemkow*, Die ersten Sozialisten im Berliner „Roten Rathaus", in: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 7. Jg./Sonderheft (1965) 15ff. Die Mandate stiegen bis 1913 auf 46, s. *Fricke*, Handbuch, 776; Geschichte der revolutionären Berliner Arbeiterbewegung, Bd. 1, 538.

[68] Statistisches Jahrbuch, 967.

[69] Die Ergebnisse der Berliner Sozialdemokratie bei den Landtagswahlen s. bei *Fricke*, Handbuch, 768.

geringfügig vermehrt und die Berliner Wählerschaft in zwölf Wahlbezirke neu eingeteilt wurde, denn das erlaubte den Sozialdemokraten an mehreren Stellen einen Einbruch in die 2. Klasse. Dementsprechend erreichte sie in fünf Bezirken eine Mehrheit unter den Wahlmännern und konnte insgesamt sechs der Berliner Mandate erobern[70]. Das war zwar kein angemessener, aber ein sichtbarer Erfolg und rechtfertigte wenigstens die Anstrengung einer Wahlagitation.

1. Zu den Reichstagswahlen in Berlin

Das Berliner Stadtgebiet war zwischen 1871 und 1918 gleichbleibend in sechs Reichstagswahlkreise eingeteilt. Es versteht sich, daß sich die Bevölkerungsverhältnisse in den Kreisen während der 47 Jahre erheblich veränderten und dementsprechend die Wählerzahlen sich verschoben: der zentral gelegene Wahlkreis 1 stellte 1871 11,5% und 1912 2,6% der Wahlberechtigten in Berlin, für den Wahlkreis 6 lauteten die Anteile 20,7 und 43%. Das führte dazu, daß 1912 der obsiegende Kandidat im Wahlkreis 6 142 500 Stimmen auf sich vereinte, dagegen im Wahlkreis 1 nur 8053; selbst der im Wahlkreis 6 hoffnungslos unterlegene Vertreter der Fortschrittlichen Volkspartei hatte dort mehr als die doppelte Zahl an Stimmen erobert als sein siegreicher Parteifreund im Wahlkreis 1.

Bei näherer Betrachtung der Wahlkreise ergibt sich, daß in ihnen die Anhängerschaft der Sozialdemokratie desto größer war, je dichter die Stadtviertel bevölkert und je proletarischer die Lebensverhältnisse der Einwohner waren. Die Wahlkreise, in denen die Sozialdemokraten bereits in den 1870er Jahren vorherrschten, bestanden aus Wohngebieten mit überdurchschnittlicher Bevölkerungsdichte.

Die Viertel, die bereits 1875 dicht besiedelt waren und es bis 1910 blieben – Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt, Stralauer Viertel –, sind die Heimstätten der frühen Wahlerfolge der Sozialdemokratie. Davon wich ein Gebiet wie der Wedding ab, der 1875 noch schwach bevölkert war, dagegen 1910 die zweithöchste Wohndichte aufwies; er hat als Arbeiterviertel erst seit dem Ende des 19. Jahrhunderts sein typisches Aussehen erhalten. Wieder anders verlief die Entwicklung im Wahlkreis 2, der 1875 mit dem Wedding auf einer vergleichbaren Ebene lag und bis 1910 nur partiell eine stärkere Verdichtung der Bevölkerung erreichte, was jedoch genügte, um der Sozialdemokratie ab 1893 die Oberhand zu verschaffen.

Die Annahme, daß die frühzeitig sozialdemokratisch gewordenen Wahlkreise nicht nur durch eine dicht wohnende, sondern auch ärmlich wohnende Bevölkerung geprägt waren, läßt sich beweisen, wenn der Karte der Wahlkreise eine kartographische Darstellung der Wohnungen mit nur einem heizbaren Zimmer unterlegt wird (vgl. die Karte „Reichstagswahlen in Berlin 1903"[72]). Es fällt ohne weiteres ins Auge, daß die

[70] Jahresbericht 1908, 9f.; Geschichte der revolutionären Berliner Arbeiterbewegung, Bd. 1, 488f.

[72] Die Karte beruht auf den statistischen und kartographischen Angaben in: Statistisches Jahrbuch der Stadt Berlin 27. Jg. (1903) 202 und Kartenbeilage, sowie 31. Jg. (1909) 271; Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reichs 12/4. Entwurf und Darstellung dieser und der folgenden Karte verdanke ich Herrn Willy Schlag (Berlin).

Bevölkerungsdichte in Teilen einiger Wahlkreise (in Bewohner je Grundstück)[71]

	1875	1910
Wahlkreis 6:		
Rosenthaler Vorstadt	69,1	75,8 111,2 102,5
Oranienburger Vorstadt	79,4	85,3
Gesundbrunnen	43,8	89,8
Wedding		106,1
Wahlkreis 4:		
Königsviertel	64,3	55,8 93,3
Stralauer Viertel	73,4	71,1 105,4 101,7
Luisenstadt (jenseits des Kanals)	84,9	76,4 102,1
Wahlkreis 2:		
Schöneberger und Tempelhofer Vorstadt	48,5	46,5 62,9 87,6
Berlin (Durchschnitt)	57,9	75,9

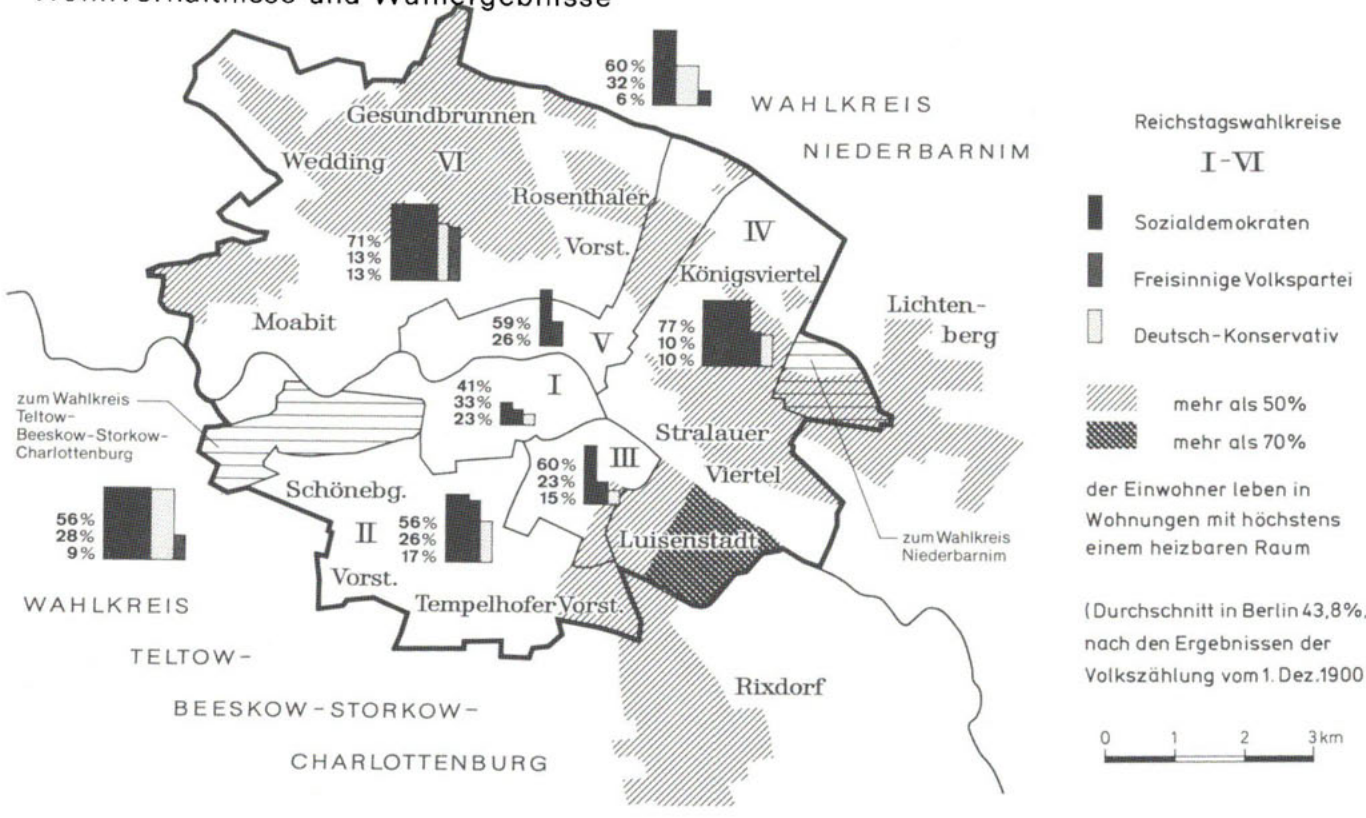
Viertel, in denen 1910 die meisten Menschen mit einfachen Unterkünften vorliebnehmen mußten, zu den Wahlkreisen 4 und 6 gehörten; in Teilen galt das auch für die Wahlkreise 2, 3 und 5. Die in mehreren Höfen gestaffelten Mietskasernen behausten das Gros der sozialdemokratischen Wähler, die dicht gedrängt und in dürftigen Verhältnissen lebend nur mühsam das Gefühl kultivieren konnten, stolze Bürger der Hauptstadt des Deutschen Reiches zu sein.

Wie erwähnt, hat sich die Sozialdemokratie in den Wahlkreisen 4 und 6 am frühesten zur Geltung bringen können. Die höchsten Wähleranteile hat sie im Wahlkreis 4 erzielt, wo sie 1912 82,4% der Abstimmenden für sich hatte, d.h. mehr als zwei Drittel aller Wahlberechtigten. Der Wahlkreis 6 sorgte zwar bei der absoluten Zahl der Wähler für Rekorde, doch die prozentualen Anteile fielen hier etwas schwächer aus; das lag an seiner räumlichen Ausdehnung, die den bürgerlichen Parteien einige Ansatzpunkte bot und sogar den Konservativen noch einen Anteil von 6% der Stimmen gestattete (1912). Zu den Wahlkreisen, die die Sozialdemokratie ab 1893 besetzte, gehörten der zweite und der dritte. Wahlkreis 2 umfaßte den Süden der Stadt, ein ebenfalls weitläufiges, teils großbürgerliches, teils proletarisches Gebiet. Seine stadteinwärts gelegenen Viertel wie die Friedrichsstadt gerieten seit der Jahrhundertwende in den Sog der City-Bildung, d.h. Geschäfts- und Bürohäuser nahmen zu, die Einwohner ab,

[71] Statistisches Jahrbuch, 266; ferner Geschichte der revolutionären Berliner Arbeiterbewegung, Bd. 1, 369f., 527f.

Reichstagswahlen in Berlin 1903

Wohnverhältnisse und Wahlergebnisse



Reichstagswahlkreise

I-VI

Sozialdemokraten

Freisinnige Volkspartei

Deutsch-Konservativ

mehr als 50%

mehr als 70%

der Einwohner leben in Wohnungen mit höchstens einem heizbaren Raum

(Durchschnitt in Berlin 43,8%, nach den Ergebnissen der Volkszählung vom 1. Dez. 1900)

0 1 2 3 km

und das erhöhte das Gewicht der Arbeiterviertel bei den Wahlen. Eine bezeichnende Begleiterscheinung ist hier, daß bis 1912 die Bevölkerung insgesamt sank, die Zahl der Wahlberechtigten aber noch stieg – ein schwer zu erklärendes Phänomen, das jedenfalls auf einer Zunahme der erwachsenen männlichen Bevölkerung beruhte. Der Wahlkreis 3 hatte die geringste geographische Ausdehnung und grenzte ebenfalls an die Innenstadt, er war deshalb an der Rückbildung von Bevölkerungsdichte und Zahl der Wahlberechtigten beteiligt. Die Sozialdemokratie kam hier zum Erfolg, als es ihr gelang, die Wahlberechtigten in überdurchschnittlichem Maße zu mobilisieren und dadurch den Liberalen den Rang abzulaufen.

Ausgewählte Ergebnisse der Sozialdemokratie in Berlin bei Reichstagswahlen[73]

					Sozialdemokratie		
		Bevölkerung	Wahlberechtigte	Wahlbeteiligung %	Wähler	Anteil an den Wählenden %	Anteil an den Wahlberechtigten %
Berlin	1877	966858	174497	46,3	31522	39,2	18,0
	1893	1578794	373930	72,3	152638	56,1	40,8
	1912	2009077	507943	80,8	307762	75,3	60,6
Wahlkreis 1	1877	102113	17028	45,8	1173	15,1	6,9
	1893	91666	20169	75,9	4069	26,6	20,1
	1912	62419	13407	83,6	4408	39,5	32,9
Wahlkreis 2	1877	171424	30521	47,0	3988	27,9	13,0
	1893	324788	75347	77,6	26667	45,7	35,4
	1912	312909	78330	81,6	38131	59,8	48,7
Wahlkreis 3	1877	127242	24328	52,3	3991	31,5	16,3
	1893	135371	32520	81,7	12732	47,9	39,1
	1912	104590	27583	82,7	15056	66,2	54,6
Wahlkreis 4	1877	227153	42707	45,3	10769	55,9	25,2
	1893	395101	93036	70,1	46356	71,4	49,8
	1912	517914	133822	81,7	89507	82,4	66,9
Wahlkreis 5	1877	117474	18681	40,0	2032	27,4	10,9
	1893	144626	31244	74,7	9729	41,9	31,1
	1912	145608	35019	74,3	18160	70,2	51,9
Wahlkreis 6	1877	217564	41232	46,5	9569	50,1	23,2
	1893	487242	121564	67,0	51569	63,5	42,4
	1912	865637	219782	80,7	142500	80,8	64,8
Wahlkreis Teltow – Charlottenburg	1877	189468	40261	40,3	2608	16,2	6,5
	1893	342934	87911	75,7	31424	47,3	35,7
	1912	1315601	339256	82,6	163765	58,7	48,3

[73] Nach: Statistik des Deutschen Reichs 37/1 und 250/3; Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reichs 2/4. Die Angaben beziehen sich auf die Hauptwahl, nicht auf etwaige Stichwahlen.

Zu den Zugewinnen von 1893 gehörte auch der Wahlkreis 5, der erst 1903 fester Besitz der Partei wurde. Er war das sonderbarste Gebilde unter allen Stimmbezirken, denn er erstreckte sich als schmaler Schlauch von der nordöstlichen Peripherie bis in das Stadtzentrum, war also aus großbürgerlichen und proletarischen Vierteln gemischt. Die innerstädtische Verödung, die auch ihn betraf, stärkte die Position der Arbeiterwähler, so daß der sozialdemokratische Anteil 1912 komfortable 70,2% erreichte. An derartige Quoten war dagegen im Wahlkreis 1 nicht zu denken. Er bildete bis 1912 das Residium der Linksliberalen, die sich in ihm mit einiger Mühe behaupten konnten. Die City-Bildung hatte die unteren Bevölkerungsschichten verdrängt, so daß die bürgerlichen Wähler bei rapide sinkender Einwohnerschaft in der Mehrzahl blieben. Der hingebungsvolle Kampf, den die Fortschrittliche Volkspartei und die Sozialdemokratie 1912 um diesen Kreis ausfochten, produzierte zwar mit 83,6% die höchste Wahlbeteiligung in ganz Berlin, ersparte den Sozialdemokraten aber nicht den Verdruß, in der Stichwahl mit 7 Stimmen in der Minderheit zu bleiben!

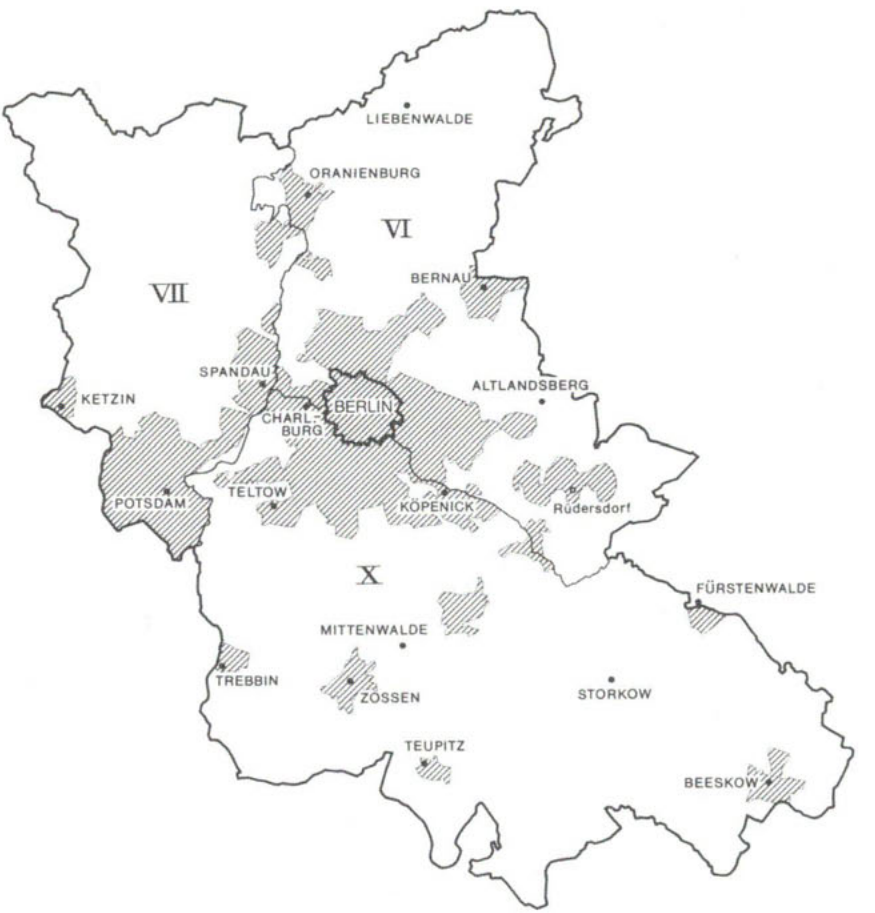
Ein schlagendes Beispiel für die entscheidende Bedeutung der Arbeiterbevölkerung liefern die Vorortwahlkreise, die weit in die ländliche Mark Brandenburg hinausreichten und trotzdem von den Sozialdemokraten erobert wurden (vgl. die Karte „Die Reichstagswahlkreise in der Umgebung Berlins"[74]). Das geschah 1890 im nördlich und östlich anschließenden Wahlkreis Niederbarnim – in ihm gaben die stadtnahen Arbeiterviertel Lichtenberg, Weißensee und Pankow den Ausschlag – und 1893 im südlich anschließenden Wahlkreis Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg – hier waren es die Orte Rixdorf, Schöneberg und Charlottenburg, die der Arbeiterpartei zum Siege verhalfen. Letzterer Wahlkreis ragte dank seiner exorbitanten Zahl an Wahlberechtigten heraus. 1912 handelte es sich um 339 256 Männer, von denen allein 163 765 sozialdemokratisch wählten – der Abgeordnete Fritz Zubeil durfte sich als der Parlamentarier fühlen, der in ganz Deutschland die größte Wählerschaft hinter sich hatte. Im westlich anschließenden Nachbarkeis Potsdam-Spandau-Osthavelland gewann der sozialdemokratische Kandidat erst 1912 das Mandat; dieses Gebiet war mit der Agglomeration Groß-Berlin nicht fest zusammengewachsen, und Spandau hatte bis 1912 unter den Städten in der nächsten Umgebung Berlins einen vergleichsweise gemäßigten Bevölkerungszuwachs erlebt.

Bei der Betrachtung der Berliner Wahlergebnisse fällt auf, daß die Wahlbeteiligung anfänglich erheblich und 1912 auch noch sichtbar unter dem Reichsdurchschnitt lag; es scheint, daß es sich nicht um ein großstadtspezifisches, sondern um ein berlinspezifisches Problem handelt, denn die durchschnittliche Wahlbeteiligung in allen deutschen Großstädten war 1898 und 1912 dem Reichsdurchschnitt angenähert[75]. Das Bild ändert sich jedoch, sobald auf die Position der Sozialdemokraten gesehen wird.

[74] Die Karte beruht auf einer vereinfachten Wiedergabe von *Otto Büsch,* Der Brandenburger als Reichstagswähler 1912; in: Historischer Handatlas von Brandenburg und Berlin (Berlin/New York 1973).

[75] S. *Gerhard A. Ritter / Merith Niehuss,* Wahlgeschichtliches Arbeitsbuch (München 1980) 105, 116. Erwähnenswert ist, daß Berlin 1878, 1881 und 1884 eine deutlich überdurchschnittliche Wahlbeteiligung aufwies, die dem damaligen Kräftemessen zwischen Linksliberalen, Sozialdemokraten und Konservativen zu verdanken war.

Die Reichstagswahlkreise in der Umgebung Berlins



Wahlkreise im Regierungsbezirk Potsdam

VI Niederbarnim

VII Osthavelland

X Teltow - Beeskow-Storkow - Charlottenburg

Bevölkerungsdichte

> 200 E/km² (1912)

0 10 20 30 km

Sie haben in Berlin wesentlich höhere Wähleranteile errungen als im Reich, z.B. 1877 39,2 : 9,1% und 1912 75,3 : 34,8%. Auch unter den Großstädten standen sie 1912 unerreicht da, nicht einmal die Hamburger kamen auf eine vergleichbare Quote[76]. Daraus erhellt, daß die Berliner Bevölkerung mehr als in anderen Großstädten der Arbeiterschaft zuzurechnen war, und daß hier die Sozialdemokraten ihre Anhängerschaft besonders wirkungsvoll mobilisiert haben. Nicht nur, daß Berlin und die drei umgebenden Wahlkreise 1912 14% der gesamten sozialdemokratischen Wählerschaft im Reich aufbrachten, hebt die Bedeutung der hiesigen Partei hervor, sondern es dürfte auch die in jahrzehntelanger Parteiarbeit gewachsene Organisation eine Dichte und Effizienz erreicht haben, die in Deutschland ihresgleichen suchte.

Mögen die Wahlerfolge der Sozialdemokratie noch so bewundernswert sein, so sollte doch nicht übersehen werden, daß sie durch die Tendenz des Mehrheitswahlrechts, den Sieger zu begünstigen, gesteigert worden sind. 1912 hat die Sozialdemokratie in Berlin und Umgebung acht von neun Mandaten, aber nur zwei Drittel der Wähler (68%) innegehabt. Ursprünglich hatte sie die Nachteile des Wahlsystems zu tragen, denn solange sie starke Minderheiten bzw. nur in zwei Kreisen die Mehrheit stellte, befanden sich Mandate und Wählerschaft im Mißverhältnis. Doch seit 1893 und spätestens 1903 kehrte sich die Situation um. Nun bekam die Sozialdemokratie die Kreise 2, 3 und 5 in ihre Hand, außerdem die Vorortwahlkreise, und das bedeutete, daß die dort teilweise beachtliche Minderheit bürgerlicher Parteien leer ausging[77]. Die hauchdünne Mehrheit, die die Liberalen im Wahlkreis 1 behielten, bot nur eine bescheidene Kompensation.

Die Abgeordneten, die die Berliner Wählerschaft im Reichstag vertraten, stellten eine Mischung von Außenseitern, Intellektuellen und Parteiarbeitern dar. Als Außenseiter bürgerlicher Herkunft ist Paul Singer anzusehen, der von 1884 bis zu seinem Tode 1911 den Wahlkreis 4 innehatte. Es hatte seinen eigenen Reiz, daß der stramm proletarische Kreis einen Abgeordneten auf den Schild hob, der als bürgerlicher Unternehmer nur dank seiner demokratisch-sozialen Einstellung, seiner materiellen Hilfsbereitschaft und seines organisatorisch-parlamentarischen Geschicks eine führende Stellung in der Sozialdemokratie erlangen konnte. Zu den Intellektuellen wären Rechtsanwälte wie Arthur Stadthagen (Niederbarnim), Wolfgang Heine (Wahlkreis 3) oder Karl Liebknecht (Potsdam-Spandau) sowie der Journalist Georg Ledebour (Wahlkreis 6) zu rechnen. Auch sie waren Männer von bürgerlichem Habitus, die als Akademiker und Freiberufler vom durchschnittlichen Funktionärstyp der Sozialdemokratie beträchtlich abwichen. Zu diesem Funktionärstyp gehörten am ehesten Richard Fischer (Wahlkreis 2), Robert Schmidt (Wahlkreis 5) und Fritz Zubeil (Teltow-Charlottenburg). Fischer war von Beruf Schriftsetzer, einige Jahre Mitglied des Parteivorstands und ab 1893 Leiter der Buchhandlung bzw. Druckerei des „Vorwärts". Schmidt, ursprünglich Klaviermacher, arbeitete als Redakteur am „Vorwärts" und gehörte seit 1902 der Generalkommission der Gewerkschaften an. Fritz Zubeil begann ebensfalls als Tischler und Klavierbauer, betätigte sich in der gewerkschaftlichen Bewegung Ber-

[76] *Ritter/Niehuss* 115; die auf S. 113 für die Großstädte Badens genannte Quote von 84,5% dürfte ein Druckfehler sein (statt 54,5%).

[77] Vgl. zu dieser Problematik die Bemerkungen bei *Bernstein,* Geschichte, Teil 3, 212.

lins und erlangte 1890 ein Mandat als Stadtverordneter. Seine politische Aktivität kostete ihn den Arbeitsplatz, so daß er zunächst als Gastwirt sein Auskommen suchte und 1898 als Expedient in den Verlag „Vorwärts" eintrat[78]. Diese Abgeordneten gaben einen repräsentativen Eindruck von der gehobenen Elite der Sozialdemokratischen Partei: eine Mischung von bürgerlichen Sympathisanten und proletarischen Aufsteigern, denen die Arbeiterbewegung eine soziale Existenz, auf jeden Fall aber das Sprungbrett für eine politische Karriere bot.

Bezeichnend für das Prestige der Abgeordneten – oder für den Traditionalismus der Berliner Partei – war, daß sie in der Regel über Jahrzehnte hinweg immer wieder als Kandidaten nominiert wurden. Eine gut geölte Parteimaschinerie sorgte dafür, daß ohne Verzug und irritierende Diskussion die Wahlkreise geschlossen für ihre Kandidaten ins Gefecht zogen. Das zeigte sich besonders Ende 1906, als der Reichstag vorzeitig aufgelöst wurde und die Parteien sich aus dem Stand in den Wahlkampf stürzen mußten. Schon nach fünf Tagen hielten die Berliner Wahlvereine ihre Generalversammlungen ab, auf denen die bisherigen Abgeordneten per Akklamation erneut gekürt wurden. „Jubelnd hob man von neuem die Männer auf den Schild, die berufen sind, wie sie berufen waren, im Reichstag die Interessen des Volkes im Auftrage des Proletariats von Groß-Berlin zu vertreten" – so die Berichterstattung des „Vorwärts". Der Auftritt Singers in seinem 4. Wahlkreis wurde „mit brausendem, nicht enden wollendem Jubel und Hochrufen" quittiert[79]. Aus der Art des Verlaufs geht hervor, daß das Ganze keine wägende Entscheidung war, sondern eine demonstrative Handlung, die die eigenen Parteigänger erheben und die bürgerlichen Widersacher verängstigen sollte. Es war nicht ganz unbegreiflich, daß ein Kritiker des Berliner Organisationslebens von „einem Modus der Kandidatenaufstellung" sprach, „der gegen Kardinalsätze der Demokratie verstieß"[80]. Allerdings räumte er ein, daß Wahlvereine mit Zehntausenden von Mitgliedern kaum anders verfahren konnten, als die Vorentscheidungen einem inneren Zirkel von Funktionären zu überlassen. Die Massendemokratie entwikkelte halt auch in den Parteien ihre spezifischen Züge.

2. Zu den Preußischen Landtagswahlen

Wie schon erwähnt, waren die Landtagswahlen in Preußen eine Aufgabe, von der sich die Sozialdemokraten lange ferngehalten haben. Wenn die Berliner sich 1903 herbeiließen, sich dieser Mühe zu unterziehen, so leitete sie dabei nicht nur die Parteidisziplin, sondern auch die Absicht, der Öffentlichkeit die Widersinnigkeit des Drei-

[78] Vgl. die Biographien für alle Genannten (außer Zubeil) in: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Biographisches Lexikon (Berlin 1970), für Zubeil s. Reichstags-Handbuch, III. Wahlperiode (Berlin 1925) 398, und *Bernstein,* Geschichte, Teil 3, 212. Ferner für alle *Wilhelm Heinz Schröder,* Sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete und Reichstagskandidaten 1898 – 1918 (Handbücher zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 2, Düsseldorf 1986).

[79] Vorwärts, 19. 12. 1906 („Die Eröffnung des Wahlkampfes in Groß-Berlin").

[80] *Bernstein,* Demokratie, 1111. Ein abweichendes Beispiel bietet die Kandidatur Wolfgang Heines 1898 im Wahlkreis 3, s. Geschichte der revolutionären Berliner Arbeiterbewegung, Bd. 1, 402 ff.

klassenwahlrechts vor Augen zu führen. Denn was konnte grotesker sein, als wenn die Partei mit der riesigen Mehrheit der Wähler keinen einzigen Abgeordneten stellen würde? Und so war es: 122150 sozialdemokratische Wähler standen gegen 27847 bürgerliche, jedoch die sieben Mandate wurden eine Beute der Liberalen[81]. Dieses Schicksal konnten die Hunderte von sozialdemokratischen Wahlmännern nicht wenden, aber sie konnten die Wahl des Abgeordneten in ein absurdes Theater transformieren: es gelang ihnen vereinzelt, den Wahlvorgang, dessen Ergebnis von vornherein gewiß war, in eine schier endlose Prozedur zu verwandeln. Im Wahlkreis Teltow-Charlottenburg z. B. hatten die Sozialdemokraten 654 und die Liberalen 836 Wahlmänner erreicht, beide Parteien zusammen hätten die Konservativen überbieten und die Abgeordneten, die hier zu ermitteln waren, unter sich verteilen können. Da die Liberalen solch eine Absprache ablehnten, flohen die Sozialdemokraten in die Obstruktion. Sie nutzten den Umstand, daß die Wahlmänner in gemeinsamer Versammlung nach Namensaufruf abstimmen mußten, dazu, das Verfahren in die Länge zu ziehen; sie gingen betont gemächlich und ruhig zu Werke und taten das auch beim zweiten Wahlgang, der Stichwahl zwischen den liberalen und konservativen Bewerbern, obwohl sie nur noch ungültige Stimmen zur Protokoll gaben. Der Erfolg der Übung: der Wahlakt zog sich einen Tag und eine Nacht hin – ein idiotischer Alpdruck[82]!

Derartige Kuriositäten trugen dazu bei, die bescheidene Wahlrechtsreform von 1906 vorzunehmen. In Berlin und seiner südlichen Umgebung wurden die Wahlkreise und die Mandate vermehrt, und das verbesserte die Aussichten der Sozialdemokraten, in proletarisch geprägten Wahlbezirken siegreich zu sein. Wie schon bemerkt, kam es darauf an, möglichst viel Wahlmänner in der 2. Klasse zu gewinnen, und das konnte nur dort geschehen, wo eine größere Zahl von Arbeitern in diese Klasse als Urwähler eingestuft wurden. Im Wahlkreis XI, den die Sozialdemokraten 1908 eroberten, schloß der Steuerbetrag, der für die Einstufung der Wähler in die 2. Klasse maßgebend war, in den meisten Wahlrevieren mit weniger als 60 M jährlich ab (er sank häufig bis 32 M ab); dagegen im Wahlbezirk II, den die Liberalen behaupteten, unterschritt der Grenzbetrag selten 100 M und stieg im Extrem bis auf 50702 M[83]. Aus dieser Kon-

Stellung der Sozialdemokratie im Wahlbezirk XI bei der Preußischen Landtagswahl 1908[84]

	Wahlberechtigte	sozialdemokratische	liberale	sonstige
Urwähler 1. Kl.	1312	340	294	185
2. Kl.	7539	3664	253	894
3. Kl.	26571	14600	156	1168
Wahlmänner (von 484)		352	115	–
gewählter Abgeordneter		Karl Liebknecht		

[81] *Bernstein,* Geschichte, Teil 3, 416.

[82] S. die Schilderung bei *Bernstein,* Geschichte, Teil 3, 420ff.

[83] S. die detaillierten Angaben in Statistisches Jahrbuch, 939ff., 960ff.

[84] *Georg Evert,* Die preußischen Landtagswahlen von 1908 und aus früheren Jahren, in: Zeitschrift des Königlich Preußischen Statistischen Landesamts, Ergänzungsheft XXX (1909) XXXV, 15, 231. Der Wahlbezirk XI umfaßte Wedding und Gesundbrunnen.

stellation ergab sich, daß im Wahlbezirk XI viele Arbeiter in die 2. Klasse der Wähler kamen und dort für sozialdemokratische Wahlmänner stimmten. Die Wirkung im einzelnen sei an einem Beispiel demonstriert (s. Tabelle S. 248).

Hier ist an einem Extremfall zu sehen, wie unter Umständen die Liberalen sogar in der 1. Klasse gegen die Sozialdemokraten den Kürzeren ziehen konnten, allerdings bedurfte es dazu solch eines typischen Arbeiterviertels, wie es der Wedding vor dem Ersten Weltkrieg war. Wenn die Liberalen trotz ihrer klaren Unterlegenheit fast ein Viertel der Wahlmänner erlangten, so verdankten sie das wohl der Unterstützung durch die „sonstigen" Urwähler.

Der Erfolg der Sozialdemokraten hat sich 1908 zwar in fünf anderen Wahlbezirken wiederholt, aber insgesamt brachte das Wahlergebnis das unvermeidlich schiefe Bild. Von 243 942 abstimmenden Urwählern haben die Sozialdemokraten 179 591 und die Liberalen 23 266 auf sich vereint, jedoch jede Partei hat sechs Mandate erhalten[85]. Der Eindruck demokratischer Unzulänglichkeit verstärkte sich erheblich ob der Tatsache, daß in den Vororten die Sozialdemokratie überall leer ausging. Obwohl bei der Reform von 1906 der Wahlkreis Teltow-Charlottenburg in drei Wahlbezirke zerlegt worden ist, gab es nirgends eine Mehrheit sozialdemokratischer Wahlmänner; selbst in Rixdorf-Schöneberg unterlag Otto Wels einem Liberalen mit 528 : 556 Wahlmännerstimmen[86]. Angesichts derartiger Erfahrungen ist es begreiflich, daß die Berliner Sozialdemokraten in den folgenden Jahren ungestüm die grundlegende Reform des preußischen Wahlrechts forderten.

3. Die Berliner Sozialdemokratie im Reichstagswahlkampf 1906/07

Es ist schon erwähnt worden, daß im Winter 1906/07 kurzfristig ein Reichstagswahlkampf fällig wurde, weil die Regierung das Parlament wegen seiner Opposition in kolonialpolitischen Fragen aufgelöst hatte. Mehr noch als dieser Anlaß bestimmte der Wunsch, die Parteienkonstellation und damit die Mehrheitsverhältnisse zu verändern, den Reichskanzler, Bernhard von Bülow, dazu, die Konfrontation zwischen Regierung und Volksvertretung auf die Spitze zu treiben. Das zeigte sich auch darin, daß der Wahlkampf unter maßgeblichem Einfluß des Kanzlers und der Behörden gegen die Sozialdemokraten gerichtet wurde, die 1903 so ungewöhnlich erfolgreich gewesen sind[87]. Diese Ausgangslage nötigte die Sozialdemokratie zum Aufgebot aller ihrer Kräfte, denn die Front ihrer Gegner schloß sich fester zusammen als jemals zuvor.

Der Auftakt ihres Wahlkampfes in Berlin erfolgte schlagartig und präzise am 18. Dezember 1906. Die Nominierung der Kandidaten gestaltete sich zu brausenden Proklamationen, in denen man sich „heilig" gelobte, „mit aller Energie gegen die reaktionäre Masse" vorzugehen und „ein Heer bilden" zu wollen, „das unter allen Umständen siegen muß"[88].

[85] *Evert*, 166, 230 f., XXXV.
[86] *Evert*, XXXVI.
[87] Vgl. hierzu *Dieter Fricke*, Der deutsche Imperialismus und die Reichstagswahlen von 1907, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 9 (1961) 538 ff.
[88] Vorwärts, 19. 12. 1906 („Die Eröffnung des Wahlkampfes in Groß-Berlin!").

Es gehörte zur Strategie des Wahlkampfes, die Anhänger durch klare und recht hohe Zielvorgaben zu vollem Einsatz anzueifern und auf neuerliches Stimmwachstum zu programmieren. Die Gesamtpartei wollte man „mit einer Stimmenzahl von über vier Millionen aus der Wahl hervorgehen" sehen, in den einzelnen Berliner Wahlkreisen lautete, je nach Lage der Dinge, das Ziel entweder auf Übertreffen einer bestimmten Wählerzahl (Teltow-Charlottenburg: „Diesmal 100000 Stimmen"), oder auf Erhöhung des Stimmenanteils (Wahlkreis 5: im Einklang mit der bisherigen Wachstumsquote jetzt 67,27% der Wähler gewinnen) oder auf Steigerung des Anteils an den Wahlberechtigten (Wahlkreis 6: die Zahl der Wähler müsse „an die 100000 herangehen" und den Anteil an den Stimmberechtigten auf über 50% bringen). Ganz allgemein wurde geltend gemacht, daß jede Stimme herangeholt werden müsse, denn „vergeßt nicht, daß diesmal die Zahl der Stimmen die politische Lage bestimmt"; die Berliner müßten bedenken, „daß bei der Summierung der im Reiche für die Partei abgegebenen Stimmen alle Stimmen gleich schwer wiegen" und folglich der in Berlin leicht zu erzielende Zugewinn sein großes Gewicht habe[89]. Den Berlinern wurde auf diese Weise eingeschärft, daß sie nicht nur ihre relativ sicheren Wahlkreise behaupten, sondern außerdem einen großen Stimmenzuwachs ansteuern sollten, damit die Bilanz für die Gesamtpartei positiv beeinflußt würde. Denn es war klar, daß die Partei gegenüber dem konzentrischen Angriff von Regierung und bürgerlichen Parteien im Reich viele Mandate verlieren würde, um so wichtiger war deshalb eine positive Bilanz bei den Wählerstimmen.

Das andere, negativ formulierte Ziel bestand darin, die Konkurrenz der Freisinnigen Volkspartei niederzuhalten. Sie war in der Stadt der einzige nennenswerte Rivale und hoffte, in den Wahlkreisen 2, 3 oder 5 einiges vom verlorenen Boden gut machen zu können. Derartigen Träumereien wollten die Sozialdemokraten durch Verbreitung eines klaren Feindbildes vorbeugen: sie wurden als „Freisinnsmäuslein", die auf den Speck der Regierung hereingefallen seien, oder als „getreue Bernhardiner" ironisiert, vor allem aber als „freisinnige Schutztruppe für das persönliche und militärische Regiment" abgestempelt, deren jammervolles Verhalten dazu geführt habe, daß nun „das Bürgertum in Deutschland ... durch und durch reaktionär" sei. Freiheit und Kultur könne das deutsche Volk nur noch von der Sozialdemokratie erwarten, insofern sei es schlechterdings „unmöglich, daß ein klassenbewußter Arbeiter einen Freisinnigen wählen könne", wenngleich es noch viele Arbeiter gäbe, die „nicht begriffen haben, daß sie zum Proletariat gehören" und vom Bürgertum keine Hilfe zu erwarten hätten[90].

Schnittpunkt all dieser Deduktionen war die Feststellung, daß die bürgerlichen Parteien geschlossen gegen die Sozialdemokratie stünden und daß es deshalb kein Paktieren geben könne. Der Verlauf des Wahlkampfes bestätigte die Diagnose, denn mehrfach bemühten sich Konservative und Liberale um Sammelkandidaturen, was ihnen allerdings nur im Wahlkreis Niederbarnim wirklich glückte, aber die Dämpfung der

[89] Aus verschiedenen Wahlkampfberichten des Vorwärts vom 19. 12. 1906, 8./10./12./16. 1. 1907.
[90] Aus Vorwärts, 19. 12. 1906, 10./19. 1. 1907.

Gegensätze im bürgerlichen Lager war unverkennbar. Besonders unerfreulich war, daß gegen mehrere sozialdemokratische Kandidaten eine persönlich zugespitzte, verhetzende Agitation eröffnet wurde, die deren Glaubwürdigkeit und Integrität erschüttern sollte. Am rücksichtslosesten betrieb diese Klopffechterei eine nationalistisch-antisemitische Clique im Wahlkreis Niederbarnim, die offensichtlich vom Reichsverband gegen die Sozialdemokratie ausgeschickt wurde und sich mit bösartiger Beharrlichkeit auf den sozialdemokratischen Kandidaten Stadthagen stürzte[91]. Es fiel der Partei zwar nicht schwer, die plumpen Anwürfe zu widerlegen, aber das verbreitete Gift persönlicher Ehrabschneiderei trübte das Verhältnis zu den bürgerlichen Parteien erheblich.

Zu den Auffälligkeiten der Wahlkampfberichte gehören die pathetischen Töne, die in die sozialdemokratische Agitation einflossen. Sie dienten dazu, kollektive Emotionen auszulösen, das Gemeinschaftsgefühl, das Sendungsbewußtsein und die Siegesgewißheit zu heben. Teils spielten sie auf die Klassenlage der Zuhörer an, teils auf die weitergehenden Aufgaben der Partei gegenüber Staat und Nation und durchgängig betonten sie die eigenständige Rolle der Sozialdemokratie als Verfechterin der Volksinteressen. Die höchste Form des Pathos war wohl, wenn auf den Erlösungscharakter des Sozialismus angespielt und der deutschen Arbeiterklasse „eine große Mission" zugeschrieben wurde: „wir müssen ... ständig das Evangelium des Sozialismus predigen" (Singer), die Sozialdemokratie sei „die Verkünderin des neuen Evangeliums" (Zubeil)[92]. Sehr viel wirklichkeitsnäher klang es, wenn die Rolle „der einzigen Partei, welche für die Rechte des Volkes kämpft" (Ledebour), beansprucht und im Gegensatz zu Kaiser und Regierung verlangt wurde, „daß des Volkes Wille das höchste Gesetz sein müsse" (Singer)[93]. Hieran ließ sich auch ein Eintreten für nationale Interessen anknüpfen, nämlich in dem Sinne, daß das sozialdemokratische Streben nach mehr Demokratie der nationalen Ehre besser diene als eine militante Machtpolitik. Es sei „eine nationale Schande, daß der Deutsche ein untertäniger Diener und kein freier Mann ist"; wenn die Sozialdemokraten erreichten, „daß in Deutschland Unterdrückung und Ungerechtigkeit verschwänden", dann machten sie „dem deutschen Namen wirklich Ehre" (Heine)[94].

Die ins Allgemeine gehende Aussage konnte eine spezifisch sozialistische Färbung annehmen, wenn der Machtanspruch der Arbeiterklasse mit der Aufhebung der Klassenherrschaft identifiziert wurde. Die Sozialdemokratie sei wohl „die Partei der klassenbewußten Arbeiter, aber ihre Ziele seien auf das Ganze gerichtet und ihr Ideal die Abschaffung jeder Klassenherrschaft" (Heine)[95]. Doch in der Regel herrschten klassenkämpferische Töne nicht vor, statt dessen wurde gerne die Größe und Macht der Arbeiterschaft zum Anklingen gebracht, indem von der „kampffrohen Proletariermenge", den „Arbeitermassen" und „Arbeiterbataillonen" gesprochen wurde, die auf den Versammlungen erschienen. Das glitt mitunter in das Eigenlob sozialdemokrati-

[91] S. Vorwärts, 15. 1. 1907 ("Der Wahlkampf in Groß-Berlin ... Niederbarnim"), 17. 1. 1907 ("Der Wahlkampf ... Wahlschwindel").
[92] Vorwärts, 19. 12. 1906 (Singer), 6. 1. 1907 (Zubeil), 10. 1. 1907.
[93] Vorwärts, 15. 1. 1907 (Ledebour), 24. 1. 1907 (Singer).
[94] Vorwärts, 19. 12. 1906, 22. 1. 1907.
[95] Vorwärts, 13. 1. 1907 (vgl. auch 5. und 8. 1. 1907).

scher Erziehung hinüber, wenn beifällig berichtet wurde, daß die „sturmerprobten, begeisterten Proletarier" durch ihre „ruhige Disziplin und Schulung" für einen geordneten Ablauf der Wahl trotz Massenandranges sorgten[96]. Ungeachtet der emotionalen Züge, die das Vokabular besitzt, ist es darauf gerichtet, die gewünschte Bewegung von der unberechenbaren, tumultuarischen Aktion fernzuhalten und ihren Schwung in einen geordneten, geplanten Ablauf einzubinden – gewollt ist die Symbiose von Gefühl und Disziplin.

Obwohl der Agitation die revolutionäre Deklamation fehlte, fällt doch gelegentlich ein schärferer, antiparlamentarischer Akzent auf. Es wurde geltend gemacht, daß es nicht mit der Wahl eines anderen Reichstags getan sei, sondern daß „eine andere Regierung im Sinne des Volkes" notwendig sei, und noch einen Schritt weitergehend konnte gesagt werden, daß der sozialistische Zukunftsstaat „jedenfalls nicht im Reichstag, sondern sehr wahrscheinlich auf anderem Boden" entstehen werde (Robert Schmidt). Als das unbefriedigende Wahlergebnis bekannt war, meinte ein Funktionär, es gelte „vor allem, die Arbeiterschaft mit sozialistischem Geist zu durchdringen", denn bekanntlich könne „der Parlamentarismus allein uns nicht zum Ziele führen"[97]. Solche Bemerkungen sind sorgfältig zu beachten, denn sie bringen den Zweifel am parlamentarischen Weg der Partei zum Ausdruck und deuten die Bereitschaft zu einer anderen politischen Option an. Aber alles in allem bestimmte auch diesen Wahlkampf das Bekenntnis zum allgemeinen Wahlrecht als dem wichtigsten politischen Recht und zur Wahlbeteiligung als oberster Pflicht.

Der Wahlkampf hatte im wesentlichen drei Erscheinungsformen: die Versammlungen, die Flugblattaktionen und die verschiedenen Dienste am Wahltag selbst. Die Versammlungen konnten brechend volle Massenveranstaltungen oder örtliche Treffen kleiner Anhängergruppen sein, sie reichten von der städtischen Großkundgebung bis zur dörflichen Kneipenrunde, zu der sich der Agitator aus der Stadt einstellte. Die Variationsbreite der Veranstaltungen war beträchtlich und zeugte von der Anpassungsfähigkeit der sozialdemokratischen Agitation.

Am geschlossensten wirkte der Auftakt am 18. Dezember, wo in Mitgliederversammlungen der Wahlkreise die Kandidaten proklamiert wurden. Die Veranstaltungen, die sich an die weitere Öffentlichkeit wandten, setzten Anfang Januar ein und erreichten zu den Wochenenden hin oft eine große Dichte. In den Wahlkreisen mit zahlreicher Anhängerschaft liefen Serien von 8 oder 9 Versammlungen gleichzeitig ab, die selbst dann überfüllt waren, wenn die Redner aus dem zweiten Glied der Agitatoren stammten[98]. Oft wurden die Lokale wegen des Gedränges von der Polizei vorzeitig abgesperrt wie z. B. am 20. Januar, als August Bebel in einem Hotel am Alexanderplatz sprach[99]. Die Redner, die die Partei in Berlin aufbot, gehörten meistens zur Prominenz und strahlten eine starke mobilisierende Wirkung aus. An der Spitze standen die Kandidaten, von denen vor allem Stadthagen und Zubeil in ihren ausgedehnten, mit vielen Ortsvereinen besetzten Wahlkreisen ein großes Pensum leisteten. Es war ein

[96] Aus verschiedenen Berichten; Vorwärts, 19. 12. 1906, 19./22./26. 1. 1907.
[97] Vorwärts, 5./10. 1. 1907 (Schmidt), 26. 1. 1907 (Wolderski).
[98] Vgl. die Berichterstattung über den Wahlkreis 4 in: Vorwärts, 19. 1. 1907.
[99] Vowärts, 22. 1. 1907 („Der Wahlkampf ... Fünfter Wahlkreis").

spezifischer Vorteil Berlins, daß hier der Parteivorstand und die Redaktion des Zentralorgans residierten und deren Mitglieder häufig auf Versammlungen auftraten (u.a. Friedrich Ebert, Wilhelm Düwell, Heinrich Ströbel). Doch selbst die Funktionäre in den Wahlkreisen besaßen genügend Zugkraft, um für volle Säle zu sorgen. Es ist zu vermuten, daß es in Berlin keine Mühe bereitete, Redner zu finden, denn von den Parteivorsitzenden (die beide Berliner Parteimitglieder waren) bis zu den örtlichen Funktionären bot sich hier eine reiche, leicht verfügbare Auswahl an Personen an.

Die Formen der Veranstaltungen richteten sich ganz nach den Gegebenheiten. Die großen Versammlungen nahmen in der Regel einen akklamatorischen, demonstrativen Charakter an. Bebel z.B. wurde am 20. Januar „mit stürmischem Jubel" begrüßt, seine lange Rede begleiteten „stürmische Zustimmung" und „donnernder anhaltender Beifall", am Ende meldete sich niemand mehr zur Diskussion und mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie und weiteren Hochs auf Bebel und den Kandidaten Schmidt gingen die Zuhörer auseinander[100]. In den kleineren Versammlungen dagegen fehlte es nicht an der direkten Auseinandersetzung mit den Gegnern, sie wurden regelmäßig zur Stellungnahme aufgefordert, oft auch zur Teilnahme eingeladen, und gelegentlich entwickelte sich daraus ein lebhafter, interessanter Disput, wie es für den 13. Januar aus Friedenau berichtet wurde[101]. Doch meistens haperte es mit der sachlichen Diskussion, weil die bürgerlichen Gegner zu unqualifizierten Argumenten griffen bzw. in den Arbeitergegenden den Versammlungen fernblieben.

Wo es geboten war, griff die Sozialdemokratie zu einer ausgesprochenen Zielgruppenarbeit, d.h. sie sprach kleinere Berufsgruppen an, denen sie im örtlichen Rahmen eine besondere Bedeutung beimaß. So gab es Veranstaltungen für Handlungsgehilfen, für Hotelpersonal und für Diener (letztere in Schmargendorf, einer wohlhabenden Wohngegend), wobei mitunter auch ausgefallene Tageszeiten gewählt wurden[102]. Ein anderer Spezialfall war die Landagitation. Die Sozialdemokratie scheute sich nicht, kleine und kleinste Orte, oft von Berlin weit entfernt, aufzusuchen, um dort ihren Anhängern etwas Rückenstärkung zu geben. Am 30. Dezember 1906 wurde z.B. in Staakow, einem etwa 60 km südlich von Berlin entfernten Ort mit 60 Wählern, eine Versammlung durchgeführt, zu der 40 Personen erschienen sind. Der Referent kam aus Charlottenburg und prägte seinen Zuhörern „den grundsätzlichen Gegensatz in den Bestrebungen der sozialdemokratischen Arbeiterpartei zu denen aller anderen Parteien" ein; das erhoffte Ziel war, hier die bisher 17 Wähler verdoppeln zu können[103]. Andere Touren führten in den Kreis Niederbarnim, und nicht selten mußten die Berliner Genossen sonntags bereits um 6.30 Uhr aufbrechen, um die entlegenen Orte zu erreichen. Viel Mühe bereitete es, die notwendigen Versammlungsräume zu sichern, da die Gastwirte unter dem Druck konservativer Amtsvorsteher die Aufnahme der Sozialdemokraten verweigerten. Einen letzten Ausweg bot dann das Zusammentreten

[100] S. die Berichterstattung in: Vorwärts, 22. 1. 1907.
[101] Vorwärts, 17. 1. 1907 („Wahlversammlungen. Kreis Teltow").
[102] S. die Hinweise in: Vorwärts, 11. 1. („Der Wahlkampf ... Kreis Teltow"), 12. 1. („... Im zweiten Wahlkreise") und 24. 1. 1907 („Wahlversammlungen. Erster Wahlkreis"). Die Veranstaltung für das Hotelpersonal fand 1 Uhr nachts statt.
[103] Vorwärts, 1. 1. 1907 („Der Wahlkampf ... Wählerversammlungen im Kreise Teltow").

unter freiem Himmel dar, was trotz des Winterwetters mehrfach geschah. In Schönwalde, nordwestlich von Spandau, kam es am 20. Januar zu solch einer Versammlung im Freien, die bei „starkem Schneegestöber von 60–70 Personen besucht" war[104].

Andere Widrigkeiten, auf die sozialdemokratische Veranstaltungen stießen, gingen von der Polizei aus. Sie hatte es durch die aufsichtführenden Beamten in der Hand, die Versammlungen vorzeitig zu beenden, wenn sie einen Anlaß dazu sah. Anlaß konnte sein das Eintreten der Polizeistunden (außerhalb Berlins meistens 22 Uhr, aus diesem Grunde wurde in Lichterfelde mehrfach eingegriffen), es konnte auch der beginnende Kirchgang auf einem Dorf sein, die Anwesenheit von Frauen in einer öffentlichen Versammlung (was aber rechtlich zulässig war!) oder nur ein kesser Zwischenruf wie der: „am 27. Januar müsse auch auf dem Schlosse die rote Fahne wehen"[105]. Die manchmal unberechenbaren Reaktionen des Polizisten stellten den Versammlungsleiter vor eine schwierige Situation, in der er nicht ohne ein gerüttelt Maß an Rechtskenntnis und Psychologie bestehen konnte. Mitunter wußten aber auch die Sozialdemokraten vom Versammlungsrecht auf ihre Weise Gebrauch zu machen, wie z.B. in Reinickendorf, wo sie eine Veranstaltung der Liberalen besuchten, mit ihrer Mehrheit die Wahl einer eigenen Leitung durchsetzten und nach dem Auszug der empörten Einberufer das Treffen für beendet erklärten, weil sie in dem Lokal, dessen Wirt ihnen feindlich war, nicht weiter tagen wollten – die liberale Versammlung war also gesprengt worden[106].

Zu den organisatorischen Großtaten der Berliner Sozialdemokratie gehörten die Flugblattaktionen, die während des Wahlkampfes beinahe in wöchentlicher Folge stattfanden. Vor der Januarwahl 1907 wurden drei bis acht verschiedene Ausgaben von Flugblättern in den Wahlkreisen verteilt, deren Gesamtauflage 4,49 Mio. Exemplare erreichte[107]. Diese Massen von Papier richtig zu verteilen, bedurfte einer ausgeklügelten Planung und der Mitarbeit vieler Menschen: die Partei glaubte eher niedrig zu schätzen, wenn sie „die Zahl der Genossen bei einer Flugblattverbreitung in Groß-Berlin auf 20000" veranschlagte[108]. Dieses Heer von Kolporteuren wurde durch Aufrufe in der Presse zu seinen Einsatzorten dirigiert, „unbedingtes und pünktliches Erscheinen" wurde eingeschärft, häufig auch „die Pflicht jedes Mitgliedes, sich an der Flutblattverbreitung zu beteiligen", hervorgehoben[109]. In der Regel begann die Aktion sonntags früh um 8 Uhr, und das im Winter, der sich bereits im Dezember mit tiefen Temperaturen und viel Schnee eingestellt hatte. Führte die Tour über Land, fand der Aufbruch auch schon um 7 Uhr statt. Die Einsatzbereitschaft von Menschen, die normalerweise am Sonnabend noch gearbeitet hatten und Sonntag früh scharenweise ih-

[104] Vorwärts, 24. 1. 1907 („Der Wahlkampf in der Provinz Brandenburg").
[105] S. die Angaben im Vorwärts, 1. 1. („Wählerversammlungen im Kreise Teltow), 9. 1. („Eine polizeiliche Ordnungstat"), 19. 1. („Der Wahlkampf ... Sechster Wahlkreis"), 23. 1. 1907 („... Niederbarnim"). Der 27. Januar war bekanntlich der Geburtstag Wilhelms II., und die Wahlen fanden am 25. Januar 1907 statt.
[106] Vorwärts, 12. 1. 1907 („Der Wahlkampf ... Niederbarnim").
[107] Jahresbericht 1906, 14.
[108] Vorwärts, 22. 1. 1907 („Der Wert der Kleinarbeit").
[109] S. die Ankündigungen in: Vorwärts, 29. 12. 1906 („Partei-Angelegenheiten").

rem politischen Engagement folgten, spricht für sich. Die Partei war verständlicherweise stolz auf den Idealismus ihrer Anhänger, die sich freiwillig einer guten Sache widmeten und sich glänzend abhoben von den Wahlhelfern anderer Parteien, die als „bezahlte Mietlinge ... ihre Arbeit ohne Interesse verrichteten"[110].

Vollends auf die Höhe gelangte die organisatorische Feinarbeit am Wahltag. Er sah einen Großeinsatz der Partei. Noch einmal steigerte sich das Aufgebot der Kräfte, und nicht ohne Behagen hieß es hernach, „die Angaben gegnerischer Blätter, die Partei habe am Wahltage in Groß-Berlin über ca. 40000 Genossen zur Hilfeleistung verfügt, sind eher zu niedrig als zu hoch gegriffen"[111]. Was jetzt gebraucht wurde, waren Verteiler von Stimmzetteln vor den Wahllokalen, Melder, die zwischen den Wahllokalen und den parteieigenen Wahlbüros in den Wahlkreisen pendelten, Boten, die den säumigen Wählern ab der Mittagszeit schriftliche Erinnerungen zutrugen, Schlepper, die nachmittags die noch immer fehlenden Wähler aus ihren Wohnungen herbeizuholen suchten, und schließlich auch einfache Flugblattverteiler. In den Arbeiterbezirken begannen die ersten Helfer morgens um 4 Uhr und verteilten Flugblätter an den Werkstoren, und der Tag endete für viele erst am späten Abend, als auf den zahlreichen Versammlungen in den Wahlkreisen die Ergebnisse durch die Partei-Wahlbüros verkündet wurden[112].

Die Rekrutierung der Helfer erfolgte wieder über die Wahlkreisvereine, die in Aufrufen an ihre Mitglieder appellierten, sich am Wahltag zahlreich bereitzuhalten. Regelmäßig waren in den Versammlungen die Frauen aufgefordert worden, die Agitation mitzutragen, obwohl sie nicht wählen durften: Genossinnen riefen ihnen zu, sie seien zwar rechtlos, aber „doch nicht machtlos, und diese Macht sollen sie zu gebrauchen suchen"[113]. Von den Arbeitslosen erwartete man ohnedies einen vollen Einsatz, aber auch beschäftigte Arbeiter nahmen sich den Tag in größerer Zahl frei, um sich den Parteiaufgaben zu widmen[114]. Erheblicher Wert wurde auf Radfahrer gelegt, die als Boten Nachrichten übermittelten oder entfernter wohnende Wahlberechtigte aufsuchen sollten. All diese Vorbereitungen mündeten in „eine musterhafte Rührigkeit von früh bis spät", Hilfskräfte meldeten sich „überall freiwillig in Massen", und mit Genugtuung sahen die Organisatoren, wie sich im Laufe des Tages „das Wahlbild in seiner vollen Großartigkeit" entfaltete[115]. Am Abend des 25. Januar war der Wahlkampf nach einer außergewöhnlichen Kraftentfaltung der Partei beendet, doch wie war das Ergebnis?

[110] Vorwärts, 26. 1. 1907 („Berlin wählt! Fünfter Wahlkreis"); vgl. auch 22. 1. („Der Wert der Kleinarbeit") und 24. 1. 1907 („Gegnerische Wahlarbeit").

[111] Jahresbericht 1906, 14.

[112] S. die Berichterstattung: Vorwärts, 26. 1. 1907 („Berlin wählt!" „Die Aufnahme der Wahlresultate"). Im Wahlkreis 5 wurde gegen 22 Uhr das Ergebnis verkündet.

[113] Vorwärts, 22. 1. 1907 („Der Wahlkampf ... Kreis Teltow").

[114] Vorwärts, 22. 1. 1907 („Der Wert der Kleinarbeit"), wo erwähnt wird, „daß am 25. Januar verschiedene Berufe feiern und sich viele Arbeiter in den Dienst der sozialdemokratischen Partei stellen". Auf derselben Seite die Notiz, daß sich 45 Arbeiter einer Weißenseer Motorenfabrik am 25. 1. „vollständig frei gemacht [haben], um bei der Reichstagswahl helfen zu können".

[115] Vorwärts, 26. 1. 1907 („Berlin wählt! ... Sechster Wahlkreis ... In Teltow ...").

In absoluten Zahlen bot sich gleich auf den ersten Blick ein gemischtes Bild[116]. In Berlin hatten die sozialdemokratischen Wähler um ca. 33000 zugenommen, unter Einschluß der Wahlkreise Niederbarnim und Teltow um 83000. Aber in zwei Wahlkreisen (1 und 3) war diese Zahl leicht gesunken, in zwei anderen (2 und 5) nur schwach gestiegen, so daß der günstige Gesamteindruck allein den traditionellen Hochburgen in der Stadt und in den Vororten zu verdanken war. Und das genügte nicht, um noch ein Plus bei den Wähleranteilen zu gewähren – im Gegenteil, dieser Anteil ist in sechs Kreisen gesunken und in den anderen beiden (6 und Niederbarnim) nur geringfügig gestiegen. D.h. obwohl die Partei mehr Wähler als 1903 mobilisierte, hatte sie den Anteil von damals nicht halten können; in Berlin war er von 66,8 auf 66,2%, in Teltow sogar von 55,7 auf 52,1% gesunken.

Der Grund für die magere Bilanz lag darin, daß der von der Regierung angefeuerte Wahlkampf für eine erhöhte Wahlbeteiligung gesorgt hatte, die überwiegend den bürgerlichen Parteien zugute gekommen ist. In Berlin stieg die Wahlbeteiligung gegenüber 1903 um fast vier Prozentpunkte auf 77,4%, und der Nutznießer dieser Konjunktur waren die Linksliberalen. Sie haben in den sieben Kreisen, in denen sie angetreten sind, ihre Stimmen beträchtlich vermehrt, und die Sozialdemokratie konnte sich nicht verhehlen, daß sich „die deutsche Bourgoisie ... in der Tat durch die Wahl noch einmal fester in den Sattel gesetzt" habe und daß das Volk dies „schmerzlich genug zu spüren bekommen" werde[117]. Freilich in Berlin selbst bedeutete das wenig. Die Sozialdemokratie hatte ihre Mandate alle behauptet, hatte insgesamt beträchtlich an Stimmen hinzugewonnen und durfte gelassen abwarten, ob die bürgerlichen Parteien ihre Kraftäußerung von 1907 noch einmal wiederholen könnten. Sie machte mit Recht geltend, daß die Stimmenverluste in der Innenstadt strukturell bedingt seien und dem Rückgang der dortigen Arbeiterbevölkerung entsprächen, sie reklamierte mit Befriedigung, daß ihr der allgemeine Anstieg der Wählerzahl erstmals über 50% der Wahlberechtigten beschert habe, und sie warf den Behörden vor, eine „Unvollständigkeit der Wählerlisten ... wie wohl nie zuvor" verschuldet zu haben[118]. So betrachtet ließ sich davon sprechen, daß der „Ansturm der Reaktion glänzend abgeschlagen" sei und daß die „fernere Stählung und Festigung der Partei" für neue Erfolge sorgen werde[119].

Diese Erwartung hat sich 1912 bestätigt. Die nächsten Reichstagswahlen haben die Sozialdemokraten in Berlin weit vorangebracht, allerdings weniger in den gemischten Wahlkreisen als vielmehr in den proletarischen Hochburgen. Im Süden, Osten und Norden der Stadt setzte sich der Bevölkerungszuwachs auch in einen Zuwachs an Wählern um, etwa 150000 waren es, die neu zur Sozialdemokratie stießen. Und es läßt sich nur andeutungsweise ahnen, welch ein Maß an organisatorischer Arbeit notwendig wurde, um diese Menschenmengen zu erfassen und zu mobilisieren.

[116] Vgl. Ergänzungshefte der Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reichs 16 (1907); *Fricke,* Handbuch, 722f.; *Ritter/Niehuss,* 69; Jahresbericht 1906, 12.
[117] Vorwärts, 26. 1. 1907 („Bürgerliches Triumphgeheul").
[118] Vorwärts, 27. 1. 1907 („Das rote Groß-Berlin").
[119] Vorwärts, 26. 1. 1907 („Die rote Reichshauptstadt").

In der Rückschau fällt es schwer, den Enthusiasmus zu ermessen, mit dem die Sozialdemokraten die Faszination und den Alpdruck, die ihnen der Gedanke an die Organisation einflößte, erlebten. Als politisch-soziale Außenseiter waren sie auf diese Art der Machtentfaltung angewiesen, als Schöpfer der politischen Massenbewegung in Deutschland traten sie an die Spitze einer Entwicklung, die zur Signatur eines neuen gesellschaftlichen Zustands geworden ist. Aus der proletarischen Klassenlage und der politischen Diskriminierung geboren, war die sozialdemokratische Organisation eine wirkungsvolle Waffe geworden, die sowohl dem Bürgertum als auch der Regierung Respekt abnötigte. Entscheidend war, daß es gelungen ist, den sozialen Protest aus einem dumpfen Aufbegehren in ein kontinuierliches, diszipliniertes Engagement für kollektive Ziele umzuwandeln. Es ist nicht zuviel gesagt, wenn der Berliner Sozialdemokratie ein großer und nachhaltiger Anteil an diesem Übergang zugeschrieben wird.

Peter-Christian Witt

Die Entstehung einer „sozialdemokratischen" Stadt: Harburg zwischen preußischer Annektion 1866/67 und Erstem Weltkrieg

1. Fragestellung

Als bei den Reichstagswahlen im Januar 1912 fast zwei Drittel aller Wahlberechtigten in Harburg ihre Stimme für den sozialdemokratischen Kandidaten Friedrich Lesche[1] abgaben und im Mai 1913 bei den preußischen Abgeordnetenhauswahlen der sozialdemokratische Kandidat Andreas Müller[2] einen beinahe noch spektakuläreren Erfolg mit dem Gewinn der absoluten Mehrheit der Wahlmännerstimmen erzielte, konnte die sozialdemokratische Partei sich zu Recht als die unangefochtene Majoritätspartei ansehen[3]. Harburg war sozialdemokratisch; und zugleich war die Stadt wie eh und je seit Einführung der hannoverschen Städteordnung von 1851 eine Hochburg des Nationalliberalismus. Denn sämtliche Magistratsmitglieder, Bürgermeister, Syndikus, rechtskundiger Senator und die vier ehrenamtlichen Senatoren, und 22 der 24 Bürgervorsteher waren 1913 nationalliberal (je ein Bürgervorsteher gehörte zur linksliberalen und zur freikonservativen Partei)[4], das Mandat im preußischen Abgeordnetenhaus des Wahlkreises, zu dem auch Harburg gehörte, war seit 1867 ununterbrochen in der Hand der Nationalliberalen, und im Reichstag saß für den Wahlkreis, der die Stadt einschloß, zwar seit 1912 wieder wie schon von 1878 bis 1881 und von 1884 bis 1887 ein Welfe, aber in allen anderen Wahlperioden hatten abwechselnd Nationalliberale oder Freikonservative – dies aufgrund einer Absprache zwischen beiden Parteien – ge-

[1] Friedrich Lesche (1863–1933), Tischler; 1889–1893 Bevollmächtigter des Tischlerverbandes in Altona; 1894–1900 besoldeter Vorsitzender der AOK Altona; 1900–1912 Arbeitersekretär in Hamburg; 1912–1932 Direktor der „Volksfürsorge" in Hamburg; MdR 1903–1907 (Schleswig-Holstein 10), 1919–1924 (WK 16 Hannover/Braunschweig/WK 17 Osthannover); vgl. 75 Jahre „Volksfürsorge" – Versicherungsgruppe (Hamburg 1988) passim.

[2] Andreas Müller (1864–1930), Schneidermeister; seit 1.4.1902 Arbeitersekretär in Harburg; 1919–1921 MdL Preußen, 1921–1930 Mitglied des preuß. Staatsrats, 1924–1929 Bürgervorsteherwortführer in Harburg.

[3] Vgl. z.B. die Wahlberichterstattung im „Harburger Volksblatt" 19. Jg. Nr. 10, 13.1.1912 und 20. Jg. Nr. 113, 17.5.1913.

[4] Zur politischen Orientierung und sozialen Zusammensetzung von Bürgervorsteherkollegium und Magistrat vgl. *Peter-Christian Witt,* Kommunalpolitik in Harburg zwischen Interessen lokaler Eliten und Entstehung einer modernen Leistungsverwaltung, in: *Jürgen Ellermeyer, Klaus Richter* und *Dirk Stegmann* (Hrsg.), Harburg. Von der Burg zur Industriestadt (Hamburg 1988) 219–249, im folgenden zitiert: *Witt,* Kommunalpolitik.

siegt. Harburg mochte zwar bei Reichstags- und preußischen Abgeordnetenhauswahlen mit gewaltigen Majoritäten für die Sozialdemokratie stimmen, in der politischen Repräsentation der Stadt auf nationaler, auf bundesstaatlicher und auf kommunaler Ebene schlug sich das nirgendwo erkennbar nieder. Erst nach dem Weltkrieg, bei den Wahlen zur Reichs- und preußischen Nationalversammlung im Januar 1919 und zum Bürgervorsteherkollegium im März 1919, änderte sich dies, wurde auch nach außen sichtbar, in welchem Ausmaß Harburg zur Hochburg der Sozialdemokratie geworden war: Friedrich Lesche errang ein Mandat in der Nationalversammlung, Andreas Müller und Barbara Gotthusen[5] zogen in die preußische Nationalversammlung ein und im Bürgervorsteherkollegium eroberten die MSPD 29 und die USPD fünf Sitze und damit zusammen eine sichere Zweidrittelmehrheit der nun 48 Mandate[6]; und im Oktober 1919 wurde endlich auch der ehrenamtliche Teil des Magistrats neugewählt, wobei sechs Senatorensitze an die MSPD fielen, während die bürgerlichen Parteien nur zwei erringen konnten und damit einschließlich der drei hauptamtlichen Magistratsmitglieder, deren „wohlerworbene" Rechte als Beamte eine vorzeitige Entfernung aus dem Amt ausschlossen, auch in diesem Kollegialorgan der Stadt in die Minorität gerieten[7].

Bis zu diesem Zeitpunkt aber ließen sich über die politische Struktur der Stadt stets zwei sich gegenseitig ausschließende Aussagen formulieren: Orientiert an den tatsächlichen Machtverhältnissen in Magistrat, Bürgervorsteherkollegium und städtischer Verwaltung, wo vom Kämmerer über den Leiter des Bauamtes und den beiden Stadt-

[5] Barbara Gotthusen (1857–?), Ehefrau des in Harburg wohnenden Hamburger Bezirksleiters des DMV (1909–1919), Wilhelm Gotthusen, gehörte dem preußischen Landtag 1919–1921 an.

[6] Die Wahlen vom 19. und 26. Januar 1919 zeitigten trotz Einführung des Frauenwahlrechts und der Herabsetzung des Wahlalters auf das vollendete 20. Lebensjahr keinerlei signifikante Abweichungen von den Ergebnissen 1912/13: Bei den Nationalversammlungswahlen im Reich errang die MSPD 63,1 v.H. und die USPD 6,6 v.H. der abgegebenen gültigen Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von 93,3 v.H.; bei den preußischen Nationalversammlungswahlen lautete das Ergebnis 63,4 v.H. für die MSPD und 8,7 v.H. für die USPD (Wahlbeteiligung 88,5 v.H.), d.h., die beiden sozialistischen Parteien konnten 65,0 bzw. 63,8 v.H. der Wahlberechtigten für sich mobilisieren, was in etwa den 64,3 v.H. bei den Reichstagswahlen von 1912 entsprach. Etwas anders gestaltete sich das Ergebnis der Bürgervorsteherwahlen am 2. März 1919; zwar erreichten beide sozialistischen Parteien auch hier zusammen 69,4 v.H. der abgegebenen Stimmen (MSPD = 58,3 v.H.; USPD = 11,1 v.H.), da jedoch die Wahlbeteiligung nur bei 73,0 v.H. lag, entsprach dies nur noch 50,7 v.H. aller Wahlberechtigten. Im Verhältnis zu den bürgerlichen Parteien, die nach 28,3 v.H. und 24,7 v.H. auch nur noch 22,3 v.H. der Wahlberechtigten mobilisieren konnten, änderte sich dagegen nichts.

[7] Die Neuwahl erfolgte aufgrund der § 12–15 des Gesetzes zur vorläufigen Regelung verschiedener Punkte des Gemeindeverfassungsrechts v. 18.7.1919 (Preußische Gesetzessammlung 1919, 118), durch die die Amtszeit der bisher auf Lebenszeit gewählten ehrenamtlichen Magistratsmitglieder auf die Dauer der Wahlperiode des Bürgervorsteherkollegiums beschränkt wurde (vgl. dazu *Julius Hatschek*, Lehrbuch des deutschen und preußischen Verwaltungsrechts (Leipzig $^{5/6}$1927) 335 f.). Zu sozialdemokratischen Magistratsmitgliedern wurden gewählt: Der Geschäftsführer des Fabrikarbeiterverbandes und persönlich haftende Gesellschafter des Verlags des „Harburger Volksblattes", Emil Seidenschnur; der Geschäftsführer des „Harburger Volksblattes", Heinrich Martens; der praktische Arzt Emil Hirschfeld; der pensionierte Hamburger Bezirksleiter des DMV Wilhelm Gotthusen; der Geschäftsführer des DMV in Harburg Otto Adler sowie der Geschäftsführer des Holzarbeiterverbandes in Harburg Robert Sperling.

sekretären bis hin zum letzten städtischen Arbeiter sich eine einzige nationalliberale Klüngelherrschaft breitgemacht hatte[8], und an der Vertretung der Stadt im Reichstag und im preußischen Abgeordnetenhaus konnte mit Recht argumentiert werden, daß Harburg unverändert eine Hochburg des Nationalliberalismus geblieben sei; schaute man dagegen auf die bei Reichstags- und preußischen Abgeordnetenhauswahlen erzielten Ergebnisse, konnte genauso berechtigt davon gesprochen werden, Harburg sei – und zwar spätestens seit den 1890er Jahren – eine sozialdemokratische Stadt geworden. Über eine Analyse der politischen Wahlen auf allen drei Ebenen von Reich, Bundesstaat und Gemeinde soll in diesem Aufsatz versucht werden, diesen Widerspruch und zugleich den aus den Wahlergebnissen leicht ersichtlichen Tatbestand zu erklären, daß die Sozialdemokratie weit über ihr „natürlich" erscheinendes Potential in der Arbeiter- und Angestelltenschaft hinaus in „bürgerliche" Schichten eingedrungen ist, da sie umgekehrt, wie aus der Kombination von sozio-strukturellen Daten der Stadt und solchen über die Mitgliedschaft in „nationalen" oder „gelben" Gewerkschaften erschlossen werden kann, weder bei Wahlen noch durch ihre Organisationen alle Arbeiter und kleinen Angestellten erreicht haben kann[9]. Damit wird eine Fragestellung wieder aufgenommen, die seit dem berühmten Aufsatz von Robert Blank über „Die soziale Zusammensetzung der sozialdemokratischen Wählerschaft Deutschlands"[10] immer wieder erörtert worden ist: Inwieweit ist die Sozialdemokratische Partei über den Kreis ihrer „natürlichen" „proletarischen" Klientel hinaus in das Bürgertum eingedrungen – und zwar sowohl bei der Mitgliedschaft wie bei den Wählern –, und umgekehrt inwieweit hat sie diese Klientel gar nicht erreicht? Und welche Konsequenzen hat dies für die Sozialdemokratie innerparteilich wie in ihrer praktisch-politischen Arbeit nach außen mit sich gebracht? Schon Max Weber hatte in seiner Nachbemerkung zu Blanks Aufsatz angeregt, diese Frage an einzelnen Wahlkreisen zu überprüfen[11]; diese Anregung ist in der Forschung bisher in erstaunlich geringem Maße aufge-

[8] Kämmerer, die Direktoren der städtischen Eigenbetriebe (Gas- u. Wasserwerk, Elektrizitätswerk, Schlachthof und Sparkasse), der leitende Krankenhausarzt und der Verwaltungsdirektor, beide Stadtsekretäre, fünf von sechs Magistratssekretären, sämtliche Beamte des Stadtbauamtes, des Steuerbüros und des Armenbüros sowie der Kämmerei waren (erschlossen über ihre Kandidatur auf den nationalliberalen Wahlmännerlisten bei den Preußischen Abgeordnetenhauswahlen 1903, 1908 und 1913) Anhänger der Nationalliberalen; das gleiche trifft für alle Direktoren der höheren und alle Rektoren der mittleren und Volksschulen zu; von den übrigen 208 männlichen Lehrern (1913) läßt sich dies in 117 Fällen nachweisen. Schwieriger ist der Nachweis bei den Beamten der Polizeidirektion sowie bei den etwa 250 städtischen Arbeitern, von denen aber auch immerhin über 50 auf den nationalliberalen Wahlmännerlisten auftauchen, vgl. StA Hamburg, 430-4 (Magistrat Harburg), III B 6b-16 bis 37.

[9] So waren nach einer Untersuchung des Harburger Fabrikarbeiterverbandes im November 1913 von 3643 männlichen Arbeitern in 11 Fabriken der Öl- und Gummiindustrie Harburgs zwar 2324 (=63,8 v.H.) im Fabrikarbeiterverband oder in einer anderen freien Gewerkschaft, aber immerhin auch 327 (=9,0 v.H.) in „nationalen" oder „gelben" Gewerkschaften und 992 (=27,2 v.H.) gar nicht gewerkschaftlich organisiert, vgl. *Willy K. Molch*, Der Standort der Harburger Großindustrie (Diss. rer. pol. ms. Hamburg 1921) Tab. XX u. XXXIX.

[10] In: AfSS 20 (1905) 507–550.

[11] Ebda., 550–553.

nommen worden[12], obgleich es keinem Zweifel unterliegen kann, daß nur kleinräumig angelegte Untersuchungen alle jene Variablen berücksichtigen können, die für die Entscheidung zugunsten der Sozialdemokratie, sei es nur bei Wahlen, sei es auch durch Mitgliedschaft, von Bedeutung gewesen sein können.

Neben den soziostrukturellen und ökonomischen Daten, der Konfessionszugehörigkeit, geringer oder hoher Mobilität der Bevölkerung, der Herausbildung von schichtenspezifischen Wohnquartieren und der Dichte sozialdemokratischer Organisations- und Kommunikationsstrukturen hat offensichtlich ein, in der Forschung allerdings bisher nicht systematisch untersuchter, Faktor, nämlich die kommunale Politik, eine besondere Rolle gespielt – und dies in doppelter Hinsicht: Einmal waren bei der Aufgabenverteilung, die im Kaiserreich zwischen den Gebietskörperschaften gefunden worden war, praktisch alle Wohlfahrtsfunktionen der öffentlichen Hand bei den Gemeinden konzentriert, wurde durch ihre politische Vertretungen im wörtlichen Sinne über das Lebensschicksal der Menschen entschieden; zugleich hatten in den Gemeinden aber in der Regel sehr viel weniger Männer politische Partizipationsrechte als auf Reichs- oder bundesstaatlicher Ebene. Die hieraus entstehenden Spannungen haben – auch wenn die Sozialdemokratie die kommunale Politik erst verhältnismäßig spät, nämlich in der Zeit nach der Jahrhundertwende, systematisch zu beackern begonnen hat[13] – offensichtlich einen nicht zu unterschätzenden Mobilisierungseffekt für die Sozialdemokratie gehabt, darüber hinaus aber wohl auch die Chancen zu einer Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokratie und Liberalen auf nationaler Ebene nachteilig beeinflußt. Denn überall in den Städten sah sich die Sozialdemokratie mit einer Klassenpolitik der Liberalen konfrontiert, die – genau wie die Konservativen z. B. beim preußischen Wahlrecht – alles taten, um eine Repräsentation der Sozialdemokratie in den städtischen Körperschaften zu verhindern. Wenn im Falle von Harburg die Nationalliberalen in der Praxis eine Einparteienherrschaft errichtet und zwischen 1851 und 1918 aufrechterhalten haben und sich dabei in allen von der Gemeinde zu lösenden Sachfragen eine ausschließlich an den Interessen der selbständigen Handwerker und Kaufleute, der allgegenwärtigen Bau- und Bodenspekulation und der Industrie orientierte Politik durchsetzen konnte, dann hat dies vermutlich dazu beigetragen, daß auch Teile des Bürgertums ihre Unzufriedenheit mit dieser Gestaltung der

[12] Vgl. aber: *Adelheid von Saldern,* Vom Einwohner zum Bürger. Zur Emanzipation der städtischen Unterschicht Göttingens 1890–1920 (Berlin 1973); *Ilse Fischer,* Industrialisierung, sozialer Konflikt und politische Willensbildung in der Stadtgemeinde. Ein Beitrag zur Stadtgeschichte Augsburgs 1840 bis 1914 (Augsburg 1977); *Dieter Rossmeisl,* Arbeiterschaft und Sozialdemokratie in Nürnberg 1890–1914 (Nürnberg 1977); *Dieter Wuerth,* Radikalismus und Reformismus in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung Göppingens 1910–1919 (Göppingen 1978); *Mary Nolan,* Social Democracy and Society. Working-Class Radicalism in Düsseldorf, 1890–1920 (Cambridge 1981); *Karl Ditt,* Industrialisierung, Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung in Bielefeld 1850–1914 (Dortmund 1982).

[13] Die Gründung der Zeitschrift „Kommunale Praxis" 1901, die seit 1905 auf den Parteitagen erfolgende Berichterstattung über die Vertretung der SPD in den Repräsentativkörperschaften der Städte und Gemeinden und auch die Herausgabe des zwar in einem „neutralen" Verlag (Gustav Fischer, Jena) erscheinenden, aber durch zwei führende Sozialdemokraten, Hugo Lindemann und Albert Südekum, redigierten „Kommunalen Jahrbuchs" seit 1908 weisen auf das zunehmende Interesse in der SPD für die Kommunalpolitik hin.

kommunalen Aufgabenwahrnehmung zunehmend dadurch artikulierten, daß sie zumindest bei Wahlen die Klassenschranken übersprangen und sich für die Sozialdemokratie entschieden. Ob ähnliche Entwicklungen auch bei den Parteimitgliedern auftraten, also auch hier „bürgerliche" Elemente integriert wurden, das ist eine Frage, die sich mit dem zur Verfügung stehenden Quellenmaterial nur punktuell beantworten läßt[14].

In diesem Aufsatz läßt sich eine erschöpfende Analyse der aufgeworfenen Fragen keineswegs leisten; vielmehr sollen die Ergebnisse von zwei an anderer Stelle veröffentlichter Untersuchungen über die kommunalpolitische Entwicklung in Harburg[15] mit verhältnismäßig knapp gehaltenen Hinweisen auf die soziale und ökonomische Struktur der Stadt, beschreibenden Bemerkungen über das in Harburg entstandene Kommunikations- und Organisationssystem der Sozialdemokratie verbunden werden, um die ausführlicher dargestellte Wahlentwicklung in der Stadt zu interpretieren.

2. Die Bevölkerungs- und Sozialstruktur Harburgs

Harburg, am südlichen Elbufer Hamburg gegenüber gelegen, entwickelte sich nach einem eher unterdurchschnittlichen Bevölkerungswachstum in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts seit 1851 von einem verschlafenen Landstädtchen mit rd. 5400 Einwohnern, das einige Bedeutung nur als Verkehrsknotenpunkt gehabt hatte, sehr schnell zu einer, in einigen Branchen wie der (Speise-) Öl- und Gummiindustrie in Deutschland führenden Industriestadt. Die Bevölkerung stieg schon bis 1871 auf rd. 16 500, erreichte 1895 rd. 42 600 und Ende 1913 rd. 70 550 Einwohner[16]. Neben zwei größeren Eingemeindungen im Jahr 1888 und 1906/1910 speiste sich das Wachstum der Stadt stärker aus der natürlichen Bevölkerungszunahme als aus Wanderungsgewinnen[17]. Dies unterscheidet Harburg von anderen Gemeinden im Umfeld von Hamburg wie etwa Altona und Wandsbek oder von industriellen Ballungsgebieten wie Ber-

[14] Vgl. u. S. 278ff.

[15] Vgl. *Witt,* Kommunalpolitik, und *Peter-Christian Witt,* Die Wohnverhältnisse der Arbeiter, Angestellten und Unterbeamten der Stadt Harburg am Beginn des 20. Jahrhunderts, in: *Wilhelm Treue* (Hrsg.), Geschichte als Aufgabe. Festschrift für Otto Büsch zu seinem 60. Geburtstag (Berlin 1988) 603–628.

[16] Vgl. Tabelle 1.

[17] Leider läßt sich die Frage nur für den Zeitraum Anfang 1867–Ende 1913 einigermaßen exakt beantworten.

Bevölkerung bei Volkszählung Januar 1867:	14 168	
Bevölkerung nach Melderegister Dezember 1913:	70 550	
Wachstum der Bevölkerung 1867–1913:	56 382	100 v. H.
davon:		
aus Geburtenüberschuß (Lebendgeborene minus Verstorbener):	26 678	47,3 v. H.
aus Eingemeindungen:	8 313	14,7 v. H.
aus Wanderungsgewinnen:	21 391	37,9 v. H.

Mit den amtlichen Zählungen sowie den Magistratsakten Harburg (StA Hamburg, 430-4) korrigierte Daten nach *Otto Bödecker,* Die Industrialisierung der Stadt Harburg (Rostock 1927) 220, 223; im folgenden zitiert: *Bödecker,* Industrialisierung.

Tabelle 1: Bevölkerung der Stadt Harburg 1812–1913

Zähljahr	Einwohner	jährliches Wachstum in v.H. mit Eingemeindungen	jährliches Wachstum in v.H. ohne Eingemeindungen	Geschlechtsverteilung absolut m.	absolut w.	in v.H. m.	in v.H. w.
1812	3600			?	?	?	?
		1,16	–				
1833	4595			2190	2405	47,7	52,3
		0,90	–				
1851	5396			2703	2693	50,1	49,9
		8,29	–				
1861	11971			6313	5658	52,7	47,3
		3,26	–				
1871	16500			8847	7653	53,6	46,4
		1,62	–				
1880	19071			9918	9153	52,0	48,0
		6,28	4,95				
1890	35081			17915	17166	51,1	48,9
		3,95	–				
1895	42579			21415	21164	50,3	49,7
		2,91	–				
1900	49155			24737	24418	50,3	49,7
		2,52	–				
1905	55679			28111	27568	50,5	49,5
		3,78	2,46				
1910	67025			34113	32912	50,9	49,1
		1,29	–				
1913	70550			36053	34497	51,1	48,9

Quellen: Bödecker, Industrialisierung 195, 198, 223; StA Hamburg, 430-4, I B 3–1, 1a, 2, 4, 5, 10; Statistik des Deutschen Reichs, 1. Reihe Bd. 2, 14, 20, 25, 30, 57; N.F. Bd. 32, 68, 150–151, 240; Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reichs 1897, 1898, 1906 IV, 1907 I–IV, 1908 I, 1911 IV, 1912 II–IV.

lin oder dem Ruhrgebiet, wo die natürliche Bevölkerungszunahme niedriger, die Wanderungsgewinne höher ausfielen. Wie die vollständig vorliegenden Zahlen aus dem letzten Jahrzehnt vor 1914 andeuten, gab es zwar eine hohe Bevölkerungsfluktuation, nämlich durchschnittlich 16,6 v.H. Zuzüge und rd. 15,8 v.H. Fortzüge, dazu zogen rd. 37 v.H. der mittleren jährlichen Bevölkerung innerhalb der Stadt um[18], aber diese Daten dürfen nicht fehlinterpretiert werden. Die innerstädtischen Umzüge beschränkten sich häufig auf einen Stockwerkwechsel im gleichen Haus, auf einen Umzug in ein anderes Haus der gleichen Straße, und relativ seltener kam es zu einem Wechsel in ein anderes Wohnquartier. Die Zu- und Fortzüge in die und aus der Stadt müssen überwiegend von jungen, ledigen Personen vorgenommen worden sein und blieben, auch wenn es sich um Männer handelte, für die politische Struktur der Stadt insoweit unbedeutend, als jene überwiegend noch nicht das wahlfähige Alter erreicht hatten. Wer von den Zuziehenden freilich nach einem Jahr noch immer in Harburg lebte, wurde dort oder in unmittelbarer Nachbarschaft liegenden Gemeinden wie dem schnell

[18] *Bödecker,* Industrialisierung, 221.

wachsenden, ebenfalls industriell strukturierten Wilhelmsburg und z. T. in später nach Harburg eingemeindeten Dörfern seßhaft. Dies bedeutet, daß sich die hohen Zahlen der jährlichen Zu- und Fortzüge tatsächlich aus einem verhältnismäßig kleinen Segment der Gesamtbevölkerung speisten, oder anders ausgedrückt, daß im Gegensatz zu der vielfach vermuteten hohen Mobilität der Arbeiterbevölkerung diese in Harburg nicht vorlag, sondern eine von anderen sozialen Schichten nicht unterscheidbare Seßhaftigkeit[19]. Und dies war wiederum eine verhältnismäßig günstige Voraussetzung für den Auf- und Ausbau einer sozialdemokratischen Organisations- und Kommunikationsstruktur in der Stadt sowie für die Integration der hier seßhaft werdenden Zuziehenden.

Seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, dem Beginn der industriellen Entwicklung der Stadt, hatte Harburg stets einen Männerüberschuß zu verzeichnen, der sich in Phasen schnellen Wachstums der Stadt besonders ausgeprägt zeigte, seit den 1890er Jahren jedoch abzuflachen begann bzw. ökonomisch wie politisch an Bedeutung verlor, da er im wesentlichen auf die nicht wahlberechtigte Militärbevölkerung zurückzuführen war[20]. Auch im Altersaufbau der Bevölkerung zeichneten sich die rasche Industrialisierung und das Wachstum der Stadt ab. Der lastende jüngere Bevölkerungsanteil (unter 15 Jahre) stieg von 1851 rd. 31,2 v. H. auf 32,7 v. H. im Jahre 1880 und erreichte rd. 35 v. H. im letzten Jahrzehnt vor dem Ersten Weltkrieg, der Anteil des lastenden älteren Bevölkerungsanteils (über 60 Jahre) ging dagegen von 6,3 v. H. auf 5,7 v. H. und 5,5 v. H. zurück. Am wichtigsten war jedoch die Tatsache, daß die 15- bis 50-Jährigen, aus denen sich, wie parallele Untersuchungen zur Altersstruktur der Industriearbeiterschaft zeigen, rd. 91 v. H. der in den Hauptbranchen Gummi-, Öl- und chemische Industrie beschäftigten Arbeiter rekrutierten[21], ihren Anteil von rd. 52 v. H. auf knapp

[19] Die Frage wurde in folgender Weise überprüft: Von den 21 bei der Reichstagswahl im Januar 1912 vorhandenen Wahlbezirken wurden die beiden mit dem höchsten (über 75 v. H.) und dem niedrigsten (unter 40 v. H.) Anteil von Arbeitern und kleinen Angestellten an den Wahlberechtigten ausgewählt und dann jeder einzelne Wahlberechtigte mit Hilfe des jährlich erschienenen Adreß- und Handbuchs der Stadt Harburg sowie der vollständig vorhandenen Wahlberechtigtenliste für Reichstagswahlen und Bürgervorsteherwahlen (soweit bei den Akten auch für die Preußischen Abgeordnetenhauswahlen), die auch jeweils Alters- und Berufsangabe enthalten, soweit wie möglich nach folgenden Kriterien: Wohnung in der Stadt, Wähler oder Nichtwähler (bei Bürgervorsteherwahlen auch geheime oder öffentliche Stimmabgabe) zurückverfolgt. Dabei zeigt sich, daß ohne Unterschiede der sozialen Schicht von den 1912 vorhandenen Wahlberechtigten über 95 v. H., seit sie die Wahlberechtigung erlangt hatten, in der Stadt lebten und über 70 v. H. mehr als 14 Jahre (RTWahl 1898) in der gleichen Straße wohnten.

[20] Vgl. Tabelle 1; die Harburger Garnison (seit 1867 zunächst 1. u. 2. Bataillon des 1. Hans. I.R. 75, seit den 1890er Jahren Schleswig-Holsteinisches Pionier Bataillon Nr. 9) hatte eine Kopfstärke von 660–680 Mann.

[21] 1912 standen von 6779 Arbeitern (nur männliche) der drei Industrien im Alter unter 25 Jahre 29,1 v. H. (Gummiindustrie: 41,3 v. H., Ölindustrie: 20,2 v. H.; Chemie: 18,2 v. H.); 46,3 v. H. waren 25 bis 40 Jahre alt (Gummi: 39,6 v. H., Öl: 53,9 v. H.; Chemie: 40,6 v. H.) und 15,8 v. H. zwischen 40 und 50 Jahre (Gummi: 12,8 v. H.; Öl: 17,1 v. H.; Chemie: 22,3 v. H.); über 50 Jahre waren 8,8 v. H. alt, wobei nur die Chemische Industrie (19,0 v. H.) einen wirklichen bedeutsamen Anteil älterer Arbeiter beschäftigte; *Bödecker,* Industrialisierung, 203; Geschäftsbericht des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands (Zahlstelle Harburg) für das Geschäftsjahr 1912, Harburg 1913.

55 v.H. – gleichbleibend seit den 1880er Jahren – steigerten[22]. Dieser Altersaufbau wäre noch ausgeprägter gewesen, hätte nicht auch noch im letzten Jahrzehnt vor dem Ersten Weltkrieg die Säuglingssterblichkeit in Harburg über dem Reichsdurchschnitt gelegen[23].

Während des gesamten Beobachtungszeitraums war Harburg eine ganz überwiegend evangelische Stadt – und doch läßt sich eine gewisse Verschiebung in der Religionszugehörigkeit nicht verkennen: Einmal stieg der katholische Bevölkerungsanteil von 2,1 v.H. im Jahre 1861 auf 9,5 v.H. im Jahre 1910, sank der jüdische von 1,3 v.H. auf 0,5 v.H. und verdoppelte sich der Anteil sonstiger Konfessionszugehörigkeiten und Dissidenten auf 1,8 v.H. und, für die politische Struktur wichtiger, der Anteil der evangelischen Wahlberechtigten zum Reichstag begann schnell zu sinken, bis er 1912 nur noch etwa 87,8 v.H. gegenüber 10,1 v.H. Katholiken, 0,5 v.H. Juden und 2,1 v.H. sonstige Christen und Dissidenten betrug[24]. Auch hierin spiegelte sich die Industrialisierung der Stadt, die vor allem in der Gummi-, Öl- und Chemieindustrie einen hohen Bedarf an ungelernten Arbeitskräften hatte, der zu einem Teil auch mit katholischen polnischen Zuwanderern aus den östlichen Provinzen Preußens gedeckt wurde[25].

Schon bei der Annektion durch Preußen war Harburg eine Industriestadt mit einem allerdings noch ausgeprägt kleinbetrieblichen Charakter und mit einem Anteil von fast einem Viertel Selbständiger in Industrie, Handwerk und Handel und Dienst-

[22] Vgl. Quellenangabe zu Tabelle 1.

[23] Die Säuglingssterblichkeit betrug 19,1 v.H. (ehelich Geborene: 17,4 v.H.; unehelich Geborene: 32,4 v.H.) gegenüber einem Reichsdurchschnitt von 18,6 v.H. Da der Anteil der unehelichen Geburten mit 11,3 v.H. ebenfalls über dem Reichsdurchschnitt von 8,6 v.H. lag, erklärt sich die höhere Säuglingssterblichkeit im wesentlichen hieraus, wenngleich nicht übersehen werden kann, daß der Verzicht der Stadtverwaltung auf jegliche Hilfestellung für uneheliche Mütter entscheidend zu der höheren Sterblichkeit beigetragen hat; als die Stadtverwaltung nämlich durch das preußische Gesetz über die Generalvormundschaft (1905) hier zur Hilfeleistung verpflichtet wurde, sank die Säuglingssterblichkeit bei unehelich Geborenen von vorher über 40 v.H. schlagartig um fast ein Drittel auf 28,3 v.H. Zahlen nach: *Bödecker,* Industrialisierung, 223; Bevölkerung und Wirtschaft 1872–1972 (Stuttgart und Mainz 1972) 107, 112.

[24] Von 100 RT-Wahlberechtigten waren:

	1867	1878–87	1903	1912
evangelisch	96,1	94,9	89,5	87,3
katholisch	2,0	3,1	8,1	10,1
jüdisch	1,1	1,1	0,5	0,5
sonst. Christen	} 0,8	} 0,9	1,0	1,1
Dissidenten			0,9	1,0

StA Hamburg, 430-4 (Magistrat Harburg), III A 2b – 1 bis 7 (RTWahlen 1867–1878), da danach die Berichterstattung über die Konfessionszugehörigkeit der Wahlberechtigten aufgegeben wurde, sind die folgenden Daten aus den jeweils nächstliegenden Volkszählungen (Quellen: vgl. Tabelle 1) errechnete Annäherungswerte.

[25] Vgl. dazu *Elke Hauschildt,* Polen und katholische Kirche in Wilhelmsburg, in: *Jürgen Ellermeyer* (u.a. Hrsg.), Harburg. Von der Burg zur Industriestadt (Hamburg 1988) 254–261.

leistungen[26]. Bei der letzten Berufszählung vor dem Weltkrieg 1907 gehörten über 61,1 v.H. der Erwerbstätigen zur Berufsabteilung Industrie und Handwerk, noch knapp 24 v.H. zu Handel und Verkehr (davon etwa ein Fünftel Eisenbahner), etwa 4 v.H. zum Bereich häusliche Dienste und Tagelohn, etwa 7,5 v.H. zum öffentlichen Dienst, 3,3 v.H. zur Land- und Forstwirtschaft, bei dem Rest handelte es sich um Berufslose. Von den 20851 Beschäftigten in Industrie, Handwerk, Handel, Dienstleistungen und Verkehr waren 16090 oder 74,2 v.H. Arbeiter, 11,1 v.H. Angestellte oder Privatbeamte und immer noch 14,7 v.H. Selbständige[27]. Neben der schon erwähnten Gummi-, Öl- und chemischen Industrie bestimmten eine verhältnismäßig bedeutsame Werft- und Maschinenbau- sowie die Textilindustrie das Bild der Industriestadt Harburg, während die expandierenden Werkstätten und Betriebsabteilungen der Eisenbahnen im Bereich des Verkehrs die früher dominierenden Spediteure und Reeder verdrängt hatten. Besondere Bedeutung hatte in Harburg das Baugewerbe, in dem vor 1913 auch zwei Großbetriebe mit je über 1000 Beschäftigten entstanden waren[28].

Diese soziostrukturellen Daten – der weit über dem Reichsdurchschnitt von 40 v.H. liegende Anteil der Beschäftigten in Industrie und Handwerk, der extrem hohe Arbeiteranteil, sicherlich auch die überwiegend evangelische Konfession der Bevölkerung – boten für die Ausbreitung der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften außerordentlich günstige Voraussetzungen. Dennoch erklärt dies alles den überragenden Erfolg der Sozialdemokratie bei Reichstags- und preußischen Abgeordnetenhauswahlen allein nicht. Vielmehr dürfte hierzu die nationalliberale Klassenpolitik in der Stadt entscheidend beigetragen haben.

[26] Zur wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt, die hier nicht genauer verfolgt werden kann, vgl. *Jürgen Ellermeyer*, Die Industrialisierung Harburgs im 19. Jahrhundert, in: ebda., 158–205; *Dirk Stegmann*, Die industrielle Entwicklung Harburgs 1900–1937, in: ebda., 295–352.

[27] Statistik des Deutschen Reichs Bd. 209, 281 ff.; Bd. 218, 352 ff. – Bei den Berufszählungen von 1895 und 1882 (ebda., Bd. 2 u. 109) waren nur sehr geringe Abweichungen von dieser Zusammensetzung zu verzeichnen; man muß schon in das Jahr 1861 zurückgehen, um über eine signifikant andere Verteilung (Industrie u. Gewerbe: 55,5 v.H.; Handel u. Verkehr: 19,6 v.H.; häusliche Dienste: 12,6 v.H.; öffentlicher Dienst: 3,9 v.H.; Land- und Forstwirtschaft: 1,1 v.H.; Berufslose: 6,8 v.H.) berichten zu können.
Unter den männlichen über 25 Jahre alten Erwerbstätigen war die Verteilung 1907 noch ausgeprägt industriewirtschaftlicher: Industrie und Handwerk = 68,0 v.H.; Handel und Verkehr: 21,2 v.H. (davon 6,6 v.H. Eisenbahner); häusliche Dienste und Tagelohn: 1,2 v.H.; öffentlicher Dienst: 9,4 v.H.; Land- u. Forstwirtschaft: 0,2 v.H.

[28] Neben den beiden Großfirmen (August Prien und H. C. Hagemann), die in erster Linie im Industrie-, Tief- und Wasserbau arbeiteten, bestanden 1913 noch 66, vor allem im Wohnhausbau beschäftigte handwerksmäßige Bauunternehmungen, die – zusammen mit den Baumaterialien- und Kohlenhändlern – in der Kommunalpolitik eine nicht unbedeutende Rolle spielten, vgl. *Witt*, Kommunalpolitik, 231–233.

3. Zur politischen Struktur der Stadt[29]

Seit Einführung der hannoverschen Städteordnung 1851/1858 bis zum Ende des Kaiserreichs (und für den hauptamtlichen Teil des Magistrats sogar noch bis zum 31. 12. 1924) wurde die Harburger Kommunalpolitik von einer Partei, den Nationalliberalen, und soziologisch gesehen von den Interessen einer schmalen Schicht von Großkaufleuten, Industriellen und Handwerkern, unter denen wiederum die Bauhandwerker das Sagen hatten, bestimmt. Alle vier Oberbürgermeister dieser Zeit – Grumbrecht, Schorcht, Ludowieg und Denicke – wie die sieben weiteren hauptamtlichen Magistratsmitglieder und auch die 13 Industriellen und Großkaufleute, die die ehrenamtlichen Magistratsposten unter sich verteilten, gehörten der nationalliberalen Partei an. Unter den 90 Bürgervorstehern, die zwischen 1867 und 1919 amtierten, gab es immerhin sieben – sechs Freikonservative und ein Linksliberaler –, die nicht Parteigänger der Nationalliberalen waren. Wie die politischen Gremien der Stadt so waren auch die Verwaltungsposten eine Beute der Nationalliberalen: Von den leitenden Verwaltungsbeamten, den Stadtsekretären, bis hinunter zu den städtischen Nachtwächtern, von den Direktoren der städtischen Eigenbetriebe bis zu den Arbeitern, von den leitenden Krankenhausärzten bis zu den Armenvorstehern, von den Direktoren und Rektoren der städtischen Schulen bis hin zu den Hilfslehrern überall wurden Parteigänger der Nationalliberalen, seltener auch der Freikonservativen und ganz vereinzelt auch der Linksliberalen beschäftigt. Zugleich wurde aber – und das galt bis 1918 – so getan, als ob Parteipolitik in den städtischen Repräsentativorganen oder in der städtischen Verwaltung keine Rolle spiele. Parteien gab es in der kommunalen Politik und Verwaltung offiziell gar nicht, sondern nur die sogenannten „Bürgervereine" und – seit den 1890er Jahren – auch den „Haus- und Grundbesitzerverein", die bei Wahlen zum Bürgervorsteherkollegium die Kandidaten aufstellten, sowie informelle Zirkel von Großkaufleuten und Industriellen, die bei den Wahlen zum Magistrat das entscheidende Wort zu sagen hatten. Erst wenn man die Kandidatenlisten der Wahlmänner für die Urwahlen zum Preußischen Abgeordnetenhaus systematisch auswertet, erschließt sich die ganze parteipolitische Einseitigkeit von politischen Gremien und Verwaltung der Stadt.

Erreicht wurde diese Dominanz der nationalliberalen Partei in der kommunalen Politik durch die Bestimmungen der hannoverschen Städteordnung. Diese kannte zwar anders als in den altpreußischen Provinzen auch in der preußischen Zeit weder das Dreiklassenwahlrecht noch die zwangsweise öffentliche Stimmabgabe oder die indirekte Wahl, sondern sah ein gleiches, direktes und wahlweise öffentliches oder geheimes Stimmrecht vor. Aber sie kannte eine viel effektivere Einschränkung der politischen Partizipation durch die Anbindung an den Erwerb des Bürgerrechts. Dies war selbstverständlich nichts für Harburg Spezifisches; denn Teilnahme an der kommunalen Politik via aktives und passives Wahlrecht auf die Bürger zu beschränken, war in Preußen allgemein üblich. Was interessant ist, ist die spezifische Ausformung der Be-

[29] Dieser Abschnitt ist eine auf die hier wesentlichen Punkte beschränkte Zusammenfassung von *Witt*, Kommunalpolitik; auf Einzelbelege wurde verzichtet.

dingungen für die Gewinnung des Bürgerrechts. Dabei gab es einmal die Unterscheidung zwischen Pflicht- und Wahlbürgern. Das Bürgerrecht erwerben mußte jeder Haus- und Grundbesitzer, das Bürgerrecht erwerben konnte, mit Ausnahme Entmündigter, zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte Verurteilter oder als abhängig Beschäftigter im Haushalt des Arbeitgebers Lebender, jedermann. Zugleich gab es klare Unterschiede zwischen den Personen, die sich zum Erwerb des Bürgerrechts entschlossen oder dazu verpflichtet waren: Städtische und Königliche Beamte, einschließlich der indirekten Staatsbeamten wie Pastoren und Lehrer, hatten einen Anspruch auf unentgeltliche Verleihung des Bürgerrechts, die Abkömmlinge von Bürgern auf Verleihung gegen ein erst auf die Hälfte, dann auf ein Viertel reduziertes Bürgerkaufgeld, das in der Periode 1867 bis 1890 30 M plus 2 M jährlicher Erhaltungsabgabe und ab 1890 50 M plus 3 M jährlich betrug, alle anderen mußten die vollen Gebühren tragen. Und bei diesen anderen handelte es sich naturgemäß in erster Linie um Einwohner oder neu Hinzuziehende, die auf Grund ihrer sozioökonomischen Lage als Arbeiter oder kleine Angestellte kaum dazu imstande waren, diese hohe Gebühr (in den 1890er Jahren etwa 7 v. H. des Jahreseinkommens eines durchschnittlich beschäftigten Arbeiters in der Harburger Industrie, in den Jahren bis 1913 sank diese Quote allmählich auf 3–4 v. H.) zu zahlen. Die beinahe automatische Folge war, daß der Anteil der wahlberechtigten Bürger der Stadt, der zwischen 1852 und 1865 noch rd. 7,5 v. H. betragen hatte, schnell sank und in den Jahren seit 1893 nur noch bei knapp unter oder knapp über 3 v. H. lag – und daß die Sozialdemokratie unter solchen Bedingungen chancenlos war und folgerichtig – mit Ausnahme des Sonderfalls bei der 1910 erfolgenden Eingemeindung von Eißendorf – auf eine Teilnahme an den Bürgervorsteherwahlen verzichtete.

Natürlich hätte das Fehlen der Sozialdemokratie im Bürgervorsteherkollegium und die Alleinherrschaft einer Partei, der Nationalliberalen, nicht eine Kommunalpolitik ausgeschlossen, die auch die Interessen der Nichtrepräsentierten berücksichtigte, die sowohl im Bereich der Leistungsverwaltung – also bei Schulen und Bildung, Wohnungsbau, Gesundheitswesen, Arbeitsmarkt – oder bei dem Ausbau der städtischen Infrastruktur – Wasser-, Gas-, Elektrizitätswerke, Abwasserbeseitigung, Straßenbau und öffentlichem Nahverkehr – Vorschläge und Ideen aufgenommen hätte, die von Sozialreformern, aber auch von vielen Stadtverwaltungen anderenorts entwickelt und durchgeführt worden waren. Beispiele für eine solche innovative, soziale und politische Belange der nicht oder nur sehr unzureichend in den kommunalen Körperschaften vertretenen Schichten berücksichtigenden Kommunalpolitik gibt es zur Genüge – allerdings in der Regel aus Großstädten[30]. Und hierin besteht ein offensichtliches Forschungsproblem, denn es wird in der Literatur immer so getan, als seien die Entwicklungen in einigen wenigen großen Städten repräsentativ für alle Städte. Dies ist jedoch eine völlig unbewiesene Hypothese. Das Harburger Beispiel zeigt geradezu das Gegenteil: Die Wohlfahrtsfunktionen der Gemeinde wurden nur sehr unzureichend

[30] Vgl. den den Forschungsstand sehr gut zusammenfassenden Beitrag von *Wolfgang Hofmann*, Aufgaben und Struktur der kommunalen Selbstverwaltung in der Zeit der Hochindustrialisierung, in: Deutsche Verwaltungsgeschichte, Bd. 3 (Stuttgart 1984) 578–644, insbes. 583–606.

wahrgenommen – ganz besonders deutlich ist dies im Bereich des Wohnungsbaus, wo die Stadt der Bau- und Bodenspekulation freie Hand ließ, die zaghaften Ansätze zur genossenschaftlichen Selbsthilfe planmäßig behinderte und nur durch massiven staatlichen Druck nach 1898 wenigstens zur Bekämpfung der übelsten Auswüchse gezwungen wurde[31]. Ganz ähnliche Befunde zeigen sich, wenn die Versorgung der Bevölkerung mit Schulen und Krankenhäusern, mit Gas, Elektrizität und Wasser, die Abwässerbeseitigung oder der innerstädtische Straßenbau betrachtet werden: Es wurde entweder nur das gerade noch von den staatlichen Aufsichtsorganen tolerierte Minimum getan oder aber es wurden zunächst nur die „guten" Wohnviertel bedacht, während die Arbeiterbezirke mit erheblicher Verzögerung, z.T. erst in der Zeit der Weimarer Republik in den Genuß solcher Versorgungsleistungen kamen. In den gemeinsamen Sitzungen von Magistrat und Bürgervorstehern sowie in den Magistratsentscheidungen werden die Gründe für diese Klassenpolitik erkennbar[32]: Die Haus- und Grundbsitzer, die das Bürgervorsteherkollegium beherrschten, lehnten ebenso wie Industrielle und Großkaufleute, die stets die ehrenamtlichen Magistratsmitglieder stellten, eine über Minimalstandards hinausgehende Versorgung der Bevölkerung mit Wohlfahrtseinrichtungen, mit Schulen oder anderen Bildungsanstalten schon deswegen ab, weil dies unvermeidlich zu einer Erhöhung der in Harburg verglichen mit anderen preußischen Industriestädten noch sehr niedrigen kommunalen Hebesätzen zu den Staatssteuern geführt hätte. Und Eingriffe in die Bau- und Bodenspekulation oder gar in den Arbeitsmarkt, wie letzteres mit dem Vorschlag, etwas zur Bekämpfung der saisonalen und konjunkturellen Arbeitslosigkeit zu tun oder doch einen städtischen Arbeitsnachweis einzurichten, selbst vom preußischen Staat angeregt wurde, wurden stets unnachsichtig zurückgewiesen, weil dies die elementaren Interessen der in den städtischen Kollegialorganen repräsentierten Schichten verletzt hätte. In der doppelten Gewißheit, daß die Stadt ohnehin mehrheitlich sozialdemokratisch war, glücklicherweise durch die sinnreiche Ausgestaltung der hannoverschen Städteordnung sich dies aber in den städtischen Kollegialorganen niemals, jedenfalls solange die politische Ordnung des Kaiserreichs Bestand hatte, würde auswirken können, verzichteten Magistrat und Bürgervorsteher in Harburg daher bewußt auf jeden Kompromiß und trieben eine bürgerlich-nationalliberale Klassenpolitik, die fatal an das Beispiel konservativ-agrarischer Klassenpolitik im Preußischen Abgeordnetenhaus erinnerte. Sie nahmen dabei allerdings in Kauf, daß hierdurch nicht nur der Widerstand in Arbeiterkreisen mobilisiert und der Ausbau einer festen, sozialdemokratisch beherrschten „Gegen-

[31] Vgl. dazu neben meinem in Anm. 15 genannten Aufsatz zur Wohnsituation der städtischen Bediensteten *Dittmer Machule,* 100 Jahre Städtebau in Harburg. Stadtplanung und Wohnungsbau zwischen 1845 und 1945, in: *Jürgen Ellermeyer* (u.a. Hrsg.), Harburg. Von der Burg zur Industriestadt (Hamburg 1988) 264–294, insbes. 266–277.

[32] Es wurden für diese Aussage systematisch die Protokolle der politisch wichtigen gemeinsamen Sitzungen von Magistrat und Bürgervorsteherkollegium von 1867 bis 1914 (StA Hamburg, 430-4 (Magistrat Harburg), II F 4 Bd. I–II, II F 5–8, II F 10, 12, 14, 16 u. 18) sowie die Magistratsakten zu den städtischen Versorgungsbetrieben (Aktengruppe V), zum Bauwesen (Aktengruppe VI), zum Arzneiwesen (Aktengruppe VII), zum Gesundheitswesen (Aktengruppen X u. XIII), zum Schulwesen (Aktengruppe XI) und Arbeitersachen (Aktengruppe XVI) und auch die Akten der Polizeidirektion (StA Hamburg, 430–13) durchgesehen.

welt" beschleunigt wurde, sondern sich auch bürgerliche Schichten hierdurch nicht mehr repräsentiert fühlten und sich unter Überspringung der von beiden Seiten errichteten Klassenschranken zumindest bei Wahlen der Sozialdemokratie zuwandten.

4. Der Ausbau der sozialdemokratischen Organisations- und Kommunikationsstruktur seit 1890

Die Stadt Harburg gehörte zu den frühen Hochburgen der Sozialdemokratie; Theodor Yorck, Organisator des lassalleanischen Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, erzielte schon bei den Wahlen zum Norddeutschen Reichstag 1867 ein in vieler Hinsicht überraschend gutes Ergebnis, als er den nationalliberalen Kandidaten, Oberbürgermeister Grumbrecht, in der Stadt auf den zweiten Platz verwies[33]. Beide sozialistischen Parteien, ADAV und SDAP, und einige Gewerkschaften hatten Ende der 1860er und Anfang der 1870er Jahre in Harburg Fuß gefaßt[34] und in Theodor Yorck zunächst auch einen charismatischen Führer, der selber in Harburg lebte. Über die weitere Entwicklung von Partei und Gewerkschaften in Harburg nach Yorcks Tod 1875 schweigen die Quellen; sicher ist nur, daß mit dem Berliner Zimmerer Carl Finn 1874, 1877 und 1878 mit dem Verdener Gastwirt Conrad Wode und 1881 und 1884 mit Ignaz Auer auswärtige Kandidaten bei den Reichstagswahlen aufgestellt wurden, während über den Harburg auf dem Vereinigungskongreß 1875 vertretenden ADAV-Vorsitzenden D. Steffens außer seinem Namen und der Tatsache, daß er auch auf dem Wydener Kongreß 1880 zugegen war, nichts zu erfahren ist. Dennoch kann es keinen Zweifel daran geben, daß die Sozialdemokratie auch in den Jahren des Sozialistengesetzes in Harburg aktiv blieb[35] und in dieser Zeit der Schuhmachermeister Heinrich

[33] Vgl. hierzu *Christian Gotthardt,* Pyrrhussiege und glänzende Niederlagen: Die Kämpfe zwischen Liberalen und Sozialisten in den ersten Reichstagswahlen 1867 bis 1878 in Harburg, in: *Jürgen Ellermeyer* (u.a. Hrsg.), Harburg. Von der Burg zur Industriestadt (Hamburg 1988) 206–218; *Günter Scheel,* Die Anfänge der Arbeiterbewegung im Königreich Hannover, in: Niedersächsisches Jahrbuch 48 (1976) 17–70, bes. 57–58, 65–66; *Heide Barmeyer,* Die hannoverschen Nationalliberalen 1859–1885, in: Niedersächsisches Jahrbuch 53 (1981) 65–85.

[34] Während die SDAP, zu der Yorck 1869 übergewechselt war, nie über ein Sektendasein (mit 10–16 Mitgliedern zwischen 1869 und 1875) hinauskam, hatte der ADAV schon 1871 rd. 70 und 1875 rd. 250 Mitglieder (vgl. *Dieter Fricke,* Handbuch zur Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung (Berlin ^{2}1987) 65–71, 109–113, 123, 146). Zur gewerkschaftlichen Entwicklung in Harburg in den 1870er und 1880er Jahren läßt sich nur wenig sagen – Maurer, Schiffszimmerer, Schuhmacher und Schneider sowie einige Metallarbeiter waren organisiert (die Mitgliedszahlen lagen zwischen ca. 150 und ca. 300), während in der wichtigen Gummi- und Ölindustrie wohl höchstens vereinzelt Mitglieder von Gewerkschaften anzutreffen waren, obwohl Yorck 1869 in Harburg die „Genossenschaft der freien Hand- und Fabrikarbeiter" gegründet und zunächst auch fast 200 Mitglieder gewonnen hatte, vgl. *Willy Albrecht,* Fachverein – Berufsgewerkschaft – Zentralverband. Organisationsprobleme der deutschen Gewerkschaften 1870–1970 (Bonn 1982), 176, 249, 497, 517, 541, 549, 555; 1869 Genossenschaft der Hand- und Fabrikarbeiter – 1969 IG Chemie – Papier – Keramik. 100 Jahre Gewerkschaftsbewegung in Harburg (Hamburg 1969).

[35] Hierauf deutet auch die Tatsache hin, daß Harburg auf allen drei Exilkongressen der Sozialdemokratie – in Wyden 1880 durch D. Steffens, in Kopenhagen 1883 durch Heinrich Baerer und in St. Gallen 1887 durch den Fabrikarbeiter Friedrich Louis Renz – vertreten war.

Baerer (1842–1913) in die Rolle des unbestrittenen Führers der Harburger Sozialdemokratie hineinwuchs, die er nach dem Fall des Sozialistengesetzes für zwei Jahrzehnte auch öffentlich ausübte.

Baerer[36], der aus Kirchhain bei Marburg stammte, war ein reiner Autodidakt; eine Schule hatte er nie besucht, sich später selber Schreiben, Lesen und Rechnen beigebracht, eine Schuhmacherlehre durchgemacht und – seit 1864 in Harburg ansässig – dort gegen Ende der 1870er Jahre die Meisterprüfung abgelegt. 1864 war er dem ADAV beigetreten, 1869 zur SDAP übergewechselt, und 1868 war er Mitglied der Schuhmachergewerkschaft geworden – und hatte dann immer wieder, im einzelnen aber nicht genau bestimmbare, Funktionen innerhalb von Partei und Gewerkschaften innegehabt, bis er 1883 als Nachfolger von Steffens informell die Führung der verbotenen Partei übernahm. Als 1884 über Harburg – nicht wegen der Aktivitäten der verbotenen Partei in Harburg selber, sondern weil sich hier viele der bereits aus Hamburg ausgewiesenen führenden Sozialdemokraten, u.a. Auer und Dietz, in unmittelbarer Nähe ihrer alten Wahlkreise niedergelassen hatten – der Belagerungszustand verhängt wurde, gehörte neben jenen auch Baerer zu den Ausgewiesenen. Baerer, der inzwischen zusammen mit einem Kompagnon eine eigene Schuhmacherwerkstatt betrieb und dessen Familie weiterhin in Harburg lebte, hielt jedoch die Verbindung zu Harburg aufrecht und wurde 1887 erstmals als Kandidat für den 17. hannoverschen Reichstagswahlkreis, zu dem Harburg gehörte, aufgestellt und behielt diese Funktion bis zur Wahl 1912, als er alt und krank zugunsten von Friedrich Lesche verzichtete. Vom November 1890 bis Mitte 1910 war Baerer Vorsitzender der Wahlkreisorganisation, vertrat zwischen 1890 und 1909 – mit Ausnahme der Jahre 1894 und 1903 – Harburg auf den Parteitagen und war zumindest zeitweilig auch Ortsvereinsvorsitzender in Harburg[37]. Alle diese Funktionen übte Baerer ehrenamtlich aus, lebte nicht von, sondern für die Partei und verdiente sich seinen Unterhalt offensichtlich erfolgreich und bei den Berufskollegen angesehen, die ihn für die Amtsperiode 1899–1902 zum Obermeister ihrer Zwangsinnung wählten, als Schuhmachermeister. Obwohl selber kein „Parteibeamter" hat Baerer doch entscheidend dazu beigetragen, daß Gewerkschaften und Partei, sobald sich dies nur irgend vertreten ließ, hauptamtliche Funktionäre einstellten – mit dem Ergebnis, daß im letzten Jahr vor dem Weltkrieg mehr als dreißig Angestellte für Partei und Gewerkschaften tätig waren, der parteieigene Verlag, die „Spiel- und Sportplatz Volkswohl GmbH" sowie der Konsumverein und die ihm

[36] Vgl. auch *Wilhelm Heinz Schröder*, Sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete und Reichstagskandidaten 1898–1918. Biographisch-statistisches Handbuch (Düsseldorf 1986) 76f.

[37] Ob Baerer, der im November 1890 auch zum Ortsvereinsvorsitzenden gewählt worden war, diese Funktion bis zum Sommer 1910 innehatte, als der besoldete Sekretär der Wahlkreisorganisation, Carl Möller, das Amt übernahm, läßt sich nicht klären, da das Exemplar des „Volksblatts für Harburg, Wilhelmsburg und Umgebung" des Staatsarchivs Hamburg seit Sommer 1987 wegen Verfilmungsmaßnahmen unzugänglich ist und im Exemplar der Universitätsbibliothek Göttingen die Jahrgänge vor 1914 fehlen.

gehörende Großbäckerei Dutzenden von Parteigenossen Arbeit und – ebenso wichtig – Gelegenheit zur nebenamtlichen Funktionärstätigkeit boten[38].

Agitation, Organisation und Kommunikation, Ausbau der unterschiedlichsten Selbsthilfeorganisationen vom Konsumverein bis zur Bibliothek – dies alles diente einem doppelten Zweck: Der Gewinnung von möglichst vielen Mitgliedern für Partei und Gewerkschaften, ihrer dauerhaften Einbindung in die Organisationen der Arbeiterbewegung wie gleichermaßen der Verbesserung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen. Es entstand hierdurch eine sozialdemokratische Infrastruktur, die ihre Anhänger nicht nur in manchen Lebensbereichen objektiv unabhängig davon machte, was ringsherum in einer „feindlich" empfundenen und auch „feindlich" handelnden „bürgerlichen" Umwelt geschah, sondern auch – ebenso bedeutsam – ein subjektives Zusammengehörigkeitsgefühl schuf, das Geborgenheit und Sicherheit ebenso vermittelte wie zunehmendes Selbstbewußtsein, dessen bester Ausdruck die Art und Weise war, mit der nach der Revolution 1918/19 die lokalen Funktionäre von Partei und Gewerkschaften ganz selbstverständlich in die kommunalen Ämter als Bürgervorsteher und Magistratsmitglieder einrückten und ihre die Interessen der Bevölkerungsmehrheit berücksichtigende Politik betrieben, gerade ohne dabei in eine einseitige Klassenpolitik, wie das unter den Nationalliberalen bis 1918 üblich gewesen war, zu verfallen[39].

Dieser Prozeß kann hier nur mit manchen Verkürzungen und quellenbedingten Lücken nachgezeichnet werden, in dem zunächst die Ausbreitung von Gewerkschaften und Partei, sodann des ganzen Systems der sozialdemokratischen Infrastruktur in der Stadt dargestellt wird. Noch unter dem Sozialistengesetz – im Herbst 1889 – gab es den ersten Ansatz zu einer Neubelebung sozialistischer Organisationen in Harburg,

[38] Der sozialdemokratische Wahlverein für den 17. Hannoverschen Wahlkreis beschäftigte 1913: 2 Sekretäre und, als eine der ersten sozialdemokratischen Organisationen überhaupt, seit September 1912 eine weibliche Hilfskraft; das Arbeitersekretariat 2 Sekretäre; der Fabrikarbeiterverband 2 Geschäftsführer, einen Kassierer und 4 Hilfskassierer; der Metallarbeiterverband 2 Geschäftsführer und 1 Kassierer; der Transportarbeiterverband, der Holzarbeiterverband, der Bauarbeiterverband, der Verband der Heizer und Maschinisten, der Textilarbeiterverband jeweils einen Angestellten, deren örtlicher Aufgabenkreis allerdings weit über Harburg hinausreichte; der Parteiverlag „Heinrich Baerer & Co." beschäftigte 4 Redakteure, 2 Prokuristen und 4 Expedienten für das „Volksblatt", die „Volkswohl GmbH" zwei Geschäftsführer. Daneben waren beide Geschäftsführer der Ortskrankenkasse, der Geschäftsführer, die beiden Prokuristen und die zwölf Lagerhalter des Konsumvereins Sozialdemokraten. In der parteieigenen Druckerei waren neben dem technischen Leiter weitere 18 Buchdrucker und Buchbinder, in der Großbäckerei des Konsumvereins neben dem Backmeister über ein Dutzend Bäcker, in den zwölf Läden des Konsumvereins rd. 25 Verkäufer und in den Gastwirtsbetrieben der „Volkswohl" ein knappes Dutzend Gehilfinnen und Gehilfen beschäftigt. Die Daten sind zusammengesetzt aus den Verzeichnissen des Vereins Arbeiterpresse, den Berichten von Einzelgewerkschaften, des Gewerkschaftskartells, des Arbeitersekretariats, den Geschäftsberichten des Konsumvereins und können hier nicht im einzelnen aufgeführt werden.

[39] Vgl. *Jens Flemming,* Zwischen Krise und Reform: Kommunalpolitik in Harburg 1918–1933, in: *Jürgen Ellermeyer* (u.a. Hrsg.), Harburg. Von der Burg zur Industriestadt (Hamburg 1988) 353 bis 368; *Peter-Christian Witt,* Walter Dudek. Oberbürgermeister in Harburg 1925–1933, erscheint in: Harburger Jahrbuch (1989).

als von den Arbeitern der Gummi- und Ölindustrie, einer vor 1878 praktisch unorganisierbaren Branche, die Bildung eines gewerkschaftlichen Vereins beschlossen wurde[40], dem bis Anfang März 1890 auch fast 2000 Arbeiter, das entsprach mehr als der Hälfte der Beschäftigten, beitraten. Dieser Anfangserfolg war jedoch nicht von Dauer, sondern endete in einem nahezu vollständigen Fiasko: Als im März/April 1890 bei einer von der Deutsch-Amerikanischen Petroleum AG übernommenen Harburger Ölfirma ein Streik ausbrach, zu dessen Finanzierung der Vorstand der Gewerkschaft einen Sonderbeitrag von 1,50 M von jedem Mitglied – verteilt allerdings über 15 Wochen – forderte, traten sofort etwa 1700 Mitglieder wieder aus.

Anfängliche Euphorie, Überschätzung der eigenen Kräfte[41], der Opferbereitschaft und der Opferfähigkeit der Mitglieder – der geforderte Sonderbeitrag entsprach eben doch einem durchschnittlichen Tagelohn – in dieser Branche, die sehr viele jugendliche Arbeiter[42], auch viele Ungelernte und Frauen beschäftigte und stets eine verhältnismäßig hohe Fluktuation in der Belegschaft aufwies[43], hatten gleich bei dem organisatorischen Neuanfang von Partei und Gewerkschaften 1890 in eine Sackgasse geführt. Denn eines war deutlich: Bei der Struktur der Industriewirtschaft Harburgs, in der nun einmal die Gummi- und Ölfabriken zu Beginn der 1890er Jahre die einzigen Großbetriebe waren, war ohne die Organisierung von deren Arbeitern für die Gewerkschaften nur wenig zu erreichen – und auch für die Partei mußten bei dem Bemühen um Konsolidierung ihres Wählerpotentials unüberwindliche Schwierigkeiten auftreten, wenn es nicht gelang, hier eine feste gewerkschaftliche Organisation aufzubauen. Wie mühselig dieser Prozeß gewesen ist, welche Bedeutung aber auch der Fabrikarbeiterverband innerhalb des Gewerkschaftskartells in Harburg hatte, zeigen die Tabellen 2 und 3[44]. Am Jahresende 1890 waren noch ganze 270 Arbeiter im Fabrikarbeiterverband organisiert – und aufwärts ging es erst, als 1894 neben dem unbesoldeten Bevollmächtigten ein besoldeter Agitationsleiter bestellt wurde; jetzt wuchs der Verband, freilich z. T. von scharfen, die speziellen konjunkturellen Entwicklungen der Industrie in Harburg widerspiegelnden Rückschlägen unterbrochen[45], bis auf über 4000 Mit-

[40] 1869 Genossenschaft der Hand- und Fabrikarbeiter – 1969 Industriegewerkschaft Chemie – Papier – Keramik, 100 Jahre Gewerkschaftsbewegung in Harburg (Harburg 1969), o.p.; auch für das Folgende. – Neben Baerer, der während seiner Ausweisung aus Harburg erst in Winsen, dann in Hannover wohnte und dennoch die Fäden zog, waren an der Gründung führend beteiligt Karl Weniger, früher Maurer und von 1894 bis zu seinem Tode im Oktober 1906 Prokurist des „Volksblatts für Harburg, Wilhelmsburg und Umgebung" und auf den Parteitagen 1890 und 1894 zweiter Harburger Delegierter, sowie Heinrich Martens (1862–?), von 1892–99 der erste Bevollmächtigte des Fabrikarbeiterverbandes in Harburg (unbesoldet), 1899–1905 unbesoldeter Gauvorsitzender, 1896–1906 Expedient, 1906–1927 Geschäftsführer des „Volksblatts" und 1919–1933 unbesoldetes Magistratsmitglied der Stadt.

[41] Hier spielte wohl auch die Fehlinterpretation des in der Tat überwältigenden Sieges der SPD bei der Reichstagswahl am 20. 2. 1890 (57,9 v. H. der abgegebenen gültigen Stimmen in der Stadt; bei der Stichwahl am 3. 3. 1890 sogar 67,9 v. H.) eine Rolle.

[42] Vgl. o. Anm. 21.

[43] Vgl. Jahresberichte der Handelskammer zu Harburg 1890 ff. (Harburg 1891 ff.).

[44] Vgl. Tabellen 2 und 3, S. 275 f.

[45] Vgl. Jahresberichte der Handelskammer zu Harburg 1890 ff. (Harburg 1891 ff.).

Tabelle 2: Mitglieder des Fabrikarbeiterverbandes 1890–1913 und ihre Einbindung in andere sozialistische Organisationen 1907, 1909, 1910 und 1913.

Jahr	Mitglieder am 31.12.		Befragung über Mitgliedschaften etc.							
		davon weiblich	Antworten		SPD-Mitgl.		Abonnenten „Volksblatt"		Konsum-Verein	
			abs.	v.H.	abs.	v.H.	abs.	v.H.	abs.	v.H.
1890	270									
1891	240									
1892	330									
1893	933									
1894	958									
1895	1417									
1896	2339									
1897	1988									
1898	2156									
1899	2007									
1900	2782									
1901	2794									
1902	1925									
1903	1724									
1904										
1905	1408									
1906	2436	190								
1907	3135	280	1633	52,1	430	26,3	1104	67,6	316	19,4
1908	3045									
1909	3723		1768	47,5	563	31,8	1477	83,5	602	34,1
1910	4359	223	223[1]	100	30	13,5	115	51,6	66	29,6
1911										
1912	4349	479								
1913	4157	377	3558	85,6	1113	31,3	2131	59,9	926	26,0

[1] Befragung aller weiblichen Mitglieder nicht durch Fragebogen, wie sonst üblich, sondern durch Hausbesuch.

Quellen: Heinrich Martens, Zehn Jahre gewerkschaftlicher Entwicklung 1890–1900 (Harburg 1900) passim; 1. Geschäftsbericht. Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, Zahlstelle Harburg, erstattet für das Jahr 1906 (Harburg 1907) 23; Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands. Geschäftsbericht der Zahlstelle Harburg für das Jahr 1909 (Harburg 1910) 44; Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Zahlstelle Harburg. Geschäfts- und Kassenbericht für das Jahr 1910 (Harburg 1911) 56; Geschäftsbericht des Verbands der Fabrikarbeiter Deutschlands (Zahlstelle Harburg). Geschäftsjahr 1913 (Harburg 1914) 24.

glieder an, die von zuletzt sieben hauptamtlichen Funktionären betreut wurden. Bei den männlichen Arbeitern waren das immerhin fast zwei Drittel der Organisationsfähigen (unter Einschluß der Mitglieder anderer sozialistischer Gewerkschaften), bei den weiblichen Arbeitern freilich höchstens 12 v.H. Ab Mitte der 1890er Jahre bis 1903 stellten die Fabrikarbeiter in der Regel nie weniger als die Hälfte der Harburger Gewerkschaftsmitglieder, dann ging dieser Anteil einmal durch die Ausgliederung Wilhelmsburgs, zum andern aber durch die Erfolge der Gewerkschaften in anderen, bisher gering organisierten Branchen bis auf etwa 40 v.H. in den letzten Jahren vor dem

Tabelle 3: Mitglieder der freien Gewerkschaften in Harburg 1890–1913 (jeweils zum 31.12.)[1]

Gewerkschaft bzw. Gewerkschaften einer Branche[2]		1890	1893	1895	1897	1898	1899	1900	1901	1902	1903	1905	1906	1907	1912	1913
Fabrikarbeiterverband	abs.	270	240	1417	1988	2156	2007	2782	2794	1925	1724	1408	2436	3135	4349	4157
	v.H.	27,9	26,9	53,8	57,1	56,0	51,8	55,5	56,9	49,1	47,0	33,9	43,9	46,4	40,7	40,3
DMV und andere Gewerkschaften der Metallbranche	abs.	–	–	258	473	649	719	811	787	723	755	1128	1323	1370	2097	2026
	v.H.	–	–	9,8	13,6	16,9	18,6	16,2	16,0	18,5	20,6	27,1	23,9	24,7	19,6	19,6
Heizer u. Maschinisten	abs.	–	–	–	–	6	19	28	62	81	78	125	139	150	320	317
	v.H.	–	–	–	–	0,2	0,5	0,6	1,3	2,1	2,1	3,0	2,5	2,2	3,0	3,1
Transport- u. Hafenarbeiter	abs.	–	–	300	246	171	137	232	194	158	180	209	276	347	1175	1171
	v.H.	–	–	11,4	7,1	4,4	3,5	4,6	4,0	4,0	4,9	5,0	5,0	5,1	11,0	11,4
Baubranche	abs.	337	339	241	347	400	432	638	560	507	431	548	356	444	859	748
	v.H.	34,8	38,0	9,2	10,0	10,4	11,2	12,7	11,4	12,9	11,7	13,2	6,4	6,6	8,1	7,3
Holzarbeiter u. ähnl.	abs.	212	178	232	282	313	340	354	345	316	312	438	456	496	605	609
	v.H.	21,9	19,9	8,8	8,1	8,1	8,8	7,1	7,0	8,1	8,5	10,5	8,2	7,3	5,7	5,9
Alle anderen Arbeitergew.	abs.	150	136	187	143	145	213	152	146	184	156	278	538	802	889	917
	v.H.	15,5	15,2	7,1	4,1	3,8	5,5	3,0	3,0	4,7	4,3	6,7	9,7	11,9	8,3	8,9
Angestelltengewerkschaften	abs.	–	–	–	–	9	7	9	20	23	24	23	19	19	381	376
	v.H.	–	–	–	–	0,2	0,2	0,2	0,4	0,6	0,7	0,6	0,3	0,3	3,6	3,6
Summe		969	893	2635	3479	3850	3874	5016	4908	3917	3670	4157	5543	6763	10675	10321

[1] Es können nur die dem örtlichen Gewerkschaftskartell angeschlossenen Verbände erfaßt werden. Die Daten für die Jahre bis 1897/98 dürften in jedem Fall unvollständig sein, da alle später im DMV zusammengeschlossenen Verbände fehlen. Seit 1906 sind wiederum die Maurer aus dem Kartell aus-, die Textilarbeiter ins Kartell eingetreten. Von zahlreichen kleineren Zentralverbänden, die in Harburg vermutlich nur wenige Einzelmitglieder hatten, fehlen alle Angaben, andererseits scheint der Fabrikarbeiterverband bis 1903 auch seine in Wilhelmsburg wohnenden Mitglieder als Harburger gezählt zu haben. Die bei *Paul Hirschfeld,* Die freien Gewerkschaften in Deutschland. Ihre Verbreitung und Entwicklung 1896–1906 (Jena 1908) 275 genannten Zahlen sind in der Regel unvollständig, 1902 und 1903 enthalten sie auch Mitglieder, die die Gewerkschaften selber wegen Beitragsrückständen gestrichen hatten.

[2] Mit Ausnahme des Fabrikarbeiterverbandes und des Verbands der Heizer und Maschinisten, dessen Zuordnung zu einer einzelnen Branche schwierig ist, sind in den einzelnen Rubriken zahlreiche Einzelverbände zusammengefaßt – 1907 gab es noch 34, 1913 noch 33 Einzelgewerkschaften als Kartellmitglieder.

Quellen: 1. Bericht des Arbeitersekretariats und Gewerkschaftskartells Harburg für das Jahr 1903 (Harburg 1904) 35 ff.; Vierter Bericht des Arbeitersekretariats und Gewerkschaftskartells Harburg, erstattet für das Geschäftsjahr 1906 (Harburg 1907) 38; Jahresbericht des Arbeitersekretariats und Gewerkschaftskartells erstattet für das Jahr 1907 (Harburg o.J. [1908]) 35; 11. Bericht des Arbeitersekretariats und Gewerkschaftskartells. Geschäftsjahr 1913 (Harburg 1914) 10.

Ersten Weltkrieg zurück. Insbesondere im Bereich der Metallverarbeitung, wo zunächst (bis 1897/98) Mitglieder aus handwerklichen Betrieben dominierten, gelang den später im Deutschen Metallarbeiter-Verband zusammengefaßten Gewerkschaften nun der Einbruch in die Belegschaften der Werften und Maschinenfabriken, so daß 1913 gut zwei Drittel der Organisationsfähigen auch Mitglied einer freien Gewerkschaft waren. Der DMV und einige andere, noch selbständige Gewerkschaften der Metallbranche stellten rund 20 v.H. der Harburger Gewerkschaftsmitglieder. Während die Gewerkschaften der Baubranche und der Holzverarbeitung in den frühen 1890er Jahren noch weit über 50 v.H. der Harburger Gewerkschaftsmitglieder – und zwar vorwiegend Facharbeiter in Handwerksbetrieben – stellten, sank ihr Anteil später schnell ab und erreichte 1913 zusammen nur noch etwas über 13 v.H. Hier sind freilich eine Reihe von Sonderentwicklungen, insbesondere der Austritt des Maurerverbandes aus dem Harburger Kartell 1906, zu beachten. Und der Rückgang des Anteils an den gewerkschaftlich Organisierten in Harburg täuscht insofern, als jedenfalls in der Holzbranche die Organisationsquote mit über 80 v.H. am besten von allen Gewerben war. Bemerkenswert ist auch, daß in den letzten Jahren vor dem Ersten Weltkrieg eine sehr hohe Organisationsquote bei den ungelernten Hafen- und Transportarbeitern erreicht wurde, während in der Textilindustrie auch 1913 von über 2000 Beschäftigten gerade 130 gewerkschaftlich organisiert waren. Als praktisch unorganisierbar erwiesen sich die Angestellten; selbst 1913 waren nur rd. 380 oder weniger als 7,5 v.H. aller Harburger Angestellten Mitglied einer freien Gewerkschaft.

Bei ihren Organisationsbemühungen hatten die Gewerkschaften in Harburg mit den üblichen behördlichen Schikanen zu kämpfen, so wurden die Zahlstellen des Fabrikarbeiterverbands und des Metallarbeiterverbands 1896 bzw. 1900, d.h. jeweils in dem Moment, wo sich ein gewisser organisatorischer Erfolg abzuzeichnen begann, durch die Polizeidirektion der Stadt zur „politischen Vereinigung" erklärt und aufgelöst, die Beschwerde beim Regierungspräsidenten wurde jeweils abgewiesen und erst nach langwierigen Prozessen, hob das Königliche Oberverwaltungsgericht 1898 bzw. 1903 die Verfügungen der Polizeidirektion wieder auf[46]. Bemerkenswert hieran ist nicht so sehr die Maßnahme selber, sondern daß auch nach dem ersten Prozeßmißerfolg die städtische Verwaltung stur den einmal eingeschlagenen Konfrontationskurs weiter verfolgte. Erst in den letzten Jahren vor dem Weltkrieg verzichtete der Magistrat auf solche Schikanen, ganz einfach deswegen, weil sie nicht nur erfolglos waren, sondern im Gegenteil den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie nur neue Anhänger zutrieben und man sich inzwischen damit abgefunden hatte, daß für die eigene

[46] Vgl. 1869 Genossenschaft der Hand- und Fabrikarbeiter – 1969 Industriegewerkschaft Chemie – Papier – Keramik. 100 Jahre Gewerkschaftsbewegung in Harburg (Harburg 1969) o.S. (Eintragungen 1.4.1896, 16.12.1898); Deutscher Metallarbeiter-Verband, Protokoll der 5. ordentlichen Generalversammlung zu Nürnberg, 28. Mai bis 1. Juni 1901 (Stuttgart 1901) 30; Die sechste ordentliche General-Versammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, 1. bis 6. Juni 1903 zu Berlin (Stuttgart 1903) 60.

Politik die Zustimmung der Bevölkerung nicht gewonnen werden konnte[47], aber auch nicht gewonnen zu werden brauchte, da das Stadtregiment mit Hilfe der hannoverschen Städteordnung unverrückbar in der Hand der Nationalliberalen blieb[48]. Was weiterhin betrieben wurde, war die soziale Ausgrenzung von Gewerkschaften und Sozialdemokratie[49] – und auch damit wurde ungewollt der Zusammenhalt der Arbeiterbewegung gestärkt, die hierdurch praktisch zum Aufbau einer alle Lebensbereiche abdeckenden Organisationsstruktur gezwungen wurde[50].

Über die Mitgliederentwicklung der Sozialdemokratischen Partei in Harburg schweigen sich die verfügbaren Quellen weitgehend aus. Für Dezember 1906 und 1907 sind die exakten Mitgliedszahlen des Ortsvereins, 1647 bzw. 2049, bekannt[51], für 1911 bis 1913 – jeweils zum 30. Juni – die des 17. hannoverschen Wahlkreises mit

[47] In den üblichen Vorberichten des Magistrats über die Wahlaussichten der Parteien bei Reichs- und Landtagswahlen wurde dann auch seit 1906 immer darauf hingewiesen, daß die „reichstreuen" Kandidaten, dazu gehörten jetzt auch die Welfen, in der Stadt ohne jede Chance waren; freilich tröstete man sich damit, daß durch die Landgebiete der Wahlkreise dann doch noch eine Mehrheit gegen die Sozialdemokraten zusammengebracht werden konnte, vgl. beispielhaft die Berichte von Oberbürgermeister Denicke an den Reg.Präs. Lüneburg, 22.11.1906, 14.7.1908 und 7.5.1913, StA Hamburg, 430-4 (Magistrat Harburg), III A 2a–1a.

[48] In schöner Offenheit legte der Magistrat dar, als die SPD 1910 erstmals förmlich um eine Herabsetzung des Bürgerkaufgeldes auf eine Mark ersuchte, daß „eine Änderung des Verfassungsstatuts ... nach den Erfahrungen, die bei den Reichstagswahlen gemacht sind, zweifellos die Wirkung haben (würde), daß sämtliche Bürgervorstehermandate in der hiesigen Stadt in die Hände der sozialdemokratischen Partei übergehen und der ganze Mittelstand sowie die Großindustrie und der Großhandel künftig von einer Vertretung im Bürgervorsteherkollegium völlig ausgeschlossen sein würden. Dazu kann aber der Magistrat seine Hand nicht bieten. Übrigens würde auch nach unserer Kenntnis der Verhältnisse das Bürgervorsteherkollegium zu einer so radikalen Änderung des Verfassungsstatuts niemals seine Zustimmung erteilen"; StA Hamburg, 430-4 (Magistrat Harburg), III B 6a–1, SPD-Vorstand Harburg an Magistrat, 8.3.1910; Magistrat an SPD-Vorstand Harburg, 11.3.1910.

[49] Was hier gemeint ist, soll beispielhaft – denn zahlreiche ähnlich gelagerte Fälle finden sich in den Magistratsakten bis 1914 – an einem Vorgang von Ende 1892 gezeigt werden. Am 28.12.1892 erschien in der „Harburger Zeitung" Nr. 298 eine Anzeige des „Fabrikarbeiterverbandes", in der zum „Wintervergnügen" am 1. Weihnachtstag im Restaurant „Schützenpark" eingeladen wurde. Der Magistrat der Stadt wandte sich sofort an den Aufsichtsratsvorsitzenden, Bürgervorsteher und Inhaber der nationalliberalen „Harburger Anzeigen und Nachrichten", Lühmann, und forderte diesen auf, „den Pächter des Lokals ... zu rectifizieren", da der Magistrat „nicht annehmen (könne), daß es den Intentionen des Aufsichtsrats entspricht, daß ein derartiger Verein die Räume des Schützenparks, welcher nur für bessere Gesellschaften bestimmt ist, benutzt", StA Hamburg, 430-4 (Magistrat Harburg), XVI D 5c–1, 23.12.1892.

[50] Da im Rahmen dieses Aufsatzes keineswegs alle sozialdemokratischen Vereinsbildungen verfolgt werden können, soll nur erwähnt werden, daß nach und nach die ganze Palette sozialdemokratischer Vereine – von den Abstinenzlern über die Naturfreunde, die Kleingärtner und Sänger bis hin zu Turnern – entstand, wobei die Turner mit über 450 und die Kleingärtner mit rd. 600 Mitgliedern die größten dieser Vereine waren. Vgl. Adreß- und Handbuch der Stadt Harburg 1890ff.; Arbeiter-Turnerbund. 3. Kreis-Fest-Schrift zum X. Kreisturnfest in Lübeck 1913 (Lübeck o.J.) 73–75; Bericht des Magistrats, 24.9.1912 (über Kleingärtner), StA Hamburg, 430-4 (Magistrat Harburg), XVI D 5c–3.

[51] Jahresbericht des Arbeitersekretariats und Gewerkschaftskartells. Erstattet für das Jahr 1907 (Harburg 1908) 86.

6085 (davon 612 weiblich), 7270 (895 weibliche) und 7585 (1293 weibliche)[52], von denen mit hoher Wahrscheinlichkeit zwischen 60 und 70 v.H. dem Harburger Ortsverein angehörten[53]. Viel spricht dafür, daß ähnlich wie bei den Gewerkschaften das Wachstum der Mitgliederzahlen erst in den späten 1890er Jahren oder sogar nach der Jahrhundertwende begann[54] und auch die Sozialdemokratie mit dem Problem einer hohen Mitgliederfluktuation zu kämpfen hatte, wobei allerdings anders als bei den Gewerkschaften nicht die stets hohe Zahl von Austritten bzw. Streichungen aus den Mitgliederlisten wegen Beitragsrückständen, sondern die Abwanderung in andere Orte die entscheidende Rolle spielte[55].

[52] Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Jena 1911 (Berlin 1911) 79; ... Chemnitz 1912 (Berlin 1912) 88; ... Jena 1913 (Berlin 1913) 70.

[53] Diese Annahme erscheint deswegen gerechtfertigt, weil alle anderen zum Wahlkreis gehörenden Orte außer Wilhelmsburg im besten Falle wenige Stimmen bei den Reichstagswahlen für die SPD brachten, Harburg allein stets um 60–70 v.H. und bei den Gewerkschaften ganz ähnliche Relationen zu verzeichnen sind.

[54] Erschlossen wird dies über die Dauer der Mitgliedschaft in der SPD gegen Mitte des Jahres 1907 und einem Vergleich mit der Dauer der Mitgliedschaft im Fabrikarbeiterverband Ende 1906.

Dauer der Mitgliedschaft	SPD abs.	v.H.	Fabrikarbeiterverband abs.	v.H.
seit 1890–Ende 1894	187	9,7	148	6,1
seit 1895–Ende 1899	235	12,2	381	15,7
seit 1900–Ende 1904	419	21,7	478	19,8
seit 1905	225	11,6	299	12,4
seit 1906	465	24,1	1114	46,0
seit 1907	227	11,7	–	–
Summe	1758	100	2420	100
unbekannt	175	–	16	–

Quellen: 1. Geschäftsbericht. Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, Zahlstelle Harburg, erstattet für das Jahr 1906 (Harburg 1907) 23; Jahresbericht des Arbeitersekretariats und Gewerkschaftskartells. Erstattet für das Jahr 1907 (Harburg 1908) 87.

[55] Bei 1647 Mitgliedern am 1.12.1906 wurden bis 30.12.1907 neu aufgenommen 846 Mitglieder, denen jedoch 444 Abgänge (davon aber 389 = 87,6 v.H. durch Ortswechsel, 11 = 2,5 v.H. durch Tod und nur 44 = 9,9 v.H. durch Austritt oder Ausschluß) gegenüberstanden. Beim Fabrikarbeiterverband wurden beispielsweise (bei 4349 Mitgliedern am 31.12.1912) während des Jahres 1913 1246 Neuzugänge (davon 156 = 12,5 v.H. durch Zuzug nach Harburg, 145 = 11,6 v.H. durch Übertritt aus anderen Gewerkschaften oder Rückmeldung nach Ableistung des Militärdienstes, 945 = 75,8 v.H. durch Eintritt), aber auch 1438 Abgänge verzeichnet; von diesen entstanden zwar auch 529 = 36,8 v.H. durch Ortswechsel und weitere 243 = 16,9 v.H. durch Übertritt zu anderen Gewerkschaften oder Abmeldung wegen Ableistung des Militärdienstes, aber immerhin 666 oder 46,3 v.H. waren Austritte oder Streichungen; Jahresbericht des Arbeitersekretariats und Gewerkschaftskartells. Erstattet für das Jahr 1907 (Harburg 1908) 86; Geschäftsbericht des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands (Zahlstelle Harburg), Geschäftsjahr 1913 (Harburg 1914) 24.

Die Mitglieder der SPD waren wie die der Gewerkschaften jedenfalls bei der Erhebung 1907 recht jung[56]. Ihre Sozialstruktur ist vollständig nur für 1907 bekannt, während diese für die Masse der Parteifunktionäre auch über die Kandidatenlisten für die Urwahlen zum Preußischen Abgeordnetenhaus seit 1903 erschlossen werden kann. Aus darstellungstechnischen Gründen werden hier nur die Ergebnisse für die Gesamtmitgliedschaft 1907 und für die Funktionäre 1913 wiedergegeben[57]. Beide Reihen zeigen gleichermaßen das nicht sonderlich überraschende Ergebnis, daß auch in Harburg die SPD ganz überwiegend Arbeiterpartei war, daß die ungelernten Arbeiter (hierzu werden die Fabrik-, Transport- und Hafenarbeiter gezählt) mit 27,9 v.H. bzw. 24,4 v.H. gegenüber den gelernten Arbeitern mit 64,3 v.H. bzw. 57,9 v.H. im Vergleich zur Struktur der gesamten Arbeiterschaft Harburgs, in der eher umgekehrte Relationen anzutreffen waren, deutlich unterrepräsentiert waren. Und ebenfalls ist es nicht überraschend, daß das relative Gewicht der einzelnen Branchen in der SPD anders aussah als bei den Gewerkschaftsmitgliedern[58]. Man sollte sich freilich hüten, hieraus überzogene Schlußfolgerungen zu ziehen, wie das in der Forschung immer wieder geschieht; denn alle zur Verfügung stehenden Daten sind auf methodisch überaus problematische Weise gewonnen worden. Um die Vergleichbarkeit der beiden Reihen aufrechtzuerhalten, sind in Tabelle 4 jeweils die Selbstangaben der Betroffenen – mit der unten erläuterten Ausnahme – benutzt worden, sodann aber sind die namentlich bekannten Wahlmännerkandidaten mit den Verzeichnissen der Wahlberechtigten, den Bürgerlisten, den Angaben im Adreß- und Handbuch der Stadt sowie einer Reihe

[56] Das Alter der Mitglieder der SPD 1907 und zum Vergleich des Fabrikarbeiterverbandes 1909 betrug:

	SPD		Fabrikarbeiterverband (nur männliche Mitglieder)	
	absolut	v.H.	absolut	v.H.
unter 21 Jahre	40	2,3	294	12,3
21–30 Jahre	624	35,0	676	28,3
31–40 Jahre	661	37,1	782	32,8
41–50 Jahre	361	20,3	410	17,2
51–60 Jahre	81	4,6	183	7,7
61–70 Jahre	10	0,6	36	1,5
über 70 Jahre	4	0,2	4	0,2
Summe	1781	100	2385	100
Unbekannt oder ohne Antwort	152		1015	

Quellen: Anm. 54 u. Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Geschäftsbericht der Zahlstelle Harburg für das Jahr 1909 (Harburg 1910) 44.

Sowohl bei der SPD wie beim Fabrikarbeiterverband waren nahezu 75 v.H. der Mitglieder unter 40 Jahre alt und die im einzelnen unterschiedliche Besetzung der unteren Altersstufen sollte nicht überbewertet werden, da bei zu vielen Mitgliedern das Alter unbekannt war.

[57] Vgl. Tabelle 4.

[58] Vgl. dazu a. *Adelheid v. Saldern,* Wer ging in die SPD? Zur Analyse der Parteimitgliedschaft in der Wilhelminischen Zeit, in diesem Band.

Tabelle 4: Sozialstruktur der SPD-Mitglieder 1907 und der SPD-Funktionäre 1913

	SPD-Mitglieder 1907		SPD-Wahlmänner-kandidaten 1913	
	absolut	v.H.	absolut	v.H.
Fabrikarbeiter	422	21,8	46	20,4
Metallarbeiter	355	18,4	44	19,5
Heizer – Maschinisten	29	1,5	–	–
Transport- u. Hafenarbeiter	134	6,9	9	4,0
Arbeiter der Baubranche	467	24,2	28	12,4
Holzarbeiter	192	9,9	31	13,7
Textilarbeiter	5	0,3	–	–
Schneider, Schuhmacher, Sattler, Lederarbeiter	92	4,8	7	3,1
Bäcker, Brauer	49	2,5	9	4,0
Buchdrucker, Buchbinder	19	1,0	7	3,1
sonstige Arbeiter	19	1,0	5	2,2
Arbeiter insgesamt	1783	92,2	186	82,3
Büro- u. kaufmänn. Angestellte	19	1,0	10	4,4
Partei- u. Gewerksch.Ang.	7[1]	0,4	13	5,8
Angestellte insgesamt	26	1,4	23	10,2
Kleinhändler	26	1,4	6	2,7
Gastwirte	24	1,2	6	2,7
selbst. Handwerksmeister	15	0,8	2	0,9
Landwirte	1	0,1	–	–
„Alter" Mittelstand insg.	66	3,4	14	6,2
Freie Berufe	2	0,1	1	0,4
Rentiers	1	0,1	1	0,4
ohne Angabe/ohne Beruf	55	2,8	1	0,4
Summe	1933	100	226	100

[1] Mindestens 15 Partei- und Gewerkschaftsangestellte müssen die Frage mit dem erlernten Beruf beantwortet haben.

Quellen: Jahresbericht des Arbeitersekretariats und Gewerkschaftskartells. Erstattet für das Jahr 1907 (Harburg 1908) 86f.; Volksblatt für Harburg Nr. 111, 15.5.1913; Hand- und Adreßbuch der Stadt Harburg 1913; StA Hamburg, 430-4 (Magistrat Harburg), III B 6b–37.

anderer aus den Akten gewonnener Informationen überprüft worden – und dabei zeigt sich, daß die Selbstangaben dauernd zwischen erlerntem und ausgeübtem Beruf wechseln, daß ein Teil der „Arbeiter" längst in Angestelltenfunktionen übergegangen war, andere den Meisterbrief besaßen und sich z.T. auch Selbständige noch als „Arbeiter" bezeichneten – auch Heinrich Baerer, Inhaber eines Schuhmachergeschäftes und 1899–1902 Obermeister seiner Innung, reihte sich in der Befragung durch die SPD 1907 unter die „Arbeiter" ein. Das hatte natürlich ideologische Gründe und deren Bedeutung soll keineswegs unterschätzt werden; aber diese z.T. offensichtlich irreführenden Selbstangaben, die bei einigen selbständigen Handwerksmeistern in der Reihe für

1907 korrigiert werden konnten, verdecken eine bedeutsame Tatsache: So niedrig, wie dies durch die Selbstangaben suggeriert wird, war der Anteil des alten wie des neuen Mittelstandes unter den SPD-Mitgliedern nicht – und er scheint, wie aus einer Reihe von Hinweisen erschlossen werden kann[59], gerade in den letzten Jahren vor dem Ersten Weltkrieg überproportional gestiegen zu sein. Nun blieb natürlich die Harburger SPD auch weiterhin überwiegend „proletarische" Partei, aber sie war es längst nicht mehr ausschließlich.

Auch auf einem anderen Weg läßt sich diese Aussage untermauern. Die Führungen der Gewerkschaften haben immer wieder Befragungen unter ihren Mitgliedern durchgeführt, um zu erfahren, welcher Anteil auch Mitglied der Partei war, das örtliche oder überörtliche Parteiblatt abonniert hatte und anderen sozialdemokratischen Organisationen angehörte. Hintergrund für diese Befragungen war die absolut ernst gemeinte, natürlich aber absurde Vorstellung, jedes Gewerkschaftsmitglied müsse auch für die Partei gewonnen werden[60]. Immerhin läßt sich aus diesen Befragungen erschließen, daß ein Drittel der antwortenden Gewerkschaftsmitglieder 1907 auch das SPD-Parteibuch besaß, daß ferner die Quote in den einzelnen Branchen außerordentlich stark schwankte und daß auf die Gesamtmitgliedschaft gerechnet der Anteil der auch der SPD angehörenden Mitglieder des Fabrikarbeiterverbandes sich zwischen 1907 = 13,7 v.H. und 1913 = 26,8 v.H. fast verdoppelte, die Werbekampagne offensichtlich auch bei den ungelernten Arbeitern gewisse Erfolge zeitigte[61]. Die absolute Zahl der Gewerkschaftsmitglieder, die angaben, auch Mitglied der SPD zu sein, lag deutlich unter der Zahl der „Arbeiter" in der SPD-Befragung des gleichen Jahres, wobei die besonders signifikanten Unterschiede bei der Baubranche leicht dadurch erklärt werden können, daß die Harburger Maurer nicht dem Harburger, sondern dem Hamburger Gewerkschaftskartell (seit Anfang 1907) angehörten. Aber die anderen Differenzen lassen sich nicht so leicht erklären, es sei denn, man ginge davon aus, daß auch viele SPD-Mitglieder unter den Gewerkschaftsmitgliedern es nicht für nötig erachteten,

[59] Diese Aussage beruht auf einer Vielzahl versteckter Hinweise in den Magistratsakten – so, wenn bei den Gewerbegerichtswahlen seit 1903 immer wieder in der Arbeitgeberabteilung nicht nur sozialdemokratische Kandidaten auftraten, sondern auch gewählt wurden; wenn für die Wahlen auch solche Gaststätten als Wahllokale akzeptiert werden mußten, für die ein Militärverbot (sicheres Anzeichen für einen SPD-Wirt) bestand, oder wenn bei den Wahlen für die Obermeister und Vorstände der Zwangsinnungen Sozialdemokraten beträchtliche Stimmenanteile erhielten bzw. sogar – wie Baerer bei den Schuhmachern – gewählt wurden oder wenn schließlich ein Teil der Innungskrankenkassen (und zwar wirtschaftlich gesunde!) den Übertritt zur Allgemeinen Ortskrankenkasse beschlossen.

[60] Die Vorstellung wird bewußt „absurd" genannt, da die Degradierung der Gewerkschaften zur „Vorfeld"organisation der SPD stets den Bedürfnissen und Wünschen derjenigen, die sich den Gewerkschaften anschlossen, widersprach und der Wunsch, sozusagen eine Totalorganisierung der „Organisationsfähigen" in der SPD zu erreichen, schlicht verkannte, daß politische Betätigung – und sei es auch nur mit Beitragsleistung bei einer Partei – immer eine Angelegenheit von Minoritäten bleibt. Am unbefriedigendsten ist freilich, daß auch in der Forschung die Forderung der SPD nicht hinterfragt wird, sondern alle möglichen Spekulationen über Motive und soziale Lage von Arbeitern, die zugleich in Gewerkschaft *und* SPD oder nur in der Gewerkschaft oder der SPD waren, angestellt werden.

[61] Vgl. Tabellen 5 und 2.

Tabelle 5: Einbindung der Gewerkschaftsmitglieder in sozialdemokratische Partei und Organisationen 1907

Gewerkschaft	Mitgl.	davon antw.		davon SPD		SPD-Befragung[1]	Abo-Volksblatt		Konsumverein		alle drei Fragen „ja"		„nein"	
		abs.	v.H.	abs.	v.H.		abs.	v.H.	abs.	v.H.	abs.	v.H.	abs.	v.H.
Fabrikarbeiter	3135	1633	52,1	430	26,3	422	1104	67,6	316	19,4	148	9,1	458	28,1
Metallarbeiter	1312	1002	76,4	327	32,6	355	606	60,5	204	20,4	126	12,6	307	30,6
Heizer – Maschinisten	150	118	78,7	34	28,8	29	92	78,0	32	27,1	7	5,9	20	17,0
Transport-Hafenarb.	347	149	42,9	61	40,9	134	106	71,1	37	24,8	25	16,8	37	24,8
Bauarbeiter	444	401	90,3	190	47,4	467	270	67,3	58	14,5	47	11,7	107	26,7
Holzarbeiter	554	389	70,2	191	59,1	192	294	75,6	101	26,0	67	17,2	69	17,7
Textilarbeiter	263	213	81,0	23	10,8	5	48	22,5	8	3,8	–	0,0	153	71,8
Schneider, Schumacher, Sattler, Lederarb.	161	108	67,1	67	62,0	92	88	81,5	35	32,4	29	26,9	15	13,9
Bäcker, Brauer u.ä.	281	91	32,4	35	38,5	49	56	61,5	28	30,8	23	25,3	30	33,0
Buchdrucker, Buchbinder	53	19	35,9	13	68,4	19	16	84,2	12	63,2	12	63,2	4	21,1
sonstige Arbeiter	44	–	–	–	–	19	–	–	–	–	–	–	–	–
Arbeiter insgesamt	6744	4123	61,1	1371	33,3	1783	2680	65,0	831	20,2	484	11,7	1200	29,1
Angestellte	19	5	36,3	5	100	26	5	100	5	100	5	100	–	0,0
Gewerkschaftskartell Harburg	6763	4128	61,0	1376	33,3	1809	2685	65,0	836	20,3	489	11,9	1200	29,1

[1] Zum Vergleich die absoluten Zahlen aus der SPD-Befragung, vgl. Tabelle 4.

Quelle: Jahresbericht des Arbeitersekretariats und Gewerkschaftskartells. Erstattet für das Jahr 1907 (Harburg 1908) 35.

sich an der Gewerkschaftsbefragung zu beteiligen, wogegen jedoch die Erfahrung bei solchen Befragungen spricht. Folgerichtig bieten sich zwei Erklärungen an, die gleichermaßen das von Gewerkschaften und SPD immer verbreitete Selbstbild wie die in der Forschung vertretene Vorstellung in Frage stellen: Entweder waren dann nämlich nicht alle Arbeiter, die der SPD angehörten, auch gewerkschaftlich organisiert, oder aber zahlreiche sogenannte „Arbeiter" in der SPD-Befragung konnten gar keiner Gewerkschaft angehören, weil sie sich nur aus Imagegründen noch als solche bezeichnet hatten. Aus den dargelegten Gründen dürfte in Harburg wohl das letztere zutreffend sein.

In wie starkem Maße SPD und Gewerkschaften alle Lebensbereiche organisierten und Kommunikationsstrukturen aufbauten – und damit wiederum ihre eigene Konsolidierung und Ausbreitung förderten, soll im folgenden noch knapp an einigen Beispielen erläutert werden. Zentrale Bedeutung für die Agitation unter den Mitgliedern und für die Gewinnung neuer Anhänger hatte neben der vielfältigen, dann aber doch punktuell bleibenden Versammlungstätigkeit die kontinuierliche Information nicht nur über Partei- und Gewerkschaftsangelegenheiten, sondern auch über das tägliche Leben, über wirtschaftliche und politische Fragen von nur lokalem Bezug: Und damit sah es in Harburg Anfang der 1890er Jahre vom sozialdemokratischen Standpunkt ausgesprochen schlecht aus. Neben zwei kleineren, in Harburg erscheinenden, aber wohl eher im Landgebiet gelesenen, Konkurrenzblättern gab es für diese tägliche Information nur die seit 1837 bestehenden, seit 1875 täglich erscheinenden, seit 1870 auch als „Amtsblatt" fungierenden „Harburger Anzeigen und Nachrichten", deren politische Linie seit der preußischen Annektion prononciert nationalliberal war und deren Verleger, Georg Lühmann, zunächst als Wortführer im Bürgervorsteherkollegium, von 1904 bis zu seinem Tod 1912 als ehrenamtliches Mitglied im Magistrat der Stadt saß[62]. Der rabiat antisozialistische Tonfall dieser Zeitung – sie hatte 1891 eine Auflage von 4500, 1914 eine von 14000 – mochte die Wahlaussichten der Sozialdemokratie tatsächlich gar nicht so negativ beeinflussen, wie etwas kurzschlüssig vermutet wurde, aber es war natürlich für die Partei überaus störend, daß ihre Mitglieder, wollten sie sich über das Leben in Harburg informieren, allein auf diese Zeitung angewiesen waren[63]. Es waren also die üblichen Gründe, die die Harburger Sozialdemokratie an die Herausgabe einer eigenen Zeitung denken ließen. Bemerkenswert ist jedoch die Art und Weise, wie das Vorhaben verfolgt wurde. Heinrich Baerer, die treibende Kraft, sorgte zunächst einmal dafür, daß schon im Planungsstadium ein fester Abonnentenstamm gewonnen wurde, sodann verzichtete er auf das sonst übliche Verfahren, die Herstellung sofort in einer eigenen Druckerei vorzunehmen, sondern vergab den Druckauftrag an den Inhaber des „Couriers an der Unterelbe" und hielt damit den an-

[62] *Peter Stein*, Die Harburger Tagespresse 1750–1943, in: *Jürgen Ellermeyer* (u.a. Hrsg.), Harburg. Von der Burg zur Industriestadt (Hamburg 1988) 369–382, auch für das Folgende.

[63] Die große Hamburger Parteizeitung, das „Hamburger Echo", berichtete zwar für die nördlich der Elbe gelegenen preußischen Nachbargemeinden wie Altona und Wandsbek noch sehr ausführlich, über Harburg, außer über direkte Partei- und Gewerkschaftsangelegenheiten, jedoch kaum.

fänglichen Kapitalbedarf sehr niedrig; die benötigten 2000 M wurden zu gleichen Teilen von dem Bevollmächtigten des Fabrikarbeiterverbandes, Martens, und Baerer als Vorsitzenden der Wahlkreisorganisation des 17. hann. Wahlkreises sowie dem praktischen Arzt Emil Hirschfeld und Baerers Geschäftspartner, dem Schuhmachermeister Robert Unger, aufgebracht[64]. Als das „Volksblatt für Harburg, Wilhelmsburg und Umgebung" am 1. November 1894 zum ersten Mal erschien, besaß die Zeitung bereits 3300 Abonnenten und konnte damit – bei sparsamster Gestaltung der redaktionellen Ausgaben[65] – ohne Zuschüsse existieren[66]. Das 1897 in eine Offene Handelsgesellschaft (Heinrich Baerer & Co.) umgewandelte Blatt[67] expandierte in den folgenden Jahren kontinuierlich, gab zwei Kopfblätter – seit 1895 das „Lüneburger Volksblatt" und seit 1914 das „Volksblatt für die Unterelbe" in Stade – und zwei Beilagen – die „Neue Welt" und das „Illustrierte Sonntagsblatt" – heraus und erreichte 1907 eine Auflage von 7800 und 1913 von rd. 12000; bei einem jährlichen Abonnementpreis von anfänglich 5,80 M und seit 1905 von 7,80 M war das Blatt auch finanziell ein großer Erfolg, konnte 1904 die eigene Druckerei eröffnen und im November 1912 einen stattlichen Neubau beziehen, in dem auch die Wahlkreisorganisation und der Ortsverein der SPD, das Arbeitersekretariat, die Zentral-Arbeiterbibliothek und die Geschäftsstellen des Gewerkschaftskartells und zahlreicher Einzelgewerkschaften untergebracht waren[68]. Der geschäftliche Erfolg war ebenso beeindruckend wie die Gestaltung der Zeitung, die nicht nur durch übersichtliches Lay-out, sondern auch durch eine ansprechende Aufbereitung politischer, wirtschaftlicher und lokaler Nachrichten

[64] Hundert Jahre sozialdemokratische Partei Deutschlands. SPD – Distrikt Harburg (o.O., o.J. [Harburg 1963]) 20.

[65] Anfangs gab es nur zwei Redakteure, seit 1905/06 drei Redakteure und einen Lokalberichterstatter, vgl. Handbuch für Partei- und Gewerkschaftsangestellte. Hrsg. vom *Vorstande des Vereins Arbeiterpresse,* 1. Jg. (Berlin 1908) 72f.; Handbuch des Vereins Arbeiterpresse, hrsg. vom *Vorstand,* 3. Jg. (Berlin 1914) 106f.

[66] Im Gegensatz zu zahlreichen, auch viel größeren Zeitungen hat das „Volksblatt" vom Parteivorstand weder Darlehen noch verlorene Zuschüsse in Anspruch genommen; lediglich für sein Kopfblatt in Lüneburg erhielt es in den Jahren 1905, 1907 und 1908 sowie 1912 insgesamt 3100 M, vgl. Unsere Betriebe von 1890 bis 1925. Den Geschäftsführern und Pressekommissionen vom Parteivorstand überreicht, Hrsg.: *Sozialdemokratische Partei Deutschlands,* als Manuskript gedruckt (Berlin 1926) 35–51.

[67] StA Hamburg, 430-64 (Amtsgericht Harburg), VII B 316; persönlich haftende Gesellschafter waren zunächst Baerer (1897–1909), der Korbmachermeister Heinrich Hinze (1897–1909) und der Schneidermeister Heinrich Dubber (1897–1925), dann der Geschäftsführer des Fabrikarbeiterverbandes und spätere Senator der Stadt Emil Seidenschnur (1909–1933) und der Geschäftsführer des DMV, frühere Redakteur des Lübecker Volksboten (1896–1905) Berthold Fischer (1909–1920); Geschäftsführer bzw. Prokuristen des Verlages waren (1894) 1897–1906 Carl Weniger, 1899–1900 Heinrich Kaufmann (1875–1928), der als Lehrer entlassen von 1895–1900 auch (leitender) Redakteur der Zeitung war, ehe er 1900 zum Zentralverband deutscher Konsumvereine ging und dort von 1903 bis zu seinem Tod als Sekretär, Geschäftsführer und Vorstandsvorsitzender tätig war, und von 1906–1927 Heinrich Martens (vgl. Anm. 40).

[68] Vgl. Hand- und Adreßbuch der Stadt Harburg für das Jahr 1913 (Harburg 1912) (Großer Schippsee 18).

der bürgerlichen Konkurrenz überlegen war[69]. Hierzu hat zweifelsohne beigetragen, daß es Baerer von Beginn an gelungen ist, sehr kompetente Redakteure[70] und Geschäftsführer zu gewinnen. Aus der verkauften Auflagenhöhe ist ersichtlich, daß die Zeitung im Verbreitungsgebiet nicht nur von eingeschriebenen Partei- und Gewerkschaftsmitgliedern gehalten wurde, sondern offensichtlich auch in bürgerlichen Häusern gelesen wurde[71]. Die üblichen behördlichen Schikanen – hier tat sich besonders der Magistrat hervor, der dauernd wegen der Mißstände in der städtischen Verwaltung und in den städtischen Betrieben anprangernden Berichterstattung Strafanzeigen wegen Beleidigung stellte[72] – konnten die Verbreitung des Blattes nicht behindern, zumal das wirtschaftliche Gewicht der Arbeiterschaft für den Einzelhandel so groß geworden war, daß dieser zunehmend auch im „Volksblatt" inserierte[73].

Die Brechung des Informationsmonopols, das die bürgerlich-nationalliberalen „Harburger Anzeigen und Nachrichten" noch zu Anfang der 1890er Jahre besessen hatten,

[69] Obgleich ein vollständiges Exemplar für die Zeit vor 1914 noch nicht durchgesehen werden konnte, ist dieser Vergleich mit den nationalliberalen „Harburger Anzeigen und Nachrichten" doch möglich, da sich in den Magistratsakten zahlreiche Einzelnummern des „Volksblatts" finden.

[70] Neben dem schon erwähnten Heinrich Kaufmann (vgl. Anm. 67) u.a. von 1894–1898 Karl Thiel (1860–1924), von 1898–1902 Julian Borchardt, von 1902–1904 Otto Rühle (1874–1943), seit 1904 Ernst Schubert und Karl Zielke, die das Blatt bis in die zwanziger Jahre leiteten.

[71] Die Befragungen der Gewerkschaften und der SPD (Quellen, vgl. Tabellen 2–5) weisen deutlich darauf hin, daß höchstens 60 v.H. der verkauften Auflage von deren Mitgliedern abgenommen wurden.

[72] Vgl. die Fallsammlung von Strafanzeigen des Magistrats gegen das „Volksblatt" in: StA Hamburg 430-4 (Magistrat Harburg), II D 1–44; *Heinrich Kaufmann,* Die Gründung des Volksblatts, in: „Volksblatt für Harburg ..." 25. Jg., Nr. 256 (1.11.1919).

[73] Das Regierungspräsidium in Lüneburg beobachtete vor allen Dingen die Inserate im „Volksblatt" sehr genau und reagierte stets scharf darauf, wenn Behörden oder Firmen dort inserierten. So beschwerte es sich 1899 beim Magistrat, daß dieser die Einschulungstermine im „Volksblatt" anzeige, mußte sich freilich vom Magistrat belehren lassen, daß die städtischen Behörden natürlich nicht dort inserierten, sondern das „Volksblatt" – und das war im Sinne einer umfassenden Information der angestrebten Leserschaft nur folgerichtig – schlicht alle amtlichen Bekanntmachungen nachdruckte und dem leider weder mit dem Urheberrechtsgesetz noch mit dem Gesetz über den unlauteren Wettbewerb beizukommen sei (StA Hamburg, 430-4 [Magistrat Harburg], II D 1–56, Reg. Lüneburg, 14.1.1899; Magistrat an Reg. Lüneburg, 23.1.1899); 1911 freilich mußte der Magistrat auf einen Erlaß des Ministeriums des Innern, in dem angefragt wurde, ob „Inhaber und Leiter größerer kommerzieller und industrieller Unternehmungen dadurch der Sozialdemokratie indirekt Vorschub leisten, daß sie ... auch in sozialdemokratischen Zeitungen Inserate veröffentlichen", melden, daß „die beiden hiesigen Warenhäuser ..., die übrigens fast ausschließlich auf die Kundschaft aus Arbeiterkreisen angewiesen sind, das hiesige „Volksblatt" zu Inseraten benutzen" (ebda., XVI D 5c–4, Erlaß des MdI/des Reg.Präs. Lüneburg 13.4./4.5.1911; OB Harburg an Reg.Präs. Lüneburg, 6.5.1911); eine Durchsicht der verstreuten Einzelexemplare des „Volksblatts" zeigt, daß nicht nur Warenhäuser, sondern ein großer Teil des Einzelhandels auf das „Volksblatt" zurückgriff.

und seine Ersetzung bei den eigenen Anhängern durch ein solches des „Volksblatts"[74] vollzog sich parallel zur Eroberung des schon 1863 gegründeten Harburger Konsumvereins durch die Sozialdemokratie. Bei dieser Selbsthilfeorganisation – ursprünglich von Beamten und Kleinbürgern gegründet und stets in einer schwierigen Situation, da die Nationalliberalen in Harburg auf der einen Seite solche Selbsthilfeorganisationen nicht abwürgen wollten und konnten, wenn sie nicht ihren Rückhalt in diesen Schichten verlieren wollten, auf der anderen Seite sie aber auch nicht fördern konnten und wollten, da der mächtige Einzelhandel sich ununterbrochen über die Konkurrenz des Konsumvereins beschwerte[75] – ging die Sozialdemokratie nicht den Weg über die Gründung eines eigenen, neuen Vereins, sondern den der Unterwanderung des bestehenden Konsumvereins. Seit den frühen 1890er Jahren propagierte sie unter ihren Mitgliedern und Anhängern den Beitritt und vollzog dann in den späten 1890er Jahren fast lautlos die Machtübernahme – es wurden bei den Wahlen auf den Generalversammlungen seit 1896 zunächst ein Vorstandsmitglied, dann ein zweites, dann erst ein, schließlich weitere Aufsichtsratsmitglieder und sogenannte Lagerhalter (d.h. die Verkaufsstellenleiter) durch Sozialdemokraten ersetzt, 1898 neben den „Harburger Anzeigen und Nachrichten" das „Volksblatt" als Publikationsorgan bestimmt, und schließlich wurde auf den Generalversammlungen 1900 und 1901 dieser Prozeß abgeschlossen: Der gesamte Vorstand, der Aufsichtsrat und sämtliche Lagerhalter waren nun Sozialdemokraten, die „Harburger Anzeigen und Nachrichten" als Publikationsorgan ausgeschlossen und durch den „Wochenbericht der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine" ersetzt[76]. Als dieser Prozeß vollendet, der Konsumverein tatsächlich in der Hand der Sozialdemokratie war, reagierten der Regierungspräsident und der Magistrat in der üblichen Weise: Sämtliche Beamten von Reich, Staat und Kommune (einschließlich der sogenannten mittelbaren Staatsbeamten wie der Lehrer) wurden zum Austritt gezwungen[77], der „Wirtschaftliche Schutzverband zu Harburg" –

[74] Beim Fabrikarbeiterverband hatten 1913 von 4157 Mitgliedern (bei 3558 Antwortenden):

ein Abonnement des „Volksblatts"	2131 =	92,5 v.H.
ein Abonnement anderer Parteiblätter	34 =	1,5 v.H.
ein Abonnement der „Harburger Anzeigen ..."	106 =	4,6 v.H.
ein Abonnement anderer bürgerl. Ztg.	33 =	1,4 v.H.
ein Abonnement insgesamt	2304 =	100 v.H.

Quelle: Vgl. Tabelle 2.

[75] Diese Klagen ziehen sich durch die Jahresberichte der Handelskammer zu Harburg, die allerdings auch weiterhin die Bilanzen und Mitgliederbewegungen des Konsumvereins veröffentlichten.

[76] StA Hamburg, 430-64 (Amtsgericht Harburg), VIII B 1 Bd. 3 u. 4; Protokolle der ordentlichen und außerordentlichen Generalversammlungen 1889 ff.

[77] StA Hamburg, 430-4 (Magistrat Harburg), XVI D 1a–5, Erlaß des Reg.Präs. Lüneburg an OB Denicke, 25.4.1901; Bericht Denicke, 3.5.1901; Erlaß des Reg.Präs. Lüneburg, 5.6.1901; Bericht Denicke, 13.6.1901. Nach dem von Denicke eingereichten Verzeichnis gehörten dem Konsumverein unter rd. 2200 Genossen noch 32 aktive Beamte (z.T. seit Jahrzehnten) an, die nun zum Austritt gezwungen wurden, während über die inaktiven Beamten und die Lehrer nur gemeldet wurde, daß „eine Anzahl" von ihnen Genossen sei. Eine Gegenprüfung mit dem fortgeschriebenen Genossenverzeichnis (StA Hamburg, 430-64 (Amtsgericht Harburg) VIII B 1, Bd. 1) zeigt freilich eine Reihe von Unstimmigkeiten, die sich aber nicht aufklären lassen.

eine Organisation von Kleinhändlern, Handwerken und Kleinindustriellen – versuchte unter seiner Klientel eine Austrittswelle herbeizuführen[78], tatsächlich aber blieb er ohne großen Erfolg, denn der Konsumverein florierte, wuchs in den folgenden Jahren – auch durch den Bau einer eigenen Großbäckerei[79] – kontinuierlich und entwickelte sich zu dem umsatzstärksten Einzelhandelsgeschäft der Stadt mit zuletzt zwölf Filialen[80]. Der wirtschaftliche Erfolg war für die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften sicherlich nicht unwichtig, und sie versuchten ihn noch dadurch zu fördern, daß sie ihren Mitgliedern nahelegten, im Konsumverein Genosse zu werden[81], und ebenso sicher hatten die Beschäftigungsmöglichkeiten, die der Konsumverein eigenen Parteigenossen bot, einige Bedeutung, aber vielleicht am wichtigsten war ein anderer Aspekt: Im Konsumverein, in dem das kleinbürgerliche Element – besonders Handwerksmeister und zunehmend auch Angestellte der Privatwirtschaft – ja weiterhin stark vertreten war[82], kam es in einem praktischen Lebensbereich zu vielfältigen Begegnungen zwischen sozialdemokratisch orientierten und der SPD eher fremd gegenüberstehenden Menschen mit der offensichtlich auch wahrgenommenen Chance, über gemeinsame wirtschaftliche Interessen auch gegenseitig bestehende politisch-soziale Vorbehalte abzubauen.

Dies wurde zweifelsohne auch durch die Tätigkeit des Arbeitersekretariats in Harburg erreicht, obgleich diese Institution in erster Linie praktische Hilfe – insbesondere in allen Angelegenheiten der immer komplizierter werdenden Sozialgesetzgebung – für die Mitglieder des Gewerkschaftskartells leistete. Schon 1898 hatte die Kartellführung den Beschluß zur Errichtung eines Arbeitersekretariats gefaßt, ihn aber wegen der auftretenden Finanzierungsschwierigkeiten zurückstellen müssen und dann im August 1901 nach einer Urabstimmung unter den Gewerkschaften, die mit 3940 zu 525 Stimmen wunschgemäß ausgefallen war, die Finanzierungsfrage geklärt, so daß im April 1902 der 1. Arbeitersekretär, Andreas Müller, berufen und im Jahre 1909 ein

[78] StA Hamburg, 430-64 (Amtsgericht Harburg), VIII B 1, Bd. 4, „Wirtschaftlicher Schutzverband" an Amtsgerichtsschreiberei, 11.7.1901; dieser behauptete, neben neun namentlich genannten Personen hätten noch weitere 200 Genossen ihren Austritt erklärt, was durch eine Aufzeichnung der Amtsgerichtsschreiberei v. 26.9.1901 (254 Austritte) bestätigt wird. Das Problem ist nur, daß diese Austrittszahl – wie die Bilanzen des Konsumvereins seit 1890 zeigen (vgl. Jahresberichte der Handelskammer zu Harburg, 1890 ff.) – berechnet auf die jährliche durchschnittliche Genossenzahl überhaupt nicht ungewöhnlich ist und daß vielmehr die Zahl von 539 Neuzugängen (darunter auch zahlreiche Selbständige) das Außergewöhnliche darstellt.

[79] Im Geschäftsjahr 1907/08 wurde die neue Großbäckerei mit einem Aufwand von rd. 187 000 M errichtet und bereits 1909/10 mit einem Aufwand von weiteren fast 100 000 M erweitert, vgl. Bilanzberichte in: Jahresberichte der Handelskammer 1907–1910 (Harburg 1908–1911).

[80] Bilanzsumme 1913 rd. 758 000 M (Eigenkapital 122 000 M, Anteile der Genossen 424 000 M, Hypotheken 124 000 M, sonstige Fremdmittel 45 800 M; Reingewinn 42 200 M); Umsatz rd. 1,2 Mill. M; Genossen am 1.10.1913: 4943 (nach 2059 am 1.10.1900 und 1198 am 1.10.1890).

[81] Vgl. die Bemerkungen in den Jahresberichten des Arbeitersekretariats und Gewerkschaftskartells sowie der Einzelgewerkschaften (genaue Angaben vgl. Quellen zu Tabellen 2–5).

[82] Vgl. StA Hamburg, 430-64 (Amtsgericht Harburg), VIII B 1, Bd. 1 (Liste der Genossen des Konsumvereins).

zweiter Sekretär[83] eingestellt werden konnte[84]. Die außerordentlich starke Beanspruchung des Sekretariats – die Zahl der Besuche stieg von rd. 4800 im ersten vollen Geschäftsjahr 1903 auf über 10200 im Jahre 1913 – und die Ausweitung seiner Geschäftstätigkeit auf alle Rechtsfragen, die dabei anfallende Arbeit schlug sich 1913 in fast 2500 Schriftsätzen nieder, zeigen sehr deutlich, in wie starkem Maße diese Selbsthilfeorganisation objektiven Bedürfnissen der Arbeiterschaft entgegenkam, wie sehr hier die Gewerkschaften mit ihren eigenen Mitteln Leistungen erbrachten, die eigentlich Stadt, Staat und Versicherungen von sich aus hätten zur Verfügung stellen müssen, aber das ist nur die eine Seite der Wirksamkeit des Arbeitersekretariats: Von Beginn an leistete es offensichtlich auch Reparaturarbeit innerhalb von Arbeiterfamilien, wie die hohe Zahl der ratsuchenden Ehefrauen (ihr Anteil lag stets über 10 v.H.) andeutet, und es stellte Verbindungen her zu Unorganisierten, zu Behörden und nicht zuletzt zu Arbeitgebern, die in verhältnismäßig großer Zahl – zwischen 5 und 10 v.H. aller Auskunftsuchenden waren Handwerker und Kleinhändler – auch eine Beratung durch diese gewerkschaftliche Einrichtung wünschten. Damit trug auch das Arbeitersekretariat zur Überbrückung von Gegensätzen zwischen Arbeiterschaft und Bürgertum bei und erhöhte sicherlich bei letzterem die Bereitschaft zur Zusammenarbeit.

Daß trotz vieler Berührungspunkte über die Klassengrenzen hinweg die organisierte Arbeiterschaft Harburgs sich in gewissem Umfang eine eigene Lebenswelt schuf und – sollten ihre kulturellen, gesellschaftlichen und Freizeitbedürfnisse angemessen befriedigt werden – auch schaffen mußte, ist ebenso unverkennbar, da die Stadt weder für Bibliotheken noch für Sport- und Spielplätze, die z.B. auch den Arbeitersportvereinen zugänglich gewesen wären, Geld auszugeben bereit war. Die Art und Weise, wie dies im Jahre 1911 geschah, ist wiederum bemerkenswerter Ausdruck von Selbstbewußtsein, organisatorischer und finanzieller Stärke der Harburger Gewerkschaften und SPD. Sie gründeten mit einem eingezahlten Kapital von 43000 M eine „Sport- und Spielplatz Volkswohl GmbH", an der sämtliche Einzelgewerkschaften, das Kartell, das „Volksblatt" und die Parteiorganisation beteiligt waren[85], und erwarben ein Grundstück von rd. 100000 m², auf dem sie einmal etwa 250 Schrebergärten, zum andern eine Gaststätte mit Sälen für 500–600 Personen, ein Festzelt für mehrere Tausend Besucher und mehrere Spiel- und Sportplätze sowie eine Turnhalle errichteten[86]. Vom Regierungspräsidenten zur Berichterstattung aufgefordert, betonten die städtischen

[83] Zu Müller, der 1903, 1908 und 1913 sozialdemokratischer Kandidat bei den Wahlen zum Preußischen Abgeordnetenhaus war, vgl. o. Anm. 2; zweiter Sekretär war von 1909–1912 Friedrich Langhorst und ab 1912 Otto Günter (1877–?), der bereits von 1907–1910 in Jena Arbeitersekretär, dann Redakteur des Braunschweiger „Volksfreund" gewesen war (Handbuch des Vereins Arbeiterpresse, hrsg. vom *Vorstand des Vereins*, Jg. 3 (1914) 424–426).

[84] Vgl. 1. Bericht des Arbeitersekretariats und Gewerkschaftskartells Harburg für das Jahr 1903 (Harburg 1904) 1.f. sowie die im Quellenverzeichnis zu Tabelle 3 aufgeführten weiteren Tätigkeitsberichte; auch für das Folgende.

[85] StA Hamburg, 430-64 (Amtsgericht Harburg), VII C 90, Gesellschaftsvertrag vom 8.11.1911/17.2.1913.

[86] StA Hamburg, 430-4 (Magistrat Harburg), XVI 5 Dc–3, Berichte der Polizeidirektion Harburg und des OB Harburg an Reg.Präs. Lüneburg, 28.8.1912/24.9.1912; a.f. das Folgende.

Behörden, daß man dem Verein schlechterdings nicht die Schankerlaubnis (die ohnehin nicht für hochprozentige Alkholika beantragt worden war) habe verweigern können, zumal der Verein für kinderreiche Familien die Möglichkeit zu Ausflügen biete, die es sonst in Harburg nicht gebe. Indirekt gaben die städtischen Behörden damit selber zu, daß die „Volkswohl" elementare Bedürfnisse der Arbeiterschaft befriedigte, was wiederum den Regierungspräsidenten zu der giftigen, aber völlig zutreffenden Bemerkung veranlaßte: „Es kann nicht verkannt werden, daß die Schaffung eines Volksparks in der Art des „Volkswohls" dem Bedürfnisse der arbeitenden Bevölkerung nach Erholung in weitem Maße gerecht wird. Bedauerlich ist es aber, daß es der Sozialdemokratie und den ihr nahestehenden Gewerkschaften vorbehalten geblieben ist, ein derartiges Unternehmen ins Leben zu rufen, das nicht nur mittelbar die Massen der dortigen Arbeiterschaft enger an die sozialdemokratische Partei fesseln soll, sondern auch für unmittelbare Parteizwecke (Versammlungen, Sommerfeste, Maifeiern usw.) und damit dem politischen Klassenkampf dienen wird. Es hätten sich m.E. Mittel und Wege finden lassen müssen, Anlagen der nunmehr geschaffenen Art auf andere Weise, etwa von der Stadtverwaltung aus mit Unterstützung der beteiligten industriellen Kreise, in Angriff zu nehmen"[87].

Denn selbstverständlich hatte erst die Untätigkeit der städtischen Behörden jene Situation geschaffen, in der Sozialdemokratie und Gewerkschaften sich aus dem Gefühl der Stärke heraus zum Handeln entschlossen – und damit einmal mehr zeigten, daß sie sich völlig unabhängig von den Entscheidungen der politischen Gremien und der Verwaltung der Stadt ihre Lebenswelt zu gestalten imstande waren.

5. Wahlen und Wählerentscheidung in Harburg 1871–1913

5.1 Wahlberechtigung und Wahlbeteiligung

An den Wahlen zum Reichstag in Harburg beteiligten sich die SPD bzw. ihre Vorläufer ADAV und SDAP von der Wahl zum konstituierenden Reichstag des Norddeutschen Bundes 1867 an; seit 1903 griff sie auch in die Wahlen zum Preußischen Abgeordnetenhaus ein[88]; an den Wahlen zum Bürgervorsteherkollegium hat sie dagegen mit Ausnahme der Wahlen 1910 und 1913 in dem eingemeindeten Eissendorf, das einen Sonderfall darstellt[89], niemals teilgenommen. Diese zeitlichen Versetzungen in der Beteiligung an den politischen Wahlen bzw. die dauernde Nichtteilnahme spie-

[87] Ebda., Erlaß des Reg.Präs. an OB Harburg, 6.10.1912.

[88] Die Wahlkreisorganisation des 17. hann. Wahlkreises (Harburg) gehörte mit zu den frühen entschiedenen Befürwortern einer Beteiligung an den preußischen Wahlen, vgl. Protokoll über die Verhandlungen des Sozialdemokratischen Parteitags zu Hamburg 1897 (Berlin 1897), Antrag Nr. 47.

[89] Durch den Eingemeindungsvertrag vom 11./12. Februar 1909 (§§ 3, 4) bildete Eissendorf einen eigenen Bürgervorsteherwahlbezirk mit 3 Bürgervorstehern, obgleich es nur rd. 3500 Einwohner hatte und die anderen 7 Wahlbezirke der Stadt durchschnittlich mehr als 9000 Einwohner zählten, und alle Einwohner, die ein Wohnhaus oder ein Grundstück von mehr als 0,5 ha besaßen, erhielten unentgeltlich das Bürgerrecht der Stadt verliehen, StA Hamburg, 430-13 (Polizeidirektion Harburg), A 3.

geln die unterschiedlichen rechtlichen Voraussetzungen für politische Partizipation exakt wider: Das gleiche, direkte und geheime Reichstagswahlrecht ermöglichte eine Beteiligung für die Sozialdemokratie von Beginn an, da direkte Repressalien gegen ihre Wähler kaum möglich waren und daher auch keine besonders starken Partei- oder Gewerkschaftsorganisationen zum Schutz der Anhänger notwendig waren. Das ungleiche, indirekte und öffentliche Wahlrecht zum Preußischen Abgeordnetenhaus machte – einmal ganz abgesehen von der Frage, welche Chancen die Sozialdemokratie unter solchen Bedingungen haben konnte – jede Beteiligung zu einem risikoreichen Vabanquespiel für die Partei selber wie für ihre potentiellen Wähler. Konnte die Sozialdemokratie ihre Anhänger, deren Stärke sie ja aus den Reichstagswahlergebnissen einigermaßen genau ablesen konnte, nicht mobilisieren und mit einer einigermaßen überzeugenden Wahlbeteiligung aufwarten, stand sie als blamiert da; und konnte sie diejenigen ihrer Anhänger, die das Risiko eines öffentlichen Bekenntnisses zur Sozialdemokratie auf sich genommen hatten, dann noch nicht einmal gegen Repressalien von Arbeitgebern und Behörden schützen, konnte eine Beteiligung an den preußischen Wahlen zu einem Fiasko werden. Ohne gefestigte parteipolitische und gewerkschaftliche Organisation, die den eigenen Anhängern in solchen Situationen Rückhalt zu geben imstande war, ließ sich ein solches Risiko nicht eingehen. Daneben stellte sich stets die Frage, wie aussichtsreich konnte eine Beteiligung unter dem Dreiklassenwahlrecht eigentlich sein. Wie in allen Städten bedeuteten hier die preußischen Steuerreformen von 1891 eine Zäsur für Harburg, weil nun die Bildung der drei Klassen nicht mehr über das Gebiet der ganzen Stadt, sondern in den Urwahlbezirken (mit 750 bis 1500 Einwohner) erfolgen mußte und dadurch – ebenso wirkte dann auch die Berechnung von theoretischen 3 M Einkommensteuer für alle, an sich steuerbefreiten, über 24jährigen Männer – der Anteil der Wahlberechtigten in der 1. und 2. Klasse signifikant erhöht wurde. Mit diesen Veränderungen war eine Beteiligung aber nicht mehr von vornherein aussichtslos, sondern es ergab sich die Chance, wenigstens in einigen Urwahlbezirken auch in der zweiten Klasse und bisweilen sogar in der ersten Klasse sozialdemokratische Wahlmänner durchzubringen. Bei den Wahlen zum Bürgervorsteherkollegium bildete in Hannover nicht wie in anderen preußischen Provinzen ein Dreiklassenwahlrecht die Hürde; das Wahlrecht war vielmehr gleich, direkt und – vom Wähler zu entscheiden – geheim oder öffentlich, sondern die unerschwinglich hohen Abgaben für die Gewinnung und Erhaltung des Bürgerrechts, die es praktisch ausschlossen, daß die Partei genügend ihrer Anhänger zum Erwerb des Bürgerrechts bewegen konnte, um sich dann mit einigen Erfolgsaussichten an den Wahlen zu beteiligen[90].

Die Wirkungen der unterschiedlichen rechtlichen Voraussetzungen für politische Partizipation bei den Wahlen zum Reichstag, zum Preußischen Abgeordnetenhaus und zum Bürgervorsteherkollegium in Harburg sind in Tabelle 6 dargestellt[91]. Bei der Interpretation der Daten muß jedoch folgendes beachtet werden: Von Anfang an hat die städtische Verwaltung die Wahlberechtigung für Reichstags- und Bürgervorsteher-

[90] Vgl. dazu o. S. 268 f.
[91] S. u. S. 292.

Tabelle 6: Vergleich der politischen Partizipationsberechtigung in der Stadt Harburg bei den Wahlen zum Reichstag (RT), zum Preußischen Abgeordnetenhaus (PAH) und zum Bürgervorsteherkollegium (BVK)

Wahltermine			Wahlberechtigte absolut				Index RT = 100			
RT	PAH	BVK	RT	PAH	davon 1. u. 2. Kl.	BVK	RT	PAH insges.	PAH 1. u. 2. Kl.	BVK
1871	1870	1871/73	3118	•[1]	•[1]	1063	100	•[1]	•[1]	34,1
1878	1879	1881/83	4039	(4380)	503	1013	100	(108,4)	12,5	25,1
1884	1885	1883/85	4463	5144	539	1097	100	115,3	12,1	24,6
1887	1888	1887/89	5084	5793	616	(1150)	100	114,0	12,1	(22,6)
1893	1893	1893	8518	7740	733	1217	100	90,9	8,6	14,3
1898	1898	1897/99	10104	8464	1123	1335	100	83,8	11,1	13,2
1903	1903	1903/05	10603	9724	1481	1582	100	91,7	14,0	14,9
1907	1908	1907/09	12308	10703	1857	1725	100	86,9	15,1	14,0
1912	1913	1911/13	15215	13516[2]	3132	2055	100	88,8	20,6	13,5

[1] Einigermaßen zuverlässige Daten ließen sich für die Abgeordnetenhauswahlen 1870 bisher nicht ermitteln.

[2] Korrigierte Zahl, bei *Witt,* Kommunalpolitik, 225, irrtümlich: 14365.

Quellen: StA Hamburg, 430-4 (Magistrat Harburg), II E 2–3, Bd. I–III, II E 2–4 bis 32; III A 2a–1; III A 2b–1 bis 48; III B 6a–1; III B 6b–1 bis 37.

wahlen aufs Penibelste überprüft, gewöhnlich wurden bei jeder Wahl viele hunderte von Überstunden der Beamten von Armen- und Steuerbüro aufgewandt, um in die nach Straßen und Hausnummern aufgestellten Wahlberechtigtenverzeichnisse gar nicht erst solche Personen aufzunehmen, die zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt waren oder über deren Vermögen das Konkursverfahren eröffnet war, die entmündigt waren oder Armenunterstützung bezogen oder die nicht die vorgeschriebene Mindestsumme an städtischen Steuern (bei den Bürgervorsteherwahlen) entrichtet hatten[92]. Diese im vorab ausgeschlossenen Personen können zahlenmäßig bei den meisten Wahlen nicht beziffert werden, weil diese Akten vom Armen- und Steuerbüro nicht mehr zur Verfügung stehen. Die nach Aufstellung der Verzeichnisse noch gestrichenen Wahlberechtigten stehen dagegen zahlenmäßig fest[93], nur sind diese Daten nicht besonders aussagekräftig. Interessanter ist, daß in den 1870er Jahren, als der nationalliberale Oberbürgermeister Grumbrecht im 17. hann. Wahlkreis kandidierte, bei der Erfassung der Reichstagswahlberechtigten planmäßig Arbeiter in

[92] Auf Einzelbelege für diese Vorgänge muß verzichtet werden: Gewöhnlich enthalten die Wahlakten (vgl. Quellenangabe zu Tabelle 6): a) die Aufstellungen über die geleisteten Überstunden der Beamten im Armen- und im Steuerbüro; b) die Verzeichnisse des Amtsgerichts über Personen, die entmündigt waren oder über deren Vermögen das Konkursverfahren eröffnet war; c) das Verzeichnis der Polizeidirektion über die zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte Verurteilten.

[93] Die Wählerverzeichnisse für die RT-Wahlen von 1887 bis 1912 wurden auf diese Frage durchgeprüft: Damals wurden nachträglich gestrichen wegen:

den Listen vergessen wurden[94]. Bei den preußischen Wahlen herrschte bis zur Wahl 1890 ein ganz anderes System vor: Diejenigen Personen, die die ersten beiden Steuerdrittel aufbrachten, wurden genau ermittelt, dann aber scheinen praktisch alle übrigbleibenden über 24jährigen Männer schlicht als wahlberechtigt in der 3. Klasse angesehen worden zu sein; d.h., es wurde weder überprüft, ob die Voraussetzung der preußischen Staatsbürgerschaft und der sechsmonatigen Anwesenheit in Harburg gegeben war, ob Armenunterstützung gezahlt worden oder das Konkursverfahren eröffnet war – auch die Anfragen nach Entmündigung oder Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte beim Amtsgericht wie bei den Reichstags- und Bürgervorsteherkollegiumswahlen entfielen. Erst ab 1893 und noch schärfer ab 1898, als nun auch Harburg die Klassen nicht mehr über die Gemeinde, sondern in den Urwahlbezirken bildete, wurde bei den preußischen Wahlen genauso penibel verfahren. Die Wirkungen zeigten sich sofort: Hatten in den 1870er und 1880er Jahren nach den beschriebenen Methoden mehr Männer das Wahlrecht zum Preußischen Abgeordnetenhaus als zum Reichstag besessen, drehte sich das Verhältnis jetzt dramatisch um, nur noch maximal 91 v.H. und minimal 84 v.H. der Reichstagswahlberechtigten durften auch in Preußen wählen. Verglichen mit den Verhältniszahlen für die Wahlen zum Bürgervorsteherkollegium, wo sich seit den 1890er Jahren nur noch zwischen 13 und 15 v.H. der Reichstagswahlberechtigten beteiligen konnten, waren die Partizipationschancen bei den Abgeordnetenhauswahlen allerdings noch sehr hoch – und vielleicht am bemerkenswertesten ist, daß es bei den beiden letzten Wahlen 1908 und 1913 deutlich mehr Wahlberechtigte in der 1. und 2. Klasse gab als für das Bürgervorsteherkollegium. Ob das sich darin ausdrückende Aufrücken vieler Nichtbürger der Stadt in höhere Einkom-

	1887	1890	1893	1898	1903	1907	1912
Armenunterstützung	25	23	37	38	41	80	30
Verlust d. bürg. Ehrenrechte	–	–	–	13	27	48	182
Konkursverfahren	1	–	–	2	8	7	6
Entmündigung	–	–	–	2	16	17	24
dazu die Insassen d. städt. Armenarbeitshauses	–	–	–	56	57	56	61
Sa.	26	23	37	111	149	208	303
Nachträgl. aufgrund v. Beschwerden eingetragene Wahlberechtigte	51	155	137	323	116	231	187

Quelle: StA Hamburg, 430-4 (Magistrat Harburg), III A 2b–13 bis 48.

[94] Der eklatanteste Fall von offenem Betrug bei der Feststellung der Wahlberechtigten ereignete sich bei der Wahl 1874; da sich hier auch bei der Stimmenauszählung in der Stadt die Unregelmäßigkeiten gehäuft hatten (1030 Stimmzettel, auf denen nur der Name des sozialdemokratischen Kandidaten Carl Finn, nicht auch seine Berliner Wohnanschrift angegeben war, wurden als „ungültig" erklärt, da sich angeblich der vom Wähler gemeinte Bewerber nicht eindeutig identifizieren ließ), wurde neben der Untersuchung der Vorkommnisse im Reichstag (vgl. Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags, Bd. 31, 285–287 (11.3.1874)) auch eine des Landdrosten (Reg.Präs.) in Lüneburg eingeleitet. Dabei mußte der Magistrat eine vorsätzlich unvollständige Erfassung der Wahlberechtigten aus Arbeiterkreisen zugeben (StA Hamburg, 430-4 (Magistrat Harburg), III A 26b–3, Bericht des Magistrats, 19.5.1874).

mensklassen[95] nicht auch bald in einem verstärkten Erwerb des Bürgerrechts durch Arbeiter und Angestellte und damit auch in einer allgemeinen Teilnahme der Sozialdemokratie an den Bürgervorsteherwahlen umgesetzt hätte, muß freilich offen bleiben; denn bei den Bürgervorsteherwahlen war eine zusätzliche Abstützung der nationalliberalen Herrschaft von den städtischen Behörden eingebaut worden: Wahlbezirksgeometrie und ganz unterschiedlich große Zahlen von Wahlberechtigten in den einzelnen Bezirken sorgten dafür, daß eine Minorität der Wahlberechtigten die Majorität der Bürgervorsteher wählen konnte. Und bei den preußischen Abgeordnetenhauswahlen wurde bei der Zuschneidung der Urwahlbezirke ebenfalls offene Manipulation betrieben[96].

Bei so unterschiedlichen Möglichkeiten zur politischen Partizipation war es nicht verwunderlich, daß generell die Wahlbeteiligung bei den Reichstagswahlen am höchsten, bei den preußischen Landtagswahlen bis zur Teilnahme der SPD am niedrigsten war und sich bei den Bürgervorsteherwahlen erratische Schwankungen einstellten, wobei in der Regel die Wahlbeteiligung besonders niedrig bei einem hohen Anteil öffentlicher Stimmabgabe war[97]. Insgesamt lag die Wahlbeteiligung bei den Reichstagswahlen in Harburg stets erheblich über den Ziffern für den Gesamtwahlkreis, die Provinz Hannover und das Deutsche Reich und, wenn sich die Unterschiede auch allmählich abschliffen – im Wahlkreis betrugen sie 1907 und 1912 nur noch um 4–5 v.H., in der Provinz nur noch 8–9 v.H. und im Reich 10 v.H. –[98], signifikant blieb der Unterschied doch, und er läßt sich auch nicht einfach damit erklären, daß zwischen hoher Wahlbeteiligung und hohen Stimmanteilen der Sozialdemokratie gewöhnlich eine positive Korrelation bestand. Das wird im Harburger Fall schon bei einem Vergleich von Wahlbeteiligungsziffern und SPD-Stimmanteilen für die Stadt und den Restwahlkreis eindeutig widerlegt[99]. Vielmehr scheint seit den Wahlen von 1890, die zum Desaster für die vereinigten bürgerlichen Parteien und zum Triumph der ja offi-

[95] In der Stadt Harburg gab es Einkommensteuerpflichtige (natürliche Personen)

mit Einkommen von	1893 abs.	v.H.	1903 abs.	v.H.	1913 abs.	v.H.
900– 3000 M	4281	87,5	10124	91,7	18369	90,1
3000– 6000 M	407	8,3	621	5,6	1516	7,4
6000– 9500 M	101	2,1	154	1,4	212	1,0
9500– 30500 M	74	1,5	102	0,9	216	1,1
30500–100000 M	25	0,5	30	0,3	54	0,3
über 100000 M	3	0,1	11	0,1	16	0,1
	4891	100	11042	100	20383	100

Quelle: StA Hamburg, 430-4 (Magistrat Harburg), IV F1a–50, 51, 53.

[96] *Witt,* Kommunalpolitik, 224–227.

[97] Vgl. Tabellen 7 und 8, S. 296.

[98] Vgl. *Gerhard A. Ritter* unter Mitarbeit von *Merith Niehuss,* Wahlgeschichtliches Arbeitsbuch. Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1871–1918 (München 1980) 38–43, 76. Zur Wahlbeteiligung im 17. hann. Wahlkreis – ohne die Stadt Harburg – vgl. Tabelle 13.

[99] Tabelle 13, S. 306.

ziell immer noch verbotenen Sozialdemokratie geworden waren, „Flagge zeigen" bei Bürgerlichen wie SPD eine hohe Mobilisierung der Wählerschaft ermöglicht zu haben: bei der SPD, die Absicht zu zeigen, daß, wenn auch der Wahlkreis wegen seiner ganz anders stimmenden Landgebiete nicht zu erobern war, doch die Stadt „rot" war, bei den bürgerlichen Parteien der Wunsch, genau diese unbestreibare Tatsache zu bestreiten[100].

Die Beteiligung bei den Wahlen zum Preußischen Abgeordnetenhaus zeigt eine besonders signifikante Entwicklung: Bis zum Jahre 1893 hatte sie, auch weil in dem Wahlkreis Harburg Stadt und Land stets nur nationalliberale Bewerber aufgetreten waren, in der Regel unter 10 v.H. betragen[101], 1898 lag sie bei gut 11 v.H. und stieg erst 1903 zunächst auf 37 v.H., 1908 und 1912 dann auf mehr als 50 v.H. und übertraf damit auch deutlich die Ziffern in der Provinz und im Staat[102]. Die Erklärung hierfür läßt sich leicht finden: Von mageren 8,4 v.H. im Jahre 1898 wuchs die Wahlbeteiligung seit 1903, als die SPD einen Kandidaten aufstellte, bis 1913 in der 3. Klasse auf 58 v.H. – und lag damit signifikant höher als in der 2. und 1. Klasse, zumal der Magistrat es auch nicht mehr wagte, Terminwahl während der Arbeitszeit vorzuschreiben. In seinen etwas weinerlichen Berichten machte Oberbürgermeister Denicke völlig zurecht die öffentliche Stimmabgabe als Ursache für diese, die nationalliberale Vorherrschaft in der Stadt auch bei den preußischen Wahlen beendende Entwicklung aus[103]. Eine so fest gefügte und zahlenmäßig starke Organisation, wie es die Harburger SPD damals schon war, konnte eben in jedem Wahllokal Beobachter postieren, die genauestens registrierten, für wen jeder Wähler seine Stimme abgab – und das hatte Folgen: Händler und Handwerksmeister, aber auch Lehrer und Beamte blieben in Scharen den Wahllokalen fern, zahlreiche, von der Verwaltung als Wahlvorsteher auserkorene Wahlberechtigte der 1. und 2. Klasse hatten plötzlich dringende Geschäfte zu erledigen oder mußten sich wegen ihres angegriffenen Gesundheitszustandes ins Bad zurückziehen, und solche Personen, die sich nicht vor dem Amt drücken wollten, hatten nun bei der von ihnen vorzunehmenden Ernennung der Wahlbeisitzer unüberwindliche Schwierigkeiten, so daß dem Magistrat nichts anderes übrigblieb, als städtische Be-

[100] Erschlossen aus den in den Wahlakten abgelegten Zeitungsausschnitten aus den „Harburger Anzeigen und Nachrichten" und aus dem „Volksblatt für Harburg, Wilhelmsburg und Umgebung" (StA Hamburg , 430-4 (Magistrat Harburg), III A 2a–1; III A 2b–18 bis 48).

[101] Eine exakte Feststellung der Wahlbeteiligung ist freilich wegen Fehlens der Wahlprotokolle für einzelne Wahllokale und der Unstimmigkeiten bei der Feststellung der Wahlberechtigten in der 3. Klasse bis zur Wahl 1890 weder möglich noch sinnvoll.

[102] Vgl. *Gerhard A. Ritter* unter Mitarbeit von *Merith Niehuss,* Wahlgeschichtliches Arbeitsbuch (München 1980) 142f., Zeitschrift des Königlich Preußischen Statistischen Landesamts, Erg. H. XXIII (Berlin 1905), Erg. H. XXX (Berlin 1909), Erg. H. XXXXIII (Berlin 1916).

[103] StA Hamburg, 430-4 (Magistrat Harburg), III B 6a–1, Berichte OB Denicke betr. Landtagswahlen 1903, 1908 und 1913 an den Reg.Präs. Beispielhaft sei aus dem Bericht v. 14.7.1908 zitiert: „Im übrigen möchten wir bemerken, daß selbst Wähler der ersten Abteilung und solche der zweiten Abteilung, die den wohlhabenden Ständen angehören, ihr Wahlrecht nicht ausgeübt haben, weil sie offenbar befürchtet haben, durch ihre Stimmabgabe, falls sie nicht in sozialdemokratischem Sinne erfolgte, wirtschaftlichen Schaden zu erleiden. Es unterliegt keinem Zweifel, daß überhaupt in den weitesten Kreisen der Bevölkerung der Wunsch besteht, daß die öffentliche Stimmabgabe durch die geheime Wahl ersetzt werde."

Tabelle 7: Wahlbeteiligung in der Stadt Harburg bei den Reichstagswahlen und den Wahlen zum Preußischen Abgeordnetenhaus

Wahljahr	Reichstag		Preußisches Abgeordnetenhaus				
	Haupt-Wahl	Stich-Wahl	Wahljahr	1. Kl.	2. Kl.	3. Kl.	insges.
1871	64,6	–					
1874	73,0	–					
1877	83,9	–					
1878	?	86,2					
1881	73,0	–					
1884	77,5	82,3					
1887	86,4	–					
1890	89,3	90,0					
1893	88,7	88,2					
1898	86,5	90,1	1898[1]	51,0	25,0	8,4	11,3
1903	93,0	94,1	1903	69,1	47,1	34,8	37,0
1907	94,6	93,4	1908	59,9	48,8	52,7	52,4
1912	94,8	91,5	1913	51,6	51,7	58,3	56,8

[1] Die Wahlbeteiligung bei früheren Wahlen ist nicht eindeutig feststellbar.

Quellen: Vgl. Tabelle 6; Zeitschrift des Königlich Preußischen Statistischen Landesamts, Erg. H. XXIII (Berlin 1905) 170f.; Erg.H. XXX (Berlin 1909) 196f.; Erg.H. XXXXIII (Berlin 1916) 128f.

Tabelle 8: Wahlen zum Bürgervorsteherkollegium der Stadt Harburg[1]

Wahljahr	Wahlberechtigte[2]	abgegebene Stimmen		davon: öffentlich		geheim	
		absolut	i.v.H.	absolut	i.v.H.	absolut	i.v.H.
1881	517	219	42,4	97	44,3	122	55,7
1883	496	173	34,9	54	31,2	119	68,8
1885	601	273	45,4	179	65,6	94	34,4
1893	673	347	51,6	111	32,0	236	68,0
1895	1008	550	54,6	140	25,5	410	74,5
1897	857	604	70,5	47	7,8	557	92,2
1899	853	564	66,1	48	8,5	516	91,5
1901	1166	651	55,8	203	31,2	448	68,8
1903	1209	807	66,8	59	7,3	748	92,7
1905	1138	763	67,1	71	9,3	692	90,7
1907	1212	531	43,8	278	52,4	253	47,6
1909	1910	938	49,1	303	32,3	635	67,7
1911	1444	699	48,4	250	35,8	449	64,2
1913	1588	1096	69,0	60	5,5	1036	94,5

[1] Für die Wahlen bis 1881 und zwischen 1885 und 1893 läßt sich für die hier interessierende Frage der öffentlichen oder geheimen Stimmabgabe aufgrund der Quellen kein vollständiges Bild zeichnen, da jeweils für einen Wahlbezirk die entsprechenden Angaben fehlen.

[2] Die Zahl der Wahlberechtigten schwankt bei den einzelnen Wahlterminen so außerordentlich stark, da nie in allen Wahlbezirken gleichzeitig gewählt wurde, sondern alle zwei Jahre ein Drittel der auf sechs Jahre gewählten Bürgervorsteher neu gewählt wurde und dabei in einigen Wahlbezirken zwei, in einigen ein und in anderen kein Bürgervorsteher zu wählen war.

Quellen: StA Hamburg, 430-4 (Magistrat Harburg), II E 2–3, Bd. I–III; II E 2–8 bis 31.

amte und Lehrer hierzu abzukommandieren[104]. Freilich wäre es verfehlt, die Nichtbeteiligung vieler Wahlberechtigter der 1. und besonders der 2. Klasse, nur auf das Konto „roter Terrorismus" zu schreiben, wie Denicke es in seinen Berichten suggerierte; vielmehr spielte hier der fortdauernde „amtliche Terrorismus" eine mit Sicherheit nicht geringere Rolle und hielt eben auch viele Wahlberechtigte – nicht nur der 3., sondern auch der 1. und 2. Klasse – davon ab, zur Wahl zu gehen und öffentlich für einen sozialdemokratischen Wahlmann zu stimmen[105].

5.2 Die Ergebnisse der politischen Wahlen in Harburg für die SPD

In den Tabellen 9–11[106] sind die Ergebnisse der Reichstagswahlen für die Stadt Harburg 1871–1912 (und der Nationalversammlungswahl 1919) zusammengestellt. Dabei wird auf den ersten Blick deutlich, daß die Nationalliberalen in der Stadt unter den Bedingungen des gleichen und geheimen Wahlrechts zu keinem Zeitpunkt auch nur die Mehrheit der Wähler, geschweige denn die Mehrheit der Wahlberechtigten für sich gewinnen konnten. Dies ist insofern wichtig, als damit der die kommunale Politik allein entscheidenden Partei von Anfang an demonstriert war, daß gleiches Wahlrecht sie in die Minorität verweisen würde, eine Erfahrung, die zweifelsohne prägend wirkte. Zum andern läßt sich erkennen, daß in den 1870er und 1880er Jahren die Welfen in der Stadt noch einen erheblichen Anhang besaßen und, wenn man die beiden Stichwahlergebnisse 1878[107] und 1884 analysiert, offensichtlich als Protestpar-

[104] StA Hamburg, 430-4 (Magistrat Harburg), III B 6b–37, bei der Wahl 1913 lehnten immerhin acht der vorgesehenen Wahlvorsteher (von insgesamt 44 Wahlvorstehern) das Amt von vornherein mit solchen Begründungen ab; es handelte sich um vier Großkaufleute, zwei Fabrikanten, einen Drogisten und den Vorsitzenden der Handwerkskammer. 16 Wahlvorsteher meldeten, daß sie die jeweils zwei Beisitzer nicht benennen konnten, und ihnen wurden dann städtische Beamte und Lehrer namhaft gemacht, die sie heranziehen sollten. Interessant ist auch, daß zahlreiche Fabrikanten und Großkaufleute – unter ihnen z. B. auch der Besitzer der „Harburger Anzeigen und Nachrichten", Lühmann – für die Ausübung ihres Wahlrechts in Landgemeinden des Landkreises Harburg optierten, wo sie durch Hausbesitz einen zweiten Wohnsitz besaßen (Mitteilungen der Gemeindevorsteher, die zugleich vom Harburger Magistrat die mit anzurechnenden Harburger Steuerleistungen erfragten). Natürlich hatte das z. T. auch etwas damit zu tun, daß diese Wahlberechtigten in den Dörfern, wo sie jetzt wählen wollten, die Zusammensetzung der Wählerklassen beeinflussen wollten, um die Mehrheit für den nationalliberalen Kandidaten zu sichern, aber z. T. handelte es sich vor allem darum, unbeobachtet durch sozialdemokratische Aufpasser wählen zu können.

[105] Die amtliche Beobachtung der Stimmabgabe erfolgte offensichtlich planmäßig, und die Ergebnisse konnten jederzeit abgerufen werden, wie aus den Akten über Titel- und Ordensverleihungen (ebda., III B 4–7 Bd. I–II; III B 4–8 u. 8a) eindeutig hervorgeht.

[106] S. u. S. 299, 301 f.

[107] Bei der Stichwahl am 17. 8. 1878 kam es nach Bekanntgabe des Ergebnisses (der welfische Bewerber siegte mit einem Vorsprung von knapp 600 Stimmen im Wahlkreis über den nationalliberalen Oberbürgermeister Grumbrecht) zu einem folgenschweren Vorfall: Bei der Siegesfeier der Welfen, zu deren Wahl auch die Sozialdemokratie aufgerufen hatte, wurde – offensichtliches Zeichen der Erbitterung über eine nicht nur einseitige, sondern hetzerische Berichterstattung durch die Zeitung – vor dem Verlagsgebäude der „Harburger Anzeigen und Nachrichten" demonstriert und dann auch die Fensterscheiben eingeworfen. Der panisch handelnde Syndikus der Stadt und Chef der Polizeidirektion, Schorcht, ließ das Feuer auf die Menge eröffnen, und

tei auch für die erklärten Anhänger der Sozialdemokraten wählbar waren. Und umgekehrt läßt sich schließen, daß die Welfen in diesen Jahren ihre Wähler weitgehend noch aus dem gleichen sozialen Milieu wie die Sozialdemokratie rekrutierten. Diese Tatsache dürfte auch erklären, daß die relative Bedeutung der Welfen in der Stadt seit 1890 schnell zurückging, da die Partei zunehmend von ihrer Fundamentalopposition abrückte und nur noch eine, durch das Spezifikum Nichtanerkennung der 1867 verlorenen Eigenstaatlichkeit und eigener Dynastie von anderen unterscheidbare „bürgerliche Partei" war, der es freilich bis über das Ende des Kaiserreichs hinaus gelungen sein muß, auch proletarische Elemente an sich zu binden[108].

Die Sozialdemokratische Partei hatte in der Stadt Harburg eine ihrer frühen Hochburgen. Mit Anteilen bis über 40 v.H. der abgegebenen Stimmen und dem Gewinn der relativen Mehrheit im Jahre 1877 (für 1878 ließ sich das Hauptwahlergebnis in der Stadt bisher nicht ermitteln) war zunächst das Maximum erreicht; das Verbot der Partei und der Gewerkschaften, die Unterdrückung ihrer Presse und die seit 1884 erfolgenden Ausweisungen führten zu einem tiefen Einbruch, der sich nicht allein mit dem starken Anwachsen der Wahlenthaltung (zwischen den Wahlen 1877 und 1881 ging die Wahlbeteiligung um mehr als 10 v.H. zurück) erklären läßt, vielmehr auch in einem teilweise Ausweichen bisheriger Wähler der Sozialdemokratie auf die andere, scheinbar in Fundamentalopposition zum System stehende Partei, die Welfen, begründet ist. Offensichtlich ist aber eines: Vergleicht man die 1884 und 1887 von der Sozialdemokratie erzielten Stimmanteile (33,9 bzw. 36,9 v.H. der Wähler; 26,3 bzw. 31,9 v.H. der Wahlberechtigten) mit jenem von 1890 (57,9 v.H. der Wähler; 51,6 v.H. der Wahlberechtigten), dann läßt sich kaum bezweifeln, daß die Wiedergewinnung der Legalität durch die Nichtverlängerung des Sozialistengesetzes – obgleich es ja offiziell noch über den Wahltermin hinaus bis zum 30. 9. 1890 geltendes Recht war – bei vielen potentiellen Anhängern alle bisher bestehenden Hemmnisse beseitigte, sich in einer geheimen Wahl für die Sozialdemokratie zu entscheiden. Dies läßt sich leicht damit beweisen, daß der Zuwachs der Sozialdemokratie an den abgegebenen Stimmen und als Anteil an allen Wahlberechtigten mit 21,0 v.H. bzw. 19,7 v.H. fast gleich hoch lag; das heißt, daß nicht etwa allein eine bessere Mobilisierung der eigenen Anhänger,

vier Demonstranten wurden entweder sofort getötet oder starben an ihren Verletzungen, weitere 17 wurden z.T. schwer verwundet. Der Vorsitzende des Wahlkomitees der Welfen und weitere zwei Dutzend Personen wurden verhaftet, ohne daß ihnen später die behauptete Anstiftung zum Aufruhr nachgewiesen werden konnte. Vgl. die Akten: StA Hamburg, 430-13 (Polizeidirektion Harburg), C 3. Wegen der späteren gerichtlichen und behördlichen Untersuchungen sind die Wahlakten 1878 nicht mehr auffindbar, so daß das Ergebnis der Hauptwahl 1878 nicht mehr rekonstruiert werden kann.

[108] Auch wenn der „Hannoversche Arbeiter- und Handwerkerverband" (vgl. dazu *W. Kulemann,* Die Berufsvereine, 1. Abt., 2. Band (Jena 1908) 477) verglichen mit den freien Gewerkschaften nur über eine verschwindend kleine Zahl an Mitgliedern verfügte – der 1912 im 17. hann. Wahlkreis als welfischer Kandidat gewählte, auch in der Weimarer Republik dem Reichstag angehörende Lehrer Ludwig Alpers, Gründer und Vorsitzender des „Hannoverschen Arbeiter- und Handwerkerbundes", verweigerte wohlweislich stets die Angabe konkreter Zahlen –, so kann andererseits kein Zweifel daran bestehen, daß die Welfen in der Stadt Harburg vor allem von zwei Gruppen, nämlich von Handwerksmeistern *und* Arbeitern, gewählt wurden.

Tabelle 9: Ergebnis der Reichstagswahlen in der Stadt Harburg 1871–1912

WP	Termin	Wahlberechtigte[1]	Wähler[2]		Stimmen in der Hauptwahl[3]					Stimmen in der Stichwahl[3]				
			Hauptwahl	Stichwahl	DRP	Nat.-Lib.	Links-Lib.	Welfen	SPD	DRP	Nat.-Lib.	Links-Lib.	Welfen	SPD
I	31.3.1871	3118	(2014)	–	×	*969*	×	507	538	–	–	–	–	–
II	10.1.1874	(3723)	(2718)	–	×	*1300*	×	359	29 (1059)[4]	–	–	–	–	–
III	10.1.1877	3845	(3225)	–	×	*1277*	×	603	(1345)	–	–	–	–	–
IV[5]	30.7.1878	4039	?	3482	×	?	×	?	?	–	1389	–	*2093*	–
V	27.10.1881	(4063)	2966	–	×	*1326*	53	1166	421	–	–	–	–	–
VI	28.10.1884	4463	3459	3674	×	1304	218	*763*	1173	–	1452	–	*2222*	–
VII	21.2.1887	(5084)	4395	–	×	*1799*	71	899	1623	–	–	–	–	–
VIII	20.2.1890	6927	6171	6159	×	1701	144	751	3574	–	*1980*	–	–	4179
IX	15.6.1893	8518	7553	7510	*1692*	×	110	922	4720	*2135*	–	–	–	5375
X	16.6.1898	10104	8736	9101	×	2128	×	861	5706	–	*2804*	–	–	6211
XI	25.6.1903	10603	9860	9874	×	3106	×	809	5883	–	*3551*	–	–	6241
XII	25.1.1907	12308	11649	11495	*2027*	×	1801	451	7188	*3618*	–	–	–	7726
XIII	12.1.1912	15215	14420	13930	338	2151	1665	*427*	9769	–	–	–	*3514*	10226

– = nicht stattgefunden oder nicht beteiligt.
× = kein eigener Kandidat aufgestellt.
? = keine Daten vorhanden oder erschließbar.
Angaben in Klammern: in den Wahlakten nicht vorhandene Daten, die aus anderen Quellen erschlossen sind. Die hervorgehobenen Zahlen bezeichnen den im 17. hannoverschen Wahlkreis siegreichen Bewerber.
Quellen: StA Hamburg, 430-4 (Magistrat Harburg). III A 2a- 1 u. 1a; III A 2b- 1 bis 50 – Generalakten und Spezialakten über die Wahlen zum Reichstag I.–XIII. Legislaturperiode 1871–1918.

[1] Die Zahl der Wahlberechtigten ist in der Regel aus den Wählerlisten der einzelnen Stimmbezirke festgestellt worden; dadurch ergeben sich kleinere Abweichungen zu den vom Magistrat an den jeweiligen Wahlkommissar des 17. hannoverschen Wahlkreises gemeldeten Zahlen. Bei der Wahl 1874 wurde durch den Magistrat später zugegeben, daß rd. 80–90 an sich Wahlberechtigte in die Listen nicht aufgenommen worden waren (Magistrat an Reg.-Präs. Lüneburg, 19.5.1874, StA Hamburg, 430-4, III A 2b–3), bei den Wahlen 1881 und 1887 fehlen die Wählerlisten einzelner Stimmbezirke, so daß die wahrscheinlich zu niedrigen Zahlen aus den Meldungen des Magistrats übernommen werden mußten. Die Zahlen sind wahrscheinlich zu niedrig, weil es sich um die Meldungen des Magistrats einige Wochen vor der Wahl handelt, in denen die Religionszugehörigkeit der Wahlberechtigten mitgeteilt wurde, und aus den Listen der Stimmbezirke bei allen anderen Wahlen hervorgeht, daß stets aufgrund von Einsprüchen noch Wahlberechtigte nachgetragen worden sind.

[2] Bis zur Wahl 1898 handelt es sich um abgegebene gültige Stimmen, seit 1903 sind die ungültigen Stimmen enthalten. Für die Wahlen 1871, 1874 und 1877 sind die abgegebenen gültigen Stimmen aus den Einzelergebnissen der Parteien errechnet. Für 1874 sind ferner die infolge Wahlprotests nachträglich für gültig erklärten 1030 Stimmen für den sozialdemokratischen Bewerber Carl Finn enthalten.

[3] Bei der Wiedergabe der Wahlergebnisse sind nicht berücksichtigt die für Einzelbewerber, Kandidaten des BdL und der Polen (Zentrum) abgegebenen Stimmen; diese Bewerber erzielten 1907 mit zusammen 145 Stimmen das beste Ergebnis, bei allen anderen Wahlen schwankte es zwischen 1 und 99 Stimmen.

[4] 1874 wurden ursprünglich von den Wahlvorstehern, die sämtlich nationalliberale Parteigänger waren, 1030 für den sozialdemokratischen Kandidaten Carl Finn aus Berlin abgegebene Stimmen für ungültig erklärt, da von den sozialdemokratischen Wählern die Wohnanschrift von Finn nicht auf dem Stimmzettel eingetragen worden war und damit angeblich die eindeutige Identifizierung des Bewerbers und damit auch des Wählerwillens nicht möglich sei. In der Wahlanfechtung korrigierte die Wahlprüfungskommission des Reichstags diese Entscheidung, Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags, Bd. 31, 285–287 (11.3.1874).

[5] Das Wahlergebnis der Hauptwahl ließ sich nicht mehr feststellen, vgl. o. Anm. 107.

ausgedrückt in einer höheren Wahlbeteiligung – sie stieg nur um 2,6 v.H. –, zu dem Anstieg an den abgegebenen Stimmen um 21,0 v.H. beigetragen hat, sondern im fast gleich starken Umfang bei den Wählern ein Wechsel der Parteipräferenz erfolgt sein muß. Allerdings ist die Vergleichbarkeit der Wahlen 1887 und 1890 durch die Eingemeindung der beiden, hauptsächlich von Arbeitern bewohnten, Vororte Heimfeld und Wilstorf 1888 etwas beeinträchtigt.

In sämtlichen Wahlen zum Reichstag seit 1890 hat die Sozialdemokratie mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten für sich gewinnen können; wenn man – wie in Tabelle 11 geschehen – die Stimmanteile der Parteien einmal nicht auf der Basis der tatsächlich Wählenden, sondern von allen Wahlberechtigten feststellt, d.h. „Nichtwählen" als eine Form der Wahlentscheidung betrachtet, wird das ganze Ausmaß des Erfolgs der Partei erst vollständig sichtbar, zugleich aber werden auch die etwas erratischen Sprünge in den Ziffern der Tabelle 10, die ja die Anteile auf der Basis der abgegebenen Stimmen widergibt, erheblich relativiert: Nach einem erneuten Anwachsen des Anteils der für die Sozialdemokratie abgegebenen Stimmen auf mehr als 55 v.H. der Wahlberechtigten im Jahre 1893 brachten die Wahlen 1898 und 1903 eine Stagnation um diesen Wert, um dann bei den beiden letzten Wahlen im Kaiserreich auf 58,4 v.H. und 64,2 v.H. zu steigen. Fast zwei Drittel aller Wahlberechtigten entschieden sich damit für die Sozialdemokratie und nur noch 30 v.H. für eine der „bürgerlichen" Parteien – Harburg war eine „rote" Stadt, so „rot" wie wenige andere in Preußen oder im Reich. Freilich war dies auch schon in den 1890er Jahren so, als von einer gefestigten, zahlenmäßig starken Organisation der Partei und der Gewerkschaften noch nicht die Rede sein konnte, und dies wirft die Frage auf, ob der von der Partei stets behauptete Zusammenhang zwischen Organisation und Wahlerfolgen wirklich bestand. Im Harburger Fall spricht nun vieles dafür, daß die relative Stagnation der Sozialdemokratie bei den Wahlen zwischen 1893 und 1903 tatsächlich – neben externen Faktoren – auch durch die relative organisatorische Schwäche von Partei und Gewerkschaften mitbedingt war und ihr erneutes kräftiges Wachstum – 1907 sogar ausgeprägt gegen den Trend im Reich – mit der Verdichtung der organisatorischen Strukturen zusammenhing. Vor allem aber scheint die Verstetigung der Wahlerfolge deren Resultat zu sein, eine These, die indirekt auch mit den Daten aus den Stichwahlen belegt werden kann.

Seit 1890 war die SPD im Wahlkreis stets in der Stichwahl, die sie regelmäßig verlor, da, welche „bürgerliche" Partei auch den Gegenkandidaten stellte, es ihr niemals gelang, in den ländlich strukturierten Teilgebieten des Wahlkreises wesentlich mehr als ein Drittel der abgegebenen Stimmen auf sich zu vereinigen und damit auch die zuletzt fast Dreiviertel betragende Mehrheit in der Stadt nicht zum Mandatsgewinn ausreichte[109]. Dennoch sind die Stichwahlergebnisse in der Stadt[110] in vieler Hinsicht

[109] Vgl. Tabelle 13, S. 306. Tatsächlich stammten bei den Wahlen seit 1890 stets 60–70 v.H. der im „Land"gebiet für die Sozialdemokratie abgegebenen Stimmen aus der Industriegemeinde Wilhelmsburg und dem 1910 nach Harburg eingemeindeten Arbeitervorort Eissendorf, im wirklich agrarisch-strukturierten Teil des Wahlkreises lagen die Stimmanteile der SPD bei nur 10–18 v.H.

[110] Vgl. Tabellen 11 und 12. S. 302, 304f.

Tabelle 10: Ergebnis der Reichstagswahlen in der Stadt Harburg 1871–1912 (1919) (in v.H. der abgegebenen Stimmen)

WP	Termin	Wahl-berechtigte	Wahlbeteiligung Haupt-wahl	Wahlbeteiligung Stich-wahl	Anteil in der Hauptwahl DRP	Nat.-Lib.	Links-lib.	Welfe	Sonst. (BdL, P, Z)	SPD	ungül-tig	Anteil in der Stichwahl DRP	Nat.-Lib.	Welfe	SPD	ungül-tig
I	1871	3118	(64,6)	–	–	48,1	–	25,2	–	26,7	–	–	–	–	–	–
II	1874	(3723)	(73,0)	–	–	47,3	–	13,1	–	(38,6)	–	–	–	–	–	–
III	1877	3845	(83,8)	–	–	39,5	–	18,7	–	41,7	–	–	–	–	–	–
IV	1878	4039	?	86,2	–	?	–	?	–	?	–	–	39,9	60,1	–	–
V	1881	(4063)	(73,0)	–	–	44,7	1,8	39,3	–	14,2	–	–	–	–	–	–
VI	1884	4463	77,5	82,3	–	37,7	6,3	22,1	0,0	33,9	–	–	39,5	60,5	–	–
VII	1887	(5084)	86,5	–	–	40,9	1,6	20,5	0,1	36,9	–	–	–	–	–	–
VIII	1890	6927	89,1	88,9	–	27,6	2,3	12,2	0,0	57,9	–	–	32,2	–	67,9	–
IX	1893	8518	88,7	88,2	22,4	–	1,5	12,2	1,3	62,5	–	28,4	–	–	71,6	–
X	1898	10104	86,5	90,1	–	24,4	–	9,9	0,5	65,3	–	–	30,8	–	68,3	0,9
XI	1903	10603	93,0	93,1	–	31,5	–	8,2	0,3	59,7	0,3	–	36,0	–	63,2	0,8
XII	1907	12308	94,7	93,4	17,4	–	15,5	3,9	1,2	61,7	0,3	31,5	–	–	67,2	1,3
XIII	1912	15215	94,8	91,6	2,4	14,9	11,6	3,0	0,3	67,8	0,2	–	–	25,2	73,4	1,4
NV	1919	39087	93,3	entf.	DNVP 1,8	DVP 8,4	DDP 14,6	DHP 5,6	USPD 6,6	MSPD 63,1	–	entfällt				

Legende, Anmerkungen und Quellen wie Tabelle 9.

Tabelle 11: Ergebnis der Reichstagswahlen 1871–1912 und der Nationalversammlungswahl 1919 in der Stadt Harburg. Anteil in v.H. von allen Wahlberechtigten

Termin	Wahl-berechtigte	Nichtwähler		ungültige Stimmen[1]		„Bürgerliche Parteien"		SPD	
		Haupt-wahl	Stich-wahl	Haupt-wahl	Stich-wahl	Haupt-wahl	Stich-wahl	Haupt-wahl	Stich-wahl
1871	3118	35,4	–	•	•	47,3	–	17,3	–
1874	(3723)	27,0	–	•	•	44,6	–	28,4	–
1877	3845	16,1	–	•	•	48,9	–	35,0	–
1878[2]	4039		13,8	•	•		86,2[3]		–
1881	(4063)	27,0	–	•	•	62,6	–	10,4	–
1884	4463	22,5	17,7	•	•	51,2	82,3[3]	26,3	–
1887	(5084)	13,6	–	•	•	54,5	–	31,9	–
1890	6927	10,7	10,0	0,2	1,1	37,5	28,6	51,6	60,3
1893	8518	11,3	11,8	•	•	33,3	25,1	55,4	63,1
1898	10104	13,5	9,9	0,0	0,9	30,0	27,8	56,5	61,5
1903	10603	7,0	6,9	0,3	0,8	37,2	33,5	55,5	58,9
1907	12308	5,4	6,6	0,3	1,3	35,9	29,4	58,4	62,8
1912	15215	5,2	8,5	0,2	1,4	30,4	23,1	64,2	67,2
1919	39087	6,7	entfällt	•	entfällt	28,4	entfällt	MSPD 58,9 USPD 6,1	entfällt

[1] Die ungültigen Stimmen lassen sich nur für einige Wahlen feststellen; in allen anderen Fällen sind sie bei den „Nichtwählern" mitenthalten.
[2] Für 1878 ließ sich das Ergebnis in der Stadt Harburg nicht rekonstruieren.
[3] Stichwahl zwischen Welfen und Nationalliberalen.

Quellen: Wie Tabelle 9.

signifikant: Einmal zeigen sie, für wie viele Wahlberechtigte die Sozialdemokratie die Partei ihrer zweiten Präferenz war. Und dabei fällt nun auf, daß dieser Anteil von 1890 mit 8,9 v.H. der Wahlberechtigten, 1893 mit 7,6 v.H., 1898 mit 5,0 v.H., 1903 mit 3,4 v.H., 1907 mit 4,2 v.H. und 1912 mit 3,0 v.H. kontinuierlich (mit der Ausnahme von 1907) zurückging – und zwar ganz unabhängig von der Frage, ob 1890, 1898 und 1903 die Nationalliberalen oder 1893 und 1907 die Reichspartei oder 1912 die Welfen den „bürgerlichen" Gegenkandidaten stellten[111]. Die Verringerung dieses Anteils der Wahlberechtigten, für die die Sozialdemokratie die Partei der zweiten Wahl war, ist nun aber, jedenfalls verbunden mit dem bei der Hauptwahl zu beobachtenden Stimmenzuwachs, nicht ein Zeichen der geringeren, sondern der höheren Attraktivität: Über die „Zweite-Präferenz-Entscheidung" führte – getragen auch von der Werbekraft

[111] Für das „bürgerliche" Lager läßt sich aus den Daten der Tabelle 12 ganz deutlich herausarbeiten, daß dieses niemals imstande war, alle auf seine Kandidaten in der Hauptwahl entfallenen Stimmen auch in der Stichwahl auf sich zu vereinigen (natürlich abzüglich der ohnehin in zweiter Präferenz den Sozialdemokraten Wählenden), sondern, besonders deutlich 1907 und 1912, ein Gutteil dieser Wähler sich entweder zur Enthaltung oder zur ungültigen Stimmabgabe entschloß.

einer in vielen Lebensbereichen Hilfe anbietenden Organisation – der Weg zur direkten Wahl des sozialdemokratischen Kandidaten bei der Hauptwahl. Der zweite wichtige, aus den Stichwahlergebnissen besonders klar hervortretende Aspekt ist das Eindringen der Sozialdemokratie in soziale Schichten, die nicht zu ihrer „natürlichen" Klientel gehörten; hierauf wird weiter unten eingegangen.

Die Beteiligung an den Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus, die von der Sozialdemokratie Harburgs frühzeitig (Antrag auf dem Parteitag 1897) gefordert worden war, konnte unter den Bedingungen der Ungleichheit und der Öffentlichkeit der Wahl naturgemäß für die Sozialdemokratie keine Ergebnisse wie bei den Reichstagswahlen erbringen. Dazu gab es zu viele Beamte, Lehrer und Arbeiter von Stadt, Staat und Reich unter den Wahlberechtigten in der Stadt[112], für die ein öffentliches Bekenntnis zur Sozialdemokratie eine Existenzgefährdung bedeutet hätte; dazu war auch bei solchen Wahlberechtigten, bei denen Stimmabgabe für einen Sozialdemokraten nicht die sofortige Dienstentlassung nach sich ziehen konnte, die Furcht vor Repressalien viel zu groß. Umso erstaunlicher ist es, daß schon im zweiten Anlauf 1908 bei einer über 50 v.H. liegenden Wahlbeteiligung nicht nur 68 v.H. der abgegebenen Stimmen in der 3. Klasse, sondern auch gut 31 v.H. in der 2. Klasse und 12,6 v.H. in der 1. Klasse von der Sozialdemokratie gewonnen werden konnten, bis 1913 dann bei einer Wahlbeteiligung von fast 57 v.H. in der 3. Klasse gut Dreiviertel der Wähler, in der 2. Klasse über 54 v.H. der Wähler und selbst in der 1. Klasse fast ein Viertel für sozialdemokratische Wahlmänner votierten[113]. Dabei ist folgende signifikante Beobachtung zu machen: Die Nationalliberalen erhielten 1913 die Stimmen von 2209 Wahlberechtigten, das entsprach ziemlich exakt jenen 2151 Stimmen, die sie bei der letzten Reichstagswahl auf sich hatten vereinigen können – aber es waren, da in der Stadt nur die Nationalliberalen kandidierten, doch nur 46,5 v.H. der bei der Hauptwahl 1912 für „bürgerliche" Parteien abgegebenen Stimmen, die Sozialdemokratie erhielt dagegen die Stimmen von 5424 Urwählern – und damit 55,5 v.H. der bei der Reichstagswahl 1912 für sie Stimmenden[114]. Trotz des viel höheren Risikos einer Stimmabgabe für die Sozialdemokratie konnte diese ihre Anhänger also erheblich besser mobilisieren als die Nationalliberalen die Wähler bürgerlicher Parteien.

Obwohl die Sozialdemokratie 1913 in dem aus der Stadt Harburg und dem Landkreis Harburg bestehenden Wahlkreis sowohl in der 3. Klasse eine Dreiviertelmehrheit als auch in der 2. Klasse die absolute Mehrheit der Urwählerstimmen in Stadt und Land auf sich vereinigte, blieb sie der Zahl der Wahlmänner nach deutlich in der Minorität[115]. Das hing einmal damit zusammen, daß die Urwahlbezirke in der Stadt so geschnitten waren, daß eine Majorität der Stimmen der Urwähler in der 2. Klasse noch lange nicht die Majorität der Wahlmänner mit sich brachte und daß ferner in der 1. Klasse 11 Wahlberechtigte (= 3,94 v.H.) allein 14 Wahlmänner (= 15,9 v.H. der Wahlmänner der 1. Klasse) bestimmen konnten, da in drei Urwahlbezirken nur je ein

[112] Bei der RT-Wahl 1907 betrug ihr Anteil an den 12308 Wahlberechtigten 1921 oder 15,6 v.H.
[113] Vgl. Tabellen 14–16.
[114] Vgl. Tabellen 16 u. 9.
[115] Vgl. Tabelle 17.

Tabelle 12: Veränderungen der Wahlentscheidung bei den RT-Stichwahlen in der Stadt Harburg VIII.–XIII. Wahlperiode 1890–1912.

a) 1890	Hauptwahl	Stichwahl	Veränderung
Wahlberechtigte	6927	6927	–
Wähler	6184	6234	+ 50
ungültige Stimmen	13	75	+ 62
gültige Stimmen	6171	6159	– 12
DRP	–	–	–
Nat.Lib.	1701	1980	+ 279
Linkslib.	144	–	– 144
Welfe	751	–	– 751
Sonstige (P, Z, BdL, Einz.)	1	–	– 1
Summe bürgerl. Parteien	2597	1980	– 617
SPD	3574	4179	+ 605

b) 1893	Hauptwahl	Stichwahl	Veränderung
Wahlberechtigte	8518	8518	–
Wähler	unbekannt	unbekannt	–
ungültige Stimmen	unbekannt	unbekannt	–
gültige Stimmen	7553	7510	– 43
DRP	1692	2135	+ 443
Nat.Lib.	–	–	–
Linkslib.	110	–	– 110
Welfe	922	–	– 922
Sonstige (P, Z, BdL)	109	–	– 109
Summe bürgerl. Parteien	2833	2135	– 698
SPD	4720	5375	+ 655

c) 1898	Hauptwahl	Stichwahl	Veränderung
Wahlberechtigte	10104	10104	–
Wähler	8739	9101	+ 362
ungültige Stimmen	3	86	+ 83
gültige Stimmen	8736	9015	+ 279
DRP	–	–	–
Nat.Lib.	2128	2804	+ 676
Linkslib.	–	–	–
Welfe	861	–	– 861
Sonstige (P, Z, BdL)	41	–	– 41
Summe bürgerl. Parteien	3030	2804	– 226
SPD	5706	6211	+ 505

d) 1903	Hauptwahl	Stichwahl	Veränderung
Wahlberechtigte	10603	10603	–
Wähler	9860	9874	+ 14
ungültige Stimmen	34	82	+ 48
gültige Stimmen	9826	9792	– 34
DRP	–	–	–
Nat.Lib.	3106	3551	+ 445
Linkslib.	–	–	–
Welfe	809	–	– 809
Sonstige (P, Z, BdL)	28	–	– 28
Summe bürgerl. Parteien	3943	3551	– 392
SPD	5883	6241	+ 358

e) 1907	Hauptwahl	Stichwahl	Veränderung
Wahlberechtigte	12308	12308	–
Wähler	11649	11495	– 154
ungültige Stimmen	37	151	+ 114
gültige Stimmen	11612	11344	– 268
DRP	2027	3618	+1591
Nat.Lib.	–	–	–
Linkslib.	1801	–	–1801
Welfe	451	–	– 451
Sonstige (P, Z, BdL)	145	–	– 145
Summe bürgerl. Parteien	4424	3618	– 806
SPD	7188	7726	+ 538

f) 1912	Hauptwahl	Stichwahl	Veränderung
Wahlberechtigte	15215	15215	–
Wähler	14420	13930	– 490
ungültige Stimmen	25	190	+ 165
gültige Stimmen	14395	13740	– 655
DRP	338	–	– 338
Nat.Lib.	2151	–	–2151
Linkslib.	1665	–	–1665
Welfe	427	3514	+3087
Sonstige (P, Z, BdL)	45	–	– 45
Summe bürgerl. Parteien	4626	3514	–1112
SPD	9769	10226	+ 457

Quellen: Wie Tabelle 9.

Tabelle 13. SPD-Ergebnis der Reichstagswahlen im Wahlkreis 17 Hannover 1878–1912[1]

WP	Termin	Wahlberechtigte			Wahlbeteiligung[3] i.v.H.						Anteil der SPD i.v.H.					
		Gesamt-WK	Stadt Harburg	übriger WK[2]	Gesamt-WK		Stadt Harburg		übriger WK[2]		Gesamt-WK		Stadt Harburg		übriger WK[2]	
					H.	St.	H.	St.	H.	St.	H.	St.	H.	St.	H.	St.
IV	1878	25231	4039	21192	62,3	74,9	ub.	ub.	ub.	ub.	11,2	–	ub.	–	ub.	–
V	1881	25300	4063	21237	44,7	–	73,0	–	39,3	–	6,7	–	14,2	–	1,6	–
VI	1884	25789	4463	21326	51,3	64,7	77,5	82,3	45,9	61,0	15,7	–	33,9	–	4,2	–
VII	1887	27414	5084	22330	79,2	–	86,7	–	77,5	–	11,8	–	36,9	–	9,3	–
VIII	1890	29375	6927	22448	76,3	76,2	89,1	88,9	72,9	72,2	30,4	45,2	57,9	67,9	20,1	36,7
IX	1893	32328	8518	23810	75,1	77,8	88,7	88,2	70,2	74,2	37,3	43,5	62,5	71,6	25,9	31,6
X	1898	36205	10104	26101	76,6	81,5	86,5	90,1	72,7	78,1	43,7	47,1	65,3	68,3	33,7	37,7
XI	1903	40001	10603	29398	83,6	80,7	93,0	93,1	80,2	76,2	39,1	42,1	59,7	62,3	30,5	32,8
XII	1907	43330	12308	31022	89,6	89,1	94,7	93,4	87,6	87,4	37,8	42,3	61,7	67,2	27,5	31,8
XIII	1912	49429	15215	34214	90,4	87,8	94,8	91,6	88,5	86,1	43,0	46,7	67,8	73,4	31,2	34,0

ub. = unbekannt und aus den vorhandenen Daten nicht errechenbar.
– = nicht stattgefunden oder nicht beteiligt.
H. = Hauptwahl.
St. = Stichwahl.
Quellen: Wie Tabelle 9.

[1] Wegen der unvollständigen Daten bei der I.–III. RT-Wahl werden diese Wahlen nicht berücksichtigt; die Ergebnisse für die Stadt Harburg in Tab. 9 u. 10.

[2] Es handelt sich dabei um folgende Gebiete: 1. Landkreis Harburg; 2. Kreis Zeven; 3. Kreis Rotenburg; 4. Kreis Jork; 5. Amt Lilienthal (aus dem Kreis Osterholz); 6. Amt Harsefeld (aus dem Kreis Stade) sowie 7. eine Gemeinde des Kreises Achim.

[3] Bis zur Wahl 1898 handelt es sich um die abgegebenen gültigen Stimmen, ab 1903 sind die ungültigen Stimmen enthalten.

Tabelle 14: Urwahlen zum Preußischen Abgeordnetenhaus im Wahlkreis Harburg (Stadt und Land) 1903

Wahlberechtigte	1. Kl.	v.H.	2. Kl.	v.H.	3. Kl.	v.H.	insges.	v.H. der Einw.
Stadtkreis	259	2,66	1222	12,57	8243	84,77	9724	19,78
Landkreis	437	3,81	1636	14,26	9397	81,93	11470	23,50
Wahlkreis insges.	696	3,28	2858	13,48	17640	83,23	21194	21,64
Wahlbeteiligung								v.H. WBR
Stadt	179	69,11	576	47,14	2872	34,84	3627	37,30
Land	148	33,87	355	21,70	1280	13,62	1783	15,54
Wahlkreis	327	46,98	931	32,58	4152	23,55	5410	25,53
davon auf Wahlmännerkandidaten der Nationalliberalen								
Stadt	171	95,53	496	86,11	1483	51,64	2150	59,28
Land	129	87,16	188	52,96	387	30,23	704	39,48
Wahlkreis	300	91,74	684	73,47	1870	45,04	2854	52,75
BdL u. Einzelbew.								
Stadt	–	–	–	–	–	–	–	–
Land	19	12,84	66	18,59	98	7,66	183	10,26
Wahlkreis	19	5,81	66	7,09	98	2,36	183	3,38
Sozialdemokratie								
Stadt	8	4,47	80	13,89	1382	48,12	1470	40,53
Land	–	–	101	28,45	765	59,77	866	48,57
Wahlkreis	8	2,45	181	19,44	2147	51,71	2336	43,18

Quelle: Zeitschrift des Königlich Preußischen Statistischen Landesamts, Erg.H. XXIII (Berlin 1905) 86f., 170f., 234f.

Wahlberechtigter und in vier weiteren zwei Wahlberechtigte jeweils zwei Wahlmänner wählten. Neben der durch die drei Wahlklassen vorgegebene Ungleichheit wurden also auch die Wahlberechtigten *einer* Klasse unter sich bewußt ungleich behandelt[116]. Und im Landkreis brachten die 1913 mit der Stadt fast identischen Majoritäten der Urwähler in der 2. und 3. Klasse in beiden Klassen keine Majorität der Wahlmänner, da sich die sozialdemokratischen Stimmen auf einige Vororte Harburgs und die Industriegemeinde Wilhelmsburg konzentierten.

In die Wahlen zum Bürgervorsteherkollegium hat die Sozialdemokratie nur in dem 8. Stadtbezirk 1910 und 1913 eingegriffen; es handelte sich hierbei um das 1910 ein-

[116] Auf einen anderen Aspekt der Ungleichheit kann hier nicht näher eingegangen werden: Es soll daher nur erwähnt werden, daß in Harburg die Variationsbreite der Steuerleistung, die die Wahlberechtigung zu den einzelnen Klassen mit sich brachte, außerordentlich groß war (1913). Zwischen über 180000 und 900 M Steuerleistung für die 1. Klasse, zwischen über 40000 und 300 M für die 2. Klasse und zwischen 3560 M und 13,80 M für die 3. Klasse (ohne die theoretischen Steuerzahler mit 3 M, von denen es unter den Wahlberechtigten 1913 aber nur noch knapp 700 gab); StA Hamburg 430-4 (Magistrat Harburg), III B 6b–37.

Tabelle 15: Urwahlen zum Preußischen Abgeordnetenhaus im Wahlkreis Harburg (Stadt und Land) 1908

Wahlberechtigte	1. Kl.	v.H.	2. Kl.	v.H.	3. Kl.	v.H.	insges.	v.H. der Einw.
Stadtkreis	344	3,21	1513	14,14	8846	82,65	10703	19,03
Landkreis	502	3,99	1925	15,32	10142	80,69	12569	22,34
Wahlkreis insges.	846	3,64	3438	14,77	18988	81,59	23272	20,69
Wahlbeteiligung								v.H. WBR
Stadt	206	59,88	739	48,84	4659	52,67	5604	52,36
Land	222	44,22	726	37,71	2769	27,30	3717	29,57
Wahlkreis	428	50,59	1465	42,61	7418	39,07	9321	40,05
davon auf Wahlmännerkandidaten der Nationalliberalen								
Stadt	129	62,62	344	46,55	869	18,65	1342	23,95
Land	144	84,86	195	28,86	271	9,79	610	16,41
Wahlkreis	273	63,79	539	36,79	1140	15,37	1952	20,94
Linksliberalen								
Stadt	47	22,82	152	20,57	581	12,47	780	13,92
Land	12	5,41	50	6,89	138	4,98	200	5,38
Wahlkreise	59	13,79	202	13,79	719	9,69	980	10,51
Konserv., Einzelbew.								
Stadt	2	0,97	5	0,68	12	0,26	19	0,34
Land	23	10,36	57	7,85	110	3,97	190	5,11
Wahlkreis	25	5,84	62	4,23	122	1,64	209	2,24
Sozialdemokratie								
Stadt	26	12,62	231	31,26	3170	68,04	3427	61,15
Land	43	19,37	424	58,40	2247	81,15	2714	73,02
Wahlkreis	69	16,12	655	44,71	5417	73,03	6141	65,88

Quellen: Zeitschrift des Königlich Preußischen Statistischen Landesamts, Erg.H. XXX (Berlin 1909) 44f., 196f., 260f.; StA Hamburg, 430-4 (Magistrat Harburg), III B 6b–27.

gemeindete Eissendorf, in dem bei Reichstagswahlen seit 1898 nie unter 75 v.H. der abgegebenen Stimmen auf die Sozialdemokratie entfallen waren und in dem kraft Eingemeindungsvertrag unter bestimmten Voraussetzungen die kostenlose Bürgerrechtsverleihung erfolgt war, so daß nach der Überzeugung der Partei hier günstige Voraussetzungen für eine Beteiligung bestanden. Als Kandidaten benannte sie 1910 den Geschäftsführer des „Volksblatts", Heinrich Martens, den Arzt Emil Hirschfeld und einen ehrenamtlichen Funktionär der Holzarbeitergewerkschaft, den Drechsler August Feldkirch. Alle drei erzielten gegen ihre, den bisherigen Gemeindevorstand bildenden Gegenkandidaten bei einer fast 90 v.H. betragenden Wahlbeteiligung mit 41–42 v.H. der abgegebenen Stimmen ein achtbares Ergebnis, das bei der routinemäßigen Neuwahl eines der drei Bürgervorsteher 1913 mit einem Stimmenanteil von nur 30 v.H. für den sozialdemokratischen Kandidaten jedoch nicht wiederholt werden konnte. Folgerichtig verzichtete die Sozialdemokratie bei der Neuwahl im Februar 1915, bei

Tabelle 16: Urwahlen zum Preußischen Abgeordnetenhaus im Wahlkreis Harburg (Stadt und Land) 1913

Wahlberechtigte	1. Kl.	v.H.	2. Kl.	v.H.	3. Kl.	v.H.	insges.	v.H. der Einw.
Stadtkreis	541	4,00	2457	18,18	10518	77,82	13516	20,17
Landkreis	675	4,67	2741	18,97	11034	76,36	14450	23,78
Wahlkreis insges.	1216	4,35	5198	18,59	21552	77,07	27966	21,89
Wahlbeteiligung								v.H. WBR
Stadt	279	51,57	1271	51,73	6132	58,30	7682	56,84
Land	378	56,00	1277	46,59	3685	33,40	5340	36,96
Wahlkreis	657	54,03	2548	49,02	9817	45,55	13022	46,56
davon auf Wahlmännerkandidaten der Nationalliberalen (2 Kandidatengruppen)								
Stadt	213	76,34	579	45,55	1417	23,11	2209	28,76
Land	242	64,02	457	35,79	679	18,43	1378	25,81
Wahlkreis	455	69,25	1036	40,66	2096	21,35	3587	27,55
Konservativen/Freikonservative, BdL, Antisem.								
Stadt	1	0,36	1	0,08	–	–	2	0,03
Land	60	15,87	88	6,89	113	3,07	261	4,89
Wahlkreis	61	9,28	89	3,49	113	1,15	263	2,02
Einzelbewerber								
Stadt	–	–	–	–	3	0,05	3	0,04
Land	28	7,41	31	2,43	127	3,45	186	3,48
Wahlkreis	28	4,26	31	1,22	130	1,32	189	1,45
Sozialdemokratie								
Stadt	65	23,30	690	54,29	4669	76,14	5424	70,61
Land	48	12,70	699	54,74	2743	74,44	3490	65,36
Wahlkreis	113	17,20	1389	54,51	7412	75,50	8914	68,45

Quellen: Zeitschrift des Königlich Preußischen Statistischen Landesamts. Erg.H. XXXXIII (Berlin 1916) 44f., 128f., 193f.; StA Hamburg, 430-4 (Magistrat Harburg), III B 6b–37.

der durchaus Gegenkandidaten in einzelnen Stadtbezirken aufgestellt wurden, also nicht „Burgfrieden" ausgerufen war[117], auf eine Fortsetzung des Experiments[118].

Glänzende Siege bei den Reichstagswahlen seit 1890, nach Anlaufschwierigkeiten ebenso glänzende Siege bei den Urwahlen zum Preußischen Abgeordnetenhaus 1908 und 1913, ein wieder abgebrochenes Experiment mit der Beteiligung an den Bürgervorsteherwahlen – und alles gleichermaßen politisch, schaut man jedenfalls auf Man-

[117] In den umkämpften Stadtbezirken traten Kandidaten der „Bürgervereine" gegen solche des „Haus- und Grundbesitzervereins" auf, vgl. *Witt*, Kommunalpolitik, 228f.

[118] StA Hamburg, 430-4 (Magistrat Harburg), II E 2–26 (Wahl im 8. Stadtbezirk 10.6.1910), II E 2–30 u. 32 (Bürgervorsteherwahlen 1913/15).

Tabelle 17: Parteistellung der gewählten Wahlmänner bei den Preußischen Abgeordnetenhauswahlen 1903, 1908 und 1913 im Wahlkreis Harburg

		1903			1908			1913		
		St.	L.	WK	St.	L.	WK	St.	L.	WK
Wahl-	1. Kl.	64	62	126	73	69	142	88	72	160
männer	2. Kl.	64	61	125	73	69	142	88	76	164
	3. Kl.	64	62	126	73	69	142	88	72	160
	insg.	192	185	377	219	207	426	264	220	484
davon										
National-	1. Kl.	64	62	126	54	53	107	75	10	85
liberal[1]	2. Kl.	64	57	121	45	32	77	48	11	59
	3. Kl.	12	32	44	4	34	38	–	–	–
	insg.	140	151	291	103	119	222	123	21	144
National-	1. Kl.							–	54	54
liberal[2]	2. Kl.							–	37	37
	3. Kl.							–	39	39
	insg.							–	130	130
Konser-	1. Kl.							–	3	3
vative[3]	2. Kl.							–	2	2
	3. Kl.							–	–	–
	insg.							–	5	5
Links-	1. Kl.				11	5	16			
liberal	2. Kl.				12	8	20			
	3. Kl.				–	8	8			
	insg.				23	21	44			
Sozial-	1. Kl.	–	–	–	8	5	13	13	5	18
demo-	2. Kl.	–	4	4	16	29	45	40	26	66
kratie	3. Kl.	52	30	82	69	33	102	88	33	121
	insg.	52	34	86	93	67	160	141	64	205

Quellen: StA Hamburg, 430-4 (Magistrat Harburg), III B 6b–16, 27, 37.

[1] 1913 Wahlmänner, die für den von der nationalliberalen Partei der Stadt Harburg nominierten Abgeordneten Min.Dir. Just (Preuß. MdI) gewählt worden waren.

[2] Wahlmänner, die für den nationalliberalen Bewerber Menge, Bürgermeister von Wilhelmsburg, gewählt worden waren.

[3] Es handelt sich vermutlich um freikonservative Wahlmänner, die im 1. Wahlgang bei der Abgeordnetenwahl nicht abstimmten, in der Stichwahl zwischen Just und dem sozialdemokratischen Kandidaten, Andreas Müller, für Just stimmten.

St. = Stadt Harburg
L. = Landkreis Harburg

datsgewinne, völlig folgenlos. Dies wirft notwendigerweise die Frage auf, wie gelang es eigentlich der Sozialdemokratie in Harburg trotz dieser Erfolglosigkeit ihre Anhänger immer wieder an die Wahlurne zu bringen? Und das Ausmaß der Stimmanteile, die die Sozialdemokratie sowohl bei den geheimen Reichstagswahlen als auch bei den öffentlichen Preußischen Abgeordnetenhauswahlen erreichte, zwingt notwendig zu der

Frage: Ließ sich das mit den Stimmen von Arbeitern und kleinen Angestellten überhaupt erreichen? Mußten nicht soziale Barrieren – selbsterrichtete wie von den Gegnern aufgebaute – durchbrochen worden sein, mußten nicht soziale Schichten von der und für die Sozialdemokratie gewonnen worden sein, die weder sie selbst noch ihre Gegner für gewinnbar gehalten hatten?

5.3. Wer wählte die Sozialdemokratie in Harburg?

Beide Fragen – weshalb gelang trotz dauernder Erfolglosigkeit eine so hohe Mobilisierung der Wahlberechtigten und aus welchen sozialen Schichten stammten die Wähler der Sozialdemokratie – lassen sich im Rahmen eines Aufsatzes nur teilweise klären. Dies hängt mit den zur Verfügung stehenden Quellen und den methodischen Problemen, die bei ihrer Auswertung auftreten, zusammen[119]. Für die Wahlen zum Reichstag (Ausnahme: 1878, 1881 und 1884), für sämtliche Bürgervorsteherwahlen (dabei aber bisweilen fehlende Stadtbezirke) und sogar für die preußischen Abgeordnetenhauswahlen seit 1893 stehen die Listen der Wahlberechtigten zur Verfügung, in denen die Ausübung des Wahlrechts durch Anstreichung eindeutig kenntlich gemacht worden ist. Neben dem Namen und Vornahmen ist stets der nach den Melderegistern ausgeübte Beruf und bei den Listen für die Wahlen zum Preußischen Abgeordnetenhaus und zum Bürgervorsteherkollegium auch das Alter verzeichnet. Die Listen sind nach Straßen und Hausnummern in alphabetischer Reihenfolge der Straßennamen für jeden (Ur-) Wahlbezirk bzw. Stadtbezirk geführt; seit den 1890er Jahren sind bei allen drei zu wählenden Körperschaften die den einzelnen Wahlbezirken zugeordneten Straßen dauernd geändert worden, teils weil durch die Vergrößerung der Stadt eine Umsetzung der Straßen in andere Bezirke notwendig war, um die Zahl der Wahlberechtigten in den einzelnen Bezirken einigermaßen gleich groß zu halten, teils weil die Wahlchancen der „bürgerlichen" Parteien bzw. der Nationalliberalen positiv und die der Sozialdemokratie negativ beeinflußt werden sollten[120]. Die Konsequenz ist freilich, daß eine Auswahl einzelner Wahlbezirke als Stichprobe für eine Untersuchung schichtenspezifischen Wahlverhaltens hinsichtlich Wahlbeteiligung und Parteienpräferenz nicht möglich ist, da es sich niemals um identische örtliche Einheiten handelt. Aus den Wahlberechtigtenlisten, die innerhalb der Wahlbezirke durchnumeriert sind, eine Stichprobe mit Hilfe einer Zufallszahlenauswahl zu ziehen, erwies sich ebenfalls als nicht möglich, da die jeweils an einem Wahlbezirk bei den Reichstagswahlen 1903, 1907 und 1912 zur Kontrolle durchgeführte Vollerhebung Abweichungen von bis zu 10 v.H. gegenüber der aus dem gleichen Wahlbezirk gezogenen Stichprobe ergaben. Nur eine Vollerhebung über alle Wahlen seit 1890 würde eine wirklich zureichende Beantwortung der aufgeworfenen Fragen – einschließlich des besonders wichtigen Vergleichs zwischen Reichstags- und Preußischen Abgeordnetenhauswah-

[119] Vgl. hierzu die vorbildlichen methodischen Bemerkungen bei *Merrith Niebuss*, Arbeiterschaft in Krieg und Inflation. Soziale Schichtung und Lage der Arbeiter in Augsburg und Linz 1910 bis 1925 (Berlin 1985) 30–39.

[120] Vgl. *Witt*, Kommunalpolitik, 226.

len – ermöglichen; dies ist im Rahmen eines Aufsatzes nicht zu leisten, da es sich um bis zu über 15000 Wahlberechtigte handelt.

Ersatzweise ist für jeweils einen Wahlbezirk bei allen Reichstagswahlen seit 1890 eine Vollerhebung durchgeführt worden. Dabei wurde die Entscheidung gefällt, jeweils den Wahlbezirk für die Vollerhebung auszuwählen, der den höchsten Näherungswert an die Wahlbeteiligung und die Stimmenanteile der Parteien im gesamten Stadtgebiet aufwies; für die Reichstagswahlen 1907 und 1912 wurden zusätzlich Vollerhebungen für die Wahlbezirke durchgeführt, die das jeweilige Maximum und Minimum des Stimmenanteils der Sozialdemokratie aufweisen. Das mit verhältnismäßig großem Aufwand erzielte Ergebnis war hinsichtlich der Frage, ob es schichtenspezifische Unterschiede in der Wahlbeteiligung gab[121], eindeutig enttäuschend: Mit Ausnahme der Großkaufleute, Industriellen, Fabrikanten und Direktoren industrieller Unternehmungen, deren Wahlbeteiligung bei allen untersuchten Wahlen um 2–3 v.H. bei der Hauptwahl und bei der Stichwahl um 3–4 v.H. unter dem arithmetischen Mittel für die Stadt lag, und der freien Berufe, wo viel zu geringe absolute Zahlen die tatsächlich großen Abweichungen insignifikant machen, variierte die Wahlbeteiligung der einzelnen sozialen Schichten in der Hauptwahl nur um maximal 1,1 v.H. um den Mittelwert, bei den in absoluten Zahlen am stärksten besetzten Gruppen der Arbeiter/Handwerksgesellen, Beamten sowie selbständigen Handwerker etc. sogar nur um 0,3–0,4 v.H.; bei den Stichwahlen ergaben sich etwas höhere Werte. Insgesamt aber läßt sich formulieren, daß keinerlei signifikante Unterschiede in der Wahlbeteiligung auszumachen waren, daß folglich auch die zwischen 1890 und 1898 leicht rückläufige, dann 1903 sprunghaft gestiegene und 1907 sowie 1912 mit 94,7 bzw. 94,8 v.H. das Maximum erreichende Wahlbeteiligung stets allen sozialen Schichten unter den Wahlberechtigten gleichmäßig zuzuschreiben ist. Damit entfällt aber auch die an sich immer einleuchtend erscheinende Erklärung für Veränderungen der für die einzelnen Parteien abgegebenen Stimmanteile zwischen den einzelnen Wahlen, daß es nämlich

[121] StA Hamburg, 430-4 (Magistrat Harburg), III A 2b–14, 18, 24, 27, 31, 40, 48 (Wahlberechtigtenverzeichnisse der ausgewählten Wahlbezirke). Es wurden folgende Gruppen gebildet:
1. Industrielle, Fabrikanten, Großkaufleute und leitende Angestellte solcher Betriebe;
2. Freie Brufe aller Art und Berufslose;
3. Selbständige Handwerksmeister, Inhaber von Einzelhandelsgeschäften, Gastwirte, Landwirte;
4. Beamte von Reich, Staat, Gemeinde (einschließlich der Lehrer an höheren Schulen und der Arbeiter in den Eisenbahnwerkstätten, da hier häufig nicht zwischen sogenannten Hilfsbeamten und Arbeitern zu trennen war);
5. Lehrer an Volksschulen;
6. Arbeiter der Stadt und der städtischen Eigenbetriebe (einschließlich der Arbeiter der preußischen Wegebauverwaltung);
7. Handlungsgehilfen, Bürogehilfen und sonstige einfache Angestellte;
8. Arbeiter und Handwerksgesellen der Privatwirtschaft.

Bei der Zuordnung zu den einzelnen Gruppen traten bei allen Wahlen nicht unerhebliche Schwierigkeiten auf, und stets war in einer Vielzahl uneindeutiger Fälle eine Gegenkontrolle mit Hilfe des Adreß- und Handbuchs der Stadt, der Wählerverzeichnisse bei den Bürgervorsteherwahlen sowie der Bürgerrechtsverleihungsakten notwendig, ohne daß alle Zweifelsfälle wirklich eindeutig geklärt werden konnten. Die beiden 1912 ausgewählten Wahlbezirke entsprechen den in Anm. 19 erwähnten.

der oder jener Partei besser oder schlechter gelungen sei, ihre potentiellen Anhänger zu mobilisieren. Für den Harburger Fall bedeutet dies konkret: Die Stagnation, die die Sozialdemokratie bei den Wahlen zwischen 1893 und 1903 erlebte, als sie bei rd. 55,5 bis 56,5 v.H. aller Wahlberechtigten verharrte und andererseits die vereinigten bürgerlichen Parteien ihren Anteil von 33,3 v.H. wieder auf 37,2 v.H. erhöhen konnten, läßt sich nicht auf eine mangelhafte Mobilisierung ihrer als „natürlich" angesehenen Klientel von Arbeitern und kleinen Angestellten zurückführen und umgekehrt der relative Erfolg der „bürgerlichen" Parteien nicht auf eine bessere Mobilisierung anderer sozialer Schichten. Damit ist natürlich noch nichts darüber ausgesagt, ob nicht trotz einer sozialschichtenmäßig relativ gleichförmigen Bewegung der Wahlbeteiligung große Umschichtungen in der Wahlentscheidung stattgefunden haben. Würde man diese Möglichkeit von vornherein ausschließen, ließen sich die Veränderungen in den konkret durch die einzelnen Parteien errungenen Stimmenanteilen überhaupt nicht erklären.

In Harburg kandidierten bei den Reichstagswahlen seit 1890 nur die Welfen und die Sozialdemokraten ständig, die Nationalliberalen 1890, 1898, 1903 und 1912, die Linksliberalen 1890 und 1893 sowie 1907 und 1912, die Freikonservativen 1893, 1907 und 1912; dazu traten bei jeder Wahl Einzelbewerber, bisweilen auch BdL- und polnische (Zentrums-)Kandidaten auf, die aber wegen ihres maximal 1,3 v.H. der abgegebenen Stimmen betragenden Anteils im Folgenden außer Betracht bleiben sollen. Bis einschließlich der Reichstagswahl 1907 ist ferner zu berücksichtigen, daß das alternative Auftreten von nationalliberalen und Freikonservativen auf einer Wahlabsprache zwischen diesen beiden Parteien beruhte, während 1912 das Auftreten von Freikonservativen und Nationalliberalen sowie Linksliberalen (diese schon wieder seit 1907) das Ende einer Einheitsfrontpolitik gegen die Sozialdemokratie markiert, das einmal durch die schwarz-blaue Blockpolitik im Reich, zum andern aber durch wahlkreisspezifische Gegensätze zwischen Freikonservativen und Nationalliberalen und durch Animositäten innerhalb der die Kommunalpolitik beherrschenden, offiziell nicht parteigebundenen, tatsächlich aber von den Nationalliberalen dominierten „Bürgervereine" hervorgerufen worden war[122]. Da ein erkennbarer Einfluß weder bei der Haupt- noch bei der Stichwahl auf die Wahlbeteiligung der einzelnen sozialen Schichten (mit Ausnahme der Industriellen, Großkaufleute etc.) davon ausgegangen ist, ob sich das ganze oder nur ein verengtes Spektrum der bürgerlichen Parteien als Alternative zur Sozialdemokratie angeboten hat, scheidet als Erklärung für die etwas erratisch erscheinende Reihe der konkreten Wahlergebnisse für die Sozialdemokratie die immerhin interessante Möglichkeit aus, sie darauf zurückzuführen, daß in manchen Wahlen für viele Wähler die Partei ihrer ersten Präferenz nicht kandidierte und sie dann in zweiter Präferenz nicht einer anderen bürgerlichen Partei, sondern der Sozialdemokratie ihre Stimme gaben. Die einfachste, aber überhaupt nicht überzeugende Erklärung wäre es, den Rückgang der für die Welfen abgegebenen Stimmen, zwischen 1890 und 1912 immerhin 9,2 v.H. der abgegebenen Stimmen oder 8,0 v.H. aller Wahlberechtigten, als Gewinne der Sozialdemokratie zu interpretieren und dabei dann auch noch davon

[122] Vgl. *Witt,* Kommunalpolitik 234f.

auszugehen, daß die Welfen ihre ursprünglich starke Klientel bei Arbeitern und Handwerksgesellen verloren und zu einer rein „bürgerlichen" Partei wurden. Solche Vermutungen lassen sich schon deswegen nicht mit Tatsachen begründen, weil, um nur ein Beispiel zu nennen, zwar der Anteil der Welfen zwischen 1898 und 1903 an den abgegebenen Stimmen um 1,7 v.H. und an den Wahlberechtigten um 0,9 v.H. zurückging, aber der Anteil der Sozialdemokratie an beiden Meßziffern nicht wuchs, sondern sich ebenfalls um 5,6 bzw. 1,0 v.H. verminderte[123]. Es gibt vielmehr keinen Zweifel daran, daß das Wachstum der Sozialdemokratie über den Gesamtzeitraum 1890 bis 1912, wie aber auch die zwischenzeitlich auftretenden Rückschläge bei den Wahlen 1903 weder auf Veränderungen in der Wahlbeteiligung noch auf Gewinne von oder Verluste an nur eine der als Mitkonkurrenten auftretenden bürgerlichen Parteien zurückgeführt werden können, sondern der Austausch mit allen beteiligten Parteien stattgefunden hat und daran wegen der parallelen Entwicklung der Wahlbeteiligung in allen sozialen Schichten auch ein zwischen den einzelnen Wahlen stattfindender Wechsel in der parteipolitischen Präferenz von Angehörigen aller sozialen Schichten beteiligt war. Oder anders formuliert: Auch Arbeiter, die zwischen 1890 und 1912 erstmals an die Wahlurne gingen, können in keinem Fall schon bei ihrer ersten Beteiligung an Wahlen vollzählig für die Sozialdemokratie gestimmt haben.

Die Ausschaltung dieser Erklärungsmöglichkeiten war notwendig, ehe an eine Interpretation der an den Beispielswahlbezirken gewonnenen Ergebnisse gegangen werden konnte. Was die Sozialschichtung von Wahlberechtigten und Wählern angeht, weisen die ausgewählten Wahlbezirke mit dem höchsten Näherungswert zum gesamtstädtischen Wahlergebnis über den gesamten Beobachtungszeitraum von 1890 bis 1912 ein fast statisch zu nennendes Bild auf: Der Anteil von Industriellen, Fabrikanten, Großkaufleuten und Direktoren betrug zwischen 3,35 und 3,92 v.H.; der Anteil der freien Berufe zwischen 0,61 und 1,03 v.H. (wegen der absoluten Zahlen von nur vier bis sieben ohnehin insignifikant); der Anteil der selbständigen Handwerksmeister, Kleinhändler, Gast- und Landwirte zwischen 11,14 und 10,76 v.H.; der Anteil der Beamten von Reich, Staat und Gemeinde (einschließlich der nicht immer klar von den Hilfsbeamten trennbaren Arbeiter der Eisenbahnwerkstätten) zwischen 11,61 und 12,35 v.H.; der Anteil der Volksschullehrer zwischen 1,35 und 1,50 v.H. und der Anteil der Arbeiter der kommunalen Eigenbetriebe und der Stadt zwischen 1,12 und 1,55 v.H.; der Anteil der Angestellten betrug zwischen 4,50 und 7,10 v.H. und der der Arbeiter und Handwerksgesellen zwischen 65,12 und 62,04 – bei den beiden letzten Gruppen sind jeweils die Werte von 1890 zuerst, die von 1912 zuletzt genannt. Auch wenn der Rückgang des Anteils der Arbeiter der Privatwirtschaft um gut 3,0 v.H. und das Anwachsen des Anteils der Angestellten um 2,6 v.H. bedeutsam zu sein scheint, ausgedrückt in absoluten Zahlen handelt es sich noch immer um so kleine Werte, daß diesen Veränderungen wenig Signifikanz beigemessen werden kann. Unlösbar ist bisher die viel interessantere Frage, ob es innerhalb der Gruppe der Arbeiter und Handwerksgesellen signifikante Umschichtungen gegeben hat, da bisher nicht herausgefunden werden konnte, was diese Berufsbezeichnungen im einzelnen eigentlich heißen;

[123] Vgl. Tabellen 10 und 11.

natürlich ist deutlich, daß weder jeder als „Arbeiter" bezeichnete etwa in einer Fabrik oder einem anderen Großbetrieb des Handels oder der Baubranche tätig war noch jeder als Handwerksgeselle bezeichnete in einem Handwerksbetrieb, aber wie die Verhältnisse im einzelnen aussahen und ob sich über den Beobachtungszeitraum etwa große Veränderungen ergaben, läßt sich bisher nicht klären.

Auf der anderen Seite ist folgendes Bild eindeutig: Zwischen 15–16 v.H. aller Wahlberechtigten und Wähler in den ausgewählten Wahlbezirken hatten eine selbständige Stellung, zwischen 14 und etwas über 15 v.H. waren Angehörige des „öffentlichen Dienstes", und ca. 69,5 v.H. waren Arbeiter und kleine Angestellte. Geht man von der These aus, daß die Sozialdemokratie eine Arbeiterpartei war – und sonst nichts –, dann wäre von den Wahlergebnissen in den ausgewählten Bezirken ausgehend zum erstenmal 1907 der Zustand erreicht gewesen, daß praktisch alle Arbeiter und Handwerksgesellen die Sozialdemokratie wählten, und 1912 wären dann auch die Stimmen der kleinen Angestellten zum größeren Teil der Sozialdemokratie zugefallen. Wie schon aus der Analyse der Mitgliedschaft der Sozialdemokratie selber hervorgeht[124], ist diese These unhaltbar; dazu gibt es einige andere Beobachtungen wie etwa die Unterstützung, die die welfische Partei bei Arbeitern fand, oder die Tatsache, daß ein erstaunlich hoher Prozentsatz von Arbeitern Eigentümer von (Miets-)Häusern war[125], die dazu zwingen, davon auszugehen, daß ein nicht unerheblicher Anteil von Arbeitern und Handwerksgesellen für die Sozialdemokratie unerreichbar blieb. Die logische Konsequenz daraus ist, daß schon bei den Wahlen 1890 ein Teil der für die Sozialdemokratie abgegebenen Stimmen aus „nichtproletarischen" Schichten stammte und daß dieser Anteil bis 1912 kontinuierlich zugenommen hat. Ohne die hier nicht durchführbaren Vollerhebungen und Quervergleiche mit den Preußischen Abgeordnetenhaus- und den Bürgervorsteherwahlen läßt sich freilich noch nicht erschließen, ob das Eindringen der Sozialdemokratie eher bei den Angehörigen des „öffentlichen Dienstes" oder beim „alten" Mittelstand erfolgte; nur eines ist sicher, in der Arbeiterstadt Harburg wählten am Ende des Kaiserreichs längst nicht nur Arbeiter sozialdemokratisch[126].

[124] Vgl. o. S. 280ff.

[125] Vgl. o. S. 297f. und *Peter-Christian Witt,* Die Wohnverhältnisse der Arbeiter, Angestellten und Unterbeamten der Stadt Harburg am Beginn des 20. Jahrhunderts, in: *Wilhelm Treue* (Hrsg.), Geschichte als Aufgabe. Festschrift für Otto Büsch (Berlin 1988) 626 (Tabelle 8); die dort gefundenen Ergebnisse fanden eine volle Bestätigung, als die Wohnverhältnisse der sozialdemokratischen Wahlmännerkandidaten 1913 (vgl. Tabelle 4) überprüft wurden; von 226 wohnten 31 (= 13,7 v.H.) in Mietshäusern, als deren Eigentümer nach dem „Adreß- und Handbuch" „Arbeiter" und Handwerksgesellen angegeben waren.

[126] Die kontrollierenden Erhebungen in den beiden Wahlbezirken mit dem jeweils höchsten und niedrigsten Anteil der für die Sozialdemokratie abgegebenen Stimmen bei den Reichstagswahlen 1907 und 1912 bestätigen diese Trendaussage eindeutig: In beiden Fällen lag der Anteil der wählenden Arbeiter und Angestellten deutlich unter dem Anteil der von der Sozialdemokratie gewonnenen Stimmen.

Karl Rohe

Die Ruhrgebietssozialdemokratie im Wilhelminischen Kaiserreich und ihr politischer und kultureller Kontext

1. Regionale politische Traditionen und die Ausbildung eines regionalspezifischen Parteiensystems in den 1870er Jahren

Für Entwicklung und Charakter der Ruhrgebietssozialdemokratie war es von entscheidender Bedeutung, daß sich in den frühen 1870er Jahren an der Ruhr ein regionales Parteiensystem auskristallisiert hatte, das sich entlang der Konfessionslinie gruppierte. Im Kern lag dem Parteiensystem ein politisches Zweilagersystem zugrunde, auch wenn es hin und wieder politische Bündnisse gab, die die Lagergrenzen transzendierten, so beispielsweise Wahlabsprachen zwischen Zentrum und Fortschritt/Freisinn gegen die Nationalliberalen bei den Reichstagswahlen der Jahre 1884 und 1887 in den Reichstagswahlkreisen Arnsberg 5 (Bochum) und Arnsberg 6 (Dortmund). Gleichwohl kann kein Zweifel daran bestehen, daß es die religiös-kulturelle Grenze zwischen den beiden Konfessionen war, die die Hauptspannungslinie bildete und lange Zeit die politische Konstellation an der Ruhr bestimmte.

Ermöglichungsvoraussetzung dafür war selbstverständlich eine vergleichsweise ausgewogene Konfessionsstruktur; und in der Tat stellte in allen vier Wahlkreisen, die das „engere Ruhrgebiet"[1] ausmachen, die Reichstagswahlkreise Arnsberg 5 (Bochum) und 6 (Dortmund) und Düsseldorf 5 (Essen) und 6 (Duisburg), die zahlenmäßig unterlegene Konfession eine politisch relevante Minderheit von mindestens 30% der Wohnbevölkerung dar. Gleichwohl war die Ausbildung eines konfessionell verankerten politischen Zweilagersystems alles andere als ein „naturwüchsiger" Prozeß. In anderen Regionen kam es bei ähnlichen Ausgangslagen zu ganz anderen Resultaten, und auch in der Ruhrgebietsgesellschaft steckte das Potential für andere politische Entwicklungen. Bei den Wahlen zum Norddeutschen Reichstag hat es noch so ausgesehen, als ob der Gegensatz zwischen stärker urban verankerten Liberalen und stärker dörflich-ländlich fundierten Konservativen und nicht der Gegensatz zwischen den Konfessionen die politische Gesellschaft des Ruhrgebiets für die absehbare Zukunft strukturieren würde und daß, wenn überhaupt, es die Sozialisten sein würden, die dieses Muster aufbrechen könnten. Denn im westlichen Ruhrgebiet, in den beiden Wahl-

[1] Das „engere Ruhrgebiet" wurde auch von zeitgenössischen Kommentatoren bereits mit den hier genannten Wahlkreisen gleichgesetzt. Vgl. z.B. Essener Arbeiterzeitung vom 21. 5. 1913. Wenn im folgenden vom Ruhrgebiet gesprochen wird, sind stets, wenn nicht anderes ausdrücklich gesagt wird, diese vier Reichstagswahlkreise gemeint.

kreisen Essen und Duisburg, hatten die Lassalleaner spektakuläre Achtungserfolge erzielt und bei einer Nachwahl im Wahlkreis Duisburg hatte Hasenclever für sie sogar das Mandat errungen[2]. Wie sich jedoch sehr bald herausstellte, handelte es sich um einen sozialistischen Frühling, dem kein sozialistischer Sommer an der Ruhr folgte. Warum?

Es ist zwar im Prinzip richtig, wie oft betont wird[3], daß der Streit zwischen „Lassalleanern" und „Eisenachern" die Entwicklung einer schlagkräftigen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung im westlichen Ruhrgebiet behinderte, und des weiteren ist einzuräumen, daß das Sozialistengesetz und die damit verbundenen Verfolgungen den regionalen Aufstieg der Sozialdemokratie in der Tat verlangsamten, wohl nicht so sehr, weil die Unterdrückung an der Ruhr besonders schroff war[4], sondern vor allem deshalb, weil das Sozialistengesetz die Partei hier zu einem für sie denkbar ungünstigen Zeitpunkt traf; es hatte sich bis dato weder ein in sich ruhendes Arbeitermilieu noch ein Arbeiterbewegungsmilieu auskristallisieren können. Gleichzeitig ist jedoch zu betonen, daß die Ruhrgebietssozialdemokratie, bevor sie überhaupt zu einem Opfer des Sozialistengesetzes werden konnte, bereits zu einem Opfer des politischen Katholizismus und der mit seinem Aufstieg verbundenen Auskristallisierung des regionalen Parteiensystems entlang der Konfessionslinie geworden war.

Es ist hier nicht der Ort, die Gründe für den auch in regional vergleichender Perspektive erstaunlichen Mobilisierungserfolg des Zentrums in dieser Industrieregion, die noch 1848/1849, anders als andere Teile des Rheinlands und Westfalens wie der Kölner oder der Aachener Raum, keinen politischen Katholizismus hervorgebracht hatte[5], ausführlich zu thematisieren. Nur so viel sei gesagt: Wesentliche Grundlagen wurden in den zwei Jahrzehnten nach der Jahrhundertmitte gelegt, in denen das Ruhrgebiet als einheitlicher Wirtschaftsraum von internationaler Bedeutung entstand. Der Katholizismus in der Region wuchs nicht nur quantitativ von 38% der Ruhrgebietsbevölkerung im Jahre 1849 auf 47,8% im Jahre 1871, sondern auch qualitativ, d.h. er erlebte gleichzeitig auch eine religiöse Erneuerung, die zu neuen religiösen Ausdrucksformen, zu neuen Formen des Vereinslebens und zu einer stärkeren Kirchenbindung führte. In diesem Zeitraum gelang es der katholischen Kirche, die vor allem aus den Provinzen Rheinland und Westfalen in die neue Industrieregion strö-

[2] Ausführlicher zum Folgenden vgl. *Karl Rohe* (unter Mitarbeit von *Wolfgang Jäger* und *Uwe Dorow*), Politische Gesellschaft und politische Kultur im Ruhrgebiet 1848–1987, in: *Dietmar Petzina* (u.a. Hrsg.), Das Ruhrgebiet im Industriezeitalter, Bd. 2, erscheint 1990. Aus Platzgründen kann im folgenden nur die wichtigste Literatur genannt werden.

[3] Für Essen vgl. vor allem *Paul Möllers*, Die politischen Strömungen im Reichstagswahlkreis Essen zur Zeit der Reichsgründung und des Kulturkampfes (1867–1878) (Diss. Bonn 1955) 133 ff.; für Duisburg vgl. *Ludger Heid*, Von der Zunft zur Arbeiterpartei. Die Socialdemokratie in Duisburg 1848–1878 (Duisburg 1983) 190 ff.

[4] *Horst Lademacher*, Wirtschaft, Arbeiterschaft und Arbeiterorganisation in der Rheinprovinz am Vorabend des Sozialistengesetzes 1878, in: AFS 15 (1975) 100.

[5] *Konrad Repgen*, Märzbewegung und Maiwahlen des Revolutionsjahres 1848 im Rheinland (Bonn 1955) 102 ff.

menden katholischen Arbeiter in ihre Pfarrgemeinden fest zu integrieren[6]. Der letzte Aspekt ist von zentraler Bedeutung. Wie die Entwicklungen um die Jahrhundertwende zeigen sollten, sind katholische Konfession und traditionelle Orientierungen allein noch kein Hinderungsgrund, politisch für die Sozialdemokratie zu votieren. Es war erst die Kombination von traditionaler Wertorientierung und religiös-sozialer Integration, wie sie in den Jahrzehnten nach 1850 erfolgte, die die historische Ermöglichungsvoraussetzung für den rasanten politischen Durchbruch des Katholizismus im Ruhrgebiet in den frühen 1870er Jahren darstellt.

Voraussetzungen sind Chancen, die genutzt werden müssen. In der Gesellschaft angelegte Gegensätze oder Unterschiede, sei es der Konfession, der Region, der Klasse oder der Ethnie, sind in den seltensten Fällen politische Selbstläufer, sondern auf politische Mobilisierung angewiesen, wenn sich eine dauerhafte politische Hauptspannungslinie ergeben soll. Ein politisches Cleavage ist also kein bloßes Naturprodukt, sondern stets ein politisches Kunstprodukt, das überdies der ständigen politischen Pflege bedarf. Und dafür bedarf es nicht nur dazu befähigter und dazu bereiter politischer Eliten, sondern auch politischer Vermittlungsmechanismen, mag es sich dabei um lokale Honoratioren, um Zeitungen, um Vereine oder Organisationen handeln.

All das stand dem regionalen Katholizismus von Anfang an in einer von den politischen Gegnern oft beneideten Vielfalt zur Verfügung. Der Ruhrgebietskatholizismus besaß nicht nur ein reich entfaltetes Vereinswesen, sondern in seinem volksnahen Klerus, der in der Regel den gleichen bäuerlich-dörflichen Hintergrund hatte wie die Einwanderer und deshalb als Interpret ihrer Lagen und Bedürfnisse einen gleichsam natürlichen Vertrauensvorschuß besaß, auch ein effektives Netzwerk von lokalen Eliten, dessen Bedeutung kaum überschätzt werden kann. Denn in parochialen Kontexten zählt nicht nur der Inhalt einer Botschaft, sondern stets auch, wer sie verkündet. Damit soll nicht die Bedeutung des sozialen Katholizismus und der durch ihn übermittelten gesellschaftlichen Interpretationsangebote für die politische Selbstbehauptung des Zentrums in dieser Region heruntergespielt werden. Der soziale Katholizismus, der seinen ersten institutionellen Ausdruck in der christlich-sozialen Arbeiterbewegung im Essener Raum fand[7], später dann vor allem in den christlichen Gewerkschaften[8] und in den vom Volksverein für das katholische Deutschland unterhaltenen „Volksbüros" mit ihrer basisnahen und praxisnahen Sozialarbeit[9], war und blieb von

[6] Vgl. *Jonathan Sperber,* Popular Catholicism in 19 Century Germany (Princeton 1984); *ders.,* The Shaping of Political Catholicism in the Ruhr Basin 1848–1881, in: Central European History 16 (1983) 347–367.

[7] *Klaus Tenfelde,* Sozialgeschichte der Bergarbeiterschaft an der Ruhr im 19. Jahrhundert (Bonn ²1981) 464 ff.

[8] *Ders.,* Heinrich Imbusch. Einführung in Leben und Werk, in: *Heinrich Imbusch,* Arbeitsverhältnisse und Arbeiterorganisationen im deutschen Bergbau. Eine geschichtliche Darstellung (Neudruck Berlin und Bonn 1980) Einleitung. *Michael Schneider,* Die Christlichen Gewerkschaften 1894–1933 (Bonn 1982).

[9] Zum Volksbüro in Essen detailliert und farbig: *Frank Bajohr,* Zwischen Krupp und Kommune. Sozialdemokratie, Arbeiterschaft und Stadtverwaltung in Essen vor dem Ersten Weltkrieg (Essen 1988) 31 ff.

großer Bedeutung. Nur darf dabei nicht übersehen werden, daß der soziale Katholizismus nicht in einem luftleeren Raum existierte und für seine Organisations- und Mobilisierungserfolge in aller Regel zur Voraussetzung hatte, daß eine religiöse und soziale Integration in das katholische Milieu bereits erfolgt war.

Es war also der regionale Durchbruch des politischen Katholizismus in den frühen 1870er Jahren, der das regionale Parteiensystem neu strukturierte, aber es war der Nationalliberalismus, der davon letztlich am meisten profitierte. Denn die politische Etablierung eines katholischen Lagers führte zu einer völligen politischen Neuformation der nichtkatholischen Bevölkerungskreise; und mittelfristig gesehen waren es im Ruhrgebiet allenthalben die Nationalliberalen, im östlichen Ruhrgebiet freilich mit einiger Verzögerung und zunächst noch im verhüllten Gewande der liberalen Splittergruppe Löwe/Berger, die zum eigentlichen politischen Ausdruck des evangelischen, bürgerlichen und/oder nationalen Lagers in der Region wurden.

Die Vielzahl der Termini deutet die Schwierigkeiten an, dieses Lager angemessen zu benennen. Es bedürfte dazu im Grunde eines eigenen Beitrags. Verkürzt läßt sich sagen, daß in diesem Lager von Anfang an sowohl evangelisch-kirchliche als auch säkularistische, sowohl konservative als auch liberale Strömungen vereint waren. Das wird sehr gut deutlich, wenn man die Reichstagswahlen der Jahre 1867 und 1871 auf lokaler und sublokaler Ebene miteinander vergleicht. Aus konservativen Hochburgen des Jahres 1867 auf protestantischer Grundlage sind im Jahre 1871 liberale Hochburgen geworden, und zwar ganz unabhängig von der Tatsache, ob für das protestantisch-nationale Lager ein nationalliberaler oder ein fortschrittlicher Kandidat antritt. Umgekehrt werden einige überwiegend katholische Orte, in denen 1867 die Fortschrittspartei stärker gewesen war als die Konservativen, im Jahre 1871 allenthalben zu liberalen Diasporaorten[10].

Die Fälle zeigen, wie vergleichsweise irrelevant die Parteizugehörigkeit des jeweiligen Kandidaten war, der für das Nationale Lager antrat. Im Wahlkreis Düsseldorf 5 (Essen), in dem der regionale politische Katholizismus seine Hochburg besaß, war das besonders deutlich, da hier der Kandidat des Nationalen Lagers, wie es hier in aller Regel hieß[11], je nach Umständen mal als Nationalliberaler, Deutschkonservativer, Freikonservativer oder auch unter Phantasiebezeichnungen wie „Nationale Arbeiterpartei" – so bei der Reichstagswahl 1890 – antrat. Andererseits deutet jedoch die parteipolitische Vielfalt bereits die innere Heterogenität und die Spannungen an, die von Anfang an innerhalb dieses Lagers vorhanden waren.

Gewiß waren nach 1870/71 allesamt gut „bismarckisch" gesinnt, sowohl die Beamtenschaft und die protestantische Geistlichkeit, die den Konservatismus, als auch die Freiberufler und das Wirtschaftsbürgertum, die einst den Liberalismus in der Region

[10] *Sperber,* The Shaping, 358.

[11] Der Name „Nationales Lager" war vor allem im Essener Raum gebräuchlich, wo der Nationalliberalismus nicht so eindeutig dominierte wie in den anderen drei Ruhrgebietswahlkreisen, weil hier über Krupp, freilich nicht allein über Krupp, auch konservative Tendenzen stärker in Erscheinung traten. Gleiche oder ähnliche Wendungen zur Bezeichnung des Bürgerlichen Lagers tauchen jedoch auch in den anderen drei Ruhrgebietswahlkreisen auf, in denen der Nationalliberalismus eindeutig dominierte.

auf der Elitenebene getragen hatten. Die einst scharfen Gegensätze und Unterschiede waren nach der Reichsgründung zwar abgemildert, aber nicht völlig verschwunden. Politisch gesehen war also das Nationale Lager und sein maßgebender politischer Exponent in der Region, der Nationalliberalismus, eine Koalition von liberalen und konservativen Strömungen, die auch nach 1870/71 noch in ihrer Unterschiedlichkeit erkennbar blieben; sozial gesehen war er eine Koalition von protestantischem Bürgertum, einschließlich des alten und des neuen Mittelstandes, und von betont evangelisch-kirchlich und/oder national gesinnten und darüber hinaus von großbetrieblich attachierten Kreisen der Arbeiterschaft.

Auch das Katholische Lager war nicht frei von Spannungen, die 1877 im Wahlkreis Essen ihre exemplarische Verdichtung erfuhren, als zwei katholische Kandidaten gegeneinander antraten und der Kandidat der christlich-sozialen Arbeiterschaft den offiziellen Zentrumskandidaten knapp aus dem Felde schlug[12]. Es gab aber trotz aller internen Spannungen und Differenzierungen so etwas wie ein katholisches Milieu als tragende Grundlage dieses Lagers. Eben davon kann in gleicher Weise mit Blick auf das Nationale Lager nicht gesprochen werden. Es war im Kern nichts anderes als ein Sammelbecken all jener Kräfte in der Region, die sich vorbehaltlos mit „Kaiser und Reich" identifizierten und gleichsam unmittelbar in der „Nation" lebten.

Trotz aller internen Gegensätze besaß das Zweilagersystem ohne Zweifel eine breite kulturelle Verankerung in der Region. Das wird nicht zuletzt indirekt auch daran deutlich, daß die Wahlbeteiligung in der Zeit des Sozialistengesetzes erstaunlich hoch war. Die Ruhrarbeiterschaft ging zur Wahl und votierte für das Katholische oder Nationale Lager, gleichgültig, ob nun ein sozialdemokratischer Kandidat zur Auswahl stand oder nicht. Diese hohe Wahlbeteiligung zeigt, obwohl es „Wahlterror" und sozialen Druck ohne Zweifel gab, daß das Cleavage-System, das als Matrix hinter dem regionalen Parteiensystem stand, für die arbeitende Bevölkerung an der Ruhr einen politischen Sinn ergab. Dazu trug die Tatsache bei, daß der konfessionell verankerte politische Gegensatz durch einige zusätzliche Konfliktdimensionen angereichert war. Der konfessionelle Konflikt besaß bis zu einem gewissen Grade auch eine kulturelle und eine soziale, teilweise auch eine regionale Dimension. Katholizismus oder wie es in zeitgenössischer Terminologie zumeist hieß: „Klerikalismus" und „Ultramontanismus" standen aus der Sicht der nichtkatholischen Kreise stets auch für Traditionalismus, Rückständigkeit und Fortschrittsfeindlichkeit. Hinzu kam, daß der politische Katholizismus in der Region in den 1870er und 1880er Jahren die Rolle übernahm, den Protest der arbeitenden Bevölkerung lautstark zu artikulieren und deshalb zeitweilig von der Unternehmerschaft als gefährlicher als der Sozialismus angesehen wurde. Der Konfessionskonflikt trug mithin auch gewisse Züge des Klassenkonfliktes. Wahlstatistisch wurde das unter anderem daran sichtbar, daß die Potentialausnutzung des Zentrums in den 1870er und 1880er Jahren in einigen Orten deutlich über der 100%-Grenze lag. Und schließlich und endlich ist zu berücksichtigen, daß das Zen-

[12] *Möllers*, Reichstagswahlkreis Essen, 292 ff.

trum zumindest im rheinischen Teil des Ruhrgebietes, weniger allerdings im westfälischen Teil, Züge einer anti-preußischen Protestpartei besaß[13].

Nicht nur die Mehrdimensionalität der Konfliktstruktur, sondern auch die vorzügliche infrastrukturelle Grundausstattung beider Lager auf der Ebene der politischen Vermittlungsmechanismen trug zur Stabilisierung der politischen Hauptspannungslinie bei. Noch 1904 mußte der sozialdemokratische Delegierte Becker aus Dortmund auf dem Bremer Parteitag gestehen: „Unser Kampf gegen das blaue und schwarze Pfaffentum ist schwer, besonders gegen die katholische Kirche mit ihren zahllosen Organisationen, ihnen haben wir nichts Ähnliches entgegenzusetzen."[14] Hinzu kamen außerkirchliche Vermittlungsmechanismen, von den Kriegervereinen über die großbetriebliche Sozialpolitik bis hin zu den „gelben Gewerkschaften". Vergegenwärtigt man sich diesen Traditionshintergrund und diesen politischen und organisatorischen Kontext, dann empfiehlt es sich in der Tat, die naheliegende Fragestellung nach der „Verspätung" der Sozialdemokratie im Ruhrgebiet[15] umzukehren und statt dessen zu fragen, auf welche Weise es der Sozialdemokratie gelang, in diese regionale Gesellschaft mit einer politisch bereits hoch mobilisierten Industriearbeiterschaft überhaupt einzudringen. Oder genauer: wie erklärt sich, daß die Sozialdemokratie, die in den 1870er und 1880er Jahren über den Status einer vor allem in den Städten, in einigen Fällen freilich auch schon in Bergarbeiterdörfern, verankerten Splitterpartei niemals hinausgelangte, in den beiden letzten Jahrzehnten nicht nur stärker wurde – das war nach der Nichtverlängerung des Sozialistengesetzes in gewissem Umfang zu erwarten gewesen –, sondern fast explosionsartig zu einer regionalen Massenbewegung anwuchs?

2. Sozialkulturelle Grundlagen und politischer Charakter der Ruhrgebietssozialdemokratie zwischen 1890 und 1914

Sucht man eine bündige Antwort auf die oben gestellte Frage, die sich nicht in Einzelheiten verliert, sondern auf die wesentlichen Ursachen konzentriert, dann wird man zwei Faktoren nennen müssen: der erste Faktor wird am besten durch den großen Bergarbeiterstreik von 1889 symbolisiert, der zweite heißt Masseneinwanderung. An zahlreichen Beispielen, vor allem aus dem Dortmunder und Wittener Raum, läßt sich zeigen, wie Dörfer und Ortsteile, die 1887 noch oft weit über 50% liberal gewählt hatten, bei der Reichstagswahl 1890 fast geschlossen zur Sozialdemokratie überschwenkten. In der Regel handelte es sich dabei um Bergarbeiterorte; und eben das deutet darauf hin, daß es nicht zuletzt der große Bergarbeiterstreik ist, der zu einem Vertrauens-

[13] Vgl. dazu auch: Die Arbeiterbewegung im Ruhrgebiet. Eine Gabe an den Parteitag 1907 vom Sozialdemokratischen Verein Kreis Essen (Dortmund 1907, neu herausgegeben von *Walter Wehner*, Essen 1981) 9ff.

[14] Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Bremen 1904, Berlin 1904) 162.

[15] So *Karl Rohe*, Die „verspätete" Region. Thesen und Hypothesen zur Wahlentwicklung im Ruhrgebiet vor 1914, in: *Peter Steinbach* (Hrsg.), Probleme politischer Partizipation im Modernisierungsprozeß (Stuttgart 1982) 231–252.

verlust führt und ein politisches Realignment auslöst. Es handelt sich freilich nicht nur um Bergarbeiterorte, sondern teilweise auch um Orte bzw. Ortsteile, in denen überwiegend in der Metallindustrie Beschäftigte wohnten. Deshalb empfiehlt es sich, stärker zu abstrahieren und allgemeiner von einer Erosion der Grundlagen des traditionellen „Betriebspatriarchalismus" zu sprechen, die im Bergbau 1889 definitiv erfolgte, die aber grundsätzlich auch den Bereich der Metallindustrie erfaßte[16], auch wenn bis zum Ende des Kaiserreiches die Metallarbeiterschaft, im Unterschied zur Bergarbeiterschaft, ein wichtiges politisches Reservoir des Nationalen Lagers blieb[17]. Zu dieser Erosion trugen unterschiedliche Faktoren bei, nicht zuletzt auch ökonomische Faktoren, aber auch Vorfälle wie der „Krupp-Capri-Skandal" des Jahres 1902[18], der moralische Fundamente des „Patriarchalismus" tangierte und im Essener Raum sichtbare wahlpolitische Konsequenzen zeitigte[19].

Die bisher geschilderten politischen Veränderungen lassen sich als Realignment-Prozesse im engeren Sinne interpretieren, d.h.: Wähler, die bis dato „bürgerlich" gewählt hatten, kündigten über Nacht die politische Gefolgschaft auf und wählten fortan sozialdemokratisch. Davon qualitativ zu unterscheiden sind Prozesse, die für den Durchbruch der Sozialdemokratie zu einer Massenbewegung letztlich von größerer Bedeutung waren, nämlich die Masseneinwanderungen von zumeist unterbäuerlichen Schichten aus den Ostprovinzen des Deutschen Reiches im Jahrzehnt um die Jahrhundertwende. Gewiß haben viele Einwanderer auch andere Parteien als die SPD gewählt. Die Polenpartei sammelte nach 1900 die polnischen Einwanderer, und die Nationalliberalen bauten ein Klientelverhältnis zu den Masuren auf. Daß es jedoch die Neueinwanderer sind, ohne die der regionale Durchbruch der Sozialdemokratie zu einer politischen Massenbewegung nicht vorstellbar ist, daran lassen nicht nur die statistischen Zusammenhänge auf der lokalen und sublokalen Ebene keinen Zweifel, sondern darüber geben auch Selbstzeugnisse führender Sozialdemokraten Aufschluß. So merkte der sozialdemokratische Parteisekretär Max König aus Dortmund 1906 an: „Gerade in den Orten, wo die eingeborene Bevölkerung vorherrscht, ist es für uns am schwierigsten, etwas zu machen. Wo aber fremde Elemente zugezogen sind, da ist mit Leichtigkeit viel zu erreichen."[20] Ähnlich die Befunde im westlichen Ruhrgebiet. Nicht zufällig war der Segeroth, der nicht so sehr das Armenviertel als vielmehr das Einwandererviertel der Stadt Essen war, auch die sozialdemokratische Hochburg im Raum Essen[21].

Das Vordringen der Sozialdemokratie im Ruhrgebiet vollzog sich nicht gleichmäßig und flächendeckend, sondern besitzt ein deutlich erkennbares konfessionelles, soziales

[16] Vgl. u.a. *David F. Crew*, Bochum. Sozialgeschichte einer Industriestadt 1860–1914 (Frankfurt/M. u.a. 1980) 157ff.
[17] Ebd., 171ff.
[18] Zum Krupp-Skandal vgl. *Alex Hall*, Scandal, Sensation and Social Democracy (Cambridge 1977) 176ff.
[19] Zu den Folgen des Krupp-Skandals für das Wahlverhalten in Essen vgl. *Bajohr*, Zwischen Krupp und Kommune, 63ff.
[20] Zit. nach *Hermann Buschfort*, Zwischen Sultane und roten Fahnen. Die Geschichte der Bocholter SPD (Essen 1986) 45.
[21] Vgl. dazu *Bajohr*, Zwischen Krupp und Kommune, 88.

und raumzeitliches Muster. In den 1890er Jahren ist es vor allem das östliche Ruhrgebiet und dort vor allem der Dortmunder und Wittener Raum, in dem die SPD spektakuläre Erfolge erzielt, während sie im westlichen Ruhrgebiet nur sehr zögerlich vorankommt. Nicht zufällig ist es dann auch der Reichstagswahlkreis Arnsberg 6 (Dortmund), in dem die Sozialdemokratie bei einer Nachwahl im Jahre 1895, also bereits vor der Masseneinwanderung um die Jahrhundertwende, ihr erstes Ruhrgebietsmandat erringt. Nicht zufällig auch handelt es sich um Gegenden, die protestantisch geprägt sind und in denen trotz katholischer Einwanderung die Bevölkerungsmehrheit protestantisch geblieben ist. Mit Blick auf diese Gegebenheiten und mit Blick auf die nach wie vor hohe Nutzung der katholischen Potentiale durch das Zentrum wurde deshalb an anderer Stelle formuliert[22], daß die Ruhrgebietssozialdemokratie in den 1890er Jahren im Kern als eine Partei auf protestantischer Grundlage zu begreifen sei, die die seit den frühen 1890er Jahren einsetzende politische Spaltung des einstmals geschlossenen protestantischen Lagers entlang der Klassenlinie reflektiert.

Für diese Interpretation sprechen nach wie vor viele Befunde. Ideale sozialdemokratische Hochburg in den 1890er Jahren ist der protestantische Bergarbeiterort im östlichen Revier. Was indes ein vorsichtiges Überdenken dieser These nahelegt, das ist die Tatsache, daß die Mobilisierungskraft des Zentrums bereits in den 1890er Jahren deutlich nachläßt. Dieses Bild ergibt sich sowohl bei Betrachtung der Wahlkreisebene als auch der Ortsebene, wenn man den umstrittenen Schauff'schen Koeffizienten[23] nicht berücksichtigt. Die Potentialausnutzung durch das Zentrum im Ruhrgebiet schwankt zwischen 81,7% bei den Reichstagswahlen des Jahres 1890 und 80,7% bei den Reichstagswahlen des Jahres 1898, mit einem Tiefpunkt von 69,6% bei den Reichstagswahlen des Jahres 1893. Das sind zwar im regionalen Vergleich immer noch imposante Ausschöpfungswerte, aber die Befunde werfen doch die Frage auf, wen die 20–30% katholischen Wähler wählten, die nicht für das Zentrum stimmten. Aber selbst wenn man den Schauff'schen Koeffizienten berücksichtigt und dadurch die Werte nach oben verschiebt, ergeben sich vor allem auf örtlicher Ebene in einigen Fällen bereits für die 1890er Jahre extrem niedrige Potentialausschöpfungswerte. Bei den Reichstagswahlen des Jahres 1890 liegen sie beispielsweise in Dortmund-Berghofen bei 29,58%; nun ist zwar die Potentialausnutzung im Wahlkreis Arnsberg 6 (Dortmund) bei den Reichstagswahlen des Jahres 1890 mit 67,4% gegenüber 86,7% im Wahlkreis Arnsberg 5 (Bochum) und 94,5% im Wahlkreis Düsseldorf 5 (Essen) generell extrem schlecht; das war wohl in erster Linie Folge der Tatsache, daß das Zentrum

[22] Vgl. meinen Beitrag Konfession, Klasse und lokale Gesellschaft als Bestimmungsfaktoren des Wahlverhaltens. Überlegungen und Problematisierungen am Beispiel des historischen Ruhrgebiets, in: *Lothar Albertin/Werner Link* (Hrsg.), Politische Parteien auf dem Weg zur parlamentarischen Demokratie in Deutschland. Entwicklungslinien bis zur Gegenwart (Düsseldorf 1981) 109–126, hier 113.

[23] Vgl. dazu zuletzt *Gerhard A. Ritter,* Die deutschen Parteien 1830–1914. Parteien und Gesellschaft im konstitutionellen Regierungssystem (Göttingen 1985) 55 u. 58; vgl. auch die Kritik an den Methoden Schauffs bei *Carl H. E. Zangerl,* Courting the Catholic Vote. The Center-Party in Baden 1903–13, in: Central European History 10 (1977) 220–40.

bei den Reichstagswahlen der Jahre 1884 und 1887 auf Grund eines Wahlabkommens mit den Linksliberalen nicht angetreten und somit ein „Entwöhnungseffekt" eingetreten war; aber auch in einigen Orten außerhalb des Wahlkreises Arnsberg 6, so beispielsweise in Bochum-Laer, liegt sie bereits 1890 mit 45,99% außergewöhnlich niedrig. Es handelt sich also um keinen bloßen Wahlkreiseffekt in einer besonderen Situation, sondern um ein häufiger auftretendes Phänomen.

Allerdings dürfen katholische Wähler, die nicht das Zentrum wählen, nicht ohne weiteres der Sozialdemokratie zugeschlagen werden. Es gibt im Gegenteil eine Reihe von Indizien, die darauf hindeuten, daß ein Großteil dieser katholischen Stimmen dem Nationalen Lager zugeflossen sind. Auffällig ist beispielsweise die vergleichsweise niedrige Potentialausnutzung durch das Zentrum bei Reichstagswahlen, die den Charakter eines nationalen Plebiszits besaßen, so bei den Reichstagswahlen der Jahre 1887 und 1893 mit 66,4% bzw. 69,6%. Im Reichstagswahlkreis Essen, wo 1893 Krupp erfolgreich kandidierte und wo das Zentrum bei dieser Wahl mit 66,0% auf für diesen Wahlkreis außergewöhnlich niedrige Ausschöpfungswerte kam, kann daran ohnehin kein Zweifel bestehen.

Solche Befunde rehabilitieren zumindest teilweise trotz nachlassender Mobilisierungskraft des Zentrums die eingangs ein wenig in Zweifel gestellte These von der „protestantischen" Basis der Ruhrgebietssozialdemokratie in den 1890er Jahren. Allerdings muß man festhalten, daß vom Sonderfall des Reichstagswahlkreises Arnsberg 6 (Dortmund) im Jahre 1890 einmal ganz abgesehen, ein Teil der katholischen Wähler, der freilich 10–15% kaum überschritten haben dürfte, bereits in den 1890er Jahren für die SPD gestimmt hat. An einigen Orten konnte der Prozentsatz allerdings sehr viel höher liegen. Die Ursachen dafür müssen wohl vor allem in besonderen örtlichen Gegebenheiten gesucht werden. Allerdings scheint sich als generelles Muster abzuzeichnen, daß die Sozialdemokraten vor allem dort katholische Potentiale für sich mobilisieren können, wo sich Katholiken inmitten einer durch Bergarbeiter geprägten Umgebung in einer extremen Diasporasituation befinden – eine bloße Minderheitensituation scheint eher einen gegenteiligen Effekt auszulösen – oder wo in einer katholischen Gemeinde katholische Einwanderer auf einen noch bäuerlich und traditionell geprägten Katholizismus treffen.

Letzteres ist freilich in erster Linie ein Phänomen des 20. Jahrhunderts. Die Potentialausnutzung durch das Zentrum im Ruhrgebiet sinkt im letzten Jahrzehnt des Kaiserreichs von 80,7% im Jahre 1898 auf 56,4% im Jahre 1912. Eine gewisse Sonderstellung nimmt nur der Reichstagswahlkreis Düsseldorf 5 (Essen) ein, in dem die Ausschöpfung des katholischen Potentials durch das Zentrum im 20. Jahrhundert deutlich über dem der anderen Reichstagswahlkreise liegt. Das dürfte wiederum kein Zufall sein; der Wahlkreis Essen war das alte Traditionsgebiet der christlich-sozialen Arbeiterbewegung aus den 1860er und 1870er Jahren. Verallgemeinert man diese Befunde zu einer These, dann besagt sie, daß die Sozialdemokratie es auch im 20. Jahrhundert überall dort noch sehr schwer hatte, in den katholischen Raum einzudringen, wo sie auf alte und zugleich lebendig gehaltene Traditionen eines in der Industriegesellschaft fest verankerten und mit einer entsprechenden Infrastruktur versehenen Katholizismus traf.

Jede Analyse der schrumpfenden Mobilisierungskraft des politischen Katholizismus im 20. Jahrhundert führt freilich in die Irre, wenn sie nicht die durch das Auftreten einer selbständigen Polenpartei bewirkte ethnische Spaltung des Katholizismus berücksichtigt. Der drastische Rückgang des Zentrumsanteils an den katholischen Wählern zwischen 1898 und 1912 im Wahlkreis Arnsberg 5 (Bochum) von 79,7% auf 55,3%, im Wahlkreis Arnsberg 6 (Dortmund) von 76,1% auf 52,3% und im Wahlkreis Düsseldorf 6 (Duisburg) von 83,8% auf 52,1% erscheint in einem etwas anderen Licht, wenn man unter Potentialausnutzung die Nutzung der katholischen Wählerpotentiale durch Zentrum und Polenpartei versteht. Die entsprechenden Potentialausschöpfungswerte durch die beiden katholischen Parteien insgesamt in den drei genannten Ruhrgebietswahlkreisen lauten 1912: Arnsberg 5 70,9%, Arnsberg 6 66,2% und Düsseldorf 6 64,1%. Immerhin ist festzuhalten, daß bei dieser Reichstagswahl im Extremfall fast 36% der katholischen Wähler nicht mehr für das Zentrum oder für die Polenpartei votieren.

Nun zeigt freilich gerade der Duisburger Fall besonders plastisch, daß die ca. 22000 katholischen Wähler, die 1912 im Wahlkreis Duisburg zur Wahl gingen und nicht für das Zentrum oder die Polenpartei stimmten, nicht eo ipso sozialdemokratische Wähler waren. Duisburg ist im 20. Jahrhundert der Paradewahlkreis des Bürgerlichen Lagers im Ruhrgebiet und die größte Schwachstelle der SPD. Und es ist gerade dieser Wahlkreis, in dem sich eine ursprünglich protestantische Bevölkerungsmehrheit in eine katholische Mehrheit verwandelt, die 1910 54,73% beträgt. Der SPD gelingt es zwar mit Unterstützung der Polenpartei und des Zentrums, bei den „Hottentottenwahlen" des Jahres 1907 den nationalliberalen Kandidaten in einer Stichwahl aus dem Feld zu schlagen. Bei den Reichstagswahlen der Jahre 1903 und 1912 erringen jedoch nach wie vor nationalliberale Kandidaten das Mandat.

Wie außergewöhnlich gut das Bürgerliche Lager und wie vergleichsweise schlecht die SPD ihre Potentiale in diesem Wahlkreis nutzt, wird deutlich, wenn man die nicht auf das Zentrum entfallenden Stimmen hypothetisch als Potentiale definiert, die grundsätzlich sowohl dem Bürgerlichen Lager als auch dem Sozialistischen Lager zur Verfügung standen, und sodann vergleichend überprüft, wie dieses Potential der Wahlberechtigten von den beiden Lagern tatsächlich genutzt wurde. Dabei ergibt sich, daß die Potentialausnutzung im Wahlkreis Duisburg durch die Sozialdemokratie seit 1890 fast stets um ca. 10% unter dem Ruhrgebietsdurchschnitt liegt. Für die Reichstagswahlen des Jahres 1912 lauten die Vergleichszahlen für die vier Ruhrgebietswahlkreise: Duisburg 35,8%, Bochum 42,5%, Dortmund 48,9% und Essen 49,6%. Der Wahlkreis Duisburg bleibt Schlußlicht, wenn man die Potentiale anders definiert, beispielsweise als die nicht auf das Zentrum und die polnische Partei entfallenden gültigen Stimmen. Die Vergleichswerte für 1912 lauten dann: Duisburg 47,5%, Bochum 55,2%, Essen 60,4%, Dortmund 63,9%.

Auf den Versuch einer Erklärung dieser regionalen Unterschiede muß an dieser Stelle verzichtet werden[24]. Wichtig ist die Einsicht, die sich bereits für die 1890er

[24] Vgl. demnächst *Karl Rohe u.a.*, Politische Gesellschaft und politische Kultur im Ruhrgebiet.

Jahre ergab, daß nämlich grundsätzlich auch das Bürgerliche Lager und nicht nur die Sozialdemokratie einen Zugriff auf das von Zentrum und Polenpartei nicht ausgeschöpfte katholische Wählerpotential besaß und daß es in Teilen des Ruhrgebiets offensichtlich auch davon guten Gebrauch zu machen verstand. Unstrittig ist jedoch, daß nunmehr auch die SPD, wie insbesonders ein Blick auf die überwiegend katholischen Orte des nördlichen Ruhrgebiets mit hohen Zuwandererraten verrät, auf katholischem Terrain Fuß gefaßt hatte. Unter diesen Neueinwanderern, die ohne Zweifel das Gros der sozialdemokratischen Wählerschaft in diesen Orten bildeten, dürfte sich auch trotz aller kulturellen Distanz eine nicht unbeträchtliche Anzahl polnisch Sprechender befunden haben, ohne daß man freilich in der Lage ist, diesen Anteil genauer zu quantifizieren.

Solche Befunde lenken den Blick auf das kulturelle und politische Profil der Ruhrgebietssozialdemokratie vor 1914. Eine erste allgemeine Schlußfolgerung, die man ziehen kann, ist die, daß sie von ihrer Wählerschaft her gesehen nur in höchst eingeschränktem Maße als sozialdemokratische Milieupartei zu begreifen ist. Gewiß gab es all das, an was man normalerweise denkt, wenn man von sozialdemokratischem Milieu und Arbeiterbewegungskultur spricht[25], auch im Ruhrgebiet. Allein schon die Tatsache, daß die Sozialdemokratie trotz widrigster Umstände in einigen Orten des Ruhrgebiets seit den frühen 1870er Jahren überlebt und auch während des Sozialistengesetzes bei Wahlen politisch Fahne gezeigt hatte, spricht dafür. Und in den meisten Städten, in denen sich die SPD gehalten hatte, dürfte daran auch wenig Zweifel bestehen. Sehr viel zögerlicher wird man dagegen sein, ein sozialdemokratisches Milieu ohne weiteres auch für Bergarbeiterorte zu unterstellen, selbst wenn sie der Sozialdemokratie regelmäßig mehr als 50% der Stimmen bescheren. Die Plötzlichkeit, mit der in manchen Bergarbeiterorten in den 1890er Jahren der Übergang vom Nationalliberalismus zur Sozialdemokratie vollzogen wird, spricht eher für die Vermutung, daß wir es mit einem vergleichsweise geschlossenen und von der SPD unabhängigen Sozialmilieu der Bergarbeiterschaft zu tun haben, das zwar eine dauerhafte „politische" Koalitition mit der SPD eingeht, kulturell aber seine Eigenart bewahrt. Was wir über Mentalität und Lebensweise der Bergarbeiterschaft wissen, über ihre Religiosität und über ihr Festhalten an „altgewohnter Denkungsart", über ihre Neigung zum „Alkoholgenuß"[26] und über ihr Vereinswesen, in dem aus im übrigen naheliegenden Gründen nicht Bildung, sondern Vergnügen im Mittelpunkt stand[27], legt jedenfalls eine solche Interpretation nahe.

Daß es schwierig und kurzfristig wohl unmöglich war, die zumeist auf „niedrigem Bildungsniveau"[28] stehenden Einwanderer aus den östlichen Provinzen, denen die SPD im Ruhrgebiet ihren Durchbruch zu einer politischen Massenbewegung ver-

[25] *Vernon L. Lidtke,* The Alternative Culture. Socialist Labor in Imperial Germany (New York and Oxford 1985).

[26] *Lorenz Pieper,* Die Lage der Bergarbeiter im Ruhrrevier (Stuttgart und Berlin 1903) 237 ff. und ferner *Walter Friedrich,* Die Ideenwelt der mehrheitssozialistischen Bergarbeiter des Ruhrgebiets (Diss. Bonn 1923).

[27] *Tenfelde,* Sozialgeschichte der Bergarbeiterschaft, 386 ff.

[28] *Pieper,* Die Lage der Bergarbeiter, 241.

dankte, auf das „Zivilisationsniveau“[29] der Arbeiterbewegung zu bringen, liegt auf der Hand. Aber auch mit Blick auf die alteingesessenen Bergleute, die, soweit sie protestantisch waren, in den 1890er Jahren dazu übergingen, die Sozialdemokratie zu wählen, muß man Zweifel haben, ob diese dem sozialdemokratischen Idealtypus entsprachen. Es ist beispielsweise auffällig, daß gerade Gegenden, in denen das Kötter-Bergleuteelement stark vertreten war, Mitte der 1890er Jahre noch eine große organisatorische Zurückhaltung gegenüber den freien Gewerkschaften an den Tag legen, obwohl sie bereits regelmäßig für die SPD stimmen. So lag der freigewerkschaftliche Organisationsgrad im Landkreis Hörde 1895/96 mit 0,3% weit unter dem der Stadt Dortmund mit 3,4% und selbst deutlich unter dem Ruhrgebietsdurchschnitt von 1,0%. Erst nachdem Otto Hue ab 1895 den Alten Verband auf einen parteipolitisch neutraleren Kurs festgelegt und zugleich auf Distanz zur antireligiösen Propaganda der SPD ging, schnellten die Organisationszahlen in den Traditionsgebieten der Kötter-Bergleute wie dem Kreis Hörde und der Stadt Witten nach oben. Waren 1906/07 im Ruhrgebiet 26,4% der Bergarbeiter im Alten Verband organisiert, so standen der Kreis Hörde mit 43,9% und die Stadt Witten mit 40,6% weit an der Spitze[30].

Daß gewerkschaftliche Organisationsbindung zu diesem späten Zeitpunkt indes nicht mehr als Indikator für sozialdemokratische Milieubildung angesehen werden kann, verrät auch die Art und Weise, wie der alte Verband seine Mitglieder zur Wahl sozialdemokratischer Kandidaten auffordert. Sie wird mit dem gewerkschaftlichen „Triebe der Selbsterhaltung“ höchst instrumentell begründet und überdies wird ausdrücklich betont, daß das „Märchen“, die Sozialdemokratie sei „religionsfeindlich“ und „vaterlandslos“ heutzutage von keinem „vernünftigen Menschen“ mehr geglaubt werde[31]. Solche Begründungen lassen zumindest vorsichtige Rückschlüsse auf Mentalitäten der Angesprochenen zu. Offensichtlich hatten sich „religiöse“ und „nationale“ Traditionen innerhalb der Bergarbeiterschaft so weit erhalten, daß es tunlich erschien, die SPD vom Klischee der „Religionsfeindschaft“ und „Vaterlandslosigkeit“ zu befreien. Im Milieu der protestantischen Kötter-Bergleute, das bis 1890 stramm nationalliberal gewählt hatte, kann das auch kaum überraschen.

Die in kurzer Zeit zu einer politischen Massenbewegung angeschwollene Vorkriegssozialdemokratie an der Ruhr besaß also nur in einem eingeschränkten Maße eine sozialdemokratisch-kulturelle Fundierung im engeren Sinn. Wie umfangreich das sozialdemokratische Milieu tatsächlich war und wie es sich in seinen Größenordnungen zur sozialdemokratischen Massenwählerschaft verhielt, läßt sich freilich nur

[29] Daß sich die SPD als eine Bewegung zur „Zivilisierung“ und „Kultivierung“ der Arbeiterschaft begreift, klingt auch in der sozialdemokratischen Presse des Ruhrgebiets immer wieder durch, so wenn beispielsweise mit großer Genugtuung registriert wird, daß sozialdemokratische Stimmstärke in Regionen negativ mit der Zahl der Verbrechen korreliere.

[30] Berechnet nach *Paul Hirschfeld*, Die freien Gewerkschaften in Deutschland. Ihre Verbreitung und Entwicklung 1896 bis 1906 (Jena 1908). Zur Entwicklung auf Reichsebene vgl. *Gerhard A. Ritter/Klaus Tenfelde*, Der Durchbruch der Freien Gewerkschaften Deutschlands zur Massenbewegung im letztenViertel des 19. Jahrhunderts, in: *Heinz Oskar Vetter* (Hrsg.), Vom Sozialistengesetz zur Mitbestimmung. Zum 100. Geburtstag von H. Böckler (Köln 1975) 61 ff.

[31] Bergarbeiterzeitung, 12. 1. 1907.

schwer quantifizieren. Die freigewerkschaftlichen Organisationszahlen sind aus den oben erwähnten Gründen von einem bestimmten Zeitpunkt an kein zuverlässiger Milieu-Indikator und für die sozialdemokratischen Kultur-, Freizeit- und Sportvereinigungen liegen keine brauchbaren Zahlen vor. Als Eindruck läßt sich nur formulieren, daß sie vergleichsweise schwach vertreten waren und gegenüber der Entwicklung im Reich eine deutliche Verspätung aufwiesen[32]. Einigermaßen zuverlässige Angaben liegen über die Mitgliedschaft der SPD für die letzten Jahre vor. Im Jahr der Reichstagswahl 1912 gab es im engeren Ruhrgebiet, also in den vier genannten Reichstagswahlkreisen Arnsberg 5 und 6 und Düsseldorf 5 und 6, gut 25000 eingeschriebene Mitglieder, davon 9304 im Reichstagswahlkreis Dortmund, der alten sozialdemokratischen Ruhrgebietshochburg. Wenn man das Verhältnis von SPD-Mitgliedern zu SPD-Wählern als Vergleichsmaßstab nimmt, dann waren im Wahlkreis Dortmund 19,1%, im Wahlkreis Duisburg 13,4%, im Wahlkreis Essen 12,3% und im Wahlkreis Bochum 11,9% der Wähler in der SPD organisiert.

Selbst die Ruhrgebietshochburg Dortmund lag damit unter dem Reichsdurchschnitt von 22,8%[33]. Noch größer der Rückstand gegenüber vielen Groß- und Industriestädten, in denen der Anteil der sozialdemokratischen Mitglieder an den Wählern gegebenenfalls bis zu 50% ausmachte[34]. Bei den Mitgliedszahlen an der Ruhr gilt es überdies zu bedenken, daß sie als Milieuindikator mit einer gewissen Vorsicht zu betrachten sind, wenn wir unter Milieu eine auf relative Dauer gestellte Verhaltenskultur verstehen, weil die Mitgliederfluktuation, so beispielsweise in Essen[35], oft ungemein stark war. Darin spiegelt sich vor allem die Tatsache, daß die Sozialdemokratie in den meisten Teilregionen des Ruhrgebiets nicht nur bei der Wählerschaft, sondern offensichtlich auch bei der Mitgliederschaft ihr Fundament primär in der Einwandererbevölkerung besaß. Faßt man diese Befunde und Eindrücke zusammen, dann besagen sie, daß an der Ruhr insgesamt eher der Typus des „anonymen" Sozialdemokraten dominierte, der als ein Kennzeichen der sozialdemokratischen Provinz angesehen werden kann[36].

Dieser Eindruck bestätigt sich, wenn man das Landtagswahlverhalten im Ruhrgebiet genauer untersucht. Begreift man politische Kultur als eine gesellschaftliche Erscheinung, die nicht nur mental verankert ist, sondern essentiell darauf angewiesen ist,

[32] Vgl. generell *Lidtke,* The Alternative Culture, ferner *Stefan Goch,* Sozialdemokratische Arbeiterkultur und Politik im Ruhrgebiet. Eine sozialwissenschaftlich-sozialhistorische Untersuchung am Beispiel des Raumes Gelsenkirchen (Diss. Bochum 1987) und *Gerhard Hauk,* „Ein schwer zu beackernder Boden". Arbeiter- und Arbeitersportbewegung in Rheinland-Westfalen und an der Ruhr, in: *Hans-Joachim Teichler/Gerhard Hauk* (Hrsg.), Illustrierte Geschichte des Arbeitersport (Berlin, Bonn 1987) 63ff.

[33] Berechnet nach den Angaben in: Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Jena 1913, Berlin 1913) 13.

[34] *William L. Guttsman,* The German Social Democratic Party 1875–1933 (London 1981) 153.

[35] *Bajohr,* Zwischen Krupp und Kommune, 90; zu Dortmund vgl. *Ralf Lützenkirchen,* Der Sozialdemokratische Verein für den Reichstagswahlkreis Dortmund-Hörde. Ein Beitrag zur Parteiengeschichte (Dortmund 1970) 131f.

[36] Vgl. *Adelheid von Saldern,* Auf dem Wege zum Arbeiter-Reformismus. Parteialltag in sozialdemokratischer Provinz. Göttingen 1870 bis 1920 (Frankfurt/M. 1984) 163ff.

öffentlich und sichtbar geworden zu sein und immer wieder zu werden, wenn sie sich in ihrem Bestand erhalten und ausdehnen will, dann bietet es sich an, auch wenn man gewisse Einschränkungen machen muß, das Stimmverhalten bei den preußischen Landtagswahlen als Kulturindikator zu nehmen, da der Wahlakt öffentlich war und somit ein demonstratives kulturelles Bekenntnis verlangte. Stimmabgabe für die Sozialdemokratie bei Landtagswahlen setzte also den Typus des „öffentlichen" Sozialdemokraten voraus, der trotz eventueller beruflicher Nachteile und obwohl unter den Bedingungen des preußischen Dreiklassen-Wahlrechtes und angesichts der politischen Gegebenheiten im Revier ein praktischer Erfolg nicht erwartet werden konnte, bereit war, um des politisch-kulturellen Effektes und der symbolischen Bedeutung willen den Wahlakt zu vollziehen.

Wieviele solcher „öffentlicher" Sozialdemokraten gab es vor 1914 im Revier und in welchem Verhältnis stand ihre Zahl zu den „anonymen" Sozialdemokraten, die bei Reichstagswahlen der SPD ihre Stimme gaben? Bei den Landtagswahlen 1908 stimmen im Ruhrgebiet 41 885 Wähler für die SPD, das sind 30,3% der sozialdemokratischen Reichstagswähler des Jahres 1907; bei den Landtagswahlen 1913 sind es 40 733 Wähler, das sind 23,0% der sozialdemokratischen Reichstagswähler des Jahres 1912. Daß innerhalb des Reviers nicht unbeträchtliche Unterschiede auftreten konnten, zeigt der Vergleich zwischen den beiden Städten Essen und Dortmund. In der Stadt Essen erreicht die SPD bei den Reichstagswahlen des Jahres 1912 36,4% der gültigen Stimmen, bei den Landtagswahlen des Jahres 1913 sind es dagegen nur 14,4% der gültigen Stimmen. Für Dortmund lauten die entsprechenden Vergleichszahlen für 1912: 41,4% der gültigen Stimmen bei der Reichstagswahl des Jahres 1912; 26,0% der gültigen Stimmen bei der Landtagswahl des Jahres 1913.

Der Vergleich dokumentiert, daß das prozentuale Verhältnis von „öffentlichen" und „anonymen" Sozialdemokraten in Dortmund mit 35,0% für die SPD weitaus günstiger war als in Essen mit 19,7%, ein deutliches Zeichen dafür, daß die Sozialdemokratie trotz ihres spektakulären Wahlerfolgs in Essen bei der Reichstagswahl 1912, die sie in der Stadt Essen zum ersten Male zur stärksten politischen Kraft machte, politisch-kulturell gesehen im Essener Raum weitaus weniger etabliert war als im Dortmunder Raum. Prinzipiell gilt jedoch, daß diese fehlende politisch-kulturelle Etabliertheit der SPD unter vergleichenden Gesichtspunkten ein Kennzeichen des Ruhrgebietes insgesamt war. Selbstkritisch notierte deshalb die Essener Arbeiterzeitung anläßlich der Landtagswahlen des Jahres 1913, es sei schon einigermaßen beschämend, daß der Bergarbeiterführer Hue in Berlin-Neukölln in das preußische Abgeordnetenhaus gewählt werden müsse, und nicht an der „Ruhr, in der Schachtgerüst an Schachtgerüst, Schlot an Schlot gen Himmel" rage[37], obwohl es an erster Stelle nicht an den Kötterbergleuten lag, wie die Ergebnisse für die Landkreise Hörde und Dortmund zeigen, daß kein Sozialdemokrat an der Ruhr in den Landtag gewählt wurde. Bei der Landtagswahl 1908 konnte die SPD in den genannten Landkreisen 49,0% ihrer Reichstagswähler von 1907 gewinnen, ein herausragendes Ergebnis, das nicht nur weit über

[37] Essener Arbeiterzeitung vom 21. 5. 1913.

dem Ruhrgebietsdurchschnitt von 30,3%, sondern auch weit über dem Durchschnitt im Königreich Preußen von 32,9% lag[38].

Die vergleichsweise geringe politisch-kulturelle Verankerung der Sozialdemokratie in der politischen Gesellschaft des alten Reviers vor 1914 zeigt nicht nur ein externer, sondern auch ein interner Vergleich mit dem politischen Rivalen Zentrum. Um es an dem bereits oben herangezogenen Vergleichsbeispiel Dortmund und Essen zu demonstrieren: Während bei der Sozialdemokratie der Anteil an den gültigen Stimmen bei den Landtagswahlen allenthalben beträchtlich unter den bei Reichstagswahlen erzielten Stimmanteilen liegt, ist es beim Zentrum genau umgekehrt. In der Stadt Essen

Reichstags- und Landtagswahlverhalten im Vergleich

Königreich Preußen	Wahlber.	abg. Stim.	SPD	Zentrum	Stimmenanteil bei LTW in % der vorangegangenen RT-Wahl	
					SPD	Zentrum
RTW 1907	8168592	6905220	1816950	1274224	–	–
		84,5	22,2	15,6		
LTW 1908	7682721	2522656	598522	499343	32,9	39,2
		32,8	7,8	6,5		
RTW 1912	8890149	7515170	2407318	1249536	–	–
		84,5	27,1	14,1		
LTW 1913	8400114	2750086	775171	451511	32,2	36,1
		32,7	9,2	5,4		

Ruhrgebiet	Wahlber.	abg. Stim.	SPD	Zentrum	Stimmenanteil bei LTW in % der vorangegangenen RT-Wahl	
					SPD	Zentrum
RTW 1907	462759	406853	138307	123107	–	–
		87,9	29,9	26,6		
LTW 1908	450930	234695	41885	94782	30,3	77,0
		52,0	9,3	21,0		
RTW 1912	540026	479874	176861	137749	–	–
		88,9	32,8	25,5		
LTW 1913	537621	234513	40733	86109	23,0	62,5
		43,6	7,6	16,0		

[38] Der Rückgang der Vergleichszahl für die Reichstagswahl 1912/Landtagswahl 1913 in den Landkreisen Dortmund und Hörde auf 39,3% reflektiert vor allem das nach dem gescheiterten Bergarbeiterstreik von 1912 gespannte Verhältnis zwischen Kötter-Bergleuten und SPD bzw. Altem Verband. Dagegen deutet der bei der Landtagswahl 1913 im Vergleich zur Landtagswahl 1908 bemerkenswerte SPD-Erfolg in der Stadt Dortmund an, daß die Sozialdemokratie in den Kreisen der Metallarbeiterschaft und vielleicht auch Teilen des kleinen Mittelstandes an Einfluß gewann.

Reichstagswahlkreis Dortmund	Wahlber.	abg. Stim.	SPD	Zentrum	Stimmenanteil bei LTW in % der vorangegangenen RT-Wahl SPD	Zentrum
RTW 1903						
S Dortmund	30732	26874	9442	8135	–	–
		87,4	30,7	26,5		
L Dortmund	65103	51149	23863	11337	–	–
u. Hörde		78,6	36,7	17,4		
LTW 1903						
S Dortmund	23000	4415	174	3	1,8	0,0
		19,2	0,8	0,0		
L Dortmund	56019	7242	1091	183	4,6	1,6
u. Hörde		12,9	1,9	0,3		
RTW 1907						
S Dortmund	37962	34719	12928	9295	–	–
		91,5	34,1	24,5		
L Dortmund	67531	58066	25921	12951	–	–
u. Hörde		86,0	38,4	19,2		
LTW 1908						
S Dortmund	30632	15622	2717	5264	21,0	56,6
		51,0	8,9	17,2		
L Dortmund	65974	31201	12711	6719	49,0	51,9
u. Hörde		47,3	19,3	10,2		
RTW 1912						
S Dortmund	49028	42430	17476	11569	–	–
		86,5	35,6	23,6		
S Hörde	7364	6455	2906	1609		
		87,7	39,5	21,8		
L Dortmund	69159	60578	28456	12530	–	–
u. Hörde		87,6	41,1	18,1		
(S Hörde und L Dortmund u. Hörde)	76523	67033	31362	14139	–	–
		87,6	41,0	18,5		
LTW 1913						
S Dortmund	49472	23712	6119	8523	35,0	73,7
		47,9	12,4	17,2		
S Hörde	7305	2813	326	901	11,2	56,0
		38,5	4,5	12,3		
L Dortmund	67561	27597	11188	5706	39,3	45,5
u. Hörde		40,8	16,6	8,4		
(S Hörde und L Dortmund u. Hörde)	74866	30410	11514	6607	36,7	46,7
		40,6	15,4	8,8		

Da die Reichstagswahlergebnisse nicht für die Landkreise nachgewiesen sind, kann als Vergleichseinheit nur die Zusammenfassung der Landkreise Dortmund und Hörde (L Dortmund und Hörde) herangezogen werden. Für die Stadt Hörde (S Hörde) liegen die Wahlergebnisse bei den Preußischen Landtagswahlen nur für das Jahr 1913 vor, da die Stadt Hörde erst am 1.4. 1911 kreisfreie Stadt wurde.

wird aus dem 35,8% Anteil an den gültigen Stimmen bei der Reichstagswahl 1912 ein Stimmenanteil von 48,1% bei der Landtagswahl 1913; in Dortmund werden aus 27,4% im Jahre 1912 36,2% im Jahre 1913. Zwar liegt auch beim Zentrum, wie übrigens auch bei den Nationalliberalen, auf Grund der bei Landtagswahlen gegebenenfalls bis zu 50% gegenüber der vorhergehenden Reichstagswahl niedrigeren Wahlbeteiligung die Zahl der absoluten Stimmen bei Landtagswahlen niedriger als bei Reichstagswahlen; aber die Differenz ist häufig erstaunlich gering, wie etwa das Beispiel der Stadt Dortmund zeigt, wo das Zentrum bei der Landtagswahl 1913 73,7% ihrer Reichstagswähler von 1912 gewinnen kann. Das bemerkenswerte Faktum ist, daß das Zentrum selbst in einer alten Hochburg des Bürgerlichen Lagers und später dann des Sozialistischen Lagers wie Dortmund bei den Landtagswahlen der Jahre 1908 und 1913 die stärkste politische Kraft ist.

Daraus ergeben sich vor allem zwei Schlußfolgerungen: Einmal zeigt sich, daß die Sozialdemokratie, obwohl sie im letzten Jahrzehnt zur stärksten politischen Partei in der Region geworden ist, nach wie vor, was ihre politisch-kulturelle Verankerung und Präsenz im Ruhrgebiet anbetrifft, mit der älteren politischen Teilkultur, nämlich dem politischen Katholizismus, nicht zu konkurrieren vermag. Zum anderen zeigt sich, daß Zentrum und Sozialdemokratie an der Ruhr einen unterschiedlichen Parteitypus verkörpern. Das Zentrum ist und bleibt die Milieupartei par excellence, die ihre Anhängerschaft, wie nicht nur das Wahlverhalten bei Landtagswahlen zeigt, in einem erstaunlich hohen Maße auch zu einem öffentlichen Bekenntnis ihrer Milieuzugehörigkeit veranlassen konnte, die aber darüber hinaus kaum noch über einen Reservepool verfügte, aus dem sie zusätzlich Stimmen schöpfen konnte. Die Sozialdemokratie verkörperte dagegen den Typus einer Sammlungsbewegung, die zwar auch eine gewisse Milieufundierung besaß, in erster Linie politisch jedoch davon lebte, daß sie das in der Region versammelte und häufig noch anonym bleibende politische Protestpotential an sich zog. In ihrem Charakter als Sammlungsbewegung, selbstverständlich nicht in ihrem Charakter als Protestbewegung, ähnelte sie der nationalliberalen Partei, die ja im Kern auch nichts anderes darstellte als eine nationale Sammlungsbewegung all jener Individuen und Gruppierungen in der Region, die das Zentrum prinzipiell nicht wählen konnten und die SPD aus unterschiedlichen Gründen nicht wählen wollten.

Immerhin. Trotz ihres relativen politisch-kulturellen Rückstandes verfügte die Sozialdemokratie, wenn man das Landtagswahlverhalten, wofür sehr viel spricht, als Indikator verwendet, auch an der Ruhr über ein zur öffentlichen Bekundung seiner politisch-kulturellen Zugehörigkeit bereites Milieu, das deutlich umfangreicher war, als

Quellen:
für 1903: Ergänzungshefte der Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reichs, 12. Jg., 1903, H. 4 u. 13. Jg., 1904, H. 1; Zeitschrift des Königlich Preußischen Statistischen Bureaus, Ergänzungsheft 23, 1905;
für 1907: Ergänzungshefte der Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reichs, 16. Jg., 1907, H. 1, 3, 4;
für 1908: Zeitschrift des Königlich Preußischen Statistischen Bureaus, Ergänzungsheft 30, 1909;
für 1912; Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 250, 1913;
für 1913: Zeitschrift des Königlich Preußischen Statistischen Bureaus, Ergänzungsheft 43, 1916.

die Parteimitgliedszahlen anzeigen. Den 40733 Wählern bei der Landtagswahl 1913 standen im gleichen Jahr nur 24846 Mitglieder gegenüber. Der Stimmenanteil bei der Landtagswahl lag somit um 63,9% über der Mitgliederzahl.

Damit aber entsteht ein Interpretationsproblem, das sich folgendermaßen fassen läßt: An früherer Stelle wurde davon ausgegangen, daß sich das typisch sozialdemokratische Milieu anhand von Kriterien wie Entfremdung von der Kirche, Bruch mit der traditionellen Lebenswelt, Bildungsstand und einem Mindestmaß an mentalem und kulturellem Rüstzeug bestimmen läßt[39]. Nach allem, was wir wissen, verfügte jedoch im Ruhrgebiet nur ein Teil jener Wähler, die sich bei Landtagswahlen demonstrativ zu ihrer sozialdemokratischen Kulturzugehörigkeit bekannten, über solche Kennzeichen. Man kann daraus entweder den Schluß ziehen, daß das Kriterium: öffentliche Stimmabgabe für die Sozialdemokratie bei Landtagswahlen als Indikator für Milieuzugehörigkeit problematisch ist, oder aber folgern, daß das sozialdemokratische Milieu in sich vielfältiger war, als häufig angenommen wird. Offensichtlich hatten viele, die auf Grund des hier zugrundegelegten Kriteriums zum Milieu der Ruhrgebietssozialdemokratie gehörten, keinen radikalen Bruch mit Werten und Normen der traditionellen Lebenswelt vollzogen. Das zeigt beispielhaft das Milieu der protestantischen Kötter-Bergleute, in dem offenbar der relative Anteil der „öffentlichen Sozialdemokraten" an den Sozialdemokraten insgesamt, wie ein Vergleich zwischen dem Landtagswahlverhalten in der Stadt Dortmund und den Landkreisen Dortmund und Hörde nahelegt, besonders hoch war. So konnte die SPD 1908 in den Landkreisen, wie schon erwähnt, 49,0% ihrer Reichstagswähler von 1907, in der Stadt Dortmund dagegen nur 21,0% gewinnen. Darauf könnte eventuell auch die Tatsache hinweisen, daß die Sozialdemokratie im Dortmunder Raum nicht nur auf der Wählerebene, sondern auch auf der Mitgliederebene in der nichtstädtischen Umgebung Dortmunds stärker verankert war als in der Stadt Dortmund selbst[40]. Aufschlußreich des weiteren, daß der in Gewerkschaften wie Partei gleich einflußreiche „reformistische" Bergarbeiterführer Otto Hue, in Hörde geboren und ursprünglich einmal für kurze Zeit Mitglied eines evangelischen Arbeitervereins, als sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter seine evangelische Religionszugehörigkeit – offensichtlich eine politische Demonstration – nicht verschwieg.

Die Frage ist, ob man darin ein Überhangphänomen sehen muß, das noch existiert und unter der Rubrik „Provinz" zu verbuchen ist[41] oder ob es sich ansatzweise schon um Vorboten einer künftigen Entwicklung handelt. Wenn man an bestimmte Befunde zur Zeit der Weimarer Republik denkt, beispielsweise an die Tatsache, daß Sozialdemokratie und Christlich-sozialer Volksdienst teilweise um die gleiche Wählerklientel streiten und des weiteren, daß protestantische Gottesdienste in sozialdemokratischen Parteizeitungen angezeigt werden[42], dann könnte man in der Tat fragen, ob

[39] Vgl. *Ritter,* Parteien, 61.
[40] Vgl. *Lützenkirchen,* Dortmund-Hörde, 136.
[41] Vgl. *von Saldern,* Arbeiterreformismus, passim.
[42] Bochumer Volksblatt, Mai 1928.

Züge einer „protestantischen Volkspartei"[43] bereits im Wilhelminischen Kaiserreich zumindest latent angelegt sind.

Besteht also zwischen einem weniger radikalen Bruch mit der traditionellen Lebenswelt und einer weniger radikalen Zukunftsperspektive ein Zusammenhang oder, allgemeiner formuliert, zwischen einer wie immer fundierten Verankerung in der lokalen Gesellschaft auf der einen und einer Disposition für „Radikalismus" oder „Reformismus" bzw. „Revisionismus" auf der anderen Seite? Der allgemeine Nexus namentlich zwischen wachsendem Einfluß von Gewerkschaftsführern in der Partei und dem Aufkommen „reformistischer" Tendenzen, deren Stärke im expliziten „Revisionismus" sozialdemokratischer Theoretiker nur schwach abgebildet wird, wird damit nicht in Abrede gestellt[44]. Die unterschiedliche lokal/regionale Stärke von „Radikalismus" und „Reformismus", die ganz offensichtlich nicht über die Variable gewerkschaftlicher Organisationsgrad erklärt werden kann, wirft jedoch die Frage auf, ob nicht zusätzliche Faktoren zu berücksichtigen sind, die vornehmlich auf der Ebene der lokalen Gesellschaft zu verorten sind. Gewiß hängt manches an Einzelpersonen. Beispielsweise bedeutet der Weggang von Konrad Hänisch aus Dortmund eine erhebliche Schwächung des „Radikalismus" in der Region. Wer indes die Erklärungen für das Vordringen „revisionistischer" Tendenzen ausschließlich auf dieser Ebene sucht, gerät leicht in die Nähe von Verschwörungstheorien[45]. Eliten operieren nicht in einem luftleeren Raum, sondern in konkreten sozialen, kulturellen und politischen Kontexten, die – so die Annahme – für „reformistische" oder „radikale" Deutungsangebote empfänglich sind oder nicht.

Eine solche Interpretation legt jedenfalls der Vergleich zwischen dem „radikalen" Essen, dessen „Arbeiterzeitung" in den Jahren vor 1914 Rosa Luxemburg und dem holländischen Sozialisten Anton Pannekoek ein Forum bietet, und dem „reformistischen" Dortmund nahe, dessen „Arbeiterzeitung" nach dem Weggang von Konrad Hänisch zu einem Hauptorgan des „Revisionismus" wird. Einige sozialkulturelle Unterschiede springen ins Auge. In Essen fehlt in der SPD weitgehend ein wichtiges potentielles Trägerelement von „Reformismus", das im Dortmunder Raum stark vertreten ist, nämlich eine bodenständige protestantische Arbeiterschaft, die der SPD bereits 1895 vor Einsetzen der Masseneinwanderung ein Reichstagsmandat beschert, weil eben dieses Element im überwiegend katholischen Essen in die hier traditionell starke katholische Arbeiterbewegung eingebunden ist. Damit ist ein weiterer Unter-

[43] Vgl. *Horst Nöcker,* Der preußische Reichstagswähler in Kaiserreich und Republik 1912 und 1924. Analyse, Interpretation, Dokumentation. Ein historisch-statistischer Beitrag zum Kontinuitätsproblem eines epochenübergreifenden Wählerverhaltens (Berlin 1987) 71 ff.

[44] Vgl. generell dazu *Gerhard A. Ritter,* Die Arbeiterbewegung im Wilhelminischen Reich. Die Sozialdemokratische Partei und die Freien Gewerkschaften 1890–1900 (Berlin ²1963) 187. Für den hier verfolgten Zweck, bei dem es vornehmlich um die Frage geht, von welchen kulturellen und strukturellen Gegebenheiten es mutmaßlich abhing, ob „radikale" oder „revisionistische" bzw. „reformistische" Deutungsangebote auf Resonanz stießen, wird zwischen „Revisionismus" und „Reformismus" nicht weiter unterschieden, so sinnvoll die Unterscheidung im Prinzip auch ist.

[45] Dieser Gefahr entgeht auch *Lützenkirchen* in seiner Dortmund-Studie nicht.

schied zwischen dem Dortmunder und Essener Raum eng verknüpft. Anders als in Dortmund trifft in Essen eine vorwiegend evangelische Einwandererbevölkerung – der Katholikenanteil an der Bevölkerung im Wahlkreis Essen fällt von 65,13% im Jahre 1895 auf 58,39% im Jahre 1910 – auf ein dominantes und dichtes katholisches Milieu, das die nichtkatholischen Einwanderer nicht integrieren kann und sie somit zu „Randständigen" der lokalen Gesellschaft macht[46]. Daß eine Einwandererbevölkerung auf eine anderskonfessionelle lokale Bevölkerung trifft, ist freilich nur der Sonderfall eines allgemeinen Phänomens. Die gleichen politischen Effekte können auch eintreten, wenn, wie vor allem im nördlichen Ruhrgebiet, eine Einwandererbevölkerung auf eine zwar gleichkonfessionelle, aber nicht integrationswillige lokale Gesellschaft trifft.

Verallgemeinert man diese Befunde, dann laufen sie auf die These hinaus, daß „Arbeiterreformismus" am besten in einem lokalen Milieu gedeiht, in dem die örtliche Arbeiterschaft trotz aller bestehenden Interessengegensätze die traditionellen Bezüge zur lokalen Gesellschaft, zu der nicht zuletzt die Kirchenbindung gehört, nicht radikal gekappt hat oder über soziale, kirchliche oder politische Mechanismen in die bestehende lokale Gesellschaft sozial integriert worden ist, „Arbeiterradikalismus" dagegen in Verhältnissen, in denen die vor Ort lebende Arbeiterschaft, aus welchen Gründen auch immer, aus der lokalen Gesellschaft herausgefallen und somit „randständig" geworden ist.

„Arbeiterradikalismus" und „Arbeiterreformismus" wären demnach nicht in unterschiedlichen kulturellen Dispositionen, sondern in unterschiedlichen Lagen verankert. Denn der lokal nicht integrierte typische Einwanderer aus den Ostprovinzen, potentieller Träger von „Arbeiterradikalismus" im Ruhrgebiet, dürfte sich in seinen Wertorientierungen gar nicht so sehr vom „reformistischen" „Prumenkötter" des östlichen Ruhrgebiets unterschieden haben. Die kulturell bedeutsamen Grenzen verlaufen offenbar quer zur Unterscheidung von „Arbeiterradikalismus" und „Arbeiterreformismus". Demnach wären im Prinzip nicht nur „zwei Formen von Arbeiterradikalismus"[47], sondern auch, obwohl bei letzteren die Grenzziehungen konkret etwas schwieriger sind, zwei Formen von „Arbeiterreformismus" zu unterscheiden, die gegebenenfalls mit den Begriffen „sozial" und „politisch" zu fassen wären[48]. „Sozialer Radikalismus" kann am besten als ein Traditionalismus- bzw. Extraditionalismusphänomen verstanden werden[49]. Im Unterschied zu einem mit einer Langfristperspektive

[46] Das ist im Prinzip auch die Konstellation in Düsseldorf, obwohl die bildungsmäßigen Voraussetzungen der dortigen Arbeiterschaft anders sind. Vgl. *Mary Nolan,* Social democracy and society. Working-class radicalism in Düsseldorf 1890–1920 (Cambridge u.a. 1981) 99ff.

[47] So *Erhard Lucas,* Zwei Formen von Radikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung (Frankfurt/M. 1976).

[48] Zur Unterscheidung von sozialem und politischem Radikalismus vgl. *Klaus Tenfelde,* Proletarische Provinz. Radikalisierung und Widerstand in Penzberg/Oberbayern 1900–1945 (München, Wien 1982) 5.

[49] So *Karl Rohe,* Vom alten Revier zum heutigen Ruhrgebiet. Die Entwicklung einer regionalen politischen Gesellschaft im Spiegel der Wahlen, in: *ders./Herbert Kühr* (Hrsg.), Politik und Gesellschaft im Ruhrgebiet. Beiträge zur regionalen Politikforschung (Meisenheim 1979) 21–73, hier 49ff. mit Bezug auf die Ruhrgebiets-KPD.

ausgestatteten „politischen Radikalismus", der wohl stets einen gewissen Bildungsstand und einen kulturellen Vorlauf zur Voraussetzung hat, ist er ein stärker situationsabhängiger und „spontaner" „Radikalismus", der gegebenenfalls, wie Beispiele zeigen, wieder umschlagen, unter bestimmten Bedingungen aber auch längerfristig zu einem „politischen Radikalismus" transformiert werden kann.

Angesichts des Bildungs- und Qualifikationsniveaus der Ruhrarbeiterschaft und angesichts der politischen Herkünfte des Reviers kann es kaum verwundern, daß im Ruhrgebiet, anders als in Remscheid[50] oder Düsseldorf[51] das soziale Fundament für einen „politischen Radikalismus" weitgehend fehlte. Wohl dagegen existiert, begünstigt auch durch die „Jugendlichkeit" des Reviers[52] eine soziale Grundlage nicht nur für „sozialen Radikalismus", sondern auch für Reformismus. Das gilt insbesondere, wenn man – für das Ruhrgebiet unerläßlich – nicht nur die sozialistische Arbeiterbewegung, sondern die Arbeiterbewegung insgesamt in den Blick nimmt. Denn den „reformistischen" Strömungen innerhalb des Sozialistischen Lagers von ihren Grundtendenzen her vergleichbare politische und ideologische Positionen gab es nicht nur innerhalb des Katholischen Lagers, dort in erster Linie verkörpert durch die christlichen Gewerkschaften, sondern auch innerhalb des Nationalen Lagers, das in sich eine Vielzahl widerstreitender Tendenzen aufwies. Keineswegs alle Arbeiter, die für das Nationale Lager votierten, sympathisierten mit den „gelben Gewerkschaften"[53].

Ohne Zweifel gab es jedoch sowohl im Katholischen als auch im Bürgerlichen Lager Arbeiterschichten, die, sei es aus prinzipiellen, sei es aus opportunistischen Erwägungen heraus, die bestehende Ordnung nicht nur nicht in Frage stellten, sondern auch keine „reformistische" Perspektive entwickelten. Indirekt zeigt sich bei ihnen freilich noch einmal der angesprochene Zusammenhang von „Traditionalismus" und „sozialem Radikalismus". Es ist kein Zufall, daß ehemalige „gelbe" Metallarbeiter in der Situation nach 1918 als Anhänger der „Radikalen" auftauchen[54] oder daß Masuren, die vor 1914 zumeist dem Nationalen Lager attachiert waren, nach 1918 häufig zu „Extraditionalisten" werden und für die KPD votieren, und daß ehemalige polnische Hochburgen sich nach 1918 über die Zwischenstation USPD nicht selten zu kommunistischen Hochburgen entwickeln.

[50] *Lucas,* Zwei Formen von Radikalismus, 21 ff. und 192 ff.

[51] *Nolan,* Social democracy, 99 ff.

[52] Zu Oberhausen vgl. *Heinz Reif,* Arbeiter und Unternehmer in Städten des westlichen Ruhrgebiets 1850–1930. Räumliche Aspekte einer Klassenbeziehung, in: *Jürgen Kocka* u. a. (Hrsg.), Arbeiter und Bürger im 19. Jahrhundert. Varianten ihres Verhältnisses im europäischen Vergleich (München 1986) 151 ff.

[53] *S. H. F. Hickey,* Workers in Imperial Germany. The Miners of the Ruhr (Oxford 1985) 104; *Bajohr,* Zwischen Krupp und Kommune, 106 ff.

[54] Vgl. zur Wahlentwicklung in Essen nach 1918: *Eric D. Weitz,* Conflict in the Ruhr. Workers and Socialist Politics in Essen 1910–1925 (Diss. Boston University 1983) 292 ff.

3. Bündnispolitik und Agitation der SPD an der Ruhr

Mit der Umwandlung des alten Zweilagersystems in ein Dreilagersystem seit den 1890er Jahren und dann verstärkt im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts entstanden für die politischen Lager nicht nur grundsätzlich neue Handlungsmöglichkeiten, sondern auch neue Handlungszwänge. So wie die Dinge an der Ruhr nun einmal lagen, war man bei Stichwahlen, die mit den 1890er Jahren zum Normalfall wurden, auf die Stimmen von politischen Gegnern angewiesen, welche ideologischen und kulturellen Gräben auch immer bestanden. Das zwang zu taktischer Beweglichkeit, die freilich nicht unbegrenzt war, wie die SPD sehr wohl wußte, wenn sie in einer bemerkenswert klugen Analyse, die anläßlich des sozialdemokratischen Parteitags in Essen im Jahre 1907 erschien, feststellte, daß die starken Nachwehen des „Religionsstreites auch heute noch längst nicht überwunden" seien[55]. Der Essener Wahlkreis, in dem der Parteitag stattfand, hatte bei den Reichstagswahlen des Jahres 1893 dafür geradezu ein Musterbeispiel geliefert. In einer Stichwahl zwischen Friedrich Alfred Krupp, der der Kandidat des Nationalen Lagers war, und dem langjährigen Essener Zentrumsabgeordneten Gerhard Stötzel stimmte die Mehrheit der sozialdemokratischen Wähler, wie die Ergebnisse in einigen Ortsteilen und Stimmbezirken unzweideutig zeigen und wie von den Sozialdemokraten auch offen eingeräumt wurde, für den Industriellen Krupp und gegen den Arbeiter Stötzel.

Auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Hamburg 1897 griff August Bebel den Vorfall noch einmal auf, wenn er mit schneidender Ironie konstatierte, „unsere Leute dort" seien gegebenenfalls wohl auch imstande, Herrn von Stumm zu wählen. Die Antwort des Essener Delegierten Kohn ist wegen eines Versprechers eine Delikatesse: „Die Vorwürfe, die Bebel gegen uns erhoben hat, weil wir in der Stichwahl für den Genossen Krupp (stürmische Heiterkeit) gestimmt haben, muß ich als richtig hinnehmen. Aber die Erbitterung gegen das Zentrum war in den Massen so groß, daß wir sie nicht dämpfen konnten."[56]

Die Reichstagswahl 1893 im Wahlkreis Essen zeigt noch einmal wie in einem Brennglas einige Mechanismen und Strukturen, die für die politische Gesellschaft des alten Reviers konstitutiv waren und erklären, warum sie so funktionierte wie sie funktionierte: die politische Bedeutung von „betriebspatriarchalischen" Loyalitäten, symbolisiert durch den Namen Krupp; die politische Wirkmächtigkeit konfessioneller Zugehörigkeiten, verkörpert durch den Gegensatz des katholischen Stötzel und des evangelischen Krupp, obwohl Krupp selbst zu den konfessionellen Irenikern gehörte, aber auch die traditionelle politische Mobilisierungskraft des nationalen Appells im Ruhrgebiet. Denn 1893 war keine „Normalwahl", sondern wegen der umstrittenen Heeresvorlage, die zur Reichstagsauflösung geführt hatte, eine Wahl, die den Charakter eines nationalen Plebiszits besaß.

Mit Stötzel wählten die Sozialdemokraten 1893 einen Mann ab, dem sie 1877 anläßlich der innerkatholischen Auseinandersetzung zwischen dem christlich-sozialen

[55] Arbeiterbewegung im Ruhrgebiet, 17.
[56] Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der SPD (Hamburg 1897, Berlin 1897) 131.

und dem bürgerlichen Flügel der Zentrumspartei selbst in den Sattel geholfen hatten. Dieser Vorfall verdeutlicht, daß die Beziehungen zwischen Zentrum und Sozialdemokraten, obwohl es niemals eine dauerhafte Zusammenarbeit gegeben hatte und die Gründung des ersten überkonfessionellen und parteipolitisch ungebundenen Bergarbeiterverbandes, des sogenannten „Rosenkranzverbandes", gerade auch auf den entschiedenen Widerstand der Wortführer der christlich-sozialen Bewegung im Essener Raum gestoßen war, in den 1870er und 1880er Jahren doch von einer Art gewesen war, daß zumindest gelegentliche Kooperation und wechselseitige Hilfestellung nicht prinzipiell ausgeschlossen war. So wurde beispielsweise einer der ersten Dortmunder Sozialdemokraten, der schlesische Schneidergeselle Josef Bönsch, vom Zentrum bei der Stadtverordnetenwahl 1877 auf seine Liste genommen und auch gewählt. Bereits bei den Reichstagswahlen des Jahres 1874 glaubte der Dortmunder Oberbürgermeister Dr. Hermann Becker eine „Verständigung zwischen den Ultramontanen und den Sozialdemokraten" erkennen zu können. Diese habe unter anderem dazu geführt, daß Personen, die im Auftrag des Kaplan Löher die Wählerlisten eingesehen hätten, nicht nur Verzeichnisse mit Namen ultramontaner, sondern auch mit Namen sozialdemokratischer Wähler bei sich gehabt hätten, deren „Nachtragung" sie gegebenenfalls hätten beantragen sollen[57].

Wie die Potentialausschöpfungswerte durch das Zentrum in den 1870er und 1880er Jahren belegen, die mancherorts deutlich über der 100%-Grenze lagen, gelegentlich aber auch auf der Wahlkreisebene, so beispielsweise 1881 im Wahlkreis Arnsberg 5 (Bochum), diese Grenze überschritten, zahlten sich solche und andere Aktivitäten gelegentlich für das Zentrum durchaus aus. Ermöglicht und erleichtert wurde diese Potentialausweitung, weil die Zentrumspresse in den 1870er Jahren oft eine scharfe Klinge gegen soziale Mißstände, gegen Klassenjustiz und staatliche Unterdrükkungsmaßnahmen führte. Verglichen damit, so die Sozialdemokraten, die sich später einen Sport daraus machten, dem Zentrum seine eigene radikale Vergangenheit vorzuspielen, sei die „heutige Schreibweise auch des radikalsten Parteiblattes nur Himbeerlimonade"[58]. Das galt sowohl für den Dortmunder Zentrumsführer Lambert Lensing mit seiner „Tremonia", als auch für den „roten Johannes", den Zentrumsjournalisten Johannes Fußangel in Bochum[59] und für die „Volkszeitung" in Essen, von den Organen der christlich-sozialen Arbeiterbewegung ganz zu schweigen. In gewissem Sinne hatten die „Schwarzen", um es in zeitgenössischer Terminologie zu sagen, in den 1870er und 1880er Jahren bei ihrer Auseinandersetzung mit den „Blauen" zum Teil die Funktion der „Roten" mit übernommen.

Diese Konstellation änderte sich grundlegend seit den frühen 1890er Jahren. Für das Zentrum rückte mehr und mehr die Sozialdemokratie als der eigentliche gefährliche Gegner in den Vordergrund; und es stellte sich nicht nur in seiner politischen Agitation, sondern auch in seinem sozialpolitischen Handeln vor Ort, beispielsweise

[57] Schreiben Beckers an Regierung Arnsberg vom 1. 2. 1874, nach: *Robert Umbreit,* Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet (Dortmund 1932) 21.

[58] Arbeiterbewegung im Ruhrgebiet, 11.

[59] *Hickey,* Workers, 86; *Crew,* Bochum, 141 ff.

durch die sogenannten „Volksbüros" des „Volksvereins für das katholische Deutschland", sehr schnell auf die neue Situation ein. Galt das umgekehrt auch für die Sozialdemokratie und drückte sich diese Grundeinstellung auch in ihrem Bündnisverhalten aus?

Die Essener Konstellation vom Jahre 1893 war kein Einzelfall. So berichtet beispielsweise der sozialdemokratische Redakteur Salzmann über die Kommunalwahlen des Jahres 1912 in der Stadt Recklinghausen, bei denen sich die Nationalliberalen das Ziel gesetzt hatten, die alte Zentrumsmehrheit zu brechen, fast wie von einer Selbstverständlichkeit, daß die SPD mit den Liberalen zusammenging[60]. Auch in Essen war es 1909 zu einem begrenzten Wahlabkommen zwischen Nationalliberalen und der SPD gekommen, das einem Essener Sozialdemokraten den Einzug in das Stadtparlament ermöglichte[61]; und in Dortmund unterstützten 1911 die Sozialdemokraten einen Kandidaten der Nationalliberalen, um einen Erfolg des Dortmunder Zentrumsführers Lambert Lensing zu verhindern[62]. Umgekehrt stimmte die Mehrheit der Wähler aus dem Nationalen Lager im Wahlkreis Essen in einer Reichstagsstichwahl 1903 für den sozialdemokratischen Kandidaten und gegen den Zentrumskandidaten Stötzel[63].

Das alles scheint auf ein durchgehendes Muster hinzudeuten. Dieser Eindruck verflüchtigt sich jedoch, wenn man den gesamten Zeitraum überschaut und eine Vielzahl von Fällen analysiert. 1912 siegte beispielsweise der Reichstagskandidat des Zentrums in Essen in der Stichwahl mit Hilfe des Nationalen Lagers, zur großen Enttäuschung der Sozialdemokratie, die mit der „traditionellen" Wahlhilfe der „Nationalen" für ihren Kandidaten gerechnet und offenbar bereits Vorbereitungen für die Feier des Wahlsieges getroffen hatte[64]. Hintergrund des Essener Verhaltens war eine Absprache zwischen Nationalliberalen und Zentrum, bei der eine wechselseitige Stichwahlunterstützung in allen vier Ruhrgebietswahlkreisen verabredet worden war, um den regionalen Vormarsch der Sozialdemokratie zu stoppen, – nicht ohne Erfolg, wie die Ergebnisse zeigen; denn in den Wahlkreisen Duisburg und Bochum verloren die Sozialdemokraten ihr 1907 errungenes Mandat wieder an die Nationalliberalen. Und auch bei den Kommunalwahlen des Jahres 1913 dominierten allenthalben Absprachen zwischen Nationalliberalen und Zentrum, um eine Wahl sozialdemokratischer Kandidaten zu verhindern. Umgekehrt war es bei den preußischen Abgeordnetenhauswahlen des Jahres 1908 zu einem Abkommen zwischen dem Zentrum und der Sozialdemokratie gekommen, das dem Zentrum eine Reihe von Mandaten im Ruhrgebiet ein-

[60] Vgl. Volksfreund Recklinghausen vom 14. 7. 1926.

[61] *Wilhelm Henning,* Geschichte der Stadtverordnetenversammlung von Essen 1890–1914 (Essen 1965) 107; generell *Helmuth Croon,* Die gesellschaftlichen Auswirkungen des Gemeindewahlrechts in den Gemeinden und Kreisen des Rheinlandes und Westfalens im 19. Jahrhundert (Köln, Opladen 1960).

[62] Vgl. Dortmunder Arbeiterzeitung vom 13. 8. 1912.

[63] *Hans-Werner Tiedtke,* Die Reichstagswahlen und die Reichstagswahlkämpfe im südlichen Teil des Ruhrgebiets von der Gründung des Norddeutschen Bundes bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs (Examensarbeit Bochum 1976 [MS]) 295ff.

[64] Vgl. Rheinisch-Westfälische Zeitung, 1912, Nr. 76.

brachte und die bisher unerschütterliche Vorherrschaft des Nationalen Lagers bei Landtagswahlen erschütterte.

Im Prinzip konnte also jeder mit jedem politische Absprachen treffen, wenn die politischen Umstände es nahelegten. Selbst die nationalpolnische Partei bildete hier keine Ausnahme, auch wenn eine Unterstützung nationalliberaler Kandidaten, die zu Recht oder zu Unrecht im Geruch standen, „Hakatisten" zu sein, auf prinzipielle Grenzen stieß. Der Wiarus Polski hatte 1907 zwar seine berühmte Parole in die Welt gesetzt: „Das polnische Volk kennt die Herren Deutsch-Katholiken sehr gut und sagt von ihnen: jeder Deutsche ist ein versteckter Lutheraner."[65] Das schloß jedoch in Ausnahmefällen die Unterstützung des Zentrumskandidaten in einer Stichwahl nicht aus, obwohl es in aller Regel die Sozialdemokratie war, die bei Stichwahlen von den polnischen Stimmen profitierte. Zieht man eine erste Bilanz, dann wird man sagen müssen, daß die politischen Absprachen und Abkommen zwischen den Parteien offensichtlich in erster Linie von machttaktischen Kalkülen bestimmt wurden, die aus der jeweiligen politischen Konstellation erwuchsen. Dabei spielten sowohl überregionale Aspekte als auch die Gegebenheiten vor Ort, bei denen auch persönliche Abrechnungen nicht fehlten, eine Rolle.

Gleichwohl läßt sich das Gefühl nicht unterdrücken, daß damit die ganze Wirklichkeit noch nicht erfaßt ist. Dieses Gefühl erwächst weniger aus der Beobachtung des tatsächlichen politischen Verhaltens, das ungeachtet eines hochgradig „affirmativen Wahlverhaltens"[66] ein großes Maß an taktischer Beweglichkeit bei Eliten und Wählern offenbart. Der Eindruck ergibt sich vielmehr, wenn man die Begründungen, die für ein bestimmtes politisches Verhalten geliefert werden, etwas näher in Augenschein nimmt. Dabei zeigt sich nämlich, daß der Ruhrgebietssozialdemokratie eine gelegentliche Zusammenarbeit mit dem Nationalen Lager offenbar leichter fiel als mit dem Zentrum, obwohl auch jede Kooperation mit den „geschworenen Feinden der Arbeiterklasse"[67] gleichsam routinemäßig ihre entsprechenden Kritiker fand. Es fehlt jedoch weitgehend jene emotionale Dimension, die beim Verhältnis zum Zentrum mit im Spiele ist. Es sei erinnert an die oben erwähnte Rede des Essener Delegierten Kohn auf dem Hamburger Parteitag, in der von der „Erbitterung gegen das Zentrum" bei den sozialdemokratischen Anhängern die Rede ist oder an den Bericht des sozialdemokratischen Redakteurs Salzmann über die Recklinghäuser Kommunalwahl des Jahres 1912, in dem er ausführlich den „blauen Terror" beschreibt, dann aber mit Blick auf das „intolerante Verhalten" des Zentrums etwas überraschend resümiert: „Unter diesen Umständen war es nicht verwunderlich, sondern durchaus erklärlich, daß die Sympathie unserer Genossen trotz aller Drangsalisierungen auf den Zechen bei den Liberalen war."[68]

[65] Zit. nach *Christoph Kleßmann,* Der Zug nach dem Westen. Polen im Ruhrgebiet, in: Kursbuch 62 (1980) 59–74, hier 67. Vgl. auch *P. B. Puhl,* Die polnischen Vereine im rheinisch-westfälischen Industriegebiet und die katholischen Seelsorger, in: Beiträge und Quellen zur Geschichte religiöser und kirchlicher Verhältnisse im Werden und Wandel des Ruhrgebiets 4 (Essen 1969) 43 ff.

[66] *Stanley Suval,* Electoral Politics in Wilhelmine Germany (Chapel Hill and London 1985) 55 ff.

[67] Essener Arbeiterzeitung 4. 1. 1909.

[68] Volksfreund Recklinghausen vom 14. 7. 1926.

Der Eindruck bestätigt sich, wenn man, gestützt vor allem auf die Dortmunder und Essener Arbeiterzeitung, das Agitationsverhalten der Ruhrgebietssozialdemokratie etwas umfassender in den Blick nimmt[69]. Zunächst einmal fällt schon rein quantitativ auf, daß das Zentrum der politische Hauptgegner ist und daß sich sowohl die Dortmunder als auch die Essener „Arbeiterzeitung" in erster Linie als Anti-Zentrumsorgane begreifen lassen. Das Bild des Nationalliberalismus ist in seinen Grundzügen klar und eindeutig. Er ist, zusammenfassend formuliert, die Partei der „Schlotbarone", die „Zechenpartei", die Partei der „leitenden Herren in Industrie und Verwaltung", die im Ruhrgebiet – so der ständige Vorwurf – Herrschaftsverhältnisse etablieren möchten wie die Konservativen in Ostelbien. Der Nationalliberalismus erscheint also somit als die Partei des Klassengegners, die überdies für Positionen wie Militarismus, Kolonialismus und Imperialismus steht.

Auch das Zentrum wird, je mehr es in Berlin zur „Regierungspartei" wird, als eine Art Juniorpartner des kapitalistischen Systems und des preußisch-deutschen Militarismus portraitiert. Es dominiert jedoch bei der Sicht des Zentrums die „Kulturkampfbrille". In erster Linie bleibt es die Partei des religiösen Aberglaubens, die Partei der „Dunkelmänner", die die Massen in Unwissenheit halten und von den Erkenntnissen der modernen Wissenschaft absperren möchten, um sie besser manipulieren zu können. Entsprechend schroff häufig die anti-kirchliche und anti-religiöse Agitation, deren Reichweite vom demonstrativen Herausstellen sittlicher, zumeist sexueller Verfehlungen katholischer Geistlicher über aggressiv gehaltene Kommentare anläßlich kirchlicher Feiertage bis hin zur Forderung nach Abschaffung kirchlicher Trauung, Taufe, Beerdigung und Konfirmation reicht, die unter dem Eindruck der russischen Revolution des Jahres 1905 formuliert wird[70]. Diese Anti-Zentrumshaltung, einschließlich der anti-kirchlichen und anti-religiösen Agitation, ist offensichtlich etwas, das quer zur Frontstellung „Radikalismus" versus „Reformismus" steht. So fordert beispielsweise der Dortmunder Reichstagsabgeordnete Dr. Erdmann, ein Mitarbeiter der Sozialistischen Monatshefte und bekannter „Revisionist", ausdrücklich nicht nur die Bekämpfung der Kirche, sondern auch die Bekämpfung jedweder Religion unter Rückgriff auf die Erkenntnisse der modernen Geschichts- und Naturwissenschaften, da religiöse Lehren allesamt auf Verdummung und Unterdrückung der Massen ausgerichtet seien[71].

Wie sind diese Frontstellungen und diese Ausrichtung der politischen Agitation zu erklären? Eine erste naheliegende Erklärung ist zweifellos die spezifische politische Konkurrenzsituation, in der sich Zentrum und Sozialdemokratie im Ruhrgebiet be-

[69] Die folgenden kurzen Darlegungen stützen sich auf eine vergleichende Analyse des Selbst- und Fremdverständnisses der drei politischen Lager im Ruhrgebiet. Eine ausführliche Präsentation der Ergebnisse hätte die Dimension dieses Aufsatzes gesprengt. Zur Presse im Ruhrgebiet vgl. die Arbeiten von *Kurt Koszyk*, zuletzt *ders.*, Arbeiterpresse in Duisburg 1876–1918, in: *Ludger Heid / Julius H. Schoeps* (Hrsg.), Arbeit und Alltag im Revier. Arbeiterbewegung und Arbeiterkultur im westlichen Ruhrgebiet im Kaiserreich und in der Weimarer Republik (Duisburg 1985) 93 ff.

[70] Vgl. Dortmunder Arbeiterzeitung v. 22. 5. 1905.

[71] Vgl. Dortmunder Arbeiterzeitung vom 10. 9. 1912.

fanden. Der politische Katholizismus besaß einen historischen Vorsprung. Die Sozialdemokratie war gleichsam der jüngere Bruder, der sich auf Kosten des älteren Bruders durchsetzen wollte und mußte. Das erklärt einen Teil des mit großer Erbitterung gegen das Zentrum geführten politischen Kampfes, bei dem freilich auch Momente „professioneller" Bewunderung für Agitation und Organisationswesen des politischen Katholizismus nicht fehlen. „Vom Zentrum lernen" ist eine Wendung, die durchaus in der Sozialdemokratie verbreitete Meinungen wiedergibt. Nicht zuletzt stößt auch die Schulungsarbeit des „Volksvereins für das katholische Deutschland" auf erheblichen Respekt. Den „Zöglingen" aus Mönchengladbach fiel es, wie es in einem Bericht über die am 26. Juli 1906 in Bocholt stattfindende Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Recklinghausen-Borken heißt, nicht schwer, nachdem sie auf „geistig höheres Niveau" gebracht worden seien, die Kameraden „mitzureißen", da sie „redegewandter" seien[72].

Eine zweite Ebene der Erklärung wird erreicht, wenn man reflektiert, daß die vergleichsweise stiefmütterliche Behandlung des Nationalen Lagers in der sozialdemokratischen Agitation einen wesentlichen Grund eben darin haben kann, daß dieses Lager als „Klassengegner" so selbstverständlich, so augenfällig und so tagtäglich in der betrieblichen und oft auch außerbetrieblichen Lebenswelt erfahrbar war, daß es eigentlich keines großen agitatorischen Aufwandes bedurfte, um diese Einsicht in den Köpfen zu verankern. Sehr viel schwieriger dagegen war es, den politischen Katholizismus als eine nur besser getarnte Variante des bürgerlichen Klassengegners hinzustellen. Denn der regionale Katholizismus besaß nicht nur ein historisches Prestige als Anwalt der „kleinen Leute" und ihrer materiellen und immateriellen Interessen, sondern war nach wie vor, über christliche Gewerkschaften, über die „Volksbüros" des katholischen Deutschlands und über das politische Personal, das er präsentierte, als solcher konkret erfahrbar. Immerhin war der einzige Reichstagsabgeordnete, der dem Ruhrgebietszentrum im 20. Jahrhundert verblieb, bezeichnenderweise ein Mann, der aus der katholischen Arbeiterbewegung stammte, zunächst Stötzel, später dann Giesberts, beide im Wahlkreis Essen. Und auch im preußischen Landtag saßen eine Reihe prominenter Führer der christlichen Gewerkschaften aus dem Ruhrgebiet. Gerade auch über das politische Personal, das das Zentrum präsentierte, wurden Botschaften ausgesandt, die die Partei zumindest in einigen Teilregionen des Ruhrgebiets fast wie eine katholische Arbeiterpartei erschienen ließen. Um dem entgegen zu wirken, bedurfte es in der Tat eines höheren agitatorischen Aufwandes als gegenüber dem Bürgerlichen Lager, dessen gesellschaftliches Profil im Prinzip unzweideutig war, obwohl auch letzteres unter dem Druck seiner Arbeiteranhänger nicht umhin kam, eine Reihe von symbolischen Anpassungen zu vollziehen, unter anderem dadurch, daß Arbeiter als nationalliberale Reichstagskandidaten aufgestellt wurden. Tatsächlich entsandte der Wahlkreis Arns-

[72] Vgl. den Polizeibericht, in: Staatsarchiv Münster, Reg. Münster VII 62 K. – Vgl. auch die Diskussion auf dem niederrheinischen Parteitag am 21. und 22. Oktober 1906 in Hagen, wo sehr stark das „Bedürfnis nach Vervollständigung des Rüstzeugs im Kampfe gegen das Zentrum" artikuliert wird, „um den M. Gladbacher Treibereien erfolgreicher entgegenwirken zu können". Sozialdemokratische Parteitage für die Rheinprovinz und den Niederrhein von 1889–1909, Elberfeld 1910, S. 55.

berg 5 (Bochum) 1912 mit dem Bergmann Karl Heckmann einen nationalliberalen Arbeiter in den Reichstag.

So plausibel diese Erklärungen sind, so wenig erfassen sie eine bestimmte Tiefendimension, die dem konfliktgeladenen Verhältnis zwischen SPD und Zentrum auch zugrundelag und die erst die emotionale Komponente in diesen Beziehungen verständlich werden läßt. Das durch den Nationalliberalismus repräsentierte Bürgerliche Lager war über materielle Interessengegensätze klar und rational definierbar, das Zentrum dagegen ein wenig faßbares politisches Phänomen, das es eigentlich gar nicht geben dürfe oder doch nicht mehr geben dürfe, das aber gleichwohl eine beunruhigende Überlebenskraft besaß. Das Verhältnis zwischen der Sozialdemokratie und dem politischen Katholizismus ist deshalb durch eine tiefe kulturelle Distanz und Fremdheit geprägt, selbst wenn man gelegentlich politisch zusammenarbeitete, während umgekehrt eine ganze Reihe von Indizien darauf hindeutet, daß sozialdemokratische Aktivisten dem Protestantismus innerlich weitaus näherstanden, obwohl letzterer stärker mit dem Klassengegner identifiziert werden konnte als das Katholische Lager.

Das ist im Grunde wenig verwunderlich, wenn man an die protestantischen Grundlagen der Ruhrgebietssozialdemokratie in den 1890er Jahren denkt und des weiteren daran, daß offenbar ein bestimmter Teil des sozialdemokratischen Milieus, soweit er protestantisch war, einen radikalen Bruch mit der traditionellen Lebenswelt, zu der zentral auch die Kirche gehörte, nicht vollzogen hatte. Dazu gab es an der Ruhr, im Unterschied zu anderen Gegenden Deutschlands[73], kein katholisches Pendant. Wer in dieser Region zum katholischen Milieu gehörte, stimmte in diesem historischen Zeitraum für das Zentrum, und umgekehrt. Ironischerweise war zwar der erste sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete aus dem Ruhrgebiet, sieht man von dem kurzen Gastspiel Hasenclevers im Norddeutschen Reichstag ab, ein früherer katholischer Theologiestudent, der allem Anschein nach auch persönlich gute Beziehungen zu dem Dortmunder Zentrumsführer Lensing unterhielt, aber es handelte sich um einen Katholiken, der seine einstige katholische Weltanschauung gegen die Weltanschauung des „wissenschaftlichen Sozialismus" eingetauscht hatte[74].

In der Ruhrgebietssozialdemokratie steckte somit eine teils über einen protestantischen, teils über einen laizistischen Nexus vermittelte kulturelle Distanz und ein damit einhergehendes tiefes Mißtrauen gegenüber dem Katholizismus. Sie machte eine gelegentliche taktische Zusammenarbeit zwar nicht unmöglich, aber doch ungemein schwer, da es stets einer besonderen Anstrengung bedurfte, um vor der eigenen Anhängerschaft eine auch nur begrenzte Kooperation mit dieser, wie es immer wieder in der sozialdemokratischen Agitation hieß, „heuchlerischsten Variante" des Bürgerlichen Lagers zu rechtfertigen.

[73] München ist unter anderem ein solches Gegenbeispiel. Vgl. ferner *Merith Niehuss,* Zur Schichtungsanalyse der SPD-Wähler in Bayern 1890–1900, in: *Peter Steinbach* (Hrsg.), Probleme politischer Partizipation im Modernisierungsprozeß (Stuttgart 1982) 217ff.

[74] Vgl. *Friedrich Wilhelm Saal,* Franz Lütgenau. Der erste sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete des Ruhrgebiets und Gründer der Volkshochschule Dortmund, in: Beiträge zur Geschichte Dortmunds und der Grafschaft Mark 72 (1980) 109ff.

IV. Gewerkschaften, Arbeitskämpfe und Tarifverträge: Regionale Ausbreitung und branchenspezifische Organisationsprozesse

Klaus Schönhoven

Die regionale Ausbreitung der deutschen Gewerkschaften im Kaiserreich 1890–1918

Vorbemerkung

Im November 1890, wenige Wochen nach dem Fall des Sozialistengesetzes, gründeten die der SPD nahestehenden Gewerkschaftsverbände ein eigenes zentrales Koordinationsgremium, die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. Diese Kommission erfüllte in den folgenden Jahrzehnten eine der ihr gestellten Aufgaben mit besonderer Sorgfalt: die Sammlung der statistischen Daten der unter ihrem Dach zusammengefaßten gewerkschaftlichen Einzelorganisationen. Im Laufe der Jahre wurden die von der Kommission publizierten Daten immer umfangreicher. Sie spiegelten den Durchbruch der Freien Gewerkschaften zur Massenbewegung eindrucksvoll wider, informierten detailliert über die organisatorischen Einrichtungen und finanziellen Leistungen der verschiedenen Berufs- und Industrieverbände und gaben Rechenschaft über die Anzahl und den Verlauf der Arbeitskämpfe. Bis 1907 war das von der Generalkommission regelmäßig veröffentlichte statistische Material so stark angeschwollen, daß man sich entschloß, es jährlich in gesonderten Beilagen zum „Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands" zu drucken, um kontinuierlich und möglichst umfassend über die Gebiete Tarifverträge, Lohnbewegungen, Arbeiterschutz, Gewerkschaftsorganisation, Gewerkschaftskartelle und Arbeitersekretariate berichten zu können.

In diesem Berg von Daten, die eine Fundgrube für sozialgeschichtliche Untersuchungen zum späten Kaiserreich sind, sucht man jedoch vergeblich nach Informationen über die regionale Ausbreitung der Gewerkschaften in Deutschland. Die Generalkommission erhob die entsprechenden Daten nie systematisch und hinterließ eine

statistische Lücke, die allerdings „nicht zufälliger Natur“[1] war. Jeder der zeitweise über 60 Einzelverbände der Freien Gewerkschaften untergliederte nämlich seine Organisationsräume nach anderen Prinzipien. Die Kriterien für die Einrichtung von lokalen Zahlstellen, regionalen Zweigvereinen, Verbandsgauen und Verwaltungsbezirken definierten die Gewerkschaften autonom, wobei sie sich an ihren berufsspezifischen Interessen orientierten und nicht am staatlichen Verwaltungsaufbau. Die Bezirke des Metallarbeiterverbandes deckten sich ebensowenig mit den Grenzen der Bundesstaaten des Deutschen Reiches wie die Gaue des Holzarbeiterverbandes; der Bergarbeiterverband faßte seine Mitglieder nach Grubenrevieren zusammen, der Fabrikarbeiterverband orientierte seinen regionalen Unterbau an den Standorten der chemischen Industrie. Flächendeckende Zahlstellennetze konnten sich im späten Kaiserreich nur mitgliederstarke und damit auch finanzkräftige Verbände leisten, während kleinere Gewerkschaften damit zufrieden sein mußten, in städtischen Zentren präsent zu sein. Einzelne hochspezialisierte Berufsverbände, wie z. B. die Verbände der Schiffszimmerer, der Werftarbeiter oder der Notenstecher, organisierten Arbeitergruppen, die sich in einer Region oder einer Stadt konzentrierten, weshalb ein reichsweiter Verbandsaufbau überflüssig war.

Die folgenden Berechnungen und Überlegungen können also nicht von den überlieferten Statistiken der Generalkommission oder der Einzelverbände ausgehen, weil diese keine für die Gebietsebene der Bundesstaaten verwertbaren Vergleichszahlen enthalten. Die Untersuchung muß sich deshalb auf andere zeitgenössische Erhebungen stützen, vor allem auf die von Walter Troeltsch und Paul Hirschfeld 1905 bzw. 1908 in zwei Studien publizierten Statistiken[2], die die beiden Sozialwissenschaftler aus heute nicht mehr verfügbaren Jahres- oder Quartalsabrechnungen der einzelnen Verbände oder nach direkter Befragung der Verbandsvorstände erstellten. Ergänzen ließ sich dieses Material durch die vom Kaiserlichen Statistischen Amt für 1911, 1912, 1913 und 1918 veröffentlichten Übersichten zur Verbreitung der Gewerkschaften nach Staaten und Landesteilen[3]. Für die Jahre 1914 bis 1917 konnte das Kaiserliche Statistische Amt aufgrund der „Unvollständigkeit des Materials infolge des Krieges“[4] keine Angaben machen.

[1] So das Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Nr. 11 vom 17. März 1906.

[2] *Walter Troeltsch, Paul Hirschfeld,* Die deutschen sozialdemokratischen Gewerkschaften. Untersuchungen und Materialien über ihre geographische Verbreitung 1896–1903 (Berlin 1905); *Paul Hirschfeld,* Die Freien Gewerkschaften in Deutschland. Ihre Verbreitung und Entwicklung 1896–1906 (Jena 1908). Künftig zitiert: *Troeltsch/Hirschfeld* bzw. *Hirschfeld.*

[3] Die Verbände der Arbeitgeber, Angestellten und Arbeiter im Jahre 1911. Bearb. im Kaiserlichen Statistischen Amte, Abteilung für Arbeiterstatistik (6. Sonderheft zum Reichs-Arbeitsblatte, Berlin 1913); dass. 1912 (8. Sonderheft zum Reichs-Arbeitsblatte, Berlin 1914); dass. 1913 (11. Sonderheft zum Reichs-Arbeitsblatte, Berlin 1915); Die Verbände der Unternehmer, Angestellten, Arbeiter und Beamten im Jahre 1918, mit Berücksichtigung ihrer Entwicklung in der Folgezeit. Bearb. im Reichsamt für Arbeitsvermittlung (22. Sonderheft zum Reichs-Arbeitsblatte, Berlin 1920). Im folgenden zitiert: Verbände (mit der jeweiligen Jahreszahl, auf die sich die Erhebungen beziehen).

[4] Verbände 1914, 45*, Anm. 2.

Sowohl die von Troeltsch und Hirschfeld gesammelten Daten als auch die Übersichten des Kaiserlichen Statistischen Amtes sind unvollständig. Verschiedene Verbände beteiligten sich nicht an den Erhebungen oder lieferten nur lückenhafte Unterlagen, weil sie selbst keine genauen Angaben über ihre Mitgliederzahlen auf der Ebene der Bundesstaaten besaßen. Deshalb schwankt die Erfassungsquote bei Troeltsch und Hirschfeld zwischen zwei Dritteln (1896) und gut vier Fünfteln (1906) der freigewerkschaftlichen Mitglieder, während das Statistische Amt in seinen ab 1911 publizierten Tabellen jeweils über 90 Prozent der Mitglieder regional zuordnen konnte. Störend für die Auswertung der Daten ist vor allem, daß neben dem Mitgliederbestand einiger kleiner Verbände (z.B. Asphalteure, Gärtner, Glaser, Xylographen) die Mitglieder des Bergarbeiterverbandes (1911: 120975 Mitglieder) nicht nach Bundesstaaten aufteilbar sind. Die sich daraus ergebenden regionalen Abweichungen (vor allem in Westfalen, Mitteldeutschland und Schlesien) müssen bei einer Interpretation der Tabellen bedacht werden.

Sehr viel lückenhafter als für die Freien Gewerkschaften ist das Datenmaterial für die beiden anderen Richtungsgewerkschaften, den Dachverband der Christlichen Gewerkschaften und den Dachverband der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine. Die Generalkommission veröffentlichte zwar regelmäßig Angaben zum Mitgliederbestand dieser beiden Konkurrenzorganisationen, ordnete diese aber nicht nach regionalen Kriterien. In der von Troeltsch und Hirschfeld vorgelegten Studie finden sich verwertbare Zahlen für 1903 (vgl. Tab. 7); das Kaiserliche Statistische Amt konnte bei seinen Erhebungen ab 1911 höchstens 50 Prozent der Mitglieder dieser beiden Dachverbände den Bundesstaaten zuordnen und verzichtete deshalb auf einen systematischen Vergleich der Verbreitungsgebiete aller drei Richtungsgewerkschaften.

I

Die gewerkschaftliche Mobilisierung der Arbeiterschaft, die in den 1880er Jahren noch unter den koalitionsfeindlichen Rahmenbedingungen des Sozialistengesetzes erneut einsetzte[5], vollzog sich nicht in einem kontinuierlichen Wachstumsprozeß, an dem die verschiedenen Berufsgruppen und die verschiedenen regionalen Räume in Deutschland gleichmäßig partizipierten. Auf die Organisationsbereitschaft der Arbeiter wirkte eine Vielzahl von verhaltensrelevanten Faktoren ein, deren genauere Analyse hier ausgeklammert werden muß. Die berufliche Situation, das Alter, das Geschlecht und der Familienstand der Arbeiter und Arbeiterinnen, gewerbestrukturelle

[5] Vgl. dazu *Gerhard A. Ritter, Klaus Tenfelde,* Der Durchbruch der Freien Gewerkschaften Deutschlands zur Massenbewegung im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts, in: Vom Sozialistengesetz zur Mitbestimmung, hrsg. von *Heinz Oskar Vetter* (FS Hans Böckler, Köln 1975) 61–120; *Willy Albrecht,* Fachverein – Berufsgewerkschaft – Zentralverband. Organisationsprobleme der deutschen Gewerkschaften 1870–1890 (Bonn 1982); *Klaus Schönhoven,* Die deutschen Gewerkschaften (Frankfurt am Main 1987) 46ff.; *Klaus Tenfelde,* Die Entstehung der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Vom Vormärz bis zum Ende des Sozialistengesetzes, in: Geschichte der deutschen Gewerkschaften, hrsg. von *Ulrich Borsdorf* (Köln 1987) 15–165, 149ff.

und betriebliche Gegebenheiten, das Ansehen und die Überzeugungskraft der Gewerkschaftsfunktionäre, geographische und gesetzliche Rahmenbedingungen potenzierten oder neutralisierten sich in ihrer organisationsfördernden bzw. organisationshemmenden Wirkung. Erhebliche Bedeutung für die Expansionschancen der Gewerkschaftsverbände hatte die Größe der Betriebe und der Orte, der Industrialisierungsgrad einer Region und ihre vereinsrechtliche Verfassung[6].

So hatte zwar die 1869 für den Norddeutschen Bund in Kraft getretene und dann vom Deutschen Reich übernommene Gewerbeordnung das freie Koalitionsrecht für gewerbliche Gehilfen und Fabrikarbeiter dekretiert – landwirtschaftliche Arbeitskräfte und Dienstboten konnten auch weiterhin durch Gesindeordnungen diszipliniert werden –, aber diese Koalitionsfreiheit stand vielfach nur auf dem Papier, weil die einzelstaatlichen Vereinsgesetze, behördliche Schikanen und unternehmerische Repressalien sie aushöhlten. Sobald Gewerkschaften auf das Gebiet der allgemeinen Sozialpolitik übergriffen und beispielsweise über die Fabrikgesetzgebung, die Verkürzung der Arbeitszeit oder die Sonntagsruhe debattierten, liefen sie Gefahr, die Bestimmungen der Landesgesetze über politische Vereine zu verletzen. Der partikularstaatliche Verfassungsschutz beschnitt und behinderte die gewerkschaftliche Bewegungsfreiheit mit einer Fülle von Verordnungen, deren gemeinsame Zielrichtung trotz aller Widersprüchlichkeiten im Einzelnen sich auf die präventive Bekämpfung der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung konzentrierte[7]. Die Lex Hohenlohe vom Dezember 1899 brachte dann eine reichsgesetzliche Aufhebung des Verbindungsverbots für politische Vereine und schob einzelstaatlichen Gesetzesverschlechterungen einen Riegel vor, doch auch weiterhin konnten die Polizeibehörden der Bundesstaaten mit dem Auskunftszwang bei der Gründung von gewerkschaftlichen Zahlstellen und dem Anmeldezwang bei der Abhaltung von gewerkschaftlichen Veranstaltungen den lokalen und regionalen Vormarsch der Gewerkschaftsverbände aufhalten. Erst das Reichsvereinsgesetz vom April 1908 schuf eine für das ganze Reichsgebiet verbindliche koalitionsrechtliche Grundlage. Frauen und Jugendliche über 18 Jahre konnten sich nun auch politisch organisieren und an Versammlungen von Parteien teilnehmen. Der umstrittene Sprachenparagraph dieses Gesetzes schrieb aber für öffentliche Versammlungen den Gebrauch der deutschen Sprache vor und erschwerte damit auch weiterhin die gewerkschaftliche Agitation in den nationalgemischten preußischen Ostprovinzen, unter den Ruhrpolen in Westfalen, unter den Dänen in Nordschleswig und den Franzosen in Elsaß-Lothringen. Nicht reformiert wurde bis 1918 der § 153 der Gewerbeordnung, der den Koalitionszwang bei Arbeitskämpfen unter Strafe

[6] Vgl. dazu ausführlich *Klaus Schönhoven,* Expansion und Konzentration. Studien zur Entwicklung der Freien Gewerkschaften im Wilhelminischen Deutschland 1890 bis 1914 (Industrielle Welt 30, Stuttgart 1980). Künftig zitiert: *Schönhoven,* Expansion.

[7] Vgl. dazu mit vielen Beispielen: Das Koalitionsrecht der deutschen Arbeiter in Theorie und Praxis. Denkschrift der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. Bearb. im Auftrage derselben von *Carl Legien* (Hamburg 1899).

stellte und jeden Streik zum unwägbaren Risiko machte, indem er das Streikpostenstehen kriminalisierte[8].

Um der staatlichen Kontrolle zu entgehen, die in Preußen und im Königreich Sachsen bis zur Jahrhundertwende besonders rigoros gehandhabt wurde, weil hier ein „Koalitionsrecht von Polizeignaden" bestand[9], hatten die meisten freigewerkschaftlichen Verbände während ihrer Reorganisations- und Neugründungsphase in den späten 1880er und frühen 1890er Jahren ihre Vorstandssitze außerhalb dieser industriewirtschaftlich fortschrittlichen, aber vereinsrechtlich rückständigen Bundesstaaten angesiedelt. Bevorzugtes Domizil der Verbandsvorstände war die Hansestadt Hamburg, in der bis 1902 insgesamt 21 Einzelverbände und auch die Generalkommission residierten. Die 1891 bzw. 1893 gegründeten Industrieverbände der Metallarbeiter und der Holzarbeiter errichteten ihre Zentralen in Stuttgart; in Bremen etablierten sich die Vorstände der Böttcher und Tabakarbeiter; Karlsruhe war der Verbandssitz der Glaser; Nürnberg wählten die Schuhmacher und Altenburg die Hutmacher als ihre Vorstandsorte. Doch in den letzten anderthalb Jahrzehnten vor Kriegsbeginn gewann die politische und gewerkschaftliche Zentralität der Reichshauptstadt zunehmend an Gewicht: 1914 hatten 31 Einzelverbände und die Generalkommission (seit 1903) ihren Sitz in Berlin; 17 Einzelverbände entschlossen sich jedoch nicht zu einem Umzug in die Reichsmetropole, darunter die mitgliederstarken Verbände der Bergarbeiter (Bochum), der Fabrikarbeiter (Hannover) und der Metallarbeiter (Stuttgart). Hamburg hatte seine überragende Führungsposition verloren, war aber nach Berlin als Vorstandssitz der Verbände der Bäcker, Bauarbeiter, Kürschner, Maler, Schiffszimmerer und Zimmerer immer noch das wichtigste Zentrum der Freien Gewerkschaften[10].

Die Wahl der Vorstandsorte besaß namentlich in den neunziger Jahren eine nicht zu unterschätzende Bedeutung für die regionale Ausstrahlungskraft der Einzelverbände, die im Umfeld ihrer Verbandszentralen besonders intensiv um Mitglieder warben. Generell kann man feststellen, daß sich die Hauptmasse der freigewerkschaftlichen Mitglieder in Mittel- und Großstädten konzentrierte. In den urbanen Ballungsgebieten entwickelten sich am Arbeitsplatz, aber auch im Wohn- und Freizeitbereich dauerhaftere solidarische Beziehungen zwischen den Arbeitern als auf dem flachen Land. Die alten Residenz-, Gewerbe- und Handelsstädte, in denen seit 1848/49 die sozialistische Arbeiterbewegung Fuß gefaßt hatte, und die im Laufe des 19. Jahrhunderts erst gegründeten, dann aber rasch anwachsenden Zentren der Metall-, Schwereisen-, Kohle- und Chemieindustrie wurden zu Hochburgen der Gewerkschaftsbewegung. Städtische Arbeiter sahen sich „am stärksten und nachhaltigsten der industriellen So-

[8] Zur Anwendung dieser Bestimmung s. *Klaus Saul*, Staat, Industrie, Arbeiterbewegung im Kaiserreich. Zur Innen- und Sozialpolitik des Wilhelminischen Deutschland 1903–1914 (Studien zur modernen Geschichte 16, Düsseldorf 1974) 188–282.

[9] So Carl Legien, der Vorsitzende der Generalkommission, auf dem Kongreß der Freien Gewerkschaften 1899; zit. nach Protokoll der Verhandlungen des 3. Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands. Abgehalten zu Frankfurt a. M.-Bockenheim vom 8. bis 13. Mai 1899 (Nachdr. Berlin–Bonn 1979) 95.

[10] Vgl. die Aufstellung der Vorstandsorte in Adressen-Beilage des Correspondenz-Blatt, Nr. 3 vom 3. Juli 1915.

zialisation"[11] ausgesetzt. Großstädte waren Orte, an denen sich der moderne Industriekapitalismus und mit ihm die Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit am deutlichsten entfalteten. Hier bezeugten Mietskasernen und Villenvororte die klassengesellschaftliche Segregation steinern; hier ließ sich aber auch die autonome Organisation von Sozialdemokratie und Gewerkschaften in den proletarischen Wohnquartieren und am Arbeitsplatz auf Dauer weder polizeistaatlich zähmen noch patriarchalisch einhegen; hier konnte sich die solidaritätsstiftende Kommunikation im Vereins- und Alltagsleben am schnellsten herausbilden und konsolidieren.

In den Großstädten mit mehr als 100000 Einwohnern lebte zwar 1895 nur gut ein Fünftel der nicht-landwirtschaftlichen Arbeiter, aber 45 Prozent der freigewerkschaftlichen Mitglieder (vgl. Tab. 5). Dieser Mitgliederanteil stieg in den folgenden Jahren kontinuierlich an und erreichte 1911 mit 56,9 Prozent seinen Höhepunkt. Die rasch fortschreitende Urbanisierung und die sie begleitende Ausweitung der großstädtischen Arbeiterbevölkerung, die sich zwischen 1895 und 1907 fast verdoppelte, erklären diese Entwicklung nur zum Teil. In Klein- und Mittelstädten sowie in ländlichen Gemeinden lebten auch 1907 noch fast drei Viertel aller gewerblichen Arbeiter, während ihr Anteil an den Mitgliedern der Freien Gewerkschaften nur etwas mehr als zwei Fünftel betrug. Das Organisationsgefälle zwischen Stadt und Land verdeutlichen folgende Zahlen besonders eindeutig: 1911 gehörten in den Großstädten mit mehr als 100000 Einwohnern 42 Prozent aller in Industrie, Handel und Gewerbe hauptberuflich tätigen Arbeiter einem freigewerkschaftlichen Verband an; in Mittel-, Klein- und Landstädten ab 2000 Einwohnern betrug die Organisationsquote 16,4 Prozent, und in dörflichen Gemeinden mit weniger als 2000 Einwohnern lag sie nur bei 1,2 Prozent[12].

Das Wachstumstempo der Freien Gewerkschaften in den Großstädten mit mehr als 200000 Einwohnern und das Entstehen eines gewerkschaftlich orientierten Arbeitertypus in diesen Ballungsräumen dokumentiert Tab. 6: In fünf Städten (Hannover, Dresden, Stuttgart, Nürnberg, Bremen) gehörten 1911 mehr als drei Fünftel der Arbeiterschaft freigewerkschaftlichen Verbänden an; in fünf weiteren Städten (Leipzig, Kiel, Chemnitz, Hamburg, München) war mindestens jeder zweite Arbeiter Mitglied eines Verbandes der sozialdemokratischen Gewerkschaftsrichtung, und vier Städte (Frankfurt a. M., Magdeburg, Groß-Berlin, Stettin) wiesen einen Organisationsgrad zwischen 40 und 50 Prozent aus. Der hinter diesen Daten deutlich zurückbleibende Organisationsgrad in Duisburg (9,9 Prozent), Essen (16,0 Prozent) und Dortmund (16,8 Prozent) erklärt sich zum Teil daraus, daß für diese Städte die Mitgliederzahlen des Bergarbeiterverbandes fehlen, der im Ruhrgebiet die Hauptmasse seiner Mitglieder hatte. Zu beachten ist jedoch auch, daß die Unternehmer der Schwereisen- und Kohleindustrie extrem gewerkschaftsfeindlich eingestellt waren und in ihren Großbetrie-

[11] So *Josef Mooser*, Arbeiterleben in Deutschland 1900–1970. Klassenlagen, Kultur und Politik (Frankfurt am Main 1984) 162.

[12] Berechnet nach Statistik des Deutschen Reichs. Hrsg. vom Kaiserlichen Statistischen Amte, Bd. 211 (Berlin 1913) Übersicht 38, 158*. Erfaßt sind hier die hauptberuflich tätigen Arbeiter und Arbeiterinnen (einschließlich der mithelfenden Familienangehörigen) in den Berufsabteilungen B, C und D. Die Angaben über die Mitgliederzahlen der Freien Gewerkschaften in den einzelnen Ortsgrößenklassen nach: Verbände 1911, Tabellenanhang, 51, Spalte 63.

ben keine Gewerkschaften duldeten und daß glaubenstreue katholische Arbeiter sich in den christlichen Verbänden organisierten, die im Ruhrrevier, einer Hochburg des politischen Katholizismus, einen starken Rückhalt besaßen. Die in Tab. 6 zusammengestellten Einzeldaten für die 21 größten deutschen Städte belegen auch das besonders stürmische Gewerkschaftswachstum zwischen 1903 und 1911, das den durch Urbanisierung, Zuwanderung und Eingemeindungen erzielten Bevölkerungszuwachs prozentual weit übertraf[13].

Für die beiden anderen Dachverbände, die Christlichen Gewerkschaften und die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine, liegen leider nur bruchstückhafte Vergleichsdaten vor, die sich für 1911 auf ein Fünftel (Christliche Gewerkschaften) bzw. ein Zehntel (Hirsch-Dunckersche Gewerkvereine) der Gesamtmitgliedschaft beziehen. Daraus geht hervor, daß die christlichen Verbände in Großstädten mit 47 Prozent nicht ganz so hohe Mitgliederanteile wie die Freien Gewerkschaften hatten, hingegen in Orten mit weniger als 5000 Einwohnern ein Fünftel ihrer Mitglieder rekrutierten (Freie Gewerkschaften: 7 Prozent). Die erfaßten Mitglieder der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine verteilten sich zu gut einem Drittel (37,6 Prozent) auf Großstädte; knapp ein Viertel der Mitglieder (23,8 Prozent) wohnte in Mittelstädten mit 20000 bis 100000 Einwohnern; in Kleinstädten mit mehr als 5000 Einwohnern lebten 19 Prozent der statistisch zuteilbaren Mitglieder, und in Landstädten und Dörfern betrug der Mitgliederanteil des liberalen Gewerkschaftsverbandes 18,9 Prozent[14]. Diese allerdings von einer schmalen Datenbasis ausgehenden Berechnungen weisen darauf hin, daß sich die christlichen und liberalen Richtungsverbände gegen den Konkurrenzdruck der sozialdemokratischen Gewerkschaften um so besser behaupten konnten, je kleiner der Ort war. Ein lästiger Gegner in den Großstädten und hier vor allem in den Großbetrieben erwuchs den Freien Gewerkschaften im letzten Vorkriegsjahrzehnt aber in den Wirtschaftsfriedlichen Verbänden. Diese von den Unternehmern als antigewerkschaftliche Stoßtrupps gegründeten und finanziell geförderten „gelben" Organisationen zählten 1912 bereits über 180000 Mitglieder, von denen 60,4 Prozent in Großstädten mit mehr als 100000 Einwohnern lebten[15].

II

Betrachtet man die regionale Verbreitung der Freien Gewerkschaften in den Bundesstaaten des Deutschen Reiches (s. Tab. 1 und 2), so ist nicht weiter erklärungsbedürftig, daß in Preußen, dem größten Flächenstaat, auch die meisten Gewerkschaftsmitglieder wohnten. In diesem Kernland der Hohenzollernmonarchie, das sich von

[13] Vgl. dazu die Wachstumsraten der Bevölkerung in diesen Städten im Zeitraum zwischen 1890 und 1910: Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch. Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1870–1914. Von *Gerd Hohorst, Jürgen Kocka* und *Gerhard A. Ritter* (München 1975) 45.

[14] Berechnet nach: Verbände 1911, Tabellenanhang, 51, Spalte 64 u. 65.

[15] Zahlenangaben nach: Verbände 1912, Tabellenanhang, 61, Spalte 64. Zur Entwicklung dieser Organisationen s. *Klaus Mattheier*, Die Gelben. Nationale Arbeiter zwischen Wirtschaftsfrieden und Streik (Düsseldorf 1973).

Königsberg im Osten bis nach Saarbrücken im Westen erstreckte, lebten im späten Kaiserreich drei Fünftel der hauptberuflich tätigen Arbeiter und die Hälfte aller freigewerkschaftlichen Mitglieder. In der Rangliste der mitgliederstärksten Bundesstaaten folgten hinter Preußen die beiden Königreiche Sachsen und Bayern, die auch den zweit- bzw. dritthöchsten Arbeiteranteil aufwiesen. Doch hinter diesen beiden Flächenstaaten schloß sich mit Hamburg schon ein Stadtstaat an, der – nimmt man den Arbeiteranteil als Bezugsgröße – erst an neunter Stelle hätte placiert sein dürfen. Hamburg behauptete diese Spitzenstellung als gewerkschaftliches Organisationszentrum vor Württemberg, Thüringen, Baden und Hessen, obwohl in diesen Ländern die Arbeiterquote größer war als in der Hansestadt.

Preußen stand zwar immer auf dem ersten Platz, wenn man die einzelnen Bundesstaaten nach der absoluten Zahl der Gewerkschaftsmitglieder gruppiert, nicht aber, wenn man den gewerkschaftlichen Organisationsgrad als Maßstab wählt. Hier lagen die Hansestädte Bremen, Hamburg und Lübeck stets mit großem Vorsprung vor den Flächenstaaten in Front, während Preußen nie den Reichsdurchschnitt erreichte. Zur Gruppe der gewerkschaftlich am besten organisierten Gebiete zählten immer das Königreich Sachsen und die thüringischen Staaten, also jene mitteldeutschen Territorien, von denen schon in den 1860er Jahren wichtige Anstöße für die Formung der deutschen Arbeiterbewegung ausgegangen waren[16]. Der allgemeine Anstieg des gewerkschaftlichen Organisationsgrades im Deutschen Reich, der sich in einem Zeitraum von nur fünfzehn Jahren von 2,0 Prozent (1896) auf 16,3 Prozent (1911) verachtfachte, dokumentiert das dynamische Wachstum der Freien Gewerkschaften in der wilhelminischen Ära, wobei allerdings zu beachten ist, daß die Zuwachsraten in den einzelnen Regionen unterschiedlich hoch waren: In den schon in den neunziger Jahren überdurchschnittlich gut organisierten Hansestädten lag die gewerkschaftliche Expansionsquote unter dem Reichsdurchschnitt, während sie in Elsaß-Lothringen, in Anhalt sowie im rechts- und linksrheinischen Bayern diesen Mittelwert deutlich überstieg. Einige Kleinstaaten (Mecklenburg-Strelitz, Lippe, Schaumburg-Lippe, Waldeck), die bereits 1896 die gewerkschaftliche Nachhut gebildet hatten, konnten ihren Organisationsrückstand nicht aufholen und blieben Diasporagebiete. Dies gilt auch für das 1871 vom Kaiserreich annektierte Elsaß-Lothringen trotz der dort besonders hohen gewerkschaftlichen Wachstumsquote.

Faßt man die Bundesstaaten des Deutschen Reiches zu größeren Gebietseinheiten zusammen (s. Tab. 3), so zeigt sich, daß in den neunziger Jahren die Kerngebiete der Freien Gewerkschaften in Nordwestdeutschland, in Mittelnorddeutschland und in Mitteldeutschland lagen. Der Raum zwischen Schleswig-Holstein im Norden und Thüringen im Süden, Braunschweig im Westen und Brandenburg im Osten hob sich als gewerkschaftliche Verdichtungszone von den anderen Reichsteilen deutlich ab und bewahrte seinen Organisationsvorsprung auch über die Jahrhundertwende hinaus. Obwohl in diesem Gebiet nur circa vierzig Prozent der hauptberuflich tätigen Arbeiter

[16] Vgl. dazu jetzt *Toni Offermann*, Die regionale Ausbreitung der frühen deutschen Arbeiterbewegung 1848/49–1860/64, in: GG 13 (1987) 419–447; *Hartmut Zwahr*, Die deutsche Arbeiterbewegung im Länder- und Territorienvergleich 1875, in: ebd. 448–507.

des Deutschen Reiches beschäftigt waren, betrug die freigewerkschaftliche Organisationsquote hier zwischen 60 und 66 Prozent. In West-, Süd- und Ostdeutschland waren die Bezugszahlen genau spiegelverkehrt: einem Arbeiteranteil von rund sechzig Prozent stand hier ein Organisationsanteil von etwa vierzig Prozent gegenüber. Einigermaßen ausgeglichen wurde der Rückstand im letzten Vorkriegsjahrzehnt lediglich in Süddeutschland, dessen Organisationsanteil 1911 seinem Arbeiteranteil entsprach und dessen gewerkschaftlicher Organisationsgrad fast das Niveau des Reichsdurchschnitts erreichte. Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die Beobachtung, daß die Freien Gewerkschaften im Zeitraum zwischen 1896 und 1911 in sechs der sieben Regionalbezirke relativ gleichmäßig wuchsen und am Ende der fünfzehnjährigen Zeitspanne dort zehn- bis elfmal soviel Mitglieder hatten wie im Ausgangsjahr 1896. Nur in Nordwestdeutschland war die Wachstumsquote deutlich geringer. Hier verfünffachte sich der Mitgliederbestand der Freien Gewerkschaften zwischen 1896 und 1911, was darauf hinweist, daß in dieser Region bereits vor der Jahrhundertwende ein gewisser Sättigungsgrad erreicht war.

Der Befund, daß die Freien Gewerkschaften in Ostdeutschland (Ostpreußen, Westpreußen, Pommern, Posen und Schlesien) im Wachstumstempo mit den anderen Regionen Schritt halten konnten, ihren Organisationsanteil an der Gesamtbewegung behaupteten und den gewerkschaftlichen Organisationsgrad von 0,7 Prozent (1896) auf 6,5 Prozent (1911) verbesserten, weist auf die Erfolge einer besonders intensiven Mitgliederwerbung hin. Für die Ostprovinzen des Reiches hatte man nämlich schon zu Beginn der neunziger Jahre eigene Agitationskommissionen eingerichtet, deren Arbeit die Generalkommission finanziell und personell unterstützte. In ihren Rechenschaftsberichten wies die Kommission regelmäßig auf die ökonomische Rückständigkeit und das gewerkschaftsfeindliche Sozialklima im Osten Deutschlands hin: „Bei dem Mangel an Versammlungslokalen, der geringen Regsamkeit der von religiösen Anschauungen beeinflußten Bevölkerung, der Furcht vor den Behörden und dem Unternehmerthum ist nur eine äußerst geringfügige Zunahme der gewerkschaftlichen Bewegung in diesen Landesteilen zu erwarten. Jeder, auch der kleinste Fortschritt muß mit Freuden begrüßt werden."[17]

Ähnliche Erfahrungen machten auch die Einzelverbände immer wieder, die in den Ostprovinzen um Mitglieder warben. Daß die Situation sich im späten Kaiserreich nicht zugunsten der Gewerkschaften veränderte, veranschaulicht folgende Passage aus dem Rechenschaftsbericht eines Bezirksleiters des Bauarbeiterverbandes für 1911: „In der Provinz Posen fehlt es selbst in unseren Organisationsorten an Versammlungslokalen; sobald wir irgendwo eins erhalten, versucht man, es uns wieder abzutreiben. Verschiedentlich haben wir Lokale gemietet: traurige, ungastliche Löcher für schweres Geld. Während des Winters mußten wir zuweilen bei 20 bis 30 Grad Kälte in schmutzigen, ungeheizten Räumen unsere Verbandsgeschäfte abwickeln. Die Erlangung von Lokalen wird uns noch dadurch erschwert, daß wir nach Möglichkeit dem Schnapsgenuß entgegenwirken, womit die Wirte natürlich sehr unzufrieden sind. Zu den Lokal-

[17] Protokoll der Verhandlungen des 2. Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands. Abgehalten zu Berlin vom 4. bis 8. Mai 1896 (Nachdr. Berlin–Bonn 1979) 46.

schwierigkeiten kommen die Drangsalierungen und Schikanen durch die Behörden. Auf Veranlassung des Regierungspräsidenten versucht man in der Provinz Westpreußen, unsere Zweigvereine zu politischen Vereinen zu stempeln. ... Es ist furchtbar schwer, in die der Organisation noch nicht erschlossenen Orte einzudringen. Ist es einmal endlich gelungen, so ist zehn gegen eins zu wetten, daß sich in kürzester Zeit Christen und Polen dort einfinden, um unter Assistenz des Klerus unsere Arbeit zu zerstören."[18]

Da die ostdeutschen Gewerkschaften aufgrund der Binnenwanderung nach Westen auch noch ihre jungen, aktiven Mitglieder verloren, war die in den Ostprovinzen zu leistende organisatorische Alltagsarbeit besonders mühsam. Der ständige Abstrom von Arbeitskräften erschwerte den Aufbau von stabilen Gewerkschaftsstrukturen und machte die bescheidenen Erfolge, die sich erst nach vielen Versammlungen und kostspieligen Werbekampagnen einstellten, oft wieder zunichte. Die Sonderrolle der ostdeutschen Regionalorganisationen als Sammelplatz von abwanderungsbereiten Mitgliedern betonten die Rechenschaftsberichte der Einzelverbände stets mit Nachdruck. So teilte der für Pommern, Posen, Ost- und Westpreußen zuständige Bezirksleiter des Metallarbeiterverbandes mit, allein im zweiten Halbjahr 1903 hätte fast ein Viertel der dort lebenden Verbandsmitglieder „dem Osten den Rücken gekehrt": „Eine sehr große Zahl von Kollegen tritt der Organisation nur bei, um abreisen zu können, weil sie so erbärmlich wenig verdienen, daß sie ohne Reisegeld überhaupt nicht vorwärts kommen würden."[19] Und aus Schlesien meldete im gleichen Jahr der dortige Bezirksleiter: „Die Mehrzahl aller Verwaltungsstellen sind Durchgangsstationen. Sobald die Kollegen hier für die Organisation gewonnen und einigermaßen aufgeklärt, sozusagen flügge geworden sind, schnüren sie ihr Bündel und der Zug vom Osten nach dem Westen beginnt. ... Wir stehen hier im Osten auf einem Platz, einem Vorposten, dessen Arbeit zu einem großen Teil anderen Bezirken zugute kommt."[20]

Ostdeutschland blieb deshalb eine gewerkschaftlich unterentwickelte Region, in der die städtischen Zahlstellen der Freien Gewerkschaften „gleich Oasen in der Wüste"[21] emporragten. Dies verdeutlichen auch die für die preußischen Provinzen errechneten Einzeldaten (s. Tab. 4), die nochmals auf die ungleichmäßige regionale Verankerung der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung hinweisen. Diese Daten unterstreichen die überragende Bedeutung der Reichshauptstadt Berlin als Organisationszentrum. Obwohl der Arbeiteranteil in den Provinzen Rheinland, Schlesien, Westfalen, Brandenburg und Sachsen größer war als in Berlin, stand diese Metropole aus organi-

[18] Jahrbuch 1911, hrsg. vom Vorstand des Deutschen Bauarbeiterverbandes (Hamburg 1912) 47.
[19] Der Deutsche Metallarbeiter-Verband im Jahre 1903. Jahr- und Handbuch für Verbandsmitglieder, hrsg. vom Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes (Stuttgart 1904) 77.
[20] Ebd. 83, 86. Vgl. zur Wanderungsbilanz in den einzelnen Bezirken des Metallarbeiter-Verbandes *Schönhoven,* Expansion, 190ff.
[21] So der zuständige Bezirksleiter des Metallarbeiter-Verbandes in seinem Rechenschaftsbericht für 1904: zit. nach: Der Deutsche Metallarbeiter-Verband im Jahre 1904. Jahr- und Handbuch für Verbandsmitglieder, hrsg. vom Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes (Stuttgart 1905) 164.

satorischer Perspektive bei allen Erhebungen mit weitem Abstand an der Spitze. In der Reichshauptstadt lebte 1896 knapp ein Fünftel und 1911 mehr als ein Viertel aller auf Preußen entfallenden freigewerkschaftlichen Mitglieder, und der Organisationsgrad der hauptberuflich beschäftigten Arbeiter verzehnfachte sich hier in diesem Zeitraum von fünf auf fünfzig Prozent.

Zur Spitzengruppe der gewerkschaftlich am besten erschlossenen Regionen Preußens gehörten in den neunziger Jahren neben Berlin die Provinzen Hannover, Schleswig-Holstein, Brandenburg und Hessen-Nassau. Erst dann folgten die industriellen Ballungsgebiete in Sachsen, Schlesien, im Rheinland und in Westfalen. Nach der Jahrhundertwende rückten Sachsen, das Rheinland und Westfalen in der Reihe der mitgliederstärksten Provinzen sprunghaft nach oben, wobei allerdings nur in der Provinz Sachsen der Organisationsgrad auch deutlich über den preußischen Landesdurchschnitt anstieg[22]. Dennoch blieb Preußen aus gewerkschaftlicher Sicht bis zum Kriegsbeginn ein Land der Extreme. Den schwach besetzten Ostprovinzen schloß sich zwischen Spree und Weser ein organisatorisch verdichteter Raum an, dem, je weiter man nach Westen kam, wieder schlechter entwickelte Regionen folgten. Am Westrand Preußens, im Umfeld von Koblenz und Trier sowie im Saargebiet, waren die freigewerkschaftlichen Zahlstellen ähnlich dünn gesät wie in den Ostgebieten.

Ein Vergleich der geographischen Verbreitungsgebiete der verschiedenen Richtungsgewerkschaften läßt sich wegen der lückenhaften Datenlage nur für das Jahr 1903 durchführen (s. Tab. 7). Dabei zeigt sich, daß die Freien Gewerkschaften dem Ziel eines flächendeckenden Organisationsnetzes sich noch am weitesten annäherten: Sie waren nicht nur in allen Bundesstaaten die eindeutig dominierende Gewerkschaftsrichtung, die unter ihrem Dach in der Regel zwischen siebzig und über neunzig Prozent der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter einer Region sammeln konnte; sie waren auch die einzige Gewerkschaftsrichtung, die in jedem Bundesstaat Mitglieder hatte und über Zahlstellen verfügte. Die lokalorganisierten Verbände, seit 1897 unter dem Namen „Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften" zusammengeschlossen, kamen nie über eine Minderheitsposition hinaus und hatten bereits an der Jahrhundertwende ihren höchsten Mitgliederstand erreicht[23]. Ihr regionaler Schwerpunkt lag eindeutig in Preußen und hier vor allem in der Reichshauptstadt Berlin, in der sich 1903 von ihren insgesamt 16000 Mitgliedern 11000 konzentrierten. Das Zentrum des gewerkschaftlichen Syndikalismus war das Baugewerbe, insbesondere die Berufsgruppen der Maurer und Zimmerer, bei denen die lokalorientierte Versammlungsbewegung am längsten überlebte. Außerhalb Berlins existierten noch in Königsberg, in

[22] Für Westfalen fehlen in der Tab. 4 1911 die Mitgliederzahlen des Bergarbeiterverbandes, weshalb diese Provinz in diesem Jahr deutlich schlechter abschneidet als 1906.

[23] Vgl. zu dieser Gewerkschaftsrichtung, die zu Beginn der neunziger Jahre den freigewerkschaftlichen Weg zur Zentralverbandsbildung nicht mitgegangen war *Dirk H. Müller*, Gewerkschaftliche Versammlungsdemokratie und Arbeiterdelegierte vor 1918 (Einzelveröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin 49, Berlin 1985).

Sachsen, in Hannover und in Hamburg größere Organisationseinheiten der Lokalisten, die allerdings jeweils nur wenige hundert Mitglieder zählten[24].

Die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine hatten ihre Hauptstandorte ebenfalls in Preußen, auf dessen Territorium sich mehr als drei Viertel ihrer Gesamtmitgliedschaft sammelte. Stark vertreten waren sie vor allem in Berlin, in Brandenburg, in Schlesien und in der Provinz Sachsen. Relativ viele liberale Gewerkschaftsmitglieder lebten außerdem noch in den Regierungsbezirken Arnsberg und Düsseldorf sowie in den Regierungsbezirken Danzig, Marienwerder und Oppeln; in den zuletzt genannten östlichen Distrikten hatte die Hirsch-Dunckersche Richtung 1903 sogar mehr Mitglieder als die Freien Gewerkschaften. Auffallend ist die organisatorische Schwäche des liberalen Dachverbandes in den Hansestädten sowie in Nordwest- und Mitteldeutschland, wo das Übergewicht der Freien Gewerkschaften erdrückend war. In Süddeutschland kamen die Liberalen nur in Baden über den sonst von ihnen erreichten Organisationsanteil von weniger als zehn Prozent deutlich hinaus. Immerhin verfügten die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine über ein weitgespanntes Netz von mehr als 2000 Ortsvereinen, das fast alle Bundesstaaten berührte[25].

Die Christlichen Gewerkschaften, die sich im Laufe der neunziger Jahre verbandlich herausgebildet und 1899 eine eigene Dachorganisation gegründet hatten[26], waren vor allem in den katholischen Gebietsteilen Preußens fest verankert. Ihre Hochburgen lagen hier im Rheinland und in Westfalen, wo sich vier Fünftel ihrer Gesamtmitgliedschaft konzentrierten, sowie in den Kleinstaaten Lippe und Schaumburg-Lippe. In den preußischen Regierungsbezirken Arnsberg, Düsseldorf und Aachen entwickelte sich die christliche Richtung rasch zu einer fast gleichgewichtigen, mancherorts sogar überlegenen Konkurrenzorganisation zu den Freien Gewerkschaften mit besonders starkem Rückhalt im Bergbau, in der Textilindustrie und in der Metallverarbeitung. Dagegen konnte der christliche Dachverband in den protestantisch geprägten Regionen Preußens, in Nordwestdeutschland und in Mitteldeutschland die Vorherrschaft der sozialdemokratischen Richtung nicht gefährden. Hier stieß die christliche Richtung auf keine Resonanz, was ihre enge Bindung an die katholische Konfession trotz des von ihr selbst postulierten interkonfessionellen Charakters belegt. Aber auch in den katholischen Landesteilen des rechtsrheinischen Bayerns, in der Rheinpfalz und in Baden erzielten die christlichen Verbände nur bescheidene Erfolge. Allerdings ist hier auf die Bedeutung der gewerkschaftsähnlichen katholischen Arbeitervereine hinzuweisen, deren Domäne agrarisch strukturierte Gegenden waren, in denen starke Kirchenbindungen und ein tief verwurzeltes religiöses Traditionsbewußtsein für die

[24] Vgl. dazu die Angaben bei *Troeltsch/Hirschfeld,* 78 ff. Auf andere lokalbezogene Organisationen kann hier nicht eingegangen werden; vgl. als Fallstudie *Rudolf Boch,* Handwerker-Sozialisten gegen Fabrikgesellschaft. Lokale Fachvereine, Massengewerkschaft und industrielle Rationalisierung in Solingen 1870–1914 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 67, Göttingen 1985).

[25] Zu den beruflichen Schwerpunkten, die vor allem im Maschinenbau und der Metallverarbeitung lagen, und zur regionalen Verbreitung der liberalen Einzelverbände s. *Troeltsch/Hirschfeld,* 81 ff.

[26] Vgl. dazu *Michael Schneider,* Die Christlichen Gewerkschaften 1894–1933 (Bonn 1982).

sozialdemokratischen Gewerkschaften nahezu unübersteigbare Barrieren aufrichteten[27].

Als Fazit des Länder- und Regionalvergleichs lassen sich folgende Feststellungen treffen: Nach dem Fall des Sozialistengesetzes im Herbst 1890 bauten die unter dem Dach der Generalkommission reorganisierten Freien Gewerkschaften im Deutschen Reich ihre Hegemonie immer weiter aus, die nur regional oder lokal – beispielsweise im Ruhrrevier – von den anderen Richtungsgewerkschaften bedroht war. Mit der Mitgliederexpansion der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung konnten ihre christlichen und liberalen Konkurrenten nicht Schritt halten, deren Einfluß in einzelnen Branchen und Berufen jedoch nicht unterschätzt werden darf. Das schnelle, durch konjunkturelle Stagnationsphasen nur kurzfristig verlangsamte Wachstum der Freien Gewerkschaften im Vierteljahrhundert vor dem Ersten Weltkrieg führte zu einer homogeneren Verteilung ihrer Mitglieder über das ganze Reichsgebiet. So konnte das noch 1903 deutlich ausgeprägte Nord-Süd-Gefälle abgeflacht werden, wozu bis 1906 vor allem die Mitgliedergewinne in Hessen, Baden und Bayern, ab 1906 auch die in Württemberg, beitrugen. Die überdurchschnittlichen Zugewinne der Freien Gewerkschaften im Königreich Sachsen, die sich unter liberalisierten vereinsrechtlichen Rahmenbedingungen und auf einem höheren Industrialisierungsniveau vollzogen, ließen diesen Bundesstaat die alte Bedeutung zurückgewinnen, die er bereits in den 1860er Jahren für die sozialdemokratische Arbeiterbewegung besessen hatte. Alle drei Richtungsgewerkschaften hatten in Preußen ihr mit Abstand größtes Mitgliederreservoir, ihre geographischen Schwerpunkte waren jedoch nicht deckungsgleich. Nicht einebnen ließen sich die regionalen Niveauunterschiede im preußischen Staatsgebiet, in dem die Ostprovinzen und die Gebietsteile an der Westgrenze des Reiches als gewerkschaftliche Diasporagebiete bestehen blieben. Kernzonen der Freien Gewerkschaften waren in allen Bundesstaaten die großstädtischen Ballungsräume, wie die Organisationsquoten in den Hansestädten oder in Berlin belegen. Darüber sollte man aber nicht vergessen, daß 1913 fast 45 Prozent der freigewerkschaftlichen Mitglieder nicht in Großstädten lebten. Das war zweifellos ein Erfolg der intensiven Werbearbeit der einzelnen Verbände in den Mittel- und Kleinstädten sowie in den ländlichen Gemeinden. Den systematischen Ausbau der lokalen Stützpunkte dokumentierte auch der schnelle Anstieg der örtlichen Gewerkschaftskartelle, deren Gesamtzahl von 353 (1901) auf 820 (1914) anwuchs[28]. Entscheidend gefördert wurde die flächenmäßige Ausdehnung der Freien Gewerkschaften durch die Professionalisierung der Verwaltung in den verschiedenen Industrie- und Berufsverbänden[29]. So wuchs die Zahl der Gewerkschaftsfunktionäre zwischen 1898 und 1914 fünfmal so schnell wie die Zahl

[27] Vgl. hierzu *Hans Dieter Denk,* Die christliche Arbeiterbewegung in Bayern bis zum Ersten Weltkrieg (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte 29, Mainz 1980). Der Verband Süddeutscher Katholischer Arbeitervereine hatte beispielsweise 1912 im Königreich Bayern 694 Zweigvereine mit rund 59000 Mitgliedern.

[28] Vgl. dazu die Tabelle bei *Dieter Fricke,* Die deutsche Arbeiterbewegung 1869 bis 1914. Ein Handbuch über ihre Organisation und Tätigkeit im Klassenkampf (Berlin 1976) 695. Dort auch Angaben zu den Organisationsaufgaben der lokalen Gewerkschaftskartelle.

[29] Vgl. ausführlich *Schönhoven,* Expansion, 221ff.

der Mitglieder. Dies erlaubte es den Einzelorganisationen, ihre Verwaltungsinstanzen zu dezentralisieren und planmäßig regionale Führungsstäbe für die Mitgliederwerbung und die Mitgliederbetreuung einzurichten.

III

Die Gesamtzahl der freigewerkschaftlichen Zentralverbände veränderte sich zwischen 1890 und 1914 ständig. Sie stieg von 52 (1890) auf 66 (1906) Verbände an und verringerte sich in den folgenden Jahren bis zum Kriegsbeginn wieder auf 47 Verbände. Diese permanente Verschiebung des freigewerkschaftlichen Verbandsgefüges, ausgelöst durch Neugründungen oder durch die Verschmelzung berufsverwandter Organisationen zu Branchen- und Industrieverbänden[30], macht einen Vergleich der regionalen Verbreitungsgebiete der einzelnen Organisationen über einen größeren Zeitraum hinweg fast unmöglich. Da außerdem in den Monographien von Troeltsch und Hirschfeld die geographische Verteilung der freigewerkschaftlichen Einzelverbände für die Jahre zwischen 1896 und 1906 bereits minutiös analysiert worden ist[31], können sich die folgenden Ausführungen auf die Zusammenfassung dieser Ergebnisse und einen Branchenvergleich für das Jahr 1911 beschränken.

Das regionale Gewicht der einzelnen Verbände in den Bundesstaaten hing natürlich von der Wirtschaftsstruktur dieser Gebiete ab. Im Extremfall konnte ein Verband – z. B. der Bergarbeiterverband in Westfalen – eine übermächtige gewerkschaftliche Monokultur in einer Region aufbauen, die sich dann im Positiven wie im Negativen auf die Entwicklung anderer Gewerkschaften auswirkte. So hatten die verheerenden Streikniederlagen der Bergarbeiter zu Beginn der 1890er Jahre eine zerstörerische Sogwirkung für die gesamte Gewerkschaftsbewegung im Ruhrgebiet, die fast völlig zusammenbrach. Klammert man rohstoff- und produktionsbedingte regionale Sondersituationen aus, dann zeichnete sich bis 1903 ein unterschiedlicher Verbreitungsgrad der freigewerkschaftlichen Branchenorganisationen ab, der mit den gewerbestrukturellen Ausgangsbedingungen in den einzelnen Bundesstaaten allein nicht erklärt werden kann.

Die Verbände der Baubranche waren in Norddeutschland sehr viel besser verankert als in Süd- oder Mitteldeutschland, obwohl es auch in diesen Gebieten eine große Zahl von Maurern, Zimmerern oder Bauhilfsarbeitern gab. Das organisatorische Übergewicht des Nordens ist für diese Branche hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß die Vorstandssitze der Bauverbände sich in Hamburg angesiedelt hatten und zunächst ihr Hauptaugenmerk auf die gewerkschaftliche Erschließung des Umfelds dieser Stadt richteten. Das gleiche gilt für den Fabrikarbeiterverband, dessen Stammsitz Hannover

[30] Vgl. ebd. 331–376.

[31] Die Hauptteile der Werke von *Troeltsch/Hirschfeld* und *Hirschfeld* konzentrieren sich auf eine ausführliche, tabellarisch breit untermauerte Darstellung der geographischen Ausbreitung der freigewerkschaftlichen Verbände: *Troeltsch/Hirschfeld,* 93–298, 106*–147*; *Hirschfeld,* 13–146, 4*–203*.

war und der bis 1903 vor allem in Nordwestdeutschland starke Mitgliederkader aufbaute. Der Metallarbeiterverband war der dominante Gewerkschaftsverband in Bayern, Baden und Berlin, wobei ihm in den beiden süddeutschen Staaten zugute kam, daß die anderen Gewerkschaftsorganisationen diese Region in den neunziger Jahren vernachlässigt hatten. Der zweite große Industrieverband, der Holzarbeiterverband, hatte seine Organisationsschwerpunkte in Württemberg, in Hessen und Bayern, drei Ländern mit einer Vielzahl von holzverarbeitenden Betrieben. Relativ ausgewogen war die regionale Verteilung des Buchdruckerverbandes, der als Organisation hochqualifizierter Facharbeiter über die besten Voraussetzungen zur flächendeckenden Stabilisierung verfügte. Auch der Schneiderverband hatte in allen Bundesstaaten Organisationszentren, während der Schuhmacherverband – ähnlich wie die Bergarbeiter, Hafenarbeiter, Schiffszimmerer oder Werftarbeiter – einen produktionsbedingten regionalen Schwerpunkt besaß. In seinem Fall war das die Rheinpfalz, insbesondere der Raum Pirmasens, in dem sich die deutsche Schuhindustrie konzentrierte.

Ein typischer Großstadtverband blieb bis 1903 der Verband der Buchdruckereihilfsarbeiter, von dessen Mitgliedern 99,1 Prozent in Orten mit mehr als 100 000 Einwohnern lebten. Mehr als vier Fünftel der Mitglieder der Verbände der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter, der Konditoren, der Buchbinder, der Gemeindearbeiter und der Gastwirtsgehilfen waren ebenfalls in Großstädten registriert, wobei zu berücksichtigen ist, daß auch die von diesen Verbänden umworbenen Berufsgruppen zu vierzig bis fünfzig Prozent aus Großstädten kamen. Einen ausgesprochen mittelstädtischen Charakter wiesen die Verbände der Handschuhmacher, der Hutmacher, der Schuhmacher und der Werftarbeiter auf, die alle in Orten mit 20 000 bis 100 000 Einwohnern stark vertreten waren und in Großstädten weniger als fünfzig Prozent ihrer Mitglieder organisierten. Auf Schwerpunkte in dörflichen Regionen stützten sich die Glasarbeiter, die Porzellanarbeiter, die Bergarbeiter und die Steinarbeiter. Auch hier bestand ein enger Zusammenhang zwischen Arbeitsplatz und gewerkschaftlicher Verbandsstruktur, weil die Hälfte bis drei Viertel der Berufsangehörigen der genannten Verbände in Orten mit weniger als 5000 Einwohnern arbeiteten.

An der Aufwärtsentwicklung der Freien Gewerkschaften zwischen 1903 und 1906 partizipierten alle Einzelgewerkschaften, wenn auch mit unterschiedlich hohen Zuwachsraten. Die gute Konjunkturlage der Wirtschaft wirkte sich positiv auf die Verbandsentwicklung aus. Als generellen Trend kann man feststellen, daß sich nun die Einzelgewerkschaften intensiv bemühten, ihre Diasporagebiete zu erschließen, wobei neben den konjunkturellen Faktoren vor allem die im Zuge der Organisationsreform eingeleiteten Maßnahmen zum Mitgliedergewinn beitrugen. Die Einteilung des Reichsgebiets in Agitationsbezirke und Gaue, der Aufbau regionaler Verwaltungsinstanzen, die Anstellung hauptamtlicher Funktionäre und die Erweiterung der gewerkschaftlichen Unterstützungssysteme in den Versicherungszweigen der solidarischen Unfall-, Krankheits- und Arbeitslosenhilfe[32] gaben entscheidende Impulse für den

[32] Vgl. zur Entwicklung der einzelnen gewerkschaftlichen Kasseneinrichtungen *Klaus Schönhoven*, Selbsthilfe als Form von Solidarität. Das gewerkschaftliche Unterstützungswesen im Deutschen Kaiserreich bis 1914, in: AfS 20 (1980) 147–193.

Mitgliederaufschwung der Gewerkschaften und zur regionalen Ausdehnung ihres Organisationsgefüges.

Besonders große Fortschritte machten Verbände, die ungelernte und angelernte Arbeiter organisierten, weil hier noch der größte gewerkschaftliche Nachholbedarf bestand. Namentlich waren das der Fabrikarbeiterverband, der nun in Bayern fester Fuß faßte, der Gemeindearbeiterverband, der zu seinen alten Hochburgen Hamburg und Berlin die sächsischen Großstädte Leipzig und Dresden als Organisationszentren hinzugewann, sowie der Bauarbeiterverband, der seinen Mitgliederanteil im Königreich Sachsen verdreifachte und in Bayern sogar fast verzwanzigfachte. Der Metallarbeiterverband baute seine Spitzenstellung als größter freigewerkschaftlicher Einzelverband weiter aus und hatte nun seine Schwerpunkte in den Industriegebieten im Rheinland, im Königreich Sachsen, in Berlin und in Bayern, wo zusammen über fünfzig Prozent der Verbandsmitglieder registriert waren. Im gleichen Zeitraum von 1903 bis 1906 verdoppelte der Transportarbeiterverband seinen Mitgliederbestand; er profitierte vor allem vom Anschluß Berliner Lokalgewerkschaften, die bis dahin keinem Dachverband angehört hatten.

Einen Eindruck von der regionalen Verankerung der Freien Gewerkschaften in den verschiedenen Branchen vermittelt für das Jahr 1911 die Tabelle 8. Nicht aufgenommen werden konnte in diese Übersicht der Bergbau, weil vom freigewerkschaftlichen Bergarbeiterverband keine Mitgliederangaben für die einzelnen Bundesstaaten überliefert sind. Dieser 1889/90 während der großen Bergarbeiterstreiks entstandene „Alte Verband" hatte 1911 insgesamt 121 000 Mitglieder, von denen die Hälfte in Westfalen organisiert war. Weitere regionale Zentren des freigewerkschaftlichen Verbandes bestanden in Mitteldeutschland (Magdeburg, Halle, Zeiß, Altenburg), im oberschlesischen Kohlerevier und im Königreich Sachsen, wo zusammen ein Viertel der Gesamtmitgliedschaft arbeitete. Das verbleibende Viertel der Mitgliedschaft verteilte sich auf das Saarland und die linksrheinischen Reviere, auf den Raum Braunschweig-Hannover und auf Bayern[33]. Die Organisationsquote im Bergbau läßt sich nicht exakt berechnen, weil in der Reichsstatistik die Beschäftigten der Berg- und Hüttenindustrie zusammengefaßt sind. Legt man diese zu hohe Zahl – rund 900 000 Beschäftigte (1907) – zugrunde, so betrug der freigewerkschaftliche Organisationsgrad im Bergbau 13,4 Prozent. In der Rangliste der Branchen lag der Bergarbeiterverband damit erst an elfter Stelle hinter dem Textilarbeiterverband und vor den Berufsverbänden in der Industrie der Steine und Erden.

Neben dem Bergarbeiterverband konnten in der Branchenübersicht zwölf weitere Verbände nicht berücksichtigt werden. Der Fabrikarbeiterverband, der seine Mitglieder in über hundert verschiedenen Berufsgruppen rekrutierte, läßt sich einer bestimmten Branche ebensowenig zuordnen wie der Gemeindearbeiterverband, in dem überwiegend städtische Arbeiter mit verschiedensten Tätigkeitsfeldern organisiert waren. Ansonsten fehlen regionale Angaben für eine Reihe von kleinen Verbänden (Büroan-

[33] Angaben zur regionalen Verteilung der Mitglieder nach dem Geschäftsbericht des Bergarbeiterverbandes für 1916, 66. Diese Angaben, die *Klaus Tenfelde* freundlicherweise zur Verfügung stellte, beziehen sich auf das Jahr 1913.

gestellte, Friseure, Gärtner, Handlungsgehilfen, Lagerhalter, Maschinisten und Heizer, Steinsetzer, Zivilmusiker, Hausangestellte, Landarbeiter). Den einzelnen Branchen und Bundesstaaten ließen sich jedoch über vier Fünftel der Gesamtmitgliedschaft der Freien Gewerkschaften zuordnen, so daß die hieraus erstellten Daten ein repräsentatives Bild vermitteln.

Ihren mit Abstand besten Organisationsgrad erzielten die Freien Gewerkschaften im Polygraphischen Gewerbe, in dem drei Fünftel der Beschäftigten einem sozialdemokratisch orientierten Gewerkschaftsverband angehörten. In dieser Branche waren mit dem Buchdruckerverband und den Verbänden der Notenstecher, der Lithographen und der Xylographen mehrere traditionsreiche Organisationen vertreten, die schon im 19. Jahrhundert zu den Pionieren der Gewerkschaftsbewegung gehört hatten. Hinzu kam der Verband der Buchdruckereihilfsarbeiter, der ausschließlich ungelernte Arbeiter aufnahm, weil ihnen der Eintritt in die Fachverbände der hochqualifizierten Gesellen versperrt blieb. In der Druckindustrie war überall im Reich – klammert man die Kleinstaaten Lippe, Schaumburg-Lippe und Waldeck aus – mehr als die Hälfte der Beschäftigten freigewerkschaftlich organisiert, wobei Hamburg, Lübeck, das rechtsrheinische Bayern und Württemberg deutlich über dem Reichsdurchschnitt von 61,3 Prozent lagen.

Den zweitbesten Organisationsgrad wies die Holzindustrie mit 34,6 Prozent auf, in der neben dem Industrieverband der Holzarbeiter noch die relativ kleinen Verbände der Bildhauer und Böttcher bestanden. Auch hier lagen mit Bremen und Hamburg zwei Stadtstaaten an der Spitze der am besten organisierten Bundesstaaten. Ihnen schlossen sich das Königreich Sachsen, Lübeck, die Thüringischen Staaten und Braunschweig mit Organisationsquoten von über vierzig Prozent an. In Preußen wohnte zwar fast die Hälfte der Verbandsangehörigen, doch blieb hier der Organisationsgrad unter dem Reichsdurchschnitt. Auch in der Metallindustrie, in der die Freien Gewerkschaften mit 32 Prozent ihre drittbeste Organisationsquote erzielten, dominierte ein Industrieverband, nämlich der Deutsche Metallarbeiter-Verband, neben dem die Berufsverbände der Kupferschmiede, der Schiffszimmerer und der Schmiede nur ein Schattendasein führten. Hier ragten die drei Hansestädte als Organisationszentren deutlich heraus, denen sich die Flächenstaaten Sachsen, Braunschweig und Bayern mit großem Abstand anschlossen. Die Organisationsquote in der Metallindustrie wäre allerdings geringer, wenn man die Hüttenarbeiter dieser Branche zurechnen könnte, die ebenfalls zum Einzugsgebiet des Metallarbeiterverbandes gehörten. Da die Gewerkschaften in den Großbetrieben der Schwereisenindustrie kaum Fuß fassen konnten[34], würde sich dann der Organisationsgrad namentlich in Preußen ungünstiger darstellen, weil hier in den Großkonzernen im Rheinland, in Westfalen und im Saarland eine gewerkschaftsfeindliche Unternehmerkaste die Beschäftigten patriarchalisch disziplinierte.

[34] Vgl. dazu *Elisabeth Domansky-Davidsohn,* Der Großbetrieb als Organisationsproblem des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes vor dem Ersten Weltkrieg, in: Arbeiterbewegung und industrieller Wandel. Studien zu gewerkschaftlichen Organisationsproblemen im Reich und an der Ruhr, hrsg. von *Hans Mommsen* (Wuppertal 1980) 95–116; vgl. auch *Schönhoven,* Expansion, 43 ff.

Zwanzig bis dreißig Prozent der Beschäftigten waren in der Bauindustrie, der Lederindustrie und im Handels- und Transportgewerbe freigewerkschaftlich gebunden. In diesen Branchen bestanden neben zwei mitgliederstarken Großverbänden (Bauarbeiterverband, Transportarbeiterverband) eine Vielzahl von berufsorientierten Kleinverbänden, die schon aus finanziellen Gründen nicht dazu in der Lage waren, reichsweit eine intensive Mitgliederbetreuung aufzubauen. Die regionalen Schwerpunkte der Freien Gewerkschaften konzentrierten sich in diesen beiden Branchen ebenfalls auf die Hansestädte und auf das Königreich Sachsen sowie – im Falle der Lederindustrie – auf Württemberg. Da in beiden Gewerbesektoren mindestens zwei Fünftel der Beschäftigten ungelernte Lohnarbeiter waren, fanden die Gewerkschaften hier sehr viel schwierigere Organisationsbedingungen vor als in den Facharbeiterberufen der Druckindustrie. Diese Feststellung gilt auch für die Papierindustrie, die mit 75 Prozent den größten Hilfsarbeiteranteil aller Branchen aufwies. Dennoch erzielte der für diese Branche zuständige Buchbinderverband in den Hansestädten, in Bayern und in Sachsen eine Organisationsquote von über zwanzig Prozent. Dagegen war der Organisationsgrad in der Bekleidungsindustrie, in der über vier Fünftel der Beschäftigten gelernte Facharbeiter waren, überraschend schlecht. Allerdings muß man berücksichtigen, daß die Verbände der Blumenarbeiter, der Hutmacher, der Kürschner, der Schneider und der Schuhmacher ihre Mitglieder überwiegend in Klein- und Mittelbetrieben werben mußten, in denen handwerkliche Aufstiegsorientierung, die Bindung an den Haushalt des Meisters und überlange Arbeitszeiten die gewerkschaftliche Orientierung erschwerten. Hamburg und das linksrheinische Bayern als Zentrum der Schuhindustrie wiesen in dieser Branche die beste Organisation auf.

Fast identisch war der Organisationsgrad in der Nahrungsmittelindustrie, in der ähnliche gewerbestrukturelle Verhältnisse wie in der Bekleidungsindustrie vorherrschten und die freigewerkschaftlichen Berufsverbände (Bäcker und Konditoren, Brauerei- und Mühlenarbeiter, Fleischer, Tabakarbeiter, Zigarrensortierer) eine sehr heterogene und oft über das ganze Reichsgebiet verstreute Arbeiterschaft organisieren mußten, was ihnen wiederum in den Hansestädten sowie in Waldeck und im Königreich Sachsen am besten gelang. Zentren der Textilindustrie – sie wies einen freigewerkschaftlichen Organisationsgrad von 15,5 Prozent auf – waren Preußen und das Königreich Sachsen. Der hohe Anteil von ungelernten weiblichen Beschäftigten in den Betrieben, aber auch die weite Verbreitung von heimindustriellen Produktionsstätten erschwerten in dieser Branche das Wachstum des Textilarbeiterverbandes, der in Hamburg, Bremen und Braunschweig seine besten Organisationsquoten erreichte.

Am Ende der Branchentabelle standen 1911 der Industriezweig der Steine und Erden sowie die Gastronomie, die es beide nur auf einen Organisationsgrad von weniger als zehn Prozent brachten. In diesen Branchen war der Anteil der Ungelernten mit 72 bzw. 65,7 Prozent nach der Papierindustrie am höchsten. Außerdem wurde hier die gewerkschaftliche Arbeit erschwert, weil die Produktionsstandorte in ländlichen Gebieten lagen (Glasarbeiter, Porzellanarbeiter, Steinarbeiter) oder eine Berufsgruppe organisiert werden mußte (Gastwirtsgehilfen), die sich auf viele kleine Betriebe verstreute, oft noch im Kost- und Logiszwang lebte und besonders wenig verdiente. Der Verband der Gastwirtsgehilfen konnte deshalb nur in Städten größere Zahlstellen auf-

bauen, während die Verbände der Steinindustrie in den Hansestaaten und in den regionalen Zentren dieser Branche (Thüringische Staaten, Bayern, Sachsen, Lippe) ihren besten Organisationsgrad erreichten.

Zum Vorderfeld der Bundesstaaten, die in den einzelnen Branchen den höchsten gewerkschaftlichen Organisationsgrad aufwiesen, gehörten fast immer die drei Hansestädte. Bremen ist in dieser Rangliste für alle zwölf Branchen vertreten, Hamburg elfmal (es fehlt die Lederindustrie) und Lübeck neunmal (ohne Industrie der Steine und Erden, Textilindustrie, Lederindustrie). Spitzenpositionen besetzte außerdem das Königreich Sachsen, das sich in elf der zwölf Branchen in die Gruppe der sechs Bundesstaaten mit der höchsten sektoralen Organisationsquote einreihte und lediglich in der Druckindustrie schlechter abschnitt. Ihm folgten das Königreich Bayern mit acht sowie die Thüringischen Staaten und Württemberg mit jeweils sechs Nennungen. Preußen findet sich in dieser Rangliste nur einmal, nämlich für den Gewerbezweig der Gastronomie. Diese Auswertung bestätigt die bereits an anderer Stelle getroffenen Feststellungen: Unter den Bundesstaaten des Deutschen Reiches ragten die Hansestädte hervor, wenn man von der gewerkschaftlichen Organisationsquote ausgeht. Sie wiesen außerdem eine relativ homogene Gewerkschaftsstruktur in allen Branchen auf. Hinter den drei Stadtstaaten folgten die alten Hochburgen der Arbeiterbewegung im Königreich Sachsen, an die im späten Kaiserreich in einzelnen Branchen auch Bayern und Württemberg Anschluß fanden. Preußen war das Land, in dem zwar in elf Branchen die meisten Gewerkschaftsmitglieder lebten (nur in der Textilindustrie lag das Königreich Sachsen knapp vor Preußen an der Spitze), aber die Ausdehnung dieses Flächenstaates, der sich über fast zwei Drittel des Reichsgebiets erstreckte, konfrontierte die Freien Gewerkschaften mit einer Fülle von regionalen Sonderproblemen, die sie organisatorisch nicht alle bewältigen konnten.

IV

Auf die Entwicklung seit dem Beginn des Ersten Weltkrieges kann nur noch mit wenigen Bemerkungen eingegangen werden. Während des Krieges mußten alle freigewerkschaftlichen Verbände zunächst drastische Mitgliederverluste hinnehmen, für die Einberufungen zum Militärdienst, die hohe Arbeitslosigkeit in den nicht kriegswichtigen Branchen und die Umstrukturierung des Arbeitsmarktes zugunsten der Rüstungsproduktion verantwortlich waren. Nach der Verabschiedung des Hilfsdienstgesetzes im Dezember 1916, das den Gewerkschaften die lang geforderte staatliche Anerkennung einbrachte, erholten sich die Verbände wieder vom Aderlaß der beiden ersten Kriegsjahre. Ende 1918 hatten die Freien Gewerkschaften in etwa die gleiche Mitgliederzahl wie im letzten Friedensjahr (s. Tab. 1). Zu diesem Zeitpunkt standen sie mitten im gewaltigsten Aufschwung in ihrer Geschichte, der 1920 seinen Gipfelpunkt erreichte, als die drei Richtungsgewerkschaften 9,3 Millionen Erwerbstätige organisierten, von denen über 85 Prozent dem ADGB angehörten. Diesem explosionsartigen Mitgliederanstieg folgte bereits in den frühen zwanziger Jahren eine zunächst langsame, in der Inflationszeit immer schneller werdende Talfahrt, in deren Verlauf der

ADGB bis Ende 1924 vier Millionen Mitglieder wieder verlor. Der Aufschwung in der Revolutionszeit, an dem die Landarbeiter und die Eisenbahnarbeiter, zwei im Kaiserreich faktisch einem Koalitionsverbot unterworfene Arbeitergruppen, maßgeblich beteiligt waren, und der Abschwung in der Inflationsperiode enthüllten die Möglichkeiten und die Grenzen der Gewerkschaften als freiwillige Selbsthilfeorganisationen von Lohnabhängigen.

Tabelle 1: Regionale Ausbreitung der Freien Gewerkschaften im Deutschen Reich 1896–1918

		1896	1900	1903	1906	1911	1912	1913	1918
Preußen	a	111392	283874	432485	803507	1101414	1166486	1141482	1592215
	b	50,0	52,0	56,4	55,5	48,2	48,0	48,0	59,1
Bayern r. Rh.	a	20525	42662	47703	110695	216334	221251	211153	198980
	b	9,2	7,8	6,2	7,6	9,5	9,1	8,9	7,4
Bayern l. Rh.	a	1673	6354	9917	17367	22635	24119	24634	24946
	b	0,8	1,2	1,3	1,2	1,0	1,0	1,0	0,9
Sachsen	a	29706	71350	94514	201808	362127	389805	387770	354408
	b	13,3	13,1	12,3	14,0	15,8	16,0	16,3	13,1
Württemberg	a	7291	17123	19968	34851	83316	91702	81424	86497
	b	3,3	3,1	2,6	2,4	3,6	3,7	3,4	3,2
Baden	a	6264	11380	13590	37105	62928	66441	68197	61880
	b	2,8	2,1	1,8	2,6	2,8	2,7	2,9	2,3
Hessen	a	3810	15817	14407	30147	39751	45275	44868	45733
	b	1,7	2,9	1,9	2,1	1,7	1,9	1,9	1,7
Mecklenburg-Schwerin	a	3091	4110	6881	9854	18166	20256	19182	17729
	b	1,4	0,8	0,9	0,7	0,8	0,8	0,8	0,6
Mecklenburg-Strelitz	a	261	712	1080	1777	2162	2096	2013	1433
	b	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Thüringische Staaten	a	10644	21586	24523	45824	78880	85563	88881	68872
	b	4,8	4,0	3,2	3,2	3,5	3,5	3,8	2,5
Oldenburg	a	1198	2144	3116	5867	9338	11222	9960	13008
	b	0,5	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,5
Braunschweig	a	2399	5568	9894	12981	24169	26232	26168	23303
	b	1,1	1,0	1,3	0,9	1,1	1,1	1,1	0,8
Anhalt	a	935	4588	5168	7551	14073	15764	16836	14960
	b	0,4	0,8	0,7	0,5	0,6	0,6	0,7	0,6
Lippe und Schaumburg-Lippe	a	270	556	1939	1697	2597	2680	2869	2401
	b	0,1	0,1	0,3	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
Waldeck	a	–	–	67	131	607	498	421	386
	b	–	–	–	–	–	–	–	–

		1896	1900	1903	1906	1911	1912	1913	1918
Lübeck	a	1898	5184	6417	7780	12721	13362	14087	15655
	b	0,9	0,9	0,8	0,5	0,6	0,6	0,6	0,6
Bremen	a	4764	10175	18259	25752	48113	55191	54611	44498
	b	2,1	1,9	2,4	1,8	2,1	2,3	2,3	1,7
Hamburg	a	11799	35117	46242	68146	133423	146266	137022	116339
	b	5,3	6,4	6,0	4,7	5,8	6,0	5,8	4,3
Elsaß-Lothringen	a	1022	2190	3835	10836	23236	25969	27702	5149
	b	0,5	0,4	0,5	0,7	1,0	1,1	1,2	0,2
Einzelmitglieder	a	3866	5406	6656	12853	29543	22282	17372	9273
	b	1,7	1,0	0,9	0,9	1,3	1,0	0,7	0,3
Gesamtzahl der erfaßten Mitglieder		222808	545896	766661	1446529	2285533	2432460	2376647	2695665

a = Mitgliederzahl
b = Prozentualer Anteil an der Gesamtmitgliedschaft im Deutschen Reich

Quellen: Für die Jahre 1896 bis 1903 berechnet nach *Troeltsch/Hirschfeld,* S. 16 u. Tabellenanhang, S. 3*–20*; für das Jahr 1906 berechnet nach *Hirschfeld,* S. 14; für die Jahre 1911 bis 1918 berechnet nach Verbände 1911, Tabellenanhang, S. 47, Spalte 66; Verbände 1912, Tabellenanhang, S. 57, Spalte 64; Verbände 1913, Tabellenanhang, S. 59, Spalte 58; Verbände 1918, Tabellenanhang, S. 56, Spalte 47. Legt man die von der Generalkommission der Freien Gewerkschaften jährlich publizierten Mitgliederstatistiken zugrunde, so erfaßten *Troeltsch/Hirschfeld* in ihren Erhebungen 1896 67,7 Prozent, 1900 80,2 Prozent, 1903 86,4 Prozent und 1906 85,6 Prozent der im Jahresdurchschnitt organisierten Mitglieder. Das Kaiserliche Statistische Amt konnte 1911 98,5 Prozent des Mitgliederbestandes erfassen; 1912 betrug die Erfassungsquote 96,1 Prozent und 1913 93,2 Prozent; 1918 betrug die Erfassungsquote 94,3 Prozent.

Tabelle 2: Regionaler Organisationsgrad der Freien Gewerkschaften im Deutschen Reich 1896–1911

	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Preußen	6779634	60,6	1,6	4,2	8782360	62,6	4,9	9,1	12,5
Bayern r. Rh.	1174358	10,5	1,7	3,6	1106973	7,9	4,3	10,0	19,5
Bayern l. Rh.	151421	1,4	1,1	4,2	166584	1,2	6,0	10,4	13,6
Sachsen	963678	8,6	3,1	7,4	1262636	9,0	7,5	16,0	28,7
Württemberg	344513	3,1	2,1	5,0	452653	3,2	4,4	7,7	18,4
Baden	319112	2,9	2,0	3,6	423886	3,0	3,2	8,8	14,8
Hessen	190480	1,7	2,0	8,3	240075	1,7	6,0	12,6	16,6
Mecklenburg-Schwerin	148583	1,3	2,1	2,8	158910	1,2	4,3	6,2	11,4
Mecklenburg-Strelitz	26220	0,2	1,0	2,7	28529	0,2	3,8	6,2	7,6
Thüring. Staaten	284737	2,5	3,7	7,6	361701	2,6	6,8	12,7	21,8
Oldenburg	65266	0,6	1,8	3,3	86326	0,6	3,6	6,8	10,6
Braunschweig	105769	0,9	2,3	5,3	128189	0,9	7,7	10,1	18,9
Anhalt	68910	0,6	1,4	6,7	83055	0,6	6,2	9,1	16,9
Lippe und Schaumburg-Lippe	28066	0,3	1,0	2,0	34871	0,2	5,6	4,9	7,4
Waldeck	9801	0,1	–	–	12658	0,1	0,5	1,0	4,8
Lübeck	18466	0,2	10,3	28,1	27480	0,2	23,4	28,3	46,3
Bremen	45385	0,4	10,5	22,4	67228	0,5	27,2	38,3	71,6
Hamburg	153987	1,4	7,7	22,8	222472	1,6	20,8	30,6	60,0
Elsaß-Lothringen	301072	2,7	0,3	0,7	373347	2,7	1,0	2,9	6,2
Reichsgebiet	11179458	100,0	2,0	4,9	14019933	100,0	5,5	10,3	16,3

1 = Hauptberuflich tätige Arbeiter und Arbeiterinnen im Jahre 1895 in den Berufsabteilungen A (Land- und Forstwirtschaft), B (Industrie einschließlich Bergbau und Baugewerbe), C (Handel und Verkehr einschließlich Gastwirtschaft), D (Lohnarbeit wechselnder Art und persönliche Dienste). Die mithelfenden Familienangehörigen wurden nicht einbezogen. Berechnet nach Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 211, Berlin 1913, Übersicht 40, S. 162*f.

2 = Regionaler Anteil der hauptberuflich tätigen Arbeiter und Arbeiterinnen im Jahre 1895 in Prozent.

3 = Regionaler Organisationsgrad der Freien Gewerkschaften 1896 in Prozent. Berechnet nach den Angaben in Tab. 1 und bezogen auf die Berufszählung im Jahre 1895.

4 = Regionaler Organisationsgrad der Freien Gewerkschaften 1900 in Prozent. Berechnet nach den Angaben in Tab. 1 und bezogen auf die Berufszählung im Jahre 1895.

5 = Hauptberuflich tätige Arbeiter und Arbeiterinnen im Jahre 1907 in den Berufsabteilungen A, B, C, D (s. Spalte 1). Die mithelfenden Familienangehörigen wurden nicht einbezogen. Berechnet nach Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 211, Berlin 1913, Übersicht 40, S. 162*f.

6 = Regionaler Anteil der hauptberuflich tätigen Arbeiter und Arbeiterinnen im Jahre 1907 in Prozent.

7 = Regionaler Organisationsgrad der Freien Gewerkschaften 1903 in Prozent. Berechnet nach den Angaben in Tab. 1 und bezogen auf die Berufszählung im Jahre 1907.

8 = Regionaler Organisationsgrad der Freien Gewerkschaften 1906 in Prozent. Berechnet nach den Angaben in Tab. 1 und bezogen auf die Berufszählung im Jahre 1907.

9 = Regionaler Organisationsgrad der Freien Gewerkschaften 1911 in Prozent. Berechnet nach den Angaben in Tab. 1 und bezogen auf die Berufszählung im Jahre 1907.

Tabelle 3: Regionale Ausbreitung und Organisationsgrad der Freien Gewerkschaften in größeren Gebietseinheiten 1896–1911

	I	1896	1900	II	1903	1906	1911
Süddeutschland	2297877	a 36659	a 79711	2532967	a 95013	a 210957	a 408645
		b 16,0	b 14,6		b 12,4	b 14,6	b 17,9
		c 1,6	c 3,5		c 3,8	c 8,3	c 15,8
Mitteldeutschland	1248415	a 40504	a 92936	1624337	a 119037	a 247632	a 441007
		b 17,7	b 17,0		b 15,5	b 17,1	b 19,3
		c 3,2	c 7,4		c 7,3	c 15,2	c 27,1
Ostdeutschland	2426723	a 17293	a 36085	2737984	a 57358	a 110594	a 178215
		b 7,5	b 6,6		b 7,5	b 7,6	b 7,8
		c 0,7	c 1,5		c 2,1	c 4,0	c 6,5
Mittelnorddeutschland	1867023	a 49394	a 155218	2476874	a 209450	a 380362	a 534954
		b 21,6	b 28,4		b 27,3	b 26,3	b 23,4
		c 2,6	c 8,3		c 8,5	c 15,4	c 21,6
Hansestädte	217838	a 18461	a 50476	317180	a 70918	a 101678	a 194257
		b 8,1	b 9,2		b 9,2	b 7,0	b 8,5
		c 8,5	c 23,2		c 22,4	c 32,1	c 61,2
Nordwestdeutschland	1009236	a 33541	a 52568	1249944	a 73811	a 110795	a 177221
		b 14,7	b 9,6		b 9,6	b 7,7	b 7,8
		c 3,3	c 5,2		c 5,9	c 8,9	c 14,2
Westdeutschland	2112346	a 29104	a 73496	3080647	a 134418	a 271658	a 321691
		b 12,7	b 13,5		b 17,6	b 18,8	b 14,1
		c 1,4	c 3,5		c 4,4	c 8,8	c 10,4
Reichsgebiet	11179458	a 228822	a 545896	14019933	a 766661	a 1446529	a 2285533
		c 2,0	c 4,9		c 5,5	c 10,3	c 16,3

I = Hauptberuflich tätige Arbeiter und Arbeiterinnen im Jahre 1895 in den Berufsabteilungen A, B, C, D (vgl. Tab. 2, Spalte 1)
II = Hauptberuflich tätige Arbeiter und Arbeiterinnen im Jahre 1907 in den Berufsabteilungen A, B, C, D (vgl. Tab. 2, Spalte 5)

a = Mitgliederzahl der Freien Gewerkschaften
b = Organisationsanteil der Region an der Gesamtmitgliedschaft der Freien Gewerkschaften im Deutschen Reich
c = Organisationsgrad der Freien Gewerkschaften in der jeweiligen Region (1896 und 1900 bezogen auf die Berufszählung von 1895; 1903, 1906 und 1911 bezogen auf die Berufszählung von 1907)

Süddeutschland = Bayern, Württemberg, Baden, Elsaß-Lothringen, Hohenzollern
Mitteldeutschland = Königreich Sachsen, Thüringische Staaten
Ostdeutschland = Ostpreußen, Westpreußen, Pommern, Posen, Schlesien
Mittelnorddeutschland = Brandenburg, Berlin, Provinz Sachsen, Anhalt, Braunschweig
Hansestädte = Hamburg, Bremen, Lübeck
Nordwestdeutschland = Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz, Schleswig-Holstein, Hannover, Lippe, Schaumburg-Lippe, Oldenburg
Westdeutschland = Rheinland, Westfalen, Hessen, Hessen-Nassau, Waldeck

Für die Berechnung der einzelnen Prozentwerte und Zahlenangaben wurden die Daten in den Tab. 1, 2 und 4 herangezogen.

Tabelle 4: Regionale Ausbreitung und Organisationsgrad der Freien Gewerkschaften in Preußen 1896–1911

	I	1896	1900	II	1903	1906	1911
Ostpreußen	408636	a 1090	a 1702	431963	a 4483	a 9028	a 21180
		b 1,0	b 0,6		b 1,0	b 1,1	b 1,9
		c 0,3	c 0,4		c 1,0	c 2,1	c 4,9
Westpreußen	296494	a 876	a 1224	324149	a 2304	a 8473	a 15915
		b 0,8	b 0,4		b 0,5	b 1,1	b 1,5
		c 0,3	c 0,4		c 0,7	c 2,6	c 5,9
Pommern	334417	a 2623	a 10145	381090	a 14316	a 21545	a 38311
		b 2,4	b 3,6		b 3,3	b 2,7	b 3,5
		c 0,8	c 3,0		c 3,8	c 5,7	c 10,1
Posen	371125	a 802	a 1864	385128	a 6142	a 6212	a 9890
		b 0,7	b 0,7		b 1,4	b 0,8	b 0,9
		c 0,2	c 0,5		c 1,6	c 1,6	c 2,1
Schlesien	1016051	a 10408	a 21150	1215654	a 30114	a 65336	a 92919
		b 9,3	b 7,5		b 7,0	b 8,1	b 8,4
		c 1,0	c 2,1		c 2,5	c 5,4	c 7,6
Brandenburg	646305	a 12667	a 38296	916381	a 46664	a 72020	a 67078
		b 11,4	b 13,5		b 10,8	b 9,0	b 6,1
		c 2,0	c 5,9		c 5,1	c 7,9	c 7,3
Berlin	431364	a 21716	a 66799	601929	a 102410	a 211921	a 301644
		b 19,5	b 23,5		b 23,7	b 26,4	b 27,4
		c 5,0	c 15,5		c 17,0	c 35,2	c 50,1
Sachsen	614675	a 11334	a 39967	747320	a 45314	a 75889	a 127990
		b 10,2	b 14,1		b 10,4	b 9,4	b 11,6
		c 1,8	c 6,5		c 6,1	c 10,2	c 17,1

Schleswig-Holstein	271712	a	13568	a	23218	339635	a	31591	a	36639	a	53038
		b	12,2	b	8,2		b	7,3	b	4,6	b	4,8
		c	5,0	c	8,5		c	9,3	c	10,8	c	15,6
Hannover	469389	a	15163	a	21828	601673	a	29204	a	54961	a	91920
		b	13,6	b	7,7		b	6,8	b	6,8	b	8,3
		c	3,2	c	4,7		c	4,9	c	9,1	c	15,3
Westfalen	572134	a	5403	a	10245	901059	a	48288	a	95360	a	68790
		b	4,8	b	3,6		b	11,2	b	11,8	b	6,3
		c	0,9	c	1,8		c	5,4	c	10,6	c	7,6
Hessen-Nassau	318333	a	6233	a	18817	430941	a	21993	a	50776	a	76324
		b	5,6	b	6,6		b	5,1	b	6,3	b	6,9
		c	2,0	c	5,9		c	5,1	c	11,8	c	17,7
Rheinland	1021598	a	9505	a	28617	1495914	a	49669	a	95244	a	136219
		b	8,5	b	10,0		b	11,5	b	11,9	b	12,4
		c	0,9	c	2,8		c	3,3	c	6,4	c	9,1
Hohenzollern	7401	a	4	a	2	9524	a	–	a	103	a	196
		b	–	b	–		b	–	b	–	b	–
		c	0,1	c	–		c	–	c	1,1	c	2,0
Insgesamt	6779634	a	111392	a	283874	8782360	a	432485	a	803507	a	1101414
		c	1,6	c	4,2		c	4,9	c	9,1	c	12,5

I = Hauptberuflich tätige Arbeiter und Arbeiterinnen im Jahre 1895 in den Berufsabteilungen A, B, C, D (vgl. Tab. 2, Spalte 1)
II = Hauptberuflich tätige Arbeiter und Arbeiterinnen im Jahre 1907 in den Berufsabteilungen A, B, C, D (vgl. Tab. 2, Spalte 5)

a = Mitgliederzahl der Freien Gewerkschaften
b = Organisationsanteil der Provinz an der Gesamtmitgliedschaft der Freien Gewerkschaften in Preußen
c = Organisationsgrad der Freien Gewerkschaften in der jeweiligen Provinz (1896 und 1900 bezogen auf die Berufszählung von 1895; 1903, 1906 und 1911 bezogen auf die Berufszählung von 1907)

Quellen: Für die Jahre 1896 bis 1903 *Troeltsch/Hirschfeld,* Tabellenanhang, S. 21*–33*; für das Jahr 1906 *Hirschfeld,* S. 14f.; für das Jahr 1911 Verbände 1911, Tabellenanhang, S. 47, Spalte 66. Die Angaben zu den hauptberuflich tätigen Arbeitern und Arbeiterinnen sind berechnet nach Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 211, Berlin 1913, Übersicht 40, S. 162*f.

Tabelle 5: Verteilung der Mitglieder der Freien Gewerkschaften nach Ortsgrößenklassen 1896–1918

	1896	1903	1911	1912	1913	1918
Großstädte mit mehr als 100000 Einwohnern	45,2	47,0	56,9	56,6	56,4	54,7
Mittelstädte mit 20000 bis 100000 Einwohnern	26,7	23,3	21,0	22,0	22,3	25,6
Kleinstädte mit 5000 bis 20000 Einwohnern	16,8	16,5	13,6	13,8	13,9	14,1
Landstädte mit 2000 bis 5000 Einwohnern	6,9	12,1	4,6	4,3	4,3	3,5
Ländliche Gemeinden mit weniger als 2000 Einwohnern			2,4	2,4	2,4	1,8

Quelle: Für die Jahre 1896 und 1903 berechnet nach *Troeltsch/Hirschfeld,* Tabellenanhang, S. 106*; für das Jahr 1911: Verbände 1911, Tabellenanhang, S. 51, Spalte 63; für das Jahr 1912: Verbände 1912, Tabellenanhang, S. 61, Spalte 60; für das Jahr 1913: Verbände 1913, Tabellenanhang, S. 63, Spalte 57; für das Jahr 1918: Verbände 1918, Tabellenanhang, S. 60, Spalte 46. Die Angaben runden sich nicht auf 100 Prozent, weil Einzelmitglieder im Reich und im Ausland hinzukommen, die sich keiner bestimmten Ortsgrößenklasse zurechnen ließen.

Tabelle 6: Mitglieder und Organisationsgrad der Freien Gewerkschaften in deutschen Großstädten mit mehr als 200000 Einwohnern 1903–1911

	1	2	3	4	5	6	7
Groß-Berlin	702042	104654	14,9	215028	30,6	301644	43,0
Bremen	54665	11984	21,9	18078	33,1	33317	60,9
Breslau	114478	9594	8,4	23410	20,4	30004	26,2
Chemnitz	76904	6964	9,1	14711	19,1	40657	52,9
Dortmund	51673	3173	6,1	6691	12,9	8687	16,8
Dresden	124051	17841	14,4	51890	41,8	80260	64,7
Düsseldorf	66021	3886	5,9	9364	14,2	21274	32,2
Duisburg	54036	971	1,8	2367	4,4	5361	9,9
Essen/Ruhr	63524	2516	4,0	8524	13,4	10146	16,0
Frankfurt a. M.	85447	10678	12,5	25898	30,3	42374	49,6
Hamburg	254844	43751	17,2	65253	25,6	133423	52,4
Hannover	56616	9173	16,2	24351	43,0	38313	67,1
Kiel	39905	7052	17,7	10850	27,2	21361	53,2
Köln	103761	5797	5,6	15368	14,8	25694	24,8
Königsberg	56917	3151	5,5	6702	11,8	11612	20,4
Leipzig	132070	24236	18,4	48135	36,4	73264	55,5
Magdeburg	57005	8709	15,3	20275	35,6	27366	48,0
München	134650	14542	10,8	36720	27,3	68932	51,2
Nürnberg	92279	11119	12,0	26691	28,9	57336	62,1
Stettin	52280	7021	13,4	9700	18,6	22482	43,0
Stuttgart	65825	11626	17,7	18853	28,6	42170	64,1
Insgesamt	2438993	318438	13,1	658859	27,0	1095677	44,9

1 = Hauptberuflich tätige Arbeiter und Arbeiterinnen im Jahre 1907
2 = Mitgliederzahl der Freien Gewerkschaften im Jahre 1903
3 = Organisationsgrad im Jahre 1903
4 = Mitgliederzahl der Freien Gewerkschaften im Jahre 1906
5 = Organisationsgrad im Jahre 1906
6 = Mitgliederzahl der Freien Gewerkschaften im Jahre 1911
7 = Organisationsgrad im Jahre 1911

Quellen: Berechnet nach den Angaben bei *Hirschfeld,* Tabellenanhang, S. 268*–290* (für die Jahre 1903 und 1906); Verbände 1911, Tabellenanhang, S. 53, Spalte 5; S. 51, Spalte 63 (für das Jahr 1911). Zu Groß-Berlin sind die Einzelangaben für Berlin, Charlottenburg, Neukölln und Schöneberg zusammengefaßt.

Tabelle 7: Regionale Ausbreitung der Richtungsgewerkschaften im Deutschen Reich im Jahre 1903

	1		2	3	4	5
Preußen	599274	a	56,4	95,0	76,4	86,7
		b	72,2	2,6	12,1	13,1
Bayern r. Rh.	57747	a	6,2	1,0	4,4	6,2
		b	82,6	0,3	7,2	9,9
Bayern l. Rh.	11840	a	1,3	–	1,1	1,0
		b	83,8	–	8,6	7,6
Sachsen	100534	a	12,3	0,9	6,2	–
		b	94,0	0,2	5,8	–
Württemberg	22570	a	2,6	–	2,2	0,6
		b	88,5	–	9,2	2,3
Baden	19432	a	1,8	–	4,0	2,2
		b	69,9	–	19,7	10,4
Hessen	15933	a	1,9	–	0,9	0,7
		b	90,4	–	5,7	3,9
Mecklenburg-Schwerin	7211	a	0,9	–	0,1	–
		b	95,4	–	7,3	–
Mecklenburg-Strelitz	1165	a	0,1	–	0,1	–
		b	92,7	–	7,3	–
Thüring. Staaten	26332	a	3,2	–	1,9	–
		b	93,1	–	6,9	–
Oldenburg	3571	a	0,4	–	0,3	0,1
		b	87,3	–	9,0	3,7
Braunschweig	10246	a	1,3	–	0,2	0,2
		b	96,6	–	1,3	2,1

	1		2	3	4	5
Anhalt	6402	a	0,7	–	1,3	–
		b	80,7	–	19,3	–
Waldeck	67	a	–	–	–	–
		b	100,0	–	–	–
Lippe und Schaumburg-Lippe	3400	a	0,3	–	–	1,6
		b	57,0	–	–	43,0
Lübeck	6496	a	0,8	–	0,1	–
		b	98,8	–	0,2	–
Bremen	18411	a	2,4	–	0,1	0,1
		b	99,2	–	0,4	0,4
Hamburg	47114	a	6,5	3,1	0,3	0,1
		b	98,1	1,1	0,7	0,1
Elsaß-Lothringen	4487	a	0,4	–	0,2	0,5
		b	85,5	–	5,3	9,2
Insgesamt	962232		760005	16128	95137	90962
		c	79,0	1,7	9,9	9,4

1 = Gesamtzahl der Mitglieder aller Richtungsgewerkschaften im jeweiligen Bundesstaat
2 = Freie Gewerkschaften
3 = Lokalorganisierte Gewerkschaften
4 = Hirsch-Dunckersche Gewerkvereine
5 = Christliche Gewerkschaften
a = Regionaler Organisationsanteil der Richtungsgewerkschaften bezogen auf die Gesamtzahl ihrer Mitglieder im Reichsgebiet
b = Regionaler Organisationsanteil der Richtungsgewerkschaften bezogen auf die Gesamtzahl aller Richtungsgewerkschaften im jeweiligen Bundesstaat
c = Reichsweiter Organisationsanteil der Richtungsgewerkschaften

Quelle: Berechnet nach den Angaben bei *Troeltsch/Hirschfeld*, S. 100.

Tabelle 8: Regionale Ausbreitung und regionaler Organisationsgrad der Freien Gewerkschaften nach Branchen in den Bundesstaaten im Jahre 1911

		I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII	IX	X	XI	XII
Preußen	a	373768	1024782	359742	83096	86950	316223	417304	414967	964950	84219	583901	152375
	b	21950	281518	49884	13400	13250	94856	56119	55881	235815	50884	94496	7854
	c	5,9	27,5	13,9	16,1	15,2	30,0	13,4	13,5	24,4	60,4	16,2	5,2
Bayern r. Rh.	a	66981	111615	49831	11934	9005	54616	58709	47214	116765	14319	54671	34759
	b	12550	46039	7070	2943	2580	21342	13243	8843	47156	10318	11793	1371
	c	18,7	41,2	14,2	24,7	28,7	39,1	22,6	18,7	40,4	72,1	21,6	3,9
Bayern l. Rh.	a	13330	22040	6747	2257	1968	7595	13074	16726	17766	1194	7483	1837
	b	637	5483	494	17	57	1126	874	5960	1562	635	351	–
	c	0,1	24,9	7,3	0,8	2,9	14,8	6,7	35,6	8,8	53,2	4,7	–
Sachsen	a	56018	177713	228393	38714	11498	54622	61318	73687	126434	31880	70828	27792
	b	10166	82180	52244	8036	3858	29922	15863	15450	73848	17884	16189	1209
	c	18,1	46,2	22,9	20,8	33,6	54,8	25,9	21,0	58,4	56,1	22,9	4,4
Württemberg	a	15599	81653	47936	9252	6376	27067	27599	31584	49833	6687	16903	9109
	b	808	26908	2946	1725	2596	8650	2980	7130	11044	4777	2006	61
	c	5,2	33,0	6,1	18,6	40,7	32,0	10,8	22,6	22,2	71,4	11,9	0,7
Baden	a	17331	72323	29873	8298	8846	21121	54332	15686	53285	4431	22063	15256
	b	1454	20387	1436	984	1022	4374	4896	1476	12391	2667	3424	257
	c	8,4	28,2	4,8	11,9	11,6	20,7	9,0	9,4	23,3	60,2	15,1	1,7
Hessen	a	12200	29482	3099	3219	13295	12975	18440	11314	40467	3405	14002	4545
	b	874	8767	26	207	3670	3908	2589	2126	7998	1751	1636	203
	c	7,2	29,7	0,8	6,4	27,6	30,1	14,0	18,8	19,8	51,4	11,7	4,5
Mecklenburg-Schwerin	a	2865	9742	389	659	851	4142	6205	3998	14344	737	7368	3402
	b	138	2244	–	28	131	1489	581	562	6988	382	1505	–
	c	4,8	23,0	–	4,2	15,4	35,9	9,4	14,1	48,7	51,8	20,4	–

		I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII	IX	X	XI	XII
Mecklenburg-Strelitz	a	682	1182	61	34	67	950	1005	687	3098	109	970	406
	b	–	76	–	–	–	234	33	5	956	63	–	–
	c	–	6,4	–	–	–	24,6	3,3	0,7	30,9	57,8	–	–
Thüring. Staaten	a	39633	38636	38727	7738	5954	19341	16666	16544	50216	3746	13259	6738
	b	10751	13605	9666	843	1679	7907	3403	2720	16048	2070	2498	106
	c	27,1	35,2	25,0	10,9	28,2	40,9	20,4	16,4	32,0	55,3	18,8	1,6
Oldenburg	a	4708	11964	3972	187	1362	3367	3573	2869	11560	483	5206	1961
	b	302	1267	729	–	62	650	276	189	2783	303	1063	–
	c	6,4	10,6	18,4	–	4,6	19,3	7,7	6,6	24,1	62,7	20,4	–
Braunschweig	a	7719	14216	3818	686	855	4590	9015	4575	14926	1289	6773	3253
	b	277	6325	1004	79	179	1871	1496	767	4353	743	523	68
	c	3,6	44,5	26,3	11,5	20,9	40,8	16,6	16,8	29,2	57,6	7,7	2,1
Anhalt	a	3826	10750	560	1044	530	3121	5501	2493	8734	635	4489	1212
	b	100	3316	–	13	48	966	798	188	2655	418	703	13
	c	2,6	30,8	–	1,2	9,1	31,0	14,5	7,5	30,4	65,8	15,7	1,1
Lippe und Schaumburg-Lippe	a	2567	1264	577	95	182	1971	3334	1502	4287	539	1311	606
	b	284	9	4	13	–	402	702	194	600	126	11	–
	c	11,1	0,7	0,7	13,7	–	20,4	21,1	12,9	14,0	23,4	0,8	–
Waldeck	a	325	493	52	86	53	465	859	386	1863	56	445	1169
	b	–	–	–	–	–	5	389	–	139	20	–	–
	c	–	–	–	–	–	1,1	45,3	–	7,5	35,7	–	–
Lübeck	a	570	4446	74	94	165	1339	2362	879	4439	415	5165	1188
	b	23	2786	–	99	39	607	624	300	1710	303	2534	128
	c	4,0	62,7	–	100,0	23,6	45,3	26,4	34,1	38,5	73,0	49,1	10,8
Bremen	a	846	11446	2197	233	632	3911	4550	3019	10138	1121	13836	3239
	b	168	11171	1179	138	302	5758	2957	1251	8206	736	9528	380
	c	19,9	97,6	53,7	59,2	47,8		65,0	41,4	80,9	65,7	68,9	11,7

		I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII	IX	X	XI	XII
Hamburg	a	1857	26730	1526	1370	4659	11617	14000	12518	28702	4658	65065	10820
	b	584	25213	1494	1247	1069	8045	8755	4319	20616	3826	32109	1925
	c	31,4	94,3	97,9	91,0	22,9	69,3	62,5	34,5	71,8	82,1	49,3	17,8
Elsaß-Lothringen	a	21334	37195	68170	3025	3474	13062	14526	14854	46216	2616	17874	6438
	b	561	2722	3216	121	232	1576	1141	734	7575	1447	1890	37
	c	2,6	7,3	4,7	4,0	6,7	12,1	7,9	4,9	16,4	55,3	10,6	0,6
Reichsgebiet	a	642159	1687672	845744	172021	156722	562095	732372	675502	1568023	162539	911612	286105
	b*	61802	540578	131426	30755	38621	194560	118159	109242	462813	99571	184345	13918
	c	9,6	32,0	15,5	17,9	24,6	34,6	16,1	16,2	29,5	61,3	20,2	4,9

* einschließlich Einzelmitglieder und Mitglieder im Ausland

a = Gesamtzahl der gelernten und ungelernten Arbeiter und Arbeiterinnen nach Branchen (c_2- und c_3-Personen der Reichsstatistik)
b = Mitglieder der Freien Gewerkschaften nach Branchen
c = Freigewerkschaftlicher Organisationsgrad nach Branchen

I = Industrie der Steine und Erden. Gewerkschaftsverbände: Glasarbeiter, Porzellanarbeiter, Steinarbeiter
II = Metallverarbeitung und Maschinenindustrie. Gewerkschaftsverbände: Kupferschmiede, Metallarbeiter, Schiffszimmerer, Schmiede
III = Textilindustrie. Gewerkschaftsverbände: Textilarbeiter
IV = Papierindustrie. Gewerkschaftsverbände: Buchbinder
V = Lederindustrie. Gewerkschaftsverbände: Lederarbeiter, Sattler, Tapezierer. Von den 15091 Mitgliedern des Lederarbeiterverbandes ließen sich nur 7617 regional zuordnen.
VI = Holzindustrie. Gewerkschaftsverbände: Bildhauer, Böttcher, Holzarbeiter
VII = Nahrung und Genußmittel. Gewerkschaftsverbände: Bäcker u. Konditoren, Brauerei- u. Mühlenarbeiter, Fleischer, Tabakarbeiter, Zigarrensortierer
VIII = Bekleidungsindustrie. Gewerkschaftsverbände: Blumenarbeiter, Hutmacher, Kürschner, Schneider, Schuhmacher
IX = Baugewerbe. Gewerkschaftsverbände: Asphalteure, Dachdecker, Glaser, Maler, Steinsetzer, Stukkateure, Töpfer, Bauarbeiter, Zimmerer. Es fehlt der Verband der Steinsetzer mit 10706 Mitgliedern.
X = Polygraphisches Gewerbe. Gewerkschaftsverbände: Buchdrucker, Buchdruckereihilfsarbeiter, Lithographen, Notenstecher, Xylographen
XI = Handel u. Verkehr (ohne Post u. Eisenbahn). Gewerkschaftsverbände: Transportarbeiterverband. Von der Gesamtzahl der Mitglieder dieses Verbandes mußten 10904 Binnenschiffer u. Flößer unberücksichtigt bleiben, für die keine regionalen Angaben vorliegen. Es fehlen die Verbände der Handlungsgehilfen (14377 Mitglieder) und der Lagerhalter (2628 Mitglieder).
XII = Gastronomie. Gewerkschaftsverbände: Gastwirtsgehilfen

Quellen: Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 211, Berlin 1913, Übersicht 43, S. 172*–175*. Verbände 1911, Übersicht 19, S. 44–47.

Friedhelm Boll

Arbeitskampf und Region. Arbeitskämpfe, Tarifverträge und Streikwellen im regionalen Vergleich 1871–1914

I

Die mobilisierende Wirkung von Streiks, vorzüglich natürlich die der erfolgreichen, war ein Gemeinplatz der frühen Arbeiterbewegung. Der sprunghafte Anstieg von gewerkschaftlichen Mitgliederzahlen gerade in Jahren besonders intensiver und häufiger Arbeitskämpfe belegt diese Mobilisierungsfunktion[1]. Hat sich dies auch in sozialdemokratische Wählerstimmen umgesetzt? Diese Kernfrage begründet die Aufnahme eines Streikbeitrags in einen überwiegend wahlhistorisch ausgerichteten Sammelband. Jedoch ist nicht an eine Fallstudie zur direkten Abhängigkeit oder Beeinträchtigung[2] von Wahl- und Arbeitskämpfen gedacht. Vielmehr sollen einige *Grundmuster der Mobilisierung durch Arbeitskämpfe* herausgestellt werden, wobei Streikwellen und regionale Unterschiede im Vordergrund stehen. Das wellenhafte Auf und Ab von Phasen überwiegend erfolgreicher Streik- und Organisationskämpfe und Zeiten vermehrter Niederlagen und Rückschläge soll die traditionelle, gelegentlich auch wahlarithmetisch gestützte Sicht eines kontinuierlichen, unaufhaltsamen Aufstiegs der sozialdemo-

[1] *James E. Cronin,* Streiks und gewerkschaftliche Organisationsfortschritte: Großbritannien und Kontinentaleuropa 1870–1914, in: *Wolfgang J. Mommsen, Hans-Gerhard Husung* (Hrsg.), Auf dem Wege zur Massengewerkschaft. Die Entwicklung der Gewerkschaften in Deutschland und Großbritannien 1880–1914 (Stuttgart 1984) 79–108; *Friedhelm Boll,* Streikwellen im europäischen Vergleich, ebda. 109–135; im folgenden zitiert: *Boll,* Streikwellen; *Klaus Tenfelde,* Konflikt und Organisation in der Frühgeschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, ebda. 256–276.

[2] Systematische Untersuchungen über den positiven oder negativen Zusammenhang von Wahlen und Arbeitskämpfen liegen für den deutschen Sprachraum meines Wissens nicht vor. Thematisiert wird dieses Problem im allgemeinen in einschlägigen Studien zur gewerkschaftlichen Gründungsphase Ende der 1860er Jahre sowie in solchen zur Novemberrevolution. Siehe z.B.: *Dietrich Milles,* „... aber es kam kein Mensch nach den Gruben, um anzufahren". Arbeitskämpfe der Ruhrbergarbeiter 1867–1878 (Frankfurt/New York 1983) 73ff., 236ff.; *Lothar Machtan,* Streiks im frühen deutschen Kaiserreich (Frankfurt/New York 1983) 26ff. und passim; im folgenden zitiert: *Machtan,* Streiks; *Heinrich Volkmann,* Die Streikwellen von 1910–13 und 1919–20: Kontinuität oder Diskontinuität der Arbeitskampfentwicklung? in: *Jürgen Bergmann u.a.,* Arbeit, Mobilität, Partizipation, Protest (Opladen 1986) 220–250; im folgenden zitiert: *Volkmann,* Streikwellen.

kratischen Arbeiterbewegung korrigieren[3]. Zudem hilft die methodisch begründete Berücksichtigung der quellenmäßig besser abgesicherten Streikwellen (um 1870 und um 1890), die insgesamt ungünstige Lage der Streikdaten der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu überbrücken[4]. Die schwierige Datenlage und der begrenzte Raum erlauben nur einen groben, vorwiegend quantitativ abgestützten Überblick, der auf regionale und lokale Ursachen und Zusammenhänge nur in Ausnahmefällen exemplarisch eingehen kann. Der Beitrag zeichnet sich daher vor allem durch seinen Hinweischarakter aus, der bisher wenig beachtete regionale Unterschiede im sozialen Klima des Kaiserreichs stärker akzentuiert – Unterschiede, die in ihrer langfristigen Auswirkung bis in die Deutsche Revolution von 1918/19 noch nicht hinreichend erforscht sind.

Die näher untersuchten Grundmuster der Mobilisierung durch Arbeitskämpfe zeigen verblüffende Parallelitäten zur historischen Wahlforschung[5]. Dazu gehören: 1. das Ineinandergreifen von Eigen- und Fremdmobilisierung, das sich nicht nur zwischen Parteien, sondern auch zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern beobachten läßt; 2. die Zuspitzung der Arbeitskämpfe ab 1909/1910, die im Zusammenhang mit der zunehmenden parlamentarischen Isolierung der SPD gesehen werden sollte; 3. die krassen Unterschiede in der regionalen Streik- und Tarifvertragsverteilung, die – unabhängig von ihrer industriestrukturellen Bedingtheit – auch mit regionalen und konfessionellen Unterschieden des deutschen Parteienwesens verglichen werden können; 4. das Auseinanderklaffen von punktueller Mobilisierung bei Streiks oder Wahlen einerseits und dauerhafter Mobilisierung bei Partei- bzw. Gewerkschaftsmitgliedschaft. Hierbei ließ sich eine Art Zentrum-Peripherie-Modell beobachten: Während in den großstädtischen Hochburgen der Sozialdemokratie punktuelle und dauerhafte Koalition parallel verlaufen, fallen im kleinstädtischen Milieu nicht selten relativ hohe Streik- und Wahlbeteiligung und niedriger Organisationsgrad deutlich auseinander. Ähnliche Diskrepanzen können auch für die Unterschiede zwischen Arbeitskampf und Organisationsverhalten von Frauen und Jugendlichen sowie im Falle von Bergbau- und Textilregionen konstatiert werden, wo die Streikbeteiligung nicht selten über, die Organisationsmitgliedschaft jedoch weit unter dem Durchschnitt lagen.

Die hier vorgelegten Ergebnisse geben erneut Veranlassung, nicht nur über Parallelitäten zwischen Wahl- und Arbeitskampfentwicklung, sondern auch über deren Zusammenhänge nachzudenken. So verdienen einige süddeutsche Bundesstaaten nicht

[3] Erinnert sei an die These Friedrich Engels', daß sich der Zeitpunkt des „schließlichen Sieges" der Sozialdemokratie „schon jetzt mathematisch berechnen läßt", zitiert nach *Hans-Josef Steinberg,* Sozialismus und deutsche Sozialdemokratie. Zur Ideologie der Partei vor dem I. Weltkrieg (Bonn–Bad Godesberg [3]1972) 68. – Zur Kritik an einer allzu evolutionistischen Sicht der Arbeitskampfentwicklung siehe *Machtan,* Streiks, Einleitung sowie *Friedhelm Boll,* Streik, Streikwellen, Organisationsprobleme. Zu neueren Trends in der Streikforschung, in: Archiv für Sozialgeschichte XXVI (1986) 495–512; im folgenden zitiert: *Boll,* Trends in der Streikforschung.

[4] Zur Problematik der Streikdaten siehe: *Klaus Tenfelde, Heinrich Volkmann* (Hrsg.), Streik. Zur Geschichte des Arbeitskampfes in Deutschland während der Industrialisierung (München 1981), Anhang; im folgenden zitiert: *Tenfelde, Volkmann,* Streik.

[5] Siehe beispielsweise die Beiträge von G. A. Ritter, P. Steinbach, B. Mann und A. v. Saldern in diesem Band.

nur wegen ihrer liberaleren politischen Verhältnisse besondere Beachtung. Nicht selten trafen hier eine besonders niedrige Streikbeteiligung mit relativ guten Ergebnissen im Gewerkschafts- und Tarifvertragsbereich zusammen, so daß – mindestens bis 1906 – auf ein „milderes" soziales Klima geschlossen werden kann. Im Gegensatz dazu ist für einige nord- und mitteldeutsche Zentren der Arbeiterbewegung der offenkundige Gegensatz zwischen extrem hohen Organisations-, Streik- und Tarifvertragsbeteiligungen und Erfolgen in diesen Bereichen einerseits und der Ausschließung vom politischen Leben (Landtagswahlrechte) als erheblichem, spannungstreibenden Element zu konstatieren, ohne daß diesem Komplex hier weiter nachgegangen werden kann[6].

II

Die bundesrepublikanische Streikforschung der letzten zehn bis fünfzehn Jahre war von einer gewissen Gegensätzlichkeit der Ansätze gekennzeichnet[7]. In vornehmlich quantitativ angelegten, anfangs modernisierungstheoretisch beeinflußten Studien hatten vor allem H. Kaelble und H. Volkmann eine säkulare Tendenz zum konjunkturangepaßten, kostengünstigeren, den Arbeitskampf mittels Tarifvertrag tendenziell ersetzenden Konfliktverhalten ausgemacht[8]. Diese anfangs überwiegend positive Einschätzung der Entwicklungsmöglichkeiten der Arbeiterbewegung wurde von G. A. Ritter und anderen gestützt, die neben dem rapiden Anstieg des Tarifvertragswesens auch in der Zunahme sozialdemokratischer Beteiligung in Kommunalparlamenten und Sozialversicherungen sowie in einer partiellen Überlappung von bürgerlich-hegemonialer und Arbeiterkultur eine partielle, regional zu differenzierende *Abschleifung*

[6] Von einem „milderen Gepräge" der politischen Arbeiterbewegung in Süddeutschland (besonders in Baden, Württemberg und Hessen) aufgrund der größeren Zurückhaltung der Behörden sprechen: *Walter Troeltsch, Paul Hirschfeld,* Die deutschen Sozialdemokratischen Gewerkschaften. Untersuchungen und Materialien über ihre geographische Verbreitung 1896–1903 (Berlin [2] 1907) 76; im folgenden zitiert: *Troeltsch, Hirschfeld,* Gewerkschaften. – Über die spannungstreibende Wirkung der Diskrepanz von ökonomischen Erfolgen und politischer Rechtlosigkeit siehe exemplarisch: *Friedhelm Boll,* Massenbewegungen in Niedersachsen 1906–1920. Eine sozialgeschichtliche Untersuchung zu den unterschiedlichen Entwicklungstypen Braunschweig und Hannover (Bonn 1981) 133ff., 142; im folgenden zitiert: *Boll,* Massenbewegungen.

[7] *Klaus Tenfelde, Heinrich Volkmann,* Streik, Einführung sowie darin die Beiträge von *Gerald D. Feldman,* Streiks in Deutschland 1914–1933: Probleme und Forschungsaufgaben, 274ff.; *Ilse Costas,* Arbeitskämpfe in der Berliner Elektroindustrie 1905 und 1906, 103ff. (jeweils mit methodisch kritischen Anmerkungen zum Stand der Forschung). Siehe auch *Boll,* Trends in der Streikforschung.

[8] *Heinrich Volkmann,* Modernisierung des Arbeitskampfes? Zum Formwandel von Streik und Aussperrung in Deutschland 1864–1975, in: *Hartmut Kaelble u.a.,* Probleme der Modernisierung in Deutschland (Opladen 1978) 110–170; im folgenden zitiert: *Volkmann,* Modernisierung; *ders.,* Organisaton und Konflikt. Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände und die Entwicklung des Arbeitskonflikts im späten Kaiserreich, in: *Werner Conze, Ulrich Engelhardt* (Hrsg.), Arbeiter im Industrialisierungsprozeß. Herkunft, Lage und Verhalten (Stuttgart 1979) 422–438; im folgenden zitiert: *Volkmann,* Organisation und Konflikt.

der Klassengegensätze erblickten[9]. In jüngeren Einzelfallstudien und Analysen spezifischer Arbeitermilieus (Bauarbeiter, Hafenarbeiter, Messerschleifer, Elektroindustriearbeiter u.a.) haben sich vorwiegend kritische Stimmen zu Wort gemeldet, die bewußt oder unbewußt geeignet waren, Karl Kautskys These von 1909 zu stützen, derzufolge mit „rein gewerkschaftlichen Methoden" kaum noch größere Erfolge zu erringen seien[10]. Waren nun die deutschen Gewerkschaften vor 1914 in eine Sackgasse geraten oder war Kautskys Meinung nur ein stimmungsmäßiger Reflex des Konjunkturabschwungs von 1908/09? K. Schönhoven hat in einem abwägenden Aufsatz beide Positionen gegenübergestellt, ohne jedoch zu einem eindeutigen Urteil zu kommen[11]. Eingehend ließ er eine lange Reihe von meist aussperrungsbedingten Niederlagen und äußerst unbefriedigenden, die innerverbandlichen Konflikte anheizenden Kompromisse zwischen 1909 und 1914 Revue passieren und belegte auf diese Weise eine *gravierende* Zuspitzung der Verteilungskämpfe[12]. Ob die Gewerkschaften am Vorabend des Weltkrieges an die Grenze ihrer Handlungsfähigkeit gelangt waren, will Schönhoven zu Recht nicht entscheiden. Feststeht, daß sie aufgrund wachsender Unternehmermacht, sprunghaft ansteigender Aussperrungspraxis, rapidem Anwachsen wirtschaftsfriedlicher Verbände und antigewerkschaftlicher Rechtssprechung noch nie so sehr in ihrer Manövrierfähigkeit eingeschränkt waren wie seit 1909. Der Verlauf des Münchener Gewerkschaftskongresses von 1914 beweist, daß sie mit dem Rücken zur Wand standen[13]. Erst die durch den Krieg erzwungene Kooperation mit der Arbeitgeberseite und die ab 1917 einsetzende Streikwelle befreite die Gewerkschaften aus dieser Lage.

Die Führung von Lohnbewegungen und Streiks gehörte in völligem Widerspruch zu den Intentionen der sozialdemokratischen Arbeitervereinsgründern der 1860er Jahre zu einem der beiden Hauptbetätigungsfelder der deutschen Gewerkschaften.

[9] Besonders prägnant: *Gerhard A. Ritter,* Sozialdemokratie und Sozialgeschichte 1909–1914. Zu einer neueren Darstellung (AfS XVII, Bonn 1977) 458–466 (über *Dieter Groh,* Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges [Frankfurt u.a. 1973]); – *Jürgen Kocka* unter Mitarbeit von *Elisabeth Müller-Luckner* (Hrsg.), Arbeiter und Bürger im 19. Jahrhundert. Varianten ihres Verhältnisses im europäischen Vergleich (München 1986) 325 ff. (Zusammenfassung Kocka).

[10] Siehe die Beiträge von *Ilse Fischer, Michael Grüttner* und *Ilse Costas* in: *Tenfelde/Volkmann,* Streik, sowie *Rudolf Boch,* Handwerker – Sozialisten gegen Fabrikgesellschaft. Lokale Fachvereine, Massengewerkschaft und industrielle Rationalisierung in Solingen 1870 bis 1914 (Göttingen 1985).

[11] *Klaus Schönhoven,* Arbeitskonflikte in Konjunktur und Rezession. Gewerkschaftliche Streikpolitik und Streikverhalten der Arbeiterschaft vor 1914, in: *Tenfelde/Volkmann,* Streik, 177–194 (Zitat 177); im folgenden zitiert: *Schönhoven,* Arbeitskonflikte.

[12] So auch *Klaus Saul,* Zwischen Repression und Integration. Staat, Gewerkschaften und Arbeitskampf im Kaiserlichen Deutschland 1884–1914, in: *Tenfelde/Volkmann,* Streik, 209–236; *ders.,* „Verteidigung der bürgerlichen Ordnung" oder Ausgleich der Interessen? Arbeitgeberpolitik in Hamburg-Altona 1896–1914, in: *Arno Herzig, Dieter Langewiesche, Arnold Sywottek* (Hrsg.), Arbeiter in Hamburg (Hamburg 1983) 261–282.

[13] *Klaus Schönhoven,* Arbeitskonflikte, 192; ausführlich: *Klaus Saul,* Staat, Industrie, Arbeiterbewegung im Kaiserreich (Düsseldorf 1974) 382 ff.

Die zweite Hauptbeschäftigung bestand nicht wie beim vorbildhaften britischen Gewerkschaftswesen im Aufbau starker Unterstützungskassen – dies gelang erst nach Abklingen der staatlichen Repression gegen Ende des Jahrhunderts –, sondern in der mündlichen und schriftlichen Agitation, vor allem in der Herausgabe eines Verbandsorgans[14]. Die ersten hauptamtlich bezahlten Funktionäre waren daher nicht selten Kassierer, reisende Agitatoren und Redakteure in einer Person. Angesichts der Bedeutung der Lohn- und Streikkämpfe kann es nicht überraschen, daß gerade in Zeiten intensiver Arbeitskämpfe die gewerkschaftlichen Mitgliederzahlen besonders in die Höhe schossen. Die außerordentliche Hochschätzung der Arbeiterstatistik bei Gewerkschaftsführern[15] hatte zur Folge, daß auch dieses Problem durch eine spezielle Statistik genauer dokumentiert wurde.

Tabelle 1: Beteiligung an Streiks und Aussperrungen nach Geschlecht 1900–1914 (in Tausend)

	Männer	v.H.	Frauen	v.H.	gesamt	v.H.
6 Monate vorher organisiert	1477	52	76	30	1553	50
bei Beginn organisiert	1945	68	144	57	2089	67
Gesamtbeteiligung (Organisierte und Nichtorganisierte)	2850	100	252	100	3102	100

Quelle: Statistische Beilage zum Correspondenzblatt. 1901–1915 (Eigenberechnung). Nicht berücksichtigt sind die Jahre 1903, 1904[16].

Die Monate der Streikvorbereitung wurden von einem großen Teil der Arbeiterschaft zum Gewerkschaftsbeitritt benutzt, allerdings in sehr unterschiedlicher Verteilung: Etwa ein Viertel aller zu Beginn der Arbeitskämpfe organisierten Männer war in den vorangegangenen 6 Monaten den Verbänden beigetreten. Bei den Frauen sah es jedoch anders aus. Etwa die Hälfte der zu Streikbeginn organisierten Frauen hatte den Gewerkschaftsbeitritt erst im vorangehenden halben Jahr vollzogen. Diese Unterschiede können nicht einer grundsätzlichen Abneigung von Arbeiterinnen gegenüber den Gewerkschaften zugeschrieben werden. Ihre geringe Teilnahme am Gewerkschaftsleben hat zweifellos ihre Ursachen in spezifischen Lebens- und Arbeitsperspektiven (Hauptberufstätigkeit begrenzt auf wenige Jahre vor der Ehe bzw. vor dem Mutterwerden; überwiegend ungelernte Berufstätigkeit) auch nicht in einer Ablehnung des Streiks. Daher sahen sie sich durch bevorstehende Streiks stärker als ihre männlichen Kollegen zum Gewerkschaftsbeitritt veranlaßt. In die gleiche Richtung weist eine Untersuchung der Streikbeteiligung von Frauen in einigen ausgewählten

[14] Siehe die bekannte Gewerkschaftstafel von A. Geib (1878), abgedruckt bei *Hermann Müller,* Die Organisation der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe (Berlin/Bonn 1978) Reprint, 468f.; im folgenden zitiert: *Müller,* Lithographien.

[15] Siehe die ab Ende der 1880er Jahre emporschnellende Zahl der Statistischen Erhebungen gewerkschaftlicher Zentralverbände über Lohn- und Arbeitsverhältnisse.

[16] Berechnet nach *Willy Albrecht, Friedhelm Boll, Beatrix W. Bouvier, Rosemarie Leuschen-Seppel, Michael Schneider,* Frauenfrage und deutsche Sozialdemokratie vom Ende des 19. Jahrhunderts bis zum Beginn der zwanziger Jahre, in: Archiv für Sozialgeschichte XIX (1979) 459–510, hier 496ff.

„Frauenberufen". Bei Buchbinderinnen, Schneiderinnen, Tabak- und Textilarbeiterinnen lag die Streikbeteiligung eher über als unter der ihrer männlichen Gewerkschaftskollegen[17].

Trotz der starken Mobilisierung in der Vorstreikphase waren bei den gewerkschaftlich registrierten Streiks zwischen 1900 und 1914 nur 57% der Frauen, aber 68% der Männer gewerkschaftlich organisiert. Besonders während der Jahre der Streikwellen z.B. 1905/06 oder 1910/12 stieg der Organisationsgrad der Frauen rapide an[18].

Ähnliches gilt auch für Jugendliche und Jungarbeiter, so daß es in Gewerkschafts- und Polizeiberichten immer wieder zu Klagen kam über die von angeblich unbedachten, jugendlichen Elementen inszenierten Streiks[19]. Dies war keineswegs ein besonderes Kennzeichen der Massenbewegungen von 1917/20 gewesen, hatte doch schon der führende Politiker des „Neuen Kurses", von Berlepsch, sich 1890 veranlaßt gesehen, eine besondere Untersuchung über jugendliche Streikagitatoren in Auftrag zu geben, die jedoch ohne nennenswerte Resultate geblieben war[20].

Daß der in Streikzeiten „zur Schau getragene Enthusiasmus" gelegentlich „nur ein Strohfeuer" war, wußten die Gewerkschaften[21]. Noch ausgeprägter läßt sich das massive Hineinströmen der Arbeiterschaft in die Gewerkschaften für Phasen intensiver und häufiger Arbeitskämpfe feststellen, wobei den Jahren der Euphorie auch regelmäßig Zeiten des resignativen Fernbleibens folgten. In diesem Sinne ist die Streik- und Organisationswelle der letzten Kriegs- und ersten Nachkriegsjahre kein Einzelfall gewesen. Vielmehr können wir für die gesamte Zeit des Kaiserreichs, ja selbst für die Jahre davor und danach, eine ganze Reihe derartiger Entwicklungsschübe feststellen, die von mehr oder weniger tiefgehenden Rückschlägen unterbrochen wurden. Dieses in Deutschland gelegentlich unterschätzte Grundmuster der Arbeitermobilisierung wurde unter dem Stichwort der Streikwellen nicht nur für die deutsche, sondern gerade auch für die englische und französische Streikgeschichte beschrieben. Man bezeichnet damit eine außerordentliche Häufung von Arbeitskämpfen innerhalb weniger Jahre, wobei auf der Basis einer günstigen Wirtschaftskonjunktur eine fast epidemieartige Ausbreitung von Streiks, ein enormes Anwachsen der Gewerkschaften (um das Doppelte und Dreifache) und nicht zuletzt auch gewerkschaftsstrukturelle und politi-

[17] Ebda., 500f.

[18] Ebda., vgl. Tabellen 8 und 16.

[19] *Gerald D. Feldman, Eberhard Kolb, Reinhard Rürup,* Die Massenbewegungen der Arbeiterschaft in Deutschland am Ende des Ersten Weltkrieges (1917–1920), in: Politische Vierteljahresschrift XIII (1972); *Boll,* Massenbewegungen, 207ff.

[20] *Karl Oldenberg,* Arbeitseinstellungen in Deutschland, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Bd. 1 (Jena ^{3}1909) 948; im folgenden zitiert: *Oldenberg,* Arbeitseinstellungen. Eine grundlegende Einschränkung der Freizügigkeit von Jugendlichen hatte sich nicht durchsetzen können. Siehe: *Hans-Jörg von Berlepsch,* „Neuer Kurs" im Kaiserreich? Die Arbeiterpolitik des Freiherrn von Berlepsch 1890 bis 1896 (Bonn 1987) 21ff.; im folgenden zitiert: *Berlepsch,* „Neuer Kurs".

[21] Zitiert nach *Klaus Schönhoven,* Expansion und Konzentration. Studien zur Entwicklung der Freien Gewerkschaften im Wilhelminischen Deutschland 1890 bis 1914 (Stuttgart 1980) 109; im folgenden zitiert: *Schönhoven,* Expansion.

sche Umbrüche als herausragende Charakteristika vermerkt werden[22]. Diese „nachgerade rhythmischen Beziehungen zwischen Konfliktverhalten und Organisationsbildung" wurden aufgrund der international sich angleichenden Wirtschaftskonjunkturen seit 1857 auch als „europäische Klassenkampfwellen" bezeichnet, die sich um die Jahre 1870, 1890, 1905/06, 1910/12 und um 1919/20 in fast allen europäischen Industriestaaten abgespielt haben[23]. Die erwähnten Jahreszahlen weisen auf den engen hier nicht im einzelnen auszulotenden Zusammenhang dieser Streikwellen mit politischen Großereignissen hin. Für die deutsche Situation seien kurz einige Stichworte angegeben, die die Bedeutung dieser Streikwellen erhellen können: Unter dem Druck der mittels Streik- und Lohnbewegungen aktivierten Arbeiter sahen sich die anfangs gewerkschaftsfeindlich eingestellten Arbeitervereinsbewegungen lassalleanischer oder liberaler Prägung ab 1868 gezwungen, Gewerkschaften zu gründen. Im Verlauf der Streikwelle der Jahre 1860/70 und 1871/73 fiel ein Kernstück der Lassalleschen Agitation, das eherne Lohngesetz, und die Nachfolger des ADAV-Gründers bewährten sich als die profiliertesten Gewerkschaftsgründer und Streikführer. Ähnlich grundlegende Veränderungen im politischen und gewerkschaftlichen Raum waren auch mit der Streikwelle der Jahre 1889/90 verbunden. Erinnert sei an das Scheitern des Sozialistengesetzes, den Sturz Bismarcks, den „Neuen Kurs", aber auch an die Welle von Zentralverbandsgründungen bis hin zur Einrichtung der „Generalkommission" der Gewerkschaften[24]. Die berühmte Massenstreikdebatte ist ohne die Streikwelle von 1905/06 und die in ihrem Gefolge stattgefundenen Revolutionen in Rußland und Russisch-Polen undenkbar, ebenso wie die gesamte Rätebewegung untrennbar mit den Weltkriegs- und Revolutionsstreiks 1917–20 verknüpft ist.

Bekannte Tatsachen, wie die erwähnten, gewinnen gelegentlich eine neue Bedeutung, wenn auf ihre inneren Zusammenhänge verwiesen wird. Der Ansatz der Streikwellen ist geeignet, entgegen der Sichtweite einer kontinuierlichen Rationalisierung des Arbeitskampfes durch Organisation die Momente der Diskontinuität stärker in den Blick zu nehmen[25]. Streik und besonders Streikwellen haben auch immer ein beträchtliches Maß an Spontaneität und Freiheit, an elementarer Arbeiterbewegung und proletarischem Selbstbewußtsein parallel oder auch im Gegensatz zu den traditionellen Arbeiterorganisationen freigesetzt. Selbst eine besondere Art von Euphorie und proletarischer Festlichkeit läßt sich beobachten[26].

[22] Siehe Anmerkung 1. Grundlegend dazu *Eric J. Hobsbawm,* Considérations sur le „nouveau syndicalisme" 1889–1926, in: le mouvement social 65 (1968) 71–80; *Edward Shorter, Charles Tilly,* Strikes in France 1830–1968 (Cambridge 1978) 104ff.

[23] *Klaus Tenfelde,* Zur Bedeutung der Arbeitskämpfe für die Entstehung der deutschen Gewerkschaften, in: *Erich Matthias, Klaus Schönhoven* (Hrsg.), Solidarität und Menschenwürde. Etappen der deutschen Gewerkschaftsgeschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart (Bonn 1984) 28f.

[24] *Schönhoven,* Expansion, 283ff.

[25] Siehe die Diskussion bei *Volkmann,* Modernisierung, und *Feldman,* Probleme.

[26] Ausführlich: *Michelle Perrot,* Les ouvriers en grève, France 1871–1890, 2 Bde. (Paris, La Haye 1974); im folgenden zitiert: *Perrot,* grève. Deutsche Beispiele finden sich bei: *Lothar Machtan,* Streiks und Aussperrungen im Deutschen Kaiserreich. Eine sozialgeschichtliche Dokumentation für die Jahre 1871 bis 1875 (Beihefte zur IWK 9, Berlin 1974); im folgenden zitiert: *Machtan,* Dokumentation.

Die hier grob skizzierten Merkmale einer Streikwelle sind nicht nur für die Nachkriegskämpfe 1918/20, sondern auch für die vorausgegangenen Streikwellen vielfach belegt. Dem ständigen Auf und Ab von Sieg und Niederlage, von plötzlichem Hervortreten einer durch die Gewerkschaften nur schwer zu dirigierenden Kampfaktivität kommt daher eine bisweilen unterschätzte Tradition zu. Die Streikeuphorie der Jahre 1869/73[27], die sich gegen Ende der 1880er Jahre in verstärktem Maße wiederholte[28], die Bergarbeiterausstände von 1889 mit ihrer immensen, über die Montanindustrie weit hinausreichenden Mobilisierungsfunktion[29], die nach dem sozialdemokratischen Reichstagswahlsieg vom März 1890[30] trotz des Widerstandes der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion mit spontaner Macht losbrechende 1. Mai-Bewegung von 1890, die Vielfalt der Kämpfe von 1905/06, die rapide Zunahme der Wahlrechtsdemonstrationen und der 1. Mai-Streiks ab 1910, das Erstarken des Syndikalismus und das Aufbrechen eines deutlichen Konflikts zwischen Verbandsführungen und lokalen Gruppierungen in einigen Massengewerkschaften (Bergbau-, Metall- und vor allem Werftindustrie, Baugewerbe) ab 1912, die anhaltend hohe Zahl von Kontraktbrüchen bei Streikbeginn[31] können dieser für Streikwellen typischen Basismilitanz zugerechnet werden[32].

Darüber hinaus lassen sich in den Streikwellen des 19. Jahrhunderts bereits eine ganze Reihe von Elementen der „Modernisierung" feststellen, wie konjunkturgerechtes Timing des Streiks, kurze Dauer und großer Beteiligungsgrad, überdurchschnittliche Erfolgsraten, plötzlicher Anstieg sogenannter kampfloser Bewegung ohne Streik und nicht selten auch die kollektive Vereinbarung eines „geregelten Tarifs" oder gar eines Tarifvertrages[33]. Nach den Berechnungen Volkmanns sind dies Entwicklungen,

[27] *Lothar Machtan,* „Im Vertrauen auf unsere gerechte Sache ..." Streikbewegungen der Industriearbeiter in den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts, in: *Tenfelde/Volkmann,* Streik, 52–73; im folgenden zitiert: *Machtan,* Streikbewegungen. *Perrot,* grève, 548 ff. *Ulrich Engelhardt,* Zur Entwicklung der Streikbewegungen in der ersten Industrialisierungsphase und zur Funktion von Streiks bei der Konstitutionierung der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland (IWK 15, 1979) 547–569, hier 554, 556.

[28] Die besten Hinweise geben *Ritter, Tenfelde,* Der Durchbruch der Freien Gewerkschaften Deutschlands zur Massenbewegung, in: *Heinz Oskar Vetter* (Hrsg.), Vom Sozialistengesetz zur Mitbestimmung (Köln 1975) 61–120, hier 84 ff.; im folgenden zitiert: *Ritter/Tenfelde,* Durchbruch.

[29] *Ritter, Tenfelde,* Durchbruch, 86 f.

[30] Die Bedeutung des 1. Mai 1890 als Höhe- und Wendepunkt der Streikwelle wird allgemein geteilt. *Ritter, Tenfelde,* Durchbruch, 88; *Schönhoven,* Expansion, 98 f.

[31] *Volkmann,* Streikwellen, 236. (Betroffen waren 1910–1913 42% aller Streikenden und Ausgesperrten gegenüber 57,5% 1919.)

[32] *Cronin,* Streiks und gewerkschaftliche Organisationsfortschritte; *Boll,* Streikwellen.

[33] Der enge Zusammenhang von kollektiver Lohnfestsetzung und Arbeitskampf gehörten zum zünftigen Handwerk ebenso wie die Praxis der „Lohnlisten" oder des „Tarifs" zum textilindustriellen Hausgewerbe, siehe z. B. *Dieter Dowe,* Legale Interessenvertretung und Streik. Der Arbeitskampf in den Tuchfabriken des Kreises Lennep (Bergisches Land) 1850, in: *Tenfelde, Volkmann,* Streik, 31–51; *Arno Herzig,* Organisationsformen und Bewußtseinsprozesse Hamburger Handwerker und Arbeiter in der Zeit 1790–1848; in: *ders. u.a.* (Hrsg.), Arbeiter in Hamburg (Hamburg 1983) 95–108. Die Praxis des ortsüblichen Lohnes, seines Aushandelns und seiner kollektiven Veränderung wäre genauer zu untersuchen; als Beispiel *Dirk Müller,* Binnenstruktur

die erst als Folgen der zunehmenden Organisierung des Kapitalismus nach der Jahrhundertwende zu erwarten wären. Damit soll keineswegs der gravierende Wandel bestritten werden, den die Arbeitskämpfe zwischen der Reichsgründungszeit und der Weimarer Republik durchgemacht haben. So stieg der Anteil der gewerkschaftlich geführten Arbeitskämpfe von ca. 1/5 (1871/75) auf 4/5 bis 1914[34]. Gleichzeitig hat der Streik ab etwa 1895/96 eine Alltäglichkeit erlangt, die er vorher nur in wenigen Jahren der Streikwellen besaß. Von noch größerer Bedeutung ist jedoch die verstärkte Anwendung des zentralen antigewerkschaftlichen Kampfmittels der Aussperrung ab etwa 1903, so daß die Kämpfe von 1910/12 fast stärker als Aussperrungs- denn als Streikwellen zu deklarieren sind[35].

Dennoch lassen sich bei einer differenzierten Analyse einiger wichtiger Formkategorien des Arbeitskampfes (Dauer, Häufigkeit, Beteiligung, Anzahl der betroffenen Betriebe, Erfolge und Konjunkturabhängigkeit) schon für die Streikwellen von 1871/73 und 1889/90 Werte finden, die nach bisherigem Kenntnisstand erst in der Vorweltkriegszeit üblich waren. Viele dieser Leistungen, die bisher der entwickelten Organisation der Konfliktparteien, d.h. den gewerkschaftlichen und unternehmerischen Zentralverbänden zugeschrieben wurden, kommen offenbar weitaus stärker den handelnden Betriebsbelegschaften und lokalen Gewerkschaftsgliederungen zu. In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, daß der Entschluß zum Streik bis 1914 eine Domäne der Belegschaften geblieben ist. Die Anzahl der nur einen Betrieb umfassenden Streiks hat bis 1914 bei ca. 3/4 aller Streiks mit 45% bis 50% aller Streikenden gelegen[36].

Die *Dauer* der Arbeitskämpfe hat in der Formwandelanalyse eine entscheidende Rolle gespielt. Aufgrund älterer Daten war Volkmann noch davon ausgegangen, daß für die Jahre bis etwa 1890 von einem überwiegenden Protestcharakter der Streiks gesprochen werden müsse, der sich vor allem in der großen Zahl von Einzelstreiks einerseits und einer ebenfalls hohen Zahl sehr langer, konjunkturell ungünstiger Arbeitskämpfe geäußert habe. Aufgrund jüngerer Erhebungen läßt sich diese Annahme nicht halten. Die durchschnittliche Streikdauer entsprach 1871/75 schon den Werten der Vorkiegszeit. Eine signifikante Verkürzung der Dauer der Arbeitskämpfe traf erst ab 1918 ein, erreichte jedoch in der Mittelphase der Weimarer Republik wieder das Vorkriegsniveau. Bei der *durchschnittlichen Beteiligung* an Streiks und Aussperrungen stellt sich wiederum erst die Weltkriegs- und Revolutionszeit als entscheidende Wendemarke heraus. Schwankte der Wert von 1899 bis 1914 zwischen ca. 60 und 200, so lag er nach 1918 bei 400–600 Beteiligten pro Arbeitskampf[37].

und Selbstverständnis der „Gesellschaft" der Berliner Zimmerer im Übergang von der handwerklichen zur gewerkschaftlichen Interessenvertretung, in: *Ulrich Engelhardt* (Hrsg.), Handwerker in der Industrialisierung. Lage, Kultur und Politik vom späten 18. bis ins frühe 20. Jahrhundert (Stuttgart 1984) 627–636.

[34] Berechnet nach *Machtan,* Dokumentation, und für die Jahre ab 1899 nach der Reichsstatistik.

[35] Vergleich der Anzahl der Streikenden mit der der Ausgesperrten. Zahlenangaben bei *Tenfelde, Volkmann,* Streik, Anhang.

[36] Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 269 (Berlin 1913) 2*.

[37] *Volkmann,* Modernisierung, 123.

Das hier dokumentierte Auf und Ab der Arbeitskämpfe erfuhr gegen Ende des 19. Jahrhunderts, d.h. mit dem 1895 einsetzenden Konjunkturaufschwung eine partielle, nicht aber grundlegende Änderung. Während die Streikwellen um 1872 und 1889/90 durchaus Vorkriegsniveau erreichten, fiel die Zahl der Ausstände in der Zwischenphase fast auf Null zurück (siehe Tabellen 1 und 4). Dem Aufbäumen folgten Jahre der fast gänzlichen Ruhe.

Tabelle 2: Hoch- und Tiefpunkte der Streikwellen in Deutschland

Jahr	Arbeitskämpfe	Beteiligte	Ø Beteiligte pro Arbeitskampf
1871	157	64300	409
1872	362	108800	308
1875	88	5362	123
1879	15		
1881	15		
1886	77		
1889/90	1131	394440	349
1893*	150	10000	67
1900	1468	131888	90
1901	1091	60776	57
1905	2657	526810	198
1906	3626	349327	96
1908	1524	112110	74
1910	3228	369807	115
1912	2834	481094	170
1915	141	15238	108
1919**	3719	2132547	573

Quellen: Tenfelde, Volkmann, Streik, Anhang; für 1889/90 u. 1893: *Oldenberg,* Arbeitseinstellungen; ab 1900 handelt es sich um die Daten der Reichsstatistik.

Bemerkungen:

* Schätzwert auf der Basis der für Preußen, Hamburg, Bayern und Baden bekannten Fälle.

** Nur wirtschaftliche Streiks und Aussperrungen. Für die Hamburger Zahlen siehe Tabelle 4.

In Tabelle 2 sind immer die Maxima und Minima der Kurve angegeben. Dadurch wird die enorme Schwankungsbreite der Arbeitskampfentwicklung angedeutet. Auch wenn in den Zählungen vor 1890 kleinere Arbeitskämpfe häufig nicht überliefert sind, zeigen die Fallsammlungen, daß gerade in den konjunkturell günstigen Aufschwungjahren 1871/72 und 1889/90 eine große Zahl von Massenstreiks stattgefunden hat, so daß die durchschnittliche Beteiligung schon zu dieser Zeit den Stand der Vorkriegsjahre erreichte.

Die *Häufigkeit,* d.h. die Anzahl der Arbeitskämpfe pro Arbeiter unterstreicht zunächst das bereits bekannte Bild der starken Streikzunahme bis 1906. Dies ist jedoch nicht zuletzt einer starken Zunahme kleinerer Arbeitskämpfe zuzuschreiben. Umfangmäßig, gemessen an der Anzahl der Beteiligten pro Arbeiter, hatte die Streikwelle von 1889/90 bereits das Vorkriegsniveau erreicht und belegt somit ebenfalls die These, daß an diesen Zahlen ein „Modernisierungsfortschritt" nicht ablesbar ist.

Tabelle 3: Häufigkeit der Arbeitskämpfe

	Arbeitskämpfe pro 100 000 Arbeiter	Beteiligte pro 1000 Arbeiter
1872	75	27
1889/90	157	55
1906	343	50
1912	287	46

Quellen: Anzahl der Arbeiter in Industrie (inclusive Bergbau, Baugewerbe und Handwerk), Handel und Verkehr nach: *Gerd Hohorst, Jürgen Kocka, Gerhard A. Ritter,* Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch II (München 1978) 67.

Tabelle 4: Arbeitskämpfe in Hamburg* und Berlin 1886–1895

Jahr	Hamburg			Berlin		
	Arbeits-kämpfe	direkt Beteiligte	Beteiligte pro Arbeits-kampf	Arbeits-kämpfe	direkt Beteiligte	Beteiligte pro Arbeits-kampf
1886	21	1796	86	12	1822	152
1887	21	3206	153	9	1318	146
1888	24	8170	340	6	17264	2877
1889	31	6245	201	20	34187	1709
1890	65	28769	443	55	11649	212
1891	16	1334	83	46	2901	63
1892	4	491	123	46	1301	28
1893	7	800	114	46	1681	37
1894	11	333	30	74	1729	23
1895	13	424	33	73	1796	25

Quellen: Hamburg: 1886–1890: *H. Bürger,* Die Hamburger Gewerkschaften und deren Kämpfe von 1865 bis 1890 (Hamburg 1899) 566 f. sowie Aktenauswertung vom Staatsarchiv Hamburg, Politische Polizei (= PP), S 1621, S 2350, S 2830, S 3568, S 4160 Bd. III, S 4795, S 5310–1, S 5810–1, S 6670–1, S 7280–1 und Staatsarchiv Schleswig Nr. 10730.
Berlin: 1886–1895 Staatsarchiv Potsdam, Polizeipräsidium Berlin Rep 30 Bln C Tit 94 Nr. 8552, 8553, 5884, 8555, 8556 sowie Zentrales Staatsarchiv Merseburg Rep 120 BB VI Nr. 172.
Die Angaben für Berlin 1893–1895 beziehen sich auf die Zeit vom 1.10. des Vorjahres bis zum 30.9. des genannten Jahres. Sie umfassen Berlin und Charlottenburg.
* Hamburg inclusive Altona und Wandsbeck.

Die Arbeitskämpfe zwischen 1885 und 1895 sind für unsere Fragestellung nicht nur wegen ihres Modellcharakters für die weitere Gewerkschaftsentwicklung von Bedeutung. Sie zeigen, daß – entgegen der landläufigen Auffassung – ein den politischen und konjunkturellen Bedingungen angepaßtes Streikverhalten auch ohne ausgebautes Zentralverbandswesen möglich war. In diesen Jahren lag die Entscheidung zum Streik noch fast ausschließlich in der Kompetenz der Fach- bzw. Lokalvereine, die sich jedoch auf ein gut funktionierendes überregionales Kommunikationssystem (u.a. Gewerkschafts- und Arbeiterpresse) stützen konnten.

Die ab etwa 1884 ansteigende Zahl von Arbeitskämpfen erhielt 1888 eine fast dramatische Zuspitzung als mit einem kurzfristigen Konjunkturaufschwung auch die Löhne auf breiter Front in Bewegung gerieten und die antisozialdemokratischen Maß-

nahmen sich als unwirksam erwiesen. Die von der Fachvereinsbewegung getragenen Streiks dieser Jahre profitierten auch von einer Konzentration der sozialdemokratischen Kräfte auf diese Arbeit, was sich in einer langfristigeren Planung der Arbeitskämpfe niederschlug.

Einige Grundelemente dieser kontinuierlichen Lohnbewegungen seien kurz erwähnt: Zunächst suchten die Fachvereine für den eigenen besseren Überblick und zur Aufklärung der Berufskollegen über ihre eigene Lage, eine Statistik der am Ort üblichen Arbeits- und Lohnverhältnisse aufzunehmen. Aus dieser Beschäftigung mit den Berufsproblemen ging eine Lohnkommission hervor, meist durch Wahl in einer öffentlichen Versammlung, die Vorschläge für Verbesserungen ausarbeiten sollte. Der Tarifgedanke war das beherrschende Thema dieser meist den Winter über tagenden Kommissionen, die ihre Anregungen teils aus den Tarifbewegungen der frühen 1870er Jahre, teils aus Mitarbeit an Innungstarifen (Altgesellen), teils aus öffentlichen (Bau)tarifen bezogen. Die immer wieder in öffentlichen Gewerksversammlungen abgesprochenen Tarifvorschläge mündeten schließlich in einer „Lohnbewegung" durch die Übersendung der „Gesellentarife" an Innungen oder einzelne Arbeitgeber. Der Streik war keineswegs das zwangsläufige Ende einer solchen Lohnbewegung. Der deutsche Maurerverband erhielt 1889 von Streiks in 52 Orten Kenntnis. In weiteren 92 Orten waren jedoch Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung durchgeführt worden[38]. Wir haben Beispiele eines oft mehrjährigen Prozesses von Tarifbearbeitungen, gegenseitigen Verhandlungen und gemischten Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Lohnkommissionen[39]. Bis zur endgültigen Anerkennung eines Tarifs bedurfte es meist jedoch einiger partieller Streiks oder Betriebssperren, nicht selten jedoch auch eines generellen Streiks, deren Anzahl gerade aufgrund langjähriger Vorbereitung in den konjunkturell günstigen Jahren 1889/90 kumulierten[40]. Der starke Wirtschaftsaufschwung nach jahrelanger Stagnation erklärt jedoch allein noch nicht die Massivität der Arbeitskämpfe von 1889/90. Auch politische Einflüsse machten sich äußerst stark bemerkbar: Wilhelms II. Regierungsantritt, die Politik des „Neuen Kurses", die Begegnung mit den Bergarbeiterführern, die Kaisererlasse, die internationale Arbeiterschutzkonferenz (März 1890) waren Zeichen einer politischen Wende, die schließlich im Sturz Bismarcks ihren symbolischen Ausdruck fand[41]. Die in Arbeiterkreisen sich ausbreitende Euphorie, spontane Jubelfeiern anläßlich der Nichtverlängerung des Sozialistengesetzes (Januar 1890) und der sozialdemokratische Wahlsieg im Februar/März desselben Jahres, der diese Arbeiterpartei zur stärksten politischen Kraft im Reichstag machte (19,7% gegenüber 18,6% für das Zentrum), fanden ihre Fortsetzung in einer bis dato unbekannten Streikwelle[42]. Eine „siegessichere Stimmung unter den Arbeitern" und

[38] *Wolfgang Schröder,* Klassenkämpfe und Gewerkschaftseinheit (Berlin-DDR 1965) 41.
[39] Vielfältige Beispiele in: *Heinrich Bürger,* Die Hamburger Gewerkschaften und deren Kämpfe von 1865 bis 1890 (Hamburg 1899); im folgenden zitiert: *Bürger,* Hamburger Gewerkschaften.
[40] Siehe ebda. beispielsweise die Kämpfe der Böttcher (156ff.), Schmiede (353ff.), Schuhmacher (374ff.) und Maurer (277ff.).
[41] Für den Zusammenhang jetzt: *Berlepsch,* „Neuer Kurs".
[42] Das Sozialistengesetz 1878–1890. Illustrierte Geschichte des Kampfes der Arbeiterklasse gegen das Ausnahmegesetz (Berlin-DDR 1980) 302.

„eine allgemeine Spannung" in anderen sozialen Schichten wurden für diese Monate konstatiert[43].

Die zeitliche Verteilung der Berliner Arbeitskämpfe von 1890 gibt Auskunft über die in der Arbeiterschaft vorhandene Euphorie. Von 35 Streiks des Sommerhalbjahres begannen nicht weniger als 28 zwischen Mitte April und dem 1. Mai. Vor dem 2. Wahlgang zum Reichstag im März war es in Berlin zu keinerlei Arbeitsniederlegungen gekommen. Lediglich in Charlottenburg hatten einige kleinere Streiks Ende März/ Anfang April und drei Bauarbeiterausstände zwischen Juli und September stattgefunden[44]. Eine kompaktere und durch die Fachvereine jahrelang vorbereitete und organisierte Ausstandsbewegung hatte es in Berlin noch nie gegeben. Günstiger konnte die Ausnutzung der politischen Konjunktur nicht ausfallen. Die Berliner Streiks des Sommerhalbjahres 1890 endeten zu 73 Prozent mit vollem Erfolg, und sie bestachen durch ihre relativ kurze Dauer (im Durchschnitt 16,4 Tage)[45]. Die Entwicklung in Berlin war keineswegs die Ausnahme. Auch in Hamburg, dem damaligen Zentrum der deutschen Gewerkschaftsbewegung und in den anderen Bundesstaaten hatte sich eine ähnliche Ausnutzung der politisch günstigen Umstände und daher die Konzentration der Streiks auf die Monate März bis Mai ergeben[46]. Schon im Frühsommer 1890 brach jedoch die günstige Wirtschaftskonjunktur wieder ab. Gleichzeitig wurde die deutsche Arbeiterbewegung unter dem konzentrierten Gegenangriff der vereinigten Hamburger Arbeitgeber an die Wand gedrängt, so daß zunächst ein fast allgemeiner Stillstand der Streiktätigkeit im ganzen Reich eintrat. Die dem ersten 1. Mai 1890 folgende Generalaussperrung in Hamburg hatte etwa 20000 Arbeiter erfaßt (bis 5.5.1890), von denen Mitte Mai noch 8500, Mitte Juli noch 2500 unterstützt werden mußten[47]. Die von Hamburg ausgehende Solidaritätswelle breitete sich über das ganze Reich aus. Streiks wurden eingestellt oder verschoben, Sammlungen unter dem Motto „für die Kämpfer um das Koalitionsrecht" selbst in Süddeutschland, das gewerkschaftlich noch weit hinter dem Norden und der Mitte des Reiches zurücklag, veranstaltet. Allein aus Baden lassen sich nicht weniger als 35, wenn auch kleinere Geldsendungen nach Hamburg registrieren[48].

War es der „Siegesrausch vom 20. Februar" 1890, der die Arbeiter in viele unbedachte Streiks geführt hatte, wie A. Bebel glaubte[49]? Zweifelsohne hat es solche Ansteckungseffekte gegeben: Da animierten die Former einer Berliner Gießerei die Arbeiterinnen einer mechanischen Weberei auf der gegenüberliegenden Straßenseite, dem Streik beizutreten; da bemühten sich hochqualifizierte Dreher einer Gewehrfabrik um die Handarbeiter einer Ölmühle und die eines Asphaltwerkes, dem 1. Mai-

[43] *Bürger,* Hamburger Gewerkschaften, 464.
[44] Staatsarchiv Potsdam Rep 30 Bln Tit 94 Nr. 8553.
[45] Berechnet nach den tabellarischen Übersichten des Berliner Polizeipräsidenten, ebda.
[46] Quellen siehe Tabelle 4.
[47] *Bürger,* Hamburger Gewerkschaften, 493.
[48] Auswertung von „Abrechnung der Zentral-Kommission über die Aussperrung der Hamburger Arbeiter im Mai 1890", in: Staatsarchiv Hamburg, Politische Polizei (= PP) S 1907.
[49] Zitiert nach „Hamburger Fremdenblatt", 26.1.1890, in: Staatsarchiv Hamburg PP S 1907.

Ausstand zu folgen[50]. Ähnlich in Hamburg, wo in aller Schnelle auch Fachvereine und Streiks für Holzpantoffelmacher, Fabrikarbeiter, Destillations- und Spritarbeiter, Gaswerker, Schlachter, Laternenanzünder und Plätterinnen organisiert wurden[51]. Für die Masse der 1890er Streiks gilt jedoch die gründliche, oft mehrjährige Vorbereitung, der Kampf um den „geregelten Tarif", den man mehrfach gestartet, vielfach aber nur teilweise erreicht hatte. Von 90 bei Bürger aufgelisteten Streiks in Hamburg zwischen Januar 1885 und April 1890 gehörten allein 48 zu dieser Gruppe; 28 wurden gewonnen, 9 waren teilweise erfolgreich[52]. Derartige Generalstreiks ganzer Berufe sind in beiden Städten bis 1895 nicht wieder unternommen worden. Höhepunkt dieser aus der Fachvereinsbewegung heraus entstandenen jährlichen Lohnrunden bildete das Jahr 1889, das bisher viel zu sehr mit den Bergarbeiterausständen an Ruhr, Saar und in Oberschlesien identifiziert wurde. 1889 war in Berlin das kampfintensivste Streikjahr des 19. Jahrhunderts. Die meist zu niedrigen Schätzungen der Polizei bezifferten die Teilnehmerzahl der 17 Großstreiks Berlins auf etwa 34000 Ausständige[53]. Offenbar nicht mitgezählt sind kleinere Streiks und Sperren einzelner Betriebe. Insgesamt wird man annehmen können, daß die Anzahl der Streikenden in Berlin bis 1905 nicht mehr übertroffen wurde[54].

Die aus der Fachvereinsbewegung heraus initiierten und organisierten Lohnbewegungen dieser Jahre entwickelten eine starke mobilisierende Anziehungskraft, zu der die organisatorische Form der Durchführung entscheidend beitrug. Dabei stand die von Dirk Müller vorbildhaft untersuchte Praxis der Vollversammlungen nicht allein im Mittelpunkt[55]. Vorbereitend wirkten auch hier die Aufnahme einer Berufsstatistik, die mehrmonatlichen Verhandlungen der Tarifkommissionen, das Ansammeln des Streikfonds' und die oft wochenlang sich hinziehenden Verhandlungen mit der Arbeitgeberseite. Die sprunghaften Mitgliederzunahmen der Gewerkschaften zwischen 1887 und 1890 von 97000 auf 294000 sind daher nicht als nur parallele Begleiterscheinungen von Streiks, sondern als gezielte Mitgliederwerbung zum Zweck der besseren Führung von Lohnbewegungen zu verstehen. Berechnet man den Zeitbedarf der Fachvereine für diese Tätigkeit, so läßt sich aufgrund polizeilicher Versammlungsberichte feststellen, daß gerade die Lokalvereine, die jährliche Lohnrunden praktizierten, zwischen Spätherbst und Frühsommer kaum andere Themen behandelten als die der Lohnbewegung. Dort, wo bereits ein Lohntarif bestand, war die Kontrolle des Tarifs – so wie bei britischen Gewerkschaften – ein fester Tagesordnungspunkt der regelmäßi-

[50] Ebda.
[51] *Bürger,* Hamburger Gewerkschaften, 512f.
[52] Ebda.
[53] Staatsarchiv Potsdam, Rep 30 Bln Tit 94 Nr. 8552, danach seien hier erwähnt die Streiks von 16000 Maurern, 8000 Zimmerern, 2000 Bäckern, 4000 Malern und Anstreichern, 800–1000 Töpfern, die alle zwischen Mai und Juni begonnen hatten.
[54] Siehe Aufstellung in: Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 279, Streiks und Aussperrungen im Jahre 1914 (Berlin 1915) 42.
[55] *Dirk Müller,* Gewerkschaftliche Versammlungsdemokratie und Arbeiterdelegierte vor 1918 (Berlin 1985).

gen Versammlungen[56]. In den weiteren Umkreis der Lohnbewegung gehörte auch die Organisation eines (Gesellen-)Arbeitsnachweises (meist identisch mit der Gesellenherberge), damit bei partiellen Streiks oder Betriebssperren die Ausständigen sofort weitervermittelt werden konnten[57].

Die hier grob skizzierte Form der Organisierung der Arbeiterschaft als versammlungsdemokratische Lohnbewegung war keine Spezialität der Zentren Hamburg und Berlin. Wir finden sie ausweislich der Versammlungsberichterstattung in der Gewerkschaftspresse in allen Teilen des Reiches. Ohne Zweifel konnten die Fachvereine hierbei auf älteren bis in die Zunftzeit zurückreichende Traditionen aufbauen[58]. Zur raschen Ausbreitung, Verfeinerung und vielfältigen Anwendung dieser spezifischen Form der jährlichen Lohnbewegungen (mit kalkulierter Streikfolge) hat weniger ein gelegentlicher Arbeiterkongreß oder eine Zentralverbandsgründung als die Gewerkschaftspresse beigetragen, die sich – wie Albrecht nachgewiesen hat – neben den Hilfskassen als die zentrale Stütze der Fachvereinsbewegung herausstellte[59].

Die Entwicklung der deutschen Gewerkschaften ist ohne ihre starke Involvierung in das Arbeitskampfgeschehen nicht denkbar. Keine der vergleichbaren westeuropäischen Gewerkschaftsbewegungen war so eng und in der Gründungsphase so direkt mit den Arbeitskämpfen verknüpft wie die deutsche. 72 Prozent der französischen Arbeitskämpfe zwischen 1871 und 1890 haben ohne jeden Gewerkschaftseinfluß stattgefunden[60]. Die britischen Gewerkschaften der zweiten Jahrhunderthälfte haben sich mindestens ebenso stark ihrem breiten Unterstützungswesen, der Kontrolle des Produktionsprozesses und des Arbeitsmarktes wie der Organisation von Streiks gewidmet[61]. Für die deutschen Gewerkschaftsverbände stellte neben der Herausgabe eines Verbandsblattes die Streik- und Reiseunterstützung das Hauptbetätigungsfeld[62]. Erst im Laufe der 1890er Jahre kamen mit Arbeitslosen- und Krankenversicherung Aktivitäten hinzu, die die genannten Unterstützungsleistungen, wenn auch bis 1914 mit

[56] Dies ergibt sich aus der Analyse der Streik- und Fachvereinsüberwachungsakten der Maurer, Zimmerer, Schuhmacher und anderer Hamburger Fachvereine zwischen 1886 und 1890.

[57] *Jacob Reindl*, Die deutsche Gewerkschaftsbewegung. Koalitionsrecht und Koalitionen der Arbeiter in Deutschland seit der Reichsgewerbeordnung (1869) (Altenburg 1922) 88, bezüglich des vor allem um den Arbeitsnachweis geführten Formerstreiks. Ausführlich dazu: *Klaus Saul*, Machtsicherung und Gegenoffensive. Zur Entstehung des Arbeitgeber-Verbandes Hamburg-Altona 1888–1890, in: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte 72 (1986) 105–138, hier 109ff.

[58] Siehe oben sowie *Fritz Paeplow*, Die Organisation der Maurer Deutschlands von 1819 bis 1899 (Hamburg 1900).

[59] *Willy Albrecht*, Fachverein – Berufsgewerkschaft – Zentralverband. Organisationsprobleme der deutschen Gewerkschaften 1870–1890 (Bonn 1982) passim; im folgenden zitiert: *Albrecht*, Fachverein.

[60] *Perrot*, grève, 431; *dies.*, Jeunesse de la grève France 1871–1890 (Paris 1984) 49.

[61] *Christiane Eisenberg*, Deutsche und englische Gewerkschaften – Entstehung und Entwicklung bis 1878 im Vergleich (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 72, Göttingen 1986) 194ff.

[62] *Klaus Schönhoven*, Selbsthilfe als Form von Solidarität. Das gewerkschaftliche Unterstützungswesen im Deutschen Kaiserreich bis 1914 (AfS XX 1980) 147–194, hier 151ff.

36,8% aller Aufwendungen die Streikunterstützung größter Ausgabeposten blieb[63], erweiterten. Dennoch greift die These, „der Streik sei das beste Werbemittel für die Gewerkschaften"[64], zu kurz, weil sie den Arbeitskampf aus seinem Umfeld der gewerkschaftlichen Lohnbewegung isoliert. Nicht er, sondern die Lohnbewegung als ganzes, war (zumindest für die Zeit bis 1900) das zentrale Agitationsmittel der deutschen Gewerkschaften.

Ebenso wie bei der Streikdauer, der durchschnittlichen Beteiligung und der Ausnutzung politischer und ökonomischer Konjunkturen läßt sich auch für die *Erfolgsraten* eine hohe Vergleichbarkeit zwischen den Streikwellen vor und nach der Jahrhundertwende feststellen. Offenbar gelang es den Arbeitern gerade in den Aufschwungphasen häufig, Erfolge oder Teilerfolge durchzusetzen. Besonders ausgeprägt scheint diese Situation um 1889/90 in Hamburg und Berlin gewesen zu sein. Das plötzliche Umschlagen dieser Erfolgsraten ab 1890/91 konnte kaum heftiger sein und hat zweifellos den starken Rückgang der Arbeitskämpfe begründet. Mit dem Konjunkturaufschwung ab 1895 nahm die starke Wellenausprägung der Erfolgs-/Mißerfolgsraten etwas ab. Offenbar gelang es den erstarkten Gewerkschaften von da an besser, errungene Erfolge zu stabilisieren.

Die hier grob skizzierten Mißerfolgsraten werfen auch ein deutliches Licht auf das „Konzept des gut geplanten Streikeinsatzes", das laut Kaelble/Volkmann erst mit der Zentralisierung der deutschen Gewerkschaften im Verlauf der 1890er Jahre entwickelt und seit Anfang des Jahrhunderts durchgesetzt worden sei[65]. Diese Auffassung kann hier nicht geteilt werden, da der konjunkturell gut geplante Einsatz der Streikwaffe schon weit früher zum Gemeinwissen kollektiver Interessenwahrnehmung von (Arbeiter)gesellen gehörte[66].

Kein geringerer als Carl Legien, der wohl zu den stärksten Verfechtern des Zentralverbandprinzips gehörte, bestätigte die Auffassung, derzufolge die Arbeiter ihr eigenes Konjunkturbewußtsein entwickeln und handlungsleitend einsetzen können: „Es scheint, als wenn es nicht erforderlich ist, den Arbeitern durch Vorführung statistischer Daten aus den Handelskammerberichten über die Steigerung der Ausfuhr und dergleichen den Beweis zu liefern, daß eine Periode wirtschaftlicher Prosperität eingetreten (ist). Sie erkennen diese Besserung des wirtschaftlichen Lebens an den Vorgängen im Betriebe und am Orte, und wenn die statistischen Daten erscheinen, müssen auch die Kämpfe schon geführt sein." Legien schrieb dies im Herbst 1896, um „die organisierten Arbeiter" zu beglückwünschen für das konjunkturgerechte Ansteigen der Angriffsstreiks von 1894 auf 1895. Denn, so resümierte er seine Erfahrungen mit vergangenen Prosperitätsphasen: „Die Perioden der günstigen Konjunktur sind kurz

[63] Ebda., 156.
[64] Schönhoven betont, daß dies nicht die Ansicht der Verbandsbeamten sein konnte, ebda., 160.
[65] *Hartmut Kaelble, Heinrich Volkmann,* Streiks und Einkommensverteilung im späten Kaiserreich.
[66] *Andreas Grießinger,* Das symbolische Kapital der Ehre, Streikbewegungen und kollektives Bewußtsein deutscher Handwerksgesellen im 18. Jahrhundert (Frankfurt u.a. 1981) 185ff.

und es bleibt während derselben keine Zeit, mit Organisationsarbeiten zu beginnen."[67]

Wie aber sah es mit dem proletarischen Konjunkturbewußtsein aus? Obwohl der konjunkturell angepaßte Streikeinsatz weithin als Erziehungsleistung des ausgebauten Gewerkschaftswesens angesehen wird, sind genauere Untersuchungen hierzu – vielleicht mit Ausnahme der Berg- und Hafenarbeiter – nicht unternommen worden. Daher sei der Hinweis auf französische Forschungen erlaubt, die nachgewiesen haben, daß die der jeweiligen Konjunkturlage angepaßte Reaktionsweise der Arbeiter weniger von einem besonders hohen Organisationsgrad als vom Qualifikationsniveau der Arbeiter abhängig war. Bevor dies weiter ausgeführt wird, sollen zunächst die Konjunkturindikatoren diskutiert werden. Die Frage nach den die Streikentwicklung am genauesten verfolgenden Konjunkturindikatoren ist wohl eine der zentralsten der quantifizierenden Streikforschung geworden[68]. Daran knüpfen sich nämlich eine Reihe weiterführender Theorien. Eine enge Abhängigkeit der Streiks von den Konsumgüterpreisen bzw. den Lebenshaltungskosten würde bedeuten, daß in Phasen der Preissteigerung die Streikrate am höchsten sein müßte. Demnach wäre der sinkende Reallohn das wichtigste Indiz des Arbeiters, seine Forderungen anzumelden. Diese Korrelation trifft jedoch in deutlichem Ausmaß nur für die USA zu[69]. In Deutschland und Frankreich ist die Korrelation zwischen Streiks und Industrieproduktion weitaus überzeugender[70]. Dies bedeutet, daß nicht die direkte Reaktion auf den Reallohnschwund den Streik vornehmlich auslöste, sondern stärker die taktische Überlegung für den ökonomisch günstigsten Zeitpunkt. Für Großbritannien und Frankreich wurde dieses Ergebnis insofern bestätigt, als die Streikrate gleichzeitig eine deutliche Abhängigkeit von der Arbeitsmarktsituation aufweist. Die Arbeiter verspüren somit gerade an der Nachfrage nach Arbeitskräften den Konjunkturaufschwung, der als der günstigste Zeitpunkt für den Arbeitskampf zu gelten hat.

Die geschilderte Abhängigkeit des Streiks von bestimmten Konjunkturindikatoren kann man zweifellos wie Volkmann interpretieren: Nicht die Protestreaktion auf den sinkenden Reallohn, sondern die überlegte, rationale, zeitlich angepaßte Reaktion auf die günstige Konjunkturlage kann als Ausgangssituation für die Mehrzahl der Streiks, vor allem der Angriffsstreiks, angesehen werden[71]. Einem *Protestmodell* steht somit das *Anpassungsmodell* gegenüber, das die französische Forschung meist *Offensivmodell* nennt[72].

Es liegt nahe, die beschriebenen Unterschiede der Protest- bzw. Anpassungsreaktion auf die jeweilige Gewerkschaftsorganisation zu beziehen und daraus Interpreta-

[67] Correspondenzblatt 35, Jg. 6, 19.10.1896.

[68] *Hartmut Kaelble, Heinrich Volkmann,* Konjunktur und Streik während des Übergangs zum organisierten Kapitalismus in Deutschland, in: Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften 92 (1972) 513–544, hier 526.

[69] Ebda., 517.

[70] Ebda., 526, sowie *Edgar Andréani,* Grèves et Fluctuations. La France de 1890 à 1914 (Paris 1968) 127; im folgenden zitiert: *Andréani,* Fluctuations.

[71] *Kaelble, Volkmann,* Konjunktur, 526.

[72] *Perrot,* grève, 123, auch für das Folgende.

tionsmodelle zu konstruieren. Kaelble/Volkmann sind diesen Weg gegangen und haben die taktische, der jeweiligen Konjunkturlage angepaßte Reaktionsweise der Arbeiterschaft korreliert mit dem Erstarken der deutschen Gewerkschaften vor 1914 und daraus ein dem sogenannten Organisierten Kapitalismus entsprechendes Anpassungsmodell des Arbeitskampfverhaltens konstruiert. Dabei gingen sie davon aus, daß die der Konjunktur angepaßte taktische Orientierung der Streikenden ein Lernprozeß darstellt, der nicht nur über die Gewerkschaften vermittelt war, sondern ohne sie kaum zustande gekommen wäre. Damit rückt die Frage des Konjunkturbewußtseins der Arbeiter in den Mittelpunkt der Diskussion.

Aus der französischen Forschung wissen wir, daß das Bewußtsein von konjunkturellen Wechsellagen und deren taktisch günstige Ausnutzung zwar branchenmäßig recht verschieden waren – die in handwerklicher Tradition stehenden Berufe der Bau-, Holz- oder Metallindustrie besaßen hier einen klaren Vorsprung vor Textil- und Erdarbeitern – sich aber weit früher und somit unabhängig vom gewerkschaftlichen Einfluß entwickelt hatten[73]. Schon im Zeitraum zwischen 1870 und 1890, in dem höchstens 10–30% der französischen Streiks gewerkschaftlich organisiert waren, zeigte sich eine deutliche Abhängigkeit der Ausstände von der Industrieentwicklung (mangels anderer Indikatoren gemessen an den Einfuhrraten für Rohstoffe). Noch interessanter ist jedoch ein Vergleich der Jahre 1896–1914. Für diesen Zeitraum stellte Andréani einen Korrelationskoeffizienten der einfachen linearen Korrelation von +0,83 zwischen Streiks und Industrieproduktion in Frankreich fest, obwohl bei höchstens 72% der Streiks Gewerkschaften beteiligt waren. Auch ein Kurvenvergleich zwischen gewerkschaftlich beeinflußten und nicht beeinflußten Arbeitskämpfen ergab keine Unterschiede in der Konjunkturabhängigkeit[74]. Die optimale Zeitwahl, die die französischen Gewerkschaften – ebenso wie die deutschen oder britischen – zur Taktik erhoben hatten, wurde somit auch ohne ihren Einfluß befolgt.

Auch wenn diese Ergebnisse nicht ohne weiteres auf Deutschland übertragbar sind, sollten sie doch zur Vorsicht mahnen, was die Abhängigkeit der konjunkturgerechten Zeitwahl vom Gewerkschaftseinfluß betrifft.

Kaelble/Volkmanns Berechnungen der konjunkturellen Abhängigkeit der deutschen Arbeitskämpfe ergaben keineswegs bessere, sondern schlechtere Ergebnisse als die für Frankreich, obwohl es sich im deutschen Fall um ausschließlich gewerkschaftlich geführte Ausstände handelte. Der Abhängigkeitsindex betrug hier +0,36 für die Industrieproduktion und +0,73 für die Aktienkurse[75]. Die Frage des Konjunkturbewußtseins ist also auch im deutschen Fall viel differenzierter zu stellen, als dies bisher getan wurde.

Grundsätzlich ist davon auszugehen, daß die Einschätzung der Konjunkturlage und der davon abhängige Wert der Arbeitskraft eine Fähigkeit war, die jeder Anbieter von Arbeitskraft sehr schnell auch ohne gewerkschaftliche Nachhilfe erlernte. Dazu bedurfte es im 19. und frühen 20. Jahrhundert auch keiner festgefügten Organisationen.

[73] Ebda., 119ff.
[74] *Andréani*, Fluctuations, 118, 244.
[75] *Kaelble, Volkmann*, Konjunktur, 526.

Der bei handwerklich vorgeprägten ebenso wie bei un- und angelernten Arbeitskräften häufige Stellenwechsel brachte ganz automatisch eine genaue Kenntnis des Arbeitsmarktes mit sich. Die Einschätzung des eigenen Marktwertes, die gegenseitige Information über Städte und Regionen mit hohen bzw. niedrigen Löhnen, das Verbessern der eigenen Situation durch Stellenwechsel gehörte zu den Grunderfahrungen eines jeden Arbeiters dieser Zeit. Extrem hohe Mobilitätsraten bei Betriebsbelegschaften wie bei Gewerkschaftsmitgliedschaften legen beredtes Zeugnis von dieser Art der individuellen Konfliktbewältigung ab, die der kollektiven Konfliktfähigkeit noch zahlenmäßig weit überlegen war. Hohe Arbeitsplatzmobilität war daher eine wichtige Voraussetzung, sich zu wehren, während eine gravierende Einschränkung dieser Mobilität durch Krankheit, Alter, hohe Kinderzahl oder die notwendige Mitarbeit von Frauen und Kindern wie in der Textilindustrie, die Fähigkeit zur konjunkturell angepaßten Reaktion stark vermindern mußte.

Aufgrund dieser Überlegungen scheint es wenig sinnvoll, die konjunkturell angepaßte Zeitwahl für den Arbeitskonflikt als Meßlatte für die Entwicklung des sich verbandsmäßig organisierenden Kapitalismus zu nehmen[76].

Eine weitere Differenzierung der Konjunkturabhängigkeit des Streiks ist zu erwähnen. In allen vorliegenden Untersuchungen folgen die Angriffstreiks weitaus klarer dem Beschäftigungsgrad bzw. den Konjunkturindikatoren (Rohstoffimport, Aktienkurse) als die Abwehrstreiks. Dies läßt sich auch sehr klar nach Einzelbranchen differenzieren, so daß wir noch einmal die Doppelfunktion des Streiks als Angriffs- und Verteidigungswaffe unter Beweis gestellt bekommen[77]. Die in Frankreich stärker ausgeprägte Streikforschung hat die erwähnten Unterschiede auch an einzelnen Streikwellen festmachen können. So gehörten die Arbeitskampfwellen nach den Weltkriegen 1919/20 und 1947/48 stärker zum Angriffstyp, während die Streiks der Jahre 1936 und 1968 zum Protestmodell gezählt werden[78]. Offenbar läßt sich im französischen ebenso wie im britischen Fall keine evolutionäre Entwicklung vom Protest- zum Angriffsmodell konstatieren, da nach 1945 wieder ein Vorzeichenwechsel vom stärker dominierenden Angriffsmodell (1948–1965) zum Protestmodell stattgefunden hat (1965–1978)[79]. Mit anderen Worten: In diesem Jahrzehnt fanden Arbeitskämpfe wieder vermehrt in konjunkturell ungünstigen Zeiten statt. Gerade jüngste Forschungen haben unterstrichen, daß es sich hierbei nicht um gegensätzliche, sondern um parallel verlaufende Trends handelt, bei denen lediglich mal die eine, mal die andere Streikfunktion stärker hervortritt. Entsprechende Untersuchungen stehen für Deutschland noch aus.

[76] Wie *Kaelble, Volkmann* dies tun. Das von Kaelble, Volkmann entwickelte Periodisierungsmodell kritisierten bereits *Ritter, Tenfelde,* Durchbruch, 91.

[77] *Andréani,* Fluctuations, 208; *Perrot,* grève, 119.

[78] *H. Lagrange,* La dynamique des grèves, in: Revue Française de Science Politique (1978) 665–692.

[79] *Michelle Durand,* La grève: conflit structurel, système de relations industrielles ou facteur de changement social, in: Sociologie du Travail (1979) 274–296.

III

Die Ausbreitung der Arbeitskämpfe zeigte ebenso wie die des Organisationswesens große regionale Disparitäten, ohne daß die Arbeiterbewegungshistoriographie diese bisher hinreichend zur Kennntis genommen hätte. Wer wußte schon, daß Bremer Arbeiter zwischen 1899 und 1914 etwa siebenmal, Berliner oder Hamburger etwa fünfmal häufiger an Arbeitskämpfen beteiligt waren als ihre Württemberger Kollegen? Der hier vorgelegte Beitrag kann aus methodischen und räumlichen Gründen nur an Hand einiger vorsichtig zu interpretierender Tabellen auf die Problematik hinweisen und an einigen Beispielen mögliche Zusammenhänge mit dem Gewerkschafts- und Tarifvertragswesen aufzeigen[80].

Mehr als ein Versuch, unterschiedlich temperierte industrielle Sozialbeziehungen aufzuzeigen und nach vorläufigen Kriterien (Stadt/Land, Süddeutschland/Norddeutschland) zu ordnen, konnte hier nicht unternommen werden. Dabei wurde unter Weglassung vieler Einzeldaten zum Arbeitskampf (Dauer, Erfolge, Betriebsgrößen etc.) vornehmlich die Anzahl der Streikenden und Ausgesperrten in Beziehung gesetzt zur Anzahl der abhängig Beschäftigten, zur Gewerkschaftsmitgliederzahl (1906) und zur Zahl der tarifvertraglich Gebundenen (1912). Da für 1871/75 kaum sichere Daten für die Anzahl der Streikenden zur Verfügung stehen, wurde für diese Streikwelle ebenso wie für 1889/90 auf die Anzahl der Arbeitskämpfe zurückgegriffen. Ob diese zunächst quantitativ angegangene Fragestellung sinnvolle Ergebnisse zeitigen würde, konnte nicht vorausgesehen werden, da die branchenmäßigen Unterschiede in der Arbeitskampfbeteiligung das Bild sehr stark beeinflussen.

Tabelle 5: An Arbeitskämpfen direkt Beteiligte pro Beschäftigte 1899–1914 (in v.H.)

Bergbau	98
Metallerzeugung	90
Bauindustrie	63
Maschinenbau	29
Textilindustrie	26
Holzindustrie	24
Transportwesen	9

Berechnet nach: Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 279. Anzahl der Arbeiter nach Wirtschaftssektoren nach *W. G. Hoffmann,* Das Wachstum der deutschen Wirtschaft (Berlin u.a. 1965) 205, 196–199 (Mittelwert der Daten von 1899, 1906, 1912).

Da sowohl der besonders arbeitskampfintensive Montanbereich ebenso wie die weit unterdurchschnittlich an Arbeitskämpfen beteiligte Textilindustrie und auch großbetriebliche Metall-, Chemie- und Elektroindustrie weitgehend „tariffrei" hatten bleiben können, mußte dies bei der regionalen Tarifvertragsverteilung berücksichtigt werden. Ein weiteres gravierendes Methodenproblem besteht in der Tatsache, daß kontingente

[80] Die Bedeutung von Streiks für regionale Einkommensunterschiede diskutieren *Hartmut Kaelble/Heinrich Volkmann,* Streiks und Einkommensverteilung im späten Kaiserreich, in: *Jürgen Bergmann u.a.,* Arbeit, Mobilität, Partizipation, Protest (Opladen 1986) 159–198.

Datenreihen nur für relativ große Territorien zur Verfügung stehen. Die Streikstatistik des Deutschen Reichs ist nur nach Bundesstaaten und Preußischen Provinzen unterteilt. So kommt es gelegentlich vor, daß die Ergebnisse wenig aussagekräftig sind. Je kleiner und homogener die Untersuchungseinheit, umso klarer das Ergebnis[81].

Tabelle 6: Regionale Arbeitskampfverteilung im Deutschen Kaiserreich 1871–1914

	Streiks pro 1 Million Arbeiter 1871/75	Streiks pro 1 Million Arbeiter 1889/90	Direkt Beteiligte pro 1000 Arbeiter 1889/90	Direkt Beteiligte pro 1000 Arbeiter 1899/1914
Deutsches Reich	218	157	54,9	342
Preußen	209	170	68,9	364
Ost-Preußen	185	288	19,3	234
West-Preußen	278	166	11,7	233
Berlin	434	75	99,4	745
Brandenburg	108	79	10,9	291
Pommern	165	253	29,1	406
Posen	192	89	19,2	281
Schlesien	128	191	62,7	271
Sachsen	165	228	37,3	294
Schleswig-Holstein	740	307	33,7	399
Hannover	356	221	19,8	368
Westfalen	131	275	223,7	588
Hessen-Nassau	233	101	10,0	250
Rheinland	140	120	77,8	252
Bayern	199	199	10,1	287
Sachsen	192	150	28,6	349
Württemberg	119	16	0,9	149
Baden	202	28	1,5	203
Hessen	333	110	12,2	237
Mecklenburg-Schwerin	282	755	37,6	287
Braunschweig	1429	304	32,2	288
Lübeck	1000	285	100,3	421
Bremen	500	405	80,1	1059
Hamburg	880	169	191,2	713
Elsaß-Lothringen	21	266	139,0	272

Quellen: Anzahl der Streiks 1871/85: *Machtan,* Dokumentation, Anhang; 1889/90; Zentrales Staatsarchiv Merseburg, Rep 120 BB VI Nr. 172; 1899/1914: Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 280 23 ff. Anzahl der Arbeiter: Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1886 5 f.; dass., 1898 10 f.; dass., 1914 18 f. Gewerkschaftsmitglieder: *Troeltsch/Hirschfeld,* Gewerkschaften Anhang I (für 1895) und *Hirschfeld,* Die Freien Gewerkschaften in Deutschland (Jena 1908) 268 ff.
Bemerkung: Für die Bezugsgröße der Anzahl der Arbeiter wurde auf die jeweils nächstliegende Berufszählung zurückgegriffen, d.h. für 1871/75 auf die Zählung von 1882, für 1889/90 auf die Zählung von 1895, für 1899/1914 auf die Zählung von 1907.

[81] Daher sind Aussagen zu Preußen als Ganzem und den großen Provinzen wie Rheinland oder Hannover leider nicht möglich. – Einen interessanten Regionalvergleich hat soeben vorgelegt: *Hartmut Zwahr,* Die deutsche Arbeiterbewegung im Länder- und Territorienvergleich 1875, in: Geschichte und Gesellschaft 13 (1987) 448–507.

Das Hauptergebnis der regionalen Streikbeteiligung kann nicht sehr überraschen, da es mit unserem Wissen über die regionale Ausbreitung der Gewerkschaften korreliert: Der Arbeitskampf war in besonderem Maße ein städtisches Phänomen. In den Hansestädten und Berlin streikten (oder waren von Aussperrungen betroffen) im Schnitt zwei- bis viermal so viele Arbeiter wie im übrigen Reichsgebiet. Dieses Ergebnis, das für die gesamte Zeit des Kaiserreichs Gültigkeit behielt, dürfte auch für andere industrielle Zentren zutreffen, nur lassen sie sich in der Streikstatistik nicht so leicht isolieren. Eine ähnlich hohe Arbeitskampfbeteiligung wurde nur noch für die Montanregionen des Reiches konstatiert, vor allem für die Provinz Westfalen. Das methodische Problem des zu groß geschnittenen Untersuchungsgebietes läßt sich besonders an der Rheinprovinz illustrieren, wo die streikintensiven Regionen des Regierungsbezirks Düsseldorf (westliches Ruhrgebiet, Metallverarbeitung von Wuppertal bis Düsseldorf) mit äußerst streikarmen Regionen wie der niederrheinischen Textilindustrie, dem Saarrevier und den auch sonst wenig streikbeteiligten Regierungsbezirken Trier, Koblenz und Köln zusammengefaßt sind[82].

Die Bedeutung der Industriestädte für den Arbeitskampf kann man auch am Beispiel Nürnberg/Mittelfranken ablesen. 1907 umfaßte dieser Bezirk 17% der industriell Erwerbstätigen Bayerns. Als führende bayerische Industrieregion zog Nürnberg-Fürth die Arbeiterbewegung geradezu an. 1889/90 entfielen 35 der 54 bayerischen Streiks mit 4462 von 6935 Beteiligten auf diese Region[83], so daß sich die Anzahl der Streiks und mit Abstand auch die der Beteiligten ebenfalls auf das Zwei- bis Vierfache des Reichsdurchschnitts stellte. Diese Dominanz änderte sich erst um die Jahrhundertwende, als auch in Bayern der Arbeitskampf immer alltäglicher wurde und sein durchschnittlicher Umfang von 128 (1889/90) über 86 (1890/1896) auf 48 (1902) direkt Beteiligte absank. Erst unter dem Druck der ab 1903 auch in Bayern massiv eingesetzten Aussperrungswaffe begann der Umfang der Arbeitskämpfe wieder anzusteigen[84].

Das Bild des städtischen Übergewichts in der regionalen Streikverteilung ändert sich, wenn man nicht die Anzahl der Streikenden und Ausgesperrten, sondern die der Arbeitskämpfe betrachtet. Dadurch wird der kleinere Einzelfall stärker berücksichtigt, während das Übergewicht der Massenindustrien (Montan, Textil) zurücktritt. Diese Analyse ist vor allem für das 19. Jahrhundert aufschlußreich, als die regionalen Unterschiede noch krasser zu Tage traten. Mecklenburg-Schwerin, Schleswig-Holstein, Ost-Preußen, Elsaß-Lothringen, Pommern und mit einigem Abstand auch die Preußischen Provinzen Sachsen, Hannover sowie die thüringischen Kleinstaaten treten nun in den Vordergrund, Regionen mit einer zum Teil noch wenig entwickelten Arbeiterbewe-

[82] Für genauere Hinweise muß auf eine spätere Studie verwiesen werden.

[83] Berechnet nach: Statistisches Jahrbuch für das Königreich Bayern 1897 (München 1897) 114; nach der Umfrage des Reichskanzlers von 1890, in: Zentrales Staatsarchiv Merseburg Rep 120 BB VI Nr. 172 (1) sowie nach: Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 134, Streiks und Aussperrungen im Jahre 1900 (Berlin 1901) 171.

[84] Statistik des Deutschen Reichs, Bde. 148, 157, 164, 171, 178 (Berlin 1902 ff.). Die Auffassung von *Klaus Tenfelde,* Die Entstehung der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Vom Vormärz bis zum Ende des Sozialistengesetzes, in: *U. Borsdorf* (Hrsg.), Geschichte der deutschen Gewerkschaften von den Anfängen bis 1945 (Köln 1987) 128, „daß Berlin im Städtevergleich bei weitem die stärkste Streiktätigkeit zeigte", wird durch die folgende Tabelle korrigiert.

Tabelle 7: Regionale Verteilung der Streiks 1871/1875 und 1889/90

	1871/75			1889/90	
	Anzahl der Arbeits-kämpfe (absolut)	Arbeits-kämpfe pro 1 Million Arbeiter		Anzahl der Arbeits-kämpfe (absolut)	Arbeits-kämpfe pro 1 Million Arbeiter
Deutsches Reich	1052	218		1131	157
	weit überdurchschnittliche Beteiligung				
Braunschweig	40	1425	Mecklenburg-Schwerin	37	755
Hamburg	73	880	Bremen	17	405
Prov. Schlesw.-Holst.	71	740	Prov. Schlesw.-Holst.	44	307
Bremen	14	500	Braunschweig	21	304
Berlin	108	434	Prov. Ost-Preußen	34	288
			Prov. Westfalen	129	275
			Elsaß-Lothringen	62	266
			Prov. Pommern	34	253
	überdurchschnittliche Beteiligung				
Prov. Hannover	67	356	Prov. Sachsen	83	228
Hessen	30	333	Prov. Hannover	62	221
			Prov. Schlesien	116	191
			Sächsische Kleinstaaten	34	187
	etwa durchschnittliche Beteiligung				
Prov. Hessen	37	233	Preußen	715	170
Preußen	594	290	Hamburg	23	169
Baden	30	202	Sachsen	120	150
Bayern	90	199			
Sachsen	99	192			
	unterdurchschnittliche Beteiligung				
Prov. Sachsen	45	165	Prov. Rheinland	103	120
Prov. Rheinland	79	140	Hessen	15	110
Prov. Westfalen	38	131	Prov. Hessen	23	101
Prov. Schlesien	56	128	Prov. Posen	10	89
Württemberg	19	119	Prov. Brandenburg	30	79
Prov. Brandenburg	25	108	Bayern	54	78
			Berlin	30	75
	weit unterdurchschnittliche Beteiligung				
			Baden	7	28
			Württemberg	4	16

Quellen: wie Tabelle 6.

gung. Neben dem festzuhaltenden nord-ost-mitteldeutschen Übergewicht im Streikverhalten – eine Feststellung, die grosso modo auch für die organisierte Arbeiterbewegung gilt – dürften sich zwei wichtige industriestrukturelle Ursachen bemerkbar machen. Zum einen repräsentieren die aufgezählten überdurchschnittlich beteiligten Regionen die industriellen Umlandgemeinden der Hansestädte (die Unterweserorte, Wandsbeck, Altona etc.), die industriellen Mittelstädte der Ostseeküste von Flensburg bis Königsberg sowie die kleineren Kommunen Mitteldeutschlands von Güstrow, Dessau, Weimar bis Eisenach, Altenburg und Gotha, die 1889/90 eine starke Streikaktivität auszeichnete[85]. Zu diesen besonders unruhigen Zentren der frühen Arbeiterbewegung gehörte auch das Herzogtum Braunschweig, das mit seinen 40 Arbeitskämpfen an der Streikwelle von 1871/75 stärker beteiligt war als die Industriestädte Leipzig und Nürnberg zusammen. Allein die Kleinstädte des Herzogtums wiesen mit 14 Streiks ebenso viele Kämpfe wie Bremen auf[86]. Wenn die Masse der Streikenden (oder Ausgesperrten) durchgehend von den Großstädten und Bergbauregionen gestellt wurde, so wird die Vielfalt und Breite der Unruhe, die gerade in den Streikwellen zum Ausdruck kam, erst durch die vielen kleinen Ausstände im klein- und mittelstädtischen Bereich deutlich. Die Streikwellen des 19. Jahrhunderts reichten weit über den Einflußbereich der Arbeiterorganisationen hinaus und tangierten nicht selten auch die textilindustriellen Industriedörfer, in denen sich noch jahrzehntelang keine Arbeiterorganisation festsetzen konnte. War für die mobilisierende Funktion des Streiks in den industriellen Zentren die vom Fachverein initiierte Lohnbewegung mit kalkulierter Streik- und Tarif(vertrags)folge das Modell, dem sich Bau- und Metallberufe ebenso anschlossen wie die Arbeiter der verlegten Massenhandwerke (Holz-, Bekleidungs-, Tabakbranche), so mußten die Ziegelei- und Steinbrucharbeiter, die Beschäftigten der Zuckerfabriken, des verstreut liegenden Eisenbergbaus ebenso wie viele dorfindustrielle Textilregionen ihre Arbeitskampfmodelle erst noch entwickeln. Die 66 elsäßischen Streiks von 1889/90 gehen fast alle auf das Konto eines plötzlich ausbrechenden Arbeitskampfes, der im April 1890 bis in die textilindustriellen Dörfer der Hochvogesen aufstieg und etwa 30 000 Männer, Frauen und Kinder kontraktbrüchig werden ließ. Da es noch keine Textilarbeitergewerkschaft gab, halfen Metall- und Bauarbeiter in der Organisation des Streiks. Der Versuch einer Kaiserdelegation scheiterte[87]. Nicht nur im Oberelsaß, wo über 30 Dörfer am Ausstand teilnahmen, oder im Braunschweigischen, sondern auch in Ost-Preußen, Pommern, Sachsen-Weimar oder Mecklenburg breitete sich eine Welle von kleineren Arbeitskämpfen aus, die der gewerkschaftlichen Organisierung z.T. weit vorauseilten. Von den 37 vornehmlich Bauarbeiterstreiks in Mecklenburg-Schwerin zwischen Januar 1889 und Mai 1890 fanden nur sechs in Rostock statt, der Rest verteilte sich auf 20 Kleinstädte des platten Landes[88].

[85] Siehe die Umfrage des Reichskanzlers von 1890, die für Preußen fortgesetzt wurde bis zum Sommer 1898, *Oldenberg*, Arbeitseinstellungen.
[86] *Machtan*, Dokumentation, 492.
[87] Zentrales Staatsarchiv Merseburg Rep 120, 7026, vol 1., Bl 274ff.
[88] Ebda.

Mecklenburg und Elsaß-Lothringen bildeten in gewisser Hinsicht die beiden Gegenpole der streikintensiven Flächenstaaten von 1889/90. Während die Reichslande bei der gewerkschaftlichen Organisation ebenso wie bei der tarifvertraglichen Beteiligung die absolut niedrigsten Werte zeigte – offenbar eine Folge der Dominanz von Textil- und Montanindustrie, landesmannschaftlicher Zersplitterung im lothringischen Reichsteil und der bekannten Herr-im-Hause-Politik – lag Mecklenburg in der Gewerkschaftsorganisation, im Tarifvertragswesen (auch in den sozialdemokratischen Reichstagswahlergebnissen) weit über dem Durchschnitt[89].

Tabelle 8: Regionale Verteilung von Arbeitskampfbeteiligten, Gewerkschaften und Tarifverträgen 1895–1912

	An Arbeitskämpfen direkt Beteiligte pro 1000 Arbeiter		Gewerkschaftsmitglieder pro 1000 Arbeiter		Tarifvertragsbeteiligte pro 1000 Arbeiter
	1889/90	1899/1914	1895	1906	1912
Deutsches Reich	100	100	100	100	100
Preußen	126	106	85	92	83
Ost-Preußen	35	68	30	39	94
West-Preußen	21	68	27	43	74
Berlin	181	218	177	278	232
Brandenburg	20	85	108	79	40
Pommern	53	119	63	88	125
Posen	35	82	23	30	74
Schlesien	114	79	55	57	70
Sachsen	68	86	55	109	72
Schleswig-Holstein	61	117	300	123	72
Hannover	36	108	175	98	80
Westfalen	407	172	37	87	36
Hessen-Nassau	18	73	89	103	103
Rheinland	142	74	36	51	72
Bayern	18	84	104	98	130
Sachsen	52	102	139	139	108
Württemberg	2	44	94	69	100
Baden	3	59	81	71	109
Hessen	22	69	190	113	128
Mecklenburg-Schwerin	68	84	103	116	123
Braunschweig	159	84	112	108	95
Lübeck	183	123	437	247	179
Bremen	146	309	366	303	301
Hamburg	348	208	280	245	310
Elsaß-Lothringen	253	80	14	23	36

Quellen: wie Tabelle 6 und Tarifverträge nach: 7. Sonderheft zum Reichs-Arbeitsblatt, Berlin 1913.

[89] Siehe *François Roth,* Industrialisation et Syndicalisme en Lorraine annexée (1889–1914), in: Association interuniversitaire de l'Est (Ed.), Industrie, facteurs de transformations politiques, économiques, sociales et culturelles (Metz 1974) 123–134.

Die regionale Verteilung von Gewerkschaftsmitgliedschaft und Tarifvertragsbeteiligung zeigt neben dem bekannten Bild einer weit überdurchschnittlichen Teilnahme an Streik, Organisationsmitgliedschaft und Tarifvertrag in Berlin und den Hansestädten auch eine überdurchschnittliche Verbreitung der Tarifverträge in Pommern, Bayern, Hessen-Nassau, Hessen-Darmstadt und Mecklenburg-Schwerin. Während die süddeutschen Staaten, von denen ja auch Baden, Württemberg und Sachsen bemerkenswert hohe Anteile an der Tarifvertragsverteilung von 1912 aufweisen, gesondert betrachtet werden, ist die relativ starke Verbreitung dieser Einrichtung in Pommern (115% des Reichsdurchschnitts), Ost-Preußen (94%) und Westpreußen (74%) bei deutlich niedrigerem, ja ausgesprochen schlechtem Organisationsgrad mit Überraschung zu vermerken. Die hier erstellte Übersicht kann derartige Unterschiede zunächst nur konstatieren. Beachtenswert ist jedoch der Hinweis, daß diese Regionen zu den Reichsteilen gehörten, die durch eine außerordentlich hohe Bauarbeiterorganisation gekennzeichnet waren. Auf die Baugewerkschaften entfielen 1906 in West-Preußen 57,6%, in Mecklenburg-Schwerin 51,3%, in Posen 49,1%, in Pommern 31,4% und in Ost-Preußen 27,9% aller organisierten Arbeiter[90]. Dies könnte eine Teilerklärung für die überdurchschnittliche Streikbeteiligung Pommerns und Mecklenburgs und gleichzeitig auch für die Verbreitung des Tarifvertragswesens sein. Für Mecklenburg 1889/90 ist dieser Zusammenhang eindeutig, da hier schon in den 1870ern und dann wieder ab den 1880er Jahren bereits ein flächendeckendes Baugewerkschaftswesen bestand, während dies in Pommern weit weniger, in den östlicheren Provinzen noch kaum vorhanden war[91].

Versucht man zusammenfassend eine generelle Übersicht über die Streikverteilung zu gewinnen, so wäre die Frage von Interesse, ob es auch hier eine Art Nord-Süd-Gefälle gegeben hat. Die vorgelegten Tabellen weisen deutlich darauf hin. Es sollte jedoch bedacht werden, daß dieses Ergebnis vielleicht nur der mediatisierenden Tendenz der Integration besonders arbeitskampfintensiver Städte (Nürnberg, Dresden, Düsseldorf, Leipzig, Hannover) in größere Flächenstaaten geschuldet ist. Dennoch fällt auf, daß alle süddeutschen Staaten in der Streikbeteiligung weit unterdurchschnittlich rangieren, wobei Württemberg das Schlußlicht bildet. An dieser Situation ändert sich auch nichts, wenn die Bergarbeiterstreiks unbeachtet blieben. Dadurch würde das Gewicht Preußens in der Streikbeteiligung von 106% auf 94%, bezogen auf den Reichsdurchschnitt, sinken. Württemberg und Baden würden auch dann nur 50% bzw. 69% des Reichsdurchschnitts der Arbeitskampfbeteiligung erreichen. Zum Süden des Reiches könnte auch Sachsen gezählt werden, das sich bei der Streikbeteiligung erst für 1899/1914 dem Reichsdurchschnitt näherte, im Organisationsgrad und bei der tariflichen Bindung der Arbeiter aber deutlich darüber lag. Für die These eines weniger angespannten Klimas im Süden des Reiches würde auch die meist gute Beteiligung am Tarifwesen sprechen. Dies gilt besonders für Bayern, aber in gewissem Sinne auch für Württemberg, weil hier – ganz entgegen dem nationalen Trend – auch

[90] *Gerhard Hirschfeld,* Die Freien Gewerkschaften in Deutschland. Ihre Vertretung und Entwicklung 1896–1906 (Jena 1908) 24.
[91] Ebda., 30, 74, 76.

Großbetriebe (Bosch) das Tarifvertragsprinzip akzeptiert hatten[92]. Auch der reine Zahlenvergleich zwischen den sozialdemokratischen Hochburgen des Nordens und einigen süddeutschen Ländern unterstreicht das Nord-Süd-Gefälle.

Tabelle 9: Hohe und niedrige Arbeitskampfbeteiligung im Vergleich 1899–1914

	direkt Beteiligte	Erwerbspersonen 1907
Hamburg	144000	328000
Bremen	66000	96000
Prov. Schleswig-Holstein	86000	323000
Baden	78000	521000
Hessen	46000	286000
Württemberg	56000	532000

Quellen: wie Tabelle 11.

Die Hansestadt Bremen zählte 1899/1914 mehr Streikende und Ausgesperrte als Württemberg, das nach der Erwerbsbevölkerung fünfmal größer war.

Bei der Betrachtung des sozialen Klimas Süddeutschlands sollte man jedoch die Aussperrungspraxis nicht außer acht lassen. Sie differenziert das Bild nicht unwesentlich.

Tabelle 10: Anzahl der Ausgesperrten in v.H. der Streikenden 1899–1914

Deutsches Reich	36,8	(ohne die Bergarbeiterstreiks 1905/1912: 44,5%)
Berlin	51,3	
Prov. Brandenburg	59,0	
Prov. Pommern	52,9	
Prov. Hannover	56,3	
Prov. Westfalen	18,8	
Prov. Rheinland	26,3	
Mecklenburg-Schwerin	69,0	
Braunschweig	41,3	
Lübeck	61,3	
Bremen	45,2	
Hamburg	31,3	
Bayern	39,0	
Sachsen	52,4	
Württemberg	48,8	
Baden	37,1	
Elsaß-Lothringen	17,4	

Quelle: Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 280, S. 23f. (eigene Berechnung).

[92] Reichs-Arbeitsblatt, 7. Sonderheft (Berlin 1913). Zur Württembergischen Gewerkschaftsbewegung vor 1914 siehe: *Gunther Mai,* Kriegswirtschaft und Arbeiterbewegung in Württemberg 1914–1918 (Industrielle Welt 35, Stuttgart 1983) 131ff.

Am wenigsten von der Aussperrungswaffe betroffen waren die weitgehend tariffreien Bergbau- und Textilregionen, in denen die Arbeitgeber ihren tarifvertragsfeindlichen Willen auch ohne dieses Kampfmittel durchsetzen konnten (Westfalen, Rheinland, Elsaß-Lothringen). Alle anderen Reichsteile, gerade auch die gewerkschaftlichen Hochburgen Norddeutschlands, waren überdurchschnittlich in Aussperrungen verwickelt ebenso wie Sachsen und – überraschenderweise – Württemberg. Nur Baden und Bayern liegen deutlich unter den Werten der streikintensiven nördlichen Reichsteile.

Die zeitliche Verteilung des massiven Aussperrungseinsatzes zeigt jedoch, daß auch hier Süddeutschland inclusive Sachsen im Grunde erst 1910, sieht man von der Bauarbeiteraussperrung dieses Jahres ab, erst 1911 und 1913 mehr Aussperrungsbeteiligte aufzuweisen hatten als Streikbeteiligte. Während in Berlin, Hannover, Hessen-Nassau, Bremen, Hamburg, den Preußischen Staaten und dem Großherzogtum Sachsen bereits zwischen 1902 und 1905, teilweise sogar in mehreren Jahren hintereinander, mehr Arbeiter von Aussperrungen als von Streiks betroffen waren, und dieser Fall in Schleswig-Holstein, Pommern, Braunschweig zwischen 1906 und 1907 auftrat, waren das Königreich Sachsen (1910, 1911), Württemberg (1910, 1913), Baden (1910, 1911) sowie Hessen (1910) und Elsaß-Lothringen (1910) erst während der Streik- und Aussperrungswelle der Vorkriegszeit in diese Lage geraten[93]. Eine Ausnahme bildete für den süddeutschen Raum Bayern, dessen Arbeiter schon 1903 (Schuhindustrie um Pirmasens) und 1905 (Metallverarbeitung) die Härte des Gegenschlags der Arbeitgeber zu spüren bekamen. Diese Form der Zuspitzung der Gegensätze hatte sich im übrigen erst ab 1910 auf Süddeutschland ausgedehnt.

Tabelle 11 bestätigt die bereits erwähnte These, daß der Arbeitskampf ebenso wie das Gewerkschaftswesen und die Tarifvertragsbeteiligung in besonderem Maße ein städtisches Phänomen waren. In den Jahren 1899 bis 1905 – nur für diese Jahre stehen die entsprechenden Daten der Reichsstatistik zur Verfügung – beteiligten sich die Arbeiter der Städte Hannover (330% des Reichsdurchschnitts), Düsseldorf (239%), Köln (135%), Frankfurt (161%), Dresden (262%), Leipzig (161%), Stuttgart (121%), Nürnberg (228%) und München (110%) klar überdurchschnittlich an Arbeitskämpfen. Auch diese Übersicht läßt ein deutliches Nord-Süd-Gefälle erkennen, das die These vom besseren sozialen Klima in Süddeutschland stützt. Im nord- und mitteldeutschen Muster finden wir bei Arbeitskampf, Organisations- und Tarifvertragsbeteiligung durchgehend hohe Werte. Ebenso wie Berlin und die Hansestädte zeigten auch Hannover, Dresden und mit einigem Abstand Leipzig absolute Spitzenwerte bei Streikbeteiligung und Organisationsgrad. Hiervon wichen die rheinischen Städte Düsseldorf und Köln ab, die zwar (vor allem Düsseldorf) überdurchschnittlich an Arbeitskämpfen beteiligt waren, aber beim Organisationsgrad der sozialdemokratischen Gewerkschaften vergleichsweise schlecht abschnitten. Beim süddeutschen Muster verhielt es sich umgekehrt: die Arbeitskampfwerte lagen außerordentlich niedrig, während die Organisationsbeteiligung sehr hoch rangierte. Dieses eklatante Auseinanderklaffen kennzeichnete nicht nur die Staaten südlich der Mainlinie, sondern auch die preußische

[93] Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 280 (Berlin 1916) 23f.

Tabelle 11: Arbeitskämpfe und Gewerkschaften ausgewählter Regierungsbezirke und Städte 1899–1905

	An Arbeitskämpfen direkt Beteiligte gesamt	pro 1000 Arbeiter		Gewerkschaftsmitglieder pro 1000 Arbeiter
	1899/1905	1899/1905	1899/1914	1906
Deutsches Reich	938543	100	100	100
Reg.Bez. Potsdam	48824	115		73
Reg.Bez. Hannover	17321	158		158
Stadt Hannover	(15855)	(330)		329
Reg.Bez. Lüneburg	6629	102		93
Reg.Bez. Düsseldorf	107751	162		66
Stadt Düsseldorf	(14828)	(239)		110
Reg.Bez. Köln	14619	71		59
Stadt Köln	(12015)	(135)		112
Reg.Bez. Wiesbaden	17018			
Frankfurt	(12743)	(161)		328
Bayern	46688	55	84	98
Reg.Bez. Oberbayern	13167	54		106
München	(11508)	(110)		311
Reg.Bez. Mittelfranken	27530	183		170
Nürnberg	(18638)	(228)		212
Sachsen	85306	91	102	139
Kreish. Dresden	38167	161		199
Stadt Dresden	(27270)	(262)		324
Kreish. Leipzig	24248	106		180
Stadt Leipzig	(18300)	(161)		274
Württemberg	11812	36	44	69
Neckarkreis	9248	67		123
Stadt Stuttgart	(6696)	(121)		304
Baden	17206	51	59	71
Bezirk Mannheim	7207	70		108

Quellen: An Arbeitskämpfen Beteiligte: Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 178, Streiks und Aussperrungen im Deutschen Reich 1905 (Berlin 1906) 126ff. (Streikende) sowie jährliche Einzelangaben der Ausgesperrten nach Statistik des Deutschen Reichs, Bde. 134, 141, 148, 157, 164, 171, 178. Anzahl der Arbeiter nach der Berufszählung von 1907: Statistik des Deutschen Reichs, Bde. 204 (Preußen), 205 (die nichtpreuß. Staaten), 207,1 (Großstädte) – 1 (jeweils Berufsabteilungen B u. C, Industrie, Handel und Verkehr). Gewerkschaftsmitglieder nach: *G. Hirschfeld,* Die Freien Gewerkschaften in Deutschland (Jena 1908) 268*ff.

Bemerkung: Aggregierte Streikdaten stehen für die kleineren Verwaltungsbezirke (Regierungsbezirke) leider nur 1899 bis 1905 zur Verfügung. Ab 1906 trat eine Reduzierung der jährlich publizierten Datenfülle ein. Da die Anzahl der Gewerkschaftsmitglieder laut Hirschfeld für Städte und Regierungsbezirke bekannt ist, wurde der von Hundertsatz der städtischen Gewerkschaftsmitglieder an der Anzahl der im Regierungsbezirk organisierten Gewerkschafter gebildet, der meist zwischen 60% und 80% lag. Entsprechend diesem Satz wurde die Anzahl der Streikenden und Ausgesperrten der Städte berechnet. Diese Schätzwerte sind in Klammern () gesetzt. Da die städtischen Arbeiter im allgemeinen stärker organisiert und an Arbeitskämpfen beteiligt waren als ihre Kollegen im umgehenden Regierungsbezirk, dürfte der Schätzwert der Arbeitskampfbeteiligung zu niedrig liegen. Einzige Ausnahme: Im Regierungsbezirk Düsseldorf dürfte die Arbeitskampfbeteiligung der Ruhr-Bergarbeiter über der der städtischen Arbeiter gelegen haben.

Provinz Hessen-Nassau mit dem Zentrum Frankfurt und teilweise auch das Königreich Sachsen. Während Bezirk und Landeshauptstadt Dresden zum nord-mitteldeutschen Muster zu zählen sind, tendierten Leipzig und sein Umland stärker zum süddeutschen Muster mit relativ niedriger Streik- aber extrem hoher Organisationsbeteiligung.

Bis 1914 haben sich die Unterschiede im Nord-Süd-Gefälle zwar etwas abgemildert, aber keineswegs aufgehoben (wie ein Vergleich von Spalte 2 und 3 in Tabelle 11 zeigt). Eine hier aus Platzgründen nicht weiter ausgeführte Erörterung der Entwicklung der Arbeitskampfbeteiligung zwischen 1889 und 1914 bestätigt die Tendenz zur Abschleifung der Hochburgen. Wie schon die Aussperrungsverteilung zeigte, hatte sich besonders ab 1909 auch südlich der Mainlinie eine deutliche Zunahme der Arbeitskampfbeteiligung und damit eine markante Zuspitzung des sozialen Klimas ergeben.

Eine flächendeckende Erhebung der kommunalen Arbeitskampfbeteiligung würde sicherlich weitere Insellagen (wie z. B. Nürnberg) zu Tage fördern. Diese wären zum einen in den östlichen Provinzen zu vermuten (Breslau, Königsberg), zum anderen wären auch Städte wie beispielsweise Braunschweig hervorzuheben, deren Arbeitskampfbeteiligung vor 1914 ständig abnahm. Gerade unter den frühen Zentren der Arbeiterbewegung (Braunschweig, Gotha, Mecklenburg, aber auch Köln, das Rhein-Main-Gebiet) befinden sich einige, die nicht dem Modell von extrem hoher Arbeitskampfbeteiligung folgten[94].

Ein drittes Modell von Arbeitskampf- und Organisationsbeteiligung ist noch zu erörtern. Während bei den vorgenannten Organisationsgrad und Tarifvertragsbeteiligung über der Arbeitskampfbeteiligung im Reichsdurchschnitt rangierte, verhielt sich dies in den in Tabelle 12 aufgeführten Regionen umgekehrt. Eine Auszählung der Regionen, bei denen die Beteiligung am Arbeitskampf deutlich über der Gewerkschafts- und Tarifvertragsverteilung lag, ergibt ein interessantes Bild: Nur preußische Provinzen gehörten zu dieser Kategorie. Im wesentlichen handelt es sich um die agrarisch geprägten Ostprovinzen, die schwerindustriellen Zentren und die Reichslande Elsaß-Lothringen, bei denen die Arbeitskämpfe weiter verbreitet waren als die Organisationsbeteiligung. Die Provinzen Brandenburg (mit einem hohen Anteil „tariffreier" Textilindustrie, Sachsen und Schleswig-Holstein) bildeten hier die überraschenden Ausnahmen, bei denen zwar die Gewerkschaftsdichte relativ hoch, die Verbreitung der Tarifverträge jedoch äußerst schwach ausgebildet war.

Abschließend sei die eingangs aufgeworfene Frage, ob das insgesamt „mildere Gepräge" der süddeutschen Sozialdemokratie auch mildere industrielle Sozialbeziehungen hervorgebracht habe, nochmals aufgegriffen. Eine schlüssige Antwort kann hier aus methodischen Gründen nicht gegeben werden. Zum einen ist die Untersuchungseinheit der Bundesstaaten zu groß, zum anderen kann der rein quantitative Weg nur

[94] Über den Einfluß, den relative Streikarmut und hohe Tarifvertragsbeteiligung haben können, informieren einschlägige Lokalstudien, z. B. *Boll,* Massenbewegungen; *Erhard Lucas,* Zwei Formen von Radikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung (Frankfurt 1976). Zusammenfassend: *Adelheid von Saldern,* Arbeiterradikalismus – Arbeiterreformismus. Zum politischen Profil der sozialdemokratischen Parteibasis im Deutschen Kaiserreich. Methodisch-inhaltliche Bemerkungen zu Vergleichsstudien, in: IWK 20 (1984) 483–498.

Tabelle 12: Regionen mit einer weit über der Organisationsbeteiligung liegenden Arbeitskampfbeteiligung 1899/1914

	An Arbeitskämpfen Beteiligte pro 1000 Arbeiter (in v. H. des Reichsdurchschnitts)	Gewerkschaftsmitglieder pro 1000 Arbeiter 1906
Ostpreußen	68	39
Westpreußen	68	43
Pommern	119	88
Posen	82	30
Schlesien	79	57
Westfalen	172	87
Rheinland	74	51
Elsaß-Lothringen	80	23
		An Tarifverträgen Beteiligte pro 1000 Arbeiter 1912
Preußen	106	83
Brandenburg	85	40
Posen	82	74
Schlesien	79	70
Sachsen	86	72
Schleswig-Holstein	117	72
Hannover	108	80
Westfalen	172	36
Elsaß-Lothringen	80	36

Quellen: Wie Tabelle 11.

Hinweise für vertiefende Lokalstudien geben. Soweit diese vorliegen, verweisen sie nicht selten auf ebenso verhärtete Sozialbeziehungen wie in den Industriestädten Nord- und Mitteldeutschlands. Erwähnt sei die massive Streikunterdrückung in der Augsburger Textilindustrie oder die schon 1900 einsetzende Aussperrungspraxis zunächst im Baubereich (vor allem Münchens), dann in der Pirmasenser Schuhindustrie 1903 und schließlich in der gesamten bayerischen Metallverarbeitung 1905[95]. Offenbar haben jedoch die scharfen Konfrontationen in diesen industriellen Inseln die jeweiligen sozialdemokratischen Landesparteien nicht entscheidend prägen können[96].

[95] *Ilse Fischer,* Maurer- und Textilarbeiterstreiks in Augsburg 1899–1914, in: *Tenfelde, Volkmann,* Streik, 74–90; im folgenden zitiert: *Fischer,* Augsburg; Statistik des Deutschen Reichs, Bde. 134, 141, 148, 157, 164, 171 und 178 (Berlin 1900ff.); *Elisabeth Jüngling,* Streiks in Bayern (1889–1914). Arbeitskampf in der Prinzregentenzeit (München 1986) 30f.

[96] Selbstredend kann vom „milderen Gepräge" der jeweiligen Sozialdemokratischen Landespartei nicht auf die lokale Parteiorganisation oder gar auf die jeweilige Gewerkschaftsbewegung geschlossen werden. Der nach Abschluß dieses Manuskriptes erschienene Aufsatz von *Karl-Heinrich Pohl,* Sozialdemokratie und Gewerbeinspektion: Zum Verhältnis von Staat, Arbeiterbewegung und Arbeitgebern in Süddeutschland zwischen 1890 und 1914, in: VSWG (1988) 457–482, unterstützt außerordentlich stark die hier aufgestellte These. Pohl sieht in der vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen sozialdemokratischen Gewerkschaften, vor allem den Arbeitersekre-

Offenkundig ist, daß die streikintensiven Inseln Süddeutschlands wie z. B. Nürnberg hinter Städten wie Berlin, Düsseldorf oder Dresden nicht zurückstanden (vgl. Tabellen 8 und 11), zum süddeutschen Umland aber in weit stärkerem Kontrast standen als ihre nord- oder mitteldeutschen Vergleichsstädte. Dies ergibt sich auch aus einer Aufstellung von Troelsch/Hirschfeld, derzufolge in Bayern, Württemberg, Sachsen und Elsaß-Lothringen 1896 nur ein sehr geringer Anteil von Gewerkschaftsmitgliedern in Kleinstädten wohnte (zwischen 2,1% und 5,9%, Reichsdurchschnitt 6,9%), während in den bereits sehr früh und sehr stark im Streikgeschehen involvierten Flächenstaaten bzw. preußischen Provinzen Mecklenburg-Schwerin (32,7%), thüringischen Kleinstaaten (18,2%), Schleswig-Holstein (15,3%), Brandenburg (9%), interessanterweise aber auch in Baden (11,6%) und im Großherzogtum Hessen (13,5%), teilweise ganz beträchtliche Anteile der Gewerkschaftsmitglieder in Kleinstädten unter 5000 Einwohnern ansässig waren[97].

Die ausgeprägte Insellage mit hoher Gewerkschaftszahl und starker Arbeitskampfbeteiligung haben wir (laut Tabelle 11) nur für Nürnberg festgestellt. Die süddeutschen Residenzstädte Stuttgart, München und vor allem Mannheim weisen einen ebenso hohen Organisationsgrad auf (ca. das Dreifache des Reichsdurchschnitts) wie etwa Hannover, Berlin oder die Hansestädte, erreichen bei der Streikbeteiligung (bis 1905) allerdings nur ⅓ bis ¼ der Vergleichsstädte. Diese außerordentliche Diskrepanz verweist vermutlich doch wieder auf ein abgemildertes soziales Klima, vor allem in Württemberg und Baden. Festzuhalten bleibt die statistisch ermittelte Tatsache, daß südlich der Mainlinie (teilweise sogar schon ab der Linie Köln-Kassel) der Arbeitskampf eine weitaus geringere Rolle gespielt hat als in den anderen Reichsteilen. Nürnberg und vermutlich Augsburg waren hier offenbar Außenseiter[98]. Man könnte dies auf eine insgesamt langsamere und begrenztere Industrialisierung zurückführen, die die Ausbildung einer ruhigeren, pragmatischeren Arbeiterbewegung begünstigte. Dagegen spricht allerdings die überraschende Tatsache, daß die süddeutschen Bundesstaaten mit Ausnahme Württembergs an der Streikwelle von 1871/75 durchaus angemessen beteiligt waren (Tabelle 7). Diese frühe Mobilisierung der Arbeiterschaft reichte offenbar bis in die abgelegensten Industriedörfer des Reiches. Dies sollte als ein Hinweis auf die Bevorzugung der punktuellen Streikkoalition des provinziellen, kleinstädtischen Raumes gegenüber der dauerhaften Organisationsmitgliedschaft gewertet werden[99]. Die aufgeführten Beispiele der kleinstädtischen Streikteilnahme 1871/75 und 1889/90 lassen sich als eine für Streikwellen typische Mobilisierung in

tariaten, und der Gewerbeinspektion ein „Charakteristikum Süddeutschlands" (S. 469). Dieses sowie die bessere Einrichtung und Durchführung der Gewerbeinspektion dürfte den reformistischen Gewerkschaftsflügel gestärkt haben. Vermittlung bei Streiks und Lohnbewegungen sowie die Förderung des Abschlusses von Tarifverträgen seitens der Gewerbeinspektion hat sich offenbar auch in den hier vorgelegten Statistiken niedergeschlagen. Eine statistisch abgesicherte Einzelfallanalyse dieser Tätigkeit steht jedoch noch aus.

[97] *Troeltsch, Hirschfeld,* Gewerkschaften, 106* ff. Dies hatte sich bis 1903 nicht wesentlich geändert.

[98] *Fischer,* Augsburg.

[99] Siehe den Beitrag *von Salderns* in diesem Band.

die Breite verstehen, wie wir sie auch aus den Jahren der Deutschen Revolution von 1919/20 her kennen[100].

In der vorgelegten Untersuchung wurde das Ziel verfolgt, grundlegende Differenzen in der Mobilisierung der Arbeiterschaft durch den Arbeitskampf offenzulegen. Erklärungen für diese Unterschiede können nur durch die Einbeziehung weiterer Faktoren wie Stärke und Verhalten der Arbeitgeberseite, regionale Lohnunterschiede, Betriebsgrößen und unterschiedliche politisch-ideologische Strömungen herausgefunden werden. Am Beispiel der beiden gemischtindustriellen Residenzstädte Braunschweig und Hannover wurde dieser breite Untersuchungsansatz durchgeführt[101]. Dabei konnte u.a. die Tatsache hervorgehoben werden, daß geringe Arbeitskampfbeteiligung nicht mit reformistischer, hohe Kampfbeteiligung nicht per se mit radikaler Ausrichtung der lokalen Arbeiterbewegung identifiziert werden dürfen. Braunschweig bietet ein interessantes Beispiel für eine sehr frühe, kampfstarke Arbeiterbewegung, die noch 1871/75 mit etwa dem Sechseinhalbfachen des Reichsdurchschnitts die absolute Spitze an Arbeitskämpfen pro 1 Million Arbeiter erzielt hatte (Tabelle 7), im Vorkriegsjahrfünft 1909/13 aber fast in die letzte Gruppe der Arbeitskampfbeteiligung abgesunken war (68% des Reichsdurchschnitts)[102]. Dies war einer ökonomisch erfolgreichen und selbstbewußten Arbeiterschaft zuzuschreiben, die 1913 sogar im großbetrieblichen Metallverarbeitungsbereich erste Tarifvertragserfolge vorweisen konnte[103]. Dennoch gehörte die braunschweigische Arbeiterbewegung zu den radikalsten Anhängern der Massenstreikagitation, weil ihre ökonomische Stärke mit einer beispiellosen politischen Entrechtung (kein einziges Landtagsmandat!) einherging[104]. Im braunschweigischen Fall von einem milderen sozialen Klima zu sprechen, wäre völlig unangebracht. Niedrigere Arbeitskampfbeteiligung bei gleichzeitig hohem Organisationsgrad und starker tarifvertraglicher Bindung sprechen wohl am deutlichsten für ein organisatorisches Übergewicht der Gewerkschaftsseite gegenüber der Arbeitgeberschaft, das nicht zuletzt durch das Fehlen industrieller Massenbetriebe verursacht war. In dieser Richtung könnten Parallelen zwischen süddeutschen und mitteldeutschen Industriestädten wie Braunschweig oder Jena auszumachen sein. Dort, wo dieses gewerkschaftliche Übergewicht vorhanden war und die hochkonzentrierte Kapitalseite weitgehend fehlte, stand der Weg zur tarifvertraglichen Lösung des Sozialkonflikts offen[105].

[100] Ebda. Die Sozialbeziehungen des kleinstädtischen Raumes sind nicht nur wegen der anderen Wohnformen völlig anders zu bewerten. Landwirtschaftlicher Nebenerwerb, geringere Stellenwechsel, Abhängigkeit von wenigen Arbeitgebern, höheres Durchschnittsalter der Arbeiter sind einige der wichtigsten abweichenden Faktoren.

[101] *Boll,* Massenbewegungen.

[102] Berechnet nach Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 280. Streiks und Aussperrungen im Jahre 1915 (Berlin 1916) 25, Tabelle 3, (Streikende und Ausgesperrte 1899–1914).

[103] *Boll,* Massenbewegungen, 78f.

[104] Ebda., 116, 133.

[105] Ausführlich *Volkmann,* Organisation und Konflikt, sowie *Ilse Costas,* Auswirkungen der Konzentration des Kapitals auf die Arbeiterklasse in Deutschland (1880–1914) (Frankfurt/New York 1981).

IV

War die deutsche Gewerkschaftsbewegung 1914 an eine Grenze gestoßen, die sie aus eigener Kraft kaum hätte überwinden können? Der sprunghafte Anstieg der Aussperrungszahlen und das Sinken der Streikerfolge sind laut Volkmann als sichere Anzeichen eines Organisationsvorsprungs der Arbeitgeber vor allem im großbetrieblichen Bereich zu werten, so daß der noch in der Streikwelle von 1905/06 deutliche Gewerkschaftsvorsprung nicht mehr bestand[106]. Das Emporschnellen der wirtschaftsfriedlichen Verbände gerade im chemie- und metallindustriellen Großbetrieb mit Ausnahme der Werften, die Blockade dieser Branchen gegenüber dem Tarifvertrag und die bedeutenden Arbeitskampfniederlagen ab 1912 sind umso gravierender zu werten, als sie nicht – wie Domansky gemeint hat – auf organisatorische und ideologische Rückständigkeit der betroffenen Gewerkschaftsverbände zurückzuführen sind[107]. So hatte der Deutsche Metallarbeiterverband seine Agitation seit den großen Aussperrungsniederlagen von 1906 vom Prinzip der Vollversammlung der 1880er Jahre gelöst und die schon vor der Jahrhundertwende begonnene Betriebsarbeit enorm intensiviert. Die Tätigkeit der lokalen Verwaltungsstellen wurde durch diese großbetriebliche Agitation weit stärker in Anspruch genommen als durch Lohnbewegungen ihrer im Handwerksbereich arbeitenden Mitglieder[108]. Daß die Durchsetzung des 9-Stundentags 1912 in Mittel- und Norddeutschland scheiterte, lag nicht an mangelnder Betriebsnähe des Verbandes, sondern an der Übermacht der norddeutschen Arbeitgebervereinigung[109].

An der Entwicklung der lokalen Zweigvereine läßt sich die sektorale und geographische Ausbreitung der deutschen Gewerkschaftsbewegung, aber auch ihre Stagnation in der Vorkriegsstreikwelle, nochmals deutlich ablesen[110]. Zwischen 1893 und 1914 hatte sich die Zahl der Zweigvereine etwa verdreifacht. Als die bedeutendsten Aufschwungphasen sind die Jahre zwischen 1895 und 1900 und 1903/1906 anzusehen, wobei die stärkste Ausbreitung genau mit den streikintensivsten Jahren zusammenfiel. 1899 fand ein Zuwachs um 21% Punkte, 1905 um 27%, 1906 um etwa 37% Punkte (jeweils bezogen auf 1893) statt. Von da an hat sich die territoriale Ausbreitung der sozialdemokratischen Gewerkschaften ganz entscheidend verlangsamt. Im Gesamtzeitraum zwischen 1906 und 1914 wuchs die Zahl der Zweigvereine nur noch um 30,5% Punkte. Am Ende des Jahres 1909 gab es insgesamt 12890 Zweigvereine,

[106] *Volkmann,* Organisation und Konflikt; ähnlich *Schönhoven,* Arbeitskonflikte in Konjunktur und Rezession.

[107] *Elisabeth Domansky-Davidsohn,* Arbeitskämpfe und Arbeitskampfstrategien des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes von 1891 bis 1914 (Phil Diss. Bochum 1981) 44ff.

[108] *Boll,* Massenbewegungen, 84. Der DMV Hannover führte beispielsweise 1913 nur 13 Mitgliederversammlungen, aber 848 „Werkstattversammlungen" durch. – Über die Entwicklung der Betriebsarbeit in den 1890er Jahren siehe *Troeltsch, Hirschfeld,* Gewerkschaften, 59.

[109] *Boll,* Massenbewegungen, 81ff.; Deutscher Metallarbeiter-Verband, Jahrbuch 1912 (Stuttgart 1913), 213ff.

[110] Siehe Tabelle 13. Auch die folgenden Angaben sind nach den statistischen Beilagen des Correspondenzblattes berechnet.

Tabelle 13: Zweigvereine der sozialdemokratischen Gewerkschaften

Jahr	Verbände	Zweig-Vereine	Zunahme gegen 1893
1890		3150	
1893	51	4133	100
1894	54	4350	105,25
1895	53	4819	116,60
1896	51	5430	131,38
1897	56	6151	148,83
1898	57	6756	163,46
1899	55	7623	184,44
1900	58	8220	198,89
1901	57	8366	202,42
1902	60	8634	208,90
1903	63	9264	224,15
1904	63	9569	231,53
1905	64	10690	258,65
1906	66	12202	295,23
1907	61	12062	291,85
1908	60	12189	294,92
1909	57	12890	311,88
1910	53	13091	316,74
1911	51	12834	310,53
1912	48	13581	328,60
1913	47	13461	325,70
1919	52	23826	576,48

Quelle: Zusammenstellung nach den jährlichen statistischen Angaben des Correspondenzblattes 1891, 1894–1920.

Bemerkung: Der Buchdruckerverband hatte 1905 seine lokalen Zweigstellen (1187) in 22 Bezirke zusammengefaßt. Entgegen den Statistiken des Correspondenzblattes sind ab 1906 die 1187 Zweigstellen, nicht aber die 22 Bezirke des Buchdruckerverbandes mitgezählt worden.

Ende 1913 13461. Diese Entwicklung ist zum Teil auf Verbandszusammenschlüsse z. B. der Bauhilfsarbeiter und Maurer 1910 oder der Metallarbeiter und Schmiede 1912 zurückzuführen. Andererseits dürfte der zahlenmäßige Verlust durch den Hinzutritt der 555 Zahlstellen des Landarbeiterverbandes 1912 und die der Handlungsgehilfen (233) 1913 mehr als ausgeglichen worden sein. Betrachtet man nur die größeren Verbände, so hatten Bergarbeiter (+ 102), Holzarbeiter (+ 44) und Zimmerer (+ 102) zwischen Ende 1910 und Ende 1913 ihre territoriale Ausbreitung noch erhöhen können, während Fabrikarbeiter (– 24), Maler (– 8), Schmiede (– 9), Schuhmacher (– 10), Tabak- (– 9) und Textilarbeiter(– 21) Verluste verzeichnen mußten. Bäcker und Metallarbeiter zeigten eine geringe Zunahme an Zahlstellen (+ 4, + 10). Auch dieses Ergebnis zeigt, daß trotz enormer Streik- und Organisationsanstrengungen die sozialdemokratischen Gewerkschaften an eine klar erkennbare Entwicklungsgrenze gestoßen waren. Die Erfolge früherer Streikwellen hatten sich nicht wiederholen lassen. Aussperrungspraxis und sogar das Tarifvertragswesen waren zu Fesseln geworden, die erst mittels einer erneuten Kampfzeit aufgebrochen werden konnten. Dies zeigt die Nach-

kriegsstreikwelle. Bis Ende 1919 war das Netz der Zweigvereine nochmals verdoppelt worden, obwohl das Deutsche Reich einige Provinzen eingebüßt hatte. Dieser Zuwachs war nicht nur das Ergebnis neu hinzugetretener Verbände wie der Eisenbahner mit 1083 Zweigstellen oder der Landarbeiter (7800 Zweigstellen). Mit Ausnahme der Bauarbeiter hatten fast alle anderen Verbände ihr Zweigstellennetz während der Nachkriegsstreikwelle enorm ausbauen können: Bergarbeiter (+747), Handlungsgehilfen (Angestellte) (+304), Fabrikarbeiter (+242), Metallarbeiter (+205), Schneider (+31), Schuhmacher (+75), Tabakarbeiter (+68), Zimmerer (+94).

Im Vergleich der Streikwelle von 1889 bis 1920 fallen die Jahre 1910/13 als diejenigen auf, die kaum eine territoriale Ausbreitung der Gewerkschaftsbewegung mit sich gebracht haben. In keiner anderen Streikwelle zuvor und danach waren die gewerkschaftlichen Erfolge so minimal, die Aussperrungspraxis so dominant, der Mitgliederzuwachs so gering, der Organisationsfortschritt der Gegenseite so mächtig (Arbeitgeber und Gelbe), der Zuwachs an neuen Zweigstellen so begrenzt und die Konflikte innerhalb der Organisationen aufgrund schlechter Arbeitskampfergebnisse so virulent und selbst der Tarifvertrag in seinem Zuwachs so sektoral eingegrenzt bzw. zum Knebelinstrument umfunktioniert worden wie zwischen 1910 und 1914.

Ohne eine erneute, äußerst harte und vielleicht auch turbulente Arbeitskampfwelle mit vermutlich politischem Einschlag waren die beschriebenen Grenzen wohl kaum zu überschreiten.

Marina Cattaruzza

Gewerkschaftliche Organisationsprozesse der Werftarbeiter im Kaiserreich: eine komparative Studie*

Vor dem Hintergrund der in den siebziger Jahren gewonnenen Erkenntnisse über die Lebensbedingungen und die „materielle Kultur" der Arbeiterschaft hat sich die historische Forschung zur Arbeiterbewegung in letzter Zeit wieder stärker politischen Fragestellungen gewidmet und hier in erster Linie der organisierten Arbeiterbewegung im Spannungsfeld zwischen Arbeiterschaft bzw. Arbeiterklasse und dem wilhelminischen Staat[1]. Dabei wird der Versuch unternommen, die Geschichte der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen im Rahmen einer umfassenden Geschichte der Arbeiterschaft/Arbeiterklasse in ihrem jeweiligen historischen Kontext zu sehen. Hierzu wurden verschiedene Ansätze gewählt: von der quantifizierenden Organisations- und Wahlforschung über regionale und städtische Untersuchungen bis hin zur Formulierung umfassender Hypothesen über den Prozeß der Klassenbildung[2].

Für den Zeitraum bis zum Gothaer Einigungskongreß hat sich Hartmut Zwahr der ehrgeizigen Aufgabe angenommen, „den territorialen Gesamtzusammenhang der Ent-

* Diese Untersuchung wurde vom italienischen Ministero della Pubblica Istruzione finanziell gefördert.

[1] Exemplarisch hierzu *Jürgen Kocka* (Hrsg.), Europäische Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert (Göttingen 1983); im folgenden zitiert: *Kocka,* Europäische Arbeiterbewegung; *Gerhard A. Ritter,* Staat, Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung in Deutschland (Berlin/Bonn 1980).

[2] Vgl. *Klaus Schönhoven,* Expansion und Konzentration. Studien zur Entwicklung der Freien Gewerkschaften im Wilhelminischen Deutschland 1890 bis 1914 (Schriftenreihe des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte 30, Stuttgart 1980); im folgenden zitiert: *Schönhoven,* Expansion und Konzentration; *John A. Moses,* Trade Unionism in Germany from Bismarck to Hitler 1869–1933, 2 Bde. (London 1982); im folgenden zitiert: *Moses,* Trade Unionism in Germany; *Dieter Dowe,* Deutschland: Das Rheinland und Württemberg im Vergleich, in: *Kocka,* Europäische Arbeiterbewegung, 77–105; *Hartmut Zwahr,* Zur Konstituierung des Proletariats als Klasse: Strukturuntersuchung über das Leipziger Proletariat während der Industriellen Revolution (Berlin 1978); *Jürgen Kocka,* Lohnarbeit und Klassenbildung: Arbeiter und Arbeiterbewegung in Deutschland 1800–1875 (Berlin/Bonn 1983). Vgl. auch die Sektionen III, V und VI im von *Wolfgang J. Mommsen* und *Hans-Gerhard Husung* herausgegebenen Sammelband: Auf dem Wege zur Massengewerkschaft. Die Entwicklung der Gewerkschaften in Deutschland und Großbritannien 1800–1914 (Veröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts London 15, Stuttgart 1984); im folgenden zitiert: *Mommsen-Husung,* Massengewerkschaft.

stehungsgrundlagen der deutschen Arbeiterbewegung"[3] zu rekonstruieren. Von einer begrenzteren Fragestellung aus hat Friedrich Lenger wichtige Erkenntnisse zum politischen Verhalten und zu den ökonomischen Vorstellungen des Düsseldorfer Handwerks zwischen dem Vormärz und den sechziger Jahren gewonnen[4]. Für die Zeit der Hochindustrialisierung wurde im Rahmen dieses Kolloquiums vielfach die Frage angesprochen, welche Faktoren die Durchsetzung der sozialdemokratischen Bewegung und der Freien Gewerkschaften letztlich begünstigt oder gehemmt haben. Eine erhebliche Rolle spielte der jeweilige Industrialisierungsgrad, doch war er alleine nicht ausschlaggebend. So verhinderte z. B. im Rheinland eine in allen sozialen Schichten verankerte katholische Kultur nachhaltig die Etablierung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung. Die Konfessionszugehörigkeit spielte dort für lange Zeit eine wichtigere Rolle in der Selbstwahrnehmung und im kollektiven Bewußtsein als die Klassenzugehörigkeit. Auch der städtische Charakter der Arbeiterbewegung wurde nicht in allen Fallstudien bestätigt. In Sachsen, das übereinstimmend als frühes Zentrum der Arbeiterbewegung gesehen wird, war die Sozialdemokratie in den kleinstädtischen Zentren am stärksten, in denen eine erste Industrialisierung auf kleingewerblicher Basis stattgefunden hatte. In Schleswig-Holstein andererseits wiesen ADAV und Eisenacher Partei bei der in ländliche Gebiete verlagerten Zigarrenindustrie eine hohe Mitgliederzahl auf. Weiterhin war hier die frühe Arbeiterbewegung von traditionellen Handwerkergruppen wie Schneidern, Schuhmachern und Webern wie auch von Kleinbauern getragen[5]. Auch war die Relation zwischen Parteimitgliedern, Gewerkschaftsmitgliedern und Wählern in den verschiedenen Regionen des Kaiserreichs unterschiedlich. Neben Fällen wie Lübeck und Kiel, wo einer hohen Mitgliederzahl auch hohe Wahlergebnisse entsprachen, bestand z. B. in Sachsen und in Berlin ein erhebliches zahlenmäßiges Ungleichgewicht zwischen Wählern und Mitgliedern. In Hamburg war dagegen die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder überproportional hoch[6].

[3] *Hartmut Zwahr,* Die deutsche Arbeiterbewegung im Länder- und Territorienvergleich 1875, in: GG 13 (1987) 448–507, hier 448.

[4] *Friedrich Lenger,* Zwischen Kleinbürgertum und Proletariat. Studien zur Sozialgeschichte der Düsseldorfer Handwerker 1816–1878 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 71, Göttingen 1986).

[5] Siehe in diesem Band hauptsächlich die Beiträge von *Gerhard A. Ritter* und *Karl Rohe.* Außerdem zum Ruhrgebiet: *Karl Rohe,* Die „verspätete" Region. Thesen und Hypothesen zur Wahlentwicklung im Ruhrgebiet vor 1914, in: *Peter Steinbach* (Hrsg.), Probleme politischer Partizipation im Modernisierungsprozeß (Geschichte und Theorie der Politik 5, Stuttgart 1982) 231–252; *Mary Nolan,* Social Democracy and Society. Working-Class Radicalism in Düsseldorf 1890–1920 (Cambridge 1981). Zur frühen Arbeiterbewegung in Schleswig-Holstein vgl. auch *Holger Rüdel,* Landarbeiter und Sozialdemokratie in Ostholstein 1872 bis 1878. Erfolg und Niederlage der sozialistischen Arbeiterbewegung in einem großagrarischen Wahlkreis zwischen Reichsgründung und Sozialistengesetz (Studien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Schleswig-Holsteins 9, Neumünster 1986) 125 f.

[6] Siehe in diesem Band die Beiträge von *Friedhelm Boll* und *Dieter Hertz-Eichenrode.* Zu Kiel und Lübeck vgl. *Rainer Paetau,* Konfrontation oder Kooperation: Arbeiterbewegung und bürgerliche Gesellschaft im ländlichen Schleswig-Holstein und in der Industriestadt Kiel zwischen 1900 und 1925 (Studien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Schleswig-Holsteins 14, Neumünster 1988) 101–103. Zur besonderen Ausprägung der Arbeiterbewegung in Hamburg siehe

Unterhalb der nationalen Ebene gestaltete sich also die Art der Bindung an die Organisation je nach Region und Branche unterschiedlich. Dementsprechend bildeten sich auch unterschiedliche „Kräftekonstellationen" von Sozialdemokratie, Arbeiterschaft, Staat und Parteiensystem auf der einen und von Freien Gewerkschaften, Arbeiterschaft, Unternehmen und Staat auf der anderen Seite.

Die vorliegende Studie zu den gewerkschaftlichen Organisationsprozessen der Werftarbeiter im Kaiserreich steht in dem hier skizzierten Zusammenhang. Dabei handelt es sich um eine überregionale branchenspezifische Untersuchung zum Organisationsverhalten einer stark zersplitterten Arbeitergruppe, die sich allmählich zu einem einheitlich handelnden Subjekt entwickelte. Die Darstellung der etappenweise vollzogenen innerbetrieblichen und überregionalen Organisationsprozesse liefert zugleich Elemente zur Analyse derjenigen Faktoren, die punktuell die organisatorische Vereinheitlichung vorangetrieben haben. In diesem Prozeß war das Organisationsverhalten der Schiffbauunternehmer, das seinerseits durch die auffällige innerbetriebliche Schwäche der Werftbesitzer gegenüber ihrer Arbeiterschaft bedingt war, von ausschlaggebender Bedeutung.

Der Frage nach dem Verhältnis gewerkschaftlicher Organisation und Parteizugehörigkeit zur Sozialdemokratie wird in diesem Beitrag nicht weiter nachgegangen. Mir scheint, daß hier zunächst noch detailliertere Forschungen zur Identifikation der möglichen Berührungsflächen zwischen den beiden Existenzformen der „Klasse für sich" vonnöten sind. Bis dahin ist es wohl sinnvoll, von einer weitgehenden Autonomie der politischen Sphäre auszugehen, wie sie auch in jüngster Vergangenheit von einigen Historikern offensiv vertreten wurde[7]. In der Tat sind die Ergebnisse der Gewerkschaftsforschung derzeit mit denen der „SPD als sozialer Bewegung" nur schwer vergleichbar. So gilt es für die Freien Gewerkschaften als gesichert, daß Faktoren wie berufliche Qualifikation, Verhandlungsstärke und Kommunikationsmöglichkeiten am Arbeitsplatz das Organisationsverhalten der Arbeiter erheblich beeinflußten[8], während bei Untersuchungen zur Basis der SPD selbst allgemein anerkannte Merkmale wie eine überwiegend städtische Lebensweise, protestantischer Glaube und hohes Qualifikationsniveau eher auf ein diffuses sozialdemokratisches Kulturmilieu als auf irgend-

Marina Cattaruzza, Arbeiter und Unternehmer auf den Werften des Kaiserreichs (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz 127, Stuttgart 1988) insbes. Kap. 5 und 6; im folgenden zitiert: *Cattaruzza,* Arbeiter und Unternehmer auf den Werften.

[7] *John Breuilly,* The Making of the German Working Class, in: AfS 27 (1987) 534–552, insbes. 551 f.; *Pertti Haapala,* How Was the Working Class Formed? The Case of Finland 1850–1920, in: Scandinavian Journal of History 12 (1987) 179–197. Die Schlußfolgerungen von Haapala, wonach die politische Arbeiterbewegung völlig unabhängig vom Prozeß der Klassenbildung entstanden sein soll, klingen allerdings eher überzogen. In seinem interessanten Beitrag: The labour process and labour history, in: SH 8 (1983) 57–73, der den zähen Kampf der englischen Arbeiter gegen die Subsumption unter das Kapital in den Mittelpunkt stellt, bestreitet *Richard Price* hingegen nicht, daß die Labour Party immerhin in der Lage war, „the closest fit between the material situation of the working class and the expressions of that situation within a political vocabulary" zu gewährleisten.

[8] Siehe *Mommsen-Husung,* Massengewerkschaft.

welche eindeutigen strukturbedingten Zusammenhänge hinweisen[9]. Hier bleibt man zunächst auf einer rein deskriptiven Ebene.

Der Bogen zwischen einer Sozialgeschichte der Gewerkschaftsbewegung und einer Sozialgeschichte der Sozialdemokratie bleibt also weit gespannt. Die Frage, ob es weiterhin sinnvoll ist, die Arbeiterbewegung als einheitliches Forschungsobjekt zu betrachten, muß heute darum als völlig offen angesehen werden.

Allgemeine Merkmale der Arbeiter auf den Werften

Am Vorabend des Ersten Weltkrieges waren in der deutschen Schiffbauindustrie etwa 100000 Arbeiter beschäftigt[10]. Dabei handelte es sich um eine junge, hochmobile, ausschließlich männliche Arbeiterschaft, die vorwiegend in Großbetrieben tätig war. Nach einer Erhebung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes aus dem Jahr 1907 schwankte der durchschnittliche Organisationsgrad auf den Privatwerften[11] zwischen 70 und 90%[12]. Nur auf der Vulcan-Werft in Bredow bei Stettin und in den Schichauer Betrieben in Danzig und Elbing lag das Organisationsniveau niedriger[13]. Der allgemeine Werftarbeiterstreik von 1910 trug zur weiteren Stärkung der gewerkschaftlichen Organisation bei. Zwischen 1909 und 1910 stieg die Zahl der Mitglieder der Metallarbeitergewerkschaften (in erster Linie DMV und Schmiedeverband) in Hamburg von 14561 auf 17530, in Stettin von 3872 auf 4741, in Kiel von 5603 auf 6010 und in Bremerhaven von 2488 auf 2851[14].

[9] Für eine Bilanz des Forschungsstandes siehe hauptsächlich den Beitrag von *Adelheid von Saldern.* Sie stellt zu Recht fest, daß alle Versuche, aus der jeweiligen sozialen Zusammensetzung der Mitgliedschaft die Links- bzw. Rechtsorientierung der Sozialdemokratie an einem bestimmten Ort herzuleiten, rein spekulativ geblieben sind. Vgl. auch *Adelheid von Saldern,* Arbeiterradikalismus – Arbeiterreformismus. Zum politischen Profil der sozialdemokratischen Parteibasis im Deutschen Kaiserreich. Methodisch-inhaltliche Bemerkungen zu Vergleichsstudien, in: IWK 20 (1984) 483–498.

[10] Ungefähr 20000 Arbeiter davon waren allerdings auf den Kaiserlichen Werften beschäftigt. Ihr Arbeitsverhältnis gestaltete sich völlig anders als in den Privatbetrieben. Infolgedessen waren diese Arbeiter nicht an der gemeinsamen Streikbewegung der Werftarbeiter beteiligt. Vgl. Die Arbeiterverhältnisse und Arbeitsbedingungen auf den Kaiserlichen Werften, in: Nauticus – Jahrbuch für Deutschlands Seeinteressen 12 (1911) 483–496; im folgenden zitiert: Arbeiterverhältnisse; *Dirk Peters,* Der Seeschiffbau in Bremerhaven von der Stadtgründung (1827) bis zum Ersten Weltkrieg (Diss., Bremerhaven 1981) 34.

[11] Auf den Kaiserlichen Werften wurde die gewerkschaftliche Agitation sehr erschwert. Es bildete sich hier nie eine entsprechende gewerkschaftliche Organisation wie auf den Privatwerften. Allerdings wurde auf der Kaiserlichen Werft in Kiel die Präsenz der Hirsch-Dunkerschen Gewerkschaft geduldet. Siehe: Arbeiterverhältnisse, 485f.; Militärarchiv Freiburg (MtA/F), Reichsmarineamt (RM3) V10160, Kommission für die Hebung des deutschen Schiffbaus, Sitzung am 26. 7. 1899 in Kiel.

[12] *Deutscher Metallarbeiterverband* (Hrsg.), Lohn- und Arbeitsverhältnisse der auf Werften beschäftigten Metallarbeiter (Stuttgart 1907) 24–26.

[13] Ebda., 25.

[14] *Helmut Kral,* Streik auf den Helgen. Die gewerkschaftlichen Streikkämpfe der deutschen Werftarbeiter vor dem Ersten Weltkrieg (Berlin 1964) 190; im folgenden zitiert: *Kral,* Streik.

Die meisten Organisierten gehörten der 1896 gegründeten Sektion der Werftarbeiter des DMV an. Daneben waren auf den Werften die Verbände der Schmiede, der Kupferschmiede und der Schiffszimmerer, der Holzarbeiterverband und der Fabrikarbeiterverband vertreten. Seit 1909 wurde die gewerkschaftliche Tätigkeit der verschiedenen Verbände von der „Zentral-Werft-Kommission" mit Sitz in Hamburg koordiniert[15].

Für großbetriebliche Verhältnisse war das Organisationsniveau der Werftarbeiter eine absolute Ausnahme. In den Eisen- und Stahlbetrieben vermochten die Freien Gewerkschaften bekanntlich kaum Fuß zu fassen[16]. Selbst im Bergbau betrug der Prozentsatz an Organisierten nie mehr als 58%, wobei eine tiefe Spaltung zwischen den Christlichen Gewerkschaften und dem der Sozialdemokratie nahen „Alten Verband" bestehen blieb[17]. Mit der Gründung der Sektion der Werftarbeiter und der Zentral-Werft-Kommission wurde zum ersten Mal im Kaiserreich das Prinzip der „Industriegewerkschaft" erfolgreich praktiziert. Damit unterschieden sich die Werftarbeiter von den übrigen Organisierten, die meistens dem herkömmlichen Modell des Fach- bzw. Betriebsvereins treu blieben[18].

Solche Leistungen beim Aufbau einer „modernen", umfassenden gewerkschaftlichen Vertretung wurden unter Bedingungen vollzogen, die in vielfacher Hinsicht als ungünstig für das Zustandekommen von Organisationsprozessen gelten. Die Werftarbeiter waren eine stark zersplitterte Arbeiterschaft mit einer hohen Fluktuationsrate zwischen Schiffbau-, Metallbetrieben und anderen Arbeitsplätzen. Die geographische Mobilität zwischen den verschiedenen Werftorten bzw. zwischen den Werftorten und Zentren der Metallindustrie war ebenfalls extrem hoch[19]. Die wichtigsten Arbeitergruppen auf den Werften waren die Metallarbeiter, die „eigentlichen" Schiffbauer und das aus dem Holzschiffbau übernommene Handwerk der Schiffszimmerer. Hinzu kamen Tischler, Maler, Platzarbeiter (Ungelernte) u.a.m. Zur Komplexität des Herstellungsprozesses im Schiffbau schrieb Ernst Halle vom RMA: „Kein Einzelprodukt gibt es, das auszugestalten so verschiedenartige Gewerbe zusammenarbeiten müssen, wie

[15] Protokoll der Allgemeinen Konferenz der Werftarbeiter, abgehalten am 2. und 3. Januar 1909 im Gewerkschaftshaus zu Hamburg (Stuttgart 1909). Zu den Organisationsverhältnissen auf den Werften siehe ebda., 36ff.

[16] Vgl. dazu rein exemplarisch *David Crew*, Bochum. Sozialgeschichte einer Industriestadt 1860–1914 (Frankfurt/Berlin/Wien 1980) 171–207.

[17] *Klaus Tenfelde*, Probleme der Organisation von Arbeitern und Unternehmern im Ruhrbergbau 1890–1918, in: *Hans Mommsen* (Hrsg.), Arbeiterbewegung und industrieller Wandel. Studien zu gewerkschaftlichen Organisationsproblemen im Reich und an der Ruhr (Wuppertal 1980) 38–61; im folgenden zitiert: *Mommsen*, Arbeiterbewegung und industrieller Wandel.

[18] Vgl. zur Debatte innerhalb des DMV: Deutscher Metallarbeiterverband (Hrsg.), Die elfte ordentliche Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Breslau – Abgehalten vom 16. bis 21. Juni 1913 im Gewerkschaftshaus (Stuttgart 1913) 144ff.

[19] MtA/F, RM3/V10160, Sitzung am 14. 11. 1899 in Hamburg. Zur Fluktuation der Arbeitskräfte bei Blohm & Voss vgl. Vorstandsarchiv Blohm & Voss, Hamburg (VAB&V/HH), jetzt in: Staatsarchiv Hamburg (StA/HH), Ordentliche Generalversammlung am 14. 8. 1907. Ein Überblick in: Berufs- und Betriebszählung vom 12. 6. 1907, Abt. 9, Die Bevölkerung nach Hauptberuf und Gebürtigkeit (Statistik des Deutschen Reichs, 210,1) 26f.

den modernen Oceanriesen und das moderne Schlachtschiff."[20] Innerhalb der meisten Arbeitergruppen waren die Qualifikationsunterschiede gravierend. Schmiede, Former und Kesselschmiede setzten sich z. B. aus hochqualifizierten Facharbeitern und Helfern zusammen. Auch unter den Schiffbauern bestand eine Polarisierung zwischen Vorarbeitern und angelernten Arbeitskräften. Erstere waren für die Aufzeichnung von Blechen und Profilen und für die Montage an Bord zuständig. Die Angelernten verarbeiteten in der Schiffbauhalle das Baumaterial nach den eingetragenen Angaben[21]. Demgegenüber waren Nieter und Schiffszimmerer homogenere Gewerke. Die innere Kohäsion dieser Arbeitergruppen schlug sich in einem offensiven Konfliktverhalten nieder. Richard Woldt schilderte in der „Neuen Zeit" die Nieter folgendermaßen: „Diese Berufsgruppe hat ja dem Gewerkschaftsmann schon manche Sorgenstunde bereitet ... Die Leute gehen los wie Blücher, halten zu ihrer Organisation, halten auch einen Lohnkampf meist mit zäher Entschiedenheit durch. Aber sie sind doch auch oft schwer genug zurückzuholen."[22]

Durch extrem differenzierte Lohnsätze vertiefte die jeweilige Werftdirektion noch die Spaltungsmomente, die sich aus der beruflichen Gliederung der Belegschaft ergaben. 1910 bestanden z. B. bei Blohm & Voss in Hamburg 57 Lohngruppen[23]. Darüber hinaus wurde jeder Arbeiter in eine „Lohnklasse" eingestuft, die seiner individuellen Leistung unabhängig von der formalen Qualifikation hätte entsprechen sollen[24]. Die Akkordüberschüsse, die 20 bis 50% des Stundenlohnes betrugen, bildeten ein weiteres Heterogenitätselement bei der Entlohnung[25]. Die Lohnunterschiede spiegelten allerdings nur zum Teil die formale Rangordnung unter Facharbeitern und An- und Ungelernten wider. Abgesehen von der formalen Qualifikation traten in jeder Arbeiterkolonne „besonders geschickte Leute" hervor, die für ihre Fertigkeiten auch entsprechend entlohnt wurden. Auch konnten solche Arbeiter, die die Bereitschaft aufbrachten, Überstunden und Nachtarbeit bis zur Grenze der physischen Erschöpfung zu leisten, weit höhere Verdienste erzielen als ein Gelernter mit zehnstündiger Arbeitszeit[26].

Der moderne Schiffbau war eine städtische Produktionsbranche. Die Werftbetriebe waren in den wichtigsten Hafenstädten an der Nord- und Ostseeküste oder in ihrer unmittelbaren Umgebung angesiedelt. Einerseits bot die Nähe zu einem Hafenkomplex stets Gelegenheit für Docksarbeit, die rentabler war als die Neubautätigkeit; zu-

[20] *Ernst von Halle,* Die volkswirtschaftliche Entwicklung des Schiffbaus in Deutschland und in den Hauptländern, in: Jahrbuch der Schiffbautechnischen Gesellschaft 3 (1902) 197–223, hier 200 f.

[21] Vgl. zur Arbeitsorganisation auf den Werften *Paul Knipping,* Betriebsführung und Lohnkosten im deutschen Schiffbau, erläutert an einem Beispiel (Diss. Berlin 1914); im folgenden zitiert: *Knipping,* Betriebsführung.

[22] *Richard Woldt,* Die Werft als kapitalistisches Kunstwerk, in: Die neue Zeit 29 (1910/11) 551–559, hier 556.

[23] StA/HH, Deputation für Handel, Schiffahrt und Gewerbe II, Spezialakten XXX, A. 8.1.10.

[24] Vgl. z. B. MtA/F, RM3/V8475, Lohntarif für das Rechnungsjahr 1902 der zulässig höchsten und niedrigsten Lohnsätze sowie der Zahl der Lohnklassen.

[25] *Knipping,* Betriebsführung, 11–13.

[26] StA/HH, Politische Polizei (PP) V406b-5, Bd. 1, Versammlungsbericht vom 13. 3. 1899.

dem konnten die Werften durch die Schiffsreparaturen die Konjunkturschwankungen bei den Bauaufträgen wenigstens zum Teil auffangen[27]. Andererseits war die städtische Ansiedelung der Werftbetriebe durch den wechselnden Bedarf an Arbeitskräften bedingt. So stellte Hermann Blohm, Inhaber und Mitbegründer der Firma Blohm & Voss, 1899 fest: „Kein Platz ist für den Schiffbau so geeignet wie Hamburg (...) Wegen der wechselhaften Konjunktur, die oft größere Arbeiterentlassungen nötig macht, muß man Anlehnung an eine Großstadt haben, die viel Arbeitsgelegenheit bietet."[28] Doch sollte der städtische Standort als gemeinsames Merkmal der Werftindustrie nicht überbewertet werden. Zwischen den Hansestädten an der Nordsee und den Häfen in Westpreußen und Pommern bestanden tiefgreifende Unterschiede, die sowohl Stärke und Verbreitung der Arbeiterbewegung betrafen, wie auch den kulturellen Raster, in den sich das Verhältnis zwischen Arbeit und Kapital einfügte.

Konflikt- und Organisationsverhalten in den Anfängen der Schiffbauindustrie

Erste Organisationsansätze der Werftarbeiter entwickelten sich in Hamburg im Laufe der Streikwelle 1888–1890. Die wichtigsten Schiffbaubetriebe Hamburgs waren die traditionsreiche Reiherstiegwerft (gegründet im 18. Jahrhundert) und Blohm & Voss, die gerade dabei waren, Anlageerweiterungen vorzunehmen bzw. auf Eisenkonstruktion umzurüsten. Darüber hinaus existierte ein Netz von mittleren und Kleinwerften, die sowohl Holz- als auch Eisenkonstruktion zum Schiffbau verwendeten, allerdings hauptsächlich von Reparaturen lebten[29].

In der Hansestadt hatten die Schiffszimmerer eine starke Stellung inne. Allen Liberalisierungsversuchen des Hamburger Senats zum Trotz hatten sie ihre zünftigen Zusammenschlüsse beibehalten und den Aktionsradius der Organisation über die alte Stadtgrenze hinaus ausgedehnt[30]. Die Schiffszimmerer stellten in Hamburg keinen Einzelfall dar: zahlreiche Fachvereine, wie diejenigen der Korbmacher, Maurer, Zimmerer, hatten sich bruchlos aus Ämtern und Bruderschaften entwickelt[31]. Auch war

[27] VAB&V/HH, Zwanzigste ordentliche Generalversammlung der Firma Blohm & Voss am 18. 8. 1910.

[28] MtA/F, RM3/V10160, Sitzung am 14. 11. 1899 in Hamburg.

[29] Vgl. *Marina Cattaruzza,* Handwerker und Fabriksystem: Die Hamburger und Bremer Schiffszimmerer in den Anfängen der großbetrieblichen Werftindustrie (im folgenden zitiert: *Cattaruzza,* Handwerker und Fabriksystem), in: *Ulrich Engelhardt* (Hrsg.), Handwerker in der Industrialisierung. Lage, Kultur und Politik vom späten 18. bis ins frühe 20. Jahrhundert (Schriftenreihe des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte, Stuttgart 1984) 603–626, insbes. 620; im folgenden zitiert: *Engelhardt,* Handwerker in der Industrialisierung.

[30] *Heinrich Grosz,* Die Entwicklung des Allgemeinen Deutschen Schiffszimmerervereins. Kürzere Darstellung der von dem Verein geführten Kämpfe mit Hinweis auf die demselben zufallende Aufgabe (Hamburg 1878) 8.

[31] *Heinrich Bürger,* Die Hamburger Gewerkschaften und deren Kämpfe von 1865 bis 1890 (Hamburg 1899) 16, 21–29; im folgenden zitiert: *Bürger,* Hamburger Gewerkschaften; *Heinrich Laufenberg,* Geschichte der Arbeiterbewegung in Hamburg, Altona und Umgebung, 2 Bde. (Hamburg 1911–1931) Bd. 1, 362–366.

Hamburg frühzeitig zu einem Zentrum der deutschen Arbeiterbewegung geworden. 1863 rekrutierten sich von 3000 Mitgliedern des ADAV allein 500 aus Hamburg[32].

1873 wurde auf Initiative Hamburger „Gesellen" ein „Allgemeiner Verband der Deutschen Schiffszimmerer" gegründet, mit Filialen an der Weser, in Cuxhaven, Kiel und Lübeck. Von den 3300 Mitgliedern stammten 1400 aus Hamburg und Umgebung. Damit waren faktisch alle Hamburger Schiffszimmerer Mitglieder der Organisation[33]. Die ersten zögernden Versuche der Hamburger Werftbesitzer bzw. Meister mit Eisenkonstruktion hatten allerdings im Schiffbausektor der Hansestadt eine völlig neue Beschäftigungslage geschaffen. Von 1875 bis 1882 war die Zahl der Arbeiter, die im Schiffbau tätig waren, von 1322 auf 3976 gestiegen. Bei dieser Zunahme handelte es sich hauptsächlich um die neuen eisenverarbeitenden Arbeitergruppen bei den Großwerften Reiherstieg und Blohm & Voss[34]. Im Zuge der Anlageerweiterung in den Jahren 1888/89 stieg die Zahl der Arbeiter bei Blohm & Voss von 968 auf 1743, meistens angelernte Schiffbauer[35].

Auf Initiative von Heinrich Grosz, Lassalleaner und Gründer des Allgemeinen Verbandes der Deutschen Schiffszimmerer (AVDS) entstand 1888 der Centralverband der Werftarbeiter als gemeinsame Organisation aller auf den Werften beschäftigten Arbeiter. Der Centralverband zählte bald fast 4000 Mitglieder aus den meisten Werftorten des Kaiserreichs. Freilich war Hamburg weiterhin das Zentrum der Bewegung[36]. Allerdings schlug der Versuch fehl, Schiffszimmerer und Schiffbauer in einer einheitlichen Organisation zusammenzuschließen. Selbst in Hamburg traten nicht mehr als 50 Schiffszimmerer dem Centralverband bei[37]. Gelernte Metallarbeiter wie Former, Schlosser, Schmiede, Kupfer- und Kesselschmiede blieben ebenfalls in ihren Fachvereinen organisiert, selbst wenn sie überwiegend auf den Werften beschäftigt waren[38].

Im Laufe der Streikwelle 1888/89, die in Hamburg besonders starke Auswirkungen zeigte, distanzierte sich der Centralverband von den letzten, defensiven Kämpfen der Schiffszimmerer, die sie um die Beibehaltung von herkömmlichen Produktionsmethoden, Lohnformen und „Arbeitsethos" ausgefochten hatten. Der Centralverband überließ es dabei sogar seinen Mitgliedern, anstelle der streikenden Kollegen zu arbeiten[39]. Die Kluft, die dadurch zwischen der alten und der neuen Arbeiterschaft auf den

[32] *John Breuilly,* Kontinuität in der hamburgischen Arbeiterbewegung von 1844 bis 1863, in: *Arno Herzig / Dieter Langewiesche /Arnold Sywottek* (Hrsg.), Arbeiter in Hamburg. Unterschichten, Arbeiter und Arbeiterbewegung seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert (Hamburg 1983) 139–152, hier 139; im folgenden zitiert: *Herzig,* Arbeiter in Hamburg.

[33] *Cattaruzza,* Handwerker und Fabriksystem, 609.

[34] Ebda., 610.

[35] Daten über die erste Umstrukturierung des Betriebes sind im VAB&V/HH, Kasten Nr. 13 unter den Materialien der Kommission zur Untersuchung der Lage des Schiffbaus, in den unkatalogisierten Manuskripten zur Werftgeschichte und in dem Memoire von Rudolph Blohm – ebenfalls unkatalogisiert – zu finden.

[36] *Johanna Meyer-Lenz,* Schiffszimmerer-Eisenschiffbauer – Werftarbeiter. Zu Fragen der Organisation und Streiks des Hamburger Werftarbeiterproletariats 1880–1890, in: *Herzig,* Arbeiter in Hamburg, 215–228, hier 228.

[37] Ebda., 228.

[38] Ebda., 218f.

[39] *Bürger,* Hamburger Gewerkschaften, 309–353.

Werften entstand, war in erster Linie durch die unterschiedliche Machtposition von Schiffszimmerern und Schiffbauern bedingt.

Angesichts ihrer chaotischen Rekrutierung, niedrigeren Qualifikation und ihres mangelnden Zusammengehörigkeitsgefühls konnte diese erste Generation von Schiffbauern sich nicht auf solche Arbeitskämpfe einlassen, wie sie die traditionsreichen Schiffszimmerer ausfochten, die durch die Jahrhunderte hinweg eigene Zusammenschlüsse, Bräuche und eine aus der gemeinsamen Arbeitserfahrung entwickelte Symbolik bewahrt hatten. Die Versuche der Schiffszimmerer auch im Rahmen des Großbetriebes die tradierten Arbeitsbedingungen beizubehalten, stießen auf wenig Verständnis bei einer Arbeiterschaft, die mit dem großbetrieblichen Schiffbau entstanden war. Diese „neue Klasse von Arbeitern"[40] war von Anfang an mit Stundenlohn, Akkordarbeit und dem Prinzip einer – zwar begrenzten! – unternehmerischen Verfügung über die Arbeitskraft konfrontiert. So kommentierte der „Werftarbeiter", Organ des Centralverbandes der Werftarbeiter, einen Schiffszimmererstreik für die Beibehaltung des Tageslohnes: „Andere Handwerker kennen das nicht anders, als die Stundenarbeit ... Wir haben noch Niemand kennengelernt, der die Stundenarbeit verworfen und Tagelohnarbeit wieder eingeführt wissen möchte"[41]. Ähnlich reagierte der Centralverband der Werftarbeiter auf die Versuche der gelernten Metallarbeiter, eigene Arbeitsvermittlungsstellen zu errichten. Die Werftarbeiter weigerten sich, das Projekt zu unterstützen, mit dem Argument, daß sie nicht vor hätten, „Schreiern" und „Faulenzern" bequeme Stellen im Rahmen der selbstverwalteten Arbeitsvermittlung zu verschaffen[42].

1888 wurde in Hamburg auf Initiative von Hermann Blohm der Verband der Eisenindustrie gegründet mit dem Ziel, „Streiks und Sperren der Arbeiter abzuwehren". Dem Verband gehörten seit der Gründung die Großwerften sowie fast alle Maschinenfabriken, Metallbetriebe und Eisengießereien Hamburgs an. Kurz nach der Gründung errichtete er ein Arbeitsnachweisbüro, das die Arbeitsvermittlung in der Schiffbau- und Metallindustrie zentral regelte. Im Fall von Arbeitskonflikten konnte das Arbeitsnachweisbüro Streikbrecher heranziehen, „schwarze Listen" ausstellen und Streikende vom städtischen und sogar vom überregionalen[43] Arbeitsmarkt ausschließen[44]. Auch in den Zeiten des „sozialen Friedens" konnte das Arbeitsnachweisbüro mißliebige Elemente, „Agitatoren", „Faulenzer", „Trunkenbolde" u.a.m. zentral vom Arbeitsmarkt fernhalten[45].

[40] So wurden die Eisenschiffbauer von Hermann Blohm im Gegensatz zu den Schiffszimmerern bezeichnet. Vgl. MtA/F, RM3/V10160, Sitzung am 13. 11. 1899 in Hamburg.

[41] „Werftarbeiter", Nr. 23, 10. 12. 1899, zit. nach *Bürger,* Hamburger Gewerkschaften, 344.

[42] StA/HH, PP V144, Versammlungsbericht vom 12. 2. 1890.

[43] Dies erfolgte durch „Gegenseitigkeitsverträge" mit ähnlich strukturierten Arbeitgebervertretungen in anderen Industriezentren des Kaiserreichs. Vgl. dazu VAB&V/HH, Kasten Nr. 4, Kopiebuch Nr. 1. (Korrespondenz von Hermann Blohm als Vorsitzendem des Verbandes der Eisenindustrie).

[44] MtA/F, RM3/V10160, Sitzung am 14. 11. 1899 in Hamburg.

[45] Vgl. die Geschäftsordnung für den Arbeitsnachweis des Verbandes der Eisenindustrie Hamburgs nach den Beschlüssen der Generalversammlung vom 22. 3. 1893, in: MtA/F, RM3/V10175; Bericht über den Geschäftsgang des Arbeitsnachweises des Verbandes der Eisenindustrie Hamburgs im Jahre 1898, in: ebda.

Die „Gründerzeit" der Hamburger Arbeitgeberverbände kulminierte 1890 in der Gründung des „Arbeitgeberverbandes Hamburg-Altona", zu dem alle Unternehmer aus den wichtigsten Wirtschaftszweigen der Stadt gehörten. Der Arbeitgeberverband Hamburg-Altona beantwortete die 1. Mai-Feier der Hamburger Arbeiterschaft im Jahr 1890 mit einer Gesamtaussperrung, die das Wirtschaftsleben der Stadt tagelang lahmlegte. Auf den Werften wurde die Aussperrung 19 Tage durchgehalten[46]. Mit solchen gewaltigen Zentralisations- und Organisationsprozessen setzten sich die Hamburger Metall- und Werftindustriellen an die Spitze des „organisierten Arbeitgebertums" im Kaiserreich.

Der Aufbau solch umfassender Zusammenschlüsse wurde von den Hamburger Werftunternehmern zur Kompensation fehlender Macht gegenüber der städtischen Arbeiterschaft praktiziert. Die Fachkräfte der Werftbetriebe rekrutierten sich in den Anfängen der Eisenkonstruktion aus dem handwerklichen Stamm der Schiffszimmerer und aus gelernten Metallarbeitern. Solche Arbeitergruppen hatten in Hamburg – auch dank des hohen Organisationsgrades[47] – ziemlich günstige Arbeitsbedingungen durchgesetzt und waren dabei, sie durch die Streiks in den Jahren 1888/89 weiter zu verbessern. Meister und Kleinunternehmer zeigten eine eher nachgiebige Haltung.

Auf der einen Seite waren die Arbeitgeberverbände in Hamburg als Antwort auf die Offensive der gelernten Berufe entstanden. Auf der anderen Seite zielten sie darauf, in der Schiffbau- und Metallindustrie langfristig eine einheitliche arbeitspolitische Linie durchzusetzen und damit halbwegs homogene Arbeits- und Lohnbedingungen auf Stadtebene zu etablieren. Diese Absicht fand ihren formalen Niederschlag in einer gemeinsamen Arbeitsordnung, die vom Verband der Eisenindustrie für alle Metall- und Werftbetriebe Hamburgs aufgestellt wurde[48].

Durch die Aussperrung im Mai 1890 wurde die Hamburger Gewerkschaftsbewegung langfristig zerschlagen. Viele Verbände führten von nun an ein reines Papierdasein. Friedrich Engels kommentierte, es habe der 1. Mai „den Hamburgern, die an dem Tag die Arbeit einstellen, einen Lockout eingebracht (...), der die Kraft ihrer, der bestorganisierten Trade Unions brach, und sie auf lange lahmlegte"[49]. Als in Hamburg Jahre danach gewerkschaftliche Organisationen sich neu entwickelten, waren sie von Anfang an gezwungen, sich mit dem Organisationsgrad der Gegenpartei zu messen, d.h. einen entsprechenden Vereinheitlichungsgrad zu erreichen.

Bremen war neben Hamburg das zweite Zentrum der Werftarbeiterbewegung. Die Stadt war ebenfalls eine Hochburg der Lassalleaner gewesen und wurde 1874 sogar

[46] *Bürger,* Hamburger Gewerkschaften, 464ff.

[47] *Willy Albrecht,* Fachverein-Berufsgewerkschaft-Zentralverband. Organisationsprobleme der deutschen Gewerkschaften 1870–1890 (Bonn 1982) 361f., 365f. *Emil Basner,* Geschichte der deutschen Schmiedebewegung. Darstellung der Entwicklung der Organisation der Schmiede vom Fall des Sozialistengesetzes bis zum Übertritt zum Deutschen Metallarbeiter-Verband, 2 Bde. (Hamburg 1912) hier Bd. 1, 89; im folgenden zitiert: *Basner,* Schmiedebewegung.

[48] Normal-Arbeits-Ordnung für die Betriebe des Verbandes der Eisenindustrie Hamburgs, MtA/F, RM3/V10175.

[49] Nach *Wulf D. Hund,* Der 1. Mai 1890, in: *Jörg Berlin* (Hrsg.), Das andere Hamburg (Köln 1981) 119–138, hier 119.

zum Hauptsitz des ADAV[50]. Der Allgemeine Verband der Deutschen Schiffszimmerer hatte an der Unterweser seine zweitstärkste Sektion.

In den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts herrschte in Bremen und Umgebung noch der Holzschiffbau. Die Eisenkonstruktion wurde hier nur ansatz- und versuchsweise von den größeren Holzschiffbaubetrieben praktiziert. Die Schiffszimmerer an der Unterweser waren nie ein zünftlerisches Handwerk gewesen. So genossen z.B. die Bremer Gesellen auf dem hiesigen Arbeitsmarkt kein Vorrecht auf Arbeit[51]. In Bremerhaven und Vegesack wurde der Holzschiffbau auf einer ländlichen Grundlage praktiziert, indem die Gesellen über die Woche auf der Werft arbeiteten und am Samstag nach Hause auf's Land zurückkehrten. Es fehlten also an der Weser die Voraussetzungen für eine Absonderung der Schiffszimmerer von den minderqualifizierten Arbeitern, wie es in Hamburg der Fall gewesen war. Durch die stärkere Einheit unter den Arbeitern und durch das längere Fortbestehen einer halbhandwerklichen Holzkonstruktion wurden manche typischen Formen des Konfliktverhaltens der Schiffszimmerer spontan von anderen Berufen übernommen – wesentlich dabei die Weigerung, Akkordarbeit zu verrichten. Noch 1899, nach der Verabschiedung des 1. Tirpitzgesetzes, berichtete die Direktion der Weser AG an eine Kommission des RMA, daß unter ihren 2000 Arbeitern ein allgemeiner Widerwillen gegen die Akkordarbeit herrsche. Schiffszimmerer und Former könne man überhaupt nicht dazu bringen, Akkordarbeit zu übernehmen. Ein ähnliches Bild zeigte sich auch in den anderen Werftbetrieben. Bei Seebeck arbeiteten Schiffszimmerer und Former im Stundenlohn; beim Bremer Vulkan weigerten sich prinzipiell alle Gelernten, Akkordarbeit zu übernehmen. Bei Tecklenborg, schließlich weigerte sich noch der ganze Holzsektor im Akkord zu arbeiten[52].

Die Streikwelle 1888/89 hatte auch Flensburg, Stettin und Kiel erreicht, wo jeweils Former, Schiffszimmerer und Schlosser die Arbeit niederlegten. Die Streiks blieben allerdings auf einzelne Betriebe beschränkt und weiteten sich nicht zu einem allgemeinen städtischen Ausstand wie in Hamburg[53]. Ihnen wurde von den Werftbesitzern mit traditionellen Mitteln begegnet. In den Betrieben der Flensburger Schiffsbaugesellschaft und der Germania Werft in Kiel wurde die Aussperrung verhängt. Der Vulcan in Stettin entließ Gewerkschaftsmitglieder, und die Krupp'sche Germania Werft warb wiederum Arbeitskräfte aus Schweden und Dänemark an[54].

In der Anfangsphase der Eisenkonstruktion war die halbhandwerkliche Gruppe der Schiffszimmerer Hauptträgerin der Arbeitskonflikte. Die Tatsache, daß in Hamburg und Bremen die Schiffszimmerer noch eine starke Stellung im Produktionsprozess inne hatten, war maßgeblich für die Verlagerung der Werftarbeiterbewegung in die Hansestädte. In Kiel und Stettin, wo der Eisenschiffbau sich aus dem Maschinenbau

[50] *Gerhard Engel*, Die politisch-ideologische Entwicklung Johann Kniefs (1880–1919). Untersuchung zur Geschichte der Bremer Linksradikalen (Diss., Berlin 1966) 3.
[51] *Klaus Schwarz*, Die Lage der Handwerksgesellen in Bremen während des 18. Jahrhunderts (Bremen 1975) 190f.
[52] Vgl. *Cattaruzza*, Handwerker und Fabriksystem, 620f.
[53] Staatsarchiv Bremen (StA/HB), 4, Nr. 665, Zentralverband der Werftarbeiter Deutschlands, Generalversammlung vom 13. 11. 1890 in Hamburg, 23, 34, 40.
[54] Ebda., 23.

entwickelt hatte, blieben die Streiks auf einzelne Fachvereine im Metallbereich beschränkt[55]. Überregionale organisatorische Impulse gingen durch die Gründung des Allgemeinen Verbandes der Deutschen Schiffszimmerer 1874 und des Centralverbandes der Werftarbeiter 1888 ebenfalls von Hamburg aus.

Nach einer Erhebung anläßlich des ersten allgemeinen Kongresses des Centralverbandes im Mai 1890 in Hamburg hatte der Centralverband schon Hunderte von Mitgliedern in Bremen, Bremerhaven, Flensburg, Gaarden und Kiel[56]. Durch besonderen organisatorischen Einsatz und erheblichen finanziellen Aufwand gelang es der Zentrale in Hamburg, auch in Stettin Fuß zu fassen, damals das wichtigste Schiffbauzentrum des Kaiserreichs. Am 1. Mai 1890 zählte der Centralverband in Stettin 1200 Mitglieder. Diese Zahl sank allerdings kurz danach auf 300[57]. Das unstete Verhältnis zur Gewerkschaft blieb auch in den folgenden Jahren für das Organisationsverhalten der Werftarbeiter in Stettin kennzeichnend.

Die Zerschlagung der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung durch die Hamburger Arbeitgeberschaft lähmte auch die ersten überregionalen organisatorischen Ansätze. Der Centralverband der Werftarbeiter sank in Hamburg infolge der Mai-Aussperrung von 1600 auf 400 Mitglieder[58]. Nach der von der Choleraepidemie verursachten Wirtschaftsflaute existierte eine Organisation der Werftarbeiter nur noch auf dem Papier[59]. Auf den Hamburger Werften war die Gewerkschaft hinter der Partei zurückgetreten: „Die große Masse der auf den Werften beschäftigten Arbeiter gehören keiner gewerkschaftlichen Organisation an, weil sie glauben, daß, wenn sie der politischen Organisation angehören, sie ihre Schuldigkeit getan hätten und alles andere keinen Zweck habe."[60]

Die Neugründung der Organisation erfolgte in Hamburg 1896 durch den Beitritt des Werftarbeiterverbandes zum Deutschen Metallarbeiter Verband als „Sektion der Werftarbeiter"[61]. Im Laufe der 90er Jahre des 19. Jahrhunderts hatten sich mehrere Metallarbeitergruppen, die u.a. im Schiffbau eingesetzt wurden, wie Former und Schlosser, dem DMV angeschlossen[62]. Insofern schien die Option zugunsten des DMV eine befriedigende Lösung zur Frage der Organisation einer stark zersplitterten Arbeiterschaft zu bieten, die nicht nur und nicht immer auf Werften beschäftigt war. Darüber hinaus war der DMV besser als die bestehenden Fachvereine in der Lage, etwaige Konflikte unter den verschiedenen Berufen der Metallbranche zu schlichten. Aber auch in anderer Hinsicht stellte der DMV gerade in Hamburg eine angemessene organisatorische Lösung dar: Gegen die zentralisierten Arbeitgeberverbände konnte

[55] Ebda.
[56] StA/HH, PP V201, Bd. 1., Versammlungsbericht vom 19. 5. 1890.
[57] StA/HB, 4, Nr. 665, S. 55.
[58] StA/HH, PP V201, Bd. 1., Versammlungsbericht vom 12. 8. 1890.
[59] *Basner,* Schmiedebewegung, Bd. 2, 440; StA/HH, PP V327–100, Versammlungsbericht vom 24. 9. 1895.
[60] StA/HH, PP V201, Bd. 3., Versammlungsbericht vom 15. 7. 1895.
[61] StA/HH, PP V201, Bd. 3., Versammlungsbericht vom 12. 5. 1896.
[62] *Elisabeth Domansky-Davidsohn,* Der Großbetrieb als Organisationsproblem des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes vor dem Ersten Weltkrieg, in: *Mommsen,* Arbeiterbewegung und industrieller Wandel, 95–116, hier 112.

sich nur eine Gewerkschaftsorganisation behaupten, die sozusagen deren „Spiegelbild" darstellte. Sie mußte in der Lage sein, ihren Wirkungskreis auf Reichsebene auszudehnen und entsprechende Mittel zu mobilisieren. Durch die vom Verband der Eisenindustrie gestellten Rahmenbedingungen erfolgte also um die Jahrhundertwende in Hamburg mit einem erheblichen Vorsprung vor den anderen Hafenstädten eine Art forcierte Integration unter der Werftarbeiterschaft.

In den anderen Werftorten stellte sich der Aufbau der Industriegewerkschaft nicht mit derselben Dringlichkeit wie in Hamburg. In Bremen und Flensburg hatte sich der Centralverband der Werftarbeiter, nachdem die Bindungen zu Hamburg gelöst worden waren, faktisch in die lokale Organisation der Werftarbeiter verwandelt. Daneben existierten die Fachvereine der gelernten Metallarbeiter fort. Auf den Bremer Werften waren z. B. die Schlosser um die Jahrhundertwende noch selbständig organisiert[63]. In Stettin überwogen nach dem gescheiterten Versuch, den Hamburger Centralverband zu etablieren, eine Vielfalt von Bildungs- und Vergnügungsvereinen, die z. T. unter dem Einfluß eines Hirsch-Dunker'schen Gewerkvereins standen[64]. In Danzig und Elbing existierte eine Organisation der Werftarbeiter nicht einmal in Ansätzen[65].

Der Aufbauprozeß des „organisierten Konflikts"

Der Aufschwung der Konjunktur seit 1896 und die Verabschiedung des 1. Flottengesetzes führten auf den Werften zu Angriffsstreiks, die diesmal auch von der *neuen* Arbeiterschaft getragen wurden. Stemmer, Nieter und angelernte Schiffbauer legten wiederholt in Flensburg, Kiel und sogar in Danzig die Arbeit nieder. In Stettin versammelten sich 4000 Werftarbeiter aus Protest gegen die vielen Überstunden, die für die häufigen Unfälle und für die Verbreitung des Alkoholismus verantwortlich gemacht wurden. Den Organisationsverhältnissen in Stettin entsprechend, wurde die Versammlung von 12 Arbeiterorganisationen einberufen, darunter fünf Gewerkschaften, drei Hirsch-Dunkersche Gewerkvereine und vier lokale Vereine[66].

Angesichts der Organisationsverhältnisse in Hamburg entfaltete der Arbeitskonflikt auf den dortigen Werften eine besondere Dynamik. Ein Nieterstreik, der auf der Reiherstiegwerft ausgebrochen war, entwickelte sich bald zu einer Konfrontation zwischen Arbeit und Kapital auf Stadtebene. Wenige Tage nach dem Streikausbruch beschloß die Ortsverwaltung des DMV, die Streikenden zu unterstützen und übernahm die Führung im Konflikt. Auf der Seite der Unternehmer lag die Entscheidungsbefugnis in den Händen des Vorstandes des Verbandes der Eisenindustrie. Die zentralisierte Handhabung des Konfliktes und die arbeitsorganisatorische Verflechtung zwischen Schiffbau- und Metallindustrie führten zur Stillegung der Branche in der ganzen Stadt.

[63] StA/HB, 4, Nr. 665, S. 15.
[64] Ebda., S. 56. MtA/F, RM3/v10160, Brief der Stettiner Maschinenbau AG an die Kommission für die Hebung des Schiffbaus am 15. 3. 1900. *Tjard Schwarz, Ernst von Halle,* Die Schiffbauindustrie in Deutschland und im Auslande, 2 Bde. (Berlin 1902) Bd. 1, 130.
[65] MtA/F, RM3/v10160, Sitzung am 12. 10. 1899 in Danzig.
[66] Hamburger Echo, Nr. 289, 10. 12. 1899 und Nr. 299, 22. 12. 1899.

Aus allen Hamburger Werftbetrieben und Metallwerkstätten schieden nach und nach Arbeitergruppen aus dem Arbeitsverhältnis aus, sei es wegen Verweigerung von Streikarbeit, wegen Arbeitsmangels oder wegen aktiver Streikbeteiligung. Die Werftbesitzer verhängten zweimal nacheinander die Aussperrung für ⅙ ihrer Gesamtbelegschaft. Mitte August standen in Hamburg etwa 5000 Werftarbeiter auf der Straße. Der Streik endete in einer Sackgasse, nachdem es den Werftbesitzern gelungen war, eine ausreichende Zahl von Streikbrechern nach Hamburg zu ziehen. Ende September wurde der Konflikt schließlich durch Verhandlungen zwischen einer Arbeiterkommission und dem Verband der Eisenindustrie beigelegt, ohne daß den Streikenden wesentliche Zugeständnisse zugebilligt worden wären[67]. Wohl erfuhr aber im Laufe des Konfliktes die Sektion der Werftarbeiter eine erhebliche Verstärkung. Sogar die schwer organisierbaren Platzarbeiter traten nun dem DMV bei, um Streikgelder bzw. die im Fall von „Maßregelungen" vorgesehene Unterstützung zu erhalten. Am Ende des Streiks war die Mitgliederzahl der Sektion der Werftarbeiter von 2000 auf 3000 gestiegen[68]. Die erste Streikbewegung, die nach der „historischen Niederlage" vom Mai 1890 von den Hamburger Werftarbeitern ins Leben gerufen wurde, bestätigte die schwache Position der Arbeiter gegenüber ihrer mächtigen Gegenpartei. Dennoch verdeutlichte der Verlauf des Streiks auch die Tatsache, daß die Werftarbeiter zu einer Komponente der Gesamtarbeiterklasse auf Stadtebene geworden waren. Nicht nur war die Spaltung zwischen handwerklichen Berufen, wie den Schiffszimmerern und den neuen Arbeitergruppen des Eisenschiffbaus überwunden, sondern auch die gelernten Metallarbeiter, die in den kleinen und mittleren Betrieben beschäftigt waren, drückten ihre Solidarität mit den Streikenden aus und weigerten sich, Aufträge der Schiffbauindustrie auszuführen[69].

In den folgenden Jahren verlegte sich das Schwergewicht der Arbeitskonflikte außerhalb Hamburgs. Dadurch entstanden auch entsprechende Strukturen zur Konfliktregulierung, die zu einer immer stärkeren Vereinheitlichung und Kollektivierung der Auseinandersetzung auf Reichsebene führten.

An der Weser löste sich um die Jahrhundertwende die industrielle Eisenkonstruktion endgültig vom Holzschiffbau ab. Die 1893 gegründete Bremer Vulkan AG (ex Lange'sche Werft in Vegesack) nahm 1902 gewaltige Anlageerweiterungen vor. Die Weser AG, die größte Werft an der Weser, verlagerte 1905 ihre Anlagen nach Gröpelingen, wobei die Belegschaft von 2100 auf 4000 Mann anstieg. Die Holzwerft Tecklenborg hatte 1891 begonnen, sich im Eisenschiffbau zu versuchen und wurde 1898 mit der Absicht in eine AG umgewandelt, die Anlagen zu modernisieren und zu erweitern[70]. Die Umstellung auf neue fabrikmäßige Produktionsmethoden war mit einem stärkeren Druck auf die Arbeiterschaft verbunden, der sich in offenen Konflikten entlud. Zur Stimmung auf der Weserwerft hieß es in der sozialdemokratischen Zei-

[67] Vgl. über den Verlauf des Streiks den Bericht des Polizeidirektors Roscher vom 10. 1. 1901 (StA/HH, PP, S7850-64).
[68] Vgl. StA/HH, PP V 406b-5, Bd. 1; ebda. S7850-64NA1, Bd. 2.
[69] StA/HH, PP S7850-64, Polizeibericht vom 27. 9., vom 11. 10. und vom 12. 10. 1900.
[70] *G. Lehmann-Felskowski,* Der deutsche Schiffbau 1900–1906 (Berlin o.J.) 153–234.

tung „Hamburger Echo": „Es kann doch für sie (die Direktoren, MC) nicht angenehm sein, daß die Werft als eine ‚Knochenmühle' von den Arbeitern bezeichnet wird wegen der intensiven Ausnützung der Arbeitskraft."[71]

1903 kam es schließlich zu einem größeren Konflikt auf dem Bremer Vulkan, als die Direktion den Arbeitern verbot, einem tödlich verunglückten Kollegen das letzte Geleit zu geben[72]. Wie in Hamburg stießen auch in Bremen tradierte Sitten aus der handwerklichen Kultur und industrielle Rationalität aufeinander. Trotz des Verbotes der Direktion nahmen 700 Arbeiter am Begräbnis teil. Als Repressalie verhängte die Direktion eine mehrtägige Aussperrung[73]. Eine zweite Aussperrung erfolgte wenige Monate später aufgrund von Differenzen, die zwischen der Direktion und mehreren Arbeiterkolonnen um die Abrechnung der Akkorde und um die Arbeitsteilung zwischen Nietern und Stemmern entstanden waren. Ähnliche Spannungen hatte bei Tecklenborg die fortdauernde hartnäckige Weigerung der Holzarbeiter verursacht, überhaupt im Akkord zu arbeiten. Während der Auseinandersetzung wurde von den Fachvereinen der Holzarbeiter für die Werftbetriebe im Wesergebiet die Sperre verhängt[74]. Den Werftbesitzern erschien nun die Zeit reif, um der sich in allen Großbetrieben hinschleppenden Akkordfrage ein Ende zu setzen. Am 8.5.1903 gab der Arbeitgeberverband der Unterweserstädte folgende Erklärung ab: „In der heutigen Sitzung des Arbeitgeberverbandes, welchem sämtliche Werften und andere Großbetriebe an der Unterweser angehören, wurde beschlossen, gegen das Vorgehen der Fachvereine ... energisch Front zu machen und die vereinigten Betriebe so lange zu schließen oder einzuschränken, bis die von den verschiedenen Fachvereinen über die obengenannten beiden Werften verhängten Sperren aufgehoben sind"[75].

Wie 14 Jahre zuvor in Hamburg, bildeten sich nun auch an der Unterweser kollektive Strukturen zur Austragung von Konflikten. Die diffuse Ablehnung der Akkordarbeit und die effektive Kontrolle der Fachvereine über den Zuzug auswärtiger Arbeiter waren dafür maßgeblich gewesen. Durch das gemeinsame Vorgehen der Werftunternehmer wurde die Beilegung der Arbeitskonflikte bei Tecklenborg und dem Bremer Vulkan voneinander abhängig gemacht. Die Direktion des Bremer Vulkans drohte nun, ebenfalls ihre Gesamtbelegschaft auszusperren, falls die Differenzen bei Tecklenborg nicht schleunigst beigelegt würden. Die Direktion der Tecklenborg'schen Werft gab ihrerseits bekannt, daß sie ihre Arbeiter so lange aussperren würde, bis die Nieter auf der Vulkan Werft sich mit den neuen Akkordsätzen einverstanden erklärten[76]. Der „kollektive Konflikt" endete mit einer Niederlage der Arbeiter. Die Zusammenarbeit zwischen den Werftunternehmern blieb nicht auf Arbeitskonflikte beschränkt. Vielmehr zeigte sie sich darüber hinaus in festen Zusammenschlüssen und einem nach „Hamburger System" errichteten Arbeitsnachweisbüro. Dazu Hermann Blohm:

[71] Hamburger Echo, Nr. 297, 20. 12. 1902.
[72] *Vorstand des DMV* (Hrsg.), Der DMV im Jahre 1903. Jahr- und Handbuch für Verbandsmitglieder (Stuttgart 1904) 56f.
[73] Ebda.
[74] Hamburger Echo, Nr. 113, 16. 5. 1903; Der DMV im Jahre 1903, 56f.
[75] Bruder Schmied, Nr. 20, 16. 5. 1903.
[76] Hamburger Echo, Nr. 113, 16. 5. 1903; der DMV im Jahre 1903, 56f.

„Es ist ja nicht ganz uninteressant zu sehen, wie auch an der Weser die Arbeitgeber durch die Verhältnisse gezwungen sind, sich zu wehren und hierbei auch nichts besseres in Anwendung zu bringen wissen, als was in Hamburg seit langer Zeit besteht."[77]

In den folgenden Jahren erreichten die Aussperrungen an der Weser eine neue Größenordnung. 1905 wurden aufgrund bescheidener Lohnforderungen der Kesselschmiede bei Tecklenborg und Seebeck nicht nur alle Arbeiter beider Betriebe, sondern auch die Gesamtbelegschaft des Bremer Vulkans und der Weser AG ausgesperrt[78]. Zum ersten Mal richteten sich in der deutschen Schiffbauindustrie die Repressalien der Werftbesitzer gegen unbeteiligte Arbeiter fremder Betriebe, die selbst keine Forderungen gestellt hatten. In diesem Stadium der Zentralisationsprozesse wurde der Centralverband der Werftarbeiter überfordert. Da er nicht in der Lage war, allen Ausgesperrten die Unterstützung zu bezahlen, löste er sich auf, wobei die Mitglieder zum DMV übertraten[79].

Die Aussperrungstaktik der Arbeitgeber erfuhr ihren zeitweiligen Höhepunkt 1907, als anläßlich eines Schmiedestreiks auf der Weserwerft 12000 Werft- und Metallarbeiter an der Weser ausgesperrt wurden[80]. Die Gruppe Deutscher Seeschiffswerften, die innerhalb des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller (GDM) die Werftunternehmer vertrat, hatte sich darüber hinaus bereit erklärt, eine Teilaussperrung an der ganzen Nord- und Ostseeküste durchzuführen, die 40000 Arbeiter hätte treffen sollen. Die 190 (!) Streikenden gaben nun klein bei[81]. Mit der Führung von Arbeitskonflikten durch die Gruppe Deutscher Seeschiffswerften wurden alle Werftarbeiter des Kaiserreichs zu potentiellen Opfern einer Aussperrung, die als Repressalie gegen einen Teilstreik verhängt werden konnte, der vielleicht in einem Hunderte von Kilometern entfernten Betrieb ausgebrochen war.

Die einzige Ausnahme bildeten dabei die Schichauer Werften in Danzig und Elbing. Angesichts der „sozialen Friedhofsruhe", die in beiden Betrieben herrschte, verzichtete Schichau darauf, der Gruppe Deutscher Seeschiffswerften beizutreten[82].

Nach dem Ende der Aussperrung an der Weser wurden Verhandlungen zwischen Werftbesitzern und gewerkschaftlichen Vertretungen auf nationaler Ebene in die Wege geleitet. Auf der Seite der Gewerkschaften nahmen Delegierte des DMV, des Schmiedeverbandes, des Verbandes der Schiffszimmerer und der Kupferschmiede an den Verhandlungen teil. Als handfestes Resultat wurde eine Herabsetzung der Normalarbeitszeit von 60 auf 57 Stunden pro Woche erzielt. Darüber hinaus erkannten die Vertreter der Gruppe Deutscher Seeschiffswerften das Recht auf einen angemesse-

[77] VAB&V/HH, Kasten Nr. 3, Kopierbuch Nr. 18, Brief vom 16. 5. 1903.
[78] Hamburger Echo, Nr. 145, 24. 6. 1905; Protokoll der zehnten ordentlichen Generalversammlung des Zentralverbandes aller in der Schmiederei beschäftigten Personen (Hamburg 1906) 63.
[79] *Schönhoven,* Expansion und Konzentration, 363.
[80] Die Deutsche Arbeitgeber Zeitung, Nr. 15, 14. 4. 1907; Hansa, Nr. 16, 20. 4. 1907.
[81] Ebda.
[82] MtA/F, RM3/v3964, Bericht des Werftdepartements zum Streik im Schiffbaugewerbe vom 17. 8. 1910.

nen Verdienst bei Akkordarbeit und die Notwendigkeit von besseren hygienischen und Schutz-Vorrichtungen prinzipiell an[83].

Von den Verhandlungen hatte sich der DMV den Anfang einer rationalen Konfliktregulierung versprochen, wonach jegliche Kontroversen durch Schlichtung zwischen den anerkannten Vertretern beider sozialen Kontrahenten beigelegt werden sollten. Allerdings hielten die Arbeitskonflikte auf den Werften an. Auf den Howaldtwerken und auf der Germaniawerft[84] in Kiel brachen wiederholt Streiks aus, deren Auslöser wieder die Akkordfrage war. Bei Howaldt, wo es der Direktion gelungen war, einen „gelben" Werkverein zu etablieren, erreichten die Streikenden sogar die Entfernung des Führers der „Gelben" aus Kiel, was die Stellung der Freien Gewerkschaften in Kiel zusätzlich stärkte[85]. Die auf zentraler Ebene geführten Verhandlungen hatten sich auch in Stettin günstig auf das Ansehen des DMV ausgewirkt. Auf dem Stettiner Vulcan stieg die Zahl der DMV-Mitglieder jetzt auf 1000 Mann[86]. Ein 1908 ausgebrochener Nieterstreik zeigte allerdings, wie prekär hier die Kontrolle des DMV über seine eigene Basis war. Die Nieter des Vulcan legten wiederholt die Arbeit nieder und forderten eine Erhöhung der Akkordsätze und eine Einschränkung der Überstunden[87]. Nach einigen gescheiterten Schlichtungsversuchen ging die Gruppe Deutscher Seeschiffswerften zu ihrer erprobten Taktik über und ließ nach und nach nicht nur die ganze Belegschaft des Vulcan aussperren, sondern auch – in Einvernehmen mit den pommerschen Metallindustriellen – die Metallarbeiter in Stettin. Wegen der unnachgiebigen Haltung der Nieter wurden daraufhin auf allen Werften des Kaiserreichs Teilaussperrungen vorgenommen. Sogar eine Teilaussperrung in der gesamten Metallindustrie wurde angedroht! Trotz des Drucks des DMV für eine sofortige Wiederaufnahme der Arbeit ging der Streik der Stettiner Nieter weiter. Bezeichnenderweise solidarisierten sich selbst die Ausgesperrten aus den anderen Werftorten mit den Streikenden, so daß die Funktionäre des DMV bei der Verabschiedung von tadelnden Stellungnahmen unter sich blieben[88]. Der Streik lief sich schließlich selbst tot[89].

Trotz seines zahlenmäßigen Wachstums nach den allgemeinen Verhandlungen im Jahr 1907 befand sich der DMV nun in einer schwierigen Lage. Im Lauf der Arbeitskonflikte, die abwechselnd auf fast allen Großwerften ausgebrochen waren, hatten sich in mehreren Werftorten ähnliche Strukturen gebildet wie 15 Jahre zuvor in Hamburg. Nach Bremen wurde jetzt auch in Kiel ein Arbeitsnachweisbüro nach dem „Hamburger System" eingerichtet, während in Stettin der Vulcan nun in der Lage war, dank seiner Zugehörigkeit zum Verband der pommerschen Eisenindustriellen einen inner-

[83] DMV, Verwaltungsstelle Hamburg, Geschäftsbericht für das Jahr 1907 (Hamburg 1908) 7–9; *Kral,* Streik, 102.
[84] Hamburger Echo, Nr. 192, 18. 8. 1908.
[85] DMV, Verwaltungsstelle Hamburg, Geschäftsbericht für das Jahr 1908 (Hamburg 1909) 144 f.
[86] Hamburger Echo, Nr. 192, 18. 8. 1908.
[87] DMV, Verwaltungsstelle Hamburg, Geschäftsbericht für das Jahr 1908 (Hamburg 1909) 145–147.
[88] Berliner Volkszeitung, Nr. 380, 14. 8. 1908; DMV, Verwaltungsstelle Hamburg, Geschäftsbericht für das Jahr 1908, 159 f., StA/HH, PP S 15350-51, Straßenvigilanz vom 21. 8. 1908.
[89] DMV, Verwaltungsstelle Hamburg, Geschäftsbericht für das Jahr 1908, 160.

betrieblichen Teilstreik mit einer Aussperrung in der ganzen Stettiner Metallindustrie zu beantworten[90]. Auch in der Gruppe Deutscher Seeschiffswerften hatte eine weitere Zentralisierung der Entscheidungsbefugnisse stattgefunden, die jeden Teilstreik in eine allgemeine Kraftprobe zwischen der Arbeiterklasse auf den Werften und dem Werftkapital verwandelte. Spätestens seit dem Nieterstreik in Stettin, als die Drohung einer Gesamtaussperrung der Metallindustrie ausgesprochen wurde, war es offensichtlich geworden, daß das Modell der Konfliktführung der Hamburger Werftbesitzer sich nun auf die übrigen Werften des Kaiserreichs (mit Ausnahme von Danzig und Elbing) ausgedehnt hatte.

Auch das Konfliktverhalten der Arbeiter auf den Werften bereitete dem DMV Sorgen. Die Arbeiter waren mehrmals gegen die Anweisungen der Organisation in den Streik getreten, und die Anlässe zur Arbeitsniederlegung bewiesen darüber hinaus eine Diskrepanz zu den Forderungen des DMV. Während die Organisation eine Regelung der Akkordarbeit durch Eintragung der Akkorde auf Zettel, eine Einschränkung der Überstunden und eine bessere Konfliktregulierung durch die Formalisierung der Rolle der Arbeiterausschüsse als Schlichtungsinstanz anstrebte, versuchten die Arbeiter, sich die Möglichkeit der Verweigerung von Überstunden und Akkordarbeit unter ungünstigen Voraussetzungen offen zu halten. Einer stärkeren Formalisierung des Arbeitsverhältnisses setzten sie die *punktuelle* Infragestellung ungünstiger Arbeitsbedingungen entgegen.

Nach dem „Schock" des Nieterstreiks in Stettin trafen im Januar 1909 der DMV, der Verband der Kupferschmiede, der Zentralverband der Schmiede, der Zentralverband der Maler und der Fabrikarbeiterverband in Hamburg zu einer allgemeinen Konferenz der Werftarbeiter zusammen, um durch Festigung der organisierten Strukturen auf den Werften „den wilden Streiks das Wasser abzugraben". Nun stand der DMV vor dem Problem, sein starkes organisatorisches Potential *auch* einsetzen zu müssen. Aus den Reden des Vorsitzenden des DMV, Schlicke, ließ sich die Verlegenheit entnehmen, in die der Metallarbeiterverband angesichts der glänzenden Organisationsverhältnisse auf den Werften geraten war. Schlicke versuchte nämlich, mit Hinweis auf die Schichauer Betriebe und auf die Kaiserlichen Werften (die niemals bei den Verhandlungen eine Rolle gespielt hatten!) die zahlenmäßige Stärke der Gewerkschaft herunterzuspielen[91]. Aus der Konferenz entstand eine Zentralwerftkommission, der die Entscheidungsbefugnis über Streiks und Lohnbewegungen auf den Werften übertragen wurde. Dieses zentrale Organisationsmodell wurde durch die Bildung von Kommissionen in allen Werftorten ergänzt, denen die Aufgabe zukam, die Tätigkeit der verschiedenen Gewerkschaften auf den Werften zu koordinieren, wobei sie allerdings keine Konflikte aus eigener Initiative eröffnen durften.

[90] Hamburger Neueste Nachrichten, Nr. 189, 12. 8. 1908.

[91] Protokoll der Allgemeinen Konferenz der Werftarbeiter, 22–25. Die Vorstellung einer Gewerkschaftsbewegung, die sich weitgehend mit der Arbeiterschaft im soziologischen Sinne hätte decken sollen, um „funktionsfähig" zu sein, war übrigens auch von Carl Legien geteilt. Vgl. *Moses,* Trade Unionism in Germany, Bd. 1, 160.

Die neue organisatorische Struktur bewährte sich zum ersten Mal im Jahr 1910, als nach gescheiterten Verhandlungen mit der Gruppe Deutscher Seeschiffswerften in allen Großbetrieben des Kaiserreichs (einzige übliche Ausnahme die Schichauer Betriebe) ein Gesamtstreik ausbrauch[92]. Das Verallgemeinerungsniveau entsprach dem organisatorischen Potential beider Kontrahenten. Mit der Ausrufung zum Gesamtstreik der Werftarbeiter hatte sich die Waffe der Aussperrung im Bereich der Schiffbauindustrie als stumpf erwiesen. Deshalb wendete sich die Gruppe Deutscher Seeschiffswerften an den Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller, um eine Teilaussperrung der Metallindustrie zu erzwingen[93]. Als die Verhandlungen zwischen der Gruppe Deutscher Seeschiffswerften und dem GDM noch in Gang waren, gab der DMV bekannt, daß die Freien Gewerkschaften bereit seien, selbst einer Aussperrung von 300000 Metallarbeitern zu begegnen[94]. Die feste Haltung der Gewerkschaft beeinflußte den weiteren Verlauf der Bewegung. Die Gruppe Deutscher Seeschiffswerften stimmte Verhandlungen zu, in deren Verlauf alle Forderungen auf Anerkennung der Gewerkschaft als berechtigter Gegenpartei erfüllt wurden. Weit bescheidener fielen allerdings die materiellen Zugeständnisse an die Arbeiter aus[95]. Henry Axel Bueck, einflußreicher Geschäftsführer des Centralverbandes Deutscher Industrieller, kommentierte zum Ausgang des Werftarbeiterstreiks: „Ich habe früher die Ansicht vertreten, daß auch selbst die stärksten Gewerkschaften der vereinigten Arbeitgeberschaft gegenüber nicht bestehen können. Diese Ansicht habe ich heute nicht mehr."[96]

Mit dem Streik von 1910 hatte sich auf den deutschen Werften im großen und ganzen der Prozeß der Klassenbildung im Rahmen der gewerkschaftlichen Struktur vollzogen. In den folgenden Jahren wurden wiederholte Spannungen zwischen Basis und Funktionärsapparat spürbar. Das eklatanteste Beispiel war hierfür der „wilde" Werftarbeiterstreik im Jahr 1913[97]. Störungen im Verhältnis zwischen Arbeitern und Organisationen stellten allerdings den erreichten Grad im Prozeß der Klassenbildung nicht in Frage. Im Gegenteil bestätigte gerade der Verlauf des 1913er Streiks, der sich in wenigen Tagen von Hamburg auf Stettin, Kiel, Flensburg und die Werftbetriebe an der Weser *ohne* Mitwirkung der Organisation ausdehnte, daß die innerhalb der gewerkschaftlichen Organisation erfolgte Vereinheitlichung der Werftarbeiterschaft nun zu einem selbsthandelnden Faktor geworden war, der unabhängig vom Organisationsapparat existierte und sich über dessen Aktionsradius auswirkte. Die Teilstreiks, die wiederholt nach 1910 ausbrachen, zeigten ebenfalls eine neue Qualität, verglichen mit den Arbeitskonflikten, die in der Gründerzeit der deutschen Schiffbauindustrie von

[92] *Gustav Becker,* Ein Riesenkampf auf den deutschen Seeschiffswerften (I) in: Neue Zeit 28 (1909–1910) 751–754.

[93] *Kral,* Streik, 145; *Gustav Becker,* Der Kampf auf den deutschen Seeschiffswerften (III), in: Neue Zeit 29 (1910/11) 196f.

[94] DMV, Geschäftsbericht für das Jahr 1910 (Stuttgart 1911) 19.

[95] MtA/F, RM3/V3964, Bericht des Werftdepartements vom 19. 12. 1910 über Streiks und Friedensschluß im Schiffbaugewerbe.

[96] Hamburger Echo, 10./11. 12. 1910.

[97] Vgl. zum Verlauf des Werftarbeiterstreiks im Jahr 1913 *Verbandvorstand des Deutschen Holzarbeiterverbandes* (Hrsg.), Der Werftstreik 1913 (Stuttgart 1913).

gelernten Minderheiten ausgefochten worden waren. Die Begrenzung des Streiks war jetzt von taktischen Erwägungen bzw. von punktueller Unzufriedenheit in einer Werkstatt, innerhalb einer Arbeiterkolonne oder in einer Berufsgruppe bedingt[98]. D.h. begrenzte Konflikte waren auf den Werften nicht mehr Ausdruck eines elitären Sonderbewußtseins.

Schlußfolgerungen

Angesichts der besonderen Dynamik im Organisationsverhalten von Arbeit und Kapital erschien bald jedes andere Organisationsmodell als eine zentralisierte Industriegewerkschaft auf den Werften als uneffektiv. Es waren die von den Werftunternehmern rasch vorangetriebenen Organisationsprozesse, die die Werftarbeiter auf die Einbahnstraße zwangen, die in die Zentral-Werft-Kommission mündete. Dies wurde besonders 1905 klar, als der Centralverband der Werftarbeiter mit Mitgliedern in Bremen und Flensburg gezwungen wurde, sich aufzulösen. Auch für die Werftbesitzer bestand allerdings keine Alternative, als sich mit den Freien Gewerkschaften zu arrangieren. Versuche von Howaldt und Blohm & Voss, „gelbe" Werkvereine hochzuzüchten, schlugen fehl[99]. Die Entscheidung der Werftbesitzer, sich auf eine offensive, unnachgiebige, gegen jeden Streik der eigenen Arbeiterschaft gerichtete Strategie zu begeben, war von der schwierigen strukturellen Lage der Branche mitverursacht. In der Konstellation der wirtschaftlichen Interessengruppierungen des Kaiserreichs war die Werftindustrie ein ziemlich schwaches Glied. Sie befand sich im „Spannungsfeld" zwischen der mächtigen Eisen- und Stahlindustrie auf der einen Seite und den Großreedereien auf der anderen Seite. Solche Kontrahenten waren durchaus in der Lage, den Werften Abnahme- bzw. Lieferbedingungen zu diktieren. Hinzu kam nach 1906 der Sparkurs des RMA, der die Möglichkeit von Extraprofiten auch für die größeren Werften erheblich einschränkte[100]. Selbst bei Entscheidungsprozessen, die für das Weiterbestehen der Branche von erheblicher Bedeutung waren, wie z.B. der Verabschiedung des 1. Flottengesetzes, wurden Vertreter der Schiffbauindustrie nicht einmal zu Beratungen herangezogen[101]. Zu einer solchen ungünstigen Lage im Beziehungsgeflecht der Wirtschaftsgruppierungen kam eine ausgesprochene Abhängigkeit von den Arbeitskräften hinzu. Ein Drittel der Produktionskosten entfiel im Schiffbau auf die

[98] *Marina Cattaruzza,* Das „Hamburgische Modell" der Beziehung zwischen Arbeit und Kapital. Organisationsprobleme und Konfliktverhalten auf den Werften 1890–1914, in: *Herzig,* Arbeiter in Hamburg, 247–259, hier 253.

[99] MtA/F RM3/v3964, Bericht des Werftdepartements vom 19. 12. 1910 über Streiks und Friedensschluß im Schiffbaugewerbe; DMV, Verwaltungsstelle Hamburg, Geschäftsbericht für das Jahr 1909 (Hamburg 1910) 32.

[100] *Cattaruzza,* Arbeiter und Unternehmer auf den Werften, 39–46.

[101] *Michael Epkenhans,* Dokumentation: „Großindustrie und Schlachtflottenbau 1897–1914", in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 43 (1988) 65–140; *Ekkerhard Böhm,* Überseehandel und Flottenbau. Hanseatische Kaufmannschaft und deutsche Seerüstung 1879–1902 (Düsseldorf 1972) 54f.; *ders.,* Wirtschaft und Politik in Hamburg zur Zeit der Reichsgründung, in: Zeitschrift für Hamburgische Geschichte 64 (1978) 31–53.

Löhne[102]. Darüber hinaus war der Produktionsprozeß vom „Büro" aus schwer durchschaubar und kaum von der Betriebsleitung beeinflußbar. Auf den Werften herrschte der Gruppenakkord. Danach wurde zwischen einer Arbeiterkolonne und dem entsprechenden Meister ein Teilauftrag für einen bestimmten Preis unabhängig von der erforderlichen Zeit vereinbart[103]. Dieses System ließ den Arbeitern erhebliche Spielräume bei der Arbeitsverrichtung. In einer Studie über die Lohnsysteme auf den Kaiserlichen Werften wurde festgestellt: „Erfahrungsgemäß versagt selbst eine gute Aufsicht mehr oder minder, weil es auf dem Aufsichtswege außerordentlich schwierig ist, wirklich festzustellen, ob ein Arbeiter rasch oder langsam arbeitet. Mit einer Sicherheit läßt sich auf dem Aufsichtswege wohl die Güte der Arbeitsausführung feststellen, aber nicht die Intensität des Arbeiters, der Arbeitsfleiß"[104].

Die gnadenlose Aussperrungstaktik war im Grunde mit der Perspektive verbunden, die Intensität der Arbeit stärker unter Kontrolle zu bekommen und sie wenigstens zum Teil zu einer manipulierbaren Größe werden zu lassen. Abweichende Einschätzungen von Akkordverträgen wurden auffällig oft zum unmittelbaren Anlaß für Teil-, Regional- bzw. Gesamtaussperrungen. Für die Arbeiter war der Drang zur Organisation ebenfalls vom Anliegen bestimmt, in erster Linie die eigenen Spielräume im Rahmen des Werftbetriebs zu wahren. Zwar bestand keine Arbeitergruppe nach 1903 mehr darauf, im Tagelohn unabhängig von der Produktivität bezahlt zu werden. Dennoch stellten die Werftarbeiter weiterhin die Bedingungen, unter denen sie bereit waren, Akkordarbeit zu leisten. Dazu gehörten die Garantie eines Mindestverdienstes über dem Stundenlohn und die Möglichkeit, die Akkordsätze zu retuschieren bzw. ungünstige Akkordaufträge zu verweigern[105]. Die Auseinandersetzung um die Akkorde, in die fast alle Arbeitergruppen verwickelt waren, wurde zu einem entscheidenden Faktor der innerbetrieblichen Vereinheitlichung. Darüber hinaus war auf den deutschen Werften das System des „Subkontrakts", wonach der Kolonnenführer die „eigenen" Arbeiter nach Gutdünken bezahlte, unüblich[106]. Da die Pufferzone des Subunternehmers wegfiel, entlud sich die Unzufriedenheit um die Akkordsätze unmittelbar auf die Werftdirektion.

Neben dem Organisationsverhalten der Arbeitgeber und mit ihm eng verbunden trug also die besondere Arbeitsorganisation im Schiffbau wesentlich zu den Organisationsprozessen der Arbeiter bei. Im Zuge des Aufbaus der gewerkschaftlichen Organisation bildeten sich weitere gemeinsame Erfahrungsebenen heraus, die den Verein-

[102] *Otto Lienau,* Verbilligung der Schiffsbauten durch Vereinfachung, Verbesserung und Beschleunigung des Arbeitsvorganges, in: Schiffbau (1913) 165–196, hier 165; *Sidney Pollard, Paul Robertson,* The British Shipbuilding Industry 1870–1914 (Cambridge/Mass. und London 1979) 166.

[103] *Knipping,* Betriebsführung, 11–13; *W. Wiesinger,* Betrachtungen über den Wert und die Bedeutung der Lohnformen, in: Jahrbücher der Schiffbautechnischen Gesellschaft 5 (1904) insb. 470; MtA/F, RM3/v8476, Die Lohnsysteme der Marineverwaltung (Berlin, den 25. 2. 1904).

[104] Die Lohnsysteme der Marineverwaltung.

[105] *Knipping,* Betriebsführung, 11–13.

[106] Vgl. zur Arbeitsorganisation auf den englischen Werften *Alastair James Reid,* The Division of Labour in the British Shipbuilding Industry 1880–1920 with Special Reference to Clydeside (Diss., Cambridge 1980).

heitlichungsprozeß zusätzlich beschleunigten: die immer breiter angelegten Aussperrungen, ein tendentiell einheitlicher Arbeitsmarkt und schließlich, seit 1907, Verhandlungen auf Reichsebene. Die Aufstellung eines gemeinsamen Rahmens, in dem sich das Arbeitsverhältnis abspielen sollte, begünstigte wiederum die Klassenbildung auf überregionaler Ebene.

Freilich schritt der Prozeß der Vereinheitlichung der Arbeiterschaft mit unterschiedlichen Rhythmen und unterschiedlicher Konsequenz in den verschiedenen Werftorten voran. In Flensburg und Bremen überlebten lokale Organisationsformen länger als in Hamburg. In Stettin war das Verhältnis zur zentralisierten Gewerkschaft besonders gespannt und unstet. Erst während der Zentralverhandlungen 1907 gelang es dem DMV, sich dort gegen die Bildungs- und Vergnügungsvereine zu etablieren. Ebenfalls 1907 wurde der gelbe Werkverein auf den Howaldtwerken in Kiel weitgehend vom DMV abgedrängt. 1910 setzte schließlich die Zentral-Werft-Kommission durch, daß die „nationalen Werkvereine" von den Gesamtverhandlungen ausgeschlossen blieben[107]. Damit wurden die Freien Gewerkschaften von den Werftunternehmen als alleinige Vertretung der Werftarbeiterschaft anerkannt.

Es ist schwer zu beurteilen, inwieweit das Organisationsverhalten der Werftarbeiter vom Einfluß der politischen Arbeiterbewegung geprägt wurde. In den meisten Hafenstädten erhielt die Sozialdemokratie besonders viele Wählerstimmen. In Danzig und Elbing entsprach wiederum die schwache Herausbildung einer gewerkschaftlichen Vertretung den schlechten Ergebnissen der SPD bei den Wahlen[108]. Eine starke Präsenz der Sozialdemokratie auf Stadtebene bzw. die Beteiligung an der sozialdemokratischen Gegenkultur ermunterten zweifellos die Arbeiterschaft dazu, die eigenen Interessen am Arbeitsplatz selbständig wahrzunehmen. Das *besondere Organisationsmodell,* das sich auf den Werften herauskristallisierte, war allerdings stärker von anderen Faktoren als von der sozialdemokratischen Präsenz in den Werftorten bedingt. John Breuilly hat die interessante These aufgestellt, wonach die schwache Herausbildung einer Arbeiterpartei in England vor 1914 vom Absentismus des Staates in der wirtschaftlichen und arbeitspolitischen Sphäre mitverursacht wurde[109]. Aus einer ähnlichen Betrachtungsweise argumentierend, könnte man behaupten, daß in erster Linie die offensive Arbeitspolitik der Werftunternehmer die Werftarbeiter dazu brachte, eine zentrale umfassende gewerkschaftliche Organisation zu bilden.

Die Organisation wirkte sich vielfältig auf die Arbeitsbedingungen aus. Die gewerkschaftlichen Verhandlungen führten zweifellos zu einer tendentiellen Nivellierung der Löhne zwischen den Arbeitergruppen und zwischen den verschiedenen Werftorten. Durch die Hegemonie der Freien Gewerkschaften veränderte sich auch das Konfliktverhalten der Arbeiter auf den Werften ganz wesentlich. An die Stelle der punktuel-

[107] MtA/F, RM3/V3964, Bericht des Werftdepartements vom 19. 12. 1910 über Streiks und Friedensschluß im Schiffbaugewerbe.

[108] *Gerhard A. Ritter,* Wahlgeschichtliches Arbeitsbuch (München 1980).

[109] *John Breuilly,* Arbeiteraristokratie in Großbritannien und Deutschland. Ein Vergleich, in: *Engelhardt,* Handwerker in der Industrialisierung, 497–527, insb. 511, 521. Vgl. auch *Alastair James Reid,* Politics and Economics in the Formation of the British Working Class: a Response to H. F. Moorhouse, in: SH 3 (1978) 3.

len, spontanen Infragestellung von als ungerecht empfundenen Zuständen trat nun die penible Formalisierung des Arbeitsverhältnisses im Sinne des „konstitutionellen Fabriksystems"[110]. Im Verwaltungs-Reglement für die Ortsverwaltungen des DMV wurden die Richtlinien zur Handhabung von Arbeitskonflikten akribisch festgelegt. Jeder beabsichtigte Streik sollte demnach – über die Ortsverwaltung – der Bezirksleitung und dem Vorstand mit einer dreimonatigen Frist(!) angemeldet werden[111]. Weiter hieß es: „Die Entscheidungen des Vorstandes sind unter allen Umständen für die betreffenden Mitglieder bindend; wird gegen den Beschluß des Vorstandes die Arbeit niedergelegt, so verzichten dadurch die Mitglieder auf jedwede Unterstützung."[112]

Durch ihre Kontrolle über die Austragung von Arbeitskonflikten leisteten die Freien Gewerkschaften einen nicht zu unterschätzenden Beitrag zur Stabilisierung der Beziehungen zwischen Arbeit und Kapital in der Zeit der Hochindustrialisierung: die Schiffbauindustrie lieferte dafür ein Paradebeispiel. Am Ende dieser Entwicklung wurde selbst der *gewerkschaftliche* Arbeitskampf trotz gelegentlicher Brüche (z. B. 1913) zu einer Tätigkeit, die solche Merkmale wie Nivellierung, Planbarkeit, Standardisierung und zunehmend übergreifende Ausdehnung vorzuweisen hatte, die allgemein als Kennzeichen der Moderne gelten.

[110] *Gunnar Stollberg,* Die Rationalisierungsdebatte 1908–1933. Freie Gewerkschaften zwischen Mitwirkung und Gegenwehr (Frankfurt/New York 1981) 11–16. Vgl. auch *Cattaruzza,* Arbeiter und Unternehmer auf den Werften, 225–232.

[111] Verwaltungs-Reglement für die Ortsverwaltungen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes (Stuttgart 1908) 196–198.

[112] Ebda. 199.

Diskussion über Probleme der Geschichtsschreibung der Sozialdemokratie

Dieter Fricke

Bevor ich in Ergänzung bzw. gedanklicher Weiterführung meines Ihnen im Manuskript vorliegenden Referats auf einige methodologische Probleme eingehe, möchte ich zunächst an die Diskussion von heute anknüpfen, in der die interessante Frage aufgeworfen worden ist, wo die Ursachen dafür liegen, daß sich in bestimmten Regionen bzw. Orten Linke oder auch Rechte stärker konzentrierten. Was den in der Diskussion mehrfach verwendeten Begriff der „Flügel" betrifft, wird Ihnen bekannt sein, daß wir von politisch-ideologischen Strömungen sprechen. Strömungen, weil vieles ineinander fließt und keine klaren Abgrenzungen vorhanden waren. Wir vermeiden auch den Begriff Gruppe, weil es vor dem Ersten Weltkrieg, wenn wir von ganz wenigen Ausnahmen absehen, nichts Organisiertes in dieser Beziehung gab.

In besonderem Maße interessiert uns, wo Zentren der deutschen Linken waren und wie sie zustandekamen; etwa Bremen, Hamburg, Berlin, Leipzig, Stuttgart, Göppingen, aber auch Jena, um ein letztes Beispiel zu bringen. Jena, das immerhin mit dem Zeiss-Werk und Ernst Abbe besonders viele Arbeiter mit einem hohen Anteil an geistiger Arbeit hatte und wo auch der Grad der Arbeiteraristokratie relativ hoch war. Dennoch war Jena ein Zentrum der Linken. Nicht wenige Arbeiter nutzten hier die ihnen zur Verfügung stehende freie Zeit – in den Zeiss-Werken wurde schon um die Jahrhundertwende der Acht-Stunden-Arbeitstag eingeführt –, um sich mit dem wissenschaftlichen Sozialismus bzw. mit der Parteiliteratur zu beschäftigen. Es ist auch nicht zufällig, daß Jena Tagungsort der Osterkonferenz 1916 war, die einen entscheidenden Einschnitt in der Entwicklung der Arbeiterjugendbewegung bildete.

Damit komme ich eigentlich schon zu einer ersten These: Ich bin der Auffassung, daß es notwendig ist, die Komplexität der mit unserem Thema verbundenen Prozesse und auch die Frage nach den methodologischen Ansätzen ihrer Erforschung und Darstellung stärker zu berücksichtigen. Für einzelne solcher Prozesse und Erscheinungen kann das natürlich ein sozialgeschichtlicher oder ein wahlhistorischer oder auch ein alltagsgeschichtlicher Ansatz sein. Alles, wie ich betonen möchte, wichtige, unerläßliche, ja ehrenwerte Ansätze. Aber von dem Augenblick an, wo sie verabsolutiert, gewissermaßen für sakrosankt erklärt und die anderen Ansätze ignoriert werden, wird es nicht möglich sein, solche Probleme, wie ich sie hier andeutete, gründlich und umfassend zu untersuchen.

Meinerseits habe ich entsprechend meinem Verständnis vom Charakter der Arbeiterbewegung und ihrer Zielsetzung eine *politische* Geschichte der Arbeiterbewegung

vor Augen, allerdings nicht eine deskriptive, oberflächliche, sondern unter Berücksichtigung solcher Ansätze, wie ich sie nannte, eine politische Geschichte, in der Politik nicht in konservativem Sinne verstanden wird, sondern in Richtung auf die Gedanken, die hierzu Friedrich Engels in seinen Altersbriefen dargelegt hat.

In bezug auf mein Thema gehört damit die Frage nach den bewußtseinsmäßigen Prozessen in der Arbeiterbewegung zu den vordringlichen; das heißt eigentlich mehr die nach dem subjektiven Faktor. Ich halte sie nicht zuletzt für wichtig, weil ich der Auffassung bin – und ich nehme an, sie werden mit mir übereinstimmen –, daß der politisch-ideologische Konstituierungsprozeß der Arbeiterklasse nicht mit den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts abgeschlossen ist, sondern weitergeht; und zwar sowohl in bezug auf die fortgeschrittenen Arbeiter, als auch hinsichtlich seiner Breite.

Was eine Definition des subjektiven Faktors anbelangt, schließe ich mich der Auffassung an, daß unter diesem nicht das Wirken einer Persönlichkeit, einer Klasse oder einer Partei schlechthin zu verstehen ist. Sein Wesen besteht vielmehr in einem auf die Veränderung oder Entwicklung der objektiven Bedingungen ausgerichteten Wirken, in der bewußten Tätigkeit der Werktätigen und ihrer Organisationen im historischen Prozeß. In der Arbeiterbewegung stellt der subjektive Faktor einen bestimmten Grad der Bewußtheit, des Willens, der Organisiertheit und der politischen Reife der Arbeiterklasse dar. Seinen Inhalt bilden der ideologische, der sozialpsychische, der politische, der moralische und andere Bereiche des Bewußtseins. Dabei fasse ich den subjektiven Faktor nicht als Ding an sich, sondern in seinen Wechselwirkungen mit den objektiven Bedingungen auf. Durch deren Reifegrad – in erster Linie durch den der ökonomischen Verhältnisse – wird er in seiner Aktivität bedingt, ohne aber von ihnen direkt abgeleitet zu sein, und auf sie wirkt er wieder zurück.

Diese Subjekt-Objekt-Dialektik spiegelt sich in der Geschichte der Arbeiterbewegung besonders in dem Wechselverhältnis zwischen Partei, Klasse, Masse wider.

Davon abgeleitet bzw. damit korrespondierend geht es um das Verhältnis von Spontaneität und Bewußtheit in der Arbeiterbewegung, das sich historisch entwickelt und dessen einzelne, sehr unterschiedliche Entwicklungsstufen wiederum in jeder Phase der Arbeiterbewegung vorhanden sein können. Das betrifft auch das Phänomen der elementaren Arbeiterbewegung.

Damit hängt wiederum die Frage nach der Herausbildung des proletarischen Klassenbewußtseins zusammen; und zwar seiner einzelnen Entwicklungsstufen und Elemente ebenso wie von deren Verflechtung und gegenseitiger Abhängigkeit.

Und schließlich resultiert daraus ein besonders komplizierter Problemkomplex, nämlich die soziale Psyche der Arbeiterklasse. Ich verstehe darunter die Gesamtheit der für die Hauptmasse der Arbeiter typischen Stimmungen und Vorstellungen, Lebensnormen und Ideale, Bestrebungen und Bedürfnisse, die ihr gesellschaftliches Verhalten und den Grad ihrer Aktivität im Klassenkampf bestimmen, wobei spontane, emotionelle Reaktionen der Massen auf die gesellschaftliche Realität eine große Rolle spielen.

Daß das weder in einem psychologisierenden noch anthropologischen Sinne gemeint ist, brauche ich wohl nicht weiter darzulegen.

Wenn ich bei einem Colloquium über die Entwicklung der sozialistischen Arbeiter-

bewegung zu einer Massenbewegung vor allem auf solche Fragen hinweise, dann erfolgt das in der Auffassung, daß die ganze Stärke der Arbeiterbewegung in entscheidendem Maße vom Grad ihrer Bewußtheit und ihres Massencharakters abhängt.

In diesem Zusammenhang halte ich es für notwendig, eine Lanze für eine entsprechende Beachtung organisationsgeschichtlicher Darstellungen und Untersuchungen zu brechen. Besonders seit den siebziger Jahren, als die Geschichte der Arbeiterbewegung von unten in der Bundesrepublik en vogue war, konnte man immer wieder Ressentiments gegen Ideologie- und aber auch gegen Organisationsgeschichte feststellen. Ressentiments, die ich nur für berechtigt halte, wenn etwa die Organisation formal und ohne deren blutvollen Inhalt aufgefaßt wird und auch nicht als ein „Drama von Ideen". Oder wenn nur die organisierten, fortgeschrittensten Arbeiter gesehen werden und alle anderen Teile der Arbeiterklasse aus dem Blick geraten. Oder wenn es nur darum geht, das zu analysieren, was ich als „direktive" Beschlüsse und Dokumente bezeichnen möchte, und nicht zu beachten, wie diese Beschlüsse in die Tat umgesetzt wurden und was aus ihnen geworden ist. Und ich würde dazu auch – heute Mittag wies Herr Bleek am Beispiel München darauf hin – das Wechselverhältnis zwischen der oberen und der unteren Parteiebene zählen.

Organisationsgeschichte steht für mich auch nicht im Widerspruch zur Individualität. Ich gehe davon aus, daß es eine Wechselwirkung zwischen Individuum, Klasse und Organisation gibt, und halte es nicht nur für möglich, sondern auch für notwendig, eine dritte methodologische Dimension einer wissenschaftlichen Analyse der Geschichte zu erschließen, nämlich Geschichte nicht nur als gesetzmäßigen, naturgeschichtlichen Prozeß und als Resultat menschlicher Tätigkeit, sondern auch als Entwicklung der menschlichen Individualität zu begreifen. Vorausgesetzt, daß dabei ein einheitliches methodologisches Prinzip der Erklärung aller geschichtlichen Erscheinungen beachtet wird, eröffnen sich damit für die Erforschung der Organisationsgeschichte und der Geschichte der Arbeiterbewegung überhaupt interessante Perspektiven.

Wenn ich solche Probleme nenne, dann möchte ich damit nicht die einleitend betonte Komplexität unseres Themas und das Erfordernis, die Geschichte der Arbeiterbewegung als eine *politische* Geschichte zu begreifen, in Frage stellen. Im Gegenteil, gerade dieser Ansatz ermöglicht es, auch bewußtseinsmäßigen, sozialpsychischen bzw. organisationsgeschichtlichen Aspekten so Rechnung zu tragen, daß sie weder unter- noch überbewertet werden.

Damit komme ich zu einem Grundgedanken, der eigentlich selbstverständlich erscheint, gegen den aber meines Erachtens immer wieder verstoßen wird. Ich meine das auch von Herrn Ritter bereits gestern erwähnte Erfordernis, die Arbeiterbewegung nicht isoliert zu untersuchen. Ich fasse sie als einen systemimmanenten Bestandteil der bürgerlichen Gesellschaft auf und berücksichtige dabei besonders den dieser Gesellschaft innewohnenden und sie bestimmenden Widerspruch, der durch die Bourgeoisie und das Proletariat verkörpert wird und den Marx in bezug auf das Kapital und die Lohnarbeit als „zwei Seiten eines und desselben Verhältnisses" charakterisierte. Er schrieb weiter wörtlich: „Die eine bedingt die andere wie der Wucherer und Verschwender sich wechselseitig bedingen."

Wenn wir uns in Jena seit Beginn der sechziger Jahre mit der Geschichte der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände beschäftigt haben, dann geschah das vor allem aus der Überlegung heraus, daß die komplizierte Dialektik der Klassenauseinandersetzung zwischen Bourgeoisie und Proletariat ein eigenständiger, aber weitgehend nicht genügend beachteter Forschungsgegenstand ist und daß man die Geschichte der Arbeiterbewegung oder auch die Geschichte der Bourgeoisie nicht darstellen und analysieren kann, wenn man dieses Wechselverhältnis in seiner ganzen Kompliziertheit unbeachtet läßt.

Sollte ich es richtig verstanden haben, sind von Ihnen, Herr Ritter, hier in München ähnliche Ziele verfolgt worden. Und es freut mich, daß ich das gerade hier und heute bei allen grundsätzlichen und ja auch in den vergangenen Jahren nicht verschwiegenen sachlichen Differenzen im Herangehen an den Forschungsgegenstand und auch in den Forschungsergebnissen selbst aussprechen kann; und zwar nicht als Höflichkeitsfloskel gegenüber dem Gastgeber oder aus einer augenblicklichen Überschwenglichkeit heraus, sondern als eine ganz nüchterne, mir aber wichtig erscheinende und vielleicht auch ein wenig zukunftsträchtige Feststellung.

Eine Reihe von Gründen hat uns in Jena dazu veranlaßt, einen neuen Forschungsgegenstand zu wählen, der das Anliegen des bisherigen, also der Beschäftigung mit der Geschichte der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände, auf einer neuen Stufe langfristig weiterführen soll. Erlauben Sie mir, daß ich das abschließend kurz skizziere, weil dieses Anliegen meines Erachtens in noch stärkerem Maße als unsere bisherigen Forschungen auch Fragestellungen dieses Kolloquiums nicht unwesentlich tangiert.

Es geht uns in Jena längerfristig um die Frage, wie die bürgerliche Gesellschaft in Deutschland seit 1789 politisch organisiert gewesen ist. Im Mittelpunkt unserer Forschungen soll die Gesamtheit der staatlichen und vorstaatlichen Institutionen und Organisationen stehen, in denen sich das politische Leben dieser Gesellschaft vollzog. Anders gesagt: Uns interessieren die materialisierten, institutionellen und organisatorischen Formen politischer Verhältnisse.

Die politische Organisation der bürgerlichen Gesellschaft besteht für uns aus zwei wesentlichen Strukturelementen: dem Herrschaftsmechanismus und dem Mechanismus des proletarischen Klassenwiderstandes.

In Jena interessiert uns hauptsächlich das erste Strukturelement, ohne daß wir damit jedoch die zwischen beiden vorhandenen Wechselbeziehungen und auch Auseinandersetzungen außer acht lassen wollen. Das beträfe für uns beispielsweise solche Fragen, um einen Gedanken Antonio Gramscis aus seinen Gefängnisheften anzuführen: Wie sah das Befestigungssystem aus, das die herrschende Klasse gegenüber der Arbeiterbewegung bzw. den unterdrückten Massen errichtete, dieser mächtige Komplex von Schützengräben und Befestigungen? Wie wirkten seine einzelnen Teile zusammen? Bisher werden in der Regel die Parteien, die Verbände, die Kirche, die Schule oder die Vereine bzw. der Staat und seine einzelnen Institutionen gesondert untersucht. Unser hauptsächliches Interesse ist dagegen unter den von mir angedeuteten Aspekten auf die Verflechtung und das Zusammenwirken der einzelnen Elemente gerichtet, wobei es natürlich auch um die Entwicklung dieser Prozesse geht.

Bei der schrittweisen Untersuchung dieses Systems, für das es bisher noch keine umfassende Darstellung seiner Geschichte gibt, wollen wir unsere Historikerseele nicht an die Soziologen verkaufen. Natürlich benötigen wir gründliche Kenntnisse über die Anatomie der politischen Organisation der bürgerlichen Gesellschaft. Unser Hauptanliegen wird aber darin bestehen, deren Physiologie zu erforschen und darzustellen. Das betrifft auch die für den Historiker unerläßlichen und äußerst wichtigen philosophischen oder politischen Kategorien. Wir berücksichtigen jedoch, daß sie in der Geschichte selbst nicht existieren und nur theoretische Konstrukte sind.

Insgesamt gesehen geht es uns also um eine Orientierung auf gesamtgesellschaftliche und epochenübergreifende Prozesse. Wir hoffen, daß es uns auf diesem Wege möglich sein wird, auch zu einer noch eingehenderen und umfassenderen Beantwortung mancher Fragen einen Beitrag zu leisten, wie sie auf diesem Kolloquium zur Diskussion stehen.

Klaus Schönhoven

Sie haben am Anfang plädiert für eine *politische* Geschichte der Arbeiterbewegung. Wenn ich Ihre Begrifflichkeit, die Sie gewählt haben – Masse, Klasse, Partei – in den westlichen Sprachgebrauch übersetze, dann wäre das bei uns: Lage, Verhalten bzw. Bewußtsein und Organisation. Könnte man die drei Begriffe, die wir verwenden, in Ihren Sprachgebrauch übertragen?

Was macht aber den Charakter des Politischen aus? Ist es, wenn ich Ihr schriftliches Referat heranziehen darf, eine Metakategorie? Denn da heißt es, das Wachstum der SPD sei „zunehmend von folgenschweren Widersprüchen begleitet" gewesen, die sich auch „in der Tendenz einer Verflachung der Partei" geäußert hätten. Hier kommt bei Ihnen nach meiner Auffassung die Metakategorie hinein. Woran messen Sie eigentlich die „Tendenz einer Verflachung" und woran messen Sie den „Grad der Bewußtheit" in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung?

Gerhard A. Ritter

Ihre einleitenden grundsätzlichen Bemerkungen, die ja weit über den Gegenstand Ihres schriftlichen Referats hinausgehen, haben mich außerordentlich interessiert, da ich darin einen Beweis für die starken Parallelen in der Entwicklung der Forschung zur Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung in der DDR und in der Bundesrepublik während der letzten Jahre sehe. Gleichzeitig finde ich frappierend, daß offenbar viele Forscher in der Bundesrepublik, zu denen ich auch mich rechnen möchte, inzwischen dazu tendieren, die Bedeutung der sozio-ökonomischen Grundbedingungen für die Entstehung und Entwicklung von Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung eher stärker zu betonen als die von Ihnen repräsentierte Forschungsrichtung in der DDR. Allerdings hat auch für uns die politische Struktur – Sie nennen es Anatomie und Physiologie der politischen Organisation der bürgerlichen Gesellschaft – eine eigenständige

Bedeutung und kann nicht allein aus den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen abgeleitet werden. Insgesamt ist aber die Annäherung der methodischen Ansätze, vor allem das Verständnis der Arbeiterbewegung als eines immanenten Bestandteils der bürgerlichen Gesellschaft, zu betonen und läßt darauf hoffen, daß an Stelle der Konfrontation und des gegenseitigen Ignorierens jetzt trotz anhaltender unterschiedlicher Bewertung mancher Entwicklungen eine stärkere Kooperation der Forschung auf dem Gebiet der Geschichte der Arbeiterbewegung möglich ist.

Besonders aufschlußreich und weiterführend fand ich Ihre Bemerkungen über die Bedeutung der Wechselwirkung von bürgerlicher Gesellschaft und Arbeiterschaft bzw. Arbeiterbewegung und die enge Verflechtung ihrer Geschichte. Das ist m. E. bisher in den Forschungen der DDR wie auch in denen der Bundesrepublik, die eine Tendenz zur isolierten Behandlung der Geschichte der Arbeiterbewegung zeigten, nicht genügend berücksichtigt worden. Allerdings halte ich es für methodisch außerordentlich schwierig, aber auch sehr reizvoll, diese Wechselwirkung wirklich in den Griff zu bekommen. Welches Modell man dafür heranzieht, scheint mir erst eine zweite, wenn auch für die Ausrichtung der Forschung und ihre Ergebnisse sehr wichtige Frage zu sein. Das von Ihnen verwendete, vom Marxismus abgeleitete dialektische Modell stellt den Widerspruch von Kapital und Arbeit in den Mittelpunkt. Ich würde es vorziehen, keine Vorentscheidung über eine grundsätzliche Spaltung der Gesellschaft zu fällen, sondern die verschiedenartigen Widersprüche und Spannungen, aber auch die Gemeinsamkeiten und Tendenzen zur Überwindung der Widersprüche und zur Entschärfung von Spannungen zu untersuchen.

Meines Erachtens ist die Wechselwirkung zwischen der allgemeinen Entwicklung und der spezifischen Geschichte der Arbeiterorganisationen für die Gewerkschaftsgeschichte, die ja entscheidend von ökonomischen und sozialen Prozessen, dem Aufstieg oder dem Rückgang bestimmter Industrien und Berufe, den Veränderungen des Arbeitsprozesses und damit der Qualifikation der benötigten Arbeitskräfte, aber auch von der Haltung der Arbeitgeber und von den staatlich gesetzten politisch-rechtlichen Rahmenbedingungen bestimmt war, noch unmittelbarer zu fassen als für die Geschichte der politischen Arbeiterorganisationen.

Ich stimme Ihnen auch zu, wenn Sie die Bedeutung des subjektiven Faktors, genauer gesagt des Arbeiterbewußtseins, und seiner Auswirkungen auf die Tätigkeit der Arbeiterorganisationen betonen. Das Bewußtsein wird gewiß von den objektiven Bedingungen beeinflußt, läßt sich aber nicht allein aus diesen erklären. Genauso prägten den einzelnen die Erfahrungen als Individuum, als Angehöriger eines Berufes, eines Betriebes, einer Arbeitsgruppe oder einer Arbeiterorganisation. Die subjektive Verarbeitung solcher Erfahrungen beeinflußte die Auseinandersetzung mit bestimmten Ideologien, die ja oft nur partiell aufgenommen und im Prozeß der Aneignung verändert werden, wesentlich. Es ist ja nicht so, daß alles, was von oben von Theoretikern und den Führern der Arbeiterbewegung hineingegeben wird, unten an der Basis in gleicher Form herauskommt.

Zu dem von Ihnen vorgestellten neuen Forschungsprojekt über die Herrschaftsmechanismen der bürgerlichen Gesellschaft in Deutschland seit 1789 und deren Verflechtung miteinander würde ich gern in einem Punkt eine weitere Erläuterung von

Ihnen erhalten. Meines Erachtens hatte die bestehende Gesellschaft grundsätzlich zwei Möglichkeiten, ihrer Bedrohung durch die Arbeiterbewegung zu begegnen:

1. Den Versuch, die Arbeiterorganisationen mit Gewalt zu zerschlagen oder – wenn das nicht möglich wäre – sie doch politisch und sozial aus der Gesellschaft auszugrenzen, sie so zu isolieren, daß ihr Machtpotential kaum zur Wirkung kommen könnte. Dies ist der Weg, der vor 1914 z.B. in Preußen und Sachsen vor allem beschritten wurde.

2. Den Versuch, die Arbeiterbewegung zu integrieren, indem man einige ihrer Grundforderungen aufnahm und die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiter verbesserte. Hierzu wären etwa die Reform des Wahlrechts in den süddeutschen Staaten, die sozialpolitischen Gesetze über die Einführung der Arbeiterversicherung und den Ausbau des Arbeiterschutzes, vor allem aber auch die Erweiterung der Mitwirkungsmöglichkeiten der Arbeiter im kommunalen Bereich (Gewerbegerichte, kommunale Arbeitsnachweise etc.) zu rechnen.

Ich würde es für falsch halten, wenn man diesen ganzen zweiten Bereich einer konstruktiven Auseinandersetzung mit der Herausforderung der Arbeiterbewegung ausschließlich als Ausdruck einer Taktik zur Manipulation der Arbeiter – sozusagen als Ergänzung der Peitsche gewaltsamer Repression mit dem Zuckerbrot vor allem sozialpolitischer Konzessionen – ansähe. Gewiß sind in vielen – wenn auch keineswegs allen – Fällen, so etwa bei Bismarcks Sozialversicherungsgesetzen, solche manipulativen Motive eindeutig nachzuweisen. Man irrt jedoch, wenn man annimmt, daß damit das letzte Wort über die Wirkung derartiger Gesetze und Maßnahmen und ihre Beurteilung gesagt sei. Selbst Bismarck konnte die Entwicklung nicht steuern. So haben die Sozialversicherungsgesetze die Organisationen der Arbeiter nicht geschwächt, wie er erwartete, sondern gestärkt. Solche Reformen können also in der Konsequenz eine Eigendynamik entwickeln, die zu tatsächlichen grundsätzlichen Verbesserungen der Lebensverhältnisse und der Mitwirkungschancen der Arbeiter und schließlich auch zur Veränderung des Charakters der Gesellschaft, zur wirklichen und nicht nur manipulativen Integration der Arbeiter, führt. Wie weit das vor 1918 bereits der Fall gewesen ist, da im Kaiserreich Veränderungen im Charakter der Gesellschaft und ihrer Herrschaftsmechanismen doch sehr begrenzt blieben, ist natürlich eine andere Frage. Ich glaube zudem, daß es neben dem weiterlaufenden Prozeß der Konstituierung und Homogenisierung der Arbeiterschaft auch schon damals gegenläufige Prozesse in Richtung einer erneuten Differenzierung und erste Ansätze zur Auflösung der Arbeiterklasse gab.

In den letzten Jahren habe ich mich viel mit der Entstehung und Entwicklung des Phänomens beschäftigt, das man in der Bundesrepublik mit dem Begriff „Sozialstaat", in vielen anderen Ländern meist mit dem Begriff „Wohlfahrtsstaat", bezeichnet. Meines Erachtens ist durch den Sozial- oder Wohlfahrtsstaat tatsächlich der Charakter des Staates und der Gesellschaft grundsätzlich verändert worden und haben sich die Lebensbedingungen der Masse der Menschen und auch die Mitwirkungschancen der Arbeiterschaft verbessert. Das hängt mit allgemeinen Entwicklungen der Wirtschaft, aber auch mit der konkreten Politik der Staaten und der Kommunen zusammen. Bei der Untersuchung der konkreten Politik muß man m.E. sorgfältiger zwischen den kurz-,

mittel- und langfristigen Zielen sowie den Motiven und Erwartungen auf der einen Seite und den tatsächlichen Entwicklungen auf der anderen Seite unterscheiden. Wenn in Ihrem Forschungsprojekt neben dem Instrumentarium der Repression und den Mechanismen zur Erhaltung der bestehenden Staats-, Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung auch diese eigenständigen Entwicklungen, die zur Veränderung der Gesellschaft führten, mit einbezogen werden, so wird das von Ihnen skizzierte Projekt sicher dazu beitragen, daß wir ein klareres Bild der deutschen Gesellschaft seit 1789 und der ihren Wandel bestimmenden Prozesse erhalten.

Gerald D. Feldman

Die Wiederentdeckung des Bürgertums scheint ein gesamtdeutsches Ereignis zu sein, und es wäre interessant, auf die Ähnlichkeiten und Unterschiede der Ansätze, mit denen Herr Fricke und Herr Kocka und die jeweiligen Forschergruppen in Jena und Bielefeld arbeiten, näher einzugehen, obwohl dies freilich nicht der richtige Ort dafür ist. Sehr interessant finde ich auch die Erwähnung des Namens Gramsci und würde gern mehr darüber erfahren, wie die DDR-Historiker Gramscis Ideen verwerten. Ich habe den Eindruck, daß der von Ihnen hervorgehobene „subjektive" Faktor sehr nahe an Gramscis kulturellen Begriff der „Hegemonie" herankommt. Bis vor kurzem neigten westdeutsche und amerikanische Historiker zu der Ansicht, Deutschland habe in Wirklichkeit keine bürgerliche Gesellschaft im „westlichen" Sinn entwickelt und die in der bürgerlichen Gesellschaft tatsächlich vorhandene Einheit und Geschlossenheit sei bis zum Jahre 1914 in einem Auflösungsprozeß begriffen gewesen. Doch kürzlich haben britische Historiker wie Geoff Eley und David Blackbourne diese Interpretation in Frage gestellt, indem sie bis zu einem gewissen Grad auch von Gramscis Begriffen Gebrauch machten. Vor 1914 habe es in Deutschland – so ihr Argument – tatsächlich eine moderne, bürgerliche und voll entwickelte kapitalistische Gesellschaft gegeben. Dieses Bürgertum übte nicht nur politische Macht aus, vielmehr soll es auch Anspruch auf die kulturelle Hegemonie erhoben haben, die für den Charakter der deutschen Arbeiterklasse wichtige Folgen zeitigte. Würden Sie einer solchen Interpretation zustimmen?

Peter Steinbach

Im Hinblick auf Ihre Überlegung, die Geschichte der Arbeiterbewegung in den Kontext der Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft zu stellen, möchte ich daran erinnern, daß bereits 1973 auf einem deutschen Historikertag dieser Zusammenhang behandelt wurde. Auch in der Abteilung „Historische Grundlagen der Politik" des Fachbereichs Politikwissenschaft der FU Berlin ist die Arbeiterbewegung immer als Teil der bürgerlichen Gesellschaft und natürlich auch zugleich deren Infragestellung als Partei berücksichtigt worden.

Wenn man diesen Ansatz konsequent aufnimmt, wird man schließlich den Beitrag bestimmen müssen, den die Arbeiterbewegung zur Entstehung und Veränderung der bürgerlichen Gesellschaft geleistet hat. Irgendwann werden Sie sich dann mit der Aufgabe beschäftigen müssen, den Stellenwert der Arbeiterbewegung unter modernisierungstheoretischen und -geschichtlichen Gesichtspunkten zu bewerten. Man wird sich fragen müssen, wie sich die Arbeiterbewegung als Herausforderung für diejenigen stellt, die auf ihre Forderungen reagiert haben, obwohl sie sich ihrer Mentalität nach vielleicht noch in den politischen „Schützengräben" befanden und von dort aus die SPD bekämpften. Die Gegner der Sozialdemokraten gaben unter dem Einfluß oder zumindest Eindruck sozialdemokratischer Forderungen und Erfolge manche dieser Positionen im „Schützengraben" auf, von wo aus sie ursprünglich die bürgerliche Gesellschaft verteidigen wollten, und verändern schließlich die alte bürgerliche Gesellschaft. Diese Entwicklung ließe sich mit den Begriffen einer Modernisierungstheorie beschreiben, die nicht mehr derart normativ wertbeladen ist wie die Modernisierungstheorie der vergangenen Jahrzehnte, sondern sich als funktionale Theorie versteht und den Begriff der Anpassungskapazität (nicht mehr den der Verwestlichung) in das Zentrum rückt.

Sie haben in mehreren Diskussionsbeiträgen gerade das fortschrittliche, linksliberale, demokratische Moment der Geschichte betont. Sie haben Damaschke und Barth erwähnt, also Persönlichkeiten, die für den Versuch stehen, die alte bürgerliche Gesellschaft in eine wandlungsoffene, neue bürgerliche Gesellschaft zu verwandeln. Sie handelten durchweg unter dem Eindruck, den die Sozialdemokratie auf sie gemacht hatte.

Wenn man diese Überlegungen konsequent vorantreibt, erreicht man jenen Punkt, an dem die Bedeutung der Arbeiterbewegung für die Stabilisierung der bürgerlichen Gesellschaft durch deren Veränderung bestimmt werden muß. Es entsteht eine paradoxe Situation, denn die bürgerliche Gesellschaft, die ursprünglich abgelehnt worden ist, wird zum positiv besetzten Ziel politischer Veränderungswünsche. Im Zusammenhang mit der Reformismusdiskussion ist diese Entwicklung nachgezeichnet worden. Die Sozialdemokratie, die Gewerkschaften, vielleicht die größten Teile der Arbeiterbewegung kritisierten diese Gesellschaft, aber zugleich erhöhten sie deren Effizienz.

Eine mögliche Konsequenz derartiger Überlegungen ist, daß die Frage kultureller Hegemonie eine entscheidende Bedeutung erlangt, weil in diesem Kampf möglicherweise die entscheidende Position zur Veränderung dieser kritisierten und dennoch akzeptierten „bürgerlichen Gesellschaft" gewonnen wird. Man ist im Konflikt um die kulturelle Hegemonie gegen diese Gesellschaft, zugleich aber empfinden die Träger der Arbeiterbewegung, daß sie instrumentell und funktional eine gewichtige Rolle innerhalb dieser Gesellschaft und für deren Stabilisierung spielen.

Klaus Tenfelde

Ich habe nur eine kleine, aber vielleicht etwas spitze Frage: Sie haben das neue Projekt „Die politische Organisation der bürgerlichen Gesellschaft" skizziert und versucht, zwei Begriffe transparent zu machen: den Begriff des Klassengegensatzes und den Begriff der Herrschaft. Soll die Unterscheidung dieser und weiterer Begriffe bedeuten, daß Herrschaft nicht allseitig aus Klassengegensätzen abzuleiten sei, sondern als ein eigenes Wirkungsgefüge in der Geschichte Untersuchung fände?

Dieter Fricke

(Schlußbemerkung)

Wenn ich mich darum bemühen werde, Ihre Fragen zu beantworten, dann geschieht das in dem Bemühen, den Streit über gegensätzliche ideologische und politische bzw. theoretische Grundpositionen sachlich und offen bei Anerkennung der Existenz anderer Auffassungen zu führen und dabei übereinstimmende Positionen in der Frage der Sicherung des Friedens nicht aus den Augen zu lassen. Dieses Herangehen – und ich hoffe, daß Sie darin mit mir übereinstimmen – kommt bereits in der aufgeschlossenen Atmosphäre zum Ausdruck, die unser Kolloquium und auch diese Diskussion prägt.

Die Fragen von Herrn Schönhoven veranlassen mich, meine Auffassung von Politik und einer *politischen* Geschichte der Arbeiterbewegung noch zu präzisieren. Unter Politik verstehe ich – cum grano salis – den Kampf der Klassen und ihrer Parteien sowie der Staaten um ihre sozialökonomisch bedingten Interessen und Ziele sowie ihre Stellung zur Macht, wobei die Machtfrage im Mittelpunkt der Politik steht. Indem diese so alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens durchdringt, kann eine *politische* Geschichte der Arbeiterbewegung nur dann den an sie gestellten Anforderungen entsprechen, wenn sie gesamtgesellschaftlich orientiert ist.

Obwohl Dieter Langewiesche in seiner jüngsten Veröffentlichung über „Sozialgeschichte und Politische Geschichte"[1] von anderen theoretischen und methodologischen Positionen ausgeht, kommt er dennoch ebenfalls zu der Auffassung, daß die „Zeit der ‚Scheibchenhistorie'" vorbei und ein „integratives Verständnis des Politischen" für die Analyse gesamtgesellschaftlicher Prozesse unerläßlich ist. Wenn D. Langewiesche konstatiert, daß „die zunächst so scharfe Grenzziehung zwischen Sozial- und Politikhistorikern schwindet", dann hängt das natürlich wesentlich davon ab, wie der jeweilige Gegenstand dieser beiden Disziplinen bestimmt wird.

Das betrifft auch die von Herrn Schönhoven aufgeworfene Frage nach einem Zusammenhang der genannten Begriffskomplexe; also von ihm bezeichnet als Lage, Ver-

[1] Siehe die folgenden Zitate in: *Dieter Langewiesche:* Sozialgeschichte und Politische Geschichte. in: Sozialgeschichte in Deutschland, hrsg. v. *Wolfgang Schieder/Volker Sellin,* Bd. I (Göttingen 1986) 9–32.

halten bzw. Bewußtsein und Organisation, von mir als Partei, Klasse, Masse. Jeder der beiden bringt eine bestimmte, qualitativ unterschiedliche Ebene zum Ausdruck. Zwischen ihnen gibt es nicht nur Zusammenhänge und Wechselwirkungen, sondern auch Überlappungen. Es wäre ebenso falsch, diese Dialektik unberücksichtigt zu lassen wie die von Herrn Schönhoven angedeutete Ebene. Die von mir angesprochene bringt jedoch das Politische und damit auch die entscheidende Bedeutung, die wir der Existenz einer revolutionären proletarischen Kampfpartei beimessen, in einem weit höheren Maß zum Ausdruck. Ausschlaggebend ist allerdings, ob beide Ebenen in Ihrem Verständnis sozialgeschichtlich oder in dem von mir dargelegten analysiert werden.

Die Frage, wie ich den „Grad der Bewußtheit" messe, verstehe ich natürlich nicht so, daß es hier um irgendeine Meßlatte gehen kann, die an historische Erscheinungen und Prozesse angelegt wird. Außerdem handelt es sich bei „Bewußtheit" um eine philosophische Kategorie, die in der Geschichte nicht in ihrer abstrakten Form auftritt. Und schließlich gilt es, den äußerst komplizierten und widersprüchlichen, keineswegs geradlinigen Weg der Arbeiterbewegung zu berücksichtigen. Der Verlauf der Geschichte der Arbeiterbewegung kann nun einmal nicht mit einer Kolonne von jungen kräftigen Arbeitern verglichen werden, die nur so von Gesundheit strotzen und mit der „Internationale" auf den Lippen, einer Schalmeienkapelle und wehenden roten Fahnen voran auf einer leicht ansteigenden, geraden und ebenen Chaussee vom Kapitalismus zum Sozialismus marschieren. Eine solche Deutung würde nicht nur den mühevollen, opferreichen Weg der Arbeiterbewegung versimpeln, sondern zugleich die weltgeschichtlichen Leistungen herabsetzen, die von ihr erzielt worden sind.

Dies vorausbemerkt, verstehe ich unter Bewußtheit des Handelns die Übereinstimmung der Handelnden mit den objektiven gesellschaftlichen Erfordernissen und Notwendigkeiten. Es wird Sie nicht verwundern, daß diese für mich in der revolutionären Beseitigung des Kapitalismus bestehen und keineswegs auf Bernsteins Wort „Das Ziel ist nichts, die Bewegung ist alles" hinauslaufen. Dabei sei nur am Rande darauf hingewiesen, daß wir den Kampf um das sozialistische Endziel in der dialektischen Einheit des Kampfes um die Verwirklichung der Gegenwarts- und Zukunftsinteressen der Arbeiterklasse auffassen.

Von einem solchen Ansatz aus würde ich dann auch die in meinem Manuskript näher dargelegte „Tendenz einer Verflachung" der deutschen Sozialdemokratie vor 1914 begreifen. Wie mein Referat verdeutlicht, fasse ich den Begriff der Verflachung komplex auf und setze ihn nicht mit dem Reformismus schlechthin gleich, was allerdings keine Ehrenrettung des Reformismus, sondern ein versachlichtes Herangehen an dieses historische Phänomen bedeutet.

(Zwischenruf *Klaus Schönhoven:* Warum zitieren Sie dann in Ihrem Referat (S. 159) unmittelbar nach dem Verflachungsargument Clara Zetkin, die ganz klar zum Ausdruck bringt, daß nicht das Wachstum der Wählermassen und die Stärke der Organisation entscheidend seien, sondern „die klarste, revolutionärste Position im großen Meinungskampf der Gegenwart"? Bedeutet in diesem Kontext Reformismus nicht doch Verflachung?)

Dieser nach meiner Meinung allerdings ausgewogener formulierte Gedanke wurde von Clara Zetkin nicht am Beginn des Verflachungsprozesses in den 90er Jahren geäußert, sondern 1907, als er eine neue Stufe zu erreichen begann. Deshalb würde ich keine Gleichsetzung zwischen Reformismus und Verflachung schlechthin vornehmen wollen. Diese hatte ein ganzes Knäuel von subjektiven und objektiven Ursachen. Zu ihnen gehörte auch der Reformismus als eine unter mehreren.

Dem Diskussionsbeitrag von Herrn Ritter stimme ich grundsätzlich zu und möchte zu ihm nur die folgenden Bemerkungen machen.

Die Bedeutung der sozialökonomischen „Grundbedingungen" für die Entstehung von Arbeiterklasse und Arbeiterbewegung kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Die Forschungen von Hartmut Zwahr (Leipzig) verdeutlichen das und zeigen auch zugleich, wie aufwendig solche Untersuchungen sind. Deshalb können wir sie in Jena – bedauerlicherweise – nicht eigenständig betreiben, sondern müssen uns auf relevante Ergebnisse anderer stützen.

Die von Ihnen genannten „zwei Möglichkeiten" – ich darf das mit meiner Auffassung wiedergeben – der herrschenden Klassen im Kampf gegen die Arbeiterbewegung sind bekanntlich erstmals von Pannekoek 1909 dargelegt worden. Dessen Gedanken über die beiden Taktiken hat dann Lenin weitergeführt und dabei u. a. besonders betont, daß

- sie nicht in reiner Form, sondern vermischt, kombiniert auftreten,
- es vor allem objektive Zwänge gibt, die diese oder jene Taktik bzw. auch deren möglichen abrupten Wechsel herbeiführen und
- sowohl solche plötzlichen Wechsel als auch Kombinationen wie etwa die Bismarcksche von „Zuckerbrot und Peitsche" entsprechende Wirkungen in der Arbeiterklasse und Arbeiterbewegung hervorrufen können.

Ich darf bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen, daß wir in Jena damit begonnen haben, den ersten Band einer zweibändigen Geschichte des Herrschaftssystems im bürgerlichen deutschen Nationalstaat von 1871 bis 1945 zu erarbeiten und daß dabei gerade auch solche Fragen wie die von Herrn Ritter aufgeworfenen eine wichtige Rolle spielen.

Was die von einem Diskussionsteilnehmer bei mir vermißte Vielseitigkeit der Ansätze betrifft: Die deutschen Linken waren von mir nur als Beispiel gebracht worden. Natürlich nicht zufällig angesichts der Bedeutung, die wir ihnen in der DDR beimessen. Aber wir beachten auch die anderen in der Arbeiterbewegung wirksamen politisch-ideologischen und theoretischen Konzeptionen. So wird es hoffentlich nicht als unbescheiden aufgefaßt, wenn ich darauf hinweise, daß ich mich als erster Historiker in einer Reihe von Studien intensiv und umfassend mit der rechtsopportunistischen Zeitschrift „Sozialistische Monatshefte" beschäftigt habe. Wir gehen also keineswegs einseitig, mit Scheuklappen an die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung heran.

Herrn Feldman bin ich dafür dankbar, daß er auf Antonio Gramsci hingewiesen hat. Mir fehlt hier leider die Zeit, um meine Meinung zu dem von Herrn Feldman angedeuteten komplizierten Beziehungsgefüge zwischen subjektivem Faktor und Gramscis

Gedanken von der kulturellen Hegemonie darzulegen. Was jedoch letzteren betrifft, spielt er methodologisch in unseren Forschungen eine zentrale, in ihrer ganzen Dimension noch gar nicht ausgemessene Rolle. Die Forschungsergebnisse von Geoff Eley und zum Teil auch die von David Blackbourne verfolge ich mit großem Interesse und in hohem Maße auch zustimmend. Im einzelnen auf sie einzugehen, würde allerdings ebenfalls den Rahmen dieser Bemerkungen sprengen.

Ohne mich mit Herrn Steinbach auf das mir nach wie vor schlüpfrig erscheinende Parkett von – alten oder neuen – Modernisierungstheorien begeben zu wollen, möchte ich die von ihm aufgeworfene Frage nach dem Beitrag der Arbeiterbewegung für die bürgerliche Gesellschaft als sehr nachdenkens- und überlegenswert bezeichnen. Das betrifft auch den Reformismus und das, was er im Kampf um Gegenwartsforderungen der Arbeiterklasse an Positivem, an Teilergebnissen gezeitigt hat. Ohne von unserer grundsätzlichen Einschätzung des Reformismus abzugehen, sind wir darum bemüht, sowohl ihn als auch den Opportunismus insgesamt unter stärkerer Berücksichtigung der jeweiligen Aufgabenstellung der Arbeiterbewegung in einer bestimmten historischen Situation differenzierter zu analysieren und auch zu werten.

Und schließlich zur Frage von Herrn Tenfelde: Zwar sehe ich zwischen den Begriffen Klassengegensatz und Herrschaft keinen Widerspruch. Im Gegenteil, diese wird durch jenen bedingt. Aber es reicht nicht aus, die Rolle des Staates *nur* als Herrschafts- und Ausbeutungsinstrument aufzufassen. Das ist seine Hauptfunktion in einer Ausbeutergesellschaft, jedoch hat er zugleich auch eine gesamtgesellschaftliche Funktion, muß er Interessen der gesamten Gesellschaft Rechnung tragen. Beide Funktionen des Staates stehen in einem bestimmten Beziehungsgefüge zueinander, das wir künftig weitaus stärker zu beachten haben.

Register

bearbeitet von Christian Berringer

Personen- und Ortsregister

(Verfassernamen kursiv)

Aachen 41, 318, 356
Adickes, Franz 121
Agster, Alfred 216
Allenstein 14, 45
Altenburg 349, 360, 402
Altona 8, 41, 45, 47, 263, 402
Anhalt 15, 210 (Anm. 36), 352, 364, 366, 375, 377
Annaberg 65
Arnsberg 12, 317, 326, 356
Auer, Ignaz 39 (Anm. 10), 148, 223, 271
Auerbach 65
Augsburg XV, 135 f., 168, 171, 409 f.
Aurich 45

Baden XIII–XV, XIX, 12 f., 52, 103 f., 107, 116–120, 122–124, 180, 208 f., 352, 356–358, 364, 366, 374, 376, 388, 391, 399, 401, 403–406, 410
Baerer, Heinrich 272, 281, 284
Barth, Theodor 447
Bayern XIII–XV, XIX, 52 f., 103 f., 108–112, 117, 121–124, 135, 155, 190 f., 207, 352, 356–358, 360–364, 366, 374, 376, 388, 399–401, 403 f., 410
Bebel, August 39, 40 (u. Anm. 11 f.), 41, 53, 62, 106 f., 129, 131, 145, 153, 209, 223, 227, 230, 236 f., 252, 338, 391
Becker, Heinrich 322
Becker, Hermann 339
Belgien 39
Berlepsch, Hans Frhr. v. 384
Berlin XVI f., 7 f., 11–13, 15, 40–47, 51, 106 f., 157, 168, 189 f., 219–257, 263, 330, 349 f., 354–358, 360, 370, 373, 389, 391, 394, 398–401, 403–406, 410, 416, 439
Bernstein, Eduard 39 (Anm. 8), 44, 195, 233, 449
Bielefeld 42, 163, 165, 168, 174
Bismarck, Fürst Otto von 6, 20, 127 f., 385, 390, 445
Blackbourne, David 446, 451
Blank, Robert 164, 230, 261
Blohm, Hermann 421, 423, 429
Blos, Wilhelm 199
Bocholt 342
Bochum 317, 324–326, 329, 339 f., 344, 349
Bömelberg, Theodor 216
Bönsch, Josef 339
Bombe, Marie 199
Bordesholm 46
Borna 67
Bracke, Wilhelm 153
Brandenburg 8, 13, 41 f., 189 f., 208, 210, 230, 244, 352, 354–356, 370, 399, 401, 403, 405, 408–410
Braun, Heinrich 199
Braunschweig 11–15, 54, 153, 190, 210 (Anm. 36), 352, 360 f., 364, 366, 374, 377, 399, 401–403, 405, 408, 411
Bredow 418
Breitscheid, Rudolf 199, 216
Bremen XVIII, 54, 159, 190, 210 (Anm. 36), 349 f., 352, 363, 365 f., 373, 375, 377, 398 f., 401–403, 405 f., 422, 424, 426–431, 433 f., 436, 439
Bremerhaven 418, 422, 426, 429
Breslau 7, 11–13, 15, 40 f., 43, 47, 189, 373, 408
Breuilly, John 436
Bronnenmayer, Georg 131
Brosswitz, Konrad 216
Bueck, Henry Axel 433
Bülow, Bernhard Fürst von 45, 249
Büsch, Otto 9

Calbe/Quedlinburg/Aschersleben (preuß. LT-Wahlkr.) 47
Cannstatt 128, 130, 132
Chemnitz 59, 65, 69, 75, 77, 88, 95, 98, 168, 350, 373
Cuxhaven 422

Danzig 14, 42, 209, 356, 418, 427, 430, 432, 436
Damaschke, Adolf 447
DDR XIII, 443 f., 446, 450
Denicke, Heinrich 268, 295, 297

Dessau 402
Döbeln 67
Domansky-Davidsohn, Elisabeth 412
Dortmund 45, 47, 317, 322–324, 326, 328–336, 339 f., 350, 373
Dresden 59, 66 f., 69, 75, 77, 88, 95, 98, 189, 350, 360, 373, 404, 406–408, 410
Drevermann, Tony 199
Düsseldorf 11–13, 40, 168, 171, 174 f., 177 f., 181, 356, 373, 400, 404, 406 f., 410, 416
Düwell, Wilhelm 253
Duisburg 317 f., 326, 329, 340, 350, 373
Dulk, Albert 131 f.

Ebert, Friedrich 153
Eisenach 53, 402
Elberfeld 41
Elberfeld/Barmen (RT-Wahlkr.) 7; (preuß. LT-Wahlkr.) 43, 45
Elbing 41 f., 418, 427, 430, 432, 436
Eley, Geoff 446, 451
Elsaß-Lothringen 12 f., 29, 189, 207 f., 348, 352, 365 f., 375, 378, 399–401, 403, 405 f., 408–410
Engels, Friedrich 147 ff., 152, 424, 440
Erdmann, August 342
Erfurt 12, 14, 40, 189
Essen 317, 319 f., 323–326, 329–331, 335 f., 338, 340, 343, 350, 373
Eßlingen 124, 130, 132, 180

Feldkirch, August 308
Finn, Carl 271
Fischer, Richard 236, 246
Flensburg 42, 425–427, 433 f., 436
Forst 42
Franken 13, 135
Frankfurt/Main 40, 42 f., 45, 121, 174, 350, 373, 406–408
Frankfurt/Oder 12, 15, 41, 47
Frankreich 384, 393, 395–397
Freiberg 67
Fricke, Dieter 7
Fürth 122, 400
Fußangel, Johannes 339

Gaarden 426
Geck, Adolf 120
Giengen 130
Glauchau 65, 69
Göppingen 130, 132, 178, 180 f., 439
Görlitz 40, 42
Göttingen 165, 167, 169, 171, 178–181
Gotha 402, 408
Gotthusen, Barbara 260
Gottschalk, Alfred 160
Gramsci, Antonio 442, 446, 450
Grillenberger, Carl 137
Grosz, Heinrich 422
Großbritannien 384, 393, 395 f.
Grüttner, Michael 179
Grumbrecht, August 268, 271, 292
Guben 42
Guben/Sorau (preuß. LT-Wahlkr.) 45
Gumbinnen 14

Hänisch, Konrad 335
Hagen 40
Hall 128, 130
Halle 42, 360
Halle, Ernst 419
Hamborn 177 f.
Hamburg XIII, 7 f., 51, 54, 64, 107, 131, 154, 157, 171, 174, 189 f., 210 (Anm. 36), 263, 282, 349 f., 352, 356, 358, 361–363, 365 f., 373, 375, 378, 388 f., 391, 394, 398 f., 401, 403, 405 f., 416, 418–430, 432 f., 436, 439
Hanau 7, 41, 48
Hannover 12 f., 40 f., 46 f., 54, 189 f., 207, 291, 294, 306, 349 f., 355 f., 358, 360, 370, 373, 399–401, 403–407, 409–411
Hansestädte 11–13, 190, 356 f., 361–363, 368 f., 400, 402, 404, 406, 410, 421
Harburg XVII, 45, 259–315, 352
Hasenclever, Erwin 318, 344
Hatzfeld, Sophie Gräfin von 62
Heckmann, Karl 344
Heilbronn 130, 132, 178
Heine, Wolfgang 246, 251
Hessen 11–14, 208, 352, 357, 364, 366, 374, 376, 399, 401, 403–406, 410
Hessen-Kassel 11
Hessen-Nassau 355, 370, 399, 401, 403 f., 406, 408
Hirsch, Paul 41 (Anm. 20), 44
Hirschfeld, Emil 285, 308
Hirschfeld, Paul 346 f., 358, 410
Hoch, Gustav 216
Hochberger, August 128
Hoechst 47
Hölder, Julius 133
Hörde 328, 330–332, 334
Hoffmann, Adolph 153
Hohenlohe 132
Hohenzollern 40, 370
Hue, Otto 328, 330, 334
Husemann, Friedrich 216

Jaeckh, Georg 215
Jena 411, 439
Just, Otto 310

Kähler, Wilhelmine 199
Kaelble, Hartmut 381, 394, 396
Karlsruhe 118, 349
Kassel 7, 12f., 40, 410
Kautsky, Karl 150, 382
Keil, Wilhelm 214
Kiel 41, 43, 45f., 350, 373, 416, 418, 422, 425–427, 431, 433
Koblenz 11f., 355
Kocka, Jürgen 446
Köln 11f., 42, 139, 189, 373, 406–408, 410
Koenen, Wilhelm 160
König, Max 323
Königsberg 12f., 41, 160, 189, 352, 355, 373, 408
Kottbus 42
Kretschmann, Lilli von 199
Krupp, Friedrich Alfred 338
Kühne, Thomas 38, 44
Kunert, Fritz 199

Langewiesche, Dieter 448
Lassalle, Ferdinand 3, 53, 128, 131, 225
Ledebour, Georg 246, 251
Legien, Carl 349 (Anm. 9), 394
Leipzig 53, 59, 65, 69, 75–77, 88, 95, 98, 189, 360, 373, 402, 404f., 439
Lenger, Friedrich 416
Lennep/Solingen/Remscheid (preuß. LT-Wahlkr.) 45, 47
Lensing, Lambert 339f., 344
Lesche, Friedrich 259f., 272
Lewis, Oscar 179
Liebknecht, Karl 198, 246
Liebknecht, Wilhelm 39 (Anm. 10), 53, 62, 129f., 188
Liegnitz 12, 15, 41f.
Liegnitz/Goldberg/Haynau (preuß. LT-Wahlkr.) 41
Lindemann, Hugo 125
Linden 42, 45–47
Lippe 352, 356, 361, 363f., 366, 375, 377
Löbau 67
Lucas, Erhard 169, 173, 177
Ludowieg, Julius 268
Ludwigshafen 104, 121f.
Lübeck XVIII, 190, 210 (Anm. 36), 352, 361, 365f., 375, 377, 399, 403, 405, 416, 422
Lüneburg 407
Luxemburg, Rosa 159, 233, 237, 335

Magdeburg 11–14, 41f., 350, 360, 373
Mannheim 104, 407, 410
Marburg 169, 171
Marienwerder 14, 209, 356
Martens, Heinrich 308
Marx, Karl 145, 441
Mayer, Karl 129, 132
Mecklenburg 11–14, 189, 208f., 402, 408
Mecklenburg-Schwerin 15, 364, 366, 374, 376, 399, 401–405, 410
Mecklenburg-Strelitz 352, 364, 366, 374, 377, 400f., 403
Meißen 68f.
Merseburg 12–15, 40
Metzingen 130
Michels, Robert 211f., 214–216, 230
Minden 12, 40
Mitteldeutschland 7f., 11, 358, 360, 368f.
Mittelfranken 11–13, 407
Mittelnorddeutschland 368f.
Mittnacht, Frhr. Hermann von 133
Mittweida 66
Motteler, Julius 131
Mühlheim (Ruhr)/Dinslaken/Hamborn (preuß. LT-Wahlkr. 262, 21. WP) 47
Mühlheim (Ruhr)/Ruhrort (preuß. LT-Wahlkr. 262, 22. WP) 45
Müller, Andreas 259f., 288, 310
Müller, Otto 214
München XIII, XV, 7, 13, 104, 109, 121, 123f., 135f., 139–143, 166, 176, 189, 350, 373, 406f., 409f., 441
Münster 41

Neumünster 42, 46
Niederbarnim 8, 219, 229, 231f., 244–246, 250f., 253, 256
Niehuss, Merith 7, 16, 21, 137
Nolan, Mary 168, 174, 177, 181
Nordschleswig 348
Nordwestdeutschland 368f.
Nürnberg XV, 7f., 12, 122, 135f., 165, 168, 189, 349f., 373, 400, 402, 404, 406–408, 410

Oberbarnim/Niederbarnim/Lichtenberg/Eberswalde (preuß. LT-Wahlkr.) 47f.
Oberbayern 12f., 135, 407
Oberelsaß 402
Oberfranken 12
Oberpfalz 135
Oberschlesien 50, 55, 139, 360, 392
Oberschwaben 132
Obertaunuskreis/Frankfurt am Main – Land (preuß. LT-Wahlkr.) 45, 47

Örtel, Karl 215
Österreich 39, 85
Offenbach 117
Oldenburg 12, 190, 210 (Anm. 36), 364, 366, 374, 377
Oppeln 12, 41, 45, 356
Oschatz 51, 68
Ostdeutschland 368 f.
Ostelbien 14
Ostpreußen 40 f., 157, 207, 210, 353 f., 370, 399–404
Ottweiler 46

Pannekoek, Anton 335, 450
Pfalz 12, 356, 359
Pinneberg 48
Pirmasens 359, 409
Pirna 67
Plauen 59, 65, 69, 95, 98
Pommern 13, 41, 157 f., 190, 207–209, 353 f., 370, 399–406, 409, 421
Posen 12 f., 40 f., 157, 208 f., 353 f., 370, 399, 401, 403 f., 409
Potsdam 11–15, 40, 42, 44 (Anm. 28), 407
Potsdam/Spandau/Osthavelland (RT-Wahlkr.) 219, 229, 231, 244–246
Preußen XIII f., 14, 37–48, 52 f., 103, 107, 216, 224, 247–249, 266, 331, 349, 351 f., 355 f., 361–364, 366, 370, 374, 376, 388, 399, 401, 403 f., 406, 409, 445

Quessel, Ludwig 196

Rathenow 40
Ravensburg 130
Recklinghausen/Borken (RT-Wahlkr.) 343
Reimes, Wilhelm 199
Remscheid 169, 173 f., 337
Remstal 130
Retter, Friedrich 132
Reutlingen 128, 130
Rheinland 50, 55, 139, 190, 209, 318, 354 f., 360 f., 370, 399, 401, 403, 405 f., 409, 416
Ritter, Gerhard A. 7, 16, 21, 104, 381
Rostock 402
Rottweil 128
Ruhrgebiet XVII, 15, 264, 317–344, 350, 357 f., 392, 400
Rußland 85

Saarbrücken 46, 352
Saargebiet 42, 45, 355, 360 f., 392
Saarlouis 46
Sachsen XIII f., XVIII, 6–8, 11–13, 15 f., 18, 49–101, 103, 107, 129, 131, 152 f., 189 f., 208–210, 349, 352, 354–357, 360–364, 366, 370, 374, 376, 399–410, 416, 445
Salzmann, Hermann 340 f.
St. Wendel 46
Schaumburg-Lippe 106, 210 (Anm. 36), 352, 356, 361, 364, 366, 375, 377
Schlesien 14, 190, 209, 353–356, 370, 399, 403, 409
Schleswig 40
Schleswig-Holstein 11–13, 42, 54, 179, 207 f., 210, 352, 355, 370, 399, 401, 403, 405, 408–410, 416
Schlicke, Alexander 432
Schmidt, Albert 216
Schmidt, Robert 246, 253
Schöneberg/Neukölln (preuß. LT-Wahlkr. 55, 21. WP) 47
Schöneberg/Rixdorf (preuß. LT-Wahlkr. 55, 22. WP) 45, 249
Schönhoven, Klaus 174, 382
Schönlank, Bruno 215
Schorcht, Carl 268
Schott, Sigmund 132
Schraps, Reinhold Heinrich 62
Schröder, Wilhelm 154
Schwaben 12, 127
Segitz, Martin 155
Sheehan, James 120
Sigmaringen 41
Singer, Paul 227, 246 f., 251
Solingen 6 f.
Stadthagen, Arthur 246, 251 f.
Steffens, D. 271 f.
Stettin 12 f., 40 f., 44, 350, 373, 418, 425–427, 431–433, 436
Stötzel, Gerhard 338, 340, 343
Stollberg 65, 69
Stolle, Heinrich 216
Storch, Franz 209
Stormarn/Wandsbek (preuß. LT-Wahlkr.) 45
Straßburg 7
Ströbel, Heinrich 253
Stuttgart 104, 113, 116, 121, 124, 130, 132, 134, 168, 180, 349 f., 373, 406 f., 410, 439
Süddeutschland XVIII, 356, 358 f., 380 f., 391
Südwestdeutschland 23

Teltow/Beeskow-Storkow/Charlottenburg (RT-Wahlkr.) 219, 229, 231 f., 234, 243–246, 250, 256
Teltow/Beeskow-Storkow/Charlottenburg/Schöneberg/Rixdorf (preuß. LT-Wahlkr. 53, 20. WP) 43 f., 248 f.

Teltow/Willmersdorf/Beeskow-Storkow (preuß. LT-Wahlkr. 53, 22. WP) 47
Tessendorf, Hermann 222f., 225
Tettnang 130
Thüringen XVIII, 11–13, 208–210, 352, 361, 363f., 366, 374, 377, 400, 410
Tomaszewska, Anna 199
Trier 12, 41, 45f., 355
Troeltsch, Walter 346f., 358, 410
Tübingen 167

Unger, Robert 285
Unterfranken 12

Vereinigte Staaten von Amerika 395
Vollmar, Georg von 104, 139, 141f., 199
Volkmann, Heinrich 381, 386f., 394, 396, 412

Wacker, Theodor 116
Waldeck 352, 361f., 364, 366, 375, 377
Wandsbek 42, 263, 402
Weber, Max 261
Weimar 402
Wels, Otto 249
Wendel, Hermann 188
Werder 40
Westdeutschland 368f.,
Westfalen 50, 55, 190, 209, 348, 354, 356, 360f., 370, 399–401, 403, 405f., 409
Westhavelland 41
Westmeyer, Friedrich 198
Westpreußen 40f., 157, 209, 353f., 399, 403f., 409, 421
Wiesbaden 11–13, 407
Wilhelm II. 390
Wilhelmsburg 265, 275, 307
Winter, August 215
Witten 322, 324, 328
Wode, Conrad 271
Woldt, Richard 420
Wuerth, Dieter 178
Württemberg XIII–XV, XIX, 12, 14, 52, 103f., 110, 112–116, 121, 124, 127–134, 178, 180, 209, 352, 357, 361–364, 366, 374, 376, 399, 401, 403–407, 410
Wuppertal 43, 400

Yorck, Theodor 271

Zeiß 360
Zetkin, Clara 124, 150, 449f.
Zittau 66
Zschopau 66
Zubeil, Fritz 244, 246, 251f.
Zwahr, Hartmut 53f., 96, 151, 415, 450
Zwickau 66, 69, 95, 98

Sachregister

Allgemeine deutsche Arbeiterverbrüderung (AdAV) 53
Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein (ADAV) 3, 53, 62, 127f., 130–132, 151, 224, 271f., 290
Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund (ADGB) 363f.
Allgemeiner Verband der Deutschen Schiffszimmerer (AVDS) 422, 425f.
Alter Verband 328, 346f., 349, 358, 360, 419
Angestellte XVII
Antisemitische Parteien 20, 22–25, 227, 309
Arbeiter-Aristokratie XVI, 165
Arbeiterbewegung (s.a. AdAV, ADAV, Gewerkschaften, LADAV, SAPD, SDAP, SPD, VDAV) IX, XI–XIII, XIXf., 3, 34f., 52f., 127–137, 145–150, 173, 181, 200–205, 219–221, 271f., 278, 318, 327f., 349, 363, 379–381, 402, 410f., 416, 421, 436, 439–451
internationale Arbeiterbewegung 130, 150, 384f.
katholische Arbeiterbewegung 22, 142, 319, 321, 325, 339, 343, 351
Arbeiterkultur (s.a. Sozialdemokr. Milieu) XI, 15, 34, 155, 169f., 205, 222, 225f., 289f., 329
Arbeiterbiographien 1, 172, 191f.
Maifeiern 116, 386, 424
Arbeiterschaft (s.a. Arbeiter-Aristokratie, Facharbeiter, Gelegenheitsarbeiter, Landarbeiter) IX–XII, XVIII–XX, 15, 54f., 95–101, 105, 107, 140, 147, 162, 165f., 168–171, 177f., 182f., 196f., 321f., 327f., 337, 347, 349f., 393, 395f., 402, 415, 417–423, 428, 433, 435f., 440–451
Arbeitgeber, Arbeitgeberverbände XIX, 170f., 342, 350, 361, 390f., 411f., 417, 420–424, 426–430, 432–435, 444
Arbeitskampf s. Streik
Arbeitsmarkt, Arbeitslosigkeit XIX, 363, 397, 423, 425, 436
Arbeitsplatz (i. techn. Sinn) X, XVIII, 168, 419f., 425, 428, 430–432, 435
Aussperrung XIX, 382, 394, 405f., 412, 424, 428–433, 435f.
Bayerischer Bauernbund 109, 111
Bayerische Patriotenpartei 111
Bülow-Block 47, 89
Bürgertum XVII, 104, 166f., 178f., 227, 262f., 289, 321, 441f., 444, 446f.
Bund der Kommunisten 53
Bund der Landwirte 48, 87, 111, 115, 119, 299, 301, 304f., 307, 313

Centralverband der Werftarbeiter 422f., 426f., 434

Demokraten 20, 22f., 25, 33, 117–119, 127, 132
Demokratische Volkspartei 129
Deutsche Fortschrittspartei 20–23, 25–27, 33, 72–74, 111, 224, 320
Deutsche Reformpartei 72f., 90f.
Deutsche Reichspartei 299, 301, 304f.
Deutsche Volkspartei 111, 113
Deutscher Bauernbund 111, 115
Deutscher Metallarbeiter-Verband 276f., 346, 349, 354, 359f., 361, 412, 418, 426–428, 430–433, 436
Deutsch-Freisinnige Partei 72f., 90f., 111, 317
Deutsch-Konservative Partei 20–25, 28–32, 43, 45, 52, 242, 320
Deutsch-Soziale Partei 72
Dreiklassenwahlrecht s. Wahlrecht-Preußen

Erster Weltkrieg XVI, XX, 6, 16, 198, 363, 418

Fabrikarbeiterverband 274f., 346, 349, 358, 360, 432
Facharbeiter XVI, 166, 169, 171
Fortschrittliche Volkspartei 20, 22f., 25, 47f., 111
Frauen 180f., 222, 255, 380, 383
Freikonservative Partei (s.a. Deutsche Reichspartei) 4, 18, 20, 22–25, 28–32, 43, 45–48, 52, 90, 259, 268, 309, 313
Freisinnige Vereinigung 20, 22f., 25, 43, 45f.
Freisinnige Volkspartei 20, 22f., 25, 43, 45f., 111, 242, 250

Gelegenheitsarbeiter XVI, 166, 179
Gewerkschaften XI, XVII–XIX, 1, 110, 128, 173 f., 183, 189, 200–203, 226, 236, 273, 351, 355, 357–359, 381–384, 406, 411 f., 424, 432 f.
Gewerkschaftsführung, -organisation 345 f., 349, 352 f., 356–359, 383, 385, 389, 393 f., 398, 403, 412–414, 432–435, 437
Gewerkschaftsmitglieder 274–277, 282 f., 347, 350–380, 383 f., 392, 398, 403 f., 407–410, 416–419, 422 f., 426, 428, 430–432
Gewerkschaften, christliche 319, 343, 347, 351, 356 f., 374 f., 419
Gewerkschaften, Freie (s. a. ADGB) XII f., XVI, 276 f., 328 f., 345–347, 349 f., 352–378, 412 f., 416 f., 419, 431, 433, 436 f.
Gewerkschaften, ‚gelbe' 261, 322, 337, 351, 431
Gewerkschaften, Hirsch-Dunckersche 347, 351, 356, 374 f., 427
Gewerkschaften, lokalorganisierte 355 f., 374 f., 427, 436
Großindustrie IX, 177, 350 f., 361, 404, 412, 419
Großstädte XVI, 14, 57, 59, 87, 96, 104, 106, 170, 179, 189, 219, 269, 350, 357, 359, 373, 402

Handwerk IX f., 50 f., 54, 131, 168, 416
Heimarbeit IX, 181
Hottentottenwahlen 1907 5, 14, 326

Imperialismus IX
Industrie, Industrialisierung (s. a. Großindustrie) IX, XIV, 8, 49, 97, 135–137, 147, 166, 170, 179, 219, 348, 410, 416, 420 f.

Juden, Judentum 168, 193 f., 227

Kaiserliches Statistisches Amt 346 f.
Kartellwahlen 1887 5, 10, 64, 142
Katholizismus, katholische Kirche (s. a. kath. Arbeiterbewegung, Volksverein f. d. kath. Deutschland, Zentrum) XV, XVII, 4, 8 f., 22, 42, 57, 104 f., 112, 116, 133, 139, 175, 177, 318–321, 324–326, 333 f., 336–338, 416
Koalitionsrecht 348 f.
Kommunalwahlen XVI, 121 f., 226 f., 307–309, 311, 339 f., 343
Kommunen, Kommunalpolitik 120–126, 220, 222 f., 259–263, 268–271, 292–294
Kommunistische Partei Deutschland (KPD) 337
Konfessionen (s. a. Katholizismus, Protestantismus) 2, 8, 14, 34, 53 f., 57, 60–62, 97, 135, 192–194, 266, 317, 321, 338, 356
Konservative, Konservative Partei (s. a. Deutsch-Konservative Partei, Freikonservative Partei, Deutsche Reichspartei) 13 f., 17 f., 20–23, 26, 43, 45–48, 52, 64, 71–74, 85–87, 89–91, 106, 111, 113 f., 118, 133 f., 241, 248, 250, 308–310, 317
Kulturkampf 4, 116

Landarbeiter, Landbevölkerung IX, 50, 57 f., 104 f., 136, 178
Landtagswahlen 2
Baden XIV, 117–120
Bayern XIV, 108–111, 135
Preußen XIV, XVI f., 37–48, 247–249, 295, 303, 307–310, 329–334
Sachsen XIV, 52, 70–74, 76 f., 89–91
Württemberg XIV, 110, 112–116, 131 f.
Lassallescher Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein (LADAV) 62
Legislaturperiode 11
Liberale (s. a. die einzelnen lib. Parteien) XIV, 23–26, 72 f., 107–109, 120, 125, 127, 141, 220 f., 243, 246, 248–250, 254, 262, 317, 320, 322
Linksliberale 2, 17 f., 20 f., 27–33, 39, 43, 45, 52, 111, 115, 117, 119, 220 f., 227, 244, 268, 299, 301, 304 f., 308–310, 313, 325
Löhne s. Tarifverträge
Lohnarbeiterschaft s. Arbeiterschaft

Marxismus IX, 149, 151, 444
Militarismus IX
Minderheiten-Parteien 20, 22 f., 299, 301, 304 f., 313, 323, 326 f., 341
Mittelstandsvereinigung 90 f.
Mobilität X, 174 f., 177 f., 235 f., 265, 322, 329, 353, 397
Modernisierung, Modernisierungsfurcht 4, 34, 386, 388, 437, 451

Nationalisierung, politische 4
Nationalismus IX
Nationalliberale, Nationalliberale Partei XVII, 4, 17, 20–23, 25–32, 43, 45, 47 f., 52, 64, 71–74, 84, 86 f., 89–91, 111, 115–119, 130, 133, 259, 261 f., 268–270, 272, 278, 287, 297, 299, 301–305, 307–311, 313, 317, 320 f., 323, 326–328, 333, 340–344

Nationalökonomie, jüngere historische Schule der IX
Nationalsozialismus 215f.
‚Neuer Kurs' 384, 390

Pariser Kommune 146, 149
Parteien, Parteiensystem (s.a. die einz. Parteien; Bülow-Block) XII–XV, 2, 4, 10f., 13f., 17f., 20–35, 42f., 45, 64, 106f., 211f., 380, 417, 442
Baden 116–118, 120, 123
Bayern 109f., 141f.
Harburg 298, 300, 313f.
Ruhrgebiet 317, 320–322, 333, 338, 341
Sachsen 49, 52, 71
Württemberg 113f., 116, 128–134
Protestantismus XVII, 9, 57, 113, 116, 133, 175, 177, 179, 320, 324, 328, 334–336, 344, 417

Radikalismus XIII, 162f., 178, 335–337
Reformismus XIII, 162, 335–337, 449
Region, Regionalgeschichte XI, XIII, XV, 4, 11, 14, 30, 132f., 335, 345f., 357f., 380, 398–401
Reichsgründung 3f., 130, 147
‚Zweite' Reichsgründung 6
Reichsmarineamt 419, 425, 434
Reichstagswahlen (s.a. Stichwahlen; Hottentottenwahlen, Kartellwahlen, Tabakmonopolwahlen) XII, XIV, XVIf., 2, 5–35, 41f., 45f., 52, 55–59, 63–70, 74, 89, 111, 115, 119, 131f., 240–247, 249–257, 297–306, 312–315, 330–334, 338
Reichsverband gegen die Sozialdemokratie 251
Revolution 1918/19 380, 411

Sächsisches Statistisches Landesamt XIV
Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP) 53, 130–133, 151, 155, 271f., 290
Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), Sozialdemokratie IX, XI–XV, XVII, XIX, 2, 38, 52, 85f., 103f., 134–137, 146f., 219f., 322f., 325, 390, 408f., 417, 436, 443, 446, 449f.
Bündnispolitik (s.a. Wahlkreisbündnisse) 47, 49, 109f., 116–118, 120, 123, 125, 132, 134, 338, 340
Hochburgen 7–15, 21, 26, 33f., 42, 49, 62, 175, 256, 298, 324, 329
Kandidaten, Kandidaturen XVI, 10–12, 17f., 21f., 34, 37f., 74, 117, 124f., 131, 185–217, 226f., 246f., 249, 259, 313
Kommunalpolitik 122–126, 137, 213f., 226, 260
Mandate 1f., 6f., 9, 14, 64, 76, 211–213, 246, 259, 309f., 324
Mitglieder XIII, XVf., 65–69, 151, 154, 156, 158, 161–183, 206f., 230–238, 252, 254f., 272, 275, 278–283, 315, 327, 329, 416f.
Organisation XII, XIVf., XVII, 1, 15f., 148–160, 174–176, 189, 221–238, 250, 252–257, 272, 288, 300
Parteiführung 30, 204, 211f., 214, 226, 228f., 232f., 253, 280f.
Parteitage
Halle 1890 148, 200
Erfurt 1891 149
Köln 1893 39
Hamburg 1897 39, 303
Stuttgart 1898 40
Hannover 1899 40
Mainz 1900 41
Bremen 1904 322
Jena 1905 85, 155
Essen 1907 338
Leipzig 1909 160
Jena 1913 47 (Anm. 36)
Presse 15, 117, 152, 175, 228, 284–287, 335, 342, 450
Stichwahlbeteiligung (s.a. Stichwahlen) 19–21, 23, 117, 120, 125, 132, 141, 211
Wählerschaft XIIf., XVI, 8, 15f., 22, 33–35, 39, 48f., 53–84, 89–101, 104f., 125f., 139–143, 148f., 152, 155, 158, 179, 183, 226, 230, 238–246, 253, 261, 295, 298, 311, 313–315, 324–326, 328–330, 333f., 379
Wahlergebnisse 1f., 5–35, 37, 40–48, 52, 55–59, 63–77, 89–91, 109–111, 114f., 117–120, 124f., 157f., 210f., 227, 239, 243f., 248f., 256, 259f., 298–310, 330–333, 386, 390
Wahlkämpfe 1, 8, 41, 118, 131f., 134, 141, 152, 155, 224f., 227, 230, 238f., 249–257, 342, 379
Wahlkreise, Wahlkreisorganisationen 7f., 10f., 16–18, 21–34, 40, 48, 55f., 106f., 109f., 117, 152, 157, 189f., 207–211, 222, 228f., 231, 247
Sozialdemokratisches Milieu 15, 19, 139–143, 162, 172–176, 284, 287f., 298, 327–329, 333, 344, 417
Sozialistengesetz 5, 38, 109, 132f., 153–155, 201, 222–228, 271–273, 298, 318, 321f., 345, 357, 385, 390

Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD) 53–55, 129, 132f., 151
Sozialpolitik, Sozialreform (s.a. Verein f. Sozialreform; Sozialversicherungen, gewerkschaftl.) XIX, 269f., 319f., 445
Sozialstruktur (s.a. Arbeiterschaft, Konfessionen, Modernisierung, Urbanisierung, Wirtschaftsstruktur) XIII, XIXf., 1, 8f., 16, 18, 34, 50, 54, 65–70, 78–84, 92–96, 103, 135f., 263–267, 443f., 450
Sozialversicherungen, gewerkschaftliche 393f.
Stichwahlen (s.a. SPD – Stichwahlbeteiligung) 19–21, 23, 64, 297, 299–305, 338, 340
Streik (s.a. Aussperrung) XIII, XIX, 274, 322f., 345, 358, 379–411, 421–437
Süddeutsche Volkspartei 129

Tabakmonopolwahlen 1881 5
Tarifverträge, Tarifbewegungen XVIIIf., 345, 380, 382f., 385f., 390, 392–394, 398, 402–406, 408, 411–413, 420, 426, 431, 435

Umsturzvorlage 39
Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) 198, 260, 337
Unternehmer s. Arbeitgeber
Urbanisierung 8, 32f., 51, 135f., 139f., 170, 219f., 241, 244, 263–267, 349–351

Verband Deutscher Arbeitervereine (VDAV) 127
Verein für Sozialpolitik IX
Volksverein für das katholische Deutschland 319, 340, 343

Wahlbeteiligung, Wählerstruktur XIV, 4f., 33f., 44, 57, 74f., 78f., 80–84, 89, 92–101, 106, 239–244, 256, 294–297, 300, 311–315, 325–327, 333
Wahlen, Wahlergebnisse s. Kommunalwahlen,. Landtagswahlen, Reichstagswahlen, SPD – Wahlergebnisse
Wahlkreisbündnisse (s.a. SPD – Bündnispolitik) 23, 40, 43, 106f., 134, 313
Wahlkreise, Wahlkreiseinteilung XIV, 261f., 311–315
  Baden 117f.
  Bayern 108–110
  Preußen 38, 45, 294
  Reichstag XII, 15, 17f., 22–34, 55, 64, 106f., 238
  Sachsen 50f., 75, 87f.
  Württemberg 112f., 115
Wahlrecht 2f., 37, 89, 105, 238f.
  Baden 117f.
  Bayern 108–110, 137
  Kommunales Wahlrecht 121–126, 238f., 269f., 290–294
  Preußen XIV, 37, 41–48, 106, 131f., 239, 248f., 290–294
  Reichstag 3, 6, 9, 15, 18, 32, 34, 71, 105, 238, 290–294
  Sachsen XIV, 49, 52, 64, 70f., 74–76, 84–89
  Württemberg 110, 112–114, 131f.
Wahlrechtsdemonstrationen 46, 76, 85, 159
Weimarer Nationalversammlung 260, 297, 301f.
Weimarer Republik 207, 212–214, 334, 363f., 387
Welfen-Partei 297–299, 301f., 313f.
Wirtschaftliche Vereinigung 20, 22–24
Wirtschaftsstruktur (s.a. Handwerk, Industrie, Sozialstruktur) XIII, 16, 34, 50–52, 54, 65–70, 80–84, 92f., 104, 274, 349f., 400, 402
Wohnungswesen, Wohnverhältnisse IX, 140, 240–242
Württembergische Volkspartei XV, 128f., 132

Zentral-Werft-Kommission 419, 434, 436
Zentrum XVII, 2, 4, 16, 18, 20–23, 26–33, 43, 45, 52, 57, 104–120, 123, 125, 139–141, 177, 299, 301, 304f., 313, 318, 321, 324f., 326f., 331–333, 338–344, 390

Schriften des Historischen Kollegs

Kolloquien 1 Heinrich Lutz (Herausgeber)
Das römisch-deutsche Reich im politischen System Karls V.
1982, XII, 288 S.
ISBN 3-486-51371-0

2 Otto Pflanze (Herausgeber)
Innenpolitische Probleme des Bismarck-Reiches
1983, XII, 304 S.
ISBN 3-486-51481-4

3 Hans Conrad Peyer (Herausgeber)
Gastfreundschaft, Taverne und Gasthaus im Mittelalter
1983, XIV, 275 S.
ISBN 3-486-51661-2

4 Eberhard Weis (Herausgeber)
Reformen im rheinbündischen Deutschland
1984, XVI, 310 S.
ISBN 3-486-51671-X

5 Heinz Angermeier (Herausgeber)
Säkulare Aspekte der Reformationszeit
1983, XII, 278 S.
ISBN 3-486-51841-0

6 Gerald D. Feldman (Herausgeber)
Die Nachwirkungen der Inflation
auf die deutsche Geschichte 1924–1933
1985, XII, 407 S.
ISBN 3-486-52221-3

7 Jürgen Kocka (Herausgeber)
Arbeiter und Bürger im 19. Jahrhundert.
Varianten ihres Verhältnisses im europäischen Vergleich
1986, XVI, 342 S.
ISBN 3-486-52871-8

8 Konrad Repgen (Herausgeber)
Krieg und Politik 1618–1648.
Europäische Probleme und Perspektiven
(mit Beiträgen von D. Albrecht, R. Bireley, F. Bosbach, J. H. Elliott, H. Ernst, M. Heckel, M. Hroch, K. Krüger, S. Lundkvist, R. Mousnier, G. Parker, K. Repgen, H. Weber), 1988, XII, 454 S.
ISBN 3-486-53761-X

Schriften des Historischen Kollegs

Kolloquien 9 Antoni Mączak (Herausgeber)
Klientelsysteme im Europa der Frühen Neuzeit
(mit Beiträgen von K. O. Frhr. v. Aretin, W. Barberis, W. Blockmans, G. Chittolini, H. G. Koenigsberger, G. Lemeunier, A. Lepre, A. Mączak, A. Molho, P. Moraw, V. Morgan, M.-T. Pérez-Picazo, V. Press, D. L. Ransel, W. Reinhard, D. Richet, G. Schramm, W. Tygielski, J. Wormald, Z. Zielińska), 1988, X, 386 S.
ISBN 3-486-54021-1

10 Eberhard Kolb (Herausgeber)
Europa vor dem Krieg von 1870.
Mächtekonstellation – Konfliktfelder – Kriegsausbruch
(mit Beiträgen von P. Alter, D. Beyrau, L. Gall, B. Gödde-Baumanns, P. Graf Kielmansegg, H.-O. Kleinmann, E. Kolb, J. Křen, H. Lademacher, R. Lill, H. Lutz, W. Radewahn, P. Stadler, J. Stengers), 1987, XII, 220 S.
ISBN 3-486-54121-8

11 Helmut Georg Koenigsberger (Herausgeber)
Republiken und Republikanismus im Europa der Frühen Neuzeit
(mit Beiträgen von S. Bertelli, P. Blickle, W. Blockmans, H. W. Blom, G. Cipriani, G. Cozzi, T. Fröschl, N. Mout, W. Nippel, R. Oresko, I. Roy, N. Runeby, H. Schilling, G. Wells), 1988, XII, 323 S.
ISBN 3-486-54341-5

12 Winfried Schulze (Herausgeber)
Ständische Gesellschaft und soziale Mobilität
(mit Beiträgen von R. Blickle, N. Conrads, R. Endres, G. Frühsorge, H. R. Guggisberg, G. Huppert, S. Jahns, A. Jouanna, P. Münch, O. G. Oexle, V. Press, W. Reinhard, E. Schubert, W. Schulze, R. u. T. Wohlfeil, K. Wrightson), 1988, X, 416 S.
ISBN 3-486-54351-2

13 Johanne Autenrieth (Herausgeber)
Renaissance- und Humanistenhandschriften
(mit Beiträgen von J. J. G. Alexander, A. Derolez, M. Ferrari, F.-R. Hausmann, J. P. Gumbert, U. Jaitner-Hahner, R. Kottje, G. Ouy, A. Petrucci, H. Spilling, P. Spunar, M. Steinmann), 1988, XII, 214 S. mit Abbildungen.
ISBN 3-486-54511-6

Schriften des Historischen Kollegs

Kolloquien 14 Ernst Schulin (Herausgeber)
Deutsche Geschichtswissenschaft nach dem Zweiten Weltkrieg
(mit Beiträgen von V. Berghahn, W. Berthold, R. Bichler, A. Dieckmann, F. Fellner, K. Kwiet, J. Kudrna, G. Lozek, H. Möller, K. Schreiner, W. Schulze, P. Stadler, H. Wolfram),
1989, XI, 303 S.
ISBN 3-486-54831-X

15 Wilfried Barner (Herausgeber)
Tradition, Norm, Innovation.
Soziales und literarisches Traditionsverhalten in der Frühzeit der deutschen Aufklärung
(mit Beiträgen von Th. Anz, K. O. Frhr. v. Aretin, L. Boehm, W. Busch, G.-L. Fink, G. Frühsorge, K. S. Guthke, N. Hammerstein, U. Herrmann, R. Krebs, W. Martens, M. Menhennet, W. Schmidt-Biggemann, B. A. Sørensen, M. Stolleis)
1989, XXV, 370 S.
ISBN 3-486-54771-2

16 Hartmut Boockmann (Herausgeber)
Die Anfänge der Stände in Preußen und seinen Nachbarländern
(in Vorbereitung)
ISBN 3-486-55840-4

17 John C. G. Röhl (Herausgeber)
Der Ort Kaiser Wilhelms II. in der deutschen Geschichte
(in Vorbereitung)
ISBN 3-486-55841-2

18 Gerhard A. Ritter (Herausgeber)
Der Aufstieg der deutschen Arbeiterbewegung.
Sozialdemokratie und Freie Gewerkschaften im Parteiensystem und Sozialmilieu des Kaiserreichs
(mit Beiträgen von F. Boll, M. Cattaruzza, D. Fricke, D. Hertz-Eichenrode, B. Mann, M. Niehuss, G. A. Ritter, K. Rohde, A. v. Saldern, K. Schönhoven, W. H. Schröder, P. Steinbach, P. C. Witt)
1990, XXI, 461 S.
ISBN 3-486-55641-X

19 Roger Dufraisse (Herausgeber)
Revolution und Gegenrevolution 1789–1830.
Zur geistigen Auseinandersetzung in Frankreich und Deutschland
(mit Beiträgen von H. Berding, G. de Bertier de Sauvigny, P.-A. Bois, M. Botzenhart, H. Brandt, M. Bruguière, J. Clédière, R. Dufraisse, F. L'Huillier, J. Laspougeas, E. Riedenauer, W. Siemann, P. Stadler, J. Tulard, R. Vierhaus, J. Voss, J. B. Yvert)
1991, ca. 320 S.
ISBN 3-486-55844-7

Schriften des Historischen Kollegs

Sonderpublikation

Horst Fuhrmann (Herausgeber)
Die Kaulbach-Villa als Haus des Historischen Kollegs.
Reden und wissenschaftliche Beiträge zur Eröffnung,
1989, XII, 232 S.
ISBN 3-486-55611-8

Schriften des Historischen Kollegs

Vorträge

1 Heinrich Lutz
Die deutsche Nation zu Beginn der Neuzeit. Fragen nach dem Gelingen und Scheitern deutscher Einheit im 16. Jahrhundert, 1982, IV, 31 S.

2 Otto Pflanze
Bismarcks Herrschaftstechnik als Problem der gegenwärtigen Historiographie, 1982, IV, 39 S.

3 Hans Conrad Peyer
Gastfreundschaft und kommerzielle Gastlichkeit im Mittelalter, 1983, IV, 24 S.

4 Eberhard Weis
Bayern und Frankreich in der Zeit des Konsulats und des ersten Empire (1799–1815), 1984, 41 S.

5 Heinz Angermeier
Reichsreform und Reformation, 1983, IV, 76 S.

6 Gerald D. Feldman
Bayern und Sachsen in der Hyperinflation 1922/23, 1984, IV, 41 S.

7 Erich Angermann
Abraham Lincoln und die Erneuerung der nationalen Identität der Vereinigten Staaten von Amerika, 1984, IV, 33 S.

8 Jürgen Kocka
Traditionsbindung und Klassenbildung.
Zum sozialhistorischen Ort der frühen deutschen Arbeiterbewegung, 1987, 48 S.

9 Konrad Repgen
Kriegslegitimationen in Alteuropa.
Entwurf einer historischen Typologie, 1985, 27 S.

10 Antoni Mączak
Der Staat als Unternehmen.
Adel und Amtsträger in Polen und Europa in der Frühen Neuzeit, 1989, 32 S.

11 Eberhard Kolb
Der schwierige Weg zum Frieden.
Das Problem der Kriegsbeendigung 1870/71, 1985, 33 S.

12 Helmut Georg Koenigsberger
Fürst und Generalstände. Maximilian I. in den Niederlanden (1477–1493), 1987, 27 S.

13 Winfried Schulze
Vom Gemeinnutz zum Eigennutz.
Über den Normenwandel in der ständischen Gesellschaft der Frühen Neuzeit, 1987, 40 S.

Schriften des Historischen Kollegs

Vorträge 14 Johanne Autenrieth
„Litterae Virgilianae".
Vom Fortleben einer römischen Schrift, 1988, 51 S.

15 Tilemann Grimm
Blickpunkte auf Südostasien.
Historische und kulturanthropologische Fragen zur Politik, 1988, 37 S.

16 Ernst Schulin
Geschichtswissenschaft in unserem Jahrhundert. Probleme und Umrisse einer Geschichte der Historie, 1988, 34 S.

17 Hartmut Boockmann
Geschäfte und Geschäftigkeit auf dem Reichstag im späten Mittelalter, 1988, 33 S.

18 Wilfried Barner
Literaturwissenschaft – eine Geschichtswissenschaft?
(in Vorbereitung)

19 John C.G. Röhl
Kaiser Wilhelm II. Eine Studie über Cäsarenwahnsinn, 1989, 36 S.

20 Klaus Schreiner
Mönchsein in der Adelsgesellschaft des hohen und späten Mittelalters. Klösterliche Gemeinschaftsbildung zwischen spiritueller Selbstbehauptung und sozialer Anpassung, 1989, 68 S.

21 Roger Dufraisse
Die Deutschen und Napoleon im 20. Jahrhundert
(in Vorbereitung)

22 Gerhard A. Ritter
Die Sozialdemokratie im Deutschen Kaiserreich in sozialgeschichtlicher Perspektive, 1989, 72 S.

23 Jürgen Miethke
Die mittelalterlichen Universitäten und das gesprochene Wort
(in Vorbereitung)

24 Dieter Simon
Lob des Eunuchen
(in Vorbereitung)

Schriften des Historischen Kollegs

Vorträge 25 Thomas Vogtherr
Der König und der Heilige. Heinrich IV., der heilige Remaklus und die Mönche des Doppelklosters Stablo-Malmedy, 1990, 29 S.

26 Johannes Schilling
Gewesene Mönche. Lebensgeschichten in der Reformation, 1990, 36 S.

Schriften des Historischen Kollegs

Dokumentationen

1 Stiftung Historisches Kolleg im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft
Erste Verleihung des Preises des Historischen Kollegs.
Aufgaben, Stipendiaten, Schriften des Historischen Kollegs, 1984, VI, 70 S., mit Abbildungen

2 Theodor-Schieder-Gedächtnisvorlesung
Horst Fuhrmann: Das Interesse am Mittelalter in heutiger Zeit. Beobachtungen und Vermutungen
Lothar Gall: Theodor Schieder 1908 bis 1984, 1987, 68 S.

3 Leopold von Ranke
Vorträge anläßlich seines 100. Todestages. Gedenkfeier der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften und der Stiftung Historisches Kolleg im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft am 12. Mai 1986, 1987, 48 S.

4 Stiftung Historisches Kolleg im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft
Zweite Verleihung des Preises des Historischen Kollegs.
Aufgaben, Stipendiaten, Schriften des Historischen Kollegs, 1987, 100 S., mit Abbildungen

5 Theodor-Schieder-Gedächtnisvorlesung
Thomas Nipperdey: Religion und Gesellschaft: Deutschland um 1900, 1988, 29 S.

6 Theodor-Schieder-Gedächtnisvorlesung
Christian Meier, Die Rolle des Krieges im klassischen Athen, 1990 (in Vorbereitung)

7 Stiftung Historisches Kolleg im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft
Dritte Verleihung des Preises des Historischen Kollegs.
Aufgaben, Stipendiaten, Schriften des Historischen Kollegs (in Vorbereitung)

Die Vorträge und Dokumentationen erscheinen nicht im Buchhandel; sie können über die Geschäftsstelle des Historischen Kollegs (Kaulbachstraße 15, 8000 München 22) bezogen werden.